GROSSE WENDIG

Richtigstellungen zur Zeitgeschichte

GRABERT

Veröffentlichungen des Institutes für deutsche Nachkriegsgeschichte BAND LVII

In Verbindung mit zahlreichen Gelehrten des In- und Auslandes herausgegeben von Bernhard Grabert

GROSSE WENDIG

Richtigstellungen zur Zeitgeschichte

herausgegeben von Rolf Kosiek und Olaf Rose

Band 5



EDITION GRABERT-TÜBINGEN

Umschlagmotiv: »Der Kongreß zu Berlin«, Gemälde von Anton von Werner, 1881 Bismarcks außenpolitisches Wirken galt einzig der Friedenssicherung.

Herausgegeben von Dr. Rolf Kosiek und Dr. Olaf Rose unter Mitwirkung von:

Werner Bräuninger, Dr. Fred Duswald, Hartmut Freihals, Matthias Gallas, Friedrich Georg, Dr. Hans Gierschke, Ernst Sylvius von Heydebrand, Oliver Keller, Dr. Rudolf Kemmerich, Michael Klotz, Dankwart Kluge, Dr. Hans Meiser, Andreas Naumann, Dr. Claus Nordbruch, Ulrich Schwarze, Prof. Dr. Franz W. Seidler, Thorsten Thomsen, Dr. Norbert A. Zielinski.

Der Große Wendig: Richtigstellungen zur Zeitgeschichte/ herausgegeben von Dr. Rolf Kosiek und Dr. Olaf Rose Tübingen: Hohenrain-Verlag GmbH, 2014 (Veröffentlichungen des Institutes für deutsche Nachkriegsgeschichte; Bd. 57 ISBN 978-3-89180-101-7

NE: Der Große Wendig: [Sammlung]; Institut für deutsche Nachkriegsgeschichte <Tübingen> Veröffentlichungen des Institutes. . . ISSN 0564-4186

> ISBN 978-3-89180-101-7 ISSN 0564-4186

© 2014 by Edition Grabert im Hohenrain-Verlag GmbH Postfach 1611, D-72006 Tübingen www.hohenrain-verlag.de

Gedruckt in Deutschland

Alle Rechte, insbesondere das der Übersetzung in fremde Sprachen, vorbehalten. Ohne ausdrückliche Genehmigung des Verlages sind Vervielfältigungen dieses Buches oder von Buchteilen auf fotomechanischem Weg (Fotokopie, Mikrokopie) nicht gestattet.

Einleitung: Der Sieger schreibt die Geschichte – der Besiegte muß richtigstellen · 13

Kaiserreich · 21

	927	Preußisch-deutscher	Militarismus.	23
--	-----	---------------------	---------------	----

- 928 Alle Großmächte führten mehr Kriege als Preußen-Deutschland · 34
- 929 Bismarck als Erfinder einer Politik mit »Eisen und Blut«? · 37
- 930 Bismarck war kein Befürworter des Absolutismus · 39
- 931 Bismarcks vermeintliche Allmacht · 41
- 932 Wollte Bismarck von Beginn an Krieg gegen Österreich? · 44
- 933 Rache für Sadowa · 48
- 934 Die Franktireurs im Deutsch-Französischen Krieg · 59
- 935 Zum Frankfurter Frieden von 1871 · 69
- 936 Bismarcks Verhandlungsstil · 71
- 937 Bismarck hatte keine Fistelstimme · 74
- 938 Kontranationaler Kulturkampf · 75
- 939 Legenden um Kaiser Friedrich III. · 93
- 940 Die Zaberner Affäre · 99
- 941 War die deutsche Flotte eine Bedrohung Englands? · 102
- 942 Europa ist nicht in den Ersten Weltkrieg »geschliddert« · 105
- 943 Frankreichs Beitrag zur Julikrise 1914 · 106
- 944 Das Marne-Drama · 108
- 945 Heiliger Krieg für den deutschen Kaiser? · 121
- 946 Lawrence-Auspeitschung gelogen · 129
- 947 Nahum Goldmann: Zerstörung muß sein · 130
- 948 Uneingeschränkter U-Booteinsatz und USA · 131
- 949 Antideutsche Medien der USA 1914–1918 · 160
- 950 Das Bild Kaiser Wilhelms II. in England · 162
- 951 Der Betrug mit Wilsons >14 Punkten <- 165

Weimarer Zeit · 171

- 952 Der Dolchstoß der SPD ab 1915 · 173
- 953 Falsche Karte Ostdeutschlands 1918 · 177
- 954 Zur Selbständigkeit Polens · 179
- 955 Zum Alleinschuld-Artikel 231 des Versailler Diktats · 182
- 956 Stimmen zum Versailler Diktat II · 191
- 957 Ebert nie demokratisch gewählt · 193
- 958 Es gab nicht nur ein Ermächtigungsgesetz · 194
- 959 Zur Behandlung der Slowaken durch Prag · 197
- 960 Polnische Versuche zum Krieg gegen das Reich · 200

- 961 Wie Herbert Hoover seine Wiederwahl vereitelte 203
- 962 Die Diktatur als häufigste Regierungsform in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts 205

Drittes Reich · 209

- 963 Legenden über den 30. Januar 1933 · 211
- 964 Hat Ludendorff 1933 vorausgesehen, daß Hitler scheitern wird? 214
- 965 Hat Hitler Hindenburgs Testament gefälscht? · 217
- 966 Zum Eintritt in die NSDAP · 220
- 967 Zum Begriff >Herrenrasse(· 221
- 968 Lebensborn keine Zuchtanstalt · 223
- 969 Lügen über die Hitler-Jugend · 225
- 970 Kein Kuschen vor Hitler · 228
- 971 War die Führungselite des Dritten Reiches intelligent? · 231
- 972 Zum Wirken der NS-Auslandsorganisation · 234
- 973 Kriegserklärungen von jüdischen Kreisen gegen Deutschland · 236
- 974 Wie reagierten die Deutschen auf die Judenverfolgung nach 1933? 240
- 975 Bekenntnis der NS-Führung zum Frieden · 242
- 976 Motive und Ausmaß der Bücherverbrennungen im Dritten Reich · 252
- 977 Wie war es mit Görings Waschbären? · 261
- 978 Kardinal Graf von Galen ein Kriegshetzer und Chauvinist? 264
- 979 Kardinal Lorenz Jaeger, ein nationaler Kirchenmann · 270
- 980 Zarah Leander Diva der Deutschen · 272
- 981 Ist Paula Wesselys Streifen »Heimkehr« »schlimmste Nazipropaganda«? 275
- 982 Eduards VIII. Rücktritt und die Folgen · 279
- 983 Fremdarbeiter im Dritten Reich · 286
- 984 Das Dritte Reich wirtschaftlich isoliert? · 294
- 985 Das Dritte Reich ein unproduktiver, destruktiver Staat? · 308
- 986 Das Dritte Reich kulturell international gemieden? · 321
- 987 Haffners anerkennende Anmerkungen zu Hitler \cdot 326
- 988 Hitler kam Franco nicht zur Hilfe, um neue Waffen oder Taktiken zu testen · 328
- 989 Eidesstattliche Erklärung zur Kristallnacht · 330
- 990 Hitler Henlein, ein zweifelhaftes Dokument · 332
- 991 Beneschs Vertreibungspläne von 1938 bis 1945 · 338
- 992 Konzentrationslager in der CŠR 1938 · 345

- 993 War SD-Chef Reinhard Heydrich jüdischer Abstammung? · 349
- 994 Briten entschuldigen sich in Prag wegen Münchener Abkommens 1938 · 351
- 995 Deutsche Industriehilfe für das Protektorat · 353
- 996 1938 wurden keine Tschechen vertrieben · 354
- 997 Kritische Anmerkungen zu den Grenzen von 1937 (· 355
- 998 Das Verhältnis von Waffen-SS und Wehrmacht · 365

Zweiter Weltkrieg · 367

- 999 Liddell Hart zum Ausbruch des Zweiten Weltkrieges · 369
- 1000 Britische Stimmen zum Zweiten Weltkrieg · 373
- 1001 Zur Lage der farbigen Soldaten im Zweiten Weltkrieg · 374
- 1002 Zu Englands Politik 1939 · 376
- 1003 Deutsche Polizei erschoß am 28. 10. 1939 keine Tschechen · 377
- 1004 Der Bromberger Blutsonntag vom 3./4. September 1939 Geschichtsklitterung in »seriösen« Medien · 379
- 1005 Kein Krankenhaus-Massaker bei Lodz 1940 · 384
- 1006 Die Deutsche Volksliste (DVL) · 385
- 1007 Der Wiederaufbau Polens nach 1939 · 388
- 1008 Quisling war kein Landesverräter · 397
- 1009 Auch Briten lieferten Juden aus · 401
- 1010 Hitler sorgt 1940 für Wilhelmina von Holland · 402
- 1011 Wilhelmina wider Willen im Exil · 403
- 1012 Die Internierung König Leopolds III. von Belgien im Zweiten Weltkrieg 406
- 1013 Zum Wunder von Dünkirchen · 414
- 1014 Briten lügen über Katyn-Massaker · 424
- 1015 US-Zeitung 1946: In Katyn mordeten Deutsche · 426
- 1016 Hitler gegen Stalin war das bittere Ende vorprogrammiert? · 428
- 1017 Berija gibt sowjetischen Angriffstermin an · 444
- 1018 Der Kommissar-Befehl wurde meist nicht befolgt · 446
- 1019 Warum Leningrad im September 1941 nicht eingenommen werden durfte 447
- 1020 Entzauberung der sowjetischen Partisanen · 451
- 1021 Das Schicksal der Wolgadeutschen · 453
- 1022 Deutsche erhalten Tschechow-Haus · 456
- 1023 Keine deutschen, sondern Stalins Opfer · 457
- 1024 Stalins Brief vom 16. Februar 1943 · **459**
- 1025 Opfer des Kommunismus · 461
- 1026 Angeblicher Völkermord an den Tschechen · 463
- 1027 Zur Einführung des J-Stempels · 464
- 1028 Roosevelt als Lügner und Täuscher seines Volkes · 465

1029	Pearl Harbor 1941 · 475	
1030	Bewohner Caens winkten Amerikanern nicht zu · 480	
1031	Frühe alliierte Stimmen zum Luftkrieg · 482	
	Coventry war nicht der Anfang vom Bombenterror · 483	
	Englische Bomber gegen Industriestädte · 485	
	Zufall rettet Heidelberg vor Terrorangriff · 487	
	Alliierte Piloten wußten um Dresden-Massenmord · 488	
1036	Alliierte bombardierten Rom · 489	
1037	SS rettete Hunderte britischer Verwundeter · 490	
1038	Griechischer Dank an vorbildliche Wehrmacht · 493	
1039	10 000 Deutsche für einen US-Piloten · 494	
1040	Hinterließ die Wehrmacht 1944/45 in Norwegen	
	werbrannte Erde? · 496	
1041	Das Massaker von Sant'Anna di Stazzema 1944 · 499	
1042	Warum bombardierten Alliierte Auschwitz nicht? · 502	
1043	Zur Beurteilung der ›Roten Kapelle · 507	
1044	Ließ Hitlers Nachfolger Goebbels sich erschießen? · 509	
1045	War Major Szokoll der Retter von Wien? · 512	
1046	Sowjetische Behandlung eines Verräters · 519	
1047	Der Raub und die »ethnischen Säuberungen« der deutschen	
	Ostgebiete und die angelsächsischen Siegermächte · 525	
1048	War die Abtretunge Ostdeutschlands	
	»moralisch gebotene Sühne«? • 544	
Alliie	erte Kriegsverbrechen · 549	
1049	Wichtige Dokumente zur Deutung der Wannseekonferenz · 5	
	Tatsachen zum KL Flossenbürg · 551	
	Margarete Buber über das KL Ravensbrück · 553	
	Kein Kindermord in Theresienstadt · 554	
1053	War Max Schmeling ein Auschwitz-Schinder . 556	

- 549
- 1054 Was wußten die Deutschen von Auschwitz? 557
- 1055 Auf der Suche nach Wahrheit: das Problem der Zeugen · 561
- 1056 Dr. Morgen und die SS-Justiz · 563
- 1057 Sagte Pius XII. am 2. Juni 1945 die Wahrheit? · 565

Alliierte Kriegsverbrechen · 569

- 1058 Kriegsverbrecherprozesse in der Sowjetunion · 569
- 1059 Monographien zu alliierten Kriegsverbrechen · 571
- 1060 Roosevelts und Churchills Absprachen zu Kriegsverbrechen · 575
- 1061 Das Massaker von Biscari · 578
- 1062 US-Zerstörer verweigert Rettung Schiffbrüchiger · 580
- 1063 US-Verstöße gegen das Kriegsrecht an der Invasionsfront · 581
- 1064 US-Verbrechen in der Normandie · 583

1065 Westalliierte Kriegsverbrechen gegen Kriegsende 1945 · 585 1066 »Historikerkommission«: »25000« Opfer in Dresden · 587 1067 Tieffliegerangriffe in Dresden – ein »reiner Mythos«? · 595 1068 US-Massenmord bei Einnahme des KL Dachau · 603 1069 Gefangenenerschießungen von US-Soldaten im Zweiten Weltkrieg · 608 1070 US-Truppen morden und plündern in Ilshofen · 619 1071 Engländern prügeln für Wahrheit 1945 · 621 1072 Britische Internierungs- und Folterlager 1945-48 · 622 1073 Die Erschießungen von Oberpframmern · 629 1074 Tschechen morden bei Spindelmühl · 631 1075 Das Massaker von Mährisch-Trübau · 633 1076 Zum Brünner Todesmarsch · 634 1077 Die Toten von Marienburg (Malbork) · 638 1078 Rätsel um die Massengräber in Waldenburg · 644 1079 Massengrab in Tschenstochau (Czestochowa) · 646 1080 Zum Tod des sehrenwerten Massenmörders Tito · 648 1081 Deutsche in französischer Gefangenschaft · 654 1082 Methoden zur Dezimierung der Deutschen im Osten · 657 1083 Hungersnot 1946/1947 - eigene Schuld der Deutschen? · 676 1084 Bildfälschungen · 683 Nachkriegszeit · 695 1085 Lagerbesuche durch das Internationale Komitee vom Roten Kreuz (IKRK) · 697 1086 Zum Schicksal russischer >befreiter« Veteranen und Ostarbeiter 1945 · 700 1087 Zum Verhältnis Deutschland-Dänemark · 702 1088 Alliierte Richtlinien für deutsche Politiker und Medien · 709 1089 Die Direktive JCS 1067 · 710 1090 Kardinal Frings Mut vor Besatzungsbefehlshabern · 714 1091 Gerechtigkeit für Bischof Hudal · 716 1092 Falscher Zeuge im Koch-Prozeß · 722 1093 US-Menschenversuche 1946/48 · **724**

1094 Das Verbot der Zeitschrift Der Ruf 1947 · 726

1097 Zur Vorgeschichte des Stuttgarter Schuldbekenntnisses · 732

1098 Eine Beurteilung der Nürnberger Rachejustiz · 739
1099 Machte die Währungsreform alle gleich? · 742
1100 Dänische Nationalsozialisten keine Dorftrottel · 744

1095 Brauner fälscht Geschichte · 729
1096 Neue Zürcher Zeitung entlarvt britische Propagandafälschungen · 731

Bundesrepublik · 745

- 1101 Neid soll nach Aly Antisemitismus erzeugt haben 747
- 1102 Adenauer zur Wiedergutmachung von USA gedrängt · 748
- 1103 Alliierte Diktatur im deutschen Bildungswesen · 750
- 1104 Ritterkreuzträger in Bundeswehr und Bundestag: 754
- 1105 Dank an deutschen General Berger 756
- 1106 Deutsche entschärfen Bombe in italienischem Kloster 758
- 1107 Stimmen zur Zerstörung des Volkes · 760
- 1108 Zitate von Brecht und Luxemburg 763
- 1109 Faschismus ein kommunistischer Propagandabegriff 766
- 1110 Die Stalin-Note: nur propagandistisches Störmanöver oder verhandelbare Interessenpolitik? 769
- 1111 Falscher Vorwurf mangelnder NS-Bewältigung · 792
- 1112 Albert Schweitzer über Afrikaner · 795
- 1113 Die Linksliteratin Luise Rinser und ihre Lebenslügen · 796
- 1114 Die Spiegel-Affare 1962 · 812
- 1115 Linke Bombe auf jüdische Synagoge · 815
- 1116 Zum Traditionserlaß der Bundeswehr von 1992 · 817
- 1117 Die Märchen des Simon Wiesenthal · 819
- 1118 Zur Zahl der Überlebenden von KLs im Jahre 1999 · 820
- 1119 Messerschmidt zu Rheinwiesenlager widerlegt · 821
- 1120 Geschichtsfälschung in Ulmer Museum · 823
- 1121 Zum Hitler-Gruß von Joseph Ratzinger · 827
- 1122 Die Zeit verweigert Revisionismus zum Ostfeldzug · 829
- 1123 Deutscher Historiker kriminalisiert Spätheimkehrer · 832
- 1124 Bundespräsident fälscht zur Wannsee-Konferenz · 838
- 1125 Bundeskanzlerin übertreibt deutsche Opferzahlen 839
- 1126 Hollands Premier beurteilt Flächenbombardements 842
- 1127 Störung der Totenruhe von Rudolf Heß · 844
- 1128 Von dem Sinn und der Praxis der Verjährung · 845
- 1129 Vergangenheitsbewältigung für das AA· 849
- 1130 Fernsehen verbreitet erneut Marzabotto-Lüge · 857
- 1131 Der Fall Filbinger und die Nachkriegsjustiz · 859
- 1132 Schöner wohnen in Hitlerbauten 873
- 1133 Untauglicher Aufhebungsversuch · 879
- 1134 Fälschung der Bibel heute · 884
- 1135 Germanen ein Mythos? · 885
- 1136 Multikulturelle Umdeutung der Wurzeln Europas · 888
- 1137 »Volksgemeinschaft als Verbrechensgemeinschaft«? 902
- 1138 Ferdinand Marians jüdische Frau · 907
- 1139 KZ-Opferschwindler Uthgenannt 909
- 1140 Verschweigt Fischer Molli-Wurf? 913

- 1142 Stimmen von Fachleuten zur Ausländereinwanderung · 917
- 1143 Türkisches Recht in deutscher Sozialversicherung · 923
- 1144 Falsche Begründungen zum Irak-Krieg · 925
- 1145 US-Militärs verursachen und verheimlichen Giftgas-Verseuchung 926
- 1146 Ist die Bundesrepublik ein Rechtsstaat? 927
- 1147 Falschmeldung: Jüdische Gräber geschändet · 928
- 1148 Besondere Renten für Israelis · 929
- 1149 Polen eine unglaubliche Erfolgsgeschichte? 931
- 1150 Jürgen Trimborns Biographie über Arno Breker · 936
- 1151 Gibt es Menschenrassen? 943



Einleitung

Der Sieger schreibt die Geschichte – der Besiegte muß richtigstellen

Mit der militärischen Katastrophe von 1945 haben auch das Geschichtswissen und das Geschichtsbewußtsein in Deutschland eine schwere Niederlage erlitten. Noch während des Zweiten Weltkrieges beschlossen die Amerikaner die sogenannte i Umerziehunge (re-education) für Deutschland. Sie sollte das Wesen der Deutschen ändern, diese von ihrer Tradition abtrennen und ihnen ihre Identität nehmen. Als ein Mittel dazu wurde die Geschichte zu Lasten Deutschlands verfälscht und das deutsche Volk zum Alleinschuldigen der Geschichte erniedrigt. Eine bedeutsame Rolle spielte bei diesem Vorhaben die neomarxistische Frankfurter Schulee um Max Horkheimer und Theodor Adorno bis zu Jürgen Habermas. Sie war mit den Siegern nach Deutschland zurückgekommen, hatte in den USA im Krieg die Umerziehung mit vorbereitet und stellte nun die eifrigsten Verfechter des Geschichtsbildes der Sieger. Geschichtspolitik wurde als wirksames Mittel der Interessenpolitik eingesetzt, die historische Wissenschaft zur Machterhaltung und Herrschaftsabsicherung mißbraucht.

Die 1945 den Deutschen von den Siegern auferlegte Umerziehung ist, wesentlich auch durch deutsche Mithelfer, bis zur Gegenwart gesteigert und verfeinert worden. Sie bestimmte seit zwei Generationen die Erziehung und die Bildung. Die einflußreichen Massenmedien haben sich ihr zur Verfügung gestellt. Das einseitige und revisionsbedürftige Geschichtsbild der Sieger wird in den Schulbüchern vertreten. Die veröffentlichte Meinung und die führenden Politiker verteidigen mit äußerster Härte die volksfeindlichen Tabus der Politischen Korrektheit. Nationales Denken ist verpönt und wird mit der Faschismuskeule erschlagen oder mit dem Vorwurf des Rechtsradikalismus niedergeknüppelt. Volks- und Geschichtsbewußtsein gelten als rückständig und überholt, gemeinschaftsbildende Traditionen werden kaum noch gepflegt. Übertriebene Reue- und Sühnehaltung im Rahmen des Holocaust-Gedenkens sind zu Staatsgrundlagen geworden. Damit ist die geistige Substanz der Volksgemeinschaft zerstört worden. Aus einem Volk der Dichter und Denker, der Künstler und Wissenschaftler, der Idealisten und Pflichtbewußten ist eine Bevölkerung vorwiegend krasser Materialisten und Egoisten geworden, die dem 68er Prinzip der Lustmaximierung frönen und nur Ansprüche an den Staat stellen. Die deutsche Nation hat ihre Seele verloren, und das deutsche Volk ist zu einer von Ausländern durchsetzten Bevölkerung geworden.

In Fortsetzung der alliierten Kriegspropaganda wurde die deutsche Geschichte des 20. Jahrhunderts kriminalisiert. Ȇber unsere Geschich-

¹ Hellmut DIWALD, in: *Die Welt*, 6. 3. 1982.

² Ders., in: Sonderdruck XII, *Die Welt* 1978.

³ Bert Brecht, Verhör des Lukullus.

⁴ Friedrich SCHIL-LER, Gesammelte Werke in fünf Bänden, Bertelsmann, Gütersloh 1961, Bd. IV, S. 499.

⁵ Winfried Martini, Der Sieger schreibt die Geschichte. Anmerkungen zur Zeitgeschichte, Universitas, München 1991, S. 17.

⁶ Deutscher Anzeiger, 15. 6. 1970. te wurde befunden, als wären Historiker die Vorsitzenden eines Schöffengerichtes«, schrieb schon vor mehr als dreißig Jahren der Erlanger Historiker Hellmut DIWALD,¹ und er stellte anklagend fest: »Wer die Geschichte eines Volkes kriminalisiert, macht es krank.«²

Für die Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg galt, was Bert Brecht in die Worte faßte: »Immer schreibt der Sieger die Geschichte des Besiegten. Dem Erschlagenen entstellt der Schläger die Züge. Aus der Welt geht der Schwächere, und zurück bleibt die Lüge.«³

Schon Friedrich Schiller hat diese Tatsache klar erkannt. Er stellte am Ende des vierten Buches seiner Geschichte des Dreißigjährigen Krieges über Wallenstein fest: »Ein Unglück für den Toten, daß ihn dieser Feind überlebte und seine Geschichte schrieb.«⁴

Der angesehene deutsche Publizist Winfried MARTINI (1905–1991) veröffentlichte im Jahr seines Todes ein lesenswertes Buch mit dem bezeichnenden Titel *Der Sieger schreibt die Geschichte*. Er urteilt darin: »Es gehört zu den faszinierendsten Phänomenen unserer Zeit, in welchem Ausmaß eine militärische Niederlage die Geschichtsschreibung und das allgemeine Geschichtsbewußtsein beeinflußt und der Sieger von moralischen Urteilen verschont bleibt.«⁵

Über diese Methode wird dem bekannten amerikanischen Publizisten und Chefredakteur der New York World Walter LIPPMANN (1889–1974) die folgende Erkenntnis zugeschrieben: »Als verloren könne ein Krieg nur dann gelten, wenn das eigene Territorium vom Feind besetzt ist, die führende Schicht des besiegten Volkes in Kriegsverbrecherprozessen abgeurteilt wird und die Besiegten einem Umerziehungsprogramm unterworfen werden. Ein naheliegendes Mittel dafür sei, die Darstellung der Geschichte aus der Sicht des Siegers in die Gehirne der Besiegten einzupflanzen. Von entscheidender Bedeutung ist dabei die Übertragung der moralischen Kategorien der Kriegspropaganda des siegreichen Staates in das Bewußtsein der Besiegten. Erst wenn die Kriegspropaganda der Sieger Eingang in die Geschichtsbücher der Besiegten gefunden hat und von der nachfolgenden Generation geglaubt wird, dann erst kann die Umerziehung als wirklich gelungen angesehen werden.«⁶

Dieses Ziel haben die Sieger des Zweiten Weltkrieges innerhalb zweier Generationen in Deutschland weitgehend erreicht. Eine regelrechte Gehirnwäsche hat stattgefunden, ein kollektives Vergessen hat eingesetzt. Die Geschichte ist auf den Kopf gestellt worden. Täter und Opfer wurden weitgehend vertauscht. Manche Betrachter sehen hierin ein »induziertes Irresein«.

Weglassen von Tatsachen und die damit verbundene systematische Verbiegung der Wirklichkeit gehören zu den wichtigsten Übeltaten gegenwärtiger offizieller Geschichtsvermittlung. Alles nicht ins herrschen-

de Gedankengebäude Passende kommt in das berühmte »Gedankenloch«, das George ORWELL in seinem Zukunftsroman mit dem Titel 19847 für seine utopische Gesellschaft als Mittel zur Durchsetzung der Meinungsdiktatur beschrieb: Die nicht der geltenden Lehre genehmen Geschichtstatsachen werden in ein bestimmtes technisches System, eben das »Gedankenloch«, geschüttet und sind damit für die Zukunft verschwunden. Ein Beispiel dafür bieten die einst ganz Europa erregenden Kongogreuel, die sich die Belgier in den achtziger Jahren des 19. Jahrhunderts zuschulden kommen ließen. Sie werden nur noch ganz selten am Rande erwähnt.8 Ähnlich verhält es sich mit dem Völkermord an den Indianern in den USA oder der Erinnerung an das vor mehr als einem Vierteljahrhundert von den Amerikanern dem Erdboden gleichgemachte vietnamesische Dorf My Lai, dessen Einwohner dabei grausam vernichtet wurden. Das gilt auch weitgehend für die Vertreibung von 15 Millionen Ostdeutscher nach 1945: Vornehme Demokraten sprechen heute nicht mehr darüber. Die geschichtlichen Tatsachen wurden bewußt und systematisch verdrängt, dem kollektiven Vergessen anheimgegeben.

Der Geschichtsforscher sollte sich aus Rücksicht auf sein Berufsethos mit solch einer verbogenen Sicht der Vergangenheit nicht zufrieden geben. Der Besiegte muß um seiner Zukunft willen sich gegen solch eine ihn belastende Geschichtsdarstellung wehren. Und er kann dabei auf Ratschläge angesehener Zeitgenossen verweisen. Man soll sich »der Geschichte in aller Offenheit stellen. In aller Offenheit und ohne Vorurteile. Mit dem Mut zur vollen Wahrheit. Nichts hinfügen, aber auch nichts weglassen, nichts verschweigen«. Diesen Worten aus der Rede des damaligen Bundespräsidenten Roman Herzog in Warschau am 1. August 1994 kann man uneingeschränkt zustimmen, ja, sie sollten eigentlich selbstverständlicher Leitspruch verantwortungsbewußter Historiker wie um ihr Volk besorgter Politiker besonders im Bereich der Zeitgeschichte sein.

Doch im Gegensatz zu der zitierten Forderung herrschen bei der offiziellen Betrachtung der Zeit der Weltkriege weitgehend immer noch Einseitigkeiten und Vorurteile, ja Denkverbote und Strafandrohungen für das Aussprechen begründbarer Ansichten. Und auch der erwähnte Bundespräsident hat in seiner genannten Rede gegen die von ihm selbst aufgestellte Maxime verstoßen. Er hat nicht nur einseitig deutsche Schuld dargestellt, sie vergrößert und unberechtigte Vorwürfe erhoben, sondern alles den Deutschen durch Polen vor- und nachher zugefügte Unrecht verschwiegen, das jedoch in diesem Zusammenhang nicht vergessen werden darf: den Raub ausgedehnten ostdeutschen Landes bereits 1919 – lange vor HITLER –, die rechtswidrige Abtrennung Ostoberschlesiens vom Reich 1921 entgegen dem eindeutigen Ergebnis der Volksabstimmung vom 20. März 1921; die Unterdrückung der Volksdeutschen in

George ORWELL,
 1984, Diana,
 Zürich 1950, S. 99.

8 Andreas Eckert, »Die abgehackten Hände«, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 10. 2. 2005.

Polen vor Kriegsbeginn; die Ermordung Tausender Volksdeutscher im September 1939 in Polen; die völkerrechtswidrige Vertreibung 1945/49 nach der ebenso völkerrechtswidrigen Annexion Ostdeutschlands 1945 mit Millionen von Todesopfern; die noch immer währende Vorenthaltung des Selbstbestimmungsrechts und der kulturellen Autonomie für die über eine Million Ostdeutscher in den genannten Gebieten von Ostpreußen über Westpreußen, Danzig und Ostbrandenburg bis Schlesien.

Roman HERZOG hat sich als typischer Sühnedeutscherk erwiesen, der Trauerarbeitk ableistet. Dazu schrieb kein Geringerer als der Kaisersohn Otto von Habsburg: »Es gibt nichts Unerträglicheres als diesen Typ des Sühnedeutschen, der nichts anderes tut, als auf den Knien herumzurutschen und die Welt um Verzeihung zu bitten, daß er existiert.«

Eine Revision des den Deutschen auferlegten einseitig verzerrten Geschichtsbildes der Umerziehung wird seit Jahrzehnten von angesehenen Persönlichkeiten der Fachwissenschaften wie der Politik in der Bundesrepublik Deutschland gefordert. Im Historikerstreit von 1986 wurde die Notwendigkeit solch einer Richtigstellung von anerkannten Historikern, wie den Ordinarien Ernst Nolte, Andreas Hillgrußer, Michael Stür-MER, Klaus HILDEBRAND – der sogenannten > Viererbande – und anderen aufgezeigt. Die Wissenschaftler forderten, daß endlich eine Historisierung auch in der Zeitgeschichte zugelassen werde und an die Stelle der bisher weitgehend vorgenommenen moralischen Betrachtung trete. Die Durchführung dieser nach einem halben Jahrhundert längst fälligen Reform wurde jedoch von Vertretern der herrschenden politischen Korrektheit, insbesondere von Angehörigen der Frankfurter Schule mit dem Philosophen Jürgen HABERMAS an der Spitze, damals und bis heute verhindert. Die alten Tabus und die längst widerlegten Geschichtsdogmen wurden erneut verpflichtend gemacht und zudem noch durch Strafsondergesetze abgesichert. Revisionismus wird seit einigen Jahren sogar als Ausweis rechtsextremer Haltung angesehen und als Vorwurf in den Verfassungsschutzberichten erwähnt. So wird dem Revisionismuse schon im Bundesverfassungsschutzbericht für 2004 ein ganzes Kapitel gewidmet.¹⁰

Dabei ist die Revision in allen Wissenschaften ein normaler und geradezu notwendiger Vorgang. Die Wissenschaften sind praktisch dauernd in Revision, da alte Theorien sich gegenüber neuen Erkenntnissen und Versuchen bewähren müssen oder abzutreten haben. Sie wird nur von denen gefürchtet, die sich ihrer Argumente nicht sicher sind und Wissenschaft zur Absicherung ihrer Herrschaft mißbrauchen wollen. Sollte dies auch der wahre Grund sein, warum sich die dogmatische Seite beim Historikerstreit von 1986 bis zur Gegenwart so leidenschaftlich gegen jeden berechtigten Revisionismus wandte und sogar – wie HABERMAS – unter dem Anspruch, der Aufklärung zu dienen, die Einführung und

⁹ Otto von Habs-Burg, in: *Münchner Merkur*, 15. 6. 1989.

¹⁰ Bundesinnenminister (Hg.), Verfassungsschutzbericht 2004, S. 208 ff.

Beachtung von Tabus und Denkverboten forderte? Warum verteufelt und diskriminiert man Historiker wie Ernst Nolte, wenn sie es wagen, mit guten Gründen und belegten Tatsachen aus unbezweifelbaren Quellen gegen den Strom der veröffentlichten Meinung zu schwimmen, und berechtigte historische Richtigstellungen vornehmen wollen? Denn nur mit dem Mut zur Revision kann man zu einem objektiven Geschichtsbild gelangen, dessen Kenntnis in der allgemeinen Öffentlichkeit auch für die Zukunft einer Volksgemeinschaft wichtig ist.

Für die Zeit des Dritten Reiches war und ist allgemein bekannt, daß es keine völlige Meinungsfreiheit gab. Die Durchführung einer politischen Revolution und der bald einsetzende Zweite Weltkrieg mit der totalen Mobilisierung aller Kräfte auf beiden Seiten entschuldigen nur teilweise diesen Mangel. Wie aber sieht es heute in einer Friedenszeit und ohne innere wie äußere Bedrohung aus? Allein diesen Gedanken zu veröffentlichen verursacht bereits Unsicherheit, ob solches Denken nicht vielleicht schon – wie bei Orwell eindrucksvoll vorgeführt – von der herrschenden Gesinnungspolizei als Grund für Verfolgung angesehen wird und der Denker solcher Unbotmäßigkeit auf die schwarze Liste kommt, um dann beim nächsten Äußern eines freien Gedankens, der nicht auf der Linie des Großen Bruders liegt, zum Beispiel mit einer Hausdurchsuchung belästigt oder durch Verhaftung zum Schweigen gebracht zu werden. Sonderstrafgesetze wie der mehrfach verschärfte Paragraph 130 des Strafgesetzbuches und der zunehmende Druck der ›Political Correctnesse beschränken die freie Meinungsäußerung. Sogar das Außern von einem Zweifel, die Voraussetzung jeder freien Meinung, steht in bestimmten Fällen seit einiger Zeit unter Strafe, weil dem Betroffenen nach gängiger Justizpraxis Volksverhetzung unterstellt werden kann.* Für den einfachen, nicht geschulten Bürger und Arbeiter, der die sich laufend ändernden Grauzonen der Strafgesetze nicht kennt, ist es also ratsam, entweder allem zuzustimmen, was von Politikern und Medien geboten wird, wie es von einem Untertanen erwartet wird (auch wenn der)Untertanengeist heute offiziell verpönt ist), oder zu schweigen, weil es eben im Gegensatz zur Theorie des Grundgesetzes in der Bundesrepublik Deutschland keine Meinungsfreiheit mehr gibt.

Bücherverbrennungen in der NS-Zeit werden als Unrecht beurteilt, auch wenn sie meist nur symbolisch an wenigen Exemplaren erfolgten und nicht so massenhafte Büchervernichtungen wie ab 1945 nach sich zogen. Warum aber, so muß sich der zur Kritik erzogene mündige Bürger fragen, gibt es heute angesichts des Artikels 5 unseres Grundgesetzes mit seiner Garantie der Meinungsfreiheit und dem Verbot der Zensur einen Index für Bücher, die man nicht verbreiten darf? Warum werden heute im so oft beschworenen greiheitlichsten Staat der deutschen Ge-

* Allein im Bundesland Sachsen wurden zwischen 2002 und 2012 nicht weniger als 2745 Bürger vor Gericht gestellt, weil sie unliebsame Außerungen nach § 130 StGB gemacht hatten oder nach § 86 falsche Kleidung trugen.11 Ein Mehrfaches an Ermittlungsverfahren wurde eingestellt. Im Jahre 2011 fanden nach Angaben des Bundesinnenministeriums in der gesamten Bundesrepublik 11404 »Straftaten« nach § 86 und 2464 nach § 130 statt.

¹¹ Antwort der Landesregierung Sachsen auf die Kleine Anfrage der NPD, Nr. 5/11783.

schichter Bücher zu zeitgeschichtlichen Themen beschlagnahmt, Verleger und Autoren angeklagt und bestraft? Der Unterschied zwischen der öffentlichen Bücherverbrennung der dreißiger Jahre und der jetzigen nach juristischem Urteil erfolgenden Verbrennung ganzer Buchauflagen in Heizwerken wird dann nur noch gering.

Zur moralischen Beurteilung dieser Verhältnisse sei hier an PLATON erinnert: »Niemand schafft größeres Unrecht als der, der es in Formen des Rechts begeht.« Und FRIEDRICH DER GROSSE hielt führenden Juristen einmal vor: »Ein Justiz-Kollegium, das Ungerechtigkeiten ausübt, ist gefährlicher und schlimmer wie eine Diebesbande: Vor der kann man sich schützen; aber vor Schelmen, die den Mantel der Justiz gebrauchen, um ihre üblen Passionen auszuführen, vor denen kann sich kein Mensch hüten; die sind ärger wie die größten Spitzbuben, die in der Welt sind,

und meritieren eine doppelte Bestrafung.«12

Es ist eigentlich beschämend, daß in Deutschland, dem früheren Hort weltweit führender und anerkannter Geschichtsschreibung, heute der Revision der bisher von der alliierten Kriegspropaganda beherrschten Zeitgeschichte so wenig Beachtung geschenkt wird, ja, daß die Revisionisten von einflußreichen und staatlichen Stellen bekämpft werden. Im letzten Jahrzehnt hat sich bedauerlicherweise auch die deutsche Justiz in einigen Fällen in Verletzung der grundgesetzlich garantierten Meinungsund Wissenschaftsfreiheit und unter Mißachtung grundlegender Rechtsprinzipien zum Diener einer einseitigen Geschichtssicht herabziehen und mißbrauchen lassen, indem sie Autoren und Verleger wegen kritischer, aber durchaus begründeter Bücher verurteilte. Die wegen Meinungsdelikten zeitweise in deutschen Gefängnissen einsitzenden Ernst-Günter Kögel, Manfred Röder, Ernst Zündel, Germar Rudolf, Günter DECKERT, Silvia STOLZ und Horst MAHLER bieten dafür beredte Beispiele. Selbst Ausländer wie der Flame Siegfried VERBEKE oder der Engländer David Irving waren im deutschsprachigen Raum wegen Meinungsäußerungen zur Zeitgeschichte verurteilt und inhaftiert worden.

Vor zwanzig Jahren war noch allgemeine Meinung, daß man über vergangene Geschichte noch frei denken und sich äußern konnte. So schrieb damals einer der Mitherausgeber der Frankfurter Allgemeinen Zeitung, Friedrich Karl FROMME, in seiner Zeitung: »Historische Wahrheit kann nicht durch das Strafrecht festgeschrieben werden; einem Liberalität verpflichteten Staat steht das nicht gut an, so schmerzlich oder peinlich es im Einzelfall sein mag.«13

Mehr als ein halbes Jahrhundert nach Ende des Zweiten Weltkrieges hat die nach 1945 noch verstärkt fortgesetzte¹⁴ psychologische Kriegführung gegen das deutsche Volk eine neue Qualität erreicht. Standen bis dahin die von der amtlichen Geschichtsforschung als unter größter

12 Franz Kugler, Adolph Menzel. Geschichte Friedrichs des Großen, E. A. Seemann, Leipzig o. J., S. 584.

¹³ Friedrich Karl FROMME, in: »Strafrecht und Wahrheit«, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 22. 4. 1994.

14 Siehe: Friedrich GRIMM, Politische Justiz, die Krankheit unserer Zeit, Scheur, Bonn 1953, S. 146 ff.; ähnlich in: ders., Mit offenem Visier, Druffel, Leoni 1961, S. 248 f.

Geheimhaltung von wenigen Personen durchgeführt beschriebenen Massenvernichtungen im Mittelpunkt, so soll offenbar ab etwa 1995 zunehmend das ganze deutsche Volk in den Täterbereich einbezogen werden. Bezeichnende Beispiele dafür sind das Buch Hitlers willige Vollstrecker¹⁵ des Amerikaners Daniel GOLDHAGEN, dem anerkannte Fachhistoriker zu Recht grobe Einseitigkeiten und Verfälschungen vorwarfen und der dennoch in der deutschen Öffentlichkeit großen Beifall ernten konnte, sowie die ab 1995 in vielen deutschen Städten gezeigte Anti-Wehrmachtausstellung des privaten Hamburger Instituts für Sozialforschung, der zahlreiche offensichtlich bewußt vorgenommene Geschichtsfälschungen¹⁶ nachgewiesen werden konnten.

Dem genannten Buch wie der Ausstellung und deren Katalog ist gemeinsam, daß sie – im klaren Widerspruch zur historischen Wahrheit – großen Teilen des deutschen Volkes oder sogar der Kriegsgeneration als Ganzer eine singuläre Schuld am Zweiten Weltkrieg und seinen Schrekken zuweisen wollen.

Angesichts dieser neuen Lage ist eine vermehrte Aufklärung notwendig. Der über alle Verdächtigungen erhabene und durch mehrere grundlegende Werke zur Zeitgeschichte ausgewiesene Geschichtsordinarius an der Münchener Bundeswehrhochschule, Prof. Dr. Franz W. SEIDLER, hat im Vorwort zu seinem als Antwort auf die Anti-Wehrmachtausstellung geschriebenen Buch Verbrechen an der Wehrmacht zu den gegenwärtigen Verhältnissen in Deutschland Stellung genommen und führt dort aus:¹⁷ »Nur wer mithilft, die bewaffnete Macht des damaligen Deutschen Reiches zur kriminellen Bande zu stempeln, findet das Wohlwollen der Stimmungsund Meinungsmacher. Wer Soldaten generell als Mörder bezeichnet, handelt sogar in Übereinstimmung mit dem Bundesverfassungsgericht. Wer dagegen die Wehrmacht als Opfer darstellt, tut etwas Zeitgeist-Ungehöriges. Was in Deutschland politisch korrekt ist, entscheiden im allgemeinen die Medien. Wer z. B. sagt: Ich schäme mich, ein Deutscher zu sein, handelt politically correct. Wer dagegen sagt: Ich bin stolz, ein Deutscher zu sein, ist ein Nazi. Wer sagt: Die verbrecherische Hitler-Wehrmacht hat im Juni 1941 die friedliebende Sowjetunion heimtückisch und verräterisch überfallen, macht eine politisch korrekte Aussage, auch wenn sie wissenschaftlich unhaltbar ist.«

Die Wissenschaft kann sich aber – wenn sie wirkliche Wissenschaft sein will – nicht darum kümmern, ob ihre Erkenntnisse politisch opportun sind oder nicht. Allein der Wahrheit verpflichtet, ist ihre Aufgabe, Unbekanntes ans Licht zu ziehen, Tatsachen darzustellen, Legenden aufzudecken und Falschaussagen richtigzustellen. Und erst recht gilt dies für ein Volk, dem zu Unrecht seine Zukunft durch Kriminalisierung seiner Geschichte verbaut wird. Für jeden Angehörigen dieses Volkes müßte

Daniel GOLDHA-GEN, Hitlers willige Vollstrecker, Siedler, Berlin 1996.

Neiszellung«, in:
Vierteljahrshefte für
Zeitgeschichte, Nr. 4,
1999, S. 563–591;
Krisztian Ungvary,
»Echte Bilder –
problematische
Aussagen«, in:
Geschichte in Wissenschaft und Unterricht,
Nr. 10, 1999,
S. 584–595.

¹⁷ Franz W. SEIDLER, Verbrechen an der Wehrmacht, Kriegsgreuel der Roten Armee 1941/42, Pour le Mérite, Selent 1997, S. 6 f.

¹⁸ J. G. Burg, Schuld und Schicksal, zitiert in: Rudolf Czer-NIN, Das Ende der Tabus, Stocker, Stuttgart-Graz 1998, S. 9. gelten, was der jüdische Verfasser J. G. Burg schrieb: »Mithelfen, die Wahrheit zu finden, ohne die es keine Zukunft geben kann und ohne die wir alle in einem Meer des Hasses und der Rache ertrinken.«¹⁸

Es ist hier auch zu fragen, warum gegen jeden internationalen Brauch entscheidende und zur Beurteilung der damaligen Zeit und ihrer Hintergründe äußerst wichtige Akten von den 1945 siegreichen vier Alliierten mehr als 60 Jahre nach Kriegsende immer noch geheimgehalten werden und damit selbst der Forschung verborgen bleiben, die doch in die Lage versetzt werden sollte, auch die Geschichte des Zweiten Weltkrieges und seiner Ursachen so zu beschreiben, wie sie wirklich waren. Das ist aber objektiv nur möglich, wenn alle Akten auf den Tisch kommen, auch die der Siegerseite.

Der einzige überzeugende Grund für dieses Handeln der Siegermächte wie ihrer deutschen Helfer ist, daß sie zur Wahrung ihrer politischen Macht die historische Wahrheit scheuen und eine berechtigte Revision des von ihnen bisher verkündeten Geschichtsbilds verhindern wollen. Und das Unverständliche dabei ist, daß deutsche Historiker das hinnehmen und sich damit zufrieden geben, daß die Massenmedien in der Bundesrepublik Deutschland nicht auf diesen unhaltbaren Zustand hinweisen und nicht Gerechtigkeit auch für Deutschland fordern.

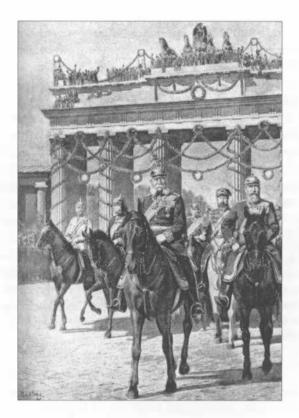
Vor Jahrzehnten war manchmal noch ein Politiker mutig genug, die Wirklichkeit auszusprechen. So erklärte der spätere Bundespräsident Karl Carstens am 19. Februar 1976 im Bundestag an die Adresse der SPD: »Sie erwecken hier den Eindruck durch alle Ihre Redner, als wenn das Leid, das schwere tragische Leid, welches in den vergangenen vierzig Jahren über das polnische Volk gekommen ist, ausschließlich auf deutsche Schuld und deutsche Ursachen zurückzuführen ist. Dies, meine Damen und Herren, ist eben eine falsche und verfälschte Darstellung der deutschen Geschichte, gegen die sich alle Deutschen mehr und mehr zur Wehr setzen, weil sie endlich genug davon haben, immer von neuem hören zu müssen, daß sie an dem Leid in der Welt und insbesondere an dem Leid des polnischen Volkes die alleinige Schuld trügen.«

Was notwendig ist, wurde im Sommer 1996 von dem vierzehnköpfigen Autorenrat einer Gruppe in Weimar sich versammelter deutscher Schriftsteller – unter ihnen Joachim Fest – in einer Erklärung festgehalten. Es wird darin festgestellt: »Politische Korrektheit ist die Diktatur von Tabus und Meinungen.« Und dann heißt es sehr unzeitgemäß weiter: »Die Welt braucht frei und selbständig denkende Menschen, Rebellen, die gegen den Strom von Vorurteilen schwimmen und die mutig für ihre Überzeugung eintreten, auch wenn sie damit gegen weithin anerkannte politische korrekte Gebote verstoßen.«¹⁹

Tübingen, am 3. Oktober 2013

Rolf Kosiek

¹⁹ Zitiert in: Rudolf CZERNIN, Das Ende der Tabus, ebenda, S. 22.



Kaiserreich

Mit Girlanden und Kränzen feierlich geschmückt zeigt sich das Brandenburger Tor beim Einzug Kaiser WILHELMS I. am 16. Juni 1871 (Gemälde von G. RÖCHLING). In den Folgejahren war BISMARCK danach bestrebt, den »Albtraum der Koalitionen« zu bekämpfen und den Frieden in Europa zu sichern. Doch die etablierten europäischen Mächte arbeiteten darauf hin, den deutschen Emporkömmling und seinen neu gegründeten Staat zu vernichten. Der Abschluß der Tripel-Entente 1907 zementierte diesen Willen.

Unter Militarismus versteht man heutzutage ganz allgemein das Vorherrschen militärischer Wertvorstellungen und Interessen in der Politik, aber auch im gesellschaftlichen Leben, etwa die auffällige Betonung des Rechts des Stärkeren oder die Vorstellung, Kriege seien notwendig oder unvermeidbar. Als Belegstelle für einen solchen Militarismusbegriff führt das offene Internet-Lexikon Wikipedia¹ den Politologen und Militarismus-Forscher Wilfried von Bredow an. Er versteht darunter, daß die Streitkräfte innerhalb des Staates selbst der »Motor der allgemeinen gesellschaftlichen Entwicklung« sind, als »Schule der Nation« betrachtet werden und auch in Friedenszeiten massiv in politische Entscheidungsprozesse eingreifen. »Militärische Werte und soldatische Verhaltensweisen bestimmen zivile Handlungen und Entscheidungsprozesse.«² Andere Politologen verstehen darunter auch noch die Übertragung militärischer Prinzipien auf sämtliche Lebensbereiche oder eine übertriebene Herausstellung militärischer Tugenden und Heldenverehrung. Obwohl dieses Begriffsinstrumentarium für jeweils verschiedene Epochen auf eine ganze Reihe von nicht nur europäischen Staaten übertragen werden könnte, insbesondere dann, wenn diese in aggressiver Weise in Angriffskriegen wirtschaftliche, politische oder hegemoniale Interessen vertraten, wird Militarismus oder militaristisch als politischer Kampfbegriff und geschichtlich prägende Kategorisierung nur auf einen einzigen Staat angewandt: auf Preußen, und nachdem Preußen 1871 im Deutschen Reich aufgegangen war, auf das Deutsche Reich oder Deutschland als Ganzes. Diese Einseitigkeit ist falsch und richtigzustellen.

Die These von der Schuld des preußisch-deutschen Militarismus ist in der Welt weit verbreitet und gilt als alt. Sieht man genauer hin, wird man feststellen, daß sie im Grunde doch nur aus der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts stammt und unter dem Eindruck von BISMARCKS »großen Erfolgen« entstanden ist.³ Ins Auge fällt also, daß dieser angebliche Militarismus dort zum ersten Mal festgestellt wurde, wo sich im deutschen Sprachraum wieder ein Staatsgebilde entwickelte, das in der Lage war, eigene und damit teilweise auch deutsche Interessen gegen die anderen europäischen Großmächte wahrzunehmen. Obwohl die mittelalterlichen deutschen Kaiser im Rahmen der Ostsiedlung und der zahlreichen Italienzüge deutlich mehr Kriege führten als Engländer, Franzosen oder der slawische Osten, wurde und wird ihnen in der Geschichtsschreibung keine übermäßige Aggressivität oder gar ein Militarismus des damals »herrschenden Adels« unterstellt. Dies gilt um so weniger, als daß das Deutsche Reich ab dem 14. Jahrhundert den Anschluß an die Entwicklung

de.wikipedia.org/ wiki/Militarismus, 5. 5. 2013.

² Wilfried VON
BREDOW, Militär und
Demokratie in
Deutschland: eine
Einführung (Studienbücher Außenpolitik und Internationale Beziehungen),
Wiesbaden 2007,
S. 66 f., zitiert nach
Anm. 1.

³ Golo Mann, Geschichte und Geschichten, Frankfurt/M.-Wien-Zürich 1964, S. 243.





Die beiden Karikaturen veranschaulichen die Grundsätze von BISMARCKS Staatskunst: die Aufmerksamkeit der Großmächte von Deutschland abzulenken (links: von Wilhelm Scholz im *Kladderadatsch*, Unterschrift: »Mir kann es ganz recht sein, wenn die anderen unten Beschäftigung finden. Man hat dann endlich Ruhe hier oben«) und ein Geflecht von Bündnissen zur Sicherung des Friedens in Europa zu schmieden (BISMARCK als der europäische Weichensteller, ohne den die Züge Rußland und Großbritannien kollidieren würden; aus dem britischen *Punch*, 1878).

der europäischen Staatenwelt hin zu zentralistischen Nationalstaaten wie Frankreich oder England, aber auch Portugal und Spanien, verlor. Durch die Glaubensspaltung im 16. Jahrhundert büßte es erheblich an Macht ein und wurde nach der Katastrophe des Dreißigjährigen Krieges politisch so zersplittert, daß es weit über 100 Jahre Spielball seiner Nachbarn blieb.

In seinem Essay Die Preußen und der Krieg schreibt Ernst JÜNGER: »Zur Legende der Preußen gehört, daß sie gern Krieg führen. Sie haben vielmehr eine instinktive Scheu davor. Verglichen mit LUDWIG XIV. ist der Große Kurfürst ein normaler Monarch und FRIEDRICH die glänzende Ausnahme. . . Sie sind viel weniger Krieger als Soldaten, Fanatiker der Ordnung – die Sache muß ›klappen, ökonomisch, sozial – und militärisch natürlich in erster Linie, weil sie dort im übersichtlichen Modell paradiert.«⁴

FRIEDRICH WILHELM I., Soldatenkönige und Vater FRIEDRICHS DES GROSSEN, nahm wider Willen nur am nordischen Krieg teil, danach nie mehr, obwohl es ihm an Gelegenheiten nicht mangelte. »FRIEDRICH WILHELM III. mußte an den Krieg herangetragen werden wie ein lauriger Hund zur

⁴ Ernst JÜNGER, »Die Preußen und der Krieg«, in: *Sämtliche Werke*, Bd. 11 (Essays V, Annäherungen), Stuttgart 1978, S. 435 ff.

Jagd.« Sein Nachfolger Friedrich Wilhelm IV. hat sich jedes kriegerischen Abenteuers enthalten, ja er hat selbst große innen- wie außenpolitische Chancen ausgelassen, weil er in keinen Krieg verwickelt werden wollte. 1848 hat er die von der Versammlung der Paulskirche angebotene Kaiserkrone nicht allein deswegen abgelehnt, weil sie für ihn als König von Gottes Gnaden »den Ludergeruch der Revolution« hatte, sondern weil er sich bewußt war, daß die Gründung eines deutschen Reiches einen unmittelbaren Kriegsgrund für Frankreich, Rußland, Österreich und eventuell auch England bedeutet hätte. Preußen war zum damaligen Zeitpunkt nicht nur dieser überwältigenden Koalition hoffnungslos unterlegen, sondern wahrscheinlich auch jedem einzelnen der vier Staaten allein.

Ernst JÜNGER hat für die militärische Zurückhaltung der Preußen bis zur Zeit der Einigungskriege eine eigene Erklärung: »Die Preußen mögen die Kriege nicht, weil sie Elementares herauffördern, Unordnung mitbringen. Sie schätzen den übersichtlichen Rahmen: den Staat als großen Gutshof, die Ordnung der Exerzierplätze. . . Kein Stamm, wenig Heimat, doch Staat und Vaterland. Vielleicht hat das ihr nüchternes Urteil in Machtfragen bestimmt, das sie in ihren besten Zeiten auszeichne-

te.«5

Nur Friedrich der Grosse, der als Angreifer in den Schlesischen Kriegen gegen Österreich siegte und im Siebenjährigen Krieg in der Defensive gleich gegen drei der vier europäischen Großmächte – Österreich, Frankreich und Rußland, Sachsen nicht mitgezählt – überleben sollte, bot dem Ausland zwischenzeitlich erstmals einen Anlaß, den Typus des preußischen Soldaten als gedrillte, gedankenlose militä-

rische Präzisionsmaschine zu bespötteln. Noch waren es einzelne Beobachter, die einen besonderen preußischen Militärstil entdeckt zu haben glaubten, und nicht die konkurrierenden Staaten selbst, die den Emporkömmling noch nicht als gleichwertigen Rivalen betrachteten. Außerdem waren diese selbst seit der Mitte des 17. Jahrhunderts im Gegensatz zu Preußen fast dauernd in Kriege verwickelt. So stammte von dem Grafen Mirabeau, der in den letzten Jahren der Regierungszeit Friedrichs II. in Berlin gelebt hatte, die Bemerkung, daß andere Staaten eine Armee besäßen, Preußen dagegen sei kein Staat, der sich eine Armee halte, sondern eine Armee, die sich einen Staat leiste. Ein eher beiläufiges Aperçu,

⁵ JÜNGER, ebenda, S. 435 f.

Im Siebenjährigen Krieg versuchte FRIED-RICH II., die im Österreichischen Erbfolgekrieg 1748 eroberte Provinz Schlesien mittels eines Bündnissystems gegen eine mögliche Rückeroberung zu behaupten. Hier: FRIED-RICH am 3. November



1760 bei Torgau. Der Sieg leitete die Wende zugunsten Preußens ein.

das erst durch die spätere historische Entwicklung Bedeutung erhalten sollte.

Von einem anderen Franzosen, von VOLTAIRE, stammt die geistreiche Bemerkung, Preußen habe zwar nur ein kurzes Schwert, zöge dieses aber sehr schnell aus der Scheide, ein Bonmot, das sich auf die beiden ersten Schlesischen Kriege bezog. Interessant ist hingegen, daß es sich bei beiden Aphoristikern um französische Flüchtlinge handelte, die aus dem kriegerischsten Staat des 18. Jahrhunderts – in Frankreich – fliehen mußten und über dessen Eroberungen kein Wort verloren. Aber selbst für VOLTAIRE und MIRABEAU sind solche Kriege kein Anzeichen für eine militaristische Besonderheit Preußens gewesen, war doch der Einsatz des Militärs damals wie auch noch weit ins 19. Jahrhundert hinein ein selbstverständliches Stilmittel der Außenpolitik. Auffällig ist im nachhinein auch, daß Staaten wie Großbritannien oder auch Rußland, sofern sie wie die Inselnation im Siebenjährigen Krieg oder gemeinsam mit Rußland während der Befreiungskriege von dem militärischen Eingreifen Preußens Vorteile genossen, dieses großzügig mit Geld, Waffen und anderen Hilfsmitteln unterstützten. Der Verdacht des Militarismus trat erst auf, als sich außenpolitische Interessenkollisionen anbahnten.

Es ist, nur am Rande vermerkt, eigentümlich, daß NAPOLEON I., nach ALEXANDER DEM GROSSEN und CAESAR der dritte Kriegsgott der europäischen Geschichtsschreibung, nie als militaristische und auch die von ihm geschaffene Staatsform Frankreichs nie als militaristische gekennzeichnet wurden, obwohl der selbstgekrönte Kaiser der Franzosen mit seinen aggressiven Eroberungszügen fast ein Vierteljahrhundert die europäische Staatenwelt in Atem gehalten hatte. Die Napoleonischen Kriege zeigten, daß Preußen jahrzehntelang vom militärischen Ansehen FRIEDRICHS DES GROSSEN gelebt hatte und von der militärischen Entwicklung, weniger auf technischem Gebiet als vielmehr in Fragen der Taktik und Strategie, chancenlos überrollt wurde. Selbst nach der Einführung der SCHARNHORSTSchen Militärreformen bedurfte es einer Allianz von Preußen, Österreich, Rußland und Großbritannien, um das militärische Genie Napoleons und die gewaltigen Ressourcen Frankreichs zu schlagen.

Gänzlich zunmilitaristische zeigte sich Preußen, als es nach 1815 wieder als gleichberechtigter Partner im Konzert der fünf europäischen Großmächte mitspielen durfte. Sparsamkeit und Wiederaufbaugeist, konservatives Unbehagen bei der Vorstellung einer allgemeinen Volksbewaffnung, aber auch biedermeierliche Behaglichkeit führten dazu, daß das preußische Militär unter allen Großmächten die kleinste Drohkulisse darstellte. Das stehende Heer umfaßte in den fünfziger Jahren des 19. Jahrhunderts 140 000 Mann, die gleiche Truppenstärke wie 1814. Im gleichen Zeitraum hatte allein Frankreich sein Friedensheer von 170 000

auf 400000 Mann erhöht. Während in Preußen in den verhältnismäßig ruhigen dreißiger Jahren stillschweigend und ohne Gesetz die Wehrpflicht auf zwei Jahre herabgesetzt und erst zwanzig Jahre später wieder auf drei Jahre erhöht wurde, betrug diese in Frankreich vier bis sieben, in Österreich drei bis fünf und in Rußland zwölf Jahre. Auch von einer allgemeinen Wehrpflicht war man weit entfernt. Von den etwa 180 000 wehrpflichtigen jungen Männern pro Jahr wurden im Schnitt nur 40 000 eingezogen, und unter den Tauglichen entschied das Los. Wer gedient hatte, blieb noch zwei Jahre in der Reserve und trat dann in die Landwehr über, in der er weitere sieben Jahre verblieb. Diese Regimenter wurden häufig mit Rekruten aufgefüllt, die keine vier Wochen ausgebildet waren. Bei der Mobilmachung 1859 während des französisch-österreichischen Krieges hatte man zwar 55 000 Familienväter einberufen, gleichzeitig aber

⁶ Ludwig REINERS, Bismarck 1815– 1871, München 1970, S. 316.

eine halbe Million dienstfähiger junger Männer vom Militärdienst freigestellt.⁶

In diesem Zusammenhang muß die Heeresreform der 1860er Jahre als überfälliger Vorgang, als notwendige Anpassung an die Militärverhältnisse der anderen Großmächte betrachtet werden. wenn man weiterhin bündnis- und verteidigungsfähig bleiben wollte. Dennoch stieß die Heeresreform, die WILHELM I. von BISMARCK und seinem Kriegsminister ROON gegen gewaltige parlamentarische Widerstände durchführen ließ, zu einer innenpolitischen Krise, die fast zu seiner Abdankung geführt hätte. Immer noch waren die preußischen Truppen numerisch den meisten Nachbarn unterlegen, aber durch Manneszucht, Disziplin,

In den Jahren 1860–1862 beherrschte die von Kriegsminister Albrecht von Roon befürwortete umfassende und längst fällige Heeresreform die Innenpolitik. Obwohl sie einen rein defensiven Charakter hatte, stieß sie auf den Widerstand der liberalen Mehrheit im Bundestag, die in der Reform einen Machtzuwachs der Kronec befürchtete. Mit der Reform versprach man sich einen besseren Ausbildungsstand der Truppe. Hier Karikatur auf die Rekrutenaushebung aus dem Berliner Stadtklatsch.



Ausbildung, taktische Anpassung und technische Innovationen wie das Zündnadelgewehr und stählerne statt bronzene Kanonen gleichwertig oder überlegen. Diese Merkmale sollten bis 1945 jede Generation des preußisch-deutschen Militärs prägen und es auch einem an Zahl weit überlegenen Gegner ebenbürtig sein lassen.

Die beiden ersten der drei sogenannten Einigungskriege – 1864 mit Österreich gegen Dänemark, 1866 gegen Österreich – riefen noch nicht das unbedingte Mißtrauen der anderen europäischen Großmächte hervor, aber der überraschend schnelle preußische Sieg im Bruderkrieg gegen Österreich 1866 wurde bereits genauestens analysiert. Es bedurfte der staatsmännischen Klugheit BISMARCKS und der eindeutig defensiven Haltung Preußens als Angegriffener, als NAPOLEON III. aus innenpolitischen Zwängen 1870 den für Frankreich verheerenden Deutsch-Französischen Krieg vom Zaun brach. Für alle deutschen Staaten trat durch die anmaßende und politisch wie militärisch ohne Notwendigkeit erfolgte Kriegserklärung der Bündnisfall ein. Es kämpften diesmal nicht – wie in fast allen Kriegen seit Jahrhunderten zuvor – Deutsche gegen Deutsche. Auch daß die öffentliche und politische Meinung in den meisten europäischen Staaten zunächst auf deutscher Seite stand und es mit Hilfe von BISMARCKS Diplomatie gelang, Österreich durch eine russische Truppendislozierung an dessen Grenze von jeglichen Rachegedanken abzubringen, führte zu den überraschenden Anfangserfolgen der deutschen Armeen.

Aber bereits während der Belagerung von Paris im September 1870, als der deutsche Triumph ebenso absehbar war wie die anstehende Reichsgründung, schlug die Stimmung in London, Italien, Belgien und auch in

anderen Staaten plötzlich um Es war nicht etwa die Kriegführung Preußens, die diesen Umschwung bewirkte, sondern die nüchterne Erkenntnis, daß mit dem neuen Staatsgebilde in Mitteleuropa eine Nation geeint werden würde, deren Größe, Bevölkerungszahl. Geburtenüberschuß,

Die Belagerung von Paris vom 19. September 1870 bis zum 28. Januar 1871, die den Sieg im Deutsch-Französischen Krieg sicherte, leitete eine Wende in der Wahrnehmung des neuen Staates in der Mitte Europas durch die etablierten Großmächte ein. Hier: preußische Belagerungsbatterie im Park von Raincy vor Paris.



schulische und wissenschaftliche Bildung, handwerkliches Geschick, Fleiß, Industriepotenzial und militärische Haltung wohl bald alle anderen Mächte überragen würde. Nach der Reichsgründung begründete der Führer der britischen Opposition im Unterhaus, Benjamin DISRAELI, die veränderte Haltung Englands gegenüber Deutschland damit, daß diese politische Revolution (die Reichsgründung) größere Auswirkungen auf das Gleichgewicht der Kräfte in Europa (gemeint war natürlich die von England kontrollierte sbalance of powere) habe als die Französische Revolution, die Großbritannien ein Vierteljahrhundert in Atem gehalten habe.

Durch diese Einlassung wird deutlich, daß nicht etwa das Verhalten Deutschlands, sondern nur dessen Existenz, seine neue Staatsform, nicht mehr als machtloses Staatenbündnis, sondern als europäische Großmacht der Grund für eine langsam beginnende Einkreisung durch die anderen Großmächte war. Frankreich war fortan der Erbfeind und sann auf Rache und Rückgewinnung der beiden mit Gewalt sich einverleibten und nun verlorenen deutschen Provinzen Elsaß und Lothringen; England trat in ein nüchternes wirtschaftliches Konkurrenzverhältnis, das es schon immer politisch-militärisch, wenn notwendig, für sich entscheiden sollte; Rußland war sich der Tatsache bewußt, daß Deutschland auf Gedeih und Verderb auf das Zarenreich angewiesen war, weil die Franzosen den Frieden lediglich als Waffenstillstand betrachteten, und in Italien war die Stimmung profranzösisch und katholisch und damit gegen das protestantische Preußen.

Neben sich langsam entwickelnden neuen Bündnissen, neben argwöhnischer Beobachtung, Aufrüstung und Wettrüsten gab es auch eine publizistische Front, die sich plötzlich eines negativen Begriffs bediente, der das Deutsche Reich stigmatisieren helfen sollte: der Militarismus. Nun waren zwar die preußische, sächsische, bayerische und württembergische Armee nicht militaristischer als zuvor oder als die der europäischen Nachbarn. Auch hatten diese keine politischen und schon gar keine bonapartistischen Ambitionen, aber die stolze Selbstdarstellung der siegreichen Armee und deren Bedeutung für die staatliche Integrität konnten und wollten den Eindruck militärischer Entschlossenheit nicht gänzlich leugnen. Wilhelm II., der einer ganzen Epoche in Deutschland seinen Stempel aufdrückte, trat zwar nach außen durch seinen Hang zu häufig wechselnden Uniformen relativ martialisch auf, war aber von seinem Wesen her eher unsicher und genoß wohl stärker auf romantische und beinah literarische Art den Schrecken, den Rüstung und Waffen ausstrahlen, wie Ernst JÜNGER diesen Herrscher deutet. Das Bild, das er und mit ihm das Großdeutsche Reich aber nach außen vermittelten, konnte insbesondere von den westlichen Demokratiene Großbritannien und Frankreich, die zwar über einen erheblich größeres Kolonialreich ver-





Oben: Zeitgenössische Karikatur auf Preußens angebliche Politik, den deutschen Nationalstaat mit »Eisen und Blut« herzustellen. Siehe Richtigstellung von Matthias GALLAS, S. 37. Unten: Der angeblich erzreaktionäre und kriegssüchtige Kaiser WILHELM II. Am 15. Juni 1913 feierte er in Berlin sein 25 jähriges Regierungsjubiläum, ohne einen einzigen Krieg geführt zu haben.

fügten, seit Jahrhunderten imperialistische Kriege führten und auch damals im Gegensatz zum saturierten Deutschen Reich in fast jeden Kon-



» Parade im Lustgarten 9. 2. 1894« (Potsdam). Gemälde von Carl Röchling.

⁷ Friedrich ENGELS. Die Rolle der Gewalt in der Geschichte, 1888, in: Marx Engels Werke, Bd. 21, S. 411 f., zitiert nach: Klaus MOTSCHMANN, »Preußen - »seit jeher Träger des Militarismus und der Reaktion@ Eine politische Legende im Lichte der Urteile von Karl Marx und Friedrich Engels«, in: Ein Leben für Deutschland. Gedenkschrift für Wolfgang Venohr 1925-2005, Berlin 2005, S. 335–355.

flikt auf der Welt verwickelt waren, instrumentalisiert und mißbraucht werden. Bilder, Karikaturen und Fotografien waren und sind wirkungsmächtig, insbesondere dann, wenn die Gegenseite, also die englische Königin oder der französische Staatspräsident, stets in Zivil und damit offenbar unkriegerisch und anscheinend weniger bedrohlich auftraten.

Doch nicht nur die außenpolitischen Gegner Preußens bedienten sich des Schmähbegriffs Militarismus. Auch der bedeutendste innenpolitische Gegner des Kaiserreichs und seiner Verfassung, die Sozial-

demokratie, benutzte diesen Kampfbegriff, um eine politisch-psychologische Absonderlichkeit gegenüber der ›fortschrittlicheren‹ westeuropäischen Staatenwelt zu kennzeichnen. Dabei berief man sich gern auf die eigenen Klassiker, auf Zitate aus den Werken von Karl MARX, Friedrich ENGELS und Franz MEHRING. Klaus MOTSCHMANN hat überzeugend nachgewiesen, daß weder MARX noch ENGELS, die beide den Deutsch-Französischen Krieg 1870 beobachtet und mit fast täglichen Artikeln sowie einem Buch über die französische Kommune zahlreiche Zeugnisse ihrer Interpretation dieses Ereignisses hinterlassen hatten, Preußen einen Vorwurf wegen seiner militärischen Wirksamkeit gemacht haben. Ganz im Gegenteil: Als überzeugte Befürworter eines historischen Determinismus waren sie sich bewußt, daß die deutsche Geschichte über Jahrhunderte zuvor durch eine fühlbare, negative Einmischung des Auslands beeinflußt worden war, durch die das machtlose Reichs-Gebilde »politisch, militärisch und selbst industriell zur Nichtigkeit verdammt« war.⁷ Nachdem das Bürgertum 1848/49 an der Errichtung eines gesamtdeutschen Staates gescheitert war, gab es nach Ansicht von MARX und ENGELS unter gründlicher Abwägung aller Möglichkeiten keinen anderen Weg zur historisch zwangsläufigen Einheit Deutschlands als den unter preußischer Führung. Und gerade diese Reichseinigung war aus der Sicht von MARX und ENGELS nicht nur zwangsläufig, sondern auch erwünscht, weil sie dem Grunddogma der marxistischen Geschichtsauffassung entsprach: Die Geschichte sei eine Geschichte von Klassenkämpfen, zu deren Vorbedingung auch die Entwicklung der bürgerlichen Nationen gehöre – nicht nur, weil die natio-

nalen Bewegungen die feudalen Herrschaftsstrukturen des Adels auflösten, sondern weil die neue Klasse der Bourgeoisie die Voraussetzungen

für eine schnelle Entwicklung der Produktivkräfte und damit des Proletariats und des revolutionären Potentials schaffe. Es ging MARX und ENGELS also nicht um die Anerkennung preußisch-deutscher»Nationalborniertheiten« und schon gar nicht um »Preußens Gloria«, »sondern um die nüchterne Anerkennung der Schrittmacherrolle Preußens auf dem schweren Weg der nationalen Einheit Deutschlands und um die Bewußtmachung, daß die Nation eine notwendige Entwicklungsstufe im Prozeß der Geschichte ist«⁸



Gerade der militärisch versierte

Friedrich ENGELS, im Briefwechsel von MARX gern als »General« angeschrieben, schrieb den Liberalen, die von der Angst geplagt wurden, eine Heeresvermehrung würde adlige Staatsstreichphantasien beflügeln, ins Stammbuch: »Die für einen Staat erforderliche Armeestärke richtet sich nicht nach der größeren oder geringeren Aussicht auf Staatsstreiche, sondern nach der Größe der Armeen der anderen Staaten.«

ENGELS räumte auch mit den vorherrschenden bürgerlichen Vorurteilen gegenüber dem Offizierskorps und den Wertvorstellungen im preu-Bischen Heer auf. Er könne aus eigener Anschauung beurteilen, daß das Offizierskorps keine geschlossene Kaste mehr sei, sondern mehr denn je alle gebildeten Klassen und Provinzen des Staates vertrete; ähnliche Veränderungen seien auch bei den Mannschaften zu beobachten. Die Rekruten kämen nicht als gebrochene Männer, sondern mit einem bemerkenswerten »Vorrat an Selbstachtung, Selbstvertrauen, Sicherheit und Charakter« ins Zivilleben zurück, mit Eigenschaften mithin, die ihnen im weiteren zivilen Leben, aber auch »im Sinne des wachsenden politisch-gesellschaftlichen Verantwortungsbewußtseins« sehr zu statten kämen. 10 Hier ist nicht mehr von ›Kadavergehorsam‹ die Rede, sondern von Selbstbewußtsein der Mannschaften, bewirkt durch die von Scharn-HORST eingeleiteten Reformen und deren Weiterentwicklung nach 1860. Während in Preußen 1808 die Prügelstrafe abgeschafft worden war, bestand sie in der britischen Armee bis 1873 fort.

Bei einem umfangreichen Vergleich, dem ENGELS 1855 alle Streitkräfte der europäischen Großmächte unterzog, erhielt die preußische Armee

Um 1900 gehörten preußische Offiziere zweifellos zum Straßenbild, Deutschland war aber nicht »der Repräsentant des Militarismus in Europa«, wie Bach-MANN und Zeisler (Anm. 12) es uns einreden wollen.

⁸ Motschmann, ebenda, S. 338 f.

⁹ Ebenda, S. 343.

¹⁰ Ebenda, S. 344.

¹¹ Ebenda, S. 345. MOTSCHMANN zitiert hier Friedrich ENGELS, *Die Armeen Europas*, 1855, in: *Marx Engels Werke*, Bd. 11, S. 411 ff. von ihm Bestnoten, und zwar sowohl wegen ihrer äußeren als auch wegen ihrer inneren Verfassung. ¹¹ Als Revolutionär begrüßten man natürlich auch die allgemeine Volksbewaffnung, die eine umfassende militärische Ausbildung der Arbeiterschaft zur Voraussetzung hatte. Im Gegensatz zu Bebel und Liebknecht begrüßten Marx und Engels sogar den Deutsch-Französischen Krieg, weil nur so dem »chauvinistischen Frankreich« und dem Ausland klargemacht werden könne, daß man sich in die inneren Angelegenheiten Deutschlands nicht einzumischen habe. Sozialdemokraten, die sich im Juli 1870 gegen die Bewilligung von Kriegskrediten ausgesprochen hatten, betrachteten sie als typisch süddeutsche Traumtänzer.

Um so interessanter ist es, daß diese Einschätzung des preußischen Militärs von den heutigen Nachfahren der marxistischen Urväter bei der kanonischen Ausgestaltung der marxistischen Militarismus-Kritik schlichtweg ignoriert wurde. Bereits in der Weimarer Republik, am deutlichsten aber nach der Überstülpung des bolschewistischen Marxismus auf das Gebiet der DDR, bildete sich eine äußerst schablonenhafte Kritik am preußischen Staat, die immer wieder in dessen angeblichem Militarismus gipfelte. Stellvertretend hierfür seien einige Auszüge aus dem Vorwort eines zweibändigen Werkes über den deutschen Militarismus zitiert, das geradezu mustergültig für Tonfall und Argumentation erscheint. »Die liberale bürgerliche Auseinandersetzung mit dem Militarismus war meist eine Auseinandersetzung mit dessen Erscheinungsformen, mit Oberflächenerscheinungen. Daß Militarismus Ursachen in der Basis, in den Produktionsverhältnissen, in den Interessen der herrschenden Ausbeuterklassen hat, blieb ihr überwiegend verborgen oder wurde nicht als ausschlaggebender Kausalzusammenhang angesehen... Der deutsche Nationalstaat war auf undemokratischem Wege geschaffen, die Macht der preußischen Monarchie, des Junkertums und der preußischen Armee waren enorm gestärkt worden. Die Herrschaft des preußischen Militarismus wurde auf ganz Deutschland ausgedehnt. . . Das gemäß den preußischen Traditionen aufgebaute und gedrillte und unter preußischem Oberbefehl stehende Heer des Großdeutschen Reiches wurde zur schlagkräftigsten, gefährlichsten Armee Europas. Der militaristische Ungeist durchdrang in immer stärkerem Maße das gesamte öf fentliche Leben. Preußen-Deutschland wurde bereits im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts ein Element ständiger Friedensgefährdung in Europa. In noch höherem Maße traf das auf den mit dem junkerlich-bourgeoisen Imperialismus verbundenen Militarismus zu. Der deutsche Monopolkapitalismus, dessen ökonomischer Kraft der beanspruchte politische Einfluß in der Welt nicht entsprach, entwickelte einen äußerst starken Expansionsdrang.«12

Es überrascht daher nicht, daß nach dieser Lesart sämtliche Stufen der Entwicklung des Deutschen Reiches nach 1871 als logisch aufeinan-

¹² Peter Bachmann u. Kurt Zeisler, Der deutsche Imperialismus. Bd. 1: Vom brandenburgischpreußischen zum deutschen Militarismus, Berlin (Ost) ²1986, Vorwort.

derfolgende Phasen eines sich immer stärker verschärfenden deutschen Militarismus verstanden werden, ganz unabhängig von der geographischen Lage des Staates im Zentrum Europas, von den außenpolitischen Aktivitäten der Nachbarn und Feinde, von den Folgen von Friedensverträgen und anderen Ereignissen. So scheint sich aus einem inneren Drang heraus der deutsche Militarismus über eine absolutistische Vorlaufphase, eine Zuspitzung im wilhelminischen Zeitalter mit der von Deutschland verschuldeten Katastrophe des Ersten Weltkrieges, über die Uneinsichtigkeit der Alleinschuld bis hin zu einer angeblich völligen Militarisierung aller Gesellschaftsstrukturen im Dritten Reich und dem daraufhin erfolgten totalen Krieg entwickelt zu haben, die zwangsläufig in der Katastrophe von 1945 und im Massenmord an Millionen Menschen gipfeln mußte. ¹³

Eine der wenigen Gemeinsamkeiten, die die Anti-HITLER-Koalition der Westmächte und der Sowjetunion noch einige Jahre nach Kriegsende überdauern sollte, war das Bekenntnis zur endgültigen Vernichtung des »deutschen Militarismus«. Am 25. Februar 1947 stellte der Alliierte Kontrollrat im Kontrollratsgesetz Nr. 46 daher fest: »Der Staat Preußen, der seit jeher Träger des Militarismus und der Reaktion in Deutschland gewesen ist, hat in Wirklichkeit zu bestehen aufgehört. Geleitet von dem Interesse an der Aufrechterhaltung des Friedens und der Sicherheit der Völker und erfüllt von dem Wunsche, die weitere Wiederherstellung des politischen Lebens in Deutschland auf demokratischer Grundlage zu sichern, erläßt der Kontrollrat das folgende Gesetz: Artikel 1 Der Staat Preußen, seine Zentralregierung und alle nachgeordneten Behörden werden hiermit aufgelöst.«

Mit dem durch die Siegermächte verordneten Erlöschen Preußens scheint allerdings der Militarismus nicht mit untergegangen zu sein, sondern sich bestenfalls verlagert zu haben. Der Fachbereich Sozialwissenschaften der Universität Hamburg stellte fest, daß von 1945 bis 2007 insgesamt 238 Kriege geführt worden sind. Auffallend dabei ist, daß die westlichen Siegermächte an den meisten beteiligt waren: Großbritannien an 22, die USA an 16, Frankreich an 14 Kriegen, aber auch die UdSSR blieb nicht unbeteiligt. Jährlich wurden etwa 30 Kriege geführt, an denen bislang mehr als 120 Staaten beteiligt waren.¹⁴

Ernst JÜNGER brachte es wohl auf den Punkt, als er mutmaßte, die Zerstörung und Auflösung Preußens sei nicht durch seinen, für seine Nachbarn unerträglichen Militarismus erzwungen worden: »Es sind auch weniger die Kriege, die man den Preußen verübelt hat, es ist ihre Resistenz gegen die Zeit und deren verändernde Kraft. Sie bildeten den Block, der in Europa am letzten geschmolzen wurde und der dem Fortschritt am zähesten widerstand. Bedenkt man, was nach ihnen kam und was vielleicht noch auf uns zukommt – so wird man vielleicht eines Tages auch ihr Mißtrauen anders beurteilen.« ¹⁵ Olaf Rose

13 »Erblast. Der preußisch-deutsche Militarismus, 1945 zogen angelsächsische Historiker und die alliierten Siegermächte Bilanz: Preußen war Schuld (sic.) an der deutschen Katastrophe«, in: Spiegel online, http:/ /www.spiegel.de/ sptv/special/a-116282.html vom 5. 5. 2013.

14 http://www.sozialwiss.uni-hamburg.de/onTEAM/pre-view/Ipw/Akuf/kriege_archiv.htm vom 21. 5. 2013.
15 Ernst JÜNGER, aaO. (Anm. 4), S. 437.

Alle Großmächte führten mehr Kriege als Preußen-Deutschland



Der Deutschland-Hasser Robert Vansittart.

¹ Lord Robert VANSITTART, *Black Record*, London

1941, S. 24.

² Nach Captain
Russell Grenfell,
Bedingungsloser Haß.
Die deutsche Kriegsschuld und die
Zukunft Europas,
Fritz Schlichtenmayer, Tübingen
1954, S. 40 ff.

Nach jedem der beiden Weltkriege beschuldigten die Alliierten Preußen-Deutschland des übersteigerten Militarismus und des kriegerischen Geistes sowie der Anzettelung von Kriegen, begründeten damit das Versailler Diktat von 1919 und die Auflösung Preußens 1947. Insbesondere verglich der britische Staatssekretär und Regierungsberater Lord VANSITTART die Deutschen mit einem »Butcher-Bird«, einem Würgervogel, der andere immerfort angreife und keinen Frieden läßt.¹

Doch dieser Vorwurf ist unbegründet, wie die nähere Betrachtung der Kriege im 19. und 20. Jahrhundert aufzeigt. Im einzelnen ergibt sich die folgende Liste:²

1820 bis 1829:

1823 überscheitet eine französische Armee die spanische Grenze, um dem spanischen König im Kampf gegen sein Parlament zu helfen. 1826 führt Rußland Krieg mit Persien und annektiert zwei persische

Provinzen.

1827 greift eine englisch-französisch-russische Flotte eine türkische Flotte bei Navarino an und vernichtet sie.

1828 fällt Rußland in die Türkei ein, um die griechischen Aufständischen zu unterstützen.

1830 bis 1839:

1830 beginnt Frankreich mit der Eroberung Algiers, die erst 1847 abgeschlossen wird.

1830 schlägt Rußland einen Aufstand in Polen nieder.

1831 greift Rußland zugunsten der Türkei in den Aufstand MEHMET ALIS von Ägypten ein.

1839 greift England vergeblich Afghanistan an.

1840 bis 1849:

1849 führt England den Opiumkrieg gegen China durch und besetzt Neuseeland, was einen jahrelangen Kampf gegen die Maoris bewirkt. 1849 erklärt Piemont Österreich den Krieg.

1850 bis 1859:

1854 Ausbruch des Krimkrieges von England, Frankreich, Türkei und Piemont gegen Rußland.

1856 führt England Krieg gegen Persien.

1857 beginnt England erneut einen Krieg gegen China. In Indien erfolgt ein Aufstand gegen England mit blutigem Niederschlagen.

Alle Großmächte führten mehr Kriege als Preußen-Deutschland

1858 Frankreich erobert bis 1863 Indochina, zunächst von Spanien unterstützt.

1859 erklären Österreich den Krieg an Piemont und Frankreich den an Österreich.

1859 England führt wieder Krieg gegen China, von Frankreich unterstützt.

1860 bis 1863:

1862 Frankreich führt die militärische Expedition nach Mexiko durch, die anfänglich von England und Spanien unterstützt wird.

1863 Rußland schlägt einen Aufstand in Polen nieder.

Preußen war in diesen 43 Jahren die einzige europäische Großmacht, die keinen Krieg führte, sondern sich stets um Frieden bemühte.

In den Jahren 1864–1871 wurde Preußen dann in drei Kriege verwikkelt. Der britische Lord Vansittart³ warf Preußen vor, daß es unter Leitung des »durchtriebenen preußischen Raufbolds« BISMARCK⁴ im Jahre 1864 »das kleine Dänemark niederschmetterte und plünderte«, daß es 1866 einen »sorgfältig ausgeheckten« Krieg gegen Österreich führte und 1870 einen Krieg gegen Frankreich vom Zaune brach.

Doch das ist falsch. Richtig ist, daß die Deutschen im fast rein deutschen Holstein und im mehrheitlich deutschen Schleswig – beide Herzogtümer sollten »up ewig ungedeelt« bleiben – ins Deutsche Reich wollten, der dänische König aber nach einem ersten mißlungenen Versuch im Jahre 1848 Schleswig nach Dänemark einverleiben wollte. Nach einem Volksauf stand gegen Dänemark erließ der Deutsche Bundestag die Reichsexekution gegen Dänemark, wobei England dieses Unternehmen unterstützte.

1866 erklärt Preußen Österreich und einigen deutschen Bundesstaaten den Krieg um die Vorherrschaft in Deutschland und führte ihn schnell zu Ende.

1870 erklärt Frankreich an Preußen den Krieg, weil es »Rache für Sadowa« (Königgrätz) und die deutschen Reichslande Elsaß und Lothringen haben wollte und der französische Kaiser sich durch die Emser Depesche beleidigt fühlte.

Von diesen drei Kriegen wurden also mindestens zwei Preußen aufgezwungen.

1871 bis 1914:

1877 Rußland führt Krieg gegen die Türkei.

1879 England führt Krieg gegen die Zulus.

1882 England führt Krieg gegen Ägypten.

1883 England führt den ersten Burenkrieg in Südafrika.

³ Vansittart, aaO. (Anm. 1) ⁴ Zitiert in: Grenfell, aaO. (Anm. 2), S. 64.

Alle Großmächte führten mehr Kriege als Preußen-Deutschland

1899 England führt den zweiten Burenkrieg in Südafrika.

1904 Rußland führt Krieg gegen Japan.

1911 Italien führt Krieg gegen die Türkei.

1912 Die Balkanländer Serbien, Montenegro, Bulgarien und Griechenland führen Krieg gegen die Türkei, anschließend gegeneinander.

Dagegen führte Preußen-Deutschland in den 43 Jahren von 1871 bis 1914 keinen Krieg durch. Kaiser Wilhelm II. konnte 1913 sein 25jähriges Thronjubiläum feiern, ohne einen Krieg geführt zu haben. Er galt deswegen auch als Friedenskaiser«.

Insgesamt führt die Tabelle von 1815 bis 1907 für die Teilnahme an Kriegen aus: England 10, Rußland 7, Frankreich 5, Österreich 3 Preußen-Deutschland 3.4

Preußen-Deutschland hatte also in den letzten 200 Jahren die wenigsten Kriege geführt.

Die Kriegsschuld an den beiden Weltkriegen trifft auch nicht das Deutsche Reich, sondern eher für den Ersten Weltkrieg Rußland und Frankreich, für den Zweiten England, Rußland, die USA und Polen.

Zur Schuldfrage am Ersten Weltkrieg sei der britische Historiker Goldsworthy Lowes Dickinson zitiert: »Wir müssen danach fragen, wer die größere Rechtfertigung für sich hat - ein Staat (Österreich), der sich dagegen wehrt, auseinander gesprengt zu werden, oder ein Staat (Serbien), der begierig ist, seine Macht durch die Zerschlagung seines Nachbarn auszudehnen. Das war die wirkliche Frage zwischen Österreich und Rußland. Ich selbst möchte darauf antworten. . ., daß die Rechtfertigung auf seiten Österreichs, der Angriff auf seiten Rußlands liegt. Als nächsten Punkt kommen wir zu Deutschland. Gegen Deutschland hat sich der größte Teil der moralischen Empörung der Siegermächte gerichtet. Nach unserer Analyse sollte klar sein, daß dies nicht gerechtfertigt ist. . . Die Ententemächte sagen, daß der Angriff in der deutschen Rückendekkung für Österreich bestand. Die Deutschen sagen, der Angriff bestand in der russischen Rückendeckung für Serbien. . . Nach meiner Auffassung ist die deutsche Stellungnahme die vernünftigere.«5 GRENFELL bringt weitere Zitate von Befürwortern des deutschen Standpunkts.⁶

Der Vorwurf Lord VANSITTARTS, Deutschland sei ein »butcher« (Schlächter) trifft also nicht nur nicht zu, sondern stellt die Tatsachen geradezu auf den Kopf. England ist der mehrmalige Angreifer in den letzten 200 Jahren, der neben der Stabilisierung des Kräftegleichgewichts auf dem europäischen Kontinent sich durch seine Kriegspolitik auch ein riesiges Kolonialreich zusammenraubte.

Für den Zweiten Weltkrieg sei auf unsere frühere Darstellung verwiesen.⁷

Rolf Kosiek

⁵ Goldsworthy Lowes Dickinson, International Anarchy 1904–1914, 1926, S. 447.

⁶ Grenfell, aaO. (Anm. 2), S. 88 f. ⁷ Rolf Kosiek u. Olaf Rose (Hg.), *Der Große Wendig*,

Der Große Wendig Bd. 1, Grabert, Tübingen ⁵2011, S. 611–672.

Bismarck als Erfinder einer Politik mit »Eisen und Blut«?

Zu den berühmtesten, aber auch berüchtigsten Aussprüchen, die Otto VON BISMARCK von sich gegeben hat, gehört der, daß Politik mit »Eisen und Blut« gemacht werde. BISMARCK entschlüpfte dieses Wort kurz nach seiner Berufung zum preußischen Ministerpräsidenten, als er am 30. September 1862 in der Haushaltskommission des preußischen Abgeordnetenhauses eine Rede hielt.¹ Es war in Preußen der Höhepunkt des Heereskonflikts, der sich zu einem Verfassungsstreit zwischen Krone und Parlament ausgeweitet hatte. Nach Gesten und Worten der Beschwichtigung war BISMARCK so unvorsichtig, die Ziele und Methoden seiner Politik in der deutschen Frage zu deutlich erkennen zu lassen. Er sagte:

»Preußens Grenzen nach den Wiener Verträgen sind zu einem gesun-Haushaltskommissiden Staatsleben nicht günstig; nicht durch Reden und Majoritätsbeschlüsse on des preußischen werden die großen Fragen der Zeit entschieden — das ist der große Fehler von 1848 und 1849 gewesen –, sondern durch Eisen und Blut.«² ses, Berlin, 30. 9.

Diese Aussage sollte Bismarck immer wieder einholen und rief bereits bei den Zeitgenossen zum Teil wahrhaft bösartige Kommentare hervor. Unter diesen stach der des Historikers Heinrich von Treitschke hervor, der jedoch später zu einem absoluten Parteigänger Bismarcks hervor, der jedoch später zu einem absoluten Parteigänger Bismarcks Ausgabe, 19 Bde), und zum »Herold der Reichsgründung« von 1871 werden sollte. Kurz nach Bismarcks Rede schrieb Treitschke an seinen Schwager, den spätehier: Bd. 10, S. 140.

¹ Vgl. zu BISMARCK als ›Erfinder‹ einer Politik mit »Eisen und Blut« jüngst in: Theodor HECKER-MANN, Sprechen wir über Bismarck! Der verleumdete Kanzler, München 2011, S. 23 f.

² BISMARCK in der Haushaltskommission des preußischen Abgeordnetenhauses, Berlin, 30. 9. 1862. In: Otto von BISMARCK, *Die* gesammelten Werre (= Friedrichsruher Ausgabe, 19 Bde), Berlin 1924–1935, hier: Bd. 10, S. 140.

BISMARCK hatte keineswegs vor, Deutschland zu unterjochen. Er war nicht der Beiserne Kanzlerk, unter dessen Peitsche das Parlament kuschte – wie die abgebildete amerikanische Karikatur aus dem Jahre 1879 es uns glauben machen will. Außenpolitisch war er nur darauf bedacht, dem neuen Reich Frieden zu sichern. Die

Geschichte zeigt, daß er durch seine Bündnispolitik mehr Kriege verhindert hat, als er führen mußte, und selbst die drei Einigungs-

kriege, die er führte, hat er schnell beendet, sobald das politische Ziel erreicht war.



Bismarck als Erfinder einer Politik mit »Eisen und Blut«?



Otto von Bismarck als Schmied der deutschen Einheit übergibt Germania das neue Reichsschwert, auf dem das lateinische Wort sunitasc steht. BISMARCKS kompromißlose Realund Einigungspolitik zur Lösung der deutschen Frage war erfolgreich. Das neu geschmiedete Schwert der Einheit wird wie eine Fackel von einer Figur zur anderen weitergegeben. Der Druck basiert auf einem Gemälde von Guido SCHMIDT (1834-1922).

ren badischen Kultusminister und Ministerpräsidenten Wilhelm Nokk: »Du weißt, wie leidenschaftlich ich Preußen liebe. Höre ich aber einen so flachen Junker wie diesen Bismarck von dem Eisen und Blute prahlen, womit er Deutschland unterjochen will, so scheint mir die Gemeinheit nur noch durch die Lächerlichkeit unterboten.«³

Dabei hatte sich in einer ähnlich lautenden Weise wie BISMARCK bereits Ernst von Lasaulx, ein christlich-konservativ gesinnter Abgeordneter des Parlamentes der Frankfurter Paulskirche, 1851 im bayerischen Landtag geäußert. Als er sich mit dem Führer der liberalen Opposition, Fürst Wallerstein-Öttingen, ein Rededuell zur deutschen Frage lieferte, sagte Lasaulx das Folgende: »In die weiteren Betrachtungen des Herrn Fürsten über den dermaligen Zustand unseres unglücklichen Vaterlandes kann ich zum Teil einstimmen. Dieser Zustand ist ein trostloser. Wir sind ganz und gar in die Wege des Schicksals geraten, und keine menschliche Macht ist in diesem Augenblicke imstande, die Frage, um deren Lösung es sich handelt, friedlich zu lösen. Sie wird, wie alle großen Fragen im Leben der Völker, auf dem Wege des Schwertes gelöst werden, und ich begrüße den, der den Mut und die Kraft hat, dieses Schwert in die Hand zu nehmen.«⁴

Diese Begebenheit widerlegt klar und eindeutig die weitverbreitete Behauptung, BISMARCK sei sozusagen der Erfinder einer Politik mit »Eisen und Blut« gewesen. Der pommersche Junker habe – so wird ihm vorgeworfen – aus dem Streben nach Hegemonie des preußischen Militärstaats jene Kräfte bekämpft, die Deutschland auf friedlich-freiheitliche Art und Weise hätten einigen wollen, um seine Vorgehensweise, die von »Eisen und Blut«, durchzusetzen. BISMARCK wird in dieser verzerrten Darstellung als Erfinder einer gänzlich unidealistischen ›Realpolitik« angeprangert. Dabei war dieser in Deutschland so negativ aufgeladene Begriff schon im Jahre 1853 durch Ludwig von Rochau in einer Schrift⁶ entwickelt worden. Und auch Camillo Cavour und Abraham Lincoln betrieben zu BISMARCKS Zeit ›Realpolitik«, ohne jedoch dafür wie der »Eiserne Kanzler« kritisiert und regelrecht dämonisiert zu werden.

Matthias Gallas

³ Zitiert nach: Lothar GALL, Bismarck. Der weiße Revolutionär, Frankfurt/M.–Berlin–Wien ⁴1980, S. 258.

⁴ Zitiert nach: Otto von BISMARCK, Gedanken und Erinnerungen, ungekürzte Ausgabe, mit einer Einführung von Hermann PROEBST. München 2007, S. 10.

⁵ Solche Vorwürfe erhebt z. B. Erich EYCK in: *Bismarck*. *Leben und Werk*, 3 Bde., Zürich 1941/43/44.

⁶ Ludwig August von ROCHAU, Grundsätze der Realpolitik. Angewendet auf die staatlichen Zustände Deutschlands, herausgegeben und eingeleitet von Hans-Ulrich WEHLER, Frankfurt/M. u. a. 1972.

Bismarck war kein Befürworter des Absolutismus

Oft wurde und wird Otto von Bismarck als Befürworter des Absolutismus¹ bezeichnet, mitunter sogar als ein Repräsentant desselben. Als Beispiel aus unseren Tagen sei hier die Aussage einer Schülerin zitiert, die im Rahmen einer Facharbeit im Grundkurs Geschichte an der Düsseldorfer Heinrich-Heine-Gesamtschule im Dezember 2004 über Bismarcks Rücktritt (März 1890) schrieb: »Der Rücktritt ließ viele Deutsche aufatmen, die unter Bismarcks Absolutismus gelitten haben.«²

Wirft bereits das hier Zitierte ein sehr bezeichnendes Licht auf das Bild, das die politisch korrektee Geschichtspädagogik heute von Bismarck zeichnet, so erstaunt es auch nicht, daß in der besagten Facharbeit als Zeitgenossin eine seiner vehementesten Gegnerinnen zu Wort kommt. Es ist Victoria, die auch Wickye genannte und aus England stammende Frau des Kronprinzen und späteren p99-Tage-Kaiserse Friedrich III. Sie äußerte über Otto von Bismarck, den sie zutiefst ablehnte und in dessen Augen sie immer nur »die Engländerine blieb, nach seinem 1890 von Kaiser Wilhelm II. erzwungenen Rücktritt die folgenden Sätze, die ihre Abneigung deutlich verraten:

»Was haben wir unter diesem Regime gelitten! . . . Es hat das Leben in Berlin beinahe unerträglich gemacht, wenn man nicht sein verworfener Sklave sein will! . . . Wer nur die Außenseite der Sache sieht, der findet Deutschland stark, groß und geeint. . . Wenn nur auch der Preis bekannt wäre, den das alles gekostet hat!«³

So lassen sich zahlreiche Belege für die verzerrende Darstellung beibringen, BISMARCK sei ein Anhänger und Vertreter des Absolutismus gewesen, da er nur auf dessen Fundamenten seine brutalet Macht- und Expansionspolitik habe betreiben können. Doch kann diese falsche Behauptung durch verschiedene Quellen widerlegt werden, die das genaue Gegenteil beweisen. So führt BISMARCK selbst in seinen Gedanken und Erinnerungen zum Thema Absolutismust folgendes aus: »Die Überzeugung, daß der unkontrollierte Absolutismus, wie er durch Louis XIV. zuerst in Szene gesetzt wurde, die richtigste Regierungsform für deut-



VICTORIAS vernichtendes Urteil über Bıs-MARCK ist nicht gerechtfertigt. Es vertuscht vielmehr die politische Ohnmacht ihres Mannes, des Kronprinzen FRIEDRICH WILHELM und späteren Kaisers FRIEDRICH III. VICTORIAS innigster Wunsch war eigentlich, daß Preußen-Deutschland Juniorpartner Englands auf dem europäischen Festland wirkt.

¹ Vgl. zu dieser Thematik auch: Theodor HECKERMANN, Sprechen wir über Bismarck! Der verleumdete Kanzler, München 2011, S. 25 f.

² Nancy Theuer, *Das Bismarck-Denkmal in Düsseldorf*, Facharbeit im Grundkurs Geschichte bei Herrn Köster, Heinrich-Heine-Gesamtschule, Düsseldorf 2004. URL: http://fkoester.de/denkmaeler/Bismarck/index.php

³ Zitiert nach: Golo Mann, *Deutsche Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts*, Stuttgart-Gütersloh-Wien 1966, S. 438.

Bismarck war kein Befürworter des Absolutismus

⁴ Otto VON BIS-MARCK, Gedanken und Erinnerungen (ungekürzte Ausgabe und mit einer Einführung von Hermann

PROEBST), München

⁵ Ebenda, S. 27.

2007, S. 28.

⁶ Gespräch Bis-MARCKS mit seinem Hausarzt Dr. Eduard COHEN, Friedrichsruh, 22. Oktober 1880. In: Willy Andreas (Hg.), Bismarck Gespräche, Bd. 2: Von der Reichsgründung bis zur Entlassung, Bremen 1965, S. 330. sche Untertanen sei, verliert auch der, welcher sie hat, durch Spezialstudien in den Hofgeschichten und durch kritische Beobachtungen, wie ich sie am Hofe des von mir persönlich geliebten und verehrten Königs FRIEDRICH WILHELM IV. . . . anstellen konnte.«⁴

In die gleiche Richtung zielen diese Ausführungen BISMARCKS aus demselben Werk: »Auch die unumschränkte Autorität der alten preußischen Königsmacht war und ist nicht das letzte Wort meiner Überzeugung. Für letztere war allerdings auf dem ersten Vereinigten Landtage diese Autorität des Monarchen staatsrechtlich vorhanden, aber mit dem Wunsche und dem Zukunftsgedanken, daß die unumschränkte Macht des Königs selber ohne Überstürzung das Maß ihrer Beschränkung zu bestimmen habe. Der Absolutismus bedarf in erster Linie Unparteilichkeit, Ehrlichkeit, Pflichttreue, Arbeitskraft und innere Demut des Regierenden. . .«⁵

Auch andere Personen als BISMARCK selber stehen als Gewährsleute dafür zur Verfügung, daß er kein Absolutist war. Sein Hausarzt Dr. Eduard Cohen berichtet solches von einem seiner Gespräche mit ihm in Friedrichsruh. In den Aufzeichnungen des Dr. Cohen findet sich unter dem 22. Oktober 1880 eine entsprechende Äußerung BISMARCKS, die der Mediziner in indirekter Rede so wiedergibt: »Er sei kein Absolutist. Jeder, der einige Jahre Minister gewesen sei, könne dem Absolutismus nicht das Wort reden. Er habe nicht bloß mit dem Monarchen zu tun, sondern mit seiner Frau – vielleicht seinen Mätressen –, dem ganzen Hofgesindel. Er sei für unbeschränkte Öffentlichkeit, die ihm noch mehr wert sei als der Parlamentarismus.«⁶

Der Hamburger Arzt Dr. Eduard Cohen kann als eine zuverlässige Quelle betrachtet werden, denn er wirkte von September 1880 bis Oktober 1884 als Hausarzt der Familie Bismarck während ihrer Zeit in Friedrichsruh. Cohen stand nach kurzer Zeit in näherer Beziehung zum Reichskanzler, der sich ihm gegenüber mit einiger Offenheit aussprach. Über diese Unterhaltungen hat sich der Arzt stets direkt Aufzeichnungen gemacht und dabei auch Bismarcks Ausdrucksweise festgehalten. Seine Wiedergabe von Bismarcks Selbsteinschätzung stellt eine Bestätigung dessen dar, was der Fürst in Gedanken und Erinnerungen über seine Haltung zum Absolutismus geäußert hat. Aufschlußreich ist übrigens auch die Einzelheit, daß Bismarck in seiner gelegentlichen Derbheit die Menschen am Hof als »Hofgesindel« beschimpfte: So spricht wohl kaum ein Anhänger des Absolutismus.

Matthias Gallas

Bismarcks vermeintliche Allmacht

Schon die Zeitgenossen – deutsche wie ausländische — sprachen offen von BISMARCKS vermeintlicher Allmacht.¹ Diese in der Realität nicht zutreffende Auffassung hat sich bis heute erhalten, wie ein Blick in die Deutsche Geschichte in Dokumenten und Bildern (DGDB) beweist. Es handelt sich um eine umfassende Quellensammlung zur Politik-, Sozial- und Kulturgeschichte Deutschlands von 1500 bis in die Gegenwart. Diese Sammlung besteht aus Textquellen in der ursprünglichen deutschen Fassung und einer englischen Übersetzung sowie aus einer breiten Auswahl von Bildquellen. Das Gesamtwerk ist in zehn Abschnitte gegliedert, die von »namhaften Fachvertretern« erstellt worden sind. In diesem Projekt des Deutschen Historischen Instituts in Washington heißt es in dem Abschnitt 5 (»Politik I: Reichsgründung«) zu BISMARCKS »Allmacht«:

»Eine Zeit lang schien es möglich, daß die bevorstehende Regierungszeit Kaiser Friedrichs III. Bismarcks Allmacht in der Innenpolitik brechen und die liberalen Geschicke wiederbeleben könnte.«²

Bei dieser Einschätzung wird zunächst schon einmal geflissentlich die Tatsache übersehen, daß in der Hierarchie nominell der Monarch – zuerst Wilhelm I., dann ganz kurz Friedrich III. und schließlich Wilhelm II. – eindeutig über Bismarck stand. Dann kommt hinzu, daß dieser es »nicht bloß mit dem Monarchen zu tun [hatte], sondern mit seiner Frau – vielleicht seinen Mätressen –, dem ganzen Hofgesindel«,³ was ihm das Regieren ganz erheblich erschwerte. Bismarck selber hat sich oft genug bitter darüber beklagt, daß er in seinem eigenen Lager gegen eine Vielzahl unterschiedlichster Widersacher anzukämpfen habe. Daß dieses nicht bloß Rührseligkeit war, die wie das Klappern zum Handwerk gehört, belegen z. B. folgende Worte aus Bismarcks eigenem Mund, die sein Pressechef Moritz Busch überliefert hat und die vom 9. November 1870 stammen:

»Als er [BISMARCK] sich gesetzt hatte, ließ er sich eine Flasche Bier geben. Dann seufzte er ein wenig und sagte: ›Ach, ich dachte eben wieder einmal, was ich oft schon gedacht habe, wenn ich nur einmal fünf Minuten die Gewalt hätte, zu sagen: So wird es, und so nicht. — Daß man sich nicht mit Warum und Darum abzuquälen, zu beweisen und zu betteln hätte bei den einfachsten Dingen. — Das ging doch viel rascher bei Leuten wie FRIEDRICH DEM GROSSEN, die selber Militärs waren und zugleich was vom Gange der Verwaltung verstanden und ihre eigenen Minister waren. Auch mit NAPOLEON. Aber hier, dieses ewige Reden- und Bettelnmüssen.«"

¹ Vgl. zu Bismarcks Allmachte Theodor HECKERMANN, Sprechen wir über Bismarck! Der verleumdete Kanzler, München 2011, S. 53 ff. ² URL: http:// germanhistorydocs. ghi-dc.org/ subpage.cfm? subpage_id=1 03&language= german ³ Gespräch Bis-MARCKs mit seinem Hausarzt Dr. Eduard COHEN, Friedrichsruh, 22. Oktober 1880. In: Willy ANDREAS (Hg.), Bismarck Gespräche, Bd. 2: Von der Reichsgründung bis zur Entlassung, Bremen 1965, S. 330. 4 Gespräch Bis-

MARCKS mit den
Mitarbeitern,
Versailles, 9.
November 1870.
In: Willy Andreas
(Hg.), ebenda, Bd.
1: Bis zur Reichsgründung, Bremen 1964,
S. 338.

Bismarcks vermeintliche Allmacht



Nicht BISMARCKS Allmacht trifft zu, sondern die Allmacht des Staates, die BISMARCK im Rahmen einer Realpolitik schuf. Er meinte bezeichnenderweise: »Die einzig gesunde Grundlage eines großen Staates, und dadurch unterscheidet er sich wesentlich von einem kleinen Staate, ist der staatliche Egoismus und nicht die Romantik, und es ist eines großen Staates nicht würdig, für eine Sache zu streiten, die nicht seinem eigenen Interesse angehört.«

Zu sehr mußte sich BISMARCK neben seinen Amtsgeschäften mit dem befassen, was er als »Fürstenerziehung« bezeichnete. Und diese zerrüttete sein Nervenkostüm auf Dauer beträchtlich. Denn bei aller scheinbaren Robustheit war der »Eiserne Kanzler« doch ein hochgradig sensibler Mann von sehr nervösem Temperament. Hier sei ein weiteres Beispiel für seine Klagen über die Unzulänglichkeiten seiner angeblich doch so allmächtigen Stellung angeführt, wieder von Moritz Buscii in seinen Tagebuchblättern festgehalten - diesmal für den 4. Dezember 1870: »Ich wollte schon fertig werden mit mir; aber das, was hinter mir steht, hinter meinem Rücken, oder vielmehr, was auf der Brust liegt, daß ich nicht atmen kann. Das sind Leute, für die die deutsche Sache, die Siegesfrage nicht in erster Linie steht, sondern der Wunsch, in englischen Zeitungen gelobt zu werden. -Ja, wenn man Landgraf wäre. Das Hartsein traue ich mir zu. Aber Landgraf ist man nicht.«5

Eine weitere Bemerkung BISMARCKS bringt es auf den Punkt, wie unrichtig die Behauptung von der Allmacht des »Eisernen Kanzlers« in der Wirklichkeit war und ist. Die Bemerkung ließ BISMARCK in einer Unterredung fallen, die er mit BUSCH am 11. April 1877 über Presseinformationen führte: »Die Leute beurteilen mich in drei Beziehungen falsch: sie halten mich für gesünder, wohlhabender und einflußreicher, als ich in Wirklichkeit bin – besonders für einflußreicher, aber Sie wissen jetzt, wie viel davon wahr ist oder wie wenig.«⁶

⁵ Tischgespräch BISMARCKS, Versailles, 4. Dezember 1870. In: W. ANDREAS, *Bismarcks Gespräche*, Bd. 1, S. 362.

⁶ Gespräch BISMARCKS mit Moritz BUSCH, Berlin, 11. April 1877. In: W. ANDRE-AS, ebenda, Bd. 2, S. 190.

Bismarcks vermeintliche Allmacht

Rechtes Bild: WILHELM I. gewährt BISMARCK eine Audienz im Königlichen Palais, unter den Linden. Das Verhältnis zwischen den beiden war wohlwollend, häufig gespannt, aber sehr fruchtbar. Lithographie nach dem Gemälde von Konrad SIEMENROTH (1834–1915) aus dem Jahre 1887.

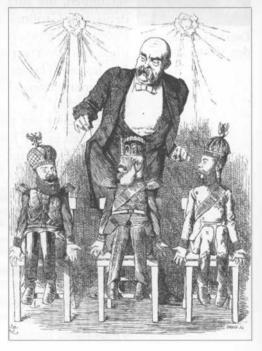
Vor allem in der Bündnispolitik zu Österreich und zu Rußland vertraten Wilhelm I. und Bismarck unterschiedliche Standpunkte, die im Vorfeld zum 1873 unterschriebenen Drei-Kaiser-Vertrag zwischen Rußland, Österreich und Deutschland besonders zum Ausdruck kamen. Das Abkommen wurde durch Bismarck erwirkt, um beide Vertragspartner unter besserer Kontrolle zu haben und eine Annäherung Rußlands an Frankreich zu verhindern. Er zerbrach schließlich an der Bulgarienkrise. *Unten rechts:* Karikatur auf den Drei-Kaiser-Vertrag, erschienen im *Punch* vom 28. 9. 1884.

Um die Dinge bei allzu großem Widerstand doch noch in die von ihm gewünschte Richtung zu bewegen, griff BISMARCK mitunter - und das war gar nicht so selten - zur Rücktrittsdrohung. Dies war z. B. im Rahmen des außenpolitischen Richtungsstreits der Fall, der 1879 zwischen Kaiser WILHELM I. und seinem Reichskanzler BISMARCK tobte. Es ging dabei um die Frage, ob sich das Deutsche Reich wegen der seit dem Berliner Kongreß von 1878 immer unfreundlicheren Haltung Rußlands nicht mit Österreich-Ungarn in einer Allianz zusammenschließen solle. Während BISMARCK das befürwortete, wehrte sich der Monarch gegen diese Umorientierung in der Bündnispolitik und beharrte auf einem Drei-Kaiser-Bündnis zwischen dem Deutschen Reich, Rußland und Österreich-Ungarn. Der Streit ging so weit, daß nicht nur WILHELM I., sondern auch BISMARCK mit seinem Rücktritt drohte.7 Ein Politiker, der wirklich allmächtig ist, muß wohl kaum zur ›ultima ratio‹ einer Rücktrittsdrohung seine Zuflucht nehmen. Daher kann seriös nicht länger von Bismarcks »Allmacht« gesprochen werden.

Matthias Gallas

⁷ Gespräch Bismarcks mit Fürst Chlodwig zu Hohen-Lohe-Schillingsfürst, Bad Gastein, 15. September 1879. In: W. Andreas, ebenda, Bd. 2, S. 286.





Wollte Bismarck von Beginn an Krieg gegen Österreich?



Otto von Bismarck in den 1860er Jahren.

Bereits zu seinen Lebzeiten wurde gegen Otto von BISMARCK der Vorwurf erhoben, er habe wegen seiner antiösterreichischen Grundeinstellung von Anfang an auf einen kriegerischen Konflikt mit der Habsburgermonarchie hingearbeitet.¹ Der preußisch-österreichische Krieg von 1866 lag noch fern, als die Wochenzeitung des Deutschen Nationalvereins (1859–67) in ihrer Ausgabe vom 3. Oktober 1863 gegen den seit September amtierenden preußischen Ministerpräsidenten BISMARCK in dieser Richtung heftig agitierte:

»Der plumpe Versuch des Ministeriums BISMARCK, die Eifersucht des deutschen Volksgeistes gegen Österreich zu einer neuen Stütze seiner wankenden Existenz zu machen, wird elendiglich zuschanden werden.«²

BISMARCK galt seit seinen politischen Anfängen als ein geschworener Gegner Österreichs, als dessen Juniorpartner er seine Preußen nicht länger sehen wollte. Während seiner Zeit als preußischer Gesandter am Bundestag des Deutschen Bundes in Frankfurt am Main (1851–59) verfolgte er einen Kurs der Konfrontation gegenüber Österreich. Mit seinen österreichischen Kollegen lieferte BISMARCK sich immer wieder Auseinandersetzungen, die auch Ausdruck des Gegensatzes zwischen den beiden deutschen Großmächten waren. Einer seiner Gegenspieler, der Freiherr PROKESCH-OSTEN, bezeichnete ihn in einem Brief unter anderem als »Sophist und Wortverdreher, voll kleinlicher und unsauberer Mittel; voll Neides und Hasses gegen Österreich«3 und sah darin auch die Ursache für seinen steten »Kampf gegen die Präsidialbefugnisse.« (gemeint ist: Österreichs)⁴

Der Leiter der preußischen Politik (ab 1862) war fest davon überzeugt, daß es auf kurz oder lang einmal zu einer gewaltsamen Klärung des preußisch-österreichischen Verhältnisses kommen werde. Er stellte in einem Schreiben an Leopold von Gerlach vom 19./20. Dezember 1853 fest, Preußen und Österreich atmeten sich gegenseitig »die Luft

¹ Mit dieser Thematik setzt sich ebenfalls auseinander: Theodor HECKERMANN, Sprechen wir über Bismarck! Der verleumdete Kanzler, München 2011, S. 97 ff. u. 151–154.

² Zitiert nach: Christian Graf von Krockow, Bismarck. Eine Biographie, Stuttgart ³1997, S. 176.

³ Zitiert nach: Eduard Wertheimer, Bismarck im politischen Kampf, Berlin 1929, S. 34.

⁴ Ebenda.

Wollte Bismarck von Beginn an den Krieg gegen Österreich?

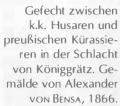
vor dem Munde« fort«. Auf lange Sicht müsse also »einer weichen oder vom anderen gewichen werden«.⁵ Dann kam im Sommer 1866 der deutsche Bruderkrieg mit dem Sieg Preußens gegen Österreich, wodurch der Habsburgerstaat als preußischer Nebenbuhler aus Deutschland herausgedrängt wurde. BISMARCK hatte also eines seiner Hauptziele erreicht, und jetzt bremste er den Triumphwagen mitten im Siegeszug ab – weil er weiter blickte als die einzig dem Augenblick verhafteten preußischen Militärs mit König WILHELM I. an der Spitze. Galt es doch in einer neuen Wendung der eigenen Politik nun, Österreich auf lange Sicht als Alliierten zu gewinnen, so unwahrscheinlich dieses Unterfangen den Zeitgenossen im Sommer 1866 auch vorkommen mochte.

Auf die Zeit vor dem Deutschen Krieg von 1866 übertragen, heißt dies, daß BISMARCK es nicht oder zumindest nur sehr bedingt auf einen Waffengang mit Preußens deutschem Rivalen Österreich angelegt hatte. Dies zeigte unter anderem die einige Zeit lang leidlich funktionierende preußisch-österreichische Zusammenarbeit gegen Dänemark (Deutsch-Dänischer Krieg 1864), die dann über der gemeinsamen Verwaltung von Schleswig-Holstein zerbrach. Daß es sich also im Hinblick auf BISMARCKS Einstellung zur Habsburgermonarchie etwas anders verhalten könnte, als gemeinhin unterstellt wird, legen auch seine folgenden Äußerungen nahe, die Dr. Moritz Busch – sein langjähriger Pressechefe – von einem Gespräch am 28. Januar 1883 (also lange nach 1866) überliefert hat:

»». . . schon sechsundsechzig [1866] habe ich einen Versuch gemacht, mich mit ihnen [den Österreichern] zu verständigen... Schon wie die ersten Schüsse gefallen waren (in Wirklichkeit muß es ungefähr vierzehn Tage früher gewesen sein), schickte ich GABLENZ, den Bruder des Generals, nach Wien zum Kaiser, mit Vorschlägen zum Frieden auf Grund des Dualismus. Ich ließ ihm vorstellen, wir hätten sieben- bis achthunderttausend Mann auf den Beinen, sie auch eine Menge Leute. Da sollten wir uns doch lieber vertragen und eine Frontveränderung vornehmen, nach Westen, beide zusammen gegen Frankreich, und das Elsaß wiedernehmen und Straßburg zur Bundesfestung machen. Die Franzosen wären schwach gegen uns. . . Wenn wir den Deutschen dies als Morgengabe brächten, so würden sie sich unseren Dualismus gefallen lassen. Sie, die Österreicher, sollten im Süden gebieten, über das siebente und achte Armeekorps verfügen, wir über das neunte und zehnte und im Norden Bundesfeldherr sein. ... Nun denn, fuhr er fort, GABLENZ kam mit seinem Auftrag vor den Kaiser, der nicht ungeneigt schien, aber erst den Minister des Auswärtigen hören zu müssen erklärte. Sie wissen, MENSDORFF. Der war aber ein mittelmäßiger, schwacher Kopf, nicht für solche Gedanken geschaffen, und meinte, er müsse sich vorher mit den anderen Ministern beraten. Die waren für den Krieg gegen uns. Der Fi-

⁵ BISMARCK an Leopold VON GERLACH, Frankfurt am Main, 19./20. Dezember 1853, in: Otto VON BISMARCK, Die gesammelten Werke (= Friedrichsruher Ausgabe, 19 Bde.), Berlin 1924– 1935, hier: Bd. 14, S. 334.

Wollte Bismarck von Beginn an den Krieg gegen Österreich?





nanzminister sagte – er dachte, sie würden uns schlagen –, erst müßte er fünfhundert Millionen Kriegskontribution von uns haben oder eine gute Gelegenheit, den Staatsbankrott zu erklären. Der Kriegsminister erklärte sich mit meinem Vorschlag nicht unzufrieden; erst müsse aber gerauft werden, dann könnten wir uns vertragen und über die Franzosen herfallen. So kam Gablenz unverrichteter Sache zurück, und einen oder zwei Tage darauf reisten der König und ich nach dem Kriegsschauplatz ab.«6

Die Existenz des 1871 gegründeten Deutschen Reichs stellte sich von allem Anfang an als eine sehr verletzliche Schöpfung dar. Gefahr lag immer in der Luft und drohte von allen Seiten. Was BISMARCK Anfang Dezember 1870, mitten im Krieg gegen Frankreich, gesagt hatte – daß man auf der Spitze eines Blitzableiters balanciere –, traf nach wie vor zu, und der »cauchemar des coalitions« (Albtraum der Koalitionen) verfolgte ihn permanent. Dazu grollte ihm nach dem Berliner Kongreß 1878 auch noch Rußand – da mußte er sich wohl oder übel andere Staaten als Verbündete suchen. Was lag vor diesem Hintergrund näher, als mit den deutschen Rivalen von einst, den Österreichern, zusammenzuarbeiten? Jetzt machte es sich in der Tat bezahlt, daß BISMARCK 1866 nach Königgrätz deren Schonung durchgesetzt und sich dafür die Gegnerschaft der meisten preußischen Militärs zugezogen hatte. Außerdem paßte es in sein Konzept einer am Gleichgewicht in Europa ausgerichteten Politik, Österreich als Großmacht zu bewahren und in einem nächsten Schritt

⁶ Gespräch BISMARCKS mit Dr. Moritz BUSCH, Berlin, 28. Januar 1883, in: Willy ANDREAS, Bismarck Gespräche, Bd. 2: Von der Reichsgründung bis zur Entlassung, Bremen 1965, S. 373 f.

Wollte Bismarck von Beginn an den Krieg gegen Österreich?

als Verbündeten für das preußisch dominierte Reich zu gewinnen. Dies kann einem Gespräch entnommen werden, das BISMARCK am 9. Februar 1880 mit dem Grafen KALNOKY, der damals österreichischer Botschafter in St. Petersburg war, führte:

»Österreich ist absolut notwendig in Europa; fehlte Österreich als Großstaat im europäischen Staatsconseil [Staatenkonzert], so würden die Interessen Deutschlands durch diese Lücke leiden.«⁷

Wem dieser Beleg für eine Widerlegung der Ausgangsthese noch nicht

ausreichend erscheint, der kann eine Äußerung heranziehen, die der Reichskanzler BISMARCK am 28. Februar 1883 in Berlin gegenüber Österreichs Thronfolger Rudolf tätigte. Am Ende jener Unterredung zwischen Kanzler und Kronprinz sagte Otto von BISMARCK:

»Das eine ist sicher, unser Bündnis steht fest, und hierin sehe ich das größte Glück und werde immer daran arbeiten, es für alle Zukunft dauernd zu befestigen.«⁸

BISMARCKS Einschätzung sollte sich als zutreffend erweisen. Denn nachdem sich am Ende des Ersten Weltkrieges die Doppelmonarchie Österreich-Ungarn aufgelöst hatte, verfiel nicht nur Europa durch die neu entstandenen Staatswesen einer dauernden Instabilität. Auch Deutschland verlor seinen mit Abstand zuverlässigsten Verbündeten – wie BISMARCK es im Gespräch mit RUDOLF vorausgesagt hatte.

Stellt ein unbefangener Betrachter die hier angeführten Gegenbelege zu der Ausgangsthese in Rechnung, ist die bis heute verbreitete Behauptung zumindest als zweifelhaft zu bewerten, BISMARCK

habe es seit Beginn seiner politischen Laufbahn auf einen Zusammenstoß mit Österreich abgesehen und habe daher zielstrebig auf den deutschen Bruderkrieg von 1866 hingearbeitet.



Otto von Bismarck.
Porträt von Franz
VON LENBACH.

Matthias Gallas

⁷ Gespräch BISMARCKS mit Graf KÁLNOKY, Berlin, 9. Februar 1880, in: Willy ANDREAS, ebenda, Bd. 2, S. 294.

⁸ Gespräch Bismarcks mit dem Kronprinzen Rudolf von Österreich, Berlin, 28. Februar 1883, in: Willy Andreas, ebenda, Bd. 2, S. 378.



Erbprinz LEOPOLD VON HOHENZOLLERN-SIGMA-RINGEN (1835–1905). Er kam schon deshalb als Anwärter auf den Thron Spaniens in Frage, weil die Sigmaringer immer katholisch geblieben waren. Das erzeugte aber bei den Franzosen Umklammerungsängste: Man sah sich an die Zeiten Karls V. erinnert.

Sadowa ist der Name eines kleinen Örtchens unweit von Königgrätz und die französische Bezeichnung für die österreichische Niederlage. An der Emser Depesche als Folge der spanischen Thronkandidatur des Prinzen Leopold von Hohenzollern entzündete sich der Deutsch-Französische Krieg 1870/71. Das war die äußere Fassade. Im Kern ging es jedoch um folgendes: Nach dem Sieg der Preußen über Österreich 1866 bei Königgrätz hatten sich die Machtverhältnisse in Mitteleuropa erheblich verschoben. Der Deutsche Bund, in dem noch Österreich das Sagen hatte, wurde aufgelöst, statt dessen der Norddeutsche Bund mit den Ländern nördlich der Mainlinie unter preußischer Führung gegründet. Österreich – geschwächt durch seine Niederlage – blieb außen vor. Frankreich, das während des Adeutschen Krieges neutral geblieben war und sich dafür Gewinne in Richtung Luxemburg und Belgien versprochen hatte, ging leer aus. Die neu entstandene Lage – ohne eigenen Machtzuwachs – wurde in Frankreich als nationales Unglück empfunden. Es entstand der Kampfruf »Rache für Sadowa«,¹ der alsbald in aller Munde war.

Um ihrem Anliegen Gewicht zu verschaffen, versuchten die Franzosen, eine antipreußische Front aufzubauen. Die deutschen Länder südlich der Main-Linie zeigten sich unentschlossen oder verweigerten sich. Österreich zögerte ebenfalls. Es leckte noch die Wunden der gerade erlittenen Niederlage und hegte wohl auch eine gewisse Verärgerung gegenüber Frankreich, weil es ihm im Krieg gegen Preußen nicht geholfen hatte. Versuche, das frisch vereinigte Italien gegen Preußen einzuspannen, blieben ebenfalls ohne Erfolg.

BISMARCK, die deutsche Einigung im Auge, war sich der französischen Politik und der damit verbundenen Gefahren durchaus bewußt. Er versuchte gegenzusteuern und setzte auf die spanische Karte. Die Spanier hatten 1868 ihre unbeliebte Königin abgesetzt und davongejagt. Damit war der Thron vakant geworden. Nun suchten sie händeringend einen neuen König. Um geeigneten Ersatz zu finden, sprachen sie bei verschiedenen europäischen Königshäusern, etwa in Portugal, in Großbritannien, in Bayern, vor. Nach langem Hin und Her entschied sich der spanische Landtag, die Cortez, 1869, dem Hohenzollernprinzen LEO-POLD die Krone seines Landes anzutragen. LEOPOLD stimmte zu. Bis-MARCK, der alsbald merkte, daß die Neubesetzung des Thrones nicht so schnell vonstatten ging, wie es die Spanier wünschten, hatte die Kandidatur unterstützt, um die Franzosen von der deutschen Frage abzulenken. Dabei arbeiteten ihm die Franzosen geradezu in die Hände, »waren sie doch eifrig damit beschäftigt, gegen einen Kandidaten nach dem anderen zu intrigieren, als ob Spanien ihnen gehörte«. So schrieb zutref-

Die Schlacht von Königgrätz (= Sadowa) am 3. Juli 1866 war einer der Wegbereiter für die Deutsche Reichsgründung. Frankreich konnte nicht mehr in den deutsch-deutschen Krieg eingreifen, da Preußen schnell Frieden schloß, statt die günstige Situation für Eroberungen auszunutzen. Österreich schied als deutscher Staat aus, und Preußen wurde Vormacht in Deutschland. 1867 gründete Preußen den Norddeutschen Bund, was in Frankreich als Provokation angesehen wurde.



fend Prof. A. J. P. Taylor in seiner berühmten Bismarck-Biographie.² Kein Staat hat aber das Recht zu bestimmen, wer in einem Nachbarland den Thron besteigt. Dafür zuständig ist immer noch, das wird wohl niemand bestreiten wollen, das betroffene Land selbst. Es wundert also nicht, wenn Bismarck auch einen ihm genehmen Kandidaten mit ins Spiel brachte. Dabei trug er aber auch den französischen Interessen Rechnung, denn Prinz Leopold hätte auch für Frankreich ein durchaus annehmbarer Kandidat sein können, wie sich aus folgendem ergibt:

1. Die Besetzung frei gewordener Königshäuser mit anderen, gelegentlich auch deutschen Dynastien war in Europa nichts Außergewöhnliches. So war es bereits in Belgien 1830, dann in Griechenland, in Rumänien und anderswo geschehen.

2. Prinz Leopold entstammte dem schwäbischen Haus Hohenzollern-Sigmaringen. Die Sigmaringer mit ihrem Sitz in Württemberg waren mit dem preußischen Königshaus in der fränkischen Linie nur ganz entfernt verwandt und bildeten daher seit Urzeiten ein eigenes Adelsgeschlecht. Zwar hatten sie 1849 ihre Souveränität auf die preußischen Hohenzollern übertragen, und ihr Chef trug fortan nur noch den Titel eines Prinzen von Preußen.³ Mit Leopolds Besteigung des spanischen Thrones wäre aber ein neues selbständiges Königshaus entstanden, auf das König Wilhelm von Preußen-Hohenzollern, der spätere Kaiser Wilhelm I., kaum noch irgendwelchen Einfluß hätte ausüben können. Prinz Leopold wäre schließlich in seinen Entscheidungen vom spanischen Parlament abhängig gewesen, das genauso wenig wie er selbst auch nur ansatzweise eine antifranzösische Haltung erkennen ließ.

² A. J. P. Taylor, Bismarck – Mensch und Staatsmann, München 1963, S. 113.

³ Hellmuth RÖSSLER (Hg.), Biographisches Wörterbuch zur deutschen Geschichte, Saur, München ²1993, S. 1235.

⁴ Otto von Bis-MARCK, Gedanken und Erinnerungen, Bd. 2, neue Ausgabe, Stuttgart-Berlin

⁵ Franz Herre, Moltke. Der Mann und sein Jahrhundert, Stuttgart ²1984, S. 280.

1924, S. 92.

⁶ A. J. P. TAYLOR, Bismarck, aaO. (Anm. 2), S. 112, u. David WETZEL, Duell der Giganten. Bismarck, Napoleon III. und die Ursachen des deutsch-französischen Krieges 1870-1871, Paderborn-München-Wien-Zürich 2005, S. 84. Das letztere Buch ist eines der besten zum Thema. Flüssig geschrieben, hervorragend belegt und argumentativ sehr überzeugend.

⁷ Militärgeschichtliches Forschungsamt, Wolfgang von GROOTE u. Ursula von GERSDORFF (Hg.), Entscheidung 1870. Der deutschfranzösische Krieg, Stuttgart 1966, S. 19.

3. LEOPOLD war verheiratet mit der Tochter eines vormaligen Königs von Portugal, außerdem verwandt mit dem Prinzen Andreas MURAT und der Stephanie DE BEAUHARNAIS, einer Adoptivtochter von NAPOLEON I. Sein jüngerer Bruder wurde gar auf französischen Vorschlag Fürst von Rumänien.⁴

4. LEOPOLD war Katholik, ein Umstand, der Frankreich durchaus genehm sein mußte, denn seine Bewohner hingen im Gegensatz zu Preußen zu ganz überwiegendem Teil der katholischen Glaubenslehre an.

Nehmen wir nur diese vier Gesichtspunkte zusammen, so scheint das Urteil des Historikers Franz Herre nicht unbegründet: »Leopold wäre als König von Spanien ein so guter Spanier geworden, wie der Prinz von Coburg ein guter Engländer geworden war.«⁵

Für Frankreich zudem von besonderer Bedeutung war folgender Umstand: Spanien war seinerzeit ein heruntergekommener, ziemlich machtloser Staat. Innenpolitisch lag es danieder, ein Bürgerkrieg war nicht ausgeschlossen. Hinzu kamen fortlaufende Schwierigkeiten in seinen Kolonien, die es, wie etwa Kuba, das damals noch zu Spanien gehörte, nicht befrieden konnte. Leopold hätte also zunächst einmal in seinem neuen Haus für Ruhe und Ordnung sorgen müssen, um Spanien wieder auf die Beine zu bringen. Das allein hätte seine Arbeitskraft voll in Anspruch genommen und Jahre, wenn nicht Jahrzehnte gedauert. Es wäre also für Frankreich genug Zeit verblieben, sich auf die neue Situation einzustellen.

BISMARCK verfolgte mit der Thronkandidatur LEOPOLDS die Absicht, ein Gegengewicht zu dem von Frankreich angestrebten Machtgefüge herzustellen, mit dem Ziel, es aus den Problemen Mitteleuropas herauszuhalten. Eine militärische Auseinandersetzung mit Frankreich wollte er damit, wenn irgend möglich, vermeiden und keineswegs heraufbeschwören.⁶ Als die Thronkandidatur LEOPOLDS öffentlich bekannt wurde und die Krise losbrach, befanden sich König Wilhelm zur Kur in Bad Ems, BISMARCK auf seinem Gut in Varzin, und Prinz LEOPOLD kletterte in den österreichischen Alpen.

Von Kriegsabsichten auf seiten Preußens war also weit und breit keine Spur. Sollte es wider Erwarten aber doch zu einem Kriege kommen, so nahm BISMARCK an, »ein solches Spanien würde, ohne in den Krieg einzugreifen, zwei französische Armeekorps festhalten«.⁷ Das war eine ganz normale Überlegung, die angesichts des Sadowa-Geschreis in Frankreich nur allzu verständlich war.

Anders war die Lage in Frankreich. Die französische Presse tobte und behauptete frank und frei, ihr Land würde nun im Osten wie im Süden von zwei feindlichen Mächten bedroht. Anstatt aber die veränderte Lage nüchtern zu begutachten und auf diplomatische Mittel zu setzen, er-

Sie zählten zu den erklärten Befürwortern eines Waffenganges gegen Preußen. Von oben: Ministerpräsident Emile Ollivier, Außenminister Antoine Alfred Acénor, Duc De Gramont, und Kaiserin Eugénie, die Gemahlin Napoleons III.

schall in den französischen Zeitungen immer lautstärker der Ruf nach Rache, der jetzt eindeutig an die Waffen appellierte. Die Thronkandidatur Leopolds mochte und sollte den Franzosen nicht in den Kram passen. Grund für eine derartige Überreaktion bestand jedoch nicht. Es war ein diplomatischer Schachzug, wie er in der Politik immer wieder vorkommt. Doch der französische Groll gegen Preußen saß tief. Eine militante Stimmung fand sich nicht nur in der französischen Presse, sondern erfaßte auch die französischen Führungseliten, denen eine preußische Vormachtstellung in Deutschland ein Dorn im Auge war. Hier waren es in Paris vor allem der Außenminister Gramont, der Ministerpräsident Emile Ollivier und die Kaiserin Eugenie, die Gemahlin Napoleons III. Letzterer schwankte zwischen den Extremen.

Die französische Politik gestaltete sich wie folgt: Am 6. Juli erklärte Außenminister Gramont vor der französischen Nationalversammlung:

»Wir hoffen, daß diese Eventualität (Thronbesteigung durch Prinz Leopold, D. K.) sich nicht verwirklichen wird; wir rechnen dabei auf die Weisheit des deutschen und die Freundschaft des spanischen Volkes. (Granier de Cassagnac: und auf unsere Entschlossenheit) Wenn es anders kommen sollte, so werden wir, stark auch durch Ihre Unterstützung, meine Herren, und durch die der Nation, unsere Pflicht ohne Zaudern und ohne Schwäche zu erfüllen haben.«⁸ Das war nichts anderes als eine offene Kriegsdrohung von seiten der französischen Regierung selbst.

Frankreich verlangte damit ultimativ von Preußen, was in dieser Sache nach außen bisher aber gar nicht in Erscheinung getreten war, Prinz Leopold zum Verzicht auf die Thronkandidatur zu veranlassen. Beeindruckt durch die scharfen französischen Reaktionen und die daraus zu befürchtenden Folgen, entschloß sich Prinz Leopold schließlich zu verzichten. König Wilhelm stimmte zu. Der Vater Leopolds, Karl Anton, teilte den Verzicht seines Sohnes am 12. Juli den Franzosen und Spaniern mit, woraufhin auch die Spanier ihr Angebot zurückzogen.

Damit hätte die Angelegenheit eigentlich erledigt sein müssen. Frankreich hatte sich durchgesetzt. Seinem Prestige war Genüge getan. Doch den Franzosen war das nicht genug. Sie sattelten einen drauf und verlangten von Preußen, nun auch »für alle Zukunft« eine hohenzollernsche Kandidatur auf den spanischen Thron zu verhindern, ein ziemlich einmaliges Verlangen in der weltweiten Geschichte der Diplomatie. Über das Gespräch des französischen Botschafters Benedettit mit dem preußischen König Wilhelm, der seinerzeit gerade in Bad Ems zur Kur weilte,







8 Ernst Deuerlein, Die Gründung des Deutschen Reiches in Augenzeugenberichten, Düsseldorf 1970, S. 34 f.



Heinrich ABEKEN (1809–1872) erlebte 1870 den Höhepunkt seiner politischen Tätigkeit als Berater des Königs während der Juli-Krise in Bad-Ems.

Heinrich Abeken, Ein schlichtes Menschenleben in bewegter Zeit, Berlin 1910, S. 386.
BISMARCK, Gedanken, aaO. (Anm. 4), S. 95. telegraphierte Geheimrat Abeken vom Außenministerium am 13. Juli 1870 an BISMARCK:

»Se. Majestät der König schreibt mir: ›Graf Benedetti fing mich auf der Promenade ab, um auf zuletzt sehr aufdringliche Art von mir zu verlangen, ich sollte ihn autorisieren, sofort zu telegraphieren, daß ich für alle Zukunft mich verpflichtete, niemals wieder meine Zustimmung zu geben, wenn die Hohenzollern auf ihre Kandidatur zurückkämen. Ich wies ihn zuletzt etwas ernst zurück, da man à tout jamais dergleichen nicht nehmen dürfe noch könne. Natürlich sagte ich ihm, daß ich noch nichts erhalten hätte (gemeint sind die Verzichtserklärungen LEOPOLDS und der spanischen Regierung, D. K.), und, da er über Paris und Madrid früher benachrichtigt sei als ich, wolle er einsehen, daß mein Gouvernement wiederum außer Spiel sei. Se. Majestät hat seitdem ein Schreiben des Fürsten bekommen. Da Se. Majestät dem Grafen Benedetti gesagt, daß er Nachricht vom Fürsten erwarte, hat allerhöchst derselbe, mit Rücksicht auf die obige Zumutung, auf den Grafen EULENBURG und meinen Vortrag beschlossen, den Grafen BENEDETTI nicht mehr zu empfangen, sondern ihm nur durch einen Adjutanten sagen zu lassen, daß Se. Majestät jetzt vom Fürsten die Bestätigung der Nachricht (Rücktritt LEOPOLDS, D. K.) erhalten, die BENEDETTI aus Paris schon gehabt, und dem Botschafter nichts weiter zu sagen habe.

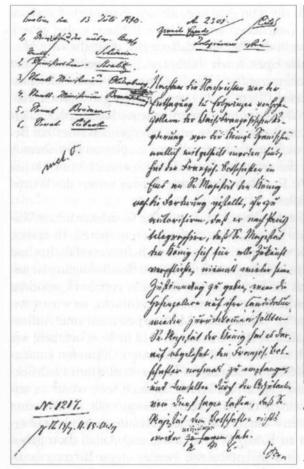
Se. Majestät stellt Ew. Excellenz anheim, ob nicht die neue Forderung BENEDETTIS und ihre Zurückweisung sogleich sowohl unseren Gesandten als in der Presse mitgeteilt werden solle.«⁹

Als BISMARCK diesen Brief erhielt, machte sich bei ihm große Niedergeschlagenheit breit, waren doch seine Absichten in der Spanienfrage



auf der ganzen Linie gescheitert. Er empfand es als demütigend, daß Leopold mit Zustimmung König Wilhelms aufgrund der französischen Drohungen so sangund klanglos nachgegeben hatte, und dachte an Rücktritt. Doch seine Weggefährten, der preußische Kriegsminister Roon und der Generalstabschef Moltke, richteten ihn wieder auf. Die diplomatische Schlappe mußte irgendwie ausgebügelt werden.

BISMARCKS Rittergut Varzin. Dort erreichte ihn Heinrich ABEKENS Brief aus Bad Ems. Das Gemälde von Alexander Duncker entstand um 1860.





Links: Den von Bismarck umformulierten, auf das Wesentliche zusammengefaßten Text der Emser Depesche faßte Napoleon III. als Kriegsgrund auf. Rechts: Graf Vincent Benedetti in Bad Ems am 13. Juli 1870.

BISMARCK redigierte daraufhin den vorgenannten Text ABEKENS wie folgt: »Nachdem die Nachrichten von der Entsagung des Prinzen von Hohenzollern der französischen Regierung von der Königlich-Spanischen amtlich mitgeteilt worden sind, hat der französische Botschafter in Ems an S. M. den König noch die Forderung gestellt, ihn zu autorisieren, daß er nach Paris telegraphiere, daß S. M. der König sich für alle Zukunft verpflichte, niemals wieder seine Zustimmung zu geben, wenn die Hohenzollern auf ihre Kandidatur zurückkommen sollten.

S.M. hat es darauf abgelehnt, den französischen Botschafter nochmals zu empfangen, und denselben durch den Adjutanten vom Dienst sagen lassen, daß S.M. dem Botschafter nichts weiter mitzuteilen habe.«¹¹

MOLTKE meinte zur neuen Form: »So hat das einen anderen Klang, vorher klang es wie Chamade (Rückzugsbefehl, D. K.), jetzt wie Fanfare (Angriffsbefehl, D. K.) in Antwort auf eine Herausforderung.«¹²

¹¹ ABEKEN, Ein schlichtes Menschenleben..., aaO. (Anm. 9), S. 387.

¹² BISMARCK, *Gedanken*, aaO. (Anm. 4), S. 103.



Die Audienz WIL-HELM-BENEDETTI in Bad Ems.



Wilhelm LIEBKNECHT (1826–1900). Der Sozialist ergriff 1870 öffentlich Stellung gegen den Deutsch-Französischen Krieg.

In der von ihm veränderten Form gab BISMARCK das Geschehen an die Öffentlichkeit, wobei er sich bewußt darüber war, daß die Bekanntgabe »den Eindruck eines roten Tuches auf den gallischen Stier machen werde«. ¹³ Die Erregung in Frankreich kannte keine Grenzen. GRAMONT verlangte sogleich, König WILHELM müsse nunmehr an Kaiser NAPOLEON III. auch noch »einen entschuldigenden Brief zur Beschwichtigung der französischen Nation schreiben«. ¹⁴ Als dieser ausblieb, erklärte Frankreich vom 13. Juli 1870 Preußen den Krieg. Damit waren die Würfel gefallen.

Gegner BISMARCKS, etwa der Sozialistenführer Wilhelm LIEBKNECHT, behaupteten später, BISMARCK habe die Emser Depesche »inhaltlich verfälscht« und

damit den Krieg »unvermeidlich gemacht«.¹⁵Diese Beschuldigung ist unzutreffend. BISMARCK hat die Emser Depesche nicht verfälscht, sondern lediglich gestrafft und in eine geeignetere Form gebracht, so wie es seiner Pflicht und Aufgabe als preußischer Ministerpräsident und Außenminister entsprach. Inhaltliche Abweichungen sind nicht ersichtlich, wie sich aus einem Vergleich mit den oben abgedruckten Urkunden eindeutig ergibt. Auch die Veröffentlichung in der Presse wurde ihm ausdrücklich anheimgestellt. Krieg gegen Frankreich lag auch jetzt weder in seinem Interesse noch in seiner Absicht. Hätte er ihn gewollt, so hätte ihm das französische Verhalten – die fortlaufenden Drohungen und die übersteigerten Forderungen an König WILHELM – genug Anlaß dazu geboten. Doch nirgendwo sind irgendwelche Forderungen BISMARCKS an Frankreich verbürgt, die auf Krieg schließen ließen.

BISMARCK wollte von Frankreich in Ruhe gelassen werden. Das war alles. Wenn er sich auch mit MOLTKE in militärischen Angelegenheiten besprach, so ging es stets darum, ob Frankreich angreifen werde, niemals aber Preußen. Bei der Redigierung der Emser Depesche, dem Versuch, Frankreich in die Schranken zu weisen, verfuhr er auf gleiche Weise. BISMARCK war in dieser Sache gewiß nicht provokativer als die Franzosen. Anders ausgedrückt: Ein grober Klotz wurde mit einem

¹³ Bismarck, *Gedanken*, ebenda, S. 103.

¹⁴ Robert LORD, *The Origins of the War of 1870*, London 1924, Dokumente 176, 183 u. 185. Vgl. dazu auch: Jochen Dietrich, *Bismarck, Frankreich und die spanische Thronkandidatur der Hohenzollern*, München 1962, S. 300.

¹⁵ Wilhelm LIEBKNECHT, Die Emser Depesche oder wie Kriege gemacht werden, Nürnberg ²1892, S. 4.

groben Keil beantwortet. Darin lag auch die Bedeutung vom »roten Tuch« 16

Die französische Regierung sollte im Zaum gehalten, vielleicht sogar ins Wanken gebracht, nicht aber der Krieg herbeigeführt werden. Wie man die Dinge auch dreht und wendet, die Entscheidung über Krieg oder Frieden lag eindeutig bei Frankreich. Überzeugende Gründe für seine Kriegserklärung an Preußen lassen sich nicht finden. Die Franzosen hatten schließlich die Krise selbst herauf beschworen. Die Spannungen im Zusammenhang mit der spanischen Thronkandidatur waren kein Grund, mit Krieg zu drohen. Das Verlangen, für alle Zukunft die Thronbesteigung eines Hohenzollern zu verhindern, und die geforderte Entschuldigung gingen weit über das Übliche hinaus, waren nicht nur provokativ, sondern auch demütigend. Der redigierten Emser Depesche wäre zudem leicht mit großer Herausstellung des Thronverzichts LEOPOLDS zu begegnen gewesen, so daß Preußen immer noch als zweiter Sieger dagestanden hätte. Was die Franzosen nicht begreifen wollten, war die schlichte Tatsache, daß die BISMARCKSche Politik ihnen gegenüber nicht offensiv, sondern defensiv ausgerichtet war. Ihr Bemühen, sich überall einmischen zu wollen, wurde ihnen letztlich zum Verhängnis. Die Ironie der Geschichte war: Der Deutsch-Französische Krieg führte zur deutschen Einheit, die Frankreich doch verhindern wollte.

Daß Frankreich mit der Kriegserklärung eindeutig den Bogen überspannt hatte, das war dann auch so ziemlich allgemeine Meinung. Allen voran urteilte die *London Times*, die sich folgendermaßen äußerte:

»Das größte nationale Verbrechen, das seit dem ersten französischen Kaiserreich geschehen, ist nun vollzogen. Ein ungerechter, absichtlich angelegter Krieg ist erklärt – das letzte Ergebnis eines persönlichen Regiments. . . Über das eine kann gegenwärtig kein Zweifel herrschen, daß aller Welt Sympathien sich jetzt dem angegriffenen Preußen zuwenden. Napoleon hat sich zu einer unpolitischen und verbrecherischen Tat hinreißen lassen. . .«¹⁷

Ganz ähnlich äußerte die englische Königin VICTORIA am 20. Juli 1870 gegenüber König WILHELM die Ansicht: »Hier macht niemand aus seinen Gefühlen über das unerhörte Unrecht des Krieges und das unent-

¹⁶ TAYLOR, aaO. (Anm. 2), S. 117 f., weist darauf hin, daß BISMARCKS spätere Äußerungen zur Frankreichfrage gelegentlich schärfer gewesen seien als seine Äußerungen zur Zeit des Geschehensablaufs selbst. Er gibt den zeitnahen Äußerungen den Vorzug, da näher an den Ereignissen. Ebenso Johannes HALLER, in: *Tausend Jahre deutsch-französischer Beziehungen*, J. G. Cottasche Buchhandlung Nachf., Stuttgart 1936, S. 177.

¹⁷ DEUERLEIN, Die Gründung des Deutschen Reiches, aaO. (Anm. 8), S. 44.



Adolphe THIERS. Vor dem Ausbruch des Deutsch-Französischen Krieges 1870 gehörte er zu den entschiedensten Kriegsgegnern.



NAPOLEON III. bestieg den Thron am 14. Januar 1852. Während seiner Regierungszeit war er einzig bestrebt, mit sogenannten Kompensationen einen territorialen Zugewinn für Frankreich zu erlangen – was ihm auf der ganzen Linie mißlang; man denke u. a. an die Luxemburg-Affärec.

schuldbare Verhalten der Franzosen einen Hehl. Wir dürfen uns vor der Welt nicht weiter äußern, aber die öffentliche Meinung ist ganz und gar auf Ihrer Seite, was sie vorher nicht war.«¹⁸

Die Königin bestätigte damit die Auffassung ihres Premierministers GLADSTONE, der noch in den letzten Friedenstagen seine Empörung über die französische Politik dem Grafen Bernstorff, dem preußischen Botschafter in London, mitgeteilt hatte. Bernstorff berichtete darüber nach Berlin: »GLADSTONE ist der Meinung, daß wir bis an die äußerste Grenze der Versöhnlichkeit gegangen sind und Frankreich im flagrantesten Unrecht sein würde, wenn es tatsächlich Krieg anfangen sollte.«¹⁹

Der österreichische Staatskanzler BEUST meinte: »Es war ursprünglich sehr leicht, die Angelegenheit auf diplomatischem Wege zu erledigen. Was man in Paris tat, mußte den Krieg unvermeidbar machen.«²⁰

Der oppositionelle französische Abgeordnete Adolphe Tillers, der spätere Präsident der Dritten Republik und bekannter Historiker, erklärte in der Kammersitzung vom 15. Juli 1870: »Wir haben immer gewünscht, daß Sadowa Vergeltung finden und haben es wiederholt ausgesprochen, daß sich Preußen einmal in einer überaus schwierigen Lage befinden wird, nämlich an dem Tage, wo es seine Hand auf die unabhängig gebliebenen deutschen Staaten legt. Auf diesen Tag müssen wir warten, denn dann würde Preußen einen großen Teil Deutschlands, dazu Österreich und fast ganz Europa gegen sich haben... Wenn es sich darum handelte, den Verzicht der Kandidatur des Prinzen von Hohenzollern durchzusetzen, würde ich mit meiner ganzen Kraft Ihnen zur Seite stehen. Meine müde Stimme würde mit der Ihrigen darauf dringen, daß Frankreich Gerechtigkeit widerfahre, daß seine Interessen gewahrt würden; aber es berührt mich schmerzlich, die feste Überzeugung aussprechen zu müssen, daß eigentlich alles erreicht ist. Und nicht nur dies, Sie haben noch eine bedeutende moralische Wirkung erzielt, und es ist ein schwerer Fehler, daß Sie sich nicht damit begnügt haben. Aber, wirft man ein, auf die Kandidatur ist nicht für alle Zeiten Verzicht geleistet. . . Da frage ich, ob ein verständiger Mensch auf den Gedanken kommen kann, daß Preußen nach dem wenig glänzenden Rückzug jemals wieder auf die Kandidatur zurückkommen wird. Ich wiederhole es also, nicht wegen der Interessen Frankreichs haben wir den Krieg, sondern durch die Schuld des Kabinetts.«21

¹⁸ Octave Aubry, *Das zweite Kaiserreich*, Rentsch, Zürich-Leipzig o. J. (ca. 1950), S. 704.

¹⁹ LORD, The Origins, aaO. (Anm. 14), S. 228 (Dok. Nr. 179).

²⁰ Haller, aaO. (Anm. 16), S. 176.

²¹ Gerhard GEISSLER, Europäische Dokumente aus fünf Jahrhunderten, Esche, Leipzig 1939, S. 679 f.



Szene aus dem Deutsch-Französischen Krieg: Die Badenser an der Lisaine (in der Nähe von Belfort) unter General August Graf von Wer-DER am 15.–17. Januar 1871.

Spätere Schuldeingeständnisse NAPOLEONS III. unterstreichen das: Kurz vor Kriegsausbruch erklärte er: »Wir haben keinen richtigen Grund zum Krieg. Trotzdem werden wir uns für ihn entscheiden müssen, um dem Willen des Landes zu gehorchen.«²²

Im nachhinein, in einem Brief vom 2. Mai 1871 an die Gräfin Louise Mercy-Argenteau, schrieb er: »Ich gebe zu, daß wir die Angreifer gewesen sind.«²³

Der große Franzose und bekannte Deutschenhasser George CLE-MENCEAU machte späterhin seinem Herzen Luft, als er vorwurfsvoll bemerkte: »1870 erklärte NAPOLEON III. in einem Augenblick des Wahnsinns den Krieg an Deutschland. Kein guter Franzose hat je gezögert zuzugestehen, daß das Unrecht an diesem Tage auf unserer Seite war.«²⁴

Das sind klare Aussagen, die an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig lassen. Die Rache für Sadowa trug ihre Früchte.

Dankwart Kluge



Am 16. 11. 1870 wählten die spanischen Cortes den savoyischen Prinzen Amadeus, Herzog von Aosta, zum König, der am 2. 1. 1871 die Regierung antrat.

²² Theodor Schieder u. Ernst Deuerlein (Hg.), Reichsgründung 1870/71, Stuttgart 1970, S. 94.

²³ Bulletin Officiel de la Société d'Etudes documentaires et critiques sur la guerre vom 15. März 1923. Hier wiedergegeben nach: HISTORICUS, *Frankreichs 33 Eroberungskriege*, Genf 1935, S. 71.

²⁴ Günther ZEMELLA, Chronologie zur Kriegsschuldfrage, Grabert, Tübingen 2012, S. 11.

Zur Richtigstellung Nr. 934 nebenstehende Ergänzung. Noch in unseren Tagen stellen unverbesserliche, voreingenommene Individuen die längst durch klare Fakten widerlegte Behauptung auf, BISMARCK habe den Deutsch-Französischen Krieg von 1870/71 in vorsätzlicher Manier herbeigeführt. Auf der Internetseite Blick auf die Welt – von Beer Sheva aus schreibt unter Pseudonym eine Verfasserin diese unglaublichen Zeilen:

»Daß Preußen 1870 einen aggressiven Angriffskrieg gegen Frankreich vom Zaun brach, wird niemand in Zweifel ziehen wollen. Zu bekannt ist die Emser Depesche, mit der BISMARCK den Krieg erzwang. Die westliche Welt ist sich einig, daß Gebietsgewinne aus solchen Kriegen völkerrechtswidrig sind. Die Frage Elsaß-Lothringen hat sich nach dem 2. Weltkrieg wohl erledigt.«²

Die zitierte Verfälschung zu 1870/71 kann als solche mit einem Vertreter des marxistischen Lagers leicht entlarvt werden. Denn der auch im Westen renommierte DDR-Historiker und BISMARCK-Biograph Ernst Engelberg weist darauf hin, daß sich in historischer Hinsicht das Frankreich Napoleons III. ins Unrecht gesetzt habe, indem es sich der nationalstaatlichen deutschen Einheitsbewegung in den Weg gestellt habe. Engelberg verweist in diesem Kontext auf Frankreichs sozialistischen Politiker und Historiker Jean Jaurès, der trotz seiner Aversion gegen alles Preußische immer wieder auf genau jenes französische Fehlverhalten im Jahre 1870 abgehoben und dieses scharf kritisiert habe.³

Matthias Gallas

¹ Vgl. zu BISMARCKS Verhältnis zu den Franzosen u. a.: Theodor HECKERMANN, *Sprechen wir über Bismarck! Der verleumdete Kanzler*, München 2011, S. 99f., 121 f. u. 167 ff.

² beer7: Grenzziehung Deutschland fuer Zollzwecke. 4. November 2009. In: *Blick auf die Welt – von Beer Sheva aus*. URL: http://beer7.wordpress.com/2009/11/04/grenzziehung-deutschland-fuer-zollzwecke/

³ Ernst Engelberg, Bismarck. Urpreuße und Reichsgründer, (Ost-) Berlin 1985, S. 726.

Für den Deutsch-Französischen Krieg von 1870/71 wurden Preußen-Deutschland im allgemeinen und BISMARCK im besonderen immer wieder Greueltaten an Frankreichs Soldaten und Zivilbevölkerung vorgeworfen. An dieser Stelle sei als im negativen Sinne herausragendes Beispiel die zeitgenössische Brüsseler Zeitung *Indiscrète* zitiert, die im November 1870 das Folgende schrieb:

»Indem er. . . 1870 Frankreich abwürgte, es zugrunde richtete und ihm den Ölzweig des Friedens versagte, hat Herr von Bismarck immer nur mit kaltem Blute auf den Tod der Unschuldigen spekuliert. Dieser hochfahrende, anmaßende und brutale Mensch wohnt fühllos der Hinrichtung ganzer Völker bei und zeigt der Welt, wie weit es die Menschenseele

im Raffinement der Grausamkeit bringen kann.«1

Nicht genug damit, daß, obwohl Paris den Preußen den Krieg erklärt hatte, BISMARCK in dieser bizarr verzerrenden Darstellung unter Bezug auf den Krieg von 1870/71 als Aggressor erscheint, der Frankreich den Frieden versagt habe. Er wird überdies noch als ein Mann verleumdet, der kaltblütig den Tod unschuldiger Menschen in Kauf nehme und ungerührt dem Mord an ganzen Völkern zuschaue. Letzteres unterstellt indirekt den in Frankreich kämpfenden deutschen Truppen, sie massakrierten die einheimische Bevölkerung.

Die hier wiedergegebenen, grob diffamierenden Beschuldigungen stellten aber seinerzeit keine Seltenheit dar, sondern waren murk ein Gipfel der ungezügelten Attacken französischer und anderer Blätter gegen BISMARCK. Moritz BUSCH, sein Pressecheft, der ihn 1870/71 in Frankreich begleitete, berichtet in seinen Aufzeichnungen, wie sein Vorgesetzter ihm den Brüsseler *Indiscrète* schon zuvor genannt habe. Es war BUSCH zufolge »das Blatt, auf das sich der Chef neulich bezogen hatte, als er über die Untaten klagte, die ihm die französischen Journalisten nachredeten. Ich notierte mir einiges als Probe der Fülle von geschmacklosen, plumpen und unsinnigen Verleumdungen, mit denen die französische Presse uns in dieser Zeit bekämpfte«.²

In Anbetracht all dieser Vorwürfe an die deutsche Adresse erscheint es im Sinne historischer Wahrheit nur gerecht, näher auf die Thematik der Franktireurs³ einzugehen, die im Krieg von 1870/71 auf französischer Seite kämpften und deren Vorgehensweise damals der deutschen Seite häufig Anlaß zu massiven Beschwerden gab.

Nach einer neueren Publikation zum Deutsch-Französischen Krieg von 1870/71⁴ kann dieser Krieg in eine Phase »herkömmlicher« Kriegführung und in eine Phase mit Elementen des Kleinkriegs unterteilt wer-

¹ Moritz Busch, Bismarcks große Tage. Ein Chronist erlebt die Reichsgründung, neu herausgegeben von Gert Sudholt, Berg 1990, S. 157.

² Buscii, ebenda, S. 155. ³ Der Begriff wurde

gebildet aus frz.

›franc‹ (frei) und

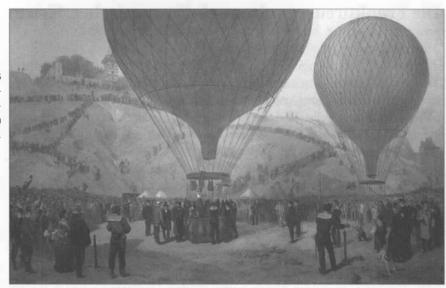
›tireur‹ (Schütze).

⁴ Es handelt sich

dabei um: Jan Ganschow, Olaf Haselhorst u. Maik Ohnezeit (Hg.), Der Deutsch-Französische Krieg 1870/71. Vorgeschichte. Verlauf.

Folgen, Ares, Graz 2009.

Léon Gambettas Flucht aus dem belagerten Paris mit einem Heißluftballon am 7. Oktober 1870.





Léon GAMBETTA (1838–1882) war 1870 Mitglied der Regierung der Nationalen Verteidigunge. Er setzte sich nach Sedan für die guerre à outrancee, für den Krieg bis zum äußerstene ein.

den. Die erste Phase erstreckte sich demnach auf August/September 1870, die zweite auf den Zeitraum September 1870 bis Januar 1871. Die Änderung in der Kriegführung trat mit dem Sturz des Kaiserreichs NA-POLEONS III. und der Ausrufung der Republik am 4. September 1870 ein, die Léon GAMBETTA, einem kleinbürgerlichen Demokraten, mehr Einfluß auf das militärische Vorgehen brachte. Dieser setzte sich jetzt mit seinem Plan eines Volkskrieges durch und wurde am 7. Oktober 1870 von dem Gouvernement de la défense nationale unter dem Vorsitz des Generals Trochu mit der Leitung des Krieges in der Provinz betraut. GAMBETTA erklärte, Frankreich werde nunmehr den Partisanenkrieg intensivieren und zum Nationalkrieg übergehen. Nach seiner im Heißluftballon durchgeführten Flucht aus dem von deutschen Truppen belagerten Paris setzte GAMBETTA den Guerillakrieg mit bewaffneten Zivilisten ins Werk. Es gab jetzt verstärkt Gefechte zwischen Francs-Tireurse (wie die Franzosen ihre Freischärler nannten) und den deutschen Streitkräften. Letztere griffen zu Repressalien als Vergeltung für GAMBETTAS »guerre à outrance« (Krieg bis zum äußersten), den man heute wohl als asymmetrische Kriegführung bezeichnen würde.5

Der französische Guerillakrieg stellte sich wie folgt dar. Oft schossen einzelne Franzosen aus ihren Häusern ohne besonderen Anlaß auf deutsche Soldaten, die vorbeimarschierten.⁶ Häufig kam es deutschen Quel-

⁵ Jan Ganschow, »Kriegsvölkerrecht im Deutsch-Französischen Krieg 1870/71«, in: ebenda, S. 283–430, hier: S. 351 f.

⁶ Frank Kühlich, *Die deutschen Soldaten im Krieg von 1870/71*, Frankfurt/M. 1995, S. 305.

len zufolge auch dazu, daß scheinbar friedlich ihrer Feldarbeit nachgehende Bauern die Deutschen hinterrücks beschossen, wenn diese weit genug von ihnen entfernt waren.7 Auf dem Marsch und in den von ihnen besetzten Dörfern wurden kleinere deutsche Einheiten angegriffen. Objekte von Attacken waren auch die Feldpost, Versorgungskolonnen, Gefangenentransporte oder Eisenbahnzüge. Nach alter Guerillamanier beschossen die Franzosen von Waldrändern, Böschungen, Gebäuden oder von sonstigen Verstecken aus die deutschen Soldaten, zogen sich jedoch bei deren Gegenwehr gleich zurück und gaben sich für den Fall einer Ergreifung sofort den Anschein unbeteiligter Zivilisten. So konnten die deutschen Soldaten aufgrund der äußeren Erscheinung ihrer Gegner in der Regel nicht erkennen, ob sie es mit harmlosen Bürgern oder mit den verhaßten Franktireurs zu tun hatten.8

Die Frage, ob nun die Franktireurs den Bedingungen für eine Anerkennung als Kombattanten entsprachen, führte zwischen den Regierungen der gegeneinander Krieg führenden Staaten zu heftigen Auseinandersetzungen. Preußen verfocht die Auffassung, daß die Franktireurs den schützenden Status der Zivilbevölkerung mißbrauchten, wodurch eine vzivilisierte Kriegführung Schaden nehme. Daher erließ das Große Hauptquartier in Clermont-en-Argonne mit der »Allerhöchsten Cabinetts- der Etappendienst nach ordre über die Behandlung irregulärer französischer Kombattanten« den grundlegenden Befehl für Maßnahmen gegen die Franktireurs. Denjenigen Gefangenen, die sich durch äußere Abzeichen in hinreichendem Maße als Kombattanten ausweisen konnten, wurde sämtlich der Kombattantenstatus zuerkannt. Über andere Gefangene mußte nach dem Befehl durch deren Überstellung an ein Kriegsgericht entschieden werden. Bei Schuldspruch hatte dieses bloß zwei Strafmaße: die Todesstrafe und (in milderen Fällen) zehn Jahre Zwangsarbeit in Deutschland. Die Folge davon war, daß sich die deutschen Truppen beim Rechtfertigen ihres Vorgehens gegen Zivilisten auf »die Kriegsgesetze« beriefen. Franktireurs wurden danach oftmals ohne ein Kriegsgerichtsverfahren auf der Stelle exekutiert. Doch die Deutschen waren bereit, diejenigen Franktireurs als reguläre Kombattanten zu akzeptieren, die in permanenten Einheiten geschlossen, mit einem Soldbuch versehen und uniformiert an ausgedehnten Kämpfen teilnahmen.¹⁰

Preußen lehnte nicht nur die Franktireurs, sondern auch die Levée en masse((Volksaufgebot) ab und wollte diese bloß unter äußerst streng definierten Bedingungen als vom Kriegsvölkerrecht zu Gefechtshandlungen berechtigt anerkennen. Der preußische Standpunkt zielte darauf ab, im Rahmen eines eng ausgelegten Begriffs von Kombattant nur noch in hohem Maße professionelle Soldaten den Kampf austragen zu lassen. Deshalb behandelte Preußen die Franktireurs nicht als Kombattanten

⁷ KÜHLICH, ebenda.

⁸ Vgl. dazu Georg Cardinal VON WIDDERN, Deutschfranzösischer Krieg 1870/71. Der Krieg an den rückwärtigen Verbindungen der deutschen Heere und den Feldakten und Privatberichten. Theil 2: Die Bekämpfung des Volkskrieges im General-Gouvernement Reims, Berlin 1893, S. 127.

> 9 F. KÜHLICH, Die deutschen Soldaten, aaO. (Anm. 6), S. 316.

10 Ebenda, S. 307.



Überfall einer Feldpost durch Franktireurs.

¹¹ G. v. WIDDERN, Deutsch-französischer Krieg, aaO. (Anm. 8), S. 42 f.

¹² Moritz Busch, Mit Bismarck vor Paris. Erlebnisse und Gespräche mit dem großen Kanzler während des Deutsch-Französischen Krieges 1870/71, München 1942.

¹³ Ebenda, S. 122.

¹⁴ Ebenda.

¹⁵ M. Busch, Bismarcks große Tage, aaO. (Anm. 1), S. 33. nach dem Kriegsvölkerrecht, sondern nach dem preußischen Kriegsrecht als Meuchelmörder. Und sogar die Franzosen schätzten die Franktireurs oft nur sehr gering, was sich unter anderem an folgender Episode ablesen läßt: Der Bürgermeister des Ortes St. Ménéhould bot den Franktireurs 100 Francs an, damit sie die vier deutschen Husaren, die sie am 1. November 1870 dort gefangengenommen hatten, wieder freiließen. Die Franktireurs nahmen das Angebot des Bürgermeisters in der Tat an. 11

Wenn es sich um Maßnahmen gegen Franktireurs handelte, artikulierte Otto von Bismarck in vielen Fällen weit drastischere Gedanken als seine Militärs. Laut Moritz Buschs Erlebnisbericht *Mit Bismarck vor Paris*¹² kritisierte der Kanzler des Norddeutschen Bundes und Ministerpräsident des Königreichs Preußen die Schonung der ihm so widerwärtigen Franktireurs am 14. Oktober 1870 als »sträfliche Trägheit im Erschießen«¹³ und legte sogar noch nach: »Das ist Landesverrat. – Unsere Leute sind fix beim Schießen, aber nicht beim Erschießen. Man sollte alle Dörfer, wo Verrat vorkommt, sofort ausbrennen und alle männlichen Einwohner hängen.«¹⁴

Bereits zu Beginn des Feldzugs in Frankreich hatte BISMARCK mit sehr deutlichen Worten die »niederträchtige Kriegführung der Rothosen«¹⁵ gegeißelt. Und am 25. August 1870 war es BUSCH, der seinem Unmut



über die Franktireurs freien Lauf ließ: »Ich sollte fast meinen, das wären keine Vaterlandsverteidiger, sondern Meuchelmörder, die man ohne viel in den Vogesen 1870 Federlesens henken sollte, wenn man ihrer habhaft würde.«16

Doch Buschs Chef war in seinen Attacken gegen die französischen Partisanenkrieger nicht zu überbieten. Unter dem 1. November 1870 hielt der Chronist BUSCH fest, daß, als über 1200 gefangene Franzosen beim Frühstück jemand gesagt habe, dies seien teilweise Franktireurs, BISMARCK Folgendes von sich gegeben habe: »Gefangene! Daß sie immer noch Gefangene machen. Sie hätten sie der Reihe nach füsilieren sollen.«17

Bei einem Tischgespräch am 23. November 1870 holte BISMARCK nach den Aufzeichnungen Moritz Buschs verbal zum großen Schlag gegen die Franktireurs aus: »Unsere Norddeutschen halten sich zu sehr an den Befehl. Wenn so ein Buschklepper [damit sind die Franktireurs gemeint, M. G.] auf einen holsteinischen Dragoner schießt, so steigt der erst vom Pferde und läuft mit seinem schweren Säbel dem Kerl nach und fängt ihn. Dann bringt er ihn seinem Leutnant, und der läßt ihn laufen, oder er liefert ihn ab, und dann ist's dasselbe, man läßt ihn auch laufen. Der Bayer macht's anders, der weiß, daß Krieg ist, der hält noch auf gute alte Sitten. Er wartet nicht ab, bis auf ihn von hinten geschossen wird, sondern schießt zuerst.«18

Französische Bauern als Franktireurs.

¹⁶ M. Busch. Bismarcks große Tage, ebenda, S. 39. ¹⁷ M. Busch, Mit Bismarck vor Paris, aaO. (Anm. 12), S. 140. ¹⁸ Ebenda. S. 170 f.

Der von Gambetta ausgerufene »guerre à outrance« zeitigte nicht nur nach Bismarcks Ansicht teilweise bestialische Ergebnisse. Dabei wollte mancher Franzose die Deutschen bei Europas Großmächten um die Jahreswende von 1870 zu 1871 noch wegen angeblicher »Barbarei« verklagen. Aber was waren die (real gar nicht existierenden) Vergehen der deutschen Truppen gegen das, was z. B. die Zeitung Indépendance Algérienne in einem Artikel so von sich gab? Die Vorstellungen des Verfassers von dem, was Frankreich in seinem »Verteidigungskrieg« alles unternehmen solle, waren in ihrer Blutrünstigkeit schon schlimm genug. Schlimmer war noch, daß verschiedene in Frankreich erscheinende Zeitungen den genannten Beitrag ohne jedes Wort der Mißbilligung abdruckten. Moritz Busch gibt in seinen Aufzeichnungen über den Frankreichfeldzug für den 2. Januar 1871 in deutscher Übersetzung den Wortlaut des von einem nordafrikanischen Journalisten geschriebenen Artikels wieder:

»Der Augenblick ist gekommen. Möge jede unserer Provinzen zehn Gums [Scharen, M. G.] von je 200 Mann ausheben! Sie werden. . . einige Offiziere von den arabischen Büros zu Anführern haben. Diese Gums werden sich... nach Lyon wenden, dort werden sie den Dienst von fliegenden Tirailleurs und Eklaireurs [Aufklärer, M. G.] übernehmen, von dem unsere leichte Reiterei nichts versteht. Ihre erste Aufgabe wird darin bestehen, die Ulanen zu vernichten oder wenigstens dadurch in Schrekken zu setzen, daß sie ein paar Köpfe abschneiden. In zwei oder drei Gruppen geteilt, unter denen jeder einige deutschsprechende Offiziere und Unteroffiziere beigegeben sein werden, werden diese tapferen Kinder der Wüste sich auf das Großherzogtum Baden werfen, wo sie alle Dörfer niederbrennen und alle Wälder anzünden werden. . . Der Schwarzwald wird mit seinen Flammen das Tal des Rheines erleuchten. Die Gums werden sodann in Württemberg eindringen, wo sie alles verwüsten werden. Der Ruin der mit Preußen verbündeten Länder wird ohne Zweifel die Niederlage und den Sturz von Preußen selbst zur Folge haben.

... Wir werden zu diesen tapferen Söhnen des Propheten sagen: Wir kennen euch, wir schätzen euren Mut, wir wissen, daß ihr energisch, unternehmend, ungestüm seid. Geht hin und schneidet Köpfe ab, je mehr ihr abschneiden werdet, desto höher wird unsere Achtung vor euch steigen. [Hervorhebung im Text, M. G.]

... Lassen wir hinter uns das Erbarmen! Lassen wir hinter uns die Gefühle der Menschlichkeit! Weder Gnade noch Mitleid mit diesen modernen Hunnen! Nur der Einbruch in Deutschland kann noch die Aufhebung der Belagerung von Paris herbeiführen. Die Gums werden auf der Höhe ihrer Aufgabe stehen. Es genügt, wenn wir ihnen den Zügel locker lassen und zu ihnen sagen: *Morden, plündern, niederbrennen!* [Hervorhebung im Text, M. G.]«¹⁹

¹⁹ Zitiert nach: M. Busch, *Bismarcks* große Tage, aaO. (Anm. 1), S. 224 f.

In diesem überaus blutrünstigen, hetzerischen Text findet sich bereits die Verunglimpfung der Deutschen als »moderne Hunnen«, die später, in der Zeit des Ersten und des Zweiten Weltkriegs, zum ebenso haßerfüllten wie verächtlichen Synonym für die Deutschen schlechthin werden sollte. Dies ist aber noch nicht alles, was sich an dem bösartigen

Pamphlet ablesen läßt: Wie zur Zeit König Ludwigs XIV. das christliche Frankreich ein Bündnis mit dem moslemischen Osmanischen Reich eingegangen war, um des Sonnenkönigs Widerpart, den habsburgischen Kaiser in Wien, zu vernichten, so sollte das Frankreich GAMBETTAS die Dienstee nordafrikanischer Mörderbanden in Anspruch nehmen, um das so verhaßte Preußen BISMARCKS schmerzhaft zu treffen. Moritz Busch berichtet weiter, daß er von der vor kurzem erfolgten Ankunft jener nordafrikanischen Gums auf französischem Boden gelesen habe.20

Obwohl die französische Seite zwischen den Franktireurs von 1870/71 und dem preußischen Landsturm der Befreiungskriege 1813-15 kriegsvölkerrechtlich eine Parallele zu ziehen suchte, kann eines nicht mit dem anderen gleichgesetzt werden. Denn das Kriegsvölkerrecht hatte sich seit dem Jahr 1815 weiterentwickelt, und Preußens alte Landsturm-

gesetze waren durch deutsches Reichsgesetz vom 12. Februar 1875 aufgehoben worden. Somit erfüllte das Deutsche Reich selber auch gesetzlich das, was es 1870/71 von Frankreichs Franktireurs forderte. Und diese besaßen durchaus Kenntnis von der preußischen Rechtsauffassung, weil die Preußen in Dörfern, in denen sie Quartier bezogen, an zentral gelegenen Plätzen schriftliche Bekanntmachungen anschlugen.²¹

Derartige Bekanntmachungen lösten bei der französischen Zivilbevölkerung einige Empörung aus, weil sich jeder der Gefahr ausgesetzt sah, als ein mutmaßlicher Franktireur beseitigt zu werden. Mittels ihrer Regelung gegen die Franktireurs hatten die Preußen vor, eine eindeutige Unterscheidung zwischen Kombattanten und Nichtkombattanten möglich zu machen. Wünschte der Feind für den Fall seiner Gefangennahme die Vorteile des Kriegsgefangenenstatus in Anspruch zu nehmen, sollte er nach preußischer Auffassung auch die Nachteile und Pflichten eines regulären Soldaten tragen müssen. Es war nämlich sonst für eine einrükkende Armee einfach nicht zu bewerkstelligen, Nichtkombattanten als "Kriegsvölkerrecht«, solche zu behandeln. Die Konsequenz daraus wiederum wäre ein Rückfall in die archaische Form der Kriegführung gewesen: Denn wäre jeder



Französische Franktireurs im Deutsch-Französischen Krieg 1870-71.

²⁰ Ebenda, S. 225. 21 J. GANSCHOW, aaO. (Anm. 5), S. 357.

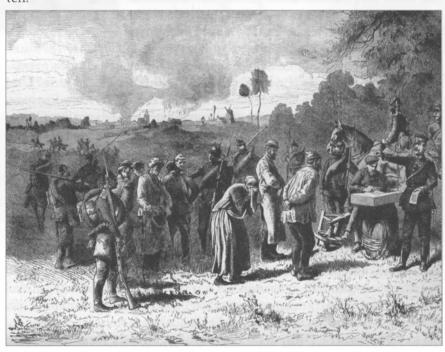
²² Ebenda, S. 357 f. ein potentieller Verteidiger seiner Heimat gewesen, hätte eine eindringende Streitmacht entweder alle wehrfähigen Einwohner unter Gefangenschaft stellen oder diese im schlimmsten Fall töten müssen.²²

Im Deutsch-Französischen Krieg von 1870/71 fand eine ganz entscheidende Veränderung im Kriegsvölkerrecht statt, was die Schutzbereichseinstufung als Kombattant (Mitkämpfer) anlangte. Um die französischen paramilitärischen Freiwilligenverbände der francs corpse (Freikorps) und auch die francs tireurse (Freischützen) als reguläre Kombattanten anzuerkennen, stellte Preußen zu Beginn des Krieges völlig neue Bedingungen. Laut Ganschow war es nach preußischer Sichtweise nötig, daß

- 1. jede Person, die freiwillig an Kampfhandlungen teilnahm, aber nicht zur regulären Truppe gehörte, eine für sie persönlich von den Behörden oder vom befehlshabenden Kommandeur ausgestellte Ermächtigung (autorisation spéciale) vorweisen konnte;
- 2. die Kombattanteneigenschaft (caractère militaire) einer derartigen Person an äußeren Zeichen eindeutig abgelesen werden konnte;
- 3. solche Personen eine hierarchische und militärische Organisation hatten und daß die Führer der Franktireurs wenigstens dem Armeekommando unterstellt waren;
- 4. diese Personen die Kriegsgesetze und -gebräuche auch beachteten.²³

²³ Ebenda, S. 359.

Einwohner von Bougival, die auf deutsche Truppen geschossen haben, werden vor das Kriegsgericht gebracht. Abbildung aus: Der Deutsch-Französische Krieg 1870–71 in Wort und Bild, Reutlingen o. J.





Ein Franktireur wurde im Wald von Marchenoir gefangengenommen und eingebracht.

Die Ursachen dafür, daß Preußen den Kombattantenstatus derart qualifiziert wissen wollte, werden deutlich, wenn wir diese Passage aus Moritz Buschs *Mit Bismarck vor Paris* betrachten: »Man berichtet von den Truppen vor uns allerhand Empörendes über die Franktireursbanden, die sich gebildet haben. Ihre Bekleidung ist derart, daß man in ihnen kaum Soldaten erkennt, und was sie an Abzeichen tragen, die sie als solche kenntlich machen, können sie leicht ablegen. Ein solcher Bursche liegt, während ein Reitertrupp von uns die Straße daherkommt, anscheinend sich sonnend am Graben, neben einem Gehölz. Sind die Leute vorbei, feuert er sein Gewehr, das er in der Zwischenzeit im nahen Gebüsch verborgen gehalten, auf sie ab und läuft in den Wald, aus dem er, der Wege kundig, ein Stück weiterhin als harmloser Blusenmann wieder herauskommt.«²⁴

Oft genug wurden diese von Busch beschriebenen Individuen »ohne viel Federlesens« gehenkt, wobei man die Begründung verwendete, der in sämtlichen Armeen aller zivilisierten Staaten geltende Sinn für Ritterlichkeit fordere zwingend, daß man sich offen als Feind zu erkennen gebe. Alles andere sei keine kriegerische Handlung, sondern lediglich Morden auf heimtückische Art, also ein todeswürdiges Verbrechen.²⁵

Vor diesem Hintergrund ist es nicht verwunderlich, wie sich BISMARCK zu dem Phänomen der Franktireurs äußerte. Nach Angaben von BUSCH berichtete der Kanzler über seine Begegnung mit einer Gruppe in Gefangenschaft geratener Franktireurs dies hier: »Ich sagte ihnen: vous serez tous pendus, vous n'êtes pas soldats, vous êtes des assassins. (Ich werde euch alle aufhängen lassen; ihr seid keine Soldaten, ihr seid Mörder!) Der eine fing dann laut zu flennen an.«²⁶

M. Busch, Mit Bismarck vor Paris,
aaO. (Anm. 12), S.
38 f.

²⁵ J. Ganschow, »Kriegsvölkerrecht«, aaO. (Anm. 5), S. 360.

²⁶ M. Busch, *Mit Bismarck vor Paris*, aaO. (Anm. 12), S. 40 f. Die deutsche Übersetzung steht bereits bei Busch im Text.

Die Franzosen wandten gegen die von Preußen geforderte Qualifizierung von Kombattanten ein, unter diesen Bedingungen sei der Feind in der Lage, willkürlich festzulegen, wer ein Kombattant sei und wer nicht. In der Lage, in der sich Frankreich nach der Schlacht von Sedan befunden habe, sei es für Franzosen, die zu den Waffen gegriffen hätten, schon so gut wie unmöglich gewesen, bloß die erste der aufgezählten vier Bedingungen zu erfüllen. BISMARCK erwiderte hierauf nur lakonisch, daß in derartigen Fällen die Freiwilligen nicht als Soldaten behandelt würden, weil sie sich nicht wie solche verhielten. Und in der Tat erhob im Krieg von 1870/71 die deutsche Armeeführung die Forderung, daß jeder Gefangene, der sich wie ein Kriegsgefangener behandelt sehen wollte, über seine Eigenschaft als französischer Soldat durch einen von der gesetzlichen Behörde erlassenen Befehl beweisen müsse, daß er wirklich zur Fahne einberufen worden sei.²⁷

Aller französischen Kritik zum Trotz wiesen die von Preußen aufge-

stellten Forderungen nach Jan GANSCHOW weit mehr Fortschrittlichkeit

²⁷ J. GANSCHOW, »Kriegsvölkerrecht«, aaO. (Anm. 5), S. 360.

auf, als die Franzosen eingestehen mochten: Die 1899 und dann wieder 1907 in Artikel 1 der Haager Landkriegsordnung niedergelegten Bedingungen für den Kombattantenstatus hatten ihren gedanklichen Ursprung in den weiter oben aufgelisteten Forderungen der Preußen. So war es zur Klärung des Kombattantenstatus von Kampfteilnehmern gekommen.²⁸

²⁸ Ebenda, S. 361.

Zur Zeit des Krieges von 1870/71 galten nach dem klassischen Kriegsvölkerrecht auch solche Personengruppen als ›combattants‹, die als Teilnehmer an militärischen Unternehmungen im Rahmen einer ›Levée en masse‹ (eines Volksaufgebots) bei der Verteidigung des Vaterlandes mitwirkten, ohne jedoch den regulären Truppen des betreffenden Staates anzugehören. Zu dieser Kategorie können zum Beispiel die Einwohner einer Stadt oder einer Festung gerechnet werden.²⁹

²⁹ Ebenda, S. 362.

Mit dem Status eines Kombattanten ist das Tragen der jeweils gegnerischen Uniform im Fall von Kampfhandlungen sehr eng verknüpft. 1870/71 wurde es in Europa noch nicht als eine Perfidiec betrachtet, wenn zum Zweck der Täuschung feindliche oder neutrale Uniformen, Fahnen, Flaggen und Zeichen verwendet wurden. Damals erklärten die Völkerrechtler dies noch für zulässig, und erst mit der auf der Haager Friedenskonferenz 1899 beschlossenen Landkriegsordnung wurde es in Artikel 23 f. untersagt, feindliche Uniformen und militärische Abzeichen zu benutzen. Dieses stand auf einer Stufe mit dem Mißbrauch der Parlamentärsflagge sowie des Abzeichens des Roten Kreuzes. Obwohl diese Täuschungsmanöver im Krieg von 1870/71 noch nicht verboten waren, hatten die von Preußen hiergegen eingeleiteten Maßnahmen aber zukunftsweisenden Charakter.³⁰

30 Ebenda.

Matthias Gallas

Zum Frankfurter Frieden von 1871

Aus dem von Frankreich am 19. Juli 1870 Preußen erklärten Krieg ging Preußen-Deutschland als Sieger hervor, und dieses konnte daher die Friedensbedingungen stellen. Es kam nach Verhandlungen, an denen selbstverständlich die Franzosen beteiligt waren – anders als in Versailles 1919, wo die Deutschen von diesen ausgeschlossen waren –, zum Frieden von Frankfurt vom 10. Mai 1871, nachdem am 26. Februar 1871 ein Präliminarfriede geschlossen worden war. Nach diesem konnte Napoleon III. von Wilhelmshöhe nach England ausreisen. Der endgültige Friede war, ähnlich dem für Frankreich vorteilhaften Friedensschluß vom Wiener Kongreß 1815, für Paris ziemlich günstig. Frankreich konnte in kurzer Zeit seine Verpflichtungen erfüllen.

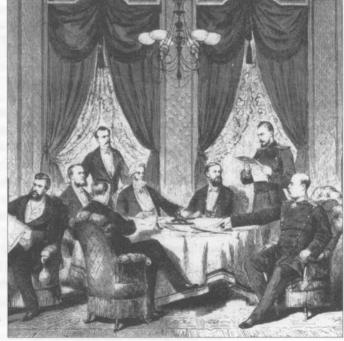
Da manchmal falsche Bedingungen über diesen Friedensvertrag erwähnt werden, etwa von 41 Milliarden Francs »Lösegeld für Deutschland« und jahrelanger Besetzung französischen Landes,¹ sei auf die historischen Tatsachen hingewiesen.

Richtig ist, daß die Friedensverhandlungen schnell abgeschlossen werden konnten. Beim Beginn der Gespräche wurden vom Reich sieben Milliarden Francs gefordert. Den Franzosen gelang es, die Summe auf

fünf Milliarden herunterzudrücken, die auch pünktlich bis zum 5. September 1873 bezahlt wurden. Genau sollen es mit Zinsen und Verrechnungen 5 315 758 853,20 Francs gewesen sein.² Von höheren Summen, etwa den oben genannten 41 Milliarden Francs, war bei den Verhandlungen nie die Rede. Die zur Beschaffung der Summe am 28. Juli

¹ So Thomas STEINFELD, in: »Vom Lösegeld an Deutschland neugeboren«, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 16. 8. 1995.

² Helmut FUNK, Langen, in Leserbrief »Frankfurter Friede von 1871«, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 2 9. 1995.



Der Friede von Frankfurt zwischen der Französischen Republik und dem Deutschen Reich wurde am 10. Mai 1871 im Frankfurter Hotel "Zum Schwan geschlossen. Für das Deutsche Reich bevollmächtigte Verhandlungsführer waren Fürst von Bismarck und Graf von Arnim, für die Französische Republik Jules Favre, Augustin Pouyer-Quertier und Marc-Eugène de Goulard. Holzschnitt aus der Leipziger Illustrierten Zeitung vom 3. 6. 1871.

Zum Frankfurter Frieden von 1871



Der am 10. Mai 1871 geschlossene Friede von Frankfurt am Main. Dieses allegorische Gemälde ist Ausdruck der in Frankreich erhobenen Forderung nach Revanche und Rache. . . Man beachte unter anderem die unten rechts trauernden Provinzen Elsaß und Lothringen, die annektiert wurden, die auf das 'gebrochene Rechte verweisende Justitia mit unverbundenen Augen, die mahnende Inschrift "Manè thécel pharès« an König Belsazar, der Gott und die göttlichen Gesetze leugnete, und die Kriegsentschädigung in Höhe von 5 Millarden Francs in Gold, damit die preußischen Truppen abziehen.

1872 in Paris aufgelegte Staatsanleihe war sofort gewaltig überzeichnet, da viele Franzosen zu dieser nationalen Tat beisteuern wollten.

Ebenso ist falsch, daß die deutschen Truppen länger, als vereinbart, in Frankreich – noch im Sommer 1872 – gestanden hätten. Man war in der anschließenden Berliner Konvention vom 12. Oktober 1871 übereingekommen, daß die noch von den Deutschen besetzten Gebiete innerhalb von 15 Tagen nach der Ratifizierung der Konvention von deutschen Truppen geräumt sein sollten, was auch erfolgte. Das weit überwiegend von Deutschen bewohnte Elsaß und der östliche Teil Lothringens, die in den französischen Raubkriegen im 17. Jahrhundert nach Zugehörigkeit über fast ein Jahrtausend zum Deutschen Reich an Frankreich gefallen waren, kamen an das Reich zurück, und deren Departements fielen natürlich aus der Räumung heraus.

Rolf Kosiek

Bismarcks Verhandlungsstil

Seinen Zeitgenossen galten BISMARCKS Umgangsformen bei Verhandlungen¹ als oftmals rücksichtslos und brutal. Hier ein Beispiel: Im Anschluß an die erste Ratenzahlung, die die Franzosen im April 1871 für die fünf Milliarden Francs Reparationen zum Krieg von 1870/71 leisteten, war BISMARCK wegen der Verhandlungen mit dem französischen Finanzminister erzürnt. Im August 1871 stritt er mit dem französischen Beauftragten in Berlin, DE GABRIAC, und erhob ihm gegenüber die Beschuldigung, Frankreich sinne auf Rache für den verlorenen Krieg und wolle nur zwei Milliarden Francs bezahlen. Wenn dann das Jahr 1874 komme, werde Frankreich Deutschland den Krieg erklären. In einem Buch über BISMARCK und seinen Bankier Gerson BLEICHRÖDER heißt es zu dem Streitgespräch: »BISMARCK war wieder sein drangsalierendes, brutal offenes Selbst; GABRIAC notierte, es sei BISMARCKs Verhandlungsstil, den Gegner aggressiv ins Unrecht zu setzen, um damit die eigenen feindseligen Vorhaben zu rechtfertigen.«²

Diese Quelle, die BISMARCK nicht gerade freundlich gesonnen ist, scheint durch ein anderes Exempel bestätigt zu werden. Bei dem Abschluß des Präliminarfriedens mit der auf Kaiser Napoleon III. gefolgten französischen »Regierung der nationalen Verteidigung« stellte Otto von BISMARCK die soeben beschriebene Härte seines Verhandlungsstils erneut unter Beweis. Am 25. Februar 1871 führte er mit den französischen Abgesandten – mit Adolphe Thiers, seit dem 17. Februar 1871 Chef der Exekutives, und mit Jules Favre, 1870–71 Außenminister – eine Unterredung über die Bedingungen des zu schließenden Friedens. Hierüber berichtet in seinen *Denkwürdigkeiten* der General und Admiral Albrecht von Stosch, der nach dem Ende des Kriegs von 1870/71 Stabschef der Besatzungstruppen in Frankreich war, wie BISMARCK der Verzögerungstaktik von Thiers und Favre resolut entgegentrat:

»Die beiden Franzosen waren ungeheuer wortreich und hielten auf jede Bemerkung oder Proposition [Vorschlag] lange Reden. Endlich sagte BISMARCK: ›Das geht nicht, damit kommen wir nicht vom Fleck. Ich muß Sie bitten, mir mit einfachen Gegenpropositionen zu antworten. Thiers: ›Aber man muß sie doch begründen. BISMARCK: ›Nein, das müssen Sie mir schon zutrauen, daß ich die Gründe selbst erkenne. Überhaupt muß ich Sie ersuchen, Ihre Worte mehr in der Gewalt zu haben und sich verletzender Reden zu enthalten. Sie sind die Herren von Frankreich und ganz unumschränkt. Ich dagegen bin an meine Instruktionen gebunden, an Ihnen also ist es, milder zu sein, während ich genötigt bin, die Befehle meines Machtgebers strikt zu erfüllen. Sie wissen, daß wir

¹ Vgl. in diesem Zusammenhang: Theodor HECKER-MANN, Sprecene wir über Bismarck! Der verleumdete Kanzler, München 2011, S. 119 ff.

² Fritz STERN, Gold und Eisen. Bismarck und sein Bankier Bleichröder, Neuausgabe, München 2008, S. 452.



Otto von Bismarck mit Pickelhaube 1871. Bismarck war 1866 zum Generalmajor, 1871 zum Generalleutnant ernannt worden.

Bismarcks Verhandlungsstil

Montag zu schießen anfangen, wenn wir bis dahin nicht fertig sind, und diese Sprache werden Sie wohl verstehen. Wir sitzen heut schon sieben Stunden und werden nicht fertig, das verträgt meine Gesundheit nicht. Endlich erklärten sie, sie könnten nicht mehr, und fuhren nach Haus. Heut sind sie wieder da und haben, wie mir mitgeteilt wird, die Absicht zu unterschreiben. «³

Otto von Bismarck war jedoch keineswegs der Ærfinder eines derart resoluten Umgangs mit Verhandlungspartnern, die die Unterhandlungen vorsätzlich in die Länge zogen, um Zeit zu gewinnen. Etwas Ähnliches gab es bei den deutsch-russischen Friedensverhandlungen von Brest-Litowsk 1918. Dort versuchte nämlich Leo Trotzki, der Anfang 1918 Leiter der russischen Delegation geworden war, die Verhandlungen durch seine endlosen Propagandareden über einen Frieden ohne Annexionen in die Länge zu ziehen, da er mit einer Ausbreitung der Revolution in Mitteleuropa rechnete. So strapazierte er die Geduld der deutschen Unterhändler über jedes Maß. Erst durch den Æustschlage des Generals Max Hoffmann, der offen die Dinge beim Namen nannte, wurde der russischen Delegation klar, was in Wirklichkeit bei einem Frieden ohne Annexionen zu erwarten stand. Hoffmann richtete am 18. Januar 1918 an die Adresse von Trotzki diese recht deutlichen Worte:

»Die russische Delegation spricht mit uns, als ob sie siegreich in unserem Lande stünde und uns Bedingungen diktieren könnte. Ich möchte darauf hinweisen, daß die Tatsachen entgegengesetzt sind. . «⁴

Abgesehen davon, daß HOFFMANN sich der über die eigene Epoche hinausgehenden Resonanz seiner klaren Ansprache gar nicht in vollem Umfang bewußt war, schlug er *de facto* auch überhaupt nicht auf den Tisch. Er beendete lediglich das stumpfsinnige Versteckspiel, das die Russen angefangen hatten, und handelte damit im Sinne der Obersten Heeresleitung, der das alles »zu dumm« geworden war.⁵

Diese Episode beweist, daß Otto von Bismarck nicht der Erfinderk einer Verhandlungstaktik gewesen ist, die einen auf Verzögerung setzenden Kontrahenten durch die Ausübung von Druck dazu bringt, nicht länger auf Zeit zu spielenk. Überdies muß angesichts dieses gegen Bismarck erhobenen Vorwurfs auch eines bedacht werden – die Obstruktionshaltung der Verhandlungspartner. Ob diese in der Gegenüberstellung mit Bismarcks Vorgehen, das ja primär eine Folge davon war, ein Vorbild an Lauterkeit verkörpert, kann zumindest in Frage gestellt werden.

Matthias Gallas

³ Unterredung BISMARCKS mit FAVRE und THIERS, Versailles, 25. Februar 1871. In: Willy Andreas (Hg.), Bismarck Gespräche, Bd. 1: Bis zur Reichsgründung, Bremen 1964, S. 414 f.

⁴ Zitiert nach: Ladislaus SINGER, Sowjetimperialismus, Stuttgart 1970, S. 42 f.

⁵ Peter Broucek, Ein General im Zwielicht: Die Erinnerungen Edmund Glaises von Horstenau. K. u. k. Generalstabsoffizier und Historiker, Graz 1980, S. 445 f.

Bismarcks Verhandlungsstil

Als führender Vertreter des angefeindeten Preußentums hat vor allem BISMARCK sich gegen eine Bestrafung des unterliegenden Gegners gewandt. Moritz Busch hat in seinem Buch Unser Reichskanzler das festgehalten: NIm September 1870 klagte die Nationalzeitung über die rücksichtsvolle Behandlung des gefangenen Kaisers der Franzosen. Die Nemesis, meinte sie, hätte gegen den Mann des zweiten September, den Urheber der Sicherheitsgesetze, den Anstifter des mexikanischen Trauerspiels, den Anzettler dieses greuelvollen Krieges weniger galant sein sollen; der Sieger sei nach dem Urteil des ›Volksgemüts‹ allzu ritterlich gewesen. BISMARCK war dieser Ansicht durchaus nicht. Das Volksgemüt, die öffentliche Ordnunge, sagte er, denkt allerdings so. Die Leute verlangen, daß bei Konflikten von Staaten der Sieger sich mit dem Moralkodex in der Hand über den Besiegten zu Gericht setze und ihn zur Strafe ziehe für das, was er gegen ihn begangen, womöglich auch für seine Sünden gegen Dritte. Das ist aber ein ganz ungebührliches Verlangen. Die Begriffe Strafe, Lohn, Rache gehören nicht in die Politik. Die Politik darf der Nemesis nicht ins Handwerk pfuschen, nicht das Richteramt üben wollen. Das ist Sache der göttlichen Vorsehung. Die Politik hat nicht zu rächen, was geschehen ist, sondern zu sorgen, daß es nicht wieder geschehe. Sie hat sich unter allen Umständen einzig und allein mit der Frage zu beschäftigen: Was ist hierbei der Vorteil meines Landes, und wie nehme ich diesen Vorteil am besten und fruchtbarsten wahr? Sie hat sich in diesem Falle zu fragen: Wer wird nützlicher für uns sein, ein schlecht behandelter NAPOLEON oder ein gut behandelter? Die Möglichkeit ist doch nicht ausgschlossen, daß er einmal wieder obenauf kommt.«

In ähnlichem Sinne äußerte sich der Kanzler in Versailles über die Meinung, die sein Vetter, Graf BISMARCK-BOHLEN, über die im Oktober 1870 erfolgte Verhaftung JACOBYS ausgesprochen hatte und die dahin ging, daß er sich freue, daß man iden faulen Schwätzer eingespunden habes. Unser Chef erwiderte darauf: iIch freue mich darüber ganz und gar nicht. Der Parteimann mag das tun, weil seine Rachegefühle dadurch befriedigt werden. Der politische Mann, die Politik kennt solche Gefühle nicht. Die fragt nur, ob es nützt, wenn politische Gegner mißhandelt werden.«



Moritz Busch (1821– 1899).

¹ Moritz Busch, Unser Reichskanzler, Leipzig 1884, Bd. 1, S. 99 f.; auch zitiert in: Russell Gren-FELL, Bedingungsloser Haß. Die deutsche Kriegsschuld und Europas Zukunft, Fritz Schlichtenmayer, Tübingen 1954, S. 7 f.

Bismarck hatte keine Fistelstimme

¹ Helmut SCHMIDT u. Fritz STERN, Unser Jahrhundert, C. H. Beck, München 2010.

² Zitiert von B.
SCHREIBER in: »Eine
Lüge weniger!« in:
Nationalzeitung, 10.
2. 2012, S. 1 u. 11.
³ Ebenda, S. 1.

In den meisten Veröffentlichungen über Fürst Otto von BISMARCK wird angegeben, daß der Reichskanzler eine hohe Fistelstimme besessen habe, was etwas komisch zu seiner sonst kräftigen Statur gewirkt habe. So schrieb etwa Altbundeskanzler Helmut SCHMIDT in dem mit dem Historiker Fritz STERN herausgegebenen Gesprächsband: "»Ein Mann wie BISMARCK, der nicht richtig reden konnte und eine hohe Stimme hatte«, könne in der heutigen Welt keinen Erfolg haben.²

Doch die Behauptung von BISMARCKS hoher Stimme ist gar nicht wahr. Im Jahre 2012 wurde in den USA ein Exemplar der alten, von Thomas Alva EDISON 1877 erfundenen Sprechmaschine (Phonograph), dem ersten Sprechapparat, mit dem man die menschliche Stimme naturgetreu aufnehmen und für lange Zeit aufbewahren konnte, entdeckt. Auf diese



Wissenschaftlich-technischer Fortschritt am Ende des 19. Jahrhunderts: Otto von Bismarck lauscht seiner eigenen Stimme. Abbildung:
Otto-von-Bismarck-Stiftung.

war BISMARCKS Stimme am 7. Oktober 1889 in Friedrichsruh von Theo WANGEMANN in verschiedenen Äußerungen aufgenommen und im Original bis heute bewahrt worden. Bis-MARCK benutzte dabei mehrere Sprachen, einschließlich des Englischen und des Französischen. Dabei zeigte sich, daß der Eiserne Kanzler eine ganz normale kräftige und tiefe Männerstimme hatte. Die Mär von der hohen Fistelstimme hat irgend jemand aufgebracht, der ihn im nachhinein herabsetzen und der das Lebenswerk des Reichsgründers abwerten wollte. Nach mehr als einem Jahrhundert konnte somit eine Geschichtslüge aufgedeckt werden.

Die aufgenommene Stimme BISMARCKS soll auf der Internet-Heimseite des Thomas Edison National Historical Parks zu hören sein.³

Rolf Kosiek

Vorbemerkung

Der Kulturkampf, der im 19. Jahrhundert das eben erst errichtete Zweite Reich entzweite, gilt mit Recht als »deutsches Verhängnis«.¹

Der Kulturkampf war eine politische Fehlleistung. BISMARCK hat sich von den Liberalen und den Kulturprotestanten instrumentalisieren, sprich mißbrauchen lassen. Hierfür gab es keinen vernünftigen Grund: Der Kulturkampf spaltete und zersetzte das deutsche Volk und behinderte die Konsolidierung des Deutschen Reiches von 1871. Das Vorgehen gegen die polnischen Katholiken in Preußen war weder korrekt noch sachgerecht, zum politischen Nachteil der Deutschen hat man aus »polnischen Chauvinisten «katholische Verfolgte« gemacht. Die katholische Kirche und die deutschen Katholiken waren nicht staatsfeindlich.

Brennpunkt der Auseinandersetzung zwischen dem Deutschen Reich und einigen seiner Gliedstaaten auf der einen und dem Heiligen Stuhl wie der katholischen Kirche² auf der anderen Seite war ausgerechnet Preußen, das sich bis dahin als Hort religiöser Toleranz hervorgetan hatte. »Die Religionen müssen alle tolerieret werden«, postulierte der persönlich irreligiöse Friedrich der Grosse (1712–1786). Jeder solle »nach seiner Façon selig werden«. Nach dem Tod des toleranten Monarchen verankerte das Allgemeine Preußische Landrecht vom 5. Februar 1794 für die Königlichen Preußischen Staaten den Grundsatz der Gleichbehandlung der Konfessionen (§§ 1–5 II 11 ALR.

Der Kulturkampf, der gerade in Preußen im Vergleich zu anderen deutschen Staaten³ mit besonderer Heftigkeit tobte, brach mit der klugen Tugend der Duldsamkeit. Schon während der »Kölner Wirren«,⁴ dem »Vorspiek zum späteren Kulturkampf,⁵ kam es im Streit um konfessionelle Mischehen unter FRIEDRICH WILHELM III. (1770–1840) zur Verhaf-

¹ Manfred Müller, Der Kulturkampf. Ein deutsches Verhängnis, Preuß. Oldendorf 2003.

² Sofern nichts anderes angegeben, wird unter Kirche im folgenden die katholische verstanden.

³ Bayern, Baden, Hessen, Sachsen, Österreich.

⁴ Ausführlicher Überblick samt Chronologie bei: Heinrich Brück, Lehrbuch der Kirchengeschichte, S. 822–827; ferner: Heinrich Schrörs, Die Kölner Wirren (1837). Studien zu ihrer Geschichte, Berlin–Bonn 1927; Rudolf Amelunxen, Das Kölner Ereignis, Essen ²1956, und Rezension hierzu: »Kirchenstreit: Erlauchte Vorfahren«, in: Der Spiegel, Nr. 7, 1953, S. 28 f.

⁵ Gerhard Besier, Art. »Kulturkampf«, in: *Theologische Realenzyklopädie*, Bd. 20, 1990, S. 209–240, hier: S. 210.

tung des Kölner Erzbischofs Clemens August Freiherr von Droste zu Vischering (1773–1845). Der Hirte wurde in Minden interniert,⁶ der mit Köln konform gehende Martin von Dunin (1772–1842), Erzbischof von Posen und Gnesen, in der Festung Kolberg festgesetzt. Die Inhaftierung der Hirten schockierte, der neue König Friedrich Wilhelm IV. (1795–1861) retrierte, die Regierung mischte sich nicht mehr in die Mischehen. Um des konfessionellen Friedens willen wurde mit Verordnung vom 12. Februar 1841 im preußischen Kultusministerium eine Abteilung für katholische Kirchenangelegenheiten eingerichtet.⁷

Nach dem Tod des kinderlosen Monarchen am 2. Januar 1861 kam dessen Bruder Wilhelm I. (1797–1888) ans Ruder. "Es gereicht Mir zur Genugtuung, die Verhältnisse der katholischen Kirche für den Bereich Meines ganzen Staates durch Geschichte, Gesetz und Verfassung wohlgeordnet zu wissen«, bekräftigte der König bei der Krönung in Königsberg. "Unter dem Schutze gerechter und wohlwollender Gesetze darf sie auf ihrem Gebiete frei und ungehindert ihre Tätigkeit entfalten«, versprach der Monarch bei ihrem Treueschwur den beiden Erzbischöfen von Köln und von Posen.⁸

Gebrochen wurde das Versprochene in Form des Kulturkampfes. Schuld trug »die materialistisch bestimmte, zu sehr auf wirtschaftliche Erfolge gerichtete Denkart des naturwissenschaftlichen Zeitalters, staatsphilosophisch die an Hegel angelehnte Theorie namentlich des Nationalliberalismus von der unbeschränkten Staatsallmacht, kirchlich der aus der Opposition gegen das Vatikanum⁹ geborene Altkatholizismus, durch den man eine ›romfreie‹, ganz dem Staat untergebene Kirche erhoffte, innenpolitisch die Spannung zwischen protestantischen Kleindeutschen und katholischen Großdeutschen, zwischen protestantischen Unitariern und katholischen Föderalisten, außenpolitisch BISMARCKS Mißtrauen gegen die neue Zentrumspartei, in der er eine Schwächung des Reiches gegenüber den Nachbarstaaten vermutete«. 10

⁶ Darlegung des Verfahrens der Preußischen Regierung gegen den Erzbischof von Köln. Vom 25sten November 1837, Berlin 1838. Der Erzbischof wurde erst 1839 aus der Haft entlassen und starb 1845 in der Verbannung in Münster. ⁷ Bärbel Holtz, »Ministerialabteilung auf Zeit. Die Katholische Abteilung zwischen »Kölner Wirren« und Kulturkampf«, in: Kulturstaat und Bürgergesellschaft im Spiegel der Tätigkeit des preußischen Kultusministeriums. Fallstudien, Berlin 2012, S. 139–212.

⁸ Nikolaus SIEGFRIED [pseud., i.e. Viktor CATHREIN SJ], Actenstücke betreffend den preußischen Culturkampf nebst einer geschichtlichen Einleitung, Freiburg i. Breisgau 1882, S. XIX f.

 ⁹ Gemeint ist das Erste Vatikanische Konzil vom 8. 12. 1869 bis 20. 10. 1870.
 ¹⁰ A[lexander] Schnütgen, »Kulturkampf«, in: Michael Buchberger (Hg.), Lexikon für Theologie und Kirche, Bd. 6, ²1934, Sp. 294–298, hier: Sp. 294.

Die Vorgänge des Jahres 1848 brachten der Kirche größere Freiheiten. In der Verfassungsurkunde für den preußischen Staat vom 5. Dezember 1848 (Gesetz-Sammlung, S. 375) wie auch in der Fassung vom 31. Januar 1850 (S. 17) wurde der Kirche das Recht der selbständigen Ordnung und Verwaltung ihrer Angelegenheiten garantiert. Katholische Vereine aller Art wurden aus der Taufe gehoben. Preßvereine rief en reichsweit katholische Medien ins Leben. Im Zeichen des Aufbruchs stand vom 3. zum 6. Oktober 1848 der erste deutsche Katholikentag in Mainz. In Würzburg konferierten vom 22. Oktober bis zum 15. November 1848 die Bischöfe.¹¹ Sie beschlossen, die Gläubigen mit Hilfe von Volksmissionen zu motivieren. Bis zum Verbot im Kulturkampf 1872 fanden an die 4000 Massenveranstaltungen statt.

Von liberalen Eliten wurde der Katholizismus nicht nur als anachronistisch, rückständig und reaktionär abgetan, sondern auch zum Nachteil nationaler Einigkeit als exotisch, primitiv und barbarisch ausgegrenzt. Eine zunheilige Allianze von Aufklärern und Rationalisten, Demokraten und Liberalen, Protestanten, Juden und Atheisten dämonisierte, exotisierte, orientalisierte den Katholizismus, 12 obwohl die protestantische Praxis viel stärker auf das Alte Testament zurückgreift als die katholische Katechese.

Als Papst Pius IX. (1792–1878) in seinem Syllabus errorum 80 Irrtümer indizierte, 13 war dies für Liberale eine »Kampfansage gegen die Geistesfreiheit«. Für Vertreter der Geistesfreiheit wie Georg Wilhelm Friedrich HEGEL (1770–1831) war katholischer Glaube Aberglaube. Heinrich HEINE (1797–1856) hielt Katholiken für »infantil, krank und unmännlich«. Für den zum Protestantismus konvertierten jüdischen Dichter war Katholizismus nichts als »Synonym überflüssiger, schädlicher Traditionen«. 14 Der linksliberale Rudolf Virchow (1821–1902), der den Begriff ›Kulturkampfe parlamentarisierte, 15 verglich Oberschlesien mit Ägypten und Katholiken mit Fellachen, erniedrigte sie mit kolonialen Stereotypen (Naivität, auch Demokratie und



Papst Pius IX., (1792-1878), der im Jahre 2000 von JOHANNES PAUL II. seliggesprochen wurde, verurteilte in seinem brisanten und provokativen Syllabus errorum philosophische Theorien wie den Pant bismus oder dn Realismus und griff Glaubensfreiheit an.

¹¹ Aus dieser ersten Zusammenkunft ging 1867 die Fuldaer Bischofskonferenz als ständige Einrichtung hervor.

¹² Manuel BORUTTA, »Der innere Orient: Antikatholizismus als Orientalismus in Deutschland, 1781-1824«, in: Monica Juneja u. Margit Pernau (Hg.), Religion und Grenzen in Indien und Deutschland. Auf dem Weg zu einer transnationalen Historiographie, Göttingen 2008; dies., Antikatholizismus. Deutschland und Italien im Zeitalter der europäischen Kulturkämpfe, Göttingen 2010.

¹³ Vgl. den verbreitete Mißverständnisse beseitigenden Kommentar von Walter Brandmüller: »Er hinterließ eine gefestigte Kirche«, in: Die Tagespost, 2. 9. 2000, S. 12.

¹⁴ Heinrich Heine, Die romantische Schule, Hamburg 1836, S. 38.

¹⁵ Anm. 1.

¹⁶ Harro Albrecht, »Macht der Natur: Rudolf Virchow«, in: *Die Zeit*, 12. 11. 2009.

¹⁷ Rudolf Virchow, Mittheilungen über die in Oberschlesien herrschende Typhus-Epidemie, Berlin 1848.

18 Vgl. Berliner Wespen, 2. 1. 1870, 21. 6. 1872; Kladderadatsch, 21. 11. 1869, 14. 3. 1875, zit. bei: Manuel BORUTTA, Antikatholizismus, aaO. (Anm. 12), S. 105. 19 Ebenda, S. 209 f., mit genauer

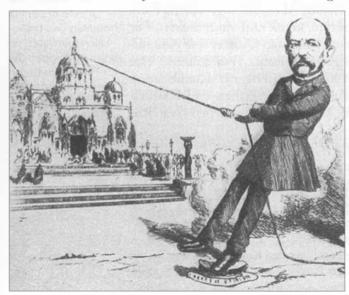
Angabe von

Belegstellen.

Schmutz, Indolenz, Faulheit, Müßiggang) und versah sie mit animalischen Attributen (»tierische Knechtschaft«, »hündische Unterwürfigkeit«). Ursache der Typhusepidemie mit ihren 16 000 Todesopfern sei der Umstand, daß der ungebildete polnische Katholik lieber den Priester als den Arzt rufe, diagnostizierte der »preußische Che Guevara«. ¹⁶ Nichts lag da so nah wie die Beseitigung der Kirche. ¹⁷

Der Kulturkampf war nicht zuletzt ein Krieg der Medien. Auf dieser Ebene entartete er emotional und verletzend. Zwecks Herstellung einer antikatholischen Atmosphäre wurde der Klerus als heuchlerisch und unsittlich hingestellt, als krankhaft und pervers heruntergemacht. In Witzblättern und Satire-Magazinen wurden Priester als komische Vögel dargestellt und als unheimliche Wiedergänger verspottet. Karikaturen verkörperten Geistliche als Teufel, Vampire, Reptilien, Amphibien, Insekten, als Würmer, Schnecken, Krebse und giftige Pilze. Meistliche Würdenträger wurden beim Gegenteil dessen gezeigt, was sie predigten und sich als Regel auferlegt hatten«, dokumentiert BORUTTA. Sie wurden der Doppelmoral überführt und als gewöhnliche Menschen entlarvt, die trotz sakraler Ämter weltlichen Lastern frönten und sich zu Unrecht über die Laien erhoben.« Antikatholische Organe skandalisierten erfundene Orgien von Mönchen und Nonnen, Unzucht von Bischöfen mit Huren.

Entgegen ihrem idyllischen Titel stiftete *Die Gartenlaube* fortgesetzt Zwietracht zwischen Deutschen unterschiedlichen Bekenntnisses. Liberale Journale wie die *Vossische Zeitung* erreichten weniger Leser, hetzten dafür





Der Kulturkampf war ein willkommenes Thema für satirische Zeitschriften wie den Kladderadatsch.



Auffindung und Befreiung von Barbara UBRYK im Kloster der Unbeschuhten Karmelitinnen in Krakau (21. Juli 1869).

aber täglich und lagen darüber hinaus in Lokalen auf. Katholischen Mitbürger wurden als ›Römlinges, ›Papistens und ›Ultramontanes verunglimpft.

Von 427 zwischen 1859 und 1878 erschienenen historischen Romanen waren 90 Prozent antikatholischen Inhalts.²⁰ Führend unter berüchtigten Büchern war *Der Pfaffenspiegel*: Die Sittenlosigkeit der Klöster übertreffe die kühnste Phantasie, polterte Otto von Corvin.²¹ Um ihre Folgen zu verbergen, sei es massenhaft zu Abtreibungen, Mord und Kindsmord gekommen. Andere Autoren klassifizierten die Klöster als »Pflanzstätten des Aberglaubens, der Dummheit und des Verbrechens«.²²

Der Presse gerade recht kam der Skandal um Barbara Ubryk (1817-1898): Die nymphomane Nonne war von ihren Mitschwestern vom Krakauer Kloster der Unbeschuhten Karmeliterinnen 21 Jahre bis zum 21. Juli 1869 in einem dunklen Verließ isoliert worden. Als die Behörden davon hörten, befreiten sie die Nackte und Verdreckte. Empörte Krakauer drangen in das Kloster ein und richteten Zerstörungen an. Militär mußte eingreifen.

Eine Woche, nachdem die reißerischen Berichte Berlin erreicht hatten, kam es zum Pogrom in der Metropole des Protestantismus: Am 16.



Otto von Corvin (1812–1886). Sein 1845 erschienener Pfaffenspiegel ist eine beißende Kritik an der katholischen Kirche.

²⁰ Günther Hirschmann, Kulturkampf im Roman der Gründerzeit, 1859–1878, München 1978, S. 82, zit. bei: Armin Heinen, »Umstrittene Moderne. Die Liberalen und der preußisch-deutsche Kulturkampf«, in: Geschichte und Gesellschaft 29, 2003, S. 138–156, hier: S. 143.

²¹ Friedrich Wilhelm Bautz, »Corvin-Wiersbitzki, Otto von«, in: *Biographisch-Bibliographisches Kirchenlexikon*, ²1990, Sp. 1137–1138. (Artikelanfang)

²² Manuel BORUTTA, »»Pflanzstätten des Aberglaubens, der Dummheit und des Verbrechens« – Moabiter Klostersturm und deutscher Kulturkampf«, in: *Comparativ* 12, 2002, H. 5/6, S. 63–80.

August 1869 ging im Arbeiterviertel Moabit eine Meute von 3000 Leuten mit Äxten und Brecheisen auf ein Kloster los. Zwei Menschen kamen ums Leben, über 30 Personen wurden verletzt. Die Dominikaner wurden aus Berlin vertrieben.



»Ich bin jetzt unfehlbar«. Diese Karikatur veranschaulicht die Problematik des Unfehlbarkeitsdogmas und die ab 1870 wachsende Kluft zwischen katholischer Kirche und Staat. (Karikatur von Thomas NAST, 1870) Der konservative Abgeordnete Karl STROSSER (1819–1898) nannte den Moabiter Klostersturm²³ das »Ei«, aus dem der Kulturkampf kroch.²⁴ Als Kulturkampfmittel breitete der reimende Zeichner und zeichnende Reimer Wilhelm BUSCH (1832–1908) seine bekannten Bildergeschichten über das Reich. In der Frommen Helene kündet der Kyniker von »Lokalen, wo der Böse nächtens praßt, / wo im Kreis der Liberalen / man den Heil'gen Vater haßt«.

Auf den Höhepunkt kam der Haß der Liberalen, als das Erste Vankanische Konzil am 18. Juli 1870 das Dogma von der Unfehlbarkeit des Heiligen Vaters beschloß. Aufgeklärte jaulten auf, jedoch bei nüchterner Betrachtung erweist sich aller Alarm als blind, ist doch die Unfehlbarkeit ausdrücklich eingeschränkt auf den Ausnahmefall, in dem der Papst vex cathedrax und unter ausdrücklicher Berufung auf besagtes Dogma eine Lehre über Glauben oder Sitten für verbindlich erklärt – verbindlich keineswegs für alle

Menschen, sondern nur für katholische. Auch kann zum Dogma nur erhoben werden, was nicht im Widerspruch zur Bibel steht. Motiv der festgestellten Unfehlbarkeit ist, daß der Papst bei auftretenden Meinungsverschiedenheiten das letzte Wort haben soll. Wer denn sollte es haben, wenn nicht er? Im Verhältnis zu den Kontroversen, die die Verkündung hervorrief, ist die praktische Bedeutung des Dogmas minimal. Nur ein einziges Mal bis dato machte ein Papst davon Gebrauch.²⁵

²³ Kurt Wernicke, »Der Moabiter Klostersturm« in: Berlinische Monatsschrift 3 (1994), S. 10–14.

²⁴ Preußischer Landtag. Haus der Abgeordneten 1879/80. Stenographische Berichte, S. 2181; Manuel BORUTTA, »Enemies at the Gate: The Moabit Klostersturm and the Kulturkampf: Germany«, in: Christopher CLARK (Hg.), *Culture Wars. Secular-Catholic Conflict in Nineteenth-Century Europe*, Cambridge 2003.

²⁵ Dies geschah, als PIUS XII. am 1. November 1950 mit seinem Schreiben *Munificentissimus Deus* die leibliche Himmelfahrt Mariens dogmatisierte.

Im Umkehrschluß aber besagt das Dogma, daß der Papst in weltlichen und damit auch in politischen Belangen eben nicht unfehlbar, sondern im Gegenteil so fehlbar ist wie jeder andere Mensch. Auf die rettende Idee, das Dogma als Fehlbarkeitsanerkenntnis für den Regelfall zu interpretieren, kam im Eifer der Leidenschaften keiner. Statt für die Klarstellung zu danken, daß der Papst ausschließlich im Ausnahmefall, mitnichten aber im Tagesgeschäft, unfehlbar ist, dämonisierte man das Dogma zum Demagogma und benutzte es als liberale Keule gegen Kirche und Katholiken.

Am Tag, nachdem das Dogma vom Konzil beschlossen worden war, begann Frankreich am 19. Juli 1870 den Krieg gegen Preußen. Nach Abzug der französischen Truppen, die bis dahin den Schutz des Kirchenstaates sicherstellten, kassierte das Königreich Italien am 20. September 1870 den aus Rom bestehenden Rest. Papst Pius IX. (1792–1878) bat das protestantische Preußen um Hilfe bei der Wiedererlangung des Kirchenstaates. Auf Anfrage, ob Preußen dem Pontifex Asyl gewähren könne, bot BISMARCK Köln oder Fulda an. ²⁶ Dem Risiko eines Krieges mit Italien konnte BISMARCK das im Entstehen begriffene Deutsche Reich nicht aussetzen.

Von einer reichsfeindlichen Einstellung Roms war keine Rede: Noch während der Deutsch-Französische Krieg im Gange war, begrüßte der

Papst die Entstehung des Deutschen Reiches, an dessen Bau sich auch die deutschen Katholiken mit Begeisterung beteiligten.²⁷ Zur Reichsgründung am 18. Januar 1871 gratulierte der Heilige Vater dem Kaiser,²⁸ und dieser lobte die

Der Zentrumsführer Ludwig WINDHORST (1812–1891) gehörte im Kulturkampf zu den schärfsten Gegnern der BISMARCK-Politik. In einem Gespräch mit dem Abgeordneten von TIEDEMANN am 25. Januar 1875 bemerkte BISMARCK: »Haß ist aber ein ebenso großer Sporn zum Leben, wie Liebe. Mein Leben erhalten und verschönern zwei Dinge: meine Frau und – WINDTHORST. Die eine ist für die Liebe da, der andere für den Haß.«

NICK. Deutschlands Schuld am Frieden, Stuttgart 1965, S. 286 f. 27 Nikolaus SIEG-FRIED, Actenstücke. aaO. (Anm. 8), S. XXVII. 28 »Schreiben Pius IX. an Kaiser Wilhelm vom 6. 3. 1871«, vollständiger Text bei: Nikolaus SIEGFRIED. Actenstükke, ebenda, S. XXXI.

²⁶ Arthur BÖHT-

LINGK, Bismarck und

Berlin 1911, S. 164

f., zit. bei: Johannes

das päpstliche Rom,

F[erdinand] BAR-



Loyalität der Katholiken: »Ich habe durch langjährige eigene Erfahrung inmitten der rheinischen Gaue die warme, unerschütterliche Liebe ihrer Bewohner zum teuren deutschen Vaterlande wahrgenommen, welche die Provinz in dem glücklich vollendeten Kampf von neuem im Wetteifer mit allen Teilen Deutschlands opferfreudig betätigt und mit dem Blute ihrer heldenmütigen Söhne besiegelt hat.«²⁹

BISMARCK bangte aber andererseits um den Bestand seines genialen »Staatskunstwerkes« und sah das neue Reich von einer »katholischen Revanche-Koalition« der Verlierer Österreich und Frankreich bedroht.³0 In der katholischen Zentrumspartei unter seinem Widersacher Ludwig WINDTHORST (1812–1891) erblickte der Eiserne Kanzler ein innenpolitisches Kollektiv der »Reichsfeinde«. Nach Ansicht von Anderson hätte die Partei »als ein hervorragendes Werkzeug zur Integration unzufriedener deutscher und nichtdeutscher Partikularisten in das neue Reich dienen können«.³¹ Die im Sommer 1870 gegründete ›Partei der Mitte« vertrat die Katholiken, die durch den Ausschluß Österreichs in die Minderheit geraten waren.³²

Für die evangelische Zweidrittelmehrheit im Reichsgebiet verwirklichte sich 1871 ein Traum: Die Trennung vom katholischen Österreich, das heißt der Ausschluß von 12 Millionen Deutschen, wurde als Sieg der protestantischen Idee gefeiert. Der liberale Kulturprotestantismus erhob triumphierend sein Haupt. Sowohl im Reich als auch in Preußen waren 40 Prozent Katholiken. Ein Viertel der preußischen Katholiken, und zwar 2,5 Millionen, war polnischen Volkstums: »Ich habe das Gefühl«, äußerte BISMARCK zum preußischen Innenminister Friedrich Albert Graf zu Eulenburg (1815–1881), »daß auf dem Gebiete unserer polnischen Provinzen der Boden unter uns, wenn er heute auch noch nicht auffällig wankt, so doch unterhöhlt wird, daß er einbrechen kann, sobald sich auswärts eine polnisch-katholisch-österreichische Politik entwickeln kann.«³³

²⁹ »Wilhelm I. zum Oberbürgermeister von Köln am 21. 3. 1871«, in: Nikolaus SIEGFRIED, *Actenstücke*, ebenda, S. XX f., Anm. 2.

³⁰ Tatsächlich verbündete sich das katholische Österreich mit dem Deutschen Reich. Die befürchtete Koalition kam zwischen dem laizistischen Frankreich, dem anglikanischen England und dem orthodoxen Rußland zustande.

Margaret Lavinia Anderson, Windthorst. Zentrumspolitiker und Gegenspieler Bismarcks, Düsseldorf 1988, S. 146.

³² Im Rahmen seiner Revisionspolitik stockte der Katholik Adolf Hitler (1889-1945) durch den Anschluß Österreichs und die Erlösung des Sudetenlandes das katholische Element um mehr als zehn Millionen Seelen auf und stellte dadurch das konfessionelle Gleichgewicht innerhalb des Deutschen Reiches wieder her.

³³ Friedrich Schinkel, Polen, Preußen und Deutschland, Breslau 1931, S. 146 f.

Er sei nicht antikatholisch, sondern antipolnisch, beteuerte der Kanzler: »Der Beginn des Kulturkampfes war für mich überwiegend bestimmt durch seine polnische Seite. . . In Posen und Westpreußen waren. . . Tausende von Deutschen und ganze Ortschaften, die in der vorigen Generation amtlich deutsch waren, durch die Einwirkung der katholischen Abteilung polnisch erzogen und amtlich ›Polen‹ genannt worden.« Verantwortlich hierfür sei Adalbert Krätzig (1819–1887), Leiter der katholischen Abteilung im geistlichen Ministerium.³ Statt den Beamten durch einen besseren zu ersetzen und polnischen Bestrebungen auf wirksame Weise zu begegnen, begann Bismarck einen innenpolitischen »Präventivkrieg«, indem im Ministerium die Auflösung der katholischen Abteilung mit Allerhöchstem Erlaß vom 8. Juli 1871 erfolgte³ und den Beginn des Kulturkampfes bedeutete.

Nach Rücktritt des preußischen Kultusministers Heinrich von MÜH-LER (1813–1874) nahm dessen Nachfolger Adalbert FALK (1827–1900) am 22. Januar 1872 die Verfolgung auf. Der einem Pfarrhaus entsprossene »furchtbare Jurist« (Rolf HOCHHUTH) verfolgte nicht nur die Absicht, den »Ultramontanismus« in der Kirche zu vernichten, ihm ging es um den totalen Sieg des Protestantismus über die römische Kirche. 36 Hierzu beschützte der Protestant die Altkatholiken, die sich von der Kirche abgespalten hatten.³⁷ Gegen das Dogma war auch die Mehrzahl der deutschen Bischöfe gewesen, nicht, weil sie vom Gegenteil überzeugt waren, sondern, weil sie die Schwierigkeiten voraussahen, die seine Verkündung in Deutschland zur Folge haben werde. Im Januar 1870 hatten 46 deutsche Oberhirten den Papst um Nichtverkündung gebeten, bei diesem aber kein Gehör gefunden. Nachdem das Dogma mit 531 von 602 Stimmen der anwesenden Konzilsväter beschlossen worden war, fügten sich die deutschen Bischöfe und forderten, »daß alle Katholiken die Entscheidung über die Unfehlbarkeit des Papstes als geoffenbarte Wahrheit mit festem Glauben und freudigem Herzen hinnehmen müßten, wenn an-



Adalbert FALK.

³⁴ Otto VON BISMARCK, Gedanken und Erinnerungen, Essen o. J., S. 214 f.

³⁵ »Allerhöchster Erlaß, betreffend die Aufhebung der im Ministerium der geistlichen etc. Angelegenheiten jetzt bestehenden gesonderten Abtheilungen für die evangelischen Kirchen-Angelegenheiten und für die katholischen Kirchen-Angelegenheiten vom 8. 7. 1871«, in: Gesetz-Sammlung, S. 293.

³⁶ Johann Friedrich von Schulte, Lebenserinnerungen, Bd. 1, Gießen 1908, S. 327, zit. bei: Johannes B. Kiessling, Geschichte des Kulturkampfes im Deutschen Reiche, Bd. 2, Freiburg i. Breisgau 1913, S. 51 f.

³⁷ Der von dem Münchner Theologieprofessor Ignaz Ritter von DÖLLINGER (1799–1890) ins Leben gerufene Altkatholizismus erwies sich als Totgeburt: Die altkatholische Sekte zählte 2009 weltweit rund 70 000, die katholische Kirche ca. 1,3 Milliarden Gläubige.



Adolf Namszanowski.



Albrecht Graf von Roon.

ders sie wirklich Glieder der einen heiligen katholischen und apostolischen Kirche sein und bleiben wollten«.

Als der Bischof von Ermland, Philipp Krementz (1819–1899), dem zum Altkatholiken übergetretenen Theologen Wollmann die Lehrerlaubnis für katholischen Religionsunterricht entzog, zettelte Falk wegen des Doppelstatus des Betroffenen als Geistlicher und Staatsbeamter den Braunsberger Schulstreit an. Die Regierung stellte sich hinter Wollmann, weigerte sich, den Herätiker als katholischen Religionslehrer zu entheben, und verhängte über den religiös korrekten Bischof zum 1. Oktober 1871 die Temporaliensperre. Die versche Wolling von den der Persche den Persch den P

Analog erging es dem Feldpropst Adolf Namszanowski (1820–1900), der als oberster katholischer Militärgeistlicher mit Kriegsminister Albrecht Graf von Roon (1803-1879) in Konflikt geriet. Nachdem die Militärbehörde den Altkatholiken den Mitgebrauch der Kölner Garnisonskirche gestattet hatte, mußte Namszanowski dafür sorgen, »daß die durch Überweisung der Pantaleonskirche an die Protestkatholiken für die katholische Militärgemeinde drohende Gefahr der communicatio in divinis, perversionis et scandali aufhöre«. Katholische Gottesdienste konnten daher in dieser Kirche nicht mehr stattfinden. Dem Kuraten GRUNERT in Insterburg, der das Dogma der lehramtlichen Unfehlbarkeit leugnete, untersagte Namszanowski die weitere Ausübung der Militärseelsorge. Der Armeebischof wurde daraufhin mit gekürzten Bezügen in den Ruhestand versetzt, »das Amt eines katholischen Feldpropstes bis auf weiteres« aufgehoben. Ein diplomatischer Protest des Vatikans blieb unbeantwortet. Am 29. Mai 1872 verfügte der Kriegsminister: »Sollte ein katholischer Militärgeistlicher... zu den Altkatholiken übertreten, so findet zunächst im Verhältnis der Militärbehörde zu ihm keine Änderung statt.«40

BISMARCK verglich den im Gang befindlichen Kulturkampf mit dem historischen Investiturstreit. Im Reichstag versicherte er den Abgeord-

³⁸ »Die Gewaltschritte der preuß. Regierung gegen das kathol. Gymnasium zu Braunsberg (1871) mit den sämmtlichen Aktenstücken«, in: *Archiv für katholisches Kirchenrecht* 26 (1871), S. LXXXI–CXXVII; Bericht über die parlamentarische Behandlung im Landtag in: *Provinzial-Correspondenz*, 4. 12. 1872.

³⁹ Unter Temporalien (Bona temporalia, »weltliche Vorteile«) versteht man alle mit der Verwaltung eines bestimmten kirchlichen Amtes verbundenen Einkünfte an Geld, Naturalien und sonstigen Gefällen, also die materiellen Rechte im Gegensatz zu den mit dem Kirchenamt verbundenen geistlichen Befugnissen (Spiritualien). Die Beschlagnahme dieser Einkünfte von seiten der Staatsgewalt heißt Temporaliensperre.

⁴⁰ Johannes B. Kiessling, Geschichte des Kulturkampfes, aaO. (Anm. 36), Bd. 2, S. 80–84.

neten: »Seien Sie ohne Sorge, nach Canossa gehen wir nicht, weder körperlich noch geistig.« Er werde keinen Fußbreit nachgeben. ⁴¹ Um Rom auf diplomatischem Weg zum Druck auf das Zentrum zu bewegen, wurde Gustav Adolf Kardinal Hohenlohe-Schillingsfürst (1823–1896) zum kaiserlichen Botschafter beim Heiligen Stuhl ernannt. Der Papst aber »bedauerte, einen Kardinal der römischen Kirche zur Annahme eines so delikaten und wichtigen Amtes nicht autorisieren zu können«. Auf deutscher Seite wurde die Zurückweisung als Verletzung der Person des Kaisers gewertet. Die diplomatischen Beziehungen wurden abgebrochen.

Am 10. Dezember 1871 war auf bayerische Initiative im ganzen Reich der »Kanzelparagraph« (130 a StGB) eingeführt worden, der Geistlichen bei Gefängnisstrafe bis zu zwei Jahren verbot, »in Ausübung ihres Berufes Angelegenheiten des Staates in einer zur Störung des öffentlichen Friedens geeignet erscheinenden Weise [zu] erörtern«.⁴² Im Juli 1872 wurden die Jesuiten ausgewiesen, die sich nach den Worten BISMARCKS »blattlausartig« ausgebreitet hatten.⁴³ Der Kirche wurde die Aufsicht über die Schulen entzogen.⁴⁴

Der Kulturkampf gipfelte in den vier Mai-Gesetzen des Jahres 1873, die die Kirche ihrer autonomen Rechte beraubten und staatlicher Kontrolle unterwarfen. Angesichts der Unvereinbarkeit der Kampfmaßnahmen mit den geltenden Verfassungsgarantien erhielten die Art. 15 und 18 zunächst eine stark eingeengte Bedeutung. Das erste Mai-Gesetz machte die Anstellung in einem geistlichen Amt vom Besitz der deut-



Gustav Adolf Kardinal Hohenlohe-Schil-Lingsfürst.

⁴¹ Stenographische Berichte des Reichstags, 14. 5. 1872; Otto von BISMARCK,
»Nach Canossa gehen wir nicht!« Rede vom 14. 5. 1872, in: Gedanken und Erinnerungen, aaO. (Anm. 34), S. 336–340, hier: S. 337.

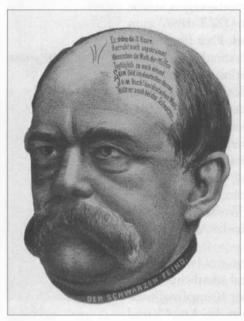
⁴² »Gesetz, betreffend die Ergänzung des Strafgesetzbuches für das Deutsche Reich vom 10. 12. 1871« (in: *Reichsgesetzblatt*, S. 442).

⁴³ »Gesetz betreffend den Orden der Gesellschaft Jesu vom 4. 7. 1872« (in: Reichsgesetzblatt S. 253); »Bekanntmachung, betreffend die Ausführung des Gesetzes über den Orden der Gesellschaft Jesu vom 5. 7. 1872« (in: Reichsgesetzblatt, S. 254). Mit »Bekanntmachung vom 20. 5. 1873« (in: Reichsgesetzblatt, S. 109) wurden die »Kongregation der Redemptoristen« (»Congregatio Sacerdotum sub titulo Sanctissimi Redemptoris«), die Kongregation der Lazaristen (»Congregatio Missionis«), die »Kongregation der Priester vom heiligen Geiste« (»Congregatio Sancti Spiritus sub tutela immaculati Beatae Virginis Mariae«) und die »Gesellschaft vom heiligen Herzen Jesu« (»Société du sacré coeur de Jésus«) dem verbotenen Jesuitenorden gleichgestellt.

⁴⁴ »Gesetz, betreffend die Beaufsichtigung des Unterrichts- und Erziehungswesens vom 11. 3. 1872« (in: Gesetz-Sammlung, S. 183).

⁴⁵ »Gesetz betreffend die Abänderung der Art. 15 und 18 der Verfassungsurkunde vom 5. 4. 1873« (in: *Gesetz-Sammlung*, S. 143).

schen Staatsangehörigkeit und von der wissenschaftlichen Vorbildung an deutschen Bildungseinrichtungen abhängig und führte für Kandida-



Druckgraphik »Der schwarze Feind« um 1873 Karikatur auf den Kulturkampf Bismarcks: »Es stehen die 3 Haare / Hurrah! noch ungekrümmt:/ Wennschon die Wuth der Pfaffen / Tagtäglich zu noch nimmt./ SEIN Bild im deutschen Herzen,/ IHM Hoch! bei deutschem Wein,/ Nimt er auch bei den Schwarzen / Solch eine Stellung ein!«

ten ein sogenanntes Kulturexamen ein. 46 Das zweite Mai-Gesetz besagte, daß kirchliche Disziplinargewalt über Deutsche nur von deutschen kirchlichen Behörden ausgeübt werden dürfe. Es schloß damit die direkte Disziplinierung deutscher Geistlicher durch Papst und andere kuriale Stellen aus und führte einen Königlichen Gerichtshof für kirchliche Angelegenheiten ein. 47 Das dritte Mai-Gesetz verbot der Kirche alle Straf- und Zuchtmittel, die auch mit profanen Folgen verbunden waren. 48 Das vierte der Mai-Gesetze schuf Erleichterungen für den Kirchenaustritt. 49

Als Reaktion auf die dicht aufeinanderfolgenden legislativen Schläge untersagten die deutschen Bischöfe am 2. Mai 1873 allen Gläubigen, die Kulturkampfgesetze zu befolgen oder zu vollziehen, und forderten sie auf, gegebenenfalls passiven Widerstand zu leisten. ⁵⁰ In einem Handschreiben wandte sich der Papst an den Kaiser: »Im Sommer 1873, als der Kul-

turkampf in und um das sonderbare Reich bereits hohe Wellen schlug, war gerade dies dem Gefangenen im Vatikan eine Handhabe, die Knüpfung des Bandes erneut zu versuchen«, anerkennt Johannes Barnick (1916–1987). »Schließlich gab es in Berlin und Preußen, bei den Konservativen und zwar gerade auch in aktiv evangelischen Kreisen, gegen Bismarcks drakonische Konfessionspolitik eine starke Opposition, an deren Spitze damals niemand Geringeres stand als Augusta, die Gattin des

⁴⁶ »Gesetz über die Vorbildung und Anstellung von Geistlichen vom 11. 5. 1873« (in: Gesetz-Sammlung, S. 191).

⁴⁷ »Gesetz über die kirchliche Disziplinargewalt und die Errichtung des Königlichen Gerichtshofes für kirchliche Angelegenheiten vom 12. 5. 1873« (in: *Gesetz-Sammlung*, S. 198).

⁴⁸ »Gesetz über die Grenzen des Rechts zum Gebrauche kirchlicher Straf- und Zuchtmittel vom 13. 5. 1873« (in: *Gesetz-Sammlung*, S. 205).

⁴⁹ »Gesetz, betreffend den Austritt aus der Kirche vom 14. 5. 1873« (in: Gesetz-Sammlung, S. 207).

⁵⁰ »Sendschreiben der am Grabe des hl. Bonifacius in Fulda versammelten Oberhirten an den hochwürdigen Klerus und sämmtliche Gläubigen ihrer Diöcesen vom 2. 5. 1873«, in: Nikolaus Siegfried, *Actenstücke*, aaO. (Anm. 8), S. 174–177, Dok. 89.

Kaisers!⁵¹ Das war natürlich auch auf den Hügeln am Tiber nicht unbekannt. So kam es denn im Vatikan, den 7. August 1873 zu jenem denkwürdigen Schreiben des Papstes direkt an den deutschen Kaiser,⁵² das mit Vorwürfen wegen der rigorosen Maßregeln gegen die katholische Kirche begann, um damit wahrhaft prophetisch die Überzeugung zu verbinden, daß diese Maßregeln keine andere Wirkung haben könnten als diejenige, den eigenen Thron Seiner Majestät zu untergraben! Ich rede mit Freimut, endete der Papst, idenn mein Panier ist Wahrheit, und ich rede, um eine meiner Pflichten zu erfüllen, welche darin besteht, allen die Wahrheit zu sagen, auch denen, die nicht Katholiken sind. Denn jeder, welcher die Taufe empfangen hat, gehört in irgendeiner Beziehung oder auf irgendeine Weise, welche hier näher darzulegen nicht am Orte ist, gehört, sage ich, dem Papste an.««

Die letzte Wendung des Briefes war taktisch ungeschickt, klagt BAR-NICK: »Sie erleichterte BISMARCK den Gegenzug, den rundweg abschlägigen Bescheid des Kaisers in dem Antwortschreiben vom 3. September. Im Prinzip war sie trotzdem richtig gemeint, ja enthielt gerade nur sie erst die positiv ergänzende Hauptsache des sonst so kritischen Briefes.« Denn hätte WILHELM darauf entgegenkommend oder auch nur höflichindifferent geantwortet, so wäre dies bereits faktisch gleichbedeutend gewesen mit einer unausdrücklichen und gewiß nicht unbedingten, den protestantischen Bekenntnisstand des Monarchen nicht notwendig berührenden Anerkennung des römischen Primates! Hierauf offenbar zielte der Papst; er hatte damit das unterbreitet, was man einen Vorschlag zur Güte nennt. Es kann ja kein Zweifel darüber bestehen, daß bereits ein noch so indirektes kaiserliches Entgegenkommen gleichsam Öl auf die Wogen des erregten deutschen Katholizismus gegossen und damit dem Kulturkampf die Voraussetzungen entzogen hätte. Die rigorosen Maßregeln, die der Papst beanstandete, hätten dann ohne jene Sorgen im Sinne der Staatsräson, die BISMARCK sich für diesen Fall machte, abgebaut werden können und sogar müssen. Damit wäre Raum entstanden für eine völlig neue innerdeutsche und auch europäische Konstellation, gekennzeichnet durch die plötzliche Öffnung der bisher widersinnig blok-



WILHELMS I. Gemahlin AUGUSTA MARIE LUISE KATHARINA von Sachsen-Weimar-Eisenach, obwohl Protestantin, setzte sich für die katholischen Priester ein. Die Justiz ging hart gegen Geistliche vor, die sich Mai-Gesetzen widersetzten. In Preußen war 1875 jede vierte katholische Pfarrei wegen Inhaftierung der Stelleninhaber oder deren Flucht vor Verhaftung vakant.

⁵¹ Augusta, geborene Prinzessin von Sachsen-Weimar-Eisenach (1811–1890), Gemahlin Kaiser Willielms I., setzte sich als Protestantin im Kulturkampf für den Katholizismus ein, warnte den Bischof von Breslau vor der Verhaftung, so daß sich dieser rechtzeitig im böhmischen Teil der Erzdiözese in Sicherheit bringen konnte. Die Nonnen eines Koblenzer Klosters rettete sie vor der Ausweisung, indem sie ihrem kaiserlichen Gemahl androhte, sie würde für immer in Koblenz bleiben und nicht nach Berlin zurückkehren. Vgl. Otto von BISMARCK über die prokatholische Kaiserin in: Gedanken und Erinnerungen, aaO. (Anm. 34, S. 53 f.

kierten preußisch-römischen Hauptverbindung zwischen neuem Legitimismus und erneuertem Katholizismus.⁵³ Das kaiserliche Antwortschreiben vom 3. September 1873 indessen bezeichnete die Bischöfe als Rebellen und die den Mai-Gesetzen widerstrebenden Katholiken als »reichsfeindliche Partei«.⁵⁴

Die Mai-Gesetze des Vorjahres wurden weiter verschärft.⁵⁵ Die Härte der Gesetze wurde noch überboten durch die Härte ihrer Anwendung: Schon Anfang 1874 erreichten die Geldstrafen bei dem Erzbischof von Posen-Gnesen, Miecislaus Graf Ledochowski (1822–1902), die Höhe von 29 500 Talern, bei dem Erzbischof von Köln, Paulus MELCHERS (1813–1895), von 29 500 Talern. Der Bischof von Trier, Matthias EBER-HARDT (1815–1876), kam auf eine Gesamtstrafsumme von 130000 Mark. Gegen den Fürstbischof von Breslau, Heinrich FÖRSTER (1799–1881), wurden Strafen in Höhe von 37 000 Mark, gegen den Bischof von Hildesheim, Daniel SOMMERWERCK (1821-1905), von 33 000 Mark, gegen den Bischof von Kulm, Johannes Nepomuk von der Marwitz (1795-1886), von 20000 Mark verhängt. Da die Hirten zur Zahlung dieser hohen Beträge nicht in der Lage waren, kam es zur Pfändung und Zwangsversteigerung und, da die erzielten Beträge die Geldstrafen nicht deckten, zur Vollstreckung der ersatzweisen Freiheitsstrafen. Als erster wurde Posens Erzbischof Ledochowski am 3. Februar 1874 abgeführt. Nach Verbüßung der zweijährigen Ersatzstrafe wurde er am 3. Februar 1876 aus dem Gefängnis Ostrowo entlassen. Seine Erhebung zum Kardinal erlebte er am 15. März 1875 im Kerker. Der Bischof von Trier, EBER-HARDT, büßte zehn Monate im Gefängnis, der Erzbischof von Köln, MELCHERS, verbrachte sechs Monate im »Klingelpütz«. 56 Der Bischof von Paderborn, Konrad Martin (1812–1879), verharrte 5 ½ Monate hinter Gittern, ehe er nach gelungener Flucht aus der Festung Wesel in Belgien

⁵² »Brief des Papstes Pius IX. an den deutschen Kaiser vom 7. 8. 1873«, in: Nikolaus Siegfried, *Actenstücke*, aaO. (Anm. 8), S. 197 f., Dok. 103.

⁵³ Johannes F. Barnick, *Deutschlands Schuld am Frieden*, aaO. (Anm. 26), S. 269 f. ⁵⁴ »Antwort Sr. Majestät des Kaisers vom 3. 9. 1873«, in: Nikolaus Siegfried, *Actenstücke*, aaO. (Anm. 6), S. 104. Der Briefwechsel wurde von Bismarck im *Deutschen Reichs-Anzeiger und Königlich Preußischen Staats-Anzeiger* veröffentlicht. Internationales Presseecho bei Erich Schmidt-Volkmar, *Der Kulturkampf in Deutschland 1871–1890*, Göttingen–Berlin–Frankfurt/M. 1962, S. 149 f.

⁵⁵ »Gesetz über die Verwaltung erledigter katholischer Bistümer vom 20. 5. 1874« (in: Gesetz-Sammlung, S. 135); »Gesetz wegen Deklaration und Ergänzung des Gesetzes vom 11. 5. 1873 über die Vorbildung und Anstellung der Geistlichen (in: Gesetz-Sammlung 1873, S. 191)« vom 21. 5. 1874 (in: Gesetz-Sammlung, S. 139).

 $^{^{\}rm 56}$ » Klingelpütz« ist der volkstümliche Name für das Gefängnis in Köln.



Schachpartie zwischen Reichskanzler Otto von Bismarck und Papst Pius IX. Die Karikatur (aus dem *Kladderatatsch* spielt auf die Mai-Gesetze und den Gegenzug des Papstes in Form der Enzyklika *Quod numquam* an.

unterkam. Der Breslauer Fürstbischof FÖRSTER wich auf einen Wink der »katholisierenden« Kaiserin (BISMARCK) in den böhmischen Teil seiner Diözese aus. Von den elf preußischen Bischöfen – das Bistum Fulda war seit 1873 vakant – waren fünf für längere oder kürzere Zeit in Haft.

In seiner Enzyklika *Quod numquam*⁵⁷ vom 5. Februar 1875 geißelte Pius IX. die »gottlose Gewalt«, die die kirchliche Freiheit niedergetreten habe. Der Heilige Vater erklärte sämtliche Kulturkampfgesetze für nichtig und drohte allen, die diese Gesetze vollziehen, mit der Exkommunikation.

Nach Preußen⁵⁸ wurde die obligatorische Zivilehe mit Verbot der religiösen Voraustrauung nun auch im gesamten Reich eingeführt.⁵⁹ Mit dem sogenannten Brotkorbgesetze wurden der Kirche sämtliche Staatsleistungen gestrichen.⁶⁰ Nur 24 von insgesamt 4000 Geistlichen in Preußen gaben dem Staat gegenüber eine Gehorsamserklärung ab, um ihre Bezüge weiter zu erhalten. Sie verfielen damit der kirchlicherseits angedroh-

⁵⁷ »Schreiben des Heiligen Vaters Papst Pius IX. an die Erzbischöfe und Bischöfe in Preußen vom 5. 2. 1875«, in: Nikolaus SIEGFRIED, *Actenstücke*, aaO. (Anm. 8), S. 267–270, Dok. 137.

⁵⁸ »Gesetz über die Civilehe vom 9. 3. 1874« (in: Gesetz-Sammlung, S. 95). Deren Einführung war bereits in Art. 19 der Verfassungsurkunde vom 31. 1. 1850 vorbehalten.

⁵⁹ »Gesetz über die Beurkundung des Personenstandes und die Eheschließung vom 6. 2. 1875« (in: Reichsgesetzblatt, S. 23).

⁶⁰ »Gesetz, betreffend die Einstellung der Leistungen aus Staatsmitteln für die römisch-katholischen Bisthümer und Geistlichen vom 22. 4. 1875« (in: Gesetχ-Sammlung, S. 194).

ten Exkommunikation. Orden und Klöster wurden aufgelöst, ⁶¹ in die Verwaltung des kirchlichen Vermögens wurde eingegriffen. ⁶² Die gänzliche Aufhebung der Verfassungsartikel, die die Kirchenfreiheit garantierten, ⁶³ setzte BISMARCK im Staatsministerium unter Drohung mit seinem Rücktritt durch. ⁶⁴

Die Situation der Kirche war desolat. Von den 12 Bistümern in Preußen blieb Fulda seit 1873 vakant, fünf Diözesanbischöfe verbrachten 1874/1875 etliche Monate in Gefängnissen. 1878 waren nur noch die Bischöfe von Ermland, Kulm und Hildesheim im Amt. Die Bistümer Fulda, Osnabrück und Trier waren vakant, die übrigen sechs Bischöfe staatlicherseits abgesetzt. Sie regierten ihre Bistümer vom Exil aus durch geheime Delegaten. 1800 Pfarrer waren ins Gefängnis gebracht oder verbannt, Kircheneigentum im damaligen Wert von 16 Millionen Mark beschlagnahmt. Das katholische Volk indessen hielt zu seinen Hirten.

Längst war sich Bismarck bewußt, daß der Kulturkampf dem Staate schadete: »Auf die juristische Detailarbeit der Mai-Gesetze würde ich nie verfallen sein; sie lag mir ressortmäßig fern, und weder in meiner Absicht noch in meiner Befähigung lag es, Falk als Juristen zu kontrollieren oder zu korrigieren. Ich konnte als Ministerpräsident überhaupt nicht gleichzeitig den Dienst des Kultusministers tun«, redete sich der Reichskanzler heraus. »Erst durch die Praxis überzeugte ich mich, daß die juristischen Einzelheiten psychologisch nicht richtig gegriffen waren. Der Mißgriff wurde mir klar an dem Bilde ehrlicher, aber ungeschickter preußischer Gendarmen, die mit Sporen und Schleppsäbel hinter gewandten und leichtfüßigen Priestern durch Hintertüren und Schlafzimmer nachsetzten.«65

Schon im Juni 1873 hatte BISMARCK im Vertrauen geäußert: »Schaffen sie mir einen friedfertigen Papst, dann verständige ich mich über alles.«66

⁶¹ »Gesetz, betreffend die geistlichen Orden und ordensähnlichen Kongregationen der katholischen Kirche vom 31. 5. 1875« (in: *Gesetz-Sammlung*, S. 217). ⁶² »Gesetz über die Vermögensverwaltung in den katholischen Kirchengemeinden vom 20. 6. 1875 (in: *Gesetz-Sammlung*, S. 241).

⁶³ »Gesetz über die Aufhebung der Art. 15, 16 und 18 der Verfassungsurkunde vom 18. 6. 1875« (in: *Gesetz-Sammlung*, S. 259).

⁶⁴ Johannes B. KISSLING, Geschichte des Kulturkampfes, aaO. (Anm. 36), Bd. 3, S. 73 ff.; Erich Schmidt-Volkmar, Der Kulturkampf in Deutschland, 1871–1890, aaO. (Anm. 54), S. 138; Michael Stürmer, Regierung und Reichstag im Bismarckstaat, 1871–1880. Cäsarismus oder Parlamentarismus, Düsseldorf 1974, S. 137, sämtl. zit. bei: Armin Heinen, »Umstrittene Moderne«, aaO. (Anm. 20), S. 142.

⁶⁵ Otto von Bismarck, Gedanken und Erinnerungen, aaO. (Anm. 34), S. 216.

⁶⁶ Hajo HOLBORN (Hg.), Aufzeichnungen und Erinnerungen aus dem Leben des Botschafters J. M. von Radowitz, Bd. 1, Stuttgart 1925, S. 274; Karl BACHEM, Vorge-

Nach dem Tod von Pius IX. am 7. Februar 1878 ergriff sein Nachfolger LEO XIII. (1810-1903) die Initiative, teilte dem Kaiser in aller Form seine Wahl mit und schlug gemeinsame Bemühungen vor, um das Verhältnis zu normalisieren. 67 Das päpstliche Schreiben wurde vom Kaiser in ebenso höflicher Form erwidert, womit der abgerissene Faden wieder geknüpft war.68 FALK war in diesem Fall nicht mehr zu halten und bat um seine Entlassung, sein Nachfolger als Kultusminister wurde der konservative Protestant Robert VON PUTTKAMER (1828–1900).

Im Juli 1878 kam es in Kissingen zum ersten Kontakt mit dem Münchner Nuntius Gaetano Kardinal Aloisi Masella (1826–1902). Auf Verlangen des Papstes verhandelte der Vankan direkt mit BISMARCK ohne Beteiligung von Episkopat und Zentrum. Dem Kanzler kam die Umgehung seiner politischen Gegner sehr gelegen. Als der Papst am 23. Februar 1880 die Anzeigepflicht akzeptierte, war WINDTHORST »völlig niedergeschmettert«. Der Zentrumsführer fühlte sich »vor der Front erschossen« und fürchtete einen »faulen Frieden«.69

Mit dem ersten Milderungsgesetz⁷⁰ begann der Reigen der Revisionsmaßnahmen. Die staatliche Vermögensverwaltung wurde aufgehoben. Das zweite Milderungsgesetz gab dem König die Möglichkeit, einen amtsenthobenen Bischof wieder in seine Diözese ein- nieren Sie sich nicht!« Kanzler BISMARCK: zusetzen. Das Kulturexamen für Geistliche wurde prak- »Bitte gleichfalls!« Aus dem Kladderatisch abgeschafft.⁷¹ Das dritte Milderungsgesetz ermög- datsch, Nr. 14/15, 18. März 1878.



Modus vivendi, Karikatur von Wilhelm Scholz: Der Papst und der Reichskanzler fordern sich gegenseitig zum Fußkuß auf. Bildunterschrift: Pontifex: »Nun bitte, ge-

schichte, Geschichte und Politik der deutschen Zentrumspartei, Bd. 3, Köln 1927, S. 221, zit. bei: Georg FRANZ[-WILLING], Kulturkampf, Callwey, München 1971, S. 226. 67 Brief des Heiligen Vaters LEO XIII. an den Deutschen Kaiser zur Anzeige seiner Thronbesteigung vom 20. 2. 1878, in: Nikolaus Siegfried, Actenstücke, aaO. (Anm. 8), S. 353, Dok. 183.

⁶⁸ Antwort Sr. Majestät des Kaisers vom 24. 3. 1878, in: Nikolaus SIEGFRIED, Actenstücke, ebenda, S. 353, Dok. 184.

⁶⁹ Karl BACHEM, Vorgeschichte, Geschichte und Politik der deutschen Zentrumspartei, Bd. 3, S. 413, aaO. (Anm. 66), zit. bei: Jo Marie FARWICK, »Ernste Zeiten für Katholiken. Der Kulturkampf in Preußen«, Seminararbeit, 2002, http:// www.hausarbeiten.de/faecher/vorschau/107274.html, Abfr. 3.8.2010.

⁷⁰ »Gesetz betreffend die Abänderung der kirchenpolitischen Gesetze« vom 14. 7. 1880 (in: Gesetz-Sammlung, S. 285).

⁷¹ Desgl. vom 31. 5. 1882 (in: Gesetz-Sammlung, S. 307).

lichte die Notseelsorge in vakanten Pfarrstellen. Die Zuständigkeit des Gerichtshofes für kirchliche Angelegenheiten wurde eingeschränkt. Das Gesetz gewährte Straffreiheit für alle Fälle der unerlaubten Vornahme geistlicher Amtshandlungen.⁷²

Als sich 1885 die Verhandlungen festgelaufen hatten, überwand Bismarck das Tief durch einen Kniff: Er bat den Papst, den deutsch-spanischen Kolonialstreit um die Karolineninseln zu schlichten. Salomonisch sprach der Heilige Vater die Inseln den Spaniern zu, dem Reich räumte er wirtschaftliche Rechte ein. Für die konkludente Anerkennung als Souverän dankte der »Gefangene im Vatikan« dem protestantischen Kanzler, indem er BISMARCK – zum Entsetzen des Zentrums – die höchste Stufe des Christusordens verlieh. 1886 und 1887 legten zwei Friedensgesetze den Kulturkampf endgültig bei. Toer Königliche Gerichtshof für kirchliche Angelegenheiten wurde aufgehoben, das zweite Friedensgesetz entschärfte die Mai-Gesetze. Die 1872 abgebrochenen diplomatischen Beziehungen zwischen Berlin und dem Vatikan wurden 1882 wieder aufgenommen.

Erhalten blieben die staatliche Schulaufsicht, die Zivilehe in modifizierter Form, die Anzeigepflicht der Kirche und das Einspruchsrecht bei Ernennungen sowie die Beseitigung der Kirchenartikel aus der preußischen Verfassung. Die katholische Abteilung im Kultusministerium wurde nicht wiederhergestellt.

»Ein Ende gesetzt ist dank der Hilfe Gottes dem erbitterten Kampfe, welcher der Kirche Wunden schlug und dem Staate nicht zum Vorteile gereichte«, schloß Leo XIII.⁷⁴ »Im Jahre 1886 gelang es, die von mir teils erstrebte, teils als zulässig erkannte Gegenreformation [siv!] zum Abschluß zu bringen, den modus vivendi zu erreichen, der immer noch, verglichen mit dem status quo vor 1871, ein für den Staat günstiges Ergebnis des ganzen Kulturkampfs aufweist«, gab sich BISMARCK befriedigt.⁷⁵ Den Interessen des deutschen Volkes und Reiches aber und seinem inneren Zusammenhalt war der kontranationale Kulturkampf in jeder Beziehung und in höchstem Maße abträglich.

Fred Duswald



LEO XIII. Nachdem die preußische Regierung 1886/87 die beiden Friedensgesetzec erlassen hatte, erklärte der Papst am 23. Mai 1887 den Kulturkampf für beendet.

72 Desgl. vom 11. 7. 1883 (in: Gesetz-Sammlung, S. 109).

⁷⁴ Päpstliche Allokution vom 23. 5. 1887.

⁷³ Desgl. vom 21. 5. 1886 (in: Gesetz-Sammlung, S. 147); desgl. vom 29. 4. 1887 (in: Gesetz-Sammlung, S. 127).

⁷⁵ Otto von Bismarck, Gedanken und Erinnerungen, aaO. (Anm. 34), S. 219.

Der nach nur 99 Tagen Regentschaft erfolgte Tod des deutschen Kaisers Friedrich III. am 15. Juni 1888 lieferte seit je Stoff für spekulative Überlegungen und für die (unter Historikern eigentlich verpönte) Frage, was gewesen wäre, wenn. Wie wäre zum Beispiel Deutschlands Entwicklung verlaufen, wenn der als die große Hoffnung der Liberalen¹ geltende Friedrich (mit vollem Namen Friedrich Wilhelm Nikolaus Karl von Preußen²) eine längere Zeit auf dem Thron hätte verleben können? Hätte der Sohn Wilhelms I., der mit der ältesten Tochter der britischen Königin Victoria vermählt war, das Deutsche Reich an die Seite Großbritanniens geführt? Hätte er so Deutschlands fatale Einkreisung verhindert und hiermit vielleicht die Katastrophe des Ersten Weltkriegs abgewendet?

Auf diesen Fragen haben sich einige Legenden aufgebaut, die sich bis heute um den >99 Tage-Kaiser ranken, der nach einem grausigen Martyrium an Kehlkopfkrebs starb. Benutzt der an der historischen Realität interessierte Betrachter die von dem Mainzer Historiker Winfried BAUM-GART 2012 herausgegebenen Tagebücher FRIEDRICHS aus dem Zeitraum 1866-1888,3 so fällt eines auf: FRIEDRICH als liberale Hoffnung für ein Deutschland nach englischem Vorbild ist zu weiten Teilen eine Schöpfung der nachgeborenen Historiker, die dem unglücklichen FRIEDRICH jene politischen Ansichten zugeschrieben haben, welche sie bei seinem Sohn WILHELM II. so gern gesehen hätten. Somit handelt es sich hierbei in nicht unbedeutendem Maße um eine Wunschvorstellung als positives Gegenbild zu dem als negativ empfundenen und dann auch so dargestellten Wilhelm II. Winfried Baumgart erklärt es in Anbetracht der historischen Argumente für eine »Mär«zu glauben, ein so sehr »aus Schwäche und Kleinlichkeit«4 zusammengesetzter Charakter wie der des Thronfolgers hätte die Fähigkeit besessen, Deutschland in eine neue Ära zu



Winfried BAUMGART (Hg. u. Bearb.), Kaiser Friedrich III. Tagebücher 1866– 1888, Paderborn 2012.

¹ Vgl. in diesem Zusammenhang u. a.: Franz HERRE, Kaiser Friedrich III· Deutschlands liberale Hoffnung. Eine Biographie, Stuttgart 1987.

² Als Thronfolger führte er den Namen Friedrich Wilhelm. In diesem Artikel wird er der Einfachheit halber nur Friedrich genannt.

³ Winfried BAUMGART (Hg. u. Bearb.), Kaiser Friedrich III· Tagebücher 1866–1888, Paderborn 2012.

⁴ Zitiert nach: ebenda, S. 12 (Einleitung). So befand in seinem Tagebuch Friedrich von Holstein, der Vortragende Rat im Auswärtigen Amt. Er wurde auch die »Graue Eminenz« genannt, da er zwar nie öffentlich in Erscheinung trat, jedoch auf die Außenpolitik des Deutschen Reiches zwischen 1890 und 1906 einen großen Einfluß ausübte.

Der Kronprinz FRIED-RICH WILHELM und spätere Kaiser FRIEDкісн III. galt lange Zeit als Gesinnungsfreund der Liberalen. Es wurde gar angenommen, daß, hätte er länger regieren können, er gar einen Systemwechsel hin zum **Parlamentarismus** nach englischem Muster angestrebt hätte – zumal er sehr beliebt im Volk war. Der Legendenscher, der Deutsch- brochen.5 lands Katastrophe hätte verhindern können, dürfte mit der Herausgabe sei-Boden entzogen



war. Der Legendenbildung um Friedrich losen Rolle als Kronprinz verharren mußte, immer heftiger von einem III. als den Herrscher, der Deutschbrochen.⁵

Seinen Ruf als ›Liberaler‹ begründete Friedrich als Kronprinz, indem können, dürfte mit der Herausgabe seiner Tagebücher wohl endgültig der Boden entzogen sein.

Ministerpräsident – distanzierte. Friedrich äußerte laut Bismarcks Gedanken und Erinnerungen über die »Preßordonnanz«, mit der dieser in seinem Kampf gegen die liberale Majorität des preußischen Abgeordnetenhauses die Pressefreiheit zu beschneiden versuchte, folgendes: »Auch ich beklage, daß ich in einer Zeit hergekommen bin, in welcher zwischen Regierung und Volk ein Zerwürfnis eingetreten ist, welches zu erfahren mich in hohem Grade überrascht hat. Ich habe von den Anordnungen, die dazu geführt haben, nichts gewußt. Ich war abwesend. Ich habe keinen Teil an den Ratschlägen, die dazu geführt haben.«6

Dennoch legte der Thronfolger bei dieser Gelegenheit Loyalität gegenüber seinem Vater Wilhelm I. an den Tag, indem er sein Vertrauen zu ihm bekundete.⁷

⁵ W. BAUMGART, Kaiser Friedrich III., aaO. (Anm. 3), S. 13 ff. (Einleitung).

⁶ Zitiert nach: Otto von Bismarck, *Gedanken und Erinnerungen*. Ungekürzte Ausgabe. Mit einer Einführung von Hermann Proebst, München 2007, S. 242.

⁷ Ebenda.

Hinter dieser öffentlich geäußerten Kritik an Maßnahmen der Regierung Seiner Majestät stand FRIEDRICHS Gemahlin VICTORIA, die eine erbitterte Feindin BISMARCKS war und ihren von Natur aus eher zaghaften und unentschlossenen Gemahl oft genug zu energischer Opposition gegen den ihr verhaßten Leiter der preußischen (und nachher auch deutschen) Politik anzutreiben suchte.⁸ Jedenfalls endete der durch FRIED-RICHS Danziger Kritik ausgelöste Sturm im Wasserglass damit, daß der erboste König dem Kronprinzen die erbetene Vergebung gewährte und dessen Beschwerden über BISMARCK überging, die er in einem Schreiben vom 4. Juni 1863 geäußert hatte. Doch WILHELM I. erlegte dem Thronfolger für die Zukunft die Pflicht zum Schweigen auf.9 FRIEDRICH, der auf die väterliche Rüge kopflos reagierte, 10 nahm dies hin und galt in der Öffentlichkeit von da an als Schwächlings, der einem Machtkampf aus dem Weg ging. Mehr und mehr zog er sich in sein Schneckenhaus zurück, legte auch seinen Sitz in Preußens Staatsministerium nieder, was bedeutete, daß er sich (zumindest in der Öffentlichkeit) von der Politik fernhielt. Der Thronfolger geriet so immer stärker ins Abseits – womit BISMARCK den Sieg davongetragen und einen gefährlichen Gegner auf Dauer geschwächt hatte.11

Dennoch war der Bruch mit BISMARCK nicht unheilbar (FRIEDRICH nahm überdies bald an den Sitzungen des Kronrats teil), und so sollten die zwei Gegenspieler in hochbrisanten Fragen von Krieg und Politik noch überraschend zu einer gedeihlichen punktuellen Zusammenarbeit finden. Es handelte sich hierbei um die möglichst schonende Behandlung des im Deutschen Krieg von 1866 besiegten Österreichs¹² sowie um die Frage des Kaisertitels 1871.¹³ In diesen beiden so überaus wichtigen Fällen unterstützte FRIEDRICH seinen Gegner BISMARCK und half ihm damit ganz entscheidend, sich gegen WILHELM I. und dessen Standpunkt durchzusetzen.

Diese fallweise Zurückstellung der Gegnerschaft änderte jedoch insgesamt nicht viel an dem Dauerkonflikt, den FRIEDRICH mit Otto VON





Oben: VICTORIA. Die Tagebücher FRIEDRICHS offenbaren, daß er bei weitem nicht alle Vorstellungen seiner Gemahlin teilte. Für den Diplomaten Friedrich von Hol-STEIN (unten), der zwischen 1890 und 1906 einen gewichtigen Einfluß auf die deutsche Außenpolitik ausübte, mangelte es dem Kronprinzen an Tatkraft und Entschlossenheit, um seine politischen Vorstellungen umzuset-

⁸ W. BAUMGART, Kaiser Friedrich III., aaO. (Anm. 3), S. 20 (Einleitung).

⁹ O. von Bismarck, Gedanken und Erinnerungen, aaO. (Anm. 6), S. 243.

¹⁰ W. BAUMGART, Kaiser Friedrich III., aaO. (Anm. 3), S. 20 (Einleitung).

¹¹ Ebenda; Christian Graf von Krockow, *Bismarck*. *Eine Biographie*, Stuttgart ³1997, S. 166 f.

¹² Gespräch BISMARCKS mit Kronprinz FRIEDRICH WILHELM von Preußen, Horsitz, 4. Juli 1866. In: Willy Andreas (Hg.), Bismarck Gespräche, Bd. 1: Bis zur Reichsgründung, Bremen 1964, S. 139 f. Vgl. dazu: W. Baumgart, Kaiser Friedrich III., aaO. (Anm. 3), S. 20 f. (Einleitung).

¹³ O. VON BISMARCK, Gedanken und Erinnerungen, aaO. (Anm. 6), S. 363.

14 Eintrag zum 2. März 1875, in: W. BAUMGART, Kaiser Friedrich III., aaO. (Anm. 3), S. 209.
15 Zitiert nach: Chr. v. KROCKOW, Bismarck, aaO. (Anm. 11), S. 189.
16 Eintrag zum 19. September 1867, in: W. BAUMGART, Kaiser Friedrich III., aaO. (Anm. 3), S. 93.

¹⁷ Eintrag zum 20. April 1871, in: ebenda, S. 173. ¹⁸ Ebenda, S. 24

(Einleitung).

¹⁹ Ebenda, S. 25 (Einleitung).

BISMARCK auszutragen hatte — wobei, wie gesagt, FRIEDRICHS Frau VICTORIA (VICKY) einen sehr starken Einfluß ausübte. FRIEDRICH selbst war jedoch auch ohne die Einflüsterungen seiner Gemahlin BISMARCK nicht eben wohlgesinnt. Immer wieder machte er sich über dessen primadonnenhaftes Gebaren und seine sehr oft als Erpressungsmittel eingesetzten Drohungen mit Rücktritt¹⁴ lustig. In einem anderen Zusammenhang lästerte FRIEDRICH im November 1865 mit einem deutlichen Seitenhieb auf BISMARCK über »Otto Alexandrowitschs Seeräuberpolitik«. ¹⁵ Anfangs nannte der Kronprinz in seinen Tagebucheintragungen mit Blick auf BISMARCKS Verhältnis zu seinem König und Kaiser den pommerschen Junker in spöttischer Art den »Großwesir«. ¹⁶ Nach dem Deutsch-Französischen Krieg von 1870/71 bezeichnete FRIEDRICH den Kanzler dann bloß noch mit Ausdrücken wie »der Allmächtige«. ¹⁷ Die Spöttelei war jetzt größerem Ernst gewichen.

BISMARCK mußte trotz aller seiner gewaltigen Erfolge damit rechnen, daß er bei einem Ableben Wilhelms I. von dem diesem nachfolgenden FRIEDRICH entlassen werden würde. Um dem wie auch einem radikalen Kurswechsel in der deutschen Innen- und Außenpolitik vorzubeugen, griff nun der gewiefte BISMARCK zu dem Mittel, sich unentbehrlich zu machen. Der Eiserne Kanzlerk brachte es in der Tat fertig, FRIEDRICH durch verschiedene Maßnahmen so zu verunsichern und in die Enge zu

treiben, daß dieser Anfang Juli 1885 – WILHELMS I. Tod schien wieder einmal bevorzustehen – Otto VON BISMARCK dessen Unentbehrlichkeit in einer neuen Regierung fest zusicherte. 18 Ungeachtet aller in der Folge noch vorkommenden Differenzen zwischen BISMARCK und dem Kronprinzenpaar hat diese >Potsdamer Abmachunge bis zu FRIEDRICHS Thronübernahme 1888 gehalten. Und auch für die so kurze Zeit von dessen Kaisertum kann man laut Winfried BAUMGART von einem »gute[n] Verhältnis zwischen Kanzler und Kaiser im großen und ganzen«19 sprechen. Es steht deshalb noch nicht einmal fest, ob bloß die kurze Regentschaft des schon dem Tode geweihten FRIEDRICH BISMARCK das Amt bewahrt hat, aus dem ihn dessen Sohn WILHELM II. 1890 dann doch entlassen sollte.



Kronprinz Friedrich mit seinem Sohn Wilhelm, dem letzten deutschen Kaiser, 1863 auf Schloß Balmoral.



In Königgrätz verleiht Kaiser WILHELM dem Kronprinzen FRIEDRICH den Orden Pour le Mérite.

Friedrich wird von der historischen Forschung, aber auch von der an Geschichte interessierten Öffentlichkeit als ein Herrscher mit liberalen Ideen betrachtet, der nur nicht die Gelegenheit hatte, die großen Anlagen, die er in sich trug, zur Geltung zu bringen. Doch wenn man in seinem Tagebuch nach seinen so oft gerühmten liberalen Gedanken sucht, fällt das Ergebnis dürftig und enttäuschend aus. Er war eben auch im intellektuellen Bereich nicht der Liberale, den die meisten bis heute in ihm zu sehen wünschten. Und tatsächlich hatte sich Friedrich zusammen mit seiner Frau Victoria am Ende mit Otto von Bismarcks Herrschaft abgefunden, wie die Potsdamer Abmachung von Anfang Juli 1885 belegt. Im jahrelangen Kampf mit dem Kronprinzenpaar war Bismarck unbestrittener Sieger geblieben. ²⁰

In dem >99 Tage-Kaiser« wird man also ganz gewiß nicht den Mann finden, der Deutschlands Entwicklung entscheidend hätte verändern können. Dazu war er auch als Persönlichkeit zu wenig von selbstbewußter, dominanter Wesensart. Der bereits erwähnte Friedrich von Holstein nannte einmal den Kronprinzen »eine weibliche Natur«.²¹ Dieses Urteil erscheint nun doch ein wenig zu hart, denn der Thronfolger bewährte sich ja immerhin auf militärischem Gebiet recht eindrucksvoll, etwa als Sieger der entscheidenden Schlacht von Königgrätz 1866.²²

Ebenda, S. 26 u.
29 (Einleitung).
Zitiert nach: ebenda, S. 12 (Einleitung).
Vgl. dazu u. a.
Chr. von Krockow, Bismarck, aaO.
(Anm. 11), S. 200.

²³ Zitiert nach: W. BAUMGART, *Kaiser Friedrich III.*, aaO. (Anm. 3), S. 18 (Einleitung).
²⁴ Ebenda, S. 15 f. (Einleitung).
²⁵ Ebenda, S. 16 f. (Einleitung).
²⁶ Ebenda, S. 24 (Einleitung).
²⁷ Robert Freiherr

Erinnerungen, Stuttgart- Berlin 1920, S. 396. ²⁸ Eintrag zum 17. Juli 1878, in: W. BAUMGART, *Kaiser Friedrich III.*, aaO. (Anm. 3), S. 280. ²⁹ Vgl. dazu:

LUCIUS VON BALL-

HAUSEN, Bismarck-

ebenda, S. 16.

30 Ebenda, S. 35.

31 Frank Lorenz

MÜLLER, Der 99-Tage-Kaiser: Friedrich III. von Preußen – Prinz, Monarch, Mythos, Siedler, München 2013. Dennoch ändern Friedrichs Verdienste auf dem Schlachtfeld nichts daran, daß er sich in völliger Abhängigkeit von seiner willensstarken Frau Victoria befand. Friedrich von Holstein brachte es auf den Punkt, indem er mit Blick auf einen Thronwechsel von Wilhelm I. zu Friedrich III. äußerte: »Der wirkliche Kaiser könnte nur sie sein.«²³

Diese Aussicht war an sich schon schlimm genug, wurde aber noch durch die Tatsache gesteigert, daß die Kronprinzessin eine »festsitzende Abneigung gegen Deutschland und gegen fast alles, was deutsch war«²⁴ hatte. >VICKYG die deswegen in Deutschland regelrecht verhaßt war, drohte also im Falle einer Thronbesteigung FRIEDRICHS, der immer stärker zu ihrer Marionette verkam, die Politik des Deutschen Reichs von England abhängig zu machen. Völlig unreflektiert verherrlichte die Kronprinzessin in der Briefkorrespondenz mit ihrer Mutter das »Rule Britannia« rund um die Welt und hätte es nur zu gern gesehen, wenn auch Deutschland vom britischen Empire abhängig geworden wäre.²⁵ Doch dem hatte Bis-MARCK entgegengewirkt, indem er seit Anfang der 1880er Jahre zu einer aktiven Kolonialpolitik des Deutschen Reichs übergegangen war. Dies wiederum mußte zwangsläufig zu einer Verschlechterung des deutschenglischen Verhältnisses führen und die Pläne Victorias durchkreuzen.²⁶ Als Kronprinz FRIEDRICH nach den Erinnerungen des preußischen Ministers Lucius von Ballhausen Bismarck am 20. Juni 1887 wissen ließ. daß er bei einem Thronwechsel ihn als leitenden Minister behalten wolle, gab ihm der Kanzler zur Antwort, dies könne nur dann möglich sein, wenn er, FRIEDRICH, eine deutsche und nicht eine fremde (will heißen: englische) Politik betreibe.²⁷

Wie richtig BISMARCK hiermit lag, beweist folgender Tagebucheintrag FRIEDRICHS vom 17. Juli 1878, als er seiner Freude über einen Erfolg englischer Politik unverhohlen Ausdruck gab: »England hat Cypern in Besitz genommen, worüber ich sehr glücklich bin, denn es beherrscht nunmehr jenen Theil des Mittelmeeres, der die Straße nach Indien bedeutetk«²⁸

Es ist nicht anzunehmen, daß dieser Fürst mit seiner »Engländerei«²⁹ und mit seiner Abhängigkeit von seiner deutschenfeindlichen Gemahlin bei längerem Verbleib auf dem deutschen Kaiserthron eine für Deutschland sonderlich vorteilhafte Politik betrieben hätte.

Weit härter fällt das Urteil des Historikers Winfried BAUMGART aus, der zwar meint, bei einem längeren Dasein wäre FRIEDRICHS Herrschaftszeit auf keinen Fall ruhig ausgefallen, aber fortfährt: »Doch einen besonderen Stempel hätte er dieser Zeit wohl kaum aufgedrückt – dafür war seine Persönlichkeit zu einfach strukturiert und seine im Tagebuch der letzten Lebensjahre greifbare Resignation zu ausgeprägt gewesen.«³⁰

Dieser Einschätzung vertriit auch die erste wissenschaftliche Biographie.³¹ Matthias Gallas

Die Zaberner Affäre

Das Elsaß war 1871 zu Deutschland zurückgekommen, nachdem es bei den Raubkriegen Ludwigs XIV. im 17. Jahrhundert nach Zugehörigkeit zum Reich von fast einem Jahrtausend an Frankreich gefallen war. Das auch während dieser Zeit immer weiter mehrheitlich Deutsch sprechende

Land hatte seit 1871 bis zum Ersten Weltkrieg einen großen wirtschaftlichen Aufschwung genommen, und durch die Reichsuniversität Straßburg war auch das kulturelle Leben der weit überwiegend deutschen Bevölkerung befruchtet worden. Um 1913 hätte eine Volksabstimmung sicher eine große Mehrheit für das Reich ergeben. Dennoch gab es noch politische Kräfte, die das Reichsland gern wieder bei Frankreich gesehen hät-



Militärpatrouille mit aufgepflanztem Seitengewehr in den Straßen von Zabern Anfang 1913.

ten. Diese bewirkten, daß aus einer an sich unbedeutenden Begebenheit im Herbst 1913 die Zaberner Affäret wurde, die weltweit großes Aufsehen erzeugte und die gegen das Reich und sein Militär ausgenutzt wurde. Dabei wurde auch viel Unwahres behauptet.

Der Ablauf war der folgende: Der zwanzigjährige preußische Leutnant Günter Freiherr von Forstner aus dem in Zabern liegenden Infanterieregiment Nr. 99 soll am 28. Oktober 1913 dem wegen Schlägerei vorbestraften Rekruten Elbnik gesagt haben: Nehmen Sie sich vor Schlägereien in acht, zu denen Sie zu neigen scheinen. Hemmen Sie Ihren Tatendrang. Wenn Sie aber von ein paar solchen Wackes angegriffen werden, so wehren Sie sich Ihrer Haut und gebrauchen Sie Ihr Seitengewehr ordentlich. Und wenn Sie dabei so einen Wackes über den Haufen stechen, so schadet es nicht. Wenn Sie sich richtig benehmen, bekommen Sie von mir noch zehn Mark. Von seinen Vorgesetzten wurde der forsche junge Offizier ermahnt, sich seine Worte in Zukunft besser zu überlegen und sich nicht wieder solche Unbedachtsamkeiten zu leisten. Damit hätte alles sein Bewenden haben können.

Doch die in dem Regiment dienenden elsässischen Soldaten erzählten den Vorfall zu Hause, und den lokalen Zeitungen, dem Zaberner Anzeiger

¹ Nach: eh, »Vor 80 Jahren«, in: *Der Westen*, Nr. 1/41, Januar 1994, S. 5.

Die Zaberner Affäre







Von oben: Oberst Ernst von Reuter, Leutnant Günter Frh. von Forstner und Berthold von Deim-Ling.

und dem Straßburger Elsässer, wurde der Vorfall bekannt, die dann ausführlich darüber berichteten. Nach Anhörung der Beteiligten wurde vom Militär eine Presseerklärung herausgegeben, in der es zum Schluß hieß, der Leutnant habe mit »so einem Wackes« nicht »die elsässische Bevölkerung im allgemeinen, sondern nur streitsüchtige Personen und Raufbolde gemeint«. Auch mit dieser den Leutnant in Schutz nehmenden Erklärung hätte alles beendet sein können. Am besten wäre der Leutnant beurlaubt oder zeitweise versetzt worden. Auch als von Forstner vom Kommandeur seines Regiments, Oberst von Reuter, selbst aus einem Lokal geholt worden war, vor dem sich angetrunkene Burschen und Bürger gegen den Leutnant versammelt hatten, konnte von Reuter noch durch vernünftige Worte die ganze Lage glätten.

Dann wurde von Forstner bei einem dienstlichen Gang durch die Stadt von einer aufmüpfigen bürgerlichen Eskorte zur Kaserne begleitet. Daraufhin ließ der Oberst den Soldaten den Ausgang in die Stadt sperren und ließ einem Teil der Truppe scharfe Munition austeilen.

Inzwischen hatten sich auch überregionale Zeitungen eingeschaltet, und viele Journalisten kamen nach Zabern, um die Sache breitzutreten und gegen das Militär und gegen Preußen zu polemisieren.

Als am 28. November ein neuer Auflauf von Bürgern geschah, ließ der Oberst aus eigener Machtvollkommenheit 28 Zivilisten, darunter führende Juristen der Stadt, als »Gaffer« durch das Militär verhaften und zum Verhör für eine Nacht in einen Keller der Kaserne einsperren.

Auf Weisung des Kaisers wurde Generalmajor KÜHNE zur Untersuchung und Berichterstattung nach Zabern gesandt. In dem sachlichen Bericht wurde darauf hingewiesen, daß die Zivilbehörde die Versetzung des Obersten, des Leutnants und eines anderen Offiziers, des Leutnants Schad, der bei der Verhaftung der Bürger hervorgetreten war, verlange. Dem wurde zunächst aber nicht gefolgt, was die Lage noch weiter aufschaukelte.

Wenige Tage später wurde am 2. Dezember von Forstner von einem Schuster beschimpft. Als dieser festgenommen werden sollte, schlug er einem Gefreiten ins Gesicht und stürzte sich auf den Leutnant. Dieser zog seinen Degen und hieb dem Angreifer über den Kopf, wobei eine 10 cm lange Wunde entstand und etwas Blut floß. Der Verhaftete wurde dem Bürgermeister übergeben.

Nachdem Reichkanzler Theodor von Bethmann Hollweg vergeblich versucht hatte, zugunsten der Zivilverwaltung zu schlichten, befaßte sich am 3. und 4. Dezember 1913 der Reichstag mit dem Fall und rügte mit 293 gegen 54 Stimmen das Verhalten der Regierung.

Das betreffende Regiment 99 wurde anschließend auf einen Truppenübungsplatz geschickt. Als es im April 1914 unter einem anderen

Die Zaberner Affäre

Obersten wieder in Zabern einrückte, hatte die Stadt Zabern in großem Umfang geflaggt, und sie bereitete der Truppe einen herzlichen Empfang. Das beweist, daß das Verhältnis der Bevölkerung zur Truppe durch die Affäre nicht wirklich gestört war. Das Zusammenleben der Bürger mit dem Regiment ist anschließend nie wieder getrübt worden.

Der an sich belanglose Zwischenfall wurde durch die aufgeführten Vorgänge und durch psychologische Ungeschicklichkeiten des in Straßburg residierenden Generals des XV. Armeekorps, von Fabeck, von der Presse aufgebauscht und in den internationalen, meist deutschfeindlichen Medien, besonders von Paris aus, wo kurz vorher der Deutschenhasser Poincaré Staatspräsident geworden war, zur Hetze gegen das Reich und den preußischen Militarismus ausgenutzt.

Während das Regiment 99 von Zabern abwesend war, wurde gegen die beteiligten Offiziere vor einem Kriegsgericht verhandelt. Es urteilte, daß Oberst von Reuter seine Befugnisse überschritten und sich Rechte der Zivilverwaltung angemaßt habe. Doch wurde auch festgestellt, daß die Polizei versagt habe. Er wurde nach Frankfurt/Oder versetzt. General der Infanterie von Fabeck wurde anschließend von Straßburg versetzt und durch General Deimling ersetzt, ebenso wie der Statthalter Graf von Wedel gehen mußte. Von Forstner wurde nachträglich mit 43 Tagen Arrest bestraft. Im Berufungsverfahren wurde ihm Putativnotwehr zugebilligt, als er den Degen gegen den Schuster zog. Er wurde freigesprochen und nach Bromberg versetzt. Er fiel im Ersten Weltkrieg.

Daß am Ende die drei Offiziere, von Reuter, von Forstner und Schad, freigesprochen wurden, befriedigte die Zivilverwaltung und die Bürgerschaft nicht. Drei Musketiere, die den ersten Vorgang dem Elsässer übermittelt hatten, erhielten mehrere Monate Arrest.

Doch das half alles nichts: Das Bild von Deutschland war wieder einmal falsch ausgelegt. Für die Welt herrschten im Reich undemokratisch und unterdrückend das Militär und der preußische Kadavergehorsam. Das Elsaß müsse unter dem preußischen Stiefel leiden.²

Rolf Kosiek



Von oben: Theobald von Bethmann Hollweg und Raymond Poincaré – eine Verständigung war nicht möglich.



² »Die Revolution in Zabern«, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitun*g, 2. 11. 1963, und Leserbriefe dazu in: ebenda, 7. 11. 1963.

War die deutsche Flotte eine Bedrohung Englands?

¹ John Frederick Charles FULLER, A military history of the Western World, Funk and Wagnalls, New York 1954; Entscheidungsschlachten der westlichen Welt, Grabert, Tübingen 2004, S. 387. Seit vielen Jahren kommt fast kein Artikel zur Flottenpolitik Kaiser WIL-HELMS II. ohne den Hinweis aus, sie vor allem sei es gewesen, die England an die Seite von Paris und Moskau in den Krieg gegen das Deutsche Reich gezwungen habe. Doch dem ist nicht so. Interessanterweise sieht das der weltweit bekannte britische Militärhistoriker John Frederick Charles FUL-LER, Generalmajor a.D. (1878–1966), ein wenig differenzierter. Er urteilt in seiner bekannten Studie *A military History of the Western World*: ** »Es war nicht Deutschlands Absicht, England in einen Krieg zu verwickeln, noch weniger, es direkt anzugreifen – eine gängige britische Einbildung.«

Des Kaisers Kriegsflotte erschien Fuller nicht als der Stein des Anstoßes zwischen beiden Ländern. Viel eher glaubte er, in dem starken Anwachsen des deutschen Überseehandels und der Zunahme der deutschen Handelsmarine den Grund erkennen zu können, weshalb sich das deutsch-britische Verhältnis ab 1900 zunehmend verschlechterte.

Dazu führt er an: »Zwischen 1894 und 1904, also in nur zwanzig Jahren, steigt der Wert des deutschen Außenhandels von 365 auf 610 Millionen Pfund, und in derselben Zeit nimmt Deutschlands Schiffstonnage um 234 Prozent zu. Der Handelswettbewerb nimmt eine solche Schärfe an, daß Arthur Balfour, der englische Außenminister, in aller Offenheit die Frage eines englisch-deutschen Krieges mit dem amerikanischen Botschafter in Italien, Henry White, erörtert: (Allan Nevins in seiner Biographie Henry Whites, Thirty Years of American Diplomacy)

Balfour: »Wir sind wahrscheinlich Esel, keinen Grund zu finden, um Deutschland den Krieg zu erklären, bevor es zu viele Schiffe baut und uns den Handel wegnimmt.«

WHITE: »Sie sind ein Mann mit hohen Prinzipien im privaten Leben. Wie können Sie auch nur daran denken, politisch etwas so Unmoralisches zu tun und einen Krieg gegen eine harmlose Nation zu provozieren, die das gleiche Recht auf eine Marine hat wie Sie? Wenn Sie mit dem deutschen Handel konkurrieren wollen, müssen Sie eben mehr arbeiten.«

Balfour: »Das bedeutet, unseren Lebensstandard zu senken. Vielleicht ist es für uns einfacher, einen Krieg zu führen?«

White: »Ich bin schockiert, daß ausgerechnet Sie solche Prinzipien verlautbaren.«

BALFOUR: »Ist es eine Frage von Recht und Unrecht? Vielleicht ist es nur die Frage, wie wir unsere Vorherrschaft erhalten können?«

War die deutsche Flotte eine Bedrohung Englands?

Fuller schließt folgende Betrachtung an: »Das Bemerkenswerte an dieser Unterhaltung ist nicht die Frage, ob Balfour ein prinzipienloser Zyniker ist, sondern daß die industrielle Revolution zu einem wirtschaftlichen Überlebenskampf geführt hat, in dem die Selbsterhaltung die Rückkehr zu den Methoden des Urwaldes verlangt.«

Der ehemalige britische Premier LLOYD GEORGE berichtet in seinen War Memoires von einem Gespräch mit Lord ROSEBURY nach Abschluß des geheimen Militärvertrages mit Frankreich im Jahre 1904, in dem dieser zu ihm meinte: »Nun, ich nehme an, Sie sind wie alle über den Vertrag erfreut?« Darauf versicherte LLOYD GEORGE, daß er sich in der Tat über das Ende der konfliktreichen Beziehungen zu Frankreich ehrlich freue. Worauf ROSEBURY erwiderte: »Ihr liegt alle falsch: er bedeutet letztlich den Krieg mit Deutschland.«

Admiral FISHER, Erster Seelord der britischen Marine, hatte inzwischen seine Regierung überredet, den Schwerpunkt der Navy vom Mittelmeer in die Nordsee zu verlegen. Zugleich war er der erste, der eine neue Klasse von Schlachtschiffen auf Kiel legte, die Dreadnoughtse, die an Bewaffnung, Kaliber und Geschwindigkeit alle Großkampfschiffe bisheriger Bauart der großen Seefahrtnationen nicht nur übertrafen, sondern bedeutungslos machten, konnten sie doch aufgrund ihrer überlegenen Geschwindigkeit sich jeden Feind vom Leibe halten, während ihre großkalibrige Artillerie ihn unangefochten vernichten konnte, weil dessen Geschosse nicht so weit reichten.

Als während der Marokko-Krise 1906, die die internationalen Beziehungen erschütterte, in England Panikstimmung wegen einiger Presseberichte über vermeintliche Fehlplanungen bei der Marine aufkam, sah sich der Admiral veranlaßt, den besorgten König über die Lage zu unterrichten, indem er ihn mit dem Stand des Dreadnought«Baus bekannt machte. Er meldete: »Tatsache ist, daß noch heute, im März 1907, Deutschland weder einen einzigen Dreadnought« auf Kiel gelegt hat, noch mit dem Bau eines einzigen solchen Schlachtschiffs begonnen hat, . . . nicht einmal die Hälfte der deutschen Schlachtflotte kann es mit einem unserer Panzerkreuzer aufnehmen. England hat bis jetzt zehn Dreadnoughts« fertig oder im Bau, Deutschland dagegen keinen einzigen. . . . der deutsche Marineminister, Admiral Tirpitz, hat in einem geheimen Dokument dargelegt, daß die englische Marine jetzt viermal so stark ist wie die deutsche. . . Aber wir wollen das alles nicht der breiten Öffentlichkeit bekannt machen.«

Und zwei Jahre später informierte FISHER seinen Kollegen Lord ESHER folgendermaßen: »Die entschlossene Bautätigkeit der letzten vier Jahre hat jetzt ihren Höhepunkt erreicht mit zwei Flotten in den Heimatgewässern, wovon jede im Kriegsfall der deutschen unvergleichlich



Admiral John FISHER,
Erster Seelord der
britischen Marine
(1841–1920). Nach
Ausbruch des Ersten
Weltkrieges holte ihn
CHURCHILL aus dem
Ruhestand zurück.
Die Entwicklung von
Großkampfschiffen,
die mit einer hohen
Geschwindigkeit versehen waren, ging
auf ihn zurück.

War die deutsche Flotte eine Bedrohung Englands?



Lord Arthur James BALFOUR.

überlegen ist [gemeint ist die ständig in England stationierte ›Homefleete und die zurück beorderte Mittelmeerflotte]. . . Dies kann sich in Jahren nicht ändern ... So schlaft ruhig in euren Betten! Die Deutschen bauen nicht in fiebriger Hast, um euch zu überfallen! Nein! Es ist die tägliche Furcht, die sie haben, vor einem zweiten Kopenhagen. . .« (Im Jahre 1807 hatte die britische Flotte mitten im Frieden die in Kopenhagen vor Anker liegende dänische Flotte überfallen und zusammengeschossen.)

Obwohl BALFOUR, damals Oppositionsführer, über die wirkliche Lage informiert gewesen sein mußte, setzte er bei den Wahlen zum Unterhaus einen Wirbelsturm von Angriffen gegen Deutschland in Bewegung, um die Briten aufzuschrecken und zur Stimmabgabe für die Konservativen zu veranlassen. Dabei erklärte er lauthals, daß England in Gefahr und seine Marine unzulänglich sei.

Selbst Winston Churchill, alles andere als ein Freund der Deutschen, war das zuviel und erklärte: »Die Haltung der Konservativen Partei zur Marinefrage ist eine Schande. . . Balfour versuche, zwei große Völker ohne Grund gegeneinander aufzubringen.«

FULLER bemerkt dazu: »Die Gefahr bestand darin, daß die Politik verschiedener aufeinander folgender britischer Regierungen die öffentliche Debatte allein auf den deutschen Marinebau konzentrierte. Deutschlands Gefährdung zur See in einem Krieg gegen seine Nachbarn Frankreich und Rußland wurde dabei bewußt nicht berücksichtigt.« Dabei wurde sie von TIRPITZ wiederholt angesprochen: »Wir müssen in der Lage sein, nicht nur die russische Flotte in ihren Ostseehäfen zu blockieren, sondern darüber hinaus auch das Eindringen der französisch-britischen Flotten in die Ostsee zu verhindern.« Tatsächlich hatte London im Fall eines Krieges mit dem Reich eine Flotteninvasion in der Ostsee zeitweilig vorgesehen.

In den letzten Friedensjahren von 1909 bis 1914 stiegen die Ausgaben für den Neubau von Kriegsschiffen in England von 11 Millionen auf nahezu 19 Millionen Pfund. In Deutschland dagegen stiegen sie lediglich um eine Million. Fuller meint dazu: »Wie angesichts solcher Zahlen jemand sagen konnte, die Vergrößerung der deutschen Kriegsmarine gefährde England, ist schwer verständlich.«²

John Maynard Keynes sollte nach dem großen Krieg von 1914–18 in seiner Studie *The Economic Consequences of Peace* resignierend niederschreiben: »Machtpolitik ist nun mal unvermeidlich, und es gibt nicht viel Neues zu lernen über den Weltkrieg oder den Zweck, weshalb er geführt wurde, außer: England hat, wie in den vergangenen Jahrhunderten, wieder einmal einen Handelsrivalen vernichtet.«

Andreas Naumann

² Ebenda, S. 388.

Europa ist nicht in den Ersten Weltkrieg »geschliddert«

Schon bald nach dem Ersten Weltkrieg, als die deutsche Alleinkriegsschuld nicht mehr zu halten war, haben alliierte Politiker, vor allem der britische Ministerpräsident LLOYD GEORGE, erklärt, die europäischen Großmächte seien in den Krieg »geschliddert«, dieser sei also mehr durch Zufall entstanden und aus heiterem Himmel in eine sonst friedliche Landschaft gekommen. Damit wollten die verantwortlichen alliierten Staatsmänner ihre Verantwortung an der Urkatastrophe des 20. Jahrhunderts herabsetzen.

Doch diese Erklärung trifft nicht zu. Europa war in den Jahren vor 1914 dank der alliierten Politik zu einem Pulverfaß geworden, das jederzeit in die Luft fliegen konnte. Man sprach sogar von einem notwendigen »reinigenden Gewitter«. Der Mord von Sarajewo war dann die Lunte, die an den vorhandenen Sprengstoff gelegt wurde. Entscheidend ist, wer diesen Sprengstoff ansammelte und damit den Krieg auf die Dauer unvermeidbar machte.

Schlagartig kam die wirkliche Lage in Europa schon im Sommer 1912, also bereits zwei Jahre vor Kriegsbeginn, zum Ausdruck, als beim Abschiedsbankett der französischen Manöver der russische Großfürst Nikkolai Nikolajewitsch als Ehrengast unter großem Beifall der anwesenden Generale als Trinkspruch ausbrachte: »Auf unsere zukünftigen Siege – auf Wiedersehen in Berlin, messieurs!«¹

Die Marokkokrisen von 1905 und 1911 waren ein erstes Wetterleuchten gewesen. Die Balkankriege 1912/13 hatten polarisiert. Alle Großmächte – außer dem Deutschen Reich und Österreich – drängten seit Jahren auf den Krieg hin und hofften auf Vorteile durch ihn.² Großbritannien, Frankreich und Rußland hatten konkrete Kriegsziele zu Lasten des Reiches und dafür das Bündnissystem der Entente cordiale geschaffen. Selbst Italien hoffte auf Landgewinn. Für einen Krieg war Deutschland seit Ende des 19. Jahrhunderts eingekreist worden, und ihm wurde ein Zweifrontenkrieg aufgedrängt.

Die Alliierten betrieben also den Krieg und sind nicht ohne eigenes Zutun in einen solchen verwickelt worden. Das Deutsche Reich sollte zerschlagen werden, und jeder seiner Nachbarn erhoffte sich ein Stück Landgewinn. Kaiser Wilhelm II. hatte dagegen nach 25 Friedensjahren als Herrscher kein Interesse an einem Krieg, der dem stattfindenden Aufschwung Deutschlands zu einer Großmacht nur schaden konnte.

Rolf Kosiek

¹ Zitiert in: Joachim Fernau, Halleluja, Herbig, München-Berlin 1977, S. 245. ² Rolf Kosiek u. Olaf Rose (Hg.), Der Große Wendig, Bd. 1, Grabert, Tübingen ⁵2011, S.145–158 u. 159–

Frankreichs Beitrag zur Julikrise 1914

¹ Siehe Michael KLOTZ, »Französisches ›Gelbbuch« aus der Fälscherwerkstatt«, in: Rolf KOSIEK u. Olaf ROSE (Hg.), *Der Große Wendig*, Bd. 3, Grabert, Tübingen ³2010, S. 51– 57.

² Stefan SCHMIDT, Frankreichs Außenpolitik in der Julikrise 1914. Ein Beitrag zur Geschichte des Ausbruchs des Ersten Weltkrieges, Oldenbourg, München 2009. Über die Julikrise 1914, die zum Ersten Weltkrieg führte, sind viele grundlegende Werke erschienen. Besonders in Frankreich herrschte die allgemeine Ansicht, daß Deutschland 1914 Frankreich angegriffen habe, als es ihm am 3. August 1914 den Krieg erklärte. Paris sei nur ein unwesentlich Beteiligter in diesen schicksalhaften Tagen gewesen. Vorausgegangen war allerdings schon die französische Generalmobilmachung am 1. August vor der deutschen, die noch am selben Tage erfolgte.

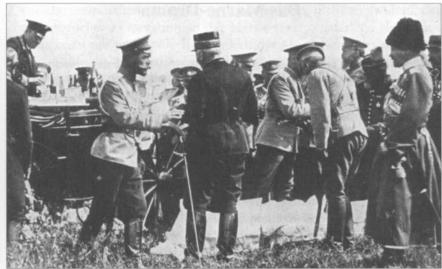
Da eine Generalmobilmachung damals einer Kriegserklärung gleichkam, ergibt sich, daß auch im Ersten Weltkrieg – wie ebenso im Zweiten – die Kriegsinitiative von Paris ausging und das Deutsche Reich nur reagierte.

Daß an der tragischen Entwicklung der Julikrise Frankreich jedoch erheblichen Anteil hatte, wurde 2009 in dem umfangreichen Werk Frankreichs Außenpolitik in der Julikrise 1914 von Stefan SCHMIDT mit vielen Quellen belegt.²

Mit großer Zielstrebigkeit habe die französische Diplomatie auf den Krieg hingearbeitet. Schon 1892/94 wurden, nachdem der Rückversicherungsvertrag zwischen dem Deutschen Reich und Rußland 1890 von Berlin nicht erneuert worden war, Geheimverträge von Paris mit dem russischen Zaren abgeschlossen. Frankreich hatte erkannt, daß es allein nicht gegen Deutschland mit Erfolg Krieg führen konnte, und hatte deswegen auf einen Zweifrontenangriff von Westen und Osten gegen Deutschland hingearbeitet. In den Jahren vor dem Ersten Weltkrieg war Raymond Poincaré, nach 1893 wiederholt Minister, als Ministerpräsident (1912–1913) und Außenminister die treibende Kraft in Paris gegen Berlin gewesen. Er wollte den Frieden von Frankfurt 1871 rückgängig machen und Elsaß-Lothringen zurückgewinnen. Als er 1913 zum Staatspräsidenten gewählt wurde, bekam er noch größeren Einfluß. Und er benutzte diesen, um beim Zarenhofe gegen Deutschland zum Krieg zu treiben.

Nicht von ungefähr war er persönlich vom 20. bis 23. Juli 1914 zu einem Staatsbesuch nach St. Petersburg gefahren, als der Mord von Sarajewo vom 28. Juni 1914 schon einige Wochen zurücklag und die Verhältnisse zwischen Österreich und Serbien sich zuspitzten. Aufgrund mehrerer Ereignisse am Zarenhof urteilt Schmidt, daß Poincaré den Russen eine »Zusicherung unbegrenzten Beistandes« für ein Vorgehen gegen Berlin gegeben habe. Der Franzose wollte unbedingt den Krieg. Frankreich habe sich deswegen bedingungslos Rußland bei der Frage von Krieg und Frieden untergeordnet. Paris selbst wollte nicht hervortreten, da die französische Bevölkerung gegen einen Krieg im Osten war – wie übri-

Frankreichs Beitrag zur Julikrise 1914



Manöver in Rußland im August 1913. Zar Nikolaus II. unterhält sich mit dem französischen Generalstabschef Joffre (Rükken zur Kamera), der ein Jahr später den Oberbefehl über die alliierten Truppen an der Westfront übernehmen sollte.

gens auch 1939 – und erst durch das Vorgehen Rußlands zu einem Kriegsbeitritt gezwungen werden mußte. Es sei in Paris alles darauf angekommen, nach außen hin als der Angegriffene zu erscheinen. Mit Erfolg habe Paris systematisch sich dafür eingesetzt, »Frankreich in eine möglichst günstige Ausgangsposition für den Krieg zu manövrieren«. Ziel der französischen Diplomatie sei es gewesen, »das Deutsche Reich mit dem Odium des Aggressors zu belasten«.

Und das wurde auch im wesentlichen erreicht. Das gab Poincaré selbst zu: »Noch nie«, schrieb er am 3. August 1914 in sein Tagebuch, »ist eine Kriegserklärung mit solcher Genugtuung entgegengenommen worden.«

In der FAZ schrieb der Berliner Zeitgeschichtler Henning Köhler in einer ausführlichen Vorstellung des Buches über Schmidt: »Mit sensationellen Quellenfunden kann er nicht aufwarten, aber er bietet eine dichte, quellengesättigte Darstellung der französischen Politik in der Julikrise, die das tradierte Bild erheblich verändert. Frankreich war damals keineswegs – wie jüngere Arbeiten nahe legen – ein minor player«. Das ist eine gewaltige Unterschätzung.«³

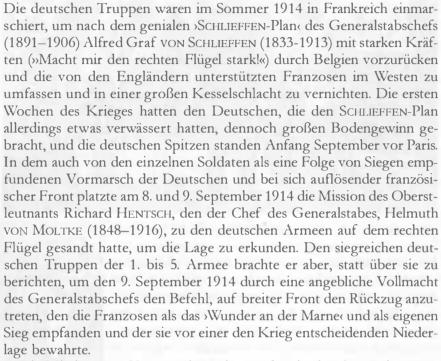
Damit liegt in dem genannten Werk ein Stück Revisionismus in der Zeitgeschichte vor. Rolf Kosiek



Raymond Poincaré während seines Staatsbesuchs vom 20. bis 23. Juli 1914 in St. Petersburg. Bereits eine Woche nach Poincarés Abreise befahl Zar Nikolaus II. die russische Generalmobilmachung.

³ Henning KÖHLER, »Abschiedstoast in St. Petersburg«, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 1. 2. 2010.

Das Marne-Drama



Die Mission von HENTSCH hat schon sofort in den Septembertagen 1914 Überlegungen über die Hintergründe dieses Befehls herausgefordert. Ein Generalstabsoffizier der Bundeswehr versucht, sachlich diese Vorgänge zu schildern, zu begründen und falsche Vorwürfe richtigzustellen.

1. Der Fall des Oberstleutnant Hentsch

Nationalstaaten haben gegenüber ihren Nachbarn besondere Fertigkeiten entwickelt, mit ihren militärischen Niederlagen umzugehen – so im Zweiten Weltkrieg die Briten bei Dünkirchen, als sie ihre Flucht im Juni 1940 als Meisterstück einer überseeischen Armee-Evakuierung verkauften, so zuvor im Ersten Weltkrieg die Franzosen, als sie ihre Niederlagen vom August 1914 bekanntlich als das >Wunder an der Marnec rühmten, wobei sie nicht einmal unrecht hatten, sofern sie geneigt gewesen wären, das Wundersame nicht sich selbst, sondern den Deutschen zuzuschreiben. Das aber taten sie nicht, sondern sie feierten den Abzug der Deutschen mit Glockengeläut und Feuerwerk als großen Sieg. Auch viele



In Frankreich gilt der deutsche Rückzug an der Marne Anfang September 1914 als das Wunder an der Marnec. Mit entscheidend sei die Entscheidung des französischen Kriegsministers GALLIENI gewesen, 1200 Taxis zur Beförderung frischer Kräfte an die Front (rund 4000 Mann) zu beschlagnahmen. Titelblatt einer Publikation, die die Ankunft der französischen Truppen feiert, die mit den Marne-Taxisc befördert wurden.

Deutsche vermochten nach dem verlorenen Krieg nicht zu glauben, daß die abgebrochene Operation an der Marne einer Niederlage gleichkam, mit der nicht nur eine Schlacht, sondern der ganze Krieg verloren ging.

Ohne aufgehalten oder gar zurückgeschlagen worden zu sein, hatten die Deutschen ihren Siegeslauf gestoppt und »Ganze Abteilung kehrt« gemacht. Daß die Heeresführung den Erfolg ihrer Truppen, die bei glühender Augusthitze und unter großen Entbehrungen 500 km durch Feindesland marschiert waren, am Ende verschenken würde, durfte vom Gegner in der Tat als eine Art Wunder aufgefaßt werden. Das Ganze schien den Deutschen um so unbegreiflicher, als sie sich davon die größte Einkesselungsaktion der Weltgeschichte versprochen hatten, mit der sie die gesamte französische Kriegsmacht zu fangen hofften, indem sie ihre Angriffsarmeen entgegen dem Uhrzeigersinn im weiten Bogen um die französische Abwehrfront hatten herum schwenken lassen.

Wie hatte es zu einer so überraschenden Wende der Dinge kommen können? Diesem Rätsel sind in der Vergangenheit viele Fachleute nachgegangen, wobei die Frage im Vordergrund stand: Wer trug die Verantwortung, wer gab den Befehl? Daß es – wie zunächst vermutet wurde – ein einzelner Offizier gewesen sein sollte, schien schlechterdings unglaubwürdig. Dennoch bestätigte sich diese Vermutung, und zuletzt stellte

Französische Truppen in der Erwartung eines deutschen Angriffs.



sich heraus, daß es ein Oberstleutnant im Großen Generalstab mit Namen Hentsch war. Vordringlich auf ihn war fortan der Schwerpunkt der Fachkritik gerichtet. Da er den Krieg nicht überlebte, war keine weitere Stellungnahme zu erwarten, nachdem er sich wiederholt, zuletzt im Jahre 1917, vor einem Militärausschuß zu verantworten hatte. Der aber hatte ihn entgegen allen Erwartungen entlastet. Ludendorff selbst war es gewesen, der ihn in seiner Eigenschaft als Erster Generalquartiermeister des Feldheeres freisprach: Ein persönlicher Vorwurf, über seine Befugnisse hinausgegangen zu sein, treffe Hentsch nicht. Er habe lediglich nach der vom damaligen Chef des Generalstabes erteilten Weisung gehandelt. Allerdings hatte Ludendorff den Fall nur nach Aktenlage beurteilt, denn seine Zeit war, wie er mitteilen ließ, »mit Kriegführen überreich in Anspruch genommen«.

Als Ludendorff Jahre später den Freispruch zurücknahm, erregte das großes Aufsehen in der Armee, besonders wegen der Begründung, es seien ihm Tatsachen vorenthalten worden, was er dem Chef der Zentralabteilung, Oberst von Tieschowitz, anlastete, der seinerzeit die Personders

naldinge bearbeitet hatte.

Als der Fall Hentschk nach dem verlorenen Krieg in der Öffentlichkeit bekannt wurde, geschah es, daß die Wellen der Entrüstung hochschlugen. Niemand vermochte zu glauben, daß in einer so durchorganisierten Armee wie der deutschen ein einzelner Offizier die Oberbefehlshaber von fünf Angriffsarmeen ins Bockshorn hatte jagen können. Tatsache ist: Oberstleutnant Hentsch war inzwischen als die Person in die Kriegsgeschichte eingegangen, die für den Abbruch der Marne-Schlacht gesorgt hatte, ein zweifellos einmaliger Fall.

2. Ludendorffs Schilderung des Marne-Dramas

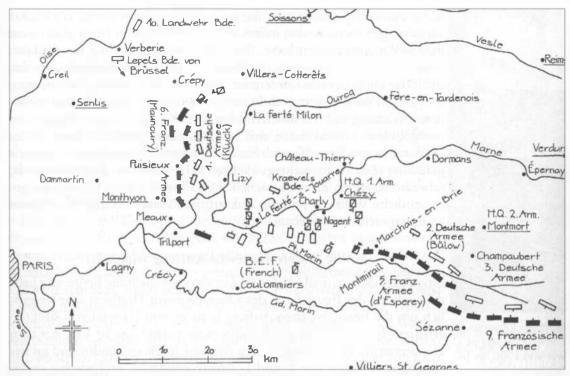
LUDENDORFF hat später den Hergang des Ganzen in seiner Schrift Das Marne-Drama dargestellt, worauf unser Beitrag näher eingehen wird.

Während die uns vorliegenden Lichtbilder von Oberstleutnant HENTSCH einen Menschen zeigen, der mit vorurteilslosen Augen klar und offen in die Welt schaut, glaubt LUDENDORFF in seinem Blick »etwas Lauerndes, Forschendes zu erkennen«. Er schreibt: »Oberstleutnant HENTSCH war mir aus der Vorkriegszeit bekannt. Er gehörte zu den Menschen, zu denen ich nie habe persönliches Vertrauen gewinnen können. . . er erschien mir berechnend und kalt, als ein Mann ohne Seele. Ich lehnte ihn, ich möchte sagen, gefühlsmäßig ab.« (Marne-Drama, S. 8).

Andere sahen in HENTSCH dagegen einen durchsetzungsfähigen, klar denkenden Offizier, der im Kameradenkreis beliebt war und es verstand, durch sein einnehmendes Wesen, sein gewinnendes, sicheres Auftreten



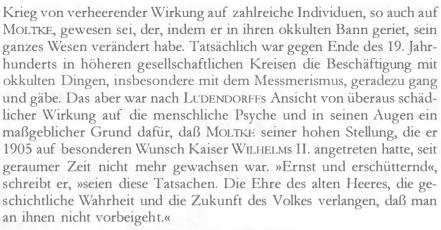
Erich Ludendorff.
Nach eingehendem
Studium des Reichsarchivs kam er nach
dem verlorenen
Krieg zu ganz anderen Erkenntnissen als
vorher bezüglich des
wundersamen Rückzugs der deutschen
Truppen an der Marne am 9. September
1914.



sowie durch seine überzeugende, ja fast suggestive Rede zu überzeugen. Das *Reichsarchiv*, Band 4, beurteilt HENTSCH als einen ungewöhnlich befähigten Generalstabsoffizier, setzt jedoch hinzu, daß er nicht dazu neigte, in schwierigen Lagen alles zu wagen, womit es nach Meinung LUDENDORFFs seinen Befähigungsnachweis wieder aufhob. Andererseits spricht eine solche Veranlagung zugleich für vorsichtiges und verantwortungsvolles Handeln.

Im Großen Generalstab, dem er bei Mobilmachung 1914 zugeteilt wurde, war Hentsch sehr angesehen. Seine Aufgabe als Chef der Nachrichtenabteilung war es, den Stab mit Nachrichten über die Feindlage zu versorgen, wobei ihm beste französische Sprachkenntnisse zugute kamen. Er hatte nämlich vor dem Krieg zeitweise in Paris gelebt, was LUDENDORFF in seiner Schrift deutlich hervorhebt. Auch daß HENTSCH in seiner Eigenschaft als Nachrichtenoffizier häufig zu General von MOLT-KE gerufen wurde, erscheint LUDENDORFF nachträglich als verdächtig, denn inzwischen war auch MOLTKE selbst, der Chef des Großen Generalstabs, längst in den Mittelpunkt seiner Kritik geraten, was er in mehreren Schriften in wenig schonungsvoller Weise dargelegt hat. Insbesondere war es die Freimaurerei, die nach seiner Meinung die führenden Zirkel der westlichen Demokratien erfaßt hatte und in den letzten 150 Jahren vor dem

Die Marne-Schlacht am 6. September 1914. Karte aus: John F. C. FULLER, Die Entscheidungsschlachten der westlichen Welt, Grabert, Tübingen 2004.





Doch zurück zum Fall HENTSCH. LUDENDORFF stellt die Frage: »Es handelt sich bei der Beurteilung des Oberstleutnant HENTSCH sehr wesentlich um die Frage, welchen Auftrag hatte er von General von MOLTKE erhalten, bevor der ihn am 8. September vormittags 10 Uhr aus dem Hauptquartier Luxemburg zu den Armee-Oberkommandos und im besonderen zu denen der 2. und 1. Armee entsandte, und wie hat er ihn ausgeführt?« Über den Wortlaut dieser Weisung bestehen bei den Beteiligten die verschiedensten Ansichten.

LUDENDORFF erklärt uns, daß der rechte deutsche Heeresflügel nicht stark genug war, um Paris zu umzirkeln, und daher südostwärts der Hauptstadt auf der Linie Verdun-Paris marschierte. Nun setzte gegen die am äußersten rechten Flügel operierende 1. Armee des Generalobersten Kluck am 6. September ein französischer Gegenangriff der 6. Armee des Generals Maunoury ein, nachdem der Stadtkommandant von Paris, General Gallieni, etliche Zuaven-Regimenter sowie alles, was er sonst noch an Reserven in der Stadt besaß, in Taxis an die Front hatte befördern lassen.

Das veranlaßte Kluck, mit seinen gesamten Kräften gegen Paris Front zu machen, um den neuen Gegner zurückzuschlagen. Der Entschluß war kühn, denn er führte dazu, daß jetzt links zwischen seiner und der 2. Armee des Generalobersten von Bülow eine Lücke von rund 40 km entstand, die im Augenblick nur locker mit einem Kavallerie-Schleier gedeckt werden konnte. Denn darauf zu bewegte sich mit bislang gebremster Kraft der britische General French mit seiner British Expedition Force (B.E.F.), die immerhin aus fünf Infanteriedivisionen und einem Haufen Kavallerie bestand.



Helmuth Johannes Ludwig von Moltke war von 1906 bis 14. September 1914 Chef des Großen Generalstabes. Von Luxemburg aus, wo die Oberste Heeresleitung stationiert war, verlor er bald den Überblick. Am 11, September, also erst nach dem Marne-Drama, suchte er erstmals (!) die Hauptquartiere seiner Armee auf, Nach seiner Rückkehr erkrankte er ernsthaft und wurde von General von Falkenhayn abgelöst.

KLUCK schätzte FRENCHS Kampfkraft allerdings nicht besonders hoch ein, nachdem er einige Tage zuvor die Briten bei Le Cateau geschlagen und über die Seine zurückgeworfen hatte, von wo sie sich erst auf viel gutes Zureden des französischen Oberbefehlshabers General JOFFRE hatten aufraffen können. Das Kavallerie-Korps des Generals von DER MARWITZ würde genügen, FRENCH vom Vordringen zurückzuhalten.

Inzwischen sah man am 8. September 1914 im Großen Hauptquartier in Luxemburg die Lage bei den rechten Flügelarmeen mit besorgter Miene an, auch deshalb, weil man wegen der zerstörten Nachrichtenverbindungen nur unzureichend unterrichtet war. Wie groß war die Lücke wirklich, und sahen sich Kluck und von Bülow in der Lage, Abhilfe zu schaffen, bevor Frenchs B.E.F. am Ort eintraf?

Deshalb entschloß sich der Oberkommandierende, General von MOLT-KE, einen Sendboten auszuschicken, was in LUDENDORFFS Augen ein Fehler war. Nach seiner Einschätzung hätte es die Lage erfordert, selbst nach dem Rechten zu sehen oder wenigstens seinen Stellvertreter General von STEIN zu schicken, wenn schon der Erste Generalstabsoffizier, Oberst TAPPEN, unentbehrlich war. MOLTKE entschied sich jedoch für Oberstleutnant Hentsch mit der Begründung, er habe erst kürzlich den Weg zu den Armeen gemacht und werde sich vermutlich schneller zurechtfinden. HENTSCH, das war offenbar MOLTKES Auftrag, solle sich zunächst ein genaues Lagebild verschaffen und feststellen, ob die Lage ohne Zurücknahme der Flügelarmeen gemeistert werden könne. Nötigenfalls sei das Erforderliche zu veranlassen, wozu er Vollmacht habe. Und da Eile geboten war, gab er ihm keinen schriftlichen, sondern lediglich einen mündlichen Auftrag, der überdies mit einer Vollmacht verbunden war, die - wie sich zeigen sollte - kaum unklarer formuliert sein konnte. Das Reichsarchiv, Band 4, schreibt dazu: »Der Auftrag, den Oberstleutnant HENTSCH von General von Moltke erhalten hat, ist nicht schriftlich festgelegt worden. Auch hat keiner der Teilnehmer sich unmittelbar nach der Beratung Aufzeichnungen gemacht, so daß über den Wortlaut erhebliche Meinungsverschiedenheiten bestehen.«

So ist es kein Wunder, daß hinterher der Verdacht auftauchte, HENTSCH habe die erhaltene Vollmacht, von der er später selbst geäußert hatte, er bedauere sehr, daß sie nicht schriftlich fixiert worden sei, überschritten.

4. Hat Hentsch seine Vollmacht überschritten?

MOLTKE, dem seine Nachlässigkeit bald zu schaffen machen sollte, machte nachträglich im Jahre 1915 folgende Randbemerkung ins Kriegstagebuch der 1. Armee: »Oberstleutnant HENTSCH hatte den Auftrag, der 1. Armee zu sagen, daß – wenn ihr Rückzug notwendig werden sollte – sie in die



John French, Oberbefehlshaber der British Expeditionary Force (BEF) in Frankreich. Im Dezember 1915 wurde er durch seinen Stellvertreter und Oberbefehlshaber der 1. Armee, Douglas HAIG, ersetzt.



Michel-Joseph Maunoury (1847– 1923) war Befehlshaber der 6. französischen Armee.



Alexander von Kluck (1846-1934), Fr kommandierte zu Beginn des Ersten Weltkrieges die 1. Armee. Wegen seines unnötigen und eigenmächtigen Schwenks nach Süden, wodurch eine Lücke zwischen der 1. und der 2. deutschen Armee entstand, wurde er für das Scheitern der deutschen Westoffensive mit verantwortlich gemacht. Als Hentsch am 9. September beim Hauptquartier der 1. Armee eintraf, war VON KLUCK gerade abwesend.

Linie. . . zurückgehen solle, um damit den Anschluß an die 2. Armee zurückzugewinnen. Er hatte keineswegs den Auftrag zu sagen, daß der Rückzug unvermeidlich sei. . . Ein Befehl zum Zurückgehen der 1. Armee ist von mir nicht gegeben worden. Ebenso wenig ein Befehl zum Rückzug der 2. Armee.«

Und in seinem Bericht vom 26. Juli 1915 zum Rückzug an der Marne äußerte sich von Moltke im gleichen Sinne: »Ich entsandte den Oberstleutnant HENTSCH zur 2. und 1. Armee, der sich über die Lage orientieren sollte. Er sollte die 1. Armee anweisen, wenn sie gezwungen sei zurückzugehen, in die Linie. . . auszuweichen, um so wieder den Anschluß

an die 2. Armee zu gewinnen.«

Daneben stellt das *Reichsarchiv* die Auffassung des Oberstleutnant HENTSCH, der eine sehr viel weiter gehende Vollmacht erhalten haben wollte. Wie er bereits in seinem am 15. September 1914 niedergeschriebenen Bericht angibt, habe er die bestimmte Ermächtigung erhalten, »im Notfalle eine Rückwärtsbewegung der 1. bis 5. Armee bis hinter die Vesle und in die Höhe des Nordrandes der Argonnen anzuordnen«. (ebenda, S. 14)

Das Archiv stellt ferner fest: »Nach einem ergänzenden Bericht des Oberstleutnant HENTSCH vom 14. Mai 1917 soll ihm von MOLTKE die Auffanglinie des Rückzugs. . . bezeichnet haben. Ihm sei ausdrücklich Vollmacht gegeben worden, im Namen der Obersten Heeresleitung Befehle zu erteilen.« (Ludendorff, ebenda, S. 15)

Ludendorff meint dazu: »Wenn ich heute die vom *Reichsarchiv* mitgeteilten Stellen vergleiche, so ist mir unerfindlich, wie mir von Oberst von Tieschowitz vorgetragen werden konnte, daß Oberstleutnant Hentsch sich nicht schuldig gemacht, sondern sich im Rahmen der erteilten Weisung betätigt hat. . . Ausdrücklich wiederhole ich, daß ich heute nach Kenntnis des *Reichsarchivs*. . . das nicht aufrechterhalten kann, was ich Oberstleutnant Hentsch 1917 bestätigt habe.«

LUDENDORFF fährt fort: »Die Frage bleibt bestehen, welchen Auftrag Oberstleutnant HENTSCH nun eigentlich erhalten hat. Ich meine, bei der ungeheuren Bedeutung der Frage, die über das Geschick des deutschen Heeres, ja des deutschen Volkes entschied, hätten die anderen Beteiligten doch gemerkt, wenn HENTSCH tatsächlich eine Vollmacht erhalten hätte, dem gesamten Heer rückgängige Bewegungen zu befehlen, denn diese Befehle waren doch nichts anderes als das Scheitern der Operation, die den Sieg hätte erringen sollen.« (ebenda, S. 15)

Das Reichsarchiv tastet in dieser Angelegenheit ebenfalls herum. Deshalb äußert Ludendorff die Vermutung, das Archiv habe Hentsch entweder decken oder allen Weiterungen, die es kommen sah, die Spitze abbiegen wollen.

Er bemerkt dazu: »Die Pflichten des Chefs der Nachrichten-Abteilung, der HENTSCH war, bestanden doch nur darin, Nachrichten über den Feind vorzutragen, nie durfte er operative Vorschläge machen. Das war in diesem Fall die Aufgabe von Oberst TAPPEN. . . « (Ebenda, S. 16)

5. War Hentsch ein Pessimist?

LUDENDORFF schreibt weiter: »Nun wird auch gesagt, Oberstleutnant HENTSCH wäre Pessimist gewesen, er habe aus der Weisung verstanden, was er habe verstehen wollen. Ich weiß nicht, ob er Pessimist war, ich hielt ihn für kalt und berechnend. Anfang November 1914 erschien er bei mir plötzlich im Hauptquartier in Posen und meinte sachlich und richtig, die Operationen im Westen hätten sich festgefahren, jetzt läge der Schwerpunkt im Osten. Als ich ihn fragte, wie denn alles gekommen sei – seine verhängnisvolle Wirksamkeit am 8. und 9. September kannte ich damals noch nicht –, erzählte er mir kurz den Verlauf der Operationen. . und sprach von seiner Entsendung kein Wort.«

Ludendorff fährt fort: »Oberstleutnant Hentsch verließ am 8. September 11 Uhr vormittags Luxemburg. Wenn seine Besorgnis um die 1. Armee so groß war, warum fuhr er nicht zu dieser, sondern, ich möchte sagen, gemächlich, zu den Armeeoberkommandos der 5., 4. und 3. Armee? Hier bekam er nur Günstiges über den Stand der Schlacht zu hören, namentlich erhielt er Mitteilung von dem erfolgreichen Fortschreiten der 3. (gegenüber General Fochs 9. Armee, A. N.) und des rechten Flügels der 2. Armee (gegenüber d'Espereys 5. Armee, A. N.). Dann führ er zur 2. Armee weiter.«

LUDENDORFF fährt fort: »Erst um 7 Uhr 45 Min. abends war Oberstleutnant HENTSCH beim Oberkommando dieser Armee, wo Zuversicht und Ruhe herrschten, wenngleich die Lage wegen der großen Lücke zwischen der 1. und 2. Armee nach wie vor ernst beurteilt wurde.«

Ludendorff meint: »In diesem Punkt, so hebt das *Reichsarchiv* hervor, begegneten sich die Auffassungen des Generalobersten von Bülow und des Oberstleutnant Hentsch. .., dabei ist von grundsätzlicher Bedeutung, daß Hentsch bei der 2. Armee von der ernsten Lage der 1. Armee spricht, die er im einzelnen nicht übersehen konnte, wie er sich später, am 9. September, bei der 1. Armee über die Verhältnisse bei der 2. Armee ausließ.« (ebenda, S. 17)

Auch von Bülow sah die Lage bei der 1. Armee keineswegs als einfach an, nachdem HENTSCH daraufhin gewiesen hatte, daß, »wenn der Feind mit starken Kräften in die Lücke einbreche, leider gar nichts anderes übrig bleibe, als eine Zurücknahme des rechten Heeresflügels«. Wobei er hinzufügte: »Dies sei dann noch lange nicht so verhängnisvoll, als



Richard HENTSCH (1869-1918), Am 1. April 1914 war er in den Großen Generalstab versetzt und am 20. April 1914 zum Oberstleutnant befördert worden. Es ist mehr als bemerkenswert, daß HENTSCH den Befehl mündlich gab, weil er von der OHL keine schriftliche Vollmacht hatte, und die Generale ihn ausführten, ohne nach einer Vollmacht zu fragen.



Karl von Bülow (1846–1921) wurde mit Ausbruch des Ersten Weltkriegs zum Oberbefehlshaber der 2. Armee ernannt.

wenn die 1. Armee vom durchbrechenden Feind im Rücken gefaßt und völlig aufgerieben werde.«

Nunmehr wurde auch von Bülow nachdenklich und trat für ein Zurücknehmen der 1. Armee an den rechten Flügel seiner Armee ein, um Frenchs B.E.F., für die dieser inzwischen von Joffre Verstärkung erbeten hatte, zu hindern, durch die entstandene Lücke über die Marne hinaus Boden zu gewinnen. Offenbar begann von Bülow Hentschs Überredungskunst zu erliegen.

Dazu soll Oberstleutnant Hentsch ausgeführt haben: Die Oberste Heeresleitung sehe die Lage der 1. Armee als ernst an. Sie vermute, diese sei mit allen ihren Kräften vor Paris derart gebunden, daß sie völlig außer Stande sei, einen etwa über die Marne vordringenden Feind wieder zurückzuwerfen. Wenn aber dieses Ereignis eintreten solle, müßte die 1. Armee zurück, um nicht von zwei Seiten, nämlich von der 6. französischen Armee im Westen sowie von Frenchs Expeditionsarmee im Osten, gefaßt und zerrieben zu werden. Er, Hentsch, habe Vollmacht, den Rückzug der 1. Armee nötigenfalls zu befehlen.

Hier soll Generaloberst von Bülow dem Oberstleutnant Hentsch mit dem Bemerken ins Wort gefallen sein, daß die Gefahr eines Durchbruchs starker feindlicher Kräfte zwar bestehe, aber vorläufig doch noch nicht Tatsache sei, wobei er wiederholt auf seinen Vorschlag zurückkam, die 1. Armee näher an den rechten Flügel der 2. zu ziehen. (ebenda, S. 17)

HENTSCH soll darauf sehr bestimmt betont haben, daß die Oberste Heeresleitung die 1. Armee für nicht mehr imstande halte, sich bei einem Durchbruch des Feindes über die Marne zu behaupten. Ihre Lage sei alsdann völlig unhaltbar, und er, HENTSCH, habe Vollmacht, diesen Rückzug nötigenfalls im Namen der Obersten Heeresleitung zu befehlen, falls ihn die 1. Armee nicht schon selbst angetreten habe.

5. Hier gewinnt Ludendorffs Temperament die Oberhand

LUDENDORFF meint dazu: »Man gewinnt den Eindruck, daß die immer wiederholten Ausführungen des Oberstleutnants Hentsch schließlich doch Eindruck auf Generaloberst von Bülow gemacht haben, der über die Absicht der 1. Armee noch nicht informiert war, durch den Angriff auf die französische 6. Armee die Lage durch einen Schlachterfolg zu bereinigen. So kam es denn, daß alle Teilnehmer an der Beratung die Lage der 1. Armee in der Tat in überaus ungünstigem Lichte betrachteten. Oberstleutnant Hentsch hatte seine Darlegungen in so klarer, ja nüchterner Weise und so überzeugend vorgetragen – ohne überhaupt die Lage der 1. Armee zu kennen –, daß Zweifel an der Richtigkeit überhaupt nicht aufkamen. So kam es denn zu der Vereinbarung, daß die 2.

Armee zurückgehen solle, wenn der Feind tatsächlich die Marne in beträchtlicher Stärke überschreiten und im Rücken der 1. Armee auftreten würde.« (ebenda, S. 18)

Die Absicht zum Rückzug war jetzt erstmals ausgesprochen. Von hier zur Umsetzung in die Tat war der Weg nicht mehr weit.

LUDENDORFF schreibt im Zorn: »Es war eine militärische Unmöglichkeit, daß der Rückzug nicht etwa von Nachrichten der 1. Armee, sondern rein mechanisch vom Auftreten des Feindes an der Marne abhängig gemacht wurde. Immer wieder betont das Reichsarchiv, die Stellungnahme des Oberstleutnants HENTSCH, die 2. Armee dürfe nicht Nachrichten von der 1. Armee abwarten, denn der letzte Augenblick, der für den Rückzugsbefehl in Frage käme, wäre das Überschreiten der Marne durch starke feindliche Kräfte. . . die 2. Armee müsse dann zurück.« (ebenda, S. 19)

Mit Recht rügt Ludendorff, daß Hentsch am nächsten Morgen erst um 7 Uhr das Hauptquartier der 2. Armee verließ, er hätte seine Fahrt »zum mindesten bereits in der Dämmerung beginnen müssen«. Unterwegs erfuhr Hentsch, daß der Feind über die Marne vorgedrungen sei, was zutraf, doch hatte das Armee-Oberkommando 1 längst darauf reagiert. Es hatte den linken Flügel zurückgenommen und die 5. Infanterie-Division damit beauftragt, die nur zögerlich über die Marne in die Lücke vorrückenden Engländer der B.E.F. Frenchs aufzuhalten.

Erst um 12 Uhr 30¹ traf Hentsch im Hauptquartier der 1. Armee ein, bereits fest entschlossen, den Rückzug zu befehlen. Es entspann sich eine dramatische Unterhaltung zwischen Oberstleutnant Hentsch auf jedem Kilometer seiner Fahrt sieht er der einen, General von Kuhl, dem Chef des Generalstabes der 1. Armee, und Oberst von Bergmann, Oberquartiermeister derselben, auf der anderen Seite.

LUDENDORFF meint dazu: »Es ist bemerkenswert, daß General von Kuhl es für angezeigt hielt, den wesentlichen Teil der Besprechung nicht etwa unter vier Augen mit Oberstleutnant HENTSCH, seinen ihm früher unterstellten Offizier, sondern in Gegenwart von Dritten zu führen. General von Kuhl lehnte den Rückzug energisch ab. Er gab ein Bild der Gesamtlage und namentlich über den auf dem Nordflügel der Armee angesetzten Angriff (gegen die 6. franz. Armee), der schon Erfolge gezeitigt hatte.«

Das *Reichsarchiv* schreibt dazu: »Der damalige Oberst von Bergmann bekundet, daß die Ausführungen des Generalstabschefs von Kuhl, die von starker Zuversicht auf den Sieg der 1. Armee getragen worden seien, dem Oberstleutnant Hentsch zum ersten Mal die wahre Lage enthüllt und auf ihn um so überraschender gewirkt hätten, als er sich bis dahin ein völlig falsches Bild gemacht habe. Die Überraschung, schreibt

¹ Über die von HENTSCH benötigte Zeit, den 40 km langen Weg zum Hauptquartier der 1. Armee zurückzulegen, schreibt John A. K. FULLER: »Wegen der Truppenbewegungen auf der Straße kommt er nicht vor Mittag an. Auf jedem Kilometer Verwirrung und Unordnung -Zustände, die durchaus normal sind hinter der Front einer zurückgehenden Armee, die aber seinen Pessimismus verstärken und ihm offenbar den Eindruck vermitteln, daß die Lage verzweifelt ist.« in: Die Entscheidungsschlachten der westlichen Welt, Grabert, Tübingen 2004, S. 402.

BERGMANN, war deutlich auf seinem Gesicht zu lesen. Es ist mir noch in lebhafter Erinnerung, daß er, wie man trivial zu sagen pflegt, baff war, als er diese seiner vorgefaßten Meinung so völlig widersprechende Darstellung hörte.« (ebenda, S. 20)

6. Jetzt schwillt Ludendorff der Kamm

Mit dem allgemeinen deutschen Rückzug an der Marne verlor Deutschland seine einzige Möglichkeit, Frankreich zu besiegen, bevor es gezwungen war, sich mit Rußland zu befassen. Die Schlacht an der Marne führte zum langjährigen Stellungskrieg oder Grabenkrieg.

»Nun aber«, so LUDENDORFF, »ereignet sich nicht nur etwas Eigenartiges, nein etwas, was das Blut jedes Deutschen in tiefste Wallung bringt. .. HENTSCH ist nicht erfreut über die Lage bei der 1. Armee und ihren erfolgreichen Angriff auf dem rechten Flügel. Nein, das ist er nicht, wohl weil er, wie seine Verteidiger meinen, Pessimist war und sich davor scheute, das Letzte einzusetzen. Tut er aber nun wenigstens das, wozu er auch als pessimistischster Pessimist verpflichtet wäre? Macht er einen Unterschied zwischen seiner Auffassung und der des Oberkommandos der 2. Armee? Sagt er der 1. Armee, daß er diese doch schließlich in Zuversicht angetroffen habe? Daß nun deren Sorge schwinden würde, wenn sie erführe, daß sie irrige Angaben von der verzweifelten Lage der 1. Armee von ihm erhalten hätte, daß ein etwaiger Rückzug der 2. Armee auf falschen Voraussetzungen aufgebaut sein würde? O nein! Diese Pflicht des Meldens der Wahrheit an die 1. Armee fühlt Oberstleutnant HENTSCH nicht, sondern entmutigt das Oberkommando dieser Armee, ja er führt

es bewußt irre; denn er teilt ihm völlig unwahr und sich stets steigernd mit: ›Die 2. Armee ist nur noch Schlacke.«

An diesem Punkt gerät LU-DERNDORFF nun endgültig außer sich und schreibt wutentbrannt: »Das ist nicht Pessimismus, sondern das ist auf gut Deutsch unerhörtester Verrat am Deutschen Heer und Volke, der die Vernichtung des Sieges bedeutet, weil er bewußte Irreführung des Armee-Oberkommandos der 1. Armee ist.«

»Damit lastet die ganze Wucht der deutschen Niederlage. . . auf Oberstleutnant Hentsch, der der 2. Armee den Mut nahm und sie über die Lage der 1. Armee täuschte und dann das Oberkommando der 1. Armee in unerhörtester, wahrheitswidriger Weise irreführte.«

»Hier ist erwiesen, daß Oberstleutnant HENTSCH dem Oberkomman-

do der 1. über die Lage der 2. Armee bewußt falsche Angaben gemacht und somit dem Rückzugsbefehl die scheinbare Berechtigung verliehen, zugleich aber nichts getan hat, um das Oberkommando der 2. Armee von der wahren Lage bei der 1. Armee zu verständigen. Es ist geschichtliche Tatsache, daß der Ausdruck die 2. Armee ist nur noch Schlacked das Oberkommando der 1. Armee veranlaßte, nachdem Oberstleutnant HENTSCH immer wieder seine Vollmacht betont hatte, der 1. Armee im Namen der Obersten Heeresleitung den Rückzug zu befehlen und diesen Befehl zu befolgen!« (ebenda, S. 20)

Inzwischen hatte das Oberkommando der 2. Armee, nachdem der Feind die Marne überschritten hatte und der rechte Armeeflügel den nur zögernd vordrängenden Engländern auswich, im Sinne der Abmachungen mit Oberstleutnant HENTSCH den Entschluß zum Rückzug gefaßt, jedoch ohne eine Meldung der 1. Armee darüber abzuwarten, wie der Angriff gegen die 6. französische Armee verlaufen war. Man hatte die Rücknahme des linken Flügels der 1. Armee irrtümlich für den Beginn des allgemeinen Rückzugs gehalten, denn eine Draht-Verbindung zwischen beiden Armeekommandos gab es noch nicht.

7. So kam es zum allgemeinen deutschen Rückzug

LUDENDORFF meint dazu:»Die Entsendung des Oberstleutnants HENTSCH hatte sich ausgewirkt. Beide Armeeoberkommandos gaben unter dem Eindruck, daß sie der Weisung der Obersten Heeresleitung folgten, den Befehl zum Rückzug.«

Das *Reichsarchiv* schreibt darüber: »Das gewaltige weltgeschichtliche Ringen an Ourq und Marne wurde abgebrochen. Der deutsche rechte Heeresflügel trat aus dem bereits errungenen Siege den Rückzug an.«

Und um den Ärger darüber voll zu machen, fügt es hinzu: »Den in der Lücke sichernden Truppen gelang es, nachdem sie. . . durch die 5. Infanterie-Division Verstärkung erhalten hatten, den Feind, der aus den ihm unverhofft in den Schoß gefallenen Vorteilen keinen Nutzen zu ziehen verstand, so lange aufzuhalten, bis bei der 1. Armee die Entscheidung gefallen war. Die drohende ernste Krise war hier gebannt. . . Der linke französische Flügel (der 6. Armee von General Maunoury, A. N.) wurde schon in den Vormittagsstunden geschlagen und trat den Rückzug an. Der 1. Armee stand der Weg in den Rücken von General Maunoury offen. . . Der endgültige Ausgang konnte nicht zweifelhaft sein. . . Um so weniger als der Kampfwert der Franzosen und Engländer – namentlich ihrer Infanterie – durch die vorangegangenen Niederlagen und den anschließenden, wochenlangen Rückzug außerordentlich gelitten hatte.«

Die siegreichen deutschen Truppen waren mitten in der Verfolgung

der französischen Truppen angehalten worden. So konnte die deutsche 1. Armee am Morgen des nächsten Tages den Rückzug des französischen linken Heeresflügels der 6. Armee noch beobachten, bevor sie den Rückzug antrat. Ebenso hatte sich die 2. Armee gegen die 5. französische unter General d'Esperey durchgesetzt. Desgleichen war die 3. Armee gegenüber der französischen 9. Armee unter General Foch erfolgreich geblieben, der sie noch am Nachmittag des 9. September eine ernste Niederlage beibrachte. Denn gegen 3 Uhr nachmittags wurde dem Gegner die beherrschende Stellung des Mont Août und der angrenzenden Höhen entrissen, womit er den letzten Halt zwischen Marne und Seine verlor.

8. Das Reichsarchiv: Das Unbegreifliche wurde Ereignis

LUDENDORFF beteuert: »Der Sieg war errungen! Sowohl bei der 1. Armee als auch auf dem rechten Flügel der 2. Armee und dem linken der 3. Übereinstimmend wurde gemeldet, daß die Truppe das erste Mal das Gefühl eines großen Sieges gehabt hätte. Der Feind floh!«

Dazu meint das Reichsarchiv in Band 4: »Bei voller Ausnutzung des Sieges der Armeen des deutschen rechten Heeresflügels drohte die gesamte feindliche Front zwischen Ourq und Aube zusammenzustürzen. Ein Vordringen der Engländer und der 5. französischen Armee in die Lücke hätte für diese zu der Katastrophe geführt. Sie konnten nur schleunigst kehrt machen, sonst hätten die siegreiche 1. und 2. Armee sie ihrerseits in Flanke und Rücken angegriffen. – Das Unbegreifliche wurde Ereignis: Das Westheer wurde aus den unter blutigen Opfern errungenen Siegen durch den Mund des Vertreters der Obersten Heeresleitung in dem Augenblick zurückgerufen, als es im Begriff stand, die Früchte der vorangegangenen Kämpfe zu ernten.«

Der Verfasser, je mehr er über das Rätsel Oberstleutnant HENTSCH nachdenkt, bleibt die Antwort schuldig. Daß HENTSCH kein feindlicher Agent war, ist so gut wie sicher. Auch hatte er sich um MOLTKES Auftrag nicht gedrängt. Es ist eher anzunehmen, daß er – wie das Reichsarchiv feststellt – nicht bereit war, das Letzte zu wagen, davon überzeugt, die deutschen Angriffsarmeen seien am Ende ihrer Kräfte angelangt. Ein günstiger Ausgang der auf sie zukommenden Gefechte sei daher nicht abzusehen. So entschloß er sich für den Rückzug und vergab den Sieg. Operativ entsprach sein Rückzugsbefehl seiner vorsichtigen Haltung und war nicht verkehrt, doch mit Bezug auf die Truppe war er verhängnisvoll. Ein wirklicher Truppenführer hätte das Wagnis allemal auf sich genommen.

Andreas Naumann

Nachdem 1914 der Erste Weltkrieg ausgebrochen war, nährte die isolierte Lage des 1871 gegründeten Deutschen Kaiserreiches auf dessen Seite die Überzeugung, nur noch durch außergewöhnliche Mittel der Krieg-

führung eine Niederlage abwenden zu können. Unter der Führung des Diplomaten Max von Oppenheim¹ entstand ein Revolutionierungsprogramm: Revolten in den Kolonialreichen Englands und Frankreichs sollten die Fronten der Mittelmächte in Europa spürbar entlasten. Ist diese Verbindung mit dem ›Heiligen Kriege (Dschihad) nur ein weiterer Beweis für die Rücksichtslosigkeit der kaiserlichen Kriegspolitik, wie dies viele antideutsch eingestellte Historiker behaupten? Oder muß dieser Plan nicht vielmehr als eine Förderung antiimperialistischer Kräfte, als ein Aufruf zum legitimen Freiheitskampf der von England und Frankreich unterdrückten Kolonialvölker verstanden werden, wie es mittlerweile anders gewichtende Darstellungen tun? Eine Änderung der Geschichtsbilder von Deutschlands Handeln im Nahen Osten bricht sich Bahn.

In den Planungen Max von Oppenheims, die auf eine Revolutionierung der arabischen Welt abzielten, erblickte z. B. Fritz Fischer einen Beweis für Deutschlands (vermeintlichen) »Griff nach der Weltmacht«, in der Verbindung mit dem Dschihad ein Doku-

ment Wilhelminischer Rücksichtslosigkeit in der Führung des Krieges.² Unter dem Einfluß Fritz Fischers beschrieb auch der Arabist Wolfgang G. Schwanitz die deutsche Beteiligung im Orient während des Ersten Weltkriegs in erster Linie als das eines »infamen Unruhestifters« unter den Mächten Europas. Max von Oppenheim galt Schwanitz lediglich als der verschlagene »Abu Jihad«.³ Neben der Verurteilung derartiger Eiferer existieren jedoch auch nüchternere Einschätzungen, die trotzdem gleichfalls negativ ausfallen: So nennt Martin Kröger Deutschlands



Max von Oppenheim (1860–1946) war Diplomat, Orientalist und Archäologe in Vorderasien. 1899 entdeckte er die Schätze von Tell Halaf in Syrien und ließ sie zwölf Jahre später auch bergen.

¹ Vgl. zu diesem deutschen Orientalisten und Diplomaten, der, 1860 geboren, aus einer Kölner Bankiersfamilie stammte: Stefan M. Kreutzer, *Dschihad für den deutschen Kaiser. Max von Oppenheim und die Neuordnung des Orients (1914–1918)*, Ares, Graz 2012.

² Vgl. dazu: Fritz FISCHER, Griff nach der Weltmacht. Die Kriegszielpolitik des kaiserlichen Deutschlands 1914–1918, Neudruck, Düsseldorf 1977.

³ Wolfgang G. Schwanitz, »The German Middle Eastern Policy, 1871–1945«, in: ders. (Hg.), Germany and the Middle East – 1871–1945, Princeton 2004, S. 1–24, hier: S. 7.

Aktivitäten im Nahen und Mittleren Osten einen »realitätsfremden Aktionismus«.⁴ Hans Ulrich Seidt spricht sogar von einem »Krieg der Amateure«.⁵

Die angelsächsische Geschichtsschreibung neigt dazu, der Orientpolitik des Kaiserreiches wegen ihres Zusammengehens mit dem islamischen Glaubenskrieg einen niederträchtigen Charakter zu unterstellen. Als ob es ein Sakrilege gewesen wäre, gegen das britische Empire und gegen die von ihm betriebene Kolonialpolitik zu handeln! Der britische Historiker Niall FERGUSON vertritt die Ansicht, die deutschen Pläne im Orient hätten sehr genau damit übereingestimmt, was John Buchan in seiner belletristischen Aufarbeitung zu diesem Thema geäußert habe.⁶ In BUCHANS Bestseller Greenmantle, der noch während des Ersten Weltkriegs auf den Markt kam, stellen Sabotage, Gewalt und Mord die Synonyme für die Orientpolitik Deutschlands dar.⁷ Diese sliterarisches Abrechnung mit Deutschlands Orientpolitik in der Zeit des Kaiserreichs hat deren Erscheinungsbild bis in die Gegenwart geprägt. So verzerrt Peter HOP-KIRK die deutsche Nahoststrategie zu dem perfiden Versuch, das gloriose britische Empire zu zerstören und an dessen Stelle ein deutsches Weltreich zu setzen.8 Ähnlich wie Donald M. McKale9 erkennt Peter HOPKIRK in der deutsch-türkischen Allianz im Ersten Weltkrieg sowie in der »gemeinsamen« Ausrufung eines »Heiligen Krieges« einen Beweis dafür, daß vom wilhelminischen zum nationalsozialistischen Deutschland eine Kontinuitätslinie radikaler außenpolitischer Planungen verlaufen sei. Diese – klar von der Warte eines britischen Nationalchauvinismus aus aufgestellten – Behauptungen haben selbstredend die Sichtweise der deutschen

⁴ Martin Kröger, »Revolution als Programm«, in: Wolfgang MICHALKA (Hg.), Der Erste Weltkrieg. Wirkung, Wahrnehmung, Analyse, München–Zürich 1994, S. 366–391, hier: S. 385.

⁵ Hans Ulrich Seidt, Berlin, Kabul, Moskau – Oskar Ritter von Niedermayer und Deutschlands Geopolitik, München 2002, S. 50.

⁶ Niall FERGUSON, Empire: How Britain Made the Modern World, London 2004, S. 300 f.

⁷ Vgl. dazu: John Buchan, Greenmantle, Neudruck, London 2008.

⁸ Peter Hopkirk, Östlich von Konstantinopel – Kaiser Wilhelms heiliger Krieg um die Macht im Orient, Hamburg 1996.

⁹ Donald M. McKale, War by Revolution. Germany and Great Britain in the Middle East in the Era of World War I., Kent (Ohio) 1998.

Vgl. dazu: Marco Evers u. Gabor Steingart u. a., »Pakt mit dem Teufel«, in: Der Spiegel, Nr. 4, 2010, S. 78–88. Des weiteren: Wolfgang Michal, »Der Spion des Kaisers«, in: National Geographic Deutschland, Februar 2008, URL:

http://www.nationalgeographic.de/reportagen/topthemen/2008/der-spiondes-kaisers

Populärwissenschaft geprägt, die in einer vollständigen Übernahme der Ansicht des früheren Kriegsgegners das negative Bild der von Deutschland 1914–1918 betriebenen Orientpolitik stets aufs neue zeichnet.¹⁰

Die Bemühungen des Deutschen Reiches im Orient können nicht bloß im Hinblick auf den Dschihad als außergewöhnlich bezeichnet werden. Denn das Revolutionierungsprogramm, mit dem Oppenheim diese deutschen Bemühungen definiert, weist überraschend freiheitliche Aussagen auf, so daß Deutschlands Strategie durchaus anders als bisher beurteilt werden kann. Denn Oppenheim tritt in seiner »Denkschrift betreffend die Revolutionierung der islamischen Gebiete unserer Feinde«11 offen für die Souveränität des Orients und dessen Freiheit von Fremdbevormundung durch die Europäer ein. Die Maßnahmen zur Erhebung waren nicht nur dazu gedacht, Deutschlands Kriegsgegner im Ersten Weltkrieg zu schwächen; sie sollten überdies den gesamten Orient in die Unabhängigkeit führen. Ein panislamischer Aufstand, der im Gewand des Heiligen Krieges daherkam, sollte die imperialistische Herrschaft der Ententemächte Großbritannien, Frankreich und Rußland (sie reichte vom Maghreb bis an den Hindukusch) definitiv beenden. Insofern bot Deutschlands Nahostpolitik 1914-1918 regelrecht antiimperialistische Ansätze. Bei großzügiger Betrachtung stellte der vermeintliche »Dschihad - Made in Germany«12 gar einen Aufruf zum legitimen Kampf um die Unabhängigkeit des Orients dar. Damit stand die Konzeption Max VON OPPENHEIMS, der lange vorher als dem deutschen Generalkonsulat in Kairo Zugeteilter 13 Jahre lang die politischen Verhältnisse im Orient beobachtet hatte, in eindeutigem Gegensatz zu dem Zerrbild, das Fritz FISCHER gezeichnet hatte. Liegt es angesichts dessen nicht nahe zu sagen, die Deutschen hätten damals sogar einen Krieg für die Selbstbestimmung geführt?13

Es wäre genau das Gegenteil dessen, was eine einseitig von der angelsächsischen Sichtweise geprägte und inzwischen von den Deutschen selbst übernommene Geschichtsschreibung Deutschland immer so gern vorwirft. Wenn Kaiser WILHELM II. Ende Juli 1914 notierte, »unsere Konsuln... müssen die ganze mohammedanische Welt... zum Aufstand ent-



Stefan M. KREUTZER, Dschihad für den deutschen Kaiser. Max von Oppenheim und die Neuordnung des Orients (1914– 1918), Ares, Graz 2012.

¹¹ Diese aus dem Herbst 1914 stammende Denkschrift findet sich im Politischen Archiv des Auswärtigen Amtes in Berlin (PA-AA) unter R 20937 – 1 und 2.

¹² Dieser vorwurfsvolle Ausdruck stammt von dem niederländischen Orientalisten Christiaan Snouck Hurgronje. Vgl. hierzu u. a.: Christiaan Snouck Hurgronje, »Deutschland und der Heilige Krieg«, in: ders. (Hg.), Verspreide Geschriften (Gesammelte Schriften), Bonn–Leipzig 1923.

¹³ S. M. Kreutzer, Dschihad, aaO. (Anm. 1), S. 15 u. 8.

Deutsche Wohlfahrts-Postkarte: »Der große Krieg 1914/1915 - Die Verkündung des heiligen Krieges.« Op-PENHEIM sah in dem Dschihad gegen die Entente-Mächte des Ersten Weltkrieges nur einen Befreiungskampf von ko-Ionialer Fremdherrschaft. Aus: KREUTZER. Dschihad. aaO. (Anm. 1).



¹⁴ Zitiert nach: ebenda, S. 7.

flammen«,¹⁴ so spricht das durchaus nicht gegen die These von einem deutschen Krieg für die Selbstbestimmung der Orientalen. Wieso nämlich sollte die Schwächung der Kriegsgegner des Deutschen Reiches nicht mit einem Eintreten für diese so hehre Zielsetzung Hand in Hand gehen? Weshalb sollten die Deutschen nicht auch dazu fähig gewesen sein, für das einzutreten, was sich die angelsächsischen Mächte in teilweise grober Verzerrung der Tatsachen dauernd aufs Panier geschrieben haben und auch heute immer noch schreiben: den edlen Streit für das Selbstbestimmungsrecht anderer Völker?

Natürlich lenkt die angelsächsische Historiographie nur allzu gern davon ab, wie sich an dem Beispiel des Peter HOPKIRK überdeutlich ablesen läßt. Als hätte es vor dem Heiligen Krieg, den der mit Deutschland verbündete Sultan des Osmanischen Reiches, Mehmed V. RESAT (der als Kalif zugleich der oberste Glaubensherr des Islams war), 1914 gegen die Ententemächte ausrief, noch nie einen Dschihad gegen eine europäische Macht gegeben, 15 behauptet Peter HOPKIRK, »noch nie zuvor in der neueren Geschichte. . . [sei] zum Heiligen Krieg gegen eine europäische Macht aufgerufen worden«. 16 Der Zweck dieser Falschbehauptung liegt auf der Hand: Die deutsche Beteiligung im Orient soll auf diese Weise als von Anfang an besonders perfide hingestellt werden. Der Freiherr Max von OPPENHEIM war aber nicht der erste Mann, der empfahl, den Islam in politischer Hinsicht zu instrumentalisieren. Und so sind seine Darstellung als Vater des Dschihad, als »deutscher Abu Jihad« und auch die Behauptung, daß der Ausgangspunkt des Heiligen Kriegs in Deutschland zu suchen sei, historisch falsch und eine vorsätzliche Verzerrung der Tatsachen. 17 Auch ist zu beachten, daß trotz der Verstärkung der

15 Das Gegenteil beweist minutiös S. M. Kreutzer, Dschihad, aaO. (Anm. 1), S. 62.
16 P. Hopkirk, Östlich von Konstantinopel, aaO. (Anm. 8), S. 20.
17 S. M. Kreutzer, Dschihad, aaO.

(Anm. 1), S. 63.

deutsch-türkischen Waffenbrüderschaft durch die deutsche (christliche) Seite der inhaltliche Ursprung auf die Initiative der türkischen (islami-

schen) Seite zurückging.18

Auch machten die Aufwiegelungspläne Max von Oppenheims Deutschland nicht zum Pionier unter den Mächten Europas. Denn bereits 1902 hatte Großbritannien als Reaktion auf den von Belgien, Deutschland und Rußland bewirkten Verlust an wirtschaftlichem Einfluß in Persien hohe Vertreter der wlemax (der Religionsgelehrten) bestochen, damit diese eine sfatwax (ein Rechtsgutachten) gegen die mit Britannien konkurrierenden Europäer formulierten. Doch was die Briten auf ihre Rivalen gemünzt hatten, artete in Aufstände gegen Europäer wie Nicht-Muslime allgemein aus und forderte zahlreiche Todesopfer. Wie man an alledem sieht, war Manipulation einer nicht-europäischen Religionskultur durchaus keine deutsche Eigenart. Die Briten, die das im Falle Max von Oppenheims gern behaupten, verstanden sich mindestens ebenso sgute darauf.

18 Ulrich TRUMPE-NER, Germany and the Ottoman Empire 1914–1918, Princeton 1968, S. 117. 19 Michael AN-WORTHY, Iran – Empire of the Mind, London 2007, S. 204.

Dies beweist auch ihr Vorgehen in dem vom Panarabismus geleiteten >Freiheitskampfeder Araber gegen das Osmanische Reich, der den arabischen Traum von einer geeinten Nation zu einer Realität werden lassen sollte. Die Anführer dieser arabischen Revolte, HUSSEIN IBN ALI und sein Sohn FAISAL, verweigerten sich dem türkisch-deutschen Aufruf zum Dschihad und führten ab 1916 ihren eigenen Heiligen Krieg - gegen das mit Deutschland verbundene Osmanische Reich. Die Briten - das belegt eine Vielzahl von Flugblättern – instrumentalisierten den Islam in ganz ähnlicher Weise, wie sie dieses den Deutschen vorhielten. OPPENHEIMS >Verheißung der muslimischen Unabhängigkeit von europäischer Fremdherrschaft

Die Ourteium Deutschland gewinighen Vorminum

Werbeplakat »Die Türkei und Deutschland – Aufbruch zum heiligen Krieg in Damaskus«, erschienen in der *Illustrierten Zeitschrift*, Leipzig, v. 18. 5. 1916. Oppenheim legte Wert darauf, daß der von ihm angeregte heilige Krieg« kein Aufruf zum interkonfessionellen Glaubenskrieg war.



WILHELM II. mit ENVER PASCHA an Bord der Goeben Der türkische Kriegsminister befürwortete ein enges deutsch-türkisches Bündnis – gegen die von den Ententemächten angestrebte »Liquidation der kleinasiatischen Türkei«.

ohne deutsche Annexionspläne entsprach nicht bloß der Wirklichkeit. Nein, sie ging auf ein echtes Bedürfnis der orientalischen Bevölkerung zurück. Demgegenüber war der von den Briten unterstützte, bloß scheinbar arabische Unabhängigkeitskampf von allem Anfang an eine Täuschung, der übrigens auch der legendäre Lawrence of Arabiac (eigentlich: Thomas E. LAWRENCE) erlag. Denn die arabische Revolte HUSSEINS, den sich die Briten gefügig gemacht hatten, war kein Freiheitskampf - das Ganze war einzig dessen persönlicher Griff nach einem Königreich. Am Ende des Kriegs jedoch mußte Hussein seinen (von den Versprechungen der Briten gespeisten) Traum von einem arabischen Großreich zu Grabe tragen.²⁰

Lassen wir – um den Vorwurf der Parteilichkeit sogleich zu entkräften – den übrigens mit Oppenheim persönlich bekannten Lawrence zu Wort kommen, der über sich und seine Vorgesetzten ganz unverbrämt schrieb:

»Und wir schickten sie zu Tausenden ins Feuer, in die schlimmsten aller Tode.

nicht um den Krieg zu gewinnen, sondern damit das Korn und der Reis und das Öl Mesopotamiens unser werden. Einziger Zweck war es, unsere Feinde zu schlagen (darunter auch die Türken), . . ., indem wir die Unterdrückten in der Türkei für uns benutzten.«²¹

Doch damit nicht genug: Großbritanniens Orientpolitik im Ersten Weltkrieg nannte LAWRENCE offen »Betrug [und] grundsätzliche. . . Unaufrichtigkeit«²² gegenüber den Arabern.

Im Jahre 1988 übersetzte und analysierte Gottfried HAGEN eine größere Zahl von Flugblättern, die im Ersten Weltkrieg von türkischer Seite und von Oppenheims Nachrichtenstelle für den Orient (NfO) erstellt worden waren und die in späterer Zeit als eine Sammlung an die Univer-

²⁰ S. M. Kreutzer, *Dschihad*, aaO. (Anm. 1), S. 77.

²¹ Zitiert nach: ebenda, S. 78.

²² Zitiert nach: ebenda.

sitätsbibliothek Heidelberg gelangten.²³ HAGEN förderte zutage, daß in den Texten, die als Gedichte, als offene Briefe oder als öffentliche Aushänge verfaßt worden waren, die Anklage gegen den von den Ententemächten praktizierten Kolonialismus und die damit verbundene Unmenschlichkeit, aber auch gegen die nicht eingelösten Versprechen bezüglich nationaler Unabhängigkeit den meisten Raum einnehmen. So wird in einem von Oppenheims NfO in Umlauf gebrachten öffentlichen Brief des ägyptischen Nationalisten Mohammed FAHMI an Großbritanniens Ministerpräsident Asquirh die britische Besetzung Ägyptens zwar betont sachlich, aber in verurteilender Art beschrieben. Dabei bedient sich das Schreiben bewußt der in der europäischen Politik benutzten Diktion und bezeichnet diese Okkupation als »Verbrechen gegen das Völkerrecht«. Während das britische Empire seinen Kriegseintritt damit begründet habe, »die Rechte des belgischen Volkes« zu verteidigen, unterdrücke es mit Ägypten gleichzeitig eine andere Nation und messe folglich »die Gerechtigkeit unter den Völkern mit zweierlei Maß«.24

Sehr ähnlich wird in einem Aufruf, der an den Maghreb gerichtet ist, der Dschihad vorrangig mit der ungerechten Fremdherrschaft begrün-



Eine Revolutionierung Afghanistans gehörte auch zu den Plänen OPPENHEIMS. Hier abgebildet: die Afghanistan-Mission 1915 unter der Führung Oscar von Niedermay-ERS (Mitte mit Pelzmütze). Allerdings konnte die NIEDERMAY-ER-Expedition, die am 26. September 1915 Kabul erreichte, dort jedoch nichts Entscheidendes beim Emir Habibullah ausrichten.

²³ Gottfried HAGEN, *Die Türkei im Ersten Weltkrieg* – Flugblätter und Flugschriften in arabischer, persischer und osmanisch-türkischer Sprache aus einer Sammlung der Universitätsbibliothek eingeleitet, übersetzt und kommentiert, Frankfurt/M. 1990.

²⁴ Mohammed Fahmi, Flugschrift Nr. 8, 27, in: G. Hagen, *Türkei*, ebenda; S. 93 u. 97.

det. Der Heilige Krieg richte sich gegen einen Feind, »der sich Euer Land widerrechtlich angeeignet hat«.²⁵ In den von HAGEN untersuchten Flugschriften stehen stets die Unabhängigkeit, die Befreiung und die Sicherstellung der Zukunft des Orients vor dem Zugriff der Ententemächte Großbritannien, Frankreich und Rußland im Mittelpunkt der Argumentation.²⁶

Wie auch viele andere Flugschriften beschreibt der Text eines unbekannten Autors, der sehr wahrscheinlich für das türkische Gegenstück zu Oppenheims NfO, die Teshkilat-i Mahusa, arbeitete, das Deutsche Reich als einen uneigennützigen Helfer bei der Erreichung des Ziels einer Befreiung der arabischen Welt. Ebenso verweist der Verfasser auf »die Sympathie und Achtung, die Deutschland dem Islam entgegenbrachte«.²⁷ Es ist genau diese in erster Linie antiimperialistische Haltung, welcher die Vorstellung Max von Oppenheims vom Dschihad entsprach. Oder drücken wir jenen Sachverhalt mit den Worten des Historikers Michael Stürmer so aus:

»Oppenheim wollte mit solcher Propagandatätigkeit nicht lügen, sondern mit der deutschen ›Wahrheit‹ Eindruck machen auf die Völker des Nahen Ostens.«²⁸

Sicherlich kann und soll nicht bestritten werden, daß das Revolutionierungskonzept Max von Oppenheims vorrangig eine Kriegsstrategie und die erklärte Zielsetzung die Aufstandsmaßnahmen zur Schwächung von Deutschlands Kriegsgegnern waren. Trotzdem bildete die Souveränität des Orients und seiner Nationen einen zentralen Bestandteil seiner Pläne. Diese scheiterten zwar, und die deutsche Orientpolitik nach Oppenheims Vorstellungen blieb »weitgehend im Konzeptionellen stecken«.²⁹ Und doch war sie in ihrer Gesamtheit weder illusorisch, noch undurchführbar, noch das, was die damalige britische Propaganda und in der Folge die angelsächsisch beherrschte Geschichtsschreibung daraus gemacht haben.

Matthias Gallas

²⁵ Anonymus, Flugschrift Nr. 8, 28, in: G. HAGEN, Türkei, ebenda, S. 100.

²⁶ Anonymus, Flugschrift Nr. 8, 31, in: G. HAGEN, Türkei, ebenda, S. 109.

²⁷ Anonymus, Flugschrift Nr. 8, 31, in: G. HAGEN, *Türkei*, ebenda, S. 47.

²⁸ Michael Stürmer, Gabriele Teichmann u. Wilhelm Treue, Wägen und Wagen – Sal. Oppenheim jr. & Cie. – Geschichte einer Bank und einer Familie, München–Zürich 1989, S. 268.

²⁹ Martin Kröger, »Mit Eifer ein Fremder – im Auswärtigen Dienst«, in: Gabriele Teichmann u. Gisela Völger, (Hg.), Faszination Orient – Max von Oppenheim: Forscher, Sammler, Diplomat, Köln 2001, S. 106–139, hier: S. 132.

Lawrence-Auspeitschung gelogen

Im Ersten Weltkrieg war Thomas Edward LAWRENCE (1888–1935), der ›Lawrence von Arabien, ein erfolgreicher Agent der Briten, der die Ara-

berstämme durch später nicht gehaltene Zusagen zur Unterstützung der englischen Truppen im Vorderen Orient beim Aufstand gegen die türkische Herrschaft gewinnen konnte und somit zu den Niederlagen der türkischen Truppen wesentlich beigetragen hat. Er schrieb später seinen Bestseller Die sieben Säulen der Weisheit über seine Erlebnisse. Schon bald war jedoch bekannt, daß er in diesen Erinnerungen auch gefabelt hatte, daß er in Geschichten übertrieben hatte oder daß sie ganz seiner Phantasie entsprungen wa-

Eines der dramatischsten seiner Erlebnisse ist die von ihm beschriebene angebliche Auspeitschung und homosexuelle Vergewaltigung nach seiner Gefangennahme durch die Türken. Diese Episode ist in vielen Beschreibungen über ihn als Schlüsselerlebnis für die spätere Zeit aufgefaßt worden.

Nun soll diese Geschichte auch ganz erfunden sein. Zu dem Schluß kommt ein Buch mit dem Titel T. E. Lawrence (Hemish Hamilton, London 1977) des Arabisten Desmond STEWART. Danach habe LAWRENCE früher in London an männlichen Auspeitschungspartys teilgenommen und sich dessen dann in der

Türkei erinnert. Die Wahrheit soll sein: »Nach einem besonders peinli- Neuere Untersuchunchen Versagen im Krieg gegen die Türken habe er sich von einem Beduinen ›zur Sühne‹ auspeitschen lassen. Die entstandenen Narben hätten nichts mit der Gefangennahme zu tun.«2

Der Verfasser bringt auch Hinweise, daß der Tod des Agenten durch einen angeblichen Motorradunfall ein politischer Mord gewesen sein könnte. So ist noch manches rätselhaft im Leben des Abenteurers.



gen stellen LAWRENCE, der nach Ausbruch des Ersten Weltkriegs in Kairo für den britischen Geheimdienst arbeitete, als Aufschneider hin.

Rolf Kosiek

¹ Thomas Edward LAWRENCE, Die Sieben Säulen der Weisheit, Originalausgabe: 1926, dt.: dtv, München 2003.

² dpa-Meldung, »Völlig erfundene Episode«, in: Schwäbisches Tagblatt, 18. 6. 1977.

Nahum Goldmann: Zerstörung muß sein



Nahum GOLDMANN (1895-1982). Der zitierte Text bringt Gedanken, die nahe an die Aussagen der Zionistischen Protokolle (»Protokolle der Weisen von Zion«) aus den ersten Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts grenzen, deren Authentizität zwar angezweifelt wird, nach deren Richtlinien aber unsere Entwicklung seit mehreren Jahrzehnten tatsächlich zu verlaufen scheint. Dennoch lebte Gold-MANN später in den USA, dem Land des Kapitalismus, und arbeitete mit Kapitalisten zusammen - wie eben so viele Demokraten.

In der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts ging es bei den weltweiten Auseinandersetzungen um wirtschaftliche, aber dann auch um weltanschauliche Fragen. Dabei handelte es sich ebenso um die Diskussion über die Beachtung von traditionellen Werten und Institutionen. Der Anthropologe und Philosoph Arnold Gehlen bewies die Bedeutung von Traditionen und lange gewachsenen Einrichtungen der Gesellschaft aus dem Wesen des Menschen als Mängelwesen. Daß so viele Werte inzwischen als eine Folge der großen Kriege vernichtet wurden, ist einer der Gründe für die Krisen unserer Zeit.

Es gab aber auch Kräfte, die bewußt auf die Zerstörung des Bestehenden aus Grundsatz hinarbeiteten. Im Gegensatz zu den lebensrichtigen Anschauungen eher Konservativer wie GEHLEN standen anarchische Außerungen und Zielvorgaben kleiner Kreise, die nach der Zerstörung aller Werte trachteten. So schrieb der 1885 in Wischnewo in Litauen geborene, in Frankfurt am Main und Berlin aufgewachsene, später zu großem Einfluß gelangende und 40 Jahre lang als Leiter des jüdischen Weltkongresses tätige Zionistenführer Nahum GOLDMANN in seiner während des Ersten Weltkrieges 1915 erschienenen Schrift Der Geist des Militarismus auf Seite 38: »So besteht denn die erste Aufgabe unserer Zeit in der Zerstörung: alle sozialen Schichten und gesellschaftlichen Formungen, die das alte System geschaffen hat, sie müssen vernichtet, die einzelnen Menschen müssen aus ihren angestammten Milieus herausgerissen werden; keine Tradition darf mehr als heilig gelten; das Alter gilt nur als Zeichen der Krankheit; die Parole heißt: was war, muß weg. Die Kräfte, die diese negative Aufgabe unserer Zeit ausführen, sind: auf dem wirtschaftlich-sozialen Gebiet der Kapitalismus, auf dem politischgeistigen die Demokratie. Wieviel sie bereits geleistet haben, wissen wir alle; aber wir wissen auch, daß ihr Werk noch nicht ganz vollbracht ist. Noch kämpft der Kapitalismus gegen die Formen der alten, traditionellen Wirtschaft, noch führt die Demokratie einen heißen Kampf gegen alle Kräfte der Reaktion. Vollenden wird das Werk der militaristische Geist. Sein Uniformierungsprinzip wird eine negative Aufgabe der Zeit restlos durchführen; wenn erst alle Glieder unseres Kulturkreises als Soldaten unseres Kultursystems uniformiert sind, ist diese Aufgabe gelöst. Dann aber erst erhebt sich die andere, größere und schwierigere Aufgabe: der Aufbau der neuen Ordnung.«

Rolf Kosiek

Uueingeschränkter U-Booteinsatz und USA¹

Zum Kernbestand des Lügengespinstes von Versailles gehört die Behauptung, der Grund der Vereinigten Staaten für den Angriff auf Deutschland im Ersten Weltkrieg sei der angeblich völkerrechtswidrige uneingeschränkte U-Bootkrieg der Kaiserlichen Marine gewesen. Die historische Wahrheit hingegen sah anders aus:

Globaler Expansionismus des >neuen Roms<

Treffend und zeitübergreifend gültig hatte der Senator Beveride vor dem US-Kongreß am 9. Januar 1900 den Weltherrschaftsanspruch seines Landes wie folgt formuliert: »Gott hat uns zur Organisation der Welt bestimmt mit dem Auftrag, da Ordnung zu schaffen, wo das Chaos herrscht. Er hat den Glauben an den Fortschritt in unsere Herzen gepflanzt, um uns die Kräfte zu geben, die Reaktion in der ganzen Welt zu schlagen. Er hat uns geschickt gemacht in allen Künsten der Regierung, damit wir diese Kunst an den wilden und senilen Völkern betätigen können. Wenn es eine solche Kraft nicht gäbe, wie wir sie darstellen, müßte die Welt in Barbarei und Nacht zurückfallen. Und innerhalb unserer Rasse hat Gott das amerikanische Volk gekennzeichnet als sein erwähltes Volk, das bei der Erneuerung der Welt die führende Rolle spielen soll.«²

Dergestalt beflügelt und vor sich selbst gerechtfertigt, nahm das ærwählte Volke den Raum zwischen dem Mississipi und dem Pazifik in Besitz, den es unter weitestgehender Ausrottung der eingesessenen indianischen Bevölkerung besiedelte. 1867 kauften die USA Alaska, 1897 erwarben sie Hawaii, 1898 Puerto Rico, Guam und die Philippinen. 1901 folgte Kuba, 1903 die Panama-Zone und 1904 San Domingo. Bereits seit Beginn der 1870er Jahre hatten die Vereinigten Staaten begonnen, den Pazifik in vielfältiger Weise imperialistisch zu durchdringen. Etwa ab 1880 begannen ihre Pläne zur Gewinnung der vollständigen Vorherrschaft über den südamerikanischen Kontinent, Gestalt anzunehmen. Bis hin zum Ersten Weltkrieg gewann der im Selbstverständnis des American Empirec eingewurzelte Expansionsdrang zunehmend an wirkungskräftiger Betriebsamkeit, die mit dem militärischen Eingreifen auf dem europäischen Kontinent im Jahre 1917 einen vorläufigen Höhepunkt erreichte.

Schon lange vor der Wende zum 20. Jahrhundert hatte sich abgezeichnet, daß die global ausgreifenden Begehrlichkeiten der USA auch Europa nicht ausnehmen, sondern sich sehr bald ebenso auf die atlantische Gegenküste des amerikanischen Kontinents richten würden. Präsident

¹ Dieser Beitrag fußt auf dem Band Revisionskrieg und Gegenrevision 1914– 1939 der im Hohenrain-Verlag erschienenen Buchreihe Die Deutschen und ihr Staat; Ulrich SCHWARZE, Hohenrain, Tübingen 2013.

² Hugo Wellems, Das Jahrhundert der Lüge, Arndt, Kiel 1989, S. 60.

³ Dirk Kunert, Deutschland im Krieg der Kontinente – Anmerkungen zum Historikerstreit, Arndt, Kiel 1987, S. 28 ff. (Tabellen).

Diese Karikatur auf die Monroe-Doktrin erschien 1901 in der Zeitschrift Puck. MONROE hatte sich jegliche europäische Intervention in der Neuen Welt (»Amerika den Amerikanern!«) verbeten. Im Gegenzug hatte er die Nichteinmischung der USA in Europa zugesichert. Der Erste Weltkrieg brachte eine UmkehWoodrow WILSON, geradezu eine Inkarnation des missionarischen US-Imperialismus, setzte im Jahr 1917 mit dem militärischen Angriff auf das Deutsche Reich einen für die weitere Expansion des meuen Romse entscheidenden Markstein.

Im Jahre 1914 hatte die Einkreisungspolitik der etablierten Mächte gegen den 1867/71 in ihre Mitte getretenen kleindeutschen Nationalstaat die Alte Welt in einen Krieg geführt, der dem US-Imperialismus das Tor in die Alte Welt öffnete. In dem sich hier bietenden historischen Zeitfenster erkannte der ziel- und machtbewußte amerikanische Präsident eine einzigartige Gelegenheit, den europäischen Konflikt für die eigene transatlantische Entfaltung zu nutzen, indem er bei der kriegerischen Änderung der europäischen Mächteordnung Partei für die Entente ergriff. Indem die USA die alten westeuropäischen Imperialmächte finanziell und machtpolitisch von sich abhängig machten und bei der Zerschlagung des Deutschen Reiches mitwirkten, konnten sie auf dem alten Kontinent Fuß fassen und – auf Kosten ganz Europas – zugleich ihre Weltstellung stärken.

Wer Deutschland hat, der hat Europa

»Wer Deutschland hat, der hat Europa«, so lautet eine geopolitische Devise. Solange das wehrfähige Deutsche Reich souverän in der Mitte Europas Bestand hatte, konnte die amerikanische Vorherrschaft dem Kontinent nicht auferlegt werden. Der deutsche Nationalstaat, der ein



Hindernis bei der Durchdringung der Alten Welt darstellte, mußte dem US-Expansionismus daher weichen, zumal das Reich in den Vereinigten Staaten zunehmend als ökonomischer Rivale gesehen wurde: Im Jahre 1913 hatte es sich in einem rasanten wirtschaftlichen Aufschwung bereits auf den zweiten Platz nach den USA und vor Großbritannien in der Weltgütererzeugung, im Gesamtindustriepotential und in der Eisenund Stahlproduktion emporgearbeitet.3

Bereits vor der Wende zum 20. Jahrhundert hatten US-ame-

rikanische Verlust- und Rivalitätsängste das Verhältnis zu Deutschland belastet. Sorgenschwangere Propheten des US-Imperialismus unkten schon damals, mit kolonialen Plänen in der Karibik wolle es unter Einsatz seiner Marine die Monroe-Doktrin unterlaufen und den Vereinigten Staaten die Vorherrschaft über den amerikanischen Doppelkontinent streitig machen. Bereits vor dem Deutsch-Französischen Krieg, im Frühjahr 1870, waren in den USA Gerüchte in Umlauf gesetzt worden, eine europäische Macht, gemeint war Preußen, wolle die Insel San Domingo erwerben und sei bereit, für die Samaná-Bucht zwei Millionen Dollar zu zahlen. Am 3. Juni 1870 konnte man im Washingtoner Daily Morning Chronicle lesen, daß »gewisse Anzeichen darauf hinweisen, daß Preußen. . . das Angebot machte, weil seine Seemacht nicht gerade stark ist und der schlaue von BISMARCK alles tut, um die vorteilhafte Stellung seines Landes möglichst weiter zu sichern. Von einem solch wichtigen Ausgangspunkt wie die Samaná-Bucht könnten die preußischen Kreuzer sehr gut gegen feindliche Seestreitkräfte operieren.«4

Erwies sich diese phantastische Mär auch als ebenso haltlos wie Gerüchte über deutsche Absichten, die Dominikanische Republik zu annektieren, so mochte Washington trotz mehrfacher geduldiger deutscher Dementis doch nicht von seinem Verdacht lassen, Berlin hege annexionistische Absichten in der karibischen See. Washingtons einseitig und ohne jeden Schein einer Rechtsgrundlage verkündete und praktizierte Monroe-Doktrin, die Nord-, Mittel- und Südamerika als ausschließliche Hegemonialsphäre der Vereinigten Staaten vereinnahmte und an imperialistischer Vermessenheit kaum zu übertreffen war, schloß Mächte wie Deutschland von der Wahrnehmung handelspolitischer Interessen auf dem Subkontinent aus.

delli Subkolitillelli aus.

Fürst Otto von Bismarck, seit 20. März 1890 im Ruhestand, nahm denn auch kein Blatt vor den Mund, als er am 2. Dezember 1897 wissen ließ, es sei eine »politische Notwendigkeit, amerikanischer Anmaßung oft und nachdrücklich« entgegenzutreten, und »die Auffassung, die die Leute in Amerika von der Monroe-Doktrin haben, (sei) ein Beweis außerordentlicher Unverschämtheit«.5

Die wütende Reaktion der amerikanischen Presse auf solche deutlichen Worte ließ freilich nicht auf sich warten; verbale Schärfen häuften sich. Der Springfielder Republican bescheinigte der deutschen Regierung »offenkundigste internationale Aufschneiderei«,6 und dem deutschen Kaiser wurde in amerikanischen Zeitungen die Bemerkung zugeschrieben, er sähe sich vielleicht genötigt, »lästigen Amerikanern« etwas mehr »gute Sitten« beizubringem. Am 27. April 1900 versuchte der US-Politiker Elihu Root sich als Augur: »Niemand, der sorgfältig die Zeichen der Zeit beachtet, kann umhin zu sehen, daß die amerikanische Bevölkerung

⁴ Charles Callan TANSILL, Amerika geht in den Krieg – Der Erste Weltkrieg als Türöffner nach Europa, Pour le Mérite, Selent 2001, S. 8.

⁵ Tansill, *Amerika geht...*, ebenda, S. 8.

⁶ Tansill, ebenda, S. 8.

⁷ Tansill, ebenda, S. 8 f.

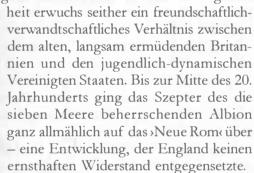
⁸ Ebenda, S. 9.

Frankreich und Spanien bitten John Bull, dafür zu sorgen, daß das »Spiel des deutschen Kindes im marokkanischen Teiche ein Ende nimmt. Die britische Unterstützung Frankreichs in der Marokko-Krise stellte sich als entscheidend heraus. Auch Theodore Roosevelt unterstützte den französischen Standpunkt und verpaßte Deutschland damit eine empfindliche diplomatische Niederlage.

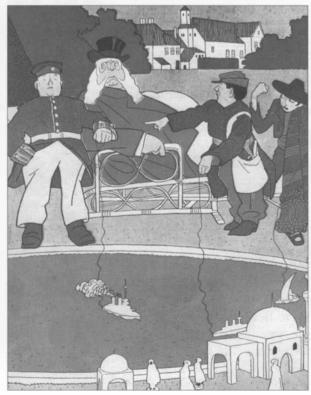
entweder in ein paar Jahren die MONROE-Doktrin aufgeben oder für sie kämpfen muß; wir werden sie aber nicht aufgeben.«⁸

Die von Root behauptete Alternative war zwar völlig unrealistisch, denn die USA würden für diesen Hegemonialanspruch niemals kämpfen müssen, aber der Ausspruch kennzeichnete die Atmosphäre. Die völkerrechtsgemäße internationale Seeblockade des Jahres 1902 gegen das lateinamerikanische Schuldnerland Venezuela, an der sich auf britische Initiative auch die deutsche Marine beteiligte, löste in den USA einen Sturm der Empörung gegen das Reich, aber nicht gegen die übrigen europäischen Mächte aus, die sich hier über die Monroe-Doktrin hinweggesetzt hatten, und auch in dem jahrelang dahinschwelenden Samoa-Konflikt nahm die amerikanische Presse das Reich unter ressentimentgeladenen Dauerbeschuß.

England und US-Amerika, die nach darwinistischen Maßstäben als global ausgreifende maritime Imperialmächte eigentlich schärfstens gegeneinander hätten konkurrieren müssen, hatten sich schon früh im 19. Jahrhundert miteinander arrangiert. Wo immer in der Welt ihre Sphären kollidierten, legten sie die Konflikte schnell und geräuschlos bei. Aus sprachlich-kultureller und weitgehender weltanschaulicher Wesensgleich-

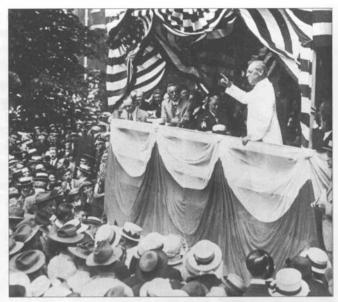


Als Großbritannien zu Beginn des 20. Jahrhunderts – insoweit indes frei von jeglicher Altersmilde – seine Einkreisungspolitik gegen das Deutsche Reich in Angriff nahm, verfestigte es auch seine Freundschaft zu den USA, um sich deren Rückendeckung und Beistand gegen Deutschland zu vergewissern, und es fand in Washington offene Arme. In der Ersten Marokko-Krise 1905/06 etwa unterstützte Präsident Theodore ROOSEVELT bei aller zur Schau getragenen scheinbaren Neutralität nachhaltig die englisch-

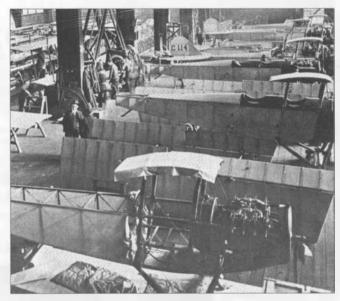


französische Stellung trug dazu bei, ihr auf der Konferenz von Algeciras 1906 zum Durchbruch zu verhelfen und dem isolierten Deutschland eine schmähliche diplomatische Niederlage zu bereiten. Auch das englisch-amerikanische seit der Jahrhundertwende wachsende, nahezu familiäre Einvernehmen, eine ungeschriebene, wahrhaft herzliche Entente, gehörte maßgeblich zu den Faktoren, die der Kriegserklärung Woodrow Wilsons von 1917 den Boden bereitet hatten.

Unter dem Schein der Neutralität unterstützte Woodrow WILSON die Kriegführung der Ententemächte von Anbeginn propagandistisch, politisch und finanziell. Schon die diesen in gewaltigem Umfang gewährten Kredite legten die USA für den weiteren Verlauf des Krieges unwiderruflich auf die Seite der Nehmerländer fest. Verfehlten diese ihr Ziel, die Mittelmächte militärisch niederzuwerfen. und blieben die erwarteten Siegesfrüchte in Form von territorialen Eroberungen, Reparationen, Tributen und sonstigen wirtschaftlichen Zuwächsen auf Kosten der Mittelmächte und des Osmanischen Reiches darum aus, so würden die Ententemächte ihre eigenen finanziellen Investitionen in den Krieg als Verluste abschreiben müssen und außerstande sein, auch noch die riesigen US-Kredite zurückzuzahlen. Eine tiefe Wirtschaftskrise der Vereinigten Staaten würde die Folge sein. Schon aus diesem Grunde mußte die Entente den Krieg unter allen Umständen gewinnen. Für den Fall, daß dies zu mißlingen drohte, daß das große gemeinsame Ziel,



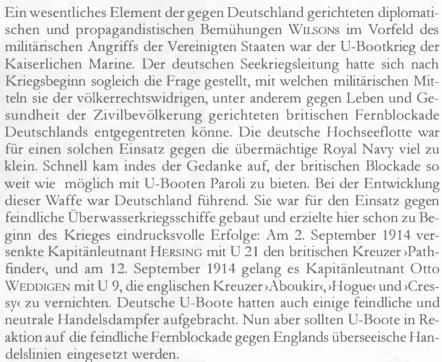
Ansprache Wilsons am 14. Juli 1914, dem Unabhängigkeitstag, in Philadelphia, bei der er für die USA den Anspruch auf das Amt des Schiedsrichters und Friedensbewahrers erhob.



In Wirklichkeit stellten die USA (ebenso Kanada) den Alliierten sehr früh ihre gigantischen finanziellen und industriellen Mittel zur Verfügung. 1915 wurde beispielsweise ein Drittel der von den Briten eingesetzten Granaten in den USA hergestellt. Hier: Flugzeugfabrik in Toronto.

die Ausschaltung des Deutschen Reiches, in ernsthafte Gefahr geriet, war Wilson entschlossen, beizeiten auch militärisch in Europa einzugreifen.

Der Handelskrieg der deutschen U-Bootwaffe als Element der Vorkriegspolitik Woodrow Wilsons



Die Handelsstörung mittels dieser Waffe war kriegsrechtlich nicht erfaßt. Das internationale Recht regelte den Handelskrieg gegen Kauffahrteischiffe sowohl gewohnheitsrechtlich als auch durch die Londoner



Otto WEDDIGEN.

Das deutsche U-Boot U 9, das am 22. September 1914 drei britische Kreuzer an der dänischen Küste versenkte.



Seerechtsdeklaration vom 26. Februar 1909, der die deutsche Prisenordnung vom 30. September 1909 entsprach. Danach war das auf Bannware zu überprüfende Handelsschiff durch Flaggenzeichen, erforderlichenfalls durch Warnschuß anzuhalten. Die Ladungspapiere wurden durch ein Prisenkommando überprüft, das Fahrzeug eventuell durchsucht.

Wurde Konterbande entdeckt, so konnte es ausreichen, diese über Bord zu werfen. Bestand die Ladung überwiegend aus Bannware, so durfte das Schiff versenkt werden, sofern die Sicherheit seiner Besatzung gewährleistet war. Diese Vorschriften regelten indes ausschließlich den Einsatz von Überwasserkriegsschiffen, für den sie abgefaßt und auf den sie zugeschnitten waren; auf den völlig neuartigen Typus des Tauchbootes paßten sie nicht. Wollte man die Prisenordnung auf die U-Boote anwenden, so waren diese selbst so stark gefährdet, daß ihr Einsatz sich kaum rechtfertigen ließ. Vorschriftsmäßig aufgetaucht, konnten sie leicht durch Rammstoß des aufgebrachten Schiffes oder, wenn dieses mit einer Kanone bestückt war, durch einen einzigen Schuß versenkt werden, denn ihre Außenhaut und ihr Druckkörper waren ungepanzert und äußerst verletzlich. Die eigene artilleristische Feuerkraft der Boote war auf ein einziges Geschütz beschränkt, und sie hatten, langsam und wenig wendig, wie sie über Wasser waren, kaum eine Chance, einem Angriff zu entkommen, zumal

auch ihr Abtauchen ein zeitraubender Vorgang war. Wurden sie bei der Prise von nahen feindlichen Kriegsschiffen überrascht oder gerieten sie an eine sogenannte ›U-Bootfalle‹, ein für die U-Bootbekämpfung hergerichtetes, mit verborgener Bewaffnung bestücktes feindliches Schiff, so waren sie verloren.

Taktischer Gegenpol zum Handelskrieg nach den Regeln der Prisenordnung war der uneingeschränkte U-Bootkrieg, die Versenkung der Kauffahrteischiffe ohne Vorwarnung durch Unterwasser-Torpedoschuß. Der humanitäre Gesichtspunkt setzte hier eine Ausstattung der Handelsschiffe mit Rettungsbooten voraus, die die Gefährdung ziviler Besatzungen und Passagiere der aufgebrachten Schiffe möglichst gering hielt. In der Wirklichkeit des Seekrieges hat bis zum heutigen Tag keine kriegführende Macht die Regeln der Prisenordnung zum Maßstab für den



Während des Ersten
Weltkrieges wurde
der U-Bootkrieg zunächst streng nach
der Prisenordnung
geführt, weil die
deutsche Führung
sich erhoffte, auf diese Weise die USA
aus dem Krieg
heraushalten zu können.

Einsatz ihrer U-Boote gemacht. Auch im Zweiten Weltkrieg entsprach die vorwarnungslose Versenkung durch Unterwasserschuß in militärischen Kriegszonen dem internationalen Standard.





Im Ersten Weltkrieg konnte die deutsche Seite die vorwarnungslose Versenkung englischer Handelsschiffe durch Unterwasserschuß überdies unter Notwehrgesichtspunkten rechtfertigen, denn die britische Hungerblockade war offensichtlich ein gegenwärtiger, rechtswidriger Angriff auf Leben und Gesundheit der deutschen Zivilbevölkerung. Die vorwarnungslose Versenkung britischer Fahrzeuge konnte auch als völkerrechtlich zulässige Repressalie (Strafmaßnahme) gelten. Aber auch bei Kauffahrteifahrern aus neutralen Staaten konnte das Deutsche Reich nicht hinnehmen, daß Drittländer den Kriegsgegner England mit Waffen, Munition, sonstiger Bannware oder Truppentransporten unterstützten.

Wie aber sollte ein U-Bootkommandant vor einer Entscheidung zum Unterwasserschuß mit einem Blick durch das Sehrohr feststellen, was ein Handelsdampfer an Bord hatte? Das war unmöglich. So war hinsichtlich der Handelsschiffe aus neutralen Staaten das politische Problem unausweichlich: Wie sollte man Versenkungen im uneingeschränkten U-Bootkrieg den betroffenen Ländern und ihren Öffentlichkeiten gegenüber annehmbar begründen?

Es lag im Interesse Deutschlands, die ohnehin unter dem Druck der Alliierten stehenden Neutralen nicht noch zusätzlich durch eigenes Zutun zum Kriegsbeitritt auf der Feindseite zu bewegen. Besonders fiel hier das Schicksal ziviler Passagiere und der Besatzungen torpedierter Schiffe ins Gewicht. Die internationale Öffentlichkeit begegnete gerade dieser Form des Tötens mit verständlicher innerer Abwehr. Die angelsächsischen Mächte nutzten dies geschickt für ihre propagandistischen Zwecke. Kamen gar amerikanische Staatsbürger zu Schaden, so erfaßten Wellen der Empörung die Weltpresse und die internationale Diplomatie, und kaum jemand fragte nach dem Hintergrund des grausamen Geschehens. Denn das elende Dahinsiechen Viel-

Die Tötung von Zivilisten wurde von der anglo-amerikanischen Propaganda weidlich ausgenutzt.

hunderttausender anonymer ziviler deutscher Opfer der britischen Hungerblockade und ihr stiller Tod im Bett vollzogen sich ohne die Stürme international entfachter Entrüstung – unbeachtet und ganz beiläufig starben diese Menschen. Der Fluch der bösen Tat – der verbrecherischen britischen Hungerblockade gegen die deutsche Zivilbevölkerung – stellte die deutsche Führung vor eine Fülle humanitärer und politischer Probleme.

Erst nach einigem Zögern – und erst, nachdem Großbritannien mit einer förmlichen Erklärung vom 2. November 1914 eine Seeblockadezone von gigantischen Ausmaßen geschaffen hatte – reifte der Entschluß der deutschen Führung, den U-Bootkrieg gegen den englischen Seehandel zu eröffnen. Die maßgeblichen gesellschaftlichen Kräfte und eine über die Skrupellosigkeit der britischen Kriegführung empörte breite Öffentlichkeit des Reiches forderten dies nachdrücklich.

Unabweisbar war der Ruf nach Vergeltung für den unerhörten Versuch, ein ganzes Volk samt Frauen und Kindern auszuhungern. Am 21. November 1914 erregte Großadmiral von TIRPTI'Z mit einem dem amerikanischen Journalisten Karl von Wiegand gegebenen Interview die internationale Aufmerksamkeit. Er erklärte: »Amerika hat keine Stimme zum Protest erhoben und wenig oder gar nichts unternommen gegen die Schließung der Nordsee für neutrale Schiffahrt seitens Englands. Was wird Amerika sagen, wenn Deutschland eine Unterseebootsblockade rund um England gegen alle Schiffahrt einrichtet?« WIEGAND fragte zurück: »Erwägen Euer Exzellenz derartige Maßnahmen?« Darauf TIRPITZ: »Wenn zum Äußersten getrieben, warum nicht? England will uns aushungern; wir können dasselbe Spiel treiben, England einschließen und jedes Schiff zerstören, das die Blockade zu durchbrechen versucht.« Darauf WiE-GANDS naheliegende Frage: »Hat Deutschland genügend Unterseeboote, um eine solche Blockade durchzuführen?« TIRPITZ: »Ja, in Unterseebooten großen Typs sind wir England überlegen.«9 Das freilich war, was die Anzahl der Boote und die von ihr abhängige Blockadefähigkeit anging, nichts mehr als Zukunftsmusik.

Am 4. Februar 1915 erklärte das Deutsche Reich alle Gewässer »rings um Großbritannien und Irland einschließlich des gesamten englischen Kanals«¹⁰ mit Wirkung zum 18. Februar 1915 zum Kriegsgebiet. Von diesem Tag an werde jedes dort angetroffene feindliche Kauffahrteischiff zerstört werden. Die Neutralen waren von der Androhung ausgenommen, wurden jedoch vor der auch für ihre Schiffe im Kriegsgebiet bestehenden Gefährdung gewarnt. Denn die britische Admiralität hatte den Kapitänen englischer Handelsschiffe kurz zuvor empfohlen, zur Täuschung der Deutschen über die Nationalität ihrer Fahrzeuge unter neutraler Flagge zu fahren. Für einen deutschen U-Bootkommandanten war



Alfred VON TIRPITZ.

⁹ Franz Uhle-Wettler, Alfred von Tirpitz in seiner Zeit, Mittler, Hamburg-Berlin-Bonn 1998, S. 379.

¹⁰ UHLE-WETTLER, ebenda, S. 383.

daher kaum zu unterscheiden, ob er es bei einem neutral beflaggten Schiff nicht tatsächlich mit einem getarnten Briten zu tun hatte, den er versenken mußte.

Noch vor dem festgesetzten Stichtag des 18. Februar 1915 hagelte es geharnischte Proteste seitens der USA und der Neutralen. In einer Note vom 10. Februar 1915 bestand Washington in scharfem Ton auf der unbedingten Beachtung der Prisenordnung durch die deutschen U-Boote und drohte der deutschen Regierung eindringlich, sie werde für jegliche Verletzung amerikanischer Staatsbürger streng zur Rechenschaft gezogen werden. Offensichtlich entgegen dem Völkerrecht und im Widerspruch zur klaren Rechtsprechung der USA selbst bezog sich diese Warnung einschränkungslos auf Amerikaner an Bord nicht nur neutraler, sondern auch alliierter Schiffe. Nur für US-Schiffe und deren Personal und Passagiere hätte die amerikanische Regierung eine solche Erklärung aber abgeben dürfen.

Im weiteren Verlauf seiner diplomatischen Pressionen verstieg sich Präsident Wilson überdies zu der völkerrechtlich und politisch nachgerade absurden und letztlich provokativen Forderung, selbst auf bewaffneten Handelsschiffen der Entente müßten amerikanische Staatsbürger sicher sein. Auch vor der Versenkung solcher Schiffe müßten die deutschen U-Boote diese zunächst vorwarnen und den Passagieren sowie den Mannschaften genügend Zeit geben, das Schiff sicher zu verlassen. Praktisch bedeutete dies, daß auch eine völlig ungeübte Geschützbedienungsmannschaft eines aufgebrachten bewaffneten Entente-Dampfers reichlich Zeit und Gelegenheit haben würde, das wartende deutsche U-Boot in aller Ruhe zu versenken.

Aus deutscher Sicht ging dem an sich kabarettreifen Ansinnen WILsons im bitteren Ernst des Krieges allerdings jegliche Komik ab. Trotz der arroganten Unverfrorenheit der Forderungen versuchte Deutschlands Reichskanzler, den US-Präsidenten durch Nachgiebigkeit zu besänftigen. Eingeschüchtert schlug er vor, neutrale Staatsbürger – damit meinte er insbesondere solche der Vereinigten Staaten – sollten nur auf erkennbar als neutral gekennzeichneten und den Kriegsparteien vorher angekündigten (unbewaffneten) Schiffen reisen.

Ein solches Verfahren hätte die Sicherheit dieser Passagiere durchaus gewährleistet. Doch darum ging es WILSON gar nicht. Er lehnte den deutschen Vorschlag rundweg ab, ließ sich nicht besänftigen, weil er sich nicht besänftigen lassen wollte. Ihm kam es vorderhand darauf an, auf diplomatischem Wege den Briten gegen den Einsatz der deutschen U-Bootwaffe beizustehen. Und mittelfristig zielte er darauf ab, Spannungen zwischen dem Deutschen Reich und den Vereinigten Staaten aufzubauen, auf die er bei Bedarf nächsthin eine Kriegserklärung gegen

Deutschland würde stützen können. Der Streit mit Berlin um den U-Bootkrieg war für ihn ein wertvolles politisches Mittel zu diesem übergeordneten Zweck, auf das zu verzichten er keinesfalls gewillt war.

Unter dem Druck der US-Note vom 10. Februar 1915 engte die Reichsleitung die Bedingungen, unter denen die U-Bootkommandanten Handelsschiffe angreifen durften, schon jetzt in mehrfacher Hinsicht im Sinne der US-Forderungen ein. Im Hintergrund ihres auch in der Folgezeit fahrigen Hin und Her in dieser Sache stand die lastende Besorgnis, der U-Bootkrieg könne den bewaffneten Kriegseintritt der USA auf seiten der Entente bewirken. Die Wilson-Administration schürte diese Befürchtung geflissentlich und nutzte den aus ihr erwachsenden faktischen Einfluß auf die deutsche Seekriegführung weidlich zugunsten der Briten aus.

Tatsächlich aber war der deutsche Handelskrieg der U-Boote als solcher für die USA durchaus kein Kriegsgrund – die deutsche Führung schätzte seine Entscheidungserheblichkeit für die US-Regierung grundfalsch ein. Der casus belli gegen die Mittelmächte würde für die Amerikaner erst und nur dann gegeben sein, wenn die militärische und politische Entwicklung des europäischen Krieges erkennen ließ, daß die Tripelentente ohne ein militärisches Eingreifen der USA ihr Kernziel, das Deutsche Reich als Machtfaktor auszuschalten, verfehlen werde. Ein Scheitern der Entente in diesem Sinne hing aber durchaus nicht wesentlich vom Einsatz deutscher U-Boote und dessen Modalitäten ab, sondern von der militärischen und bündnispolitischen Gesamtlage auf dem alten Kontinent. Für die deutsche Reichsführung gab es objektiv also keinen Grund, auf jedes amerikanische Stirnrunzeln über den U-Booteinsatz mit mimosenhafter Aufgeregtheit zu reagieren und durch Nachgiebigkeit weitere Pressionen Washingtons geradezu herauszufordern.

Ersichtlich ging es dem Präsidenten am allerwenigsten um humanitäre und völkerrechtliche Aspekte des U-Bootkrieges: U-Boote der Entente versenkten in türkischen Gewässern seit 1915 und in der Ostsee sowie in der Adria seit 1916 Handelsschiffe der Mittelmächte ohne Vorwarnung, ¹¹ führten also selbst einen unbeschränkten U-Bootkrieg, ohne daß dies von Wilson als barbarisch angeprangert worden wäre oder sonstige Reaktionen Washingtons gezeitigt hätte.

Alfred von Tirpitz gehörte zu den weitblickenden Deutschen, die nie an die von Präsident Woodrow Wilson mit gekonnt zur Schau getragener moralischer Entrüstung gepflegte Legende glaubten, der deutsche Handelskrieg der U-Boote als solcher könne für die rational gesteuerte imperialistische Großmacht USA den wahren Kriegsgrund bilden. Im Jahre 1926 schrieb der vormalige Großadmiral: »Es handelte sich. . . stets um dieselbe Grundverschiedenheit der Meinungen. Während die politi-

11 Franz W. SEIDLER
u. Alfred M. DE
ZAYAS (Hg.),
Kriegsverbrechen in
Europa und im
Nahen Osten im 20.
Jahrhundert, Mittler,
Hamburg-BerlinBonn 2002, S. 29.

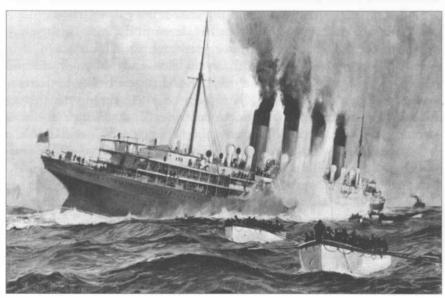
¹² UHLE-WETTLER, *Alfred von Tirpitz*, aaO. (Anm. 9), S. 387.

sche Reichsleitung der Ansicht war, die Wirkungen des U-Bootkrieges würden die Vereinigten Staaten in den Krieg treiben, war und bleibe ich der festen und m. E. als richtig erwiesenen Überzeugung, daß die amerikanische Regierung einen beliebigen Vorwand und Anlaß finden würde – mochte es der U-Bootkrieg oder ein anderer sein –, um zu dem ihr passenden Zeitpunkt in den Krieg einzutreten. Im übrigen war ich der Ansicht, daß Wilson nicht vor seiner Wiederwahl in den Krieg gegen uns eintreten würde.«¹² Der Gang der Geschichte bestätigte die Richtigkeit dieser Überzeugung.

Die Versenkung der ›Lusitania‹, der ›Arabic‹, der ›Sussex‹; die Reichsführung beugt sich Wilsons nötigendem Druck und seinen Drohgebärden

Eine herausragende Rolle in dem langwierigen diplomatischen und politischen Nervenkrieg Wilsons in Hinsicht auf den Einsatz der deutschen U-Bootwaffe spielte die Versenkung des 31 550 BRT großen britischen Passagierdampfers ›Lusitania‹ der britischen Cunard-Linie durch U 20 am 7. Mai 1915 in den vom Deutschen Reich am 4. Februar 1915 zur Kriegszone erklärten Gewässern vor der irischen Küste. Da die ›Lusitania‹ bereits 18 Minuten nach dem U-Bootangriff sank, konnten nur wenige Rettungsboote zu Wasser gebracht werden, so daß 1198 Menschen ihr Leben verloren, darunter 128 US-Amerikaner. Daß nur so wenig Zeit zur Rettung von Menschenleben blieb und die Zahl der Opfer dementsprechend hoch war, erklärte sich aus einer gewaltigen zweiten Explosi-

Die Versenkung der Lusitania am 5. Mai 1915 vor der irischen Südküste. Die britische Blockade war am 5. Februar 1915 mit dem uneingeschränkten U-Bootkrieg beantwortet worden.



on, die den Ozeanriesen kurz nach dem Torpedotreffer erschütterte. Es konnte nie geklärt werden, ob dieser eine Kesselexplosion oder Kohlenstaubverpuffung ausgelöst oder ob er die großen Munitionsmengen entzündet hatte, die das Schiff ohne Rücksicht auf seine zahlreichen zivilen

Passagiere als Bannware geladen hatte.

Das seiner Art nach so furchtbare wie spektakuläre Geschehen löste weltweite Empörung gegen Deutschland aus, die der Entente und den USA sehr gelegen kam. Kriegsvölkerrechtlich konnte die Versenkung als Repressalie gegen die britische Hungerblockade gerechtfertigt werden. Die unter englischer Flagge in der Kriegszone fahrende Lusitaniachatte 170 Tonnen Munition für die Westfront geladen. Das Schiff wurde in amtlichen Listen der britischen Admiralität als Hilfskreuzer geführt und war mit den Vorrichtungen für 3 Schnellfeuergeschützbatterien ausgerüstet.

Zum Rahmengeschehen des Dramas und zu der Frage »cui bono?« gibt es einige erhellende, im einzelnen zwar erwiesene, für eine hieb- und stichfeste Gesamtbeurteilung der Verantwortlichkeit aber letzlich wohl nicht völlig ausreichende Aufschlüsse: Im Hinblick auf das bevorstehende Auslaufen der ›Lusitania‹von New York nach Liverpool am 1. Mai 1915 hatte die deutsche Botschaft in Washington eine Warnung an die Schiffsreisenden veröffentlicht, daß im Kriegsgebiet Fahrzeugen, die unter der Flagge Großbritanniens oder eines seiner Alliierten führen,

die Zerstörung drohe. Besorgt nachfragende Passagiere indes wurden von seiten der Cunard-Linie mit dem – wahrheitswidrigen – Hinweis beruhigt, die Lusitaniak werde für die Fahrt durch die Kriegszone britischen Geleitschutz erhalten. Und vor der Abfahrt gaukelte der Generalvertreter der Reederei den Reisenden am Landungssteg vor, ihnen drohe keinerlei Gefahr. Obwohl dies offensichtlich nicht zutraf, ließen die zuständigen amerikanischen Behörden das Schiff mit seiner hochgefährlichen Konterbande und den zahlreichen Passagieren an Bord erbarmungslos in das Kriegsgebiet und damit ins Verderben auslaufen. Entgegen den Ankündigungen ließ die englische Marine das Schiff ohne jeglichen



Die nach der Versenkung der ¿Lusitania« vermehrten amerikanischen Proteste und Drohgebärden in Richtung Reichsregierung führten dazu, daß Deutschland klein beigab und seinen U-Boot-Krieg einschränkte.

13 Schnelle Schiffe, die >zackten<, also in unberechenbaren Zickzacklinien fuhren, waren vor gezielten Torpedos relativ sicher und konnten als Einzelfahrer auf den Schutz verzichten, den die Geleitzüge boten. Schutz einer militärischen Eskorte in die Kriegszone einfahren, wo es erstaunlich langsam und ohne Zickzack-Kurs¹³ zu steuern vor die Torpedorohre des dort operierenden deutschen U-Bootes lief.

Warum ließen die angelsächsischen Mächte den Ozeanriesen, der, versehen mit artilleristischen Einrichtungen, völkerrechtlich als kriegführendes Handelsschiff einzustufen war, beladen mit hochexplosiver militärischer Bannware und mit 2000 Passagieren an Bord unter solchen Umständen in den fast sicheren Untergang fahren? Der ersichtlich böse Anschein drängt unabweisbar die Vermutung auf, daß die gegnerische Seite die Tragödie gezielt inszenierte, um die barbarischen Hunnen« vor aller Welt bloßzustellen und um einen künftigen Kriegseintritt der Vereisieten Stattsprangen auf ist in handel weiten.

nigten Staaten propagandistisch vorzubereiten.

In einem scharfen Protest vom 13. Mai 1915 gegen die Versenkung der Lusitania drohte Präsident WILSON dem Deutschen Reich mit dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen. Er verlangte die Beendigung des aktuellen U-Bootkrieges und die Befolgung der Regeln der Prisenordnung. In der Note, in der unter anderem strenge Sanktionierung für den Fall angedroht wurde, daß US-Bürger auf Schiffen der Entente durch Absicht oder Zufall zu Schaden kamen, hieß es: »Die Regierung der Vereinigten Staaten hatte bereits Gelegenheit, die kaiserliche Regierung davon in Kenntnis zu setzen, daß sie die Einführung derartiger Maßnahmen oder Warnungen vor Gefahren an amerikanische Schiffer oder amerikanische Staatsangehörige, die berechtigterweise als Passagiere auf Schiffen kriegführender Staaten reisen, nicht zulassen könne, und daß sie die kaiserliche deutsche Regierung für jede absichtliche oder zufällige Verletzung dieser Rechte streng verantwortlich machen müsse... Die kaiserliche deutsche Regierung wird nicht erwarten, daß die Regierung der Vereinigten Staaten irgendein Wort ungesprochen oder irgendeine Tat ungeschehen lassen wird, die notwendig sein sollten, um ihrer heiligen Pflicht zu genügen, die Rechte der Vereinigten Staaten und ihrer Bürger zu wahren und ihre freie Ausübung und Genuß zu gewährleisten.« Weiter betonte Wilson, der deutsche U-Booteinsatz stehe im Gegensatz zu allen »jenen Regeln der Billigkeit, der Vernunft, der Gerechtigkeit und der Menschlichkeit, die von der modernen Anschauung als gebietend angesehen werden«.14

TANSILL, Amerika geht..., aaO. (Anm. 4), S. 196 f.

Anstatt die provozierende Note und die darin erhobenen, nach Lage der Dinge gänzlich unerfüllbaren Ansinnen klar zurückzuweisen, ließ sich Kaiser Wilhelm zu einem halbherzigen Zugeständnis herbei: Nebulös verbot er die Versenkung »großer« Passagierschiffe. Und schon bald, am 19. August 1915, ergab sich für die amerikanische Regierung eine weitere Gelegenheit, ihr Propagandaeisen im Feuer zu halten. Vor Irland versenkte U 24 einen britischen Frachter mit Passagiereinrich-

tung, die Arabice 44 Menschen kamen dabei ums Leben, darunter 3 Staatsbürger der Vereinigten Staaten. Wieder protestierte US-Präsident Wilson. Reichskanzler von Bethmann Hollweg drängte auf eine nachgiebige Reaktion, da, wie er meinte, die USA andernfalls dem Reich den Krieg erklären würden.

Der Kaiser bestimmte daraufhin, daß nunmehr Schiffe mit Passagiereinrichtung erst versenkt werden dürften, wenn alle Passagiere und die Besatzungen in Sicherheit wären. Da das praktisch auf einen Kaperkrieg nach der Prisenordnung hinauslief, deren Bedingungen den U-Booten anstelle von Erfolgen nicht hinnehmbare Verluste verhießen, befahl Admiral von Holtzendorff am 18. September 1915 schließlich die vorläufige Einstellung des Handelskrieges. Die US-Regierung hatte es – freilich nicht ohne mitwirkendes Versagen der deutschen Führung – meisterlich verstanden, auf diplomatischem Wege durch Druck und Einschüchterung das einzige strategische Instrumentarium einstweilen zu lähmen, das die Deutschen der völkerrechtswidrigen englischen Totalblockade entgegenzusetzen hatten. Damit hatten sich die Vereinigten Staaten schon jetzt – weit über ihre massive finanzielle Unterstützung hinaus – erkennbar als aktiv beteiligte Macht in die Kriegführung der Entente eingegliedert.

Die Einstellung des U-Bootkrieges stieß im von Hungersnot gepeinigten deutschen Volk weitestgehend auf Unverständnis und auf heftigen Widerspruch in der öffentlichen Meinung. Ganz überwiegend war man davon überzeugt, dem ganz von seiner überseeischen Versorgung abhängigen englischen Inselreich den ersehnten Frieden nur mit der U-Bootwaffe abringen zu können, denn auch die teils glänzenden Erfolge des deutschen Heeres im Landkrieg konnten das Kriegsende allein nicht herbeizwingen. Das Reichsmarineamt und der Admiralstab forderten die Wiederaufnahme des unbeschränkten U-Bootkrieges, und im Januar 1916 schloß sich dem der Chef des Generalstabes von Falkenhayn an.

Daraufhin kündigte die Reichsregierung am 11. Februar 1916 immerhin an, daß bewaffnete Handelsschiffe künftig als Kriegsschiffe behandelt und ohne Vorwarnung versenkt werden würden. Der neue Anlauf, mit dem sich das Reich über die Forderungen Woodrow Wilsons hinwegzusetzen wagte, scheiterte indes sehr rasch nach bekanntem Muster. Am 24. März 1916 torpedierte U 29 vor Boulogne die französische Kanalfähre Sussex. Etwa 80 Passagiere, darunter einige US-Bürger, wurden getötet oder verletzt. Ausweislich des Tagebuches und nach den sonstigen Angaben des U-Bootkommandanten Oberleutnant z. S. PUSTKUCHEN besaß das Schiff nur einen Schornstein und wies, wie ein Kriegsschiff, ein glatt durchlauf endes Deck sowie ein abfallendes Heck auf. Es hatte nicht geflaggt, war schwarz angestrichen und fuhr außerhalb der von der

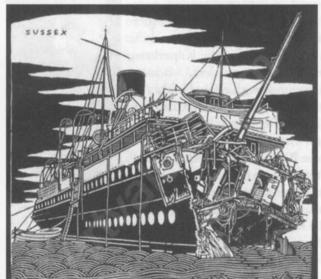


Admiral Henning Rudolf Adolf Karl VON HOLTZENDCORFF (1853–1919).



Erich von Falkenhayn (1861–1922), im Ersten Weltkrieg preußischer Kriegsminister und Chef des Großen Generalstabs.

britischen Admiralität vorgeschriebenen Route. Aufgrund der Gesamtumstände hatte der Kommandant das Fahrzeug nicht für ein Passagierschiff gehalten. Dies machte ihn zum Objekt der »großen Politik«. Der Kaiser forderte um des Wohlwollens der Amerikaner willen seine Bestra-



Die französische Kanalfähre Sussex nach ihrer Torpedierung. Zeichnung von Raymond RADIGUET.

¹⁵ TANSILL, ebenda, S. 186.

fung. Der zuständige Dienstvorgesetzte indes lehnte das ab, so daß WILHELM II. die Maßregelung des Oberleutnants selbst vornehmen mußte.

Die merkwürdigen Begleitumstände der Torpedierung der ›Sussex‹ haben, ähnlich wie im Falle der ›Lusitania‹, bei ernst zu nehmenden Historikern den Verdacht erweckt, daß abgekartete politische Intrigen zugrunde lagen. Der bekannte amerikanische Historiker Charles Callan Tansill zitiert dazu seinen Kollegen Prof. Samuel F. Bemis: »Man möchte wohl gern wissen, ob die englische Regierung absichtlich die ›Lusitania‹ und andere englische Passagierdampfer mit amerikanischen Bürgern an Bord Angriffen aussetzte, um die Deut-

schen zu einer unvorsichtigen Tat zu verleiten, die vielleicht die Vereinigten Staaten in den Krieg führen könnte. . . Die gleiche, wahrscheinlich absichtliche Preisgabe lag in dem Fall des unbewaffneten Kanaldampfers ›Sussex‹ vor. . . Er fuhr ganz langsam, ohne Begleitung, durch ein Gebiet, das mit den Trümmern kürzlich torpedierter Schiffe übersät war. Die Wahrheit, ob die englische und französische Regierung diese Schiffe absichtlich im Interesse hoher Politik preisgaben, wird wohl nie an den Tag kommen.«¹⁵

Am 18. April 1916 reagierte Präsident WILSON auf den ›Sussex-Vorfall mit einer scharfen, nach Inhalt und Sprache ungezügelten Note. Die deutsche Regierung verabsäume, so hieß es darin, »den Ernst der Lage zu würdigen«, die nicht nur durch den Angriff auf die ›Sussex‹ entstanden sei, sondern durch »die ganzen Methoden und den Charakter des Unterseebootkrieges, wie sie zutage getreten sind, infolge der während eines Zeitraums von mehr als zwölf Monaten von den Befehlshabern der deutschen U-Boote uneingeschränkt gehandhabten Übung unterschiedsloser Zerstörung von Handelsschiffen aller Art, Nationalität und Bestimmung«.

Das lief auf die Anmaßung des US-Präsidenten hinaus, dem Reich generell zu verbieten, sich mit dem Handelskrieg der U-Boote gegen die

völkerrechtswidrige und unmenschliche britische Totalblockade zur Wehr zu setzen. Düstere, ebenso hochtrabend wie wolkig formulierte Warnungen gaben dem diplomatischen Elaborat WILSONs ihr unheilschwangeres Gepräge: »Die Regierung der Vereinigten Staaten hat eine sehr geduldige Haltung eingenommen. . . Sie hat den neuen Verhältnissen, für die es keine Präzedenzfälle gibt, jedes Zugeständnis gemacht und war willens zu warten, bis die Tatsachen unmißverständlich und nur einer Auslegung fähig wurden. Sie ist nun einer gerechten Würdigung ihrer eigenen Rechte schuldig, der kaiserlichen Regierung zu erklären, daß dieser Zeitpunkt gekommen ist. . . Wenn es noch die Absicht der kaiserlichen Regierung ist, unbarmherzig und unterschiedslos weiter gegen Handelsschiffe mit Unterseebooten Krieg zu führen, ohne Rücksicht auf das, was die Regierung der Vereinigten Staaten als die heiligen und unbestreitbaren Gesetze des internationalen Rechts und die allgemein anerkannten Gebote der Menschlichkeit ansehen muß, so wird die Regierung der Vereinigten Staaten schließlich zu der Folgerung gezwungen, daß es nur einen Weg gibt, den sie gehen kann. Sofern die kaiserliche Regierung nicht jetzt unverzüglich ein Aufgeben ihrer gegenwärtigen Methoden des Unterseebootkrieges gegen Passagier- und Frachtschiffe erklären und bewirken sollte, kann die Regierung der Vereinigten Staaten keine andere Wahl haben, als die diplomatischen Beziehungen zur deutschen Regierung ganz zu lösen.«16

Die indirekte und doch unverhohlene Kriegsdrohung dieser Note verfehlte ihre Wirkung auf die deutsche Führung nicht. Der Admiralstab erklärte am 24. April 1916 die Prisenordnung zum allein verbindlichen Regelwerk, und drei Tage später zog die Marine die zwingende Konsequenz: Sie stellte den unmöglich gemachten Handelskrieg der U-Boote völlig ein. Mit ihrer Antwortnote vom 4. Mai 1916 meldete die Reichsregierung der US-Führung willfährig den Vollzug im Sinne der Note Wilsons vom 18. April: »Die deutsche Regierung. . . teilt der Regierung der Vereinigten Staaten mit, daß Weisung an die deutschen Seestreitkräfte ergangen ist, in Beobachtung der allgemeinen völkerrechtlichen Grundsätze über Anhaltung, Durchsuchung und Zerstörung von Handelsschiffen auch innerhalb des Seekriegsgebietes Kauffahrteischiffe nicht ohne Warnung und Rettung der Menschenleben zu versenken, es sei denn, daß sie fliehen oder Widerstand leisten.«¹⁷

Doch, so hieß es im folgenden weiter, könne von Deutschland nicht erwartet werden, daß es sich in dem ihm auf gezwungenen Daseinskampf »im Gebrauch einer wirksamen Waffe Beschränkungen auferlegt, wenn seinen Gegnern gestattet bleibt, ihrerseits völkerrechtswidrige Mittel nach Belieben zur Anwendung zu bringen. . . Die deutsche Regierung ist überzeugt, daß. . . die Regierung der Vereinigten Staaten nunmehr bei der

¹⁶ TANSILL, ebenda, S. 323.

¹⁷ TANSILL, ebenda, S. 328.

¹⁸ Tansill, ebenda, S. 328.

Großbritannischen Regierung die alsbaldige Beobachtung. . . der Regeln des Völkerrechts. . . mit allem Nachdruck verlangen und durchsetzen wird«. ¹⁸

Hatte Bethmann Hollweg mit diesem fruchtlosen Appell tatsächlich eine reale Hoffnung verknüpft, so zeigt dies nur seine illusionäre Fehleinschätzung der Rolle der Vereinigten Staaten in diesem Krieg. Zwar verkannte er, wie die Antwortnote vom 4. Mai 1916 zeigt, die freilich unübersehbare amerikanische Parteinahme für England nicht. Doch hatte er ersichtlich nicht erfaßt, in welch hohem Ausmaß sich die Regierung WILSON die Zielsetzungen der Tripelentente zu eigen gemacht hatte. Die Reichsführung hatte die amerikanische Regierung bereits zuvor darauf hingewiesen, daß sie den Handelskrieg der U-Boote einstellen werde, sofern die USA Großbritannien veranlaßten, das internationale Seerecht zu respektieren und nicht länger Deutschlands Einfuhr von Nahrungsmitteln und Rohstoffen zu blockieren. Daraufhin hatten die Amerikaner den Schein der Neutralität durch einen diesem Ersuchen entsprechenden Vermittlungsvorschlag zu wahren versucht, freilich ohne diesem England gegenüber irgendwelchen Nachdruck zu verleihen, was ihnen, etwa durch die Androhung von Kürzungen bei der Kapitalhilfe, durchaus möglich gewesen wäre. So aber hatten die Briten keinerlei Grund gehabt, über den amerikanischen »Vermittlungsvorschlag« auch nur nachzudenken.

Während der nun folgenden fünf Monate ruhte der Handelskrieg der deutschen U-Boote. Auf den andauernden Druck der Reichstagsmehrheit und die zunehmend gereizten Fragen der öffentlichen Meinung, warum das einzige Mittel, den Krieg zu beenden, nicht entschlossen eingesetzt werde, befahl der Admiralstab am 6. Oktober 1916, den Kampf wieder aufzunehmen – allerdings nicht unbeschränkt nach Maßgabe der spezifischen Möglichkeiten der neuen Waffe, sondern gemäß der auf den Kaperkrieg von Kreuzern zugeschnittenen Prisenordnung. Bei kaum vertretbarer Eigengefährdung der Boote eröffnete diese Form des Handelskrieges keinerlei Aussicht auf den angestrebten strategischen Erfolg, England durch Störung seiner Versorgungslinien wirtschaftlich in Bedrängnis zu bringen. Erst im Zusammenhang mit den außen- und innenpolitischen Entwicklungen Ende 1916/Anfang 1917 wurde der unbeschränkte U-Bootkrieg dann doch noch eröffnet.

Anfang des Jahres 1916 erschien WILSONS Berater Oberst HOUSE in Frankreich, wo er erläuterte, wie sein Präsident den europäischen Freunden zum Sieg verhelfen wolle: Amerika erhoffe nichts mehr, als daß die französischen Staatsführer »sich so verhalten, daß man ihnen die größte Unterstützung zuteil werden lassen kann«. 19 Zwar, so führte der Oberst aus, stehe es Frankreich frei, den Deutschen seine eigenen Friedensbe-

¹⁹ Tansill, ebenda, S. 293.

dingungen zu diktieren. Falls die Franzosen aber künftigen Verlust (gemeint war eine militärische Niederlage) zu fürchten hätten, werde Wilson »eingreifen, um sie zu retten, und einen auf Gerechtigkeit aufgebauten Frieden garantieren. . . Je mehr die Aussichten der Alliierten sänken, desto enger wären die Vereinigten Staaten mit ihnen verbunden«. Genau und ausschließlich dies – und keineswegs etwa deutsches »Wohlverhalten« im U-Bootkrieg – war und blieb der Gesichtspunkt, nach dem Präsident Wilson das Ob und das Wann der militärischen Intervention der USA zu bestimmen beabsichtigte.

Der Weg der angeblich so autokratischen und tyrannischen deutschen Führung zur Anordnung des uneingeschränkten U-Bootkrieges am 9. Januar 1917, ein kontroverser und vielschichtiger innenpolitischer Entscheidungsprozeß, war langwierig gewesen. Mehrfach war die Reichsregierung in der Frage der Intensität des U-Bootkrieges vor dem Druck bedrohlicher Wilson-Noten zurückgewichen. Als im Sommer 1916 schließlich feststand, daß das Ziel der Offensive gegen Verdun, den Angriffsgeist Frankreichs zu brechen und so die Entente zu sprengen, verfehlt worden war, herrschte in Berlin erneut Ratlosigkeit, wie der Krieg in absehbarer Zeit ohne nationale Selbstaufgabe zu Ende gebracht werden könne. Nach Lage der Dinge konnte nach dem Urteil derjenigen, die sich von WILSONS diplomatischen Drohgebärden nicht hatten einschüchtern lassen und die keinen unmittelbaren Zusammenhang zwischen der deutschen U-Bootstrategie und einem amerikanischen Kriegsbeitritt sahen, jetzt nur noch der uneingeschränkte Einsatz der U-Bootwaffe militärisch einen baldigen Frieden herbeizwingen – falls es gelang, Großbritanniens überseeische Versorgungslinien zu kappen. Entsprechende Forderungen aus der Marineleitung wies Kaiser WILHELM II. am 14. August 1916 in Übereinstimmung mit seinem Kanzler freilich noch zurück: Auch ein verschärfter U-Booteinsatz könne Englands Versorgung mit Nahrungsmitteln nicht verhindern und werde die USA in das Lager der Entente treiben.

Am 31. August 1916 trafen die Spitzen der zivilen und der militärischen Führung im thüringischen Pleß zu einer Konferenz über die U-Bootfrage zusammen. Admiral von Holtzendorff befürwortete dringend die sofortige Eröffnung des uneingeschränkten U-Bootkrieges; damit könne Englands Kriegswille schon bis zum Jahresende gebrochen werden. Ganz im Sinne Bethmann Hollwegs und des Kaisers aber hielt Staatssekretär Helfferich dem entgegen, ein solcher Schritt werde die USA in den Krieg auf seiten der Alliierten treiben. Er könne »in der Anwendung der U-Bootwaffe heute nur die Katastrophe«²¹ sehen. Da man sich nicht einigen konnte, blieb die Frage vorerst in der Schwebe.

²⁰ TANSILL, ebenda, S. 293.

²¹ Tansill, ebenda, S. 376.

Bezugsscheine für die Bevölkerung. Durch die britische Blockade starben viele Menschen an Unterernährung: Bereits vor dem Krieg mußten fünf Sechstel der pflanzlichen Fette eingeführt werden. Nach dem ›Kohlrübenwinter 1916/17 brachen überall Hungerstreiks aus. Der Druck für eine Wiederaufnahme des uneingeschränkten U-Bootkriegs wurde immer stärker.



Die deutsche Anordnung des unbeschränkten U-Bootkrieges vom 9. Januar 1917 hatte keine Kriegserklärung der USA zur Folge

Unterdessen schwoll der seit Jahr und Tag wachsende innerdeutsche Druck auf die Reichsführung zu einer Kampagne für den unbeschränkten U-Bootkrieg an. Immer weniger verstanden es das Volk, die von ihm gewählten Repräsentanten der Mehrheitsparteien des Reichstages einschließlich des Zentrums sowie die führenden Journalisten, daß die Regierung und der Kaiser in der U-Bootfrage unentschlossen lavierten, während Deutschland sich in dem endlos erscheinenden Krieg aufrieb und allmählich verblutete.

Sollte das Deutsche Reich denn, während England es mit der brutalen, völkerrechtswidrigen Hungerblockade strangulierte, im Einklang mit der Prisenordnung und mit den Händen an der Hosennaht vor einem dreisten US-Präsidenten langsam zugrunde gehen? Haßgefühle gegen den Reichskanzler und gegen das schrumpfende Fähnlein seiner Anhänger in der U-Bootfrage, die zur Überlebensfrage der Nation geworden zu sein schien, brachen sich Raum, und der Kaiser, der diesen Kanzler stützte, zog sich das mißbilligende Unverständnis breiter Kreise zu.

Am 9. Januar 1917 endlich beschloß die Reichsleitung im Kaiserlichen Hauptquartier zu Pleß, nachdem sich auch der Monarch den Militärs angeschlossen hatte, vom 1. Februar 1917 an zum unbeschränkten Handelskrieg der U-Boote überzugehen, die nunmehr angewiesen wurden, alle im Sperrgebiet angetroffenen Schiffe warnungslos zu versenken.

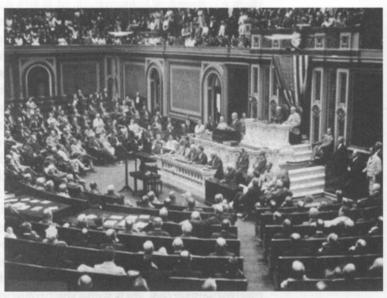
Am 31. Januar 1917 teilte die Reichsregierung diese Entscheidung der US-Regierung förmlich mit. Nun mußte die Kriegserklärung Washingtons, hatten Reichskanzler von BETHMANN HOLLWEG und mit ihm alle diejenigen Deutschen Recht, die Wilsons finstere Drohungen für bare Münze genommen hatten, eigentlich auf dem Fuße folgen. Doch davon war keine Rede! Der Präsident beschränkte sich darauf, am 3. Februar 1917 die diplomatischen Beziehungen zum Deutschen Reich abzubrechen – ganz unspektakulär und rein geschäftsmäßig, indem er die Note dieses Inhalts in der deutschen Botschaft abgeben ließ. Die angesichts der offiziellen Kriegskampagne auch von der amerikanischen Bevölkerung erwartete Kriegserklärung hingegen blieb aus. Vielmehr hielt WILson im Kongreß eine beschwichtigende Rede, in der er seiner Überzeugung Ausdruck gab, daß die deutsche Regierung ihre »feierlichen Versprechen« einhalten werde. Er könne nicht glauben, daß diese beabsichtige, »in eigenmächtiger Ausführung des rücksichtslosen Seekrieges amerikanische Schiffe zu zerstören und das Leben amerikanischer Bürger zu vernichten«. Die Bevölkerung der Vereinigten Staaten sei »eine

aufrichtige Freundin des deutschen Volkes und wünsche ernstlich, mit der Regierung, die für dieses Volk spricht, in Frieden zu leben«.²² WILSONS lammfromme Reaktion war einfach zu erklären. Nach Maßgabe seiner langfristigen machtpolitischen Strategie war das deutsche Vorgehen im U-Bootkrieg als solches eben keineswegs ein Grund für einen militärischen Angriff der USA.

Verzichtete der Präsident selbst diesmal auf jegliche arrogante Schmähung und

auf Drohungen gegen Deutschland, so taktierte er doch zweigleisig: Sein Außenminister Lansing nämlich sorgte zugleich mit einer von Haßtiraden triefenden Rede vor der Pan-Amerikanischen Union dafür, daß das Thema »deutscher U-Bootkrieg« als propagandistisches Eisen für eine demnächst eventuell bevorstehende Kriegserklärung im Feuer blieb. Der Secretary of State wies zunächst darauf hin, daß die diplomatischen Beziehungen zum Deutschen Reich wegen der Aufnahme des uneinge-

²² Tansill, ebenda, S. 408.



Wilson kündigt die diplomatischen Beziehungen zu Deutschland auf.

schränkten U-Bootkrieges abgebrochen worden waren, und führte dazu aus: »Die deutsche Regierung hat nicht nur die Unverletzlichkeit ihres Wortes gebrochen, sondern auch ihre Absicht über die Wiederaufnahme der ungesetzlichen Methoden nur acht Stunden vor Inkrafttreten bekanntgegeben. Es läßt sich kein Grund und keine Entschuldigung anführen, die die Hochmütigkeit und Unverschämtheit einer derartigen Ankündigung gegenüber einer neutralen Macht befriedigend erklären könnten. . . Es ist schwer, sich mit einiger Zurückhaltung über eine derartige Gleichgültigkeit gegenüber neutralen Rechten zu äußern... Die Methoden des U-Bootkrieges. . . erwecken den Abscheu der zivilisierten Welt. In den Kriegen der Vergangenheit... wird man schwerlich Beispiele der Unmenschlichkeit finden, die dem grausamen und zügellosen Hinschlachten von Männern, Frauen und kleinen Kindern entspricht, die über das Meer reisen... Die kaltblütige Überlegung eines U-Bootkommandanten, der unter Wasser lauert und ein Schiff zu überraschen sucht, das mit wehrlosen Menschen beladen ist, um sie zu vernichten. . . stellt eine Art von Brutalität dar, die ein Gegenstück nur bei einem Seeräuber hat und die ihn zu einem internationalen Verbrecher stempelt. Das Wort Treue gibt es bei der Kaiserlichen Regierung nicht mehr. Verachtung ist an Stelle der Achtung getreten. . . Heute sind der amerikanischen Regierung und der amerikanischen Bevölkerung die Augen aufgegangen; jetzt erkennen sie den wahren Charakter der herrschenden Macht ²³ TANSILL, ebenda, in Deutschland in seiner ganzen Falschheit und Brutalität.«²³

S. 408 f.

Der Sturz des Zaren im März 1917 mit seinen Folgen für die Entente war das für Wilsons Militärintervention entscheidende Ereignis.

Die russische Märzrevolution 1917 verschob die weltpolitischen Gewichte. Die Hoffnung der Deutschen seit dem Scheitern der Westoffensive an der Marne 1914, die Entente durch militärische und politische Mittel aufzubrechen und selber den Krieg durchzuhalten, bis etwa Rußland unter dessen Druck und durch Revolutionswirren aus innerer Schwäche zusammenbrach, und dann in Frieden zu überleben, schien sich jetzt unversehens zu erfüllen. Für die absehbare Zukunft war der gelähmte russische Riese zu wirksamen militärischen Initiativen gegen das Reich ersichtlich nicht mehr fähig. Die Mittelmächte konnten auf Ruhe an den Ostfronten setzen, auch wenn die provisorische russische Regierung erklärte, in der Entente verharren und die Kriegspolitik des Zaren fortführen zu wollen. Freilich stand über dem deutschen Horizont jener Märztage als dunkle Wolke die US-amerikanische Bedrohung. Zwar hatte Washington die Eröffnung des unbeschränkten U-Bootkrieges am 1. Februar nicht zum Anlaß für eine Intervention gegen das Reich genommen. Doch das Debakel, das die russischen Ereignisse für die Tripelentente bedeuteten, mußte die USA aus ihrer bisherigen militärischen

Reserve locken. Wer aus der Berliner Perspektive die seit Jahren feindselige Haltung der Vereinigten Staaten gegenüber dem Reich und deren unverhüllte Unterstützung der Entente ohne Scheuklappen auf sich hatte wirken lassen und wer das falsche Friedenspathos Wilsons durchschaute, der hatte gerade jetzt Grund zu berechtigter Sorge.

Für Woodrow Wilson ergaben die Nachrichten aus Rußland, die ihn seit dem 7. März 1917 erreichten, eine neue, in ihren Konsequenzen für US-Amerika indes völlig unzweideutige Lage: Der Kairos des Krieges, der entscheidende Augenblick, der schicksalhafte Zeitpunkt, in dem die Vereinigten Staaten nach des Präsidenten selbstgesetzter globalstrategischer Vorgabe in Europa militärisch intervenieren mußten, war jetzt unabweisbar gekommen. Der östliche, russische Eckpfeiler der Entente war praktisch weggebrochen. Zwar versprach die neue Provisorische Regierung in Lwow, in der die ehemaligen Duma-Politiker MILJUKOW als Außenminister und KERENSKIJ als Kriegsminister tätig waren, daß Rußland den Krieg fortführen werde, und die Westmächte bestärkten die neuen Herren in dieser Absicht, indem sie die vorangegangenen geheimen Kriegszielvereinbarungen mit dem Zaren, unter anderem hinsichtlich Konstantinopels und der Meerengen, erneuerten und ihre Versprechungen bekräftigten. Aber gab es auch nur halbwegs gesicherte Anhaltspunkte dafür, daß die Provisorische Regierung wirklich Rückhalt im kriegsmüden russischen Volk und bei den derzeit wirklich maßgeblichen politischen Kräften des Landes besaß? Wie berechtigt diese Frage war, sollte sich schon wenig später zeigen, als die andere, die Petrograder Regierung Rußlands mit einer eigenen, völlig entgegengesetzten Außenpolitik hervortrat: Am 27. (14.) März 1917 appellierte sie an die Völker der Welt, »in gemeinsamer Anstrengung der fürchterlichen Schlächterei des Weltkrieges« durch einen Frieden »ohne Annexionen und Kontributionen«24 ein Ende zu setzen.

Schon am 15. März 1917, als der Zar abdankte, war für WILSON und seine Mitarbeiter offenbar geworden, daß jetzt und in absehbarer Zukunft von Rußland kein nennenswerter militärischer Beitrag zum großen Ziel der Entente mehr zu erwarten, daß unter den gegebenen Umständen die Niederwerfung des Deutschen Reiches und die Revision der europäischen Ordnung kaum mehr möglich waren, daß der Krieg vermutlich also – gemessen an dem von der Entente verfolgten und den USA erwünschten Zweck – verloren war, wenn nicht Amerika mit seinen Potentialen unverzüglich militärisch intervenierte und das Blatt noch wendete. Andernfalls stand es schlecht um den Traum von der Vernichtung des mitteleuropäischen Machtzentrums, denn auch die Zivilbevölkerungen und Armeen Frankreichs und Italiens zeigten deutliche, besorgniserregende Anzeichen von nachhaltiger Kriegsmüdigkeit,

²⁴ Wolfgang J. MOMMSEN, Bürgerstolz und Weltmachtstreben – 1890–1918, Propyläen Ullstein, Frankfurt/M.– Berlin 1995, S. 739.

²⁵ Mommsen, ebenda, S. 736.

²⁶ Dirk Kunert, Ein Weltkrieg wird programmiert – Hitler, Roosevelt, Stalin: Die Vorgeschichte des 2. Weltkrieges nach Primärquellen, Arndt,

Kiel 1984, S. 31.

verfallender Kampfmoral und sich erschöpfender Opferbereitschaft. Verläßliche Streiter auf dem europäischen Kontinent waren jetzt nur noch die britischen Truppen. England war weiterhin, wie selbst der anglophile Reichskanzler von Bethmann Hollweg in jenen Tagen in einer Anwandlung von Klarsicht formulierte, »die Seele des Krieges«. 25

Bisher hatte Wilson noch hoffen dürfen, die Entente könne das Reich aus eigenen Kräften militärisch niederwerfen. Jetzt aber reichte es nicht mehr, die europäischen Freunde allein auf den Schlachtfeldern Europas bluten zu lassen und sich am Krieg unter dem Schein der Neutralität nur mit ökonomischen und diplomatischen Mitteln zu beteiligen. Wollte Amerika den deutschen Machtfaktor auslöschen und selbst auf dem alten Kontinent Fuß fassen, so mußte es Deutschland jetzt selbst militärisch angreifen. In Wilsons erhabener Diktion klang das so: »Die Isolation Amerikas ist zu Ende, nicht, weil wir beschlossen haben, Weltpolitik zu betreiben, sondern weil wir durch die bloße Schöpferkraft dieses Volkes und das Anwachsen unserer Macht zu einem entscheidenden Faktor in der Menschheitsgeschichte geworden sind; und nachdem wir ein solcher Faktor geworden sind, können wir nicht in der Isolation verharren, ob wir wollen oder nicht. Nicht unsere eigene Wahl, sondern die Abläufe der Geschichte haben das Ende der Isolation eingeläutet, und der Ablauf der Geschichte hat lediglich die Vorhersagen der Männer erfüllt, die unsere Republik gründeten.«26

Die propagandistische Vorbereitung der US-Bevölkerung auf den militärischen Angriff auf Deutschland; die Zimmermann-Depesche

Den jetzt unmittelbar anstehenden Aggressionskrieg gegen das Deutsche Reich hatte Wilson nach außen diplomatisch und im Innern propagandistisch bestens vorbereitet. Es war leicht gewesen, die in der US-amerikanischen Gesellschaft unverzichtbaren psychologischen Bedingungen für die Vernichtungsstrategie gegen das Deutsche Reich zu schaffen. Dieses so ferne, in den fremdartigen mitteleuropäischen Traditionen geistig und kulturell verhaftete Land eignete sich bestens dazu, für die Führungskaste amerikanischer Politik und Presse den Popanz für ein Feindbild abzugeben und im öffentlichen Bewußtsein der Vereinigten Staaten propagandistisch als, wie man heute sagen würde, »Schurkenstaat« aufgebaut zu werden.

Der antideutschen Dauerkampagne wirkte nichts entgegen, denn der hohe deutschstämmige Bevölkerungsanteil war vollständig assimiliert. Die geistig-kulturellen Gegensätze zwischen Deutschland und den USA waren tief und grundlegend. Die Vereinigten Staaten prägte ein radika-

ler, überwiegend bereits säkularisierter, dogmatischer, missionarischer, jeder Selbstreflexion unfähiger Puritanismus, der auch im heutigen Europa kaum verstanden wird.

In deutscher Geschichtsliteratur wird die politische Grundausrichtung der US-amerikanischen Staatsräson als eher links, als freiheitlich und liberal eingeschätzt; doch handelt es sich hier um auf die Vereinigten Staaten kaum übertragbare Begriffe aus der europäischen Politik- und Ideengeschichte. Waren Demokrat Woodrow Wilson, sein politisches Umfeld und seine Klientel an der amerikanischen Ostküste bliberale? Natürlich nicht, denkt man nur an die aufgeklärten Liberalen der Paulskirche, an die späteren Nationalliberalen im deutschen Reichstag und an die linksliberalen Freisinnigen. Noch weniger waren sie blinkse, nicht jedenfalls vergleichbar etwa mit der damaligen deutschen Sozialdemokratie. Allenfalls hatten sie gewisse Gemeinsamkeiten mit deutschen Konservativen, denen freilich ihre heftigste Verachtung galt. Und für viele Kontinentaleuropäer noch heute kaum nachvollziehbar ist die von Wilson selbst empfundene und festgestellte ideologische Nähe seiner Weltanschauung zum Bolschewismus.²⁷

Daß die damaligen Deutschen in von Grund auf andersartigen politisch-moralischen Vorstellungswelten lebten, verlieh jeglicher propagandistischer Verteufelung in den Augen ihrer amerikanischen Zeitgenossen besonders hohe Überzeugungskraft. Schlichten Geistes glaubte John Brown in New York oder Los Angeles bereitwillig an den kriminellen, despotischen, blutrünstigen, hunnischen Kaiser in Berlin und hegte keinen Zweifel daran, daß das Volk Kants, Goethes, Schillers, Bachs und Mozarts eine in Stiefeln geborene, kriegerisch-wilde, barbarische Horde sei, deren Angehörige es als das höchste Glück empfänden, für die Tyrannei zu sterben.

Die propagandistischen Reaktionen von Politik und Presse in den USA auf die Eröffnung des uneingeschränkten U-Bootkrieges hatten die dort von Kriegsbeginn an gezielt geschürte antideutsche Stimmung bereits

²⁷ Dirk Kunert schreibt dazu in seinem Werk *Deutschland im Krieg der Kontinente*, aaO. (Anm. 3), S. 100: »Nachdem die Bolschewisten das linksliberale Regime der Märzrevolution im November 1917 hinweggefegt hatten, machte sich bei Wilson nicht etwa eine totale Ernüchterung breit. Im Gegenteil, er sprach von der ›großen Revolution‹ der Bolschewisten und glaubte, eine gemeinsame Basis der Weltanschauungen entdeckt zu haben, ein der amerikanischen politischen Kultur verwandtes ›demokratisches‹ Element in der Doktrin der neuen Herrscher. ›Diese ideologische Brücke auf den Grundpfeilern der Weltmachtinteressen schien Angloamerikaner und Bolschewisten‹, wie Erwin Hölzle zutreffend bemerkt, ›genügend zu verbinden, um darauf ein politisches Allianzsystem aufbauen zu können.««



Arthur ZIMMERMANN. Man mag sich fragen. was in den erfahrenen Diplomaten geder Depesche war fahrlässig, die Übermittlung dilettantisch. Sein Telegramm war schlichtweg eine Einladung zum Krieg. Bezeichnend ist, daß aus immer noch ungeklärten Gründen ZIMMERMANN in der Folge öffentlich die Authentizität des Dokument bestätigte. Unten: beißende Karikatur auf ZIMMER-MANNS Vorstoß.



dem Siedepunkt angenähert, als am 1. März 1917 donnernde Schlagzeilen über eine angebliche deutsch-mexikanische Militärverschwörung gegen die Sicherheit der Vereinigten Staaten der systematischen Kriegstreiberei weitere Schubkraft verliehen. Der Hintergrund war: Nach dem bewährten Grundsatz »der Feind meines Feindes ist mein Freund« war der deutsche Staatssekretär des Äußeren Arthur ZIMMERMANN auf den Gedanken gekommen, den Vereinigten Staaten – vorausgesetzt, daß diese dem Reich den Krieg erklärten - vor deren eigener Haustür militärische Ungelegenheiten zu bereiten, und zwar mit Hilfe des Staates Mexiko, den der US-Imperialismus in der Vergangenheit territorial bereits mehrfach gewaltsam amputiert hatte. Am 16. Januar 1917 hatte ZIMMER-MANN den deutschen Gesandten in Mexiko-Stadt, von Eckardt, in einer chiffrierten Depesche angewiesen, der dortigen Regierung für den Fall, daß es tatsächlich zu deutsch-amerikanischen Feindseligkeiten kommen fahren war. Der Inhalt sollte, ein Militärbündnis anzubieten. In diesem Falle sollte Mexiko US-Streitkräfte in Amerika binden, so daß sie nur in begrenztem Umfang in dem Krieg gegen Deutschland eingesetzt werden könnten.

Der britische Marinenachrichtendienst fing das Telegramm ab, dechiffrierte es und leitete es dem Foreign Office zu. Am 24. Februar 1917 händigte dieses dem US-Botschafter PAGE eine Abschrift aus, die Präsidenten Wilson am 1. März 1917 veröffentlichen ließ. Die Depesche war ein Glücksfall für dessen psychologische Kriegsvorbereitung: Der Gesandte von Eckardt sollte den Mexikanern für den Fall, daß die USA dem Deutschen Reich den Krieg erklärten, das Folgende vorschlagen: »Gemeinsame Kriegführung. Gemeinsamer Friedensschluß. Reichlich finanzielle Unterstützung und Einverständnis (eine Garantie wird dadurch nicht gegeben) unsererseits, daß Mexiko in Texas, Neu-Mexico, Arizona... früher verlorenes Gebiet zurückerobert.«28

Das Dokument, das nach Inhalt, Zeitpunkt, Interessenlage und den Umständen seines Bekanntwerdens eigentlich fast alle Anzeichen geheimdienstlicher Fälschung und Manipulation in sich vereinigt, war dennoch echt: Außenstaatssekretär ZIMMERMANN, ein sonst überaus urteilsfähiger Politiker, hat seine Urheberschaft an diesem unsinnigen, den Reichsinteressen schädlichen diplomatischen Vorstoß später ausdrücklich eingeräumt. Wie alle Welt wußte, wäre eine gemeinsame Kriegführung mit Mexiko angesichts der englischen Seeblockade und des schwerwiegenden deutschen Mangels an personellen und materiellen militärischen Potentialen ebenso ausgeschlossen gewesen wie die Finanzierung mexikanischer Kriegsanstrengungen durch das notleidende Deutsche Reich. Und

²⁸ Michael Howard, Kurze Geschichte des Ersten Weltkrieges, Piper, München 2004, S. 116 f.

das mögliche deutsche Einverständnis mit der Rückeroberung geraubter Gebiete nutzte den Mexikanern überhaupt nichts. Die Vorschläge ZIM-MERMANNS waren zur Gänze illusorisch und konnten von niemandem ernst genommen werden. Auch für die Regierung in Washington und intelligentere amerikanische Presseleute waren sie eher ein diplomatisches Narrenstück denn ein Hinweis auf eine sich anbahnende Bedrohung der Vereinigten Staaten.

Obwohl sie nur für den Fall gelten sollten, daß diese zuvor Deutschland angegriffen hatten, wurden sie von der US-Propaganda als Beweis für deutsche Angriffsabsichten umgefälscht. Der Theaterdonner um die Depesche war bestens geeignet, die Kriegshysterie der amerikanischen Bevölkerung noch weiter aufzuputschen. Insgesamt ruft diese Affäre Assoziationen wach zu den im Zweiten Weltkrieg von Präsident Roosevelt vorgelegten – in jenem Falle freilich in der Tat gefälschten – Beweisen für eine geplante deutsche Invasion der USA über Dakar, Süd- und Mittelamerika.

Die Kriegserklärung Washingtons und die ihr unterlegte Begründung

Wilson reagierte schnell auf den praktischen Ausfall des östlichen Ententepartners. Seine tatsächliche Kriegsentscheidung fiel kurz nach dem Rücktritt des Zaren, und zwar, so wird wohl zu Recht ganz überwiegend angenommen, am 20. März 1917, als sein Kabinett in einer Sitzung darin übereinstimmte, daß nun die Zeit für den eigenen Krieg gegen Deutschland gekommen sei. Angeblich hatte Oberst House bei einem Besuch im Weißen Haus am 27. März einen noch unentschlossenen Präsidenten angetroffen. Doch hatte Wilson bereits am 20. März, dem Tage der Kabinettssitzung, die Einberufung des Kongresses auf den 2. April angeordnet, um seine Kriegsentscheidung diesem Gremium zu unterbreiten.

Die trivialhistoriographische, politisch korrekte Fehlinterpretation, der Kriegsentschluß Washingtons habe seinen wesentlichen Grund im uneingeschränkten U-Bootkrieg des Deutschen Reiches gehabt, steht in so krassem Gegensatz zur Wirklichkeit, daß sie nicht selten selbst in arrivierter Geschichtsliteratur vorsichtigem Hinterfragen ausgesetzt ist. So schreibt etwa Klaus HILDEBRAND, aus der Sicht der Amerikaner habe sich in der Perspektive der Revolutionierung Rußlands und der Sprengung der Koalition seit März 1917 eine reale, wachsende Gefahr abgezeichnet. »In ihrem langen Schatten fällte die Regierung in Washington am 20. März ihren Entschluß, in den Krieg einzutreten. . . Die eigentlichen Gründe für den amerikanischen Entschluß, der am 6. April zur Kriegserklärung an das Deutsche Reich führte, hoben sich also von den spektakulären Anlässen ab. . .«²⁹

²⁹ Klaus HILDE-BRAND, Das vergangene Reich – Deutsche Außenpolitik von Bismarck bis Hitler, DVA, Stuttgart ²1996, S. 359 f.

Seine wahren Motive für den Angriffskrieg gegen Deutschland offenbarte Wilson öffentlich nicht einmal gegenüber den obersten Verfas-



Das berühmte Kriegsplakat von James Montgomery FLAGG: »I want you / for U.S.Army« (Ich will Dich für die U.S. Armee). sungsorganen der Vereinigten Staaten. Am 2. April 1917 wandte er sich, rhetorisch salbungsvoll ausgreifend und inhaltlich unbestimmt wie immer, mit seiner vorbereiteten Kriegsbotschaft an den Kongreß: Deutschlands uneingeschränkter U-Booteinsatz sei »ein Krieg gegen die Menschheit«. Auf diese Herausforderung würden die Vereinigten Staaten nicht »den Weg der Unterwerfung wählen und die heiligsten Rechte unserer Nation und unseres Volkes mißachten und verletzen lassen«. Amerika werde kämpfen für die Werte, die ihm stets vor allem anderen am Herzen gelegen hätten: für »die Demokratie, für das Recht derer, die sich der Regierung unterwerfen, um selbst einen Anteil an ihr zu haben, für die Rechte und Freiheiten der kleinen Nationen und für eine allgemeine Herrschaft des Rechtes durch eine Übereinkunft freier Völker, die allen Nationen Frieden und Sicherheit bringen und die Welt selbst endlich frei machen soll. Einer solchen Aufgabe können wir unser Leben und unsern Reichtum, alles, was wir sind und was wir besitzen, opfern mit dem stolzen Bewußtsein,

daß der Tag gekommen ist, an dem Amerika sein Blut und seine Macht für die Grundsätze hingeben darf, aus denen es geboren ist, und denen es das Glück und den Frieden verdankt, den es wert hält. Gott helfe ihm, es kann nicht anders!«³⁰

Der Kongreß war hingerissen. Eine sofort eingebrachte Entschließung, der auch der Senat, das Repräsentantenhaus und der Präsident selbst zustimmten, stellte fest, die Deutsche Regierung habe den USA einen Krieg aufgenötigt. Am 6. April 1917 erklärten die Vereinigten Staaten dem Deutschen Reich förmlich den Krieg.

Kein Körnchen Wahrheit schimmerte durch die offizielle Rhetorik Washingtons. Außenminister Lansing hingegen ließ in seiner Tagebucheintragung vom 7. April 1917 keinen Zweifel daran, daß sein Land letztlich nicht etwa wegen des deutschen U-Booteinsatzes, sondern aus umfassenden machtpolitischen Gründen militärisch in Europa eingriff, um die Niederlage Deutschlands zu gewährleisten: »Denn wir durften niemals zulassen, daß der deutsche Kaiser zum Herrn von Europa aufstieg, da er ansonsten die Welt beherrschen konnte und unser Land das nächste Opfer seiner Gier sein würde.«³¹

Selbstverständlich befürchtete die Wilson-Administration im März/ April 1917 tatsächlich keinen deutschen Griff nach der Weltherrschaft

TANSILL, Amerika geht. . ., aaO. (Anm. 4), S. 416; Wolfgang J. Mommsen (Anm. 24), S. 739.
 Klaus Hildebrand, aaO. (Anm. 28), S. 361 u. 926.

und ebenso wenig einen Raubkrieg des zeierigen deutschen Kaisers gegen die USA. Entkleidet vom phraseologischen Zungenschlag des für

die Nachwelt bestimmten propagandistischen Geredes, kommt der Eintrag der Wahrheit indes ziemlich nahe: Die Vereinigten Staaten kamen den europäischen Alliierten militärisch zu Hilfe, weil diese es nicht allein schafften, den Machtfaktor Deutschland in Europa auszuschalten. Sogar Woodrow Wilson selbst ging später auf Distanz zu seiner erheuchelten öffentlichen Begründung des amerikanischen Angriffes: Die USA, so erklärte er, würden sich auf alle Fälle in den Krieg hineinbegeben haben, auch wenn »Deutschland keinen Akt kriegerischer Natur und keinen Akt der Ungerechtigkeit gegen unsere Bürger begangen hätte«.32

Die Vereinigten Staaten von Amerika führten ihren am 6. April 1917 förmlich eröffneten Aggressionskrieg gegen das Deutsche Reich unter dem Banner ideologischer Phraseologie als »Kreuzzug zum Heil der Menschheit«, als »den letzten aller Kriege« und als den »Krieg gegen den Krieg«. Unter dem Motto »to make the world safe for democracy«

(»die Welt für die Demokratie sicher zu machen«) stellte Wilson seinen Feldzug als den Endkampf des Guten gegen das Böse, der Zivilisation gegen barbarische Verbrecher, als Befreiung der Welt vom preußischen Militarismus und der deutschen Tyrannei dar. Tatsächlich aber griffen die Vereinigten Staaten das Deutsche Reich aus expansionistischer, imperialistischer Machtgier an, ohne von diesem in irgendeiner Form bedroht oder provoziert worden zu sein. Der deutsche U-Bootkrieg war unerheblich für ihre Kriegsentscheidung. »Die USA selbst waren nirgends ernstlich und unmittelbar bedroht«, und »die Amerikaner waren Touristen des Krieges«, schreibt ehrlich und mit einer Unbefangenheit, die ihresgleichen bei heute etablierten deutschen Geschichtsschreibern sucht, der US-amerikanische Historiker Prof. Dennis E. SHOWALTER.³³ Wilson wollte »do a complete job«, 34 also ganze Arbeit gegen Deutschland verrichten. Er »war beunruhigt ob der Möglichkeit einer militärischen Niederlage oder eines Kompromißfriedens, wo er letzteren als einer Niederlage gleichkommend betrachtete, 35 führt Showalter überdies zutreffend aus.

Ulrich Schwarze

Text der US-Kriegserklärung.



32 Das Versailler Diktat - Vorgeschichte, vollständiger Vertragstext, Gegenvorschläge der deutschen Regierung, Arndt, Kiel 1999, S. 16 f. 33 Dennis E. Sho-WALTER, in: Enzyklopädie Erster Weltkrieg, hg. Gerhard HIRSCHFELD, Gerd KRUMEICH, Irina RENZ, Ferdinand Schöningh, Paderborn ² 2004, S. 904 u. 910.

³⁵ Showalter, aaO. (Anm. 32), S. 907.

³⁴ KUNERT, Deutschland im Krieg der Kontinente, aaO. (Anm. 3), S. 25.

Antideutsche Medien der USA 1914–1918

Auswahl aus einem Beitrag in:
Bernhard STEIDLE
(Hg.), Verheimlichte
Dokumente. Was den
Deutschen verschwiegen wird, FZ,
München 1995,

Bd. 2, S. 10 f.

Die USA waren im Ersten Weltkrieg bis zum 6. April 1917 neutral. Dann erklärten sie dem Deutschen Reich und wenige Tage später auch Österreich den Krieg, ohne von den beiden Mächten in irgendeiner Weise bedroht zu sein. Es gab keine Streitpunkte zwischen dem Deutschen Reich und den Vereinigten Staaten, und die politischen Beziehungen waren zwischen beiden Staaten seit Jahrzehnten gut, zumal die Deutschen die größte Gruppe der Einwanderer bildeten.

Dennoch setzte bei Beginn des Ersten Weltkrieges eine große Welle falscher Unterstellungen, übler Verleumdungen und fanatischer Hetze in manchen US-Medien gegen die Mittelmächte ein. Die Greuelpropaganda steigerte sich im Laufe der Zeit, so daß es sogar zu Mißhandlungen vieler Deutscher in den USA kam. Eine ganze Reihe deutscher Eingewanderter änderte ihren Namen in einen englisch klingenden um, um persönliche Angriffe zu vermeiden. Diese jahrelange Propaganda erlaubte es dann 1917 den Herrschenden, dem Reich den Krieg zu erklären.

Einige Beispiel für solche US-Pressepropaganda sind:1

- 21. 8. 1914 New York Tribune meldet, daß die Deutschen in Frankreich »Verwundete schlachten«.
- 23. 8. 1914 Washington Post schreibt, daß die Deutschen Kinder aufspießen, und »weiß«, daß deutsche Soldaten Kinder durch Pferde zertrampeln lassen.
- 29. 8. 1914 Washington Post meldet ein »deutsches Massaker« in Belgien, ein US-Geistlicher sei dabei ermordet worden.
- 29. 8. 1914 New York Tribune mit Schlagzeile: »Die Deutschen plündern Löwen [Stadt in Belgien, R. K.), Frauen und Priester erschossen.«
- 6. 9. 1914 Boston Herald bringt Zeichnung, auf der deutsche Soldaten Kirchen zerstören.
- 3. 10. 1914 Evening Standard hat »Informationen«, daß deutsche Frauen geraubte Ringe an ihren Zehen tragen.
- 30. 3. 1915 New York Tribune klagt an, deutsche U-Boote würden Rettungsboote beschießen.
- 28. 4. 1915 New York Tribune hat »Information«, daß Deutsche Kriegsgefangene erschießen.
- 6. 5. 1915 New York Tribune meldet, daß Deutsche Brunnen in Afrika vergiften.
- 13. 5. 1915 New York Tribune zitiert britischen Viscount Bryce: Deutsche erschlagen Säuglinge und Kinder.

Antideutsche Medien der USA 1914–1918

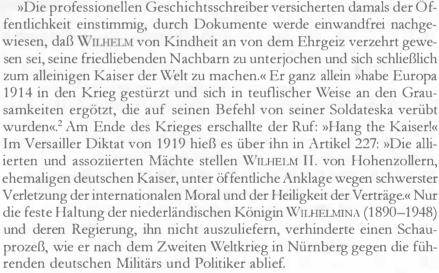
17. 6. 1915 11. 7. 1915	New York Tribune: »Deutsche töten Frauen mit Giftgas.« New York Times: Kronprinz Ruprecht erschießt und er-
	schlägt Gefangene.
31. 8. 1915	Boston Journal »weiß« von »deutschem Plan, die Welt zu ver- sklaven«.
14. 2. 1916	Chicago Daily Tribune »entlarvt« deutsche Pläne, »in Südamerika zu landen«.
30. 3. 1916	Boston Journal meldet »deutsche Absichten«, Invasion in Kanada zu machen.
13. 8. 1916	Boston Globe berichtet, deutsche Truppen seien am 28. 7. 1916 auf Haiti gelandet.
Nach der Kr	iegserklärung an Deutschland vom 6. April 1917:
20. 4. 1917	New York Sun »weiß«, daß Deutsche Leichen in Ölraffinerien verarbeiten.
14. 8. 1917	Boston Traveller meldet, Deutsche hätten Tausende polnischer Kinder zu Tode geprügelt.
16. 9. 1917	New York Times schlagzeilt: »Deutsche foltern Gefangene in den Lagern.«
17. 10. 1917	Mehrere US-Blätter melden, auf deutschen Befehl seien 700 000 Griechen deportiert und ermordet worden.
21. 1. 1918	Evening Standard meldet, deutsche Regierung fördere Vielweiberei.
1. 2. 1918	New York Globe berichtet von »deutschen Plänen«, Kriegsgefangene in Käfigen verhungern zu lassen.
22. 2. 1918	New York World weiß, daß 30000 Männer gehängt wurden, weil sie sich weigerten, in die deutsch-österreichi-
	sche Armee einzutreten.
11. 3. 1918	New York World gibt »Kampfruf deutscher Soldaten« wieder: »Tod den Priestern!«
24. 3. 1918	New York Times schlagzeilt: »Der Kampf gegen die Hunnen ist ein heiliger Krieg.«
25. 5. 1918	Associated Press meldet: »Die Deutschen beschießen absichtlich amerikanische Soldatenfriedhöfe.«
31. 7. 1918	New York Evening Telegram schlagzeilt: »Hunnen ermorden amerikanische Gefangene.«
27. 10. 1918	New York Herald meldet, Deutsche hätten Muttergottes von Tschenstochau, Polens Nationalheiligtum, geraubt.

Rolf Kosiek

Das Bild Kaiser Wilhelms II. in England

Der spätere Kaiser WILHELM II. wurde 1859 geboren und kam 1888 nach dem Tod seines Vaters, des 99 Tage-Kaisers FRIEDRICH III., an die Regierung. Seine Mutter war eine Tochter der englischen Queen VICTORIA. Diese war ihrem deutschen Enkel WILHELM sehr gewogen. Er hatte ein gutes Bild in der britischen Presse, insbesondere, als er als Friedenskaiser 1913 auf eine 25jährige Regierungszeit ohne einen Krieg zurückblicken konnte.

Das änderte sich vollkommen während des Ersten Weltkrieges, in dessen Verlauf es der Kriegspropaganda der Briten gelang, den deutschen Kaiser zu einer Haßfigur zu machen und ihn »als Beispiel unerreichter Bösartigkeit, unsagbarer Grausamkeit, schrankenloser Herrschsucht und gewissenlosen Vertragsbruchs« hinzustellen.¹ Eine Richtigstellung ist daher geboten.



WILHELM II. galt aufgrund der britischen Kriegspropaganda als der maßgebende Vertreter des schlimmen »preußischen Systems«, dem fast alle Übel der Welt entsprungen seien. So hieß es in der »Mantelnote« vom 16. Juni 1919 zum Friedensdiktat, der »Antwort der alliierten und assoziierten Mächte« auf die deutsche Eingabe zum Entwurf des Diktats, in Kapitel VII: Der Krieg »war das logische Ergebnis der Politik, die



WILHELM II.

F. J. P. VEALE, »Es war einmal ein böser Kaiser...«, in: Nation Europa, Nr. 3, 1969, S. 57.

² VEALE, ebenda.

Das Bild Kaiser Wilhelms II. in England

WILHELMS erster England-Besuch als Kaiser 1888.

Von links: Arthur Herzog von Conaught, Ernst II. Herzog von Sachsen-Coburg-Gotha, Queen Victoria, Wilhelm II., seine Mutter, die Kaiserin, und Kronprinz Albert Eduard (der spätere König Edward VII.) Ein harmonisches Familienbild – auch wenn Albert Eduard schon damals für seinen Neffen Wilhelm wenig übrig hatte. Während der Regierungszeit Edwards VII. verschlechterten sich die deutsch-britischen Beziehungen zusehends. Die gegen Deutschland gerichtete Entente cordiale von 1904 trug wesentlich dazu bei. Die Daily Telegraph-Affäre vom 28. Oktober 1908 tat ein übriges.

Deutschland unter dem Einfluß des preußischen Systems während mehrerer Jahrzehnte verfolgte. Die ganze Geschichte Preußens ist durch den Geist der Beherrschung, des Angriffs und des Krieges charakterisiert. Durch den Erfolg hypnotisiert, mit dem BISMARCK, als Fortsetzer der Tradition FRIEDRICHS DES GROSSEN, die Nach-

barn Preußens beraubte und die Einheit Deutschlands in Blut und Eisen schuf, unterwarf sich nach 1871 das deutsche Volk fast vorbehaltlos der Inspiration und der Leitung seiner preußischen Beherrscher. . . Ferner zielte die ganze Organisation der Deutschen auf einen Angriff hin. . . Deutschland ist unter dem Einfluß Preußens der Vorkämpfer der Macht und der Gewalt gewesen, sowie der Täuschung, der Intrige und der Grausamkeit in der Behandlung der internationalen Angelegenheiten. Während mehrerer Jahrzehnte hat Deutschland stets eine Politik verfolgt, die darauf gerichtet war, Eifersucht, Haß und Zwietracht zwischen den Nationen zu säen«. Diese Vorwürfe waren unberechtigt.

Zehn Jahre nach Ende des Ersten Weltkrieges wußte jeder der Wahrheit verpflichtete Historiker in Großbritannien, daß dieses Urteil falsch war, »daß es sich bei der Legende von dem verruchten Kaiser einfach um ein Lügengespinst handelte«.³ Denn das hatten unter anderen der englische Journalist Edmund D. Morel, der 1924 verstarb, sowie in den USA die Professoren Sidney Bradshaw Fay und Harry Elmer Barnes mit vielen Dokumenten nachgewiesen. Morel schrieb in seinem letzten Artikel: »Die Ablehnung der bewußten, vorbedachten Schuld [Deutschlands] am Kriege gründet sich auf ein Beweismaterial, das geradezu überwältigend ist.«⁴



³ VEALE, ebenda. ⁴ Zimert in: Kronprinz Wilhelm, *Ich* suche die Wahrheit, J. B. Cotta Nachf., Stuttgart–Berlin 1925, S. 393.

Das Bild Kaiser Wilhelms II. in England



Hanging the Kaiser—A Favorite Sport (Life, 1918.)

Vom Volkskaiser zum Sündenbock: Am Ende des Ersten Weltkrieges war WIL-HELM II. der meistgehaßte Mann in Europa, die Wurzel allen Übels G.

VEALE, aaO.
 (Anm.1), S. 59.
 Ebenda.

⁷ Eine der wenigen Ausnahmen bildet der Historiker und Publizist Eberhard STRAUB mit dem Versuch einer Rehabilitierung WILHELMS II. in seinem 2009 erschienenen Buch Kaiser Wilhelm II- in der Politik seiner Zeit. Die große britische Presse schwieg jedoch über diese historischen Erkenntnisse und ließ die Bevölkerung in dem alten Glauben von dem verbrecherischen Kaiser.

Erstaunliches ereignete sich dann aus Anlaß des 100. Geburtstages des inzwischen verstorbenen Kaisers im Sommer 1959. Im allgemeinen nahm die britische Presse davon kaum Notiz. Aber eine BBC-Sendung aus London war dem Kaiser gewidmet, und darin wurde das Lügengewebe um ihn aufgelöst und er einigermaßen richtig dargestellt. In der Ausgabe vom 10. Juni 1959 der Radio Times beurteilte Christopher SYKES in einem Artikel zu dem Film den Kaiser. Er stellte die Lügen richtig und schrieb: »Heute wird allgemein anerkannt, daß WILHELM überhaupt kein bösartiger Mann gewesen sei, daß er den Ersten Weltkrieg nicht verschuldet habe, daß er ihn überhaupt nicht wollte, daß er kein behelmtes, blutdürstiges Scheusal gewesen sei.«

Auch bezüglich der Kriegsschuld wurde WILHELM II. freigesprochen, indem es in der Sendung hieß: »Seine Verantwortlichkeit war zweifellos gering im Vergleich mit der von (Alexander Petrowitsch) Iswolski (dem russischen Botschafter in Paris) und Graf (Leopold) BERCHTOLD (dem österreichischen Außenminister 1913–1915).«⁵

Eine Reihe von Persönlichkeiten wurde vorgeführt, die Besuche beim Kaiser vor und nach 1918 unternommen hätten. »Alle bestätigten des Kaisers Liebenswürdigkeit, Klugheit und Aufrichtigkeit. Besonders wurde seine echte Liebe für England und die englische Lebensart und seine tiefe Zuneigung zur Großmutter, der Königen VICTORIA, hervorgehoben. Die besten Seiten seines Charakters hätten sich, so sagten alle, gerade dann erst gezeigt, als er im Exil leben mußte.«⁶

Es hat also fast ein Jahrzehnt gedauert, bis die angelsächsische Wissenschaft in den zwanziger Jahren des vorigen Jahrhunderts zu einem sachlichen Bild von Kaiser Wilhelm II. zurückfand. Rund 50 Jahre hat es bedurft, bis das auch in die gebildete Öffentlichkeit drang. Der normale Brite hat allerdings immer noch das falsche Bild der Kriegspropaganda vor Augen, das Unfrieden zwischen die Völker setzte.

Es ist bedauerlich, daß in Deutschland die Presse weitgehend gegen den letzten deutschen Kaiser eingestellt ist und ihn meist als unfähigen Monarchen darstellt.⁷

Rolf Kosiek

Die deutsche Regierung vertraute im Oktober 1918 auf die sogenannten »14 Punkte« des US-Präsidenten Wilson und ließ sich auf deren Grundlage zu Waffenstillstandsgesprächen ein. Sie wurde dabei, treuherzig wie sie war, furchtbar betrogen und wurde nach Auflösung des deutschen Heeres für die Westmächte erpreßbar, die die Hungerblockade fortsetzten, bis Deutschland das Diktat, wenn auch unter Protest, unterschrieb. Die Einzelheiten dieses Schurkenstücks seien nachfolgend dargestellt.

Der US-Präsident Woodrow Wilson (1913–1921), schon seit 1913 in seinem Amt, gewann 1916 seine Wiederwahl mit der Versprechung, die USA aus dem europäischen Krieg herauszuhalten (»He kept us out of war«), und mit der finanziellen Unterstützung der Zionisten und der Hochfinanz an der Wall Street. Auf deutsche Vorschläge für Friedensgespräche vom 12. Dezember 1916 erfolgte am 18. Dezember 1916 ein Aufruf Wilsons zu Friedensgesprächen unter amerikanischer Vermittlung. Die Alliierten lehnten beides ab. Noch am 4. Januar 1917 erklärte Wilson: »Es wird keinen Krieg geben. Amerika beabsichtigt nicht, sich in diesen Krieg verwickeln zu lassen. Wir sind die einzige große weiße Nation, die heute vom Kriege frei ist, und es wäre ein Verbrechen gegen die Kultur, wollten wir eintreten.«¹ Doch am 6. April 1917 erklärten die USA Deutschland den Krieg, ohne irgendwie von diesem bedroht zu sein. Es ging den Amerikanern um die an die Alliierten geliehenen Milliarden, die sie nicht verlieren wollten.

Am 8. Januar 1918 verkündete Wilson in einer Rede vor dem amerikanischen Kongreß seine berühmten 14 Punktet als Grundlage für einen Waffenstillstand der Westmächte mit dem Deutschen Reich. Die das Selbstbestimmungsrecht der Völker betonenden 14 Punkte haben den folgenden Wortlaut (siehe Seite 166).

Seine Vorstellungen abschließend, betonte WILSON noch einmal mit sehr großen Worten seine Friedensmission: »Für solche Gestaltung der Verhältnisse, solche Abkommen sind wir bereit zu kämpfen, bis die Ziele erreicht sind; doch nur, weil wir danach streben, daß das Recht sich durchsetzt, und weil wir einen gerechten und dauernden Frieden herbeisehnen, einen Frieden, der nur durch die Beseitigung der Herausforderungen zum Krieg gesichert ist. Das tut dies Programm. Wir sind nicht eifersüchtig auf die deutsche Größe, und es ist nichts in diesem Programm, das sie gefährdet. Wir beneiden Deutschland um keine seiner Errungenschaften. . ., die seinen Ruf zu einem glänzenden und sehr beneidenswerten gemacht haben. Wir wünschen nicht, Deutschland zu verletzen oder in irgendeiner Weise seinen berechtigten Einfluß oder seine

¹ Zitiert von Werner Georg H.AVERBECK, in: Rudolf Steiner, Anwalt für Deutschland, LangenMüller, München 1989, S. 212.

Wilsons > 14 Punkted

- 1. Öffentliche Friedensverträge. Die Diplomatie soll stets frei sein und sich vor aller Öffentlichkeit abspielen.
- 2. Absolute Freiheit der Schiffahrt auf See außerhalb der territorialen Gewässer sowohl im Kriege als auch im Frieden.
- 3. Aufhebung sämtlicher wirtschaftlicher Schranken, Festsetzung gleichmäßiger Handelsbedingungen zwischen den Nationen.
- 4. Angemessene Garantien, daß die nationalen Rüstungen auf den niedrigsten Grad herabgesetzt werden.
 - 5. Unparteiische Ordnung aller kolonialen Ansprüche.
- 6. Räumung des gesamten russischen Gebietes und Erledigung aller Rußland berührenden Fragen, um die beste und freieste Zusammenarbeit der übrigen Nationen der Welt zu sichern zur Erlangung einer ungehemmten und ungeschmälerten Möglichkeit zur unabhängigen Bestimmung ihrer eigenen politischen Entwicklung und nationalen Politik.
 - 7. Wiederherstellung der ungeschmälerten Souveränität Belgiens.
- 8. Befreiung des franz. (ösischen) Gebietes, Wiederherstellung der verwüsteten Teile. Ebenso müßte das Frankreich durch Preußen 1871 in Sachen Elsaß-Lothringen angetane Unrecht, das den Weltfrieden nahezu fünfzig Jahre bedroht hat, berichtigt werden, um dem Frieden im Interesse aller wieder Sicherheit zu verleihen.
 - 9. Berichtigung der Grenzen Italiens entspr.(echend) den Nationalitätenlinien.
- 10. Den Völkern Österreich-Ungarns die freieste Möglichkeit autonomer Entwicklung zu gewähren.
- 11. Räumung Rumäniens, Serbiens, Montenegros. Wiederherstellung ehemals besetzter Gebiete. Freier und gesicherter Zugang für Serbien zum Meer. Ordnung der Verhältnisse auf dem Balkan.
- 12. Dem türkischen Teil des Ottomanischen Reiches soll eine gesicherte Souveränität gewährleistet werden, den anderen Nationalitäten soll eine absolute und ungestörte Möglichkeit ihrer autonomen Entwicklung verbürgt, und die Dardanellen sollen dauernd als freier Durchgang für die Schiffe und den Handel aller Nationen unter internationalen Garantien geöffnet werden.
- 13. Errichtung eines unabhängigen polnischen Staates mit freiem Zugang zum Meer; die politische und ökonomische Unabhängigkeit des polnischen Staates sowie dessen territoriale Integrität sollen durch internationalen Vertrag garantiert werden.
- 14. Installierung eines Völkerbundes zum Zweck der Gewährung gegenseitiger Garantien für politische Unabhängigkeit und territoriale Integrität, in gleicher Weise für große und kleine Staaten.

Macht zu sperren. . . Wir wünschen nur, daß es seinen Platz der Gleichberechtigung unter den Völkern der Welt. . . einnehmen soll.«²

In einer Erklärung vor dem Kongreß wiederholte Wilson am 11. Februar 1918, daß es keine Abtrennung von Gebieten geben werde: »Es soll weder Annexionen noch Entschädigungen geben.«³

Am 27. September 1918 betonte der US-Präsident in einer Rede in New York seine Punkte noch einmal. Er erklärte dabei: »Es muß Ge-

rechtigkeit sein, die keine Begünstigungen und keine Abstufungen kennt, sondern nur die gleichen Rechte aller Völker.«⁴

Der Aufruf wurde nun zum Anlaß zu der ersten Note Deutschlands, das gutgläubig den Worten des Präsidenten vertraute, an WILSON vom 3. Oktober 1918. Vier Tage später übergab das Reich eine Note an Washington: »Die Deutsche Regierung ersucht den Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika, die Herstellung des Friedens in die Hand zu nehmen. Sie nimmt das namentlich in der Rede vom 27. September aufgestellte Programm als Grundlage für die Friedensverhandlungen an.«⁵

Nach dem Austausch mehrerer Noten ließ sich das Deutsche Reich dann auf der Grundlage der 14 Punkte Wilsons zu Waffenstillstandsgesprächen ein, bei denen schon die Versprechungen Wilsons von den anderen Alliierten gebrochen wur-

den. Bei den darauf folgenden Friedensverhandlungen in Versailles wurden die Garantien Wilsons völlig übergangen: Das Deutsche Reich und Österreich mußten große, nahezu rein deutsche Gebiete wie Danzig, das Elsaß, Südtirol, das Sudetenland und andere abtreten. Deutschland mußte enorme Reparationen zahlen, mußte das Heer fast ganz abschaffen und verlor seine Souveränität. Damit wurde der Keim zum Zweiten Weltkrieg gelegt.

Wegen der Nichtberücksichtigung der US-Wünsche verließen die amerikanischen Vertreter die Konferenz. Die USA ratifizierten das Diktat von Versailles gegen Wilsons Bestreben nicht, haben es allerdings auch

² Zitiert in: ebenda, S. 216 f.

³ Zitiert in: ebenda, S. 222.

⁴ Zitiert in: ebenda, S. 221 f.



»Der müde Schnitter«: »Ich kann nicht mehr! – Du mußt! Ich zahle die Überstunden!« Deutsche Karikatur auf Woodrow Wilson.

⁵ HAVERBECK, ebenda, S. 222.

⁶ HAVERBECK, ebenda, S. 217 f.
⁷ Zitiert in: Nation Europa, Nr. 9, 1956, S. 17, nach: John Kenneth TURNER, Shall it be Again?, B. W. Huebsch, New York 1922.

⁸ Zitat in: ebenda.

nicht verhindert. Die USA schlossen später einen eigenen Friedensvertrag mit der Weimarer Republik. WILSON wurde durch seine Schwäche auf der Konferenz, daß er solche Verstöße gegen seine 14 Punkte durchgehen ließ, mitschuldig an den Folgen bis hin zum Zweiten Weltkrieg. WILSON starb als gebrochener Mann 1924.

Über die Vorgeschichte von Wilsons >14 Punkten teilt Haverbeck mit, daß ein Gregory Bateson in einem Vortrag am 21. April 1966 vor den Teilnehmern des >Two Worlds Symposium im State College in Sacramento berichtete, daß der Werbefachmann George Creel die Idee gehabt habe, »daß nämlich die Deutschen sich vielleicht ergeben würden, wenn wir ihnen milde Waffenstillstandsbedingungen anböten«. Er entwarf also flugs eine Reihe solcher Bedingungen, denen zufolge auf Strafmaßnahmen verzichtet werden würde, und teilte sie in 14 Punkte ein. Diese Vierzehn Punkte übermittelte er Präsident Wilson. Dieser soll sie dann als die seinigen verkündet haben. Bateson urteilte über das Vorhaben: »Die ganze Sache war wohl eines der größten Schwindelgeschäfte in der Geschichte unserer Zivilisation.«6

Nach der Ansicht des amerikanischen Historikers John Kenneth Tur-NER waren die ›Vierzehn Punkte‹ schon bei der Aufstellung der Waffenstillstandsbedingungen nur noch ein Mittel, das deutsche Reich zur Waffenstreckung zu bringen. Sobald die Alliierten dieses Ziel erreicht hatten, haben sie es fallengelassen. Und Seymour, der spätere Herausgeber der Vertraulichen Dokumente des US-Obersten Edward M. House, Wilsons »graue Eminenz«, schreibt ganz offen: »Die Vierzehn Punkte Wilsons waren in ihrer Unbestimmtheit ein bewunderungswürdiges Propagandawerkzeug. Es diente also nach der Meinung von US-Insidern nur zur Täuschung Deutschlands.

Die Deutschen fielen auf diesen Schwindel herein, vertrauten den Worten des US-Präsidenten und wurden in Versailles furchtbar betrogen. Die Urkatastrophe Europas, die 1914 begonnen hatte, nahm ihren Lauf. Der Zweite Weltkrieg wurde programmiert.

Ein ähnliches Täuschungspapier legten ROOSEVELT und CHURCHILL mit der »Atlantik-Charta« vom 14. August 1941 bei ihrem Treffen vor Neufundland vor, die später von ihrem Verbündeten Josef STALIN gebilligt wurde. Sie wurde mit großem propagandistischen Einsatz in der ganzen Welt als Kriegsziel verbreitet, dem die Länder begeistert zustimmten. Die hehren Versprechungen für eine friedliche Welt wurden nach dem Kriegsende 1945 nicht gehalten, insbesondere nicht Deutschland zugebilligt.

Die Atlantik-Charta hat folgenden Wortlaut:

Der Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika und Ministerpräsident Churchill, als Vertreter der Regierung Seiner Majestät im Vereinigten Königreich, erachten es als ihr Recht, einige allgemeine Prinzipien der Politik ihrer Länder bekanntzugeben, Prinzipien, auf deren Verwirklichung sich ihre Hoffnung auf eine bessere Zukunft der Welt gründet.

- 1. Ihre Länder streben keinerlei Bereicherung an, weder in territorialer noch in anderer Beziehung.
- 2. Sie wünschen keinerlei territoriale Veränderungen, die nicht im Einklang mit den in voller Freiheit ausgedrückten Wünschen der betroffenen Völker stehen.
- 3. Sie achten das Recht aller Völker, sich jene Regierungsform zu geben, unter der sie zu leben wünschen. Die souveränen Rechte und autonomen Regierungen aller Völker, die ihrer durch Gewalt beraubt wurden, sollen wiederhergestellt werden.
- 4. Sie werden, ohne ihre eigenen Verpflichtungen außer Acht zu lassen, für einen freien Zutritt aller Staaten, der großen wie der kleinen, der Sieger wie der Besiegten, zum Welthandel und zu jenen Rohstoffen eintreten, die für deren wirtschaftliche Wohlfahrt vonnöten sind.
- 5. Sie erstreben die engste Zusammenarbeit aller Nationen auf wirtschaftlichem Gebiete, eine Zusammenarbeit, deren Ziel die Herbeiführung besserer Arbeitsbedingungen, ein wirtschaftlicher Ausgleich und der Schutz der Arbeitenden ist.
- 6. Sie hoffen, daß nach der endgültigen Vernichtung der Nazi-Tyrannei ein Frieden geschaffen werde, der allen Völkern erlaubt, innerhalb ihrer Grenzen in vollkommener Sicherheit zu leben, und der es allen Menschen in allen Ländern ermöglicht, ihr Leben frei von Furcht und von Not zu verbringen.
- 7. Dieser Friede soll allen Völkern die freie Schiffahrt auf allen Meeren und Ozeanen ermöglichen.
- 8. Sie sind von der Notwendigkeit überzeugt, daß aus praktischen wie aus sittlichen Gründen alle Völker der Welt auf den Gebrauch der Waffengewalt verzichten müssen. Da kein Friede in Zukunft aufrechterhalten werden kann, solange die Land-, See- und Luftwaffen von Nationen, die mit Angriff auf fremdes Gebiet gedroht haben oder damit drohen können, zu Angriffszwecken benutzt werden können, halten sie bis zur Schaffung eines umfassenden und dauerhaften Systems allgemeiner Sicherheit die Entwaffnung dieser Nationen für notwendig. Ebenso werden sie alle Maßnahmen unterstützen, die geeignet sind, die erdrückenden Rüstungslasten der friedliebenden Völker zu erleichtern.

Der Vergleich der Charta mit dem alliierten Handeln nach dem 8. Mai 1945 entlarvt die brutale Täuschung.

Rolf Kosiek



Weimarer Zeit

Karikatur von Karl Arnold auf die Politik von Reichskanzler Heinrich Brüning, der mit Notverordnungen regierte. Das Parlament wird durch die neue Form der parlamentarisch geduldeten Präsidialregierung und die Obstruktion der radikalen Parteien entmachtet. Das Ende der Weimarer Zeit kündigt sich an. Erbitterte Kämpfe um außenpolitische Fragen haben das deutsche Volk zerrissen. Kommunisten, Nationalsozialisten und Deutschnationalen wird der Zutritt zum Parlament verwehrt, während der ›Deutsche Michel vergrämt eine Notverordnung studiert.

In der heutigen Öffentlichkeit wird häufig bei der Besprechung der November-Revolution 1918 von der sogenannten Dolchstoß-Legende gesprochen: Es sei eine Legende, daß das deutsche, noch in Feindesland stehende und tapfer kämpfende Heer von der Heimat einen Dolchstoß in den Rücken bekommen habe, so daß der Erste Weltkrieg für die Deutschen als Niederlage zu Ende ging. Diese Legende sei von deutschen Militärs, vor allem von General Erich Ludendorff, in die Welt gesetzt worden, um von eigenen Fehlern bei der Truppenführung abzulenken.1

Doch die historischen Tatsachen beweisen, daß in der Tat durch die Agitation der Sozialisten seit 1915 gegen den Krieg und für eine Revolution die Heimat dem Heer in den Rücken fiel und ihm den Dolchstoß versetzte

Zu Beginn des Ersten Weltkrieges hatte die SPD, von der nationalen

Welle in Deutschland mitgerissen, der Aufnahme der Kriegskredite zugestimmt. Der SPD-Reichstagsabgeordnete und spätere USPD-Funktionär HAASE hatte sogar im August 1914 im Reichstag erklärt: »Wir las-

sen in der Stunde der Gefahr das Vaterland nicht im Stich.«

Aber schon bald zeigten sich erste Ansätze für eine Antikriegsbewegung mit der Forderung nach einer Revolution in der SPD. Führend waren darin die schon vorher im Zarenreich als Revolutionärin auftretende, aus Polen stammende Rosa Luxemburg² sowie Karl Liebknecht und Clara ZETKIN. Bereits im Jahre 1915 hatten sich bei einer Sitzung der SPD-Reichstagfraktion 23 von 100 Reichstagsabgeordneten gegen die weitere Bewilligung von Kriegskrediten für die Fortführung des Kampfes ausgesprochen. Am 23. Februar 1915 hatte im Vorwärts, dem Organ der SPD, der Redakteur Ströbel geschrieben: »Ich bekenne ganz offen, daß ein voller Sieg des Reiches den Interessen der Sozialdemokratie nicht entsprechen würde.« Radikale Kreise in der SPD, insbesondere der Spartakusbund unter Karl LIEBKNECHT und Rosa LUXEMBURG, und die von diesen als Abspaltung von der SPD am 6. April 1917 in Gotha gegründete Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands (USPD), aus der am 30. Dezember 1919 die Kommunistische Partei Deutschlands (KPD) hervorging, riefen seit 1916 in Flugblättern und Schriften zu Streiks gegen die Fortsetzung des Krieges auf. In den seit Herbst 1916 unter LIEBKNECHT erscheinenden Spartakusbriefen agitierte vor allem Rosa Lu-XEMBURG unter Pseudonym.

Am 6. April 1917 waren erste, von den Sozialisten organisierte Streiks in deutschen Betrieben zur Heeresversorgung ausgebrochen, so in Berlin mit 200 000 Arbeitern. Vier Monate später meuterten auch Matrosen

1 Siehe Rolf Kosiek u. Olaf Rose (Hg.), Der Große Wendig, Bd. 1, Grabert, Tübingen 52011, S. 219.

² Ausführlicher zu Rosa Luxemburg: Hellmut DIWALD, Geschichte der Deutschen, Ullstein-Propyläen, Frankfurt/M. 1978, S. 198-202.

auf deutschen Kriegsschiffen. Das SPD-Organ Der Vorwärts rief schon am 15. November 1917 zu »Solidarität mit den russischen Genossen«,



Ein Plakat des Kriegsamtes vom April 1917 zum Streik der Rüstungsarbeiter.

³ Walter NIMTZ, Die Novemberrevolution 1918 in Deutschland, Ost-Berlin 1965,

S. 27.



Karl LIEBKNECHT, Rädelsführer des Spartakusaufstands.

einer linken Demonstration in Berlin mit rund 2000 Teilnehmern am 18. November 1917 kam es gegen Ende des Jahres zu größeren Streiks in kriegswichtigen Großfirmen wie Gute Hoffnungshütte, Daimler oder Thyssen. Die Einrichtung der sowjetischen Botschaft in Berlin Ende 1917 schuf ein Organisations-, Propaganda- und Förderungszentrum für die Ultralinken, das auch zur Auszahlung von aus Moskau gelieferten Summen über

also den Bolschewisten LENINS, auf. Nach

Hunderttausende von Mark an die Aufrührer diente.

Die Aufstände setzten sich am Anfang des Jahres 1918 fort. Der Spartakusbund rief im ganzen Reich zum Streik auf. Es seien »das ganze wirtschaftliche Getriebe und die gesamte Kriegsindustrie zum Stillstand zu bringen«.³ Ende Januar streikten bis zu 500 000 Arbeiter in Berlin. In der Streikleitung wirkten die SPD-Reichstagabgeordneten EBERT, SCHEIDEMANN und BRAUN, von der USPD HAASE, DITTMANN und LEDEBOUR mit. Diese Männer spielten im Herbst 1918 in Berlin wieder eine bedeutsame Rolle beim Ausbruch der Revolution. Gegen Friedrich EBERT wurde 1924, als er Reichspräsident war, wegen seiner Tätigkeit in der damaligen Streikleitung ein Prozeß wegen Hochverrats durchgeführt, in dessen Verlauf EBERT, politisch schwer belastet, verstarb. Der Streik nahm dann am 3. Februar 1918 ein Ende, wobei es in Berlin auch zu blutigen Straßenkämpfen mit der Polizei gekommen war. Eine Reihe von Rädelsführern wurde verhaftet, unter ihnen auch solche mit östlicher Herkunft.

So erlebten Rosa LUXEMBURG und Karl LIEBKNECHT die November-Revolution von 1918 zunächst im Gefängnis, aus dem sie erfolgreich agitiert hatten. Der Kampf der Sozialisten gegen den Krieg und die Fürsten ging weiter, auch im Heimatheer und in der Kriegsmarine. In den nächsten Monaten gab es weitere Streiks, vor allem in Oberschlesien, in Sachsen sowie im Ruhrgebiet.

Der Vonwärts vom 20. Oktober 1918 drückte die Hoffnung der damaligen SPD-Führung aus: »Deutschland soll, das ist unser fester Wille als Sozialisten, seine Kriegsflagge für immer streichen, ohne sie das letzte Mal siegreich heimgebracht zu haben.« Das war ein glatter Dolchstoß aus der Heimat in den Rücken der immer noch in Feindesland tapfer kämpfenden deutschen Truppe. Das war auch Hochverrat.

Eine Beschreibung der Abwicklung der Streiks und Aufstände sowie

von deren Erfolgen brachte mit gewissem Stolz die Tägliche Rundschau, das Organ der USPD, am 15. Dezember 1918 mit den Worten: »Uns ist diese Revolution nicht überraschend gekommen. Seit dem 25. Januar d. J. haben wir den Umsturz systematisch vorbereitet. . . Wir haben unsere Leute, die an die Front gingen, zur Fahnenflucht veranlaßt, die Fahnenflüchtigen haben wir organisiert, mit Geld und unterschriftslosen Flugblättern versehen. Wir haben diese Leute nach allen Himmelsrichtungen, hauptsächlich aber wieder an die Front geschickt, damit sie die Frontsoldaten bearbeiten und zermürben sollten. Diese haben die Soldaten bestimmt, überzulaufen, und so hat sich der Zerfall allmählich, aber sicher vollzogen.«

Wesentlich mit von diesen Streiks verursacht, kam es im Herbst 1918 zur November-Revolution mit der Absetzung der deutschen Fürsten. In München hatte der Spartakist Kurt EISNER schon am 7. November 1918 die Macht ergriffen und die Revolution mit Absetzung der Landesregierung durchgeführt. Daraus wurde dann unter der Mithilfe bolschewistischer Agenten wie LEWIEN, LEVINE-NISSEN und Axelrod die kommunistische Räterepublik, die erst Anfang Mai 1919 von Reichswehrtruppen und Freikorps beseitigt werden konnte.

In Berlin stellte am Abend des 8. November 1918 die SPD-Leitung ein Ultimatum an den regierenden Reichskanzler Max von Baden. Darin heißt es: »Die SPD fordert, daß die Abdankung des Kaisers und der Thronverzicht des Kron-

prinzen bis morgen mittag erfolgt.« Daraufhin erklärte MAX VON BADEN am Vormittag des 9. November 1918 ohne Wissen und Beauftragung des Kaisers: »Der Kaiser und König hat sich entschlossen, dem Throne zu entsagen.« Damit hatte die SPD eines ihrer Ziele erreicht. Der bisherige Staatssekretär Philipp Scheidemann eilte nach dieser Nachricht zum Reichstag und rief von dessen Freitreppe aus vor einer großen Menschenmenge die deutsche Republik aus: »Das Deutsche Volk hat auf ganzer Linie gesiegt – es lebe die Republik!«

Bei Berücksichtigung der oben geschilderten Tatsachen kann man durchaus vertreten, daß es sich bei dieser Entwicklung wirklich um einen Dolchstoß aus der Heimat handelte, auch wenn das heute in der Öffentlichkeit meist abgestritten wird. Man spricht von einer Dolch-

9. November 1918: eine offizielle Abdan-

Das SPD-Blatt Vorwärts verkündet die Abdankung WILHELMS II. ohne dessen Wissen, Erst am 28. November fertigte der sich bereits im Exil befindliche Kaiser kungsurkunde aus.

2. Ertraausanbe Connabend, ben 9. November 1918.



Imtralornan der fortalbemohranichen Partet Bentichlanda

Der Reichstangler bat folgenden Erlag berausgegeben:

Ceine Majeftat ber Raifer und Ronig haben fich entichloffen,

bem Drone qu entsagen.
Der Reichstangter bleibt noch so lang im Amte, bis bie mit ber Abbantung Seiner Mascftit, bein Thronvergichte Seiner Raifer-lichen und Königlichen Joheit bes Kronprinzen bes Beutschen Reichs und nun Koniglichen Johelt des Aronprinzen des Deutschen Keichs und der Gegenschen ind der Einlegung der Aggentschaft verbundenen Fragen geregelt sind. Er beabsichtigt, dem Negenten die Ernennung des Abgeordneten Ebert zum Neichsfanzler und die Borlage eines selfschentumzes vorzum der Ließschesdung allgemeiner Wahlen für eine verfassungsgebende deutsche Jarionalversammlung vorzuschlagen, der es obliegen vurde, die fünftige Staatsform des deutschen Boll, einichliestlich der Volkseinichtige Staatsform des deutschen Boll, einichliestlich der Volkseinichtig estaatsform des deutschen vonlichtig estaatsform des deutschen Boll, einichliestlich der Volkseinichtig estaatsform des deutschen Volkseinichtigen volkseinen der Volkseinischen Volkseinischen Volkseinischen Volkseinischen Volkseinischen Volkseinische Vol

Berlin, ben 9. Rovember 1918. Der Reichgfangler. Pring Dag von Baben.



Während Philipp Scheidemann am 9. November von einem Fenster des Reichstagsgebäudes aus »die große und freie deutsche Republik« verkündete, rief Karl Liebknecht am Berliner Schloß, wohin Menschenmassen strömten (Bild), die »freie sozialistische Republik« aus und begrüßte die »russischen Brüder«.



Es ist bezeichnend, daß fast alle jene Politiker, die Anfang 1918 die Streiks geleitet hatten, Mitglieder des Rats der Volksbeauftragten wurden: EBERT, SCHEIDEMANN, LANDSBERG (SPD) sowie HAASE, DITTMANN, BARTH (Unabhängige).

hat die Linke sich jedoch der Durchführung dieses Dolchstoßes öffentlich und mehrfach gerühmt. Sie findet aber auch genügend Erwähnung bei Zeitgenossen. So urteilte die Neue Zürcher Zeitung am 1. Dezember 1918 aus der Fewass die deutsche Armee bein dem Wort zusammengefaßt kerung erdolcht.« Es waren die bis zuerst in ihren Versammlungen an der Entwicklung erhebligen.

stoßlegender, die General Erich LUDENDORFF und andere Militärs zur Entschuldigung für die Niederlagen des deutschen Heeres erfunden hätten. Wie oben angeführt,

der ihres englischen Korrespondenten: »Was die deutsche Armee betrifft, so kann die allgemeine Ansicht in dem Wort zusammengefaßt werden: Sie wurde von der Zivilbevölkerung erdolcht.« Es waren die Sozialisten, die das Wort vom ›Dolchstoß‹ zuerst in ihren Versammlungen verwendeten und stolz darauf waren, an der Entwicklung erheblichen Anteil gehabt zu haben. So gaben die Süddeutschen Monatshefte⁴ im Jahre 1924 als ein Beispiel der Äußerungen der Sozialisten an: »Der Dolchstoß von hinten gegen die deutsche Front war der glücklichste Dolchstoß des revolutionären Proletariats.«

Rolf Kosiek

⁴ Süddeutsche Monatshefte, 1924, Nr. 8, S. 128.

Falsche Karte Ostdeutschlands 1918

Im Jahre 1918 erschien noch vor Ende des Ersten Weltkrieges im Verlag von Moritz Perles in Wien eine »Nationalitätenkarte der östlichen Provinzen des Deutschen Reiches nach den Ergebnissen der amtlichen Volkszählung vom Jahre 1910, entworfen von Ing. Jakob Spett. ¹Sie machte einen wissenschaftlichen Eindruck, und die deutsche militärische Zensurbehörde gab bedenkenlos die Genehmigung zum Druck. Dieser Karte kam dann eine große Bedeutung zu, weil die Polen sie bei den Verhandlungen in Versailles 1919 als Grundlage ihrer Landansprüche auf große Teile Ostdeutschlands vorlegten. Bezeichnend ist, daß die späteren Grenzen der Abstimmungsgebiete größtenteils mit den in dieser Karte aufgeführten Grenzen des Volkstums, die der Wirklichkeit nicht entsprachen, übereinstimmen.

»Der Ingenieur Jakob SPETT, der als Herausgeber zeichnet, ein bis dahin der Wissenschaft ganz unbekannter Mann, ist polnischer Jude, stand eine Zeit im Dienste der österreichischen Staatsbahnen und ist im Krieg (Erster Weltkrieg, R. K.), wo er im polnischen Okkupationsgebiet Dienst tat, zum Ministerialrat ernannt worden. Jetzt (1940) besitzt er ein Gut in Polen und hat die polnische Staatsangehörigkeit erworben. Ob er nun wirklich der geistige Urheber der Karte ist oder welche Kreise sonst dahinter gestanden haben mögen, entzieht sich unserer Kenntnis.«²

In Wirklichkeit wies die Karte grobe Fälschungen zu Lasten der Deutschen auf und wirkte sich daher verheerend bei den Verhandlungen in Versailles aus, bei denen die Polen geschickt mit dieser Karte arbeiteten. Sie gab ein völlig falsches Bild von den wirklichen Verhältnissen in Ostdeutschland. Der Breslauer Geograph Walter GEISLER und seine Schüler stellten dann die Fälschungen auf der Karte heraus und erarbeiteten mit wissenschaftlichen Methoden eine den wirklichen Verhältnissen entsprechende Karte.

Die Hauptfehler der Spettschen Karte waren.

1. Der Verfasser hatte seine Karte eine der »Nationalitäten« genannt. Er ging aber von den für die einzelnen Gemeinden angegebenen Anteilen der Muttersprachen aus, hatte also eine Sprachenkarte erstellt. Bekanntlich fallen aber Muttersprache und Nationalität oft nicht zusammen. So haben bei den Abstimmungen 1920 in den ostpreußischen Kreisen rund 50 Prozent der polnisch sprechenden Bevölkerung für Deutschland gestimmt.

2. Der Verfasser hat alle Abstimmenden, die eine andere Muttersprache als die deutsche angegeben hatten, für die polnische Nationalität vereinnahmt. So wurden die Kaschuben, Masuren, Oberschlesier (Was-

Helmut LÜPKE, Historische Fälschungen als Werkzeug der Politik, Junker und Dünnhaupt, Berlin ²1940, S. 54.

² Ebenda, S. 56.

Falsche Karte Ostdeutschlands 1918



Die »Nationalitätenkarte« von Jakob Spett.

serpolacken) und Mähren sowie die Bewohner des Hultschiner Ländchens einfach als Polen angeführt.

- 3. Es wurde von dem Verfasser die unterschiedliche Bevölkerungsdichte in den verschiedenen Gebieten nicht berücksichtigt. So wurde eine dicht besiedelte Stadt flächenmäßig genauso wie dieselbe Fläche einer dünn bewohnten Waldgegend dargestellt, was sich zuungunsten der Deutschen auswirkte, die sehr viel stärker in den Städten vorhanden waren als auf dem Land. Große, nahezu unbesiedelte Wald- und Moorgegenden wurden der polnischen Nationalität zugeschlagen. So erschienen die großen Waldlandschaften in Pommerellen, in der Tucheler Heide und in Oberschlesien als von Polen besiedelt und machten wegen ihrer großen Fläche einen bedeutenden, für Polen sprechenden Eindruck.
- 4. An manchen Stellen, wo es kritisch für eine polnische Mehrheit wurde, setzte der Verfasser auf der Karte den deutschen Anteil an der Bevölkerung willkürlich herab, beging also eine offene Fälschung der Verhältnisse bei den Nationalitäten.

Mit solchen gefälschten Karten wurden in Versailles die alliierten Staatsmänner getäuscht, die teilweise – wie insbesondere die Amerikaner – keine Ahnung von den tatsächlichen Gegebenheiten in den Gegenden mit vermischter Bevölkerung im Osten hatten.

Rolf Kosiek

Zur Selbständigkeit Polens

Am 11. November 2008 wurde in Polen des 90. Jahrestages der Macht-übernahme Josef Pilsudskis in Warschau gedacht. Dieser Tag wurde als der der Wiedererlangung der Unabhängigkeit Polens gefeiert: »Vor 90 Jahren, nach 123 Jahren Gefangenschaft und Besatzung, ist Polen neu entstanden«, erklärte Polens Staatspräsident Lech Kaczynski bei dem Festakt, an dem auch Bundeskanzlerin Merkel teilnahm.¹ Nicht erwähnt wurde dabei, auch nicht von der Bundeskanzlerin, daß der polnische Staat bereits zwei Jahre früher, am 5. November 1916, vom Deutschen Reich und Österreich-Ungarn, die das Land von der Herrschaft des Zaren befreit hatten, ausgerufen worden war.

Die historischen Tatsachen dazu sind: Nach dem Zusammenbruch des polnischen Staates und jahrelangen Wirren kam es vor allem auf Druck aus Petersburg zu den drei polnischen Teilungen von 1772, 1793 und 1795 zwischen Rußland, das den größten Anteil erhielt, Österreich und Preußen. Das Ergebnis wurde auf dem Wiener Kongreß 1815 im wesentlichen bestätigt, wobei das sogenannte Kongreß-Polen Königreich in Personalunion mit Rußland wurde, der Zar also polnischer König war. Mehrere polnische Aufstände gegen die russische Herrschaft im 19. Jahrhundert wurden vom Zaren unterdrückt.

Der Erste Weltkrieg brachte dann Veränderungen der Machtverhältnisse. In Polen kämpfte eine Gruppe um Pilsudski zunächst auf seiten Deutschlands und Österreichs gegen den Zaren, während eine andere, die Nationaldemokraten, unter Roman Dmowski in dem Deutschen Reich den Hauptgegner sah, gegen den sie zusammen mit Rußland vorgehen wollte.

Beide Kriegsseiten umwarben die Polen. Der von Ostpreußen aus 1914 nach (Kongreß-)Polen vorrückende Befehlshaber der deutschen Truppen, der General von Morgen, rief die Polen zur Erhebung gegen »die russischen Barbaren« auf und versprach ihnen politische und religiöse Freiheit. Der Oberbefehlshaber der russischen Einheiten, der Großfürst Nikolai, richtete am 14. August 1914 eine Proklamation an die Polen, in der er eine Vereinigung aller Teile Polens, aber nicht die Unabhängigkeit versprach: »Die Stunde ist gekommen, da der heilige Traum eurer Väter und Großväter in Erfüllung geht. . ., möge es nur ein einziges Polen unter dem Zepter des russischen Zaren geben.«²

Im Sommer 1915 wurde zwar ganz Polen von den Mittelmächten erobert, die es dann von Warschau und Lublin aus verwalteten, aber ein Frieden mit dem Zarenreich ließ sich nicht erreichen. Am 11. und 12. August 1916 beschlossen der deutsche Reichskanzler von BETHMANN ¹ »Polen feiert seine Wiedererstehung«, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 12. 11. 2008.

² Martin Broszat, 200 Jahre deutsche Polenpolitik, München 1963, S. 134.

Zur Selbständigkeit Polens

³ Herbert MICHAE-LIS u. a., *Ursachen und Folgen*, Bd. 1, Berlin o. J., S. 36 ff.



Hans-Hartwig von Beseler (1850–1921).

HOLLWEG und der österreichisch-ungarische Außenminister Baron BU-RIAN die Errichtung eines selbständigen Königsreichs Polen.³

Am 5. November 1916 verkündete der deutsche Generalgouverneur, General (später Generaloberst) Hans-Hartwig von Beseler, in einer Feier im Warschauer Schloß »auf allerhöchsten Befehl Seiner Majestät des Deutschen Kaisers« die Bildung eines selbständigen Staates Polen mit erblicher Monarchie und konstitutioneller Verfassung. Man sei dabei »von dem Wunsche geleitet, die von ihren tapferen Heeren mit schweren Opfern der russischen Herrschaft entrissenen polnischen Gebiete einer glücklichen Zukunft entgegenzuführen«. Eine genaue Bestimmung der Grenzen des neuen Staates solle vorbehalten bleiben. Zeitgleich damit erfolgte dasselbe durch Feldzeugmeister Kuk in Lublin für den Kaiser von Österreich und König von Ungarn.

General von Beseler berief dann einen »provisorischen Staatsrat« aus 25 Mitgliedern mit beratender Aufgabe, der am 14. Januar 1917 in Warschau zusammentrat. In einem durch von Beseler und den österreichischen Gouverneur Graf von Szeptycki verkündeten »Patent« wurde die »Staatsgewalt im Königreich Polen« festgelegt: Ein aus drei Mitgliedern bestehender Regentschaftsrat, der von den Monarchen der Besatzungsmächte eingesetzt werden sollte, sollte die »oberste Staatsgewalt« ausüben, bis ein König oder Regent sie übernehmen könne. Dabei sollte die völkerrechtliche Stellung des Deutschen Reiches und der k. u. k. Monarchie beachtet werden. Im ganzen hatten die Mittelmächte in allen wichtigen Angelegenheiten noch die Kontrolle. Insbesondere hieß es in Arti-

Die Mitglieder des Regentschaftsrates des Regentschaftskönigreichs Polen, von links: Józef Оstrowski, Erzbischof Aleksander Какоwski und Fürst Zdzislaw Luboмікзкі. Der Regenschaftsrat Polens bestand vom 5. November 1916 bis zum 11. November 1918.



Zur Selbständigkeit Polens

kel 5 des Patents: »Die völkerrechtliche Vertretung des Königreichs Polen und das Recht zum Abschluß internationaler Vereinbarungen können von der polnischen Staatsgewalt erst nach Beendigung der Okkupation ausgeübt werden«.4

Wegen der nur beschränkten in Aussicht gestellten Freiheiten lehnte die Mehrheit der Polen diese Regelungen ab. Die von den Deutschen erhofften großen Zahlen freiwilliger Polen für den Kampf gegen Rußland blieben aus. Der deutsche Generalstabschef Erich LUDENDORFF stellte in seinen Erinnerungen fest: »Die Erklärung des Königreichs am 5. November sowie alle Maßnahmen zur Bildung eines polnischen Heeres waren Schläge ins Wasser «5

Parallel dazu stärkten die Alli-

ierten, insbesondere, als sie seit 1917 nicht mehr auf ihren früheren Verbündeten in Petersburg Rücksicht zu nehmen brauchten, Bestrebungen nationalpolnischer Kreise, die ein vereintes und freies Polen als Ziel hatten. In Paris wurde ein Polnisches Nationalkomitee gegründet. Nationaldemokratische Emigranten in westlichen Staaten setzten sich für die Wiedervereinigung ganz Polens ein und erklärten, daß das polnische Volk eine unteilbare Einheit sei.6

US-Präsident WILSON nahm dann 1918 die Herstellung eines unabhängigen Polens in seine 14 Punkte auf. Aufgrund falscher Darstellungen polnischer Berater bei der Friedenskonferenz von Versailles 1919 wurden dort unzweifelhaft deutsche Gebiete an Polen übertragen oder wie Danzig und das Memelland vom Reich abgetrennt, wodurch der Keim zum Zweiten Weltkrieg gelegt wurde.

Wenn man die Freiheiten in der Proklamation der Mittelmächte für Polen von 1916 mit den Bedingungen der Alliierten für die Bundesrepublik Deutschland von 1949 vergleicht, schneiden die deutschen Besat-

zungstruppen sehr gut ab.

Das Land Winday Kurland Libau Memel Pinak Brest Litowak Warschau

Karte von Ober Ost, von dem Gebiet des Oberbefehlshabers der gesamten deutschen Streitkräfte im Osten während des Ersten Weltkrieges (Stand 1917). Das Gebiet des Oberbefehlshabers erstreckte sich mit einer Fläche von rund 108 808 km² über Kurland, das Gebiet des heutigen Litauens, einige damals noch überwiegend litauische, jetzt polnische Distrikte wie Augustow und Suwalki und die westlichen Distrikte Weißrußlands. Nationalpolnische Kreise strebten nach der Oktober-Revolution in Rußland eine Wiedervereinigung ganz Polens an.

4 MICHAELIS, ebenda, S. 51f. ⁵ Erich LUDEN-DORFF, Meine Kriegserinnerungen, Berlin 1919, S. 317. 6 »5. November 1916: Polen wurde Königreich«, in: Alte Kameraden, 29. Jg., Nr. 11, November 1991, S. 11.

Schon der Ablauf der Ereignisse im Sommer 1914 zeigt, daß Deutschland keinen Krieg wollte. Von einer Kriegsschuld kann nicht die Rede sein. geschweige denn von einer Alleinschuld. Am Schluß dieser Richtigstellung wird die Entwicklung der Lage kurz vor dem Ausbruch des Krieges dargestellt.

Die Beschlüsse von Versailles 1919 wirken bis in unsere Zeit. Diese Katastrophe des 20. Jahrhunderts wird aber heute bei Historikern und Politikern als wichtigste Ursache des Zweiten Weltkrieges weitgehend verschwiegen. Der nicht zum Establishment gehörende Historiker Hellmut DIWALD urteilte über das Diktat: »In Versailles verhandelten aber nicht die Gewinner des Krieges mit den Verlierern über die Bedingungen eines Friedensvertrages. In Versailles hatten sich vielmehr die Sieger aufgrund ihrer militärischen Macht selbst zu Richtern ernannt. Sie erklärten die Besiegten zu Angeklagten und beschuldigten sie des größten Verbrechens der Geschichte. Gegen die Delinquenten wurde in Abwesenheit verhandelt. Sie erhielten keine Gelegenheit, sich zu verteidigen. Der Urteilsspruch wurde als Ultimatum überreicht.«¹

Die wichtigste Bestimmung des Diktates war der Artikel 231. Darin versuchten die Alliierten mit der die Geschichte fälschenden Behauptung, daß Deutschland am Ersten Weltkrieg schuldig sei, die moralische Grundlage für die harten Forderungen des Friedensvertrages zu bilden. Dieser Artikel lautet: »Die alliierten und assoziierten Regierungen erklären und Deutschland erkennt an, daß Deutschland und seine Verbündeten als Urheber aller Verluste und aller Schäden verantwortlich sind, welche die alliierten und assoziierten Regierungen und ihre Angehörigen infolge des ihnen durch den Angriff Deutschlands und seiner Verbündeten aufgezwungenen Krieges erlitten haben.«²

Damit wurde die Schuld am Ersten Weltkrieg allein dem Reich zugeschoben, da dieses der geplanten und vorbereiteten Herbeiführung des Krieges überführt sei.

Doch das ist falsch. Das Gegenteil ist richtig und entspricht der historischen Wahrheit: Von den später kriegführenden Nationen hat Deutschland am wenigsten 1914 auf den Krieg gedrängt, hat es am wenigsten Ansprüche an seine Nachbarn gehabt.

Schon in seiner Entgegnung auf CLEMENCEAUS Rede bei der Übergabe des Diktat-Textes am 5. Mai 1919 im Spiegelsaal von Versailles hatte der Führer der deutschen Abordnung, Reichsaußenminister Graf BROCK-DORFF-RANTZAU, sich gegen diese Behauptung gewandt und die Forderung zurückgewiesen, daß Deutschland sich zur Alleinschuld am Kriege bekennen solle. Dabei hatte er erklärt: »Es wird von uns verlangt, daß wir uns als die allein Schuldigen am Kriege bekennen. Ein solches Bekenntnis wäre in meinem Munde eine Lüge.«

¹ Hellmut DIWALD, Deutschland einig Vaterland, Geschichte unserer Gegenwart, Ullstein, Frankfurt/M.—Berlin 1990, S. 15.

² Der Friedensvertrag von Versailles, Reimar Hobbing, Berlin 1919, S. 103.

In der deutschen Note vom 13. Mai 1919 auf den überreichten Vertragsentwurf der Alliierten erhob der deutsche Außenminister erneut Einspruch gegen den Artikel 231 und wies den Vorwurf der Alleinkriegsschuld abermals zurück: »Das deutsche Volk hat den Krieg niemals gewollt und würde einen Angriffskrieg niemals unternommen haben. Im Bewußtsein des deutschen Volkes ist dieser Krieg stets ein Verteidigungskrieg gewesen. Auch die Auffassung der alliierten und assoziierten Regierungen, wer als Urheber des Krieges zu beschuldigen ist, wird von der deutschen Delegation nicht geteilt. Sie vermögen der früheren deutschen Regierung nicht die alleinige und hauptsächliche Schuld an diesem Kriege zuzusprechen. In dem vorgelegten Entwurf eines Friedensvertrages findet sich nichts, was jene Auffassung tatsächlich begründet, keinerlei Beweise werden für sie beigebracht. Die deutschen Delegierten bitten deshalb um die Mitteilung des Berichtes der von den alliierten und assoziierten Regierungen eingesetzten Kommission zur Prüfung der Verantwortlichkeit der Urheber des Krieges.«3

Darauf antwortete CLEMENCEAU, daß Deutschland nicht gegen die Wortwahl in der LANSING-Note vom 5. November 1918 protestiert habe, in der vom Angriff Deutschlands und den daraus folgenden Schäden die Rede sei. Das bedeute eine deutsche Anerkennung der Kriegsschuld. Die Aushändigung des Kommissionsberichts lehnte er ab.

Doch der Text dieses Machwerks der Kommission, das von dem Engländer Sir Ernest Pollock, dem Franzosen André Tardieu, dem Italiener Vittorio Scialoja und dem Belgier Edouard Rolin-Jaequemyns erarbeitet worden war, kam doch in deutsche Hände. Er beginnt mit dem Satz: »Nachdem die Kommission die zahlreichen amtlichen Urkunden, die sich sowohl auf den Ursprung des Weltkrieges als auch auf die Neutralitäts- und Grenzverletzungen, Begleiterscheinungen des Kriegsbeginns, beziehen, geprüft hat, hat sie in der Frage der Verantwortlichkeit der Urheber des Krieges festgestellt, daß die Verantwortung in vollem Umfange den Mächten zukommt, die ihn erklärt haben, um einer Angriffspolitik zu dienen, deren Verheimlichung dem Ursprung dieses Krieges den Charakter einer geheimen Verschwörung gegen den europäischen Frieden verleiht. Diese Verantwortung lastet erstens auf Deutschland und Österreich, zweitens auf der Türkei und Bulgarien.«4

Der erste Abschnitt des Textes trägt dann auch schon die das Ergebnis vorwegnehmende Überschrift: »Vorgefaßte Absicht, Krieg führen zu wollen.« Und als Gesamturteil steht im Bericht: »Der Krieg ist von den Zentralmächten ebenso wie von ihren Verbündeten, der Türkei und Bulgarien, mit Vorbedacht geplant worden, und er ist das Ergebnis von Handlungen, die vorsätzlich und in der Absicht begangen wurden, ihn unvermeidlich zu machen. In Übereinstimmung mit Österreich-Ungarn hat



Reichsaußenminister Ulrich Graf Brock-DORFF-RANTZAU.

³ Zitiert in: Kronprinz Wilhelm, Ich suche die Wahrheit! Ein Buch zur Kriegsschuldfrage, J. G. Cotta'sche Buchhandlung Nachf., Stuttgart-Berlin 1925, S. 13 f.

⁴ Ebenda, S. 15.

Belgische Zivilisten und deutsche Soldaten posieren Seite an Seite am 4. August 1914 jenseits der deutschen Grenze bei Stavelot in den belgischen Ardennen. (Aus: H. STRACHAN, Der Erste Weltkrieg, München 2004)

Bei der Kriegsschuldfrage verweisen die Befürworter der Alleinschuld Deutschlands auf die Verletzung der belgischen Neutralität durch die Deutschen - abgesehen davon, daß Belgi-Deutschland mobilisierte und Deutschland um das Recht des Durchmarsches ersucht hatte. BETHMANN HOLLWEG

hatte die Verletzung der belgischen Neutralität am 4. August 1914 wie folgt gerechtfertigt: »Wir sind ietzt in der Notwehr: und Not kennt kein Gebot. Unsere Trupbesetzt, vielleicht schon belgisches Gebiet betreten..., das widerspricht den Geboten des Völkerrechts. Das Unrecht. . . ., das wir damit tun, werden wir wieder gutzumachen suchen, sobald unser militärisches Ziel erreicht ist.«



Deutschland vorsätzlich daran gearbeitet, die zahlreichen vermittelnden Vorschläge der Ententemächte auf die Seite zu schieben und ihre wieen einen Tag früher als derholten Bemühungen, den Krieg zu verhüten, zunichte zu machen.«5 Das stellt die Wirklichkeit auf den Kopf. Vom Deutschen Reich gingen mehrere Friedensfühler und -angebote aus, die von den Alliierten abgelehnt wurden.

> Auf diese Veröffentlichung hin wurde eine deutsche Antwort von Professor Hans Delbrück, Graf Max Montgelas, Max Weber und Albrecht MENDELSSOHN-BARTHOLDY verfaßt und am 27. Mai 1919 den Allijerten unter der Überschrift »Bemerkungen zum Bericht der Kommission der alliierten und assoziierten Regierungen über die Verantwortlichkeiten der Urheber des Krieges« übergeben.6

Darauf antworteten die Alliierten mit der sogenannten »Mantelnote« vom 16. Juni 1919, in der es zur Schuldfrage heißt: »Nach der Meinung der alliierten und assoziierten Mächte ist der Krieg, der am 1. August pen haben Luxemburg 1914 ausgebrochen ist, das größte Verbrechen gegen die Menschheit und die Freiheit der Völker gewesen, welches je eine Nation, die sich als eine zivilisierte betrachtet, bewußt unternommen hat. Während langer Jahre haben die Machthaber Deutschlands, der preußischen Tradition getreu, ihre Anstrengungen vervielfältigt, um sich in Europa die Hegemonie zu sichern. Sie haben sich keineswegs mit der Wohlfahrt und dem wachsenden Einfluß begnügt, welchen Deutschland mit Recht für sich beanspruchen kann und welchen alle anderen Nationen gewillt waren, ihm in der Gesellschaft freier und gleichberechtigter Völker zuzuerkennen. Sie ha-

⁵ Ebenda, S. 16.

⁶ Ebenda.

ben sich in die Lage versetzen wollen, ein geknechtetes Europa ebenso zu beherrschen und zu tyrannisieren, wie sie ein geknechtetes Deutschland beherrscht und tyrannisiert haben. Um ihr Ziel zu erreichen, haben sie mit allen in ihrer Macht stehenden Mitteln die Sinnesrichtung ihrer Untertanen zu der Doktrin erzogen, daß in den internationalen Angelegenheiten Macht Recht sei. Sie haben niemals aufgehört, die Rüstungen Deutschlands zu Lande und zu Wasser zu entwickeln und die lügnerische Behauptung zu verbreiten, daß eine solche Politik nötig sei, weil die Nachbarn Deutschlands auf seinen Wohlstand und seine Macht eifersüchtig seien. Sie haben versucht, anstatt Freundschaft Feindschaft und Mißtrauen zwischen den Nationen zu säen. Sie haben ein Spionage- und Intrigensystem entwickelt, das sie in den Stand gesetzt hat, innere Unruhen und Revolten hervorzurufen und sogar geheime Angriffsvorbereitungen auf dem Territorium ihrer Nachbarn zu treffen, um im gegebenen Augenblick sie mit mehr Sicherheit und Leichtigkeit vernichten zu können. Sie haben Europa durch Gewaltandrohungen in einem Zustande der Gärung gehalten, und, als sie festgestellt haben, daß ihre Nachbarn entschlossen waren, ihren anmaßenden Plänen Widerstand zu leisten, haben sie sich entschlossen, ihre Vorherrschaft durch Gewalt zu begründen, sobald ihre Vorbereitungen beendet waren. Sie haben einen unterwürfigen Verbündeten ermutigt, Serbien den Krieg binnen 48 Stunden zu erklären, diesen Krieg, dessen Ziel die Kontrolle des Balkans war. Sie wußten sehr wohl, daß sich derselbe nicht lokalisieren lassen und den allgemeinen Krieg entfesseln werde. Um diesen allgemeinen Krieg doppelt sicher zu machen, haben sie sich jedem Versuch der Verständigung und der Konferenz entzogen, bis es zu spät war und der Weltkrieg unvermeidlich geworden ist, jener Weltkrieg, den sie geplant hatten und für den Deutschland allein unter den Nationen vollständig gerüstet und vorbereitet war.«7 Auch dies ist falsch. Die Alliierten hatten wesentlich mehr Soldaten und größere Anzahlen von Geschützen.

In der »Mantelnote« wird vor allem Preußen geschichtswidrig Militarismus vorgeworfen: »Die Geschichte der kritischen Tage vom Juli 1914 ist jedoch nicht in den Augen der alliierten und assoziierten Mächte die einzige Grundlage, auf die man die Schuld Deutschlands an der Entstehung des Krieges stützen soll. Der Krieg ist nicht aus einem plötzlich während einer schweren Krisis gefaßten Entschluß entstanden. Er war das logische Ergebnis der Politik, die Deutschland unter dem Einfluß des preußischen Systems während mehrerer Jahrzehnte verfolgte.

Die ganze Geschichte Preußens ist durch den Geist der Beherrschung, des Angriffs und des Krieges charakterisiert. Durch den Erfolg hypnotisiert, mit dem BISMARCK, als Fortsetzer der Tradition FRIEDRICHS DES GROSSEN, die Nachbarn Preußens beraubte und die Einheit Deutsch-

⁷ Antwort der alliierten und assoziierten Mächte, Reimar Hobbing, Berlin 1919, S. 5 f.



Die am 8. April 1904 geschlossene Entente Cordiale zementierte den britisch-französischen Willen zur Einkreisung Deutschlands, Hier: Karikatur mit John Bull, der sich mit der Dirne Marianne (sie trägt ein dreifarbiges Kleid) davonschleicht und dem Kaiser den Rücken zuwendet. Die Spitze eines Kavallerie-Säbels ragt unter dem Mantel hervor, was eine mögliche Anwendung von Gewalt darstellen soll.

lands durch Blut und Eisen schuf, unterwarf sich nach 1871 das deutsche Volk fast vorbehaltlos der Inspiration und der Leitung seiner preußischen Beherrscher.«⁸ Diese Behauptung ist falsch: Preußen-Deutschland hat sich als die europäische Großmacht mit den wenigsten Kriegen seit 1800 hervorgetan.

Das Ergebnis seiner Würdigung der alliierten Behauptungen hat der deutsche Kronprinz WILHELM in die Worte gefaßt: »Das Brandmal, das der Vertrag von Versailles dem deutschen Volke und seinen Regierungen aufgeprägt hat, kann schon heute (1925, R. K.) bis auf den letzten Rest ausgetilgt werden. Es kann bewiesen werden, daß jeder von den oben mitgeteilten Sätzen der Note vom 16. Juni und der Artikel 231, den sie erläutert, der Wahrheit ins Gesicht schlägt.«⁹

Das wurde in den zwanziger Jahren auch durch eine Reihe ausländischer Historiker nachgewiesen: ¹⁰ Das Deutsche Reich war in Wirk-

lichkeit – etwa im Gegensatz zu Frankreich und Rußland – 1914 kein Kriegstreiber gewesen, sondern hatte versucht, den Frieden zu erhalten und die vielen Opfer zu ersparen.

Dennoch erklärte am 3. März 1921 auf der Londoner Konferenz über die Reparationen der Führer der britischen Delegation, Premierminister LLOYD GEORGE: »Für die Alliierten ist die deutsche Verantwortung für den Krieg grundlegend. Sie ist das Fundament, auf dem der Bau des Vertrages von Versailles errichtet wurde. Wenn dies abgelehnt oder aufgegeben wird, ist der Vertrag zerstört.«¹¹

In einer besonderen Urkunde vom 22. September 1919 erklärten die Sieger ausdrücklich, daß alle Artikel der Weimarer Verfassung, die mit dem Versailler Vertrag kollidierten, ungültig seien. ¹² Die Souveränität des Deutschen Reiches war also entscheidend geschwächt worden.

⁸ Ebenda, S. 41.

⁹ WILHELM, aaO. (Anm. 3), S. 20.

¹⁰ Zum Beispiel durch den US-Historiker Harry Elmer BARNES.

¹¹ Zitiert in: DIWALD, aaO. (Anm. 1), S. 17.

¹² Ebenda, S. 20.

Der Ablauf der Juli-Krise 1914

Zur Zeit der Balkankrisen in den letzten Jahren vor 1914 hatte der österreichische Generalstabschef Franz Conrad von Hötzendorf schon mehrfach, vor allem 1908 und 1912/13, einen österreichischen Einmarsch in Serbien gefordert, um der lauf enden serbischen Wühlarbeit gegen Österreich ein Ende zu bereiten. Auch auf deutschen Rat hin hatte jedoch Österreich unter seinem greisen Kaiser immer wieder davon Abstand genommen. Der Kronprinz hatte bis in Einzelheiten gehende Reformen für den Balkanraum vor. Diese wollte Serbien verhindern und zugleich durch Annexion österreich-ungarischer Gebiete ein Großserbien werden.

Am 28. Juni 1914 wurde der österreichische Thronfolger Erzherzog Franz Ferdinand auf einer Fahrt durch Sarajewo im offenen Wagen mit seiner Gemahlin, der Herzogin Sophie von Hohenberg, erschossen. Der Täter, der 18jährige serbische Gymnasiast Gavrilo Princip, wurde sofort gefaßt. Er wurde von der serbischen Presse hoch gefeiert und als Held gerühmt. Nachdem Wien von dem erst wenige Jahrzehnte selbständigen Serbien schon seit Jahren provoziert worden war, ohne etwas Entscheidendes dagegen zu unternehmen, mußte es hier durchgreifen und konnte diese Herausforderung nicht einfach übergehen.

Am 6. Juli 1914 erklärte Deutschland, daß es im Kriegsfalle zur Donaumonarchie stehe.

Diese wartete allerdings fast vier Wochen mit Gegenmaßnahmen, da sie hoffte, den gefürchteten Krieg durch internationale Verhandlungen überflüssig machen zu können.

Am 15. Juli 1914 führte England eine Probemobilisierung seiner Flotte durch und ließ jene bestehen.

Am 20. Juli 1914 besuchten der französische Staatspräsident POINCARÉ und sein Ministerpräsident VIVIANI Petersburg und besprachen sich drei Tage lang mit den Vertretern der russischen Kriegspartei, wobei gegenseitig kriegerische Hilfe gegen Deutschland vereinbart und die Zusammenarbeit beider Staaten gegen Deutschland verstärkt wurde.

Am 23. Juli 1914 sandte Wien um 18 Uhr ein auf 48 Stunden befristetes Ultimatum nach Belgrad, in dem in zehn Punkten unter anderem ein Ende der antiösterreichischen Propaganda in Serbien (Punkt 5), und eine gerichtliche Aufklärung des Attentats unter Teilnahme österreichischer Organe (Punkt 6) gefordert wurden. Diese beiden Punkte wurden von Serbien in dessen Antwort abgelehnt, die am 25. Juli 1914 kurz vor 18 Uhr an den österreichischen Geschäftsträger in Belgrad übergeben wurde. Vor Übergabe der Antwort hatte Serbien die Nachricht erhalten, daß es von Rußland bei möglichen kriegerischen Auseinandersetzungen unterstützt werde.

Kurz vorher hatte am Abend des 25. Juli 1914 ein Kronrat in Petersburg getagt, auf dem dem Zaren mitgeteilt worden war, daß seine Armee bereits kriegsbereit sei. Es wurde beschlossen, Maßnahmen zur Einleitung der Mobilmachung zu erlassen, die am folgenden Tag, dem 26. Juli 1914, verwirklicht wurden, aber erst am 29. Juli 1914 bekannt wurden.

Noch am 25. Juli 1914 machten die Serben mobil.

Daraufhin brach Wien am Abend des 25. Juli die diplomatischen Beziehungen zu Serbien ab und rief die Mobilmachung aus.

Vom 26. bis 30. Juli betrieben Deutschland und England Vermittlungs-

versuche, die ohne Erfolg blieben.

Am 27. Juli 1914 kam Kaiser WILHELM II. von seiner Nordlandreise zurück, die er auch als ein Mittel zur politischen Beruhigung wie geplant unternommen hatte, da er nicht mit einem Krieg gerechnet hatte.

Am 27. Juli 1914 sandte der Zar ein Telegramm an den Kronprinzen ALEXANDER, den Regenten von Serbien, daß dieser sicher sein könne, »daß Rußland sich in keinem Falle an dem Schicksal Serbiens desinteressieren wird«.

Vom 28. bis 31. Juli bemühte sich WILHELM II. in Telegrammen darum, den Zaren für den Erhalt des Friedens zu gewinnen, letztlich ohne Erfolg.

Am 28. Juli 1914 erklärte um 11 Uhr Österreich Serbien den Krieg. Daraufhin wurden weitere Schritte der Mobilmachung in Petersburg getroffen.

Bis zu diesem 28. Juli und auch am 29. Juli hatte Deutschland noch nichts in Richtung auf eine Mobilmachung in Gang gesetzt.

Am 28. Juli hatte der deutsche Kaiser dem Generalstab mitteilen lassen, daß ein Krieg unwahrscheinlich sei. Der deutsche Botschafter in Wien wurde telegraphisch angewiesen, der Wiener Regierung dringend Mäßigung anzuraten.

Am 29. Juli 1914 gab Rußland seine seit dem 25. Juli 1914 laufende Teilmobilisierung bekannt. Vorher hatte der russische Generalstabschef entgegen den Tatsachen dem deutschen Militärbevollmächtigten sein Ehrenwort gegeben, daß die russische Mobilisierung noch nicht erfolgt sei.

Am 29. Juli 1914 sandte der deutsche Generalstab, der von der russischen Mobilmachung unterrichtet worden war, dem Kaiser eine Denkschrift, in der angesichts der militärischen Maßnahmen Rußlands auf die Gefahr für Deutschland hingewiesen wurde, die durch weiteres Nichtstun erwachse. Aber an diesem Tag wie auch am folgenden, dem 30. Juli, wurde von Deutschland nichts in bezug auf eine Mobilmachung getan.

Am Abend des 29. Juli 1914 wurde in Petersburg der Beschluß zur totalen Mobilmachung gefaßt. Das war in der damaligen Zeit praktisch eine Kriegserklärung. Sie wurde am Morgen des 30. Juli vollzogen.

Am 29. Juli 1914 sandte Kaiser WILHELM II. um 18 Uhr 30 abends ein Telegramm an den Zaren, worauf dieser die Mobilmachung in eine Teilmobilmachung gegen Österreich umwandelte, also teilweise aufhob, was aber von seinen Militärs nicht durchgeführt wurde. Zugleich hatte Berlin von London erfahren, daß England bei einem Krieg voraussichtlich auf seiten Frankreichs und Rußlands stehen werde. Berlin übte daraufhin einen starken Druck auf Wien aus, eine Vermittlung anzunehmen und sich entgegenkommend zu zeigen.

Am frühen Morgen des 30. Juli versuchten der russische Außenminister und der russische Generalstab, den Zaren zur Zurücknahme seines Vetos gegen die Mobilmachung zu gewinnen. Nachmittags gegen 13 Uhr gab der Zar nach, und die russischen Mobilmachungsbefehle gingen ab 18 Uhr hinaus. Der zuständige General war dann für Stun-

den unauf findbar.

Währenddessen übte die Londoner Regierung starken Druck auf Berlin aus, daß dieses in Wien zur Vermittlung dränge, was auch geschah, während Deutschlands Aufforderung, daß London beim Zaren gegen weitere militärische Maßnahmen vorspreche, von England kaum nachgekommen wurde.

Am 30. Juli 1914 mobilisierte Frankreich seinen Grenzschutz.

Als die Deutschen bis zum *31. Juli* ohne Mobilmachung gewartet hatten, traf um *31. Juli* um 11 Uhr 30 die Nachricht von der russischen Mobilmachung vom 30. Juli 1914 ein.

Am Mittag des 31. Juli 1914 ordnete Kaiser Franz Joseph die allgemeine Mobilmachung Österreichs und das Aufgebot des Landsturms an.

Am 31. Juli 1914 gegen 13 Uhr erklärte Kaiser WILHELM II. den Zustand drohender Kriegsgefahr, der noch nicht die Mobilisierung umfaßte.

Am 31. Juli 1914 richtete die Reichsregierung ein auf zwölf Stunden befristetes Ultimatum an Rußland, daß die deutsche Mobilmachung anlaufen werde, wenn Rußland nicht jede militärische Maßnahme ge-

gen Deutschland und Österreich unterlasse.

Um kurz vor 16 Uhr am 31. Juli 1914 schickte Kaiser WILHELM II. ein weiteres Telegramm an den Zaren nach Petersburg, in dem er den Zaren auf seine Verantwortung für den kommenden Krieg hinwies und auf seine Möglichkeit abhob, die militärischen Maßnahmen zu beenden und damit einen Krieg zu vermeiden.

Noch am 31. Juli 1914 kurz vor 19 Uhr ging eine deutsche Anfrage, befristet auf 18 Stunden, nach Paris, ob Frankreich sich bei einem

deutsch-russischen Krieg neutral verhalten werde.

Am Mittag des 1. August 1914 erklärte Frankreich, daß es tun werde, »was seine Interessen gebieten«.

Am 31. Juli 1914 wurde in Paris auf offener Straße der Sozialistenfüh-

- rer JAURÈS, der als deutschfreundlich galt, ermordet. Der französische Kriegsminister erklärte, daß Paris zum Krieg gegen Deutschland entschlossen sei.
- Am 31. Juli 1914 gegen Mitternacht forderte die deutsche Regierung in einem Ultimatum an Rußland, binnen 12 Stunden die kriegerischen Maßnahmen gegenüber Deutschland und Österreich einzustellen. Darauf erfolgte trotz dreier deutscher Mahnungen am 1. August 1914 keine Antwort.
- Am 31. Juli 1914 mobilisierte Belgien. Einem Vorschlag des britischen Außenministers, die Truppen an den Grenzen stehen zu lassen, wurde von Deutschland sofort zugestimmt. Frankreich lehnte jedoch ab.
- Am 1. August 1914 ließ Frankreich um 16 Uhr mobilisieren.
- Am 1. August ließ Churchill eigenmächtig die britische Flotte mobilisieren.
- Am 1. August 1914 erließ Deutschland als letzte der Großmächte um 17 Uhr den Mobilmachungsbefehl und erklärte am 1. August um 18 Uhr Rußland den Krieg.
- Am Abend des 2. August ersuchte Deutschland Belgien um das Recht des Durchmarsches für sein Heer.
- Am 2. August überschritten französische Truppen an einigen Stellen die deutsche Grenze ohne Kriegerklärung.
- Am 3. August erklärte Deutschland, da Frankreich sich in den vergangenen Tagen mehrere Grenzverletzungen zuschulden kommen ließ, diesem den Krieg.
- Am 3. August mobilisierte England seine Armee.
- Am 3. August lehnte Belgien das deutsche Ersuchen auf Durchmarsch ab und wandte sich an London um Hilfe. Daraufhin marschierten deutsche Truppen in Belgien ein.
- Am 4. August 1914 erklärte London Deutschland den Krieg, weil letzteres die belgische Neutralität verletzt habe.
- Am 4. August erfolgte, nachdem Belgien die deutsche Forderung am 3. August abgelehnt hatte, der deutsche Einmarsch in dieses Land.
- Am 6. August erklärte Wien Rußland den Krieg.
- Am 6. August 1914 erklärte Deutschland Rußland den Krieg.
- Am 11. und 12. August 1914 übergaben Frankreich und England ihre Kriegserklärung in Wien an Österreich.
- Am 19. August 1914 forderte Japan ultimativ die Abtretung des deutschen Schutzgebietes Kiautschou mit Tsingtau. Das Reich lehnte ab, und am 23. August erklärte Japan Deutschland den Krieg, der nun zu einem Weltkrieg geworden war.

Stimmen zum Versailler Diktat II

Nach einheilliger Ansicht der Zeitgenossen wurde im Versailler Diktat von 1919 die Grundlage für einen neuen Weltkrieg geschaffen. Statt dem künftigen Frieden zu dienen, wurde der Samen für eine neue Auseinandersetzung gelegt. Schon früh erkannten das auch führende Politiker der Alliierten und warnten davor, das Deutsche Reich in die Verzweiflung zu treiben. Beispiele dafür sind nachfolgend aufgeführt. Diesen Stimmen wurde bedauerlicherweise nicht gefolgt.

Der amerikanische Außenminister Robert Lansing sagte am 8. 5. 1919: »Prüft den Vertrag, und Ihr werdet finden, daß Völker gegen ihren Willen in die Macht jener gegeben sind, die sie hassen, während ihre wirtschaftlichen Quellen ihnen zerrissen und anderen übergeben sind. Haß und Erbitterung, wenn nicht Verzweiflung, müssen die Folgen derartiger Bestimmungen sein. Es mag Jahre dauern, bis diese unterdrückten Völker imstande sind, ihr Joch abzuschütteln, aber so gewiß, wie die Nacht auf den Tag folgt, wird die Zeit kommen, da sie den Versuch wagen.«

Wladimir Iljitsch Lenin schrieb in Über Krieg, Armee und Militärwissenschaft, Berlin (Ost), Bd. 1, S. 569, 600 u. 774:

»Der Friede von Brest-Litowsk, von dem monarchistischen Deutschland diktiert und dann der weitaus bestialischere und niederträchtigere Friede von Versailles, von ›demokratischen‹ Republiken, von Amerika und Frankreich sowie vom ›freien‹ England, diktiert. . . daß wir nicht Vertreter der Kultur und Zivilisation vor uns haben, sondern in der Gestalt Englands und Frankreichs zwar demokratische Staaten, die jedoch von imperialistischen Räubern regiert werden. . .

Als Deutschland besiegt war, da schrie der Völkerbund, der Bund der Nationen, die gegen Deutschland gekämpft hatten, das sei ein Befreiungskrieg, ein demokratischer Krieg gewesen. Deutschland wurde ein Frieden aufgezwungen, aber das war ein Frieden von Wucherern und Würgern, ein Frieden von Schlächtern, denn Deutschland und Österreich wurden ausgeplündert und zerstückelt. Man nahm ihm alle Existenzmittel, ließ die Kinder hungern und des Hungers sterben. Das ist ein ungeheuerlicher Raubfrieden, der Millionen und aber Millionen Menschen, darunter die zivilisiertesten, zu Sklaven macht. Das ist kein Frieden, das sind vielmehr Bedingungen, die einem wehrlosen Opfer von Räubern mit dem Messer in der Hand diktiert worden sind.«



Robert LANSING.



Wladimir Iljitsch LENIN.

Stimmen zum Versailler Diktat II



Francesco NITTI.

Der italienische Ministerpräsident Francesco Niiti (1919–1920) schrieb in seinem Buch Europa am Abgrund, Frankfurt 1923, S. 23 f.:

»Von dem Augenblick an, da ich als Ministerpräsident Italiens den Vertrag von Versailles unterschreiben mußte, habe ich mich dank der Ententekonferenzen, an denen ich teilnahm, davon überzeugt, daß man nicht den Frieden wollte, sondern nur darauf ausging, Deutschland zu erwürgen und zu zerstückeln; und was die Sieger hierbei bestimmte, war nicht nur der Haß und die Rachsucht, sondern vor allem auch die Furcht, Deutschland stärker als je wieder auferstehen und kraft seiner machtvollen Arbeitsfähigkeit einen Platz auf dem Weltmarkt zurückerobern zu sehen.

Aber die Friedensverträge, im Hasse geboren, sind fast ausschließlich nach Frankreichs Willen ausgestaltet worden, und dieser Wille war nur eines: Deutschland demütigen, es erwürgen und zerstückeln. Die Reparationspolitik ist der verabscheuenswürdigste Betrug, den die moderne Geschichte verzeichnet. Ganz Europa ist balkanisiert worden und droht nunmehr, in der künstlich geschaffenen Zerrüttung unterzugehen.«



David LLOYD GEORGE.

Der britische Premierminister LLOYD GEORGE erklärte laut Vertrags-Ploetz II, 4, S. 600 f.:

»Unsere Bedingungen dürfen hart, sogar grausam sein, aber gleichzeitig können sie gerecht sein, daß das Land, dem sie auferlegt werden, in seinem Herzen fühlen wird, daß es kein Recht zur Klage hat. . . Aber Ungerechtigkeit und Anmaßung, ausgespielt in der Stunde des Triumphes, werden nie vergessen und vergeben werden. Aus diesen Gründen bin ich auf das schärfste dagegen, mehr Deutsche als unerläßlich nötig, der deutschen Herrschaft zu entziehen, um sie einer anderen Nation zu unterstellen.«



Woodrow WILSON.

US-Präsident Woodrow Wilson, zitiert in Erwin Viefhaus, Die Minderheitenfrage und die Entstehung der Minderheitenschutzverträge auf der Pariser Friedenskonferenz 1919, Würzburg 1960, S. 193:

»Wie kann sich zum Beispiel eine Macht wie die Vereinigten Staaten von Amerika – denn ich kann für keine andere sprechen – 3000 Meilen über den Ozean nach Unterzeichnung dieses Vertrages zurückziehen und ihrem Volke berichten, daß eine Friedensregelung für die Welt geschaffen worden sei, wenn sie Elemente enthält, die man nicht für dauerhaft ansehen kann. Ich kann es nicht.«

Ebert nie demokratisch gewählt

In den zeitgenössischen Medien wird Friedrich EBERT oft als das »erste demokratisch gewählte Staatsoberhaupt in der deutschen Geschichte«¹ bezeichnet. Johannes RAU nannte ihn den »ersten Bürger-Präsidenten in

der deutschen Geschichte«.2

Doch das trifft – genau genommen – nicht zu. EBERT wurde am 11. Februar 1919 in Weimar von der Nationalversammlung als vorläufiger Reichspräsident gewählt, nachdem am Tage vorher das »Gesetz über die vorläufige Reichsgewalt« beschlossen worden war. Er wurde also im Februar 1919 nicht vom Volk demokratisch gewählt.

Nach dem Inkrafttreten der Weimarer Verfassung hätte eigentlich nach ihrer Vorschrift der Reichspräsident vom Volk gewählt werden müssen. Doch EBERT wurde von der Nationalversammlung im Amt bestätigt und am 19. August 1919 vereidigt. Er wurde also auch im August 1919 nicht vom Volk gewählt, wie es die Weimarer Verfassung vorsah, die am 31. Juli 1919 verabschiedet worden war und die EBERT am 11. August 1919 im Weißen Hirsche zu Schwarzburg bei Ilmenau in Thüringen in An-

wesenheit des ganzen Kabinetts unterschrieb. Sie wurde dann am 13.

August 1919 im Reichsgesetzblatt veröffentlicht.

Gegen Ende der Laufzeit seines Amtes, am 27. Oktober 1922, verlängerte der Reichstag wegen der bestehenden politischen Wirren unter Umgehung der verfassungsmäßig eindeutig vorgeschriebenen Wahl des Reichspräsidenten durch das Volk EBERTS Amt bis zum 30. Juni 1925. Er wurde also wiederum nicht vom Volk und nicht demokratische nach der geltenden Verfassung gewählt. EBERT starb dann noch kurz vor diesem gesetzten Enddatum seines Amtes am 28. Februar 1925 in Berlin, politisch und moralisch schwer angeschlagen dadurch, daß ein Magdeburger Gericht ihn am 23. Dezember 1924 der leitenden Teilnahme am Munitionsarbeiterstreik von 1918 und des Vorwurfs des Landesverrats für überführt erklärt hatte.

EBERT wurde also dreimal von einem Parlament, nicht ein einziges Mal demokratisch gewählt, wie es die Verfassung vorsah.



Friedrich EBERT.
Originalradierung
von K. I. BÖHRINGER.

¹ So im Schwäbischen Tagblatt, 29. 1. 1994.

² Zitiert in: ebenda.

Es gab nicht nur ein Ermächtigungsgesetz

Es hat sich eingebürgert, von dem Ermächtigungsgesetz zu sprechen, wobei der Eindruck erzeugt wird, daß es nur ein einziges, nämlich das von Hetler eingebrachte vom 23. März 1933, gegeben habe, dieses eine absolute Ausnahme im Verlauf der Weimarer Republik gewesen sei und seine Verabschiedung schon formal ein Frevel gewesen sei. Doch das ist falsch.

Richtig ist, daß es vor 1933 schon eine ganze Reihe von »Ermächtigungsgesetzen« gegeben hatte. Insgesamt wurde im Deutschland der Weimarer Republik sechsmal von dieser Möglichkeit der Ausschaltung des Parlaments Gebrauch gemacht. Schon früher gab es in der Antike in Rom die Regel, daß in einer Zeit großer Not, insbesondere bei schweren feindlichen Angriffen, wie unter Hannibal, ein Diktator für ein halbes Jahr gewählt wurde, der über allen anderen Staatsorganen stand und für alle seine Maßnahmen keinem Rechenschaft schuldig war, auch nicht bestraft werden durfte. Er konnte unumschränkt herrschen und war Herr über Leben und Tod.

Im Deutschen Reich wurden Ermächtigungsgesetze in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts von 1914 bis 1933 erlassen. Der Historiker Daniel KOERFER¹ sah in einem Ermächtigungsgesetz einen »legalen Verfassungsbruch mit Billigung, mit Einverständnis aller beteiligten Verfassungsorgane, . . . freiwillige Selbstbeschränkung des ohnehin nicht sonderlich starken Reichstages. . . eine Verfassungsänderung ohne Änderung der Verfassung«. Und er urteilte: »Ermächtigungsgesetze sind Freibriefe für die Exekutive.«²

Das erste Ermächtigungsgesetz in Deutschland wurde schon vor Beginn des Ersten Weltkrieges noch unter der kaiserlichen Regierung verabschiedet: Der Reichstag billigte am 4. August 1914 auf Vorlage der Reichsregierung das »Gesetz über die Ermächtigung von Reichsrat und Reichsregierung zu wirtschaftlichen Maßnahmen im Falle kriegerischer Ereignisse«. Dadurch schränkten der Reichstag und Reichsrat ihre Rechte selbst ein und übergaben der Reichsregierung entscheidende Befugnisse. Insbesondere wurde aufgrund dieses Gesetzes die Golddeckung für die damalige Währung, die Reichsmark, aufgehoben und die Möglichkeit des Gelddruckens zugelassen. In Österreich wurde 1917 das »Kriegswirtschaftliche Ermächtigungsgesetz« beschlossen, auf das sich Bundeskanzler Dollfuss am 7. März 1933 bei seiner Einführung der Diktatur bezog.

Das folgende Ermächtigungsgesetz wurde in der großen Notlage von 1923 – Besetzung des Ruhrgebietes durch die Franzosen, Inflation, Auf-

¹ Daniel Koerfer, »Die große Vollmacht«, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 22. 3. 2013.

² Koerfer, ebenda.

Es gab nicht nur ein Ermächtigungsgesetz

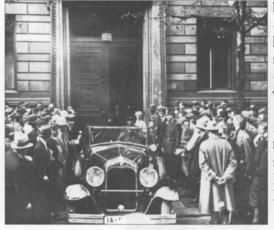


Besonders in Krisenzeiten kamen Ermächtigungsgesetze mit Zweidrittelmehrheit zustande, beispielsweise im Krisenjahr 1923, vor allem infolge der Ruhrbesetzung durch die Franzosen, Hier abgebildet: Marokkanische Posten an der Grenze des besetzten Gebietes bei Limburg an der Lahn im April 1923, ausgewiesene deutsche Beamte beim Überschreiten der Grenze (Foto: Bundesarchiv).

stände – im Oktober 1923 als das »Stresemannsche Ermächtigungsgesetz« eingeführt. Weil die Koalition schon im November 1923 auseinanderbrach, folgte bereits im Dezember 1923 das nächste Ermächtigungsgesetz, das die SPD, obwohl nicht in der Regierung, duldete. Mit diesen Ermächtigungen wurde zugleich General Hans von Seeckt, der Führer der Reichswehr, von den Parteivorsitzenden Ebert, Stresemann und Marx praktisch zum Diktator von 8. November 1923 bis 28. Februar 1924 eingesetzt. In den Jahren 1926 und 1927 wurde der Reichstag für jeweils sechs Monate durch weitere Ermächtigungsgesetze nach Hause geschickt. Ermächtigungsgesetze waren also nichts Außergewöhnliches in der Weimarer Republik.

Parallel zu den Ermächtigungsgesetzen wurden in der Weimarer Zeit mehr als 250 Notverordnungen erlassen, mit denen die Reichskanzler ohne Zustimmung des amtierenden Parlaments regieren konnten, insbesondere in der Zeit der Präsidialkabinette von 1930 an. Reichspräsident Ebert wandte mehrere Notverordnungen gegen Aufstände und Putschversuche und zur Absetzung der sächsischen Landesregierung an. Allein im Jahre 1931 gab es 44, im Jahre 1932 sogar 66 Notverordnungen. 1933 wurden die vorletzte »zum Schutze des deutschen Volkes« vom 4. Februar 1933 und die letzte vom 28. Februar 1933 nach dem Brand des Reichstags in der vorangegangenen Nacht zur »Abwehr kommunistischer staatsgefährdender Gewaltakte«. erlassen. Als am 27. März 1930 die letzte parlamentarische Mehrheitsregierung der Weimarer Republik aufgelöst wurde, setzte das Regieren mit Notverordnungen ein,

Es gab nicht nur ein Ermächtigungsgesetz





Nach dem Staatsstreich gegen die preußische Regierung am 20. 7. 1932 (oben: Menschenmenge vor dem Innenministerium) erfolgte umgehend eine Verordnung des Reichspräsidenten, die die Artikel 114, 115, 117, 118, 123, 124 und 153 der Verfassung außer Kraft setzte.

bis nach den Wahlen vom 5. März 1933 wieder eine Mehrheitsregierung unter HITLER zustande kam und damit der formalen Form des Parlamentarismus wieder Genüge getan wurde. Mit dem Ermächtigungsgesetz vom 23. März 1933 wurden die Notverordnungen überflüssig.

Im Januar 1933 kam dann HITLER mit den drei Forderungen, die Reichspräsident von HINDEN-BURG im Sommer 1932 noch abgelehnt hatte, nach der Kanzlerschaft, nach baldigen Neuwahlen und nach einem Ermächtigungsgesetz, zur Machtübernahme. Schon in der zweiten Kabinettssitzung unter HITLER am 31. Januar 1933 schlug Vizekanzler Franz von Papen vor: »Es sei am besten, schon jetzt festzulegen, daß die kommende Wahl zum Reichstag die letzte sein soll und eine Rückkehr zum parlamentarischen System für immer zu vermeiden sei.«3 HIT-LER griff das auf und versprach, VON PAPENS Vorschlag durchzuführen. Nach entsprechender Vorbereitung wurde dann das Ermächtigungsgesetz, das »Gesetz zur Behebung der Not von Volk und Reich«, am 23. März 1933 in der entscheidenden dritten Abstimmung von allen 444 Abgeordneten der NSDAP, der DNVP, des Zentrums, der Bayerischen Volkspartei, der Deutschen Staatspartei, der Deutschen Volkspartei und des Christlich-Sozialen Volksdienstes be-

schlossen. Nur die anwesenden 94 Mitglieder der SPD-Fraktion stimmten geschlossen dagegen. Somit war die erforderliche Zweidrittel-Mehrheit erreicht. Auch wenn die nicht zugelassenen KPD-Abgeordneten anwesend gewesen wären und mit der SPD gegen die Vorlage gestimmt hätten, wäre die notwendige Zweidrittel-Mehrheit von HITLER erreicht worden. Das Gesetz trat schon am folgenden Tage, am 24. März 1933, in Kraft. Damit hatte der Reichskanzler auf vier Jahre praktisch die volle Regierungsgewalt als Diktator. Pünktlich wurde das Ermächtigungsgesetz durch das Gesetz vom 30. 1. 1937 bis 1. 4. 1941, durch Gesetz vom 30. 1. 1939 bis 10. 5. 1943 und 1943 durch Führererlaß jeweils um vier Jahre verlängert, so daß HITLER formal innerhalb der Verfassung blieb und sie nicht brach.

³ Zitiert in: Koerfer, ebenda.

Zur Behandlung der Slowaken durch Prag

Die Regierung der 1919 neu gegründeten Tschecho-Slowakei (später Tschechoslowakei) hatte versprochen, den Slowaken Gleichberechtigung und den anderen völkischen Minderheiten besondere Rechte zur Erhaltung ihrer Eigenart zu gewähren. Die Verweigerung dieser Rechte und die starke Tschechisierung führten schließlich zum Münchner Abkommen 1938 und zur Selbständigkeitserklärung der Slowakei am 13. März 1939. Die Tschechoslowakei zerbrach also von innen, nicht unter einem Druck von Deutschland.

Doch nicht nur die Sudetendeutschen hatten in der Zwischenkriegszeit unter der Herrschaft Prags zu leiden, sondern auch die in dem von Tschechen regierten Staat lebenden Slowaken, Ungarn, Russen und Polen.

Am 30. Mai 1918 vereinbarten Vertreter der in den USA lebenden Tschechen und Slowaken in Pittsburgh, USA, den sogenannten Pittsburgher Vertrag. 17 Slowaken und 12 Tschechen, darunter der Präsident des Tschechisch-Slowakischen Nationalrates, Tomas MASARYK, kamen darin überein: »Wir genehmigen das politische Programm zum Zwecke der Vereinigung der Tschechen und Slowaken in einem selbständigen Staate der böhmischen Länder und der Slowakei. Die Slowakei wird ihre eigene Administrative besitzen, ihr Parlament und ihre Gerichte. Slowakisch wird die Hauptsprache in Schulen, Ämtern und im öffentlichen Leben überhaupt sein. Der tschecho-slowakische Staat wird eine Republik sein, seine Konstitution eine demokratische.«¹

¹ Fritz Peter HABEL, *Dokumente* zur Sudetenfrage, LangenMüller, München ⁵2003, S. 228.

Links: Das Pittsburgher Abkommen von Mai 1918 zwischen tschechischen und slowakischen Exilgruppen, in dem die Grundlagen des zu gründenden Staates festgelegt wurden. Rechts: Tomas Masaryk unterzeichnet in Washington die Unabhängigkeitserklärung der Tschechen.





Zur Behandlung der Slowakei durch Prag

Mit dieser Vereinbarung im Rücken konnte Masaryk 1918/19 vor allem in den USA und in St. Germain die Ansprüche der Tschechen durchsetzen. Die Tschecho-Slowakei wurde in Versailles/St.Germain als ein künstlicher Staat auf dem Gebiet gegründet, das bis 1919 rund 1000 Jahre zum Deutschen Reich oder Österreich gehört hatte.

Doch Masaryk hatte damit die Slowaken über den Tisch gezogen: In Prag herrschten ab 1918 in Wirklichkeit allein die Tschechen. Die Slowaken wurden unterdrückt und nicht verhältnismäßig an der Regierung beteiligt. Auch die ihnen gemachten Versprechungen wurden zwei Jahrzehnte lang von Prag nicht erfüllt: Die slowakische Sprache wurde unterdrückt. Die Slowakei erhielt erst am 22. 11. 1938, nach dem Münchner Abkommen, ihre Autonomie und ein eigenes Parlament in Preßburg. Sie erklärte sich am 13. März 1939 für selbständig. Nach 1945 wurde sie wieder in den gemeinsamen Staat mit Prag hineingezwungen und konnte sich erst nach dem Zusammenbruch des Ostens daraus durch eine neue Selbständigkeitserklärung befreien.

Gegen die Unterdrückung der Siowaken in der damaligen Tschechoslowakei hatte sich 1933 in Genf der Slovakische Rat gebildet. Dieser gab 1937 einen offenen Brief »an das tschechische Volk« heraus,² der ausdrücklich nicht an die führenden Politiker, sondern »an die breiten Schichten des tschechischen und mährischen Volkes« gerichtet war.

Darin heißt es (S. 6): »Eure Führer haben Euch durch Falschheit und Betrug so viel fremde Gebiete ergattert, daß diese mehr ausmachen, als das ethnographische tschechische Gebiet beträgt. So viel Völker haben sie in Euren Staat hineingepreßt, daß Ihr in ihm nur eine Minderheit seid. . «

Slowakische Renegaten »bezeichneten auf Euren Befehl die Slovaken als einen ›Zweig‹des tschechischen Volkes. Dagegen protestiert die slovakische Nation laut und verzweifelt; auf großen Versammlungen (Zvolen, Nitra, Trencin usw.) schreit sie in die Welt: ›Wir sind keine Tschechen. Wir sind keine Tschechoslovaken, sondern Slovaken, und Slovaken wollen wir auch bleiben. (S. 8 f.). . .

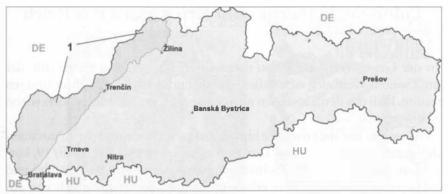
Soll das historische Recht gelten, haben die Tschechen weder auf die Slovakei noch

² Slovakischer Rat (Hg.), Der Slovakische Rat an das tschechische Volk, Genf 1937.

Jozef Tiso (rechts) mit Ministerpräsident Vojtech Tuka und dem deutschen Reichsaußenminister Joachim von RIBBEN-TROP während der Verhandlungen in Salzburg Ende Juli 1940.



Zur Behandlung der Slowakei durch Prag



Die Slowakei 1940 mit markierter Schutzzonec.

auf Karpathenrußland ein Anrecht. Soll aber das ethnographische Recht gelten, haben die Tschechen weder ein Anrecht auf die sudetendeutschen Gebiete noch auf das polnische Teschen, weder auf die magyarischen Gegenden, noch auf Karpathenrußland – und endlich nicht auf die Slovakei, denn die Slovaken sind keine Tschechen (S. 9 f.). . . Die Slovaken hassen die Tschechen, und wenn etwas passiert, werden sie sie nicht bloß hinausjagen, sondern aufhängen. . . (S. 14)

Mit dem Pittsburgher Vertrag habt Ihr uns schandbar betrogen. Ihr habt davon gesprochen, daß Ihr uns befreit habt, aber Ihr habt uns versklavt. Unsere Fabriken habt Ihr vernichtet! Eine halbe Million Slovaken habt Ihr durch Hunger aus der Heimat verjagt. Als es bei uns zu Hause zu Hungermärschen kam, haben Eure Gendarmen und Soldaten unter unserem Volk blutige Pogrome veranstaltet, so in Polomka, Chust, in Holic, in Kopcany usw. (S. 19 f.)... Unsere teure slovakische Muttersprache verderbt Ihr uns, Eure Professoren schimpfen sie einen verdorbenen asiatischen Drahtbinderdialekt, unterdrücken und verderben sie und zwingen uns Euer widerliches Tschechisch auf. (S. 20)...

Die *Daily Mail* schreibt, daß Eure Republik ein Kerker für die fremden Völker ist. Ihr habt in diesem Kerker 3 ½ Millionen Deutsche, laßt sie nach Hause, nach Deutschland.

Ihr habt dort fast eine Million Magyaren, laßt sie auch nach Hause. Ihr habt dort 100000 Polen – mögen auch die nach Hause gehen in

ihr Vaterland:

Die Slovaken und Ruthenen wollten niemals mit Euch einen Staat bilden, sie leben wie Gefangene in Eurem Staat, laßt sie heraus!« (S. 27)

Das wurde schon 1937 veröffentlicht und beweist daß die Tschechen in der Zwischenkriegszeit nach 1919 auch andere ihrer Minderheiten nationalistisch unterdrückten. Das Scheitern der Tschechoslowakei 1938 wie nach 1990 kam also nicht von ungefähr und hat vor allem die Tschechen und ihr chauvinistisches Handeln zur Ursache.

Die Verurteilung des

beliebten slowakischen Professors Voitech Tuka zu 15 lahren Zuchthaus im Jahre 1929 belastete die ohnehin schwierigen Beziehungen zwischen Tschechen und Slowaken noch mehr. Es kam sogar zu einer weitgehenden Tschechisierung der slowakischen Sprache, Tuka wurde während des Zweiten Weltkriegs slowakischer Premierminister.

Polnische Versuche zum Krieg gegen das Reich

¹ Rolf Kosiek u. Olaf Rose (Hg.), *Der Große Wendig*, Bd. 1, Grabert, Tübingen ⁵2011, S. 311–316. In der Gegenwart wird Polen meist als friedlicher Staat dargestellt, der im Zweiten Weltkrieg süberfallen wurde und dann große Opfer bringen mußte. Daß das den Tatsachen nicht entspricht, wurde anderenorts schon richtiggestellt.¹

Warschau hat aber darüber hinaus viel zu den kriegerischen Auseinandersetzungen dieser Zeit in Europa beigetragen: Es hatte 1918/19, kurze Zeit, nachdem es seine Selbständigkeit erlangt hatte, in Versailles und St. Germain große Gebiete erhalten, die teilweise mehrheitlich von anderen Volksgruppen besiedelt waren. Zudem hat es in den Jahren bis zum Zweiten Weltkrieg jeden seiner Nachbarn kriegerisch überfallen und ihnen Landstriche geraubt. Dennoch wollte es stets noch weitere Gebiete, insbesondere von Deutschland, erobern.

So plante es schon zu Zeiten der Weimarer Republik einen Angriffskrieg gegen das Reich und versuchte mehrfach, die Westmächte zu einer solchen militärischen Auseinandersetzung zu gewinnen. Polen wollte während der ganzen Zwischenkriegszeit einen Krieg gegen Deutschland eröffnen. Insbesondere kann man folgende belegte Fälle unterscheiden:

- 1. Der Reichskanzler Joseph Wirth (10. 5. 1921–22. 11. 1922) wurde in seiner Amtszeit nach vorausgegangenen Freikorpskämpfen zur Verteidigung gegen polnische Angriffe von Prag aus darüber unterrichtet, daß zu der damaligen Zeit ernsthafte polnische Absichten zu einem Präventivkrieg gegen Deutschland bestünden. Das erfüllte ihn wie schon seine Vorgänger mit großer Sorge wegen der damaligen militärischen Schwäche Deutschlands nach Durchführung der Abrüstung.²
- 2. Aus seiner Regierungszeit (30. 3. 1930 1. 6. 1932) schilderte Reichskanzler Heinrich Brüning in seinen Erinnerungen weitere Pläne Polens zum Krieg gegen Deutschland.³
- 3. Im Jahre 1931 versicherte der polnische Botschafter in Washington dem US-Präsidenten HOOVER, daß die polnische Regierung entschlossen sei, Deutschland anzugreifen. Denn angeblich würden die gar nicht mehr bestehenden Freikorps eine Gefahr für Polen darstellen.
- 4. Im Jahre 1932 schloß Polen mit Moskau einen polnisch-sowjetischen Nichtangriffspakt und ein Abkommen, daß die Sowjetunion Deutschland in einer deutsch-polnischen Auseinandersetzung nicht beistehen werde.⁴

² Akten zur deutschen Außenpolitik, C I/1, Doc. 177, S. 323, April 1933.

³ Heinrich Brüning, Memoiren 1918–1934, DVA, Stuttgart 1979, S. 559.

⁴ David L. HOGGAN, Der erzwungene Krieg, Grabert, Tübingen ¹⁴2008, S. 52.

Polnische Versuche zum Krieg gegen das Reich





5. Im Juni 1932 schickte Marschall Pilsudski das Kriegsschiff »Wicher nach Danzig. Es sollte wohl der Anfang einer weiteren Aggression Polens sein. Pilsudski wurde aber von vielen Seiten vor Provokationen gewarnt, und es unterblieben Weiterungen.⁵

6. Gleich nach HITLERS Machtübernahme versuchte Warschau im Februar 1933 in Paris, die Franzosen für einen gemeinsamen Angriff gegen Deutschland zu gewinnen. Dieser unterblieb nur, weil Frankreich, von England vor einer Zusage an Polen gewarnt, sich nicht daran beteiligen wollte. Marschall Pilsudski ließ zur Vorbereitung bereits am 6. März 1933 Truppen von dem Schiff Wiljak auf der Westerplatte landen. Rund zwei Millionen gut ausgebildeter polnischer Soldaten warteten 1933 nur noch auf den Einmarschbefehl Pilsudskis.

7. Im April 1933 wurde eine Welle von Verfolgungen gegen Polendeutsche ausgelöst. Besonders in Lodz geschahen am Schwarzen Palmsonntage am 9. April 1933 schwere Mißhandlungen Volksdeutscher und die Zerstörung ihres Eigentums.⁸

8. Auch im Herbst 1933 kam es nach Deutschlands Austritt aus dem Völkerbund am 19. Oktober 1933 zu Versuchen Polens in Paris, Verbündete zu einem Krieg gegen das Reich zu finden. Doch Frankreich lehnte ab.

Zahlreiche Propagandaplakate belegen Polens Kriegshetze in der Zwischenkriegszeit ' hier zwei. Links: Plakat des polnischen Schützenverbands aus dem Jahre 1930: »Weg mit dir Preuße! Wir wiederholen Grunwald!« (= Schlacht von Tannenberg 1410. Rechts: Plakat vor dem 1. September 1939: »Wir sind nicht seit gestern hier - einmal kamen wir weit nach Westen!« Auf dieser Karte hat die Stadt Leipzig bereits einen polnischen Namen, Lipsk, erhalten.

⁵ Ebenda, S. 53.

⁶ Ebenda.

⁷ Ebenda, S. 54.

⁸ Ebenda, S. 55.

Polnische Versuche zum Krieg gegen das Reich

- 9. Nach dem Tod Pilsudskis und trotz des von diesem noch abgeschlossenen deutsch-polnischen Nichtangriffspaktes vom 26. Januar 1934, der zehn Jahre gelten sollte, versuchte der neue polnische Außenminister Beck, nachdem Hitler den Einmarsch in das entmilitarisierte Rheinland am 7. März 1936 verkündet hatte, sofort erneut, in Frankreich einen Partner für einen Überfall auf Deutschland zu gewinnen. Noch am selben Tag ließ Beck den französischen Botschafter Léon Noel zu sich kommen und versicherte ihm, Polen werde das Reich von Osten angreifen, wenn Frankreich in Westdeutschland einmarschiere. Er wurde aber wieder abschlägig beschieden, da sich Frankreich allein ohne England zu schwach fühlte.⁹
- 10. Becks anschließende Bemühungen in London zur Eröffnung eines Zweifrontenkrieges gegen Deutschland hatten bei den Briten auch keinen Erfolg.

Über die allgemeinen Vorstellungen im polnischen Militär galt: »Am 10. Mai 1933 berichtete der tschechoslowakische Gesandte in Warschau, GIRSA, daß in polnischen Offizierskreisen die Ansicht vorherrsche, daß der Krieg zwischen Polen und Deutschland unvermeidlich sei. Der Gedanke eines Präventivkrieges habe Anhänger nicht nur in Marschall PILSUDSKI, sondern auch im Generalstab, der schon gewisse Maßnahmen an den Grenzen getroffen habe.«¹0 Und schon wenige Tage später erklärte am 18. Mai 1933 der polnische Kriegsminister KASPRZYCKI bei einer Generalstabsbesprechung in Paris: »Wir haben keine (Grenzbefestigungen, R.K.), denn wir beabsichtigen, einen Bewegungskrieg zu führen und von Beginn der Operationen an in Deutschland einzumarschieren.«¹¹

Erst nachdem die Briten im März 1939 sich zum Krieg entschlossen und ihre Garantie für Polen ausgesprochen hatten, konnten Warschaus Kriegspläne verwirklicht werden. Sie führten allerdings zunächst nicht zum erhofften Einmarsch der polnischen Kavallerie in Berlin, sondern zur Vernichtung der polnischen Armee und zur Flucht der polnischen Regierung.

⁹ Ebenda, S. 63 ff.

¹⁰ Zitiert in: Bolko Frhr. von Richthofen u. Reinhold Robert Oheim, *Die polnische Legende*, Arndt, Kiel 2001, Bd. 2, S. 185.

¹¹ Ebenda. auch in: Emil MAIER-DORN, Alleinkriegsschuld – Unkenntnis oder Feigheit, S. 43.

Wie Herbert Hoover seine Wiederwahl vereitelte

Herbert Hoover (1874–1964), der 31. Präsident der USA und Amtsvorgänger von Franklin Delano Roosevelt (1882–1945), verlor die Präsidentschaftswahlen von 1932 gegen seinen Herausforderer von der Demokratischen Partei nach Darstellung der offiziösen Geschichtsschreibung in erster Linie deshalb, weil er mit den Folgen der damaligen Weltwirtschaftskrise für die USA nicht fertig wurde. Dem Republikaner wurde vorgeworfen, er trage die Schuld an dieser Großen Depression und habe keinen Mut zu (auch unpopulären) Entscheidungen. So heißt es im Wikipedia-Artikel zu Herbert Hoover sehr bezeichnend: »Aufgrund seiner Unfähigkeit, die Wirtschaft der Vereinigten Staaten anzukurbeln, hatte Hoover bei den Präsidentschaftswahlen 1932 keine Chance gegen den demokratischen Kandidaten Franklin D. Roosevelt, der mit dem New Deal neue Hoffnung für die Bevölkerung versprach.«¹

So wird von der vorherrschenden Geschichtsschreibung die Präsidentschaft F. D. ROOSEVELTS als etwas beinahe schon >Schicksalhaftes dargestellt – die Inauguration eines Mannes, der dann später gewissermaßen als >Kreuzfahrer gegen die Diktatoren dieser Welt seinen Platz in der >Ruhmeshalle der Geschichte finden sollte. Doch diese Begründung der Niederlage HOOVERS trifft nicht zu.

Wie aber kam es wirklich dazu, daß Herbert HOOVERS Wiederwahl als US-Präsident vereitelt wurde? Der Schlüssel dafür liegt hier: Im Ersten Weltkrieg hatten die USA den Westmächten für ihren Krieg gegen die Mittelmächte mit dem Deutschen Reich an der Spitze unbegrenzt Kredit gewährt und waren deswegen 1917 letztlich selber auf der Seite der Entente in den Krieg eingetreten. Dies hatte aus US-Sicht so sein müssen, da bei einem deutschen Sieg ein umfassender Zahlungsausfall gedroht hätte. Dieser Zusammenhang wurde sogar von einem Sonderausschuß des US-Senats im Jahre 1935 amtlich festgestellt. Also hatte man zwar die Deutschen besiegt und sich mit dem Versailler Diktatfrieden, der allerdings von den USA nicht unterschrieben worden war, von ihnen einen Blankoscheck unterschreiben lassen, daß sie für den Gesamtschaden auf kommen würden. Es hatte sich jedoch seitdem in den USA immer stärker der Eindruck breitgemacht, alles bezahlt zu haben, aber nichts dafür zurückzuerhalten.²

Die USA hatten das »Schuldenkarussell aus deutschen Reparationszahlungen, Kredittilgung der westeuropäischen Mächte und eigenem Kapitalexport«³ in Gang gesetzt. Doch mußte US-Präsident HOOVER in Anbetracht der seit 1929 grassierenden Wirtschaftskrise dieses Karussell anhalten, bis die Krise vorüber sein würde. Besonders das ungeheuer

¹ Wikipedia-Artikel »Herbert Hoover«. URL: http:// de.wikipedia.org/ wiki/ Herbert_Hoover

² Stefan SCHEIL, »Gefangen im Schuldenkarussell«, in: *Junge Freiheit*, Nr. 28, 6. 7. 2012, S. 20.

³ Ebenda.

Wie Herbert Hoover seine Wiederwahl vereitelte



Herbert HOOVER. Sein am 6. Juli 1931 in Kraft getretenes Moratorium hatte wegen wochenlangen Widerstands auf französischer Seite nicht die erhoffte stabilisierende Wirkung auf die Weltwirtschaft.

belastete Deutsche Reich nahm das »Hoover-Moratorium«, das am 6. Juli 1931 in Kraft trat, gern an. Auf der Reparationskonferenz in Lausanne (16. Juni bis 9. Juli 1932) kam es zur Streichung der Hauptlast der deutschen Schulden. Am Ende hatte das Deutsche Reich, für das nach dem Rücktritt des unpopulären zweiten Kabinetts Brüning der neue Reichskanzler Franz von Papen in Lausanne verhandelte, immerhin noch eine Restzahlung von drei Milliarden Goldmark anzunehmen. Gern hebt die bundesdeutsche Geschichtsdeutung diesen Erfolg, der einen »Schlußstrich unter das lange und bittere Ringen um die Revision der Reparationen gezogen« habe, hervor und beklagt, daß dieser die Weimarer Republik doch nicht retten konnte.

In der Tat konnte der Betrachter das Ergebnis der Lausanner Konferenz so werten, daß die USA letztlich auf ihren Forderungen sitzengeblieben seien. Und derjenige, der am Ende das politische Risiko für diese Konferenz trug, war eben US-Präsident HOOVER, der Vertreter des einzigen wirklichen Gläubigers auf internationaler Ebene. Diese Chance ließ sich HOOVERS Konkurrent ROOSEVELT – der im übrigen später als Präsident knallhart US-amerikanische Interessenpolitik betreiben sollte – natürlich nicht entgehen. Die Beschlüsse der Lausanner Konferenz benutzte er im US-Wahlkampf als Munition gegen HOOVER und ebnete sich damit den Weg ins Weiße Haus. In einer immer wieder gern zitierten Rede zum Thema Moratorium machte ROOSEVELT den amtierenden Präsidenten mit einigen Zitaten, die er Lewis Carrolls Märchen Alice hinter den Spiegeln entnahm, zur Spottfigur »Humpty Dumpty«.6

Mit dieser perfiden Vorgehensweise, die seinen Konkurrenten der allgemeinen Lächerlichkeit preisgab, setzte sich ROOSEVELT schließlich durch und wurde Präsident der USA – und blieb es, bis ihn am 12. April 1945 der Tod von diesem Amt schied. Herbert HOOVER konnte die Niederlage von 1932 niemals verwinden – um so weniger, als auch sein Nachfolger trotz seiner bis heute so heftig gelobten Politik des New Deak keine wirkliche Lösung für die Finanz- und Wirtschaftsprobleme anzubieten hatte. Es sollten vielmehr erst noch weitere Jahre der Krise folgen.⁷

Matthias Gallas

⁴ Karl Dietrich Erdmann, *Die Weimarer Republik* (= Gebhardt, *Handbuch der Deutschen Geschichte*, Bd. 19 der Taschenbuchausgabe), Stuttgart ⁴1983, S. 304.

⁵ Ebenda.

⁶ Die Zitate finden sich bei SCHEIL, aaO. (Anm. 2), S. 20.

⁷ Scheil, ebenda.

Die Diktatur als häufigste Regierungsform in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts

Die NS-Regierung wird heute meist als *die* Diktatur des 20. Jahrhunderts schlechthin dargestellt und als Ergebnis eines Sonderwegest der Deutschen angeprangert. Darüber wird vergessen oder geflissentlich verschwiegen, daß in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts eine ganze Reihe von Diktaturen sich mehr oder weniger lange in Europa halten konnte, meist bis zum Zweiten Weltkrieg. Sie entstanden meist schon mehrere Jahre vor 1933, so daß sie nicht vom Nationalsozialismus angeregt wurden. Manche sprachen seit 1922¹ von der »Epoche des Faschismus«, der Historiker Ernst Nolte widmete ihr sein Standardwerk *Der Faschismus in seiner Epoche*.² Noch kurz vor dem Zweiten Weltkrieg meinte ein so tief in der Politik gründender Zeitgenosse wie Max Horkheimer, daß der Faschismus für unabsehbare Zeit und vielleicht gar für Jahrhunderte fortdauern werde.³ Doch 1945 war – zumindest vorläufig – das Ende dieser Epoche des Faschismus und der Diktatur.

Zu den im 20. Jahrhundert für einige Zeit verwirklichten Diktaturen in Europa gehören die folgenden Beispiele:

- In der Sowjetunion verwandelten LENIN und STALIN das Land ab 1917 schnell in eine Diktatur der KPdSU, und das System herrschte ohne Opposition bis 1990.
- 2. In Italien veranstaltete Benito Mussolini Ende Oktober 1922 seinen Marsch auf Romaund führte durch seinen Staatsstreich vom 5. Janu-

- ¹ So angeführt von Ernst NOLTE in: Marxismus, Faschismus, Kalter Krieg, Deutsche Verlags-Anstalt, Frankfurt/ M. 1977, S. 193.
- ² Ernst Nolte, *Der Faschismus in seiner Epoche*, Piper, München 1963.

 ³ Nolte, aaO. (Anm.1), S. 193.



Benito MUSSOLINI auf dem Marsch auf Rom. Links Emilio De Bono, rechts Italo BALBO und Cesare Maria De Vecchi.

Die Diktatur als häufigste Regierungsform

- ar 1925 die faschistische Diktatur unter ihm als ›Duce‹ (Führer) ein. Sie währte bis 1944.
- 3. In Spanien errichtete General Francisco FRANCO nach dem Sieg im Spanischen Bürgerkrieg 1938 praktisch eine Diktatur mit der Falange-Partei unter ihm als Caudillo (Führer), die bis 1975 bestand.
- 4. In Polen riß Marschall PILSUDSKI im Mai 1926 durch einen Staatsstreich die Macht an sich und regierte bis zu seinem Tode 1935 mit dem Obristenregimes diktatorisch. Anschließend wurde das Land bis 1939 von seinen Zöglingen, dem Marschall Edward RYDZ-SMIGLY und dem Obersten Josef BECK, ebenso wie eine Diktatur regiert.
- 5. In Griechenland führte General Joannis Metaxas 1936 einen Staatsstreich durch und regierte bis 1941 diktatorisch.
- 6. In Portugal führte nach Jahren des Chaos bei ständig wechselnden Regierungen der frühere mehrfache Ministerpräsident GOMES DA COSTA im Mai 1926 die Diktatur ein. Im Juni 1926 trat er die Macht an General CARMONA ab, der die Ordnung wieder herstellte, das Parlament abschaffte und von 1928 bis 1951 Staatspräsident war. Sein leitender Minister war Oliveira SALAZAR, der ab 1932 Ministerpräsident und praktisch Diktator war. Er schuf 1933 eine ständisch-autoritäre Verfassung. 1951 wurde General Craveiro LOPEZ Staatspräsident. Später wurde die Diktatur in eine Demokratie verwandelt.
- 7. In Rumänien strebten der seit 1930 regierende König CAROL II. und die Ministerpräsidenten TATURESCU und GOGA eine Diktatur an. 1938 ging König CAROL offen von der parlamentarischen Form zur Diktatur über: Es wurde die demokratische Verfassung von 1923 aufgehoben, und alle Parteien wurden aufgelöst. Der König ließ die nationalistische und antisemitische Eiserne Gardec blutig verfolgen, ihren Anführer Codreanu ermorden. Nach außenpolitischen Mißerfolgen mußte König CAROL zugunsten seines Sohnes MICHAEL auf Druck von General Antonescu am 6. September 1940 abdanken. Dieser

Von links: Francisco Franco, Joannis Metaxas, António de Oliveira Salazar, Ion Antonescu.









Die Diktatur als häufigste Regierungsform



PAUL II. von Jugoslawien und HITLER in Berlin im Sommer 1940.

regierte Rumänien unter Beibehaltung der Monarchie wie ein Diktator und war Verbündeter der Deutschen im Zweiten Weltkrieg, bis er am 23. August 1944 von König MICHAEL verhaftet wurde, der angesichts der vorrückenden Sowjets den Krieg gegen Deutschland erklärte.

- 8. In Bulgarien dankte am 3. Oktober 1918 Zar Ferdinand zugunsten seines Sohnes Boris III. ab. Ministerpräsident Stambulijski führte im Innern eine Schreckensherrschaft der Arbeiter und Kommunisten gegen die Bürgerlichen. Seine Diktatur wurde 1923 durch einen nationalen Aufstand der Intelligenz und der Offiziere gestürzt, wobei er auf der Flucht erschossen wurde. Am 21. April 1935 ernannte König Boris die Regierung A. Toschew, der die autoritären Regime Küsse-Ivanow (1935–1940) und Filow (1940–1945) folgten. Der König regierte seit Mai 1934 autoritär-diktatorisch.
- 9. In Jugoslawien setzte König Alexander am 6. Januar 1929 eine Königsdiktatur durch, um die ethnisch verschiedenen Landesteile besser zu einem Staat vereinigen zu können. Am 3. September 1931 trat eine autoritäre Verfassung in Kraft, die auch nach dem Tod König Alexanders bei einem Attentat am 9. Oktober 1934 in Marseille und der folgenden Regentschaft des Prinzen Paul für den unmündigen König Peter II. erhalten blieb. Die letzte autoritäre Regierung, die deutschfreundlich war, wurde am 27. März 1941 von England und Rußland zuneigenden Militärs gestürzt, was den Jugoslawien-Feldzug auslöste.
- 10. In Österreich erklärte am 6. März 1933 der regierende Bundeskanzler Engelbert Dollfuss den Staatsnotstand, löste das Parlament auf, setzte die Verfassung außer Kraft, schaffte die Demokratie ab und

Die Diktatur als häufigste Regierungsform

Engelbert Dollfuss nimmt eine Parade der Vaterländischen Front ab. Nach der Abschaffung des österreichischen Parlaments regierte er weitgehend diktatorisch mit Notverordnungen.



führte einen autoritären Ständestaat ein. Es wurden die oppositionellen Parteien der Kommunisten (KPÖ) am 26. Mai 1933 und der Nationalsozialisten (NSDAP) am 19. Juni 1933 verboten und Anhaltelager (genannte Konzentrationslager für deren Angehörige geschaffen. Nach Dollfuss' Tod am 25. Juli 1934 setzte Kurt Edler von Schuschnigg die autoritäre Politik seines Vorgängers bis zum Anschluß Österreichs an das Reich am 11. März 1938 fort.

In den übrigen Staaten Europas, selbst in Großbritannien, bildeten sich meist faschistische Parteien, etwa in England, Norwegen oder in Belgien, die nach dem Vorbild bestehender Diktaturen den Parlamentarismus abschaffen wollten, aber nicht an die Macht gelangten. So kann mit Recht von einer bedeutenden allgemeinen Tendenz zu diktatorischen Formen im Europa der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts gesprochen werden. Die zwanziger und dreißiger Jahre des 20. Jahrhunderts waren wirklich eine »Epoche des Faschismus und der Diktatur«. Daß Staatsmänner wie US-Präsident Franklin D. ROOSEVELT oder der britische Premierminister Winston S. Churchill. ihre Parlamente hintergingen und täuschten, ihre Völker gegen deren erklärten Willen in den Krieg führten und praktisch wie Diktatoren die Politik ihrer Staaten führten, gehört auch zu diesem Thema. Auch die totalitäre Politikführung von Eduard BENESCH in der Tschechoslowakei bis 1938 kann dazu gerechnet werden.



Drittes Reich

Umrißkarte von Deutschland aus dem Jahre 1938. Die Rückholung oder Überbrückung des 1919 in Versailles geschaffenen polnischen Landstreifens zwischen Pommern und Ostpreußen, des sogenannten Korridorsc, war Hitlers Ziel Ende 1938/1939 – zunächst auf dem Verhandlungsweg. Die Aufkündigung der Appeasementc-Politik durch Neville Chamberlain am 17. März 1939 und der britische Blankoscheck an Warschau machten von vornherein jegliche Verhandlung zunichte.

Legenden über den 30. Januar 1933

Um den 30. Januar 1933, den Tag der Berufung Adolf Hitlers zur Regierungsbildung, spinnen sich manche Legenden, die sich teilweise bis in die Schulbücher fortgesetzt haben. Zu ihnen gehören insbesondere fol-

gende Vorgänge.

1. Meist wird in Berichten über den 30. Januar 1933 das Wort Machtergreifunge benutzt. Das ist falsch, weil diese Wortwahl eine gewaltsame Ergreifung der Macht durch HIILER nahelegt. Auch der Ausdruck, HIT-LER habe »die Macht an sich gerissen«, ist falsch. Richtig ist, daß die Ernennung HITLERS als des Führers der weitaus stärksten Partei zum Reichskanzler durch Reichspräsident von HINDENBURG völlig normal war und gesetz- und verfassungsgemäß erfolgte. Es geschah ein normaler Regierungswechsel, eine Übergabe der Regierung, eine Machtübergabe an HITLER oder eine Machtübernahme durch HITLER. Der bisherige Reichskanzler Kurt von Schleicher hatte Ende Dezember 1932 angesichts der Verhältnisse im Reichstag von HINDENBURG vorgeschlagen, durch eine vorübergehende Diktatur die Regierungsbildung durch HITLER zu verhindern. Das hatte der verfassungstreue Reichspräsident abgelehnt, weil er nicht bereit war, die Verfassung zu brechen. So blieb nur die Berufung HITLERS.

2. Oft wird behauptet, HITLER habe die Weimarer Republik zerstört. Das ist falsch. Die Grundlagen der Weimarer Republik wurden bereits in Versailles 1919 zerstört. Der frühere preußische SPD-Ministerpräsident von Preußen, Otto Braun, stellte 1949 mit Recht fest: »Tatsächlich wurde im Mai 1919 in Versailles die Axt an die Wurzel der Weimarer Republik und die Giftsaat des neuen Nationalismus in den deutschen Boden gelegt. Sie brachte die Weimarer Republik zum Erliegen.«1 Der spätere Bundespräsident Theodor HEUSS schrieb 1932 in seinem Buch Hitlers Weg. »Die Geburtsstätte der nationalsozialistischen Bewegung ist nicht München, sondern Versailles.«2 Und der Historiker Hellmut DIWALD urteilte zu Recht: »Eine Geschichte der Weimarer Zeit, die nicht an den Konsequenzen des Versailler Vertrages ausgerichtet ist, verfehlt die treibenden Momente des Geschehens.«3

3. Vielfach wird heute geäußert, die NSDAP habe »überraschend«

und »unerwartet« die parlamentarische Demokratie aufgelöst, HITLER habe ein falsches Spiel getrieben und sich später verfassungswidrig verhalten. Das trifft nicht zu. Richtig ist, daß HIILER stets betont hat, die parlamentarische Demokratie zugunsten eines nach dem Führerprinzip gebildeten Staates abschaffen zu wollen. »HITLER hatte schon 1921 den Parlamentarismus als dasjenige bezeichnet, was die (NS-)Bewegung am schärfsten bekämpfen wollte. In Mein Kampf erklärt er, die Bewegung sei

Zitiert in: Hellmut DIWALD, Deutschland einig Vaterland. Geschichte unserer Gegenwart, Ullstein, Frankfurt/M.-Berlin 1990, S. 22.

² Ebenda, S. 21.

³ Ebenda, S. 23.

Legenden über den 30. Januar 1933

wegen des Führerprinzips antiparlamentarisch und selbst ihre Beteiligung an einer parlamentarischen Institution kann nur den Sinn einer



Karikatur auf das >Kanzler-Karussella 1932/33. Mit säuerlicher Miene nimmt Kurt von Schleicher (im Sessel) die ungebetenen Glückwünsche von Heinrich Brüning (links) und Franz von Papen entgegen. Brüning: »Ich hoffe, daß Sie nicht aus alter Gewohnheit in die Versuchung kommen, sich selbst zu stürzen.« Aus: Chronik Deutschland, St. Gallen 2007.

Tätigkeit zu deren Zertrümmerung besitzen.«4 Mit dem Ermächtigungsgesetz vom 23. März 1933 gaben die Weimarer Parteien - außer der SPD - daneben noch ihre ausdrückliche Zustimmung zur Entmachtung des Reichstags: nicht nur mit den dafür erforderlichen zwei Dritteln, sondern sogar mit vier Fünfteln der Stimmen. HITLER handelte nicht gegen die Weimarer Verfassung.

4. Manchmal wird in derzeitigen Schriften der Eindruck

erweckt, als ob die Machtübergabe am 30. Januar 1933 nicht verfassungs- und rechtmäßig gewesen sei. Das ist falsch. Richtig ist, daß die Ernennung HITLERS als Reichskanzler durch den Reichspräsidenten von HINDENBURG streng rechtmäßig erfolgte. Durch sie wurde sogar ein staatlicher Notstand beseitigt: Die vorangehenden Reichskanzler Heinrich BRÜNING, Franz von Papen und Kurt von Schleicher hatten seit 1930 keine parlamentarische Mehrheit hinter sich gehabt, sondern hatten mit Notverordnungen gegen den Reichstag regiert. Hinter dem ersten Kabinett HITLER (HUGENBERG, VON PAPEN) stand nach Jahren erstmalig wieder eine breite Mehrheit des Parlaments, war also der Parlamentarismus wieder gestärkt worden. Die Verfassung war erfüllt, daß der Reichskanzler und seine Minister »zu ihrer Amtsführung des Vertrauens des Reichstags bedürf en«. »Mit der Berufung HIT-LERS führte Reichspräsident HINDENBURG die Regierung der Republik wieder in demokratische Gleise zurück.«5

5. Reichspräsident von HINDENBURG wird vorgeworfen, HITLER zum Reichskanzler berufen zu haben. Wegen der Ernennung werden heute nach von HINDENBURG benannte Straßen und Plätze umgewidmet. Sein damaliges Tun zu verurteilen ist jedoch unberechtigt. Er hätte nach der Verfassung eigentlich schon im Sommer 1932, als die NSDAP zur stärksten Fraktion im Reichstag geworden war, HITLER mit der Regierungsbildung beauftragen müssen. Er ließ aber zunächst noch VON PAPEN und VON SCHLEICHER ihr Glück mit Notverordnungen versuchen; die beiden scheiterten. Als von Schleicher am 28. Januar 1933 zurücktrat, blieb dem Reichspräsidenten praktisch im Rahmen der Verfassung, die er unbedingt einhalten wollte, nichts anderes übrig, als HIT-LER am 30. Januar zur Bildung einer Regierung zu berufen, was jener innerhalb weniger Tage mit Erfolg erledigte.

6. Es wird der Vorwurf erhoben, HITLER habe die Weimarer Verfassung gebrochen. Das trifft nicht zu, auch nicht bei seinem Ermächti-

⁴ DIWALD, ebenda.

⁵ Ebenda, S. 28.

Legenden über den 30. Januar 1933

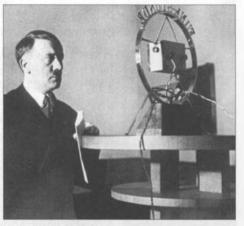
gungsgesetz vom 23. März 1933. Einmal war in der Weimarer Verfassung ausdrücklich die Möglichkeit einer Veränderung der Verfassung vorhanden. In Artikel 76 der Weimarer Verfassung hieß es in aller Deutlichkeit: »Die Verfassung kann im Wege der Gesetzgebung geändert werden.« Auch die Möglichkeit war gegeben, durch eine Notverordnung gegen den Reichstag zu regieren, was schon vor 1933 mehrfach vorgekommen war. Die NSDAP wie auch die KPD verstießen während der Weimarer Zeit nicht gegen die Verfassung, wenn sie die Abschaffung der Demokratie forderten. »Der Vorsatz, die Grundordnung der Republik so zu ändern, daß es einer Aufhebung der Verfassung gleichkam, war in Weimar nicht verfassungswidrig.«6 Auch später erfüllte HITLER durch die rechtzeitige Verlängerung des Ermächtigungsgesetzes jeweils peinlich genau die Weimarer Verfassung.

7. Es wird oft der Eindruck erweckt, als sei die Weimarer Verfassung durch HITLER, oder nach 1945 durch die Alliierten, oder 1949 durch die Bildung der Bundesrepublik abgeschafft worden. Das ist jedoch nicht der Fall. Es gibt keinen derartigen Vorgang, so daß sie eigentlich juristisch noch gültig ist.

Zum Versagen der Weimarer Parteien und zur Machtübergabe an HITLER äußerte sich nach 1945 als führender Sozialdemokrat Wilhelm HOEGNER, nach 1945 Ministerpräsident von Bayern, und stellte rückblickend fest: »Wir leisteten keinen Widerstand. Wir warfen dem siegreichen politischen Gegner keine Prügel in den Weg. Wir waren reif für den Untergang.«7 Und der Reichsbankpräsident Hjalmar SCHACHT urteilte nach Kriegsende in der Rückschau: Die demokratischen Parteien »begaben sich ohne Not freiwillig jeden parlamentarischen Einflusses, . . . ein Akt politischer Selbstentmannung, wie ihn die Geschichte der modernen Demokratie nicht noch einmal kennt«.8

Die Weimarer Parteien hatten 14 Jahre versucht, mit Versailles zu leben. Als sich herausstellte, daß das nicht möglich war, waren sie nicht mehr bereit, sich für Weimar einzusetzen, und überließen der HITLER-Bewegung die Zukunft.

Rolf Kosiek





Oben: Erste Ansprache HITLERS an das deutsche Volk am Abend des 31. Januar 1933. Unten: GÖRING und HITLER am Fenster der Reichskanzlei während des Fackelzuges.

⁶ Diwald, ebenda, S. 27.

⁷ Ebenda, S. 32.

⁸ Ebenda.

Hat Ludendorff 1933 vorausgesehen, daß Hitler scheitern wird?

Zwischen dem 30. Januar und dem 1. Februar 1933 kam es zwischen Reichskanzler HITLER und dem General a. D. Erich LUDENDORFF (1865–1937) zu einer Aussprache, bei der sie ihre gegensätzlichen Auffassungen austauschten. Nach außen hin wurde der Schein einer Verständigung vermittelt. Aber LUDENDORFF soll angeblich klarsichtig erkannt haben, welchen Weg HITLER als Reichskanzler eingeschlagen hatte, und anschließend notiert haben: »Es ist alles vergebens, dieser Mann wird Deutschland ins Unglück stürzen.«

Dieses Zitat ist im 3. Band seiner Lebenserinnerungen¹ veröffentlicht

DORFF, Vom Feldherrn worden, der aber erst nach Kriegsende erschienen ist.

Nach einer anderen Version soll er HINDENBURG geschrieben haben: »Sie haben durch die Ernennung HITLERS zum Reichskanzler unser heiliges deutsches Vaterland einem der größten Demagogen aller Zeiten ausgeliefert. Ich prophezeie Ihnen feierlich, daß dieser unselige Mann unser Reich in den Abgrund stürzen und unsere Nation in unfaßbares Elend bringen wird. Kommende Geschlechter werden Sie wegen dieser Handlung in Ihrem Grabe verfluchen.«²

Diese Worte des Weltkriegs-Helden Erich Ludendorff gehören zu den meist zitierten im Zusammenhang mit Hitlers Machtübernahme. Sie sollen am 30., 31. Januar oder 1. Februar 1933 Reichspräsident Hindenburg übermittelt worden sein. Sie hören sich aber an, als seien sie nach 1945 von einem Zeitgenossen Ludendorffs in der Rückschau diesem in den Mund gelegt worden, was natürlich höchstwahrscheinlich ist. Das gleiche gilt für das Zitat im 3. Band der Lebenserinnerungen – zumal bis 1953 niemand etwas von der Existenz eines solchen Ausspruchs des früheren Generals Ludendorff wußte.

Ian Kershaw, wohl der genaueste aller Hitler-Biographen,³ übernahm noch 1999 das angebliche Zitat Ludendorffs. Allerdings weiß bis heute niemand, ob dieser seine Vision dem Reichspräsidenten telegraphisch oder brieflich übermittelt hat – wenn überhaupt. Denn leider ließ sich bis heute kein dokumentarischer Beweis auffinden. Natürlich wäre es möglich, daß die Nationalsozialisten das Dokument haben verschwinden lassen. Doch dann muß gefragt werden, warum Ludendorffs Witwe Mathilde 1949 bei der Entnazifizierung in ihrem Spruchkammerverfahren den angeblichen Spruch nicht zu ihrer Entlastung verwendet hat. Denn obwohl Ludendorff als Helfer Hitlers beim Putsch von 1923 ja besonders belastet war, hätte sein Spruch doch überzeugend belegt, daß man seit 1933 im Hause Ludendorffs von Hitler nichts hatte wissen wollen.

¹ Erich Luden-DORFF, Vom Feldherrn zum Weltrevolutionär und Wegbereiter Deutscher Volksschöpfung, Bd. 3: Meine Lebenserinnerungen von 1933 bis 1937, Pähl

1955. ² Wilhelm Breuk-KER, Die Tragik Ludendorffs, Rauschenbusch, Stollham 1953, obiges Zitat ohne Quellenangabe; Fritz Tobias, »Ludendorff, Hindenburg, Hitler. Das Phantasieprodukt des Ludendorff-Briefes vom 30. Januar 1933«, in: Uwe BACKES u.a. (Hg.), Die Schatten der Vergangenheit, Frankfurt/M.-Berlin 1990.

³ Ian Kershaw, Hitler, TB, dt. 2002.

Hat Ludendorff 1933 vorausgesehen, daß Hitler scheitern wird?

Mathilde Ludendorff wußte natürlich bestens, daß ihr Gemahl die fraglichen Worte nie so und erst recht nicht anläßlich der Ernennung Hitlers zum Reichskanzler formuliert hatte. Weder in seinem Nachlaß noch in den Akten des Präsidialamts finden sich Spuren eines entsprechenden Schreibens. Erst in den Erinnerungen von Hans Frank, die 1953, sieben Jahre nach dessen Hinrichtung, veröffentlicht wurden, ist von einem Ludendorff-Zitat die Rede. Zeitgleich erschien eine Studie von Wilhelm Breucker über Ludendorff, in der sich die Prophezeiung ohne Quellenangabe im oben zitierten Wortlaut findet; Frank hatte sie ein klein wenig anders formuliert.

Daß die Vision mit dem Tag der (legalen!) Machtübertragung verbunden wurde, erklärt ihre Beliebtheit, scheint sie doch zu belegen, daß jeder kritische Zeitgenosse hätte wissen können, was HITLER anrichten würde. Insofern war Ludendorfffs Schreiben auch gegen Theodor Heuss gerichtet, den späteren Bundespräsidenten, der dem Ermächtigungsgesetz zugestimmt hatte. Dieser hatte als Dozent an der Berliner Hochschule für Politik 1931 in seinem Buch Hitlers Wegß noch die Meinung vertreten, die radikalen Thesen in Hitlers Mein Kampf seien jugendliche Übertreibungen gewesen. Und von den antisemitischen Reden des Führerschieß es gar: »Er selber spielt heute diese Melodie nicht mehr; sie war der Rhythmus seines Münchener Aufstiegs.«

Tatsächlich hatte HITLER sich nach seiner Machtübernahme trotz der sofortigen und ohne Anlaß erfolgten jüdischen Kriegserklärung und Boykottmaßnahmen aus außenpolitischen Gründen sehr zurückgehalten und nur einen halbtägigen symbolischen Gegenboykott am 1. April 1933 ge-



⁴ Hans Frank, Im Angesicht des Galgens, München-Gräfelfing 1953.





Erich und Mathilde LUDENDORFF. Über ihren Mann verfaßte sie das Buch Erich Ludendorff. Sein Wesen und Schaffen (München 1939).

HITLERS erstes Regierungskabinett. In diesem »Kabinett der nationalen Einigung« waren die Nationalsozialisten sogar unterrepräsentiert: außer HITLER nur GÖRING und FRICK. Franz von Papen (1. Reihe, rechts) meinte sogar: »HITLER an der Macht? Nein, dieser Herr wurde von uns nur engagiert.«

⁵ Breucker, Die Tragik Ludendorffs, aaO. (Anm. 2).

⁶ Theodor Heuss, Hitlers Weg, Berlin-Leipzig 1931.

Hat Ludendorff 1933 vorausgesehen, daß Hitler scheitern wird?

nehmigt, wobei der begleitende Befehl lautete, daß keinem Juden auch nur ein Haar gekrümmt werden dürfe – zumal die jüdische Presse die Greuel-Nachricht gebracht hatte, daß nach HITLERS Machtantritt die Spree voller toter Juden gewesen sei.



Heuss hatte aber auch geschrieben: »Die Zerstörung jüdischer Friedhöfe muß eine Gemeinschaft tief treffen, in der. . . die Familie lebensvolle Bindung auch in der Vergangenheit bedeutet, sie beschmutzt uns alle. Wir tragen einen Fleck an uns herum, seit in Deutschland solches, feig und ehrfurchtslos, möglich wurde.«

Wäre die ›Vision‹ des angeblichen ›Kommißkopf es‹ LUDEN-DORFF echt, käme das einer Bla-

mage der Fachwissenschaft gleich. Dem ist aber nicht so: Warner gab es wirklich, aber Ludendorff gehörte nicht dazu. Er hatte sich nach dem 1923er Putsch von Hitler getrennt, der ihn vor Gericht als pures Aushängeschild der »Bewegung« abqualifiziert hatte. Und er zürnte auch dem Reichspräsidenten, weil dieser es geschafft hatte, sich 1914 den Löwenanteil am Sieg von Tannenberg zuzuschreiben. Dabei war es doch Ludendorffs genialer Schlachtenplan gewesen, der Ostpreußen gerettet hatte!

Der frühere General hätte also durchaus persönliche Gründe ins Feld führen können, Hitler ein schlimmes Ende zu wünschen oder zu prophezeien. Doch die politische Weitsicht, die aus dem ihm zugeschriebenen Schreiben spricht, die fehlte ihm völlig. Nein, erst als die SA seine Anhänger attackierte und die politische Polizei Bayerns unter Himmler ihn schikanierte und schließlich im September 1933 seinen Tannenbergbunde verbot, schickte Ludendorff Protest-Briefe an den Reichspräsidenten, dem er die Schuld dafür gab. Am 18. November 1933 schrieb er erbittert: »Wenn dereinst die Geschichte des deutschen Volkes geschrieben wird, dann wird das Ende Ihrer Reichspräsidentenschaft als die schwärzeste Zeit der deutschen Geschichte geschrieben werden.«

Als Prophet taugte Ludendorff also auf keinen Fall. In diesen Rang war er nur aufgerückt, weil sein angeblicher Ausspruch 1956 in einem 1958 veröffentlichten Gutachten des linksgerichteten Instituts für Zeitgeschichte« zitiert worden war.⁷

Adolf HITLER mit den Mitangeklagten beim sogenannten HITLER-Prozeß 1923 in München – vor Beginn der Verhandlung. v.l.n.r: Hermann KRIEBEL (nur halb zu sehen), Erich LUDENDORFF und Adolf HITLER (Bild: Bundesarchiv).

⁷ Lothar GRUCH-MANN, »Ludendorffs »prophetischer« Brief vom Januar/Februar 1933«, in: *Viertel*jahrshefte für Zeitgeschichte, 4, 1999.

Hans Meiser

Hat Hitler Hindenburgs Testament gefälscht?

Nach HINDENBURGS Tod wurde das Gerücht verbreitet, HITLER habe das Testament HINDENBURGS gefälscht oder teilweise unterdrückt. Dieses Gerücht hat sich bis heute gehalten. Dazu beigetragen hat auch die weltweite Verbreitung von Bertolt Brechts epischem Drama Der aufhaltsame Aufstieg des Arturo Ui, das auch verfilmt wurde. Hierin steht UI für HITLER und Dogsborough für HINDENBURG. Zum Schluß wird dramatisch vorgeführt, wie UI, also HITLER, das Testament des alten Dogsborough so fälscht, daß UI zu dessen ideellem Sohn erklärt wird und somit auch sein Erbe übernimmt.

Daß Arturo UI im Drama als Gangster dargestellt wird, der mit seiner Gangsterbande vor dem Bankrott steht, gehört zu den trivialen Verunglimpfungen zu einer Zeit, als in der alliierten Propaganda alle Deutschen als Hunnen oder kinderfressende Monster dargestellt wurden. Diese Zeit ist leider dank umerzogener Deutscher noch nicht zu Ende.

1933 fragten Politiker sich schon lange: Wer könnte Nachfolger des Reichspräsidenten werden, der bei seiner Wiederwahl auf sieben Jahre 1932 bereits 84 Jahre alt war? Für den Fall, daß er vorzeitig starb, gingen dessen Befugnisse verfassungsgemäß auf den Reichskanzler über, der dann Neuwahlen ausrufen müßte. Nun hatte Hitler sich bei seiner Ernennung am 30. Januar 1933 geschworen, die einmal erlangte Macht nicht wieder abzugeben oder auch nur zu teilen. Selbst der konservative Vizekanzler von Papen mußte erleben, daß Hitler keine Skrupel kannte, wenn es darum ging, gegnerische Institutionen zu vernichten. Respekt kannte er allenfalls vor dem Reichspräsidenten wegen dessen Popularität als Weltkriegsheld und Ærsatzkaiser, der von den Hoffnungen auf Wiederkehr der guten alten Zeite lebte. Insofern betrachteten alle die schwindende Gesundheit HINDENBURGS im Jahre 1934 mit großer Sorge. Franz von Papen bestand nun darauf, noch zu Lebzeiten HINDENBURGS dessen Nachfolge so verbindlich wie möglich zu regeln.

Bereits am 8. März 1933 hatte von Papen mit Hitler über dieses Problem gesprochen. Dabei hatte Hitler dessen Vorschlag, die Monarchie in konstitutioneller Form wiederherzustellen, äußerlich sehr positiv aufgenommen. Doch von Papen hätte eigentlich wissen müssen, daß Hitler keineswegs das Kaisertum erneuern wollte, betrachtete er doch die Monarchie als eine »konservative Verfallserscheinung«.

Daß Göring zweimal zum früheren Kaiser Wilhelm II. ins Haus Doorn gereist war, war reine Taktik aus Rücksicht auf die Monarchisten gewesen, die zu seinen treuesten Wählern zählten. Nach der Machtübernahme fuhr dann kein NS-Führer mehr zum ehemaligen Kaiser.

Weiterführende Lit.: Horst MÜHLEI-SEN, »Das Testament Hindenburgs vom 11. Mai 1934«, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, 3/ 1996; Franz von PAPEN, Der Wahrheit eine Gasse, München 1952.

Hat Hitler Hindenburgs Testament gefälscht?

¹ Die Gruppe um SA-Chef RÖHM hatte nachweislich einen Putsch geplant. Der Gegenschlag ging hauptsächlich vom Reichswehr-Chef BLOMBERG aus, der neben seiner Truppe kein rivalisierendes SA-Heer dulden wollte.

Überraschend erklärte HINDENBURG sich nach langer Weigerung dann doch bereit, ein Testament zu hinterlegen, und beauftragte von Papen mit einem Entwurf. Hätte der Reichspräsident diesen ohne wesentliche Änderungen angenommen, wäre es für HITLER schwierig geworden, die ganze Macht an sich zu reißen. Doch gerade das, was dies verhindert hätte, fehlte in dem von HINDENBURG am 11. Mai 1934 unterzeichneten Testament. Den ausgegliederten Teil fügte er seinem persönlichen Abschiedsschreiben an HITLER bei, das sein Sohn Oskar nach dem Tod des Vaters zusammen mit dem Testament dem Reichskanzler übergeben sollte. Bei dem Ausgegliederten handelte es sich um die Empfehlung einer monarchischen Restauration. Dazu erteilte er den Rat, die Ämter des Kanzlers und des Präsidenten getrennt zu belassen. So etwas gehöre, meinte HINDENBURG, nicht in ein politisches Testament, weil es die Ent-

scheidungsträger in unangemessener Weise bevormundet hätte. In seiner vornehmen Denkweise glaubte er, HITLER werde selbstverständlich seinen persönlichen »letzten Wunsch«, wie er auf dem Briefumschlag vermerken ließ, uneingeschränkt erfüllen.

VON PAPEN sah die Teilung der letztwilligen Verfügung natürlich mit Sorge, kannte er doch Hitlers Bedenkenlosigkeit. Denn von einem privaten Schreiben ließe sich Hitler in keiner Weise beeindrucken. VON PAPEN verzichtete aber darauf, HINDENBURGS Empfehlung an die Öffentlich-

DENBURGS Empfehlung an die Offentlichkeit zu geben. Wahrscheinlich deshalb stand er bei Hitters Schlag beim sogenannten 'RÖHM-Putschal gerade noch auf der richtigen Seite. Gezielte Indiskretion hätte ihn mit Sicherheit auf die Abschußliste gebracht. Statt dessen suchte von Papen Kontakt zu Mussolini, der Mitte Juni 1933 mit Hitter in Venedig zusammentreffen sollte. Der 'Ducea, der auf seine guten Verbindungen und Erfahrungen mit der italienischen Monarchie stolz war, sollte Hitter von den Vorzügen eines gekrönten Staatsoberhauptes auch für Deutschland überzeugen. Doch dieses The-

Die Dinge spitzten sich jetzt dramatisch zu. HINDENBURG konnte zwar HITLER noch seinen Dank für dessen Haltung während der RÖHM-Affäre übermitteln, doch danach ging es mit seiner Gesundheit rapide bergab. HITLER besuchte den alten Feldmarschall am 1. August 1934 noch einmal auf dessen ostpreußischem Gut Neudeck, doch der Sterbende erkannte ihn nicht mehr und sprach ihn, wie sein Arzt Sauerbruch berichtete, mit »Majestät« an. Noch ehe HINDENBURG starb, handelte HITLER.

ma scheint dann aber doch nicht zur Sprache gekommen zu sein.



HITLER bei einem Besuch auf Gut Neudeck am 1. August 1934. Neben ihm (v.l.) Wilhelm Brück-NER, Oskar von Hin-DENBURG, Otto MEISSNER und Ernst Ferdinand SAUER-BRUCH, An diesem Tag erließ HITLER ein Gesetz, wodurch er nach dem Tod des Reichspräsidenten dessen Amt noch zusätzlich übernehmen würde.

Hat Hitler Hindenburgs Testament gefälscht?

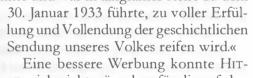
Entschlossen ließ er noch am selben Tag das »Gesetz über das Staatsoberhaupt des Deutschen Reiches« beschließen, wodurch ihm das Re-

gierungs- und das Amt des Staatschefs als »Führer und Reichskanzler« übertragen wurde. Als tags darauf HINDENBURG starb, war von einem Testament zunächst keine Rede. Erst eine Woche später erhielt HITLER den Umschlag mit den beiden Dokumenten. Erst eine Woche später ließ er das Testament veröffentlichen, während er HINDENBURGS privates Schreiben verschwinden ließ.

Von Testamentsfälschung kann also nicht die Rede sein, sondern nur von Unterdrükkung eines privaten »letzten Wunsches« des Toten, was aber staatspolitisch nicht wirksam

war. Das Terminverwirrspiel förderte schon damals das Gerücht, daß dem Volk eine gefälschte Version des »letzten Willens« präsentiert worden sei. So etwa war es in einer Schweizer Zeitung zu lesen. Die britische Times schrieb, das Ereignis sei »so wichtig wie der Reichstagsbrand«, da auch dieser HITLER zur persönlichen Diktatur verholfen habe. Damit lag die Times durchaus richtig, denn die verzögerte Bekanntgabe des Testaments hing damit zusammen. HINDENBURG hatte im letzten Passus nach einem bewegten Dank an »meinen Kanzler Adolf HITLER « geschrieben:

»Ich scheide von meinem deutschen Volk in der festen Hoffnung, daß das, was ich im Jahre 1919 ersehnte und was in langsamer Reise zu dem



Eine bessere Werbung konnte HIT-LER sich nicht wünschen für die auf den 19. August 1934 angesetzte Volksabstimmung. Daher die wahlnahe Veröffentlichung, die das Ergebnis sicher befördert hat: 45,5 Millionen Deutsche stimmten ab, 38,4 Millionen stimmten der Zusammenlegung der Ämter des Reichskanzlers und des Staatsoberhaupts zu, ein wohl geschönter und zuweilen unter Druck entstandener, aber doch eindrucksvoller Vertrauensbeweis.

Hans Meiser



Staatsakt für HINDENBURG am TannenbergDenkmal, das an
HINDENBURGS Sieg
über die Russen im
August 1914 erinnerte. Foto: Heinrich
HOFFMANN.

Plakat der NSDAP zur Volksabstimmung vom 19. August 1934. Dabei ging es um die Bestätigung der Deutschen, die Ämter des Reichskanzlers und des Reichspräsidenten in der Person HITLERS zu vereinigen.



Zum Eintritt in die NSDAP



Generaloberst Eduard DIETL mit dem Goldenen Parteiabzeichen der NSDAP (linke Brust).

Erst Jahrzehnte nach Kriegsende kam heraus, daß etliche in der Bundesrepublik hochgestellte Vergangenheitsbewältiger Mitglied in der NSDAP oder gar der SS waren, zum Beispiel Günter Grass, Walter, Jens Theodor Eschenburg oder Martin Walser. Sie versuchten, auch damit sich zu entschuldigen, daß sie von einem Eintritt in die Partei nichts gewußt hätten, geschweige denn einen Beitrittsantrag ausgefüllt hätten. Die dann beginnende öffentliche Diskussion über die Einzelheiten des Eintritts arbeitete oft mit falschen Behauptungen. Deswegen sei richtig gestellt:

Die bis zum 30. Januar 1933 eingetretenen Mitglieder der NSDAP waren die Alten Kämpfer, die das goldene Parteiabzeichen trugen. Sie waren auf die normale Weise aufgrund eines Beitrittsantrages Mitglied geworden. Bis April 1933 hatte sich deren Zahl auf rund 2,5 Millionen durch die Märzgefallenen erhöht, da viele sich damit ein besseres Fortkommen im neuen Staat versprachen.

Um diese Eintrittswelle von Opportunisten zu dämpfen, verhängte die Parteiführung mit Wirkung vom 2. Mai 1933 einen Aufnahmestopp. Im letzten Augenblick wurden am 1. Mai 1933 noch viele Mitglieder aufgenommen, so daß dieses Eintrittsdatum ausgesprochen häufig vorkommt.

Die Eintrittssperre wurde erst 1939 wieder aufgehoben. Dabei wurde die Ablehnung nicht die ganze Zeit über strikt eingehalten. Personen, die sich für die Bewegunge besonders verdient gemacht hatten, wurden auch in der Zeit zwischen 1933 und 1939 aufgenommen. Beamte wurden ab 1937 zum Eintritt in die Partei angehalten.

Es mußte auch später bis Ende des Krieges immer ein individueller Antrag auf Aufnahme in die Partei persönlich gestellt werden. Masseneintritte ganzer HJ-Jahrgänge oder von Betrieben, wie sie von Betroffenen zur Entschuldigung vorgebracht worden waren, sollen nicht vorgekommen sein, ebenso wenig von Vorgesetzten vorgenommene Anträge für ihnen Untergebene. Die Mitgliederkartei mit den Aufnahmeanträgen ist noch in Berlin vorhanden.

Mitgliedskarte der NSDAP (Vorder- und Rückseite). Die Mitgliedschaft in der NSDAP wurde gemäß § 3, Abs. 2 und 3 der Satzung der NSDAP mit der Aushändigung der Mitgliedskarte rechtskräftig.



1	1	IX	Sprade	A.G.
П	VI	X	Spende	W.B.
1 2 2 2 2	VII	XI	Spende	Spanda
CHANGE OF THE PARTY OF THE PART	VIII	KB	Spende	Spendo

Zum Begriff >Herrenrasse<

Wer politisch korrekt erzogen ist, wird den Begriff Herrenrasse als kennzeichnend für die NS-Ideologie ansehen, und das Computer-Lexikon Wikipedia gibt solches auch an. Es erklärt, daß dieses »ein zentraler Begriff zur Zeit des Nationalsozialismus«¹ gewesen sei: »Innerhalb der NS-Ideologie wurde dieser Begriff benutzt, um das eigene oder verwandte. . . Volk. . . herauszuheben.« In dem mehrseitigen Artikel, in dem viele Zitate und Quellen angeführt werden, wird aber kein einziges Zitat eines Nationalsozialisten gebracht, der diesen Begriff verwendete. Anscheinend gibt es den Gebrauch dieses Begriffes in der NS-Zeit gar nicht.

Offensichtlich ist der Vorwurf falsch. Darauf wies der Historiker Stefan Schell hin.² Seit der Zeit des Nürnberger Prozesses sei dieser Begriff den abzuurteilenden Persönlichkeiten unberechtigt untergescho-

ben worden.

So erklärte am 15. April 1946 vor dem Nürnberger Tribunal Alfred ROSENBERG, von seinem Verteidiger Dr. Thoma auf die »Herrenrasse« angesprochen: »Das Wort Herrenrasse habe ich noch niemals so viel gehört wie in diesem Gerichtssaal. Ich habe es meines Wissens in meinen Schriften überhaupt nicht erwähnt und gebraucht. Ich habe meine Schriften und Reden nochmals durchgeblättert und dieses Wort nicht gefunden. Ich habe nur einmal von einem »Herrenmenschentum« Homers gesprochen und ein Zitat eines britischen Schriftstellers gefunden, der über das Leben Lord Ketcheners schreibt und erklärt, er habe sich als Herrenmensch erwiesen. Ich habe das Wort von der ›Herrenrasse« dann gefunden in der Schrift des amerikanischen Rassenforschers Madison Grand und des französischen Rassenforschers Lapouge.«3

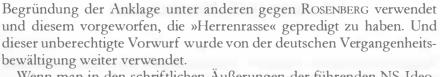
Auch zwischen dem angeklagten NS-Ideologen Alfred Rosenberg und dem in Nürnberg tätigen Anklagevertreter Dodd gab es am 17. April 1946 einen bezeichnenden Dialog. AROSENBERG beschwerte sich über die englischsprachige Übersetzung der Prozeßakten und Gespräche. Dort werde immer von Herrenrasses gesprochen, englisch Master Races. Dieser Begriff sei aber in den vorgelegten deutschen Dokumenten gar nicht enthalten. Rosenberg erklärte gegenüber Dodd: Gerade im letzten Dokument, das Sie mir vorgelegt haben, hörte ich wieder die Übersetzung des Wortes Herrenrasses. In dem Dokument steht von der Herrenrasses gar nichts. Das ist erstaunlich, galt und gilt doch gerade Rosenberg als der Chefideologe der NSDAP. Doch Dodd erklärte darauf, das interessiere ihn nicht, und gebrauchte den Begriff anklagend weiterhin. Auch im Schlußplädoyer des Nürnberger Tribunals, zum Beispiel am 20. September 1946 (IMT, Bd. 22, S. 477), wurde der Begriff Herrenrasses zur

¹ In Wikipedia unter dem Stichwort

² Stefan Scheil, »Herrenrasse«, in: Junge Freiheit, 18. 2. 2012.

³ Internationaler Gerichtshof Nürnberg, Der Nürnberger Prozeß, Delphin, München– Zürich 1984, Bd. 11, S. 496 f. ⁴ Ebenda, Bd. 11, S. 607.

Zum Begriff >Herrenrasse«



Wenn man in den schriftlichen Äußerungen der führenden NS-Ideologen nachsieht, findet man überraschenderweise kein einziges Mal diesen Begriff. So tritt er in den folgenden mit Sachregistern ausgestatteten Büchern, die grundlegend für die Ideologie der NSDAP sind, nicht ein einziges Mal in den Registern auf:



2. Adolf HITLER, Hitlers Zweites Buch (1928), Stuttgart 1961.

- 3. Philipp BOUHLER (Hg.), Reden des Führers (1939-41), München 1942.
- 4. Ders., Der Großdeutsche Freiheitskampf. Reden des Führers (1941–1942), München 1942.
- 5. Hans WAGNER, Taschenwörterbuch des Nationalsozialismus, 1934.

6. Der Neue Brockhaus in vier Bänden, Leipzig 1941.

- 7. Werner JOCHMANN (Hg.), Adolf Hitler. Monologe im Führerhauptquartier 1941–1944, München 1980.
- 8. Henry Picker, Hitlers Tischgespräche im Führerhauptquartier, Stuttgart 1963.
- 9. Max Domarus, Hitler, Reden 1932 bis 1945, Wiesbaden 1973.
- 10. Imanuel Geiss, Geschichte griffbereit, Bd. 5, Begriffe. Dortmund 1993.
- 11. Alfred Rosenberg, Der Mythus des XX. Jahrhunderts, München 1930.
 - 12. Housten Stewart Chamberlain, Die Grundlagen des neunzehnten Jahrhunderts, München 1915.

Offenbar müssen die Nazis den nach heute herrschender Meinung »zentralen Begriff« ihrer Ideologie äußerst geheimgehalten haben, daß er in keiner ihrer wichtigsten ideologischen Schriften auftaucht. Da aber kein sinnvolles Motiv für eine solche Geheimhaltung denkbar ist, muß die Alternative, die Behauptung, es ein zentraler Begriff gewesen, falsch sein. Die heutigen politisch Korrekten, einschließlich Wikibedia, das einen längeren Artikel diesem Begriff widmet und eine Reihe anderer Zitate bringt, können zudem kein Dokument vorzeigen, mit dem ihre Behauptung untermauert werden könnte. Sie behaupten skrupellos das offensichtlich Falsche einfach so. Und diese Geschichtsfälschung hat leider weit reichende Folgen. Auch heutige Politiker gebrauchen diese falschen Behauptungen. So gibt Scheil an, daß die mecklenburgische SPD-Politikerin Stefanie Drese im Schweriner Landtag von allen Fraktionen außer der NPD mit Beifall bedacht worden sei, als sie erklärte, es seien zwei Weltkriege von Deutschland ausgegangen – damit die »deutsche Herrenrasse über den anderen Völkern stehen solle«.5 So wird dadurch weiterhin offensichtlich bewußt Zeitgeschichte gefälscht. Rolf Kosiek



Von oben: Alfred ROSENBERG und Thomas J. Dodd.

⁵Scheil, aaO. (Anm. 2).

Lebensborn – keine Zuchtanstalt

Obwohl in der Zeitgeschichte schon seit langem anerkannt worden ist, daß die Heime des Lebensborn e. V. im Dritten Reich keine Zuchtanstalten waren,1 wird solches doch immer wieder behauptet und selbst in Fernsehsendungen gebracht. So mußte die angesehene Neue Zürcher Zeitung im Jahre 2004 zu Beginn eines ganzseitigen, ziemlich ausgewogenen Beitrages über diese Einrichtung richtigstellend feststellen: »Mysteriös, geheimnisvoll, schlüpfrig. Diese Aura umgibt die SS-Organisation Lebensborn bis heute. Immer noch wird sie als Zuchtanstalte betrachtet, in der ausgewählte Frauen und Männer zusammengeführt wurden, um arischen Nachwuchs zu zeugen. Obwohl längst nachgewiesen ist, daß in den Lebensborn-Heimen keine gelenkte Zeugung stattfand, lebt die Legende weiter. Für die Lebensborn-Kinder eine schwere Last.«2

Das Blatt bringt eine Reihe von Einzelschicksalen aus dem Blickwinkel der betroffenen Kinder, denen die Mütter teilweise die Identität des Vaters lebenslang vorenthielten oder denen sie erst als Erwachsene das Geheimnis um ihre Geburt mitteilten. Daneben werden in dem Artikel die Bedingungen für eine damalige Aufnahme mitgeteilt. Ledige Mütter konnten hier in aller Ruhe entbinden, wenn sie ihr Kind, vor der Öffentlichkeit und der Familie verborgen, zur Welt bringen wollten. Insoweit handelte es sich um eine soziale und hilfreiche Einrichtung, die vielen Frauen Hilfe leistete und manchem Kind das Leben rettete, weil es sonst abgetrieben worden wäre. Daß Mütter wie Väter den Arier-Nachweise erbringen mußten, lag an der Weltanschauung der damaligen Zeit und

insbesondere an dem Träger der Heime, der SS.





1 »Lebensborn e.V. eine Organisation der Fürsorge«, in: Rolf Kosiek u. Olaf Rose (Hg.), Der Große Wendig, Bd. 1, Grabert, Tübingen 52011, S 429 f

Links: Schwester in einem Lebensborn-Heim, gehißte SSund Hakenkreuz-Flaggen, aus SS-Leitheft 9/3 S. 33 f., 1943. Rechts: Lebensborn-Heim Steinhöring, Südansicht vom Park aus (1938). Beide Fotos: Bundesarchiv.

Lebensborn - keine Zuchtanstalt



Das Lebensbornabzeichen. »Heilig soll uns sein jede Mutter guten Blutes«, im Kreis die Lebensrune, das SS-Zeichen und die Initialen HH für Heinrich HIMMLER, Reichsführer SS und Chef der Polizei, der die Vereinigung 1935 gründete.

² Dorothee SCHMITZ-KÖSTER, »Lebensbornlebenslang«, in: *Neue Zürcher Zeitung*, 17. 1. 2004, S. 73.



Dorothee SCHMITZ-KÖSTER gilt als Expertin zum Thema Lebensborns.



Babystation: Säuglingszimmer mit Stubenwagen und Wickeltisch in einem Haus des Vereins Lebensborn. Foto: Bundesarchiv.

»Der Lebensborn versprach eine Atempause, zumindest für die Zeit der Geburt. Seine Heime boten Ruhe und gute Versorgung. Ledige wurden nicht diskriminiert. Auf Wunsch garantierte die Organisation eine Geheimhaltung der Geburt und des Vaters. So konnte eine Frau schon Wochen vor der Niederkunft ins Heim gehen, und auch danach konnte sie noch viele Wochen bleiben. Bei der Entlassung bot ihr der Lebensborn an, daß sie das Kind im Heim zurücklassen konnte, vorübergehend oder für immer. Im Sonderstandesamt wurde der Name des Kindesvaters nicht dokumentiert, wenn eine Frau das nicht wollte. Dann blieb in der Geburtsurkunde die Rubrik »Vater« leer, und im Geburtenbuch wurde nur vermerkt: »Der Kindesvater hat die Vaterschaft am… (Datum) anerkannt. Die Urkunde wird vom Lebensborn e.V. verwaltet.««²

Diese Unterlagen sind bei Kriegsende verschwunden, wahrscheinlich wurden sie beim Einmarsch der Sieger verbrannt. Im Krieg konnten auch ausländische Frauen aus den von der Wehrmacht besetzten Gebieten, vor allem aus Norwegen, die Heime auf suchen. Diese Frauen hatten nach Kriegsende in ihrer Heimat oft ein schweres Schicksal mit allgemeiner Ablehnung, Verachtung bis hin zu körperlichen Mißhandlungen zu bestehen.

Rolf Kosiek

Lügen über die Hitler-Jugend

Im Jahre 1980 legte Michael Wortmann seine Dissertation an der Philosophischen Fakultät der Kölner Universität unter dem Titel Baldur von Schirach. Hitlers Jugendführer vor, die später als Buch erschien. Doktorväter waren die Historiker Andreas Hillgruber und Leo Haupts. In dem Buch sind viele historische Lügen und Fehlurteile vereint, so daß eine Richtigstellung erforderlich ist. Auf zahlreiche Fehler hat der frühere langjährige Pressereferent des Reichsjugendführers, Günter Kaufmann, in seinem Buch Baldur von Schirach. Ein Jugendführer in Deutschland hingewiesen. Einige sollen erwähnt werden.

- 1. Wortmann beurteilt die 23 Reden Schirachs, die in dessen Buch Revolution der Erziehung³ zusammengefaßt erschienen sind, als »ein Dokument der Sprachlosigkeit«. »Letzthin zogen sich seine Entwürfe hinter dem Wust vieler Phrasen stets auf die wenigen Fixpunkte einer Lehre zurück, die besagte, daß zunächst der Charakter und der Körper auszubilden seien, dann kam die Vermittlung von Wissen.« In Wirklichkeit befaßte sich Schirach in diesen Reden gründlich mit Jugenderziehung und anderen kulturellen Fragen unter Rückgriff unter anderem auf FRIED-RICH DEN GROSSEN, GOETHE, die Reichsidee und bewies erhebliche eigene Bildung. Die bewußt abfällige und unsachliche Wortwahl Wortmanns beweist schon dessen einseitige Tendenz und mangelnde Wissenschaftlichkeit.
- 2. Weiter behauptet Wortmann, daß Schirachs »Bildung nur als Erlebnis verstanden« werden könne. Das trifft auch nicht zu. Schirach war, worauf Kaufmann hinweist, Präsident der »Deutschen Bibliophilen Gesellschaft«. In der von ihm herausgegebenen Führerzeitschrift der HJ, Wille und Macht, gab es Sonderhefte über Goethe, über die Bildung in der Antike, sowie Artikel über Eichendorff, Pestalozzi, Kant, Rousseau und andere wichtige Persönlichkeiten der deutschen Kultur.
- 3. WORTMANN schreibt: »Die von SCHIRACH angestrebte Revolution der nationalsozialistischen Erziehung führte am Vorabend des Weltkrieges zum vollständigen Chaos.« Das ist falsch, vielmehr herrschte eine beispielhafte Erziehung, in der viele Einzelheiten der bündischen Bewegung eingegangen waren, die die Jugend für Volk und Heimat erzog. Man vergleiche das mit dem Chaos der linken Reformpolitik in den Schulen seit den siebziger Jahren des vorigen Jahrhunderts.
- 4. WORTMANN schreibt, SCHIRACH habe aus »Gier nach Macht« die Stellung des Reichserziehungsministers Rust angestrebt und versucht, »auch die Schule unter seine Kontrolle zu bekommen«. Auch das ist falsch. So steht⁵ in dem Bericht des SS-Führers Rubach über die Gebietsführer-

¹ Michael Wort-MANN, Baldur von Schirach. Hitlers Jugendführer, Bölau, Köln 1982. ² Günter KAUF-MANN, Baldur von Schirach. Ein Jugendführer in Deutschland. Richtigstellung und Vermächtnis, Selbstverlag, Füssen 1993.



Baldur von Schirach.



³ Baldur VON SCHIRACH, Revolution der Erziehung. Reden aus den Jahren des Aufbaus, Eher, München 1938.

Lügen über die Hitler-Jugend

Baldur von Schirach mit Hitler und Göring auf dem Obersalzberg. Der Reichsjugendführer hat nie das Wort >Weltherrschaft(benutzt. tagung vom 5. bis 7. Dezember 1941 in München, auf der unter anderen RUST und VON SCHIRACH sprachen: »RUST stellte in enger Zusammenarbeit mit der Hitler-Jugend die Lösung des Lehrernachwuchsproblems in Aussicht. Gegenseitiges Verständnis allein könne die Nachwuchsfrage nicht lösen. . . Die Rede des Reichsministers wurde vom HJ-Führerkorps ausschließlich bejahend aufgenommen.«





VON SCHIRACH in Nürnberg, während einer Verhandlungspause. Links: sein Verteidiger Dr. Sauter; in der Mitte der Gerichtspsychologe GILBERT.

5. WORTMANN schreibt: Für Schirach stand im Frühjahr 1939 fest, daß nun HITLER versuchen werde, »seine Welteroberungspläne zu verwirklichen«, »Allem Anschein nach ist er von HITLER selbst eingeweiht worden.« Am 20. April 1939 habe er auf einer Geheimrede vor den hundert höchsten HI-Funktionären »verlangt«, sich auf die Erfordernisse der künftigen Weltherrschaft einzurichten. »Das deutsche Volk ist zur Weltherrschaft berufen.« Eine solche Rede hat aber nie stattgefunden, insbesondere nicht an HITLERS 50. Geburtstag, an dem nach WORTMANN auch HITLER vor HJ-Führern eine Rede gehalten haben soll, was aber nicht zutrifft. Der Reichskanzler hat am Vortag seines runden Geburtstages SS-Junker der SS-Junkerschule Braunschweig im Mosaiksaal der Reichskanzlei empfangen. Der langjährige Pressereferent von Schirachs, Günter Kauf-MANN, versicherte, daß das Wort »Weltherrschaft« vom Reichsjugendführer nie gebraucht worden sei. Außerdem habe von Schirach nie eine »Geheimrede« gehalten.4

6. WORTMANN wirft schon auf der ersten Seite seiner Dissertation von Schirach vor, »noch in den letzten Tagen Vierzehn-, Fünf-

zehn-, Sechzehn- und Siebzehnjährige zynisch geopfert zu haben«. Auch das ist falsch. Schirach hat keine derartigen Befehle gegeben.

7. Wortmann schreibt, es habe »keinen Zweifel gegeben, daß Schirach seit 1940 für die Deportation der Juden mitverantwortlich war«, und: »Zehn Jahre später besorgte Schirach in Hitlers Auftrag die rassische Säuberung der Stadt« Wien. Richtig ist, daß Schirach damit nichts zu tun hatte. Richtig ist auch, daß auf Reichsbefehl der Reichsjugendführung um den 15. November 1938 – nach der Kristallnacht – es ver-

⁴ Kaufmann, aaO. (Anm.2), S. 19f.

Lügen über die Hitler-Jugend

boten wurde, den Stürmer für Unterrichtszwecke in Heimen und Schulungsstätten der HJ auszuhängen und zu benutzen.5 Am 10. November 1938, am Tage nach der Kristallnacht, ließ Schir Ach durch telefonischen

Rundruf an alle Gebietsführer die Teilnahme der HJ an allen Aktionen gegen die Juden verbieten.6 Auf einer extra um den 15. November 1938 angesetzten Gebietsführertagung erklärte er nach Aussage seines stellvertretenden Reichsjugendführers Hartmann LAUTERBACHER in Nürnberg die Ausschreitungen vom 9. November als »Kulturschande« und als einen »Angriff auf unsere eigene Würde« 7 Als Schirach hörte, daß in der Kristallnacht eine Gruppe Hitlerjungen in Berlin, die Schirachs Anordnung offenbar nicht mitgekommen hatten, in das Antiquitätengeschäft BERNHEIMER eingedrungen seien und vom Inhaber 20 000 Mark für die Jugendarbeit erpreßt hätten, veranlaßte Schirach, daß das Geld zurückgegeben wurde, und er schrieb einen Entschuldigungsbrief.8 Als der Reichspropagandaminister Joseph GOEBBELS mehrfach vom Chefredakteur von Wille und Macht, Günter KAUFMANN. verlangte, eine antisemitische Sondernummer herauszubringen, lehnte dieser das Ansinnen ab, wobei er volle Rückendeckung durch von Schirach erhielt.9 Es erschien keine solche Nummer.



Günter KAUFMANN sandte sein richtigstellendes Buch mit Schreiben Von Schlrach (rechts) vom 5. November 1993 an alle Lehrstuhlinhaber für Neuere Geschichte an den deutschen Universitäten und Fachhochschulen und wies darauf hin, daß Wortmanns Dissertation »nachweislich falsche, verunglimpfende Tatsachenbehauptungen enthält, die im Interesse der wissenschaftlichen Seriosität und der geschichtlichen Wahrheit einer Richtigstellung bedürfen«. Von KAUFMANNS Angebot, seine Richtigstellung zu WORT-MANNS Buch in den Bibliotheken hinzuzufügen, sollen nur wenige Gebrauch gemacht haben.

Rolf Kosiek

nach seiner Entlassung mit dem Stern-Redakteur V. SCHUL-LER: hinter diesem der Journalist Jochen von LANG (mit Brille), der das Pamphlet Der Hitler-Junge: Baldur von Schirach. Der Mann, der Deutschlands Jugend erzog (1988) verfaßte. Siehe: Rolf Kosiek u. Olaf Rose, Der Große Wendig, Bd. 3, Tübingen 32010,

S. 175 f.

⁵ Internationaler Militärgerichtshof (Hg.), Der Nürnberger Prozeß, Delphin, Nürnberg-Zürich 1984, Bd. 14, S. 599.

⁶ Ebenda, S. 598.

⁷ Ebenda, S. 599.

⁸ KAUFMANN, aaO. (Anm. 2), S. 46.

⁹ IMT, aaO. (Anm. 5), Bd. 14, S. 464 f.

Kein Kuschen vor Hitler

In heutigen Berichten über HITLER und bei Darstellungen seiner Person wird oft behauptet, daß er keine Gegenmeinung duldete und andere nicht ausreden ließ, daß man ihm nicht widersprechen durfte und daß er selbständig Denkende nicht um sich haben wollte.

Doch das ist so nicht richtig. Führende Politiker und Militär haben ihm durchaus widersprochen, ohne dafür gemaßregelt zu werden.

Unter anderem zeigen die Protokolle der Lagebesprechungen im Führerhauptquartier dies sehr deutlich. Einige bezeichnende Fälle seien aufgeführt.

1. Am 30. Januar 1937 hatte Hittler die Angehörigen seiner Reichsregierung in den Kabinettssaal des Reichskanzlers eingeladen. Er nahm dann die Minister, die bisher noch nicht Mitglied der NSDAP waren, in die Partei auf und überreichte ihnen das damals hochgeachtete Goldene Parteiabzeichen. Der seit 1. Juni 1932 unter den Kabinetten von Papen, von Schleicher und Hittler amtierende Reichspost- und Verkehrsminister Freiherr Paul Eltz von Rübenach (1875–1943) lehnte jedoch die Annahme des ehrenvollen Abzeichens ab. Er trat auch nicht in die Partei ein und begründete dies mit der Unterdrückung der Kirche durch die NSDAP. Ferner verlangte er von Hittler eine Erklärung, die dieser jedoch nicht abgab, sondern er ging einfach weiter. Daraufhin trat der Minister zurück. Geschehen ist ihm deswegen nichts. Der Eklat wurde allerdings vor der Öffentlichkeit möglichst verborgen, indem erklärt wurde, daß persönliche Differenzen mit dem Reichskanzler den Minister zum Rücktritt veranlaßt hätten.¹

2. Zum 26. Juli 1943 war Generalfeldmarschall Günther von Kluge ins Führerhauptquartier bestellt worden, um die Auswirkungen der Lage in Italien nach der Landung der Alliierten auf die Ostfront zu besprechen. Als Hitler von Kluge aufforderte, den deutschen Frontbogen um Orel in Rußland zügig zu räumen, damit die freiwerdenden Truppen den Einheiten von Generalfeldmarschall von Manstein im Süden zugeführt werden konnten, der seinerseits Panzertruppen nach Italien senden sollte, stellte sich von Kluge scharf gegen diesen Plan. »Mein Führer! Ich mache aber darauf aufmerksam: Augenblicklich ist nichts herauszuziehen. Das ist völlig ausgeschlossen im gegenwärtigen Moment.« Auch in dem weiteren Verlauf der Besprechung korrigierte von Kluge immer wieder Hitler und widersprach ihm.²

3. Im Sommer 1935 ging es um die vormilitärische Ausbildung der Hitler-Jugend (HJ). Der Verbindungsoffizier der Wehrmacht zur HJ, der damalige Oberstleutnant Erwin ROMMEL, schlug vor, daß die Wehrmacht

¹ Werner Bräunin-GER, Feldherrnhalle, Regin, Kiel 2012, S. 72.

²Ebenda, S. 301.



Paul Eltz von Rübenach.



Günther VON KLUGE.

Kein Kuschen vor Hitler



Ein Trupp der Hitler-Jugend in Berlin, angeführt durch Trommler des lungvolks. Bis 1944 erhielten die Mitglieder der Hitler-Jugend keine paramilitärische Ausbildung.

diese in die Hand nehme und durch Unteroffiziere der Wehrmacht durchführen lasse. In einem Erlaß, der am 3. Dezember 1935 als »geheim« vom Oberkommando der Wehrmacht an die drei Wehrmachtteile versandt wurde, hatte HITLER festgelegt: »Ich beabsichtige, die Ertüchtigung der gesamten deutschen Jugend durch den Jugendführer des Deutschen Reiches vorbereiten zu lassen.« Mit den Vorarbeiten wurde Obergebietsführer Dr. Stellrecht beauftragt (der der Wehrmacht nahe stand, R. K.). Der Kriegsminister sollte einen Betrag aus Mitteln der Wehrmacht dafür zur Verfügung stellen. Dr. Stellrecht sollte dem Reichskriegsminister und Oberbefehlshaber des Heeres unterstellt werden.3 Gegen diesen Einfluß der Wehrmacht auf die Jugend wehrte sich der Reichsjugendführer Baldur von Schirach und setzte sich durch. Er erklärte dem Wehrmachtverbindungsoffizier Oberstleutnant Erwin Rom-MEL: »Ich erziehe die Jugend für den Frieden, nicht für den Krieg!«⁴ Das ³ Günter Kaufmann, Gesetz über die Hitler-Jugend vom 1. Dezember 1936 nahm der Wehrmacht dann jeden Einfluß auf die Hitler-Jugend, ROMMEL wurde seines Postens als Verbindungsoffizier enthoben. Bis zum Dezember 1944 gab es in der Hitler-Jugend keine vormilitärische Ausbildung an der Waffe.⁵

4. Als im Berliner Tageblatt vom 14. Januar 1937 ein Artikel unter der Überschrift »Hitlerjugend und Kirche, ist die Kluft zu überbrücken?« aus der Feder des Pressereferenten des Reichsjugendführers Baldur von Schirach, Günter Kaufmann, erschienen war, wurde noch am selben Tag von Schirach von Hitler am Telefon angepfiffen. Der Gemaßregelte zog daraus keine Folgerung, der Pressereferent wurde von ihm kurz darauf befördert. Mit einem Erlaß vom 28. September 1939 an alle Gebietsführer und Obergauführerinnen gebot von Schirach, alle Äußerungen zu unterlassen, die konfessionelle Überzeugungen verletzen könnten.6 Und auf einer Tagung in München erklärte von Schirach vor den versammelten Gebietsführern und Gebietsmädelführerinnen 1942: »Nie-

Baldur von Schirach. Ein Jugendführer in Deutschland, Selbstverlag, Füssen 1993, S. 30.

⁴ Ebenda, S. 31.

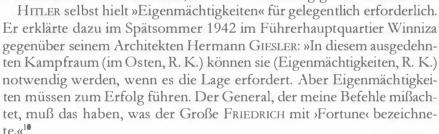
⁵ Ebenda, S. 93

⁶ Ebenda, S. 38.

Kein Kuschen vor Hitler

mand in Deutschland, er mag persönlich glauben, was er will, darf dem Christentum unehrerbietig gegenübertreten.«⁷ Als der Reichspropagandaminister Joseph Goebbels mehrfach vom Chefredakteur des HJ-Führerorgans Wille und Macht, Günter Kaufmann, die Herausgabe einer antisemitischen Sondernummer verlangte, lehnte dieser unter voller Rückendeckung durch von Schirach das ab, und eine solche Nummer erschien nie.⁸

5. Im Jahre 1932 hatte HITLER in einer Rede in Nürnberg, nachdem der Reichspräsident ihm als dem Führer der stärksten Partei die Bildung einer Regierung versagt hatte, gegen HINDENBURG Redewendungen gebraucht, die den alten Herrn beleidigen und verächtlich machen konnten. Der damalige Stabschef der SA, Otto WAGENER, fuhr extra deswegen von Berlin zum Berghof und traf dort ein, als HITLER sich mit seiner Umgebung zum Frühstück setzten wollte. HITLER schickte die anderen Teilnehmer fort. WAGENER schreibt:9 »Als ich ihm dann kurz berichtete, weshalb ich komme, und mit den Worten schloß, Man soll dem Volk nicht seine Götter nehmen. besonders aber darf man sie nicht beleidigen!, da gab er mir beide Hände und antwortete: WAGENER. Ich danke Ihnen. Es ist mir selber auch schon zum Bewußtsein gekommen. Sie haben recht. Man soll dem Volk nicht seine Götter nehmen. Nach einer kurzen Pause fuhr er fort: Ich werde es nicht wieder tun. Und dann ließ er nach einem kurzen Druck meine Hände los und sagte: Gehen Sie ietzt aber.« Wagener urteilte dann: »Hitter war lenkbar. Hitter war bereit anzunehmen. Aber man kann mit einem so außergewöhnlichen Menschen nicht so verkehren, wie wir es landläufig gewohnt sind.«







Otto Wilhelm Heinrich Wagener (1888– 1971) war außerdem Hitlers Wirtschaftsberater.

⁷ Kaufmann, ebenda, S. 39.

⁸ Internationaler Gerichtshof (Hg.), *Der Nürnberger Prozeß*, Delphin, München–Zürich 1984, Bd. 14, S. 464.

 $^{^9}$ Otto Wagener, $\it Hitler$ aus nächster Nähe, herausgegeben von Henry A. Tumer, Arndt, Kiel 1987, S. 307.

¹⁰ Zitiert von Hermann Giesler, in: Hermann Giesler, *Ein anderer Hitler*, Druffel, Leoni 1977, S. 403.

War die Führungselite des Dritten Reiches intelligent?

Eine allgemein anerkannte Definition von Intelligenze gibt es nicht. Im folgenden wird dieser aus der Psychologie stammende Sammelbegriff für die kognitiven Leistungsfähigkeiten des Menschen verwendet. Intelligenz steht in direktem Zusammenhang mit Denkvermögen, Auffassungsgabe, Urteilsvermögen und Kreativität. Sie umfaßt alle geistigen Fähigkeiten des Menschen.

Es ist in der gängigen Geschichtsschreibung oftmals auffällig, daß die Führungsriege des Dritten Reiches als ein mehr oder weniger zusammengeworfener Haufen von Neurotikern, Psychopathen und vor allem unqualifizierten, unbegabten, eben >doofen Personen dargestellt wird. Die in Nürnberg vor dem Internationalen Militärtribunal angeklagten Vertreter des Dritten Reiches werden in den Massenmedien ausschließlich negativ, nicht selten mit entsprechenden Fotos oder Filmaufnahmen lächerlich und asozial, dargestellt. Für Unwissende muß dies den Eindruck bestätigen, daß es sich bei der inhaftierten Führungselite des deutschen Staates ganz offensichtlich um unintelligente Personen gehandelt haben muß.

Befaßt man sich aber mit dieser Darstellung kritisch und ist man gewillt, sich ein sachlicheres Bild zu erarbeiten, ist zunächst zu berücksichtigen, daß es keine Schwierigkeit bedeutete, die internierte deutsche Führungsschicht nach Wochen der Haft als müde, verwahrloste alte Männer, als Jammergestalten darzustellen, bei deren Anblick man überhaupt nicht begreifen konnte, wie um alles in der Welt es möglich gewesen sein konnte, daß solches Gesindel in entscheidende Führungsstellungen gelangt war.

Den Erinnerungen des US-amerikanischen Armeearztes und Psychiaters am Nürnberger Gefängnis, Douglas M. Kelley, zufolge handelte es sich bei den vor dem Internationalen Militärtribunal 1945 angeklagten führenden Vertretern des Dritten Reiches in der Regel um Menschen von minderer charakterlicher Qualität und geringer Intelligenz. Bei Rudolf Hess beispielsweise diagnostizierte er in seinem 1947 erschienenen Buch 22 Cells in Nuremberg Geistesgestörtheit,¹ Alfred Rosenberg bezeichnete er als einen »ziemlich dummen und furchtbar konfusen Menschen«,² und Robert Ley bescheinigte er »einen deutlich begrenzten Hirndefekt im Gebiet des Vorderlappens«.³ Waren die höchsten Vertreter des



Douglas M. Kelley, war fünf Monate lang als Psychiater im Nürnberger Kriegsverbrecher-Gefängnis tätig. Er beging 1957 Selbstmord, mit einer jener Zyankali-Kapseln, die bei dem toten Göring gefunden worden waren.

¹ Vgl. Douglas Kelley, 22 Männer um Hitler, Bern 1947, S. 6 u. S. 25 ff.

² Ebenda, S. 49.

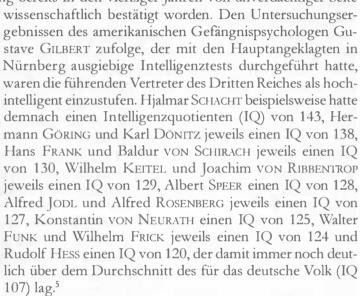
³ Ebenda, S. 185.

War die Führungselite des Dritten Reichs intelligent?

Staates, der Wirtschaft und des Militärs im Dritten Reich also gewissermaßen Idioten?

Die in diese Richtung gehende Frage hat der deutsche Historiker Werner MASER kurz und knapp mit einem deutlichen Nein beantwortet. Die im Nürnberger Gefängnis internierte deutsche Führung habe sich vielmehr aus hochintelligenten Persönlichkeiten zusammengesetzt. Einige von ihnen seien sogar als Genies zu bezeichnen gewesen.⁴

Tatsächlich ist diese den Mediendarstellungen so heftig widersprechende Beurteilung bereits in den vierziger Jahren von unverdächtiger Seite



Daß »Adolf Hitler in einem solchen Test zumindest ebenso abgeschnitten hätte«, müsse, Maser zufolge, »infolge der inzwischen wissenschaftlich belegten Fakten als sicher gelten«.⁶ Zu dieser Erkenntnis ist man im Ausland längst gekommen. In seinem vom Nachrichtendienst des US-Kriegsministeriums (Office of Strategic Services, OSS) in Auftrag gegebenen und 1943 veröffentlichten Buch *The Mind of Adolf Hitler* bescheinigt der amerikanische Psychoanalytiker Walter C. Langer, daß Adolf Hitler »mit höchster Vernunft« handeln konnte, der frühere bri-



Hjalmar SCHACHT im Jahre 1945. Der US-Psychologe Gustave M. GILBERT attestierte ihm mit einem IQ von 143 den höchsten Intelligenzquotienten unter den Angeklagten.

⁴ Vgl. Werner MASER, *Nürnberg. Tribunal der Sieger*, Düsseldorf-Wien 1977, S. 597 ff.

⁵ Vgl. Gustave M. Gilbert, *The Nuremberg Diary*, New York 1947; deutsch: Gustave M. Gilbert, *Nürnberger Tagebuch. Gespräche der Angeklagten mit dem Gerichts-psychologen*, Frankfurt 1962.

⁶ Vgl. Werner Maser, Nürnberg. Tribunal der Sieger, aaO. (Anm. 4), S. 597 ff. Siehe auch: David Irving, Nürnberg. Die letzte Schlacht, Tübingen 1996, S. 255 ff.

War die Führungselite des Dritten Reichs intelligent?



Aufnahmen der gesundheitlich stark beeinträchtigten Nürnberger Häftlinge nutzten die Medien gern dazu, der Führungselite des Dritten Reichs hohe Intelligenz abzusprechen und sie der Lächerlichkeit preiszugeben.

tische Premierminister David LLOYD GEORGE von »HITLERS politischer Klugheit außerordentlich beeindruckt« gewesen sei und der britische Militärhistoriker Sir Basil LIDDELL HART »HITLER für den größten Militärstrategen« gehalten habe, der »mit seinem Charme und seiner Intelligenz« gleichermaßen »Philosophen und Bauern, Architekten und Arbeiter, Künstler und Hausfrauen, Generale, Botschafter und amerikanische Studenten für sich einnehmen und beeindrucken« konnte.⁷

Es ist aufgrund des vorliegenden Untersuchungsmaterials⁸ erwiesene Tatsache, daß die Führungsriege des Dritten Reiches hinsichtlich ihrer Intelligenz deutlich über dem durchschnittlichen IQ des deutschen Volkes lag. Dieser Umstand ist nicht uninteressant, da, jüngsten wissenschaftlichen Untersuchungen zufolge, die Deutschen das intelligenteste Volk in Europa seien. Im Frühjahr 2006 veröffentlichte Richard Lynn, Professor für Psychologie an der nordirischen Universität Ulster, seine entsprechenden Forschungsergebnisse: Mit einem durchschnittlichen Intelligenzquotienten von 107 liegen, ihm zufolge, die Deutschen demnach gemeinsam mit den Niederländern (107) vor allen anderen europäischen Nationen.⁹

Claus Nordbruch

⁷ Vgl. deutsche Ausgabe: Walter C. LANGER, Das Adolf-Hitler-Psychogramm. Eine Analyse seiner Person und seines Verhaltens, Wien-München 1972.

⁸ Einen guten Überblick über die Leistungen der Eliten im Dritten Reich vermitteln Lorenz Porsch, *Der »Mann des Jahrhunderts«*, Kiel 2005, sowie Theodor Kellenter, *Das Erbe Hitlers*, Kiel 2010.

⁹ Helen NUGENT, »Germans are brainest (but at least we're smarter than the French)«, in: *The Times*, 27. 3. 2006.

Zum Wirken der NS-Auslandsorganisation



Ernst Wilhelm BOHLE.



¹ So Volker Koop in seinem Buch Hitlers Fünfte Kolonne. Die Auslands-Organisation der NSDAP, Berlin 2009, der einiges behauptet, ohne es belegen zu können. Ein einziger Fall ist bekannt, bei dem die AO Einfluß auf die Außenpolitik der Reichsregierung nahm, nämlich als sie Francos Bitte um Flugzeuge an HITLER übermittelte und die militärische Unterstützung tatsächlich gewährt wurde.

Im Laufe der Entwicklung der NSDAP in Deutschland bildete sich in den zwanziger Jahren des 20. Jahrhunderts die Auslandsorganisation (AO) der NSDAP in den verschiedensten Ländern als der Zusammenschluß der reichsdeutschen Nationalsozialisten im Ausland und in der Seefahrt. Seit 1933 wurde die AO als Gau von Ernst Wilhelm BOHLE von Berlin aus geführt. Sie gliederte sich in Landesgruppen, Kreise, Ortsgruppen und Stützpunkte.

Ihr wurde vorgeworfen, daß ihre Mitglieder als 5. Kolonne der NSDAP in ihren Gastländern wirkten und Spionage für das Reich betrieben.¹ Das war jedoch – bis auf unbedeutende Ausnahmen – nicht der Fall. Im Gegenteil: Sie beachtete streng die Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten des jeweiligen Gastlandes. Das kam in ihren Richtlinien zum Ausdruck, die jeder auslandsdeutsche Parteigenosse schon seit 1931 bei der Verleihung der Mitgliedschaft und der Überreichung des Parteibuches ausgehändigt bekam. Sie lauteten:

- »1. Befolge die Gesetze des Landes, dessen Gast Du bist.
- 2. Die Politik Deines Gastlandes lasse dessen Bewohner machen. Dich geht die Innenpolitik eines fremden Landes nichts an. Mische Dich nicht in diese ein, auch nicht gesprächsweise.
 - 3. Bekenne Dich stets und überall als Parteigenosse.
- 4. Sprich und handele stets so, daß Du der nationalsozialistischen Bewegung und damit dem neuen Deutschland Ehre machst. Sei rechtschaffen, ehrlich, furchtlos und treu!
- 5. Sieh in jedem Deutschen draußen Deinen Volksgenossen, einen Menschen Deines Blutes, Deiner Art und Deines Wesens. Gib ihm die Hand ohne Ansehen seines Standes. Wir sind alle Schaffendes unseres Volkes.
- 6. Hilf von Herzen und unaufgefordert Deinem deutschen Volksgenossen, wenn er unverschuldet in Not geriet.
- 7. Sei nicht nur Mitglied, sondern auch Mitkämpfer in vorderster Linie. Unterrichte Dich genau über Wesen, Inhalt und Ziel unserer Bewegung.
- 8. Werbe und kämpfe Tag für Tag um den Beitritt jedes ehrlichen Reichsdeutschen in unserer Bewegung. Überzeuge ihn von der Überlegenheit und Richtigkeit unserer Bewegung, von der Notwendigkeit unseres Sieges, auf daß Deutschland weiterlebe!
 - 9. Lies unser Parteiorgan, unsere Druckschriften und Bücher.
- 10. Schließe Dich den Parteigenossen in Deinem Aufenthaltsort an. Besteht dort ein Stützpunkt oder eine Ortsgruppe, so sei ihr disziplinier-

Zum Wirken der NS-Auslandsorganisation

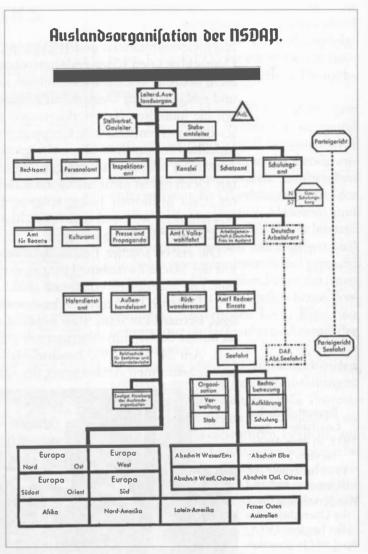
ter und rühriger Mitarbeiter. Stifte nicht nur keinen Streit, sondern sei mit allen Kräften bemüht, aufkommende Uneinigkeiten zu schlichten.«¹

Obwohl sie loyal zu dem jeweiligen Staat standen, wurden viele Mitglieder der AO im Zweiten Weltkrieg in alliierten Staaten verhaftet, vor allem in Südamerika, von wo zahlreiche an die USA ausgeliefert wurden, wo sie während des Krieges jahrelang in Konzentrationslagern festgehalten wurden.

ROOSEVELT hatte schon vor 1939 wider besseren Wissens behauptet, daß die Deutschen unter Mithilfe ihrer AO von Südamerika aus die USA angreifen wollten.

Ein zu spätem Ruhm gekommenes Mitglied der AO war der Vater der schwedischen Königin SILVIA, der Geschäftsmann Walther SOMMERLATH, der in Sao Paulo, Brasilien, 1934 der AO beigetreten war. Diese Tatsache fand 2002 ein schwedischer Historiker heraus. Acht Jahre lang verweigerte die Königin jeden Kommentar dazu, bis sie im Frühjahr 2010 ihren Vater verteidigte. Das brachte ihr Vorwürfe von der Öffentlichkeit ein, weil sie sich nicht - wie es politisch korrekt gewesen wäre – von ihm distanzierte.²

Rolf Kosiek



Organisationsschema der AO (1937)

¹ Zitiert in: Der Freiwillige, Nr. 3/4, 2010, S. 29.

² Thomas Borchert u. Andre Anwar, »Blaues Blut und braune Vergangenheit«, in: *Nürtinger Zeitung*, 21. 5. 2010.

Kriegserklärungen von jüdischen Kreisen gegen Deutschland

Nach Großbritannien und Frankreich, die beide am 3. September 1939 Deutschland den Krieg erklärten, obwohl sie vom Deutschen Reich gar nicht bedroht worden waren, folgten ihnen die meisten Staaten der Erde und erklärten dem Deutschen Reich den Krieg. Eine Besonderheit stellten die jüdischen Kriegserklärungen dar, da kein Staat dahinter stand, sondern nur einflußreiche Gruppen, die aber vorgaben, für die gesamte Judenheit zu sprechen. Diese Kriegserklärungen werden heute meist verschwiegen oder als Äußerungen kleiner, unbedeutender Gruppen abgetan. Doch das ist nicht richtig. Es standen einflußreiche Gruppen dahinter. Und Millionen Juden folgten den Aufrufen, vor allem in der Sowjetunion, wo rund eine halbe Million Juden gegen die Wehrmacht im Zweiten Weltkrieg kämpfte.

Die ersten solcher Erklärungen und Aufforderungen kamen schon vor der Machtübernahme HITLERS, schon während der Weimarer Republik. Die wichtigsten von ihnen sind:

- 1. Im Jahre 1932 erklärte der damalige Präsident der Jüdischen Weltligas, Bernard Lecache: »Deutschland ist unser Feind Nummer eins. Es ist unsere Sache, ihm erbarmungslos den Krieg zu erklären.«
- 2. Am 24. März 1933 brachte der *Daily Express* aus London auf der ersten Seite einen Artikel unter der Überschrift »Judea declares War on

Boykott jüdischer Geschäfte 1. April 1933. In ihrer Ausgabe vom 25. März 1993 berichtete die Allgemeine Jüdische Wochenzeitung unter der Überschrift »Als alles begann: Der 1. April 1933« über den deutschen Boykott-Aufruf gegen die Juden in Deutschland vom 1. April 1933. Das erweckt den Eindruck, als habe dieser Aufruf keine Vorgeschichte und sei grundlos erfolgt.





Germany« (Die Juden erklären Deutschland den Krieg). Darin hieß es: »14 Millionen Juden der ganzen Welt stehen wie ein Mann zusammen, um Deutschland den Krieg zu erklären.«¹ Daraufhin erfolgte am 1. April 1933 für einen Tag ein Boykott der jüdischen Geschäfte in Deutschland.

- 3. Am 27. März 1933 fand in New York eine große Protestversammlung statt, zu der rund 55000 Personen nach antideutschen Artikeln in der Presse zusammengekommen waren. Es sprachen unter anderen der Oberbürgermeister der Stadt, O'BRIEN, Bischof MANNING und der Rabbiner Stephen WISE. Der letztere erklärte: »Wir wenden uns dagegen, daß die Juden zum schwarzen Schaf gemacht werden, weil Deutschland über das Ausland Klage führt. Wir stellen keine Forderungen, wir erheben keine Bitte, wir betonen nur die elementaren Axiome der Zivilisation.«²
- 4. Anfang Mai 1933 wurde nach vielen kleineren antideutschen Veranstaltungen in den USA eine weitere große Protest-demonstration gegen Deutschland von rund 100000 Teilnehmern besucht, auf der sich General O'RYAN, der WILSONsche Staatssekretär Bainbridge COLBY, der einflußreiche Bernhard DEUTSCH und der Rabbiner Stephen WISE gegen das Reich äußerten.

Weniger bekannt: Die Seite 2 der Kriegserklärung jüdischer Kreise an das NS-Deutschland, erschienen im britischen *Daily Express* vom 24. März 1933.

¹ Claus Nordbruch, *Juden fragen. Selbstverständnis und Problematik*, Grabert, Tübingen 2006, S. 34 f.

² Zitiert in: Georg Franz-Willing, *Die nationale Erhebung*, Druffel, Leoni 1982, S. 185.

Kriegserklärungen von jüdischen Kreisen gegen Deutschland

Anti-deutsche Demonstration in New York am 10. Mai 1933, veranstaltet von dem American Jewish Congress. Abbildung aus: Encyclopaedia Judaica (1971): »USA«, Bd. 15, Spalte 1629–1630.



5. Der britische Industrielle Lord Melchett hatte für Juli 1933 zu einer jüdischen Weltwirtschaftskonferenz nach London eingeladen. Sie wurde abgesetzt aufgrund von Protesten englischer Juden. Zu ihr war der New Yorker Rechtsanwalt Samuel Untermeyr angereist, der die Konferenzteilnehmer dann nach Amsterdam einlud. Dort erklärte er: »Die Juden sind die Aristokraten der Welt. . Dieser Krieg muß unablässig geführt werden, bis die dunklen Wolken blinder Gläubigkeit, des Rassenhasses und Fanatismus zerstreut sind, die sich über das einstige Deutschland lagerten, das jetzt mittelalterliches Hitler-Land ist.«³

6. Am 1. Dezember 1934 schrieb die jüdische Zeitung Nascha Retsch auf russisch: »Der Kampf gegen Deutschland wird von sämtlichen jüdischen Gemeinschaften, Tagungen, Kongressen, von jedem einzelnen Juden geführt. Unsere jüdischen Interessen verlangen, daß Deutschland endgültig vernichtet wird. Die Gefahr für uns Juden liegt im ganzen deutschen Volk, in Deutschland als Ganzem. Unschädlich muß es gemacht werden für alle Zeiten.«

7. Am 3. Juli 1938 brachte die weitverbreitete Zeitschrift *The American Hebrew* einen Artikel unter der Überschrift »Wird Eli-Eli über Horst Wessel siegen?« Darin hieß es unter anderem: »Diese drei Söhne Israels (Léon Blum, Ministerpräsident in Frankreich, Maksim Litwinow, Volkskommissar des Äußeren in Moskau, Hore-Belisha, Kriegsminister in England) werden sich vereinen, um den tollen Nazidiktator zum Teufel zu schicken. Er wird nicht gerade sehr sanft in die Grube hinab gelassen werden.

Dann werden die Juden Halleluja singen. Der Allmächtige hat die gemeinen Nazis zu ewigen Qualen verdammt, Europa wird zur Vernichtung gesandt werden.«

³ Ebenda, S, 215 f.

Kriegserklärungen von jüdischen Kreisen gegen Deutschland

8. Vom 29. August 1939, also noch vor Kriegsbeginn, datiert eine offene Beistandserklärung für die Alliierten des damaligen Führers der Zionisten, Chaim WEIZMANN, die auf dem 25. Zionistenkongreß in Genf beschlossen worden war. Sie wurde am 3. September 1939 in London empfangen und am 8. September im *Jewish Chronicle* veröffentlicht.⁴

Der Widerstand wurde von einfluß- und kenntnisreichen Juden selbst zugegeben. In der 1989 erschienenen, von der Westberliner Gedenkstätte Deutscher Widerstand herausgegebenen Schrift hat der Verfasser, gebürtiger Berliner und 1936 nach Palästina ausgewandert, festgestellt: "Es ist erwiesen, daß jüdische Organisationen den Nazis in den Jahren vor der Machtübernahme erbitterten Widerstand geleistet und einen getarnten Propagandafeldzug zur Unterstützung der demokratischen Parteien gegen das Gesamtprogramm der NSDAP entfaltet haben.« Dieser Kampf habe "verschleiert" durchgeführt werden müssen. Von ihm hätten deutsche Historiker kaum Notiz genommen. "Bereits 1930 erkannten Vertreter einer bürgerlichen jüdischen Gemeinschaft klar, daß es für Juden nur eine totale Abwehr des Faschismus geben konnte.«

Im einzelnen hält Paucker fest: »Ungefähr 1,6 Millionen von den 16 Millionen Juden in der Welt bei Kriegsausbruch kämpften gegen Hitler-Deutschland. Über eine halbe Million Juden diente in der Roten Armee, mindestens 700 000 in den Armeen der beiden großen westlichen Alliierten. In Palästina meldeten sich 35 000 Juden freiwillig zur britischen Armee, von denen später 10 000 die Jüdische Brigade bildeten. . . Eine ganze Generation deutscher Juden kämpfte an allen Fronten gegen den Faschismus«

Nach dem Überlebenden von Auschwitz und Buchenwald Arno LUSTIGER⁶ haben je 500 000 Juden in der Roten Armee und in der der USA gegen Deutschland gekämpft. Dazu kamen 190 000 Mann in polnischer, 62 000 in englischer, 48 000 in französischer Uniform. Aus Palästina seien 30 000 gekommen, aus Kanada 16 000 und aus Australien 3000 Mann. Dazu kämen noch Tausende jüdischer Partisanen.

Daß eine große Anzahl von Juden gegen das Reich Krieg führte, ist damit wohl kaum zu leugnen.

Rolf Kosiek

Der Rabbiner und Zionistenführer Wladimir Jabotinsky appellierte im Januar 1934 in der jüdischen Zeitung *Tatscha Retsch*: »Seit Monaten wird der Kampf gegen Deutschland von jeder jüdischen Gemeinde, auf jeder Konferenz, auf jedem Kongreß, in allen Gewerkschaften und von jedem einzelnen Juden auf der ganzen Welt geführt. Wir werden einen geistigen und einen materiellen Krieg der ganzen Welt entfachen. . . Unsere jüdischen Interessen verlangen die vollständige Vernichtung Deutschlands.«

⁴ Text in: Rolf Kosiek u. Olaf Rose (Hg.), *Der Große Wendig*, Bd. 1, Grabert, Tübingen ⁵2011, S. 612.

⁵ Arnold Paucker, Jüdischer Widerstand in Deutschland, Berlin 1989, zitiert in Bernhard Steidl. (Hg.), Verbeimlichte Dokumente, Bd. 2, FZ, München 1995, S. 109.

> ⁶ Angaben in: STEIDL, ebenda, S. 110.



Wladimir labotinsky.

Wie reagierten die Deutschen auf die Judenverfolgung nach 1933?





Von oben: Konrad Löw und sein Buch Deutsche Schuld 1933–1945?.

Nach Aufrufen zum Boykott deutscher Waren, zum Beispiel im Londoner Daily Express von seiten jüdischer Gruppen am 24. März 1933, wurde von der NSDAP in Deutschland aufgerufen, am 1. April 1933 für einen Tag jüdische Geschäfte im Reich zu boykottieren. Doch dieser Aufruf wurde von vielen Deutschen nicht beachtet.

Als der Bayreuther Emeritus Konrad Löw 2010 sein Buch¹ über die verschwiegenen und übergangenen Zeitzeugen zur NS-Judenverfolgung herausbrachte, wurde er vielfach angefeindet. Seine Erkenntnis, daß die Mehrheit des deutschen Volkes das Unrecht bei der Behandlung der Juden – bei diesem Boykott zum 1. April 1933 wie bei der Kristallnacht am 9. November 1938 – durchaus erkannt und sich auf persönlicher Ebene für die Verfolgten eingesetzt habe, wurde trotz seiner zahlreichen vorgelegten Beweise nicht von allen angenommen. So erklärte in ihrer Rede vor dem Deutschen Bundestag in der Gedenkstunde für die Opfer des Nationalsozialismus am 30. Januar 2013 die Holocaust-Überlebende Inge DEUTSCHKRON gegen die Wahrheit: »Das deutsche Volk jener ersten Nachkriegsjahre wurde beschützt von seinem ersten Kanzler, der im Parlament in einer Regierungserklärung behauptet hatte, die Mehrheit der Deutschen wären Gegner der Verbrechen an den Juden gewesen. Viele von ihnen hätten sogar den Juden geholfen, ihren Mördern zu entkommen. Ach wäre das doch die Wahrheit gewesen.« Die Zuhörer gaben ihr »anhaltenden Beifall – Die Anwesenden erheben sich«, berichtet das Protokoll.

Die Rednerin nahm Bezug auf Äußerungen Konrad ADENAUERS am 27. September 1953, in denen er erklärte, daß die Mehrzahl der Deutschen für die Juden eingetreten sei. Und er bekam auch für diese Aussage Beifall. Was ist nun richtig?

Der genannte Buchautor Löw hat neuerlich zu der Frage der Haltung der deutschen Bürger gegen die Juden Stellung genommen.² Er fragt, ob die Zeitzeugen wenige Jahren nach dem Geschehen es nicht besser gewußt hätten als die heutige Generation achtzig Jahre später. Das deutsche Volk sei damals einseitig informiert worden, aber dennoch in seinem Rechtsempfinden normal geblieben. Es habe ausdrücklich in jüdischen Geschäften am 1. April 1933 gekauft, als ein eintägiger Boykott gegen die Juden verkündet worden war. So schrieb die Jüdische Rundschau am 13. April 1933: »Von einer großen Zahl von Freunden und Lesern in Berlin und in allen Teilen des Reiches erhalten wir Berichte,

Wie reagierten die Deutschen auf die Judenverfolgung?

aus denen hervorgeht, daß ein großer Teil der christlichen deutschen Bevölkerung trotz der beispiellosen Vehemenz der antijüdischen Propaganda. . . ein Gefühl für die wirkliche Situation bewahrt hat. Sowohl am Tage des Boykotts als auch nachher haben viele Juden von ihren Mitbürgern Zeichen der Teilnahme und des Respekts erhalten. . . ausdrücklich wird hervorgehoben, daß. . . auch von Mitgliedern der nationalsozialistischen Partei solche Kundgebungen zu verzeichnen sind.«

Und Löw zitiert auch Charlotte Knobloch, die frühere Vorsitzende des Zentralrats der Juden in Deutschland, die in ihrer Autobiographie, von ihrem Vater unterwiesen, zum 1. April 1933 schreibt: »Die Aktion wurde allerdings abgebrochen, weil die Machthaber enttäuscht feststellen mußten, daß die Bevölkerung ihrem Aufruf, die Juden zu ächten, nicht im gewünschten Umfang nachgekommen war. . Noch konnten die meisten zwischen Recht und Unrecht unterscheiden.« Daran fügt Löw die berechtigte Feststellung an: »Den Nachweis für die Richtigkeit, daß später das Unrechtsbewußtsein schwand, bleibt sie schuldig.«

Die Behauptung, daß der NS-Boykott am 1. April 1933 nicht abgebrochen worden sei, weil die Deutschen nicht mitmachten, ist falsch. Es war schon vorher festgelegt worden, daß der Boykott nur einen Tag lang dauern sollte.

Rolf Kosiek

¹ Konrad Löw, Deutsche Schuld 1933–1945? Die ignorierten Antworten der Zeitzeugen, Olzog, München 2010.

² Konrad Löw, »Mit Gleichgültigkeit und Verachtung begleitet«, in: *Junge Frei*heit, 22. 3. 2013, S. 20.

¹ Zum Beispiel: ² Siehe: Rolf Kosiek u. Olaf Rose (Hg.), *Der Große Wendig*, Bd. 4, Grabert, Tübingen ²2012, S. 219 f. Die Vergangenheitsbewältiger führen immer wieder den Einwand an, daß HITLER seine Lebensraum-Ideologie bereits in *Mein Kampf* dargestellt habe und daß das Studium dieser Propagandaschrift der zwanziger Jahre jedem die Augen hätte öffnen müssen. Abgesehen davon, daß der Begriff Lebensraume in dem Register zu der Schrift nicht einmal auftaucht, können HITLERS Darlegungen in *Mein Kampf* schwerlich als außenpolitisches Programm bewertet werden, da sich die Gegebenheiten auf dem außenpolitischen Schachbretts Europas, vor allem im Zuge der Weltwirtschaftskrise 1929, nach 1923 stark verändert hatten.

Zweifellos will man aus etwaigen kriegerischen Führerreden, die nicht als solche gehalten wurden, auf eine Kollektivverantwortung des deutschen Volkes schließen.

Die berüchtigten Schlüsseldokumentes, deren Authentizität ohnehin mit überzeugenden Gründen in Frage gestellt wurde und die HITLERS unbedingten Kriegswillen belegen sollen, können nicht herangezogen werden, da die entsprechenden Berichte (>Hoßbach-Niederschrifts, Schmundt-Berichts, Schweinehund-Redes, >Dschingis-Khan-Redes) nicht an die Öffentlichkeit gelangten. Es handelt sich um vier >geheime Konferenzens HITLERS mit der höchsten Generalität vom 5. 11. 1937, 23. 5., 22. 8. und 23. 11. 1939, auf denen der Zweite Weltkrieg geplant und beschlossen worden sein soll.

Nicht ein einziges Mal ließ die NS-Führung öffentlich durchblicken, daß sie einen Kriegskurs, dem das deutsche Volk ohnehin niemals zugestimmt hätte, eingeschlagen habe.

Der Historiker Wolfgang VENOHR bemerkte hinsichtlich der Lage in Deutschland Anfang 1939 zu Recht: 3 »Es gab für das deutsche Volk keinerlei Anlaß zu Pessimismus. HITLER hatte sich in sechs Jahren als ›Friedenskanzler‹ ausgewiesen. Er hatte auf Südtirol und Elsaß-Lothringen verzichtet, mit dem ›Erbfeind‹ Polen einen Nichtangriffspakt geschlossen und mit Großbritannien ein Flottenabkommen zustande gebracht. Es kann überhaupt nicht bestritten werden, daß HITLERS Außenpolitik vom Frühjahr 1933 bis Frühjahr 1939 von beispiellosem Erfolg gekrönt war.«

HITLER meinte am 26. September 1938 zutreffend: »Ich habe Herrn Chamberlain versichert, daß das deutsche Volk nichts anderes will als Frieden.«

Zunächst seien im folgenden bezeichnende Aussagen von HIILER und anderen NS-Größen angeführt, die das bisher Gesagte belegen und unterstreichen sollen.⁺

- ³ Wolfgang VEN-OHR, Stauffenberg – Symbol der deutschen Einheit, 1986.
- ⁴ Die meisten der im folgenden angeführten Friedensbekundungen von seiten der NS-Größen hat Ulrich STERN in seiner verdienstvollen Schrift Die wahren Schuldigen am Zweiten Weltkrieg, FZ, München 1992, zusammengestellt.

- Bei der ersten außenpolitischen Grundsatzrede des neuen Reichskanzlers HITLER am 23. März 1933 im Reichstag stellte sich der SPD-Vorsitzende Otto WELS, der die Zustimmung zum Ermächtigungsgesetz für seine Partei ablehnte, hinter die außenpolitischen Forderungen HITLERS.
- In seiner Rede vom 17. Mai 1933, der sogenannten Friedensredes, in der er unter anderem die Beseitigung von Massenelend und -arbeitslosigkeit sowie einen neuen wirtschaftlichen Aufschwung in Deutschland versprach, beteuerte Hitler:

»Ich möchte namens der nationalen Regierung und der gesamten Nationalerhebung bekunden, daß gerade uns in diesem jungen Deutschland das tiefste Verständnis beseelt für die gleichen Gefühle und Gesinnungen sowie für die begründeten Lebensansprüche der anderen Völker. Die Generation dieses jungen Deutschlands, die in ihrem bisherigen Leben nur die Not, das Elend und den Jammer des eigenen Volkes kennenlernte, hat zu sehr unter dem Wahnsinn gelitten, als daß sie beabsichtigen könnte, das gleiche anderen zuzufügen. Indem wir in grenzenloser Liebe und Treue an unserem eigenen Volkstum hängen, respektieren wir die nationalen Rechte auch der anderen Völker aus dieser selben Gesinnung heraus und möchten aus tiefinnerstem Herzen mit ihnen in Frieden und Freundschaft leben.«

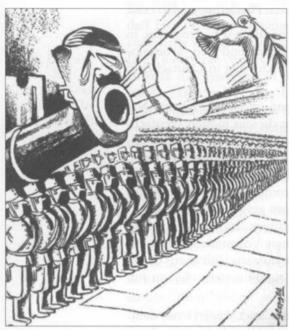
HITLER zerstreute sodann Befürchtungen des Auslands wegen eines deutschen Angriffs und sprach sich gegen das Aufrüsten aus:

»Der Ausbruch eines solchen Wahnsinns ohne Ende müßte zum Zusammenbruch der heutigen Gesellschafts- und Staatsordnung führen.« Daraufhin sprach der Reichstag einstimmig, auch mit allen Stimmen der SPD, der Reichsregierung das Vertrauen zu ihren außenpolitischen Forderungen aus: Aufhebung des Versailler Diktats, Anerkennung der Gleichberechtigung Deutschlands, allgemeine Abrüstung. Der spätere bayerische SPD-Ministerpräsident Wilhelm HOEGNER berichtete:

»Eine sanftere Friedensrede hätte auch Stresemann nicht halten können. Bei der Abstimmung blickten unsere Nachbarn zur Rechten, die katholischen Parteien, erwartungsvoll auf uns. Wir erhoben uns mit ihnen und stimmten der Erklärung des Deutschen Reichstages zu. Dann fingen die Abgeordneten der Rechten an, das Deutschlandlied zu singen. Viele in unseren Reihen sangen mit. Einigen liefen die Tränen über die Wangen.«

 Am 31. März 1933 sagte der NS-Reichsminister für Volksaufklärung und Propaganda, Joseph Goebbels, in einer Rundfunkansprache:
 »Ich erkläre hiermit feierlich vor ganz Deutschland und vor der ganzen

Welt: Wir wollen mit der Welt in Frieden leben. Das deutsche Volk will keinen Krieg. Wir haben nicht die Absicht, uns unnötig Feinde anzuschaffen.«



Karikatur der New Yorker Zeitung *Nations* auf HITLERS Friedensrede vom 17. Mai 1933.

– Am 27. Mai 1933, einen Tag vor den Wahlen zum Volkstag des Freistaates Danzig, beteuerte HITLER über den Sender Königsberg: »Indem der Nationalsozialismus zu den Wurzeln unseres Volkstums zurückkehrt, entfernt er sich von dem unglücklichen Hurrapatriotismus eines bürgerlichen Zeitalters. Der Nationalsozialismus kennt keine Politik der Grenzkorrektur auf Kosten fremder Völker. Wir wollen keinen Krieg nur zu dem Zwekke, um einige Millionen Menschen vielleicht zu Deutschland zu bringen, die gar nicht Deutsche sein wollen. Wir werden niemals Menschen zu unterwerf en versuchen, die uns innerlich nur hassen.«

– Am 28. September 1933 erklärte GOEBBELS vor 300 Journalisten auf einer Pressekonferenz in Genf:

»Es liegt nicht im Interesse irgendeines Volkes, daß dieses Deutschland weiterhin als Nation zweiten Ranges behandelt wird und der Möglichkeit seiner Verteidigung benommen bleibt, die es zur Aufrechterhaltung seiner nationalen Sicherheit nötig hat. Daraus den Willen zum Kriege schließen zu wollen angesichts der Tatsache, daß überall sonstwo nicht ab-, sondern aufgerüstet wird, ist ebenso kurzsichtig wie entmutigend.«

– Über die deutschen Rundfunksender sagte HITLER am 14. Oktober 1933, an dem Tag, an dem die deutschen Vertreter die Genfer Konferenz verließen:

»Ich fasse es als Zeichen eines edleren Gerechtigkeitssinnes auf, daß der französische Ministerpräsident in seiner letzten Rede Worte des Geistes eines versöhnlichen Verstehens gefunden hat, für die ihm unzählige Millionen Deutsche innerlich dankbar sind. Es würde ein gewaltiges Ereignis für die gesamte Menschheit sein, wenn die beiden Völker einmal für immer die Gewalt aus ihrem gemeinsamen Leben verbannen möchten. Das deutsche Volk ist dazu bereit. .. Wenn die Welt beschließt, daß sämtliche Waffen bis zum letzten Maschinengewehr beseitigt werden: Wir sind bereit, sofort einer solchen Konven-

tion beizutreten. Wenn die Welt beschließt, daß bestimmte Waffen zu vernichten sind, wir sind bereit, auf sie von vornherein zu verzichten. Die deutsche Regierung ist zutiefst erfüllt von der Überzeugung, daß ihr Appell an die ganze deutsche Nation der Welt beweisen wird, daß die Friedensliebe der Regierung genauso wie ihre Ehrauffassung Friedenssehnsucht und Ehrbegriff des ganzen Volkes sind. . . Möge es dieser gewaltigen Friedens- und Ehrkundgebung unseres Volkes gelingen, dem inneren Verhältnis der europäischen Staaten untereinander jene Voraussetzung zu geben, die zur Beendigung nicht nur eines jahrhundertelangen Haders und Streitens, sondern auch zum Neuausbau einer besseren Gemeinschaft erforderlich sind.«

– Gegenüber dem Korrespondenten der britischen Zeitung *Daily Mail*, WARD PRICE, äußerte der Führer und Reichskanzler am 18. Oktober 1933 die Überzeugung:

»Die Behauptung, daß das deutsche Volk sich mit Begeisterung auf den Krieg vorbereitet, ist eine uns einfach unfaßbare Verkennung des Sinnes der deutschen Revolution. Wir Führer der nationalsozialistischen Bewegung sind fast ohne Ausnahme Frontsoldaten gewesen. Ich möchte den Frontsoldaten sehen, der mit Begeisterung sich für einen neuen Krieg vorbereitet. . . Glauben Sie, daß wir unsere Jugend, die unsere ganze Zukunft ist und an der wir alle hängen, nur erziehen, um sie dann auf dem Schlachtfeld zusammenschießen zu lassen?«



»Frieden und Gleichberechtigung« waren sehnlichster Wunsch des deutschen Volkes. Aus Kalk und Ziegelsteinen von Rüdersdorfer Bergknappen angefertigte Karte, Ende 1933. Abgedruckt in: Ulrich STERN, Die wahren Schuldigen am Zweiten Weltkrieg, aaO. (Anm. 4), S. 29.

- Bei seiner denkwürdigen Rede am 24. Oktober 1933 im Berliner Sportpalast beteuerte Adolf HITLER:
- »Wir haben den Willen zum Frieden, wir sehen auch keine Konfliktmöglichkeiten. Wir wollen mit England in Frieden leben, wollen mit Frankreich in Frieden leben, wollen auch mit Polen in Frieden leben. Wir wollen mit allen in Frieden leben. . . Wir kennen nur ein Ziel auf der Welt: Nicht Haß anderen Völkern, sondern Liebe zu der deutschen Nation.«
- Vor den Arbeitern der Siemenswerke in Berlin sagte Adolf HITLER am
 10. November 1933:
- »Wenn ich aber dem deutschen Volk wieder Arbeit und Brot erschließen, wenn ich es wieder in Ordnung bringen will, kann ich das nur tun, wenn es Ruhe und Frieden besitzt. Man soll mir nicht zumuten, daß ich so wahnsinnig sei, einen Krieg zu wollen.«
- In seiner Regierungserklärung anläßlich des Jahrestags der nationalsozialistischen Machtübernahme, am 30. Januar 1934, tat Hitler seinen Willen zur Friedenssicherung kund:
 - »Ich kann versichern, daß diese souveräne Nation keinen anderen Wunsch hat, als die Kraft und das Gewicht ihrer politischen, sittlichen und wirtschaftlichen Werte freudig einzusetzen nicht nur zur Heilung der Wunden, die eine vergangene Zeit den menschlichen Gemeinwesen geschlagen hat, sondern auch im Dienste der Zusammenarbeit jener gesitteten Kulturnationen, die, wie ein englischer Staatsmann mit Recht sagt, durch ihre Werke des Geistes und der Arbeit das Sein auf dieser Welt erst schön und wahrhaft lebenswert gestalten. «
- Am 22. Februar 1934 meinte Hermann Göring gegenüber dem britischen Journalisten George WARD PRICE:
 - »Ich hoffe, es sind noch genug Menschen am Leben, die sich an den letzten Krieg erinnern und sich klarmachen, daß ein neuer Krieg, wo er auch beginnen würde, sich ausbreiten würde, bis die europäische Zivilisation in einem allgemeinen Blutbade zugrunde ginge.«
- In einer Ansprache vor der Presse am 28. Februar 1934 äußerte Joseph Goebbels das gleiche Bekenntnis zum Frieden:
- »Deutschland will den Frieden, es will in Frieden arbeiten und aufbauen, es bringt allen Völkern gleiche Achtung und gleiche Sympathie entgegen. «
- Am 21. März 1934 hielt HITLER eine Rede an der Reichsautobahn-Baustelle Unterhaching in Bayern und sagte unter anderem:

»Möge endlich die Einsicht der anderen Völker und ihrer Staatsmänner begreifen, daß der Wunsch und Wille des deutschen Volkes und seiner Regierung kein anderer ist, als in Freiheit und Frieden mitzuhelfen am Aufbau einer besseren Welt.«

– Am 17. Juni 1934 führte Hiller auf dem Thüringer Gauparteitag zu Gera aus:

»Wir sind ein Volk, das den Frieden liebt und den Frieden wünscht und das vor allem sich nicht um die Angelegenheiten anderer Völker kümmert.«

– Vor ehemaligen Frontkämpfern auf dem Gauparteitag in Königsberg äußerte Rudolf HESS am 8. Juli 1934 die Überzeugung:

»Wir wollen gemeinsam kämpfen, eine neue Katastrophe zu verhindern. Wir, die wir gemeinsam im Kriege zerstörten, wollen gemeinsam bauen am Frieden. Es ist höchste Zeit, daß endlich eine wirkliche Verständigung, die auf gegenseitiger Achtung fußt, erzielt wird. Eine Achtung, wie sie ehemalige Frontsoldaten auf allen Seiten auszeichnet.«

– Zur Saarabstimmung am 13. Januar 1935, bei der sich 90,8 Prozent der Stimmberechtigten für die Vereinigung mit Deutschland aussprachen, äußerte der Reichskanzler zwei Tage später in einer Rundfunkrede:

»Eure Entscheidung, deutsche Volksgenossen an der Saar, gibt mir heute die Möglichkeit, als unseren opfervollen geschichtlichen Beitrag zu der so notwendigen Befriedung Europas die Erklärung abzugeben, daß nach dem Vollzug eurer Rückkehr das Deutsche Reich keine territorialen Forderungen an Frankreich mehr stellen wird. Unser aller Wunsch ist es, daß dieses deutsche Ende eines so traurigen Unrechts zu einer höheren Befriedung der europäischen Menschheit beitragen möge.«

– Am 17. Januar 1935 führte HITLER in einem Interview mit einem britischen Journalisten aus:

»Wenn ich von Frieden rede, drücke ich nichts anderes aus, als was der tiefinnerste Wunsch des deutschen Volkes ist. Ich kenne die Schrecken des Krieges. Ich habe nicht gesehen, daß der Krieg das höchste Glück ist, sondern im Gegenteil, ich sah nur tiefstes Leid.«

– Reichswehrminister Generaloberst Werner von Blomberg sagte am 17. März 1935 bei seiner Ansprache in der Berliner Staatsoper:

»Europa ist zu klein geworden als Schlachtfeld für einen zweiten Weltkrieg; zu wertvoll sind seine Kulturgüter, um sie aufs neue der zerstörenden Wirkung neuzeitlicher Waffen auszusetzen. Da alle Staaten über diese Kriegsmittel verfügen, käme ein neuer Krieg der Selbstzerflei-



Werner VON BLOMBERG.

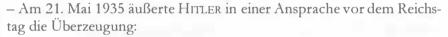
schung gleich. . . Wir wollen den Ausgleich und die Versöhnung unerträglicher Spannungen in einem Frieden, der allen Völkern gleiches Recht und gleiche Sicherheit bietet.«

– Am 1. Mai 1935 rief HITLER vor 250 000 begeisterten Zuhörern auf dem Tempelhofer Feld zu Berlin aus:

»Das können wir den anderen Völkern an diesem 1. Mai hier verkünden: Ihr braucht keine Angst zu haben, daß wir von euch etwas wollen. Wir sind stolz genug zu bekennen, daß das Höchste, was ihr uns gar nicht geben könnt, wir selber haben: unser Volk. Man könnte mir Weltteile schenken, und ich würde lieber ärmster Bürger in diesem Volk sein.«

– Am 14. Mai 1935 beteuerte Rudolf Hess, HITLERS Stellvertreter in der NSDAP, im Rahmen eines Empfangs der Deutsch-Schwedischen Gesellschaft in Stockholm:

»Wie der Führer selbst betonte, braucht Deutschland um seiner Waffenehre willen keinen Krieg zu führen. Denn es hat sie nie verloren. Daß aber ein neuer Krieg die wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse, welche die Folge eines früheren Krieges sind, nicht zu verbessern vermag, sondern endgültig das Chaos herbeiführen müßte, ist eine für jeden deutschen Politiker selbstverständliche Einsicht. Deutschland will keinen Krieg. Deutschland will den wahrhaften Frieden. Nicht Krieg behebt die Notlage, unter der alle Völker leiden, sondern die Einsicht, daß an Stelle des Gegeneinanders das Miteinander der Nationen treten muß.«



»Was dynastischer Egoismus, politische Leidenschaft und patriotische Verblendung an scheinbaren tiefgreifenden staatspolitischen Veränderungen unter Strömen von Blut erreicht haben, hat in nationaler Beziehung stets nur die Oberfläche der Völker geritzt, ihre grundsätzliche Markierung aber wesentlich kaum mehr verschoben. Hätten diese Staaten nur einen Bruchteil ihrer Opfer für klügere Zwecke eingesetzt, so wäre der Erfolg sicher größer und dauerhafter gewesen. . . Das nationalsozialistische Deutschland will den Frieden aus tiefinnersten weltanschaulichen Überzeugungen. . . Wenn nur die Führer und Regierenden den Frieden wollen. Die Völker selbst haben sich noch nie einen Krieg gewünscht.«

Auf dem Parteitag der Freiheit in Nürnberg sprach HITLER am 14.
 September 1935 die Worte aus, die vielfach mißverstanden wurden:



Rudolf Hess.

»In unseren Augen da muß der deutsche Junge der Zukunft schlank und rank sein, flink wie ein Windhund, zäh wie Leder und hart wie Kruppstahl.«

Damit wollte HITLER keineswegs kriegerische Absichten andeuten, wie manch einer, der diesen Ausspruch aus dem Zusammenhang herausriß, gemutmaßt hat. HITLERS weitere Ausführungen unterstreichen es:

»Wir müssen einen neuen Menschen erziehen, auf daß unser Volk nicht an den Degenerationserscheinungen der Zeit zugrunde geht. . . Glaubt mir, es wird einmal eine Zeit kommen, da wird die deutsche Jugend ein wunderbar gesundes und strahlendes Antlitz besitzen, gesund, offen, aufrichtig und friedliebend. Wir sind keine Raufbolde. . . Wir gehen unseren Weg und wollen keines anderen Weg durchkreuzen. Das ist der einzige Vorbehalt, den wir für unsere Friedensliebe aufstellen müssen. Keinem etwas zu leide tun und von keinem ein Leid erdulden!«

– Am 7. März 1936, nachdem deutsche Truppen die Wehrhoheit des Reiches auch im Rheinland wiederhergestellt hatten, erklärte HITLER vor dem Reichstag:

»Im Interesse des primitiven Rechts eines Volkes auf Sicherung seiner Grenzen und zur Wahrung seiner Verteidigungsmöglichkeiten hat die deutsche Reichsregierung mit dem heutigen Tage die volle und uneingeschränkte Souveränität des Reiches in der entmilitarisierten Zone des Rheinlandes wiederhergestellt. Um aber jeder Mißdeutung ihrer Absichten vorzubeugen und den rein defensiven Charakter dieser Maßnahmen außer Zweifel zu stellen, erklärt sich die deutsche Reichsregierung bereit, neue Vereinbarungen für die Aufrichtung eines Systems der europäischen Friedenssicherung zu treffen.«

In derselben Rede bot der Reichskanzler Frankreich und Belgien einen Nichtangriffspakt für 25 Jahre Dauer an und schlug die Bildung einer neuen entmilitarisierten Zone beiderseits der deutschen Westgrenze vor. Außerdem regte er einen Luftpakt für Westeuropa gegen einen Überraschungsangriff sowie zweiseitige Nichtangriffsakte mit den östlichen Nachbarn Deutschlands an. Schließlich bekundete er die Bereitschaft, Deutschland wieder in den Völkerbund zu führen.

– Zum Abbau der internationalen Spannungen unterbreitete HITLER am 31. März 1936 Großbritannien einen Friedensplank mit dem Ziel, »unter allen Umständen zu einer wirklichen konstruktiven Ordnung des Verhältnisses der europäischen Nationen untereinander und damit zu einer dauerhaften Friedensgestaltung und -sicherung zu kommen«. Die deutsche Regierung sei es ihrem Volke schuldig, eindeutig zu erklären, daß



Der Parteitag der Freiheit vom 10.–16. September 1935. Offizieller Bericht über den Verlauf des Reichsparteitages mit sämtlichen Kongreßreden.

sie nur von Friedenssehnsucht geleitet werde. In diesem Friedensplan wurden eine Begrenzung der deutschen Truppenstärke im Rheinland und eine Verbesserung der Beziehungen zu Frankreich und Belgien vorgeschlagen. Die betroffenen Nationen gingen nicht auf die Vorschläge ein.

Als im Oktober 1936 gemeldet wird, daß sowjetische Bomber gegen Franco-Truppen eingesetzt wurden, genehmigt HITLER am 30. Oktober 1936 die uneingeschränkte Intervention der Luftwaffe. Man hat behauptet, der Spanische Bürgerkrieg sei für HITLER ein willkommener Anlaß gewesen, um neue Flugzeugtypen und neue Kriegstaktiken zu testen. An anderer Stelle⁵ im vorliegenden Band wird richtiggestellt, daß ganz andere Beweggründe zu HITLERS Entscheidung geführt haben.

⁵ Siehe Nr. 974.

 Der NS-Führer beteuerte am 6. Juni 1937 auf dem NS-Gauparteitag in Regensburg erneut seine Friedfertigkeit:

»Das deutsche Volk ist kein Volk, das heute oder morgen einen Krieg beginnt. Der Deutsche ist in seinem ganzen Wesen nicht nur friedfertig und friedliebend, sondern vor allem verträglich. Er will arbeiten.«

– Am 26. September 1938 wandte sich Adolf HITLER im Berliner Sportpalast abermals mit einer Friedensrede an die Öffentlichkeit und unterstrich, daß alle von Deutschland unterbreiteten Abrüstungsvorschläge torpediert wurden:

»Wir haben kein Interesse, andere Völker zu unterdrücken. . . Wir wollen nach unserer Fasson selig werden, die anderen sollen es nach der ihren!

Mein erster Vorschlag war: Deutschland verlangt unter allen Umständen Gleichberechtigung, ist aber bereit, auf jede weitere Wehr und Waffe zu verzichten, wenn die anderen Völker dasselbe tun, also allgemeine Abrüstung, wenn notwendig, bis zum letzten Maschinengewehr. Dieser

Im Vergleich zur Hochrüstung anderer Staaten blieb die deutsche Aufrüstung nicht übermäßig. General Georg Thomas, bis 1942 Chef des Wehrwirtschafts- und Rüstungsamtes, der danach Kontakte zum Widerstand hatte, meinte in einer Denkschrift (*Gedanken und Ereignisse*): »Die großen wirtschaftlichen Kriegsvorbereitungen, die für einen neuen Weltkrieg erforderlich gewesen wären,... sind praktisch nicht erfolgt, sondern zum größten Teil erst im Laufe des Krieges improvisiert worden.« Dies sei, so Thomas, ein eindeutiger Beweis, daß seitens der Wirtschaft und ihrer verantworlichen Führer ein neuer Weltkrieg nicht vorauszusehen, geschweige denn beabsichtigt gewesen sei. Hier: Flugzeugfabrik in Augsburg.

Vorschlag wurde nicht einmal zum Anlaß einer Diskussion genommen. Ich machte einen zweiten Vorschlag: Deutschland ist bereit, seine Armee auf 200 000 Mann zu begrenzen, unter der Voraussetzung, daß auch die anderen Staaten auf den gleichen Stand abrüsten. Auch das wurde abgelehnt! Ich machte noch einen Vorschlag: Deutschland ist bereit, wenn es die anderen wollen, auf alle schweren Waffen, auf die sogenannten Angriffswaffen, zu verzichten, auf Tanks, auf Bombenflugzeuge, ja, wenn notwendig, überhaupt auf Flugzeuge, auf schwere und schwerste Artillerie. Man hat das wieder abgelehnt. Ich ging weiter und schlug nun für alle europäischen Staaten eine internationale Regelung mit einem 300 000 Mann-Heer vor. Auch dieser Vorschlag wurde abgelehnt. Ich brachte noch weitere Vorschläge: Beschränkung der Luftflotten, Beseitigung des Bombenabwurfs, absolute Beseitigung des Giftgaskrieges, Sicherung der nicht in der Kampflinie liegenden Gebiete, sollte bezeichnender-Beseitigung wenigstens der schwersten Artillerie, Beseitigung schwerster Tanks. Auch das wurde abgelehnt. Es war alles umsonst!«

Es ist nicht uninteressant, die Beiträge der anderen Nationen und Mächte zur Sicherung des Friedens in Europa im Zeitraum 1933-39 aufzuzählen:

- März 1933: Polen versucht, Frankreich zu einem gemeinsamen militärischen Vorgehen gegen Deutschland zu bewegen, und verstärkt seine Truppen auf der Danziger Westerplatte.

- 24. 3. 1933: Artikel in der Daily Express: »Judea declares War on Ger-

- 1933: Frankreichs Unnachgiebigkeit führt zu Deutschlands Austritt aus dem Völkerbund.

- Dezember 1933: Umfassende Abrüstungspläne scheitern erneut an Frankreichs Starrheit. Alle europäischen Nationen rüsten von nun an tüchtig auf.6

- 1934: Unter dem Druck von Schuschnigg kommt es zum Bruch zwischen Österreich und dem Reich.

– 17. 4. 1934: Barthou-Note – mit dem Ziel, Deutschland diplomatisch zu isolieren.

- 19. 7. 1934: Großbritannien beschließt, 41 neue Geschwader aufzustellen.

– 24. 9. 1934: Allgemeine Wehrpflicht wird in Polen eingeführt.

- 16. 3. 1935: Der Wehrdienst wird in Frankreich auf zwei Jahre verlängert. Usw.

Michael Klotz



Der letzte Parteitag 1939 fand aufgrund des Kriegsbeginns nicht mehr statt. Er weise den Namen Parteitag des Friedense tragen und damit dem Ausland den Friedenswillen Deutschlands dokumentieren.

⁶ Die im Vergleich zur Hochrüstung anderer Staaten nicht übermäßige deutsche Aufrüstung begründete HITLER am 9. Oktober 1938 in Saarbrücken mit den Worten: »Das verpflichtet uns, wachsam und auf des Reiches Schutz bedacht zu sein. Jederzeit zum Frieden gewillt, in jeder Stunde aber auch zur Abwehr bereit.«

Motive und Ausmaß der Bücherverbrennungen im Dritten Reich

1 http:// www.ndr.de/ land_leute/norddeutsche_ geschichte/ buecherverbrennung 2.html

Unbestritten ist, daß in der Nacht zum 10. Mai 1933 in Deutschland öffentlich Bücher verbrannt worden sind. Weniger Klarheit besteht über die Motive, die die Scheiterhaufen begründen sollten, und über das Ausmaß dieser Aktionen. Der Norddeutsche Rundfunk beispielsweise ließ verlauten, sie seien »ein erster Triumph der Politik der ›Gleichschaltung« und Unterdrückung der freien Meinung«1 gewesen. Den Historikern am Moses Mendelssohn-Zentrum, Julius H. Schoeps und Werner Tress, zufolge könne anhand der Bücherverbrennungen sogar exemplarisch gezeigt werden, »wie 1933 die Machtdurchsetzung des Nationalsozialismus von der zentralstaatlichen auf die kommunale Ebene« erfolgt sei - was einer Binsenweisheit gleichkommt, da die »Machtdurchsetzung« in demokratischen, kommunistischen, faschistischen oder theokratischen Staaten naturgemäß auch von »ganz oben« bis in die Kommunen erfolgt. Die Bücherverbrennungen, so die beiden Historiker weiter, seien »nicht nur temporäre Massenevents, sondern stets das Resultat dessen« gewesen, »was sich in den Wochen und Monaten zuvor in den Städten Deutschlands zugetragen« habe, namentlich »Plünderungen oppositioneller Parteigebäude, Razzien und Verhaftungen in Privatwohnungen, Säuberungen von Leihbüchereien und Buchhandlungen«.² Die Richtigkeit dieser stark vereinfachten Darstellung muß in Zweifel gezogen werden, denn wie selbst der Abteilungsleiter für NS-Forschung im Institut für Zeitgeschichte München-Berlin und der wissenschaftliche Leiter der Dokumentation Obersalzberg, Volker Dahm, in ihren Forschungsergebnissen ausdrücklich hervorheben, war die Aktion weder von der Partei noch vom Staat angeordnet worden.³

² Julius H. SCHOEPS u. Werner TRESS, Orte der Bücherverbrennungen in Deutschland 1933, Hildesheim 2008, Vorwort.

³ Vgl. Volker Dahm, *Das jüdische Buch im Dritten Reich*, München 1993, S. 18 ff.

Der Leiter des Berliner Büros der US-amerikanischen Nachrichtenagentur Associated Press, Louis P. Lochner, der wegen seiner Kriegsberichterstattung aus Deutschland 1939 mit dem Pulitzer Preis ausgezeichnet werden sollte, erklärte 1933: »Den ganzen Nachmittag lang waren Nazitrupps in öffentliche und private Bibliotheken gegangen und hatten Bücher, die Dr. Goebbels' höhere Weisheit als für Nazideutschland ungeeignet erachtet, auf die Straße geworfen. Dort hatten Nazikolonnen von Bierhallenkämpfern diese ausrangierten Bände aufgehoben und sie zu oben genanntem Platz gebracht. Hier wurde der Bücherhaufen immer größer, und alle paar Minuten traf eine neue grölende Meute ein und warf weitere Bücher auf den eindrucksvollen Scheiterhaufen. Bei Einbruch der Nacht führten dann die Universitätsstudenten unter Anleitung des kleinen Doktors regelrechte Indianertänze auf und skandier-

ten Beschwörungsformeln, während die Flammen in den Himmel stiegen.«⁴ Wenn diese Art der Berichterstattung den sachlichen Stil einer

Nachrichtenagentur, die noch dazu als die älteste und größte der Welt gilt, widerspiegelt, ist es bemerkenswert, daß ein Journalist wie Lochner bis in die vierziger Jahre in einem Staat ungehindert arbeiten und veröffentlichen konnte, dem die gängige Zeitgeschichtsschreibung partout die Existenz von Meinungsäußerungsfreiheit abspricht.

Tatsächlich wurde in jener Nacht in mehreren deutschen Städten sogenanntes undeutsches Schrifttum verbrannt.⁵ Diese öffentlichen Verbrennungen von Büchern waren auf Universitätsstädte begrenzt, wobei es allerdings auch Städte

mit Universitäten und Hochschulen gab, in denen überhaupt keine Bücherverbrennungen stattfanden. Hierunter zählen Freiburg, Stuttgart, Tübingen, Singen und Danzig. Diese durch Symbolik und Theatralik gekennzeichneten Veranstaltungen waren publikumswirksamer Höhepunkt der Kampagne »Wider den undeutschen Geist«, die vom Hauptamt für Presse und Propaganda der Deutschen Studentenschaft, einer studentischen Organisation, die kurz nach dem Ersten Weltkrieg gegründet worden war, vorbereitet wurde.

Zunächst waren Schwarze Listen erstellt worden, die als Anleitung für die Säuberung öffentlicher und privater Bibliotheken von Schrifttum dienen sollten, das fortan als zersetzend oder schädlich eingestuft wurde. Zusätzlich wurden in der Tagespresse die Namen von Autoren, die als nicht tragbar erachtet wurden, veröffentlicht. Erstrangig wurden als solche jüdische, liberale, marxistische, leninistische, anarchistische und pazifistische Publizisten, darunter Philosophen, Psychologen, Sexologen, Lyriker und politische Schriftsteller, klassifiziert. Von den Betroffenen



Nationalsozialisten beschlagnahmen Bücher für die Bücherverbrennung in Hamburg. Foto: Josef SCHORER.

⁴ Louis P. LOCHNER (Hg.), *The Goebbels Diaries 1942–43*, Washington 1948, S. 177 ff.; abgedruckt in: Jeremy Noakes u. Geoffrey Pridham (Hg.), *Nazism*, 1919–1945, Bd. 2: *State*, *Economy and Society 1933–1939*, Exeter 2000, S. 207 f. Zitiert nach http://germanhistorydocs.ghi-dc.org/sub_document.cfm? document_id=1575&language=german

⁵ Wegen schwerer Regenfälle vereinzelt auch danach – so in Erlangen, Halle/ Saale, Hamburg, Heidelberg, Köln, Mannheim und Kassel. Die letzte von Studenten durchgeführte Bücherverbrennung fand am 21. Juni 1933 in Darmstadt statt.

Sie waren von den Bücherverbrennungen 1933 betroffen. Von links: Ernst ToL-LER, Walter BENJAMIN, Robert Music, Heinrich Mann.









wurden entweder einzelne Werke oder aber deren Gesamtwerk verboten. Von diesen Maßnahmen betroffen waren unter anderen die Veröffentlichungen von Karl MARX, Sigmund FREUD, Joachim RINGELNATZ, Joseph Roth, Nelly Sachs, Anna Seghers, Arthur Schnitzler, Carl Stern-HEIM, Ernst Toller, Jakob Wassermann, Magnus Hirschfeld, Thomas MANN, Heinrich MANN, Erich Maria REMARQUE, Bertolt Brecht, Erich KÄSTNER, Kurt Tucholsky, Carl von Ossietzky, Walter Benjamin, Ernst BLOCH, Max BROD, Otto DIX, Alfred DÖBLIN, Albert EINSTEIN, Lion FEUCHTWANGER, Heinrich HEINE, Franz KAFKA, Karl LIEBKNECHT, Georg Lukács, Rosa Luxemburg, Robert Musil, Franz Werfel, Ernest He-MINGWAY, Jack LONDON, Maxim GORKI, Wladimir I. LENIN, Leo TROTZKI und Ilja EHRENBURG.

Andererseits unterlagen manche als unerwünscht stigmatisierte Autoren und Redakteure keinem Berufsverbot. Hierzu zählten unter anderen der jüdische Sportreporter Sammy Drechisel, der jüdische ehemalige Anarchist und Marxist Arnolt Bronnen, der 1936 sogar zum Chef des deutschen Fernsehens berufen wurde, Ernst Glaeser, der 1942 aus dem Exil zurückkehrte und zum Chefredakteur einer Propagandazeitung der Luftwaffe emporstieg, und Erich KÄSTNER, der fortan als Drehbuchautor für die Ufa wirkte und 1943 den aufwendigen Spielfilm Münchhausen mit Hans Albers schuf.6

Folglich besteht bis heute Unklarheit über das tatsächliche Ausmaß der betroffenen Autoren und Werke. Auf der im April/Mai 1933 veröffentlichten Liste von Büchern, die aus den Bibliotheken auszusondern waren, waren 131 Autoren und vier Anthologien genannt.⁷ Den Angaben des Deutschen Historischen Museums in Berlin zufolge umfaßten 1934 die Schwarzen Listen mehr als 3000 Titel verbotener Bücher und Schriften.⁸ Die Vereinigung Österreichischer Bibliothekarinnen und Bibliothekare (VÖB) beruft sich auf die Dokumentation von Petra ÖL-LINGER, der zufolge von der Bücherverbrennung oder vom Exil »zirka buecher/index.html 180 AutorInnen«9 betroffen gewesen seien. 10 Den 1971 im Archiv für Ge-

6 Vgl. Claus NORD-BRUCH, Sind Gedanken noch frei? Zensur in Deutschland, München ²2001, S. 37.

7 Vgl. Claus Nord-BRUCH, ebenda, S. 35.

8 http:// www.dhm.de/ lemo/html/nazi/ innenpolitik/

schichte des Buchwesens veröffentlichten Untersuchungsergebnissen Dietrich AIGNERS zufolge wurden bis 1938 in die Verbotsliste der Reichsschrifttumskammer über schädliches und unerwünschtes Schrifttum insgesamt 4175 Einzeltitel und 565 Gesamtverbote (also Verbote des Gesamtwerkes von 565 Autoren) aufgenommen. Mit Beginn des Krieges gegen die Sowjetunion 1941 verlängerte sich die Liste um weitere 337 Gesamtverbote.¹¹

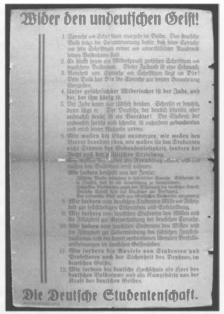
Zur Vorbereitung der Bücherverbrennungen und geistigen Mobilisierung plakatierte die Deutsche Studentenschaft am 12. April 1933 ihr Thesenpapier Wider den undeutschen Geist in deutschen Universitäten, das auch von vielen Zeitungen veröffentlicht wurde. In zwölf Thesen wurden Motive und Ziele der geplanten Aktion wie folgt erklärt:

- 1. Sprache und Schrifttum wurzeln im Volke. Das deutsche Volk trägt die Verantwortung dafür, daß seine Sprache und sein Schrifttum reiner und unverfälschter Ausdruck seines Volkstums sind.
- 2. Es klafft heute ein Widerspruch zwischen Schrifttum und deutschem Volkstum. Dieser Zustand ist eine Schmach.
- 3. Reinheit von Sprache und Schrifttum liegt an Dir! Dein Volk hat Dir die Sprache zur treuen Bewahrung übergeben.
- 4. Unser gefährlichster Widersacher ist der Jude und der, der ihm hörig ist.
- 5. Der Jude kann nur jüdisch denken. Schreibt er deutsch, dann lügt er. Der Deutsche, der deutsch schreibt, aber undeutsch denkt, ist ein Verräter. Der Student, der undeutsch spricht und schreibt, ist außerdem gedankenlos und wird seiner Aufgabe untreu.

http://literaturblog-duftender-doppelpunkt.at/2010/06/01/

buecher-am-scheiterhaufen/

http://www.univie.ac.at/voeb/blog/?p=5866



Die zwölf Thesen »wider den undeutschen Geist«. Flugblatt vom 12. 4. 1933.



Flugblatt: Aufruf der Studentenschaft der Universität Würzburg, die privaten Bibliotheken von »undeutschem Schrifttum« zu »reinigen«.

⁹ Die Wiener literarisch tätige Psychologin Petra ÖLLINGER dokumentiert rund 180 Namen von im Dritten Reich verbotenen Autoren:

¹¹ Vgl. Hans-Joachim von Leesen, »Eine Zensur findet nicht statt«, in: *Criticin*, Heft 3/1997, S. 148.

- 6. Wir wollen die Lüge ausmerzen, wir wollen den Verrat brandmarken, wir wollen für den Studenten nicht Stätten der Gedankenlosigkeit, sondern der Zucht und der politischen Erziehung.
- 7. Wir wollen den Juden als Fremdling achten und wir wollen das Volkstum ernst nehmen. Wir fordern deshalb von der Zensur: Jüdische Werke erscheinen in hebräischer Sprache. Erscheinen sie in Deutsch, sind sie als Übersetzung zu kennzeichnen. Schärfstes Einschreiten gegen den Mißbrauch der deutschen Schrift. Deutsche Schrift steht nur Deutschen zur Verfügung. Der undeutsche Geist wird aus öffentlichen Büchereien ausgemerzt.
- 8. Wir fordern vom deutschen Studenten Wille und Fähigkeit zur selbständigen Erkenntnis und Entscheidung.
- 9. Wir fordern vom deutschen Studenten den Willen und die Fähigkeit zur Reinerhaltung der deutschen Sprache.
- 10. Wir fordern vom deutschen Studenten den Willen und die Fähigkeit zur Überwindung des jüdischen Intellektualismus und der damit verbundenen liberalen Verfallserscheinungen im deutschen Geistesleben.
- 11. Wir fordern die Auslese von Studenten und Professoren nach der Sicherheit des Denkens im deutschen Geiste.
- 12. Wir fordern die deutsche Hochschule als Hort des deutschen Volkstums und als Kampfstätte aus der Kraft des deutschen Geistes.

Diese Kampagne war keine Nacht-und-Nebel-Aktion, sondern wurde selbst von der Fachliteratur aufgegriffen und in der Öffentlichkeit diskutiert. So wurden die Verbotslisten beispielsweise im Fachorgan des Werbandes Deutscher Volksbibliothekare und im Börsenblatt des deutschen Buchhandels veröffentlicht und kommentiert.

Die zweite Phase der Vorbereitung wurde am 26. April 1933 mit der Sammlung des als zersetzende bezeichneten Schrifttums eingeläutet. Studenten, in der Regel von ihren Professoren und Rektoren unterstützt, meldeten sich, um entsprechende Schriften und Bücher aus den Universitäts- und Institutsbibliotheken auszusondern. Ebenfalls wurden öffentliche Bibliotheken und Buchhandlungen nach entsprechender Literatur durchforstet. Die Stadt- und Volksbüchereien waren dazu angehalten, ihre Bestände selbst zu säubern und sich der unerwünschten Bücher zu entledigen. Die ausgesonderten Bücher wurden von Studenten zusammengetragen und für die geplanten landesweiten Großveranstaltungen gesammelt.

Am 10. Mai warfen Vertreter der Studentenschaft Bücher exemplarischer Schund- und Schmutz-Literaten – im übrigen ein demokratischer Ausdruck aus der Weimarer Republik¹² – ins Feuer. Damit wurde, dem zionistischen Nachrichtenportal *Hagalil*, nach eigenen Angaben die

¹² Vgl. Claus NORDBRUCH, *Sind Gedanken noch frei?*, aaO. (Anm. 6), S. 34 f.



»größte jüdische InterNet-Site in deutscher Sprache«, zufolge, »die symbolische Handlung der Bücherverbrennungen betont und ihnen der Charakter eines Rituals verliehen«. ¹³ Tatsächlich wurde während des Zeremoniells darauf geachtet, möglichst den gleichen Wortlaut und die gleiche Symbolik zu verwenden, um die neue geistige Ausrichtung in Deutschland so stark wie möglich zu betonen:

1. Rufer: Gegen Klassenkampf und Materialismus, für Volksgemeinschaft und idealistische Lebenshaltung!

Ich übergebe der Flamme die Schriften von Marx und Kautsky.

2. Rufer: Gegen Dekadenz und moralischen Zerfall! Für Zucht und Sitte in Familie und Staat!

Ich übergebe der Flamme die Schriften von Heinrich Mann, Ernst Glaeser und Erich Kästner.

10. Mai 1933: Die öffentliche Verbrennung undeutscher Schriften und Bücher auf dem Opernplatz Unter den Linden in Berlin, durch Studenten der Berliner Universitäten.

¹³ Der gleiche Wortlaut findet sich unter anderen bei *Wikipedia* und anderen Dexikas, die voneinander abschreiben oder – wie in diesem Fall – den Text einfach voneinander kopieren.

3. Rufer: Gegen Gesinnungslumperei und politischen Verrat, für Hingabe an Volk und Staat!

Ich übergebe der Flamme die Schriften von Friedrich Wilhelm FOER-STER.

4. Rufer: Gegen seelenzerfasernde Überschätzung des Trieblebens, für den Adel der menschlichen Seele!

Ich übergebe der Flamme die Schriften von Sigmund FREUD.

5. Rufer: Gegen Verfälschung unserer Geschichte und Herabwürdigung ihrer großen Gestalten, für Ehrfurcht vor unserer Vergangenheit!

Ich übergebe der Flamme die Schriften von Emil Ludwig und Werner Hegemann.

6. Rufer: Gegen volksfremden Journalismus demokratisch-jüdischer Prägung, für verantwortungsbewußte Mitarbeit am Werk des nationalen Aufbaus!

Ich übergebe der Flamme die Schriften von Theodor Wolff und Georg Bernhard.

7. Rufer: Gegen literarischen Verrat am Soldaten des Weltkriegs, für Erziehung des Volkes im Geist der Wehrhaftigkeit!

Ich übergebe der Flamme die Schriften von Erich Maria REMARQUE.

8. Rufer: Gegen dünkelhafte Verhunzung der deutschen Sprache, für Pflege des kostbarsten Gutes unseres Volkes!

Ich übergebe der Flamme die Schriften von Alfred KERR.

9. Rufer: Gegen Frechheit und Anmaßung, für Achtung und Ehrfurcht vor dem unsterblichen deutschen Volksgeist!

Verschlinge, Flamme, auch die Schriften von Tucholsky und Ossietz-Ky!¹⁴

14 Neuköllner Tageblatt v. 12. 5. 1933 (zitiert nach: Wikipedia, es konnte bis Redaktionsschluß keine originäre Quelle gefunden werden).



Studenten und Nationalsozialisten mit undeutschen Büchern und Schriften auf dem Berliner Opernplatz.

Foto: Bundesarchiv.



In seiner Rede auf dem Opernplatz in Berlin meinte Goebbels: » Deutsche Männer und Frauen, das Zeitalter eines überspitzten jüdischen Intellektualismus ist nun zu Ende, und der Durchbruch der deutschen Revolution hat auf dem deutschen Weg wieder die Gasse frei gemacht.«

Reichsminister Dr. Joseph Goebbels stellte auf dem Berliner Opernplatz in seiner Rede, die sich in erster Linie an die Deutsche Studentenschaft richtete, den revolutionären Charakter und damit die Motive deutlich, die der zeremoniellen Handlung zugrunde lagen, heraus... Bezugnehmend auf die kommunistische Revolte von 1918 und den mit ihr in Gang gesetzten kulturellen und geistigen Niedergang jener Zeit, erklärte er, daß damals der Materialismus durchgebrochen sei und der Marxismus das Feld behauptet habe, wodurch in Deutschland vierzehn Jahre unausdenkbare und unbeschreibliche materielle und geistige Schmach die Folge gewesen sei:

»Die Bibliotheken füllten sich an mit dem Unrat und dem Schmutz dieser jüdischen Asphaltliteraten. Anstatt daß in Deutschland eine deutsche Erziehung den deutschen Menschen erzog und anstatt daß von den Kanzeln der Universitäten wirkliche Volksführer dem Geist der Zeit das Wort redeten, verschanzte sich die hohe Wissenschaft hinter den Paragraphen und hinter den Aktenbündeln und hinter den Pandekten. . . Man täusche sich nicht: Revolutionen, wenn sie echt sind, machen nirgends halt! Es gibt keine Revolutionen, die nur die Wirtschaft oder nur die Politik oder nur das Kulturleben reformierten oder umstürzten. Revolutionen sind Durchbrüche neuer Weltanschauungen. Und wenn eine Weltanschauung wirklich Anspruch erheben kann auf diesen Titel, dann kann sie sich nicht damit begnügen, ein Gebiet des öffentlichen Lebens umstürzend umzuwälzen, sondern dann muß der Durchbruch dieser Weltanschauung das ganze öffentliche Leben erfüllen, es darf davon kein Gebiet unberührt bleiben. . . Ein Revolutionär muß alles können: Er muß

16 Vgl. Gerd
RÜHLE, Das Dritte
Reich. Dokumentarische Darstellung des
Aufbaues der Nation.
Das erste Jahr 1933,
Berlin ²1934, S. 63,
80 u. 99.

17 http://
www.univie.ac.at/
voeb/blog/
?p=5866



Der oppositionelle Künstler John Heart-FIELD nahm mit seiner Graphik »Durch Licht zur Nacht« Stellung zu den Bücherverbrennungen. AIZ, Nr. 18, Prag 10. Mai 1933.

ebenso groß sein im Niederreißen der Unwerte wie im Aufbauen der Werte! Wenn Ihr Studenten Euch das Recht nehmt, den geistigen Unflat in die Flammen hineinzuwerfen, dann müßt Ihr auch die Pflicht auf Euch nehmen, an die Stelle dieses Unrates einem wirklichen deutschen Geist die Gasse freizumachen. Der Geist lernt sich im Leben und in den Hörsälen, und der kommende deutsche Mensch wird nicht nur ein Mensch des Buches, sondern auch ein Mensch des Charakters sein. Und dazu wollen wir Euch erziehen.«¹⁵

Der Minister hob abschließend hervor, daß in »diesen Flammen nicht nur das Symbol des Niedergangs der alten Epoche, sondern auch des Aufstiegs der neuen Epoche« erkannt werden sollte. Das Alte liege in den Flammen, das Neue werde aus der Flamme emporsteigen.

Die nationalsozialistische Regierung hatte sich als eine weltanschaulich gefestigte und revolutionäre verstanden. Als solche brach sie grundsätzlich mit der Vergangenheit, die sie als zersetzend, dekadent und volksfeindlich ansah. Der Kulturbolschewismus habe unter dem Deckmantel von Meinungs- und Pressefreiheit Tag für Tag Vaterlandsverrat, konfessionelle Hetze, Gottlosenpropaganda, Geschichtsfälschung, pazifistische Zersetzung, marxistischen Aufruhr und Perversität über das deutsche Volk geschüttet. Gerade auf dem Gebiet der geistigen Erneuerung und der Kultur, die die Nationalsozialisten im Kampf um die deutsche Seele als entscheidend betrachteten, sahen sie die vordringlichste Aufgabe, dem schöpferischen Willen und der Neugestaltung Ausdruck zu verleihen. 16

Der deutsch-französische Schriftsteller René Schickele bemerkte im Dezember 1933 in seinem Tagebuch deshalb durchaus zu Recht: »Wenn es Goebbels gelingt, unsere Namen von den deutschen Tafeln zu löschen, sind wir tot. Gespenster in der Diaspora, in der wasserarmen Provinz. Schon die nächste Generation wird nichts mehr von uns wissen.«¹⁷ Dieses Schicksal wäre den Vertretern der Schund- und Schmutzliteratur ohne Frage beschieden gewesen. Es wurde nur durch den Ausgang des Zweiten Weltkrieges in sein Gegenteil verkehrt. Claus Nordbruch

¹⁵ Zitiert nach: Helmut Heiber (Hg.), Goebbels Reden 1932–1939, Bd. 1, München [ca. 1971], S. 109 f. Tatsächlich stimmt der zitierte Wortlaut mit dem gesprochenen Wort überein. Erstaunlich ist, daß in dem klassischen Dokumentarwerk des Dritten Reiches – Paul Meier-Benneckenstein (Hg.), Dokumente der Deutschen Politik, Bd. 1: Die nationalsozialistische Revolution 1933 (bearbeitet von Axel Friedrichs), Berlin ⁴1939, S. 311ff. – diese Rede nur gekürzt und teilweise bearbeitet wiedergegeben wird. Kurze Auszüge der Rede sind auf dem zweiten Beiblatt (nicht paginiert) im Völkischen Beobachter (Ausgabe A/Norddeutsche Ausgabe) vom 12. 5. 1933 erschienen. Die vollständige Rede soll, der Sekundärliteratur zufolge, veröffentlicht worden sein in: »Der Vollzug des Volkswillens«, in: Der Angriff vom 11. 5. 1933.

Wie war es mit Görings Waschbären?

In Großbritannien werden die europäischen Waschbären Nazi Raccoonse genannt und mit Hermann Göring in Verbindung gebracht. Wie kommt das? Der Reichsmarschall und begeisterte Jäger habe sich neues Getier vor die Waffe züchten lassen wollen und Mitte der dreißiger Jahre die Manipulation der Fauna veranlaßt, ist vielfach zu lesen, sogar in der Fachliteratur. Hermann Göring persönlich soll die erstmalige Ansiedlung von Waschbären auf dem europäischen Festland, nämlich am nordhessischen Edersee, angeordnet haben. Das trifft jedoch nicht zu.

Genau am 12. April 1934 passierte es: Das Preußische Landesjagdamt erlaubte auf Antrag eines nordhessischen Forstamtsleiters eine kontrollierte Aussetzung. Am Edersee wurden zwei aus Amerika importierte Waschbärpaare zwecks »faunistischer Bereicherung« freigelassen. Aufgrund des sehr günstigen Lebensraums in Nordhessen entwickelten sich die Waschbären zur wahren Plage. Inzwischen lebt rund eine Million Waschbären in Deutschland, vorwiegend in Nordhessen, Südniedersachsen und Brandenburg. Mit rund 50 bis 150 Tieren pro Quadratkilometer beherbergt Kassel die europaweit dichteste Waschbärpopulation. Die zunehmende und schier unaufhaltsame Verstädterung des Waschbären führte zu einer intensiven Bejagung in den betreffenden Stadtgebieten.

Lange ging das Gerücht herum, Hermann Göring habe persönlich den Befehl zum Aussetzen der Waschbären erteilt. Und die Medien ha-

ben dieses Gerücht tüchtig kolportiert:

»1934 wurden die aus Amerika stammenden Waschbären mit Genehmigung von Hermann Görings Jagdbehörde in Deutschland angesiedelt.« (Spiegel.de 17. 3. 2004)

»Hermann Göring, der Oberbefehlshaber der Luftwaffe und gleich-

zeitig Reichsjägermeister, gab grünes Licht.« (HNA)

»Reichsmarschall Hermann Göring höchstselbst ordnete 1934 die Freilassung von zwei Waschbärpaaren am hessischen Edersee an.« (Süddeutsche.de 17. 5. 2010)

Das stimmt aber nicht. Alte Dokumente beweisen jetzt, daß der Reichsjägermeister Hermann Göring mit den Waschbären gar nichts zu tun

hatte. Im Gegenteil – Berlin war sogar dagegen.

Nun hat Eberhard Leicht, Forstdirektor und Leiter des Hessischen Forstamtes Vöhl am Edersee, vor allem anhand des im Forstamt Vöhl vorhandenen Archivmaterials Gegenbeweise ausgegraben und Klarheit geschaffen, denn man hatte seinerzeit über die Umstände der Freisetzung akribisch Buch geführt. Eine umfassende Richtigstellung brachte er im November 2009 in der Zeitschrift AFZ-Der Wald.



Hermann Göring.
1934 wurde Göring
Reichsforstmeister,
Reichsjägermeister
und Oberster Beauftragter für den Naturschutz. Postkarte
nach einem Gemälde
von Gerhard Löbenberg, hergestellt anläßlich der Internationalen Jagdausstellung
1939.

¹ AFZ-Der Wald, 11/2009, S. 570– 573.

Wie war es mit Görings Waschbären?

LEICHT berichtet, daß ein Geflügel- und Pelztierzüchter namens Rolf HAMG dem Forstamt Vöhl zwei Paare Waschbären zum Aussetzen am Edersee kostenlos zur Verfügung gestellt habe, um die heimische Fauna



zu bereichern. Da ein paar Monate vor HAAGs Angebot das preußische Jagdgesetz erschienen war, das bestimmte Aussetzungsbeschränkungen vorsah, war eine Genehmigung des Landesjägermeisters notwendig. So stellte der damalige zuständige Forstamtsleiter Wilhelm Sittich Freiherr VON BERLEPSCH einen Antrag an das Regierungspräsidium in Kassel, und dieses reichte ihn an das Landesjägermeisteramt, als zuständige Jagdbehörde, mit Sitz in Berlin, im Land Preußen weiter.

Ende einer Legende:
Der Leiter des Forstamts Vöhl-Edersee,
Eberhard LEICHT, zeigt eine Akte von 1934.
Diese beweist, daß
Reichsmarschall
GÖRING das Aussetzen von Waschbären am Edersee nicht persönlich angeordnet hat.

Zwischenzeitlich holte sich das Regierungsforstamt Kassel-West die Meinung von bekannten Experten in Tierfragen bezüglich der Schädlichkeit der Waschbären ein. Zu ihnen gehörten der berühmnte Wildbiologe und Leiter des Berliner Tiergartens Lutz HECK sowie der Hamburger Tierforscher Carl HAGENBECK. Beide äußerten große Bedenken hinsichtlich einer Auswilderung. Letzterer berichtete gar, ein tragendes Waschbärweibchen in seinem Garten gehabt zu haben. »Es hatte 6 Junge zu ernähren und stahl mir täglich mehrere Enten, Meerschweinchen und dergleichen, bis ich seinen Schlupfwinkel fand und es wieder in seinen Käfig zurückbringen konnte.« Allerdings reichten sie ihre Expertisen zwei Monate nach dem Aussetzen der Waschbären ein, so daß sie keinen Einfluß auf die Entscheidung der Berliner Behörde nehmen konnten.



Wilhelm Sittich Freiherr von Berlepsch.

Die Behörde des Landesjägermeisters von Preußen unterstand im Jahre 1934 dem Ministerpräsidenten und späteren Reichsforst- und Reichsjägermeister Hermann Göring. Ein verfundenes Fressen nicht nur für die nachkriegszeitliche britische vellow Press, sondern auch für antideutsche Gutmenschen, darunter auch sogenannte Fachleute, die fortan die Mär kolportierten, der Reichsmarschall und begeisterte Jäger habe sich durch Manipulation der Fauna neues Getier vor die Waffe züchten lassen wollen. Eberhard Leicht ist da kategorisch: »Aus den Akten ergibt sich allerdings für eine Beteiligung Görings keinerlei Hinweis: Der Genehmigungserlaß vom 28. April 1934 (Aktenzeichen Ljm. 823) ist

Wie war es mit Görings Waschbären?

Der Landesjätermeister Berlin W9, den 28. April 1934, Zeichen: Ljm.823. Betr.: Forstent Vöhl-Aussetzen von Waschbären-Sphreiben F.III Mr.141-a von 6.4.34. Gemans \$ 60 des Jagdgesettes ecteile ich die Gehelmigung, dass in Perstant V 3 h l in Distrikt der Porsterei A s e 1 2 Paure Waschbiren ausgesetzt werden. Ich ersuche, die Tiere genau zu beobachten und mir pach Ablauf since Jahres sum 1. April 1935 Bericht su erstatten, wie das Verhalten der ausgesetzten fiere gewesen ist, und co irgendwelche fcratwirtschaftlichen cder Enetige wirtechaftliche Schaden durch die suggesetzten Vaschbären entstarden sind. I.V. gez. von Keudell. An den Heren Landforstmeister f.d. Heg. Bez. Kassel-Test, Bassel.

Sola	Ost fortugaing	Toolseffet	Nifon Ungaben
2634	Pap day Litherai Ellimittlethe	A Frenmer	Ginn W. A. in Warteful full grapfor
16734	systep	H. The House	Whi wer
28.734	Educaroni meg bei Hari	Alfman Kabolson	June W. W. riles For Prope langer pope
11.9 34	Allelotte	M. Hinter	fices V. B. inter tow Way may Hossen.
1914	Heneuntein	Bross Fresh.	finen " A in einer Hiefe gafafen des beage wif wafen Alex gaffind.
Konomba 34.	Gellery-	Jacobson	Fine W. H. gong wafe winter brafts
9.2.39	Siph- 187	Roof Brekeins	As W. I in in these is the foly orted in Tifrong goffict.
4.335	. 189	Signingfilp Dim Berg - Hozart Rasbe Grughamon	In Japlaps graben ter Lightings (Ball) - with perton lefor - inner W. J. Birk, 18 4; mid Komer How left ing corrow how gefunden.
5.9.35	Februa. trierde	Jolyf Allen . Kame Albertok	Morgant in 7 2/4 vine V. B. fling.

gekennzeichnet von Landesforstmeister Walter von Keudel, dem Chef der preußischen Forst- und Jagdverwaltung.«² Göring hatte also mit den Waschbären gar nichts zu tun und hätte bei Kenntnis an deren Aussetzen in Nordhessen bestimmt kein Interesse gehabt. Die Genehmigung aus Berlin sei, so Leicht, ein reiner Verwaltungsvorgang gewesen.

Fest steht, daß, als die Genehmigung eintraf, die zwei Paare Waschbären bereits zwei Wochen zuvor, am 12. April ausgesetzt worden waren: Da die beiden Weibchen trächtig waren, wollte der Forstmeister von Berlepsch und seine Leute, daß die Jungen in Freiheit geboren werden.

Inzwischen sind rund eine Million Waschbären in Deutschland zu Hause, und alle gehen auf jene am Edersee ausgewilderten beiden Paare zurück.



In Großbritannien werden die europäischen Waschbären Nazi Raccoonst genannt. Selbst die seriöse *Times* hängt den grauen Tieren eine braune Vergangenheit an.

Links: Antwort des Landesjägermeisters auf den Antrag des Wilhelm Sittich Freiherr von Berlepsch. vom 26. März 1934. Rechts: Auszug aus den Beobachtungsprotokollen. Beide Abbildungen aus: wie Anm. 1, S. 571.



² AFZ-Der Wald, 11/2009, S. 571.



Clemens August Kardinal Graf von Galen.



Uta Ranke-Heinemann, Theologin, ist die älteste Tochter Gustav Heinemanns.

Von linken und deutschfeindlichen Kreisen, was oft dasselbe ist, wird seit Jahren zu einer Art Hexenjagd auf alle historischen Personen geblasen, die sie als ›Patrioten, ›Nationalisten oder gar als ›Rechtsextreme glauben verunglimpfen oder denunzieren zu können. Sie schrecken nicht einmal davor zurück, was in jedem anderen Volk undenkbar wäre und als Schande gilt, die eigenen Soldaten, die guten Glaubens Gesundheit und Leben für das Vaterland geopfert haben, als mörderische ›Nazisoldaten zu kriminalisieren. Zu dem angegriffenen Personenkreis zählt eine der hervorragendsten Gestalten, die die katholische Kirche im 20. Jahrhundert aufzuweisen hat: der ›Löwe von Münster, Clemens August Kardinal Graf von Galen.

Diesem vom Volk hochgeachteten Kirchenfürsten versuchen Kritiker aus oben genannten Kreisen in oft gehässiger Weise den ›Heiligenschein vom Kopf zu reißen und ihn als Nationalisten, Chauvinisten, Kriegstreiber und - schlimmer geht es nicht mehr - als schrecklichen Antisemiten zu ventlarvens. Um dieses Ziel zu erreichen, wird von GALEN in unwissenschaftlicher Weise, das heißt unter Vernachlässigung und durch Fälschung von Quellen, absichtlich falsch interpretiert. Die Anwürfe gipfelten am 7. Oktober 2005 in einem Aufsatz der notorischen Kirchenkritikering Uta RANKE-HEINEMANN mit dem Titel »Ein Antisemit und Kriegsfreund« in der linken Jungen Welt, der im wesentlichen von verschiedenen Blättern ungeprüft übernommen wurde. Auch die deutsche Ausgabe der internationalen Friedensbewegung Pax Christicaus Rottenburg-Stuttgart hatte bereits am 14. Februar 2005 quellenkritisch unhaltbare Wertungen über Clemens August von GALEN veröffentlicht. Dabei stand das sogenannte martialische England-Zitat GALENS aus dem Jahre 1941 im Mittelpunkt, das von seinen Gegnern zur Herabwürdigung GALENS oder gar zur Diffamierung benutzt wird:

»Gott hat es zugelassen, daß das Vergeltungsschwert gegen England in unsere Hände gelegt wurde. Wir sind die Vollzieher seines gerechten Willens.«

Diese verleumderischen, tatsächlich volksverhetzenden Angriffe waren am 60. Todestag des Kardinals, am 22. März 2012, unter der Schirmherrschaft der seriösen Hochschule Vechta im oldenburgischen Cloppenburg Gegenstand einer Tagung. Auf der Grundlage von neu erschlossenen Quellen wurden wissenschaftlich begründete Antworten auf die Frage nach Wirkung und Bedeutung des Kardinals gesucht und gefunden. Im Mittelpunkt stand dabei das bereits erwähnte England-

Zitat GALENS aus dem Jahre 1941. Rudolf WILLENBORG (Vechta) konnte beweisen, daß durch die unkritische Benutzung einer angeblichen Quelle ein völlig falsches Bild der historischen Person von GALENS entstanden sei. Denn die unterstellte Aussage geht keineswegs auf diesen zurück. Sie wurde vielmehr der Erzählung Die Gerechtigkeit im Kriege von Willi LINDNER aus dem Jahre 1941 entnommen, in der sich drei fiktive Personen über den Krieg gegen England unterhalten. WILLENBORG zufolge hat der linkskatholische Publizist und radikale Pazifist Johannes FLEISCHER daraus bereits 1956 ein vermeintliches Zitat GALENS zusammengebastelt und diesem in den Mund gelegt. Seither dient es ungeprüft als Beispiel dafür, daß der Kardinal den Krieg gutgeheißen oder sogar beiubelt habe.¹



Wappen des Kardinals von Galen, aus: *Wikipedia*.

Der Fall des Kardinals von Galen beweist wieder einmal, daß das Prinzip der historischen Wahrheitssuche unbedingt der Quellenkritik bedarf. Das heißt, es muß immer auch ad fontes [zu den Quellen, H.M.] gegangen und das historische Geschehen aus dem Zusammenhang der betreffenden Zeit heraus beurteilt werden. Ein solcher quellenkritischer Ansatz kann der Person des Kardinals von Galen nichts von dessen persönlicher Größe nehmen. Der ¿Löwe von Münster war kein Antisemit, kein Militarist, 'nur ein charakterfester, glaubenstreuer Soldat Christi. Im Gegensatz zu Winston Churchill, der sich "Soldier Christie nannte, hat von Galen kein einziges Leben zerstört, aber Tausende zu retten versucht.

Von Galen – ein wahrer Patriot und Soldat Christi

Clemens August Kardinal Graf von Galen wurde am 16. März 1878 in Dinklage, im Oldenburger Münsterland, geboren. Im westfälischen Münster empfing er bereits am 28. Mai 1904 die Priesterweihe. Nach einer Tätigkeit als Domvikar und Kaplan in Münster wirkte er ab dem 23. April 1906 in Berlin. Dort lernte er Nuntius Eugenio Pacelli kennen, den späteren Papst Pius XII., mit dem er freundschaftlich verbunden

Am 23. September 1978 wurde zum hundertsten Geburtstag des Kardinals in Münster ein Denkmal errichtet. Dagegen protestierten die Ortsgruppe Münster des Deutschen Freidenkerverbandes und eines Antifaschistischen Arbeitskreises Münster mit zwei Flugblättern. Eines der Flugblätter enthielt das dem Löwen von Münster untergejubelte England-Zitat. Publizistisch begleitet wurde die Aktion des Freidenkerverbandes durch eine Broschüre von Reinhold Schmidt mit dem Titel Der Kardinal und das 3. Reich. Legende und Wirklichkeit über Kardinal von Galen. Auch darin findet sich das unselige Zitat. Als der Seligsprechungsprozeß für den Löwen von Münster begann, tauchte das gefälschte Galen-Zitat erneut auf, nicht nur bei Uta Ranke-Heinemann.

blieb. Von 1933 amtierte er bis 1946 als Bischof von Münster, wo er sich den Ungesetzlichkeiten des NS-Systems mutig entgegenstellte und deshalb als ¿Löwe von Münster in die Geschichte einging. 1946 wurde er zum Kardinal erhoben und 2005 seliggesprochen.

Als Beweis für die lautere Gesinnung und aufrechte Haltung des Kardinals ist es angebracht, kurz an seine drei berühmten Predigten während der NS-Zeit zu erinnern. Aufgrund seiner strengen Glaubenshaltung dachte und handelte VON GALEN lebenslang charakterfest und, nur seinem Glauben und Gewissen verpflichtet, in Liebe und Verbundenheit zu seiner Heimat, zur deutschen Nation und zum deutschen Volk. Dergleichen wird heutzutage vorweg als höchst verdächtig angesehen.

Schon 1934 wandte sich von Galen öffentlich gegen die NS-Rassentheorie, die er als Neuheidentum anprangerte. In seinem Hirtenbrief zu Ostern 1935 sprach er sogar von »Götzendienst,... Abgötterei,... Rückfall in die Nacht des Heidentums«, wenn die Nation als Ursprung und

Endziel gelte.

1936 begrüßte von GALEN die Besetzung des seit dem Versailler Diktat entmilitarisierten Rheinlands durch deutsche Truppen.² Als danach die nächsten Reichstagswahlen mit einer Volksabstimmung über die Besetzung des Rheinlands verbunden wurden, erklärte er in einem Schreiben an die Geistlichen seiner Diözese, daß eine Abstimmung mit »Ja« nur bedeute, dem Vaterland die Stimme zu geben, jedoch nicht die Zustimmung zu Dingen, welche das christliche Gewissen zu billigen verbiete.³

Als von Galen bemerkte, daß seine deutschen Bischofskollegen immer mehr verstummten, insbesondere Kardinal Bertram, der Vorsitzende der Bischofskonferenz, ermahnte er sie brieflich und wandte sich schließlich in einer geheimen Denkschrift an den Vatikan,³ wobei er die Einschaltung der Öffentlichkeit gegen gesetzesbrechende Machthaber

vorschlug.5

War die Kirche damals einem starken diktatorischen Druck ausgesetzt, vor dem viele verständlicherweise zurückwichen, wenn sie um ihr Leben fürchteten, so muß man heutzutage bitter bemerken, daß die heutigen Kirchenfürsten, die nichts zu befürchten haben, sich hinter einer immer leiseren Diplomatie verstecken und vor dem maroden Zeitgeist kuschen. Am 6. September 1936 predigte von Galen erstmals öffentlich über das Verhältnis von Gehorsam und Gewissen. Ausgehend vom Römerbrief (13,1), erklärte er, es gelte das Wort aus der Apostelgeschichte (Apg 5,29): »Man muß Gott mehr gehorchen als den Menschen.«

Am 14. September 1939, nach Beginn des Zweiten Weltkrieges, sandte VON GALEN ein Rundschreiben an den Klerus:⁶ »Der Krieg, der 1919 durch einen erzwungenen Gewaltfrieden äußerlich beendet wurde, ist aufs neue ausgebrochen und hat unser Volk und Vaterland in seinen

² Peter Löffler (Hg.), Bischof Clemens August Graf von Galen – Akten, Briefe und Predigten 1933–1946, Schöningh, Paderborn–München– Wien–Zürich ²1996, S. 357 f.

³ Löffler, ebenda, S. 365.

⁴ Ebenda, S. 1438 ff.

⁵ Maria Anna ZUMHOLZ, »Clemens August Graf von Galen und der deutsche Episkopat 1933–1945«, in: Joachim KUROPKA (Hrg.), Neue Forschungen zum Leben und Wirken des Bischofs von Münster, Münster 1992, S. 185 f.

⁶ Ebenda, S. 747.



Bann gezogen. Wiederum sind unsere Männer und Jungmänner zum großen Teil zu den Waffen gerufen und stehen im blutigen Kampf oder des Löwen von Münin ernster Entschlossenheit an den Grenzen auf der Wacht, um das Vaterland zu schirmen und unter Einsatz des Lebens einen Frieden der Freiheit und Gerechtigkeit für unser Volk zu erkämpfen.«

Den Angriff vom 22. Juni 1941 auf die Sowjetunion erklärte von GALEN in dem Hirtenbrief vom 14. September 1941 als Kampf gegen die »Pest des Bolschewismus«.

Durch insgesamt drei im Juli und August 1941 gehaltene anklagende Predigten, die ihm im Volksmund den Ehrenamen »Der Löwe von Münstere einbrachten, erreichte von Galen überregionale Bekanntheit. In der ersten vom 13. Juli 1941 protestierte er⁷ gegen die Maßnahmen der Gestapo, die tags zuvor die Klöster der Jesuiten und die der Missionsschwestern von der ›Unbefleckten Empfängnis‹ aufgelöst, die Patres und Schwestern ausgewiesen und die Ordenshäuser beschlagnahmt hatte. Damit sei der Klostersturm, der schon im übrigen Reich gewütet habe, jetzt auch in Münster ausgebrochen. Zusammenfassend stellte er fest: »Der physischen Übermacht der Geheimen Staatspolizei steht jeder deutsche Staatsbürger völlig schutzlos und wehrlos gegenüber. . . Keiner von uns ist sicher, und mag er sich bewußt sein, der treueste, gewissenhafteste Staatsbürger zu sein, mag er sich völliger Schuldlosigkeit bewußt sein, daß er nicht eines Tages aus seiner Wohnung geholt, seiner Freiheit beraubt, in den Kellern und Konzentrationslagern der Geheimen Staatspolizei eingesperrt wird.«

In der zweiten Predigt⁸ am 20. Juli 1941 beklagte von GALEN die Beschlagnahme zahlreicher weiterer Klöster und daß die Proteste beim Regierungspräsidenten und selbst bei HITLER nichts genützt hätten. Da

Die Seligsprechung ster löste heftige Diskussionen aus, die eigentlich überflüssig waren.

⁷ Ebenda, S. 843 ff.

⁸ Ebenda, S. 855 ff.

Christen aber nicht revoltierten, bliebe ihnen nur starkes, zähes, hartes Durchhalten: »Wir sind Amboß, und nicht Hammer!... Der Amboß kann nicht und braucht nicht zurückzuschlagen; er muß nur fest, nur hart sein. Wenn er hinreichend zäh, fest, hart ist, dann hält meistens der Amboß länger als der Hammer.«

Nur zwei Wochen später, am 3. August 1941, sah sich von Galen zu einem dritten Protest veranlaßt. In dieser Predigt⁹ verschlug es den Gottesdienstbesuchern den Atem. Er berichtete anklagend, daß aus Heilund Pflegeanstalten Kranke abtransportiert werden und den Angehörigen danach mitgeteilt würde, der Kranke sei verstorben und die Leiche bereits eingeäschert. Dabei äußerte er den mit »an Sicherheit grenzende[n] Verdacht, daß man dabei jener Lehre folgt, die behauptet, man dürfe sogenanntes ›lebensunwertes Leben‹ vernichten«.

Doch jede vorsätzliche Tötung sei Mord. Da aber bereits strafbar sei, wer von einem Verbrechen wider das Leben wisse und es nicht der Behörde anzeige, habe er bei der Staatsanwaltschaft Münster und dem Polizeipräsidenten Strafanzeige¹⁰ gestellt.

Die sensationelle Predigt – noch nie hatte damals jemand in Deutschland so offen und publikumswirksam gegen den Stachel gelöckt – verbreitete sich wie ein Lauffeuer in ganz Deutschland und an den Fronten. Deshalb mußten die Herrschenden einsehen, daß ihr Versuch, Geisteskranke und Behinderte zu töten, gescheitert war. Da sie weiteren Widerstand der Kirchen erwarteten, wurde die sogenannte Aktion T4c unterbrochen und erst ein Jahr später insgeheim fortgesetzt.¹¹

Nach Bekanntwerden der dritten Predigt hatte Martin BORMANN, Stabsleiter bei HITLERS Stellvertreter Rudolf HESS, vorgeschlagen, VON GALEN hängen zu lassen. Doch Reichspropagandaminister Joseph GOEBBELS wollte während des Krieges keine katholischen Märtyrer schaffen und verschob die Beseitigung des Bischofs auf die Zeit »nach dem Endsieg«.¹²

Von Anfang an hatte von Galen nach 1945 viele inhumane Maßnahmen der Besatzungsmächte kritisiert, besonders die ungesetzliche Internierung von Angehörigen des öffentlichen Dienstes und der NSDAP in Hungerlagern sowie die Vertreibung der deutschen Bevölkerung aus den deutschen Ostgebieten.¹³ Am 1. Juli 1945 wies er in einer Predigt in Telg-



Das von Galen-Denkmal in Münster.

⁹ Ebenda, S. 874 ff.

¹⁰ Ebenda, S. 869.

¹¹ Winfried Süss, »Bischof von Galen und die nationalsozialistische ›Euthanasie‹‹, in: *zur debatte 2005*, S. 18 f., Online-Ausgabe.

¹² Joachim Kuropka, Clemens August Graf von Galen (1878–1946) – Ein großer Niedersachse. Begleitheft zur Ausstellung im Niedersächsischen Landtag 10. bis 19. Juni 1992, S. 5 f.

te die These von einer deutschen Kollektivschuld¹⁴ öffentlich zurück. In seinem ersten Interview¹⁵ gegenüber allijerten Pressevertretern erklärte er 1945, daß er und andere gebildete deutsche Antinazis »treu gesinnt sein müßten gegenüber dem Vaterland« und sie daher die »Alliierten als Feinde betrachten müßten«.

Im Juni 1945 dankte von Galen ausdrücklich. ähnlich wie später Konrad ADENAUER, »unseren christlichen Soldaten, jenen, die in gutem Glauben, das Rechte zu tun, ihr Leben eingesetzt haben für Volk und Vaterland und auch im Kriegsgetümmel Herz und Hand rein bewahrt haben von Haß, Plünderungen und ungerechter Gewalttat«.

Vom 26. Februar bis 2. März 1946 besuchte von GALEN auch Kriegsgefangenenlager im Raum Tarent und Bari - welch ein gewaltiger Unterschied zu der erbärmlichen Haltung vieler unserer heutigen Politiker und Inhaber kirchlicher Würden.

Bei seiner Rückkehr nach Münster am 16. März 1946, seinem 68. Geburtstage, bereitete die Stadt ihm einen großen Empfang und ernannte ihn zu

ihrem Ehrenbürger. Am 19. März 1946 mußte der Kardinal mit starken Denkmal für Clemens Magenschmerzen in das St.-Franziskus-Hospital in Münster eingeliefert werden, wo er am 22. März 1946 an den Folgen eines Blinddarmdurchbruchs starb. Seine letzten Worte lauteten: 16 » Ja, ja, wie Gott es will. Gott lohne es Euch. Gott schütze das liebe Vaterland. Für ihn weiterarbeiten...oh. Du lieber Heiland!«

Am 28. März 1946 wurde von GALEN in der Ludgerus-Kapelle des Doms, beigesetzt. Die Grabplatte trägt die Aufschrift »Hic exspectat resurrectionem mortuorum Clemens Augustinus de GALEN S.R.E. presbyter cardinalis episcopus Monasteriensis« (deutsch: »Hier erwartet die Auferstehung der Toten Clemens August von GALEN, der heiligen römischen Kirche Kardinalpriester, Bischof von Münster«, H. M.).

Hans Meiser



August Graf von GA-LEN bei Lippborg.

¹³ Susanne LESCHINSKI, »Clemens August Kardinal von Galen in der Nachkriegszeit 1945/46«, in: Joachim Kuropka (Hg.), Neue Forschungen zum Leben und Wirken des Bischofs von Münster, 1992, S. 247 ff.

¹⁴ Peter LÖFFLER, aaO. (Anm. 2), S. 5.

¹⁵ Ebenda, S. 1104.

¹⁶ Max Bierbaum, Kardinal von Galen. Bischof von Münster, Münster 1947, S. 77: Aufzeichnung des behandelnden Arztes Dr. WARNECKE.

Kardinal Lorenz Jaeger, ein nationaler Kirchenmann

Im Rahmen der Umerziehung und der Verfolgung aller nationalen Regungen wurde auch der streitbare Paderborner Kardinal Lorenz JAEGER verdächtigt und beschuldigt, nicht genug Widerstand geleistet zu haben. Der Vorsitzende der Paderborner Jüdischen Kultusgemeinde, Erwin ANGRESS, warf ihm nach dessen Tod 1975 vor, nachdem 1959 die neue Synagoge in der Paderstadt gebaut worden war, diese nie besucht zu haben: »Dieser Mann hat bis zu seinem Tode die Schwelle unseres Gotteshauses niemals überschritten, niemals!«¹ Er kritisierte auch die Stadtverwaltung der Paderstadt, eine Straße nach dem Kardinal benannt zu haben.

Lorenz JAEGER wurde am 23. September 1892 in Halle an der Saale als Sohn eines Eisendrehers geboren. Nach dem Abitur studierte er Katholische Theologie und Philosophie in Paderborn und Münster. Im Ersten Weltkrieg war er hochdekorierter Leutnant und Kompanieführer, ausgezeichnet mit dem Eisernen Kreuz und dem Ritterkreuz des Hohenzollernordens. 1922 wurde er als Priester geweiht und war dann als Studienrat im Ruhrgebiet tätig, wo er interessierte Gymnasiasten schon vor 1933 auf den NS-Schülerbund hinwies.²

Bei Beginn des Zweiten Weltkrieges stellte er sich wieder als »eifriger Priester freiwillig dem Vaterlande als Feldgeistlicher zur Verfügung«.3 Er war noch Divisionspfarrer im Felder, als er zum Nachfolger des Anfang 1941 verstorbenen Bischofs Caspar KLEIN nach Paderborn als Erzbischof berufen wurde. Das setzte Kirchenminister Hanns KERRI, als Vertreter des Staates gegen den Widerstand und »schwerste Bedenken« von Reinhard HEYDRICH, dem Chef der Sicherheitspolizei, durch. Am 15. September 1941 legte JAEGER nach dem Konkordat seinen Treueeid auf den Staat ab. Papst Pius XII. bestätigte ihn am 10. August 1941, und er wurde am 19. Oktober 1941 im alten Dom zu Paderborn zum Bischof geweiht. Zu seinem 15jährigen Bischofsjubiläum 1956 wurde er Paderborner Ehrenbürger. Im Jahre 1965 wurde er für seine Anstrengungen für die Ökumene zum Kardinal ernannt. Er starb am 1. April 1975 in Paderborn. Er gehört zu den Kirchenführern wie die Kardinäle Graf VON GALEN in Münster und FRINGS in Köln, die sich vor und nach 1945 für ihr Volk gegen die Feinde des Reiches einsetzten.

Seine in vielem zum Ausdruck kommende volks- und nationalbewußte Haltung brachte ihm nach 1945 zahlreiche Vorwürfe ein, und die Kirche selbst versuchte, ihn durch Streichung einzelner Sätze in den zu seinen und der Diözese Jubiläen erschienenen Nachdrucken seiner neu veröffentlichten Predigten als Widerständler hinzustellen.

¹ Zitiert in: »Angreß: Es erschüttert und betrifft mich zutiefst«, in: *Neue Westfälische*, 29. 3. 1994.

- ² Persönliche Mitteilung eines der betroffenen Gymnasiasten an den Verfasser.
- ³ Kirchliches Amtsblatt Paderborn, 13. 8. 1941.



Wappen von Lorenz Kardinal JAEGER. Aus: Wikipedia.

Kardinal Lorenz Jaeger, ein nationaler Kirchenmann

Doch ein Mann des Widerstandes oder ein Landesverräter war JAE-GER nicht. Der Kardinal war nur deutschbewußt. So sagte er in seiner ersten Predigt in Paderborn: »Mein besonderer Gruß in dieser Stunde gilt meinen Soldaten. . . Vor allem grüße ich unter den Soldaten euch, meine lieben Erzdiözesanen im feldgrauen Rock. . . kämpft und sterbt ihr auch, wie mir das immer wieder aus euren Briefen entgegenklingt, für die Bewahrung des Christentums in unserem Vaterland, für die Errettung der Kirche aus der Bedrohung durch den antichristlichen Bolschewismus. . . Soldatische und priesterliche Haltung stehen sich innerlich näher, als Außenstehende ahnen. Dort wie hier ist Voraussetzung: selbstloser Dienst, vorbehaltloser Einsatz, Bewährung aus letzter Verpflichtung heraus, Treue bis in den Tod.«⁴

In seinem Fastenhirtenbrief 1942 heißt es unter dem Titel »Vom Sinn der Zeit, der Opfer und Leiden« dann: »In echter Schicksalsverbundenheit mit unserem deutschen Volk darf uns keine Mühe, kein Opfer und keine Entsagung zu groß sein, wo es darum geht, an einer glücklichen Zukunft unseres Vaterlandes und am Frieden eines neuen Europa mitzubauen. Wir wollen unsere tapferen Soldaten zum Beispiel nehmen. Ihre heilige Liebe zu Volk und Heimat, ihr sieghafter Glaube an unseren Herrn und Heiland gibt ihnen die Kraft, so unendlich große Opfer und Heldentaten für uns alle zu vollbringen, um die Welt zu erlösen vom gottlosen, christusfeindlichen Bolschewismus, der, wenn er Sieger bliebe, die ganze Menschheit in ein grauenhaftes Unglück stürzen wurde.«⁴

Er hatte die Gefahr des Bolschewismus für Deutschland und Europa erkannt. So erklärte er in seiner Fastenpredigt 1942, was ihm heute übel genommen und in Neudrucken verschwiegen wird: Sochaut hin auf Rußland! Ist jenes arme unglückliche Land nicht der Tummelplatz von Menschen, die durch ihre Gottfeindlichkeit und durch ihren Christushaß fast zu Tieren entartet sind? Und in einem Hirtenwort vom März 1942 sagte er: »Eine tödliche Gefahr für unsere ganze Kultur ist direkt an uns vorübergegangen, beinahe wäre es Wirklichkeit geworden, der so oft beschriebene und beschriene Untergang des Abendlandes. Vom Osten her drängten ungeheure Massen heran, bereit, die Welt unserer Kultur zu zerstören. Im kraftvollen Gegenstoß sind sie abgewiesen worden. Noch schlagen ihre Wogen gegen den schützenden lebendigen Wall. 4

Der Erzbischof stand dann auch nach 1945 zu seinem Volk und milderte, wo er konnte, die Ungerechtigkeit der alliierten Rachejustiz und der deutschen Entnazifizierung.⁶ Es wäre um die Kirche heute besser bestellt, wenn es mehr solcher Charaktermenschen in ihr an führender Stelle gäbe.

Rolf Kosiek



Kardinal Lorenz JAEGER.

4 Wolfgang Stüken, »»Opfer an Blut und Gut« für das »Wohl des Vaterlandes« in: Neue Westfälische, 29. 3. 1994.

5 Herbert Gruss, Erzbischof Lorenz Jaeger als Kirchenführer im Dritten Reich, Bonifacius, Paderborn 1995; Wolfgang Stüken, Hirten unter Hitler. Die Rolle der Paderborner Erzbischöfe Caspar Klein und Lorenz Jaeger in der NS-Zeit, Klartext, Essen 1999.

⁶ Persönliche Mitteilung eines Betroffenen an den Verfasser.

Zarah Leander - Diva der Deutschen

Am Beispiel der Filmschauspielerin Zarah LEANDER läßt sich im Vergleich mit der aus Deutschland ausgewanderten Marlene DIETRICH die ganze verfälschende Art der Beurteilung von Schauspielern nach ihrer

politischen Einstellung ersehen. Die deutschfreundliche Zarah LEANDER wurde nach 1945 in der Öffentlichkeit diffamiert, während die aus Deutschland geflüchtete und den Zusammenbruch des Reichs ersehnende Marlene DIETRICH hoch gefeiert wurde.

Vor gut einhundert Jahren, am 15. März 1907, wurde Zarah LEANDER, die »schwedische Nachtigall«, deren Filme sich Millionen von Menschen in aller Welt ansahen, unter dem Namen Sara Stina Hedberg als Tochter eines gut aussehenden Instrumentenbauers und seiner sehr schönen Frau im schwedischen Karlstad geboren. Durch Kindermädchen und Klavierlehrer wurde sie schon früh mit der Sprache Goethes und Schillers vertraut und vervollkommnete ihre Deutschkenntnisse während

eines längeren Aufenthaltes in Riga. Mit 16 Jahren heiratete sie den schwedischen Schauspieler Nils Leander, den sie aber schon 1932 wieder verließ, da er ein Trinker war. Sie begann ihre Bühnenlauf bahn in Schweden und Norwegen.

Auf deutschem Boden trat Zarah Leander erstmals 1935 in Wien auf, wo sie in der Benatzky-Operette Axel an der Himmelstür spielte. Sie erlebte ihren Durchbruch 1936 mit der Hauptrolle im Kriminalfilm Premiere. Wegen dieses großen Erfolges wurde sie von der Universum Film (Ufa) engagiert und zur Gegen-Spielerink der aus dem Reich geflüchteten Marlene Dietrich aufgebaut. Als teuerste deutsche Diva spielte die skandinavische Mimin mit der tiefen Stimme zwischen 1937 und 1942 in zehn berühmten Ufa-Filmen wie Zu neuen Ufern, Heimat, Der Blaufuchs, Es war eine rauschende Ballnacht oder Cuba Cubana. Die Zuschauerzahlen für die einzelnen Streifen bewegten sich zwischen sieben und 27 Millionen. Noch übertroffen wurden Zarah Leanders Filmgagen von den Einnahmen aus ihren Schallplatten. Der Schlager Der Wind hat mir ein Lied erzählt zum Beispiel wurde 24millionenmal verkauft.

In Berlin ausgebombt, zog sich Zarah LEANDER im März 1943 auf ihr Landgut Lönö bei Norrköping zurück. Als sich nach Stalingrad die deutsche Niederlage abzeichnete, verdüsterte sich im neutralen Schweden das deutschfreundliche Klima: Obwohl Zarah LEANDER einen Vertrag mit der Ufa und nicht mit der NSDAP hatte, wurde sie in ihrer Heimat als ›Nazisse‹ denunziert und als ›künstlerischer Quisling‹ boykottiert.



Zarah LEANDER im Jahre 1938.



Plakat für den Film Es war eine rauschende Ballnacht mit Zarah LEANDER und Marika RÖKK.

Zarah Leander - Diva der Deutschen

Dennoch gelang ihr nach dem Krieg ein erstaunliches Comebacke Zum Triumphzug wurde ihre erste Nachkriegstournee 1949, die mit zwei bejubelten Konzerten in Westberlin ihren Höhepunkt hatte. »Alles, was mit Berlin zusammenhängt, das ist mein Leben. Berlin ist für mich ein Zuhause«, bekannte die Dankbare 1965. »Wenn sie lieben, die Berliner,

dann lieben sie fürs ganze Leben, und ich gehöre zu der Gruppe, toi, toi, toi, die die Gnade haben darf, von den Berlinern geliebt zu werden,

und es beruht auf Gegenseitigkeit.«

Während eines Auftritts in der schwedischen Hauptstadt erlitt sie 1978 eine Gehirnblutung, von der sie sich in der Folge nicht mehr erholte. Am 23. Juni 1981 starb sie in einer Stockholmer Klinik.

Es konnte nicht ausbleiben, daß sich Bewältiger verfälschend ihrer Vergangenheit bemächtigten. Als »Mutter Teresa aller Menschenrechte« wurde die politisch korrekte, von Kopf bis Fuß auf Deutschenhaß eingestellte US-uniformierte Marlene Dietrich, deren »Herz sich nicht rührte, wenn deutsche Städte bombardiert wurden«, der zivilen, doch politisch verstockten »Sündenböckin«Zarah Leander gegenübergestellt, die als »Komplizin des Holocaust« mit ihrer Stimme die Moral der Mörder gestärkt und es abgelehnt habe, sich für ihre Ufa-Untaten nachträglich zu entschuldigen.

Im Sammelband des Geschichtsverdrehers Guido Knopp wird Zarah Leander zu einer von Herlers Frauen verzert. Auf besonders gehässige Weise geschändet wird ihr Andenken im Machwerk Andreas Marbers, der sie als »Nazi-Sirene« durch den braunen Kakao« zieht: Mit verstellter Stimme imitiert eine gewisse Angela Warning ›Evergreens« von Zarah Leander und legt der Legendären die »holocaustgerechten« Worte in den Mund: »Meine Filme haben mehr Menschen gesehen, als Juden vergast wurden.«

In diesem Zusammenhang ist das Folgende für unsere Zeit bezeichnend: »Gestern also die ›Habanera‹ mit Zarah Leander, geradezu erschütternd gut«, notierte am 31. Januar 1937 in Dresden der rassisch verfolgte Philologe Victor Klemperer (1881–1960). Über den Streifen Heimat urteilte er unter dem 3. Oktober 1938: »Welch überwältigend gutes Spiel! Zarah Leander und Heinrich George. . . « In der gedruckten Ausgabe seines Tagebuches aber (Ich will Zeugnis ablegen bis zum letzten. Tagebücher





Szenen aus LEANDER-Filmen.

Zarah Leander - Diva der Deutschen

Marlene DIETRICH. Im Rang eines Majors (!) begleitete sie singend US-Soldaten in Afrika, Italien und Frankreich und marschierte gar in Deutschland mit ein. Die Aufnahme entstand nach der anglo-amerikanischen Invasion 1944.



1933–1945, Berlin 1995) werden vom Aufbau-Verlag beide Passagen unterschlagen. »Hätte KLEMPERER antisemitische Dialoge wahrgenommen, um verletzt darüber in seinem Tagebuch zu berichten, sie wären nicht der Zensur zum Opfer gefallen, vielmehr würden sie allerorts genüßlich zitiert«, empört sich Paul SEILER, Hüter des Andenkens der Diva. Ein verfolgter Jude hat sich eben nicht einmal posthum an Zarah-LEANDER-Filmen erfreut zu haben.

Fred Duswald

Literatur:

Zarah LEANDER, Es war so wunderbar. Mein Leben, Frankfurt/M. (u.a.) 1983. Paul Seiler (Hg.), Zarah Leander. Ein Mythos lebt, Berlin ²1994. Curt Riess, Das gab's nur einmal. Die große Zeit des deutschen Films, Ullstein Sachbuch, Bd. 3, Frankfurt/M. 1985.

Ist Paula Wesselys Streifen »Heimkehr« »schlimmste Nazipropaganda«?

Nach einem erfolgreichen und erfüllten Leben starb hochbetagt in Wien am 11. Mai 2000 die berühmte deutsche Schauspielerin Paula WESSELY. Ihre Bühnenarbeit überspannte nicht weniger als sechs Jahrzehnte. Nach 1945 mußte die Künstlerin das Schicksal ertragen, von linken Kreisen diffamiert zu werden. Ihre Arbeit wurde herabgesetzt, so daß eine Richtigstellung erforderlich ist.

Als Tochter eines Wiener Fleischermeisters wurde sie am 20. Januar 1908 geboren. Schon mit 14 Jahren begann sie mit der Ausbildung, stand mit 16 im Akademietheater zum erstenmal auf der Bühne, debutierte 1924 am Deutschen Volkstheater in Wien, spielte am Theater in der Josefstadt und am Neuen Deutschen Theater in Prag und erzielte 1932 ihren Durchbruch am Deutschen Theater in Berlin. Paula WESSELys Siegeszug über die deutschen Bühnen fand im Film eine ebenbürtige Fortsetzung.

Am 23. November 1935 heiratete die geniale Mimin ihren Schauspielerkollegen Attila Hörbiger, mit dem sie zeitlebens künstlerisch zusammenarbeitete und häufig gemeinsam auftrat. Wie ihr Gatte Attila bekannte Paula Wessely: »Ich freue mich, am 10. April 1938 das Bekenntnis zum großen volksdeutschen Reich mit Ja ablegen zu können und so die von mir immer betonte Kulturverbundenheit der österreichischen Heimat mit den anderen deutschen Gauen zu bekräftigen.« Nicht zu Unrecht vermutet Wolfgang Glück, »daß die Hörbigers mit den Nationalsozialisten in einem einverstanden waren: in der Idee eines vereinigten Volks im Bereich der so geliebten deutschen Sprache, am besten verbunden mit dessen Vorherrschaft in einem geeinten Europa«.¹



Paula Wessely im Jahre 1935.

¹ Wolfgang GLÜCK, »Jetzt hat's die Paula erwischt«, in: *Die Presse*, 4, 8, 2007.



Bei einem Empfang in der Wiener Hofburg am 30. März 1938, von links: Joseph Goebbels, Gertrud Seyss-Inquart, Kajetan Mühlmann, Paula Wessely. Foto: Bundesarchiv.

Ist Paula Wesselys »Heimkehr« »schlimmste Nazipropaganda«?

Die alliierten Besatzer belegten 1945 Paula WESSELY sofort mit Berufsverbot. Die willkürliche Diskriminierung war allerdings nicht von Dauer.

Die Tatsache, daß Paula Wessely nicht nur schon vor der NS-Zeit und während derselben, sondern ob ihres Könnens auch danach gefragt war, mißfiel der linksextremen Literatin Elfriede Jelinek: Paula Wessely ist der Prototyp der Schauspielerin im Dritten Reich, einer Kriegsgewinnlerin, die das Naziregime massiv propagandistisch unterstützt hat«, empörte sich die Gestörte über die eben Verstorbene. Um das Ansehen der Schauspielerin noch zu deren Lebzeiten zu schädigen, hatte die Jelinek 1981 ihr Bühnenstück Burgtheater ausgebrütet. In dieser Posse mit Gesang (Untertitel) wird die Geschichte des »Deutschen Nationaltheaters« (Joseph II. 1776) in der NS-Zeit und die »Nazi-Mitmachenschaften« der Eheleute Wessely/Hörbiger einer böswilligen Bewältigung unterworfen.

Weil sich österreichische Theater durchwegs nicht für das Stück interessierten, ging die Uraufführung erst 1985 in Bonn über die Bühne. Die Berliner Morgenpost bemerkte: »Was erst sich wie eine Art kabarettistischer Entlarvung gibt, das treibt einen später eher auf die Seite der so garstig und idiotisch Persiflierten. Die Wirkung schlägt. . . fast in ihr Gegenteil um. Satire schlägt sich selber auf den garstigen Mund. Ein theatralisch überschraubter Pyrrhus-Sieg« (10. 5. 1986). Michael JEANNÉE schrieb in der Wiener Kronen-Zeitung über die »Nazi-Horror-Picture-Show« der Autorin, die seither in Österreich als »Nestbeschmutzerin« gehandelt wird: »Das Resultat und die Folge dieser ihrer Minderbegabung: ein widerliches Machwerk, in dessen Mittelpunkt eine perverse,

²Die 2004 mit dem Literaturnobelpreis gekrönte Elfriede JELINEK wurde 1946 in Mürzzuschlag in der Steiermark geboren. Ihr Vater Friedrich JELINEK, Vize-Inspektor des Wiener Städtischen E-Werks, war mit Bescheid des Reichsstatthalters vom 5. 7. 1939 - STK/I-E-21185 auf Grund der Verordnung zur Neuordnung des österreichischen Berufsbeamtentums vom 31. 5. 1938 (Reichsgesetzblatt I S. 607) aus rassischen Gründen in den Ruhestand versetzt worden. Er überlebte als dienstverpflichteter Techniker in einem kriegswichtigen Betrieb, erkrankte in den fünfziger Jahren psychisch, lebte in zunehmend verwirrtem Zustand und starb 1969 in totaler Umnachtung. Seine erblich belastete Tochter Elfriede brach nach der Reifeprüfung psychisch zusammen, brach auf Grund von Angstzuständen ihr Studium ab, lebte ein Jahr lang in völliger Isolation, engagierte sich in der 68er Bewegung und trat als Vertreterin eines »idealistischen prächristlichen Vulgärmarxismus« 1974 der KPÖ bei, die sie nach der Wende 1991 wieder verließ. Literarisch lebt Elfriede JELINEK von aktuellen Vorgängen mit Vergangenheitsbezug, die sie aus linkem Winkel tendenziös verzerrt und in schrillstem Stil hysterisiert.

³ Telefoninterview mit dem Magazin Format, 15. 5. 2000.

⁴ Elfriede Jelinek, Burgtheater, Hamburg ⁷2004.

Ist Paula Wesselys »Heimkehr« »schlimmste Nazipropaganda«?

sabbernde, brutale und exzessive Schauspielerfamilie steht, die HÖRBI-GERS.«

Besonders begeifert Jelinek den Streifen Heimkehr. Dieser Film aus dem Jahre 1941, in dem Paula Wessely die Hauptrolle spielt, sei der »schlimmste Propagandaspielfilm der Nazis überhaupt«,5 schilt die Schriftstellerin: »Wesselys Mitwirkung daran ohne Not und an einer dermaßen exponierten Stelle würde ich mit Kriegsverbrechen gleichsetzen.« Wolfgang Glück wirft gar die Frage auf, »um wie viele Sekunden, Minuten, gar Tage durch diesen Film der grauenhafte Krieg verlängert wurde.« Um die Hetze auf die Person von Paula Wessely bündeln zu können, wurde geflissentlich unterschlagen, daß in diesem Film auch ihr Gatte Attila Hörbiger mitspielt. Der Streifen Heimkehr erhielt das Prädikat Film der Nation« Die Uraufführung fand im Rahmen der Filmfestspiele in Venedig statt, die deutsche Erstaufführung erfolgte in der Wiener »Scala«

Der Film beschreibt die blutige Verfolgung der Volksdeutschen unter polnischer Herrschaft vor Kriegsausbruch 1939: In einem kleinen Ort in der wolhynischen Woiwodschaft Luzk muß sich die deutsche Minderheit gegen immer drastischer werdende Unterdrückungsmaßnahmen zur Wehr setzen. Der Arzt Dr. THOMAS hat für notwendige Operationen kein Krankenhaus zur Verfügung, und seine Tochter Marie (Paula WESSELY), die an der deutschen Schule unterrichtet, muß mitansehen, wie diese Schule vom polnischen Staat enteignet und von aufgehetztem Mob demoliert wird. Sie bringt ihren Protest, bei dem sie sich auf den verfassungsmäßig garantierten Minderheitenschutz beruft, beim Bürgermeister vor. findet jedoch beim chauvinistischen Choleriker kein Gehör. Gemeinsam mit ihrem Verlobten Fritz fährt sie nach Luzk, um ihr Anliegen dem Woiwoden vorzutragen, wird dort jedoch gar nicht erst vorgelassen. Bei einem Kinobesuch werden die Verlobten Opfer eines antideutschen Pogroms. Fritz erliegt seinen schweren Verletzungen, da sich das Krankenhauspersonal weigert, einen Deutschen aufzunehmen. Die Gewalttätigkeiten gegen die deutsche Minderheit nehmen weiter zu; auch Maries Vater wird Opfer eines Anschlags, bei dem er erblindet. Als die Deutschen sich heimlich in einer Scheune versammeln, um HITLERS Rede vor dem Reichstag zu hören, werden sie von polnischer Exekutive entdeckt, verhaftet und ins Gefängnis geworfen. Dort richtet Marie Tho-MAS ihre Leidensgenossen mit ihrem von Herzen kommenden Monolog über das Leben unter Deutschen in Freiheit auf:

»Denkt doch bloß, Leute, wie das sein wird, denkt doch bloß, wenn so um uns rum lauter Deutsche sein werden und nicht, wenn du in einen Laden reinkommst, da einer jiddisch redet oder polnisch, sondern deutsch! Und nicht nur das ganze Dorf wird deutsch sein, sondern ringsum und rundherum wird alles deutsch sein! Und wir werden so mitten in ihm

⁵ Dieses superlative Prädikat würde logischerweise bedeuten, daß der Propagandaspielfilm Jud Süß (1940), für Ralph GIORDANO »die niederträchtigste, gemeinste und raffinierteste Form von skünstlerischeme Antisemitismus« (Erinnerun gen eines Davongekommenen, Köln 2007, S. 159), nicht so schlimm ist.



Ist Paula Wesselys »Heimkehr« »schlimmste Nazipropaganda«?

⁶ Papst Gregor XV. (1554-1623) schuf 1622 zum Zweck der Verbreitung des Glaubens die sogenannte Congregatio de Propaganda Fide, seit 1967 >Kongegration für die Evangelisierung der Völker«. >Propagares bedeutet auf lateinisch »verbreiten, ausdehnen, fortpflanzen«. Als Verbum pfropfen« wurde der Begriff in der Botanik schon früh ins Deutsche entlehnt. ⁷ Vgl. Art. »Propaganda«, in: Der Große Brockhaus, 16. Aufl., Bd. 9 (1956), S. 417.

sein, im Herzen von Deutschland. Denkt bloß, Leute, wie das sein wird. Und in der Nacht, in unseren Betten, wenn wir da aufwachen aus'm Schlaf, da wird das Herz in ,nem süßen Schreck plötzlich wissen, wir schlafen ja mitten in Deutschland, daheim und zuhause, und ringsum ist die tröstliche Nacht, und ringsum da schlagen Millionen deutsche Herzen und pochen in einem fort leise: daheim bist du, Mensch, daheim, daheim bei den Deinen. Dann wird uns ganz wunderlich sein ums Herz, daß die Krume des Ackers und das Stück Lehm und der Feldstein und das Zittergras und der schwankende Halm, der Haselnußstrauch und die Bäume, daß das alles deutsch ist, wie wir selber, zugehörig zu uns, weil's ja gewachsen ist aus den Millionen Herzen der Deutschen, die eingegangen sind in die Erde und zur deutschen Erde geworden sind. Denn wir leben nicht nur ein deutsches Leben, wir sterben auch einen deutschen Tod. Und tot bleiben wir auch deutsch und sind 'n ganzes Stück von Deutschland, eine Krume des Ackers für das Korn der Enkel, und aus unserem Herzen, da wächst der Rebstock empor, in die Sonne – in die Sonne, Leute, die nich' wehtut und nich' sengt, ohne zugleich auch Süßigkeit zu spenden, und ringsum singen die Vögel und alles ist deutsch, alles Kinder, wie unser Lied, wollen wir's nicht singen, grade jetzt, unser Lied?«

War der Film Heimkehr»schlimmste Nazi-Propaganda«? Das Wort Propaganda« stammt vom lateinischen Wort propagare«, d. h. pfortpflanzen, aussäen, im Raum ausbreiten, in der Zeit verlängern und erhalten«. Der moderne Wortbegriff kommt aus der katholischen Kirche⁶ und definiert sich wertneutral als Werbung für geistige Ziele und Ideen, seien es

religiöse oder politische.7

Propaganda ist übel, wenn sie lügt. Der Film Heimkehr indessen beruht auf wirklichem Geschehen. Daß Volksdeutsche unter polnischer Herrschaft vor dem Zweiten Weltkrieg und erst recht nach Ausbruch desselben verfolgt, am Leben bedroht und in vielen Fällen sogar ermordet wurden, ist historisch belegt. Was an der von Paula WESSELY meisterhaft artikulierten Freude, als Volksdeutsche nach polnischem Terror endlich unter Deutschen in Deutschland leben zu können, »übelste Nazipropaganda« sein soll, ist objektiv Denkenden nicht einsichtig, erst recht nicht, wenn man berücksichtigt, daß die im Film gezeigten Greuel vom Grauen der Vertreibung am Ende des Zweiten Weltkrieg millionenfach überboten wurden.

Im Dezember 2005 wurde im Bonner Haus der Geschichte die Wanderausstellung »Flucht, Vertreibung, Integration« in Anwesenheit des Bundespräsidenten Horst Köhler eröffnet. Die Ausstellung enthält Ausschnitte aus dem Film *Heimkehr*, darunter auch solche aus dem von Paula Wessely gesprochenen Monolog.

Fred Duswald

In den Darstellungen der Vorgeschichte des Zweiten Weltkrieges wird die Abdankung des britischen Königs Eduards VIII. meist als unbedeutende Episode behandelt, die der zufälligen Bekanntschaft des Königs mit einer Amerikanerin entsprang. Doch sie hatte wichtige Folgen in der Politik und sollte deswegen nicht verharmlost werden.

Die Abdankung König EDUARDS VIII. am 10. Dezember 1936 war mehr als nur ein Wechsel in der Person des englischen Regenten. Wie ihre Wirkungen zeigten, war sie eine der wichtigsten Weichen für den Zweiten Weltkrieg. EDUARDs Credo war Frieden zwischen Deutschen und Briten. Zu einem zweiten britischen Krieg gegen Deutschland wäre es unter seiner Herrschaft kaum gekommen. Mit dem Thronverzicht des Monarchen, dem die politische Klasse Englands die gesetzliche Heiratserlaubnis verweigert hatte, war das Königsdrama aber noch nicht zu Ende. Von seinem Bruder und Nachfolger GEORG VI. mit der Würde eines Herzogs von Windsor in die Wüste geschickt, gehörte der Exkönig nach Kriegsausbruch 1939 dem Stab der britischen Militärmission in Frankreich mit Sitz

in Vincennes an. Über einen amerikanischen Mittelsmann informierte er die deutsche Führung über Schwachstellen der Franzosen, was der Wehrmacht ihren West-Sieg 1940 erleichterte. Der von HITLER angebotene und vom Herzog ersehnte Frieden mit England scheiterte jedoch am deutschfeindlichen Fanatismus der um Churchill gruppierten Kriegspartei. Als das Deutsche Reich am Ende des Krieges in Trümmern lag, aber auch Englands Empire zerstört war, kassierten englische Häscher nicht nur alle kompromittierenden deutschen Akten. Auch Bestände britischer Archive wurden vernichtet oder längerfristig gesperrt. Dennoch gelang es dem britischen Historiker Martin Allen, die geheimen Kontakte zwischen Herzog und HITLER zu enthüllen.

EDUARD, Herzog von Windsor, geboren 1894, war ältester Sohn von König Georg V. (1865–1936). Die letzten glücklichen Ferien seiner Jugend verbrachte der Prinz bei Onkel Willik, dem Deutschen Kaiser Wilhelm II. Nicht nur von daher datiert seine »lebenslange Bewunderung für alles Deutsche«. Dank seiner Mutter Marie (1867–1953), einer geborenen Prinzessin von Teck, beherrschte Eduard nicht nur die deutsche »Mutter-Sprache«. Da er auch von väterlicher Seite deutschen Bluts ge-



König EDUARD VIII. gibt seine Abdankung am 10. Dezember 1936 bekannt.



Der Herzog von York und späterer König George VI.

nug hatte, bewahrte er bis ans Lebensende eine Vorliebe für das Land seiner Vorfahren.

Die enttäuschenden Ergebnisse des Ersten Weltkriegs, den er als Offizier in Frankreich erlebt hatte, festigten in Eduard die Überzeugung, daß es einen Krieg mit Deutschland nie wieder geben dürfe. Wie recht er mit dieser Einstellung hatte, zeigte sich daran, daß England das Deutsche Reich im Ersten Weltkrieg nicht aus eigener Kraft, sondern nur mit Hilfe der USA hatte besiegen können. Schon 1904 hatte sich England den Amerikanern unterlegen gefühlt und daher die Eventualität eines Krieges mit den USA generalstabsmäßig ausgeschlossen. Bereits vor 1914 sah sich Britannien gezwungen, vom Grundsatz des Two-Power-Standards abzugehen, wonach die englische Flotte stets stärker zu sein hatte als die beiden nächstgrößeren zusammen. Auf der Konferenz von Washington 1922 mußte sich die britische Royal Navy mit der bloßen Parität gegenüber der US-Marine zufrieden geben. Außerdem billigte England erstmals eine vertragliche Begrenzung seiner Flottenstärke, was bis dahin völlig undenkbar gewesen war.



EDUARD VIII. und Wallis SIMPSON 1936 während eines Urlaubs am Mittelmeer.

Der Sieg über das Deutsche Reich im Ersten Weltkrieg verschleierte jedoch den schleichenden Machtverlust, um so mehr, als sich das Empire auf Kosten der deutschen Kolonien sogar erweitern und dadurch die größte Ausdehnung seiner Geschichte erreichen konnte. EDUARD aber durchschaute die Verschleierung und wußte, daß ein weiterer Weltkrieg das Ende des britischen Weltreichs bedeuten werde. In Erkenntnis dessen, daß das Deutsche Reich und das britische Empire einander nicht im Wege standen, sondern sich im Gegenteil geopolitisch ergänzten, war EDUARD erklärter Befürworter einer Verständigung zwischen beiden Völkern, wie dies auf deutscher Seite auch der Wunsch Adolf HITLERS gewesen war.

Gott Amor aber spielte dem Reich einen Streich,

indem er den Prince of Wales an Wallis Warfield-Simpson geraten ließ. Zum Politikum wurde die Beziehung, als Eduard mit dem Tod seines Vaters am 20. Januar 1936 König wurde. Als solcher nervte er die Etablierten nicht nur durch soziales Verständnis für die Nöte der Werktätigen, sondern auch durch seine offene Sympathie für Deutschland. Besichtigte Eduard VIII. eine Schule, dann fragte er auch schon, ob denn als Fremdsprache Deutsch gelehrt werde. Am längsten von allen Missionschefs unterhielt sich der König bei seinem ersten Diplomatenempfang im Februar 1936 mit dem deutschen Botschafter.

Als HITLER am 7. März 1936 durch deutsche Truppen die Wehrhoheit über den seit Versailles entmilitarisiert gewesenen linksrheinischen Reichsteil wiederherstellen ließ, sorgte der König dafür, daß London (und damit auch Paris) stillhielt: »Ich schickte nach dem Premierminister [BALD-WIN] und teilte ihm meine Meinung mit«, enthüllte der deutschfreundliche Monarch dem deutschen Botschafter Leopold von HOESCH. »Ich teilte dem alten Ja, aber« mit, daß ich abdanken werde, sollte er einen Krieg vom Zaun brechen. Es gab eine fürchterliche Szene, aber Sie brauchen keine Angst zu haben, es gibt keinen Krieg.«

Gewissenlosen Kreisen war die Friedensliebe des Königs jedoch ein Greuel. Es gebe Mittel und Wege, EDUARD zur Abdankung zu zwingen, wenn er sich in die Außenpolitik weiter einmischte, äußerte Au-Benminister Eden. Eduards Absicht, Wallis Simpson noch vor der für den 12. Mai 1937 anberaumten Krönung zu heiraten, bot seinen Widersachern willkommene Handhabe, sich des unbequemen Herrschers zu entledigen. Auf Grund des »Royal Marriage Act« aus dem Jahre 1772, der den Mitgliedern des Königshauses eine Heirat ohne Zustimmung des Parlaments untersagt, hatten die Politiker in royalen Herzensdingen ein Wörtchen mitzureden. Und so nahm man auch prompt daran Anstoß, daß die bürgerliche Amerikanerin auch noch eine Scheidung hinter sich hatte und jetzt abermals in Scheidung lebte. Nachdem Wallis neuerlich geschieden und damit für eine weitere Heirat frei war, erklärte EDUARD am 13. November 1936 seinem Premierminister BALD-WIN, er sei bereit, zu gehen, wenn man ihm die Zustimmung zur Heirat verweigere. Mrs. SIMPSON sei als Queen nicht genehm, nahm BALDWIN den König beim Wort, und dieser dankte dann am 10. Dezember 1936 auch tatsächlich ab.

EDUARDS Nachfolger wurde automatisch sein ältester Bruder ALBERT: »Der Herzog von York wird besser sein«, hatte BALDWIN gehofft und siehe, seine Hoffnungen wurden nicht enttäuscht. Der neue König, der sich den Namen Georg VI. zulegte, war Linkshänder und litt an einem Sprachfehler. Durch körperliche Schwäche und Mangel an geistigen Gaben behindert, bot der notorische Stotterer beste Gewähr, die Politiker gewähren und die Kriegspartei in Frieden zu lassen.

Der Exkönig aber ging ins Exil nach Frankreich, wo er als Herzog von Windsor am 3. Juni 1937 heiratete. Die Hochzeit fand auf Schloß Condé bei Tours statt. Besitzer des Schlosses war der amerikanische Rationalisierungsfachmann Charles Bedaux, der als Urheber eines dem REFA-System vergleichbaren Verfahrens für Arbeitsstudien als Grundlage einer leistungsbezogenen Entlohnung über ein weltweites Netz von Beratungsfirmen verfügte. Bedaux, der ein Freund von Henry Ford war und beste Beziehungen zur NS-Prominenz hatte, arrangierte für



1 Charles BEDAUX (1887-1944), geboren in Charenton-le-Pont bei Paris, wanderte 1906 nach den USA aus und gründete 1916 in Cleveland, Ohio, eine Unternehmensberatungsfirma. Aufbauend auf den Erkenntnissen des Arbeitswissenschaftlers Frederick Winslow Taylor (1856-1915), wurde BEDAUX zum Pionier der Betriebsführung auf wissenschaftlicher Grundlage. Zur Rationalisierung betrieblicher Prozesse als Aufgabe gründete er 1926 die Britische Bedaux Gesellschaft, gefolgt von Tochtergesellschaften auf nahezu der ganzen Welt. Biographisches bei: Jim CHRISTY, The Price of Power. A Biography of Charles Eugene Bedaux, New York 1984.

das Herzogspaar eine Reise ins Reich, die Eduard und Wallis auf Einladung der Deutschen Arbeitsfront² am 11. Oktober 1937 antraten.

Während Englands Botschafter HENDERSON Weisung hatte, den Empfang auf dem Bahnhof Berlin-Friedrichstraße zu boykottieren,³ wurden EDUARD und WALLIS auf allen Wegen von begeisterten Deutschen stürmisch umjubelt. »Seine Gesten und Bemerkungen«, schrieb die New York Times über den Herzog, »haben unmißverständlich gezeigt, daß seine Abdankung Deutschland eines engen Freundes, wenn nicht sogar eines hingebungsvollen Bewunderers auf dem britischen Thron beraubte.« Beim Abschiedsbesuch auf dem Berghof legte HITLER dem Herzog ans Herz, »daß das rote Rußland der einzige Feind sei und daß es im britischen wie auch im Interesse Gesamteuropas liege, die Deutschen zu ermutigen, im Osten loszuschlagen und den Kommunismus für immer zu vernichten«.

Die britischen Kriegsparteigenossen aber hatten es nicht auf die Rettung Europas, sondern auf die Vernichtung Deutschlands abgesehen. Nachdem London am 31. März 1939 mit seiner militärisch ungedeckten Garantie die Lunte ans polnische Pulverfaß gelegt hatte, warnte der Herzog in Verdun vor dem Wahnsinn, den Weltkrieg zu wiederholen. Seine Rede vom 8. Mai 1939, die von einer US-Rundfunkstation übertragen, von der BBC aber unterdrückt wurde, begann mit dem Hinweis, daß er an diesem blutgetränkten Ort die Gegenwart der Toten spüre. Er spreche nur für sich als ein Soldat des letzten Krieges, der dafür bete, daß solch eine grausame und zerstörerische Narrheit nie wieder die Menschheit heimsuchen möge.

Doch WINDSORS Worte waren in den Wind gesprochen, denn nur vier Monate später erklärte England dem Deutschen Reich zum zweiten Mal im 20. Jahrhundert den Krieg. »Ich fürchte, daß das am Ende den Weg

² Deutsche Arbeitsfront (DAF): aus der NS-Betriebszellenorganisation hervorgegangener, angeschlossener Verband der NSDAP, nach der Liquidation der Gewerkschaften am 10. Mai 1933 gegründet von Robert Ley, um den Klassenkampfgedanken durch den Grundsatz der Volksgemeinschaft zu überwinden.

³ Um pünktlich in Berlin zur Stelle zu sein, beendete Adolf Hitler, der wegen schlechten Wetters nicht das Flugzeug von München nach Berlin nehmen konnte, sondern mit dem Zug fahren mußte, früher als üblich seine Rede am Vorabend des Jahrestages des Marsches zur Feldherrnhalle vom 9. November 1923, verließ 13 Minuten, ehe der Sprengsatz des Bombenattentäters Georg Elser detonierte, mit seinem Stab den Münchner Bürgerbräukeller und entging dadurch dem sicheren Tod. Der Anschlag forderte acht Tote und 63 Verletzte, darunter 16 Schwerverletzte. Unter den Toten befanden sich sieben Mitglieder der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei, die an der Versammlung teilgenommen hatten.

für den Weltkommunismus freimachen wird«. hielt der Herzog mit seiner Meinung nicht hinter dem Berg. Der neue Krieg mit Deutschland sei eine riesige Katastrophe, man grabe dem Reich die militärische Stärke als Bollwerk gegen den Bolschewismus ebenso ab, wie man sich den Gefahren eines weiteren Zerfalls des eigenen Empires aussetze. Mit weltpolitischer Blindheit geschlagen, befürchtete GEORG VI. nicht zu Unrecht, daß der populäre Vorgänger seine Stellung als König gefährden könnte. Um EDUARD aus England zu entfernen, hievte man den Herzog mit Hilfe des Hofes auf einen hohen Posten beim britischen Verbindungsstab in Frankreich. Mit Zustimmung von General GAME-LIN (1872-1958), dem





französischen Oberbefehlshaber der alliierten Streitkräfte, ging er auf Good-Will-Tour an die französische Ostfront. Doch die Königliche Hoheit hatte Höheres im Sinn, als die Kampfmoral der von ihr inspizierten Truppen zu heben. »Nach einem Leben auf der politischen Bühne hatte EDUARD im Grunde nie wirklich akzeptieren können, daß seine Ansichten und seine politischen Überzeugungen kein Gewicht mehr besaßen. Er betrachtete sich weiterhin als das seines Amtes enthobene britische Staatsoberhaupt, und es war seine Pflicht, diesen Konflikt zu beenden, bevor sowohl das Deutsche Reich als auch Großbritannien irreparable Schäden davontragen würden. . .«

Um den überflüssigen Krieg zu ersticken, bediente sich der Herzog seines Freundes BEDAUX. Dieser überreichte HITLER am 9. November 1939 in der Reichskanzlei ein Handschreiben des Herzogs samt Unterla-

Oben: Der Herzog VON WINDSOR schreitet die Ehrenfront der Leibstandarte des Führers in Crössinsee ab. Unten: Der Herzog VON WINDSOR im Gespräch mit zwei französischen Generalen während einer seiner Besichtigungsreisen der französischen Truppen im November 1939.

gen über die räumliche Verteilung der französischen Ardennen-Armee.⁴ Weiteres wichtiges Material nahm den Weg über die neutralen Niederlande, wo es Bedaux dem deutschen Gesandten im Haag übergab. Mit Hilfe des Herzogs konnte die deutsche Führung ihre militärischen Operationen optimieren. Frankreich wurde siegreich geschlagen, das in Dünkirchen eingekesselte englische Expeditionskorps ließ Hitler jedoch mit 338 000 Mann entkommen. Mit dieser militärisch unerklärlichen, politisch aber plausiblen Geste schien Hitler die Hinweise des Herzogs zu honorieren, der Frieden schaffen wollte, ohne seinem eigenen Vaterland zu schaden.

Auf einem Geheimtreffen, das am 28. Mai 1940 bei CHURCHILL in der Downing Street stattfand, beschloß man, »daß die WINDSORS sofort nach England gebracht werden sollten, zumindest um von CADOGAN und VANSITTART über ihre merkwürdige Rolle bei der Zusammenarbeit mit den



Der Herzog von Windsor und seine Frau 1942 im Exil.

Nazis verhört zu werden«. Doch den Herzog zog es mit der Herzogin lieber nach Nizza. Auf Empfehlung des britischen Generalkonsuls, eines angeheirateten Onkels von Churchill, überquerte das Paar die Pyrenäen. Mit offenen Armen aufgenommen wurde der Herzog von seinem Anhänger Samuel Hoare, dem britischen Botschafter in Madrid. Auf einem Galaempfang in der Britenbotschaft äußerte der frühere König in aller Offenheit, »daß es jetzt das Wichtigste sei, den Krieg zu beenden, bevor Tausende getötet oder verstümmelt werden, nur damit einige Politiker nicht ihr Gesicht verlieren«.

Der Herzog, der wie HITLER gehofft hatte, daß man, sei Frankreich erst einmal gefallen, mit England schon klarkommen werde, hatte die Rechnung ohne die menschenverachtende Mentalität von

CHURCHILL gemacht. Dieser mißachtete nicht nur geflissentlich die Friedensappelle des Papstes und des Königs von Schweden, sondern zerschlug auch brutal alle Strukturen zwischen friedliebenden und verhandlungsbereiten britischen Politikern.

An den Herzog, der lieber in Madrid bleiben, als sich nach London zitieren lassen wollte, richtete Churchill die Drohbotschaft: »Eure Königliche Hoheit haben einen aktiven militärischen Rang inne, und die Weigerung, einem direkten Befehl seiner zuständigen militärischen Behörde Folge zu leisten, würde eine ernste Lage heraufbeschwören. Ich hoffe, es ist nicht nötig, daß Ihnen diese Befehle zugehen. Ich dränge auf die schnellstmögliche Befolgung der Regierungswünsche.«

Unter massivem britischen Druck landete der ›hartgesottene‹ Herzog letztlich in Lissabon. Mit der Ernennung zum Gouverneur verbannte ihn die Regierung Churchill auf die Bahamas: »Daß die Windsors dorthin nicht freiwillig gehen wollten und daß sie den Gouverneursposten als Inselgefängnis und Dauerquarantäne betrachteten, daran besteht kein Zweifel, denn Wallis bezeichnete die Ernennung als das ›St. Helena des Jahres 1940‹ und rief damit das Bild des geschlagenen Napoleon Bonaparte in Erinnerung, der auf eine Insel verbannt worden war, die als Gefängnis weit ab von allen Intrigen und der Aussicht, jemals entkommen zu können, diente.«

Der Weltkrieg, den der Herzog zum Wohle der Welt beendet sehen wollte, nahm seinen Fortgang und forderte am Ende 55 Millionen Tote. Von diesen waren mindestens 54 Millionen noch am Leben, als Churchill jeglichen Gedanken an einen Friedensschluß fanatisch verwarf.

Als Deutschland 1945 besiegt am Boden lag und sich kurzsichtige Briten im Glanz ihres Pseudosieges sonnten, jagten englische Einsatzgruppen nach deutschen Akten über Aktivitäten des Herzogs. Kontaktmann Bedaux, der das deutsche Vorhaben einer Ölleitung in Nordafrika betreute, war schon am 7. November 1942 in Algier den Alliierten in die Hände gefallen und hatte nach dem Motto »Tote Männer schwätzen nicht« Anfang 1944 im FBI-Knast in Miami angeblich Selbstmord begangen, bevor ihm wegen Landesverrats als US-Bürger der Prozeß gemacht werden konnte. Spätestens seit dem gewaltsamen Tod von Rudolf HESS im Spandauer Militärgefängnis 1986 weiß man, was von sogenannten Selbstmorden in Reichweite des britischen Geheimdienstes zu halten ist. Im Juli 1940 hatte EDUARD in Portugal mit Rudolf HESS einen sieben Punkte umfassenden Plan für einen Frieden besprochen. Interessanterweise sind die britischen Unterlagen über den Herzog von Windsor mit einer Verlängerung der Geheimhaltungsfrist belegt worden und erst in ein paar Jahrzehnten öffentlich zugänglich, wie die Akten von Winston Chur-CHILL und Rudolf HESS auch.

Nachdem er die Kolonie vorbildlich verwaltet hatte, nahm der Herzog am 16. März 1945 als Bahamas-Gouverneur seinen Hut. Auf dem Umweg über die USA kehrte er im September 1945 nach Paris zurück. Dort starb er am 28. Mai 1972 an Kehlkopfkrebs. Ohne seine Abdankung hätte er länger regiert als sein Bruder und Nachfolger Georg VI., den er um zwanzig Jahre überlebte. Die Herzogin von Windsor folgte 1979 ihrem Gemahl, dem es nicht vergönnt war, den gegen seine Überzeugung betriebenen Zweiten Weltkrieg zu verhindern. Mit den Waffen einer Frau hatte sie – gewiß nicht zum Wohle Europas und der Welt – Geschichte gemacht.

Fred Duswald

Literatur: Martin Allen, Lieber Herr Hitler. . .: 1939/ 1940. So wollte der Herzog von Windsor den Frieden retten, Inning 2001.



Fremdarbeiter im Dritten Reich

Ende der neunziger Jahre setzte in der Bundesrepublik und in Österreich die von ausländischen Interessenvertretern und Organisationen ins Rollen gebrachte, von bundesdeutschen und österreichischen Medien und Politikern gleichsam aufgegriffene Diskussion über die Entschädigung sogenannter NS-Zwangsarbeiter oder Sklavenarbeiter ein, die im Jahre 2000 mit der Zahlung von Entschädigungsgeldern in Milliardenhöhe enden sollte. Waren diese Zahlungen, die ausdrücklich als Entschädigungen galten, moralisch begründet und historisch gerechtfertigt?

Anscheinend ja! In dem von der Stiftung Erinnerung, Verantwortung und Zukunfte herausgegebenen Merkblatt zu Leistungen an ehemalige Zwangsarbeiter wurde unter anderem behauptet: »In der Zeit der NS-Herrschaft und des Zweiten Weltkriegs wurden im Deutschen Reich und in den von Deutschland besetzten Gebieten ca. 8 Mio. Zwangsarbeiter unter zumeist inhumanen Bedingungen eingesetzt. In vielen Fällen wurden Verfolgte ihres Vermögens beraubt. Mit der Stiftung Erinnerung, Verantwortung und Zukunfte wollen deutsche Unternehmen und die Bundesrepublik Deutschland ein Zeichen ihrer historischen und moralischen Verantwortung für diese Geschehnisse setzen und die bisherigen Wiedergutmachungsregelungen ergänzen.«¹

Was sind die Tatsachen über die Arbeitsverhältnisse für Ausländergewesen, die während des Dritten Reiches in Deutschland arbeitsverpflichtet waren? Es entspricht den historischen Tatsachen, daß im nationalsozialistischen Deutschland die Fremdarbeit praktiziert wurde, und zwar bereits zu Friedenszeiten. Bereits 1937, und selbst davor, war es üblich, daß sogenannte Saisonarbeiter, etwa 100000 jährlich an der Zahl, die vor allem aus Italien, Ungarn, Jugoslawien, Polen, Holland, Österreich und der Tschechoslowakei stammten, sowie einige tausend Bergarbeiter aus Belgien und Frankreich in Deutschland arbeiteten. Der Verdienst der fremden Arbeiter war wesentlich höher als der Lohn in ihrem Heimatland: Tschechische Fremdarbeiter beispielsweise verdienten in Deutschland zwischen 60 und 70 RM in der Woche, was 2500 Kronen monatlich entsprach und damit über dem Einkommen eines jungen Universitätsprofessors in Prag lag.

Die während des Krieges stärker auflebende Fremdarbeit gliederte sich in zwei Komponenten auf: erstens in die freiwillige und zweitens in die zwangsverpflichtete Arbeit.

Das Verhältnis zur einheimischen deutschen Bevölkerung war im allgemeinen gut. Der Leiter der Zeitgeschichtlichen Forschungsstelle In-

¹ Vgl. Claus NORD-BRUCH, Der deutsche Aderlaß. Alliierte Kriegspolitik gegen Deutschland nach 1945, Tübingen ³2012.

² Vgl. Peter DE-HOUST, Zwangsarbeiter – Lüge und Wahrheit, Coburg 2000.

Fremdarbeiter im Dritten Reich



Bericht aus der Illustrierten Die Woche vom 1. 3. 1939 über das neu entstehende KdF-Werk (Volkswagenwerk) in Wolfsburg. Auch der Einsatz von 5196 Gastarbeitern (darunter fast die Hälfte aus Italien) wird gewürdigt (unten links).

golstadt (ZFI), Alfred Schickel, berichtet von Aufmerksamkeiten, die »von persönlichen Geschenken zu Geburts- und Festtagen über die Beteiligung am Familien- und Gemeinschaftsleben bis zur Versorgung in Krankheitsfällen« reichte. Schickel weist darauf hin, daß dieser Umgang dazu beigetragen habe, daß sich viele Ostarbeiter nach Beendigung der Kampfhandlungen entschlossen hatten, auf die Rückkehr in ihre

In dieser Halle werden die KdF-Wagen zusammen gebaut Bei 250 m Tiefe. 192 m Breite und 12 m Höhe ist diese Mechanische Werkstatt, die der Fertiglabrikation dienen wird, schon besonders weit fortgeschritten. Neben dem 70000 qm bedeckenden Karosseriewerk ist die Mechanische Werkstatt eine der größten Hallem

"Es war die schönste Zeit in meinem Leben"

Ehemalige Zwangsarbeiterin besucht Rheine

Von Klaus Dierkes

Rheine. Als Zwangsarbeiterin kam die damals 14-jährige Ella Moskotowa von der Halbinsel Krim im August 1942 nach Rheine. Drei Jahre lang arbeitete sie dortauf einem Baue hof. "Es war die schönste Zeit in meinem Leben", erinnerte sich die heute 72-jährige gestern sicht ich bewegt bei einem Besuch in Rheine.

keine Rede. Ella Moskotowa gerät sofort ins Schwärmen, wenn sie von ihren drei Jahren auf dem Hof Werning erzählt: "Die Familie hat mich behandelt wie eine Tochter." Nach dem Krieg wollte Ella Moskotowa in Deutschland bleiben. Doch sie musste zurück in die Heimat. Heimisch ist sie dort allerdings nie mehr geworden: Ihre Familie war nach Kasachstan verschleppt worden. Sie selbst ver-

³ Vgl. Alfred Schlickel, »Verschwiegene Wahrheit«, in: *Deutsche Militärzeitschrift*, Nr. 24/2001, S. 17.

⁴ Vgl. Klaus DIER-KES, »Es war die schönste Zeit in meinem Leben«, in: Westfälische Nachrichten v. 19. 1. 2000. sowjetische Heimat zu verzichten, um sich im Westen eine neue Existenz aufzubauen.³ Daß es sich bei dieser unpopulären Feststellung um keine Schönfärberei handelt, bestätigen die Primärquellen. Die ehemalige Ostarbeiterin in Rheine, Ella MOSKOTOWA beispielsweise, geriet noch vor 12 Jahren regelrecht ins Schwärmen, als sie sich an ihre dreijährige Zwangsarbeitszeite in Deutschland zurückerinnerte, die für sie, wie sie Anfang 2000 den Westfälischen Nachrichten gegenüber bekannte, »die schönste Zeit ihres Lebens«⁴ gewesen sei. Diesen Eindruck scheinen, und das belegen Dokumente sowie Gespräche mit ehemaligen Fremdarbeitern gerade aus Staaten der untergegangenen Sowjetunion immer wieder, viele Betroffene zu teilen.

Wie ist es aber um die in den Medien immer wieder hervorgehobene Ausbeutung der NS-Zwangsarbeiter wirklich bestellt gewesen? Vorab dürfte die Tatsache überraschen, daß die deutschen Firmen generell ihre heute theatralisch als >NS-Zwangsarbeiter bezeichneten Fremdarbeiter bezahlt hatten und ihrer Fürsorgepflicht nachgekommen waren. Ausnahmen mögen die Regel bestätigen. Allgemein waren die Fremdarbeiter in Deutschland kranken- und invalidenversichert. Fremdarbeiter standen unter dem Schutz des Gesetzes. In einem Sonderdruck aus dem Reichsarbeitsblatt Der Einsatz ausländischer Arbeitskräfte in Deutschland aus dem Jahre 1942 ist zu lesen: »Ausländische Arbeiter und Angestellte unterliegen grundsätzlich der deutschen Krankenversicherung, Unfallversicherung und Rentenversicherung (Invalidenversicherung, Angestelltenversicherung, knappschaftlicher Pensionsversicherung) in derselben Weise wie die vergleichbaren deutschen Arbeitskräfte. Für sie sind daher die Versicherungsbeiträge nach den allgemeinen gesetzlichen Vorschriften zu entrichten.« Sofern Übergriffe stattfanden, wurden diese strafrechtlich geahndet; auf Vergewaltigung stand die Todesstrafe. Die Fremd-

arbeiter hatten, wie die deutsche Zivilbevölkerung auch, unter den Auswirkungen des Krieges, allen voran unter den Bombardierungen der Städte und der Vertreibung, zu leiden.

Im Gegensatz zu den Konzentrationslagerhäftlingen und Kriegsgefangenen waren die Fremdarbeiter zuächst in der Regel freiwillig zur Arbeitsleistung ins Deutsche Reich gekommen. Dies ergibt sich nicht nur aus den amtlichen Verlautbarungen, sondern auch aus der Bestätigung der mit ihrer Versorgung betrauten Amtswalter der Deutschen Arbeitsfront (DAF). Zum Zeitpunkt des Kriegsausbruches war eine Sonderabteilung der Deutschen Arbeitsfront (DAF) ins Leben gerufen worden, die für die Belange der in Deutschland arbeitenden Ausländer, also für Verpflegung, Unterkunft und Entlohnung, die Verantwortung zu tragen hatte. Die allgemeine Betreuung der Fremdarbeiter lag also in den Händen der DAF, die die Einhaltung der staatlichen Zusagen regelmäßig überwachte. Vertrauensleute der verschiedenen Nationalitäten besprachen, ähnlich wie heutige Personalräte, alle mit betrieblichen und staatlichen Stellen auftretenden Schwierigkeiten und setzten für ihre Landsleute zufriedenstellende Lösungen durch. Der Verwaltungsapparat war dementsprechend groß.

Das größere politische Ziel beim Fremdarbeitereinsatz umriß Regierungsrat Fritz Neidhardt: »Im Mitteilungsblatt des Hauptamts für Volkstumsfragen bei der Reichsleitung der NSDAP. . . stand. . . eine Anordnung über die Behandlung der fremdvölkischen Arbeitskräfte. In dieser Anordnung war verfügt, die fremdvölkischen Arbeitskräfte unter Wahrung der Würde des eigenen Volkes anständig und gerecht zu behandeln, damit sie nach ihrer Rückkehr in ihre Heimat gute Eindrücke vom deutschen Volk und seinen Einrichtungen mit nach Hause nehmen und in diesem Sinne ihre Volksangehörigen unterrichten sollten.«⁵ Diese Rech-

⁵ Zitiert nach: Hans-Jürgen WITZSCH, »Fremdarbeiter im Dritten Reich«, in: Vierteljahreshefte für freie Geschichtsforschung, Heft 4/1999, S. 368.



Fremdarbeiterunterkünfte in Reislingen bei Wolfsburg.

nung ging offenbar auf; Alfred SEIDL hat als Verteidiger beim Internationalen Militärtribunal (IMT) in Nürnberg ausgeführt: »Es ist die Tatsache nicht aus der Welt zu schaffen, daß auch jetzt noch Hunderttausende ausländische Arbeitskräfte hier leben, die angeblich unter Zwang verschleppt wurden. Sie weigern sich jetzt, in ihre Heimat zurückzukehren, obwohl sie niemand daran hindert. Unter diesen Umständen muß angenommen werden, daß der Zwang nicht so groß und die Behandlung in Deutschland nicht so schlecht gewesen sein kann, wie von der Anklage behauptet wird.«⁶

⁶ Ebenda.

Kriegsgefangene waren in Lagern untergebracht, von denen sie morgens unter Bewachung an ihre jeweilige Arbeitsstätte geführt und in die sie abends wieder gebracht wurden. Die Tagesverpflegung erhielten sie nach Vorschrift von der jeweiligen Firma, in der sie arbeiteten. Auch die Entlohnung je Mann und Tag war vorgeschrieben und wurde von den Firmen an die jeweilige Lagerverwaltung gezahlt. Zu diesem heute meist verschwiegenen Umstand gibt Paul Kleinewefers, Ehrensenator der Universität Karlsruhe und Aufsichtsrat eines Maschinenwerkes in Krefeld, nähere Auskunft: »Die Entlohnung für die bei uns beschäftigten Fremd-

Mehrtägiger Besuch des ehemaligen französischen Fremdarbeiters René Weil (Mitte) 1988, der ihn in Erinnerung an die guten alten Zeiten in Krefeld jedes Jahr wiederholte (links, Paul KLEINEWEFERS).



Beleg für Weils Überweisung an seine Eltern in Frankreich in Höhe von 100 RM. Diese Überweisungen erfolgten alle zwei bis drei Monate.

Wir orbidiren heute obliged Detrag von minerale Arbidier Num appakteen milariful is uncolor dishut de notes travalli Vell Hene Mills/Rrofeld Hulsonstr.,799	Nr. Backsonwith Corte de Législandige habiten
rvecks Unberweissen se ook dre traumis a ferrig Hose, Veil Robert : Davenezo	ourt-Somme

arbeiter, also Franzosen und Holländer, war ebenso wie für die Deutschen festgesetzt. Der Lohn lag etwas unter dem für die deutschen Facharbeiter, wobei man bedenken muß, daß die Fremdarbeiter überwiegend ungelernte oder etwas angelernte Arbeitskräfte waren. . . Die Unterbringung erfolgte zum Teil lagermäßig in entsprechend hergerichteten Wirtshaussälen, und einzelne, zum Beispiel Franzosen, besorgten sich auch

Privatquartiere. Es gab keine Bewachung dieser Lager, sondern die Franzosen wie auch die Holländer konnten sich frei bewegen.«7

Für die Fremdarbeiter war es möglich gewesen, Erspartes mit Überweisungsauftrag zu Angehörigen in ihre Heimat zu schicken, darüber hinaus hatten sie Anspruch auf Urlaub – in der Regel 14 Tage im Jahr. Bezeichnenderweise kehrte der weitaus überwiegende Teil dieser Fremdarbeiter nach Beendigung des Urlaubs in der Heimat wieder zurück nach Deutschland.

Eine von den (westlichen) Fremdarbeitern zu unterscheidende Gruppe ausländischer zwangsverpflichteter Arbeitskräfte waren die sogenannten Ostarbeiter. Diese waren meist in Barackenlagern untergebracht, die über Eß- und Aufenthaltsräume verfügten. Auch sie wurden entlohnt. KLEI-NEWEFERS berichtet: »Der Lohn der Ostarbeiter lag unter dem der westlichen Fremdarbeiter, aber er war ebenfalls festgesetzt und nicht etwa der Willkür des einzelnen Betriebes überlassen. Das gleiche galt für die Verpflegung, Unterbringung usw.«,8 die in der »Verordnung über die Einsatzbedingungen der Ostarbeiter« gesetzlich geregelt waren. In der Fassung vom 25. März 1944 heißt es darin unter anderem: »Für die Ostarbeiter gelten die gleichen Lohn- und Gehaltsbedingungen wie für sonstige ausländische Arbeitskräfte. Ostarbeiter erhalten ein Arbeitsentgelt nur für die tatsächlich geleistete Arbeit... Ostarbeiter erhalten Urlaub und Familienheimfahrten... Zum Zwecke der Gewährung von Unterstützungen an hilfsbedürftige Ostarbeiter und deren Familienangehörige

sowie zum Ausgleich der den deutschen Gefolgschaftsmitgliedern aus ihrer Zugehörigkeit zur deutschen Volksgemeinschaft erwachsenden Son- Deutschland im Jahre derbeiträge hat der Betriebsführer vom Arbeitsentgelt der Ostarbeiter 15 vom Hundert einzubehalten und an das zuständige Finanzamt abzuführen... Die Ostarbeiter haben die Sozialversicherungsbeiträge nach den Vorschriften der Reichsversicherungsgesetze zu entrichten... Die Ostarbeiter können ihr Arbeitsentgelt ganz oder zum Teil verzinslich sparen; der ersparte Betrag wird in die Heimat überwiesen und steht dort dem Sparer oder dessen Familienangehörigen. . . zur Verfügung.«

Diese in der Theorie festgelegten Richtlinien und Ziele wurden auch in der Praxis umgesetzt, auch wenn in der üblichen Geschichtsschreibung von »gnadenloser Ausbeutung« und »menschenunwürdiger Behand-

7 Paul KLEINEWE-FERS, »Fremdarbeiter oder Zwangsarbeiter?«in: Deutschland in Geschichte und Gegenwart, Heft 2. 1991, S. 23 f.



Ostarbeiterin in 1944.

⁸ Ebenda, S. 25.

⁹ Brief an Oberstudienrat Hans-Jürgen Witzsch, zitiert nach: Hans-Jürgen Witzsch, aaO. (Anm. 5), S. 363.

10 Ebenda, S. 363 f.

lung« zu lesen ist. Der promovierte Naturwissenschaftler Heinz Splitt-GERBER, Verfasser einiger zeitgeschichtlicher Abhandlungen, gibt diesbezüglich seine persönlichen Erfahrungen wieder: »Die polnischen Landarbeiter in Mittelpommern, meiner Heimat, waren ordnungsgemäß angeworben. Sie bekamen Entlohnung, Unterbringung, Bezugsscheine, ärztliche Betreuung. Sie kamen durchweg abgerissen an, staffierten sich bei uns aus und erreichten einen Lebensstandard, wie sie sich ihn in Ostpolen und der Nordukraine – beide Bezirke kenne ich – nie hätten erträumen lassen«.9 Hans-Jürgen Witzsch führt ferner aus: »Neben den in Zeitungen im Krieg verbreiteten Berichten über den Einsatz von Fremdarbeitern und ihre Behandlung im Rahmen amtlicher Anweisungen konnten die Bewohner der Großstädte, aber auch der ländlichen Gebiete tagtäglich Fremdarbeiter auf dem Weg in die Fabrik, an ihrer Arbeitsstelle sehen und ihr Verhalten, ihre Behandlung in der Öffentlichkeit bis hin zu ihrem Ernährungszustand und dem gesamten äußeren Erscheinungsbild beobachten. Schon von daher widersprechen noch heute die meisten Zeitzeugen entschieden dem Propagandabild von angeblichen Zwangsarbeitern, die unmenschlich behandelt und ausgebeutet worden seien. Bezeichnenderweise wurden bis heute auch keine echten Fotos vorgelegt, die solche Vorwürfe belegen könnten.«10

Im Reichsgesetzblatt vom 23. März 1944 war eine Verordnung über die Einsatzbedingungen der Ostarbeiter erlassen worden, die in § 2 das Arbeitsentgelt festlegt: »Für die Ostarbeiter gelten die gleichen Lohn- und Gehaltsbedingungen wie für sonstige ausländische Arbeitskräfte. Ostarbeiter erhalten ein Arbeitsentgelt nur für die tatsächlich geleistete Arbeit.« In § 5 heißt es: »Ostarbeiter erhalten Urlaub und Familienheimfahrten«, was allein schon die These von der unmenschlichen Behandlung der Ostarbeiter im Deutschen Reich ad absurdum führt.

Vom 1. April 1943 stammt eine geheime Ausarbeitung über die sicherheitspolizeiliche Behandlung der im Deutschen Reich eingesetzten ausländischen Arbeitskräfte für die Geheime Staatspolizei Hessen. Das Dokument enthält aus der Vielzahl der Ausländergruppen die Bestimmungen zu den Ostarbeitern, Polen und Tschechen. Danach sollen Ostarbeiter ihre Unterkünfte nur zur Verrichtung ihrer Arbeit in den Betrieben verlassen dürfen: »Ostarbeitern, die sowohl im Lager wie bei der Arbeit eine gute Haltung zeigen, kann jedoch Ausgang gewährtwerden. .., ist der aufsichtsführende Angehörige des Lagerdienstes dafür verantwortlich zu machen, daß. . . die Ostarbeiter sich auch draußen anständig und zurückhaltend benehmen, vor allem nicht Deutsche belästigen und rechtzeitig wieder im Lager eintreffen. [Sie sind] in geschlossenen Lagern (Baracken) mit einer zweckentsprechenden Umzäunung (aber kein Stacheldraht) unterzubringen. . Dagegen dürfen die in der Landwirtschaft und

in Haushalten einzeln eingesetzten weiblichen Arbeitskräfte bei den Arbeitgebern auch einzeln untergebracht werden. .. Verboten ist die Be-

nutzung öffentlicher Verkehrsmittel sowie der Schwimmbäder. Gaststätten, Kinos, Theater. . . Ausnahmen können. . . zugelassen werden. [Es] kann das deutsche Musikprogramm sowie deutsche amtliche Nachrichtensendungen in russischer, ukrainischer und weißruthenischer Sprache gehört werden. . . Vorführung von. . . Filmen gestattet. . . Für die Ostarbeiter erscheinen 3 Lagerzeitungen... (ukrainisch, russisch, ruthenisch)«.11 Den Polen war es erlaubt, im Sommer von 5 Uhr morgens bis 21 Uhr abends die Unterkunft zu freiem Ausgang zu verlassen. Die Tschechen waren in allen Bereichen den Deutschen



gleichgestellt, lediglich intime Beziehungen zu Deutschen waren verbo-

Fazit: Die Ende der neunziger Jahre theatralisch inszenierte Entschädigungshysterie für ausländische Fremdarbeiter kann sich nach Sichtung der historischen Tatsachen nicht auf humanitäre Intervention berufen. Trotzdem wurde während des Nürnberger Tribunals (IMT) für die Ver- Hier werden russische antwortlichen für die im Deutschen Reich praktizierte Verwendung ausländischer Arbeitskräfte ein rigoroses Strafmaß angesetzt: Albert Speer, ihren Einsatz im Berg-Reichsminister für Bewaffnung und Munition, wurde zu 20 Jahren Haft verurteilt, da er Zwangsarbeiter vor allem aus Polen und der Ukraine eingesetzt hatte; Fritz SAUCKEL, der Reichsbevollmächtigte für den Arbeitseinsatz, wurde wegen »Verbrechen gegen die Menschlichkeit« am 16. Oktober 1946 gehängt, Alfred ROSENBERG, Reichsminister für die besetzten Ostgebiete und Unterzeichner des Dekrets zur Rekrutierung von Ostarbeitern, wurde wegen »Versklavung« am 16. Oktober 1946 gehängt.

Kriegsgefangene waren in Lagern untergebracht. Die sie beschäftigenden Firmen waren auf deren Schulung bedacht. Kriegsgefangene für bau geschult.

11 Zitiert nach ebenda, S. 364.

Claus Nordbruch

Mitte Juli 2011 war in bundesdeutschen Zeitungen zu lesen, daß der

Kristina DUNZ u. Rasmus BUCHSTEI-NER, »Merkel auf Wirtschafts-Safari in Afrika«, in: *Passauer Neue Presse*, 12. 7. 2011. Deutsche Industrie- und Handelskammertag (DIHK) von der Afrika-Reise der Bundeskanzlerin die strikte Durchsetzung (!) deutscher Rohstoff-Interessen (!) erwarte (!).¹ Betreibt die Bundesrepublik unter Angela Merkel eine aggressive Außenhandelspolitik, die auch nicht vor Anwendung von Gewalt, von Krieggar, zurückschreckt? Wenn die gleichen historiographischen Maßstäbe wie bei der Beurteilung der Außenhandelspolitik des Dritten Reiches angesetzt würden, müßte die Eingangsfrage bejaht werden.

Gemeinhin wird in der etablierten Geschichtsschreibung und öffentli-

Gemeinhin wird in der etablierten Geschichtsschreibung und öffentlichen Diskussion die Behauptung vertreten, das chronisch devisenschwache Dritte Reich sei unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten international isoliert gewesen. Es habe mit bedeutenden Staaten keine nennenswerten bilateralen Beziehungen gepflegt. Und falls es doch einmal eine Zusammenarbeit gegeben habe, so die allgemein vertretene Auffassung, habe es sich hierbei um eine Kooperation zwischen den Nazist und zumeist (US-amerikanischen) Großindustriellen oder (schweizerischen) Großbankern gehandelt, ohne die die Aufrüstung und damit »der Angriffskrieg

und der Holocaust nicht möglich gewesen«2 seien.

In dem im Jahre 2003 zum ersten Mal ausgestrahlten Film von Dieter SCHRÖDER und Joachim SCHROEDER Hitlers amerikanische Geschäftsfreunde wird die Auffassung verbreitet, US-amerikanische Firmen (Ford, General Motors und IBM) und deren deutsche Vertretungen (Ford Werke AG, Opel und Dehomag) hätten wesentlichen Anteil an der Aufrüstung Deutschlands gehabt: »Ohne die von Opel und Ford produzierten Lastwägen und Kettenfahrzeuge hätte HITLER weder Österreich noch die Tschechoslowakei besetzen, noch Polen und Frankreich in einem mobilen Blitzkrieg überrennen können«, heißt es in dem Streifen. Es ist keine Überraschung, daß bei einer derart schiefen Geschichtsbetrachtung die historiographische Bestandsaufnahme mit einer absurden Behauptung abschließt: Die »mit amerikanischer Lizenz gebauten Hollerith-Maschinen der IBM, den Vorläufern des heutigen Computers, benötigte HIT-LER, um Rüstung und Wehrmacht zu organisieren sowie die Vernichtung der Juden vorzubereiten und später die Zwangsarbeiter für die Rüstungsindustrie >zu verwalten«. Selbstverständlich ist der >Dokumentarfilm« im Laufe der vergangenen Jahre von verschiedenen Sendern mehrfach wiederholt worden.

Um das angebliche Bestreben Deutschlands, sich zu isolieren, ›dokumentieren‹ zu können, wird nicht selten auf den im Dritten Reich vertre-

² »Das schmutzige Geschäft mit den Nazis – Das 3. Reich und die US-Industrie«, Sendung des WDR.

tenen ›Autarkiegedanken‹ verwiesen. Obgleich dieser Ausdruck von keinem führenden Nationalsozialisten je verwendet worden war, liegt in ihm, wie aufzuzeigen sein wird, tatsächlich ein Körnchen Wahrheit, alles andere ist jedoch Interpretation nach Gutdünken. Auf der Netzseite Jamjo beispielsweise, auf der Referate und Artikel veröffentlicht werden, die Schüler oder Studenten getrost kopieren und weiterverwenden dürfen (oder sollen), frei nach dem Motto: Hier »findest du für jedes Fach Anregungen und wichtige Hilf estellungen«, finden sich diesbezüglich gewagte Behauptungen: »Das Hauptargument der Nationalsozialisten für die deutsche Autarkie«, so wird dem gewöhnlich jugendlichen Besucher suggeriert, sei das »Selbstversorgungsargument« gewesen, »welches auf das Problem der Rohstoffbeschaffung und der Nahrungsmittelknappheit hinauslief«.

So weit, so gut, nur dann heißt es weiter: »Die endgültige Lösung der deutschen Rohstoff- und Ernährungsprobleme sah Adolf HITLER von je her in der Eroberung fremden Lebensraumes, dessen Ausbeutung ihm als einzig adäquate Lösung des deutschen Wirtschaftsproblems« erschienen sei. Die »wirtschaftliche Autarkie«, die »gewollte Abkapselung der deutschen Wirtschaft von der Weltwirtschaft«, so wird den Jugendlichen serviert, sei »für den Rückgang der deutschen Exportwirtschaft verantwortlich« gewesen.³ Gewollte Abkapselung?! Rückgang der Exportwirtschaft?!

Dem Geschichtsbüro Reder, Roeseling & Prüfer zufolge, das, schenkt man seiner Eigenwerbung Glauben, »erforscht, schreibt, gestaltet und produziert« und das auch noch »wissenschaftlich-professionell und gleichzeitig spannend«, sei die Massenarbeitslosigkeit von den Nationalsozialisten »in straff organisierten staatlichen Beschäftigungsprojekten des ›Reichsarbeitsdienstes (RAD) erfolgreich versteckt worden, »bis die Wirtschaft dank Aufrüstung und hemmungsloser Staatsverschuldung seit etwa 1936 wieder lief«. Vielleicht sollten sich die Betreiber des »Geschichtsbüros« bei derart grober Falschdarstellung überlegen, ob die Umbenennung in ›Politbüro‹ nicht passender wäre. Von einer »hemmungslosen Staatsverschuldung« und einer zunehmenden Armut unter den Deutschen konnte zu dem hier in Rede stehenden Zeitpunkt keine Rede sein. Wie Reichswirtschaftsminister Walther Funk am 6. März 1938 bei der Eröffnung der Leipziger Messe mitteilte, war in Deutschland die gewerbliche Produktion zwischen 1932 und 1937 von 38 auf 75 Milliarden und das Volkseinkommen von 45 auf 68 Milliarden gestiegen.⁵ Staatsbankrott und Volksarmut sehen anders aus.

Selbstverständlich hat der veröffentlichte Unsinn über die Außenhandelspolitik des Dritten Reiches vor der offiziellen Geschichtsschreibung nicht halt gemacht. Der ehemalige stellvertretende Direktor des Münch-



Walter Funk.

3 http:// www.jamjo.de/ referate.php ?referat_id=1925

4 http:// www.geschichts buero.de/download/referenzen/ wmf5.pdf

⁵ Zitiert in: F. A. SIX (Hg.), Dokumente der Deutschen Politik, Bd. 6 II: Großdeutschland 1938 (bearbeitet von Hans Vol.z), Berlin 1940, S. 526.

ner Instituts für Zeitgeschichte, Ludolf HERBST, ist sich als promovierter Historiker nicht zu schade, mit vollem Ernst zu behaupten: »Als HITLER 1938 Österreich annektierte, verfügte das Deutsche Reich noch über ein Devisenvolumen von ca. 76 Millionen Reichsmark – also über fast nichts! Und nur durch die Erbeutung der österreichischen Devisenvorräte von 1,4 Milliarden Reichsmark konnte die Zahlungsbilanz kurzfristig ausgeglichen werden.«⁶



Reichswirtschaftsminister Hjalmar SCHACHT und Reichskanzler HITLER im Jahre 1934.

Auf ähnlich flachem Niveau behauptet die Bundeszentrale für politische Bildung: »Trotz aller Versuche im »Neuen Plan« von 1934, den Mangel an Rohstoffen und Devisen abzumildern, verschärfte sich mit der Beschleunigung der Aufrüstung die Rohstoffknappheit... Angesichts der chronischen Devisenknappheit war eine Steigerung der Einfuhr kaum möglich, so daß die Rüstungswirtschaft bis 1935 noch gerade soeben aus Lagerbeständen betrieben werden konnte... Damit stellte sich verschärft die Alternative Butter oder Kanonen, denn die angesichts schlechter einheimischer Ernteerträge gestiegenen Nahrungsmittelimporte verringerten zusätzlich den Devisenbestand«.7

Tatsächlich verfügte das Deutsche Reich 1933 über Gold- und Devisenbestände im Wert von 447 Millionen Reichsmark, 1934 von 424 Millionen Reichsmark und 1935 noch von 30 Millionen Reichsmark.⁸ Schränkte dieser Devisenschwund die deutsche Außenhandelpolitik jedoch ein?

Oder ist allein dieser Umstand ein Anzeichen dafür, daß der Außenhandel im Begriff war zusammenzubrechen? Eben nicht! Die deutsche Reichsregierung stellte um und schuf eine völlig neue Art der Ökonomie, mit der es ohne Devisenabhängigkeit gelang, die Arbeitslosigkeit in Deutschland bis 1938 abzubauen und das Volkseinkommen zu verdop-

⁶ Ludolf Herbst, *Das nationalsozialistische Deutschland 1933–1945*, Frankfurt/M. 1996, S. 191, zitiert in: http://www.politik.de/forum/geschichte/215483-devisenentwicklung.html

⁷ Hans-Ulrich Thamer, »Nationalsozialistische Außenpolitik: der Weg in den Krieg«, in: *Informationen zur politischen Bildung*, Nr. 266, 2000, S. 38.

peln, während die Amerikaner unter dem Wirtschaftsprogramm von Franklin D. ROOSEVELT trotz guten Außenhandels auf 10,4 Millionen Arbeitslosen stagnierten.

Als Österreich mit dem Deutschen Reich wiedervereinigt wurde, war der austrofaschistische Staat fast bankrott. Das gleiche gilt für die sudetendeutschen Gebiete. Beide riesige Gebiete wurden in das wirtschaftlich genesende Deutsche Reich eingebunden. Im angeschlossenen Österreich wurde bereits am 15. März 1938 der Vierjahresplan eingeführt, die Reichsmark als Zahlungsmittel zwei Tage später. Im Sudetenland wurden am 10. Oktober 1938 der Vierjahresplan sowie die Reichsmark eingeführt. Der gesamtdeutschen Wirtschaft schadeten die Gebietsanschlüsse trotz Mehrbelastungen nicht.

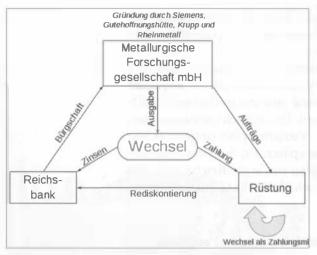
Wirtschaftliche Ausgangslage und Lösung des Problems

Das vielleicht elementarste Erbe, das der nationalsozialistische Staat 1933 von der demokratischen Weimarer Republik übernahm, war neben der Massenarbeitslosigkeit die katastrophale Außenhandelsbilanz. Deutschland hatte zu diesem Zeitpunkt knapp 20 Milliarden Reichsmark Auslandsschulden,⁹ war größtenteils von der ausländischen Wirtschaft und ausländischen Geldgebern abhängig. »Der Zusammenbruch«, so Gerd RÜHLE, »wäre unweigerlich gekommen, wenn die nationalsozialistische Wirtschafts- und Handelspolitik nicht mit dem bisherigen System des »Spiels der freien Kräfte« gebrochen hätte.«

Der Neue Plan, den die Regierung unter Adolf HITLER schuf, bestand darin, einen funktionierenden Apparat der Einfuhrüberwachung, der Ausfuhrlenkung und der Ausfuhrförderung in kürzester Zeit aus dem Boden zu stampfen. Die neue Regierung achtete streng darauf, daß »Einnahmen und Ausgaben im Außenhandel sich die Waage hielten, daß nur das Notwendige an Rohstoffen und Lebensmitteln eingeführt wurde, daß die Gold- und Devisenreserven nicht weiter schrumpften, sondern im Gegenteil möglichst Außenhandelsüberschüsse erzielt wurden, um die Auslandsschulden zu verringern«. ¹⁰ Folglich wurden neue, weitrei-

⁸ Vgl. Bibliographisches Institut Leipzig (Hg.), *Schlag nach!*, Leipzig 1938, S. 284.
⁹ Im Februar 1933 bestand eine Auslandsverschuldung von rund 19 Milliarden RM. Um einen Begriff davon zu geben, was dieser gewaltige Betrag damals bedeutete: Die Auslandsverschuldung, in Beziehung gesetzt zur Jahresausfuhr, entsprach etwa 3,3 Jahren Warenausfuhr. 1938 war die Auslandsverschuldung auf 9 Millionen Reichsmark zusammengeschmolzen. (Hans Kehrl., »Realitäten im Dritten Reich«, *Historische Tatsachen*, Nr. 6, Vlotho 1979, S. 5 u. 19.)

¹⁰ Gerd RÜHLE, Das Dritte Reich. Dokumentarische Darstellung des Aufbaus der Nation, Bd. IV, Berlin [1937], S. 106.



Funktionsweise der Mefo-Wechsel nach Wikipedia. Das zweite Gesetz zur Verminderung der Arbeitslosigkeit vom 21. September 1933 war durch die vom damaligen Reichsbankpräsidenten Schacht herausgegebenen Mefowechsel finanziert worden. Es senkte die Zahl der Arbeitslosen bis Ende 1933 um 2 Millionen im Vergleich zum Jahresanfang, ohne daß dabei schon Rüstungsaufträge beteiligt waren.



Führende Industrielle und Finanziers begrüßten und unterstützten sehr früh die neue Wirtschafts- und Finanzpolitik des Dritten Reichs. Hier von links: Emil Georg von Stauss, Präsident der Deutschen Bank, und Carl Friedrich von Siemens, Leiter des Konzerns Siemens & Halske, bei einer Kundgebung der Deutschen Wirtschaft am 7. November 1933.

chende Devisenbestimmungen gesetzlich eingeführt, um zu verhindern, »daß einige gewissenlose Elemente Lücken der Gesetzgebung zu Wucher-Einfuhrgeschäften benutzten und damit die deutsche Volkswirtschaft empfindlich schädigen konnten«. Beispielweise wurde die unerwünschte (sprich nicht lebensnotwendige) Einfuhr nur noch auf dem Wege der Kompensierung zugelassen, wobei ein dreifacher Ausfuhrüberschuß nachgewiesen werden mußte.11 Auch mußten ab 1936 alle ausländischen und außer Kurs gesetzten Goldmünzen sowie alle sonstigen ausländischen Zahlungsmittel und Forderungen in ausländischer Währung bis zu einem Gesamtwert von 2 Reichsmark sowie alle Bestände an Feingold und legiertem Gold der Reichsbank angeboten und auf Verlangen verkauft werden,12 wobei der volle Gegenwert in Reichsmark ausbezahlt wurde.

Der neuen deutschen Regierung gelang es, den Außenhandel wiederherzustellen, indem sie einen Neuen Plan entwickelte: die Einführung eines Tauschsystems. Waren und Rohstoffe wurden direkt mit anderen Ländern gehandelt, ohne dafür treuhänderische Banken zu benötigen oder neue Schulden aufnehmen zu müssen. Auf dem Reichsparteitag der Freiheit 1936 wurde der zweite Vierjahresplan verkündet. Nachdem der erste Vierjahresplan des Jahres 1933, der in erster Linie Binnenwirkung hatte (Ernährung der Bevölkerung sicherstellen und verbessern sowie den schnellen Abbau der hohen Arbeitslosigkeit bewirken) erfolgreich in die Tat umgesetzt worden war, ruhte der Schwerpunkt des zweiten Planes auf der Rohstoffindustrie, um

¹¹ Gerd RÜHLE, Das Dritte Reich, ebenda, S. 100 f.

¹² Gerd RÜHLE, Das Dritte Reich, ebenda, S. 106.

Deutschland so weit wie irgend möglich von ausländischer Einfuhr unabhängig zu machen. Die zu ergreifenden Maßnahmen richteten sich nicht

nur auf die Gewinnung von Eisen und Stahl, sondern ebensosehr auf die von Holz als wichtiger Grundlage für die Textilindustrie.

Der Plan von 1936 war darauf gerichtet, die Selbstversorgung Deutschlands zu steigern, die wirtschaftliche Unabhängigkeit vom Ausland zu verbessern und der Förderung des eigenen Exportes zu dienen. Wesentlich ist hierbei das Prinzip eines zahlungsfreien. das heißt devisenlosen Außenhandels, also der Austausch von Ware gegen Rohstoffe. Mit nicht weniger als 25 Ländern, vorrangig in Südosteuropa, im Nahen Osten und in Südamerika, schloß das Deutsche Reich zweiseitige Verträge. Der Warenaustausch zwischen Deutschland und den Partnerländern wurde monatlich Wert gegen Wert verrechnet, ohne daß noch Devisen zur Bezahlung fließen mußten und ohne daß der Handel mit geliehenem und verzinstem Geld vorfinanziert werden mußte.13

Das im Grunde einfache Prinzip des Neuen Planes erklärte Reichsbankpräsident Hjalmar Schacht am 29. November 1938. Aus-

gehend von der Tatsache, daß Deutschland nicht autark war und es auf allen Gebieten auch niemals werde, stellte er fest, daß das Deutsche Reich »auf die Einfuhr von Lebensmitteln und von Rohstoffen in starkem Maße angewiesen [ist]. Die Einfuhr muß mit Devisen, das heißt mit ausländischen Zahlungsmitteln, bezahlt werden. Diese ausländischen Zahlungsmittel besitzen wir nicht, wir können sie uns lediglich durch die Ausfuhr unserer Waren verschaffen«. Um die Auslandsverschuldung zu senken und schließlich abzubauen, begann Deutschland mit der Warenaustauschpolitik, die darauf beruhte, »daß man niemals mehr kaufen soll, als man bezahlen kann, und wenn man nicht alles bezahlen kann, was man gern kaufen möchte, so muß man zunächst das kaufen, was einem am dringendsten fehlt, und muß es dort kaufen, wo man es am vorteilhaftesten erlangen kann«. Hierbei lehnte Schacht die klassische Nationalökono-



GÖRINGS Vierjahresplan war vor allem darauf ausgerichtet, die Selbstversorgung Deutschlands zu steigern, die wirtschaftliche Unabhängigkeit vom Ausland zu verbessern. Zur Förderung dieser Ziele wurde eine Zeitschrift gleichen Namens gegründet.

 $^{^{13}}$ Vgl. Gerd Schultze-Rhonhof, 1939-Der Krieg, der viele Väter hatte, München 42005, S. 240.

mie ab, der zufolge vorteilhaft gleich billig ist, denn wenn man »keine Devisen zum Bezahlen hat, dann interessiert einen die Frage, wo es am billigsten ist, nicht mehr so sehr wie die Frage, wo man überhaupt die Ware bekommen kann. Und wenn der Verkäufer der Ware nicht darauf besteht, nur gegen ausländische Zahlungsmittel, die ich nicht habe, zu verkaufen, sondern wenn er bereit ist, als Zahlungsgegenwert Ware abzunehmen, dann ist das ganze klassische nationalökonomische Gesetz seiner Grundlage beraubt«. 14

¹⁴ Zitiert in: F. A. SIX (Hg.), Dokumente der Deutschen Politik, aaO. (Anm. 5), S. 583 f.

Wirtschaftliche Isolierung?

Der einflußreiche nationalsozialistische Wirtschaftsberater Wilhelm Keppler hatte jeglichen Bestrebungen für eine wirtschaftliche Isolierung eine klare Absage erteilt. Ende März 1936 schrieb er: »Deutschland bietet die Hand zu einem Wiederaufbau der Weltwirtschaft und auf der Grundlage der Vernunft und der Achtung wohlbegründeter Lebensrechte anderer Völker. Es kämpft wie auf politischem so auf wirtschaftlichem Gebiet um nichts anderes als seine Gleichberechtigung. Wir wollen keine wirtschaftliche Isolierung; sie widerspricht nicht nur unseren Zweckmäßigkeitsüberlegungen, sie widerspricht auch ganz einfach dem politischen Glaubensbekenntnis des heutigen Deutschlands.«15

15 Wilhelm KEPP-LER, »Deutschlands Stellung zur Weltwirtschaft«, in: Völkischer Beobachter, 31. 3. 1936, zitiert nach: Gerd RÜHLE, Das Dritte Reich, aaO. (Anm. 10), S. 104.

Auch der Reichskanzler selbst erteilte den Befürwortern und den Gerüchten um eine wirtschaftliche Isolierung eine eindeutige Abfuhr. In seiner Reichstagsrede vom 30. Januar 1937 erklärte Adolf Hitler, daß sich das deutsche Volk seit Jahren darum bemühe, bessere Handelsverträge mit seinen Nachbarn und einen regeren Güteraustausch zu erreichen. Diese Bemühungen seien vom Erfolg gekrönt: »Denn tatsächlich ist der deutsche Außenhandel seit dem Jahre 1932 sowohl dem Volumen als auch dem Werte nach nicht kleiner, sondern größer geworden. Dies widerlegt am schärfsten die Meinung, daß Deutschland eine wirtschaftliche Isolierungspolitik betriebe.« Daraufhin verdeutlichte HITLER sein Ansinnen: »Ich glaube aber nicht, daß es eine wirtschaftliche Zusammenarbeit der Völker auf einer anderen Ebene, und zwar von Dauer, geben kann als auf der eines gegenseitigen Waren- und Güteraustausches. Kreditmanipulationen können vielleicht für den Augenblick ihre Wirkung ausüben; auf die Dauer aber werden die wirtschaftlichen internationalen Beziehungen immer bedingt sein durch den Umfang des gegenseitigen Warenaustausches. . . Die Weltwirtschaft krankt nicht daran, daß Deutschland sich etwa an ihr nicht beteiligen will, sondern sie krankt daran, daß in die einzelnen Produktionen der Völker sowohl als auch in deren Beziehungen untereinander eine Unordnung gekommen ist. . . Ich will Arbeit und Brot für mein Volk, und zwar nicht vorübergehend durch die

Gewährung meinetwegen von Krediten, sondern durch einen soliden, dauernden Produktionsprozeß, den ich entweder in Austausch bringen kann mit Gütern der anderen Welt oder in Austausch bringen muß mit eigenen Gütern, im Kreislauf unserer eigenen Wirtschaft.«16

Noch deutlicher wurde der Reichskanzler zwei Jahre später in seiner Six (Hg.), Dokumente Reichstagsrede vom 30. Januar 1939. »Deutsches Volk«, appellierte Adolf HITLER, »lebe, das heißt: exportiere, oder stirb!« Dieser dramatische Aufruf ergab sich aus der ernährungspolitischen Lage Deutschlands: Was die vergangenen Jahre der deutsche Bauer geleistet habe, also die auf dem Gebiet der Ernährung herausgewirtschaftete Leistungssteigerung sei »phantastisch und kaum glaublich«. Jedoch sei nunmehr der Zeitpunkt gekommen, an dem die Natur die Grenze jeder weiteren Leistungssteigerung ziehe. Die Grenze der Lebensmittelproduktion sei mittlerweile erreicht worden.¹⁷ Dieser Zustand sei »nur auf zwei Wegen zu überwinden: 1. Durch eine zusätzliche Einfuhr von Lebensmitteln, d. h. eine steigende Ausfuhr deutscher Erzeugnisse, wobei zu berücksichtigen bleibt, daß für diese Erzeugnisse zum Teil selbst Rohstoffe aus dem Ausland einzuführen sind, so daß nur ein Teil der Handelsergebnisse für den Lebensmitteleinkauf übrigbleibt, oder 2. die Ausweitung des Lebensraumes unseres Volkes, um damit im inneren Kreislauf unserer Wirtschaft das Problem der Ernährung Deutschlands sicherzustellen. Da die zweite Lösung augenblicklich infolge der anhaltenden Verblendung der einstigen Siegermächte noch nicht gegeben ist, sind wir gezwungen, uns mit der ersten zu befassen, d. h., wir müssen exportieren, um Lebensmittel kaufen zu können, und zweitens, wir müssen, da dieser Export zum Teil Rohstoffe erfordert, die wir selbst nicht besitzen, noch mehr exportieren, um diese Rohstoffe zusätzlich für unsere Wirtschaft sicherzustellen.«18

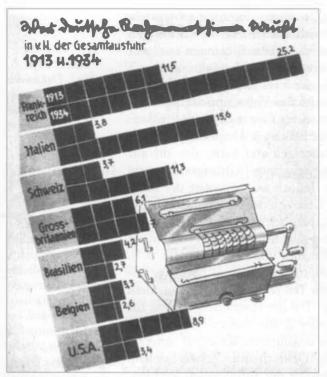
Blühender Außenhandel

Gerade der blühende Außenhandel des Deutschen Reiches zwischen 1933 und 1939/40, der trotz verschiedener Bemühungen von seiten der USA, Großbritanniens und Frankreichs. Deutschlands Aktivitäten am Weltmarkt zu hemmen, anstieg - so führte beispielsweise das amerikanische Schatzamt im Juni 1936 sogenannte Ausgleichszölle auf deutsche Erzeugnisse ein, welche im April 1939 nochmals verschärft wurden -, war ein wesentlicher Grund für die Stabilisierung der nationalsozialistischen Regierung. Staaten aus aller Welt, darunter auch sogenannte Siegermächter des Ersten Weltkrieges, standen Schlange, um mit dem wirtschaftlich gesundenden Deutschland in Handelsbeziehungen zu treten oder bestehende zu vertiefen oder zu erweitern. Dementsprechend wurden Dutzen-

16 Zitiert in: F. A. der Deutschen Politik. Bd. 5: Von der Großmacht zur Weltmacht 1937 (bearbeitet von Hans VOLZ), Berlin 41940, S. 43 f. u. 471.

¹⁷ Tatsächlich vermochte Deutschland, wie Reichsernährungsminister Richard Walther DARRÉ bei der Eröffnung der Grünen Woche 1939 in Berlin am 27. Januar hervorgehoben hatte, seinen Bedarf an Lebensmitteln zu 83 Prozent selbst zu decken.

18 Zitiert in: F. A. Six (Hg.), Dokumente der Deutschen Politik, Bd. 7 II: Das Werden des Reiches 1939 (bearbeitet von Hans VOLZ), Berlin.

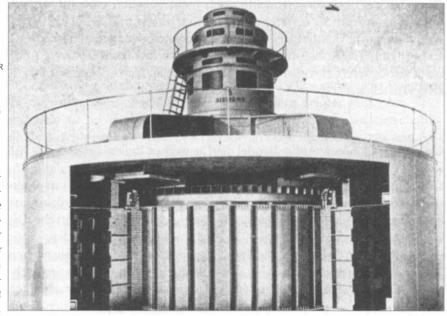


de von wirtschaftlichen Verträgen und Abkommen, darunter Zahlungsabkommen, Handelsverträge, Warenverkehrsabkommen, Wirtschaftsabkommen, Kreditabkommen und Wirtschaftsverträge unter anderem geschlossen mit Rumänien, Bulgarien, der Türkei, Argentinien, Kolumbien, Peru, China, den Niederlanden, Norwegen, Polen, Spanien, Ungarn, der Schweiz, Frankreich, dem Iran, Australien, Dänemark, Ägypten und Südafrika.

Auf den internationalen Wirtschaftsmessen und Ausstellungen im Deutschen Reich – von der Leipziger Messe und Deutschen Ostmesse in Königsberg bis zur Südostausstellung in Breslau und Internationalen Automobilund Motorrad-Ausstellung in Berlin – gaben sich Firmen, Konzerne und Vertreter des weltweiten Handelsgefüges

Mit immer neuen Erfolgsmeldungen über den reichsdeutschen Außenhandel wartete die Presse unter HITLER auf. Hier ein Schaubild über deutsche Rechenmaschinen als Exportschlager. Aus: Gerhard FREY, wie Anm. 19.

Im Jahre 1916 fertigten die Siemens-Schuckert-Werke einen riesigen Wasserkraftgenerator, der gleich in vierfacher Ausführung nach Nordchina (Mandschukuo) geliefert wurde.



¹⁹ Vgl. Gerhard Frey (Hg.), Deutschland, wie es wirklich war, München ²1995, S. 53.

aus der gesamten Welt ein Stelldichein.¹⁹ Das war eine Tatsache, die nicht zuletzt auch in der Masse von Werbeanzeigen ausländischer Firmen in deutschen und nationalsozialistischen Zeitungen ihren Ausdruck fand. Zu selbigen zählte Reklame von beispielsweise Coca-Cola in Das Reich, Woolworth im Reichssportblatt, Wrigley Kaugummi im Völkischen Beobachter, Shell in Die Wehrmacht und Esso im Völkischen Beobachter.



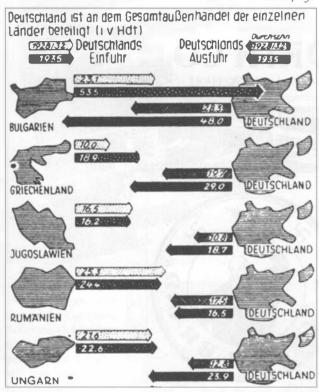




Oben: Anzeige des US-amerikanischen Warenkonzerns Woolworth im Reichssportblatt vom 15. September 1939. Links: Die Coca-Cola-Annonce erschien in Goebbels' Das Reich vom 29. September 1940, direkt unter dem Hinweis auf den Film »Jud Süß«. Rechts: Eine jüdisch geführte Südfrüchte-Firma aus Palästina versah ihre Exporte nach Deutschland ausgerechnet mit Hakenkreuzen. Alle drei Abbildungen aus: Gerhard Frey, wie Anm. 19.

²⁰ Vgl. Gerhard FREY (Hg.), *Deutschland.* ..., ebenda, S. 53. Zur bildhaften Vorstellung für das Ausmaß des Aufschwunges im Außenhandel im Dritten Reich seien einige Beispiele dokumentiert:

1936 wurden deutsche Waren im Wert von 375 Millionen Mark in die südosteuropäischen Staaten Bulgarien, Griechenland, Jugoslawien, Rumänien und Ungarn ausgeführt. Dieser Wert stieg 1937/38 auf über eine halbe Milliarde Mark je Jahr, betrug 1939 mehr als 800 Millionen



land einen Ausfuhrüberschuß von 206,5 Millionen Reichsmark gegenüber einem Überschuß von 85,9 Millionen Reichsmark in der gleichen Zeit des Jahres 1936 verzeichnen.²⁰

Zu den deutschen Exportschlagern zählten vor allem Produkte aus der Technik, dem Schiffbau und der Maschinenindustrie. Hierzu zählten beispielsweise Rechenmaschinen, die in steigendem Maße vor allem nach Frankreich, Italien, Belgien, Großbritannien,

Mark und lag 1940 bei 1,178 Milliar-

den Mark. Die gleiche Entwicklung war

für den Außenhandel mit nichteuropäi-

schen Staaten zu verzeichnen. 1932wurden deutsche Waren im Werte von 241 Millionen Mark nach Südamerika exportiert. 1936 betrug der Wert 515

Millionen, 1937 waren es schon 663

Millionen Mark mit weiter rasant steigender Quote. In den ersten vier Monaten des Jahres 1937 konnte Deutsch-

Besonders der deutsche Außenhandel mit den südosteuropäischen Staaten erlebte in den dreißiger Jahren einen außergewöhnlichen Aufschwung. Brasilien sowie in die Schweiz und die Vereinigten Staaten von Amerika exportiert wurden. Der Export von Eisenbahnoberbaumaterial, also Schienen, Schwellen, Laschen usw., sowie Eisenbahnwagen und Lokomotiven stieg von 5,18 Millionen Reichsmark des Jahres 1932 ab 1933 kontinuierlich auf 7,86 Millionen, 1934 auf 10,45 Millionen und 1935 auf 18,59 Millionen Reichsmark. Zu den stärksten Abnehmern zählten China, Südafrika, die Türkei, die Niederlande, Schweden, Brasilien, Dänemark und der Iran.

Der Zeitschrift Wirtschaft und Statistik zufolge erwirtschaftete allein die deutsche Seeschiffahrt 1935 für Deutschland einen Devisenüberschuß von 230 Millionen Reichsmark. Zur Devisenbeschaffung nicht minder erfolgreich erwies sich die explodierende Ausfuhr von Zement (1935 mehr als Verdopplung im Vergleich zu 1933), Bier (1936 zusammen mit

England auf Platz 2 der mengenmäßigen Ausfuhr). Die Werftindustrie hatte 1932 weniger als 70 000 Bruttoregistertonnen Auftragsbestand zu verzeichnen. Mitte 1936 betrug der Baubestand 675 000 Bruttoregistertonnen. Mitte 1939 hatte sich Deutschland vor England, Schweden und Dänemark als der größte Schiffslieferant der Welt eingerichtet. 30 Prozent aller auf der Welt gebauten Schiffe kamen aus Deutschland.²¹ In den ersten elf Monaten des Jahres 1933 brachte die Ausfuhr von nicht ganz 4000 Dieselmotoren 15,7 Millionen Reichsmark an Devisen nach Deutschland. Im selben Zeitraum des Jahres 1935 betrug das Ergebnis fast 4600 Motoren für mehr als 20 Millionen Reichsmark. Auch der Autoexport stieg sprunghaft an: Im März 1935 waren 1727 Kraftwagen ins Ausland exportiert worden, im März 1936 waren es 2988. Diese kontinuierliche Entwicklung setzte sich fort: von 1936 (April 1935) auf 3219 (April 1936), von 2780 (Mai 1935) auf 3811 (Mai 1936) usw. Im Zeitraum 1933 bis 1939 hatte sich Deutschland zum größten Motorrad-Exporteur der Welt gemausert; diesen Rang hatte bis 1932 noch England innegehabt. 1939 stammten rund 45 Prozent des Weltbestandes an Motorrädern aus Deutschland.22

Gerade das Jahr 1939 stellte bezüglich der Auslandsexporte Deutschlands einen Höhepunkt dar. Großprojekte, die das Ausland Deutschland in Auftrag gegeben hatte, waren nicht selten. Zu solchen Großprojekten zählte der Export von Wasserkraftgeneratoren und Flugzeugen nach China, von U-Booten und Passagierdampfern in die Türkei sowie Wasserkraftanlagen in Uruguay, Brasilien und Korea, Hochhausprojekte in China, Hafenmodernisierungen in Japan sowie riesige Brückenbauten in Schweden, Belgien, der Türkei und den Niederlanden.

Die neue Außenhandelspolitik Deutschlands funktionierte. Im Vergleich zum Jahre 1932 verringerte sich die Einfuhr von Waren 1936 um 9,6 Prozent (auf 4217,9 Millionen Reichsmark) – zwar ging gleichzeitig auch der Export um 16,9 Prozent (auf 4768,2 Millionen Reichsmark) zurück, insgesamt aber konnte das Deutsche Reich damit immer noch einen Export-Überschuß von 550,3 Millionen Reichsmark verbuchen. Mit diesem wirtschaftlichen Ergebnis lag das Deutsche Reich souverän vor allen anderen europäischen Staaten: Rumänien erwirtschaftete im selben Zeitraum einen Überschuß von 195 Millionen Reichsmark, Finnlandvon 56,1 Millionen Reichsmark, Bulgarien von 22,3 Millionen Reichsmark und Island von 3,6 Millionen Reichsmark. Währenddessen hatten bedeutende Staaten Westeuropas im gleichen Zeitraum ein verheerendes Minus im Verhältnis Import/Export zu verzeichnen: Österreich -138 Millionen Reichsmark, die Schweiz -287,1 Millionen Reichsmark, die Leipzig (Hg.), Schlag Niederlande 433,3 Millionen Reichsmark, Frankreich -1512,1 Millionen Reichsmark und Großbritannien –4295 Millionen Reichsmark.²³ Die-

²¹ »Deutschland – größter Schiffslieferant der Welt«. in: Berliner Illustrirte Zeitung, 7. 9. 1939, S. 1499.

22 »Deutschland – größter Motorrad-Exporteur der Welt!« in: Illustrierter Beobachter, 29. 6. 1939, S. 1029.

²³ Vgl. Bibliographisches Institut nach!, aaO. (Anm. 8), S. 282.

ser allgemeine Trend hielt an. 1937 verfügte das Deutsche Reich über einen Export-Überschuß von 442,6 Millionen Reichsmark und stand damit abermals deutlich vor allen anderen europäischen Wirtschaften. Rumänien erwirtschaftete im gleichen Zeitraum einen Überschuß von 205,3 Millionen Reichsmark, Finnland von 12,4 Millionen Reichsmark und Island von 3,9 Millionen Reichsmark, Bulgarien von 12,7 Millionen Reichsmark, während bedeutende Staaten Westeuropas im gleichen Zeitraum erneut ein verheerendes Minus im Verhältnis Import/Export zu verzeichnen hatten: Österreich –111 Millionen Reichsmark, die Schweiz –294,5 Millionen Reichsmark, die Niederlande –551,1 Millionen Reichsmark, Frankreich –1853,5 Millionen Reichsmark und Großbritannien –5323,8 Millionen Reichsmark.²⁴

²⁴ Vgl. Bibliographisches Institut Leipzig (Hg.), *Schlag nach!*, 1939, S. 304.

Es liegt auf der Hand, daß diejenigen Staaten, die an der deutschen devisen- und zinslosen Handelspolitik nichts verdienen konnten, allen voran die USA, Großbritannien und Frankreich, umgehend zu wirtschaftlichen Gegenmaßnahmen griffen. Dies erfolgte mit tiefgreifendem politischen Kalkül, wie Gerd Schultze-Rhonhof ausführt: »Wie ernst es Roosevelt mit der deutschen Konkurrenz ist, zeigt, daß er häufig vor einer Durchdringung Lateinamerikas durch die Achsenmächte warnt und daß er sich bemüht, die südamerikanischen Staaten mit wirtschaftlichen und finanziellen Repressalien wieder aus dem deutschen Präferenzsystem herauszubrechen. Präsident Roosevelt verpackt die US-Handels- und Finanzinteressen in seinem politischen Programm der friedlichen Weltordnunge als Programmpunkt friedliche und freie Handelspolitike. In den beiden Begriffspaaren bedeutet friedliche zuerst einmal US-amerikanisch. Der sogenannte freie Handel ist für Roosevelt – wie sich später zeigt – ein Kriegsgrund.«²⁵

Diese Erkenntnis wird auch von ganz anderer Seite geteilt. Nach der Auffassung des schweizerisch-kanadischen Verschwörungstheoretikers und Antifaschisten Henry Makow war der Handelskonflikt ein Hauptgrund, warum Hitler gestürzt werden mußte: Er hatte die internationalen Banken umgangen und sein eigenes Geld hergestellt. Damit sei Hitler für die großkapitalistischen Kreise eine größere Gefahr als Stalin²⁶ und der Krieg damit unumgänglich geworden.²⁷

Das gleiche gilt für die Briten, wie der englische General und Historiker John F. C. Fuller bündig zusammenfaßt: »Hitlers Traum war daher ein Bündnis mit Großbritannien. . . Ein solches Bündnis war jedoch unmöglich, hauptsächlich deshalb, weil unmittelbar nach Hitlers Machtergreifung dessen Wirtschaftspolitik des direkten Tauschhandels und der Exportprämien dem britischen und amerikanischen Handel einen tödlichen Streich versetzte.«²⁸

25 Vgl. Gerd SCHULTZE-RHON-HOF, 1939, aaO. (Anm. 13), S. 241. ²⁶ Vgl. http:// www.2012.com.au/ Hitlers_money.html ²⁷ Henry Makow, »Hitler Didn't Want World War«, v. 21. 3. 2004, in: http:// www. henrymakow.com/ 000369.html ²⁸ John F. C. Fuller, Der zweite Weltkrieg 1939-1945, Wien-

Stuttgart 1950,

S. 25.

Sachliche Geschichtsschreibung

Die Exporterfolge belegen nicht zuletzt, daß das nationalsozialistische Deutschland allen Unkenrufen zum Trotz in aller Welt nicht nur anerkannt, sondern darüber hinaus zu einem der Weltwirtschaftsmächte aufgestiegen war. Die internationale Anerkennung trug nicht unwesentlich zur Ankurbelung der deutschen Wirtschaft bei, woraus sich eine Erhöhung des Lebensstandards der Deutschen ergab, die wiederum entscheidend dazu betrug, daß das deutsche Volk seine neue Regierung in seiner überwiegenden Mehrheit unterstützte.

Diese in den beiden deutschen Ländern BRD und Österreich nicht gerade gängige Schlußfolgerung wird von nüchternen Geschichtsbetrachtern im Ausland inzwischen durchaus vertreten. Der chinesisch-amerikanische Ökonom Henry C. K. LIU beispielsweise schreibt über Deutschlands bemerkenswerten Wiederaufstieg in den dreißiger Jahren:

»Die Nazis kamen im Jahr 1933 in Deutschland an die Macht; zu einer Zeit, als seine Wirtschaft im Begriff war, mit ruinösen Reparationsverpflichtungen und ohne Aussicht auf ausländische Investitionen oder Kredite völlig zusammenzubrechen. Erst durch eine unabhängige Geldpolitik, die auf eine souveräne Währung und ein Vollbeschäftigungsprogramm abzielte, war das Dritte Reich in der Lage, ein bankrottes Deutschland, das [im Zuge des Versailler Diktats] seiner Kolonien [als wichtigste Rohstoffquellen] beraubt worden war, innerhalb von vier Jahren zur stärksten Wirtschaftsmacht in Europa zu verwandeln. Und das, bevor die Aufrüstung begann.« Die Wirtschaft habe die Wiederaufrüstung bedingt, und nicht umgekehrt. Ohne eine Bresche für die nationalsozialistische Philosophie schlagen zu wollen, so LIU, sei der Erfolg der deutschen Wirtschaft in dieser Zeitspanne nicht zu leugnen.²⁹

Der US-amerikanische Geistliche Sheldon EMRY, der bereits Mitte der achtziger Jahre mit einem bankkritischen Buch auf sich auf merksam gemacht hatte, bemerkte: »Deutschland stellte schuld- und zinsfreies Geld seit 1935 her, wodurch es innerhalb von fünf Jahren den Aufstieg von der Zahlungsunfähigkeit zu einer Weltmacht vollzog. Deutschland finanzierte seine gesamte Regierung und alle Kriegsoperationen von 1935 bis 1945 ohne Verschuldung [debt], und es bedurfte der gesamten kommunistischen und kapitalistischen Welt, um die deutsche Macht in Europa zu zerstören und Europa wieder unter das Joch [heel] der Banker zu bringen. Diese Geschichte des Geldes erscheint heute nicht in den Lehrbüchern der Schulen.«³⁰

Dieser berechtigten Kritik ist nichts weiter hinzuzufügen – außer, daß besagter Mißstand beseitigt werden muß, soll einer sachlichen Geschichtsschreibung der Weg geebnet werden.

Claus Nordbruch

²⁹ Henry C. K. Liu, »Nazism and the German economic miracle«, in: *Asia Times*, 24. 5. 2005.

30 Sheldon EMRY, Billions for the Bankers, Debts for the People, Sandpoint 1984, S. 21.

Das Dritte Reich sei ein Zivilisationsbruch, ein verheerender Betriebsunfall in der deutschen Geschichte gewesen. Der Nationalsozialismus habe einen Rückschritt in allen Bereichen des menschlichen Lebens bedeutet - sozial, technologisch, juristisch und wissenschaftlich. Auf diesem Niveau wird heutzutage >Nazideutschland(im allgemeinen dargestellt. Entspricht es aber den hohen Anforderungen sachlicher Historiographie, wenn die maßgeblichen Massenmedien der BRD und Österreichs und ihre hochrangigen Vertreter aus Politik, Bildung, Justiz und Wirtschaft wie gleichgeschaltet behaupten, die Politik des Dritten Reiches sei eine Einbahnstraße des technischen und wissenschaftlichen Rückschritts, der sozialen und wirtschaftlichen Isolation gewesen? Ist das nationalsozialistische Deutschland gewissermaßen ein degenerierter, destruktiver Staat gewesen? Und hat erst die Gründung der BRD, die keinerlei Berührungspunkte zu Hitlerdeutschlande habe, den Neuanfang in der Zivilisation bedeutet? Stünde diese absolute Kritik auf einem soliden historischen Fundament, müßte davon ausgegangen werden, daß es im Dritten Reich keinerlei Errungenschaften auf kulturellem, technologischem, sozialem, wirtschaftlichem, wissenschaftlichem und juristischem Gebiet gegeben habe, schon gar nicht solche, die die Stunde Nulk überlebt hätten, und erst recht nicht solche, die bis heute wirken würden - von den Autobahnen und dem Volkswagen einmal abgesehen.

Noch vor drei oder vier Jahrzehnten hätte die Geisteselite der BRD solche Vermutungen als abstrus, zumindest aber als unwissenschaftlich abgelehnt. 1978 konnte Sebastian HAFFNER, vom politisch korrekten Zeitgeist noch ungeschoren, einräumen, daß Adolf HITLER »sich nach 1933 als ein überaus tatkräftiger, einfallsreicher und effizienter Macher«¹ erwiesen habe, wobei das deutsche Wirtschaftswunder der dreißiger Jahre »HITLERs populärste Leistung«² gewesen sei. Und 1973 konnte ein Historiker wie Joachim Fest, von der Staatsanwaltschaft noch unbehelligt, schreiben, daß, wenn »HITLER Ende 1938 einem Attentat zum Opfer gefallen wäre, würden nur wenige zögern, ihn einen der größten Staatsmänner der Deutschen, vielleicht den Vollender ihrer Geschichte, zu nennen«.³ Das würde allerdings bedeuten, daß das Dritte Reich kein Zivilisationsbruch und der Nationalsozialismus kein Rückschritt auf allen menschlichen Bereichen gewesen war.

Tatsächlich lassen sich anhand der unzähligen geistigen Kontinuitäten, die aus der Zeit des Dritten Reiches stammen und die bis in unsere Zeit gelten oder auf deren Grundlage viele der heutigen Verordnungen,

¹ Sebastian HAFF-NER, Anmerkungen zu Hitler, München 1978, S. 35.

² Ebenda, S. 41.

³ Joachim Fest, Hitler. Eine Biographie, Frankfurt/M.– Berlin–Wien ⁸1975, S. 25.

Gesetze und Annehmlichkeiten fußen, die wir längst als selbstverständlich auffassen, die Fragen hinsichtlich der angeblichen Unproduktivität und Destruktivität des Dritten Reiches überprüfen.⁴

Die Bandbreite der Leistungen und Errungenschaften, die aus dem Dritten Reich stammen, ist schier unüberschaubar: »Sie reicht von der zivilen Nutzung der Atomkraft bis zur Züchtungsforschung, sie zeigt sich in weltweit einzigartigen Projekten wie umfassenden Anti-Tabakkampagnen und Krebsforschungsarbeiten,⁵ selbst in profanen Fragen wie der Mülltrennung und -wiederverwertung,6 und sie dokumentiert sich in zahlreichen innovativen Gesetzen.«7 Diese Gesetze, Errungenschaften und Leistungen erfassen noch heute alle wesentlichen Lebensbereiche des Menschen. Es handelt sich hier um Straßenverkehrsordnungen, um Gesetze zum Schutz von Mietern, Tieren, Umwelt und Natur und um tiefgreifende Sozialgesetze, für die vor allem der Leiter der Deutschen Arbeitsfront (DAF), Reichsleiter Robert LEY, der Generalinspektor für das deutsche Straßenwesen, Fritz Todt, sowie dessen Nachfolger Reichsminister Albert Speer verantwortlich zeichneten. Der amerikanische Biograph von Robert Ley, Ronald M. Smelser, seines Zeichens Professor für Geschichte an der Universität von Utah, hält auf sachliche Weise fest, daß viele Pläne LEYs überaus modern gewesen seien. Sie hätten jedem Volksgenossen eine Gesellschaftsordnung garantiert, »die jedem die gleichen Aufstiegsmöglichkeiten bietet, die die alten Klassenunterschiede beseitigt hat und die in einen hochentwickelten Wohlfahrtsstaat eingebettet ist. . . Die DAF konzipierte ein neues Sozialversicherungssystem, das heutige Entwicklungen vorwegnahm. . . Man erkannte die Gesundheitsfürsorge als eine staatliche Aufgabe an und propagierte den Gedanken der Präventivmedizin. . . Und schließlich entwarf Ley für die Nachkriegszeit ein Konzept für den Wohnungsbau, das unter Verwendung von Fertigbauteilen und nach ökologisch vernünftigen Grundsätzen nicht nur grüne Stadtrandsiedlungen schaffen, sondern auch die Stadtkerne wiederbeleben sollte«.8



Robert Ley.

⁴ Eine wertvolle Vorarbeit hierzu hat Theodor Kellenter geleistet. Siehe hierzu sein Werk Das Erbe Hitlers, Fortbestehende Bauwerke, Erfindungen, Gesetze und Verordnungen aus dem Dritten Reich, Kiel 2010.

⁵ Vgl. Kellenter, *Das Erbe Hitlers*, ebenda, S. 184 f.

⁶ Vgl. Kellenter, ebenda, S. 224 ff.

⁷ Edeltraud Klueting, »Die gesetzlichen Regelungen der nationalsozialistischen Reichsregierung für den Tierschutz, den Naturschutz und den Umweltschutz«, in: Joachim Radkau u. Frank Uekötter (Hg.), Naturschutz und Nationalsozialismus, Frankfurt/M. 2003, S. 105.

⁸ Ronald Smelser, Robert Ley. Hitlers Mann an der Arbeitsfront, Paderborn 1989, S. 300 f.

Quantität und Qualität der Errungenschaften und Gesetze des Dritten Reiches, die heute noch direkten Einfluß auf unser Leben haben, sind ebenso enorm wie vielseitig: Der Fackellauf bei Olympischen Spielen, mit dem heute noch die Olympiaden eingeläutet werden, wurde 1936 vom Sportpädagogen Carl Diem eingeführt, der bis 1962 Rektor der Deutschen Sporthochschule in Köln war. 1940 wurde die Deutsche Schrift (Fraktur-Schrift) als Amtsschrift abgeschafft und die lateinische Schrift (Antiqua) zur deutschen Normalschrift erhoben. Dieses Gesetz aus dem Dritten Reich ist nach 1945 nehezu unverändert übernommen worden. Im Zuge der nationalsozialistischen Auflösung der Reichsländer und ihrer Umstrukturierung in Gaue wurde eine einheitliche deutsche Staatsbürgerschaft erstellt, nachdem es bis dahin nur die Zugehörigkeit zu den Einzelstaaten gegeben hatte, deren Träger jedoch automatisch auch Staatsbürger des Deutschen Reiches waren. Diese Regelung wurde nach dem Krieg beibehalten. Auch das heute selbstverständliche und unverzichtbare Postleitzahlensystem hatte seine Geburtsstunde im Dritten Reich. 10

Es zeugt nicht von historiographischer Sachlichkeit, wenn, wie vom Mainstream heute üblich, immer wieder behauptet wird, der Wert der Frau im Dritten Reich habe sich auf Heimchen am Herde und Gebärmaschine für Soldatene beschränkt. Historische Tatsache bleibt, daß im nationalsozialistischen Deutschland die Frau eine geradezu als Emanzipation zu bezeichnende Erneuerung ihrer gesellschaftlichen Stellung erfuhr: »Tatsache ist, daß die Frau in Deutschland – und zwar schon vor dem Zweiten Weltkrieg und nicht erst, als sie wegen Arbeitskräftemangels in den letzten Kriegsjahren besonders gebraucht wurde – nach 1933 in kurzer Zeit freier und angesehener wurde als in den meisten Nachbarländern.«¹¹

Der hohe Wert oder Stellenwert der Frau und insbesondere von Müttern spiegelte sich in revolutionären Frauenarbeits- und Mutterschutzgesetzen wider, die den seit dem Mittelalter diskriminierenden Stellenwert der Frau und die entwürdigenden Zustände durch eine verfehlte Frauenpolitik früherer Jahrzehnte auslöschten. Diese positive Entwicklung überlebte zunächst die Ereignisse und Nachwehen der Nachkriegsjahre. Zwischenzeitlich sind jedoch längst wieder deutliche destruktive Rückschritte zu verzeichnen (unter anderem widernatürliche Gleichmachereik, unsinnige Quotenregelungen, Degradierung zum Sexualobjekt).

Halten wir uns nun der besseren Übersicht wegen einige treffende Beispiele von Errungenschaften vor Augen, die mühelos als direktes Erbe des Dritten Reiches angesehen werden können.

⁹ Von unkundigen Zeitgenossen wird die deutsche Schrift (Fraktur-Schrift, gotisch) paradoxerweise als ›Nazischrift diffamiert.

¹⁰ Vgl. Theodor Kellenter, Das Erbe Hitlers, aaO. (Anm. 4), S. 254 f.

¹¹ Gertrud SCHOLTZ-KLINK, Die Frau im Dritten Reich. Eine Dokumentation, Tübingen ²1998, S. 548.



Abbildung aus: *Bildatlas*Deutschland. Die wechselvolle Geschichte von den Anfängen bis heute, Bertelsmann,
Gütersloh-München 1991.

Diese Abbildung ist im Original mit folgendem Kommentar versehen:

»Mit einer anbiedernden Mischung aus schein-emanzipativer Körpermystik, Frauenverherrlichung und Fruchtbarkeitsprämierung gewannen die Nazis viele Frauen für ihren Staat, um sie um so mehr in die materielle und intellektuelle Unmündigkeit des 19. Jahrhunderts zurückzuwerfen. Sport hatte bei dieser Strategie eine ambivalente Funktion: Er half zwar den Frauen aus dem familiären Alltag heraus, verführte sie aber auch zum Führerkult in der Masse.«

1. Bautechnische und architektonische Errungenschaften

Als hervorragendes Beispiel neuzeitlicher Brückenbaukunst galt die am 7. Juni 1936 fertiggestellte Adolf-Hitler-Brücke in Krefeld. Sie trägt heute den Namen »Uerdinger Brücke«.

Der 1937 in München fertiggestellte Führerbau, der im Dritten Reich als Repräsentation und Konferenzstätte diente und heute die Hochschule für Musik und Theater beherbergt, ist ein viergeschossiger Bau mit Natursteinverkleidung, dessen symmetrische Einteilung mit zwei Innenhöfen architektonisch bemerkenswert ist.

Die Ordensburg Sonthofen ist ein ästhetischer Prachtbau, der als Meisterleistung des damals noch unbekannten Architekten Hermann GIES-LER gilt und als Eliteschule der NSDAP (Adolf-Hitler-Schule) gebaut wurde. Die unter Denkmalschutz stehende Gesamtanlage dient seit den fünfziger Jahren als Kaserne der Bundeswehr.

Nicht weniger ästhetisch ist das Gautheater Saarpfalz in Saarbrücken, heute bekannt unter dem Namen Saarländisches Staatstheater Saarbrükken oder Landestheater Saarbrücken. Dieses ebenfalls in dem damals bevorzugten neoklassizistischen Stil errichtete Großgebäude besticht vor allem durch seine hoch aufschießenden, schmalen Fenster und das dorische Säulenportal im halbkreisförmigen Eingangsbereich.

Das Anhaltinische Theater Dessau stellt einen gigantischen Bau architektonischer Kunst schlechthin dar. Der 1938 durch Generalfeldmarschall Hermann Göring eingeweihte Gebäudekomplex war mit einer herausragenden Technik versehen, die in Europa als einzigartig galt.

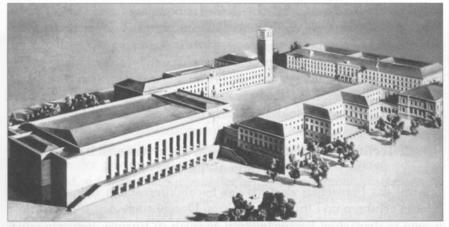
Als mustergültige nationalsozialistische Baukunst galt der Fehrbelliner Platz in Berlin. Die vier Hauptgebäude, die heute allesamt unter Denkmalschutz stehen, weisen die für Verwaltungsbauten damals üblichen Eigenschaften auf: hervortretende Fensterlaibungen, Eingangsportal mit Säulen und zusätzlich Steinfriese über den Eingängen.¹²

¹² Vgl. Theodor Kellenter, *Das Erbe Hitlers*, aaO. (Anm. 4), S. 96 f.

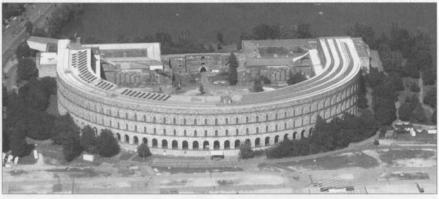
Links: Das Gautheater Saarpfalz in Saarbrücken, erbaut 1937/38 nach Plänen von Paul Otto August Baumgarten. Friedrich Lipp erbaute das Anhaltinische Theater Dessau (rechts). Nach der Fertigstellung 1938 galt es mit 1250 Sitzplätzen als damals größte Bühne nördlich der Alpen.







Gesamtmodell des von Hermann GIESLER entworfenen Gauforum Weimar. Die Anlage erstreckt sich auf einer Fläche von etwa 40000 Quadratmetern.



Die Kongreßhalle in Nürnberg, heutiger Zustand. Der Entwurf mit einem freitragenden Dach stammt von den Nürnberger Architekten Ludwig und Franz Ruff. Die Halle war als Kongresszentrum für die NSDAP mit Platz für 50000 Menschen geplant.

Das Gauforum in Weimar, von Hermann GIESLER entworfen, mit 20 000 Stehplätzen sowie drei Verwaltungsgebäuden für die Gauleitung, die Deutsche Arbeitsfront und die NSDAP, konnte erst nach dem Krieg vollendet werden. Heute dient die Halle der Volksgemeinschaft als Einkaufszentrum, Kino, Busbahnhof und als Landesverwaltung von Thüringen.

Das im Salzburgischen gelegene Tauernkraftwerk Kaprun, dessen Spatenstich im Mai 1938 erfolgte, ist die größte Wasserkraftanlage in den Alpen. Der Bau unterlag schwierigsten technischen Rahmenbedingungen und fand im nahezu unerschlossenen Hochgebirge statt, so daß in dem zwölf Kilometer langen Kapruner Tal, das ein Gefälle von 1200 Meter aufweist, ein kompliziertes System von Straßen, Seilbahnen, Schrägaufzügen und Kabelkränen eingerichtet werden mußte, um Menschen und Material vor Ort zu transportieren. Ferner erschwerten auch die klimatischen Verhältnisse das Bauvorhaben erheblich, da Bergrutsche, Lawinen und Wetterstürze nur an 150 Tagen des Jahres ein Arbeiten zuließen. Noch heute zählt das Tauernkraftwerk zu den größten Wasserkraftwerken der Welt.

¹³ Vgl. Kellenter, ebenda, S. 325.



Konrad Zuse.

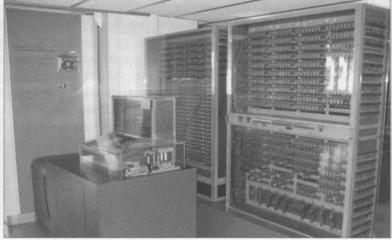
14 Vgl. KELLENTER, ebenda, S. 176 f.
15 Hans-Jürgen
EITNER, Hitlers
Deutsche: Das Ende eines Tabus, Gernsbach 21991, S. 302, zitiert nach: Theodor KELLENTER, ebenda, S. 99.
16 Vgl. Tina Zeise, Geschichte und Technik des analogen Fernsehens, München 2006, S. 8.

Als das imposanteste Bauwerk, das aus nationalsozialistischer Zeit heute noch benutzt wird, gilt die Kongreßhalle in Nürnberg. Sie ist eine architektonische Meisterleistung, da wegen des schwierigen geologischen Untergrundes für das Großprojekt zunächst eine Pfahlgründung vorgenommen werden mußte, wobei die Gründungspfähle teilweise bis zu 16 Meter lang sind. Auf diese wurde eine mächtige Betonplatte gelegt, auf der dann der Bau im neoklassizistischen Stil errichtet wurde. 14

2. Technische, medizinische und naturwissenschaftliche Errungenschaften

Sowohl das Fernsehen als auch das Farbbildfernsehen sowie das Bildtelefon erfuhren im Dritten Reich ihren Durchbruch. Am 18. April 1934 gelang es deutschen Posttechnikern erstmals in Europa, Fernsehszenen mit Begleitton zu übertragen, »nachdem es gelungen war, die Umsetzung von Tonschwingungen in Lichtimpulse auf den gleichen Bildstreifen zu fixieren«. Damit war »das Fernsehen imstande, Tonfilme zu senden«.¹5 Farbbildfernsehen war bereits 1938 vom deutschen Physiker Walter FLECHSIG erfunden worden,¹6 jedoch erst 1953 von den Amerikanern, die sein Patent 1945 gestohlen hatten, serienmäßig hergestellt worden. Am 1. März 1936 fand anläßlich der Leipziger Frühjahrsmesse das erste öffentliche Bildtelefonat zwischen Berlin und Leipzig statt. Bereits 1938 richtete die Reichspost einen öffentlichen Bildfernsprechdienst zwischen Berlin, Nürnberg und München ein. Und auch der Computer, in seiner ursprünglichen Verwendung als Rechenmaschine gedacht, war ein tech-





Links: Fernseheinheitsempfänger FE1 mit 32er Bildröhre. Die Massenproduktion wurde durch den Krieg gestoppt. *Rechts:* Nachbau der Zuse Z3, des weltweit ersten funktionsfähigen Digitalrechners (Deutsches Museum München).

nischer Durchbruch, der im Dritten Reich erfolgte. Der deutsche Bauingenieur Konrad Zuse erfand 1935 den ersten funktionsfähigen programmgesteuerten Rechner. Der 1940 gebaute Computer Z3 galt bereits als »mechanisches Gehirn«, das auch das erklärte Forschungsziel, nach dem Zuse strebte, gewesen war.¹⁷

Das erste Infrarotgerät wurde bereits in den dreißiger Jahren unter dem Namen Bildwandler (›Uhu‹) erfunden. Auch in der Waffentechnik, insbesondere in der Raketenforschung und der Raketenflugzeugentwicklung, waren die deutschen Ingenieure allen anderen Forschern und Technikern auf der gesamten Welt weit überlegen. Sie errichteten erst das Fundament, auf dem eine Vielzahl der heutigen modernen Waffen gründet.

18 Als Beispiele seien hier lediglich aufgeführt der Abfangjäger Me 163 ›Komet‹, die Nurflügler Horten V und Horten III, der Kampfbomber Horten IX, die A-10-Fernrakete, der Raketenrucksack und das Sturmgewehr Mauser 45, das in den fünfziger Jahren leicht modifiziert als G3 zum Standardgewehr der Bundeswehr wurde.

19



Nurflügler Horten HO IX.

¹⁷ Vgl. Roland Gööck, *Die großen Erfindungen: Radio-Fernsehen-Computer*, Künzelsau 1989, S. 250, zitiert nach: Theodor Kellenter, *Das Erbe Hitlers*, aaO. (Anm. 4), S. 68.

¹⁸ Siehe das diesbezügliche Standardwerk: Rudolf Lusar, Die deutschen Waffen und Geheimwaffen des 2. Weltkrieges und ihre Weiterentwicklung, München ⁵1964.

¹⁹ Um den unermeßlichen technischen Vorsprung des nationalsozialistischen Deutschlands gegenüber allen anderen Ländern auf der Welt zu begreifen, ist es sinnvoll, sich den 1945 von den Alliierten in Gang gesetzten, gewaltigsten Raubzug aller Zeiten an Patenten, Warenzeichen, Erfindungen, aber auch an Kunstschätzen, Technikern und Wissenschaftlern usw. vor Augen zu führen. Siehe hierzu: Claus Nordbruch, *Der deutsche Aderlaß. Alliierte Kriegspolitik gegen Deutschland nach 1945*, Tübingen, ³2012.



Der Bakteriologe Gerhard Domagk 1895–1964, hier im Jahre 1939.

Vgl. Theodor
 Kellenter, Das
 Erbe Hitlers, aaO.
 (Anm. 4), S. 229 ff.
 Kurt Klare, Neue
 Wege in der Heilkunde, zitiert nach:
 Theodor Kellenter, Das Erbe
 Hitlers, ebenda,
 S. 229.



Fritz REINHARDT (1895–1969).

1940 revolutionierte der deutsche Chirurg Gerhard KÜNTSCHER die Behandlung von komplizierten Knochenbrüchen. Seine Methode, die auch bei der Verkürzung oder Verlängerung von Knochen Anwendung findet, gilt heute als das Non plus Ultra in der Chirurgie: die Nagelung von Knochen.

1935 kam in Deutschland das Medikament Prontosil auf den Markt: Der deutsche Bakteriologe Gerhard Domagk hatte nach jahrelanger Forschung das erste medizinische Mittel zur wirksamen Bekämpfung bakterieller Infektionskrankheiten wie bakteriellen Wundinfektionen, Cholera, Hirnhautentzündung, Kindbettfieber, Lungenentzündung, Scharlach oder Tuberkulose entwickelt. Das 1943 eingeführte und noch heute verwendete Penicillin ist direkt auf Domagks bahnbrechende Pionierarbeit zurückzuführen.

Besonderen Stellenwert erfuhr im Dritten Reich die Naturheilkunde, die natur- und volksheilkundliche Methoden mit denen der wissenschaftlichen Schulmedizin zur Neuen Deutschen Heilkunde verband und außerdem gegenüber allen therapeutischen Verfahren aufgeschlossen war. Die damals in Gang gesetzte Entwicklung bedeutete einen enormen Schub für alternative Heilverfahren, der bis heute fortwirkt. Federführend war der nationalsozialistische Arzt Kurt Klare, der das noch heute anzustrebende Ideal wie folgt erfaßt hatte: »Der neue Weg der Heilkunde führt zu dem alten, großen hippokratischen Ziel: den Menschen in seiner Ganzheit zu erfassen, um aus diesem Erkenntnisbild heraus zu helfen und zu heilen. Durch diese Einstellung unterscheidet sich der Arzt vom Mediziner, der eine sieht nur das erkrankte Teilbild des Organismus – der andere sucht und findet den kranken Menschen. Jeder Mensch ist einmalig «²¹

3. Wirtschaftliche und juristische Errungenschaften

Der finanz- und wirtschaftspolitische Kopf des Reichsfinanzministeriums, Staatssekretär Fritz Reinhardt, der federführend für eine ganze Reihe einschlägiger Konjunkturförderungsgesetze verantwortlich zeichnete, hatte für den Erlaß des Gesetzes über Steuerfreiheit für Ersatzbeschaftungen vom 1. Juni 1933 gesorgt, das Steuervergünstigungen für alle Ersatzbeschaffungen vorsah, die bis Ende 1934 erfolgten. Diese Maßnahme zur Konjunkturbelebung war der Vorläufer der 2009 eingeführten Abwrackprämie.

Am 25. Februar 1936 führte Deutschland erstmals in seiner Geschichte das Flaschenpfand für Bierflaschen und Flaschen mit alkoholfreien Getränken ein. Bemerkenswert ist auch, daß der Winterschlußverkauf, der seit Jahrzehnten zum festen Bestandteil einer erfolgreichen Verkaufsstrategie gehört, 1936 von Reichswirtschaftsminister Hjalmar Schacht eingeführt worden ist.

Eine große Menge (mit entsprechender Anpassung) noch heute geltender Gesetze wurde in den dreißiger Jahren verabschiedet. Dies umfaßt vor allem die Wirtschaftsgesetzgebung (z. B. Bodenschätzungsgesetz, Energiewirtschaftsgesetz und Patent- und Warenzeichengesetz), die Finanz- und Steuergesetzgebung (z. B. Depotgesetz, Scheckgesetz, Gesetz zur Bankenaufsicht und Gewerbesteuergesetz), die Verbraucherschutzgesetzgebung (z. B. Gesetze zum Winterschlußverkauf und Preisauszeichnung), die Bildungsgesetzgebung (z. B. Berufsschulpflicht und Gemeinschaftsschule), die Personenstandsgesetzgebung (z. B. Ehegesetz und Meldegesetz), die Tier-, Natur- und Umweltschutzgesetzgebung,²² die Gesundheits- und Ernährungsgesetzgebung sowie die Bau- und Raumordnungsgesetzgebung.²³

Die heutige Straßenverkehrsgesetzgebung fußt auf der Reichs-Straßenverkehrsordnung, die zum 1. Oktober 1934 in Kraft trat und erstmals das Recht im Straßenverkehr einheitlich festsetzte. Hierin wurden sowohl die Bedeutung von Straßenverkehrsschildern, die im wesentlichen heute noch so aussehen wie damals (Ausnahme z.B. Einbahnstraße), als auch die Verkehrsregeln und Regelungen betreffend zulässiger

Höchstgeschwindigkeiten definiert.

Jeder Staatsbürger muß mit Vollendung des 16. Lebensjahres entweder einen gültigen Personalausweis oder einen gültigen Reisepaß besitzen, um seine Bürgerrechte und -pflichten wahrnehmen sowie im privaten Rechtsverkehr aktiv handeln zu können. Diese gesetzliche Vorschrift wurde im nationalsozialistischen Deutschland per ›Verordnung über Kennkarten vom 22. Juli 1938 eingeführt.

Als eines der bekanntesten von den Nationalsozialisten erlassenen Gesetze, das heute noch Gültigkeit hat, ist das Gesetz zur Führung akademischer Grade vom 7. Juni 1939. Der Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichtes zufolge sind diese gesetzlichen Bestimmungen auch heute noch geltendes Recht, Landesrecht, um präzise zu sein.²⁴

4. Soziale Errungenschaften

Erhebliche Fortschritte, von denen noch heute profitiert wird, wurden im Dritten Reich auf dem Gebiet der Arbeitssicherheit und des Arbeitsschutzes erzielt: Die Zahl der Betriebsärzte wurde drastisch erhöht (467 im Jahre 1939 auf 8000 im Jahre 1944). Die Ärzte drangen darauf, die Verwendung von Asbest einzuschränken, die übertriebene Anwendung von Röntgenstrahlen und Radium zu unterlassen. Ab dem 1. August 1940 durften Personen unter 18 Jahren keine Arbeit mehr ausführen, die sie in Kontakt mit Asbest brachte. Im Gesetz über die Heimarbeit vom 30. Oktober 1939 wurden die Sicherheitsmaßnahmen für Arbeiten gere-

²² Vgl. Kellenter, ebenda, S. 232 ff., 328 ff. u. 341 ff.

²³ Vgl. Kellenter, ebenda, S. 128 ff.

²⁴ Vgl. Wolfgang ZIMMERLING, Akademische Grade und Titel: die verwaltungsrechtlichen Voraussetzungen für das Führen inländischer und ausländischer Grade und Titel, Köln ²1995, S. 45.

²⁵ Vgl. Theodor Kellenter, *Das Erbe Hitlers*, aaO. (Anm. 4), Kiel 2010, S. 30.

²⁶ Vgl. Kellenter, ebenda, S. 167 f.

Links: Statistik über die Vergabe von Ehestandsdarlehen in der Zeit von Juli bis November 1933. Nach: KELLENTER, aaO. (Anm. 4), S. 168. Rechts: Kinderreiche Familien wurden gefördert.

gelt, die zu Hause verrichtet wurden. Ab dem 23. Mai 1940 trat ein allgemeines Rauchverbot in Fabriken in Kraft, in denen erhöhte Feuergefahr bestand. Männliche Personen unter 18 Jahren, weibliche Personen unter 20 Jahren sowie stillende Mütter und Schwangere wurden ab dem 20. Januar 1941 von der Arbeit mit aromatischen Verbindungen und Glykonitraten ausgeschlossen. Am 6. August 1942 ergingen verschärfte Gesundheits- und Sicherheitsbestimmungen für Lackier- und Malerarbeiten. Am 23. März 1943 wurde verfügt, daß Frauen Lastkraftwagen bis 3,5 Tonnen fahren durften, sofern sie mindestens 21 Jahre alt und nicht schwanger waren; Nachtfahrten waren ihnen ebenso verboten wie das Ankurbeln des Motors und das Tragen schwerer Lasten.²⁵ Ferner führten die Nationalsozialisten in Deutschland mit Wirkung vom 26. Juli 1934 endgültig den Achtstundenarbeitstag ein. Kinderarbeit wurde generell verboten. Es sind dies allesamt Regelungen und Errungenschaften, von denen die Menschen in Deutschland heute noch Vorteile haben.

Große Anstrengungen wurden vom nationalsozialistischen Gesetzgeber gegen den Mißbrauch von Alkohol und Tabak unternommen, die sich in der BRD unter anderen in den Jugendschutzgesetzen widerspiegeln. Das heute als selbstverständlich angesehene Kindergeld fußt in der Gesetzgebung, die Mitte der dreißiger Jahre ihren Anfang nahm. Die Nationalsozialisten erließen gesetzliche Maßnahmen, um die Kinder- und

Es wurden an Ehestandsdarlehen ausgegeben:
Die Zahl der Fälle

1933

Juli
54

Aug.
8426

Sept.
24776

Okt.
36835

Familienförderung massiv anzukurbeln (Kinderbeihilfe und Ehestandsdarlehen).²⁶ Diese Maßnahmen leben bis heute fort: Grundsätzlich besteht heute in der BRD für alle Kinder ab der Geburt bis zur Vollendung des 18. Lebensjahres Anspruch auf Kindergeld. Auch



darüber hinaus kann unter bestimmten Bedingungen das Kindergeld weiter gezahlt werden.²⁷

Der Massentourismus und planmäßige Urlaubsreisen, auch nach Übersee, hatten ihre Geburtsstunde im Dritten Reich. Überhaupt wurde Ur-

laub als solcher, der zu Weimarer Zeiten noch ein Privileg des Bürgertums war, erstmals unter den Nationalsozialisten in großem Rahmen auch für Arbeiter und Angestellte ermöglicht. Ferienreisen waren zu Beginn der dreißiger Jahre alles andere als eine Selbstverständlichkeit und lagen, wenn überhaupt, nur für Besserverdienende im Bereich des Möglichen. Erst unter den Nationalsozialisten wurde die Entwicklung der touristischen Sektoren Transport, Beherbergung und Reiseveranstaltung professionell und mit durchschlagendem Erfolg in Angriff genommen. Entscheidend hierfür war die sozialpolitische Einrichtung Kraft durch Freude (KdF), die eine Organisation der Deutschen Arbeitsfront war. Die Aufgabe und Zielsetzung dieser NS-Gemeinschaft, wie sie genannt wurde, lag in der Arbeitsund Freizeitgestaltung, die grundsätzlich anders gesehen wurde als je zuvor: »Den früheren Ansätzen zur Freizeitgestaltung haftete fast stets der Beigeschmack gönnerhafter Wohltätigkeit an, in

dem sich wirtschaftliche Einsicht, gefühlvolle Humanität und standesbetonte Überheblichkeit dem Arbeiter gegenüber, der ja schließlich auch ein Mensche sei, in oft seltsamer Weise mischten. Gelegentlich war auch die Absicht unverkennbar, den Arbeiter durch solche sozialen Gesten von vermittelter Kurzweil abzulenken und von der gefürchteten Politike fernzuhalten. . Die NS-Gemeinschaft Kraft durch Freudee ist weder ein Wohltätigkeitsverein, noch ein politisches Ablenkungsmanöver. Ganz im Gegenteil: Durch die Teilnahme an den Veranstaltungen dieser Gemeinschaft soll der schaffende Volksgenosse nicht von der Politik abgelenkt, sondern zum Verstehen und Miterleben der großen politischen Aufgaben und Notwendigkeiten der Gegenwart hingeführt werden. . Der Arbeitsplatz muß so schön und würdig gestaltet, der Arbeitsverlauf so geordnet und sinnvoll sein, daß der Werktätige schon aus dem Betrieb die Impulse zu einer frohen Bejahung des Lebens empfängt, daß schon dort



Als Unterorganisation der Deutschen Arbeitsfront (DAF) hat die Gemeinschaft Kraft durch Freude (KdF) die Aufgabe, die Freizeit der deutschen Bevölkerung zu gestalten, und war in keiner Weise ein politisches Ablenklungsmanöver.

²⁷ Vgl. http://www.arbeitsagentur.de/zentraler-Content/A09-Kindergeld/A091-steuerrechtliche-Leistungen/Allgemein/Kindergeld.html

das Verlangen nach einer ebenso sinnvollen Gestaltung der Freizeit und die seelische Bereitschaft für schönes und gehaltreiches Erleben geformt wird. Die Erfüllung des Arbeitserlebnisses mit Sinn und Inhalt ist die Grundlage, auf der sich die Freizeitgestaltung überhaupt erst aufbauen muß, denn nur auf diesem Wege können Arbeitszeit und Freizeit, die jahrelang in dem scharfen Gegensatz von Zwang und Freiheit empfunden wurden, wieder zu einer natürlichen und lebendigen Einheit verschmelzen.«²⁸

Urlaub, so hatten die nationalsozialistischen Machthaber erkannt, ist für die Erhaltung der Lebenskraft und die Leistungsfähigkeit des Menschen von geradezu ausschlaggebender Bedeutung. Unter ihrer Regierungsverantwortung wurde dementsprechend und erstmals für den arbeitenden Menschen der Anspruch auf einen ausreichenden bezahlten Urlaub festgelegt. Mit der Schaffung der Organisation KdF und der von ihr veranstalteten Reisen wurden den Werktätigen erstmals in der Sozialgeschichte die Möglichkeit geschaffen, eine frohe und gesunde Urlaubsgestaltung zu verwirklichen²⁹ und Reisen anzutreten, die ihnen früher schon unter organisatorischen und finanziellen Gesichtspunkten verwehrt geblieben waren.³⁰

Der heutzutage als selbstverständlich angesehene Feiertag am 1. Mai, wurde als gesetzlicher Feiertag (Tag der nationalen Arbeit) von den Nationalsozialisten durch Gesetz vom 10. April 1933 in Deutschland eingeführt.

Anhand der oben dokumentierten Auswahl noch heute geltender Verordnungen und Regelungen läßt sich sowohl die Frage über eine angebliche Unproduktivität und Destruktivität des Dritten Reiches beantworten, als auch der Wert der gängigen Geschichtsschreibung objektiv beurteilen. So heißt es in einem tabellarischen Lebenslauf von Hermann GÖRING beispielsweise, daß die von ihm als Reichsforst- und Reichsjämark. (Siehe Anatol germeister »erlassenen Jagd- und Forstgesetze, die auf Natur- und Tierschutz abzielen« zwar »weltweit als vorbildlich« gelten würden, aber gleichzeitig auch die einzigen Gesetze aus dem Dritten Reich seien, die »bis heute in Kraft« seien.³¹ Diese Aussage, stellvertretend für die vielen ähnlichen Behauptungen der gängigen Geschichtsschreibung, ist, wie oben belegt worden ist, falsch.

Die geistigen Pionierleistungen, bahnbrechenden Technologien, infrastrukturellen Modernisierungsmaßnahmen und sozialen Reformen aus dem Dritten Reich, ohne die das gesellschaftliche Leben, wie wir es heute kennen, gar nicht möglich wäre, werden heute geleugnet oder schlicht totgeschwiegen. Nirgendwo wird in Schulen oder den Medien auf diesen gewaltigen Bereich, unter dem das Dritte Reich auch zu beurteilen ist, eingegangen.

Claus Nordbruch

28 Anatol von Hüb-BENET. »Die NS-Gemeinschaft Kraft durch Freude««, S. 354 f., in: Paul MEIER-BEN-NECKENSTEIN (Hg.), Das Dritte Reich im Aufbau, Bd. 6, Berlin 1942, S. 354-405.

²⁹ Vgl. ebenda, S. 390 ff.

30 Beispielsweise kostete eine achttägige Urlaubsfahrt an die Ostsee einen Berliner Arbeiter einschließlich Bahnfahrt, Unterkunft, Verpflegung und Teilnahme an angebotenen Veranstaltungen 32 Reichs-VON HÜBBENET, »Die NS-Gemeinschaft »Kraft durch Freude«, ebenda, S. 391.

31 http:// diki.heliohost.org/ goering.htm

Das Dritte Reich – kulturell international gemieden?

Gemeinhin wird von den als etabliert und seriös geltenden Geschichtsschreibern die Behauptung verbreitet, das Dritte Reich 1933–1945 sei nicht zuletzt auch unter kulturellen Gesichtspunkten ein Rückfall in die Barbarei gewesen. Joseph Wulf beispielsweise behauptet, »das Verhältnis des Dritten Reiches zur bildenden Kunst« sei eigentlich »genauso degeneriert« gewesen »wie seine Beziehungen zum Menschen«. Kein kulturelles Gebiet im Dritten Reich sei »so barbarisch mißhandelt worden wie gerade das der Bildenden Künste«.¹ Schenkt man der üblichen Geschichtsschreibung Glauben, sei das in »Nazideutschland« unterbreitete Kulturangebot ein Affront gewesen. Die internationale Kulturwelt habe »Hitlerdeutschland« weder ernst genommen, noch eine erwähnenswerte Beziehung mit dem Deutschen Reich aufgenommen. Zu einem bedeutenden Kulturaustausch zwischen den Nationen sei es in diesen Jahren nicht gekommen. Deutschland habe sein Dasein in der kulturellen Isolation gefristet.

Aber war Deutschland in den Jahren zwischen 1933 und 1945 wirklich von der internationalen Kulturwelt abgeschnitten gewesen? Die Tatsachen zeigen ein anderes Bild.

Betrachtet man die historischen Fakten ohne ideologische Scheuklappen, wird man zu dem Schluß kommen, daß sich die internationale Kunstund Kulturelite mit dem nationalsozialistischen Deutschen Reich sogar gründlich arrangiert hatte und der Kulturaustausch, gemessen an der damaligen Zeit ohne vorherrschende Hollywood-Industrie und dekadentes Cannes-Spektakek, eine Blütezeit erlebte: Abertausende ausländische Prominente aus Kultur und Kunst, Sterne der Filmindustrie, begnadete Künstler und hervorragende Vertreter der unterschiedlichsten Kultursparten arrangierten sich mit ihren deutschen Kollegen sowie mit den Theatern, Opernhäusern und kulturpolitischen Vereinigungen des

¹ Joseph Wulf, Die Bildenden Künste im Dritten Reich, Reinbek 1966, S. 5.

Von links: Sven Heddin, Knut Hamsun, Jules Romains, Veikko Antero Koskenniemi. Übrigens: 1942 war auf nationalsozialistische Initiative eine Europäische Schriftstellervereinigung gegründet worden.

»Deutschlands
Nacht ist der
Menschheit
Nacht,
Deutschlands
Morgen der
Menschheit
Morgen?«
A. KOSKENNIEMI









Das Dritte Reich - kulturell international gemieden?



Bericht über die englische Tänzerin Fay Thompson in der *Neuen Illustrierten Zeitung* vom 24. September 1940.

Die griechische Pianistin Anna ANTONIA-DES meinte gegenüber der Woche 1940: »Ich komme deshalb nach Deutschland. gleich ob im Frieden oder im Kriege, weil ich hier jene Menschen weiß, die die Besonderheit meiner Kunst verstehen, und weil ich weiß, daß ich hier, und nur hier, mit meinem Spiel eine Aufgabe zu erfüllen habe.«



Dritten Reiches. Hierbei bilden weltbekannte Namen wie Sven Hedin, Knut Hamsun, Marika Rökk, Zarah Leander, Kristina Söderbaum oder Johannes Heesters lediglich die Speerspitze der damaligen internationalen Kulturelite, die mit den deutschen Größen der Bildenden Künste ausgiebig und eng in Verbindung stand. Darüber hinaus war der rege Kulturaustausch keineswegs nur auf europäische Künstler begrenzt, sondern erstreckte sich auf prominente Vertreter ihres Fachs, beispielsweise aus Japan, China, Indien und Südamerika.

Vor allem aus der Filmindustrie und aus dem Bereich der klassischen Musik, vorrangig aus Oper und Operette, nahmen internationale Vertreter von Weltruf Engagements in Deutschland an, wobei oftmals Audienzen beim Reichskanzler oder höchsten Vertretern des Staates an der Tagesordnung standen. Zu diesen herausragenden Kulturträgern aus dem Ausland gehören unter unzählig anderen der italienische Dirigent Victor de Sabata, die griechische Pianistin Anna Antoniades, der niederländische Konzertsänger Gerard van den Arend, der berühmteste Dirigent Englands Sir Thomas Beecham, die russische Filmschau-



Olga Tschechowa und Willy Forst in »Bel Ami«. Die Premiere fand am 21. Februar 1939 in Salzburg statt.

Das Dritte Reich - kulturell international gemieden?

spielerin Olga Tschechowa, die ungarische Filmschauspielerin Clara Tabody, die tschechische Filmschauspielerin Lida Baarova, die schwedische Filmschauspielerin Ingrid Bergman (sic!), die italienischen Schauspielerinnen Isa Miranda, Elly Parvo und Clara Calamai, die französische Filmschauspielerin Charlotte Daudert, die englische Filmschauspielerin Lilian Harvey, die englische Tänzerin und Theaterschauspielerin Fay Thompson, der ukrainische Regisseur Viktor Tourjansky oder auch die ungarischen Regisseure Geza von Bolvary und Geza von Cziffra.

Als weitere Beispiele für den intensiven Austausch auf kultureller Ebene, die sich von der Unterhaltungsindustrie bis hin zum eher wissenschaftlich-kulturellen Bereich erstreckte, seien stellvertretend angeführt der schwedische Schriftsteller und Zoologe Bengt BERG, der in den drei-Biger Jahren eine der Kapazitäten seines Fachs überhaupt auf der Welt war; der norwegische Zeichner Olaf GULBRANSSON, einer der berühmtesten Karikaturisten des zwanzigsten Jahrhunderts, der italienische Magier Chefalo, einer der größten Zauberkünstler der Welt, der schweizerische König der Clowns Grock, der mit bürgerlichen Namen Adrian WETTACH hieß und im übrigen Jude war, die weltberühmten französischen Clowns Albert, François und Paul Fratellini, der nicht minder berühmte spanische Clown Charlie RIVEL, die französische Sängerin Lucienne Boyer, die ungarische Tänzerin Margit Symo, der französische Schauspieler Maurice CHEVALIER, die ukrainische Sängerin Nadja IWANO-WA, der schwedische Tenor Set SVANHOLM, die chilenische Sängerin Rosita SERRANO, die russische Ballettänzerin Irina Kosmovska, der Schweizer Komponist Heinrich Sutermeister, der bedeutendste Harfenist der Welt, Luigi Maria MAGISTRETTI aus Italien, der überragende Dirigent der Niederlande Willem MENGELBERG oder auch der weltberühmte russische Komponist Igor Strawinski.

Die Vielfalt der internationalen Künstler, die im nationalsozialistischen Deutschland auftraten, spricht für sich – auch wenn heute viele Namen, die früher auf den Brettern standen, die die Welt bedeuteten, untergegangen sein mögen. Betrachten wir ein stellvertretendes Beispiel, das diesen Umstand treffend dokumentiert: Über den französischen Virtuosen Georges Boulanger heißt es auf einer ihm gewidmeten Seite im Internet: »Georges Boulanger (geboren 1893 in Tulcea, Rumänien; gestorben 1958 in Buenos Aires) war einer der größten Salon-Geiger der Zwischenkriegszeit und sicher der erotischste unter ihnen. Seine Berühmtheit in den zwanziger und dreißiger Jahren, besonders in Deutschland, war märchenhaft. Daß heute die einschlägige Literatur seinen Namen praktisch vollständig verschweigt, zeigt, in welchem Ausmaß die bittersüße Unterhaltungsmusik jener Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg zwischen Coca-Colonisation und Eisernem Vorhang verschüttet worden



Kristina SÖDERBAUM.



lgor Strawinski (1882–1971). Sein Feuervogel erlebte zwischen 1935 und 1940 18 Inszenierungen in Deutschland.



Der Violinist, Dirigent und Komponist Georges BOULANGER (1893–1958).

Das Dritte Reich - kulturell international gemieden?

² http:// www.primacarezza.ch/ boulange.htm (Orthographische und grammatikalische Fehler wurden vom Verfasser verbessert, C. N.) ist. . . Georges Boulanger stammte aus einer Musikerfamilie, die ihren ursprünglichen Namen Pantazik schon Generationen vorher aufgegeben hatte, um sich frankophil Boulangerk zu nennen. Trotz einer bulgarischen Mutter und eines griechischen Vaters galt Georges Boulanger wegen seines Geburtsorts als typischer rumänischer Zigeuner-Virtuose. . . Er verschmolz die bewunderten Effekte der damaligen Konzertvirtuosen mit seinem wilden, östlichen Temperament und einer dekadenten Eleganz zu einer signalartig wahrnehmbaren Geigerpersönlichkeit. Niemand konnte auf der Geige derart exaltiert schluchzen, gebrochen seufzen und aus dunkelster Trauer in fast schreienden Jubel ausbrechen.«²

Das hieraus zu schließende Ergebnis sollte sein, daß der Kulturbetrieb Deutschlands während der dreißiger Jahre, entgegen üblicher Annahme,

nicht unbedingt dogmatisch vorgegeben, sprich: darauf fixiert war, ausdrücklich nationalsozialistischen oder ausschließlich arischene Künstlern ein Forum oder eine Bühne zu bieten, sondern daß die Kriterien, um in Deutschland künstlerisch aufzutreten, außergewöhnliches Können und herausragende Darbietung waren, mit anderen Worten: Leistung und Performancee lauteten.

Zu maßgeblichen Kulturgrößen aus Asien, die im Dritten Reich auftraten, zählen die indische Pianistin Majoie Hajary, die japanische Opernsängerin Teiko Kiwa oder auch die bedeutende indische Tänzerin Menaka, die am 6. August 1936 gegenüber der Berliner Tageszeitung B.Z. am Montag erklärte: »Ich reise nun schon wieder vier Monate in Deutschland. Ich erfreue mich an der Intelligenz des Volles, an der Intelligenz meines Publikums, das mich und meine Begleiter richtig versteht.«³

Des weiteren müssen als treffende Beispiele für den interkulturellen Austausch angeführt werden Butterfly Wu, eine der bedeutendsten chinesischen Schauspielerinnen ihrer Zeit, Ja-

pans hervorragendster Dirigent Hidemaro Konoye sowie Kikugoroi Onouye, der berühmteste Mime im klassischen Schauspiel Japans, und selbstverständlich auch die japanische Wundergeigerin Nejiko Suwa. Herausragend war auch der indische Dichter-Philosoph Rabindranath Tagore, der bis heute als größter Philosoph der Neuzeit Indiens gilt. Er revolutionierte die bengalische Literatur mit Werken wie *Ghare baire* oder

Ein herrlich wahrer Gegenwartsfilm., Dievier Gewillen" sind vier junge Mädchen, die jede frauliche Regung unterdrücken wollen, um ühr em künsterichem Ehr geste huldigen zu konnen Ein UFA-FLUM mit INGRID BERGMAN, SABINE PETERS, URSULA HERKING, CARSTA LOCK, HANS SOHNKER LEOSLEZAK, ERICH PONTO, HEINZ WELZEL Drehbuch: Jo C M E N H U T H nach wienen gleichnemigen Theorertück M wilk M, Milde. Meissner Hersteller: PROELICH-STUDIO SPIELLEIT UNG: CARL FROELICH Auf der Bähne: Auserlesens Variete K uiturfilm: Jugend im Tanz Hamburger Erstaufführung Sonnabend, 1. Oktober Anlangszeiten. Taglich 5,30 und 8,30, sonnlogs auch 2,30 Uhr

Auch Ingrid BERGMAN stellte sich Dr. Go-EBBELS' Traumfabrika zur Verfügung. Hier: Kinoanzeige in der deutschen Presse im September 1938.

Dammtorstraße - Valentinskamp Ruf 342654/36

Das Dritte Reich - kulturell international gemieden?

Gitanjali und erweiterte die bengalische Kunst mit einer Unzahl von Gedichten, Kurzgeschichten, Briefen, Essays und Bildern. Als engagier-

ter Kultur- und Sozialreformer sowie Universalgelehrter modernisierte er die Kunst seiner Heimat. Zwei seiner Lieder sind heute die Nationalhymnen von Bangladesch und Indien: *Amar Shonar Bangla* und *Jana Gana Mana*.⁴

Abschließend seien noch angeführt die italienisch-spanische Künstlerfamilie Valente (Caterina Valente und ihr Bruder Silvio Francesco), die, ebenso wie die dänischen Filmkomiker Pat und Patachon, auf zahlreichen Tourneen das nationalsozialistische Deutschland bereisten und immer wieder Vorstellungen ihres Könnens zum besten gaben. So unterschiedlich motivierte amerikanische Schriftsteller wie Ezra Pound und Ernest Hemingway erhielten jährlich großzügige Tantiemen aus dem Umsatz ihrer verkauften Schriften in Deutschland. Schließlich unterhielt kein Geringerer als Pablo Picasso im deutschbesetzten Paris ausgezeichnete Beziehungen zur Besatzungsmacht, auch wenn sich die Absicht, ein Gemälde von Adolf Hitler anzufertigen, letztlich zerschlug.⁵

Viele der oben angeführten Persönlichkeiten aus Kunst und Kultur, die teilweise ihre größten Erfolge im nationalsozialistischen Deutschland gefeiert hatten, verleugneten nach 1945 ihre guten Erinnerungen an die Deutschen und ihre positiven Erlebnisse im Dritten Reich. Von diesen Lebenslügen wird die historische Wahrheit jedoch nicht geschmälert: Die Deutschen lebten im nationalsozialistisch regierten Deutschland entgegen heutiger Darstellung nicht von der Außenwelt abgeschottet in kultureller Einöde. Das Deutsche Reich war zwischen 1933 und den Anfängen der Kriegszeit international kulturell nicht isoliert, sondern wurde entgegen der heutigen Geschichtsschreibung des Zeitgeistes von beliebten und höchsten Kulturträgern aus dem Ausland als willkommene Gelegenheit wahrgenommen, Kunst und Können im Herzen Europas einem ebenso begeisterungsfähigen wie dankbaren deutschen Publikum darzubieten.

Claus Nordbruch



»Alter schützt vor Torheit nicht.« Zeichnung von Olaf Gulbransson, dem Meister der Linie«, für das Buch Sprüche und Wahrheiten. Aus: M. Davidson, Kunst in Deutschland 1933–45, Bd. 2/ 1 (Malerei), Grabert, Tübingen 1991.

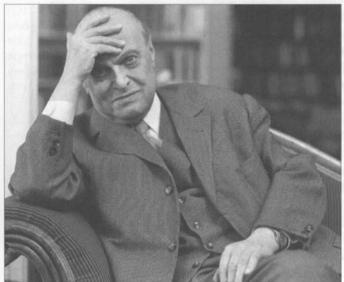
³ Zitiert nach: Gerhard FREY (Hg.), Deutschland, wie es wirklich war, München 1995, S. 121.

⁴ Vgl. http://de.wikipedia.org/wiki/Rabindranath_Thakur

⁵ Vgl. Gerhard Frey (Hg.), Deutschland, wie es wirklich war, aaO. (Anm. 3), S. 149 u. 151.

Haffners anerkennende Anmerkungen zu Hitler

Der Journalist Sebastian HAFFNER, der als Raimund PRETZEL 1907 in Berlin geboren wurde und 1938 nach England auswanderte, ist sicher erhaben über den Verdacht, ein Verehrer HITLERS gewesen zu sein. Doch beurteilt er ihn aus seiner Zeit und kommt dabei zu einer Reihe heute



Sebastian HAFFNER. Er emigrierte 1933 nach England und kehrte als Deutschland-Korrespondent zurück.

überraschender Aussagen in seinem Buch Anmerkungen zu Hitler (Kindler, München 1978). Wenn ein Rechter solches geäußert hätte, wäre er wahrscheinlich als Verharmloser oder gar Verherrlicher HITLERS verfolgt worden und mit dem Strafgesetz in Berührung gekommen. Insbesondere beweisen die Ausführungen HAFFNERS, daß man den Lauf der Geschichte in den dreißiger Jahren des vorigen Jahrhunderts nicht voraussehen konnte, was vielen Deutschen später vom Ausland vorgeworfen wurde.

So schreibt er in den Anmerkungen: »In den ersten sechs Jahren seiner zwölfjährigen Herrschaft überraschte HITLER Freund und Feind mit einer Reihe von Leistungen, die

ihm vorher fast niemand zugetraut hatte. Es sind diese Leistungen, die damals seine Gegner – 1933 immerhin noch eine Mehrheit der Deutschen – verwirrten und innerlich entwaffneten und die ihm in Teilen der älteren Generation auch heute noch ein gewisses heimliches Renommee verschaffen.« (S. 34)

Und Haffner führt als ein bezeichnendes Fehlurteil den Satz von Kurt Tucholsky an, der damals erklärt hatte: »Den Mann gibt es gar nicht; es ist nur der Lärm, den er verursacht.««

HAFFNER meint dazu: »Um so größer war der psychologische Rückschlag, als der Mann sich nach 1933 als ein überaus tatkräftiger, einfaltsreicher und effizienter Macher erwies.« (S. 34 f.)

Auch die Befürchtungen einzelner Kreise schienen nicht einzutreten. HAFFNER urteilt: »Man hatte Schlimmeres gefürchtet. Die SA hatte ein Jahr lang mit blutrünstiger Vorfreude eine »Nacht der langen Messerkangekündigt. Sie fand nicht statt. . . Danach wirkte es fast erleichternd,

Haffners anerkennende Anmerkungen zu Hitler

daß die Veteranen der Revolution von 1918 und die Prominenten der Republik im Frühjahr und Sommer des Jahres 1933 nurk in Konzentrationslager eingesperrt wurden, wo sie zwar brutalen Mißhandlungen ausgesetzt und ihres Lebens nicht sicher waren, aber doch meistens früher oder später wieder herauskamen.« (S. 36)

Für die Zeit von 1936 bis 1938 beschreibt HAFFNER die allgemein in Deutschland herrschende Volksmeinung über HITLER mit: »Der Mann mag seine Fehler haben, aber er hat uns wieder Arbeit und Brot gegeben« – das war in diesen Jahren die millionenfache Stimme der ehemaligen SPD- und KPD-Wähler, die noch 1933 die große Masse der HITLER-

Gegner gebildet hatten.« (S. 38)

Nach dem Lob der neuen von Hitler angeregten Maßnahmen schreibt Haffner: »Das Wirtschaftswunder war Hitlers populärste Leistung, aber nicht nur die einzige. Mindestens ebenso sensationell und ebenso unerwartet war die ebenfalls in den ersten sechs Jahren seiner Herrschaft erfolgreich durchgeführte Wiederbewaffnung und Aufrüstung Deutschlands. Als Hitler Reichskanzler wurde, hatte Deutschland ein 100 000-Mann-Heer ohne moderne Waffen und keine Luftwaffe. 1938 war es die stärkste Militär- und Luftmacht Europas. Eine unglaubliche Leistung!« (S. 40) »Daß es (das Militärwunder, R. K.) sich in Hitlers Hand später nicht zum Segen für Deutschland ausgewirkt hat, ist eine Sache für sich. Eine Leistung bleibt es deswegen doch, und ebenso wie das Wirtschaftswunder eine Leistung, die vorher niemand Hitler zugetraut hätte. Daß er sie zustande brachte, erregte Staunen und Bewunderung.« (S. 41)

HAFFNER meint zutreffend, der vielfach gemachte Vorwurf, erst durch die Wiederaufrüstung sei die Menge der Arbeitslosen zu Beschäftigung und Brot gekommen, stimme nicht. »Aber die große Mehrheit der sechs Millionen Arbeitslosen, die HITLER vorgefunden hatte, fand ihre Wiederbeschäftigung in ganz normalen zivilen Industrien.« (S. 41)

Und zu einem Allgemeinurteil zitiert HAFFNER den ebenso nicht rechtsradikaler Gesinnung verdächtigen Joachim FEST: »Wenn HITLER Ende 1938 einem Attentat zum Opfer gefallen wäre, würden nur wenige zögern, ihn einen der größten Staatsmänner der Deutschen, vielleicht den Vollender ihrer Geschichte, zu nennen.« (S. 54)

Obwohl offenbar voller Bewunderung für diese Leistungen HITLERS in den ersten Friedensjahren, kann HAFFNER offenbar nicht einsehen, wie und warum es 1939 zu dem Deutschland aufgezwungenen Krieg kam, durch den alles anders wurde, und welche Hintermänner an den Strippen zogen, um Deutschland zu vernichten. Das ist bedauerlich, aber bezeichnend für viele zeitgenössische deutsche Intellektuelle.

Rolf Kosiek



loachim Fest.

Hitler kam Franco nicht zur Hilfe, um neue Waffen oder Taktiken zu testen

Bis heute hält sich hartnäckig die falsche Auffassung, HITLER habe die deutsche Wehrmacht mittels der ¿Legion Condor« zur Unterstützung in den Spanischen Bürgerkrieg eingreifen lassen, um neue Waffen oder neue Taktiken zu erproben. So findet sich im Internet bei ¿grasswurzelrevolution 328« vom April 2008 in dem Artikel eines Michael SCHULZE VON GLASSER diese Aussage:

»Der Einsatz diente nicht nur der Waffenerprobung, sondern auch

dem Pilotentraining.«1

Neben dieser bei genauer Betrachtung unhaltbaren Behauptung findet sich bei den offiziösen Historikern die Darstellung, dem deutschen Abwehrchef Wilhelm CANARIS gebühre das Verdienst, daß HITLER im Spanischen Bürgerkrieg Franco zu Hilfe gekommen sei. Im *Wikipedia*-Artikel zu Wilhelm CANARIS ist denn auch ganz eindeutig zu lesen:

»Canaris erreichte nach intensiven Gesprächen vom 25. bis 26. Juli [1936, M. G.] mit Hitler, Hermann Göring und Werner von Blomberg, daß am 28. Juli die Entscheidung fiel, zwanzig Ju 52 der Lufthansa nach Tétuan in Spanisch-Marokko zu entsenden. Später war Canaris mit dafür verantwortlich, daß deutsche Kampfverbände in Form der Le-

gion Condor« nach Spanien entsandt wurden.«2

Gehen wir zunächst auf die erste Falschdarstellung ein. Sie wird widerlegt durch Wilfried von Oven, der in seinem Buch Hitler und der Spamische Bürgerkrieg³ mit der unzutreffenden Darstellung aufräumt, die Auseinandersetzung in Spanien sei ein Experimentierfeld für die deutsche Wehrmacht gewesen. Er schreibt mit Blick auf GÖRING, der als damaliger Generalfeldmarschall, Luftfahrtminister und Oberbefehlshaber der Luftwaffe die organisatorische Hauptlast bei der Durchführung von HITLERS Entschluß, den in Tetuan abgeschnittenen FRANCO zu unterstützen, zu tragen hatte:

»Daß er [GÖRING, M. G.] damals schon an die Möglichkeit gedacht habe, deutsches Kriegsmaterial in Spanien auszuprobieren, wie man aus seiner gleichen Aussage in Nürnberg entnehmen kann, ist unwahrscheinlich. Da war ja noch gar nichts auszuprobieren. Die gute alte Ju 52 – und um diese handelte es sich ja vor allem – war schon tausendfach erprobt. Und wenn er den Gedanken wirklich hatte, dann sprach er ihn jedenfalls nicht aus.«⁴

Der hier zitierte Wilfred von Oven war unter anderem Freiwilliger der ¿Legion Condor« im Spanischen Bürgerkrieg und Träger des Spanien-Kreuzes in Gold. Er brach 40 Jahre nach den Ereignissen auf der

¹ Michael SCHULZE von GLASSER, »In unheilvoller Tradition. Von der ›Neuen Wehrmacht‹ zur Bundeswehr«, in: grasswurzelrevolution 328, April 2008. URL: http:// www.graswurzel.net/ 328/bwshtml

² Wikipedia-Artikel »Wilhelm Canaris«. URL: http:// de.wikipedia.org/ wiki/ Wilhelm_Canaris ³ Wilfred von OVEN, Hitler und der Spanische Bürgerkrieg. Mission und Schicksal der Legion Condor, Grabert, Tübingen 1978.

⁴ Ebenda, S. 189.



Wilfred von Oven (1912–2008).

Hitler kam Franco nicht zur Hilfe, um neue Waffen zu testen

Iberischen Halbinsel sein Schweigen und korrigierte in seinem Buch, das auf seinen Aufzeichnungen zu jenen drei Jahren beruht, manche falsche Einzelheit, das sich im Geschichtsbild festgesetzt hatte und die Deutschlands Rolle als notorischer Bösewicht der Historie untermauern sollte.

Kommen wir zur zweiten Falschdarstellung. Zunächst einmal hatte CANARIS in seiner Aversion gegen HITLER gar kein Interesse daran, HIT-LER zu einer Unterstützung FRANCOS zu bewegen: CANARIS war nämlich daran gelegen, daß die vom späteren Caudillo vertretene Konterrevolution letztlich keinen Erfolg hatte. Des weiteren liegt die Annahme nah, daß bei dem so wichtigen Gespräch, das am 25. Juli 1936 bei den Bayreuther Festspielen stattfand, Wilhelm CANARIS – entgegen nahezu allen anderen Darstellungen dieses Ereignisses – überhaupt nicht zugegen war. Gleiches gilt ebenso für die in einem größeren Zirkel abgehaltenen Unterredungen des 26. Juli 1936. Denn nicht bloß der Generalvertreter von Mannesmann in Spanisch-Marokko, Johannes BERNHARDT, der mit einem Brief Francos zu Hitler gekommen war, um von ihm Hilfe für den General zu erwirken, erwähnt in seinen 1976 begonnenen Aufzeichnungen nicht mit einem Wort eine etwaige Anwesenheit CANARIS' bei den Gesprächen vom 25./26. Juli 1936. Auch in den geheimen Dokumenten der Alliierten, zu denen Canaris in Verbindung stand, finden sich keinerlei Hinweise darauf und erst recht keine ausführlichen Schilderungen. Wäre er bei jenen Gesprächen, bei denen sich die Intervention HITLERS zugunsten FRANCOS entschied, zugegen gewesen, sähe dieses mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit anders aus.⁵ Daher läßt sich die Darstellung von CANARIS als dem Mann, der HITLER zur Unterstützung General Francos veranlaßte, nicht länger aufrechterhalten.



Johannes Bernhardt.

Am 24. Juli 1936 landeten Bernhardt und der NSDAP-Ortsgruppenleiter und Mannesmann-Ingenieur Adolf Langenheim in Berlin-Tempelhof. Rudolf Hessermöglichte einen Termin bei Hitler am 25. Juli 1936 bei den Bayreuther Festspielen.

⁵ Ebenda, S. 176.

Matthias Gallas



Am 7. Juni 1939 empfängt HITLER in der Neuen Reichskanzlei Soldaten der ¿Legion Condor, die für ihren Einsatz ausgezeichnet wurden.

Eidesstattliche Erklärung zur Kristallnacht

Trotz jahrzehntelanger Forschung ist noch nicht überzeugend geklärt, wer die Verantwortung für die Ausschreitungen am 9. November 1938 – bei der sogenannten Kristallnacht – trägt. Herrschende Meinung ist, daß das Pogrom durch die NSDAP, durch ihre Leiter und Führer, insbesondere durch Propagandaminister Dr. Joseph GOEBBELS, befohlen und durchgeführt worden sei.

Eine uns in Kopie vorliegende eidesstattliche Erklärung eines Zeitzeugen, die uns aus einem politischen Archiv übergeben wurde, spricht dagegen. Sie stammt von dem damals in Allenstein in Ostpreußen wohnenden Stadtkämmerer Gerhard Fehsel, der sie als von den Amerikanern Internierter am 8. Juni 1946 in Darmstadt vor einem Besatzungsvertreter niederlegte und am 9. und 18. Juni bestätigen ließ. Es heißt darin:

»Es ist mir bekannt, daß die Abgabe einer falschen eidesstattlichen Erklärung strafbar ist und daß diese Erklärung beim Internationalen Militärgerichtshof in Nürnberg vorgelegt werden soll.

Ich war Ortsgruppenleiter einer der 5 Stadtortsgruppen von Allenstein vom 1. 1. 1936 bis zu meiner Einberufung zur Wehrmacht am 10. 8. 39.

Zu den Vorgängen des November 1938 erkläre ich: Mit dem Brand der jüdischen Gotteshäuser und mit Ausschreitungen gegen Person und Eigentum jüd. Staatsangehöriger, die am 9. oder 10. 11. 38 in Allenstein geschahen, hatten die Politischen Leiter nichts zu tun.

Das erhellt aus Folgendem: Der Kreisleiter Schiedat, Allenstein, berief am 9. 11. 38 alle Ortsgruppenleiter, Mitglieder des Kreisstabes und Amtsträger in den Gliederungen und angeschlossenen Verbänden zu einer Arbeitsbesprechung. Hier wurde von ihm u. a. mitgeteilt, daß die am selben Tage stattfindende öffentliche Abendveranstaltung der Partei auch der Aufklärung der Bevölkerung über die Ermordung von Ernst vom RATH und Wilhelm GUSTLOFF diene, mit einer begreiflichen Erregung gegenüber den Juden als den Anstiftern und Tätern müsse man rechnen. Ausschreitungen seien aber zu unterlassen. In diesem Sinne habe ich meine politischen Leiter instruiert. Die Kundgebung im Saale von Allenstein-Neu-Jakobsberg verlief ohne Zwischenfälle. Es wurde in ihr auch seitens des sprechenden Kreisleiters in keiner Weise gehetzt.- In den späten Abendstunden – und nachts – kam es dann zu einigen Ausschreitungen gegen jüdische Staatsangehörige. An ihnen – das habe ich mir in meiner Ortsgruppe ausdrücklich erklären lassen - war kein Politischer Leiter beteiligt. Es ist nach meiner Ansicht ausgeschlossen, daß es sich

Eidesstattliche Erklärung zur Kristallnacht

um eine planmäßige Aktion der Partei oder gar der Politischen Leiter gehandelt hat. Aus dem Dargelegten geht eindeutig das Gegenteil hervor.

Ich selbst habe kein Hehl daraus gemacht, daß ich die erfolgten Ausschreitungen einzelner nicht billigte. Dieselbe Auffassung vertrat auch ganz offen der Kreisleiter. Soweit man die Täter in der nachfolgenden Untersuchung feststellen konnte, wurden sie den ordentlichen Gerichten überantwortet. Drei Parteimitglieder, die einer Sachbeschädigung bzw. Körperverletzung – schwere Delikte waren nicht vorgekommen – überführt wurden, wurden bestraft. So wurde der Direktor der Städt. Betriebswerke, Walter Temp, Allenstein, Gartenstr., mit 1 Jahr Gefängnis verurteilt (die Parteimitgliedschaft wurde ausdrücklich vom Gericht als strafschärfend berücksichtigt!), aus seiner Stellung entlassen und aus der Partei ausgeschlossen. Mit den beiden anderen Parteimitgliedern geschah Ähnliches, die Einzelheiten sind mir nicht mehr bekannt. Soweit damals jüdische Staatsangehörige in Schutzhaft genommen wurden, geschah dies auf Anordnung der staatl. Organe. Partei und Politische Leiter hatten nichts damit zu tun.

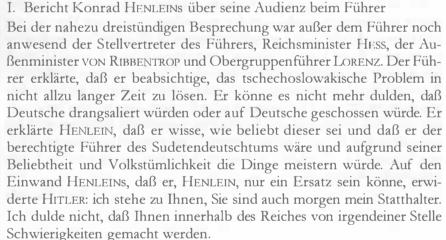
Bei der Liquidierung des Vermögens der jüdischen Staatsangehörigen wurde in Allenstein absolut korrekt und nach Gesetzen und Verordnung verfahren. Grundstücke, Gewerbebetriebe und alle sonstigen Sachwerte wurden durch eine sachverständige Kommission taxiert. In einem Spruch der Regierungsbehörde wurde sodann der Übernahmepreis festgestellt. Es wurde kein Unterpreis gezahlt und keinem Privatmann die Grunderwerbssteuer erlassen. Ich habe seinerzeit selbst diesen Standpunkt als den der Stadtverwaltung der Kreisleitung gegenüber vertreten und bei Kreisleiter und Kreiswirtschaftsberater ohne Schwierigkeiten durchsetzen können. Es ist mir kein Fall einer Bereicherung irgendeines Übernehmenden bekannt.«

Rolf Kosiek

Am 28. und 29. März 1938 besuchten die Führer der Sudetendeutschen, Konrad Henlein und Karl Hermann Frank, Berlin, um mit führenden Vertretern Deutschlands die politische Lage zu erörtern. Gleich am ersten Tag kam es zu einer Besprechung mit Hitler, über die das nachfolgend abgedruckte Schriftstück überliefert ist. In den meisten Abhandlungen zur Sudetenfrage wird es angeführt, und es gilt als eines der Beweisstücke für Hitlers Doppelzüngigkeit. Es lautet:

»Vortragsnotiz Geheime Kommandosache Chefsache Nur durch Offizier

Vortragsnotiz über meine Besprechung mit dem Führer der Sudetendeutschen Partei, Konrad HENLEIN, und seinem Stellvertreter Karl Hermann FRANK.



– Die Tendenz der Anweisung, die der Führer HENLEIN gegeben hat, geht dahin, daß von seiten der SdP Forderungen gestellt werden sollen, die für die tschechische Regierung unannehmbar sind. HENLEIN beabsichtigt, trotz der günstigen Lage durch die österreichischen Ereignisse, nichts zu überspitzen, sondern nur die alten Forderungen auf Selbstverwaltung und Wiedergutmachung am Parteitag (23./24. April 1938) zu stellen. Eine Anregung des Führers, eigene deutsche Regimenter, mit deutschen Offizieren und deutscher Kommando-Sprache zu fordern, will er sich für später vorbehalten. Das Reich wird von sich aus nicht



Konrad HENLEIN.



Karl Hermann FRANK.

eingreifen. Für die Ereignisse sei zunächst HENLEIN selbst verantwortlich. Es müßte aber eine enge Zusammenarbeit erfolgen. HENLEIN hat dem Führer gegenüber seine Auffassung folgendermaßen zusammengefaßt: Wir müssen also immer so viel fordern, daß wir nicht zufrieden gestellt werden können. Diese Auffassung bejahte der Führer.

Der Führer schätzt die hohen Erfolge, die HENLEIN in England hat, und hat ihn aufgefordert, sobald es ihm möglich ist, wieder nach London zu gehen und weiter dort im Sinne einer Nichteinmischung Englands zu wirken. Was die Stellung Frankreichs anbelangt, glaubt der Führer, daß u. U. mit der Möglichkeit eines Umsturzes in Frankreich gerechnet werden kann. . .«¹

Es folgt als Teil II ein Bericht Franks über die Zusammenarbeit der Minderheiten in der Tschechoslowakei nebst dreier Anlagen. Keines dieser Dokumente hat mit irgendwelchen Erklärungen oder Auffassungen HIT-LERS etwas zu tun, so daß sie hier weggelassen werden können.

– Der Inhalt des Dokumentes ist eindeutig. Für unsere Fragestellung wichtig ist: HITLERS Anweisung an HENLEIN, der tschechischen Regierung »unannehmbare« Forderungen zu stellen, nebst Einverständniserklärung HENLEINS dazu.

Unsere Beurteilung ergibt:

- 1. Es fehlen Ort und Datum auf dem Dokument. Wo und wann der Bericht niedergeschrieben wurde, ist also ungewiß.
- 2. Das Dokument ist nicht unterschrieben, sein Verfasser ist somit unbekannt.
- 3. Das Dokument soll nach Angabe der Dokumentenherausgeber es handelt sich ausschließlich um Amerikaner, Engländer und Franzosen aus den Akten des Staatssekretärs stammen.² Staatssekretär war damals Ernst von Weizsäcker. Doch das, was aus seiner Quelle herrührt, ist leider nicht immer einwandfrei,³ was die Sache nicht besser macht. Auf welche Weise die Vortragsnotiz in die Unterlagen des Auswärtigen Amtes gelangte, bleibt unerfindlich, zumal seine Mitarbeiter als Urheber des Dokumentes ausscheiden. Die übliche Bezeichnung für geheime Angelegenheiten war bei ihnen »geheime Reichssache«,⁴ und nicht wie hier »geheime Kommandosache«.

4. Auch die inhaltliche Ausgestaltung des Dokumentes weist Eigentümlichkeiten auf. Bereits die Überschrift: »Vortragsnotiz über meine Besprechung mit. . « ist ungewöhnlich. Besprechungen mit Hitler wurden zur Klarstellung aber stets unter Hervorhebung seiner Person wie etwa mit »Führerbesprechung« oder »Besprechung des Führers mit. . « oder mit »Unterredung des Führers«, niemals aber nur mit »meine Besprechung mit. . « überschrieben. Die Überschrift ist auch deshalb wenig einleuchtend, weil der Verfasser des Dokumentes im folgenden die

¹ ADAP, Serie D, Bd. II, Dok.107 = S. 158 f.

² ADAP, ebenda, S.158, Anm. 1. ³ Vgl. dazu z.B. Rolf LINDNER, Freiherr von Weizsäkker, Staatssekretär Ribbentrops von 1938 bis 1943, Darmstadt 1997. ⁴ ADAP, aaO.

(Anm. 1), S. 163, oben links.

Gedanken HITLERS ausschließlich durch HENLEIN wiedergeben läßt. Eigene Besprechungen gibt man normaler Weise doch in eigenen Worten wieder und läßt sie nicht durch dritte referieren. Alles andere würde auch gar nicht zu HITLERS Führungsstil passen. Auffällig ist ferner, daß nirgendwo von einem Gedankenaustausch mit Hermann FRANK die Rede ist, obwohl auch er als Gesprächspartner ausdrücklich genannt ist. In dem hier nicht abgedruckten Teil II erscheint er lediglich als Berichterstatter, keineswegs aber als Mitdiskutierender.

Aus quellenkritischer Sicht ist nach alledem äußerste Zurückhaltung geboten: Kein Ort, kein Datum, Verfasser unklar, seltsamer Auffindungsort, eigentümliche Abfassung. Eine Verfälschung der Urkunde liegt im Bereich des Möglichen. Angesichts dieser Vorbehalte ist es besonders bedauerlich, daß wir über die eigentümliche Vortragsnotiz hinaus über kein ordnungsgemäßes Protokoll zur HITLER-HENLEIN-FRANK-Bespre-

chung verfügen.

Es sollte nicht verwundern, wenn ein solches Dokument noch irgendwo unentdeckt schlummert, scheint es doch völlig unwahrscheinlich, daß in einer so wichtigen Angelegenheit darauf verzichtet worden sein sollte. Bis auf weiteres sind wir daher darauf angewiesen, aus anderen Quellen das Geschehen aufzuklären. Dazu bietet sich der Bericht RIBBENTROPS vom 29. März über eine zweite Besprechung mit HENLEIN an. Das darüber vorliegende Dokument scheint einwandfrei. Es trägt Datum, Ort und Unterschrift und den beim Auswärtigen Amt gebräuchlichen Vermerk »geheime Reichssache«. Obwohl HITLER bei dieser Besprechung nicht mehr zugegen war, können wir getrost davon ausgehen, daß RIBBENTROP wenigstens im großen und ganzen HITLERS Gedanken zutreffend wiedergibt, denn er war ein getreuer Gefolgsmann seines Chefs.

Die hier interessierenden Passagen lauten:

»Geheime Reichssache Berlin, den 29. März 1938

Niederschrift über die Besprechung am 29. März 1938, 12 Uhr Mit-

tags, im auswärtigen Amt über sudetendeutsche Fragen.

... Der Herr Reichsminister betonte eingangs die Notwendigkeit einer strengen Geheimhaltung der anberaumten Besprechung und führte sodann unter Hinweis auf die Richtlinien, die gestern Nachmittag der Führer Konrad Henlein persönlich erteilt hat, aus, daß es vor allem zwei Fragen wären, die für die Führung der Politik der sudetendeutschen Partei von Wichtigkeit wären:

1) Das Sudetendeutschtum müsse wissen, daß hinter ihm ein 75 Millionen-Volk stände, das eine weitere Unterdrückung der Sudetendeutschen durch die Tschechoslowakische Regierung nicht dulden würde.

2) Es sei Sache der sudetendeutschen Partei, gegenüber der tschechoslowakischen Regierung diejenigen Forderungen aufzustellen, deren

Erfüllung sie zur Erlangung der von ihr gewünschten Freiheiten für notwendig erachte.

Der Herr Reichsminister führt hierzu aus, daß es nicht Aufgabe der Reichsregierung sein könne, Konrad HENLEIN, der der ausdrücklich anerkannte und vom Führer erneut bestätigte Führer des Sudetendeutschtums sei, im einzelnen Anregungen zu geben, welche Forderungen gegenüber der tschechoslowakischen Regierung zu stellen seien. Es käme darauf an, ein Maximalprogramm aufzustellen, das als letztes Ziel den Sudetendeutschen die volle Freiheit gewähre. Gefährlich erschiene es, sich frühzeitig mit Zusagen der tschechoslowakischen Regierung abzufinden, die einerseits gegenüber dem Ausland den Anschein erwecken könnten, als ob die Lösung gefunden sei, und andererseits die Sudetendeutschen selbst nur teilweise befriedigen würden. Vorsicht sei vor allem auch deshalb am Platze, weil man nach der bisherigen Erfahrung den Zusicherungen Beneschs und Hodzas kein Vertrauen schenken könnte. Das Ziel der von der sudetendeutschen Partei mit der tschechoslowakischen Regierung zu führenden Verhandlungen wäre letzten Endes das, durch den Umfang und die schrittweise Präzisierung der zu stellenden Forderungen den Eintritt in die Regierung zu vermeiden. Bei den Verhandlungen müsse klar herausgestellt werden, daß allein die sudetendeutsche Partei Verhandlungspartner der tschechoslowakischen Regierung wäre, nicht die Reichsregierung. Die Reichsregierung ihrerseits müsse es ablehnen, gegenüber der Prager Regierung oder gegenüber London und Paris als Vertreter oder Schrittmacher der Sudetendeutschen Forderungen in Erscheinung zu treten. Eine selbstverständliche Voraussetzung sei es, daß das Sudetendeutschtum bei den vorstehenden Auseinandersetzungen mit der tschechoslowakischen Regierung fest in der Hand Konrad HENLEINS liege, Ruhe und Ordnung bewahre und Unvorsichtigkeiten vermeide. Hierzu habe Konrad HENLEIN bereits zufriedenstellende Zusicherungen gegeben.

Im Anschluß an diese allgemeinen Ausführungen des Herrn Reichsministers wurden die in der Anlage beigefügten Forderungen der sudetendeutschen Partei an die tschechoslowakische Regierung durchgesprochen und grundsätzlich genehmigt. . .

RIBBENTROP«5

Beurteilung:

1. HITLER hat HENLEIN am 28. März Richtlinien erteilt, die in der Vortragsnotiz ähnlich als Anweisungen bezeichnet sind. Der genaue Inhalt der Richtlinien bleibt jedoch nach wie vor unbekannt. Näheren Aufschluß hätte man wohl aus der im letzten Absatz genannten Anlage über die »Forderungen der sudetendeutschen Partei an die tschechoslowaki-

⁵ ADAP, ebenda, S. 163 = Dok. 109.

Adolf HITLER und Konrad HENLEIN am 1. Oktober 1938 auf einem Bahnhof in Berlin. also drei Tage nach der Münchener Konferenz.



Es ist nicht anzunehmen, daß HENLEIN die Anweisung erhielt, »unerfüllbare Bedinbungen« zu stellen. Der Reichskanzler wollte vielmehr abwarten und die Dinge reifen lassen, bis von den Verbündeten Prags keine Gefahr mehr drohte. Die Entwicklung bis zur Münchener Konferenz, die übrigens in einer »einträchtigen, entspannten Runde« stattfand, gab ihm recht.

sche Regierung« entnehmen können. Diese Anlage lag jedoch entgegen dem ausdrücklichen Wortlaut nicht bei und ist bisher auch sonst nirgendwo aufgetaucht, so daß wir weiterhin im dunkeln tappen. Die Herausgeber der Akten glauben demgegenüber, die zuvor erörterte Vortragsnotiz als Richtlinieninhalt annehmen zu können. 6 Der Verweis geht jedoch ins Leere, da dieses Dokument, abgesehen von seiner Fragwürdigkeit, nirgendwo als Anlage ausgewiesen ist.

2. Im Kernstück des RIBBENTROP-Berichtes ist schließlich die Rede davon, ein »Maximalprogramm aufzustellen, das als letztes Ziel den Sudetendeutschen die volle Freiheit gewähre«. Diese Formulierung deckt sich inhaltlich aber nicht mit den angeblich »unerfüllbaren Forderungen« HITLERS vom Vortage. Rufen wir uns dazu zunächst noch einmal den im hiesigen Dokument unter Ziff. 2 genannten Satz in Erinnerung, wonach es der sudetendeutschen Partei ausdrücklich überlassen bleiben sollte, diejenigen Forderungen zu stellen, deren Erfüllung sie zur Erlangung der von ihnen gewünschten Freiheiten für notwendig erachte. HENLEIN hatte damals noch die Autonomie im Auge, und nicht die Überführung der Sudetendeutschen in das Reich.7 Maximalforderung wäre demnach die Autonomie gewesen, die ähnlich wie in der Schweiz zur »vollen Freiheit« der Sudetendeutschen geführt hätte, immer vorausgesetzt, die Tschechen hätten ehrlich mitgespielt. Diese Forderung wäre für BENESCH auch nicht »unerfüllbar« gewesen, hatte er doch selbst, zu-

nächst in Versailles, gegenüber den Siegermächten und 1920 gegenüber dem Ausschuß für die neuen Staaten, das Schweizer Muster protegiert.8 Das alles war natürlich auch HITLER und RIBBENTROP bekannt. Tatsächlich verlangte HENLEIN in seinem Karlsbader Programm Ende April 1938 dann im wesentlichen Verbesserungen für die Sudetendeutschen, die auf Autonomie hinausliefen, aber nicht die Abtrennung von der Tschechoslowakei. Wenn Benesch in seiner Blindheit und in völliger Verkennung

⁶ ADAP, ebenda, S. 163, Absatz 1, Anmerkung 1.

⁷ Vgl. Dazu: Paul LAMATSCH, Prager Tragödie, München 1964.

⁸ Dokumente zur sudetendeutschen Frage, hg. von Ernst Nittiner, München 1967, S. 63 u. 72 f. BENESCH im Januar 1919: »Das Regime würde ähnlich dem der Schweiz sein«. BENESCH im Mai 1920: »Die tschechoslowakische Regierung hat die Absicht, aus der tschechoslowakischen Republik eine Art Schweiz zu machen.«



Adolf HITLER auf der Fahrt nach dem durch deutsche Truppen besetzten Eger bei einer Imbiß-Pause auf der Straße zwischen Franzensbad und Eger am 3. Oktober 1938. Von rechts: General Wilhelm KEI-TEL, Konrad HENLEIN, Adolf HITLER, General Walter VON REICHENAU, Reichsführer-SS Heinrich HIMMLER und General Heinz GUDERIAN. Foto: Bundesarchiv.

der Situation darauf nicht einging, ja im Gegenzug sogar die Teilmobilisierung seiner Armee anordnete, so kann der deutschen oder sudetendeutschen Seite dafür gewiß kein Vorwurf gemacht werden.

Fassen wir zusammen: Die Vortragsnotiz ist als Dokument, wenn überhaupt, nur insoweit zu gebrauchen, soweit sie mit RIBBENTROPS Bericht übereinstimmt. Daraus ergibt sich: HITLER schaltete sich von nun an aktiv in die sudetendeutschen Probleme ein, ohne selbst in Erscheinung treten zu wollen. Er gab HENLEIN Richtlinien kund, deren genauer Inhalt bis heute nicht ermittelt werden konnte. Wie weit die Forderungen nach »völliger Freiheit« gehen sollten, blieb HENLEIN überlassen. Er sollte darüber hinaus für Ruhe unter den Sudetendeutschen sorgen, um die Lage nicht eskalieren zu lassen. »Unerfüllbare« Forderungen sind nicht ersichtlich. »Maximalforderungen« nach Autonomie waren vertretbar. Von seiten aller Beteiligten lag die Stoßrichtung der Besprechungen offenbar darin, BENESCH in die Enge zu treiben, ihn von seinem bisherigen Kurs abzubringen, um den bedrängten Sudetendeutschen ein unbeschwertes Leben zu ermöglichen.

Dankwart Kluge

Nach dem Zweiten Weltkrieg behauptete BENESCH dreist und von den Alliierten, ja selbst von deutschen Politikern und Gutmenschen« aller Art unwidersprochen, daß die Sudetendeutschen aufgrund ihrer Verbrechen während der NS-Zeit zu Recht aus der CŠR »abgeschoben« («Abschub«!) wurden, daß sie an ihrem Schicksal also selbst die Schuld trügen. So heißt es beispielsweise in dem Schulbuch Geschichte für Bayern, Erinnern und Urteilen des Stuttgarter Klett-Verlags: Die Vertreibung war die Rache der Sieger. Es gab ca. über 100 000 Tote.«

Das aber entspricht nicht den brutalen Tatsachen. Der nach 1919 über zwei Jahrzehnte währende Widerstand gegen die Anerkennung der Deutschen in der CŠR als gleichberechtigtes Volk gipfelte in der Absicht, sie zu liquidieren. Bereits 1919 gehörte die Vertreibung zu den verschiedenen Optionen, wie Josef L. Stehule in einer noch vor den Pariser Friedensverhandlungen erschienenen Abhandlung² in aller Offenheit verkündete: »Wenn dieser [Verdrängungs]Prozeß nicht schnell genug vonstatten geht, schreiten wir zur Aussiedlung des deutschen Elements. . .«

Nachdem BENESCH 1938 mit seinem Assimilierungsplan gescheitert war, hoffte er auf einen großen Krieg, denn ein Weltkrieg war für ihn, wie das Foreign Office bereits im März 1938 feststellte, die einzige Hoffnung auf die tschechische Vorherrschaft in Böhmen und Mähren sowie in der Slowakei.³ Aus diesem Grund reiste BENESCH im März 1938 nach Paris, wo er Gespräche mit einflußreichen Persönlichkeiten führte, hauptsächlich mit dem bis 11. April 1938 amtierenden Ministerpräsidenten Léon BLUM, mit Paul REYNAUD, Pierre Cot, Edouard HERRIOT und General Maurice GAMELIN.

Bereits wenige Wochen nach Abschluß des Münchener Abkommens führte Benesch im Dezember 1938 mit seinem politischen Berater Hubert RIPKA dokumentarisch belegte Gespräche über die Planung einer zukünftigen Vertreibung von rund einer Million Sudetendeutscher.



Jaromir Necas. Im September 1938 hatte Benesch über seinen Minister Necas einen Geheimbrief nach Paris überbringen lassen. Mit diesem Geheimbrief wollte Benesch verhindern, daß sich Paris und London für eine Volksastimmung entscheiden. Siehe: Rolf Kosiek u. Olaf Rose (Hg.), *Der Große Wendig*, Bd. 1, Grabert, Tübingen ⁵2011, S. 562. Beneschs Plan: Teilabtretung bei gleichzeitiger Massenvertreibung.

¹ Klett-Verlag, Stuttgart.

² Josef L. STEHU-LE, Der tschechoslowakische Staat im internationalen Recht und Verkehr, 1919, S. 546.

³ Rainer Franke, London und Prag, München 1981, S. 501.

Dazu erklärte Dr. Ivo Duchaek am 8. März 1946 in der vorläufigen tschechischen Nationalversammlung unter anderem: »Die Volkspartei betrachtet den Abschub (Odsund) der Deutschen als einen wirklichen historischen Erfolg. . . Es lag uns daran, die Deutschen möglichst schnell loszuwerden. . .

Gestatten Sie mir, bei dieser Gelegenheit einen Politiker, der neben Präsident Benesch und Monsignore [Prof. Dr. Jan] Sramek⁴ an diesem Abschubplan bedeutungsvoll teilnahm, zu erwähnen. Es ist Herr Minister Dr. Ripka (Beifall). Seit Herbst 1938 war ich sein naher Mitarbeiter. . . Ripka arbeitete am Abschub der Deutschen und hielt den Krieg, der soeben ausbrach, für eine wirklich historische Gelegenheit, unsere Länder von dem perfiden deutschen Ballast zu reinigen. Alle Teile der Nationalen Front waren mit dieser Linie am Ende des Jahres 1943 vollkommen einverstanden, und deshalb ist der Abschub der Deutschen zuletzt der Erfolg der gemeinsamen Bestrebungen aller Teile und Parteien der Nationalen Front.«

Nach Mitteilung von Dr. RIPKA fand die erste »ernsthafte« Diskussion der »Abschubpläne« zwischen ihm und Dr. BENESCH im Dezember 1938 in London statt.⁵

Bereits 1940 entstand im tschechischen Exil ein entsetzlicher Pogrom-Plan. Der tschechoslowakische Attaché für Militär- und Luftstreitkräfte, Oberstleutnant Josef Kalla, schrieb in seinem Memorandum vom Januar 1940, es sei »vonnöten, daß im Sudetenland viel Blut fließt, und zwar aus zwei Gründen:

a) damit sich die Deutschen auf viele Generationen merken, welche Folgen ihre Sünde hatte, mit der sie sich an der Tschechoslowakei und an Europa schuldig gemacht haben, indem sie den Krieg verursachten. Die Greuel müssen so groß sein, daß sie die Sudetendeutschen noch Jahrzehnte lang erschrecken,

b) damit die deutsche Minderheit dezimiert wird«.6

In einer Rede vor der Royal Society wies BENESCH am 22. Januar 1940 auf die Möglichkeit eines Bevölkerungsaustausches hin, mit dem die tschechischen Minderheitenprobleme gelöst werden könnten. Am 8. März und 4. April 1940 griff er in Oxford dieses Thema erneut auf, wobei er



Jan SRAMEK.



Hubert Ripka, in London Staatssekretär im Außenministerium von Beneschs Exilregierung.

⁴ Monsignore Prof. Dr. Jan Šrámek (1870–1956), seit 1919 Vorsitzender der (christlichen) Volkspartei in der CSR, zwischen 1919 und 1938 mehrmals Minister und 1928 stellvertretender Ministerpräsident, von 1939 bis April 1945 Ministerpräsident der Exilregierung in London, danach einer der Stellvertreter des Ministerpräsidenten der CSR.

⁵ Elisabeth Wiskemann, Germany's Eastern Neighbours, London 1956, S. 62.

⁶ Detlef Brandes, Der Weg zur Vertreibung, München 2001, S. 41.

⁷ R.I.I.A.: einflußreichste und mächtige, von Freimaurern gegründete Institution als ausführendes Organ des Rates der 300c. Davon abhängig sind unter anderen die Bilderbergere und die Trilaterale Kommissionc.

eine begrenzte Umsiedlung von Sudetendeutschen und Grenzberichtigungen vorschlug. In beiden Fällen wurde die Veranstaltung vom Royal Institute of International Affairs (R.I.I.A.) organisiert und finanziert.

Obwohl die britische Regierung feierlich erklärt hatte, daß sie niemals Massenvergeltungen gegen ganze Bevölkerungen zustimmen werde, beauftragte sie den von ihr 1939 aufgebauten Foreign Research and Press Service (F.R.P.S.) mit der Prüfung einer ethnischen Säuberung der Tschechei von Sudetendeutschen. Zum F.R.P.S.-Stab gehörten viele der besten britischen Fachleute für europäische und internationale Angelegenheiten, nicht zuletzt der Deutschenhasser Robert SE(A)TON-WATSON.

Im Auftrag des F.R.P.S. fertigte John David MABBOTT im Mai 1940 ein Memorandum an zum Thema »Die Umsiedlung von Minderheiten«. Darin kam er zu dem Schluß, daß Bevölkerungsumsiedlungen, wie früher bewiesen, tatsächlich möglich seien. Daraus folgerte er, daß diese die beste Lösung der tschechoslowakischen Minderheitenprobleme seien. Die Ausführungen MABBOTTS sind in folgende Abschnitte unterteilt:

- Vier Wege des Umganges mit Minoritäten;
- Notwendigkeit einer radikalen Trennung der Nationalitäten in Zentraleuropa;
- Abtrennung von Gebieten;
- Bevölkerungsumsiedlung;
- Beachtung der Transfer-Konventionen;
- Internationale Beteiligung und Unterstützung;
- Befreiung von der Umsiedlung;
- Das Gebiet der verbleibenden Minderheiten;
- Bevölkerungsumsiedlungen als ein Faktor zur Lösung der größten politischen Probleme im Nachkriegseuropa.

Anfang 1941 – diesesmal also nach Kriegsbeginn, jedoch noch vor Beginn des Rußlandfeldzuges – hat Eduard Benesch den Austreibungsplan mit seinen Mitarbeitern offiziell behandelt.⁸ Nunmehr diskutierte die tschechische Exilregierung unter Benesch in London offen über die geplante Vertreibung. Im Januar 1942 legte er ein Memorandum zur Frage der tschechoslowakischen Grenze vor.⁹ Darin bestand er auf den Grenzen vor München, weigerte sich jedoch, »einen Staat mit neuen Gesetzen zu bilden: einen Staat der Tschechen, Deutschen und Slowaken«. Er vertrat die Ansicht, »daß diese Lösung nach dem Kriege überhaupt nicht durchzusetzen sei und daß sich kein tschechoslowakischer Politiker bei der Mehrheit des tschechischen Volkes mit einer solchen politischen Orientierung nach diesem Kriege anfreunden kann«.

Dagegen forderte er:

- den Austausch eines Gebietes mit 600-700 000 Deutschen,
- einen »Transfer« von 1 200 000 bis 1 400 000 Deutschen,

- ⁸ Wenzel JAKSCH, Sucher und Künder, München 1967, S. 39.
- ⁹ Ebenda, S. 142–146.

eine Aussiedlung von 300 000 bis 400 000 Menschen, die sich während des Krieges in Schuld verstrickt haben – samt deren unschuldigen Angehörigen,

- bis 1600000 Deutsche dürften in der Tschechoslowakei bleiben.

»Falls diese Lösung nicht angenommen würde, müßte eine Restitutio status quo anter entstehen.« Darunter verstand er: »Das tschechoslowakische Volk kann nicht und niemals die Grundsätze der Selbstbestimmung von drei Millionen Deutschen, so formuliert, ausgelegt und geltend gemacht, annehmen, wie es schon auf der letzten Friedenskonferenz [1919] und zwanzig Jahre danach war.« Das gilt, zumal die Deutschen »auf einem Gebiet leben, ohne das unser Volk nicht leben kann«. 10

In den Archiven der Hoover Institution on War, Revolution and Peace at Stanford University fand sich im Taborsky¹¹-Nachlaß eine maschinengeschriebene Kopie eines Dokuments mit gleichem Inhalt wie bei Mabbott, aber mit einer anderen Überschrift: »Minority Regimes and the Transfer of Populations in Central Europe after this War«. (Minderheiten-Regierungen und Bevölkerungstransfer in Mitteleuropa nach diesem Krieg)

Das Dokument, wahrscheinlich 1942 entstanden, ist von keinem Autor unterzeichnet. Anhand der Randbemerkungen könnte es aber identifiziert werden. Es war wahrscheinlich jene Denkschrift, deren Inhalt BENESCH am 14. Dezember 1943 in Moskau dem Außenminister MOLOTOW übergab. Dabei bezeichnete er sie als einen »ersten Entwurf der fundamentalen Grundsätze der Umsiedlung«, die er in Betracht ziehe, »eine radikale Lösung, deren Verwirklichung mich sehr glücklich machen würder. Programm Richtlinien zur Ausweisung der

12 Adolf Wolf ((in: www.sudetendeutsche-in-hessen.de/heimatpolitik_ vergangenheit.html) führt in diesem Zusammenhang eine Äußerung von Karel LISICKY, einem diplomatischen Mitarbeiter des Außenministeriums der tschechischen Exil-Regierung in London: »Darüber, wie die tschechoslowakische Regierung das Problem der deutschen Minderheit zu lösen beabsichtigt, hat sie den Großmächten ein umfangreiches Sondermemorandum vorgelegt, um ihre Kapitulationsforderungen zu belegen. Soweit es die Arithmetik der deutschen Minderheit betrifft, wurde dort die Zahl von 3 200 000 unserer Deutschen, laut Volkszählung aus dem Jahre 1930, folgendermaßen disponiert: etwa eine Viertel Millionen muß man auf Kriegsverluste rechnen, und ca. eine halbe Millionen bedeutender Henlein-Leute wird aus der Tschechoslowakei flüchten. So kommen wir zu der Zahl von nicht ganz zweieinhalb Millionen, wovon man etwas über 1 600 000 durch einen organisierten Transfer wird aussiedeln müssen. . . Es werden 800 000 Deutsche übrig bleiben, diesen werden wir erlauben, bei uns zu bleiben, sie werden aber ihre bisherigen Minderheitenrechte verlieren und für eine Verschmelzung mit den Tschechen in einen Nationalkomplex bestimmt sein.«

 Edvard BENESCII, Pamti (Memoiren), Prag 1947, S. 455.
 Edvard TABORSKY war ein tschechoslowakischer Diplomat und BENESCIIS Sekretär von 1939 bis 1945.



Eduard BENESCH, Er erarbeitete 1942 in einem Zehn-Punktezur Ausweisung der Sudetendeutschen. Dieser Plan war auch Grundlage für das Memorandum, das die tschechoslowakische Exilregierung an die European Advisor Commission richtete, die die Kapitulationsbedingungen für Deutschland ausgearbeitet hatte.

Er deutete an, daß er das Umsiedlungsproblem bereits mit STALIN erörtert habe, der dem Plan und dem Konzept zugestimmt habe. Er bezeichnete »unsere Deutschen« als die schlimmsten Kriegsverbrecher, die strengste Bestrafung verdienten. Er bat Molotow, seinen Umsiedlungsplan zu prüfen und ihn wissen zu lassen, was er davon halte. Molotow wagte keinen Einwand gegen Beneschs Pläne, da Stalin schon zugestimmt hatte. Wenige Tage später, am 21. Dezember 1943, sagte Benesch in einer Botschaft an das tschechische Volk im Moskauer Rundfunk: »Die Sowjetunion wünscht aufrichtig eine starke und gefestigte tschechoslowakische Republik, national so einheitlich wie möglich. . .«

Territoriale und kollektive Rechte der Deutschen auf Selbstbestimmung und Verhandlungen darüber lehnte BENESCH strikt ab.¹³ Als er, ohne dazu berechtigt oder legitimiert¹⁴ zu sein, danach das Münchener Abkommen aufkündigte, annullierte die britische Regierung ihrerseits dieses einseitig am 5. August 1942, »ausdrücklich mit der Zustimmung zum Grundsatz des Transfers der Deutschen aus Ostmitteleuropa«.¹⁵

Am 4. Juni 1942 erklärte der sowjetische Gesandte in London Bogo-MOLOV dem BENESCH-Vertreter RIPKA, daß die sowjetische Regierung sich für die »völlige Restaurierung der Tschechoslowakei in ihren vormünchener Grenzen« einsetze.

Was die Tschechen mit den Sudetendeutschen vorhätten, sei ihre Sache. RIPKA antwortete, er erwartete allerdings von Moskau eine Unterstützung bei der Reduktion der Sudetendeutschen in der CSR »auf ein Minimum. Daraufhin Bogomolov: Wir werden doch nicht fordern, daß Rußland irgendeine Million unserer Deutschen übernehme. Darauf ich wieder scherzhaft, daß ich hoffe, daß die große Sowjetunion sie ruhig verdauen würde, doch darum gehe es nicht; daß die Sudetendeutschen ruhig nach Deutschland gehen können, dessen Bevölkerungszahl durch jene Verluste beträchtlich verringert werde, für die die sowjetischen Truppen an der Front gesorgt haben und weiter sorgen. Dann erwähnte Bo-GOMOLOV den Scherz des Präsidenten, daß die Sudetendeutschen irgendwohin nach Sibirien gehen könnten. Danach erklärte ich BogomoLov, daß wir die Sache nicht aus einem nationalen oder nationalistischen Gesichtspunkt sehen, daß wir uns ein für allemal von jenen sozialen Schichten der Deutschböhmen befreien wollen, die seit dem vergangenen Jahrhundert bis HITLER Träger des Pangermanismus gewesen sind, was bedeutet, daß die gesamte Bourgoisie, die deutsche Intelligenz, ein beträchtlicher Teil der nationalistischen deutschen Bauern, aber auch ein bestimmter Teil der dem Nazismus verfallenen deutschen Arbeiter raus muß «16

Dem stimmte BOGOMOLOV zu. Am 9. Juni bestätigte Außenkommissar MOLOTOW, daß Moskau für die Restitution der CŠR in den histori-

13 Ebenda, S. 469 f.
14 Der Völkerbund bezeichnete
BENESCH nach seinem Rücktritt
1938 korrekt als
Privatperson.
Somit ist die
Bezeichnung ExilPräsidente falsch
und eine Amtsanmaßung.

¹⁵ Andreas HILL-GRUBER, *Zweierlei Untergang*, Berlin 1986, S. 53.

¹⁶ RIPKAS Vermerk über ein Gespräch mit BOGOMOLOV am 6. 6. 1942 (Nr. 90).

schen Grenzen eintrete. Von einer Vertreibung war allerdings noch nicht die Rede.

Benesch hatte bei seinem Besuch bei Roosevelt am 12. Mai 1943 diesem vorgeschwindelt, daß er sozusagen die Zustimmung der Russen zu diesem Vorhaben bereits in der Tasche habe. Nach seiner Rückkehr behauptete er dann, Roosevelt stimme mit seinen Auffassungen überein, und daß dieser »mir schon damals seine volle Zustimmung zur Durchführung des Transfers einer größtmöglichen Zahl unserer Deutschen gab«.¹⁷

Siebzehn Tage später, also am 29. Mai 1943, führte RIPKA ein Gespräch mit dem Sowjetgesandten Bogomolov. Am 6. Juni telegraphierte RIPKA, daß Bogomolov die Zustimmung Moskaus angedeutet habe. Erst bei einem Treffen Beneschs mit Molotow in der Zeit vom 6. bis 10. Juni 1943 einigten sich beide über die Vertreibung von Deutschen. Jaromír Smutný zitierte aus dem Gespräch: Wir haben drei Millionen von ihnen, und das ist zuviel. Eine Million von ihnen muß hinausgejagt werden. Molotow stimmte zu.«

Im Sommer 1943 benutzte BENESCH in seinem Tagebuch in der Frage nach dem Schicksal der Sudetendeutschen die verbrecherisch klingende Formulierung von der »final solution«, von der »Endlösung«. Ein Begriff, der in bezug auf die Judenfrage in Deutschland als »Ermordung« interpretiert wird. Am 8. Oktober 1943 beschloß das britische Kabinett die Vertreibung von bis zu fünf Millionen Ostdeutschen und von bis zu 1,5 Millionen Sudetendeutschen, allerdings ohne die des Egerlandes. 19

Am 8. Oktober 1943 beschloß das britische Kabinett die »Abtretung Ostpreußens, Danzigs und Oberschlesiens von Deutschland, die Vertreibung von drei bis fünf Millionen Ostdeutscher und 1 bis 1,5 Millionen Sudetendeutscher, allerdings ohne die des Egerlandes«.²⁰

Am 3. Februar 1944 kündigte BENESCH im Londoner Rundfunk an, Böhmen und Mähren würden nach Kriegsende der Schauplatz »eines gewaltigen Aufstandes sein«, das werde »eine große Volksrache an Deutschen und Faschisten bedeuten, deren Ende blutig und erbarmungslos sein werde«.

Im Mai 1944 schrieb Jaroslav Cisay, der Direktor der Studienabteilung des Außenministeriums in London, in seinem »Entwurf zur Lösung der Minderheitenfrage in der Tschechoslowakei«, daß die Minderheitenfrage »weder durch die Beibehaltung des Minderheitenschutzes noch durch deren Beseitigung« gelöst werden solle und daß die Lösung des Problems »in der Beseitigung seiner Ursache, d. h. in der Beseitigung der Minderheit« [im Original hervorgehoben] zu suchen sei.

Im August 1944 erklärte Cisay in dem Dokument »Der Standpunkt der Tschechoslowakischen Regierung zur Lösung des Problems der Min-

Edvard Benesch, aaO. (Anm. 10), S. 273.

¹⁸ Dokumenty z. historie eskoslovenské politiky 1939–1943

[Dokumente aus der tschechoslowa-kisch-slowakischen Politik 1939–1943],

Bd. 1, S. 273.

¹⁹ Andreas HILL-GRUBER, aaO. (Anm. 14), S. 54.

²⁰ Ebenda, S. 54.

Die Benesch-Dekrete schufen die Voraussetzung für die von den Alliierten im Potsdamer Abkommen im Juli 1945 gebilligte Ausweisung der Deutschen aus der Tschechoslowakei.



²¹ Ebenda, S. 288

²² Quelle: Maschinengeschrieben, archiviert im SUA-Archiv Prag unter Nr. A1-50-57/17-24, veröffentlicht in: Beiträge zu der Geschichte der KS (Kommunistische Partei der Tschechoslowakei) 6/ 1964, Teil Dokumente. Aus der Korrespondenz Slowakei-London im Jahre 1944 (Vilém Prean). Punkt 10 auf den Seiten 927 f.

derheiten«, was die Regierung zur Lösung »berechtigen würde«. Sie sei der Meinung, »daß ihr die Handlungsfreiheit erhalten bleiben muß, mit der deutschen Minderheit so umzugehen, wie sie es für das Passendste und für die Durchführung Bestmögliche im Interesse der eigenen Sicherheit und des internationalen Friedens hält, auch wenn sie zur Ansicht kommt, daß es nötig ist, den totalen Transfer der ganzen deutschen Minderheit einzuleiten«.²¹

Das folgende Dokument aus der tschechoslowakisch-slowakischen Korrespondenz beweist eindeutig das geplante Verbrechen einer gewaltsamen Vertreibung, das eine internationale Lösung verhindern sollte: »Wir rechnen also mit der Möglichkeit des Transfers unserer deutschen Bevölkerung. . . Es ist notwendig, daß wir viel selbst erledigen sofort in den ersten Tagen der Befreiung, damit möglichst viele aller schuldigen Nazis vor uns fliehen aus Angst vor der Bürgerrevolte gegen sie in den ersten Tagen der Revolution, und damit möglichst viele derjenigen, die sich als Nazis verteidigen und Widerstand leisten werden, von der Revolution erschlagen würden. Denkt immer daran, und darauf muß die ganze Nation vorbereitet werden.«²²

Hans Meiser

Überprüft man die gesamte Literatur, die sich mit der Vorkriegszeit befaßt, so wird nur über Konzentrationslager in der Sowjetunion und im Deutschen Reich berichtet. In Dachau, Buchenwald und anderen Lagerstätten werden Jahr für Jahr deutschen Schulklassen diese ¿Lager der Schande vorgeführt. Daß es schon in der einsamen ¡Insel der Demokratie CSR seit 1919 eine Deutschenhatz gegeben hatte, die 1938 in der Internierung von rund 20000 Sudetendeutschen in Konzentrationslagern gipfelte, wurde von den Tschechen und Antifaschisten lange energisch bestritten und wird bis heute in den Medien und Schulbüchern unterschlagen. Auch von den über 1200 KZ-Lagern in der Tschechei nach 1945 sollen deutsche Schüler nichts wissen.

Als 1938 die soziale, politische und wirtschaftliche Lage der Sudetendeutschen sich zunehmend verschlechterte, versuchte die Prager Oligarchie unter BENESCH, sie mit harter Hand zu unterdrücken und einzuschüchtern. Inzwischen hatte sie Schwarze Listen anfertigen lassen, mit denen sie nun eine Verhaftungswelle in Gang setzte. Etwa 30 000 Sudetendeutsche waren aber längst ins Deutsche Reich geflüchtet und entgingen so der Verhaftung. Ebenso viele waren ins Innere der Tschechei geflohen. Unter letzteren befanden sich auch viele HITLER-Gegner. Ihnen allen wurde unterschiedslos eine schlechte Behandlung zuteil. Die Ereignisse von 1945 warfen hier ihre Schatten voraus.

Unterdessen mußten die tschechischen Geheimpolizisten mit den Schwarzen Listen feststellen, daß die meisten Gesuchten nicht mehr anzutreffen waren. Um dennoch auf die geforderte Anzahl von Verhafteten zu kommen, holte man wahllos zufällig Anwesende von der Straße und aus den Häusern. Reinhard Pozorny berichtete darüber:

»In Jägerndorf sollten 80 [Deutsche] verhaftet werden, man fand ganze 14; in Troppau 250, etwa 40 waren greifbar; in Freudenthal gelang es nur, 22 statt 60 zu erwischen; in Mährisch-Ostrau statt 100 nur 20! Für den Ortsleiter der Partei, der sich natürlich versteckt hatte, holten sie im genannten Jägerndorf einen 16jährigen Jungen von der Straße, den die Mutter auf den Burgberg um Milch geschickt hatte. Der Friseur von der Olbersdorfer Straße, der gerade den Rolladen seines Geschäftes hochzog, wurde gebeten, für einen kurzen Moment mitzukommen, und als dies alles zu langsam ging, füllte man das Soll so auf, daß man einfach alles von der Straße holte, was Hosen trug und deutsch antwortete. Diese im ganzen Staatsgebiet durchgeführte Aktion betraf annähernd 20 000 Sudetendeutsche.«¹

¹ Reinhard POZORNY, Wir suchten die Freiheit. Schicksalsweg der Sudetendeutschen, Vlotho/Weser 1978, S. 269.





3m Cinversandniffe mit bem Prasidenten des Recesgerichtes und dem Cinnisammeite verfüge ich auf Ornad des § 429 der Straspengehordnung die Berhängung des

Standrechtes

für Jol gericht a war

bezüglich bes im § 73 bes Strufgeseiges rorgezeichneten Berbrechens bes Aufruhrs.

Dies wird mit dem Befehle fundgemacht, daß sich jedermann von oden aufrührerischen Zusammenrottungen, allen Aufreigungen hiezu und oller Seilnahme daran zu enthalten und den zur Unterdrückung dieses Berbrechen ergehenden Anordnungen der Odrigleit zu sügen habe, widrigens jeder, der sich nach der Kundmachung derselben dieses Berbrechens schuldig macht, kandrechtlich gerächtet und mit dem Tode bekroft würde.

Gog and 1899 1488 Lindsopundent

Ein Plakat der tschechoslowakischen Regierung, das im September 1938 von Mauern und Säulen drohte.



Reinhard Pozorny meint zu den beiden (oben und unten) aus seinem Buch stammenden Bildern: »Konnte die Flucht dieser Menschen ein glaubwürdiger Beweis dafür sein, daß es in der Tschechoslowakei bis 1938 ›rechsstaatsgemäß« oder ›demokratisch« zuging?«

An der tagelangen Verhaftungswelle beteiligte sich in Südmähren auch das Militär. Den Verhafteten wurde es verwehrt, sich von ihren Familien zu verabschieden oder etwas mitzunehmen. In den örtlichen Polizeistationen wurden sie durchsucht, meistens auch geschlagen, wobei viele zu Tode geprügelt wurden. Die Überlebenden wurden dann mit Lastwagen ins Innere des Landes verschleppt. In den meisten Fällen handelte es sich um kleine Leute, die politisch nie in Erscheinung getreten waren. Wie es in diesen Lagern dann zuging, davon berichtete Pozorny aus eigenem Erlebnis:

»Obwohl es in Böhmen auch eine Reihe solcher Lager gab, wie Karthaus, Leitmeritz, Neubistritz und Pardubitz, befanden sich aus strategischen Gründen die größten in Mähren, im Raume Olmütz, Prerau und Proßnitz. Das größte befand sich in Stefanau. Hier waren zeitweilig 5000 Menschen zusammengepfercht in einer ehemaligen Zuckerfabrik und in den Anlagen einer aufgelassenen Maschinenfabrik. Zelatowitz und Zboritz waren die weiteren Stätten menschlichen Elends, wohin Insassen aus Stefanau abtransportiert wurden. Bis zur Münchener Entscheidung ging es den Internierten, wie sie von den Tschechen offiziell bezeichnet wurden, grauenvoll. Es gab keine Ärzte, fast keine Verpflegung, keine Schlafund Waschgelegenheiten, es gab einfach nichts. Wozu auch? Ein tschechischer Wachsoldat drosch mir in der zweiten Nacht die Brille auf die Erde und zertrampelte sie ungerührt. Sie schien ihm das Abzeichen einer verruchten Gesinnung und Bildung zu sein. Sein Begleiter meinte zur Beunruhigung meines Zentralnervensystems: Laßt sie liegen, die brauchst Du eh nicht mehr!«

Als sie uns auf der Verladerampe der Stefanauer Fabrik zusammengetrieben hatten, Professor Rudolf KLIMEK aus Freiwaldau neben mir taumelte, weil ein kräftiger Wachsoldat seinen Spaß daran fand, ihn immer in den Bauch zu kicken, da hielt ein tschechischer Offizier an die rund 500 Neuankömmlinge eine Art Begrüßungsansprache: Aller seid unsere Geiseln, so betonte er genießerisch, so der Adolf Hiller Krieg macht, dann werdet ihr erschossen. Wie die deutschen Soldaten über die Grenze gehen, legen wir Euch um.

Es war ein ständiges Kommen und Gehen, Tag und Nacht, zwischen den Männern und Frauen, denen auch damals keine Demütigung erspart geblieben ist. . . In der großen Maschinenhalle lagen etwa tausend Menschen auf dem nackten Betonboden. Es mußte absolute Stille herrschen, und wenn aus irgendeinem Eck ein unterdrücktes Flüstern oder Stöhnen drang, dann bahnte sich eine Meute tschechischer Soldaten mit den Kolben den Weg hin, und es wurde grabesstille. Von drei Seiten her drohten durchgeladene Läufe von Maschinengewehren, hinter denen Tag und Nacht die dazugehörenden Soldaten hockten. So gefährlich waren wir. . .

Die Tschechen waren zu allem entschlossen. Unser Tod war für sie beschlossene Sache, sie hielten ihn für richtig, und das Wort: "Bez pardonulk (ohne Pardon) half ihnen über alle menschlichen Regungen hinweg, deren ihre Herzen in jenen Stunden vielleicht noch fähig waren. Sie kochten vor Wut. In ihren Augen glomm ein unheimliches, gefährliches Feuer... Dieses Feuer in den Augen der meisten Tschechen war wieder da, als der Rotarmist [1945] an die Pforten der Beskiden pochte und sich am Kamm des Riesengebirges vorbeischob, während der Ami in Westdeutschland eine Stadt nach der anderen nahm. Wer die gleichen Tschechen 1938 beobachtet hat, dem war das, was 1945 kam, keine Überraschung.«²

² Pozorny, ebenda, S. 269 ff.

Als am 30. September 1938 die Würfel in München fielen, besserte sich die Lage der Internierten und die Verpflegung schlagartig. Ärzte und Priester durften die Lager betreten und helfen. Fast alle Insassen hatten sich damals gewünscht, daß die deutsche Wehrmacht ihrem Elend ein Ende setzt, auch unter dem Gesichtspunkt, daß sie deren Eintreffen mit dem eigenen Leben bezahlen mußten. Erst später erfuhren sie, daß deutsche Flugzeuge Flugblätter abgeworfen hatten, die den Tschechen Vergeltung androhten: »Für jeden ermordeten deutschen Lagerinsassen werden zehn Tschechen erschossen.«

Die deutschen Behörden hatten als Gegenaktion viele Tschechen festgenommen und die sofortige Entlassung der internierten Sudetendeutschen gefordert. Trotz des glücklichen Ausganges der Internierung bleibt die für sich sprechende Tatsache, daß die Regierung allen Ernstes die Ermordung von 20 000 Sudetendeutschen vorbereitet und geplant hatte. Sie hätte das Verbrechen auch durchgeführt, wenn. . .

Daß in den ersten Tagen und Nächten der Verhaftungen mehr Sudetendeutsche ums Leben kamen als Tschechen während der gesamten Zeit der Besetzung der CŠR, sollte nicht vergessen werden. Die Deutsche Regierung hat trotz Androhung die Ermordungen nicht mit Repressalien beantwortet.

Hans Meiser

War SD-Chef Reinhard Heydrich jüdischer Abstammung?

»Gegen Dummheit kämpfen Götter selbst vergebens, gegen Gerüchte ebenfalls.« Selbst Gerichte können diese nur wenig unterm Tisch halten, so zum Beispiel das Gerücht, der allmächtige Chef des Reichssicherheitshauptamts Reinhard HEYDRICH, Vorkämpfer und Verteidiger des arischen Rassegedankens, blicke auf eine jüdische Abstammung zurück. Diese Behauptung war damals geradezu ein Sakrileg, galt zumindest als Majestätsbeleidigung. Denn eine jüdische Versippunge HEYDRICHs hätte sich zumindest auf sein Selbstverständnis und mithin auf sein Handeln auswirken müssen. HEYDRICH ist energisch und mit Erfolg vor Gericht gegen Verbreiter solcher Gerüchte vorgegangen. Genützt hat es nichts.

Ursprung des Gerüchts ist in der Tatsache zu suchen, daß der junge HEYDRICH bei der Marine, die ihn 1931 wegen eines gebrochenen Eheversprechens unehrenhaft entlassen hatte, als »Isidor Süss« verspottet worden war, weil sein Vater Bruno HEYDRICH-SÜSS hieß. Dazu kam die inkriminierende Behauptung, HEYDRICH habe unter Mißbrauch seines Amtes die Spuren seiner Abstammung in Kirchenbüchern und Standes-

amtsregistern systematisch tilgen lassen.

Bereits 1932 erhielt der Gauleiter Rudolf Jordan Kenntnis von dem Gerücht und meldete es Gregor Strasser, dem damaligen Reichsorganisationsleiter der NSDAP.¹ Daraufhin wurde Jordan von dem obersten Parteigenealogen, Achim Gercke, mitgeteilt, daß an den Gerüchten nichts Wahres sei. Zwar sei Heydrichs Großmutter in zweiter Ehe mit dem

¹ Gregor STRASSER, im Verlauf der sogenannten >Röhm-Affärec am 30. Juni 1934 erschossen.



Reinhard HEYDRICH. Er starb am 4. Juni 1942 an den Folgen eines Attentats in Prag.

War SD-Chef Reinhard Heydrich jüdischer Abstammung?

Schlosser Gustav Robert Süss verheiratet gewesen. Zu HEYDRICHS Stiefgroßvater könne es aber keine Blutsverbindung geben. Außerdem sei auch Süss trotz seines jüdisch klingenden Namens rein arischer Abstammung.

Damit wäre die Sache eigentlich erledigt gewesen, wäre die Legende nach 1945 nicht von Autoren zu publikumswirksamen biographischen und interpretatorischen Zwecken erneut aufgegriffen worden. Das ist sogar in Werken geschehen, die als hoch verdienstvoll gelten, wie zum Beispiel in dem angeblich klarsichtigen Buch des Publizisten Joachim FEST, Das Gesicht des Dritten Reiches,² in dem er schreibt:

»Die Härte und Ungerührtheit, die ihn auszeichneten, waren weniger, wie das verbreitete Klischee seiner Erscheinung es will, im Hang zu sadistischer Grausamkeit begründet, sondern vielmehr die manierierte Gewissenlosigkeit eines Mannes, der seine Unbefangenheit dem Leben gegenüber eingebüßt hatte; denn Reinhard Tristan Eugen HEYDRICH war mit einem untilgbaren Makel behaftet und im Zustand der Todsündes, der ihn schwermütig machte; er hatte jüdische Vorfahren. Zwar hatte er alle Beweisstücke zu beseitigen versucht. . .«

Aber, heißt es weiter zusammengefaßt bei Fest, Antrieb und Dynamik seines Machthandelns speisten sich nicht zuletzt aus einem Selbsthaß wegen besagter Herkunft. Damit ist die Theorie wieder in sich stimmig. Der ›Bruch‹ in Heydrichs Wesen ist damit zwar psychologisch perfekt, aber falsch erklärt.

Der israelische Historiker Shlomo Aronso³ hatte schon 1967 bewiesen, daß Heydrichs Ariernachweise lückenlos bis ins 18. Jahrhundert reicht.

Bei der nächsten Auflage seines Buches kennt Fest natürlich Aronsons Ergebnisse. Obwohl er diesem »Überzeugungskraft« nicht abspricht, bleibt er unbeeindruckt. Denn es sei weiterhin möglich, daß HEYDRICH »keine Sicherheit über seinen Abstammungshintergrund besaß«.

Selbst wenn er »jüdischen Bluteinschlag« auch nur für möglich gehalten hätte, sei HEYDRICH davon und von den erwähnten Hänseleien in der Jugend verquer geprägt worden.

Nachforschungen der jungen Ingenieurin Karen Flachowsky⁴ haben im Jahre 2000 Aronsons Ergebnisse bestätigt und außerdem noch bewiesen, daß Heydrich keine Spurentilgung versucht hatte. Wozu auch! Damit ist der Psychothriller des Autors Joachim Fest endgültig obsolet – und alle Gerüchte obendrein.

Hans Meiser

² Joachim Fest, Das Gesicht des Dritten Reiches, München 1963, 1997 5. Auflage der Neuedition von 1993.

- ³ Shlomo Aronson, Heydrich und die Anfänge des SD und der Gestapo (1931–1935), Berlin 1967.
- ⁴ Karen Fla-CHOWSKY, »Neue Quellen zur Abstammung Reinhard Heydrichs«, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte*, 2, 2000.

Briten entschuldigen sich in Prag wegen. HAGEN, Türkei, ebenda, S. 100. Münchener Abkommens 1938

Nach ihrer Ankündigung vom 17. September 1990¹ hat die Premierministerin von Großbritannien, Margret Thatcher, sich bei ihrem Pragbesuch am folgenden Tag im CSFR-Bundesparlament in Prag für die britische Beteiligung am Münchner Abkommen vom Ende September 1938 entschuldigt. Sie erklärte dabei unter anderem: »Wir haben Euch 1938 enttäuscht. Dafür schämen wir uns.«

Dazu hätte sie aber keinen Grund gehabt. Denn das Münchener Abkommen bedeutete für die 3,5 Millionen Sudetendeutschen nach zwei Jahrzehnten der Unterdrückung endlich die Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechtes und gab ihnen die Freiheit mit dem Anschluß an ihr Volk wieder. Zu Recht hatte ihr damaliger Vorgänger, der 1938 am-

tierende britische Regierungschef Neville CHAMBER-LAIN, in seiner Rede vor dem Londoner Unterhaus nach der Rückkehr aus München zu dem Abkommen erklärt: »England kann keinen Krieg machen, weil 3,5 Millionen Deutsche keine Tschechen bleiben wollen.«²

Zudem war das Münchener Abkommen völkerrechtlich unanfechtbar zustande gekommen. Auch die Prager Regierung hatte schon Tage vorher ihr Einverständnis gegeben: Eigentlich war die Abtretung des Sudetenlandes ohne deutsche Beteiligung schon zustande gekommen, als am 19. September 1938 London und Paris Prag dazu aufforderten und die tschechoslowakische Regierung dem am 21 September 1938 zustimmte. Das Abkommen vom 29./30. September setzte bloß die Einzelheiten der Abtretung fest. Ein politischer Druck auf die Tschechoslowakei war nur ähnlich wie bei anderen völkerrechtlichen Verträgen erfolgt.

Für das Einverständnis zu dem Menschlichkeitsverbrechen der Vertreibung der Millionen Ostdeutscher aus ihrer Heimat auf der Konferenz von Jalta wie in Potsdam 1945 sowie für die Mittäterschaft hat sich London dagegen bezeichnenderweise noch nicht entschuldigt.

Anders hat sich Frankreich verhalten, das auch am Münchener Abkommen und an seiner Vorgeschichte beteiligt war. Bisher hat sich eine französische Regierung noch nicht für die Teilnahme am Münchener Abkommen öffentlich entschuldigt oder es für ungül¹ Frankfurter Allgemeine Zeitung, 19. 9. 1990.

² »England cannot make a war, because 3,5 million Germans do not want to remain Czechs.« Zitiert von Ferdinand Otto Miksche, in: ebenda.



HITLER und CHAMBERLAIN am 15. September 1938, also zwei Wochen vor der Unterzeichnung des Münchener Abkommens, in Bad Godesberg. Die Kompromißbereitschaft des britischen Premiers zum damaligen Zeitpunkt ist wohl darauf zurückzuführen, daß England noch nicht soweit war für einen Krieg. Nach München wurden die Rüstungsanstrengungen noch mehr verstärkt, so daß CHAMBERLAIN mit seiner Birmingham-Rede den Wandel der britischen Position offiziell verkünden konnte.

Briten entschuldigen sich wegen Münchener Abkommens

Neville Chamberlain bei seiner Rückkehr aus München.



Im Foreign Office gab es noch im Frühjahr Männer wie Staatssekretär Alexander Ca-DOGAN, die nichts Schreckliches daran erblickten, daß die Sudetendeutschen – ähnlich, wie in Österreich geschehen – an das Mutterland angegliedert werden.



Alexander CADOGAN.

tig erklärt. Im Jahre 1964 hat sich der 1938 amtierende französische Außenminister Georges Bonnet, der letzte Überlebende aus dem Kreis der das Abkommen vorbereitenden Außenminister, klar zu dem Abkommen bekannt. Er erklärte bei einem Interview: ** »In meiner Eigenschaft als französischer Außenminister des Jahrs 1938 war ich fest davon überzeugt, daß den Sudetendeutschen die Selbstbestimmung zugebilligt werden mußte. Er beurteilte das Abkommen von 1938 aus der Nachkriegssicht von 1964 positiv: »Die Lösung war also glücklich.«

Auch das entzieht einer Entschuldigung eigentlich schon jede Grundlage.

Ebenso wenig gab es für die Bundesregierungen seit der neuen (Verzichts-)Ostpolitik der siebziger Jahre des vorigen Jahrhunderts einen Grund, das Münchener Abkommen für von Anfang an als null und nichtig zu erklären. Dennoch haben sie solches von sich gegeben und sind damit den Sudetendeutschen in den Rücken gefallen.

Rolf Kosiek

Am 28. März 1938, dem Tag, an dem Henlein und Frank mit Hitler in Berlin zusammentrafen, schrieb der *Observer:* »Die Tschechoslowakei umfaßt gegen fünfzehn Millionen Einwohner verschiedener Nationalität. Es besteht da vor allem eine deutsche Minderheit von dreieinhalb Millionen, die niemals das Versailler System anerkannt hat und niemals anerkennen wird. Im Jahre 1919 wurde politische Gleichheit nach Schweizer Grundsätzen versprochen. Dieses Versprechen muß erfüllt werden, und zwar vollständig, sonst wird keine Streitmacht der Welt unter den bestehenden Verhältnissen den so zusammengesetzten Staat aufrechterhalten können.«

Deutsche Industriehilfe für das Protektorat

Die Tschechen im Protektorat Böhmen und Mähren haben die Zeit des Zweiten Weltkriegs am besten von allen Völkern Europas überstanden. Ihre Männer brauchten nicht an die Front, und ihre Frauen brauchten sich nicht vor Luftangriffen der Alliierten zu ängstigen. Ihre Ernährungslage war mindestens so gut wie die der deutschen Zivilbevölkerung. Ihre Bevölkerungszahl nahm dann auch im Laufe des Krieges um mehr als 7 Prozent zu, während die anderen Völker einen hohen Blutzoll zu entrichten hatten.

Aber auch wirtschaftlich ging es den Tschechen genügend gut. Sie hatten Arbeitsplätze und verdienten gut. Deswegen gab es bis kurz vor Kriegsende keine namhaften Widerstandsgruppen. Die Agenten für das Attentat auf HEYDRICH mußten von England eingeflogen werden. Rudolf Pietsch wies auf Einzelheiten der Prager Wirtschaftslage hin. So habe die Einbindung der Protektorats-Wirtschaft in die Reichskriegswirtschaft einen großen wirtschaftlichen Aufschwung für das Protektorat gebracht. Zum Beispiel sei die vorher hypothekengeschüttelte tschechische Landwirtschaft innerhalb von zwei Jahren entschuldet gewesen.

Durch die Verlagerung großer Teile der deutschen Rüstungsindustrie nach dem zunächst vor Luftangriffen sicheren Böhmen und Mähren seien gewaltige Investitionen in das Land erfolgt, die nach 1945 unzerstört und ohne Übernahmekosten zur Verfügung gestanden hätten. Über 20 Milliarden Reichsmark seien so ins Land geflossen, dazu sei noch ein Elektrizitäts-Verbundsystem für ganz Böhmen und Mähren aufgebaut worden. Allein für die Werkzeugfabrik Gurein bei Brünn seien Infrastrukturmaßnahmen von 1,5 Milliarden Reichsmark aufgewendet worden. Diese Werte gelangten nach Kriegsende kostenlos in tschechischen Besitz und bewirkten, daß die Tschechoslowakei nach 1945 zu einem der größten Waffenlieferanten der Welt wurde.

In dem im Auftrag der Bayerischen Staatsregierung im Februar 1991 angefertigten Gutachten des österreichischen Völkerrechtlers Felix ER-MACORA zur Vertreibung der Sudetendeutschen werden die Vermögenswerte, die die Sudetendeutschen nach 1945 bei der Vertreibung verloren haben, auf 130 Milliarden DM beziffert.² Diese Werte fielen ebenso den Tschechen oder dem Prager Staat kostenlos zu. Weitere Angaben finden sich anderenorts³

Rolf Kosiek

¹ Rudolf PIETSCH-NIEDERMÜHL, Krailling, in: Leserbrief in: *Die Welt*, 19. 7. 1991.

Schrötter, »Brisantes Material für Bonn und Prag«, in: Schwäbisches Tagblatt, 1. 8. 1991.

³ Vgl auch Rolf Kosiek u. Olaf Rose (Hg.), Der Große Wendig, Bd. 2, Grabert, Tübingen

⁵2012, S. 428 f.

² Angabe in Gert

1938 wurden keine Tschechen vertrieben

¹ Johann Georg REISSMÜLLER, »Nicht um Materielles geht es«, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 21. 3. 1994.

² Friedebert VOLK, Usingen, in Lesebrief in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 29. 3. 1994. Es wird oft behauptet, nach dem Anschluß des Sudetenlandes an das Reich 1938 seien die Tschechen aus diesem Gebiet brutal vertrieben worden. So schrieb der angesehene Herausgeber der Frankfurter Allgemeinen Zeitung Johann Georg Reissmüller,¹ daß es im Herbst 1938 zu einer Vertreibung der »meisten Tschechen aus dem an Deutschland angeschlossenen Gebieten« gekommen sei. Das trifft aber nicht zu.

Richtig ist eher das Gegenteil: daß 1938 nach dem Münchener Abkommen keine Tschechen aus dem Abtretungsgebiet vertrieben wurden. Die meisten Tschechen, nämlich mehr als 300 000 Personen, blieben im Sudetenland und wurden dort geduldet, obwohl die Mehrheit von ihnen erst nach 1900 eingewandert war. Zurück gingen die vor allem in der Zeit nach 1918 eingewanderten Neusiedler, rund 115 000 Personen, vor allem Beamte, Lehrer oder Militärs. Geflohen sind 11 647 deutsche Antifaschisten, die aus dem Reich nach 1933 in die Tschechoslowakei emigriert waren, sowie 7325 Juden und 1000 »Sonstige«.²

Es gab zwar auch Fälle, in denen die Tschechen von deutschen Behörden aufgefordert wurden, das Sudetenland zu verlassen. Doch das geschah nicht willkürlich, sondern aufgrund des ab November 1938 gültigen »Vertrags zwischen dem Deutschen Reich und der Tschechoslowakischen Republik über Staatsangehörigkeits- und Optionsfragen«. In seinem Paragraph 2 heißt es: »Die Deutsche Regierung kann bis zum 10. Juli 1939 das Verlangen stellen, daß Personen nichtdeutscher Volkszugehörigkeit, die nach den Bestimmungen dieses Vertrages tschechoslowakische Staatsangehörige bleiben und seit dem 1. Januar 1910 in das mit dem Deutschen Reich vereinigte Gebiet zugezogen sind, sowie ihre die tschechoslowakische Staatsangehörigkeit besitzenden Abkömmlinge das Deutsche Reich innerhalb einer Frist von drei Monaten verlassen. Die tschechoslowakische Regierung wird diese Personen in ihr Gebiet aufnehmen.« Ebenso sicherte die tschechische Fassung der tschechoslowakischen Regierung das gleiche Recht gegenüber allen Deutschen in der restlichen Tschechoslowakei zu. Die Mitnahme der beweglichen Habe wurde garantiert bis auf Geld, Wertpapiere, Sammlungen und historisch wichtige Stücke. Die Immobilien wurden treuhänderisch verwaltet.

Insonderheit traten 1938 nicht die fürchterlichen Verbrechen der Vertreibung von 1945 auf.

Rolf Kosiek

Kritische Anmerkungen zu den Grenzen von 1937

In der Bundesrepublik wurde jahrzehntelang Deutschlands geographische Ausdehnung mehr oder weniger amtlich mit den Grenzen von 1937e definiert. Diese Definition fand sich unter anderen in Schulbüchern für die Fächer Geschichte und Erdkunde wie auf politischen Plakaten und galt ebenso für offizielle politische Publikationen zumindest bis in die siebziger Jahre. Immer wieder traf man im historischen und politischen Schrifttum der alten Bundesrepublik auf diesen bekannten, feststehenden Ausdruck, der entgegen üblicher Annahme jedoch nicht mit dem Völkerrecht begründet werden kann.

Tatsächlich ist die Festlegung Deutschlands auf die Grenzen von 1937e vollkommen willkürlich von den Siegermächten des Zweiten Weltkrieges bestimmt worden und ohne kulturellen, demographischen, sprachlichen, historischen oder geographischen Bezug. Bereits der Dialog zwischen US-Präsident Harry S. TRUMAN und Josef STALIN während der 2. Sitzung auf der Potsdamer Konferenz über die Frage, wie denn Deutschlands Grenzen künftig aufzufassen seien, belegt die Irrationalität der Grenzen von 1937 und hebt die Willkür hervor, selbige als völkerrechts-

gültige Grenzen Deutschlands zu veranschlagen.1

Warum eigentlich 1937? Warum sollten die Grenzen von 1938 oder die Grenzen von 1939 (zumindest bis zum offenen Kriegsausbruch) im völkerrechtlichen Sinne weniger Überlegung wert sein als die von den Alliierten willkürlich bestimmten Grenzen von 1937@ Warum sollte überhaupt eine deutsche Lösung ohne Österreich in Betracht gezogen werden? Was an dieser Stelle heute für politisch motivierte Gemüter bereits Köln 1968, S. 214 f., als Revanchismus aufgefaßt oder als imperialistische Großmannsucht verunglimpft werden mag, ist für Historiker und Völkerkundler, die ihr Fach wissenschaftlich verstehen, die einzige sachliche Schlußfolgerung, die aus historischen Tatsachen gezogen werden muß.

Österreich war Ende April 1945 von den Alliierten vom Reich abgetrennt und Wien in eine Viersektorenstadt umgewandelt worden. Bereits auf der Viermächtekonferenz (USA, Sowjetunion, China, Vereinigtes Königreich) am 1. November 1943 in Moskau waren sich die Alliierten über das Schicksal Österreichs einig gewesen. In einer Verlautbarung gaben sie bekannt, daß es das Ziel ihrer Regierungen sei, »die Unabhängigkeit Österreichs wiederherzustellen« und eine »endgültige Regelung« anzustreben. Sie machten es sich recht leicht, indem sie die Österreich am 13. März 1938 von Deutschland »aufgezwungene Annexion« kurzer-

¹ Vgl. Alexander FISCHER (Hg.), Teheran, Jalta, Potsdam. Die sowjetischen Protokolle von den Kriegskonferenzen der »Großen Drei«, sowie Claus NORD-BRUCH, Der deutsche Aderlaß. Alliierte Kriegspolitik gegen Deutschland nach 1945, Tübingen ³2012, S. 37 ff.

Kritische Anmerkungen zu den >Grenzen von 1937<

Im Juli 1945 legte das erste alliierte Kontrollabkommen für Österreich die Besatzungszonen fest.



² Vgl. Nikolaus von Preradovich, »Österreich vor und nach Mai 1945«, in: *Deutsche Geschichte*, Heft 18, 1995, S. 37.

³ Zitiert nach: Helmuth K. G. RÖNNEFARTH U. Heinrich EULER (Hg.), Konferenzen und Verträge, Teil II, Band 4a: Neueste Zeit 1914–1959, Würzburg ²1959, S. 216 f.

hand für null und nichtig erklärten² und bei ihrer Begründung eine geradezu erschreckende Geschichtsunkenntnis offenbarten, die mit einer unerträglichen Arroganz einherging: Die Alliierten »betrachten sich selbst in keiner Weise an irgendwelche Veränderungen gebunden, die in Österreich seit jenen Tagen vorgenommen worden sind. Sie erklären, daß sie ein freies und unabhängiges Österreich wiederhergestellt zu sehen wünschen, um so dem österreichischen Volk selbst und allen jenen seiner Nachbarstaaten, die ähnliche Fragen zu lösen haben werden, den Weg zu öffnen, jene politische und wirtschaftliche Sicherheit zu finden, die die einzige Grundlage für einen dauerhaften Frieden ist. Österreich wird aber daran erinnert, daß es wegen der Teilnahme am Kriege an der Seite HITLER-Deutschlands (Hitlerite Germany) eine Verantwortung trägt, der es sich nicht entziehen kann, und daß bei der endgültigen Regelung sein eigener Beitrag zu seiner Befreiung unweigerlich in Betracht gezogen werden wird«.3 Diese rein politisch begründete, aber geschichtswissenschaftlich unhaltbare alliierte Auffassung über die historischen Entwicklungen fand ihren direkten Niederschlag in der sogenannten »Proklamation über die Selbständigkeit Österreichs« vom 27. April 1945.

1983 hatte Andreas MÖLZER, zu dieser Zeit Redakteur in Wien, die manipulierte Stimmung in Deutschland, hier am Beispiel zur Zeit der Abtrennung Österreichs vom Deutschen Reich, noch durchaus richtig erfaßt: »Klammheimlich versuchte man in Österreich, sich nach 1945 aus dem deutschen Schicksal davonzustehlen. Zu diesem Zwecke wurde die Geschichte einfach umgelogen: Im Frühjahr 1945 kamen nicht die Armeen der Sieger ins Land, sondern jene der ›Befreier, und ›befreit wurde man nicht nur vom totalitären Regime des Nationalsozialismus,

Kritische Anmerkungen zu den >Grenzen von 1937«

sondern primär von den Deutschen. Man war ja nicht Teilhaber an der deutschen Katastrophe, sondern das erste Opfer des imperialistischen Hitlerfaschismuse und gehörte damit beinahe schon wieder zu den Siegermächten. Opportunismus, Feigheit, jene Mentalität also, wie sie Helmut QUALTINGER in seinem Herrn KARL so treffend charakterisiert, feierten in Österreich fröhliche Urständ, tarnten sich als biedermeierliche Wein- und Walzerseligkeit, liebedienerten, biederten sich den Besatzern an und hielten sich im übrigen nach Möglichkeit an deutschem Eigentum und deutschen Bürgern schadlos, die radikal und rücksichtslos abgeschoben wurden. Was Wunder, daß es mit dem Bewußtsein einer gemeinsamen Deutschen Nation nicht weit her war, daß die Apologeten einer vösterreichischen Nation« leichtes Spiel hatten.«4

Dem ist lediglich hinzuzufügen, daß außer den aus dem Exil zurückkehrenden Kommunisten auch und gerade die Demokraten der inneren Emigration, also zumeist Opportunisten, die »schon immer dagegen gewesen waren«, sowie die reaktionären Anhänger der Monarchie um Otto von Habsburg die Loslösung vom Reich propagiert oder gutgeheißen hatten, wobei letzterer sogar in der Berater schar Roosevelts mit-

gewirkt hatte.

In Mitteldeutschland stellten sich Genossen wie Pieck, Grotewohl und Ulbricht willig der Besatzungsmacht zur Verfügung. Wilhelm PIECK, ehemaliger Deserteur und Gründungsmitglied der KPD, avancierte zum ersten Staatspräsidenten der DDR. Otto GROTEWOIIL, ehemaliger Reichstagsabgeordneter der SPD, stieg zum Ministerpräsidenten der DDR auf und erwies sich als der entscheidende Motor zur Vereinigung der SPD mit der KPD zur SED. Walter UL-BRICHT, ehemaliger Reichstagsabgeordneter der KPD und Emigrant in Prag und Moskau, besetzte das Amt des Generalsekretärs der SED und saß somit auf dem höchsten Posten der SBZ und dann der. DDR.

In den westlichen Zonen und in der Bundesrepublik setzte sich vor Fotomontage zur Verallem Konrad Adenauer durch, der während der Weimarer Republik sowohl vom Katholizismus als auch von der rheinischen Separatistenbewegung geprägt worden war. Deutsche Interessen zu vertreten, war nicht immer seine Sache. So lehnte er als späterer bundesdeutscher Politiker sogar die Rückkehr des Saarlandes nach Deutschland ab. Andererseits ist dieser CDU-Politiker maßgeblich verantwortlich für die Vereinbarun-

⁴ Andreas MÖLZER, »... das ganze Deutschland soll es sein!« in: Deutsche Monatshefte, Heft 4, 1983, S. 14 f.



einigung von KPD und SPD, Berlin 21./ 22. 4. 1946; PIECK und GROTEWOHL.

Kritische Anmerkungen zu den >Grenzen von 1937«

⁵ Vgl. Claus NORD-BRUCH, *Der deutsche Aderlaß*, aaO. (Anm. 1), S. 402 ff. gen über die Wiedergutmachungsleistungen, die sich als Öffnung der Büchse der Pandora entpuppen sollten.⁵ Auch die militärische Integration Westdeutschlands in die NATO fällt in seinen Verantwortungsbereich. In Adenauer hatten die Westalliierten einen geradezu fanatischen Anhänger der Westintegration gefunden, der in der Selbstaufgabe als Deutscher, die vergleichsweise der Bereitschaft zur Mitarbeit der SED-Politiker gegenüber der Sowjetunion um nichts nachstand, seine Berufung sah.

Begegnen wir der Frage nach der völkerrechtlichen Verbindlichkeit der Grenzen vom 31. Dezember 1937 nun direkt! Warum sollte die 1935 mit dem Saarland erfolgte und selbst von den 1937er« Anhänger akzeptierte Wiedervereinigung völkerrechtlich gesehen unantastbarer sein als der von der überwiegenden Mehrheit des deutschen Volkes befürwortete und unterstützte Anschluß Österreichs drei Jahre später? Und inwiefern sollte die ebenso vom Volk getragene Heimführung des Sudetenlandes 1938 und des Memellandes 1939 völkerrechtlich gesehen weniger Gültigkeit haben als die 1936 erfolgte Befreiung des Rheinlandes? Vier wesentliche Umstände hatten alle diese vom Selbstbestimmungsrecht der Völker gedeckten und international anerkannten Gebietsrevidierungen gemein:

- 1. Es handelte sich historisch wie demographisch gesehen um fast ausschließlich deutsche Gebiete, die aufgrund des Versailler Diktats entweder von Deutschland abgetrennt oder denen eine Vereinigung mit Deutschland verboten oder vorenthalten worden war.
 - 2. Die historischen Korrekturen gingen friedlich vonstatten.
- 3. Die Änderungen oder Abstimmungen standen unter Aufsicht des Völkerbundes oder wurden in Wahlen bestätigt.

4. Die jeweiligen Ergebnisse dieser Wahlen und Abstimmungen waren ohne Ausnahme eindeutige Bekenntnisse zu Deutschland.

Rufen wir uns die geschichtlichen Tatsachen im Schnelldurchlauf ins Gedächtnis zurück: Das Saarland stimmte am 13. Januar 1935 ab, wobei sich die Saarländer zwischen drei Möglichkeiten entscheiden mußten: Beibehaltung des Status quo, die Vereinigung mit Frankreich oder die Vereinigung mit Deutschland. Internationale Truppenkontingente, bestehend aus britischen, niederländischen, schwedischen und italienischen Soldaten, sicherten die Wahlurnen und brachten sie zur Auszählung nach Saarbrücken. 48 Stunden später wurde das Abstimmungsergebnis bekanntgegeben: 0,4% der Saarländer (2124 Stimmen) hatten sich für Frankreich entschieden, 8,8% (46219 Stimmen) wollten den seit 15 Jahren herrschenden quasi Besatzungszustand und 478 121 Saarländer (90,8%) stimmten für die Rückkehr in das Deutsche Reich. Das Ergebnis war eindeutig: Die Saarländer hatten sich unter den kontrollierenden Augen der Welt machtvoll für Deutschland entschieden.

Kritische Anmerkungen zu den ›Grenzen von 1937«



7. März 1936: Einheiten der Wehrmacht besetzen die entmilitarisierte Rheinlandzone: Die ersten Truppen marschieren in Koblenz ein. Foto: Carl Weinrother.

Als direkte Antwort auf den am 26. Februar 1936 unterzeichneten Französisch-Sowjetischen Beistandspakt marschierte die Deutsche Wehrmacht im Morgengrauen des 6. März 1936 in das Rheinland ein - um Stärke vorzutäuschen, unter anderem mit Panzerattrappen aus Holz und Pappe – und berichtigte ohne Blutvergießen ein Unrecht aus Versailler und Locarnozeiten. Die bis dahin sogenannte Entmilitarisierte Zone des Rheinlandes war wieder in deutscher Hand. In einer anschließenden Reichstagsrede verdeutlichte Adolf HITLER den aus deutscher Sicht notwendigen Schritt. Der deutsche Reichskanzler erklärte sich bereit, umgehend mit Belgien und Frankreich in Verhandlungen einzutreten und mit beiden Ländern einen Friedensvertrag abzuschließen. Nach seiner Rede wurde der Reichstag aufgelöst und eine Neuwahl ausgeschrieben, bei der die Deutschen sich zur »Wiederherstellung der nationalen Ehre und Souveränität des Reiches« äußern sollten. Von den fast 45,5 Millionen Wahlberechtigten stimmten am 29. März 98,8% für die unkonventionelle Rheinlandaktion.

1919 war Deutsch-Österreich die Vereinigung mit dem Deutschen Reich von den Alliierten völkerrechtswidrig verboten worden. Am 12. März 1938 um 8 Uhr marschierten reichsdeutsche Truppen unter stürmischem Jubel in das vom Bankrott und von Revolution bedrohte austrofaschistische Österreich ein. Adolf Hitler selbst passierte mit seiner Wagenkolonne um 15 Uhr 30, über Simbach kommend, bei seiner Geburtsstadt Braunau am Inn die bayerisch-oberösterreichische Grenze. Die Österreicher hatte ein Freudentaumel erfaßt, wie er in der gesamten

Kritische Anmerkungen zu den >Grenzen von 1937«

österreichischen Geschichte wohl kaum seinesgleichen finden dürfte. Die Kirchenglocken im ganzen Land läuteten unaufhörlich, die Straßen glichen einem Blumenmeer. Die deutschen Truppen wurden überall mit frenetischem Beifall, ja einer geradezu hysterischen Begeisterung begrüßt. Am 10. April 1938 fand eine freie und geheime Volksabstimmung unter den deutschen Männern und Frauen Österreichs über die Frage der Wiedervereinigung mit dem Deutschen Reich statt. Wenige Tage zuvor bekannte der sozialdemokratische, ehemalige Nationalratspräsident Karl RENNER: »Nun ist die 20jährige Irrfahrt des österreichischen Volkes beendet, und es kehrt geschlossen zum Ausgangspunkte, zu seiner feierlichen Willenserklärung vom 12. November 1918 zurück. Das traurige Zwischenspiel des halben Jahrhunderts 1866 bis 1918 geht hiermit in unserer tausendjährigen gemeinsamen Geschichte unter. «6 Ferner gestand er: »Ich müßte meine ganze Vergangenheit als theoretischer Vorkämpfer des Selbstbestimmungsrechtes der Nationen wie als deutschösterreichischer Staatsmann verleugnen, wenn ich die große geschichtliche Tat des Wiederzusammenschlusses der deutschen Nation nicht freudigen Herzens begrüßte.«7

⁶ Zitiert nach: Illustrierte Kronenzeitung v. 3. 4. 1938.

⁷ Zitiert nach: Helfried Pfeifer, Werden und Wesen der Republik Österreich, Wien ³1988, S. 75.

Von den knapp viereinhalb Millionen wahlberechtigten Österreichern stimmten lediglich 11807 gegen, aber 4443 208 Volksgenossen für den Anschluß an das Deutsche Reich und erfüllten damit auf beeindruckende Weise das seit 1919 vorenthaltene Recht der Deutsch-Österreicher auf Selbstbestimmung.

Auch den Sudetendeutschen wurde seit Ende des Ersten Weltkrieges das Selbstbestimmungsrecht vorenthalten. Anstatt sich der Republik Deutsch-Österreich anschließen zu dürfen, wurden die Sudetendeutschen in die soeben künstlich geschaffene Tschechoslowakei gezwungen. Die Deutschen stellten in diesem Vielvölkerstaat etwa ein Viertel der Gesamtbevölkerung dar und sollten knapp zwanzig Jahre lang in sozialer, kultureller und politischer Hinsicht behindert oder unterdrückt werden. Massenarbeitslosigkeit, Unterernährung und Unterdrückung der deutschen Sprache in der Tschechoslowakei waren an der sudetendeutschen Tagesordnung. 1935 formierten die Sudetendeutschen ihren Widerstand verstärkt in der Sudetendeutschen Partei unter Führung Konrad HEN-LEINS. Erst hiermit gewannen die Anliegen der deutschen Volksgruppe und die unzumutbaren Zustände in der tschechoslowakischen Republik international mehr Publizität. Die am Völkerrecht ausgerichteten, berechtigten Forderungen der Sudetendeutschen waren: Gleichberechtigung der Deutschen, Anerkennung der deutschen Volksgruppe als Rechtspersönlichkeit, Anerkennung des geschlossenen deutschen Siedlungsgebietes, deutsche Selbstverwaltung in diesem Teil des Landes, Minderheitenschutz für die deutschen Sprachinseln, Wiedergutmachung des seit 1918

Kritische Anmerkungen zu den ›Grenzen von 1937«

an Deutschen verübten Unrechtes, deutsche öffentliche Angestellte im deutschen Bereich, freies Bekenntnis zum deutschen Volkstum und zur deutschen Weltanschauung.⁸ Alle diese Rechte wurden von seiten der Tschechen entweder ignoriert oder aber verletzt.

Als die Sudetenkrise ihren Höhepunkt erreicht hatte, schickte die britische Regierung ihren ehemaligen Handels- und Wirtschaftsminister Walter RUNCIMAN als Vermittler am 3. August 1938 nach Prag, der nach Überprüfung der Tatsachen und Verhältnisse in der Tschechoslowakei bekannte, ein starkes Mitgefühl für die Sache der Sudetendeutschen zu haben: »Es ist ein hartes Los, von einem fremden Volk beherrscht zu werden, und ich bin den Eindruck nicht losgeworden, daß die tschechoslowakische Herrschaft im Sudetengebiet in den vergangenen zwanzig Jahren zwar nicht aktiv bedrückend und sicherlich nicht sterroristische war, aber doch gekennzeichnet wurde von Taktlosigkeit, von Mangel an Verständnis, kleinen Unduldsamkeiten und Diskriminierungen, und das alles in einem Maß, daß der Groll der deutschen Bevölkerung unvermeidlich zur Revolte drängte. Tschechische Beamte und tschechische Polizei, die wenig (oder kein) Deutsch sprechen, wurden in großer Zahl in rein deutschen Bezirken eingesetzt; tschechische Landwirte wurden aufgefordert, sich auf Ländereien anzusiedeln, die durch die Landreform mitten im deutschen Siedlungsgebiet übereignet (beschlagnahmt) worden waren; ... ganz allgemein herrscht die Ansicht, daß tschechische Firmen vor den deutschen mit Staatsaufträgen bevorzugt wurden und daß der Staat Arbeit bereitwilliger für Tschechen als für Deutsche beschaffte. Ich halte diese Beschwerden im wesentlichen für berechtigt.«9

Am 29./30. September 1938 unterzeichneten die Regierungschefs Deutschlands, Großbritanniens, Italiens und Frankreichs das sogenannte Münchener Abkommen, das die Abtrennung des Sudetenlandes vom künstlich geschaffenen tschechoslowakischen Vielvölkerstaatsverband und seine Rückkehr ins deutsche Mutterland beschloß. Sowohl in Frankreich als auch in Großbritannien wurde das Abkommen mit großer Mehrheit in der Kammer und im Unterhaus angenommen und ratifiziert. Wie der Sudetendeutsche Rat im Juli 1973 in seiner Erklärung zum »Vertrag über die gegenseitigen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik« mit Recht ausdrücklich hervorhob: Das Münchener Abkommen von 1938 war gültig zustande gekommen, und dadurch waren die sudetendeutschen Gebiete Bestandteil des Deutschen Reiches geworden. 10

Im März 1939 unterzeichneten der deutsche Außenminister Joachim von Ribbentrop und dessen litauischer Kollege Juozas Urbsys den Vertrag, der die friedliche Rückkehr des Memellandes zu Deutschland beschloß. Am 23. März 1939 wurde die Wiedervereinigung des Memellan-

⁸ Vgl. Rolf Kosiek, Deutsches Land in fremder Hand, Rosenheim 1982, S. 173.

⁹ Hanns Hertl (Hg.), Der »Brünner Todesmarsch« 1945. Eine Dokumentation, Schwäbisch Gmünd 1998, S. 17.

¹⁰ Vgl. Walter BECHER, Reden zum Sudetendeutschen Tag 1968–1979, München 1979, S. 135.

Kritische Anmerkungen zu den >Grenzen von 1937«

des mit Deutschland verkündet. Damit war das Unrecht vom 30. Juli 1924, dem Tag, an dem das Memelland vom Deutschen Reich abgetrennt und den dortigen Deutschen eine fremde Staatsbürgerschaft aufgezwungen worden war, berichtigt worden. Ebenfalls im März 1939 ließ



Das Memelland wird an das Deutsche Reich zurückgegeben: Reichsaußenminister Joachim von Ribbentrop unterschreibt den entsprechenden Vertrag am 22. März 1939. Links im Bild: Litauens Außenminister Juozas Urbsys.

¹¹ Vgl. ebenda, S. 51.

12 Zitiert nach: Karl Dietrich Erdmann, Das Ende des Reiches und die Entstehung der Republik Österreich, der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik, München 1980, S. 161.

Deutschland Polen wissen, daß es bereit sei, auf den sogenannten Korridor – das nach dem Ersten Weltkrieg von Deutschland abgetrennte Westpreußen und Posen – zu verzichten, unter der Voraussetzung, daß Danzig wieder an das Mutterland angegliedert und eine exterritoriale Autobahn- und Eisenbahnverbindung zwischen Ostpreußen und dem Reich geschaffen werde. Die Westgrenze Polens wäre seitens Deutschlands damit anerkannt und garantiert worden. Die Polen lehnten ab.

In freier Selbstbestimmung vollzogen die Danziger daraufhin am 1. September 1939 die Wiedervereinigung mit Deutschland.

Damit steht unverrückbar fest: Bis zum Kriegsbeginn im September 1939 waren die Revisionen bezüglich der ins Deutsche Reich zurückgekehrten Gebiete – das Saarland, das Rheinland, Österreich, das Sudetenland, das Memelland und Danzig – sowohl völkerrechtlich gültig als auch international anerkannt.

Das Bekenntnis zu diesen deutschen Gebieten war und ist weder revanchistisch, noch hatte ein solches je etwas mit einer parteipolitischen Ausrichtung zu tun. Die SPD beispielsweise trat zu den Landtagswahlen 1946 in Schleswig-Holstein unter anderem mit dem Wahlspruch an: »Lübecker! Deutsche! Von Memel bis Saarbrücken die freie, geeinte Deutsche Republik! Darum wählt Sozialdemokraten!« Der SPD-Spitzenpolitiker Carlo Schmid hob 1949 im Parlamentarischen Rat sogar hervor, daß selbst das Grundgesetz für Deutschland von Königsberg bis Lörrach Geltung habe.11 Auch die FDP gab sich anfangs noch betont gesamtdeutsch. Auf ihrem Bremer Parteitag vom Juni 1949 ließ sie verlautbaren: »Jede Behandlung der Fragen der Heimatvertriebenen ist für die Freie Demokratische Partei verbunden mit der Forderung der Rückgabe der Gebiete Deutschlands ostwärts der Oder-Neiße-Linie. Die Freie Demokratische Partei wird einer Verewigung der jetzigen Regelung niemals zustimmen, sondern unablässig ihre Bemühungen darauf richten, daß den Heimatvertriebenen ihre alte Heimat wiedergegeben wird.«12 Starke Worte, die sich wenige Jahre später in Schall und Rauch auflösten.

Dieses Scheinheiligtum wurde von allen Bonner Parteien praktiziert.

Kritische Anmerkungen zu den ›Grenzen von 1937«

Am 17. August 1951 erklärte Kurt Schumacher, der Vorsitzende der SPD, noch großspurig: »Die deutsche Sozialdemokratie hat 1945 als er-

ster Faktor Deutschland und der Welt erklärt: Die Oder-Neiße-Linie ist unannehmbar als Grenze. Ich erkläre weiter: Keine deutsche Regierung und keine deutsche Partei kann bestehen, die die Oder-Neiße-Linie anerkennt.« Seine eigene Partei sollte keine 20 Jahre später diesen Grundsatz ad absurdum führen. Noch im Iuni 1962 versicherte der SPD-Vorstand den Schlesiern anläßlich ihres Deutschland-Treffens in Köln: »Breslau, Oppeln, Gleiwitz, Hirschberg, Glogau, Grünberg, das sind nicht nur Namen, das sind lebendige Erinnerungen, die in den Seelen von Generationen verwurzelt sind und unaufhörlich an unser Gewissen klopfen. Verzicht ist Verrat. Wer wollte das bestreiten... Das Recht auf Heimat kann man nicht für ein Linsengericht verhökern. Niemals darf hinter dem Rücken der aus ihrer Heimat vertriebenen oder geflüchteten Landsleute Schindluder getrieben werden. Der Wiedervereinigung gilt unsere ganze Leidenschaft.«



Und als ob diese Stellungnahmen – von heute gesehen – nicht schon grotesk genug gewesen wären, setzte ausgerechnet Herbert WEHNER 1964 noch einen drauf: »Die einseitige Grenzziehung entlang der sogenannten Oder-Neiße-Linie und die damit verbundene Annexion deutschen Gebiets ist für uns Sozialdemokraten nicht rechtskräftig.«¹³ Wenige Jahre später unterzeichnete die liberal-sozialdemokratische Bundesregierung die sogenannten Ostverträge – und verzichtete auf Ostdeutschland für weniger als ein Linsengericht, was freilich sie allein zu verantworten hat, denn an der völkerrechtlichen Lage Deutschlands hat auch dieser sowohl einseitige als auch unbefugte Verzicht nichts ge-

Die deutsch-polnische Grenze auf der Konferenz von Potsdam 1945. Aus: Michael A. Hartenstein, Die Geschichte der Oder-Neiße-Linie, München ²2007. Stalin setzte die polnisch-sowjetische Forderung durch.

¹³ Alle Zitate nach: Hellmut DIWALD, *Deutschland einig Vaterland*, Frankfurt/M.–Berlin ⁴1991, S. 124 f.

Kritische Anmerkungen zu den >Grenzen von 1937«



ändert. 14 Dasselbe gilt im übrigen auch für den Verzicht des ›Kanzlers der Deutschen Einheit (Helmut Kohl, der 1990 das Angebot Michail Gorbatschows ausschlug, den nördlichen Teil Ostpreußens, also den unter russischer Verwaltung stehenden Teil Ostpreußens, »zurückzukaufen« und der Bundesrepublik anzuschließen. 15

An der geographischen Nachkriegsaufteilung des Deutschen Reiches hat sich bis heute nichts Grund-



Oben: Demonstration im Jahre 1970 gegen die Anerkennung der Oder-Neiße-Linie. *Unten:* Wahlplakat der CDU im Jahre 1947.

legendes verändert. Auch der Beitritt der DDR zur Bundesrepublik hat diesbezüglich kein Gewicht. Deutsche Interessen wurden und werden hier wie dort nicht vertreten. In gesamtdeutschem Sinne, und eben nicht aus dem Blickwinkel der alten oder neuen Bundesrepublik, der ehemaligen DDR oder der Republik Österreich heraus, ist die Lage Deutschlands zu betrachten und zu beurteilen – ganz ähnlich wie dies der österreichische Bundeskanzler Bruno Kreisky gegenüber der Illustrierten Stern am 28. September 1980 bekannte: »Meine Herren, die Russen denken anders. Für sie ist Deutschland heute nicht zweigeteilt, sondern viergeteilt: Bundesrepublik, DDR, östlich Oder/Neiße und Österreich.« Aus der selben Sichtweise ist es berechtigt festzustellen, daß demnach Deutschland heute dreigeteilt ist, denn die politischen Geschehnisse seit den neunziger Jahren, mögen sie auch noch so sehr die Grenzziehungen in Europa verändert und zu einem bedeutenden Teil auch begangenes Unrecht korrigiert haben, berühren den völkerrechtlichen Bestand Deutschlands nicht. Die bisher erfolgten Veränderungen, vor allem in Osteuropa und im ostmitteleuropäischen Raum, beispielsweise die Wiederherstellung der baltischen Staaten und der Slowakei, können als willkommene Korrekturen. aber eben nicht als letzter Schritt in der Gesamtkorrektur des seit 1945 begangenen Unrechts angesehen werden. Selbst wenn die bundesdeutschen Nachkriegspolitiker in ihren Bestrebungen jeder 1937er Vision nachgekommen wären, stünden heute kaum weniger ungelöste Fragen an, die im übrigen erst nach der Überwindung des Globalismus beantwortet werden dürften. Claus Nordbruch

¹⁴ Vgl. Claus NORDBRUCH, *Der deutsche Aderlaß*, aaO. (Anm. 1), S. 444 ff.

¹⁵ Vgl. http://www.ostdeutsches-forum.net/aktuelles/2010/PDF/Gorbatschow-bot-1990-Koenigsberg-Bonn-zum-Kauf-an.pdf

Das Verhältnis von Waffen-SS und Wehrmacht

Über die Waffen-SS herrschen in der Öffentlichkeit weithin falsche Vorstellungen. Ihre Männer, die nur als Soldaten tätig waren, hatten mit den KZ-Bewachern, die der allgemeinen SS angehörten, nichts zu tun.

Die aus der SS-Verfügungstruppe im Januar 1940 als Kampfverbände für den Fronteinsatz hervorgegangene und vom Reichsführer-SS Heinrich HIMMLER gebildete Waffen-SS war ein Teil der Wehrmacht. Sie unterstand ihrer Verwaltung und ihrer Disziplinargewalt. An der Front unterstand sie der Heeresführung. Ihre Männer waren nicht Mitglieder in einer Partei, sondern Soldaten des Deutschen Reiches, Sie wurden vom Deutschen Reich besoldet, nicht von einer Partei. Sie hatten einen Dienstvertrag mit dem Deutschen Reich abgeschlossen. Sie hatten keine Mitgliedsausweise, sondern bekamen das Soldbuch wie jeder deutsche Soldat. Sie trugen auch dieselben Erkennungsmarken wie die Angehörigen der Wehrmacht. Ihre Ausbildung erfolge nach der Heeres-Dienstvorschrift (HDV), nicht nach Anweisungen der Partei. Auf sportliche und körperliche harte Ausbildung wurde Wert gelegt. Auch die Ausrüstung geschah mit denselben Waffen, Geräten und Fahrzeugen nach denselben Richtlinien und Vorschriften des Heeres. Die Verpflegung kam von den Heeres-Verpflegungsämtern. Den Generalkommandos des Heeres stand ein Besichtigungsrecht über die SS-Einheiten zu, das auch durchaus wahrgenommen wurde. Umfangreichere Übungen, zum Beispiel mit Artillerie, wurden gemeinsam mit Einheiten des Heeres und auf Übungsplätzen des Heeres durchgeführt. An der Front kämpften die Einheiten der Waffen-SS neben denen des Heeres. Sie waren »Soldaten wie andere auch«. Die Waffen-SS hatte eine eigene Gerichtsbarkeit.

Die Waffen-SS hatte einen besonderen Ehrenkodex entwickelt. So wurden die Spinde (Schränke in der Kaserne) mit dem persönlichen Eigentum und Geldsachen nicht abgeschlossen. Kameradendienstahl wurde schwer bestraft. Zur besonderen Ausbildung standen der Waffen-SS die Von oben: Sepp Diet-Junkerschulen in Bad Tölz, Braunschweig, Klagenfurt und Prag zur Verfügung, wo auch weltanschauliche Bildung vermittelt wurde.

Männer der Waffen-SS hatten auch eine besondere Vorstellung von militärischer Elite und galten als Elitetruppe. Deswegen kamen zunächst nur Freiwillige in diese Truppenteile. Die einzelnen der 38 Divisionen hatten Eigennamen nach Persönlichkeiten ()Prinz Eugens,)Florian Geyer, ›Götz von Berlichingen (), Einrichtungen ()Leibstandarte Adolf Hitlers, ›Hitlerjugends), Regionen (›Nordlands, ›Nederlands), Völkern (›Wiking ()Hohenstaufen (). Sie hatten auch bis zum Kriegsende den Ruf, eine besonders tapfere und fair kämpfende Truppe zu sein, die gern an brenz-





RICH und Paul HAUSSER.

Das Verhältnis von Waffen-SS und Wehrmacht

ligen Teilen der Front eingesetzt wurde. Die Männer der Waffen-SS erhielten die Blutgruppe unter der linken Achsel eintätowiert, damit im Bedarfsfalle sofort die Blutgruppe zum Blutspenden für Verwundete vorlag. Das führte dazu, daß die Gegner die SS-Männer bei Gefangennahme aussortierten und teilweise liquidierten. Auch im Nachkriegsdeutschland wurden die Männer mit der Blutgruppe unter dem Arm unberechtigt diskriminiert.

Im allgemeinen wurde die SS »von vorne« geführt, das heißt, die Vorgesetzten standen mit in vorderster Front. Das galt selbst für die Oberstgruppenführer (Generalobersten) wie Paul HAUSSER oder Sepp DIETRICH zum Beispiel. Auch deswegen kamen viele Freiwillige zu ihr. So machte während seiner Kanzlerzeit Helmut SCHMIDT einmal die Bemerkung, daß ihm an der Front immer wohl gewesen sei, wenn eine Einheit der Waffen-SS in der Nähe gelegen habe.

Im Rahmen der Waffen-SS kämpften auch viele Ausländer als Freiwillige gegen den Bolschewismus. Insgesamt standen mindestens 1,5 Millionen Europäer¹ auf deutscher Seite im Kampf vor allem gegen den Osten und zur Verteidigung Europas vor der Roten Armee, davon mehr als 200 000 in den Divisionen der Waffen-SS, ebenso mehr als 310 000 Volksdeutsche. Ende 1944 gab es rund 910 000 Männer der Waffen-SS. Sie hatten bei Kriegsende rund 235 000 Gefallene und Vermißte zu beklagen.

In den Kreisen der Waffen-SS entstanden gegen Kriegsende auch parteikritische Strömungen, die sich aber nicht mehr auswirken konnten.

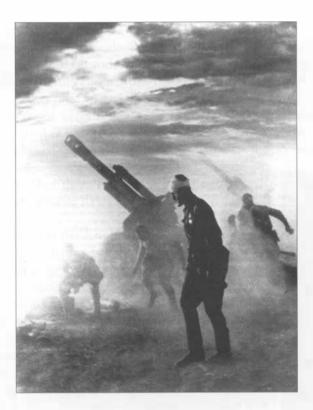
Das Offizierskorps fühlte sich teilweise als eine besondere Gemeinschaft, als ein Orden. So trägt eines der führenden, wenn auch einseitigen Bücher über die SS von Heinz HÖINE den Titel *Der Orden unter dem Totenkopf* (Gütersloh 1967). Von den vom Reichsführer SS Heinrich HIMMLER vertretenen Gedanken im Zusammenhang mit Rassegesetzen und Verherrlichung der Vorzeit blieb die Waffen-SS weitgehend verschont.

Wegen ihrer besonderen Tapferkeit wurden die Einheiten der Waffen-SS vom Gegner gefürchtet. Gefangene wurden oft allein wegen ihrer SS-Zugehörigkeit erschossen. Über die Besonderheiten der Waffen-SS und ihre Unterschiede zur Allgemeinen SS sagte Dr. Reinecke vor dem Internationalen Militärtribunal in Nürnberg ausführlich aus.²

Rolf Kosiek

¹ Hans Werner Neulen, An deutscher Seite. Internationale Freiwillige von Wehrmacht und Waffen-SS, Universitas, München 1985, S. 18.

² Internationaler Militärgerichtshof (IMT) (Hg.), Der Nürnberger Prozeß, Nürnberg 1949, Bd. XX, S. 453–487.



Zweiter Weltkrieg

Von bundesdeutschen Politikern wird seit längerer Zeit bei ihren Reden, vor allem im Ausland, betont, daß Deutschland den Zweiten Weltkrieg herbeiführte und das Reich daher die Schuld an dem Völkerringen habe. Beispiele sind die Reden der Bundeskanzlerin in Danzig oder Warschau im Jahre 2011 oder die Äußerungen des Bundespräsidenten GAUCK bei seinem Besuch in Polen oder in Israel im Frühjahr 2012.

Doch diese Aussagen verfälschen die Geschichte. Der angesehene englische Militärhistoriker Oberst LIDDELL HART schreibt zu Recht: »Für das Nürnberger Tribunal genügte die Annahme, Ausbruch und Auswei-

tung des Krieges seien einzig und allein Hitlers Aggressionen zuzuschreiben. Aber diese Erklärung ist zu einfach.« Er fährt fort: »Ein neuer großer Krieg war das letzte, was Hitler wollte.«¹

Ausführlich begründet der Engländer dann, wie es zu dem Ausbruch des Krieges dennoch kam. Nicht HITLER war der Treibende zum Krieg. Erst recht wollte er keinen Krieg mit den Westmächten. Großbritannien und Frankreich erklärten denn auch am 3. September 1939 dem Deutschen Reich den Krieg und machten damit aus dem lokalen Polenfeldzug einen großen europäischen Krieg. In der manipulierten Volksmeinung der Bundesbürger herrscht dagegen die falsche Ansicht, daß HITLER Frankreich züberfallen habe und nach dem Frankreichfeldzug nach England übersetzen wollte, dessen Armee er in Dünkirchen zunverständlicherweises laufen ließ.

Die Reichsregierung wollte keinen großen Krieg. LIDDELL HART klärt darüber auf: »Sein (HITLERS) Volk, und zumal seine Generale, schreckten vor jedem derartigen Risiko zurück;

ihnen saß noch der Erste Weltkrieg in den Gliedern. Wenn man dies ausspricht, sollen nicht die Aggressivität Hitlers und vieler Deutscher, die seiner Führung willig folgten, entschuldigt werden. Hitler kannte gewiß keine Skrupel, aber lange Zeit ließ er in der Verfolgung seiner Ziele große Vorsicht walten. Die führenden Militärs waren noch zurückhaltender und vermieden alles, was einen allgemeinen Konflikt auslösen konnte.«²

Der britische Historiker fügt sogar noch hinzu: »Die deutschen Archive, die nach dem Krieg beschlagnahmt und der Forschung zugänglich gemacht wurden, lassen sogar eine ausgesprochene Nervosität in der

¹ Basil LIDDELL HART, Geschichte des Zweiten Weltkrieges, Econ, Düsseldorf— Wien 1970, S. 18 (Original: History of the Second World War, Cassell &Company Ltd., London 1970).



Basil Henry LIDDELL HART. Gemälde von Hein HECKROTH. 1939, National Portrait Gallery, London.

² Ebenda.

³ Ebenda.

⁴ Siehe Rolf Kosiek u. Olaf Rose (Hg.) *Der Große Wendig*, Bd. 4, Grabert, Tübingen ²2012, S. 653–657.

⁵ LIDDELL HART, aaO. (Anm.1), S. 18.

Wehrmachtsführung und erhebliche Zweifel an Deutschlands Fähigkeit erkennen, einen großen Krieg zu führen.«³

Dazu ist zu ergänzen, daß auch heute, 70 Jahre später, manche alliierte Dokumente, die die Westmächte belasten dürften, noch nicht veröffentlicht worden sind und weiter unter Verschluß gehalten werden.⁴

Als Militärgeschichtler gibt LIDDELL HART dazu mehrere Beispiele: »Als sich HITLER 1936 anschickte, die entmilitarisierte Zone des Rheinlandes zu besetzen, warnten seine Generale vor den Reaktionen, die dieser Entschluß bei den Franzosen auslösen könnte. Auf diesen Protest hin überschritten zunächst nur einige wenige Einheiten symbolisch den Rhein, um die Windrichtung zu prüfen. Als HITLER Truppen zur Unterstützung FRANCOS in den Spanischen Bürgerkrieg entsenden wollte, warnten die Generale wieder vor den damit verbundenen Risiken, und die Militärhilfe blieb daraufhin begrenzt. Erst bei der Besetzung Österreichs im März 1938 setzte er sich über ihre Befürchtungen hinweg.«⁵ Auch in der Sudetenkrise im September 1938 hätten die deutschen Generale vor den Risiken gewarnt: »HITLER aber versicherte den Generalen, Frankreich und Großbritannien würden nicht für die Tschechoslowakei in den Krieg ziehen.« Und er behielt am Ende Recht: Die Sudetenkrise ließ sich einvernehmlich diplomatisch lösen.

Mit diesem Erfolg sei Hitlers Zuversicht gewachsen: »Selbst als ihm klar wurde, daß weitere Abenteuer zum Krieg führen konnten, dachte er

nur an einen kurzen und begrenzten Konflikt.«⁶

LIDDELL HART führt dann ein weiteres Beispiel an, daß der deutsche Reichskanzler nicht an einen großen Krieg dachte und ihn vermeiden wollte: »Wenn HITLER tatsächlich mit einem allgemeinen Krieg unter Beteiligung Großbritanniens gerechnet hätte, dann hätte er alle nur erdenklichen Anstrengungen unternommen, um eine Kriegsmarine aufzu-

Das Panzerschiff Admiral Graf Speec, dessen Stapellauf am 30. Juni 1934 erfolgte und das nach der Schlacht vor dem Rio de la Plata 1939 von der eigenen Besatzung versenkt wurde. Die deutsche Kriegsmarine war für den Zweiten Weltkrieg nicht vorbereitet. Zwar waren umfangreiche materielle Pläne aufgestellt, jedoch bei Kriegsbeginn noch viel zu

wenig umgesetzt worden.



⁶ Ebenda, S. 19. **370**

bauen, die derjenigen Großbritanniens gewachsen gewesen wäre. Doch er brachte seine Marine nicht einmal auf den Stand, der im deutsch-britischen Flottenabkommen von 1935 vorgesehen war. Er versicherte seinen Admiralen immer wieder, sie hätten nicht mit einem Krieg gegen Großbritannien zu rechnen. Nach der Münchener Konferenz erklärte er ihnen, sie hätten mindestens für die nächsten sechs Jahre keinen Konflikt mit Großbritannien zu erwarten. Noch im Sommer 1939, zuletzt am 22. August, wiederholte er solche Versicherungen.«⁷

Das Vorwort zu LIDDELL HARTS Geschichtswerk schrieb der deutsche Historiker Hans-Adolf JACOBSEN. Als sein Urteil gab er - vorsichtig abwägend – an: »Alles zusammen verdeutlicht, daß dieser Krieg nicht allein mit der Kategorie der Hegemonialkriege verglichen werden kann, die den Gang der letzten Jahrhunderte bestimmt haben. Vielmehr hat es sich von 1939 bis 1945 um einen totalen, weltweiten Konflikt gehandelt, in dem verschiedene Staaten – zum Teil regional begrenzte – neue Ordnungsprinzipien durchsetze wollten, alte Ordnungsmächte um die Behauptung des Status quo ihrer Lebensordnung und Wertvorstellungen kämpften, jüngere farbige Völker in Asien und Afrika diesen Konflikt der weißen Rasse ausnutzten, ihre alten Bande und Fesseln abzustreifen, und der Sowjetkommunismus die für ihn einzigartige historische Chance wahrnahm, sein System und Menschenbild den von ihm beherrschten Teilen der Welt aufzuoktroyieren.«8 Auch das weist die Allein- oder Hauptkriegsschuld am Zweiten Weltkrieg nicht den Deutschen und ihrer Regierung zu.

Während Deutschland den Großen Krieg vermeiden wollte, weiteten Frankreich und England, ohne im geringsten von Deutschland bedroht oder angegriffen zu sein, den Krieg aus. LIDDELL HART urteilt darüber: »Die Westmächte traten aus zwei Gründen in diesen Krieg ein. Zunächst ging es ihnen darum, ihren Verpflichtungen gegenüber Polen nachzukommen und dessen Existenz zu sichern.« Dazu ist anzumerken, daß Großbritannien durch seine unverantwortliche Garantie an Polen die zum Krieg hinführenden Bedingungen erst vorsätzlich erzeugte. Sie dürften beide dessen gewiß gewesen sein, daß sie ihre Verpflichtungen gegenüber Polen aus geographischen Gründen gar nicht erfüllen konnten. Polen wurde der Rücken gegenüber dem Reich gestärkt, es sollte durch seine Ablehnung aller deutschen Vorschläge den Grund zum Krieg abgeben.

Wichtiger ist dagegen LIDDELL HARTS zweiter Grund für den Kriegseintritt Großbritanniens und Frankreichs: »Letzten Endes aber wollten sie gleichzeitig eine mögliche Bedrohung von sich selbst abwenden und so ihrer eigenen Sicherheit dienen. Beide Ziele haben sie nicht erreicht.«¹⁰

England verlor sein Kolonialreich, für das HITLER ihm eine Garantie geben wollte, und sank zum Juniorpartner der USA ab. Frankreich ver-

⁷ Ebenda, S. 19.

⁸ Ebenda, S.14.

⁹ Ebenda S. 17.



Danzig, 1920 vom Reichsgebiet gelöst, besaß kein Hinterland und war somit von Polen abhängig. Deutschlands Forderung hinsichtlich Danzigs war mehr als gemäßigt. Allein die deutschen Angebote zur Lösung der Danzig-Frage im Jahre 1939 belegen, daß HITLER nicht auf einen Krieg hinarbeitete.

lor ebenfalls seine Kolonien und wurde zu einer Mittelmacht. Beide Staaten gingen den großen Krieg ein mit allen seinen Opfern, um ihrer kurzsichtigen Vorteile willen, während das Reich den Krieg gerade vermeiden wollte und zahlreiche Friedensvorschläge machte. »Darüber hinaus hatte der Kampf gegen HITLER-Deutschland Europa so geschwächt, daß es nun einer neuen und größeren Bedrohung ausgesetzt war, und Großbritannien war ebenso wie seine europäischen Nachbarn ein Vasall der Vereinigten Staaten geworden.«¹¹

Mit Recht führt Liddell. Hart an: »Man muß sich die Folgen des Krieges vor Augen halten, ehe man nach seinen Ursachen fragt. Wenn man sich das Ergebnis des Krieges vergegenwärtigt, wird der Weg frei für eine nüchterne Prüfung dessen, was ihm vorausging.«¹² Und dann muß man erkennen, daß Churchill der Totengräber des britischen Empires war, daß die Westmächte Europa zerstörten, daß die USA mit Hilfe der geraubten deutschen Patente und Forscher zur Supermacht aufwuchsen und die Sowjetunion für zwei Menschenalter Ost- und Teile Mitteleuropas mit ihrem Terrorsystem beherrschte. Dazu kamen die zig Millionen Todesopfer an Zivilisten und Soldaten in aller Welt. Mit ihrem Bündnis mit der Sowjetunion ermöglichten die Westmächte den Bolschewisten, ihre Herrschaft weit nach Westen vorzutragen, was gerade das Reich zusammen mit Hunderttausenden europäischer Freiwilliger verhindern wollte.

Bei LIDDELL HARTS Frage, »wie kam es, daß er (HITLER) trotzdem in den großen Krieg verwickelt wurde, den er so sorgfältig vermieden hatte«, ist schon die Wortwahl interessant. Er schreibt, daß HITLER in den Krieg »verwickelt« wurde, also offenbar nicht – und schon gar nicht als einziger – aktiv zum Krieg getrieben habe. Verwickelt wird man von anderen, diese haben die Schuld, offensichtlich gibt der englische Historiker damit den Westmächten die Schuld am Ausbruch des Zweiten Weltkrieges.

»Die Antwort«, so Liddell. Hart auf die oben gestellte Frage, »ist nicht oder nicht hauptsächlich in Hitlers Eroberungstrieb zu finden, sondern in der Ermutigung, die er lange Zeit durch die nachgiebige Haltung der Westmächte erhielt, und durch ihre plötzliche Kehrtwendung im Frühjahr 1939. Dieser Umschwung kam so abrupt und unerwartet, daß er den Krieg unvermeidbar machte.«¹³ Also das Handeln der Westmächte – mit Chamberlains Rede in Birmingham und der Polengarantie – machte den großen Krieg unvermeidbar. Also trifft sie die Schuld an der ganzen späteren Entwicklung.

Es gibt bereits genügend Geschichtswerke, die in sachlicher Weise die komplexe Lage im Jahre 1939 und ihre Vorgeschichte beschreiben.

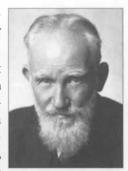
Rolf Kosiek

- ¹⁰ Ebenda, S. 17.
- ¹¹ Ebenda, S. 17.
- ¹² Ebenda, S. 18.
- ¹³ Ebenda, S. 19 f.

Britische Stimmen zum Zweiten Weltkrieg

Der bekannte englische Schriftsteller Bernard Shaw schrieb am 8. Oktober 1939 in *New Statesman and Nation*, nachdem der Polenfeldzug vorüber war und das Reich Friedensangebote an die Alliierten gemacht hatte:

»Der Krieg ist vorüber, jagt Churchill weg und schließt Frieden mit Hitler!... Jetzt heißt es auf einmal, Polen sei nur der Anlaß zu diesem Kriege gewesen, in dem es eigentlich darum gehe, Europa von den steten Krisen und Kriegsdrohungen zu befreien... Als wir siegestrunken in Versailles (1919, R. K.) waren, haben wir selbst das ganze Unheil angerichtet. Wir sollten die Geschicklichkeit anerkennen, mit der Hitler, dem Deutschland Dank schuldet, unser böses Werk vernichtet hat. Unsere Aufgabe ist es, Frieden mit ihm zu schließen, um nicht noch mehr Schaden zu stiften und unser Volk dabei ins Verderben zu jagen.«



Bernard Shaw.

Der Herausgeber von Christian Century, Dr. Charles Clayton Morrison, schrieb in seiner Zeitschrift im April 1941:

»Weit davon entfernt, ›Amerikas Krieg‹ zu sein, ist dies der ›Krieg des Präsidenten‹ Präsident Roosevelt begann, sich in diesen Krieg, den ›Krieg des Präsidenten‹, bei der Einweihung der Brücke in Chicago im Jahre 1937 einzulassen. Schritt für Schritt hat er seinen Krieg in das Bewußtsein des amerikanischen Volkes vorgetrieben. Der Präsident selbst hat im Effekt den Krieg bereits erklärt. Er hat den Feind bezeichnet und spricht vom Siege. Der Kongreß stellt nicht mehr das Volk dar.«



Charles Clayton
Morrisson.

Der berühmte britische Militärschriftsteller LIDDELL HART schrieb unter dem Titel »Die wahren Ursachen des Krieges« in der *Picture Post* am 3. September 1949:

»Für die Zwecke der Nürnberger Prozesse genügte die Unterstellung, daß der Krieg mit allen seinen Folgen auf Hitlers Aggression zurückzuführen sei. Aber diese Erklärung ist zu simpel. Sie entspricht auch nicht den Tatsachen, denn Hitler wollte alles andere als einen Weltkrieg. . . Nach Kriegsende sind die wesentlichsten deutschen Archive in unsere Hand geraten, und wir können uns ein präzises Bild von dem außerordentlichen Grad der Kriegsfurcht in den führenden deutschen Kreisen machen. . . Die plötzliche Kehrtwendung Englands im März 1939 machte den Krieg unvermeidbar. Sie schuf eine Situation, die mit einem überhitzten Kessel verglichen werden kann, in dem der Druck bis zu dem Gefahrenpunkt gestiegen war und dessen Sicherheitsventil dann plötzlich geschlossen wurde.«



Basil LIDDELL HART.

Zitate aus: Nation-Europa, Nr. 5, 1962. ¹ Karl RÖSSEL u. a., Unsere Opfer zählen

nicht, Assoziation

A, Berlin 2005.

² Rolf Kosiek u.

Olaf Rose (Hg.),

Der Große Wendig,

Grabert, Bd. 2,

S. 260-271.

Tübingen 52012,

Zur Lage der farbigen Soldaten im Zweiten Weltkrieg

Wie schon im Ersten Weltkrieg haben die Alliierten auch im Zweiten – im Grunde gegen das Völkerrecht - Millionen farbiger Soldaten aus ihren Kolonien zum Kampf gegen das Deutsche Reich ausgehoben und eingesetzt. Die Kolonialeinheiten wurden gern als Kanonenfutter an brenzligen Fronten eingesetzt, so etwa bei der Invasion auf Sizilien 1943 und in der Normandie 1944. Diese Truppen, vor allem die Marokkaner bei den französischen Einheiten, waren wegen ihrer Brutalität gegenüber der Zivilbevölkerung verschrien. So wurde ihnen von weißen französischen Offizieren die Stadt Freudenstadt im Schwarzwald drei Tage lang zur Plünderung und Vergewaltigung überlassen.² Ein ähnliches Schicksal erlitt Rom.

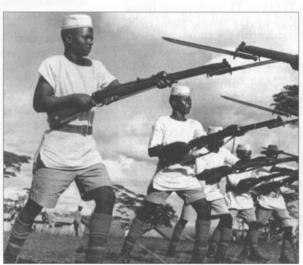
heruntergespielt, und ihre Verdienste wurden verschwiegen. So ließ General Charles DE GAULLE bei seiner Siegesparade in Paris im Sommer 1944 die bedeutenden Anteile Farbiger an diesem Sieg unterdrücken und veranlaßte, daß diese nicht an der Parade auf den Champs Elysées teilnehmen durften.

Neben dem großen Anteil Farbiger aus den USA hatten die Vereinigten Staaten mehr als 50 000 Mann allein aus ihrer damaligen Kolonie Puerto Rico ausgehoben. Eines dieser puertoricanischen Regimenter wurde 1944 nach Nordafrika verlegt, kämpfte dann in Frankreich und überschritt im März 1945 den Rhein.3

> Aus seinem Kolonialreich in Indien rekrutierte Großbritannien allein mehr als zweieinhalb Millionen Soldaten für seine Armeen, dazu viele Schwarze aus seinen Besitzungen in Afrika. Frankreich hatte bei Kriegsbeginn um eine Million Soldaten aus seinen afrikanischen Kolonien eingezogen. Von ihnen mußten viele nach der Kapitulation Frankreichs 1940 auf Befehl der Vichy-Regierung gegen die Alliierten in Nordafrika kämpfen, damit auch gegen viele Farbige. Von seinem Exil in London aus

Vor der Öffentlichkeit wurde der große Anteil Nichtweißer möglichst

3 Hans RIEBSAMEN. »Um die Ehre betrogen«, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 27. 9. 2012.



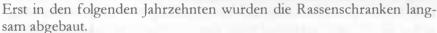
Afrikanische Kolonialsoldaten der britischen Streitkräfte beim Training. Foto: Imperial War Museum, London.

Zur Lage der farbigen Soldaten im Zweiten Weltkrieg

rekrutierte DE GAULLE Zehntausende von Afrikanern, die dann bei den Landungen der Alliierten auf Sizilien und in der Provence gegen die

deutsche Wehrmacht in vorderster Front eingesetzt wurden.

Auch im Zweiten Weltkrieg wurden die farbigen Soldaten bei den Alliierten noch gegenüber den Weißen diskriminiert. Sie erhielten einen geringeren Sold als ihre weißen Kameraden und nach dem Ausscheiden aus der Truppe eine geringere Rente. Auch im gesellschaftlichen Rang standen sie im Zweiten Weltkrieg noch erheblich unter den Weißen, bei denen oft erheblicher Rassismus herrschte.³



Durch die Verwendung während beider Kriege im 20. Jahrhundert im Kampf gegen das Deutsche Reich hatten die Farbigen die Achtung vor ihren Kolonialherren verloren, erstrebten sie die Gleichberechtigung und erkämpften sie die nationale Freiheit und Unabhängigkeit. Die großen weltweiten Kolonialreiche brachen nach 1945 zusammen. So hatte die kurzsichtige Verwendung der Farbigen in den Weltkriegen die folgenschwere Abschaffung der Kolonien und die für die Zukunft schwere Last von Millionen Einwanderern nach Europa in die Länder der früheren Kolonialmächte zur Folge.

Von Sommer 2012 bis April 2013 gab es eine Ausstellung »Die Dritte Welt im Zweiten Weltkrieg« im Historischen Museum in Frankfurt am Main zu sehen, die einen Schwerpunkt auf die Bedeutung und die Zustände bei den farbigen Truppen im Zweiten Weltkrieg legte.

Über die zahlenmäßig geringen Freiwilligen von außerhalb Europas bei der deutschen Wehrmacht im Zweiten Weltkrieg gibt NEULEN in seinem Werk Auskunft.⁴ Den größten Anteil stellten Inder mit rund 3500 Mann, zu denen noch eine Gruppe von 40000 Freiwilligen in Indien gegen England kam.⁵

Rolf Kosiek



Deutsche Soldaten mit gefangenen französischen Kolonialtruppen. Foto: Jochen REINER.

⁴ Hans Werner NEULEN, An deutscher Seite. Internationale Freiwillige von Wehrmacht und SS, Universitas, München 1985. ⁵ Ebenda, S. 353–

Zu Englands Politik 1939

Am 3. September 1939 erklärte Großbritannien, nachdem es ein kurzfristiges Ultimatum an das Deutsche Reich gestellt hatte, zum zweiten Mal im 20. Jahrhundert Deutschland den Krieg, obwohl es von ihm nicht bedroht war. Offiziell trat es dabei für Polen ein, dem es in unverantwortlicher Weise eine Garantie der militärischen Unterstützung bei einem erfolgten Angriff von seiten eines anderen Landes gegeben hatte.

Doch wollte man nach dem 1. September 1939 in London bald nichts mehr davon wissen, daß man Warschau militärische Hilfe versprochen hatte, die London dann auch verweigerte. Polen war nur vorgeschoben, da es England darum ging, einen großen Krieg zu entfesseln, um den deutschen Konkurrenten zu vernichten. Diese Art englischer Politik kommt sehr gut zum Ausdruck in einem Brief, den Joseph (Joe) Kennedy, der damalige US-Botschafter in London, an US-Präsident Roosevelt am 30. September 1939 schrieb. Darin heißt es:

»Lieber Herr Präsident!

Obwohl Beamte wie Vansittart voraussagten, daß die Unterzeichnung des russisch-deutschen Vertrages, wie ich in meinem Telegramm von damals berichtet habe, die vierte Teilung Polens bedeutet, verursachte das Ereignis, als es stattfand, hier gleichwohl einen großen Schock. Aber die Leichtigkeit, mit der die Angelsachsen Machtpolitik spielen können, während sie in Ausdrücken der Menschenfreundlichkeit sprechen, triumphiert. Während zu Beginn des Krieges der Schutz der Unabhängigkeit und die Erhaltung der territorialen Integrität Polens als unmittelbare Ursache des Krieges und als Grund für den Versuch, HITLER zu stürzen, bezeichnet wurde, wird nun die Wiederherstellung Polens – sicherlich des russischen Polens – sanft, aber sehr bestimmt, ins Dunkel gestoßen.

Natürlich ist es in Wirklichkeit so, daß England für seine Besitztümer und seinen Platz an der Sonne kämpft, genau so wie in der Vergangenheit. Ich nahm die Ausgabe der *Times* vom 5. August 1914 vor und verglich sie mit jener vom 4. September 1939, und sie sind praktisch identisch, abgesehen von dem Ersatz des Wortes Nazik für Junkerk.

Ungeachtet des entsetzlichen furchtbaren Verhaltens der Nazis ist es sicher Tatsache, daß die Engländer nicht gegen HITLER, sondern gegen die Deutschen kämpfen, gerade so, wie sie vor fünfundzwanzig Jahren gegen sie kämpften, weil fünfundvierzig Millionen Briten, die die größte, weitest ausgedehnte Seeherrschaft der Welt kontrollieren, und achtzig Millionen Deutsche, die das Kontinentaleuropa beherrschen, nicht gelernt haben, miteinander in Frieden zu leben.« Deutlicher kann man die britische Heuchelei kaum entlarven.

Deutsche Polizei erschoß am 28. 10. 1939 keine Tschechen

Von Josef Haslinger ist im Januar 2013 das Buch *Jachymov* erschienen.¹ Es ist zwar ein Roman, aber es berichtet in Tatsachenform über die Ereignisse in Prag am 28. Oktober 1939. Da in dieser Darstellung einige Angaben nicht den Tatsachen entsprechen und der Leser einen falschen Eindruck gewinnen könnte, ist eine Richtigstellung angebracht.

Auf Seite 68 des Buches steht zu den Ereignissen des 28. Oktober 1939 in Prag zu lesen: »Die Polizei. . . ließ. . . in die Menge feuern.« Das erweckt den Eindruck, als ob die deutsche Polizei auf die Demonstran-

ten geschossen habe.

Das war jedoch nicht der Fall. Richtig ist, was im Vernehmungsprotokoll vom 8. Oktober 1945 der tschechischen Untersuchungskommission im Verfahren gegen Karl-Hermann Frank, damaliger Staatsminister im Protektorat Böhmen und Mähren, zu lesen ist: »In der Flüsterpropaganda für die Wiederkehr des tschechischen Staatsfeiertages am 28. Oktober 1939 waren Demonstrationen geplant. Von einer Rückkehr Beneschs war die Rede, der Tod aller Deutschen wurde verkündet. Frank (damals Polizeiführer von Böhmen und Mähren) ordnete die Bereitschaft der Polizei an, allerdings ausdrücklich bei Kasernierung. Am 28. Oktober kam es am Wenzelplatz, am Graben und am Karlsplatz in Prag zu Menschenansammlungen, aus denen einige Rufe »Nemci ven!« (Deutsche raus!), »Nieder mit Hitler!«, oder »Hoch Benesch!« laut wurden. .. Einige tschechische Polizisten versuchten, die Demonstranten auseinander zu treiben. Dabei kam es an einer Stelle zu einem Handgemenge mit jungen Leuten, wobei der Student Jan Opletal ernstlich verwundet wurde «²

Es waren tschechische Polizisten, die den Arbeiter Otakar SEDLACEK erschossen und den Studenten Jan Opletal schwer verwundet haben. Die deutsche Polizei war kaserniert und zu jener Zeit noch nicht ausgerückt.

Ferner liest man bei HASLINGER:³ »Als der Leichnam des Studenten am 15. November. . . durch Prag gefahren wurde. . ., folgte ihm ein Trauerkondukt von mehreren hundert Studenten, dem sich immer mehr Einwohner anschlossen.«

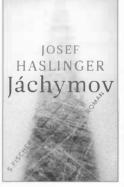
Dazu berichtet das Vernehmungsprotokoll: »Die Gestapo war, vorwiegend durch tschechische Vertrauensleute, unterrichtet worden, daß Studenten für eine zahlreiche Teilnahme an der Beerdigung warben, um neuerlich Unruhe zu wecken.« Ferner liest man dort: »Ich (Frank, R. K.) ordnete an, daß an der Beerdigung nur Verwandte und Bekannte des

¹ Josef Haslinger, Jachymov, Fischer Taschenbuch, Frankfurt/M. 2013.

² Vernehmungsprotokoll der tschechischen Untersuchungskommission gegen Karl-Hermann Frank vom 8. 10. 1945, S. 88 f. Das Protokoll wurde dem Buch Karl-Hermann Frank, Staatsminister im Protektorat, Orion-Heimreiter, Heusenstamm 1971, entnommen. ³ Haslinger, aaO. (Anm.1), S. 69.

Deutsche Polizei erschoß am 28, 10, 1939 keine Tschechen





Josef HASLINGER und sein Roman Jachymov.

tokoll, aaO. (Anm. ten.«⁷ 2), S. 90.

⁵ HASLINGER, aaO. (Anm. 1), S. 70.

tokoll, aaO. (Anm. 2) S. 90.

⁷ Ebenda. S. 91.

Verschiedenen teilnehmen durften. . . Ansammlungen Fernerstehender verbot ich ausdrücklich... Teilnehmer an Demonstrationen waren zu verhaften. . . Ein Reich, das sich im Kriege auf Leben und Tod befand, mußte Aufstände streng ahnden. . . Trotz erlassener Warnungen versuchten einige Studenten, demonstrativ an der Beerdigung teilzunehmen. Neun von ihnen wurden festgenommen, tschechischerseits als Urheber erkannt und erschossen.«4

Dazu ist ergänzend zu bemerken, daß die Anordnungen des Polizeiführers FRANK durch Rundfunk, Zeitungen und Flugblätter bekannt gemacht worden waren. Wer diesen Anordnungen zuwider handelte, mußte als Aufrührer angesehen werden und mit empfindlichen Strafen rechnen. Die Rädelsführer sind von Tschechen, nicht von Deutschen, benannt und von Tschechen erschossen worden.

HASLINGER schreibt weiter:5 »Von den etwa 150 000 Studenten, die an diesem Morgen Bekanntschaft mit der SS machten, wurden anschließend etwa 1200 in das Konzentrationslager Sachsenhausen verschleppt.«

Das Vernehmungsprotokoll von FRANK gibt hierzu an:6 »Die verhafteten Demonstranten, einige hundert Studenten, wurden in das Lager Oranienburg verbracht... Herr von Neurath und ich (Frank, R.K.) setzten uns für die Wiederentlassung der Verhafteten ein, die auch nach und nach im Laufe des nächsten Jahres erfolgte. So bedauerlich die Härte der Maßnahmen war, so sehr verständlich erscheint sie, wenn man bedenkt, daß die Reichsregierung gerade in diesen Wochen bemüht war, den Krieg zu beenden. Der überwiegende Teil der tschechischen Bevölkerung hätte so gedacht, (Die Studenten sind Unruhestifter, R.K.) sonst wären nicht so viele Anzeigen gegen die Studenten aus der Mitte der Bevölkerung gekommen. Alle tschechischen Anzeiger beteuerten einmütig und aus Überzeugung, daß sie die Handlungsweise der Studenten ⁴ Vernehmungspro-verurteilten und deshalb die Hauptschuldigen zur Anzeige gebracht hät-

Die Untersuchungskommission stellte 1945 fest, daß nicht 1200, sondern nur einige hundert Studenten in das Konzentrationslager Oranienburg-Sachsenhausen eingeliefert wurden. Diese wurden sämtlich noch 6 Vernehmungspro-vor Ablauf eines Jahres wieder in ihre Heimat entlassen. Das Vorgehen der Studenten wurde offensichtlich von der Mehrheit des tschechischen Volkes mißbilligt.

Josef HASLINGER hat sein Buch Jachymov als Roman veröffentlicht. Die genaue Aufzählung von Personen-, Orts- und Zeitangaben wandelt jedoch den Roman in einen Tatsachenbericht um. Von einem Tatsachenbericht ist zu verlangen, daß die Tatsachen richtig und vollständig dargestellt werden. Das ist leider in dem Werk von HASLINGER nicht geschehen. Deswegen ist eine Richtigstellung erforderlich.

Rudolf Kemmerich

Der Bromberger Blutsonntag vom 3./4. September 1939 – Geschichtsklitterung in »seriösen« Medien

Lügen haben, wie ein deutsches Sprichwort erklärt, kurze Beine. Leider können sie oft schneller laufen als die Wahrheit, besonders, wenn sie von offizieller bundesdeutscher Seite unterstützt und angefeuert werden. So verbreiteten die Münchener Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte (VjZ) des Oldenbourg-Verlages auch noch im Frühjahrsheft 2012 den Mythos vom unprovozierten Überfall auf Polen im Jahre 1939, mit dem die staatstragende Alleinschuld-Lüge ein weiteres Mal den deutschen Gläubigen vorgebetet wurde. In diesen Zusammenhang gehört auch die Geschichtsklitterung um den sogenannten Bromberger Blutsonntags, die auch in den 1/jZ nach dem Motto Der Ermordete war (selbst) schuldk zu verbreiten versucht wurde.

In der oben genannten Nummer brachte die V_jZ einen Beitrag des Osteuropa-Historikers Markus Krzoska über die Zahl der in Bromberg getöteten Deutschen. Dieser Historiker war bereits mit einer verharmlosenden Dissertation über die Vorkriegspropaganda des polnischen Historikers Zygmunt Wojciechowski bekannt geworden, der »ein Polen an Oder und Ostsee« gefordert hatte. Krzoska erklärte die damals in ganz Polen vertretene Forderung zur »radikalen Einzelstimme«. Das trifft aber nicht zu.

Die großen deutschen Lexika, die nach dem Krieg noch über den Blutsonntag aufgeklärt hatten, wußten in ihren letzten Auflagen nichts mehr davon zu berichten!

Doch die Tatsachen, vielfach dokumentiert, sprechen eine eindeutige Sprache. Als sicher gilt, daß Anfang September 1939 in der auf polnischem Staatsgebiet liegenden Stadt Bromberg und in ihrer Umgebung mehrere hundert bis fast tausend Deutsche mit polnischem Paß durch polnisches Militär und Zivilisten ermordet wurden, zu einem großen Teil auf bestialische Art und Weise. Polnische und auch deutsche Geschichtskosmetiker sprechen dagegen geradezu zynisch von der Bromberger Provokation durch einen versuchten deutschen Aufstand. Damit soll vertuscht werden, daß es sich in Wirklichkeit um unprovozierten Mord und Totschlag von seiten der Polen handelte, um die Folge jahrzehntelanger Volksverhetzung durch die polnische Regierung und katholische Kirchenvertreter. Der erste Völkermord des Zweiten Weltkrieges fand im September 1939 auch in anderen polnischen Landesteilen statt. Insgesamt konnten zunächst 4332 Ermordete registriert werden. Dabei handelte es sich, vieler Vermißter wegen, nur um eine Mindestzahl. Später wuchs die Zahl auf über 5000.



Markus Krzoska.

Der Bromberger Blutsonntag – Geschichtsklitterung in sseriösene Medien

Bereits am 14. September 1939 erstattete der von der Wehrmachtuntersuchungsstelle beauftragte Marineoberkriegsgerichtsrat Dr. Ulrich Schattenberg Bericht über die ersten Zeugenvernehmungen in Polen. Darin heißt es zusammenfassend: »Insgesamt sind von mir über 40 Volksdeutsche eidlich als Zeugen vernommen worden über die Ermordung ihrer Angehörigen. Jeder Zeuge bekundete die Ermordung von wenigstens zwei oder drei seiner Angehörigen, z. T. wurden ganze Familien ausgerottet. . .

Bei den Haussuchungen wurden zunächst von den Soldaten und dem Mob sämtliches Geld und Wertsachen gestohlen, die Wohnungen auch sonst ausgeplündert und völlig verwüstet. Die Männer der Familien, und zwar ohne Rücksicht auf ihr Alter, von 13jährigen oder gar 10jährigen Jungen bis zum 70- oder 80jährigen Greis, wurden in fast allen Fällen in viehischer Weise umgebracht. Nur in wenigen Fällen begnügte man sich mit dem einfachen Abschießen. Zumeist wurden die Ermordeten mit Brechstangen, Seitengewehren, Gewehrkolben, Knüppeln derart zusammengeschlagen, daß ihre Gesichter bis zur Unkenntlichkeit verstümmelt wurden. . .

Ich sah selbst angekohlte, z. T. verbrannte Leichen ermordeter Volksdeutscher. In vielen Fällen mußten die Volksdeutschen die Ermordung ihrer Väter, Brüder oder Kinder mit ansehen, ohne ihnen, wenn die Verletzten noch nicht gleich tot waren, Hilfe bringen zu dürfen. Dabei wurden sie noch von den Soldaten und vom Pöbel verhöhnt. In anderen Fällen mußten sie die Ermordung der Angehörigen ansehen, um dann selbst als nächstes Opfer erschlagen oder erschossen zu werden.«¹

Nicht Deutsche, sondern Polen haben dies zu verantworten.

Vorausgegangen waren im Frühjahr 1939 die Ereignisse um die sogenannte Tilea-Lüges, deren Fehlschlag London veranlaßte, Polen weit entgegenzukommen. Danach rief die aggressionsbereite polnische National-Ochlokratie (Oberst Beck, Rydz-Smigly usw.) offen zur Eroberung Deutschlands bis zu Oder und Neiße auf. Volksdeutsche wurden verstärkt drangsaliert und entrechtet. Man legte Listen zu verhaftender Deutscher an, bereitete KL-Lager vor und verhetzte die Bevölkerung auf das äußerste.

Die Lage der Deutschen in Polen bei Beginn des Zweiten Weltkrieges wird bestens durch den folgenden Abschnitt aus einem Leitartikel des Chefredakteurs Gotthold STARKE gekennzeichnet, den die Bromberger Deutsche Rundschau in Polen am 2. September neben einem Aufruf des polnischen Staatspräsidenten veröffentlichte:

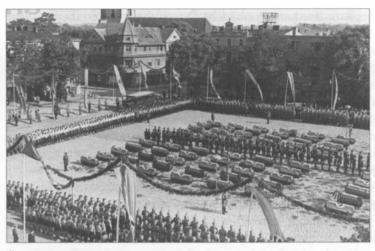
»Der Herr Staatspräsident hat sich an alle Bürger Polens, also auch an uns Deutsche, gewandt. Wir stehen unter polnischem Gesetz. Wir wissen, daß sich niemand von uns zu Handlungen hinreißen lassen wird, die

¹ Alfred M. DE ZA-YAS, *Die Wehrmachtuntersuchungsstelle*, München ⁷2001, S. 228.

² Siehe *Der Große Wendig*-Richtigstellung Nr. 138, in Bd. 1, S. 571 ff.

Der Deutschenhasser Lord VAN-SITTART hatte im März 1939 die Weltpresse und Rundfunksender gegen Deutschland mit der bestellten Lüge des rumänischen Diplomaten TILEA mobilisiert, deutsche Truppen stünden bereit, Rumänien zu überfallen. Als die Lüge offenbar wurde, rettete er sich mit einer in der Weltgeschichte einmaligen Garantie für Polen, die Warschau die Entscheidung über Krieg oder Frieden überließ.

Der Bromberger Blutsonntag – Geschichtsklitterung in »seriösen« Medien



Öffentliche Beerdigungsfeier für ermordete Volksdeutsche in Obornik.



Abstransport eines ermordeten Volksdeutschen. der ganzen Volksgruppe zum Verderben gereichen müssen. Als getreue Söhne unserer Heimat haben wir diese Situation zu überstehen, die für alle Völker wahrhaft tragisch ist, nicht zuletzt für uns Deutsche in Polen . . . Wir haben der ganzen Härte eines nicht von uns heraufbeschworenen, aber auch nicht durch uns selbst abwendbaren Schicksals, wir haben selbst dem Tod ins Angesicht zu sehen. . .«³ Mit Ausschreitungen gegen die wehrlosen und friedlichen Volksdeut-

schen bereits vor Ausbruch des Krieges und mit polnischen Massakern seit dem 1. September 1939 begann die Brutalisierung des Krieges durch

In seinem Beitrag »Die geplanten Pogrome«, erschienen in der Jungen Freiheit vom 31. August 2007. ist Markus Krämer eindeutig: »Posener Akten belegen, daß die Übergriffe gegen die deutsche Minderheit nach dem 1. September 1939 politisch kalkuliert waren.« Er führt aus: »Das feindselige Klima und die offizielle Entrechtung bewirkten in den folgenden Monaten eine Panik und Massenflucht vieler Deutscher über die ogrüne Grenzec ins Deutsche Reich - allein bis zum 3. August 1939 flüchteten 77000 Menschen. Ab Mitte August steigerte sich die Unterdrückung der Volksdeutschen zum offenen Terror der Aufständischenverbände und des Westmarkenverbandes in Verbindung mit dem Militär und den Behörden. Letztere organisierten Massenverschleppungen von den Grenzgebieten in den polnischen Osten. In den oberschlesischen Städten Bielitz und Kattowitz forderten Bombenanschläge auf deutsche Häuser mehrere Todesopfer. Deutsche Gehöfte in Posen. Westpreußen und Oberschlesien wurden angezündet und die Bewohner ermordet. In den oberschlesischen Gruben und den Industriebetrieben von Teschen. Bielitz und Lodz wurden Deutsche wegen ihrer Volkszugehörigkeit entlassen.«

³ Deutsche Rundschau in Polen, Nr. 200. vom 2. 9. 1939.

Der Bromberger Blutsonntag – Geschichtsklitterung in seriösen Medien

Polen. Presse, Rundfunk und polnische Parteiführer hatten die Bevölkerung monatelang durch eine maßlose Hetze davon überzeugt, daß alle Deutschen Angehörige einer Spionage- und Sabotageorganisation und somit als Staatsfeinde vogelfrei seien.

Mitschuld an dieser Verleumdung trugen auch zahlreiche polnische Geistliche. Der Kurjer Poznanski hatte Monate vor Kriegsausbruch, am 17. Juni 1939, offen Greuel gegen Deutsche angekündigt. Dem bestialischen Abschlachten der Deutschen ging außerdem der Geheimbefehl Nr. 59 an alle Wojewoden voraus, wodurch eindeutig feststeht, daß es sich dabei um eine zentral organisierte Aktion gehandelt hat.

Der oberschlesische Wojwode Grazynski hatte am 20. August 1939 in einer öffentlicher Versammlung zum Pogrom aufgerufen: »Schlagt die Deutschen nieder, wo ihr sie trefft!«⁴

Diese Haßparole hatte für die Volksdeutschen schon in den Tagen vor Kriegsausbruch und danach in ganz Polen ein schreckliches Inferno zur Folge.

Bereits am 1. September war der erwähnte Gotthold STARKE, zusammen mit Tausenden anderen Deutschen in ganz Polen, verhaftet worden. Wer nicht sofort erschlagen oder erschossen wurde, den trieb man in langen Kolonnen nach Osten, wobei ständig Gefangene den Strapazen erlagen, ausgeraubt und ermordet wurden. In ganz Polen fanden nachweislich so etwa 5500 deutsche Zivilisten den Tod. Hinzu kommen die zwangsweise eingezogenen deutschstämmigen Soldaten der polnischen Armee, die vielfach brutal gemobbt und/oder ermordet wurden. Gleichzeitig waren in der polnischen Presse triumphierende Berichte zu lesen, daß jetzt »der Marsch nach Berlin und Ostpreußen« begonnen habe.⁵

Krzoska beziffert in seinem Artikel die Anzahl der deutschen Bromberger Toten nach Ausbruch der Kampfhandlungen auf mindestens vierhundert. Die genau Zahl ließe sich nach seinen Angaben nicht ermitteln. Daß es weit mehr waren, ist anhand der Todeslisten und Untersuchungsprotokolle eindeutig. 400 Mordopfer stellen allerdings ein Vielfaches dessen dar, was vor einigen Jahren das Deutschen Historische Institut in Warschau in einer Ausstellung für Bromberg den Besuchern zumutete: dreißig Tote! Erst nach vielen Protesten erhöhte man dann recht willkürlich auf

⁴ Alfred Kotowsk, *Polens Politik gegenüber seiner deutschen Minderheit*, 1919–1939, Wiesbaden 1998. Gesamtauswertung polnischer Quellen und Akten.

⁵ »Nach Berlin. . . , die Unseren marschieren nach Berlin, die Armee Posen unter General Kutrzeba. Unsere Divisionen sind schon in Ostpreußen einmarschiert. . . « Aus: Jerzy Putraments Roman *Wrzesien* (September), deutsche Ausgabe im Verlag Volk und Welt, Ost-Berlin 1957, S. 346 ff.

Der Bromberger Blutsonntag – Geschichtsklitterung in »seriösen« Medien

etwas über hundert. Dies zeugt von braven umerzogenen deutschen Historikern!

In der Bundesrepublik versuchte der stramm umerzogene Journalist Sven Felix Kellerhoff, Redakteur bei der Welt, auch die Zahl von 400 als Dogma in den Kanon der bundesrepublikanischen Geschichtslügen einzufügen. Ist das allein schon lächerlich genug, so blamierte sich Kellerhoff bis auf die Knochen, als er in einer Überschrift zu einem Vorabbericht zu Krzoska schrieb, der Bromberger Blutsonntag (3./4. September) habe den »Nazis den Vorwand« für den Angriff auf Polen geliefert, obwohl der doch bekanntlich schon am 1. September stattfand. Damit nicht genug, bewies er seine völlige Unkenntnis der Geschichte – oder eine böswillige Geschichtsklitterung – mit der aus der Luft gegriffenen Behauptung, das Auswärtige Amt habe »im November 1939 die Zahl von 5437 volksdeutschen Opfern polnischer Übergriffe in und um Bromberg« genannt.

Daß eine Zeitschrift wie die VjZ des Münchener Instituts für Zeitgeschichte eine Geschichtsklitterung wie die von Krzoska im Frühjahrsheft 2012 unkommentiert aufnimmt, zeigt, wie tief die amtlich geduldeten und geförderten Historiker oder (un)verantwortlichen Redakteure gesunken sind. Von Tageszeitungs-Journalisten, deren Ruf noch hinter dem eines Wirtes rangiert, kann man wohl nicht mehr verlangen.

Wie in Dresden, werden auch im Falle der polnischen Massaker die Opferzahlen bei Deutschen auf ungefähr ein Zehntel der wirklichen verringert, während die Zahlen bei nichtdeutschen Opfern im gleichen Maße erhöht werden.

Es bleibt dennoch dabei: Lügen haben kurze Beine! Von einem Kopf ist dabei nie die Rede!

Hans Meiser



Sven Felix Kellerhoff. Sein Artikel in der Welt: »Was beim Bromberger Blutsonntag« geschah« (18. 4. 2012) ist reine Geschichtsklitterung.

Kein Krankenhaus-Massaker bei Lodz 1940

Am 18. April 1994 strahlte der Deutschlandfunk eine Sendung aus, in der behauptet wurde, daß 1940 deutsche Soldaten rund 450 Patienten eines Krankenhauses nahe Lodz in Polen aus den Betten geholt, auf die Straße gezerrt und mit Maschinenpistolen ermordet hätten, um Platz für deutsche verwundete Soldaten zu bekommen.

Das trifft aber nicht zu. Kein deutscher Offizier hätte solch ein Massaker befehlen oder nur dulden können. Solche Praktiken wurden dagegen von sowjetischen Truppen bei ihrem Vormarsch im Südosten angewendet, wie der Verfasser von einem davon in Ungarn 1945 betroffenen deutschen Soldaten versichert bekam.¹

Nach der erwähnten Sendung des Deutschlandsfunks richtete² ein Zuhörer mit Schreiben vom 9. Mai 1994 eine Anfrage an die für Kriegsverbrechen zuständige Zentralstelle der Justizverwaltungen der Länder in Ludwigsburg, ob man dort etwas von diesem den Deutschen vorgeworfenen Massaker wisse und ob Verantwortliche dafür zur Rechenschaft gezogen worden seien.

Mit Schreiben vom 1. Juni 1994 antwortete ein Staatsanwalt WACKER von der Ludwigsburger Zentralstelle unter anderem: »Eine Durchsicht unserer Karteien erbrachte keinen Hinweis auf die von Ihnen geschilderten Tötungshandlungen im Jahre 1940. . . Solche oder ähnliche Kriegsverbrechen könnten sich nach polnischen Zeugenaussagen im August 1944 zu Beginn des Warschauer Aufstands abgespielt haben. . . allerdings nicht mit dem Ziel, ein Krankenhaus für verwundete deutsche Soldaten freizubekommen.«³

Das bedeutet, daß der Deutschlandfunk fahrlässig durch Auswertung einer falschen Quelle oder bewußt durch Erfindung des Vorganges eine Lüge in die Welt gesetzt oder verbreitet hat. Er hat sie anschließend nicht richtiggestellt, so daß bei den Zuhörern der Eindruck blieb, daß die Meldung von dem Massaker der Wahrheit entspreche. Wahrscheinlich ist seitdem mit der Angabe des seriös erscheinenden Deutschlandfunks und seiner Dokumentation als Quelle die Lüge weiterverbreitet worden.

Bezeichnend ist auch die Reaktion in Ludwigsburg. Man kommt zwar nicht darum herum, den Sachverhalt richtigzustellen, daß die Vorwürfe für 1940 gegen Deutsche unberechtigt sind. Zugleich wird aber die Möglichkeit angesprochen, daß so etwas doch, wenn auch vier Jahre später und über 100 km entfernt, sich ereignet haben »könnte«, so daß das Schuldkonto der Deutschen weiterhin möglichst hoch belastet wird.

Rolf Kosiek

¹ Der betreffende K. E. wurde als Verwundeter durch einen Zufall gerettet, als sein Lazarett in Ungarn von Sowjets erobert wurde, die die wehrlosen Patienten töteten. Er ist dem Verfasser persönlich gut bekannt.

² Bernhard STEIDLE (Hg.), Verheimlichte Dokumente, FZ, München 1995, Bd. 2, S. 22.

³ »Deutsche Krankenhaus-Massaker bei Lodz?« in: *National-Zeitung*, 17. 6. 1994.

Die Deutsche Volksliste (DVL)

Über die Deutsche Volksliste (DVL), die nach dem Polenfeldzug im deutschbesetzten Teil des früheren Polens eingeführt wurde, liegen in der Öffentlichkleit kaum Informationen vor, und oft werden damit falsche Vorstellungen verbunden. Daher sei alles Wesentliche darüber nachfolgend mitgeteilt.

Nach der Eroberung Polens durch die deutsche Wehrmacht im September 1939 wurden die vor 1918 dem Deutschen Kaiserreich zugehörigen Gebiete mit zusätzlichen Landstrichen ins Deutsche Reich eingegliedert. Dabei handelte es sich um ein Gebiet von 91764 Quadratkilometern mit rund 10 Millionen Einwohnern. Aus dem restlichen Teil Polens, der nicht abkommensgemäß an den sowjetischen Machtbereich fiel, entstand

das Generalgouvernement Polen.

In den eingegliederten Ostgebieten wurde unmittelbar nach der Reichstagsrede Hitlers vom 6. Oktober 1939, in der er eine Neuordnung der Nationalitätenverhältnisse ankündigte, mit der Erfassung derjenigen Personen begonnen, die als Volksdeutsche galten oder die »eindeutschungsfähig« waren. Die Durchführung lag in der Hand des Reichsführers-SS Heinrich Himmler in seiner Funktion als ›Reichskommissar für die Festigung des deutschen Volkstums«. Die ›Einwanderungszentralstelle der Sicherheitspolizeik und die ›Volksdeutsche Mittelstellek beteiligten sich an der Klassifizierung. Die Kriterien der Einteilung waren von Dr. Walter Gross, dem Leiter des Außenpolitischen Amtes der NSDAP, aufgestellt worden und wurden unter Aufsicht der Parteigenossen Leuschner und Oppermann in den Gauen Danzig-Westpreußen und Wartheland ausgeführt.

Aufgrund des »Erlasses des Führers und Reichskanzlers über Gliederung und Verwaltung der Ostgebiete« vom 8. Oktober 1939 ergingen die »Verordnung über die Deutsche Volksliste und die Staatsangehörigkeit in den eingegliederten Ostgebieten« vom 4. März 1941 und der »Erlaß des Reichsinnenministers über den Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit durch ehemalige polnische und Danziger Staatsangehörige« vom 13. März 1941. Danach wurde in den eingegliederten Ostgebieten eine

DVL eingerichtet, die sich in vier Abteilungen gliedert.

Auf diese Weise sollten in den eingegliederten Ostgebieten »alle Menschen deutschen Blutes« erfaßt, und gleichzeitig sollte verhindert werden, daß »Fremdblütigkeit des Ostens« die deutsche Staatsangehörigkeit erlangen konnte. Maßgeblich war die Deutschstämmigkeit. Dabei hatte auch ein »gleichgültiger oder schlechter Deutschstämmiger« als Deutscher zu gelten.

Die Deutsche Volksliste (DVL)

Die DVL gliederte sich in vier Abteilungen. Für die Einstufung war vor allem die Haltung zum Deutschtum ausschlaggebend, wie sie sich aus der Nachprüfung der Einstellung zum Deutschtum vor Wiederein-

gliederung in das Deutsche Reich ergeben hat.

In die Äbteilung 1 wurden nur die Volksdeutschen aufgenommen, die als Angehörige der deutschen Volksgrupe anerkannt waren und die sich stets aktiv für das deutsche Volkstum eingesetzt hatten. Zu ihnen gehörten auch alle, die unter den Verfolgungen der zwanziger Jahre gelitten und dem Terror der vor oder zu Beginn des Zweiten Weltkrieges rund zwölftausend deutsche Todesopfer forderte, ausgesetzt gewesen waren. Hinzu kommen die im Winter 1939/40 aus dem Baltikum, aus Wolhynien und dem Narew-Gebiet in die neuen Reichsgaue umgesiedelten Volksdeutschen und im Sommer 1940 die im Rahmen einer beschönigend als Tauschsiedlunge bezeichneten Aktion aus dem östlich der Weichsel gelegenen Distrikt Lublin umgesiedelten 3000 Cholmer Deutschen.

Zur Abteilung 2 der DVL gehörten diejenigen Deutschstämmigen, die sich bis September 1939 zwar nicht aktiv für das Deutschtum einsetzten, sich jedoch ihr Deutschtum nachweislich bewahrten und es nicht verleugnet hatten. Dieses setzte ferner voraus, daß sie keinerlei persönli-

che Bindungen zum Polentum eingegangen waren.

In die Abteilung 3 der DVL wurden diejenigen Deutschstämmigen eingetragen, die im Laufe der Jahre zwar gewisse Bindungen zum Polentum eingegangen waren, bei denen man jedoch davon ausgehen konnte, daß sie wieder vollwertige Deutsche werden würden. Hierzu gehörten auch die Personen nichtdeutscher Abstammung aus einer wölkischen Mischehes mit einem deutschen Volkszugehörigen.

Schließlich wurden in der Abteilung 4 der DVL diejenigen Deutschstämmigen eingetragen, die politisch im Polentum aufgegangen waren und ausdrücklich deutschfeindlichen Organisationen angehörten oder auch sonst deutschfeindlich wirkten. Letzterer Gruppe wurde in den Augen der Besatzungsmacht besondere Aufmerksamkeit geschenkt. Wer sich nach entsprechender Belehrung weigerte, einen Antrag auf Anerkennung der deutschen Staatsangehörigkeit zu stellen, wurde in Schutzhafte genommen und in ein Konzentrationslager verbracht. Der Besitz wurde eingezogen und etwaige Abkömmlinge kamen in deutsche Fürsorgeerziehunge.

So rigoros man mit den Renegaten der Abteilung 4 umsprang, so sehr umwarb man die Angehörigen der Abteilung 3. Die großzügige Handhabung der Eingliederungskriterien für die Abteilung 3 war aus deutscher Sicht nicht zuletzt auch darin begründet, daß nach Beginn des Rußlandfeldzuges sowie nach Angliederung des Distrikts Galizien das Generalgouvernement nicht mehr als polnisches Restgebiet, sondern als

Die Deutsche Volksliste (DVL)

deutsches Siedlungsgebiet und damit als dauerhafter Bestandteil des Großdeutschen Reiches angesehen wurde. Die Bevölkerung sollte so weit wie möglich der Eindeutschung unterworfen werden. Hatte man zunächst daran gedacht, die Volksdeutschen aus dem Generalgouvernement in die Reichsgebiete umzusiedeln, so galten sie jetzt als Ferment für die Germanisierung Polens. Viele Polen, von denen man annahm, daß sie einmal deutsche Vorfahren gehabt haben könnten, wurden ihnen gleichgestellt.

Nach Beendigung des Zweiten Weltkrieges im Frühjahr 1945 bewertete die Volksrepublik Polen die in die DVL eingetragenen Menschen pauschal als »faschistisch-hitleristische Kollaborateure«. Als Repressalien standen zunächst Lagerhaft oder Gefängnis auf dem Programm. Jeder aus Abteilung 1 der DVL wurde rücksichtslos vertrieben (»ausgewiesen«). Wer in Abteilung 2 eingetragen war, unterlag einem Rehabilitierungsverfahren und hatte lediglich das Recht, bei positiver Überprüfung gegen eine Vertreibung Widerspruch einzulegen. Wer in den Abteilungen 3 und 4 eingetragen war, mußte vor einer bestimmten Verwaltungsinstanz ein Treuebekenntnis gegenüber dem polnischen Staat und Volk ablegen. Nur so konnte auch in diesen Fällen eine Vertreibung vermieden werden.

Norbert A. Zelinski

Quellenhinweise:

Gutachten des Instituts für Zeitgeschichte, Band II, Stuttgart 1966.

Martin Broszat, National sozialistische Polenpolitik 1939–1945, Stuttgart 1961.

Jerzy MARCZEWSKI, »Poland in Nazi Conceptions of Expansion«, in: Polish Western Affairs, Bd. 21 (1980), S. 106 ff.

Alexander Kranz, Reichsstatthalter Arthur Greiser und die Zivilverwaltung im Wartheland 1939/40, Militärgeschichtliches Forschungsamt, Potsdam 2010.

Hans ALEXY in: Neue Juristische Wochenschrift 1989, S. 2850 ff., Rechtsfragen des Aussiedlerzuzugs.

Erlaß des Führers und Reichskanzlers zur Festigung deutschen Volkstums vom 7. 10. 1939.

Reichsgesetzblatt, Jahrgang 1941, Teil I.

Befehlssammlung Nr. 2 (1944) des 2. A.d.N. für Wehrpflichtige aus den nach dem 1. September 1939 in das Deutsche Reich eingegliederten oder unter deutsche Verwaltung gestellten Gebieten, Buxtehude, 12. 10. 1944.

Aktuelle Mitteilungen des Bundes der Deutschen Minderheit in Danzig im Internet (Februar 2013).

Nach zwei Weltkriegen hat Polen riesige deutsche Gebiete geraubt, Millionen Menschen vertrieben, Zehntausende ermordet und deutsches Eigentum 1945 vollständig beschlagnahmt. Dieser Raubstaat und die von den Siegern geschriebenen deutschen Geschichtsbücher behaupten nun, daß Polen während der deutschen Besatzung brutal ausgeraubt worden sei. Doch von einer Ausplünderung kann nicht die Rede sein. Denn im Gegensatz zu der völkerrechtswidrigen Praxis der Alliierten, Deutschland nach seiner Eroberung total auszuplündern, hat die deutsche Verwaltung weder Polen noch die Sowjetunion wirtschaftlich ausgenutzt, sondern auf Grund der alliierten Blockade lediglich zu der Gegenmaßnahme gegriffen, besetzte Gebiete für die deutsche Kriegswirtschaft arbeiten zu lassen und zwar gegen Bezahlung in Form von Lieferungen (Düngemittel, Maschinen, besonders für die Landwirtschaft, Zuchtvieh usw.).

Im Gegensatz zu deutschen Zwangsarbeitern in Polen erhielten polnische in Deutschland neben Unterkunft, Verpflegung, Kranken-, Unfall- und Rentenversicherung, ärztlicher Betreuung auch noch ca. 50 RM Arbeits-Lohn im Monat.

Mit Billigung Londons hatte Polen durch eine Teilmobilmachung im März 1939, schließlich durch eine Vollmobilmachung am 31. August 1939 und allgemein durch eine aggressive, deutschfeindliche Politik den Ausbruch des Krieges mit herbeigeführt. Darauf hat auch der russische Ministerpräsident Wladimir Putin in seiner Rede 2009 in Danzig hingewiesen. Nach der Niederwerfung durch die Wehrmacht wurde das von ihr besetzte polnische Gebiet in zwei ungefähr gleiche Teile geteilt. Die früheren deutschen Provinzen, die 1919 zugunsten Polens willkürlich abgetrennt worden waren, wurden wieder dem Reich angegliedert. Das übrige Gebiet, mit Krakau als Hauptstadt, wurde als Generalgouvernemente (GG) oder Rumpf-Polene bezeichnet.

Die Rückführung der polnischen Bevölkerung aus den wiedergewonnenen Gebieten in das Generalgouvernement betraf nurc 595 000 Personen, wohingegen 1 200 000 Deutsche schon in den ersten drei Friedensjahren nach 1918 aus dem neuen polnischen Staat vertrieben worden waren.

Folgt man der Geschichtsdarstellung der Sieger oder der BRD-Hofhistoriker, so war das Generalgouvernement eine Art Kolonie, die (nach britischem Muster!) der rücksichtslosen Ausbeutung diente. Hinzu habe die zu betreibende Volkstumspolitik vorgesehen, mehrere Millionen Polen und Juden aus dem Reich und aus den zurückgewonnenen Gebieten

in das GG abzuschieben und durch Zwangsarbeit zu vernichten. Anschließend sollte das GG selbst germanisiert werden.

Der Willkür-(Un-)Rechtsprechung des sog. Nürnberger Internationalen Militär-Tribunals (IMT) folgend, wurde der Generalgouverneur des GG, Hans Frank, als derjenige beschuldigt, der diese Politik durch entsprechende Verordnungen umgesetzt und den Völkermord dort zu einer rein verwaltungstechnischen Angelegenheit gemacht habe. Nach seinem Amtsantritt seien unter der Tarnbezeichnung Intelligenzaktion etwa 60000 Polen aus der Führungsschicht und des Bürgertums liquidiert worden. Zugunsten des Reiches sei unter Frank das Generalgouvernement mit äußerster Härte ausgeplündert worden.

Hans Frank (1900–1946) hatte sich nach seiner Ernennung zum Generalgouverneur durch Hitler sofort nach Berlin begeben, um einen Stab von Fachleuten, Beratern und Verwaltungsbeamten zusammenzustellen. Da Hitler den Termin für das Ende der Verwaltung Polens seitens der deutschen Armee auf den 26. Oktober 1939 festgesetzt hatte, mußte Frank sich mit seiner Arbeit sehr beeilen.

Das Generalgouvernement umfaßte vier große Provinzen mit größeren Städten wie Warschau, Krakau und Lublin. Nur dieser Teil wurde Frank vorläufig unterstellt. 1941 wurde dieses Gebiet durch Eroberung um eine fünfte Provinz, Ostgalizien, vergrößert, das Stalin 1939 annektiert hatte.

Aufgaben und Zustände im besetzten Polen

Über die Maßnahmen der Verwaltung während der ersten Zeit nach dem Blitzkrieg des Jahres 1939 berichtete Bruno Hans Hirche in seinem Buch Erlebtes General-Gouvernement (Krakau 1941). Das Land mußte aus der selbstverschuldeten wirtschaftlichen Armut seiner polnischen Vergangenheit zu neuer Blüte und unter deutscher Führung zum Erfolg gebracht werden. Auf den Blitzkrieg folgten achtzehn Monate Wiederaufbau bis zum Beginn des Präventivschlages 1941, der Stalins geplante Aggression verhindern sollte. Hirche bewohnte in Krakau ein Zimmer im Hause des Wereins Christlicher Junger Männer (CVJM), das für die Angestellten des Generalgouvernements zur Verfügung gestellt worden war. In dem Gebäude befanden sich ein Schwimmbad, eine Turnhalle, Billard- und Tischtennisräume. Alles war mit amerikanischen Geldern angeschafft worden, ähnlich wie im Warschauer Y.M.C.A.-Haus.

Die während des Blitzkrieges beschädigten Eisenbahn-Stationen, -Strecken und -Brücken waren inzwischen von Eisenbahnleuten aus dem Saargebiet wieder in Ordnung gebracht worden. Infolge der Nähe der Westfront mußte dort ihre Arbeit unterbrochen werden, und so waren

sie an Frank ausgeliehen worden. Der Vorwurf, daß bei einigen Kategorien die deutschen Verpflegungssätze höher gewesen seien als die polnischen 1942, verschweigt, daß der durchschnittliche Pole im Kriege mehr an Zuteilungen erhielt als in der Zeit vor 1939 und auch nach 1945.

Im November 1939 sah sich die deutsche Verwaltung vor der schweren Aufgabe, mit deutscher Kraft die schwer heimgesuchte Stadt Krakau wiederaufzubauen, umzugestalten sowie das wirtschaftliche und soziale Leben der Stadt zu beleben. Denn dies war schon vor dem Krieg armselig gewesen, nachdem man nach 1919 über eine Million tüchtige deutsche Fachkräfte aus dem Land gejagt hatte.

Die Verwaltung Dr. Franks gab sich besondere Mühe, Krakau zu einer Musterstadt zu gestalten. Wenn polnische Bauern aus der ländlichen Umgebung in die Stadt kamen, bewunderten sie die vielen Fortschritte, die im ersten Jahr der deutschen Herrschaft erzielt worden waren. Hirche weist nach, daß sowohl die städtische als auch die ländliche polnische Bevölkerung nach einem Jahr der Frankschen Verwaltung besser lebten als zu irgendeiner Zeit in den vorhergegangenen Jahrzehnten.

Warschau unter deutscher Herrschaft

Einen sehr guten Einblick in die deutsche Leistung vermittelt ein Buch Friedrich Gollerts. Von Beruf Wirtschaftler und Verwaltungsbeamter, war er aktiv am Wiederaufbau Polens beteiligt. Unter der deutschen Verwaltung während des Zweiten Weltkriegs war der Bezirk Warschau mit seinen 17 000 Quadratkilometern der kleinste im Generalgouvernement, hatte aber mit 3,4 Millionen Einwohnern die größte Bevölkerungszahl.

Dr. Ludwig FISCHER trat am 26. Oktober 1939 sein Amt in Warschau mit weitgehenden Vollmachten an. Während der kurzen Zeit der Heeresverwaltung hatten die deutschen Truppen die Schlachtfelder der letzten Kämpfe aufgeräumt, doch nun blieb der Wiederaufbau noch zu bewerkstelligen. Innerhalb des neuen Verwaltungsssystems unter deutscher Leitung war die polnische Autonomie in der örtlichen Regierung weitgehend erhalten geblieben. So wurden auch die polnischen Bürgermeister im allgemeinen wieder in ihren Dörfern und Städten eingesetzt.

Mit Ausnahme des früheren polnischen Obersten Gerichtshofes wurden die polnischen Gerichte wiedereingesetzt, einschließlich der 25 polnischen Bezirksgerichte in der Stadt Warschau. Das alte polnische Gesetzbuch wurde beibehalten, auch wurden die polnischen Richter in ihrer Rechtsprechung nicht beeinflußt. Die deutsche beratende Kommission leitete in den ersten beiden Jahren nach Oktober 1939 nur in vier von vielen Tausenden Entscheidungen eine Nachprüfung ein.

Außer den Polen (59,3%) und Juden lebten im Warschauer Bezirk noch Ukrainer, Weißrussen, Großrussen, eine Kaukasus-Gruppe, Deut-



Ludwig FISCHER (1905–1947) war von Oktober 1939 an Gouverneur des Distrikts Warschau im Generalgouvernement Polen.



Karte: Polen im Zweiten Weltkrieg unter deutscher Besatzung. Aus Heinrich JAENECKE, *Polen*, Hamburg 1981.

sche, Tschechen, Slowaken, Litauer und Zigeuner. Die frühere brutale Polonisierungspolitik beendete FISCHER damit, daß er allen Gruppen kulturelle Autonomie zuerkannte, mit dem Recht, eigene Schulen zu unterhalten sowie Bücher und Zeitschriften in ihrer eigenen Sprache veröffentlichen zu dürfen.

Wegen der großen Zahl an Sozialfürsorgefällen in Warschau ließ FISCHER die bestehenden polnischen Wohlfahrtsstellen mit dem Ziel höhe-

rer Leistungsfähigkeit ausbauen. Der polnische Hauptausschuß verteilte Liebesgaben aus den USA und anderen Ländern. Er richtete Selbstbedienungsrestaurants, Nachtasyle und Kinderheime ein. 126 Selbstbedienungsrestaurants blieben dauernd erhalten, jeden Tag wurden 110 000 Mahlzeiten ausgegeben. Ebenfalls ließ der Hauptausschuß Gemüsegärten auf allen nichtbenutzten Parzellen der Stadt anlegen. Neue kleine polnische Geschäfte erhielten Anleihen. So war seit vielen Jahrzehnten durch FISCHERS Verwaltung erstmals der Hunger aus der Stadt verbannt.

Fischers Wiederaufbaupolitik beruhte auf der Tatsache, daß Warschau vor September 1939 an der industrielle Mittelpunkt Polens gewesen war. Über 40 Prozent der polnischen Industriefirmen befanden sich 1938 im Warschauer Bezirk mit 170 000 Industriearbeitern. Dazu kamen 52 Prozent von 302 000 kleinen polnischen Industriebetrieben. Außerdem waren hier noch die Hauptbüros vieler auswärtiger polnischer Firmen angesiedelt, wie sich auch die Banken und Versicherungsgesellschaften in Warschau konzentriert hatten. Die meisten der großen modernen Rüstungsfirmen hatten sich ebenfalls hier niedergelassen. In Eisen und Stahl war Warschau führend, in der Textilherstellung kam es gleich hinter Lodz. Der größte Teil der polnischen Ingenieure und gelernten Arbeiter lebte im Warschauer Distrikt. Warschau war auch der Mittelpunkt des Transportwesens von Mittel-Ost-Europa.

Es war von Anfang an FISCHER vorurteilsfreies Ziel, Warschau zu einem großen und fortschrittlichen Mittelpunkt im Generalgouvernement zu entwickeln. Da sich schon früher zwischen Warschau und Danzig sehr bedeutende wirtschaftliche Bindungen entwickelt hatten, konzentrierte sich FISCHER mit bemerkenswertem Erfolg darauf, die wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen seinem Bezirk und West- und Ostpreußen auszuweiten sowie mit Berlin, Hamburg und Bremen neue Verbindungen zu schaffen. Gleichzeitig versuchte er, soviel wie möglich Rüstungsaufträge des Reiches für polnische Firmen im Warschauer Bezirk zu bekommen. Infolge der idealen Lage von Warschau an der mittleren Weichsel konzentrierte sich FISCHER auch auf die Verbesserung der Weichsel-Schifffahrt.

Die Preisstabilität im Reich wurde auch in Polen strengstens eingehalten, weil es Fischers Auffassung war, daß stabile Preise die Grundlage für eine gesunde Währung darstellen.

FISCHERS Politik erreichte trotz des Krieges einen für Polen relativ hohen Lebensstandard. Um ihn zu erhalten, wurden für Schwarzmarkt-Geschäfte im Januar 1940 sehr strenge Strafen festgesetzt und im April 1940 Preiskontrollen eingeführt.

Hilfe für die Bauern

Im November 1939 waren die polnischen Bauern glücklich, daß der Krieg beendet war. Wie überall benötigten sie für ihre Arbeit dauerhaften Frieden. Während der großen Selbstversorgungskampagne in der Landwirtschaft im Generalgouvernement war der dortige Ertrag je Hektar infolge einer unzureichenden Nutzung des Landes durch die Polen geringer als der Ertrag im Reich.

Vor September 1939 besaßen 22 Prozent der Bauernhöfe weniger als 1 ha (2500 m²) Land und nur drei Prozent der Höfe über 30 ha. In Fi-SCHERS Provinz betrug der Anteil der Bauern an der Gesamtbevölkerung 35 Prozent, in den anderen Bezirken dagegen 70 oder 80 Prozent. Zur Bekämpfung der Knappheiten verdoppelte Fischer die Menge der Düngemittel durch Lieferungen aus dem Reich auf 30 000 Tonnen für die Ernte von 1940, weiterhin wurden große Mengen Vieh aus Deutschland eingeführt, um die örtliche Zucht zu verbessern. Kleine Höfe wurden unterstützt, und der Gemüsebau wurde gefördert. Innerhalb von zwei lahren war dieser in Fischers Provinz auf 6500 ha angewachsen. Zuckerrüben auf 3500 ha und Sojabohnen auf 2000 ha. Das war nur möglich durch die Einfuhr von Mäh-, Ernte- und anderen landwirtschaftlichen Maschinen aus Deutschland. Mit Hilfe von Fischers Aktionsprogramm waren die Ernten in den ersten vierziger Jahren die besten, die es je in diesem Bezirk gegeben hatte. Auch die polnische Bevölkerung lebte besser als je zuvor. Über diese Leistung während der Kriegszeit in einem



Entgegen einer weitverbreiteten Meinung sind in Warschau nach den deutschen Bombenangriffen 1939 etliche Gebäude unversehrt geblieben, so zum Beispiel das Palais Brühl.

Gebiet, in dem volle Mägen immer eine Ausnahme darstellten, kann nicht hinweggegangen werden.

Weiterhin führte die deutsche Verwaltung ein eindrucksvolles Programm für die Bodenverbesserung (Meloriation) sowie für leistungsfähigere Bewässerungsanlagen durch, für die neben der Stromgewinnung auch der mächtige Maczyslaw-Damm bei Warschau gebaut wurde. Schon vor Einsetzen des Winters 1939/40 waren alle bestehenden Deiche im Warschauer Bezirk instandgesetzt worden.

Der Wiederaufbau Polens nach 1939

Der Wiederaufbau Warschaus nach der Belagerung war das größte Problem, dem sich Fischer 1939/40 gegenübersah. 2200 Gebäude (10,6%) waren zerstört worden, 41% hatten starke und 30% leichte Schäden erlitten. Innerhalb von achtzehn Monaten wurden 2700 Gebäude wiederaufgebaut, 3000 Gebäude wurden zusätzlich repariert mit dem Ergebnis, daß während dieser kurzen Zeit im Krieg tatsächlich die schweren Schäden zur Hälfte beseitigt werden konnten.

Die Anklage des polnischen Historikers und Propagandisten Czeslaw Madajczyks (1921–2008), Deutschland habe versucht, die polnische Kultur zu vernichten, ist eine krasse Verdrehung der Tatsache, daß die deutsche Verwaltung die polnischen Künstler aller Kunstsparten mit allen erreichbaren Mitteln unterstützte. Madajczyk gestand nur zu, daß die polnische Presse großzügig lizenziert wurde.

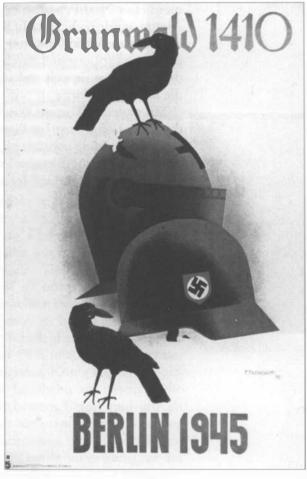
Vor der Belagerung gab es in Warschau zehn Haupttheater, eine Große Oper und vier Operettentheater. Sie wurden alle ermutigt, ihre Pforten wieder zu öffnen. Deutsche Theatergruppen und Orchester gaben

in Warschau häufig Gastvorstellungen.

Die Erfolge der Verwaltung FISCHERS waren eindrucksvoll. Die kritiklose Bewunderung der verbrecherischen Grausamkeiten Churchilles, Roosevelts und Stalins in der Nachkriegszeit und die antideutsche Propaganda und Geschichtsklitterung haben dafür gesorgt, daß nur deutsche Verbrechen, die keineswegs abgestritten werden, aber hier nicht zum Thema gehören, die Geschichtsbücher füllen.

MADAJCZYK pries die Tätigkeit des amerikanischen Roten Kreuzes in Polen bis zum Zeitpunkt des Kriegseintrittes der USA 1941. Damit lobte er indirekt die deutsche Unterstützung des Roten Kreuzes. Denn im Gegensatz dazu verweigerte Polen nach Kriegsende dem Internationalen Roten Kreuz, den deutschen hungernden Opfern der polnischen Kommunisten zu helfen.

Bei der Beschreibung der deutschen Konzentrationslager in Polen, besonders dessen von Auschwitz (nicht im Generalgouvernement), bestätigte er den wirtschaftlichen Einsatz der Insassen in der massiven industriellen Fertigung großer deutschen Firmen wie der I.G. Farben und der Buna-Werke. Diese konnten angesichts des ernormen Arbeitskräftemangels nur existieren, weil dort viele Arbeitslager waren, deren Arbeitskraft man unbedingt benötigte. Daß dort Menschen starben, ist unbestritten. Im April 1945 starben in Auschwitz allein durch vier amerikanische Luftangriffe nachweislich rund 30000 Häftlinge. Diese werden auch als von Deutschen Ermordete mitgezählt. Es ist auch allgemein bekannt, daß, mit Ausnahme der schwerkranken und daher nicht bewegungsfähigen Insassen, die deutsche Verwaltung 1945 fast die gesamte Auschwitz-Belegschaft mit der Bahn evakuierte, während Millionen hilfloser deutscher Flüchtlinge einschließlich der Mütter mit frierenden Kindern zu Fuß durch Eis und Schnee gehen mußten. Dieser Transport aus dem Lager wurde von MADAJCZYK bestätigt, des weiteren, daß bei Ankunft der Roten Armee am 27. Januar 1945 nur noch 7000 Insassen im Lager geblieben waren. Die anderen hatten es vorgezogen, freiwillig mit den Deutschen nach Westen abzuziehen, und sie überlebten im Westen.



Den Höhepunkt seiner Propaganda erreichte Madajczyk mit der Behauptung, Hitler habe versucht, die gesamte polnische Bevölkerung auszurotten. – obwohl die Polen sowohl in Auschwitz als auch im Reich als Arbeitskräfte dringend gebraucht wurden.

Was die sogenannte Intelligenzaktion betrifft, so heißt es dazu bei Wikipedia: »Die AB-Aktion (Außerordentliche Befriedungsaktion) war eine Mordkampagne der Nationalsozialisten während des Zweiten Weltkrieges auf polnischem Staatsgebiet. Ziel war es, den Widerstand (!) gegen die deutsche Besetzung Polens durch die gezielte Tötung potentieller Widerstandsführer im Keim zu ersticken. Im Frühling und Sommer des Jahres 1940 wurden im Rahmen dieser Aktion im Generalgouverne-

In Polen wird der alliierte Sieg über HITLER-Deustchland 1945 gern mit dem Sieg 1410 in Grunwald (Tannenberg) verglichen, als ein litauisch-polnisches Heer dem Deutschen Orden eine empfindliche Niederlage beibrachte.

¹ Siehe auch: Rolf Kosiek u. Olaf Rose (Hg.), *Der Große Wendig*, Bd. 4, Grabert, Tübingen ²2012, S. 389–394.

ment etwa 7500 Personen verhaftet und ermordet. . . Das Ziel der AB-Aktion wurde nicht erreicht. Die Widerstandsbewegungen, zum Beispiel die ¿Zwizek Walki Zbrojneje (¿Verband für den bewaffneten Kampfe), wurden zwar personell durch die Aktion zeitweilig hart getroffen, allerdings erholten sie sich und setzten den [illegalen!, H. M.] Kampf gegen die Deutschen fort.«

Mit anderen Worten: Die AB-Aktion hatte nicht als Ziel die Ermordung der polnischen Intelligenz, also von Ärzten, Lehrern, Geistlichen usw., wie es bei *Wikipedia* und anderswo heißt, sondern die Bekämpfung und Ausschaltung illegaler Partisanen, deren Hinrichtung völkerrechtlich gedeckt war und infolgedessen nicht als Ermordung zu bezeichnen ist.

Hans Meiser

Quisling war kein Landesverräter

In der Zeit nach 1940 wurde der Name ›Quisling‹ als gleichbedeutend für Verräter oder ›Judas‹ eingeführt und benutzt. Der norwegische Politiker wurde 1945 als Landes- und Hochverräter abgeurteilt und erschossen. Schon am 15. April 1940 gebrauchte die *Londoner Times* zum ersten Male diesen Ausdruck, und am 19. April 1940 veröffentlichte sie bereits einen Artikel unter der Überschrift »Quisling is as Quisling does« (»Ein Quisling ist, wer wie Quisling handelt«). In Wirklichkeit war QUISLING aber ein Patriot, den unheilvolle Umstände in einer von Haß erfüllten Zeit in die Verantwortung gezwungen hatten. Für sein Volk hatte er die undankbare Aufgabe eines Regierungschefs unter deutscher Besatzung angenommen. Er war mit seiner Bewegung alles andere als Deutschlands ›Fünfte Kolonne‹ in Norwegen, sondern trat für die Unabhängigkeit und Gleichberechtigung seines Landes ein.

Vidkun Quisling wurde am 18. Juli 1887 im norwegischen Fyresdal (in Telemarken) als Sohn eines protestantischen Pastors geboren, der sich auch ausführlich mit germanischer Mythologie befaßt und seine Ergebnisse dem Sohn vermittelt hatte. In der Schule glänzte er durch beste Leistungen. Im kurz vorher von Schweden 1905 unabhängig gewordenen und von einem aus Dänemark stammenden König regierten Norwegen wandte er sich einer militärischen Laufbahn zu, besuchte die Kriegsschule und die Militärakademie mit bestem Erfolg und war als Artillerie-Offizier ab 1911 im Generalstab tätig. Im Ersten Weltkrieg wurde er auf eigenen Wunsch 1917 als Hauptmann dem norwegischen Militärattaché in St. Petersburg zugeordnet. Hier stand er zunächst der russischen Revolution mit Wohlwollen gegenüber. Ab 1922 war er als Mitarbeiter Fridtjof Nansens bei dessen humanitärem Werk in der Ukraine und im Kaukasus sowie bei der Rückführung deutscher Kriegsgefangener tätig, wobei mehrfach Lebensgefahr für ihn bestand. Dabei wurde er aufgrund seiner Erlebnisse ein scharfer Gegner des Bolschewismus und sah im auch in Norwegen zunehmenden westlichen Marxismus eine Gefahr. 1923 heiratete er eine Russin. Er kam 1929 nach Norwegen zurück und wurde als Major reaktiviert. 1930 veröffentlichte er sein Buch Russland og vi (Rußland und wir) über seine Erfahrungen in Rußland. Darin setzte er sich für eine europäische Front gegen den Kommunismus ein: »Wir müssen verstehen, daß der wirksamste Schutz gegen den Bolschewismus und die Komplotte des bolschewistischen Rußlands eine enge, kulturelle, ökonomische und politische Kooperation zwischen den Völkern ist, die der nordischen Kultur angehören, in erster Linie zwischen den skandinavischen Nationen, Großbritannien und Deutschland,«1



Vidkun Quisling.

¹ Zitiert in: Hans Werner Neulen, Eurofaschismus und der Zweite Weltkrieg. Europas verratene Söhne, Universitas, München 1980, S. 80.

Quiesling war kein Verräter

² Zitiert von J. JOCHUM, »Vidkun Quisling – Verräter oder Patriot?« in: *Deutsche Geschichte*, Nr. 80, Dezember 2005, S. 47.

Er wandte sich dann der Politik zu. In einem Grundsatzartikel am 24. Mai 1930 in der Zeitung Tidens Tegn legte er seine Auffassungen dar, in denen er an die Vorstellungen des kurz vorher verstorbenen Fridtjof NANSEN anknüpfte, und forderte, »das Vaterland von Klassenkampf und Parteipolitik zu befreien«.² Als aktive Vereinigung für ein neues politisch erwachtes Norwegen gründete er die ins Religiöse ausgreifende politische Bewegung Nordike Folke-reisning (Norwegisches Volkserwachen). Er war von 1931 bis 1933 Verteidigungsminister in einer Koalition aus Bauern- und Arbeiterpartei. Am 17. Mai 1933 gründete Hauptmann Quis-LING aus mehreren kleineren nationalen Gruppen die Nasjonal Samlinge (NS). Darin vertrat er einen ständestaatlich geordneten Aufbau des Staates mit einer Regierung aus Fachleuten ohne Parteien- und Klassenkampf und setzte sich für »sozialen Individualismus auf nationaler Grundlage« ein. Außenpolitisch forderte er eine europäische Neuordnung und eine Zusammenarbeit aller nordischen Völker, einen großnordischen Staatenbund bei Achtung der Unabhängigkeit der einzelnen Völker. Da sich auch der Nobelpreisträger Knut Hamsun für ihn einsetzte, gelang es ihm, von den 3,3 Millionen Norwegern bald die äußerst hohe Zahl von 50 000 als Mitglieder zu gewinnen. Bei den Wahlen erreichte er allerdings kein Mandat.

QUISLING (links) mit Reichskanzler HITLER, Beide trafen sich erstmals im Jahre 1939.

Schon vor Kriegsbeginn 1939 wandte er sich gegen die einseitige Hinwendung seines Landes an Großbritannien und forderte strikte Neutralität. Am 13. und 14. sowie am 18. Dezember 1939 hatte er einen Be-



suchstermin bei Adolf HITLER, den er vor einer britischen Invasion Norwegens mit Billigung der Osloer Regierung warnte. Nach der deutschen Landung in Norwegen ab 9. April 1940 flohen Königshaus und Regierung nach London. Noch am Abend des 9. April erklärte sich Quisling nach Absprache mit dem deutschen Gesandten Brauer zum norwegischen Regierungschef und setzte eine Regierung ein, wurde jedoch von den norwegischen Behörden nicht anerkannt. Schon am 15. April 1940 wurde er von der deutschen Besatzungsmacht seines Amtes enthoben und durch Reichskommissar Josef Terboven ersetzt, der dann eine wenig glückliche Hand in der Behandlung

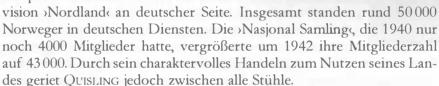
der Norweger zeigte. Außer der ›Nasjonal Samling‹ wurden alle anderen Parteien verboten.

Am 1. Februar 1942 wurde Quisling von Hitler als Chef einer Na-

Quiesling war kein Verräter

tionalen Regierung in Norwegen berufen und mußte nun zwischen den Anforderungen des Landes, dem Wirken des norwegischen Widerstan-

des und der deutschen Besatzung vermitteln, die Terboven mit aller Härte gegen Angehörige des Widerstandes einsetzte. Quisling gelang es aber mehrfach, die Todesstrafe gegen Widerständler in Haftstrafe umzuwandeln. Er rief junge Norweger zum Eintritt in die Waffen-SS und zum Kampf gegen den Bolschewismus an deutscher Seite auf. Nach »vorsichtigen Schätzungen« haben rund 15 000 Norweger sich freiwillig zu den deutschen Streitkräften gemeldet. Davon wurden 7000 angenommen, von denen zehn Prozent fielen. Viele kämpften im Rahmen der Waffen-SS-Di-



Wenige Tage vor Kriegsende lehnte er deutsche Angebote ab, sich in einem gestellten Flugzeug in anderen Ländern in Europa oder Übersee in Sicherheit zu bringen. Nach einem vergeblichen Versuch, am 7. Mai 1945 ins neutrale Schweden überzutreten, stellte er sich am 8. Mai 1945 den neuen norwegischen Amtsstellen. Von der neuen Regierung wurde vom 20. August bis zum 6. September 1945 ein Schauprozeß in Oslo gegen ihn wegen Hoch- und Landesverrats, Mordes und anderer kleinerer angeblicher Straftaten wie Betrug, Bereicherung im Amt, Schwindel geführt. In der Untersuchungshaft wurde er übel behandelt und auf kleinste Hungerrationen gesetzt. Die Massenmedien in aller Welt fielen über ihn her und warfen ihm Unsinniges – auch aus seinem Privatleben – vor. Das Gericht erwies sich als sehr einseitig und voller Vorurteile. Die Presse bezeichnete ihn von vornherein als Landes- und Hochverräter, der bedingungslos mit dem Feinde kollaboriert habe. Alle zu seiner Entlastung eingebrachten Sachanträge wurden abgelehnt. Obwohl seit 1902 die Todesstrafe in Norwegen abgeschafft war, wurde er am 10. September 1945, nachdem er eine achtstündige Verteidigungsrede frei und ohne Notizen über sein Lebenswerk gehalten hatte, zum Tode verurteilt. Dabei hatte das Gericht sich auf den Standpunkt gestellt, daß Norwegen nicht besetzt gewesen sei, für welchen Status die norwegischen Behörden den Befehlen der Besetzer gehorchen mußten, sondern daß es sich von 1940



Von links: Quisling, Himmler, Terboven, Falkenhorst 1941 in Norwegen. Foto: Bundesarchiv.

³ Nach: Hans Werner Neulen, An deutscher Seite. Internationale Freiwillige von Wehrmacht und Waffen-SS, Universitas, München 1985, S. 159.



Sonnenkreuz-Symbol der Nasjonal Samling.

Quiesling war kein Verräter

bis 1945 im Kriegszustand mit dem Reich befunden habe und deshalb Mitarbeit mit den Deutschen Landesverrat gewesen sei.



Die eingelegte Berufung gegen das skandalöse Urteil wurde vom Obersten Norwegischen Gericht am 13. Oktober 1945 abgelehnt. QUISLINGS Frau wandte sich mit einem Gnadengesuch an den zurückgekehrten König HAAKON, der das Urteil aber auch nicht aufhob oder abmilderte. Am 24. Oktober wurde Ouisling in der Festung Akershus vor vielen Schaulustigen erschossen. Seine Asche wurde erst im Juni 1959 freigegeben und auf dem Friedhof in seinem heimatlichen Gjerpen neben seiner Mutter beigesetzt.

Das Gericht stützte sich auf ein von der norwegischen Exilregierung in London am 15. Dezember 1944 erlassenes »Verratsgesetz«, das rückwirkend angewandt wurde - ein besonders schwerer Verstoß gegen das Recht. Aufgrund dieses Gesetzes wurden dann weitere 30 Norweger zur Todesstrafe verurteilt, von denen 25 hingerichtet wurden. Gegen 130 000 Norweger wurde wegen Mitarbeit mit den Deutschen ermittelt. »46 000 Norweger wurden als Kollaborateu-

re verurteilt, 37125 erhielten Gefängnisstrafen. Öffentlich Bedienstete verloren ihre Posten. Von den Mitgliedern der Nasjonal Samlinge wurden 70 Millionen Kronen als Reparation erpreßt. Heimgekehrte Soldaten der Waffen-SS erhielten mindesten drei Jahre Gefängnis, verloren sämtliche Versorgungsansprüche und ihre bürgerlichen Ehrenrechte.«4 Nach anderen Quellen⁵ wurden 92 805 Personen als Kollaborateure angeklagt, erhielten 17000 Norweger Haftstrafen, die SS-Männer oft sieben bis acht Jahre, 3500 mehr als drei Jahre. 28 568mal verhängte man Geldstrafen mit zusammen 280 Millionen Kronen.⁶ Im Verhältnis zu seinen 3.3 Millionen Einwohnern war der Anteil der der Kollaboration Beschuldigten, gegen die Verfahren eingeleitet wurden, mit rund 92000 Personen sehr hoch. Erst mit einem Gesetz vom 9. Juli 1948 konnte den Verurteilten ein Teil ihrer Strafe, die Hälfte, erlassen werden.

Der bekannte schwedische Rechtsanwalt Hemming Sjößerg urteilte über Quisling: »Über Quislings Patriotismus kann kein Zweifel bestehen. . . Er ist nicht um Gewinnes oder Ehre willen Verräter geworden: sein Verrat beruhte auf der Liebe zu seinem Land.«7

Der britische Journalist Ralph HEWINS, der im April 1940 und nach dem Mai 1945 in Oslo vor Ort war und von einem Ablehner QUISLINGS zu einem Bewunderer wurde, schrieb eine ausführliche, um Sachlichkeit bemühte Biographie über diesen Mann.⁸

Rolf Kosiek

4 Heinrich KLEIN. »Der typische Verräter?« in: Nation-Europa. Nr. 9, 2005, S. 60 f.

⁵ Franz W. SEIDLER. Die Kollaboration 1939-1945, Herbig, München-Berlin 1995, S. 29.

⁶ Angaben von NEULEN, in: aaO.(Anm.3), S. 160.

⁷ Zitiert von NEU-LEN, in: aaO. (Anm. 1), S. 83.

8 Ralph Hewins, Quisling. Verräter oder Patriot?, Druffel, Leoni 1965.

Auch Briten lieferten Juden aus

Es ist zu Recht kritisiert worden, daß in den von den Deutschen im Zweiten Weltkrieg besetzten Ländern die einheimischen Behörden den Besatzern bei der Evakuierung von Juden geholfen haben, statt sich zu weigern, bei diesem Tun mitzuwirken.

Der Vorwurf ist sogar den Briten zu machen.¹ Ihre Mitarbeit bei der Deportierung der Juden war lange unbekannt und ist auch heute sicher den meisten Menschen nicht geläufig. Daß solche Mitarbeit von Briten nicht häufiger eintrat, ist nur dem Umstand zu verdanken, daß kaum britisches Land besetzt wurde.

Deutsche Truppen besetzten am 1. Juli 1940 nach dem Westfeldzug auch die britischen Kanalinseln, darunter die zweitgrößte, Guernsey. Die Inseln blieben bis zum Kriegsende in deutscher Hand. Aus einigen erst Anfang 1993 freigegebenen, bis dahin geheim gehaltenen Akten ergibt sich, daß die gehobenen Schichten meist mit den Deutschen gut zusammenarbeiteten, während die einfache Bevölkerung eher mutig auf Distanz blieb.

Am 22. November 1940 ersuchten die deutschen Behörden den Regierungschef der Inseln, Victor Carey, Namen und Staatsbürgerschaft aller auf den Inseln lebenden Juden anzugeben. Schon drei Tage später meldete dieser gehorsam, er habe »die Ehre mitzuteilen«, daß sechs jüdische Frauen erfaßt worden seien: darunter zwei Engländerinnen, zwei Deutsche und eine Tschechin. Carey gab den Bericht an den methodistischen Pfarrer John Leale weiter, der Vorsitzender des Kontrollrates und während der Zeit der Besatzung die Spitze der britischen Inselverwaltung war. Der wiederum leitete die Liste an den deutschen Kommandanten, Oberst Schumacher, weiter.

Auf einer im April 1942 erneut verlangten Liste der Juden unter den Inselbewohnern fehlten die beiden deutschen Frauen. Nach Unterlagen der Holocaust-Gedenkstätte in Jerusalem seien sie über Frankreich nach Auschwitz deportiert worden und dort umgekommen. Obwohl Carey eine Reihe von Erlassen gegen die Juden herausgab, wurde er nach dem Krieg vom englischen König George VI. geadelt. Nur ein einziges Mitglied des achtköpfigen britischen Kontrollrates, Sir Abraham Laine, verweigerte seine Unterschrift.

Rolf Kosiek

¹ »Briten liefern Juden aus«, in: Die Welt, 7. 1. 1993.

Hitler sorgt 1940 für Wilhelmina von Holland



Königin WILHELMINA.
Ihr im November
1939 unterbreitetes
Angebot zur Friedensvermittlung an die
Staatsoberhäupter
Englands, Frankreichs
und Deutschlands
wurde von England
und Frankreich zurückgewiesen.

¹ Rolf Kosiek u. Olaf Rose (Hg.) »Die Gefangennahme der Reichsregierung«, in: *Der Große Wendig*, Bd. 2, Grabert, Tübingen ⁵2012, S. 309 ff.

² Ebenda, »Die Gefangennahme des Generalfeldmarschalls Milch«, S. 312 f.

³ B. H. LIDDELL. HART, Nun dürfen sie reden, Hitlers Generale berichten, Stuttgarter Verlag, Stuttgart-Hamburg 1950, S. 199.

⁴ Ebenda, S. 14.

Die alliierten Sieger gingen mit ihren Gefangenen, auch bei hochgestellten Persönlichkeiten,¹ nicht zimperlich um, sondern mißhandelten sie, wie etwa den Generalfeldmarschall MILCH² oder die Nürnberger Gefangenen, äußerst brutal in einer Weise, die von Deutschen niemals angewendet wurde. Im Gegenteil: Auch von der höchsten deutschen Führung wurden die Gegner gut behandelt, und es wurde für sie gesorgt.

In diesem Zusammenhang ist interessant, wie sich HITLER kurz vor dem Westfeldzug 1940 persönlich um die holländische Königin WILHEL-MINA kümmerte. Der angesehene englische Militärschriftsteller B. H. LID-DELL HART gibt in seinem Nachkriegsbuch³ über seine Gespräche mit deutschen Generalen und deren Berichte nach der Kapitulation der deutschen Wehrmacht eine Einzelheit aus einem Gespräch des Reichskanzlers mit General STUDENT an, die dieser ihm mitteilte. STUDENT war 1940 für den Einsatz der deutschen Luftlandetruppen in Holland zuständig und hatte später dem Briten über die Vorbereitung des Angriffs am 10. Mai 1940 berichtet. Zusammen mit General Graf Sponeck, der die gegen Den Haag eingesetzten Luftlandetruppen befehligte, wurde STUDENT am 2. Mai 1940 überraschend nach Berlin zu HITLER befohlen, LIDDELL HART zitiert STUDENT: »Wir waren die ersten Kommandanten, denen er (HITLER, R.K.) im voraus das beabsichtigte Datum für den Beginn des Angriffs im Westen gab, den 6. Mai. Infolge des Wetters an diesem Tage wurde er auf den 10. Mai verschoben.«

LIDDELL HART schreibt dann weiter aus seinem Gespräch mit dem deutschen General: »Student erwähnte auch, daß Hitler während des Besuchs ihm den besonderen Auftrag erteilte, Maßnahmen zu treffen, daß der Königin von Holland und den Mitgliedern des Königlichen Hauses nichts geschieht. Abschließend sagte Hitler: ›Ich will für alles die Verantwortung übernehmen, außer daß der Königin Wilhelmina, die bei ihrem Volk beliebt ist, ebenso wie in der ganzen Welt, etwas zustößt. Um das Gewicht des Befehls hervorzuheben, wurde er schriftlich ausgehändigt.«

In seinem Vorwort von 1950 zur erweiterten Ausgabe seines Werkes urteilt der Engländer: »Wirklich bemerkenswerter als die Unterwürfigkeit der deutschen Generale HITLER gegenüber ist es, in welchem Umfang es ihnen gelang, in der Armee ein Anstandsgesetz aufrecht zu erhalten. . Viele unserer Soldaten, die Kriegsgefangene waren, haben hierüber Zeugnis abgelegt. Beim Besuch von Frankreich, Belgien und Holland nach dem Kriege wurde mir oft ehrlich gesagt, und zwar von unerschütterlichen Nazifeinden, daß das allgemeine Betragen der deutschen Armee. . . besser war als das der alliierten Truppen. . .«4 Rolf Kosiek

Wilhelmina wider Willen im Exil

Über das Grab hinaus wird gegen LEOPOLD III. (1901–1983) der Vorwurf des Verrats erhoben, weil der belgische König nach der Kapitulation seiner Armee am 28. Mai 1940 die deutsche Kriegsgefangenschaft dem Verlassen des Landes vorzog, statt sich nach dem Vorbild der holländischen Königin ins englische Exil zu begeben.¹ Die Monarchin selbst allerdings empfand die Umstände, unter denen sie die Niederlande verließ, als »schmachvoll«. Obwohl sie wie LEOPOLD lieber im Lande bleiben wollte, landete Wilhelmina (1880–1962) in London. Das Trauma ihrer »unfreiwilligen Verschiffung«² wurde zur Ursache für den Fanatismus, mit dem die Entführte von England aus Widerstandspropaganda betrieb.³

»Ich war der Meinung, daß es mir gelingen würde, wenigstens noch einige Zeit auf meinem Posten in Den Haag zu bleiben und, wenn das Schlimmste eintreten würde, mit den niederländischen Truppen südwärts zu ziehen«, vermerkt Wilhelmina in ihren Memoiren. »Inzwischen meldeten die Berichte, die ich von dem Hauptquartier bekam, daß der Kampf

für unsere Truppen sowohl in der Luft wie zu Lande schwer war, weil sie einer Übermacht von Panzern und Flugzeugen gegenüberstanden. . . Mit Zustimmung des Oberbefehlshabers rief ich nachts den König von Großbritannien an und bat ihn um Hilfe. Zwar hatten die Engländer einige Verstärkungen geschickt, aber diese waren wie ein Tropfen auf einen heißen Stein. Am frühen Morgen des 13. Mai gab mir der Oberbefehlshaber den Rat, Den Haag zu verlassen. . .

Ein Vorort von Den Haag am frühen 10. Mai 1940: Die ersten deutschen Fallschirmjäger schweben zu Boden.



¹ Margret Boveri, Der Verrat im XX. Jahrhundert. Für und gegen die Nation. Das sichtbare Geschehen, Hamburg 1956, S. 61–71; Paul Sérant [d.i. Paul Salleron]: Die politischen Säuberungen in Westeuropa am Ende des Zweiten Weltkrieges in Deutschland, Österreich, Belgien, Dänemark, Frankreich, Großbritannien, Italien, Luxemburg, Norwegen, den Niederlanden und der Schweiz, Oldenburg; Hamburg [1966], S. 105-130.

Noch am 12. Mai meldete der holländische Generalstab voller Optimismus: »Sämtliche holländischen Flugplätze befinden sich nun wieder in unserer Hand.«

² BOVERI, Der Verrat im XX. Jahrhundert, ebenda, S. 63.

³»Der letzte Mann«, Rez. zu: Wilhelmina, *Eenzaam maar niet alleen*, Amsterdam 1959, in: *Der Spiegel*, Nr. 11, 1959, S. 49 f., hier: S. 50.

Wilhelmina wider Willen im Exil

Weiter schlug er mir vor, daß ich mich nach Vlissingen oder Zeeuws-Vlaanderen⁴ begeben sollte, wo die militärische Lage etwas weniger un-



Prinz BERNHARD inspiziert holländische Stellungen am Stadtrand von Rotterdam. Bereits am Nachmittag des 13. Mai, also vor der Ankunft seiner Mutter in London, stattete er der holländischen Gesandtschaft in London einen Besuch ab. Er hielt sich dann mit Königin WILHELMINA im Londoner Exil auf. während seine Frau und Kinder im Exil im kanadischen Ottawa lebten.

günstig aussah. In aller Eile packte ich einen Handkoffer und verließ morgens um halb zehn Uhr mit dem Auto Den Haag. . . . «⁵

Erstes Ziel war Hoek van Holland: »Wir fanden dort einen englischen Zerstörer vor, der zur Abfahrt bereit lag. . . Wir gingen an Bord, worauf der Zerstörer sofort abfuhr. . . Als Ziel waren Vlissingen oder Breskens angegeben. Mit dem englischen Kommandanten wurde überlegt, wie man Verbindung mit unserem befehlsführenden Konteradmiral in Zeeland aufnehmen konnte. Aber leider teilte

uns dieser bei einem ersten Gedankenaustausch mit, daß er keine Verbindung mit dem Festland aufnehmen dürfe. Es waren strikte Instruktionen, die er von seinem englischen Vorgesetzten empfangen hatte. Das war eine sehr enttäuschende Mitteilung, denn damit scheiterte praktisch der Plan, Vlissingen oder Zeeuws-Vlaanderen zu erreichen. . .«⁶

Da war guter Rat teuer: »Wir befanden uns jetzt auf hoher See, und zurück konnten wir nicht. Nach einer Beratung mit denen, die dafür in Frage kamen – ein Miniaturkriegsrat in Schwimmwesten –, beschloß ich, nach England zu fahren. Das ließen die Instruktionen des Kommandanten des Zerstörers wohl zu. Ich hoffte, in England wieder Kontakt mit den Niederlanden zu bekommen, und dort konnte ich dann beurteilen, wann und an welchen Ort ich ins Vaterland würde zurückkehren können. Außerdem würde ich in England noch einen Versuch unternehmen können, mehr militärische Unterstützung zu bekommen. Ich war mir natürlich voll und ganz bewußt, welchen bestürzenden Eindruck dieses Weggehen zu Hause machen würde, aber da das Landesinteresse es forderte, sah ich mich verpflichtet, die Schmach dieser scheinbaren Flucht auf mich zu nehmen. Hätte der Guerillakampf gegen die Fallschirmtruppen nicht von Anfang an jegliche Verbindung zwischen mir und den

⁴ Seeländisch Flandern ist der südlichste Teil der niederländischen Provinz Seeland an der Grenze zur belgischen Region Flandern.

⁵ WILHELMINA, Einsam und doch nicht allein, Stuttgart 1961, S. 244 f.

⁶ Ebenda, S. 246.

Wilhelmina wider Willen im Exil

kämpfenden Truppen abgeschnitten, so hätte ich mich zu den Kämpfenden am Grebbeberg⁷ begeben können, um das Los des Kriegers zu teilen und, wie Willem III.⁸ es ausdrückte, vals der letzte Mann zu fallen in dem letzten Laufgraben«. Ich wußte also, daß auch dies mir nicht beschieden war.«⁹

Unter diesen Umständen gab es kein Zurück: »Der Zerstörer setzte mich und meine Gesellschaft in Harwich an Land. Ich hatte vor, dort zu bleiben und abzuwarten, ob eine Rückkehr eventuell möglich sei. Die britischen Behörden aber hatten dort schon einen Zug bereit gestellt, der mich nach London bringen sollte und den ich dann auch benutzte. Am Bahnhof erwartete mich König GEORGE. . . Der König lud mich ein, sein und der Königin Gast im Buckingham Palace zu sein, wohin er mich geleitete.«¹⁰

Am 13. Mai 1940 meldete die Agentur Reuter: »Königin Wilhelmina ist heute abend in London eingetroffen. . .«¹¹ Harry Hopkins¹² notierte, was er von der englischen Königin erfuhr: Wilhelmina »kam um 5 Uhr nachmittags im Buckingham Palace an und trug einen Blechhut [Stahlhelm], den ihr der Kommandant des Zerstörers gegeben hatte. Die Königin [von England] sagte, sie sei eine großartige couragierte Frau, und es war ganz klar, daß sie rein aus Zufall in England angekommen war, und nicht, weil sie das selbst beabsichtigt hatte«.¹³

Fred Duswald

⁷ Mit der Eroberung des Grebbeberges in der Provinz Utrecht durch die 207. Infanteriedivision wurde am 14. Mai 1940 die von den Holländern hartnäckig verteidigte Grebbelinie durchbrochen. In der Nacht zum 15. Mai 1940 kapitulierte die niederländische Armee.

⁸ Deutsch: Wilhelm III. (1817–1890), König der Niederlande, Großherzog von Luxemburg und Vater von Wilhelmina.

⁹ WILHELMINA, Einsam und doch nicht allein, aaO. (Anm. 5), S. 247.

¹⁰ Ebenda, S. 248.

¹¹ Zit. bei: Janusz Piekalkiewicz, Ziel Paris. Der Westfeldzug 1940, München-Berlin 1986, S. 123 f.

¹² Der Sowjetagent Harry Lloyd HOPKINS (1890–1946) war einer der engsten und einflußreichsten Ratgeber des US-Präsidenten Franklin Delano ROOSE-VELT (1882-1945) während des Zweiten Weltkriegs. Siehe: Christopher Andrew, The Sword and the Shield: The Mitrokhin Archive and the Secret History of the KGB, New York 1999, Rez. hierzu: Reed Irvine u. Cliff Kincaid, »The Treachery of Harry Hopkins«, in: Accuracy in Media, 8. 10. 1999; deutsche Übersetzung: Christopher Andrews, Das Schwarzbuch des KGB. Moskaus Kampf gegen den Westen, Berlin 1999.

¹³ Margret Boveri, Der Verrat im XX. Jahrhundert, aaO. (Anm. 1), S. 63.

Die Internierung König Leopolds III. von Belgien im Zweiten Weltkrieg



König LEOPOLD III. von Belgien.

Nachdem er als Oberbefehlshaber der belgischen Armee am 28. Mai 1940 kapituliert hatte, wurde König Leopold III. (1901–1983) als Kriegsgefangener in seinem Residenzschloß Laken (französisch: Laeken) interniert, nach Landung der Alliierten in der Normandie 1944 samt Familie und Hofstaat aber nach Deutschland verlegt. Dort seien die Belgier elendig untergebracht, schlecht behandelt, mangelhaft ernährt und medizinisch vernachlässigt worden, verbreitete nach dem Krieg Prinzessin LILIANE (1916–2002), mit der sich der verwitwete König in der Gefangenschaft morganatisch vermählt hatte. Mit diesen Märchen wollte die Prinzessin offensichtlich den Vorwurf der Kollaboration kontern und die Königsfamilie nachträglich zum Opfer des Nationalsozialismuss machen.

»Der Führer hat angeordnet«, verlautete es aber aus dem Führerhauptquartier, »daß dem König der Belgier und seiner Armee gegenüber jene Einstellung gewahrt wird, auf die tapfer kämpfende Soldaten Anspruch erheben können. Da der König der Belgier für sich persönlich keinen Wunsch geäußert hat, wird ihm bis zur Festlegung seines endgültigen Wohnsitzes zunächst ein belgisches Schloß zum Aufenthalt angewiesen.« Zustimmend verzeichnete Goebbels: »Der Führer hat ihm eine Apanage von 50 Millionen Francs ausgesetzt«,¹ – was einem Wert von etwa 5,8 Millionen Mark entsprach.

»Anstatt ihn nach Deutschland zu bringen, was für einen kriegsgefangenen Offizier normal gewesen wäre, hatten die Sieger ihm Schloß Laken als Residenz angewiesen, laut Kapitulationsurkunde mit einem Militär- und Zivilgefolge von zwanzig Personen«, kritisiert Cartier. »Leopold hatte diese Bevorzugung von seiten des Feindes akzeptiert.«²

Über Gebühr um das royale Wohl bemüht erwies sich Oberst Werner Kiewitz.³ In seinem ausführlichen Bericht vom 26. Juli 1940 setzte sich

¹ In erster Ehe war LEOPOLD III. mit Prinzessin ASTRID VON SCHWEDEN (1906–1935) verheiratet. Am 29. 8. 1935 verlor der König am Vierwaldstätter See die Kontrolle über sein Fahrzeug. Der PKW stürzte die Uferböschung hinunter, und Königin ASTRID erlitt tödliche Verletzungen.

² Die Tagebücher von Joseph Goebbels, Teil I, Bd. 4, Eintrag vom 29. 5. 1940.

³ Raymond Cartier, Nach dem Zweiten Weltkrieg. Die internationale Politik von 1945 bis heute, München–Zürich ³1980, S. 61.

⁴ Werner Kiewitz (1891–1965), von 1910–1920 aktiver Offizier, Kommandeur eines Freikorps im Osten, 1921–1923 Mitglied der Deutschen Delegation der interalliierten Kommission zur Festsetzung der deutsch-polnischen Grenze und des oberschlesischen Abstimmungsgebiets, 1923 im auswärtigen Dienst, 1939

der deutsche Adjutant⁴ des Königs für den Internierten ein: Bei den täglichen Spaziergängen habe er dessen Vertrauen gewonnen, LEOPOLD sei ein bayrisch-sprechender Hochtourist, ⁵ Naturfreund«, bemühe sich, »der neuen Entwicklung in Europa gerecht zu werden«, und verhalte sich ebenso wie seine Umgebung völlig loyal.6

Obwohl das königliche Umfeld verbreitete, daß Seine Majestät das harte Los eines Kriegsgefangenen zu ertragen habe, war LEOPOLDs persönliche Bewegungsfreiheit nur geringfügig eingeschränkt. Je nach Belieben konnte der König an die See fahren oder etwa mit Kiewitz⁷ nach Paris. Wiederholt war LEOPOLD in Wien, wo er sich einer Kieferoperation mit anschließenden Nachuntersuchungen unterzog.8

Am 19. November 1940 wurde der König von HIT-LER auf dem Obersalzberg empfangen.9 Die Unterredung endete zwar mit beiderseitiger Verstimmung. 10 Von

LEOPOLD gebeten, schickte HITLER immerhin mehr als die Hälfte der LEOPOLD III. und Liliabelgischen Kriegsgefangenen nach Hause. Er schickte auch Glückwünsche und Blumen, als sich der Witwer am 11. September 1941 in der



ne BAFLS.

als Major d.R. reaktiviert, Kommandeur des Infanterieregiments 1. Am 16. 9. 1939 überbrachte er als Parlamentär die erste Übergabe-Aufforderung an das von der Wehrmacht belagerte Warschau. 1940-1944 Ehren-Adjutant des kriegsgefangenen Belgier-Königs LEOPOLD III. Nach Zwist mit HITLER und HIMMLER vom Obersten zum Hauptmann degradiert und zur Strafbrigade Dirlewanger versetzt. Im Endkampf um Berlin schwer verwundet und armamputiert. 1946 aus sowjetischer Gefangenschaft entlassen. 1956-1959 Leiter der Ordenskanzlei im Bundespräsidialamt.

⁵ Amtliche Bezeichnung »Der deutsche Adjutant bei S. M. dem König der Belgier«; Bezeichnung der Dienststelle: »Deutsche Adjutantur Schloß Laeken über Feldpost-Nr. 1367«.

⁶ Die Mutter Leopolds III., Königin Elisabeth (1876–1965), war eine Tochter des Münchner Augenarztes KARL THEODOR HERZOG IN BAYERN (1839–1909) und eine Nichte der österreichischen Kaiserin Elisabeth (1837–1898).

⁷ Schreiben Oberst Kiewitz an Oberst Rudolf Schmundt (1896–1944), Chefadjutant der Wehrmacht beim Führer, 26. 7. 1940, in: Akten zur deutschen auswärtigen Politik (ADAP), Serie D, Bd. X.

⁸ Roger Keyes, Échec au Roi: Léopold III, 1940-1951, Brüssel 1986. Vgl. auch: Franz W. SEIDLER, Art. »Leopold III. von Sachsen-Coburg-Gotha«, in: Die Kollaboration 1939-1945, München-Berlin 1995, S. 321-327, hier: S. 326.

⁹ Das Gespräch kam auf Initiative der italienischen Kronprinzessin MARIA-JOSÉ (1906-2001) zustande, der Schwester des Königs.

10 Ebenda, S. 325.

Schloßkapelle von Laken mit Liliane BAELS¹¹ vermählte, die dieser zuvor noch um der Ebenbürtigkeit willen durch Verleihung des Titels einer Prinzessin von Réthy¹² in den Hochadelsstand erhoben hatte.¹³ Als erstes Kind aus der Verbindung erblickte am 18. Juli 1942 in Laken Prinz ALEXANDER (gest. 2009) das Licht der Welt.¹⁴

Die alliierte Invasion am 6. Juni 1944 beendete das süße Leben in Laken. Am Tag nach der Landung wurde LEOPOLD nach Schloß Hirschstein im Landkreis Meißen gebracht. Zwei Tage später folgte unter heftigsten Protesten LILIANE samt Kindern und Hofstaat: »Oberst KIEWITZ war entsetzt über den Zustand der Festung, voll mit leerstehenden Räumen mit tropfenden Fenstern, schimmeligen Wänden und einstürzenden Decken«, dramatisiert Hofgeschichtsschreiber Jean CLEEREMANS. »Diese elenden Verhältnisse waren in Verbindung mit mangelnder Ernährung dazu angetan, die Gesundheit ernsthaft zu schädigen und das Leben des Königs und das seiner Familienmitglieder zu gefährden.«¹⁵

¹¹ Liliane BAELS (1916–2002) war eines der acht Kinder des katholischen Politikers Hendrik BAELS (1878–1951) aus Ostende. Wie Belgiens Hautevolées, das Königshaus eingeschlossen, besaß auch der Rechtsanwalt und Reeder im mondänen Seebad Knokke eine Villa. Die bildhübsche Liliane, oft Golfpartnerin des Königs, war mit Peter Graf Draskovich von Trakostjan (1916–1993) verlobt. Nach ungarischem Adelsrecht durfte dieser keine Bürgerliche heiraten, doch hoffte der Magnat, der Reichsverweser werde ihm zuliebe das Gesetz abändern. Doch HORTHY blieb hart, und Draskovich brach die Beziehung ab, was Anfang 1940 geschah.

¹² Retie, französisch: Réthy, ist eine Gemeinde mit heute rund 11000 Einwohnern in der Provinz Antwerpen. Die Herrschaft Retie wurde 1853 von König LEOPOLD I. (1790–1865) käuflich erworben. Des Namens Prince de Réthykoder Monsieur de Réthyk bedienten sich die Könige von Albert I. über Leopold III. bis herauf zu Balduin, wenn sie auf Reisen oder bei privaten Anlässen unerkannt bleiben wollten.

¹³ Der Titel ›Prinzessin von Réthy‹ wurde jedoch nie offiziell anerkannt, da er von der Regierung nicht bestätigt wurde. Den Titel ›Prinzessin von Belgien‹ jedoch hat LILIANE automatisch durch ihre Heirat erworben.

¹⁴ Nach dem Krieg folgten als weitere Kinder Marie Christine (1951) und Maria Esmeralda (1956).

¹⁵ Schon am 20. 9. 1943 hatte der Landrat in Meißen »im Auftrage des Reichsministers des Innern und dieser im Auftrage des Führers« die Räumung der von den Staatlichen Sammlungen belegten Wohnräume verlangt. Sämtliche im Schloß aufbewahrten Kunstgegenstände wurden in der Schloßkapelle zwischengelagert und dann in die Burg Kriebstein bei Waldheim gebracht. Am 7. 10. 1943 wurde zur Sicherung des Schlosses ein SS-Sonderkommando abgestellt. Hierzu wurden 150 Häftlinge aus dem KL Dachau nach Hirschstein verlegt und dort in Scheunen und Ställen in der Umgebung untergebracht (Volker Knoop, *In Hitlers Hand. Die Sonder- und Ehrenhäftlinge der SS*, Köln–Weimar–Wien 2010, S. 158 f.).



Schloß Hirschstein zwischen Meißen und Riesa. Dort war König LEOPOLD III. bis 6. März 1945 untergebracht.

König LEOPOLD III. habe ihn gebeten, dem Führer nachstehendes Gesuch zu übermitteln, wandte sich Kiewitz gleichlautend an Staatsminister Meissner 16 und an General Schmundt: 17 Der König, so der Oberst, »würdigt die deutscherseits vorhandenen Gründe für seine Überführung ins Reich, wobei er die ihm persönlich wie seiner Familie erwiesene Fürsorge anerkenne. Der Führer wolle jedoch berücksichtigen, daß er sich ihm als Staatsoberhaupt und General der belgischen Armee freiwillig auf Ehrenwort kriegsgefangen gegeben habe. . . Seine eigene wie seiner Angehörigen Bewegungsfreiheit seien durch die gegebenen Verhältnisse im Haus Elbe¹⁸ stark eingeengt. Er hoffe deshalb, daß der Führer für ihn einen anderen Aufenthalt im Reichsgebiet, womöglich in den Alpen, bestimmen werde. Die Frau des Königs. . . hat diesen Wunsch später noch durch folgende persönliche Bitte an den Führer ergänzt und erläutert: Ihr Gemahl... fühlt sich im Haus Elbe, das trotz des Komforts und ausgewählten Geschmacks der Innenausstattung noch düster wirkt, für die große Hausgemeinschaft nicht ausreicht und in einförmiger Gegend liegt, schon jetzt äußerst unglücklich. Sie befürchtet, daß er dort bald schwermütig wird. . . Besonders bedrückt ihn die auffällige Polizeimaßnahme, die er um so weniger verdiente als er zum Führer stehe und sein und der Seinen Schicksal vertrauensvoll in dessen Hände gelegt habe. Der König hofft vielmehr, dem Führer in einem kommenden Zeitpunkt politisch von Nutzen sein zu können, da er auch die Staatsmänner der anderen Seite persönlich kenne. Aus allen diesen Erwägungen bittet sie den Führer inständig, ihnen einen freundlicheren Wohnsitz im Hochgebirge, Sudetenland oder in Mähren anzuweisen. . .«19

Mit seiner betonten Parteinahme für den internierten König zog sich Kiewitz den Zorn seiner obersten Vorgesetzten zu. Am 15. Juni 1944

Leiter der Präsidialkanzlei des Führers 1934–1945.

¹⁷ General der Infanterie Rudolf SCHMUNDT (1896– 1944) war Chefadjutant der Wehrmacht bei Adolf Hitler. Er starb am 1.10.1944 an

¹⁶ Otto Meissner (1880–1953) war

er beim Attentat des 20. Juli erlitten hatte. ¹⁸ Deckname für Schloß Hirschstein. ¹⁹ Voller Wortlaut bei Albert de Jong-

Verletzungen, die

HE: »De laatste boodschap van Kiewitz, namens koning Leopold III. voor Hitler (15 juni 1944)«, in: Revue belge de philologie et d'histoire, Bd. 65, Fasc. 2, 1987, Histoire – Geschiedenis, S. 274–300,

hier: S. 299 f.

mußte er sich vom König verabschieden. »Sie mögen als Diplomat richtig gehandelt haben«, schrieb HIMMLER, »ich tadle Sie, als Offizier einem Kriegsgefangenen zu großes Entgegenkommen bezeugt und wie die Landsknechte in früheren Zeiten einem fremden Souverän gedient zu haben.«²⁰ KIEWITZ wurde zum Hauptmann degradiert und zur Strafbrigade DIRLEWANGER versetzt. Bei den Endkämpfen um Berlin am 29. April 1945 büßte er seinen rechten Arm ein.

Prinzessin LILIANE aber bestritt auf Anfrage des Historikers Albert DE JONGHE (1908–1998) vom 4. März 1985 die Richtigkeit des Inhalts und leugnete »in allerfeierlichster Form« (»de la façon la plus solennelle«), daß sie oder ihr königlicher Gemahl jemals selbst oder durch Dritte, sprich Kiewitz, von Hitler eine Verbesserung der Haftbedingungen erbeten hätten.²¹

Am 6. März 1945 meldete SS-Gruppenführer Ludolf von Alvensle-BEN (1901–1970) dem König, daß wegen des Vormarsches der Roten Armee ein neuerlicher Ortswechsel notwendig geworden sei. Nach langer, beschwerlicher Fahrt und durch anglo-amerikanische Flieger bedroht, landeten die Belgier am 8. März um 23 Uhr im Fremdenverkehrsort Strobl am Wolfgangsee, Landkreis Salzburg, wo der König samt Gefolge in der Villa Seethurn sein letztes Internierungs-Domizil bezog.

Um ein wahrheitsgetreues Bild zu erhalten, unterbreitete der Salzburger Historiker Reinhard Heinisch der Prinzessin einen Katalog von elf Fragen und stellte den Antworten die Aussagen lokaler Zeitzeugen gegenüber.²² In Lilianens Auftrag gab Oberst van Caubergh zur Auskunft, daß die Internierungs-Villa gefängnismäßig von einem drei Meter hohen Pfahlzaun, bestehend aus einem Gitter und darüber mehreren Reihen

²⁰ Schon 1940 war geplant, dem König für die Dauer des Krieges die Schwarzburg im Thüringer Wald als Wohnsitz anzuweisen. Im Kaisersaalgebäude hätten ihm ein 160 Quadratmeter großes Wohnzimmer, eine Galerie, ein Empfangsraum und ein Schlafzimmer mit Ankleide und Bad sowie ausreichend Räumlichkeiten für die Dienerschaft zur Verfügung gestanden, doch mußte das mit einem Umbau verbundene Vorhaben, dessen Kosten von Albert Speer auf 1,5 Millionen Mark geschätzt wurden, bei fortschreitendem Kriegsverlauf wieder aufgegeben werden (Volker Koop, *In Hitlers Hand*, S. 35–39 u. S. 151–163, hier: S. 158 f.).
²¹ Oberst Baron van Caubergh, Ehren-Adjutant von König Leopold III., an Albert de Jonghe, in: ebenda, S. 296, Anm. 110.

²² Reinhard R. HEINISCH, »Die Internierung des belgischen Königs Leopold III. in Strobl im Jahre 1945«, in: *Mitteilungen der Gesellschaft für Salzburger Landeskunde* 131 (1991), S. 287–303; ders., »Nachlese zur Strobler Internierung König Leopolds III. von Belgien«, in: *Mitteilungen der Gesellschaft für Salzburger Landeskunde* 132 (1992), S. 331–334; Roman Urbaner, »Dann machen wir halt eine Party in Strobl«, in: *Ray Filmmagazin* Nr. 4/2007.

Stacheldraht, umgeben war. Die Bewachung erfolgte durch 70 mit Wachhunden bewehrte SS-Männer, denen es untersagt war, mit den Internierten Kontakte zu pflegen oder sie überhaupt anzusprechen. Der König und seine Familie durften täglich einige Stunden im Garten spazieren gehen; der Garten war klein, und man mußte in Runden gehen, die von der Wachmannschaft gesichert waren. Den Internierten war verboten, den Garten zu verlassen. Es gab auch nicht den geringsten Kontakt mit Bewohnern von Strobl und anderen deutschen Staatsangehörigen. Die Ernährungs- und Hygieneverhältnisse waren sehr schlecht, und auch ärztliche Versorgung fehlte. Die Mitglieder der königlichen Familie seien unzureichend ernährt gewesen und hätten (was an den Fotos allerdings kaum zu sehen ist, Anm. Heinisch) echt an Hunger gelitten, so daß der damals 10jährige Prinz Albert schon Ödeme hatte.

Entschlossen dementierte Baronin Rosalia (¿Losy) von Kutschera-Lederer, die zwar erst 1946 nach Strobl gekommen, durch ihre soziale Stellung aber ebenso intensive wie informative Kontakte im Dorf und später auch zu Liliane persönlich hatte, daß von Hunger ebensowenig die Rede sein könne wie von fehlender ärztlicher Versorgung. »Es stimmt nicht, daß die königliche Familie ohne ärztliche Versorgung war, denn mein Vater war wiederholt dort, um die Königin und vielleicht auch andere Mitglieder der Familie zu behandeln«, ergänzte Dr. Elfriede Gotz, Tochter des damaligen Sprengelarztes Dr. Hans Schaser. »Er hat auch längere Gespräche mit ihnen geführt und hat uns jedesmal erzählt, wie beeindruckt er von der Persönlichkeit des Königs war, von seiner und seiner Gemahlin Herzlichkeit im Umgang und von ihren Ansichten.« Für unwahrscheinlich hielt Elfriede Gotz die behauptete Personalstärke von 70 SS-Männern als Bewachung: »Davon hätte man in dem kleinen Ort doch etwas merken müssen, was aber nicht der Fall war.«

Baronin KUTSCHERA wiederum verwies den legendären Stacheldrahtzaun um die Internierungs-Villa ins Reich der Phantasie. Es habe sich um einen Lattenzaun gehandelt, wie er in der Gegend um Strobl üblich sei. Der damalige NS-Bürgermeister Hans GIRBL gab zur Auskunft, daß damals ein Nachbar beauftragt worden sei, so rasch wie möglich den alten Zaun durch einen neuen zu ersetzen, wobei es sich um einen in die Natur passenden Lattenholzzaun gehandelt habe und nicht um einen Gefängniszaun. Die Bewachung sei durch den SD²³ erfolgt, der König sei des öfteren mit seinen Kindern durch den Ort spaziert. Die SD-Mannschaft sei in Zivil gewesen und habe sich nur in der Nähe aufgehalten. Angehörige der Wachmannschaft hätten den Bergfreund LEOPOLD sogar auf den 1778 m hohen Rettenkogel begleitet.

Nach Aussage des Prinzen GEORG ZU FÜRSTENBERG (1923–2008), der zu den Internierten in Verbindung stand, war die Villa mit keinerlei Sta-

²³ Der »Sicherheitsdienst des Reichsführers-SS« (Abkürzung: SD) wurde 1931 als Geheimdienst der NSDAP gegründet. Durch Zusammenlegung von Sicherheitspolizei und SD am 1. 10. 1939 wurde dieser zu einer staatlichen Institution. Die SD-Uniform glich

jener der Waffen-SS, nur mit Ärmel-

raute SD und den

Schulterstücken der

Schutzpolizei.





cheldraht umzäunt. Die Internierten seien viel spazieren gegangen und häufig bei der Fürstenfamilie im Jagdschloß Hubertushof zu Gast gewesen. Zur Bewachung dienten etwa zehn Mann SD in Zivil. Die Bevölkerung habe vom Aufenthalt des Königs gewußt.

Als die Amerikaner in St. Gilgen standen, meinte der Prinz mit dem Mimen Theo Lingen²⁴ einen Akt des »Widerstandes« setzen zu sollen. Sie sperrten die Spitzen der lokalen NSDAP in den Gemeindearrest und radelten zu den Amerikanern, um sie zwecks Befreiung der Belgier zum rascheren Vormarsch auf Strobl zu bewegen. Die Amis kamen mit einem Panzer und wurden vom Prinzen zur Internierungsvilla dirigiert. Die Wachmannschaft ergab sich widerstandslos. FÜRSTENBERG meinte wörtlich: »Plötzlich tut sich die Tür auf, und das Königspaar tritt heraus, mit einem Blick, den ich nie vergessen werde - wir sind frei.«25

Allzubald stellte sich jedoch heraus, daß es mit der Freiheit der Befreiten nicht weit her war: Als LEOPOLD seine

Oben: Frühere Ansicht der Villa Seethurn in Strobl, in der König Leopold III. mit seiner Familie 1945 interniert war. (Aus: Reinhard R. Heinisch, »Die Internierung des belgischen Königs Leopold III. in Strobl im Jahre 1945«, aaO. [Anm. 22]). Unten: US-Befreier als neue Wachmannschaft.



²⁴ Theo Lingen (1903–1978), eigentlich Franz Theodor Schmitz, war seit 1928 mit der Sängerin Marianne Zoff (1893–1984) verheiratet, der ersten Frau Bertolt Brechtts (1908–1956). Da diese nichtarischer Abstammung war, galt Theo Lingen als »jüdisch versippt«, durfte aber wegen seiner Popularität weiterhin die Leinwand beleben. Anfang 1945 zog sich Theo Lingen nach Strobl zurück. Ab 1948 »Charakterdarsteller« am Wiener Burgtheater, starb er am 10. 11. 1978 an Krebs. In Strobl wurde 2006 der nach ihm benannte Platz mit einer von der Bildhauerin Eva MAZZUCCO gestalteten Lingen-Büste behübscht.

²⁵ Reinhard R. Heinisch, »Die Internierung des belgischen Königs Leopold III. in Strobl im Jahre 1945«, aaO. (Anm. 22), S. 298.

Befreier ersuchte, auf schnellstem Weg nach Brüssel gebracht zu werden, antwortete General Patch, er glaube, dazu nicht berechtigt zu sein. ²⁶ Von SHAEF²⁷ kam der Befehl, den König auf deutschem Gebiet festzuhalten, falls er versuchen sollte, nach Belgien zurückzukehren. Ebenso teilten die alliierten Besatzer dem befreiten König mit, daß er seinen Aufenthalt im befreiten Österreich nicht fortsetzen könne. ²⁸

Am 2. Oktober 1945 reiste LEOPOLD in die Schweiz ein. Bis Juli 1950 residierte er in der Villa Le Reposoir in der Gemeinde Pregny-Chambésy am Genfer See.

In Belgien aber tobte der Mob gegen den Monarchen, der es vorgezogen hatte, auch nach der militärischen Niederlage die Stellung zu halten, statt das Land im Stich zu lassen und wie die Politiker ins Exil zu fliehen. Von seinen Widersachern wurde Leopold als ¿Quisling tituliert, auch wurde ihm vorgeworfen, den Titel eines Herzogs von Sachsen wieder angenommen zu haben, den sein Vater Albert I. im Ersten Weltkrieg abgelegt hatte. Prinzessin Liliane wurde in Anspielung auf Madame Pompadour, berühmteste Maitresse aller Zeiten, als ¿Madame Pompafrick beschimpft, auf deutsch ¿Geldsaugerink.

Nach ebenso langwierigen wie heftigen, auch gewaltsamen Auseinandersetzungen wurde die Königsfrage dahingehend gelöst, daß Leopold am 16. Juli 1951 zu Gunsten seines 20jährigen Sohnes Balduin (Bauduin I.) abzudanken und sich fortan Herzog von Brabant zu nennen hatte.

Fred Duswald

²⁶ Raymond CAR-TIER, Nach dem Zweiten Weltkrieg, aaO. (Anm. 3), S. 63. ²⁷ Supreme Headquarters, Allied Expeditionary Force (kurz: SHAEF) war von Ende 1943 bis zum Ende des Zweiten Weltkriegs das Hauptquartier der alliierten Streitkräfte in Nordwesteuropa. Oberbefehlshaber war General Dwight D. EISENHOWER (1890-1969). 28 Raymond CAR-

Raymond CARTIER, Nach dem Zweiten Weltkrieg, aaO. (Anm. 3), S. 63 f.
Ebenda, S. 376.
Ebenda, S. 377.



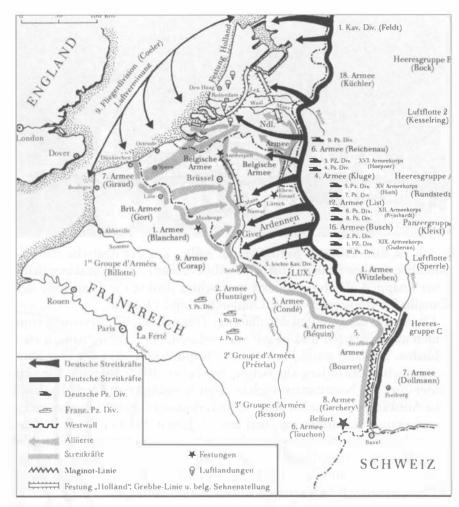
LEOPOLDS Abdankung am 16. Juli 1951 zugunsten seines Sohnes Balduin.

HITLER, so bekommen wir täglich zu hören, war der ständige Unruhestifter und Schrecken Europas, der Mann mit den angeblichen Welteroberungsplänen! Doch wie verhielt es sich wirklich? Die wirklichen Verhältnisse kommen bei zahlreichen Einzelvorgängen zum Ausdruck. Er arbeitete persönlich an den Plänen zum Westfeldzug, ließ den siegreichen Panzer-Vorstoß vor Dünkirchen anhalten, damit das britsiche Expeditionskorps und viele Franzosen nach England entkommen konnten.

1. Ein Sieg wird geplant

Das Skandinavien-Abenteuer, bei dem HITLER den Alliierten um knapp 24 Stunden zuvorgekommen war, hatte mit dem eiligen Abzug der Engländer und Franzosen den erfolgreichen Abschluß gefunden, als am 10. Mai 1940, um 5 Uhr 30 Fall Gelbk, der seit langem erwartete deutsche Feldzug im Westen, begann. HITLER hatte ihn mehrmals verschoben, teils, weil er gehofft hatte, sein Friedensangebot vom 6. Oktober 1939 fände in London und Paris doch noch offene Ohren, teils weil ihm STALINS Finnland-Krieg vom November 1939 dazwischen gekommen war. Auch andere Sorgen machten ihm zu schaffen, so die ungenügende Munitionserzeugung, die unzureichenden Erdölreserven, vor allem aber das Ringen um die richtige Strategiegrundlage für Fall Gelbk.

Erst nach einigem Hin und Her war die ursprüngliche Absicht der Heeresleitung (OKH), eine Neuauflage des Schlieffen-Plans zugunsten des mehr risikofreudigen Unternehmens Sichelschnitte durch die Ardennen, fallengelassen worden. Erstaunlicherweise blieb das vom alliierten Hauptquartier unbeachtet, obwohl es von Zuträgern wiederholt informiert worden war. Man hielt dort das unwegsame Gelände der Ardennen für panzerfeindlich. Aus der Gliederung der alliierten Streitkräfte war zu schließen, daß beabsichtigt war, über Belgien und Holland ins Ruhrgebiet einzufallen, um über den Drehpunkt Brüssel-Lüttich die deutsche Planung aus den Angeln zu heben. Eine ausreichende Sicherung durch Reserven, etwa im Raum Sedan-Verdun, war im Luftbild nicht zu erkennen. Daher bot sich der deutschen Heeresleitung die Chance, die in Flandern versammelten und zügig über Nordbelgien und Holland vordringenden motorisierten alliierten Truppen von ihren rückwärtigen Verbindungen abzuschneiden. Das war nur möglich durch einen überraschend geführten Stoß über die Ardennen hinweg nach Sedan und Charleville und von dort so weit wie möglich nach Westen. Dieser Gedanke, ebenso einfach wie kühn, entstammte dem Geist einiger modern



Der Beginn des deutschen Westfeldzuges im Mai 1940. Karte aus: H. Günther Dahms, Der Zweite Weltkrieg in Text und Bild, München 1995.

denkender Truppenführer wie von Manstein und Guderian, die das neuartige Zusammenspiel von Panzertruppe und Luftwaffe beherrschten. Aber auch Hitler selbst hatte entscheidenden Anteil daran.

2. Die deutschen Panzer brechen durch

Tatsächlich gelang es der Wehrmacht innerhalb weniger Stunden die Grenzverteidigung Belgiens, Luxemburgs und Hollands zu überrennen, und nach vier Tagen stand die Heeresgruppe des Generalobersten von Rundstedt mit ihrem durch die Ardennen vorgehenden gepanzerten Stoßkeil der 12. Armee am Ostufer der Maas. Der Übergang gelang am fünften Tage reibungslos, noch bevor die alliierte Führung die aufkommende Bedrohung klar einschätzen konnte. Während sie noch überleg-

Die Maas bei Dinant am 14. Mai 1940: Ein Panzerverband der 6. Armee wartet auf das Übersetzen. Foto aus: Janusz Piekalkiewiecz, Ziel Paris, Augsburg 1998.



te, ob sie ihre Truppen herumwerfen sollte, war der deutsche Panzerdurchbruch über Amiens hinaus bis Abbéville am Ärmelkanal innerhalb einer knappen Woche geglückt; und schon drohte die Einnahme der Kanalhäfen Boulogne, Calais, Dünkirchen und Ostende.

Damit war der Großteil der alliierten Truppen mit 67 Divisionen vom Süden abgeschnitten und so gut wie verloren, der Feldzug nahezu entschieden. Holland stand kurz vor der Kapitulation, und der Sieg über Belgien würde nicht lang auf sich warten lassen. Beide letzteren, die sich später über den Neutralitätsbruch beklagten, mußten sich durch das deutsche Auswärtige Amt selbst Neutralitätsverletzung vorwerfen lassen, nachdem bekannt geworden war, daß am 12. Januar 1940 in Breda holländisch-belgische Stabsbesprechungen mit alliierten Offizieren stattgefunden hatten. Dabei war es darum gegangen, dem alliierten Angriff auf das rheinisch-westfälische Industriegebiet die Unterstützung der niederländisch-belgischen Armeen zuzusichern.¹

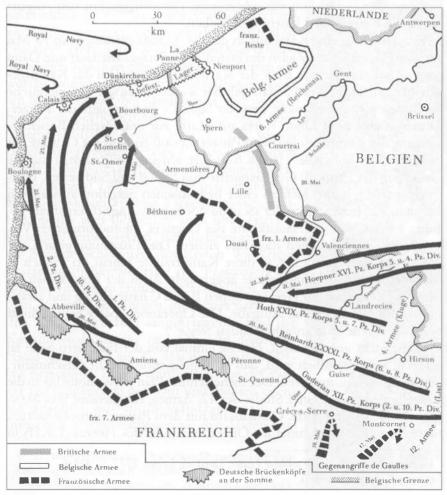
¹ Charles C. TANSILL, *Die* Hintertür zum Kriege, Droste, Düsseldorf 1957, S. 357.

3. Hitler war mit OKH-Planung unzufrieden

HITLERS Architekt, Hermann GIESLER, erinnert sich, was HITLER ihm einmal auseinandergesetzt hatte, und zwar im Jahre 1943, als er darauf zusprechen kam, wie sich die Überlegung zum Fall Gelbe gedanklich in ihm zu entwickeln begann: »Daß mir der Chef des Generalstabs im September 1939 den aufgewärmten Schlieffen-Plan vorlegte, hab ich Ihnen schon erzählt, nicht aber wie das im Einzelnen erfolgte.«

HITLER bezog sich dabei auf die ersten Arbeitsvorlagen, die ihm Generaloberst HALDER, Chef des Generalstabs des Heeres, vorgetragen hatte: Wiedergaben der Gedankengänge des ehrenwerten Generals Schlieffen, wie er sie nannte. »Darin kamen die enormen Möglichkeiten der modernen Waffen, wie der Panzer, der Luftwaffe usw. überhaupt nicht vor.«

HITLER schwieg in der Rückerinnerung und fuhr erst nach einer Pause fort: »Ich sah den Chef des Generalstabs an und kam zu der Überzeugung, jedes weitere Wort führt zu nichts, geht glatt ins Leere. . . da fehlten Ideen, Phantasie, Vorstellungsvermögen, Wagemut und vor allem die Ausstrahlung, die den führenden Soldaten kennzeichnen. Aber wie viel Zeit blieb uns noch, diese taktischen Einzelplanungen durch grundsätzlich neue Offensivgedanken zu verändern? – Ich befaßte mich nun selbst mit den strategischen Möglichkeiten. . . meine Idee war: Wenn ich da so tue, als ob ich wie Schilleffen angreifen würde, und sie damit gründlich täuschte und hier« – er zeigte auf die Ardennen – »den energischen Stoß ansetze, wo sie ihn gar nicht erwarten, was ist dann die Folge? – Ich forderte die Unterlagen an und prüfte alles eingehend. – Langsam wurde ich mir sicher. Und im Dezember 1939 war der Angriffsplan aus der



Der deutsche Panzerstoß zur Küste im Mai 1940. Karte aus: H. Günther Dahms, Der Zweite Weltkrieg in Text und Bild, München 51995.







Die Meister des Panzerkrieges, von oben: Erich von Manstein, Erwin Rommel und Heinz Gudfrian.

Idee in reale Plan-Wirklichkeit ausgeformt. Eine große Strategie hat auch eigene Gesetze. . . ebenso wie ein Kunstwerk!«

HITLER fuhr fort: »Mitte Februar 1940 meldeten sich wie üblich die neu ernannten Kommandierenden Generale, darunter von Manstein. Auf ihn hatte man mich aufmerksam gemacht mit dem Hinweis, »der hat fast dieselben Auffassungen«. Ich gab Manstein die Gelegenheit, seine Gedanken darzulegen. Manstein war der einzige General, der zu demselben operativen Ansatz gefunden hatte, meine Auffassung fand dadurch eine Bestätigung. Ich will mich jetzt nicht mit den taktischen Einzelheiten befassen. . . Glauben Sie mir, Giesler, die habe ich alle am Modell besprochen und mit den Offizieren und Unteroffizieren einexerziert, – und wir hatten damit vollen Erfolgk«² Tatsächlich hatte Hitler großmaßstäbliche Modelle der holländisch-belgischen Grenzbefestigungen erstellen lassen und mit eingeteilten Fallschirmjägern den Angriff bis in die Einzelheiten hinein besprochen.

HITLER schlug eine Karte auf, in der die Angriffsplanung vom 10. Mai mit den eingetragenen Zielen des ersten Angriffstages markiert war. Dann wies er auf das nächste Blatt der Karten-Serie, aus dem das Kampfgeschehen am 11. Mai um Sedan sichtbar wurde. »Das war der energische Stoß, den die Gegner nicht erwartet hatten – hier erfolgte der Panzer-Durchbruch!« Nun folgte Karte auf Karte zur graphischen Berichterstattung der Kampferfolge beim Panzervorstoß entlang der Ostseite der Somme nach Abbéville: HITLER fuhr fort: »Meine größte Sorge war die Sicherung der Flanken; Gegenangriffe von Süden und Südwesten, energisch geführt, hätten sich zu einer bedrohlichen Situation auswachsen können. Zugleich mußte der Schlieffen-Schein-Angriffe ernsthaft geführt werden, um die Hauptkräfte des Gegners, die motorisierten Verbände, in den belgischen Raum zu ziehen. Die Täuschung gelang, die Masse der Feindkräfte lief in diese Kampfräume hinein, so wie ich es mir vorgestellt hatte, und wurde abgeriegelt. Auch der Frontalansturm unserer Divisionen der Heeresgruppen B und C hatte Erfolg und zwang Holland und Belgien zur Aufgabe. Die Operation, später Sichelschnitt genannt, wurde zum entscheidenden Sieg.«3

Es ist nicht uninteressant, HITLER einmal von der Feldherrn-Seite zu erleben, wobei deutlich wird, daß er es gelegentlich nicht verschmähte, ein wenig zu renommieren. Der Sichelschnitt-Plan entstammte bis in die Einzelheiten hinein einer Studie der 12. Armee, die General von Manstein ausgearbeitet hatte. Gemeinsam mit dem Panzerführer Guderian hatte Manstein die Studie im Oberkommando des Heeres (OKH) in

² Hermann Giesler, Ein anderer Hitler, Druffel, Leoni 1977, S. 411 f.

³ Giesler, ebenda, S. 410.

Berlin vorgetragen, wo sie allerdings keine Gegenliebe fand. Mehrmals war die 12. Armee danach nochmals beim OKH vorstellig geworden, wiederum ohne Ergebnis. Beide, von Manstein und Guderian, haben ihre Ausarbeitungen im einzelnen in ihren jeweiligen Erinnerungen niedergelegt. Tatsache ist allerdings, daß Hitler von sich aus ganz ähnliche Überlegungen angestellt hatte, die er in der Planung Mansteins wieder erkannte. Auch trifft zu, daß Hitler die Einzelheiten eines Teilbereiches der Angriffsoperationen, zusammen mit den eingeteilten Offizieren, an Modellen erarbeitet hat.

⁴ Siehe: Erich von Manstein, Verlorene Siege; 1955; Heinz Guderlan, Erinnerungen eines Soldaten, 1951.

4. Hitler stoppt Guderians Panzer vor Dünkirchen

Es war GUDERIANS Panzer-Korps, das bei Abbéville als erster deutscher Verband den Ärmelkanal erreichte. Dabei waren dem erfolgreichen Panzerführer weniger vom Feind als von den besorgten Herren im OKW, ja selbst von HITLER persönlich Knüppel zwischen die Gleitketten geworfen worden. Das begann nach dem geglückten Maasübergang bei Montcornet und wiederholte sich bei Ribemont, wo GUDERIAN vom Oberbefehlshaber, General von Kleist, wegen Befehlsübertretung seines Postens enthoben wurde. Kaum vom nächsthöchsten Vorgesetzten, Generaloberst List, wieder eingesetzt mit der Erlaubnis, »kampfkräftige Aufklärung« vorzutreiben, mußte sich Guderian auch über Hitlers Bedenken hinwegsetzen, der in Erinnerung an die Somme-Schlachten des Ersten Weltkriegs beständig Flankenangriffe der Franzosen befürchtete und zum Halten riet. Schließlich, nachdem Abbéville genommen, die Panzer nach Norden auf Dünkirchen eingeschwenkt und die Kanalhäfen Boulogne und Calais in deutscher Hand waren, kam am 25. Mai das Aus von Hit-LER persönlich. Damit wurden Guderians Panzer vor Dünkirchen gestoppt und mußten tatenlos zusehen, wie die Schiffstransporte der britischen Marine-Evakuierung den Hafen ver-

Ab 27. Mai 1940 ist die Operation Dynamo, die Evakuierung der britischen Truppen, in vollem Gang. Hier gehen britische SoLdaten eines Zerstörers unter Deck.





3. Juni 1940 in Berck-Plage: die erste Vernehmung versprengter britischer Soldaten. Foto aus: Janusz Piekalkiewiecz, Ziel Paris, Augsburg 1998. ließen. Zwar gelang der Luftwaffe im rollenden Einsatz die Versenkung von rund 220 kleineren Schiffseinheiten, doch verbot Schlechtwetter den Kampfeinsatz der deutschen Schlachtflieger.

Erst am 26. Mai mittags gab HITLER das Vorgehen auf Dünkirchen wieder frei, doch da war es für den großen Erfolg zu spät, und am 29. wurde GUDERIANS XIV. Panzerkorps nach Süden abgedreht. GUDERIAN zufolge hätte der Feldzug »einen

wesentlich kürzeren Verlauf genommen«, wenn die Oberste Führung sein Korps nicht wiederholt angehalten und seinen Siegeslauf gehemmt hätte. Eine Antwort auf die Frage, welchen Gang der Gesamtkrieg genommen hätte, wenn es gelungen wäre, die britischen Expeditionskräfte bei Dünkirchen gefangenzunehmen, gibt Guderian nicht. Er überläßt sie dem Leser, meint aber: »Jedenfalls wären einer überlegenen Diplomatie aus einem solchen Erfolg gute Chancen erwachsen.« Und wir fügen hinzu: Vielleicht hätte Churchill seinem kriegsmüden Außenminister Halifax nicht länger verbieten können, um Frieden nachzusuchen. Diese Möglichkeit wurde, wie Guderian glaubt, durch die Nervosität Hitlers verspielt. Die Begründung, die letzterer nachträglich für das

HITLER wollte nach Dünkirchen ohne Verzögerung Richtung Süden und Westen angreifen. Hier, im Raum Troyes (südlich von Paris), folgt am 20. Juni 1940 eine Batterie der deutschen berittenen Artillerie den schnell vorstoßenden motorisierten Verbänden.



Anhalten von Guderians Panzerkorps gab, lautete: Das flandrische Gelände sei wegen seiner vielen Gräben und Kanäle für Panzer ungeeignet. Das aber, so Guderian, »traf nicht zu«.⁵

Winston Churchill äußert in seinen Erinnerungen die Vermutung, Hiller habe durch das Anhalten der Panzer England eine bessere Friedenschance bieten oder die Aussichten für Deutschland verbessern wollen, zu einem günstigen Frieden mit England zu gelangen, und liegt damit wohl nicht falsch.⁶ Guderian war dieser Meinung nicht, zutreffend sei vielmehr, daß Hiller und Göring die deutsche Luftüberlegenheit für ausreichend hielten, um den Abtransport der britischen Truppen verhindern zu können.

⁵ GUDERIAN, ebenda, S. 106.

⁶ CHURCHILL Bd. II, S. 100 ff. der deutschen Ausgabe J. P. Toth-Verlag.

5. Hitler zur Dünkirchen-Kritik

Wie aber beurteilte HITLER selbst die Situation? Lassen wir ihn in seinem Gespräch mit GIESLER fortfahren: »Aber die völlige Niederlage der Westalliierten war noch nicht erkämpft. Zwar waren die Gegner im Nordabschnitt entscheidend geschlagen. Von unseren rasch vordringenden Truppen von Osten und Süden zusammen gepreßt, nach Norden hin abgeschnitten, stand ihnen nur noch die See als Fluchtweg offen. Die Masse dieser vor allem englischen Streitkräfte ballte sich um Dünkirchen, in der flandrischen Ebene, die ich aus dem Weltkrieg gut in Erinnerung hatte. Oh, ich weiß, nicht nur aus dem Kreis des Generalstabs wird meine Entscheidung zu Dünkirchen als großer Fehler hingestellt! Verschiedene Überlegungen hielten mich davon ab, die Gegner zu vernichten. Zunächst die militärischen Gründe: Das flandrische Niederungsgebiet beschränkt den Panzereinsatz auf die Straßen. Damit waren langwierige Kämpfe mit möglicherweise hohen Verlusten zu erwarten. Auch meine militärische Umgebung wie Generaloberst von RUNDSTEDT war dieser Auffassung. Wir durften uns kräftemäßig nicht verzetteln, nun mußte alles Schlag auf Schlag erfolgen. Es galt, ohne Verzögerung den weiteren Angriff nach Westen und Süden vorzutragen, ehe es dem Gegner gelang, eine starke Verteidigung an der Somme und Aisne aufzubauen.«

HITLER fuhr fort: »Wir mußten nach Südwesten angreifen, sehr schnell mußte Paris und Nordfrankreich genommen werden, um den Engländern die Landung neuer Truppenkontingente unmöglich zu machen. Wir mußten nach Süden offensiv werden, mit einem Durchstoß hinter den französischen Festungswerken, wir mußten die endgültige Entscheidung erzwingen, und damit den Frankreich-Feldzug schnell beenden; denn es gab noch einen anderen Grund militärpolitischer Art. Ich blieb nicht einseitig orientiert: Längst horchte ich besorgt nach West und Ost! Be-

stand jetzt nicht doch eine, wenn auch noch so geringe, vage Möglichkeit zum Frieden, die ich mir durch eiskalte Vernichtung der englischen Dünkirchen-Armee verbaut hätte? – Es entsprach nicht meiner Wesensart, auf den zu treten, der am Boden liegt. Ich habe mich geirrt, ich habe umdenken müssen, Großmut wird nicht anerkannt. Sie vergalten meine Schonung damals in Dünkirchen mit Bomben und Phosphor auf die Frauen und Kinder im Reich, deren Männer und Väter für Europa kämpften.«⁷

⁷ Giesler, aaO. (Anm. 2), S. 414 f.

Der erste Abschnitt der Schlacht um Frankreich war damit erledigt, und wiederum, wie beim Norwegen-Unternehmen, hatte Moskau nicht eingegriffen, sondern der Wehrmacht den Rücken freigehalten. STALINS Verhalten in diesen Wochen bewog Hitler, weiteren Schachzügen des Roten Zaren, wie dieser sie nun mal nicht lassen konnte, künftig großzügiger zu begegnen. Dabei verhehlte er seiner engsten Umgebung nicht, daß zugleich mit dem Gefühl der Erleichterung so etwas wie Dankbarkeit in ihm aufstieg. Denn nur er allein wußte, welch gewaltiges Risiko er mit dem Fall Gelbk eingegangen war, und nur er hat die damit verbundenen nervlichen Belastungen durchstehen müssen.

Kaum waren die letzten Schüsse im Einschließungsring von Dünkirchen verhallt und die Kolonnen Zehntausender alliierter Gefangener auf den Weg gebracht, da trat die Wehrmacht am 5. Juni zum zweiten Abschnitt der Schlacht um Frankreich an. Wiederum in den ersten Stunden durchbrachen die Panzerverbände des Generals von Kleist die linke Flanke der französischen Abwehrfront, um auf Rouen vorzustoßen und bald darauf in weiträumiger Umfassung die Nordverteidigung Frankreichs aus den Angeln zu heben. Und immer noch verhielt sich der Kreml kooperativ. Freilich ging jetzt alles in einem Tempo vonstatten, das die Welt in Erstaunen versetzte. Und obwohl Churchill zweimal intervenierte, erging am 17. Juni die Bitte Frankreichs um Waffenstillstand an das Deutsche Reich, womit Hitlers Besorgnis, der Kreml könnte in letzter Minute doch noch eingreifen, ein gutes Ende fand.

6. Hitler: »Der Krieg im Westen ist beendet...«

Am 21. Juni, dem Tag der Waffenstillstandsverhandlungen von Compiègne, der Hitler den höchsten Triumph bescherte, sagte er aufatmend zu seiner Umgebung: »Der Krieg im Westen ist beendet. . ., jetzt bleibt nur noch die Auseinandersetzung mit dem Osten. Das ist aber eine Aufgabe, die weltweite Probleme wie das Verhältnis zu Japan und die Machtverteilung im Stillen Ozean aufwirft. Sie kann man vielleicht in zehn Jahren in Angriff nehmen. – Vielleicht kann ich sie auch meinem Nachfolger überlassen.«⁸

⁸ Stegemann, Ziele, S. 98; H. Boehme, Waffenstillstand, I, S. 79; Stefan Scheil, Eskalation, S. 46.

Und nachdem er am Morgen des 24. Juni zusammen mit Speer, Breker und Giesler nach Paris geflogen war und den Bereich um den Eiffelturm besichtigt hatte, standen sie noch eine Weile auf dem Feldflugplatz. Hitler schwieg eine Zeitlang, dann sagte er leise: »Eigentlich habe ich vom Invaliden-Dom nur den Sarkophag Napoleons in dem offenen Rund der Krypta in mich aufgenommen – es hat mich seltsam gebannt –, alles andere war für mich bedeutungslos.« Sodann begründete er, warum er seine Grabstätte in München haben wollte und wie er sie sich vorstellte.

Zuletzt gingen die vier Männer noch schweigend den nahen Waldweg auf und ab. Dann blieb Adolf Hitler stehen und sagte sehr eindringlich: »Ich will den Frieden – und ich werde alles dransetzen, um den Frieden zu schließen. Noch ist es nicht zu spät. Dabei werde ich bis an die Grenzen des Möglichen gehen, soweit es die Opfer und die Würde der deutschen Nation zulassen.«

Und nach einer Pause: »Ich weiß mir Besseres als Krieg! Allein wenn ich an die Verluste des deutschen Blutes denke – es fallen ja immer die Besten, die Tapfersten und Opferbereiten, deren Aufgabe es wäre, die Nation zu verkörpern, zu führen! – Ich habe es nicht nötig, mir durch Krieg einen Namen zu machen wie Churchill. Ich will mir einen Namen machen als Ordner des deutschen Volkes – seine Einheit und seinen Lebensraum will ich sichern, den nationalen Sozialismus will ich durchsetzen, die Umwelt gestalten. Dazu gehört auch die Neugestaltung der deutschen Städte nach modernen Erkenntnissen. Ich möchte, daß die Menschen sich darin glücklich fühlen, auch sollen sie mit Recht stolz werden auf ihre Stadt, ihren Lebensraum und auf ihre Nation.«

Nach einer Weile setzte er hinzu: »Der Friede solle in Münster geschlossen werden« Dafür habe er seine Gründe – es habe den Rang einer geschichtlichen Zäsur. Still verabschiedete er sich, mit einer typischen, lockeren Bewegung. Wie zum Gruß der Freundschaft hob er den abgewinkelten Arm, die Hand nach oben geöffnet.«9

Man fragt sich: War das der Hitler, wie die Welt ihn kennt? Der permanente Unruhestifter und Schrecken Europas, der Mann mit den Welteroberungsplänen? Mußte man nach diesen Worten wirklich fürchten, er habe die gebotene Einsicht in die begrenzten deutschen Möglichkeiten aus den Augen verloren? Keineswegs. Hitler war nach dem Frankreichsieg nicht nur bereit, den Krieg auf der Stelle zu beenden, sondern darüber hinaus mit seinem schwierigsten Gegenpart, dem mißtrauischen Kremlherrn, in ein Verhältnis einzutreten, das einen bewaffneten Konflikt zwischen dem Reich und der Sowjetunion auf Jahre hinaus, wenn nicht gänzlich ausschloß? Konnten die Deutschen jetzt aufatmen? Hatte ihr ungewisses Schicksal damit eine glückliche Wendung genommen?

Andreas Naumann

⁹ Giesler, aaO. (Anm. 2), S. 395.

Briten lügen über Katyn-Massaker

Es dauerte Jahrzehnte, bis die Sowjets 1990 die Schuld am Massenmord an den mehr als 20000 polnischen Offizieren und Beamten in Katyn und anderenorts zugaben. Zu diesem Umstand hatte auch beigetragen, daß die Westmächte, insbesondere Churchill. und Roosevelt, ihre Kenntnisse von der russischen Schuld geheimhielten und gegen besseres Wissen in der Nachkriegszeit den Deutschen die Verantwortung an den Massakern zuschoben, wie auch deutsche Medien.¹

So schrieb am 4. Januar 1946 die von den »britischen Militär-Behörden« herausgegebene Tageszeitung Nordwest-Nachrichten, hervorgehoben auf der ersten Seite, unter der Überschrift »So war Katyn«: »Massenmord als Naziverbrechen in Polen aufgedeckt. Die Nazischuld an dem Massenmord von Katyn wurde von einem deutschen Offizier vor einem Leningrader Gerichtshof zugegeben.«²

In dem aus Moskau übernommenen Text der Meldung wird die falsche Behauptung aufgestellt, daß von »flüchtenden deutschen Trupps russische Frauen, Kinder und Greise ermordet« wurden und daß »im Walde von Katyn 15 000 bis 20 000 Menschen, darunter polnische Offiziere und Juden, von den deutschen Truppen erschossen und begraben wurden«.³

¹ Nähere Einzelheiten bei: Rolf Kosiek u. Olaf Rose (Hg.), *Der Große Wendig*, Bd. 1, Grabert, Tübingen ⁵2011, S. 751–754.

² Alfred Schickel, »Das Kartell der Lüge«, in: *Deutschland-Journal*, Hamburg 1992, S. 49.

³ Ebenda.

Zur Bestätigung der deutschen Angaben bezüglich Katyns hatte Goebbels eine Untersuchungskommission von 12 ausländischen Pathologen eingeladen. Berlin, 4. Mai 1943: Der ungarische Pathologe Ferenc Orsós (links) übergibt den Abschlußbericht an Reichsgesundheitsführer Leonardo CONTI (rechts: in der Mitte der belgische Pathologe Reimond Speleers). Conti gab dann den Abschlußbericht als amtliches Gutachten heraus. Foto: Bundesarchiv.



Briten lügen über Katyn-Massaker

Die in London residierende polnische Exilregierung unter General Wladyslaw Sikorski sandte Beauftragte nach Katyn, woraufhin Stalin seine Beziehungen zu dieser Exilregierung abbrach.

Da dieses Zerwürfnis den Westmächten gefährlich zu werden drohte, machten Churchill und Roosevelt die Katyn-Angelegenheit zur »geheimen Chefsache«. Ein britischer Untersuchungsbericht wurde am 13. August 1943 von Churchill persönlich an den US-Präsidenten übermittelt mit der Bitte um baldige Rücksendung, da man ihn »offiziell in keiner Weise herausgeben« könne. Denn dann wäre damals schon vor aller Welt die Wahrheit über Katyn offensichtlich geworden, und man hätte sie nicht noch jahrelang zur Umerziehung der Deutschen verwenden können.⁴

In dem britischen Untersuchungsbericht stand, daß die Mitteilungen der deutschen Regierung über die Schuld der Sowjets »auf jeden Fall in verschiedener Hinsicht gut fundiert« seien und daß »die Grundlage solide war, auf der in jedem Fall einige der Identifikationen stattfinden«. Der Bericht enthält auch die »Tatsache« als interessante Mitteilung, »daß eine Massenhinrichtung von gefangenen Offizieren nicht in Übereinstimmung mit dem sein würde, was wir von der deutschen Wehrmacht wissen«. Denn »hätten die deutschen Behörden diese 10 000 polnischen Offiziere je in der Hand gehabt, könnten wir sicher sein, daß sie einige davon oder alle in die Lager in Deutschland gebracht hätten, die polnischen Gefangenen schon zugeteilt sind.« In einem britischen Geheimbericht vom 31. Mai 1943 heißt es, daß das »Durcheinander« in den sowjetischen Mitteilungen nicht leicht verständlich sei »außer durch die Annahme, daß die russische Regierung etwas zu verbergen hätte«.5

Als Abschlußurteil stand in dem Geheimbericht von dem Verfasser Owen O'MALLEY: »Die kumulative Wirkung der Beweise ist. . . geeignet, ernsthaften Zweifel auf die russischen Leugner der Verantwortlichkeit für das Massaker zu werfen. . . Und ich glaube, die meisten von uns sind mehr als halb davon überzeugt, daß die polnischen Offiziere tatsächlich durch die russischen Behörden ermordet wurden und es tatsächlich ihre Leichen sind (wie vielleicht auch noch andere), die jetzt exhumiert wurden.«⁶

Churchill und Roosevelt waren also über die Tatsachen des sowjetischen Massenmordes und die Verantwortlichkeit genügend informiert. Das beweisen auch ihre brisanten Gespräche über Sikorski und dessen Tod.⁷

Dennoch taten sie alles, um die Wahrheit über das Massaker von Katyn zu verheimlichen und das Verbrechen den Deutschen zuzuschieben.

Rolf Kosiek

⁴ Ebenda, S. 50.

⁵ Ebenda, S. 51.

⁶ Ebenda, S. 52.

⁷ Kosiek u. Rose,
 aaO. (Anm. 1), Bd.
 4, Tübingen ²2012,
 S. 440–443.

US-Zeitung 1946: In Katyn mordeten Deutsche

Die alliierte Kriegspropaganda scheute sich während der Zweiten Weltkrieges nicht, auch von plumpen Lügen Notiz zu nehmen und sie skrupellos zu verbreiten. Die amerikanische Administration wußte genau, daß in Katyn bei Smolensk die gefundenen Tausende ermordeter polnischer Offiziere von den Sowjets 1940 beseitigt worden waren, machte jedoch noch Jahre nach Kriegsende die Deutschen für das Massaker an den Polen verantwortlich. So schrieb der *Wiener Kurier*, »herausgegeben von den amerikanischen Streitkräften für die Wiener Bevölkerung« – so unmittelbar unter dem Titel – am 2. Juli 1946 auf der ersten Seite mit großer Schlagzeile: »11000 Polen wurden 1941 von den Deutschen in Katyn erschossen.« Aus Anlaß der Behandlung dieser Frage im Nürnberger Prozeß am 1. Juli 1946¹ schrieb das Blatt: »Bekanntlich fanden die Sowjettruppen im Walde von Katyn die Leichen von 11000 polnischen Soldaten, die nach der durch die Sowjetbehörden erbrachten Beweisführung im Jahre 1941 von den Deutschen erschossen worden waren.«

In diesem Satz ist jede Aussage falsch. Einmal wurden die Toten nicht von den Sowjets, sondern von den Deutschen gefunden.² Sie wurden im Jahre 1943 gefunden, nicht 1941. Es waren nicht 11000 Ermordete im Walde von Katyn, sondern rund 4500. Die restlichen Leichen der vermißten Polen wurden erst nach dem Umschwung im Osten an verschiedenen Orten der Sowjetunion in Massengräbern gefunden. Dazu machte nach der Zeitung der Professor Dr. med. Marco Antonow Markow der Universität Sofia in Bulgarien die Aussage,³ er habe zu der Wissenschaft-

deutschen Obersten Friedrich AHRENS, ebenda, Bd. XVII, S. 309 f. ³ Ebenda, S. 364– 394.

¹ Internationaler

(IMT) (Hg.), Der

Nürnberger Prozeß,

Bd. XVII, S. 301-

² Siehe Aussage des

Nürnberg 1948,

407.

Militärgerichtshof

Karte mit Lagern und Mordplätzen. Aus: *Wikipedia*.



US-Zeitung 1946: In Katyn mordeten Deutsche



lerkommission gehört, die 1943 auf Einladung der Deutschen die Gräber untersucht habe. Von der Wehrmacht seien ihnen nur einige Stunden Zeit gelassen worden. Die Arbeitsbedingungen seien »völlig unwissenschaftlich« gewesen. Keine der Leichen habe sich drei Jahre in der Erde befunden, sondern höchstens eineinhalb Jahre, so daß nur die Deutschen als Täter in Frage kämen. Damit log der Wissenschaftler das Gericht an. Das Protokoll der Kommission, das die Sowjets als Täter bezeichnete, hatte er jedoch unterschrieben.

Daß die wirklichen Schuldigen die Sowjets waren, war den Amerikanern und insbesondere US-Präsident ROOSEVELT schon früh bekannt, und er erwähnte das auch bei Telefongesprächen mit Churchill 1943/44.4 Doch er ließ die Kriegspropaganda der Alliierten gegen die Deutschen den Vorwurf der Massenmordes in Katyn durch deutsche Streitkräfte weiter verkünden.

Am Gründonnerstag des Jahres 1990 gab die Sowjet-Regierung zu, daß sie die polnischen Offiziere im Walde von Katyn und anderenorts 1940 durch ihren Geheimdienst NKWD ermorden ließ. Die von den US-Streitkräften herausgegebene, oben genannte Zeitung in Wien behauptete also wider besseres Wissen die die Deutschen schwer belastende Unwahrheit. Um so stärker sollte die deutsche Aufgabe wahrgenommen werden, diese historische Wahrheit zu verbreiten und der alliierten Kriegspropaganda den Garaus zu machen

Rolf Kosiek

Sikorski (2.v.l.), Chef der polnischen Exilregierung, Churchill (M.) und General DE GAULLE posieren anläßlich einer Panzervorführung in England im Februar 1941 mit unbekannten Offizieren, Sikorskis Vorstoß, die Morde von Katvn durch das Internationale Rote Kreuz untersuchen zu lassen. bügelte Churchill gegenüber Stalin 1943 kurzerhand ab. ROOSEVELT und CHUR-CHILL schwiegen das sowjetische Kriegsverbrechen tot, um die Anti-HITLER-Allianz nicht zu gefähr-

⁴ Telefongespräch ROOSEVELTS mit CHURCHILL vom 29. Juli 1943; vgl. ROLF KOSIEK u. OLAF ROSE (Hg.), *Der Große Wendig*, Bd. 4, Grabert, Tübingen ²2012, S. 440– 443.

Die Bewertung des deutschen Angriffs auf die Sowjetunion am 25. Juni 1941 hat sich in den letzten Jahren verändert. HITLER kam STALIN mit seinem Einmarsch nur kurze Zeit voraus. Daß aber auch während des ganzen Krieges, insbesondere 1942, noch vielfältige Verbindungen zwischen den beiden Gegenspielern bestanden und auch genutzt wurden, ist meist nicht bekannt. Es bestand zu gewissen Zeiten sowohl in Berlin als auch in Moskau die Bereitschaft zu einem Waffentillstand. Verschiedene Gespräche fanden darüber statt. Noch Ende 1942 war der Sieg im Osten offen. Es soll daher im folgenden diese Entwicklung nach dem heutigen Wissen behandelt werden, da darin eine wichtige Revision zum Tragen kommt.

1. Angriffs- und Präventivkriege im Licht heutiger Praxis

Als durch Angriffskriege eroberte Länder bezeichnete das Internationale Militär-Tribunal in Nürnberg (IMT) 1946 praktisch allen Boden, worauf der deutsche Soldat seinen Fuß gesetzt hatte. Und bis heute hält unsere offizielle Zeitgeschichte ebenso eigensinnig wie würdelos am Urteil der früheren Gegner fest.

Generalfeldmarschall KEITEL, Chef des Generalstabes der Wehrmacht und Hauptbelasteter in Nürnberg, der nach HITLERS Ableben die volle Last der Verantwortung auf sich nahm, sah das anders: »Die Kriege im Norden, Westen und Süden Europas sind Deutschland vom Gegner aufgezwungen worden«, sagte er. Schließlich habe nicht das Reich Frankreich und England den Krieg erklärt, sondern umgekehrt diese ihm.

Blieben mithin übrig: Polen und Rußland. Hier räumte der Generalstabschef ein, könne es sich auf den ersten Blick um Angriffskriege gehandelt haben. Was allerdings Polen beträfe, so sei der Konflikt ohne die britische Garantie höchstwahrscheinlich politisch bereinigt worden, zum Krieg sei es dann gar nicht gekommen – vermutlich nicht einmal zum Feldzug gegen Stalins Sowjetunion. Von letzterem, meinte der Marschall, daß es sich bei näherer Betrachtung durchaus um einen Präventivkrieg gehandelt haben könne. In dem Fall wäre das Reich von jeder Schuld freizusprechen. Selbst im Angesicht des Galgens blieb er bei dieser Aussage.

Anstatt den Leser mit den unterschiedlichen Kriegstheorien zu langweilen, sei festgestellt: Seit Jahren hat sich unter ihnen eine einzige durchgesetzt: die israelisch-amerikanische. Sie beherrscht heute das Kriegsbild, und eins ist sicher: Sie paßt immer!

Ihr zufolge sei das ›Unternehmen Barbarossa‹ ein klarer Fall von Prä-

ventivkrieg gewesen – auch dann, wenn sich die Rote Armee am 22. Juni 1941 beim Stubenreinigen in den Kasernen befunden hätte. Bereits die Drohung mit der Weltrevolution hätte genügt, den Präventivkrieg gegen Moskau vom Zaun zu brechen. Kein Geringerer als LENIN war es, der die Weltrevolution auf den Bajonettspitzen der Sowjetmacht nach Europa tragen wollte. ²

Ließe man diese Auslegung für Barbarossa gelten, könnten wir nicht nur die Gebeine unserer Feldmarschälle würdig begraben, sondern auch die Vorwürfe über brutale Kampfführung lässig abtun, denn das Recht auf Landesverteidigung kennt keine Einschränkung. Es ist ebenso Naturrecht wie das Recht auf Selbstverteidigung und wird vom Völkerrecht gebilligt. Wer um sein Leben ringt, braucht sich um die Verhältnismäßigkeit der Mittel nicht zu sorgen, da ist jedes Mittel recht.

Schließlich war es nie anders: Kriege werden nun einmal nicht durch Verteidigung gewonnen. Wie alle großen Armeen war auch die Wehrmacht eine Angriffsarmee. Und weil sie das Überraschungsmoment nutzte, war der Angriff auf die Sowjetunion, das ›Unternehmen Barbarossa‹, eine Art Überfall. Das Ganze war weiter nichts als ein Akt der Taktik, wie ihn die Geschichtsbücher zu Hunderten aufweisen.

2. War Angriff das strategische Gebot der Stunde?

Damit erübrigt sich die noch immer gern gestellte Frage, ob Hitlers Angriff auf die Sowjetunion rechtlich zulässig war. Zwar widersprachen Angriffskriege den Bestimmungen des Völkerbundes, doch blieb das deshalb gegenstandslos, weil die Sowjetunion nach ihrem Krieg gegen Finnland aus dem Völkerbund ausgestoßen worden war. Außerdem besaß das Recht auf Selbstverteidigung gegenüber dem Völkerbundsrecht Vorrang.

Eine andere Frage ist, ob der Angriff strategisch geboten war. Noch heute weiß niemand, ob die Rote Armee ins Reich einmarschiert wäre; Moskau hat sämtliche Unterlagen gründlich vernichtet. Doch darf vermutet werden, daß HITLERS Angriff Deutschland, ja vielleicht sogar Europa, vor den Schrecken der Weltrevolution bewahrt hat. Ausschlaggebend war, daß die Rote Armee vor der Tür stand, ebenso angriffsbereit war wie die deutsche, auch wenn sie mit einigen Mobilisations-Maßnahmen hinterher hinkte. Es geht im Krieg eben auch darum, wer von zwei Gegnern der schnellere ist. In HITLERS Entschluß zum Angriff auf die Sowjetunion ist eine strategische Fehlhandlung nicht zu erkennen.³

3. Forderte die nationalsozialistische Weltanschauung den Angriff?

Weit schwieriger war die Frage zu beantworten, ob der Angriffsbefehl im Sinne der Politik HITLERS politisch klug oder nicht vielmehr ein kapi-

¹ Stefan Schell, Präventivkrieg Barbarossa, Antaios, Schnellroda 2011, S. 24.

²LENIN, *Werke*, Bd. 30, S. 372–392.

³ Andreas Nau-MANN, Freispruch für die deutsche Webrmacht, Grabert, Tübingen 2005, S. 138.

Empfang anläßlich des Molotow-Besuchs am 12./13. November 1940 in Berlin. Der Versuch, den Dreimächtepakt zu einer Quadrupelallianz mit der SU zu erweitern, schlug fehl. Zu erkennen, von links: Molotow, FRICK, HILGER, VON RIBBENTROP, HIMMLER, HEWEL und TODT.



Telegram (Geh.Ch.V.)

Honken, den 26. Hovember 1940 5.34 Uhr Ankumft: * 26. * * 8.50 *

Mr.2362 wom 25.11.

Citionine.

Strang gabeis. Für Harrn Reichaminister persönlich.

Belotom bat mich beute aband zu sich und erklärte in
Gegenwart Dekumpere Hachstebenies.

Die Serjetregierung habe Inhalt der imsführungen Herrn Beichseussemministers in der abenhlieseenden Unterredung von 15.November gepräft und nahme wie folgt dass Stellung:

*Die Sowjetunion ist bereit, den Entwurf des von Herrn Reichseussesminister in der Unterwedung vom 13. Hovember aktswiezten Viermächtepakte über die politische Zusammanarbeit und gegenseitige wirtschaftliche (fehlt emscheinend Elartext) unter nachstebenden Bedingungen anzumahum:

- 1.) Sofern die deutschen Truppen unverfüglich ens Firmland surdekgesogen werden, das gemäss den Abkommen von 1939 sur Einflassyhäre der Sowjetunion gehört. Debei verpflichtet sich die Sowjetunion, friedliche Besiehungen qu Finnland sicherwustellen sowie die deutschen wirtschaftlichen Interessen in Finnland (Ausfuhr von Hols und Wickel) su wehren.
- 2.) Sefers in den micheten Monaten Sicherheit der Sowjetunien in den Heerengen durch Abschluse eines gegenseitigen Beistandspaktes swischen Sowjetunion und dem esinen gegreühischen Lage mach is der Sicherheitesume der Sakwarsan-Meer-Grensen der Sowjetunion liegenden Bulgarien sowie durch Schaffung einer Basis für Land- und Beestreitkräfte der U.d.S.S.R. im Rayon des Bosporum und der Dardanellen suf der Grundlage einer langfriatigen Pacht gewährleistet wird.

 sefern als Schwerpunkt der Aspirationen der Somjetunion der Reum südlich Batum und Raku in der allgemeinen Richtung muf den Fermischen Golf hin amerikanst wird.

4.) sofern Japan enf seine Konsessionerechte betreffs Echle und Espita enf Hord-Sachalin (Gr.fehlt) wird.

112669

In

- 2 -

In Debereinstimming mit Voretehenden sünste der von Herrn Beichsemsesminister skiesierte Entwarf des Protokolls über die Abgranming der Interesemssähren in Sinne einer Festlegung des Bebeurpunktes der Aspirationen der Bonjebunton eddlich Batun und Bahu in der allgemeinen Richtung suf den Persinchen Golf abge-Endert werden.

Homso misste der Entwurf des Protokolls besiehungsweise Abkumens swischen Dentschland, Italien und Sowjetunion besüglich der Türkei abgeündert werden, und swar in dem Sinns der Sicherstellung einer Basis für leichte – und Sesetreitkrüfte der U.4.8.5.R. am Bosporus und Dardanellen mif der Grundlage einer langfrietigen Pacht nebet einer Garantie der Unahhängigkeit und des Territoriums der Türkei seitens gemannter drei Staaten, falls eich die Türkei bereiterklärt, sich dem Viermächtepakt anneschlissen.

Dieses Protokoll müsste vorsehen, duse im Falle Weigerung der Türkei, sich den vier Michten answehliesen, Deutschland, Italien und die Sowjetunion übereinkommen, die erforderlichen militärischen und diplomatischen Maganahman amszwarbeiten und durchfurführen, worüber besonderes Abtommen abgeschlossen werden

Ferner misete vereinbart werden:

- a) ein drittee geheimes Protokoll swischen Deutschland und der Sowjetunion über Finmland (vergl. oben Punkt 1)
- b) ein viertes geheimse Protokoll swischen Japan und der Sowjetunion über den Vermicht Japans muf die Haphte- und Kohlenkonsessionen auf Bord-Sachalin (gegen eine angemespe ne Entschädigung)
- o) ein fünftee gebeimee Protokoll swischen Deutechland, der Sowjetunion und Ttelien mit der Anerkenzung dessen, dass eich Bulgarien im Einblich mit seins geographioche Lage in der Sicherhaitesone der Schwarzmenzpensan der Sowjetuniou befindet und dace es daher ale politisch notwandig erachtet wird, einen gegenseitigen Boletandspakt swiechen der Sowjetunion und Bulgarien absuschliessen, der in keiner Weise das innere Regime Bulgariens, seine Souverünität und Unabhängigkeit berühren soll.

Absoblisseend erklärte Helotos, sowjetischer Vorschlag würde statt der vom Herrn R.A.H. ins Auge gefassten swei gehalmen Protokolle deren fünf vorsehan. Für die deutsche Stellungnahme würe er dankbar.

Schulenburg 112670

Telegramm von der Schulenburgs an von Ribbentrop nach dessen Gespräch am 25. November 1940 mit dem sowjetischen Außenminister, in dem Molotow seine Positionen wesentlich verschärft hatte.

taler Fehler war. Da der Feldzug für Deutschland verlorenging, liegt die Antwort für uns heute auf der Hand. Doch wie stellte sich die Frage im Jahre 1940? Häuften sich nicht die feindlichen Akte Moskaus, die Hitler kaum anders als gegen sich gerichtet deuten konnte? Und mußte das nicht zwangsläufig den Abbruch der Beziehungen zur Folge haben? Hitler jedenfalls sah es so. Anders sein Außenminister: Für Ribbentrop hieß die Alternative: weiter verhandeln. Auch dann noch, als sich die Gespräche mit Molotow, Stalins Sendboten, am 12./13. November 1940 in Berlin als Fehlschlag erwiesen hatten. Zwar wirkte die Fülle der sowjetischen Forderungen und die Art, wie Molotow sie vorlegte, wenig ermutigend, doch da Moskau bald darauf wieder einlenkte und weitere Verhandlungen vorschlug, sprach wenig dafür, die Dinge übers Knie zu brechen.

⁴ Joachim VON RIBBENTROP, Zwischen London und Moskau, S. 233 ff.

HITLER hatte nach dem Sieg über Frankreich die Heeresführung (OKH) beauftragt, sich Gedanken über einen Militärschlag gegen die Sowjetunion zu machen (Aussage Generaloberst Jodls vor dem IMT in Nürnberg), doch handelte es sich dabei eher um eine Vorsichtsmaßnahme. Nicht, daß der Bolschewismus kein Reizwort mehr für ihn gewesen wäre, doch weil Moskau ihm bisher den Rücken frei gehalten hatte, sträubte er

sich nicht länger gegen eine Neueinschätzung der Stalinschen Pläne. Das jedenfalls ließ er seinen Bündnispartner in Rom wissen, als Mussolini ihn mahnte: daß »die Grundsätze der nationalsozialistischen Revolution Gefahr liefen, über dem Bündnis mit Stalin in Vergessenheit zu geraten«.

Zweifellos war das in Parteikreisen ein schwerwiegendes Argument, Hit-LER entkräftete es jedoch zu Überraschung des Duce folgendermaßen: »Seit STALIN fest im Sattel sitzt, erlebt Rußland ohne Zweifel eine Wandlung des bolschewistischen Prinzips in Richtung auf eine nationale russische Lebensform. . . Das, was den Nationalsozialismus zum tödlichsten Feind des Kommunismus gemacht hat, war dessen jüdisch-internationale Führung. Wenn aber der Bolschewismus sich zu einer russisch-nationalen Staatsideologie und Wirtschaftsidee entwickelt, dann stellt



Spätestens seit dem Molotow-Besuch in Berlin hatten sich die Gegensätze zwischen der Sowjetunion und Deutschland verschärft. Dennoch wurde der Handelsverkehr nicht unterbrochen, die Sowjetrussen hielten ihre 1939 in den einzelnen Handelsabkommen eingegangenen Verpflichtungen strikt ein. Außerdem wurde ein Abkommen über die Umsiedlung der Litauen-Deutschen unterschrieben, von denen im Winter 1940/41 50000 ins Reich aufbrachen.

⁵ Andreas HILL-GRUBER, *Hitlers Strategie*, 2. Aufl., S. 30, Anm. 13, ADAP; D. VIII, Dok. 663.

⁶ Ernst NOLTE erwähnt das in seinem Buch, *Der* europäische Bürgerkrieg 1917–1945, auf S. 517 ff.

⁷RIBBENTROP, aaO. (Anm. 4), S. 235.

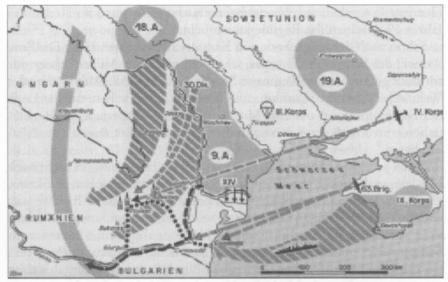
⁸ Im israelischägyptischen Krieg von 1967 genügte die bloße Tatsache des grenznahen Aufmarsches der ägyptischen Armee, um präventiv von Israel dagegen vorzugehen. Mit US-Unterstützung schlug Israel zu – und die Welt billigte das. er eine Realität dar, gegen die zu kämpfen wir weder Interesse noch Anlaß besitzen.«⁵

Man muß das zweimal lesen, um es zu glauben, doch hat er es wörtlich so geschrieben. Und viel spricht dafür, daß es nicht Täuschung war, sondern daß er wirklich so gedacht hat. Daß der Bolschewismus dabei war, sich zu nationalisieren, war ja schon in den dreißiger Jahren behauptet worden.6 Und deshalb gab es 1940 eine kurze Periode, in der HITLER offenbar hoffte, dem Krieg mit STALINS Sowjetunion aus dem Weg gehen zu können. Doch seine Hoffnung wurde enttäuscht, wieder und wieder. Dabei ging es ihm weniger um Moskaus perfide Militärschläge gegen Finnland, Lettland, Livland, Litauen, Bessarabien und die Bukowina, womit nach dem Geheimvertrag vom August 1939 immerhin zu rechnen war, als vielmehr um STALINS unverhülltes Vorgehen in Richtung der wichtigsten Rohstoffbasen des Reiches, was, wie er einmal sagte, HITLER Schauer über den Rücken gejagt hat. Denn ohne die Erz- und Nickelgruben Finnlands und Schwedens, ohne das rumänische Erdöl war seine Kriegführung am Ende. Gerade sie aber lagen infolge der jüngsten Truppenbewegungen der Roten Armee im direkten Zugriff Moskaus.

HITLER, der deshalb am 18. Dezember 1940 die Wehrmacht mit den Feldzugsvorbereitungen gegen die Sowjetunion beauftragte, bezeigte daher wenig Verständnis für die guten Absichten seines Außenministers, der ihn über die russischen Bedingungen und Wünsche unterrichtete und hoffnungsvoll seine eigenen Vorschläge einflocht. Als HITLER ihm zu verstehen gab, daß anderes wichtiger war, reagierte von RIBBENTROP entsetzt. Aber er gab nicht nach und schlug seinem Führer »auf das allerdringendste ein Entgegenkommen gegenüber der Sowjetunion« vor, indem er ihm die Konsequenzen einer Ablehnung unmißverständlich vor Augen hielt. Für ihn als Politiker war jede Alternative besser als Krieg, und um vieles besser als ein Feldzug mit ungewissem Ausgang. Daß HIT-LER nicht darauf einging, ja es ablehnte, auf Moskaus Einlenken auch nur zu antworten, war zweifellos – bedenkt man die Folgen – ein schwerwiegender Fehler. Damit wurde ein Risiko eingegangen, das zu jenem Zeitpunkt nicht und für niemanden abschätzbar war. Dafür wurde letztlich alles bis dahin Gewonnene aufs Spiel gesetzt. Doch RIBBENTROP konnte seinen Führer nicht überzeugen, und so nahm das Schicksal seinen Lauf.

4. Stalin vernichtend geschlagen, aber unbesiegt

Schon während der Grenzschlachten stand fest: Die Rote Armee war nicht beim Stubenreinigen angetroffen worden. In Gestalt der größten Militärmacht aller Zeiten stand sie marschbereit vor der Tür des Reichs, mit einer Panzermasse jenseits aller Vorstellungen, mit einer ebenso riesigen Artillerie und Luftmacht.⁸



Die Karte aus V. Suworows Eisbrecher (Stand Juni 1941) zeigt, daß die rumänischen Ölfelder einer der neuralgischen Punkte des Dritten Reiches waren. Suworow zufolge war die Sowjetunion aus diesem Grund darauf vorbereitet, ihren Hauptschlag gegen Rumänien zu führen.

Doch Hitler war in einer Zwangslage, und er konnte nicht warten. Mit Recht nahm er den sowjetischen Aufmarsch als Kriegsgrund. Für den Kampf gegen England blieb ihm keine Hand mehr frei, und am Horizont erhoben sich drohend die USA, die London unterstützten. Nur ein rascher Sieg über Stalin konnte ihm in dieser Lage Luft verschaffen. Die Weltgeschichte hat das aus ihrem kollektiven Gedächtnis gestrichen und stößt sich lieber an der beinharten deutschen Kriegführung gegen einen unbarmherzigen Gegner. Zahllose Russen sogar, die sich gegen ihr Zwangsregime auflehnten, erhofften sich Befreiung vom deutschen Angriff. Es gab Überläufer zu Hunderttausenden! Ganze Armeen, riesige



Die Rote Armee stand marschbereit mit einer Panzermasse jenseits aller Vorstellungen. Hier der T-34-Panzer: Aufgrund der schrägen Panzerung des Tanks glitten viele Anti-Panzer-Geschosse ab, ohne Schäden anzurichten.

Heeresteile ergaben sich bereits beim ersten Anlauf, und im Herbst des lahres 1941 schien das Regime zu taumeln.

Schon nach der ersten Serie von Kesselschlachten stand fest: Die Rote Armee, der Schrecken Europas, war nicht mehr, ihr Millionenheer war tot oder gefangen, der Weg nach Moskau war frei. Alle Militärstäbe der Welt, selbst diejenigen Londons und Washingtons, urteilten, daß das Ende der Sowjetunion bevorstehe. Mit dem Fall der Hauptstadt, sie lag jetzt nahezu unverteidigt vor den deutschen Heeresspitzen, müsse Stalin kapitulieren.⁹

Doch jetzt geschah etwas Unverständliches: HITLER zog es nicht nach Moskau, er dachte an das Korn der Ukraine und das Erdöl im Kaukasus. Und er setzte sich durch, seinen empörten Heerführern hielt er vor: »Meine Generale mögen ihren CLAUSEWITZ kennen, von Kriegswirtschaft aber verstehen sie nichts.« Damit erklärte er das Donezbecken zum Schwerpunkt und ließ das Heer einschwenken. Wiederum gelang ihm ein mächtiger Schlag: Über eine halbe Million Rotarmisten ergab sich in einer einzigen Kesselschlacht bei Kiew. Die Welt hielt den Atem an, als HITLER verkündete, daß die Entscheidung im Osten gefallen sei.

Das traf zwar zu, doch nicht in HITLERS Sinn. STALIN, dessen Moskauer Parteiapparat bereits auf der Flucht war, nutzte die Atempause, verzichtete auf ideologische Vorbehalte und rief zum Vaterländischen Kriege auf. Nur weil er an die russische Seele appellierte, erhob sich das Volk, strömte zu den Waffen und opferte sich für Mütterchen Rußland. Die bald darauf einsetzende Schlammperiode machte dem deutschen Vor-

marsch ein Ende. Jetzt hatte der Oberbefehlshaber des Heeres, Feldmarschall von Brauchitsch, ein Problem: Der Winter stand vor der Tür. Stalin war zwar geschlagen, doch gab er sich nicht besiegt. Das Ziel des Feldzugs schien verfehlt. Deshalb lud er die Heerführer am 13. November 1941 zu einer Besprechung nach Smolensk. Die ernste Frage erhob sich:

bald darauf einsetzende Schl

Auf dem Weg nach Moskau wird ein Bahnhof erstürmt. Mitte Oktober 1941 schien ein Erfolg des ¿Unternehmens Barbarossa möglich. Deutsche Panzerspitzen drangen bis in die Außenbezirke der russischen Hauptstadt vor. Doch wurde die Operation einfach zu spät in Gang gesetzt. Die Schlammperiode setzte bereits am 8. Oktober 1941 ein, von anderen Hemmnissen abgesehen.

⁹Albert Seaton, Der russisch-deutsche Krieg 1941–45, S. 163; Heinz Guderlan, An, Erinnerungen eines Soldaten, 1951, S. 180 f.; Ernst KLINK, Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg, S. 493 ff.; samt dort angegebener Literatur.

¹⁰ KLINK, S. 595.

434

Konnte den todmüden Truppen ein weiterer Vormarsch zugemutet werden? Die Antwort war klar und eindeutig: Keiner wollte weitermarschieren, keiner das Risiko des russischen Winters eingehen. Doch einer war dagegen: Feldmarschall von Bock. Der Oberbefehlshaber der Heeresgruppe Mitte kalkulierte so, daß der demnächst einsetzende Frost die Chance bieten werde, den im September begangenen Fehler gutzumachen. Der gefrorene Boden werde den versäumten Angriff auf Moskau begünstigen und dem Feldzug zum Erfolg verhelfen. Man dürfe nur jetzt nicht aufgeben. Als Brauchitsch hinging und den Vorschlag Bocks unterstützte, stimmte auch HITLER zu. Die Herren setzten jetzt alles auf eine Karte. 11 Und tatsächlich beflügelte das einsetzende Frostwetter den Angriff auf Moskau. Bei blauem Himmel und strahlender Sonne schaffte das Heer den Sprung bis dicht vor die Stadt. Da aber schlug das Wetter um, und die Temperatur sank auf 30 Grad unter Null. Damit mißlang der letzte Versuch, die Truppe durch Eis und Schnee vorwärts zu reißen

¹¹ Erich von Manstein, *Verlorene Siege*, 1955, S. 203; KLINK, ebenda, S. 589.

5. Die bekannte Wende vor Moskau

Was dann folgte, ist jedem gegenwärtig. Unbegreiflich ist nur, daß man vom jetzt einsetzenden Großangriff der Roten Armee völlig überrascht war. Niemand hatte vermutet, daß es Stalin gelingen werde, eine neue Armee aus dem Boden zu stampfen, die er nun einsetzte. Schon nach wenigen Angriffstagen war der Augenblick nahe, an dem ein Zusammenbruch des deutschen Feldheeres unvermeidlich schien. Da erkannte Hitler, daß mit der militärischen auch eine psychologische Krise eingetreten war: Das Selbstvertrauen von Führung und Truppe war erschüttert. »Muß ich denn alles selber machen?!« soll er getobt haben, und er setzte eine Reihe der besten Armeeführer ab. Auch Oberbefehlshaber von Brauchitsch verschonte er nicht und übernahm selbst das Kommando. Das zeigte Wirkung, und allmählich – unter größten Verlusten – stabilisierte sich die Front. So richtig Hitlers Entschluß in der Stunde der Not gewesen war, so fragwürdig wurde er während des weiteren Verlaufs des Krieges.

Offen bleibt die Frage, ob das i Unternehmen Barbarossa deshalb verlorengegangen ist, weil Moskau nicht eingenommen wurde. Eines scheint jedenfalls sicher: Mit der Einnahme der Hauptstadt wären auf einen Schlag alle Befehls-, Verkehrs-, Leitungs- und Machtfunktionen des Sowjetstaates ausgeschaltet worden, und zwar genau zu dem Zeitpunkt, als das System zu wanken begann: im September 1941. Sie kurzfristig und funktional zu ersetzen wäre, wie man heute vermutet, wegen der sowjetischen Schwäche an Nachrichten-, Verkehrs-, Wirtschafts- und Finanzmitteln in der verfügbaren Zeit nicht möglich gewesen. Die Sowjetunion

12 KLINK, ebenda, Bd. 4, S. 489 f., 493 f. u. 501 ff.; von TIPPELSKIRCH, Geschichte des Zweiten Weltkrieges, Schnellbach 2012, S. 229 f.

¹³ KLINK, ebenda, S. 592; Klaus REIN-HARDT, *Die Wende* vor Moskau, München 1972, S. 203 f. wäre mit großer Wahrscheinlichkeit zusammengebrochen.¹² Hat HITLER also den erhofften Sieg selber verspielt? Die Antwort darauf vermag niemand zu geben, sie steht noch heute in den Sternen.

Die riskante Angriffsentscheidung vom 13. November 1941 war jedenfalls nicht Hitlers Verschulden, darin war er lediglich dem Urteil der Heeresführung gefolgt. Die Geschichte des Zweiten Weltkrieges schreibt dazu: Wie von Brauchitsch und von Bock bei diesem Kenntnisstand das Wagnis Moskau eingehen konnten, wird wohl für immer ihr Geheimnis bleiben.¹³

Zwar hatte sich das düstere Ende der Grande Armée von Anno 1812/13 dank HITLERS persönlichem Einsatz nicht wiederholt, doch jeder dritte von denen, die ausgezogen waren, lag tot oder verwundet. Doch eins ist sicher: Kein anderes Heer hätte geleistet, was im Schicksalswinter 1941 von der Wehrmacht verlangt wurde.

Wer das mit Abstand betrachtet, mag sich fragen, ob es am Ende nicht besser gewesen wäre, das Feldheer wäre damals zusammengebrochen. Das hätte HITLER genötigt, die harten Tatsachen anzuerkennen und Konsequenzen daraus zu ziehen. Die Warnung war in der Tat unüberhörbar: Der gut funktionierende deutsche Militärapparat war plötzlich an seine Grenzen gestoßen. Jetzt mußte es darum gehen, den mißglückten Feldzug abzubrechen und nach Möglichkeiten zu suchen, die einen Ausgleich mit Moskau ermöglichten. Das mußte kein Eingeständnis von Schwäche sein, sondern die nüchterne Neueinschätzung der Lage. Wie wir heute wissen, war STALIN dazu bereit!

6. War mit dem Blitzkrieg der Zweite Weltkrieg verloren?

Als das Feldheer im Frühjahr 1942 zu neuem Anlauf befohlen wurde, war der Blitzkrieg vertan. Jetzt ging es allein darum, Rohstoffe und Raum für den Abnutzungskrieg zu gewinnen, der nun begann. Das ›Unternehmen Blaus sollte die Wehrmacht bis in den Kaukasus führen, ein militärisches Abenteuer, das nur Erfolg versprach, wenn es Moskau mißlingen sollte, neue Reserven zu beschaffen. Das aber war nicht der Fall. Ab Herbst 1942 wurde STALINS Rote Armee täglich stärker. Gab es trotzdem noch Hoffnung für das Reich? Es gab sie, ebenso wie für Moskau. Hätte der Kriegsgott beide Diktatoren dazu angehalten, ihr Augenmerk von den Schlachtfeldern abzuwenden, sie hätten erkennen müssen, daß die Weltgeschichte soeben dabei war, über ihr blutiges Tun hinweg zu schreiten. Wer jetzt nicht begann, weltpolitisch zu denken und der europäischen Kriegspolitik Zügel anzulegen, würde bald zu den Verlierern im Weltmaßstab zählen. Und wer verhindern wollte, daß die geballte Wirtschafts- und Militärmacht der Vereinigten Staaten den Globus beherrschte, mußte jetzt handeln. Längst war deutlich geworden, daß US-Präsi-



Die Kesselschlachten um Smolensk (hier die westlich von Smolensk liegende Stadt Witebsk) verschafften bei allem Erfolg den Russen immer wieder Zeitgewinn und hoben damit HITLETS Blitzkriegskonzept aus den Angeln.

dent ROOSEVELT alles daran setzte, sein Land aus dem Völkerringen als Weltmacht Nummer Eins hervorgehen zu lassen.

Dabei wäre es für Berlin und Moskau ziemlich einfach gewesen, das Steuer herumzureißen. Sie brauchten sich nicht um die öffentliche Meinung zu kümmern, der Kreml noch weniger als die Reichskanzlei. Beide vermochten innenpolitisch zu tun, was außenpolitisch dafür nötig war. Würde es zum Ausgleich zwischen ihnen kommen, alles inzwischen vergossene Blut würde stillschweigend abgetan, und die Geschichte von neuem begonnen. Daher mußte der Ausgleich das große Thema sein, denn für keinen der beiden Alleinherrscher war der Krieg schon verloren – für HITLER ebenso wenig wie für STALIN. Letzterem aber war das Bündnis mit den Kapitalisten längst zum Ärgernis geworden, weil sein Argwohn ihm sagte, daß sie die Invasion nur deshalb verschoben, um die totalitären Regime einander dezimieren zu lassen.

7. Gab es Möglichkeiten zum Ausgleich?

Jetzt den Ansatz für die Verhandlungsthematik zu finden war vordringlich. Auch in den Hauptstädten der verbündeten Mächte war der Wunsch nach einem deutsch-russischen Sonderfrieden längst deutlich geworden, denn die Kriegslage löste berechtigte Sorgen aus. ¹⁴ Japan hatte wiederholt Vorstöße in dieser Richtung unternommen, weshalb deutscherseits mit dem japanischen Botschafter Oshima verhandelt wurde, denn dieser stand im direkten Gespräch mit dem Kreml. Hitler, der davon zwar wenig hielt, sah sich den Verbündeten gegenüber jedoch genötigt, ihren Vorschlägen mit eigenen Forderungen zu begegnen. Noch bis Januar 1944 soll von japanischer Seite versucht worden sein, Deutschland und die Sowjetunion zum Ausgleich zu bewegen. ¹⁵

14 WEGNER, Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg, Bd. 8., S. 42; Ernst VON WEIZSÄCKER, Erinnerungen, S. 340. 15 Gerhard Krebs, Japanische Vermittlungsversuche im deutsch-sowjetischen Krieg 1941–45, S. 249; Bernd Mar-TIN, Deutschland und Japan, S. 188.



Der Kaukasus hatte für die Deutschen eine große strategische Bedeutung – nicht nur wegen der Ölquellen. Hier: Deutscher Soldat vor einer brennenden Raffinerie.

Auch von Vorschlägen finnischer, rumänischer, ungarischer und italienischer Verbündeter wird berichtet, darunter ein Vorschlag von Benito Mussolini, den Außenminister Graf Galeazzo CIANO am 6. November 1942 HITLER überreichte. CIANO begründete ihn mit der Besorgnis um die bereits fragwürdig gewordene innere Sicherheit Italiens. 16 Während der deutschen Öffentlichkeit von obigen Vorgängen höchstens das eine oder andere Gerücht durchaus bekannt wurde, erfuhr sie von den Bemühungen ihres Außenministers von RIBBENTROP, einen deutsch-sowjetischen Ausgleich herbeizuführen, so gut wie nichts. Dabei verfügte RIBBENTROP bereits im Frühjahr 1942 über geheime Kontakte zu russi-

schen Diplomaten, die er über den Leiter seiner Zentralstelle Osteuropa, Peter Kleist, laufen ließ. Der zumeist gut informierte britische Militärhistoriker Liddel Hart vermutet sogar, daß es zwischen den Außenministern beider Mächte zu Gesprächen gekommen ist, was deutscherseits stark bezweifelt wird. Dazu habe sich Molotow im Auftrag Stalins im Juni 1943 zu einem geheimen Treffen nach Kirowograd begeben, das damals noch in deutscher Hand war. ¹⁷ Allerdings erwähnt von Ribbentrop noch als Hauptangeklagter im Nürnberger Kriegsverbrecher-Gefängnis in seinem handgeschriebenen Bericht, wie er einmal mit dem nachdenklich gewordenen Führer vor der Rußland-Karte gestanden sei, um festzulegen, wo die Demarkationslinie verlaufen solle, auf die man sich mit Stalin einigen könne ¹⁸ – eine Szene, die auch David Irving in seinem Buch Führer und Reichskanzler aus eigenen Quellen bezeugt. ¹⁹

Daß RIBBENTROP den Führer zu den unterschiedlichsten Anlässen beschworen hat, einen Ausgleich mit Stalin ins Auge zu fassen, ist nach den Akten zweifelsfrei belegt.²⁰ Daß er erbittert mit Hitler darum gerungen hat, ebenfalls.²¹ Und aus den Schriften seines Sohnes Rudolf geht

¹⁶ Weizsäcker, Erinnerungen, aaO. (Anm. 14), S. 265 ff., 340 u. 344.

¹⁷ Basil Liddell Hart, Geschichte des Zweiten Weltkrieges, S. 610.

¹⁸ RIBBENTROP, aaO. (Anm. 4), S. 264.

¹⁹ David IRVING, Führer und Reichskanzler, S. 601.

²⁰ Hans Meiser, Gescheiterte Friedensinitiativen, Grabert, Tübingen 2004, S. 25; Peter Kleist, Hitler und Stalin, S. 235.

²¹ Albrecht KESSEL, Verborgene Saat, S. 230.

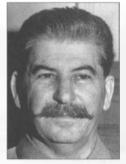
hervor, daß ein Ausgleich mit Moskau wahrscheinlich noch im Herbst des Jahres 1943 möglich gewesen wäre.²²

Angesichts so zahlreicher Berichte und Zeugnisse, von denen lange Zeit nichts oder nur gerüchteweise etwas verlautete, da beide Seiten diese Kontakte als Staatsgeheimnisse behandelten, »kann man beinahe von einer breit angelegten Friedensinitiative reden, die von Bündnispartnern des Reiches, von gemeinsamen Vertrauenspersonen, von Persönlichkeiten aus Partei, Staat und Wehrmacht, aber auch von Personen aus HIT-LERS nächster Umgebung an den Führer herangetragen wurde«.23 Auch von Reichsmarschall Hermann Göring ist bezeugt, daß er auf Kanälen des Geheimen Forschungsamtes eigene Kontakte zu osteuropäischen Diplomaten angeknüpft und aufrechterhalten habe, um die gegnerischen Bedingungen zu erfahren. Danach sei er an HITLER herangetreten, um die Dringlichkeit eines deutsch-russischen Ausgleichs darzutun. Bei ruhiger Betrachtung, so wird berichtet, habe sich HITLER wiederholt – trotz grundsätzlicher Ablehnung – nicht uninteressiert gezeigt, allerdings eher so, als gelte es auszuloten, wie weit der Gegner gehen werde.²⁴ Stets habe er weitergehende Überlegungen zurückgewiesen oder auf morgen vertagt. Oft sei er danach ins Grübeln verfallen, um zuletzt jeden weiteren Gedanken daran heftig von sich zu weisen.

8. Bis zuletzt bot das Kriegsglück Hitler eine Chance

Sehr im Unterschied zu Adolf HITLER war Josef STALIN zum Ausgleich bereit. Aussagen seiner engsten Mitarbeiter zufolge soll er schon im Spätherbst 1941 auf einen Waffenstillstand mit Deutschland gedrungen haben. Dafür sei er bereit gewesen, auf viel Land zu verzichten, so auf die baltischen Staaten, auf Moldawien und Weißrußland, ja sogar auf große Teile der Ukraine. Berija war beauftragt, Bulgarien um Vermittlung zu bitten. Wenn sich das Vorhaben auch mehrmals zerschlug, so sind doch genügend Fühlungnahmen bekannt, die auf eine deutsch-russische Verständigung abzielten – und das noch lange nach den Casablanca-Beschlüssen Churchills und Roosevelts, die auf eine bedingungslose Kapitulation Deutschlands abzielten.

Er, Stalin, hieß es, sei nicht gewillt, einen Tag, ja nur eine Minute länger als notwendig – »ni odnu minutu« – für die Interessen Englands



Offensichtlich war Stalin bereit und gewillt, über einen Ausgleich zu verhandeln.

²² Rudolf von Ribbentrop, Mein Vater Joachim von Ribbentrop, Ares, Graz 2008, S. 321 f.; Peter Kleist, aaO. (Anm. 20), S. 162; Albrecht Kessel, ebenda, S. 235.

²³ So Bernd WEGNER aaO. (Anm. 14), Bd. 8, S. 42, ebenso Bernd MARTIN in: Deutsch-sowjetische Sondierungen, sowie WEINBERG, A World at Arms, S. 609 f.

²⁴ So Joachim von Ribbentrop, aaO. (Anm. 4), S. 262.

²⁵ Alan Bullock, *Hitler und Stalin*, S. 953 f.; siehe auch: Volkogonow, *Stalin*, S. 564 ff., dazu die Mikojan- und Chruschtschow-Memoiren.

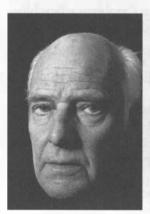
Hans Meiser,
aaO. (Anm. 20),
S. 257; Peter
Kleist, aaO. (Anm. 20),
S. 243.
Walther von Unruh, Erinnerungen,
S. 113 f., im Besitz des Autors.
Bullock, Hitler und Stalin, aaO.
(Anm. 25), S. 591.

und Amerikas zu kämpfen. Das war sein Credo in dieser Phase des Krieges. Won Churchill, der in seinen Augen die Errichtung der zweiten Front ständig hinausschob, erwartete er keinerlei Hilfeleistung. Dagegen begrüßte er Roosevelts großzügige Unterstützung, lehnte es jedoch entschieden ab, die US-Armee in Europa zu sehen. Schon die Landung der Amerikaner in Marokko und Algerien war ihm ein Dorn im Auge, mußte er doch jederzeit mit dem alliierten Zugriff auf den Balkan rechnen. Offenbar war ihm längst klargeworden, was eine US-Invasion in dieser Phase des Krieges für die Sowjetunion bedeutete. Den Aussagen seiner Tochter Swetlana zufolge soll er später öfter geklagt haben: »Ach, zusammen mit den Deutschen wären wir unschlagbar gewesen!«^{27a}

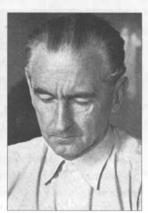
Alles sprach für Verhandlungen. Das Gebot der Stunde für das Reich hieß jetzt: aus dem fehlgeschlagenen Sowjet-Abenteuer hinaus zu finden! Und – wie so oft – schien HITLER auch diesmal wieder vom Glück begünstigt, er brauchte nur zuzugreifen. Längst hatte der Kreml seine Botschafterin in Stockholm, Madame Aleksandra KOLLONTAI, mit der Anknüpfung von Kontakten beauftragt, die daraufhin an den schwedischen Luftwaffenattaché WENNERSTRÖM herantrat, dessen gute Verbindungen zu Berlin bekannt waren. Sein sowjetischer Kollege Oberst NI-KITUSEV diente dabei als verläßlicher Zeuge. Madame KOLLONTAIS Vorstoß erhielt kurz darauf durch den Prawda-Artikel des stellvertretenden Volkskommissars A. E. Kornejcuk Unterstützung, des Vize-Kriegsministers also! Das führte im April 1943 zu mehrtägigen Kontakten zwischen deutschen und sowjetischen Diplomaten auf einem Landgut hei Stockholm.²⁸ Der mit einer Russin verheiratete Schwede Edgar CLAUSS sicherte seinem deutschen Gesprächspartner Peter KLEIST zu: Innerhalb von acht Tagen könne es zwischen Berlin und Moskau zur Waffenruhe kommen, wenn Deutschland einlenke; er wisse das Nötige zu arrangieren.²⁹Auch die skandinavische Presse berichtete wiederholt von Bemühungen um

Meiser, aaO.
 (Anm. 20),
 S. 253 ff.
 Meiser, ebenda,
 S. 252; Irving, aaO.
 (Anm. 19),
 S. 600 ff.

Von links: Stig Wennerström, die russische Botschafterin in Stockholm, Aleksandra Kollontal, und der Leiter der Zentralstelle Osteuropa im Reichsaußenministerium Peter Kleist.







einen deutsch-russischen Sonderfrieden, was bei den Westmächten große Nervosität hervorrief.

Es war also höchste Zeit, auch im Führerhauptquartier neue Prioritäten zu setzen! Amerika war längst in großem Stil in den Krieg eingetreten, der Luftkrieg über dem Reich nahm täglich ärgere Ausmaße an, die Afrika-Armee ROMMELS war ebenso verlorengegangen wie zuvor die 6. Armee an der Wolga, und die Landungen der Westalliierten auf Sardinien und in Süditalien verliefen nahezu unangefochten. Während an einen Sonderfrieden mit dem Westen nicht mehr zu denken war, hätte ein Ausgleich mit Moskau die Allianz der ungleichen Gegner wahrscheinlich zu spalten vermocht. Wissen wir heute, wie sich HITLER in dieser Lage verhielt? Er sagte es schließlich selbst: Mit Moskau zu einem Ausgleich zu kommen, vermöge er sich zur Not noch vorzustellen, doch den Waffenstillstand aus STALINS Händen entgegenzunehmen, das könne er einfach nicht über sich bringen. Den verzweifelten Vorhaltungen seines Außenministers hielt er entgegen: »Wissen Sie, RIBBENTROP, wenn ich mich heute mit STALIN über Rußland einige, packe ich es morgen wieder an - ich kann halt nicht anders.« Es heißt, daß RIBBENTROP wutentbrannt den Raum verlassen habe. »So kann man keine Politik machen!« soll er lauthals gerufen haben.³⁰

Doch in kleinem Kreise bekannte HITLER mehrmals, er wolle ja einlenken, doch müsse zuvor noch ein entscheidender Erfolg errungen werden. Erst dann könne man verhandeln. Doch weder war es ihm gelungen, die Erdölvorkommen im Kaukasus in Besitz zu nehmen, noch vermochte er, die Türkei an seine Seite zu ziehen – ebenso wenig wie den Irak und Persien. Zuletzt war es noch mißlungen, die Rote Armee bei Kursk zu schlagen, was beinahe zum Einsturz der gesamten Ostfront geführt hätte. Reserven wuchsen inzwischen ins Riesenhafte, während HITLER die Soldaten auszugehen drohten.

Daß HITLER verzweifelt um den Entschluß zum Ausgleich gerungen hat, ist hinreichend bezeugt. Doch vergebens wartete RIBBENTROP darauf, mit Verhandlungen beauftragt zu werden. »Sollen die Hekatomben deutschen Blutes denn umsonst vergossen sein?!« habe der Führer wie-

³⁰ Karl-Heinz Frieser, *Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg*, Bd. 8: *Die Ostfront - Der Krieg im Osten und an den Nebenfronten*, S. 493 ff.; Joachim von Ribbentrop, aaO. (Anm. 4), S. 264; Rudolf von Ribbentrop, aaO. (Anm. 22), S. 322; David Irving, ebenda, S. 603.

³¹ Rudolf von Ribbentrop, ebenda, S. 322; Irving, ebenda, S. 601; von Unruh, *Zwischen Kaiser Wilhelm und Hitler*, S. 111.

³² Frieser, aaO. (Anm. 30), Bd. 5/1, S. 860 f.; Meiser, aaO. (Anm. 20), S. 250; Manstein, *Verlorene Siege*, 1955, S. 306.

³³ Frieser, ebenda, Bd. 8, S. 344 ff.; von Manstein, ebenda, S. 507 ff.

³⁴ Frieser, ebenda, Bd. 8, S. 148 ff.

derholt gerufen, nur um darauf in Schüben autosuggestiver Euphorie jedes weitere Nachdenken darüber entschieden von sich zu weisen.

9. Ostdivisionen für die Zweite Front?

Nur wenn der Krieg im Osten angehalten wurde, bestand die Chance, die Westalliierten an der Errichtung der Zweiten Front zu hindern. Mit der Abwehr der Invasion aber würde die Entscheidung über den Ausgang des Krieges fallen, wie HITLER bei Lagebesprechungen wiederholt versicherte.³⁵

Doch die Bauarbeiten am Atlantikwall wurden von Fachleuten einmütig als ungenügend beurteilt. ³⁶ Auch General Walter von Unruh, von Hitler neben Feldmarschall Rommel zum persönlichen Inspizienten der Festung Europa ernannt, sah das so: »Die ortsfeste Abwehr entlang der Küste wird innerhalb weniger Wochen ausgeschaltet sein, und eine Abwehr in der Tiefe sehe ich nicht«, meldete er. »Ohne rechtzeitiges Herauslösen der Ostdivisionen, die noch immer hohen Ansprüchen genügen«, sei da nichts zu machen. Nur ein tief gestaffeltes Abwehrsystem könne den Gegner aufhalten, erst dann sei mit dem Gegenangriff zu beginnen. Das aber erfordere Unmengen an Infanterie und Panzern, die nur unter der Voraussetzung eines Stillhalteabkommens mit Moskau zu haben seien.³⁷

Doch weder ROMMEL, noch von Unruh, noch andere Ratgeber vermochten, sich bei HITLER durchzusetzen. Den Rat Unruhs befolgte er zwar, aber zu spät. Als die Invasion der Alliierten geglückt war, warf er die besten Ostdivisionen in den Westen. Die dringenden Warnungen der Heeresleitung ließ er dabei unbeachtet, weshalb am 22. Juni 1944 im Osten die Katastrophe hereinbrach. Der völlige Zusammenbruch der Heeresgruppe Mitte brachte die Rote Armee in einem 500 Kilometer langen Vormarsch bis über die Reichsgrenze. Jetzt war das Ende nicht mehr aufzuhalten.³⁸

10. Endbetrachtung

Richten wir zum Abschluß den Blick auf den Beginn von Barbarossac am 22. Juni 1941, so sehen wir: Das Ausmaß der Bedrohung spricht dafür, daß HITLERS Entschluß zum Feldzug Barbarossac den Gedanken der Prävention im Auge hatte, auch wenn ihm der wirkliche Umfang der Sowjetrüstung unbekannt war. Zwar wirkten die Truppenzusammenziehungen der Roten Armee, soweit bekannt, nicht sonderlich alarmierend auf die Heeresführung, obwohl die Nachrichten-Abteilung Fremde Heere Oste sich größte Mühe gab zu verfolgen, was es an Informationen gab. Das Unglück war bloß, man hatte keine, niemand besaß Einblick ins Innere der Sowjetunion.

Schließlich hatte Hitler selbst nach Abschluß der deutsch-sowjeti-

³⁵ David IRVING, Schlacht um Europa, S. 49.

³⁶ IRVING, ebenda, S. 29.

³⁷ UNRUH, aaO. (Anm. 27), S. 117 ff.

³⁸ Frieser, aaO. (Anm. 30), Bd. 8, S. 493 ff.

schen Verträge im August/September 1939 ein grundsätzliches Verbot der Nachrichtengewinnung über die Sowjetunion erlassen.³⁹

Londons Hoffnung, so hatte HITLER am 31. März 1941 der Heeresführung mitgeteilt, baue allein auf Rußland und Amerika. Falle Rußland, entfalle auch Amerika. Das damit gestärkte Japan werde die USA neutralisieren, weshalb ihr Kriegseintritt nicht zu befürchten sei. Deshalb gelte es, Rußland zu schlagen. Mit seinemletzten Festlandsdegen sei auch Großbritannien erledigt, es werde Frieden schließen, und Amerika werde sich damit abfinden müssen.⁴⁰

Nun war es gekommen, wie schon MOLTKE erklärt hatte, keiner vermag beim Schachspiel, mehr als drei Züge voraus zu denken. Es war alles anders gekommen: Rußland war nicht zerbrochen, England hatte nicht um Frieden gebeten und Japan die USA nicht neutralisiert. Die Rechnung mit zu vielen Unbekannten war einfach nicht aufgegangen. Spätestens im Herbst 1943 aber zeigte es sich: Das Unternehmen Barbarossak war eine der grandiosesten Fehlkalkulationen der Weltgeschichte. Die erhoffte Siegeschance im Osten war nicht zu verwirklichen – auch dann nicht, wenn sich HITLER dazu verstanden hätte, eine russische Gegenregierung zu bilden. Millionen Russen, denen das STALIN-Regime zutiefst verhaßt war, hatten vergeblich darauf gehofft. Bald würde es auch für die Rettung des Reiches zu spät sein, wenn die Abwehr der Invasion im Westen mißlang.

Im Mythos von der germanischen Götterdämmerung, den HITLER des öfteren beschwor, bewährte sich der Held im furchtlosen Kampf mit der feindlichen Übermacht. Daraus erwuchs ihm die heroische Haltung, auf verlorenem Posten zu kämpfen. Adel und Größe solchen Heldentums gehörten sozusagen zur Kleiderordnung unserer Vorfahren. Aber beanspruchte diese Haltung auch im 20. Jahrhundert noch Geltung? Immerhin, die deutsche Wehrmacht hat es wahr gemacht. Sie hat sechs Jahre lang gegen eine Übermacht von Feinden an allen Fronten bis zur letzten Minute Heldenhaftes geleistet.

Der Zeithistorie aber sollte es ein Nachdenken wert sein, warum HIT-LER eher bereit war, den Genozid des deutschen Volkes in Kauf zu nehmen, als mit STALIN Frieden zu schließen. Bis zuletzt war es HITLERs unumstößliche Überzeugung, daß mit STALIN ein Frieden nicht zu haben war (so der damalige Staatssekretär Dr. Werner NAUMANN zum Autor dieser Zeilen). Und darin sollte HITLER übers Grab hinaus Recht behalten.

Als sich nach 1945 erwies, daß die sowjetische Bedrohung selbst vor den früheren Bundesgenossen nicht Halt machte, begann sich diese Erkenntnis weltweit durchzusetzen. Die Folgen davon waren die Gründung der NATO, die deutsche Wiederbewaffnung und der fünfzig Jahre dauernde Kalte Krieg – diesmal auf globaler Ebene.

Andreas Naumann

39 Ernst KLINK, »Die militärische Konzeption des Krieges gegen die SU«, in: Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg, Bd, 4, S. 288, sowie die darin angegebenen Quellen. 40 Vgl. Andreas NAUMANN, aaO. (Anm. 3), S. 138 ff.

Berija gibt sowjetischen Angriffstermin an

¹ Viktor Stworow, Der Eisbrecher. Hitler in Stalins Kalkül, Klett-Cotta, Stuttgart ²1989. ² Rolf-Dieter MÜLLER, »Der andere Holocaust«, in: Die Zeit, 1. 7. 1988; Wolfram WETTE, »Verteidigungslügen«, in: Die Zeit, 8. 7. 1988.



Hans FRITZSCHE.



Lawrentij Berija.

Seit Mitte der achtziger Jahre ist der Präventivkriegscharakter des Ostfeldzuges von 1941 überzeugend nachgewiesen.¹ Auch Gegendarstellungen wie in der Zeit vom 1. und 8. Juli 1988,² in denen versucht wurde, die alte Umerziehungslegende vom deutschen ›Überfall auf die friedliebende Sowjetunion‹ aufzuwärmen, konnten daran schließlich nichts mehr ändern. Weil aber immer noch in den Massenmedien versucht wird, das alte, von Stalin geschaffene Bild vom Überfall auf Rußland zu verbreiten, sei eine weitere wichtige Aussage angeführt.

Der den Herausgebern persönlich gut bekannte Professor Werner Georg HAVERBECK aus Vlotho hat mit Datum vom 17. Juni 1991 eine Eidesstattliche Erklärung mit folgendem Wortlaut abgegeben.

»Der Unterzeichnete sieht sich veranlaßt, folgenden Vorgang im Zusammenhang mit der 50. Wiederkehr des Beginnes des Rußland-Feldzuges zur Kenntnis zu geben:

Der Unterzeichnete war als Student aktiv im Werein Deutscher Studenten (ab 1929). Der gleichen damals allgemein anerkannten Korporation gehörte als Alter Herre Dr. Hans Fritzsche an. Wir lernten uns kennen und freundeten uns an. Auch nachdem Dr. Fritzsche zuletzt Sprecher der Deutschen Reichsregierung geworden war, sahen wir uns wiederholt. Als ich Hans Fritzsche im Jahr 1949 in seiner Kölner Wohnung besuchte, nachdem er vom IMT freigesprochen worden war und eine anschließende deutsche Lagerhaft von zwei Jahren durchgestanden hatte, sprach er selbstverständlich über sein Schicksal.

Hans Fritzsche berichtete mir folgendes: Nach dem Tode Hitlers leitete er Kapitulationsverhandlungen beim sowjetischen Kampfkommandanten in Berlin ein, um weiteres Blutvergießen zu ersparen. Nachdem die Kapitulation vollzogen war, wurde er verhaftet und nach Moskau gebracht und in der Lubjanka in Gewahrsam genommen, teilweise in einer Stehzelle. In einer Nacht – es ist mir nicht erinnerlich die Länge der vorausgegangenen Haftzeit – wurde er unvermutet zu Berija gebracht, dessen ehemalige bedeutende Funktion als bekannt vorausgesetzt werden kann. Berija empfing Fritzsche freundlich, servierte ihm Tee und Zigaretten und versuchte, im Gespräch wichtige Mitteilungen aus F. herauszuholen. In einer Gesprächspause erlaubte sich Fritzsche die Bemerkung: Darf ich Sie nun auch etwas fragen, Herr Berija? Berija bejahte, und Hans Fritzsche stellte die Frage: Wann hätten Sie den Krieg begonnen? Die Antwort kam sofort: Spätestens im Winter 1941!

FRITZSCHE erzählte mir, wie es ihm bei dieser Aussage eiskalt den Rükken hinuntergelaufen sei. Ihm war blitzartig klar: Jetzt wirst du nie mehr

Berija gibt sowjetischen Angriffstermin an

als Geheimnisträger eines solchen Zugeständnisses hier herauskommen – entweder bleibst Du lebenslänglich oder wirst umgebracht. Der Grund des Eingeständnisses von Berija blieb für uns rätselhaft. Fritzsche meinte, daß es für die »Verbündeten« der Sowjetunion als vorteilhaft empfunden werden konnte, »das Gesetz des Handelns« sich selbst zuzuschreiben.

Ich versichere hiermit an Eides statt, diesen Vorgang nach bestem Wissen und Gewissen dargestellt zu haben. An der Wahrhaftigkeit der Aussage von Hans Fritzsche einem Freunde gegenüber besteht für mich nicht der geringste Zweifel.

Vlotho, den 17. Juni 1991, Werner Georg HAVERBECK«

Rolf Kosiek



Werner Georg HAVERBECK.

»Hans Fritzsche, der Rundfunkkommentator aus Hitlers Propagandaministerium, hat während des Nürnberger Kriegsverbrecherprozesses den Vernehmungsbeamten - und später auch in einem Buch – einen detaillierten Bericht gegeben, wie es dazu kam, daß er 1945 in der Moskauer Ljubjanka, ohne ein einziges Mal körperlich mißhandelt worden zu sein, schließlich ein hanebüchenes Geständnis unterschrieb.

Man setzte Fritzsche wochenlang bei kärglicher Kost in eine fensterlose, nur einen Quadratmeter große, aber zwei Stockwerk hohe Zelle. Er konnte nur stehen oder hocken. Man verhörte ihn nächtelang, ohne ihm Zeit zum Ausruhen oder Schlafen zu geben. Man zermürbte Körper und Geist durch Hunger, Schlaflosigkeit und unendliche Diskussionen um Schuld und Sühne. Ein ausgeklügelter Vernichtungsfeldzug gegen den eigenen Willen des Delinquenten rollte ab, an dessen Ende das gequälte, halbirre Hirn nur noch den einen dumpfen Wunsch empfand: diesem Martyrium ein Ende zu machen. Vernehmer, Wachbeamte, Zellenschließer, alle waren Ingenieure des großen Plans, das geistige Kontrollsystem des Angeklagten genau soweit außer Betrieb zu setzen, daß der Delinquent nur noch das zu produzieren vermochte, was die Seeleningenieure aus ihm herauspressen wollten: das Geständnis.

Es gibt keinen Grund, an Fritzsches Bericht zu zweifeln. Fragwürdig ist allerdings die These, daß sein Fall allgemeingültig sei und daß er aus seinem Fall ein Musterbeispiel sowjetischer Geständniserpressung überhaupt macht. Als hätte es immer nur die Methode Fritzsche gegeben! Fritzsches Darstellung scheint alle anderen Berichte aus der Ljubjanka, die ebensoviel Anspruch auf Glaubwürdigkeit haben, als unwahr abzustempeln. Das ist das Verhängnisvolle an Fritzsches Bericht. Er macht aus einer Methode einen Mythos – ein Fehler, der emotionellen Antibolschewisten, die ihre totalitäre Heimat verloren haben, eigen ist.«

In seiner Ausgabe 2, 1957, berichtete *Der Spiegel* über Hans FRITZSCHES Aufenthalt in der Lubjanka. Es sei aus diesem *Spiegel*-Artikel zitiert.

Der Kommissar-Befehl wurde meist nicht befolgt

1 Rolf Kosiek u. Olaf Rose (Hg.), Der Große Wendig, Grabert, Tübingen Bd. 1, 62014, S. 761-767.

² Aus Brief vom 10. 8. 1991 des Werner EBELING an Dr. med. Hermann Ka-Kopie vor).

An anderem Ort1 ist über die Anwendung des von HITLER für den Ostfeldzug befohlenen, jedoch kriegsrechtlich abzulehnenden Kommissar-Befehls mit Aussagen mehrerer deutscher Heerführer nachgewiesen worden, daß er weithin entweder nicht weitergegeben oder von der Truppe nicht angewandt wurde. Der Befehl wurde dann auch später zurückgezogen.

Es gibt glaubwürdige Erklärungen auch aus den unteren Befehlsebenen des Ostfrontheeres, daß diesem Führerbefehl bei der Truppe nicht nachgekommen wurde.

Ein Beispiel ist ein Brief des Generalmajors a. D. Werner EBELING, Träger des Eichenlaubs zum Ritterkreuz und Regimentskommandeur in TER, Hameln (liegt in der 58. Infanterie-Division an der Ostfront. Er schrieb am 10. August 1991 kurz, aber eindeutig:²



Ein Politkommissar übergibt einem Rotarmisten und einem Matrosen Parteidokumente. Ebenso wie die Politruks spielten die Politkommissare eine gewichtige Rolle innerhalb der Roten Armee.

»Kommissar-Befehl: Ich weiß aus persönlichem Erleben mit Sicherheit, daß der Kommissar-Befehl von der Div. ignoriert worden ist. Die Truppe (die ja schon bei der Gefangennahme Kommissare von Truppenoffizieren trennen sollte) hat keinen Unterschied zwischen Polit-Offz. und Truppenoffz. gemacht, sie nicht getrennt, sondern als Gefangene nach hinten schaffen lassen. Ich habe, was mir mit Sicherheit nicht verborgen geblieben wäre, nie von einer Erschießung eines Kommissars bei der Truppe noch bei der Div. gehört. Ich habe während des ganzen Rußlandfeldzuges nicht eine einzige Greuel- oder Schandtat der Regimen-

ter meiner Div. erlebt. Wir haben russ. Verwundete versorgt. Landeseinwohnern geholfen und im Winter ernährt und alles getan, ihr Schicksal nicht noch schwerer zu machen. Auch von unseren zahlreichen Nachbardiv. habe ich nichts anderes gehört.«

Dieser Erklärung aus der Praxis der Truppe darf wohl vertraut werden. Daß in der Öffentlichkeit der Kommissar-Befehl als Beispiel für den angeblichen ›Vernichtungskriege der deutschen Wehrmacht gegen die Russen im Osten immer wieder herangezogen wird, ist bedauerlich und bedeutet eine Geschichtsfälschung zu Lasten der Deutschen.

Rolf Kosiek

Warum Leningrad im September 1941 nicht eingenommen werden durfte

Am 12. Juli 1941 ereignete sich in Strugi Krasne, einer Stadt weit im Bereich der deutschen Heeresgruppe Nord hinter der Front gelegen, eine geheimnisvolle Explosion, und zwar in einem von deutschen Truppen des LVI. Panzerkorps (General von Manstein) belegten Gebäude. Mehrere höhere Offiziere und Soldaten fanden dabei den Tod. Die Untersuchungskommission konnte sich diesen Vorfall nur durch zufälliges Hochgehen der mutmaßlichen kellergelagerten sowjetischen Beutemunition erklären.

Was jedoch als »nicht seltener Unglücksfall« zu den Akten gelegt wurde, war in Wirklichkeit der erste Kampfeinsatz in der Kriegsgeschichte mit einer per Funk ferngezündeten Sprengladung. 1 Russische Pioniere einer Spezialeinheit der Heeresgruppe Nordfront hatten eine Woche vor der deutschen Besetzung während der Räumung der Stadt Strugi Krasne drei Fernspreng-Zündladungen von je 250 kg gelegt, die man mit den neuesten, streng gerichteten F-10-Funkanlagen zur Explosion bringen konnte. Auch in anderen Orten, besonders in Großstädten, die bereits weit im deutschen Hinterland lagen, ereigneten sich danach zunächst unerklärliche Minenexplosionen, bei denen wichtige Gebäude völlig zerstört wurden - meistens immer in dem Augenblick, da das Gebäude mit hohen deutschen Offizieren belegt war. Nach der Besetzung Kiews durch die Wehrmacht hatten die Russen ganze Wohnblocks durch Fernzündung in die Luft gejagt, wobei die Hauptstraße völlig ausbrannte. Einer derartigen Fernzündungs-Großmine fielen in Charkow auch ein Vetter des bekannten Raketenkonstrukteurs Wernher von Braun, General Georg von Braun, Kommandeur der 68. I.D., und weitere Offiziere zum Opfer. Es war das Quartier, in dem der spätere Staatschef Chruschtschow als Kriegsrat vor der Aufgabe der Stadt gewohnt hatte. Mit seiner Genehmigung war die Fernmine noch während seines Aufenthalts eingebaut worden.

Wir wissen heute, daß derartige außergewöhnliche Kampfmaßnahmen auf Hitler großen Eindruck machten und er geneigt war, sie zu überschätzen. Hitler verglich diese Aktionen mit dem Brand von Moskau, durch den Napoleons Katastrophe in Rußland ausgelöst wurde. Natürlich wollte er diese Gefahr für Deutschland vermeiden.

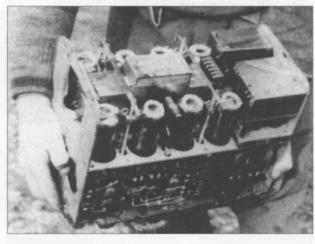
Schließlich entdeckte man, daß es sich hier um keinen Zufall, sondern um eine tückische neue Waffe handelte, die mit normalen Mitteln nicht entschärfbar war. Technisch war die F-10 eine totale Überraschung. Zunächst wurde vermutet, das Gerät komme aus Amerika.²

¹ Paul CARELL, Verbrannte Erde. Die Schlacht zwischen Wolga und Weichsel, Ullstein, Berlin 1966, S. 184–188.

² Horst Rieben-Stahl, *Deutsche Pioniere im Einsatz*, Dörfler-Nebel, Utting 2001, S. 176–180.

Warum Leningrad nicht eingenommen werden durfte





Russischer 8-Röhren-Funkempfänger für Minen-Fernzündung über mehrere hundert Kilometer. Abb aus: RIEBENSTAHL, aaO. (Anm. 2).

Wasserdichter Gummisack mit 5 Zündleitungen und bereits ausgebautem Funkempfänger (links) und Batterie mit Stromkabel (rechts). Sackverschluß mit Zugzünder zusätzlich gesichert.

Die interne russische Bezeichnung der mit Funkfernsteuerung gezündeten Großminen war ein F-10-Gerät. 25 kg Holzkästen, gefüllt mit kleinen Sprengstoffbeuteln, waren in den Fundamenten der Häuser an mindestens drei Stellen verbunden, mit Suchzünder gegen Ausbau gesichert. Bei Ladungen in Säkken war der Zünder im Verschluß versteckt. Bis zu 1000 kg konnte eine solche F-10 enthalten. Das Herz der neuen Waffe war ein 8 Röhren-Funkempfänger mit eingebauter elektrischer Schaltuhr zum minimalen Stromverbrauch und einer 12-Volt Batterie als Stromquelle. Das Ganze war in einem wasserdichten Gummisack verpackt, der ebenfalls mit einer Zugsicherung gegen Ausbau gesichert war.

Zum Empfang des Zündsignals war eine 20 bis 30 m lange Drahtantenne restlos unter dem Straßenbelag verlegt, im Gebäude unter Putz oder Fliesen. Diese Antenne war immer der Hinweis auf die ferngesteuerte Großmine.

Um das F-10-Gerät mindestens drei Monate empfangsbereit zu halten, schaltete die elektrische Uhr den Funkempfänger alle drei Minuten für rund 8 Sekunden auf Empfang. Jeder Empfänger war mit der Stimmgabel auf eine bestimmte Tonlänge und Tonhöhe zur separaten Zündung abgestimmt. Das Zündgerät blieb etwa drei Monate betriebsbereit. Die Antenne des auf Langwellen-Funksignal arbeitenden Gerätes war immer der Hinweis auf die ferngesteuerte Großmine. Beim Ausgraben wurde dieses Stück für Stück sofort gekürzt, um dadurch den Empfang des Zündsignals zu schwächen. Oft kamen Hinweise auf die Antenne auch von der verängstigten Zivilbevölkerung, der die Bautätigkeit nicht verborgen geblieben war. Die F-10 erzeugte große Verluste gerade unter den Offizieren der deutschen Wehrmacht, und nach den ersten bekannten Vorfällen begann man, mit größtem Eifer in besetzten Gebäuden

Warum Leningrad nicht eingenommen werden durfte

nach verborgenen Sprengladungen zu suchen. Die Entdeckung einer Antenne war geeignet, Panik unter der Zivilbevölkerung, aber auch unter den deutschen Soldaten auszulösen, die sich in den betreffenden Gegenden aufhielten.

Die Ladung wurde mit einem tonmodellierten Signal auf Langwellenfrequenzen ausgelöst, nachdem ein in der Nähe befindlicher sowjetischer Funkagent die Belegung des Gebäudes an seine Führungsstelle gemeldet hatte. Es erwies sich als problematisch auf deutscher Seite, die tonmodellierten Signalfolgen im Bereich von 200–1200 Kilohertz (KHZ) auszuschalten, da die Tonauslösungsfrequenzen und Tonfolgen variierten. Um die Ladung durch eigene Signale nicht vorzeitig auszulösen, sondern die Auslösung durch die sowjetische Seite (in einem Fall durch Nikita Chruschtschow, siehe unten, persönlich) zu verhindern, blieb nur der rechtzeitige Ausbau oder der Versuch mit Störsendern.

Die F-10-Funkgroßmine war auch einer der Hauptgründe, war um HIT-LER Leningrad nicht von deutschen Truppen besetzen, sondern nur belagern ließ, und im Falle der erhofften Einnahme von Moskau den deutschen Truppen verbat, die sowjetische Hauptstadt zu betreten.

Hitler hatten hier genaue Informationen vor allem des finnischen Geheimdienstes vorgelegen, die über sowjetische Vorbereitungen zur systematischen Fernsprengung der Stadt Leningrad berichteten. Da gegen diese unheimliche Vernichtungswaffe kein Gegenmittel zur Verfügung stand, war der Verzicht auf die leicht mögliche Einnahme Leningrads am 24. September 1941 nur folgerichtig. Die Einnahme der Stadt wäre nur noch eine Frage von Tagen gewesen. So mußte eine ganze deutsche Armee als

Wachposten vor einer einzigen Stadt liegen bleiben, die für die Sprengung aller wichtigen Gebäude, Brücken, Unterführungen und Bahnhöfe vorbereitet war. HITLERS Haltebefehl vor Leningrad wird in seinen Auswirkungen gern mit jenem Fehlentscheid des Stopps der deutschen Panzer vor Dünkirchen im Mai 1940 verglichen, der die englische Armee rettete.

Tatsächlich hätte die F-10 für die Deutschen keinen Schrecken zu besitzen brauchen!

So waren bestimmten hohen deutschen Offizieren die sowjetischen Vorbereitungen beim Ein-

Im belagerten Leningrad starben Tausende an Hungerkrankheiten und Typhus. Ihre Leichen wurden oft von Familienangehörigen zum Newa-Ufer gebracht, damit sie bei Tauwetter versanken. Die in dieser Richtigstellung vorgebrachten Gründe für die Nichteinnahme der Stadt lassen die von der offiziellen Geschichtsschreibung als Kriegsverbrechen bewertete Belagerung Leningrads durch die deutsche Heeresgruppe Nord und finnische Truppen in einem ganz anderen Licht erscheinen. Abbildung aus: Hellmuth Günther DAHMS. Der Zweite Weltkrieg in Text und Bild, München 51995.

Warum Leningrad nicht eingenommen werden durfte

³ Günther K. WEISSE, Geheime Nachrichtendienste und Funkaufklärung im Zweiten Weltkrieg, Ares, Graz 2009, S. 377 f. satz der F-10 durch Mitteilung von finnischer Seite schon seit langem bekannt. Aus »Gründen der Geheimhaltung« wurde jedoch unterlassen, die Funkaufklärung an der Front über die Gefährdung zu informieren.³

Später wurden weder die den hohen deutschen Offizieren bekannten Funkfrequenzen noch die zwischenzeitlich als Antwort entwickelten deutschen Tongeneratoren an die Fronttruppe weitergegeben. Auch sonst wurden höheren Ortes keine Folgerungen aus dem Auftreten des sowje-

tischen Sonderfunkverkehrs zur Auslösung derartiger Ladungen gezogen. Dem Vorschlag, feste Aufklärungsstellen der Funkaufklärung mit Erfassung derartiger Funkverkehre zu beauftragen, wurde genauso wenig gefolgt. Dieses merkwürdige Versäumnis beeinflußte neben großen Verlusten auch strategische Entscheidungen der obersten deutschen Führung.

Später gelang es, einen der F-10-Fernzünder in unbeschädigtem Zustand zu berzünder in unbeschädigtem Zustand zu ber-

Später gelang es, einen der F-10-Fernzünder in unbeschädigtem Zustand zu bergen. Eine Sondereinheit der deutschen Pioniertruppe wurde nun im Herbst 1941 beim Pionier-Wehrbataillon z.b.V. in Höxter/Weser aufgestellt. Diese kleine Spezialtruppe kam, in drei Zügen zu je einem Offizier, vier Unteroffizieren und 40 Mann aufgeteilt, jeweils bei der Heeresgruppe Nord, der Heeresgruppe Süd und in Stalingrad zum Einsatz.

Als es dann ab 1943 an der Ostfront bei der deutschen Wehrmacht nur noch rückwärts ging, verlor die F-10 ihre Bedeutung.

Vergessen hatte man die inzwischen gründlich studierte sowjetische Höllenmaschine nicht. So nahm SS-Obersturmbann-

führer Skorzeny die leidvollen Erfahrungen der Wehrmacht mit der F-10 zum Anlaß, nun deutscherseits den Einsatz ähnlicher Waffen bei der Abwehr der alliierten Invasion in Frankreich 1944 vorzusehen.

Dabei sollten die Radiominen nicht nur per Funksignal, sondern auch durch Flugzeuge gezündet werden können. Dies ist ein Hinweis, daß man die F-10 auf deutscher Seite weiterentwickelt hatte. Die Westalliierten konnten von Glück sagen, daß ihnen wohlgesonnene hohe deutsche Offiziere bei der Heeresgruppe ROMMEL die Verwendung der Radiogroßmine aus fadenscheinigen Gründen verboten. Friedrich Georg



Zugzünder sind bereits entschärft. 25 kg-Sprengstoffkisten werden hier unter einem öffentlichen Großgebäude ausgebaut. Abb aus: RIEBENSTAHL, aaO. (Anm. 2).

Entzauberung der sowjetischen Partisanen

Für die Nachkriegszeit bis in die Gegenwart blieb der Kampf der sowjetischen Partisanen ab 1941, auch im Westen, ein weit verbreiteter Mythos und Bestandteil des von Stalin ausgerufenen Großen Vaterländischen Kriegess. Doch in Wirklichkeit war die Geschichte ganz anders, wie der deutsch-polnische Historiker Bogdan Musial aufdeckte. Er entzaubert den Mythos vom heldenhaften Volkskrieg, indem er die Partisanen selbst zu Wort kommen läßt.«²

Die deutsche Wehrmacht kam 1941 in ein von dem jahrzehntelangen Terror Stalins und seines Geheimdienstes bereits verwüstetes und unterdrücktes Land. Die deutschen Soldaten wurden als Befreier empfangen, und entsprechend gut arbeiteten, nachdem die kommunistischen Funktionäre geflohen waren, die russischen Stellen mit den Besatzern zusammen. Vereinzelte Partisanengruppen in den Wäldern hatten sich aus geflohenen oder den Deutschen entkommenen Sowjetsoldaten gebildet: »Partisanen wider Willen«.² Sie hatten keine Bedeutung.

Erst in der ersten Hälfte des Jahres 1942 begann ein wirklicher Partisanenkrieg, der 1943 auf seinen Höhepunkt gelangte. Denn nach ihrer Frühjahrsoffensive ab Januar 1942 konnte die Rote Armee ihre Front um mehrere hundert Kilometer nach Westen verschieben und Verbindung zu den Partisanen im deutschen Bereich herstellen. Hinzu kam, daß die Deutschen gegen die Partisanen stärker und gewaltsamer vorgin-



¹ Bogdan Musial, Sowjetische Partisanen 1941–1944. Mythos und Wirklichkeit, Schöningh, Paderborn 2009.

² Reiner POMMERIN, »Orgie hemmungsloser Gewalt«, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 8. 10. 2009. S. 7.



Partisanen in der Weißrussischen SSR im Polazker Gebiet 1943.

Entzauberung der sowjetischen Parrtisanen

gen und dieser durch die Barbarei der Partisanen erzeugte Terror auch Unschuldige traf. Dabei zeigte sich, daß die Deutschen diesen grausamen und hinterhältigen Krieg nicht gewinnen konnten. Ferner setzten



Sowjetische Partisanen bei der Übernahme eines Dorfes.
Bogdan Musial hat den Mythos vom heldenhaften sowjetischen Volkskrieg entzaubert.

die Transporte teilweise gezwungener russischer Arbeitskräfte nach Deutschland ein, was eine Erbitterung unter der russischen Bevölkerung auslöste. Nach Stalingrad mußten die Russen auch damit rechnen, daß die Deutschen auf die Dauer wieder vertrieben wurden und die Heimat erneut unter bolschewistische Herrschaft der Sowjets kam, die für Kollaborateure keine Gnade kannten.

So wurde die einheimische Bevölkerung gezwungen, sich mit den Partisanen einzulassen, die anderenfalls ihre Dör-

fer verwüsteten und deren Einwohner ohne Skrupel ermordeten. Die meisten Partisanen waren so mangels einer aussichtsreichen Alternative zu diesem Dienst gezwungen. Es lag kein patriotischer Einsatz vor, kein Heldentum, das später so verherrlicht wurde.

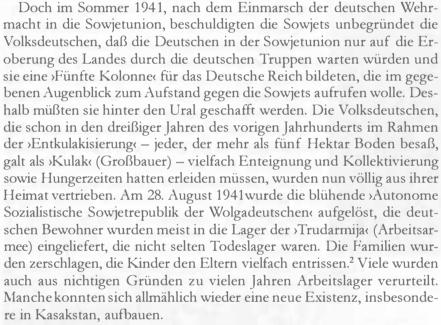
»Musial beschreibt den Partisanenkrieg als eine Orgie hemmungsloser Gewalt, in der die Grenzen zwischen Freund und Feind verwischt wurden.«² Dem seien auch viele Juden als ›Spione‹ der Deutschen zum Opfer gefallen. So grausam und hinterhältig die Partisanen gegen die deutschen Soldaten vorgingen, so brutal behandelten sie auch ihre eigenen Landsleute, wozu Stalin ausdrücklich aufgerufen hatte. Es ging den russischen Zivilisten, die zu Partisanen wurden, nur noch ums Überleben zwischen den Fronten.

Kriegsentscheidend waren die völkerrechtswidrig vorgehenden sowjetischen Partisanen nicht, wenn ihnen auch viele deutsche Soldaten zum Opfer fielen und manche Versorgungstransporte von ihnen vernichtet wurden. Die Zahl von ihnen getöteter Deutscher soll aber wesentlich niedriger sein als die manchmal angegebenen 500 000 Opfer.

Rolf Kosiek

Das Schicksal der Wolgadeutschen

Seit dem achtzehnten Jahrhundert, besonders unter der Regierung der deutschen Zarin Katharina II. (1762–1796) ab 1762, sind rund 100 000 Deutsche nach Rußland ausgewandert, nicht zuletzt durch die Versprechungen der russischen Regierungen von Land und Freiheit angelockt. Sie haben an der Wolga und um die Krim herum die Steppe kultiviert und Gebiete blühender bäuerlicher Strukturen geschaffen.¹ Durch ihre herausragende Fruchtbarkeit haben sie viele Ableger-Dörfer gründen können. Um 1914 lebten etwa 1,7 Millionen Volksdeutsche in Rußland. Sie waren im Ersten Weltkrieg loyale Staatsbürger und wären das auch im Zweiten Weltkrieg gewesen.



Doch es gab 1941 keine Fünfte Kolonne und keine Vorbereitungen zum Aufstand in der Wolgarepublik oder in den anderen Gebieten mit starker deutscher Minderheit. Dennoch wurden die Vorwürfe aufrecht gehalten, und die äußerst brutalen Verschleppungen von Millionen Volksdeutscher begannen. Mehr als 300000 Menschen starben dabei.³

Grundlage zur Vertreibung der Wolgadeutschen aus ihrer Jahrhunderte alten Heimat war ein falsche Tatsachen vorbringender Erlaß des Kremls, der folgenden Wortlaut hatte:⁴



Wappen, Wolgadeutsche Republik.

Das Schicksal der Wolgadeutschen

»Erlaß des Präsidiums des Obersten Sowjets der Union der SSR Über die Übersiedlung der Deutschen, die in den Wolgarayons wohnen:

Laut genauen Angaben, die die Militärbehörden erhalten haben, befinden sich unter der in den Wolgarayons wohnenden deutschen Bevölkerung Tausende und Abertausende Diversanten und Spione, die nach dem aus Deutschland gegebenen Signal Explosionen in den von den Wolgadeutschen besiedelten Rayons hervorrufen sollen. Über das Vorhandensein einer solch großen Anzahl von Diversanten und Spionen unter den Wolgadeutschen hat keiner der Deutschen, die in den Wolgarayons wohnen, die Sowjetbehörden in Kenntnis gesetzt, folglich verheimlicht die deutsche Bevölkerung der Wolgarayons die Anwesenheit in ihrer Mitte der Feinde des Sowjetvolkes und der Sowjetmacht.

Denkmal zur Auswanderung der Wolgadeutschen im 18. Jahrhundert aus Hessen in Biebrich, Wiesbaden. Eingeweiht am 28. August 2011.



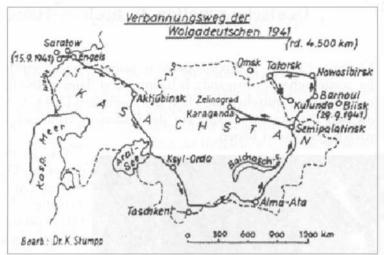
Falls aber auf Anweisung aus Deutschland die deutschen Diversanten und Spione in der Republik der Wolgadeutschen oder in den angrenzenden Rayons Diversionsakte ausführen werden und Blut vergossen wird, wird die Sowjetregierung laut den Gesetzen der Kriegszeit vor die Notwendigkeit gestellt, Strafmaßnahmen gegenüber der gesamten deutschen Wolgabevölkerung zu ergreifen.

Zwecks Vorbeugung dieser unerwünschten Erscheinungen und um kein ernstes Blutvergießen zuzulassen, hat das Präsidium des Obersten Sowjets der UdSSR es für notwendig gefunden, die gesamte deutsche in den Wolgarayons wohnende Bevölkerung in andere Rayons zu übersiedeln, wobei den Überzusiedelnden Land zuzuteilen und eine staatliche Hilfe für die Einrichtung in den neuen Rayons zu erweisen ist.

Der Oberste Sowjet faßt den Beschluß zur Zwangsumsiedlung der Wolgadeutschen in der UdSSR.



Das Schicksal der Wolgadeutschen



Im August 1941 wurde durch einen Erlaß des Obersten Sowiets der UdSSR (Ȇber die Umsiedlung der in den Rajons der Powolschie lebenden Deutschen vom 28. August 1941«) die gesamte deutsche Bevölkerung der Kollaboration für schuldig befunden. Hier: Verbannungsweg der Wolgadeutschen 1941.

Zwecks Ansiedlung sind die an Ackerland reichen Rayons des Nowosibirsker und Omsker Gebiets, des Altaigaus, Kasachstans und andere Nachbarortschaften bestimmt.

In Übereinstimmung mit diesem wurde dem Staatlichen Komitee für Landesverteidigung vorgeschlagen, die Übersiedlung der gesamten Wolgadeutschen unverzüglich auszuführen und die überzusiedelnden Wolgadeutschen mit Land und Nutzländerein in den neuen Rayons sicherzustellen.

Vorsitzender des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR M. KALININ.

Sekretär des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR A. GORKIN. Moskau, Kreml.«

Erst nach Stalins Tode wurde um 1965 ein Teil der überlebenden Verschleppten rehabilitiert. Sie konnten dann – allerdings oft erst nach jahrelangen Bemühungen und Aufgabe ihres neu erworbenen Eigentums – nach dem Westen ausreisen.

Rolf Kosiek

¹ Rolf Kosiek, Jenseits der Grenzen. 1000 Jahre Volks- und Auslandsdeutsche, Grabert, Tübingen 1987, S. 77 f.

² Georg Hildebrandt, Wieso lebst du noch? Ein Deutscher im GULag, Abend, Stuttgart 1990; Alexander Solschenizyn, Archipel GULag, 2 Bde., Scherz, Bern 1974.

³ Kosiek, aaO. (Anm. 1), S. 186.

⁴ Text nach der Ausgabe der *Nachrichten*, des Organs des Gebietskomitees der KPdSU(B), der ASSRdWD, des Stadtkomitees der KPdSU (B) und des Stadtsowjets der Deputierten der Werktätigen von Engels vom Sonnabend, dem 30. August 1941, Seite 1.

Deutsche erhalten Tschechow-Haus

Die weiße Datscha, Tschechow-Museum, Jalta. Wie beim Fall des Tolstoi-Hauses¹ in Jasnaja Poljana wurde auch von der sowjetischen Propaganda behauptet und dann weltweit übernommen, daß die Deutschen das Haus des russischen Dichters Anton Pawlowitsch Tschechow bei Jalta auf der Halbinsel Krim nach ihrem Einmarsch geschändet hätten.



Das ist nicht wahr. genau das Gegenteil ist richtig. Die deutschen Truppen haben das Haus und sein Museum in Ehren gehalten und es beschützt. Das kam spätestens heraus, als im Frühighr 1993 im Tschechow-Museum eine Ausstellung »Der unbekannte deutsche Soldat« gezeigt wurde. Dazu schrieb ein sowietischer Kriegsveteran, der Major a. D. Michail OZERANER, daß in dem Museum vor allem an das kulturbewußte Handeln des deutschen Ma-

¹ Rolf Kosiek u. Olaf Rose, (Hg.) Der Große Wendig, Bd. 2, Grabert, Tübingen ⁵2012, S. 275 ff.

² Deutsche National-Zeitung, 3. 12. 1993.

³ Zitiert in: Bernhard STEIDLE (Hg.), Verheimlichte Dokumente, FZ, München 1995, Bd. 2, S. 30 f.

jors Eberhard Baake von der 72. Infanteriedivision erinnert und der deutsche Offizier, der 1944 als Oberstleutnant an der Front fiel, geehrt worden sei.² Dieser habe nach der Eroberung von Jalta auf der Krim im November 1941 mit der Umgebung des Dichter-Hauses es unter seine Obhut genommen und dafür gesorgt, daß die Wohnung des großen Russen und das Museum unberührt und gut erhalten blieben. Er habe respektvoll mit der Schwester des Dichters, Pawlowna TSCHECHOWA, zusammengearbeitet. Es sei ihm zu verdanken, daß das Haus durch die Wirren des Krieges erhalten geblieben sei.³

So haben sich auch in diesem Fall des TSCHECHOW-Hauses die Deutschen während des Zweiten Weltkrieges als Kulturbewahrer erwiesen, während die Alliierten durch ihren Bombenterror in barbarischer Weise unzählige Kunstwerke zerstörten.

Rolf Kosiek

Keine deutschen, sondern Stalins Opfer

Jahrzehnte lang wurden nach 1945 die Opfer aus den im westlichen Rußland aufgefundenen Massengräbern den Deutschen angelastet. Doch das traf nicht zu, wie neuere Ermittlungen ergaben. Es waren Opfer des STALINschen Terrors der dreißiger Jahre. Aber bis zu den jüngsten Veröffentlichungen bedienten sich vor allem die deutschen Umerzieher dieser Schuldzuweisungen, schwelgten in ihnen und vergrößerten sie möglichst sogar noch. Erst Ende der achtziger Jahre des vorigen Jahrhunderts kam immer mehr heraus, daß nicht den Deutschen die Schuld am Tode der in zahlreichen Massengräbern aus den dreißiger Jahren gefundenen Leichen in Rußland zukam, sondern STALINS Schergen.

So berichtete die Nachrichtenagentur dpa am 19. März 1989 von Massengräbern bei Kuropaty in Weißrußland. Dort habe Professor Senson POSNJAK, Mitglied der Akademie der Wissenschaften Weißrußlands, im Mahnmal in Kuropaty Sommer 1988 zum ersten Male in der weißrussischen Literaturzeitung geschrieben, was sich um die Massenmorde in der Umgebung auf den zur Perestroika galten Erschießungsstätten des Landes abgespielt habe. »Allein in Kuropaty, so heißt es, seien mehr als 100000 Menschen erschossen worden. Heute schätzt Posnjak ihre Zahl auf 250000. Und er fügt hinzu: Es gibt viele Kuropatys. Es wurden einige Gräber geöffnet. Das Ergebnis anhand der Funde: Zum ersten Male kann niemand mehr behaupten, daß Deut-

sche die Täter waren.« Denn die Erschießungen waren lange vor dem Eintreffen der Deutschen Wehrmacht vorgenommen worden.

Etwa zur selben Zeit berichtete das Nachrichtenbüro Reuters am 26. April 1989 von ähnlichen Entdeckungen in der Ukraine: »In der Nähe der ukrainischen Hauptstadt Kiew sind 200 Leichen ausgegraben worden. Die Moskauer Wochenzeitung Literaturnaja Gaseta berichtete am Mittwoch.

in Weißrußland. Bis die Toten im Wald von Bykiwnja als Opfer der Deutschen. In Wirklichkeit sind sie von den Sowjets ermordet worden.



Keine deutschen, sondern Stalins Opfer

Zehntausende Ukrainer, auch Polen und Juden, wurden nach dem Einmarsch der Roten Armee 1939 in der Westukraine (vor allem in Bykowina bei Kiew) von Mitarbeitern des sowjetischen Geheimdienstes NKWD ermordet. Erst nach 1989 wurden sie exhumiert und bestattet. (Foto: Die Welt, G. GNAUCK)



es handele sich dabei um Opfer der Stalinschen Säuberungen, und nicht, wie die sowjetischen Behörden angegeben hätten, um von deutschen Truppen im Zweiten Weltkrieg Umgebrachte. Die Überreste der Frauen und Männer hätten sich in siebzehn Gruben befunden. Die Schädel zeigten Einschußlöcher. . Die Gesellschaft der Erinnerunge ließ verlauten, es befänden sich bis zu 240 000 Tote in Massengräbern in der Umgebung von Kiew. Alle seien in den späten 30er Jahren vom Sicherheitsdienst NKWD, dem Vorläufer des KGB, hingerichtet worden.«

Im Oktober 1988 vermeldete der Ukrainische Informationsdienst Neues über »die wahren Täter« des »Bykowina-Massakers«: »Es handelt sich um Massengräber von Opfern der Vorgängerorganisation des KBG – des NKWD – bei Bykowina in der Nähe von Kiew. Offiziell wurden diese Massengräber aber den »Nazis« zugeschrieben. Der Ukrainische Kulturologische Klub stellte sich zur Aufgabe, die historische Wahrheit über Bykowina der Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Seine Mitglieder veranlaßten am 16. Juli 1988 eine Ehrung der Opfer, die laut Augenzeugen zwischen 1937 und 1941, vor HITLERS Einmarsch in der Ukraine, im Wald bei Bykowina, erschossen wurden.«

Die Geschichte der deutschen Besatzung Rußlands muß also umgeschrieben werden. Die Sowjets übten schon vor dem Zweiten Weltkrieg ein Terror- und Vernichtungssystem in der Ukraine und in Weißrußland aus, nicht die Deutschen, deren Wehrmacht sich am Völkerrecht ausrichtete und sich tadellos aufführte. Um so gemeiner sind die immer noch von deutschen Politikern und Medien vorgebrachten unberechtigten Vorwürfe gegen die Deutsche Wehrmacht.

Rolf Kosiek

Stalins Brief vom 16. Februar 1943

Bei den Beurteilungen STALINS wird oft hervorgehoben, daß er es als seine Hauptaufgabe im Zweiten Weltkrieg angesehen habe, die »Nazi-Faschisten« zu vernichten und dann im Verein mit den übrigen Siegern von 1945 den kommenden ewigen Frieden auf Erden zu gestalten.

Das ist aber falsch, wie es besonders deutlich ein Brief Stalins vom 16. Februar 1943 zeigt, der von deutschen Streitkräften unter den Trümmern eines sowjetischen Befehlsbunkers aufgefunden wurde, und zwar unter den Papieren des Kommandeurs der 25. Panzerbrigade, des Obersten Poljakow. Während der überstürzten Flucht hatte der Oberst die Papiere im Stich lassen müssen. Der Brief war an die Oberbefehlshaber der 6. sowjetischen Armee, Generalleutnant Charitonow, den der 2. sowjetischen Armee, Generalleutnant Kusnezow, und an den Oberbefehlshaber der Gruppe Popow gerichtet. Der Text wurde uns von der Zeitgeschichtlichen Forschungsstelle Ingolstadt geliefert.

STALIN unterscheidet in dem Brief drei Etappen des Krieges. Die erste wird von ihm als eine des Rückzuges beschrieben. Die zweite sollte die Vertreibung der Deutschen vom Boden der Sowjetunion bringen. Das sollte im kommenden Herbst (1943) mit dem Winterangriff der Roten Armee durchgeführt werden. Für unsere Frage ist vor allem die Beschreibung der dritten Etappe wichtig, die die weiteren Ziele des Kremlherrschers ankündigte.

In bezug darauf heißt es in Stalins Brief:

»Mögen die bürgerlichen Regierungen der westlichen Demokratien, mit denen wir ein Bündnis geschlossen haben, glauben, daß wir unsere einzige Aufgabe darin sehen, die Faschisten aus unserem Land zu vertreiben. Wir Bolschewisten wissen, und mit uns wissen es alle Bolschewisten der ganzen Welt (wobei STALIN auf die Komintern anspielt, R. K.), daß unsere eigentliche Aufgabe erst beginnen wird, sobald die zweite Etappe dieses Krieges zum Abschluß gelangt ist. Dann wird für uns die dritte, die Etappe der Vernichtung des Kapitals, beginnen. Wir müssen diese Etappe bereits sichern und müssen schon jetzt Maßnahmen ergreifen, um zu verhindern, daß das Weltkapital dieses unser Endziel vorzeitig erkennt. Diese taktischen Maßnahmen werden wir auch dann treffen müssen, wenn sich wider Erwarten die Abwicklung der zweiten Etappe verzögern sollte. Dann nämlich werden wir die Unterstützung unserer jetzigen Verbündeten, insbesondere durch Errichten der zweiten Front, benötigen. Jedes Mißtrauen bei ihnen gegen unsere endgültigen Ziele würde diese Hilfeleistung gefährden. Laßt euch durch diese Maßnahmen nicht beirren, die sowohl bei den breiten Massen der So-



Ziel der Komintern war die Weltrevolution zur Errichtung einer Diktatur des Proletariats, Hier begrüßt das Plakat zum Gründungskongreß (2. März 1919) die Genossen in vielen Sprachen. In der Gründungsdeklaration der UdSSR 1922 hieß es bezeichnenderweise: »Die UdSSR ist nur der erste entschlossene Schritt zur Schaffung einer weltweiten Sozialistischen Sowjetrepublik (WSSR).«

Stalins Brief vom 16. Februar 1943

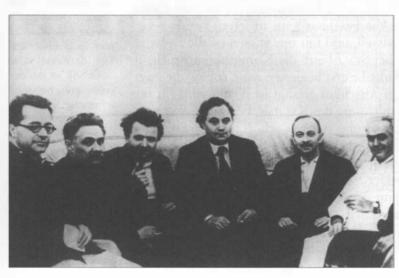


losef Stalin. Genau im Sinne seines Briefes vom 16. Februar 1943 verhielt er sich Japan gegenüber. Er schloß mit diesem 1941 einen Nichtangriffspakt, der ihm den Rücken frei hielt, und erklärte seinem Bündnispartner kurz vor dessen Kapitulation den Krieg, um sich auch hier die Beute zu sichern.

wjetunion als auch des Auslandes den Eindruck erwecken könnten, als seien wir unseren Grundsätzen untreu geworden. Nein, wir sind ihnen nicht untreu und werden ihnen niemals untreu werden. Dessen sollt ihr eingedenk sein, und in diesem Sinne sollt ihr die eurer Führung Anvertrauten lenken. Unser einziges Ziel ist und bleibt die Weltrevolution, die Diktatur des Proletariats in der ganzen Welt, und wie ich meines Schwurs, den ich am Sarge unseres Lehrers LENIN geleistet habe, immer eingedenk sein werde, so dürft auch ihr diesen Schwur nicht vergessen. Denkt immer an die dritte Etappe, die vor uns liegt und die allein für uns entscheidend sein wird. Wir haben Bündnisse geschlossen, weil dies nötig war, um zur dritten Etappe zu gelangen. Doch unsere Wege trennen sich dort, wo unsere jetzigen Verbündeten der Erreichung unseres Endziels im Wege stehen werden. Seid immer dessen eingedenk, daß unser Wahlspruch ist: ›Proletarier aller Länder, vereinigt euch!‹ und unser einziges Ziel: ›Die Weltdiktatur des Proletariats!‹«

Der Inhalt des Briefes beweist eher, daß STALIN die Westmächte als »nützliche Idioten« für seine Ziele mißbrauchen wollte. Er hatte immer das Programm der KPdSU im Auge, die Weltherrschaft des Kommunismus. Diesem öffneten die westlichen Alliierten durch ihre Niederringung des Nationalsozialismus den Weg nach Westen und ließen ihn große Teile Ost- und Mitteleuropas gewinnen. Erst im letzten Augenblick konnte im Kalten Krieg die Gefahr der Eroberung auch Westdeutschlands und Westeuropas beseitigt werden. Fast 50 Jahre Sowjetherrschaft im Ostblock mußten die Länder östlich der Elbe jedoch erdulden, weil die Westalliierten die Sowjetunion vorher so sehr gegen Deutschland unterstützt hatten.

Rolf Kosiek



Um die Westallijerten zu beruhigen, hatte STALIN 1943 die Auflösung der Komintern, der Kommunistischen Internationale, angeordnet. Das Bild zeigt führende Komintern-Angehörige beim 7. Weltkongreß 1935: von links: Palmiro TOGLIATTI, Dimitri MA-NUILSKI, Klement GOTT-WALD, Georgij DIMI-TROFF, Otto KUUSINEN und Wilhelm Pieck.

Opfer des Kommunismus

Während die dem Nationalsozialismus vorgeworfenen Opfer des Zweiten Weltkrieges der Weltöffentlichkeit bekannt sind und oft übertrieben werden, weiß kaum jemand etwas über die Opferzahlen, die auf das Schuldkonto des Kommunismus gehen. Dabei sind diese um ein Vielfaches größer als die den Deutschen zugeschriebenen. Das hängt einmal damit zusammen, daß Stalin im Zweiten Weltkrieg der Bundesgenosse der Westallijerten war, die ihn als solchen nicht verlieren wollten. Daher sahen diese über den ihnen durchaus bekannten Terror im Osten hinweg, unterdrückten dessen Kenntnis¹ oder entschuldigten ihn sogar. Auch der an den Zweiten Weltkrieg anschließende Kalte Krieg änderte daran kaum etwas. Hinzu kommt, daß der Kommunismus seit jeher auf die Intellektuellen des Westens mit ihrem Mangel an Kenntnis der Wirklichkeit eine magische Anziehungskraft ausübte, so daß diese gern über den Massenmord unter STALIN und MAO hinwegsahen. Nur wenige der in den zwanziger und dreißiger Jahren des vorigen Jahrhunderts nach Moskau Emigrierten, die die Säuberungen unter STALIN überlebten, fanden später den Mut, über ihren Jugendirrtum zu schreiben wie Margarete BUBER-NEUMANN²

Für die Zeit bis 1978 gab die Zeitschrift *Ideaspektrum* 1987³ eine Aufstellung des Pariser *Le Figaro* wieder. Danach belaufen sich die Opferzahlen bis zu dem genannten Zeitpunkt auf die folgenden Werte. Da die Angaben wegen des Fehlens genauer Werte nur auf Abschätzungen beruhen, können nur abgerundete Zahlen erscheinen:



¹ Rolf Kosiek u. Olaf Rose (Hg.) Der Große Wendig, Bd. 2, Grabert, Tübingen ⁵2012, »Britischer Aufruf zur Greuelpropaganda«, S. 346 f., insbesondere das HEWETT-Dokument.

² Margarete Buber-Neumann, Als Gefangene bei Stalin und Hitler, Busse u. Seewald, Herford 1968 (Neuauflage 1985, zuerst 1949).

³ Demokratischer Klub Berlin (Hg.), Nr. 90, März 1988, S. 6, »Opfer des Kommunismus«, zitiert von Idea Spektrum. Nachrichten aus der evangelischen Welt, 19. 11. 1987, S. 6.

Ernordete Gefangene im Gefängnis von Viipuri (Wiborg) 1939. Wo auch immer sich die Rote Armee zurückziehen mußte, wurden Gefangene getötet und Angehörige besitzender Klassen erschossen.

Opfer des Kommunismsu

1. Opfer des Kommunismus in der UdSSR 1917–1978	69 700 000
2. Opfer des Kommunismus in China	63 000 000
3. Opfer des Blutbades von Katyn	10000
4. Opfer der Vertreibungen von 1945/46 (Deutsche)	2923000
5. Opfer des Kommunismus in Kambodscha	2500000
6. Opfer in Ostberlin, Prag, Budapest und Baltikum	500 000
7. Opfer der Besetzung Afghanistans	1 500 000
Zusammen	140 133 000

Dabei müssen für Katyn in Wirklichkeit etwa doppelt so große Werte angegeben werden, da rund die Hälfte der von den Sowjets erschossenen polnischen Offiziere auch anderenorts liquidiert und verscharrt wurde.

⁴ Stéphane Cour-TOIS u. a., *Das* Schwarzbuch des Kommunismus, Piper, Zürich-München 1988, S. 16. Eine andere Aufstellung aus Frankreich⁴ bringt die folgende Zusammenfassung für die Zahl der Toten:

Sowjetunion	20 Millionen
China	65
Vietnam	1
Nordkorea	2
Kambodscha	2
Osteuropa	1
Lateinamerika	150000
Afrika	1,7
Afghanistan	1,5
andere kommuni	stische
Parteien anderer	Länder 10000
Summe	etwa 100 Millionen

⁵ Ebenda, S. 15.

Rolf Kosiek

Zu den Verbrechen des Mordens an Menschen kommen meint der französische Historiker Stéphane Courtois: »Die Verschleierung der kriminellen Dimension des Kommunismus hat allerdings noch mit drei konkreteren Gründen zu tun. Der erst betrifft das Festhalten an der Revolutionsidee selbst. . . Der zweite Grund hat mit der sowjetischen Beteiligung am Sieg über den Nationalsozialismus zu tun, der es den Kommunisten ermöglichte, ihr eigentliches Ziel – die Machtergreifung – unter glühendem Patriotismus zu verstecken. . . Ein letzter Grund für die Verschleierung ist subtiler und auch heikler zu erklären. Nach 1945 erschien der Genozid an den Juden als das Paradigma moderner Barbarei, und zwar so sehr, daß er allen Raum für die Wahrnehmung von Massenterror im zwanzigsten Jahrhundert beanspruchte. Nachdem sie zunächst das Besondere der Judenverfolgung durch die Nazis geleugnet hatten, erkannten die Kommunisten bald den Vorteil, den sie aus der der Anerkennung dieser Besonderheit für die regelmäßige Mobilisierung des Antifaschismus ziehen konnten.«

Angeblicher Völkermord an den Tschechen

Es kommt bedauerlicherweise nicht selten vor, daß gerade deutsche Historiker Belastungen und Beschuldigungen für das deutsche Volk und seine Regierung aus der Vergangenheit des Dritten Reiches erfinden oder verstärken. Ein bezeichnendes Beispiel ist das folgende.

Der Vorsitzende der Deutsch-Tschechischen und Deutsch-Slowakischen Historikerkommission, Martin Schulze-Wessel, stellte in der Süddeutschen Zeitung die Behauptung auf, Hitler habe einen Völkermord an den seit 1939 im Protektorat Böhmen und Mähren lebenden Tschechen

vorgehabt.1

Das ist falsch. Richtig ist, daß HITLER nicht nur nicht einen solchen Völkermord vorhatte, sondern ausdrücklich die Tschechen im Protektorat halten wollte. Das berichten unter anderem die der Verharmlosung sicher unverdächtigen, vom Bundestag herausgegebenen Informationen zur politischen Bildung.² Im Rundschreiben Nr. 28/42 vom 8. Juni 1942 des Leiters der NSDAP-Parteikanzlei, Martin Bormann, erklärte dieser, daß wals Reaktion auf das Attentat auf HEYDRICH im deutschen Volke bereits Stimmen laut geworden wären, nach Abschluß der Evakuierung der Juden mit einer Aussiedlung der Tschechen zu beginnen«. Unter Bezugnahme auf diese Erklärung erfolgte eine Anweisung von ihm: »Im Auftrag des Führers weise ich darauf hin, daß jede Diskutierung der Tschechenfrage in Parteiversammlungen oder auch in der Öffentlichkeit zu unterbleiben hat. Ebenso unterbleibt jede Erörterung in der Presse.« Dann wurde HITLERS Meinung zu diesem Thema ausgelegt: Die totale Aussiedlung von 7,2 Millionen Tschechen halte ich (HITLER) für undurchführbar, weil 1) kein geeigneter Raum vorhanden ist, wo sie neu angesiedelt werden können, 2) keine deutschen Menschen vorhanden sind, die den leer gewordenen Raum füllen können, 3) das hochzivilisierte, wirtschaftlich und verkehrstechnisch hochempfindliche Herzland Europas keine Störung seiner Funktion und kein Vakuum verträgt, 4) Menschen auf Jahrzehnte hinaus Reichskapital sind und wir im neuen Reich die Arbeitskraft von 7 Millionen Tschechen nicht entbehren können, 5) die Schockwirkung einer solchen Evakuierung auf andere Völker unerwünscht ist.

In diesem Zusammenhang ist darauf hinzuweisen, daß Emil HACHA, der Präsident des Protektorats seit 1939, HITLER noch im April 1945 Geburtstagsgrüße übermittelt hat.³ Wie kaum ein anderes Volk in Europa blieben die Tschechen von den Grausamkeiten des Krieges verschont und hatten verhältnismäßig wenig Opfer zu leisten.

Rolf Kosiek

¹ Nation-Europa, Nr. 7+8, 2006.

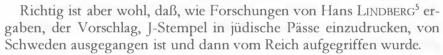
³ Bernhard KAISER, Leserbrief in: *Nation und Europa*, Nr. 9, 2006, S. 73 f.

² Zitiert in: Informationen zur Politischen Bildung, Januar/ Februar 1969, »Deutsche und Tschechen«.

Zur Einführung des J-Stempels

Die Kennzeichnung der Juden im Zweiten Weltkrieg mit dem sogenannten Judenstern wird allgemein als antisemitische Maßnahme angesehen, die von Deutschland ausgegangen sei. Anderenorts ist richtiggestellt worden, daß sie auf Anregung von Zionisten und auf Druck des Widerständlers Admiral Wilhelm Canaris eingeführt wurde.¹

Mit dem dann auch angeordneten Judenstempel in jüdischen Pässen soll es sich ähnlich verhalten haben, daß er nicht auf deutsche, sondern auf ausländische Anregung eingeführt wurde. In einem Leserbrief aus dem Jahre 1978 berichtete Karl Heinz KAMBERG in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung² unter dem Titel»]-Stempel in Flüchtlingspässen auf Schweizer Betreiben«, daß der Judenstempel auf Schweizer Vorschlag angeordnet worden sei: Der Chef der schweizerischen Bundespolizei, Dr. Heinrich ROTHMUND, habe Berlin einen entsprechenden Rat vorgelegt. Dagegen weist Carl Ludwig LANG aus Bern in einem weiteren Leserbrief darauf hin, daß im Ludwig-Berichte es andererseits auf Seite149 heiße:3 »Die Beantwortung der Interpellation erfolgte ebenfalls sehr ausführlich durch den Vorsteher des Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartementes, Bundesrat Dr. M. FELDMANN. Sie lautete im Ergebnis dahin, daß die besondere Kennzeichnung der Judenpässe nicht auf Anregung von Dr. ROTHMUND, sondern auf einen deutschen, von der schweizerischen Gesandtschaft in Berlin übermittelten Vorschlag zurückzuführen sei.« Vorher hatte Arno Lustiger Dr. Rothmund als Erfinder des J-Stempels bezeichnet.4



Rolf Kosiek



Deutscher Reisepaß mit J-Stempel und Zwangsvornamen Israel. Aus: Wikipedia.

¹ »Judenstern«, in: Rolf Kosiek u. Olaf Rose (Hg.), *Der Große Wendig*, Bd. 1, Grabert, Tübingen ⁵2011, S. 491 ff.

² Karl-Heinz Kamberg, »J-Stempel in Flüchtlingspässen auf Schweizer Betreiben«, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 25. 7. 1978.

³ Carl Ludwig LANG, Bern, »Abermals: der Ursprung des J-Stempels«, in: Frankfurter Algemeine Zeitung, 5. 8. 1978.

⁴ Arno Lustiger, »Vor verschlossenen Türen« in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 4. 7. 1978.

⁵ Hans Lindberg, Schwedische Flüchtlingspolitik unter internationalem Druck 1936-1941 (Svensk flyktingspolitik under internationellt tryck 1936–1941, Stockholm 1973).

US-Präsident Franklin D. ROOSEVELT wollte unbedingt sein Land in den Zweiten Weltkrieg einbringen. Dafür arbeitete unter anderen als sein

Sondergesandter der US-Botschafter in Paris, William C. BULLITT, in den europäischen Hauptstädten und versicherte den einzelnen Regierungen, daß die USA bei einem Konflikt in Europa gegen Deutschland eingreifen würden.

Im Jahre 1940 stand in den USA die Präsidentschaftswahl an. Die Kampagne dazu lief vom Mai bis November 1940. Der amtierende US-Präsident Franklin Delano ROOSEVELT wollte nach 1933 und 1937 zum dritten Male gewählt werden. Dafür trieb er eine zweigleisige Politik, einmal nach außen hin als Garant des Friedens und hinter den Kulissen als Kriegstreiber. Er tat das Gegenteil von dem, was er seinen Wählern versprach.

Er wußte, daß im Herbst 1939 nur sechs Prozent der Amerikaner für einen Weltkrieg waren, während die übergroße Mehrheit von fast 95 Prozent gegen ein militärisches Eingreifen in Europa eingestellt war. Er mußte daher in seinen Reden und öffentlichen

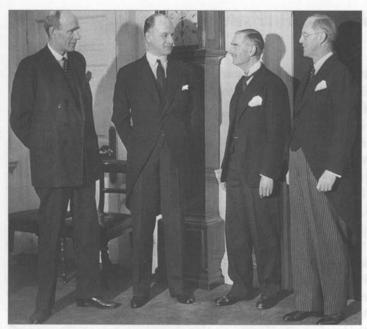
Erklärungen als Friedensfreund auftreten. Dazu versicherte er seinen Wählern in Wahlkampfreden nicht weniger als neunzehnmal, daß er das Land aus einem Krieg heraushalten werde. So versprach er am 30. Oktober 1940: »Ich geben Ihnen, den Müttern und Vätern, erneut die Zusicherung. Ich habe es schon zuvor gesagt, und ich werde es wieder und wieder und wieder sagen: Ihre Söhne werden nicht in irgendwelche fremden Kriege geschickt.«

Andererseits hatte er spätesten seit seiner ›Quarantäne-Rede‹¹ am 5. Oktober 1937 in Chicago daran gearbeitet, die Öffentlichkeit gegen HIT-LER einzunehmen und den europäischen Staaten, insbesondere England, Frankreich und Polen, durch seinen in den Hauptstädten agierenden Sonderbotschafter BULLITT die militärische und finanzielle Hilfe der USA im Falle eines Krieges gegen Deutschland zuzusagen. So forderte er im Som-



ROOSEVELT vor seiner Amtseinführung am 4. März 1933, links neben ihm der scheidende Präsident Herbert Hoover.

¹ Text u. a. in: Helmut GORDON, Kriegsreden 1936– 1941. Das große Kesseltreiben, Druffel, Leoni 1992, S. 39– 48.



Von links: Lord Hall-FAX, der stellvertretende US-Außenminister Sumner Welles, Neville Chamberlain und US-Botschafter Joseph Kennedy. In London, im März 1940, verstand es Sumner Welles bestens, Roosevelts Kriegskurs zu unterstützen und nach außen letzteren als Friedenspräsidenten hinzustellen.

mer 1939 Warschau auf, nicht auf die gemäßigten Wünsche des Reiches einzugehen und jedem Kompromiß mit Deutschland auszuweichen. Der von 1938 bis 1940 in London als US-Botschafter tätige Joseph KENNEDY hat mehrfach versichert, daß ROOSE-VELT seit Januar 1939, also noch vor dem deutschen Einmarsch in Prag, die englische und französische Regierung bedrängt habe, den Krieg gegen das Deutsche Reich zu beginnen. Seit 1937 versuchte ROOSEVELT mit allen Mitteln der Propaganda gegen Deutschland zu hetzen und dessen Regierung zu diffamieren. HITLER wurden dabei nicht nur

die Maßnahmen gegen die Juden, sondern auch Pläne zum Angriff auf die USA unterstellt.

So unterließ der US-Präsident es, nachdem den Amerikanern durch einen deutschen Verräter aus Moskau der deutsch-sowjetische Geheimvertrag vom 23. August 1939 sofort zugespielt worden war, die Polen darüber zu benachrichtigen. Denn dann hätte Warschau, wie viele Historiker wohl mit Recht meinen, als sonst sicheres Opfer der Sowjets wahrscheinlich mit dem Reich über eine bessere Zukunft verhandelt, statt die Deutschen zum Angriff zu provozieren. Auch in dem sogenannten Potocky-Berichte vom 12. Januar 1939 kommt zum Ausdruck, daß die US-Regierung auf Kriegskurs war.

ROOSEVELTS doppeldeutige Diplomatie wird auch in der »geheimen Geschichte des Zweiten Weltkrieges« seines Vorgängers Herbert Clark HOOVER (1929 bis 1933) deutlich. Diese Stellungnahme HOOVERS, die erst rund fünfzig Jahre nach ihrer Niederschrift als Buch unter dem Titel Freedom Betrayed (verratene Freiheits) im Jahre 2011 in den USA

² Geheimer Brief des polnischen Botschafters in Washington, Graf Jerzy Potocki, an den polnischen Außenminister vom 12. Januar 1939 über die innenpolitische Lage in den USA und die Judenfrage. Der Brief wurde nach dem Einmarsch der Deutschen in Warschau gefunden und veröffentlicht. Text u. a. bei: Rolf Kosiek u. Olaf Rose (Hg.), *Der Große Wendig*, Bd. 1, Grabert, Tübingen ⁵2011, S. 601.

erschien,³ übt scharfe Kritik an der Politik Roosevelts. Dieser habe die USA in den Jahren vor deren Kriegseintritt einer »Gehirnwäsche« (*Brainwash*) unterzogen. »Vom Ausbruch des Zweiten Weltkrieges an war das amerikanische Volk durch eine Sintflut von Propaganda einer erneuten Gehirnwäsche ausgesetzt.« Unter dem Motto »Hitler kommt!« habe Roosevelt sein Volk in eine panische Angst vor einer – in Wirklichkeit völlig unmöglichen – Invasion der USA durch deutsche Truppen versetzt. Diese würden den »Drang Deutschlands zur Eroberung aller fünf Kontinente« verwirklichen.

Kurt Relle schrieb in seinem Buch Rufmord an Deutschland: Mit welcher Unaufrichtigkeit Roosevelt die USA in den Krieg log, lesen wir u.a. in Der Bankerott einer Politik aus der Feder des amerikanischen Autors vieler weltbekannter historischer Werke, William Henry Chamberlin: Noosevelt spielte seine Rolle als hingebender Verteidiger des Friedens selbst nach der Niederlage Frankreichs noch weiter. . Die Aufrufe des Präsidenten, die Friedenspolitik der Vereinigten Staaten aufrecht zu erhalten, erheben sich während der letzten Tage des Feldzugs von 1940 zu einem schrillen Crescendo.««

Und der Amerikaner⁵ führte in dem einleitenden Kapitel unter der Überschrift »Er lügt uns in den Krieg« die folgenden Beispiele für die Versicherungen des US-Präsidenten an, den Frieden zu erhalten. ROOSE-VELT sagte am 30. Oktober 1940 in Boston: »Ich habe es bereits gesagt, aber ich will es noch einmal und noch einmal sagen: Eure Jungens sollen nicht in einen fremden Krieg gehen.« Dasselbe verkündete er am 1. November 1940 in einer Rede in Brooklyn: »Ich kämpfe dafür, unser Volk aus fremden Kriegen herauszuhalten; und ich werde weiter kämpfen.« Am 2. November 1940 erklärte er in Rochester, New York: »Eure nationale Regierung. . . ist gleichbedeutend mit einer Friedensregierung – einer Regierung, die den Frieden zu erhalten beabsichtigt.« Am 3. November erklärte er in Cleveland: »Das Hauptanliegen unserer auswärtigen Politik ist es, unser Land aus dem Krieg herauszuhalten.«

Aus Roosevelts Alarmrede vom 27. Mai 1941 zitierte Chamberlin: »Der Krieg nähert sich dem Rande der westlichen Halbkugel.« Roosevelt sprach von dem »Nazi-Buch der Welteroberung« und erklärte, es sei ein Nazi-Plan, die lateinamerikanischen Länder ebenso zu bedrohen, wie man den Balkan bedroht habe. Danach würden Kanada und die Vereinigten Staaten erdrosselt werden.⁶

CHAMBERLIN fügt die historische Wahrheit gleich an: »Es gibt auch nicht den geringsten Anhaltspunkt dafür, daß irgendein Zeugnis von derart sensationeller Bedeutung gefunden worden wäre. . Die Gefahr für die Sicherheit Großbritanniens war 1941 wesentlich geringer als 1940. Es gibt keinen konkreten Beweis für eine deutsche Absicht, in jenem

³ Herbert Clark HOOVER, Freedom Betrayed, Herbert Hoover's secret History of the Second World War and its Aftermath, Hoover Institution Press, Stanford, California, 2011.

⁴ Kurt RELLE, Rufmord an Deutschland, Türmer, München 1970, S.71 f.

⁵ William Henry Chamberlin, »Der Bankerott einer Politik«, in: Harry Elmer Barnes (Hg.), Entlarvte Heuchelei, Priester, Wiesbaden 1961, S. 150.

⁶ Ebenda, S. 154.

Jahr oder später die amerikanische Halbkugel anzugreifen.« Es wäre den Deutschen auch technisch gar nicht möglich gewesen. Sie schafften nicht einmal den Sprung über die Straße von Dover nach England.

Im Gegensatz zu seinen Versicherungen betrieb ROOSEVELT aktive

Kriegspolitik:7

+ Am 5. Oktober 1937 forderte er in seiner Quarantänerede in Chi-

cago, »die Angreifer unter Quarantäne« zu stellen.

+Am 23. Juni 1939 wurde ein geheimes Tauschabkommen zwischen den USA und Großbritannien abgeschlossen, »allerhand Geld« wurde ausgegeben, damit die Briten Waffen kaufen könnten. Neunzehn neue Frachtschiffe wurden am 9. August 1939 in den USA vom Stapel gelassen, Aufträge auf weitere hundert Frachtschiffe wurden gegeben.

+ Heimlich unterstützte ROOSEVELT die europäischen Westmächte und

die Sowjetunion mit Waffen und Ausrüstungen.

+ Am 10. August 1939 wurde ein Kriegsmaterial-Amt in den USA gegründet.

+ Am 16. September 1939 wurde die Wehrdienstpflicht in den USA

eingeführt.

+ Am 3. November 1939 gelang es ROOSEVELT, die Zahlungs- und Transport-Verbesserungsanträge durchzusetzen.

+ Am 16. Mai 1940 forderte Roosevelt vom Kongreß zusätzliche

Ausgaben für die »nationale Verteidigung«.

- + Am 17. Mai 1940 befahl ROOSEVELT, die älteren Zerstörer wieder in den Dienst zu stellen.
- + Am 3. Juni1940 bewilligte US-General MARSHALL für England eine halbe Million Gewehre, 80 000 Maschinengewehre, 900 Feldgeschütze und manches andere.
- + Am 2. Juli 1940 verbot ROOSEVELT die Ausfuhr von Kriegsgerät, ausgenommen unter US-Lizenz. Danach erhielten nur England und die Sowjetunion Rüstungswaren.
- + Am 18. Juli 1940, einen Tag vor der angekündigten Rede Hitlers mit Friedensangeboten, ächtete Roosevelt Hitler in einer Rundfunk-

ansprache als »Antichristen«.

- + Am 19. Juli 1940, am Tage der Rede Hitlers, unterzeichnete Roosevelt den »Ocean Navy Expansion Pact«, der die US-Kriegsmarine befähigen sollte, gleichzeitig im Atlantik und Pazifik Krieg zu führen.
- + Im September 1940 lieh ROOSEVELT den Engländern fünfzig Zerstörer nicht ohne sich von den Briten große Landrechte für Luftbasen in deren Kolonien geben zu lassen.
- + Am 12. Dezember 1940 begannen in London, Manila und Washington insgeheim gemeinsame Generalstabsbesprechungen der USA mit den Engländern und Holländern.

⁷ Nach: HOOVER, Freedom Betrayed (Verratene Freiheit), aaO. (Anm. 3), S. 151 f., und SANBORN, in: BARNES, aaO. (Anm. 4), S. 134 u. 137 ff.

+ Am 11. März 1941 setzte ROOSEVELT das Pacht- und Leihgesetz zugunsten der Briten in Kraft.

+ Vom Januar bis März 1941 fanden weitere amerikanisch-britische Generalstabsbesprechungen in Washington statt, die geheimgehalten

wurden.

+ Im März 1941 kamen amerikanische Offiziere nach England, um dort Flottenstützpunkte für Geleitzüge und Flugplätze auszuwählen und auszubauen.

+ Im März 1941 begannen US-Flugzeuge, den Nordatlantik nach deutschen U-Booten zu überwachen.

+ Im März 1941 wurde Grönland von den USA besetzt.

+ Am 18. April 1941 schob ROOSEVELT die von ihm beanspruchte Grenze der westlichen Halbkugel bis zum 26 Grad West vor, über 2000 Meilen von New York.

+ Ab April 1941 fuhren US-Schiffe im Atlantik neutrale Patrouillen, um den britischen Schiffen die Anwesenheit von deutschen U-Booten zu melden.

+ Amerikanische Arbeiter wurden nach Nordirland gebracht, um dort Marinestützpunkte für ein mögliches US-Expe-

ditionskorps zu bauen.

+ Am 27. Mai 1941 verkündete ROOSE-VELT, daß die Deutschen vorhätten, von Spanien aus über Nord- und Westafrika, Brasilien und Panama die USA von Süden her anzugreifen. Das dieses völlig unmöglich war, hatte sich gerade darin erwiesen, daß die deutsche Wehrmacht nur acht Monate vorher nach dem Sieg über Frankreich die dreißig Kilometer des Ärmelkanals nach England nicht hatte überwinden können. Es gelang ROOSEVELT, die Bevölkerung der USA, die 1939 nur zu sechs Prozent für eine Beteiligung an der europäischen Verwicklung war, in eine Angstpsychose vor dem Deutschen Reich





Oben: In Washington demonstrieren isolationistische Frauenvereine betend gegen den Leih- und Pachtvertrag. Links: Im Rahmen des »Leihund Pachtvertrages« liefern die **USA Kriegs**material aller Art an die Verbündeten in Europa und in den Ländern in Übersee.







zu versetzen und sie bis Pearl Harbor am 7. Dezember 1941 zur Zustimmung zu dem Weltkrieg zu gewinnen, so daß er seine Kriegsziele erreichen konnte. Die amerikanische Öffentlichkeit schluckte dann die einzelnen Schritte ROOSEVELTS zum Krieg. Zu dieser Entwicklung gehörten auch noch die folgenden Vorgänge.

Im April 1941 wurde von Washington die Sicherheitszone der USA auf 2000 Meilen nach Westen ausgedehnt. In dieser Zone unterstützten fortan die US-Kriegsschiffe und -Flugzeuge die Engländer. Im selben Monat besetzten die Amerikaner völkerrechtswidrig das neutrale Grönland, im Juni 1941 auch das neutrale Island, auf dem schon vorher die Briten gelandet waren, und richteten Flotten- und Flugzeugstützpunkte in beiden Ländern ein.

- + Am 7. Juli 1941 wurde Island durch US-Truppen besetzt.
- + Am 9. Juli 1941 gab US-Marineminister Frank KNOX erstmals zu, daß es US-Befehle zum Angriff auf deutsche U-Boote gebe.

ROOSEVELT und CHUR-CHILL. Der »Leih- und Pachtvertrag« ging auf CHURCHILLS Initiative zurück. Ab 9. August 1941 intensivierte sich ihre Zusammenarbeit.



+ Am 11. Juli 1941 erklärte Minister KNOX vor einem US-Senatsausschuß, daß ein US-Zerstörer ein deutsches U-Boot mit Wasserbomben angegriffen habe – ein klarer Verstoß der noch neutralen USA gegen das Völkerrecht.

+ Vom 9. bis 12. August 1941 trafen sich ROOSEVELT und CHURCHILL auf dem Atlantik, beschlossen eine gemeinsame dem Reich feindliche Politik und verkündeten die Atlantik-Charta.

+ Am 25. August 1941 gab ROOSEVELT der Atlantikflotte Geheimanweisung, die deutschen und italienischen »feindlichen Kräfte« anzugreifen.

+ In einer Rede vom 11. September 1941 entschuldigte ROOSEVELT nicht nur diese Kriegsverbrechen, sondern erklärte, daß, da die Tausende von Seemeilen zwischen Europa und den Vereinigten Staaten nicht

gegen deutsche Angriffe ausreichen würden, er der US-Marine befohlen habe, zum Schutz der USA das Feuer auf deutsche Schiffe zu eröffnen, wenn sie in den für sein Land wichtigen Gewässern angetroffen würden. Das war eigentlich eine offene Kriegserklärung. ROOSEVELT erklärte: »Wenn Sie eine Klapperschlange zum Angriff bereit sehen, dann warten Sie nicht, bis sie angegriffen hat, um sie zu erschlagen. Die Nazi-U-Boote und -Zerstörer sind die Klapperschlangen des Atlantiks. Von nun an werden die deutschen und italienischen Kriegsschiffe,

wenn sie Gewässer befahren, deren Schutz für die amerikanische Verteidigung notwendig ist, dies auf eigene Gefahr tun.«⁸

+ Am 13. September 1941 befahl ROOSEVELT der Atlantikflotte, einige Transporte zu begleiten, in denen kein amerikanisches Schiff war.

+ In diesen Tagen willigte ROOSEVELT ein, Großbritannien mit »unseren besten Transportschiffen« zu versorgen – 12 Passagierdampfer und 20 Frachtschiffe mit amerikanischer Mannschaft. Sie sollten zwei britische Divisionen nach dem Mittleren Osten befördern.

+ Am 25. September 1941 wurden die japanischen Bankguthaben in den USA eingefroren

+Am 17. Oktober 1941 warf der US-Zerstörer Kearny Wasserbom-

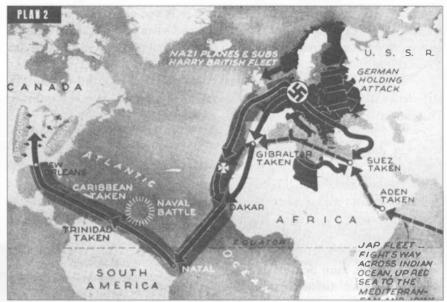
USS »Kearny« und andere amerikanische sowie britische Kriegsschiffe bekämpften am 17. Oktober 1941 insgesamt fünf deutsche U-Boote mit Wasserbomben. Hier liegt USS »Kearny« im Hafen von Reykjavík, zwei Tage, nachdem sie von U-568 torpediert wurde.



⁸ Zitiert von Frederic C. San-BORN, in: BARNES, aaO. (Anm. 4), S. 144.

Die »geheime Landkarte«, die Roosevelt in seiner Ansprache am 27. Oktober 1941 erwähnte. Auf einer Pressekonferenz am folgenden Tag erbaten Journalisten eine Kopie der Geheimkartes, Doch ROOSEVELT winkte ab. »Sie weist gewisse handschriftliche Notizen auf«, beschied er die Fragesteller, »die, falls wir die Karte reproduzierten. wahrscheinlich ihre Herkunft verraten würden«. Dem Verdacht einer Fälschung begegnete der Präsident mit der Behauptung, die Karte stamme aus »zweifellos zuverlässiger Quelle«.

Eine unechte Karte zu nutzen war für ROOSEVELT ohnehin kein moralisches Problem, Seinem Finanzminister Henry Morgenthau gestand er wenig später: »Ich kann völlig widersprüchlich sein, und darüber hinaus bin ich auch absolut bereit, zu täuschen und Unwahrheiten zu sagen, wenn es uns nur hilft, den Krieg zu gewinnen.« Zitiert in: Spiegel Geschichte 3, 2010.



ben auf ein deutsches U-Boot. Es wurde fälschlicherweise behauptet, das deutsche Boot habe angegriffen. ROOSEVELT behauptete anschließend: »Das Schießen hat begonnen, und die Geschichte hat verzeichnet, wer den ersten Schuß abgegeben hat.«

+ Die Bitte des japanischen Ministerpräsidenten Prinz Konoye nach einem Treffen mit Roosevelt wurde abgelehnt.

+ Trotz seiner Kenntnis von dem bevorstehenden Überfall der Japaner auf Pearl Harbor am 7. Dezember 1941 ließ ROOSEVELT die dortigen Schiffseinheiten nicht warnen, um zu einem Kriegsgrund zu kommen.

Am 27. Oktober 1941, als der Angriff der Japaner wegen ROOSEVELT Boykottmaßnahmen schon abzusehen war, teilte ROOSEVELT der Öffentlichkeit mit, daß er zwei wichtige deutsche Dokumente in den Händen habe. Das eine sei eine geheime Karte, auf der der Angriffsplan der Wehrmacht gegen Süd- und Mittelamerika dargestellt sei und aus der man entnehmen könne, daß Mittel- und Südamerika in fünf deutsche Vasallenstaaten aufgeteilt werden sollten. Das andere Dokument sei ein Plan zur Abschaffung aller Religionen. Die Bibel solle durch Hitters Mein Kampf ersetzt werden. Führende US-Militärs, Politiker und Historiker bezeichneten HOOVER gegenüber diese Dokumente zwar als »absoluten Unsinn«. Er selbst gab als seinen eigenen Kommentar dazu ab: »Woher ROOSE-VELT diese Eingebungen hatte, konnte nicht geklärt werden.«

Die falschen Behauptungen hatten aber in der naiven US-Bevölkerung ihre große erwünschte Wirkung, das Bild der Deutschen herabzusetzen und sie als Feind aufzubauen.

So hatten die Amerikaner praktisch schon fünf Monate vor dem 11. Dezember 1941, als HITLER ihnen den Krieg erklärte, mit offenen Kriegshandlungen gegen das Reich begonnen. Auf alle diese Provokationen, die HITLER zum Krieg reizen sollten, reagierte die Reichsregierung nicht. HITLER verbot den deutschen U-Booten zurückzuschießen.

Da ROOSEVELT so keinen Kriegsgrund im Atlantik fand, beschloß er »durch die »Hintertür« zum Krieg« zu gelangen, indem er die Japaner bis zum Angriff auf Pearl Harbor reizte und wirtschaftlich strangulierte.

Sogar ein Anhänger der Politik ROOSEVELts, der US-Professor Thomas A. Bailey, urteilte über den Präsidenten und dessen Kriegstreiberei: »Franklin ROOSEVELT betrog das amerikanische Volk wiederholt während der Periode von Pearl Harbor. . . Er war wie ein Arzt, der dem Patienten zu dessen eigenem Besten Lügen erzählt.«9

Schon am 2. Juni 1941 unterschrieb US-Kriegsminister Henry STIMson den »Allgemeinen Kriegsplan zur Besiegung der Achsenmächte«. Der auch damit befaßte US-Admiral Kelly Turner erklärte dazu nach Hoover: »Für den Fall, daß es zu einem Krieg mit Japan ohne die Beteiligung Deutschlands kommen sollte, wurde entschieden, daß sich die USA bemühen würden, Deutschland möglichst in den Krieg gegen uns hineinzuziehen.« Schon ein halbes Jahr vor der deutschen Kriegserklärung planten die USA also, den Krieg von Ostasien nach Europa zu holen. Deutlicher kann man diese Absicht der US-Regierung, unbedingt einen Krieg gegen das Reich zu führen, kaum ausdrücken.

Unter dem Absatz mit der Überschrift »Warum wollte ROOSEVELT den Krieg?« versuchte HOOVER, den Gründen nachzugehen, die ROOSEVELT so sehr zum Krieg trieben. Er zitierte »viele verantwortliche, unparteiische Zeitungen« zu ROOSEVELTS Beweggründen. Die meisten meinten, »daß ROOSEVELT das Versagen des New Deal-Programms und seines sechsjährigen Bemühens, Arbeitsplätze für zehn Millionen Arbeitslose zu schaffen, verdecken wollte. Daß er sich dazu in die Machtpolitik der Welt gestürzt habe, um die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit umzulenken«.¹0

Dafür mußten dann viele Millionen Menschen sterben und große Teile Europas unter sowjetische Herrschaft kommen.

Aus alle dem zog Chamberlin die Folgerung: »Es bleibt also demnach nur der unausweichliche Schluß, daß mit dem Versprechen, ›Amerika aus dem Kriege herauszuhalten, das amerikanische Volk mit Vorbedacht gefoppt worden ist, um es der Wiederwahl Roosevelt geneigt zu machen, um diesem damit die Möglichkeit zu verschaffen, seinen Plan, die Vereinigten Staaten in den Krieg zu treiben, allmählich vorzubereiten.«⁸

Rolf Kosiek

⁹ Zitiert in: ebenda, S. 153.

¹⁰ Ebenda, S. 155.

Talagramm (Gah, Ch. V.)

Washington, den 5. Dezember 1941, 00.18 Uhr Ankunft: " 5. " 18.10 Uhr

Nr. 4260 vom 4. 12.

Citissime!

Für OKW Ausland, für OKH Attaché-Abteilung, und für RIM Attaché-Gruppe.

Veröffentlichung anscheinend authenischer Rooseveltscher Kriegspläne lässt deutlich erkamen, dass Amerika Drahtzieher des Krieges ist und beweist, dass die amerikanische Kriegspolitik auf Zeitgewinn und Verneidung (Gr. verst.) Entscheidung ausgeht, bis sie zu entscheidendem Eingreifen bereit ist. Bis dahin mochte sie England und Russland als die wichtigsten Vasallen im Kampf erhalten, rechnet aber auch mit der Möglichkeit des Zusammenbruchs Englande und der et.wa Mitte 1942 erwarteten militarischen Lähaung Russlands. Bis zum entscheidenden Eingreifen der Amerikaner Mitte 1943 soll die Anlage von Stutzpunkten für die Luftwaffe fertiggestellt, die heutige Luftwaffe teilweise ab Fruhjahr 1942 in England eingesetzt werden. Auch sonst ist ab Fruhjahr 1942 Möglichkeit der Verwendung amerikanischer Truppen vorgesehen, was längst bekannten Absichten für Abschluss der Aufstellung der Verbande entspricht.

Uber den Ort der für 1943 geplanten Landoffensive wird nichts gesagt. Man wird sie beginnen, wo eine gweignete Landfront vorhanden ist. Das Bestreben Amerikaner eine Landfront in Russland, im mittleren Osten in Afrika zu bilden und von langer Hand vorsubereiten est langet erkennbar. Ebenso wissen wir seit langen, daes Amerika sum Transport starker Eräfte einer erheblichen Vermehrung seiner Transportschiffe bedarf und intensiv baut.

Uber die Anlage von Stutzpunkten in Bord-Irland und esf englischer Insel eind wir unterrichtet (vgl. Drahtbericht von 30. 10. Er. 3771). Anselchen dafür, dass in Egypten und an Persischen Folg Stutzpunkte eingerichtet werden, liegen vor. Beuerdings scheint es, dass besonders in Basra an Persischen Golf und in Massaua an Roten Meer Stützpunkte vorbereitet werden.

Beschtlich ist die Absicht der Amerikaner, entscheidenden Kampf gegen Beutschland durch Eroberung Borwegens zu beginnen. Ich halte es für sehr wahrscheinlich, dass die Amerikaner eine Zusanzenarbeit dazu mit den Schweden von langer Ennd anstreben worden und empfehle eine Beachtung meerikanischer fätigkeit in Schweden. Betreffend Einsets Luftwaffe wird die uns langet bekannte fatsache bestätigt, dass in England vorhandene Flugplätze nicht zur Unterbringung der sum Enapf gegen Deutschland für obtig gehaltenen Empfflugsenge ausreichen. Ich verweise auf meinen Brahtbericht vom 25. Bovenber Br. 4125 betreffend beschräntte Einsatzsäglichkeit vom Lampfflugseugen aus England. Pläns Demakratien haben auch desbalb als weitere Gebiete zur Schaffung von Stütspunkten Burdafrike, vielleicht auch die Türkei, ins Auge gefasst.

In Deutschland soll die Vernichtung hestisster Ziele entscheidend sein. Besonders wird auf Werke, die rund 50 Protent gesanten deutschen Bedarfs an Flugtreibstoff synthetisch berstellen hingewiesen. Is Vernen Osten will sam eich gegebenenfalls abwartend und defensiv wurhalten und dort eine grosse Zahl von Kampflugtseugen und Jägern bereit halten. Problew gleichseitig Kampf gegen Deutschland und Japan ait seinen grossen Gefahren für Aserika wird kaus berührt. Han schaint mit der Voraussetung wenigstena vorsichtiger Zurückhaltung Japane zu rechnen. Ebenso feblt eine Beurtmilung möglicher deutscher Massenhanen und deutscher Initiativa. Denk schrift ist kein Beisterstück militärischer Lagebeurteilung und Flanung. Sie ist nur interesent, weil sie einige äbsich ten verrät und uussere bisherige Lagebeurteilung bestätigt.

Für Zahledangaben und Einzelbeiten eird auf Meldungen von B.N.B. Besug geneamen. Botticher

Dokument Thomsen vom 5. Dezember 1941 aus: JACOBSEN/DOLLINGER, Der Zweite Weltkrieg in Bildern und Dokumenten, München 1962, Bd. 2, 27.

Drei Tage vor dem Kriegsbeginn im Pazifik (Pearl Harbor) schickte der deutsche Botschafter in Washington, Thomsen, obiges Telegramm unter anderem an die Auslandsabteilung des Oberkommandos des Heeres. In diesem Telegramm berichtet Thomsen über Roosevelts »Kriegspläne« und beschuldigt Amerika als »Dahtzieher des Krieges«.

Der Angriff des Kaiserreichs Japan auf die vor Pearl Harbor ankernde Pazifikflotte der USA am 7. Dezember 1941,¹ ja der bloße Name Pearl Harbor, gilt in den USA bis heute »als Synonym für einen ohne jede Vorwarnung erfolgten vernichtenden Angriff«.² Zwar wird in dem entsprechenden Artikel des Internetlexikons *Wikipedia* eingeräumt, daß die US-Regierung bereits vor dem Kriegseintritt der USA eine starke Einstellung zugunsten der Alliierten besessen, diese »mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln« unterstützt und »dabei auch Zusammenstöße der US-Marine mit deutschen U-Booten im Atlantik« provoziert habe.³ Dennoch werden Kritiker, die der US-Regierung vorwerfen, sie habe den Angriff Japans gezielt provoziert, um den amerikanischen Eintritt in den Zweiten Weltkrieg herbeizuführen, als Anhänger von »Verschwörungstheorien«⁴ abqualifiziert.

Tatsache aber ist, daß US-Präsident Franklin D. ROOSEVELT trotz der Warnung seines Botschafters in Tokio, Joseph C. Grew, wonach Wirtschaftssanktionen gegen Japan einen Krieg herbeiführen würden, den Wirtschaftskrieg gegen Nippon in Szene setzte. Trotz allen japanischen Entgegenkommens ließ er am 25. Juli 1941 alle japanischen Guthaben in den USA einfrieren und verhängte am Tag danach ein Ölembargo gegen Japan. Eine persönliche Begegnung mit Ministerpräsident Fürst Konoye lehnte der US-Präsident ab und ließ seinen Außenminister Cordell Hull den Konferenzvorschlag der Japaner de facto ablehnen. Der Krieg war somit für Roosevelt damals schon beschlossene Sache. Dafür sprechen auch diese Sätze seines Kriegsministers Henry L. STIMSON:

»Wenn der Krieg kommen sollte, war es sowohl im Hinblick auf die einmütige Unterstützung unseres Volkes als auch für die Annalen der Geschichte von Bedeutung, daß wir nicht in die Lage versetzt würden, den ersten Schuß zu tun, falls das ohne Gefährdung unserer Sicherheit möglich war, sondern daß Japan in seiner wahren Rolle als der wirkliche Angreifer erscheinen sollte.«⁵

¹ Vgl. zu Pearl Harbor u. a.: Mario Kandil, »70 Jahre Pearl Harbor – ein provozierter Angriff?« in: *Die Aula*, Dezember 2011, S. 60 f.

 $^{^2}$ $\it Wikipedia-Artikel »Angriff auf Pearl Harbor«, http://de.wikipedia.org/wiki/Angriff_auf_Pearl_Harbor$

³ Ebenda.

⁴ Ebenda.

⁵ Zitiert nach: Gottfried Karl KINDERMANN, Der Ferne Osten in der Weltpolitik des industriellen Zeitalters. München 1970, S. 436.



Kriegsminister Henry L. STIMSON (links) und der Generalstabschef der US Army George C. Marshall gehörten zu Roosevelts engsten Beratern.



Außenminister Cordell Hull mit den japanischen Diplomaten Kichisaburo Nomura (links) und Saburo Kurusu während der Washingtoner Verhandlungen im Sommer 1941.

Beide Abbildungen aus: George Morgenstern, *Pearl Harbor 1941*, aaO. (Anm. 7).

⁶ Zitiert nach: George Morgenstern, *Pearl Harbor 1941*. *Eine amerikanische Katastrophe*, München 1998, S. 325.

Um das nicht gerade zum Kampf gestimmte US-Volk von der Notwendigkeit eines Krieges gegen die Japaner zu überzeugen, erhob sich für ROOSEVELT, HULL und STIMSON die Kardinalfrage, »wie wir sie in die Position manövrieren konnten, den ersten Schuß abzufeuern, ohne uns dabei allzu großer Gefahr auszusetzen«.6 Überhaupt wollte HULL nicht weiter mit Japan verhandeln, und er gab unter dem Druck, den die Chinesen unter CHIANG KAI-SHEK und die Briten unter CHUR-CHILL ausübten, den Japanern auf deren Vorschläge für einen Modus vivendi eine für sie unannehmbare Antwort. Am 27. November 1941 erklärte Hull. gegenüber STIMSON, er wolle die Verhandlungen abbrechen, er habe die Sache in die Hände von Armee und Marine gelegt.7

Die Japaner sahen sich jetzt derart in die Enge getrieben, daß ihnen ein Krieg mit den USA unvermeidbar erschien und ein Überraschungsangriff auf Pearl Harbor als Teil einer umfassenderen Strategie von nun an in ihren Planungen einen breiten Raum einnahm. Das amerikanische Ölembargo nötigte Japan dazu, sich durch Okkupation von Niederländisch-Indien Zugang zu Erdöl und anderen Rohstoffen zu verschaffen.⁸ Man beachte: Es war Franklin D. ROOSEVELT, der sie dazu zwang.

Admiral Yamamoto, der Oberbefehlshaber der vereinigten japanischen Flotte, hatte vor, seine Flugzeugträger-Kampfgruppe bei einer diplomatischen Einigung mit den USA noch in letzter Minute zurückzubeordern, was neben anderen Belegen klar Japans Be-

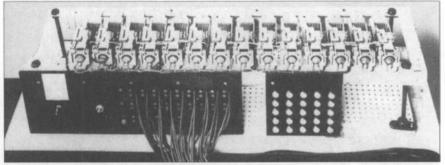
⁷ Ebenda, S. 188.

⁸ Mario Kandil, aaO. (Anm. 1), S. 61.

reitschaft zu einer friedlichen Regelung des Konfliktes unterstreicht. Dagegen verhinderten ROOSEVELT und seine Mitarbeiter die Weiterleitung dessen nach Hawaii, was sie in Washington ganz genau wußten –, daß die Japaner auf Pearl Harbor zusteuerten. 1944 stellte dazu ein Untersuchungsausschuß der US-Armee fest, es sei »zwischen dem 4. und dem 6. Dezember die drohende Gefahr eines Krieges am darauffolgenden Samstag oder Sonntag, dem 6. bzw. 7. Dezember, klar ersichtlich« gewesen. 9

Ohne den US-Kongreß einzuschalten, hatte Präsident ROOSEVELT am 27. April 1941 mit den Briten und der niederländischen Exilregierung die »ABC«-Vereinbarungen getroffen. Diesen zufolge würde es als ein Kriegsgrund gelten, wenn Japan im Pazifik eine Linie in westlicher oder in südlicher Richtung überschreiten würde, die bei 100° O und 10° N lag. Denn damit würde unmittelbar britisches oder niederländisches Kolonialgebiet bedroht werden. Somit befanden sich die USA wegen dieser Bündnisverpflichtungen gegenüber Großbritannien und den Niederlanden seit exakt 10.40 Uhr am 6. Dezember 1941 im Krieg mit Japan, ohne daß der Kongreß und die Öffentlichkeit in den USA davon auch nur im geringsten etwas wußten. ROOSEVELT hatte sie nicht in Kenntnis gesetzt und mußte nun die Japaner in die Position des Aggressors manövrieren, indem sie den ersten Schuß abgaben.¹⁰

Also mußten die Oberbefehlshaber von US-Army und US-Navy auf Hawaii, General Short und Admiral Kimmel, ohne Maschine zur Entschlüsselung des japanischen »Purpurcodes«¹¹ und ohne alle Hinweise auf den bevorstehenden Angriff gelassen werden. Denn wäre man auf Hawaii von dem Herannahen der japanischen Flotte informiert gewe-



⁹ Zitiert nach: George Morgenstern, Pearl Harbor, aaO. (Anm. 6), S. 231 f.





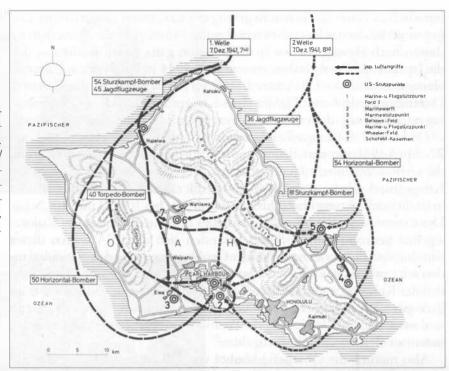
Von oben: Admiral Isoroku Yamamoto; Admiral Husband E. Kimmel, er wurde für das Desaster von Pearl Harbor verantwortlich gemacht.

»Magic« – die amerikanische Maschine, die den japanischen diplomatischen Code (den PURPLE-Code) entziffern konnte. Die japanische Regierung erfuhr über Agenten, daß der Code gebrochen sei.

¹⁰ Mario Kandil, aaO. (Anm.1), S. 61.

¹¹ Im August 1940 hatten US-Kryptologen mit dem ›Purpurcode‹ einen der wichtigsten japanischen Funkcodes ›geknackt‹. Somit konnte die amerikanische Regierung die Kommunikation zwischen dem Botschafter Japans in Washington und dem Außenministerium in Tokio mitverfolgen und entsprechend handeln.

Die japanischen Angriffsoperationen gegen Pearl Harbor.
Karte aus: JACOBSEN/
DOLLINGER, Der Zweite Weltkrieg in Bildern und Dokumenten, München 1962,
Bd. 2.



Pearl Harbor am 21.
Oktober 1941; in der
Mitte Ford Island,
links davon die Liegeplätze der
Schlachtschiffe, die
so genannte
Battleship Row
(Schlachtschiff-Allee). Foto: Wikipedia.





Der Angriff der japanischen Trägerflugzeuge auf den US-Flottenstützpunkt Pearl Harbor dauerte knapp drei Stunden. Acht Schlachtschiffe der US-Navy wurden beschädigt oder versenkt, 2403 US-Marinesoldaten fanden den Tod. Blick aus einem japanischen Flugzeug während des Angriffs.

sen, hätte man definitiv Alarm gegeben, woraufhin die Japaner abgedreht hätten. Und dann hätte ein entlarvter ROOSEVELT vor einem bis dato beispiellosen Polit-Skandal gestanden und wäre mit Sicherheit um sein Amt gekommen. Aufschlußreich in dieser Hinsicht ist das, was ROOSEVELT am 6. Dezember zu seinem Chefberater Harry HOPKINS sagte: »Nein, das [den Japanern zuvorzukommen] können wir nicht tun. Wir sind eine Demokratie. Wir sind ein friedliebendes Volk. Wir haben einen guten Ruf.«¹²

ROOSEVELT erzielte den gewünschten Effekt: Mit dem (scheinbar) überraschenden Angriff der Japaner auf die ahnungslosen US-Streitkräfte auf Pearl Harbor am frühen Morgen des 7. Dezember 1941 stand das fernöstliche Kaiserreich vor aller Welt als perfider, heimtückischer Aggressor da, der ein sfriedliebendes Volke wie das amerikanische mitten im Frieden überfallen hatte. Die Legitimation für einen gerechten Krieg, für einen Verteidigungskriege der USA schien nun mehr als gegeben. Und dieser >Verteidigungskriege führte im Pazifikraum bekanntermaßen zu dem amerikanischen Abwurf der Atombomben von Hiroshima und Nagasaki am 6. und 9. August 1945. Im Geschichtsbild der US-Amerikaner (jedenfalls ihrer überwiegenden Mehrheit) stehen bis heute nicht die japanischen Opfer im Vordergrund der Betrachtung. Vielmehr folgt man der Meinung von US-Präsident George Bush sen., der 1991 zum 50. Jahrestag von Pearl Harbor sagte, diese Atombomben hätten »Millionen von Leben gerettet«.13 Doch es waren damit nur die Leben von US-Soldaten gemeint.

Matthias Gallas

¹² Zitiert nach: George Morgen-STERN, *Pearl Harbor*, aaO. (Anm. 6), S. 299 f.

13 Zitiert nach: Ferdinand KNAUSS, »Ein Experiment mit 70.000 Toten«, in: Zeit online, 20. 8. 2009. URL: http:// www.zeit.de/ online/2009/35/ atombombehiroshima

Bewohner Caens winkten Amerikanern nicht zu

In einer Buchbesprechung¹ wurde über den Einmarsch der Alliierten in der französischen Stadt Caen am 9. Juli 1944 nach wochenlangem Kampf behauptet: »Doch beim Einrücken der Befreier standen die Überlebenden vor den rauchenden Trümmern und winkten den Engländern und Amerikanern freundlich zu.«



Luftbild vom Bombenangriff auf Caen, 6. Juni 1944.

Doch das ist falsch. Die Franzosen fühlten sich nicht befreit und begrüßten die Alliierten auch nicht als Befreier. Richtig ist das Gegenteil, was ein Zeitzeuge, der damals in Caen als deutscher Soldat lag, erlebte. Er schreibt darüber:2 »Als Zeitzeuge bei Caen habe ich die Dinge anders in Erinnerung. Am 7. Juli 1944 lagen wir in Venoix, einem Vorort von Caen, in einer Häusergruppe, ebenerdig, die sich auf einer kleinen Anhöhe befand. Von dort konnte man Caen überschauen. Gegen 22 Uhr näherten sich Bombenflugzeuge, etwa 500 an der Zahl, mit entsprechendem Jagdschutz, in geringer Höhe. Nach Alliierten-Angaben warfen sie 2500 Tonnen Bomben ab. Die Wirkung unter der Zivilbevölkerung war fürchterlich. Die 8,8-Flak der Hitlerjugend-Division schoß einen Bomber ab, der sich nun mit seiner Bombenlast auf die von uns etwa 300

Meter entfernte Flak-Stellung stürzen wollte, diese aber verfehlte. Nachdem dieser Bomber in der Luft brannte, sprangen die Zivilisten in unserer Nähe aus ihren Unterständen und klatschten frenetisch Beifall und riefen meurtriers (Mörder).

¹ Henning Schlüter in Besprechung des Buches von Richard Holmes, War Walks – From Agincourt to Normandy« in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 4. 1. 1997. ² Traugott Schmidt, Wetzlar, Leserbrief »Wie Caen von den Alliierten befreit wurde«, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 13. 1. 1997.

³ Von anderen Stellen werden bis zu 15 000 Opfer der wochenlangen Bombardierung Caens angegeben. Siehe Rolf Kosiek u. Olaf Rose (Hg.), *Der Große Wendig*, Grabert, Bd. 1, Tübingen ⁵2011, S. 842.

Bewohner Caens winkten Amerikanern nicht zu



Caen: Der Platz Saint-Pierre nach der Schlacht von Caen.

Der Oberbürgermeister von Caen, Jean-Marie Girault, der als Kind diesen Bombenangriff erlebt hat, lud mich zur Veranstaltung am 6. Juni 1994 ein. Dieses Schauspiel, an dem alle Staatsoberhäupter der Alliierten teilgenommen haben, unterschied sich kraß von den am Morgen vorausgegangenen Gedenkfeiern an den jeweiligen Landungsstränden, diese waren quasi Siegesfeiern. Jene Veranstaltung nannte sich Im Namen der Menschheits und fand im Friedensmuseum in Caen statt. Es wurden keine Reden gehalten. . . Auf den Zufahrtstraßen zu jener Veranstaltung hingen gelbe Plakate an Häuserwänden. Sie hingen noch Wochen später, ohne daß sie entfernt wurden, mit folgendem Text: In den Nächten vom 6. auf den 7. Juni und vom 7. auf den 8. Juli 1944 bombardierten die Alliierten Caen, zerstörten dabei ungefähr 90 Prozent der Wohngebäude der Stadt und töteten mehr als 2000 Einwohner.³ Diese Bombardements hatten keinerlei strategischen Nutzen. Vorbeigehender, gedenke all jener sinnlos gemordeten Märtyrer, Opfer der kriminellen Gewissenlosigkeit der Angloamerikaner.«

Im übrigen hing am Platz vor dem historischen Rathaus in Caen außer der Fahnen der ehemaligen Alliierten die deutsche Flagge: Als Deutscher wurde ich überall freundlich begrüßt, was man von den Amerikanern, Kanadiern und Briten gerade nicht sagen konnte. So sah die Wirklichkeit aus.«

Der Franzose Philippe GAUTIER schrieb, den deutschen Zeitzeugen bestätigend, in seinem Buch:⁴ »Als die ersten Kanadier in Caen einmarschierten, das unendlich mehr geplagt worden war als Paris, wurde ihnen von den Franzosen ins Gesicht gespuckt.«

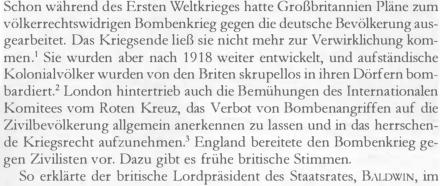
Rolf Kosiek



Jean-Marie GIRAULT.
Der damals Achtzehnjährige gehörte
zu den Rettungskräften des Roten Kreuzes in Caen.

⁴ Philippe Gautier, Deutschenangst – Deutschenhaß, Grabert, Tübingen 1999, S. 11.

Frühe alliierte Stimmen zum Luftkrieg



Londoner Unterhaus am 10. November 1932 auszugsweise:4

»Nach meiner Ansicht wird die Abrüstung nicht den Krieg aufhalten. Ich glaube, es ist für den Mann auf der Straße gut zu wissen, daß es keine Macht der Erde gibt, die ihn davor schützen kann, bombardiert zu werden. Was man ihm auch sagen möge, der Bomber wird immer durchkommen, und das ist sehr einfach zu verstehen, wenn man die Weite des Raumes bedenkt. Ich habe gesagt, daß jede Stadt in der Reichweite eines Flugplatzes mit Bomben beworfen werden kann. Die einzige Verteidigung ist der Angriff, d. h. also, man muß mehr Frauen und Kinder töten als der Feind, wenn man sich selber schützen will.«

In einer Niederschrift über eine Sitzung des Obersten Rates in London mit den Spitzen der französischen und britischen Regierung und des Generalstabes am 17. November 1939 heißt es:5

Der britische Premierminister CHAMBERLAIN habe zum »wirksamsten Gebrauch« der englischen Luftwaffe erklärt: »Der britische Luftwaffengeneralstab hat für die Verwendung seiner Langstreckenbomber einen Plan zur Zerstörung des Ruhrgebietes ausgearbeitet. . . Es wäre offensichtlich unmöglich, den Verlust menschlichen Lebens unter der Zivilbevölkerung zu vermeiden, so niedrig die Flugzeuge auch flögen und so genau sie ihren Bombenwurf durchführten.«

Frankreichs Ministerpräsident DALADIER werde es »bei weitem vorziehen, den Deutschen die Initiative und die Verantwortung, als erste mit der Bombardierung der Industriegebiete begonnen zu haben, zu überlassen, so daß sie die ersten sind, die Städte und Fabriken angreifen, Frauen und Kinder treffen.«

Im Laufe des Zweiten Weltkrieges traten dann Erklärungen der für den Luftterror gegen die Zivilbevölkerung verantwortlichen Politiker und Militärs, wie Churchill, Lindemann und Harris, hinzu. Rolf Kosiek



Stanley BALDWIN.

1 Vgl. Rolf Kosiek u. Olaf Rose, Der Große Wendig, Bd. 1, Grabert, Tübingen 52011, S. 830. ² Ebenda.

³ Ebenda, S. 436 ff.

⁴ Deutsches Weißbuch 1940 (mit in Frankreich erbeuteten Dokumenten), Nr. 3, S. 22. ⁵ Ebenda, Nr. 69,

S. 104-109.

Coventry war nicht der Anfang vom Bombenterror

Am 14. November 1940 flog die deutsche Luftwaffe einen Bombenangriff gegen die Waffenbetriebe der englischen Rüstungsstadt Coventry, die insbesondere das Zentrum des britischen Flugzeugbaus war. Bei dem Angriff kamen 380 Personen von den rund 220000 Bewohnern ums Leben. Weltweit wird bis in die Gegenwart dieser deutsche Angriff als Beginn des Bombenterrors auf Zivilisten hingestellt und damit fälschlich den Deutschen die Schuld an der Ausweitung der Terrorangriffe auf Zivilisten aus der Luft zugeschoben. 1 So schrieb der Kölner Stadtanzeiger anläßlich der Einweihung der neu aufgebauten Kathedrale von Coventry Ende Mai 1962:² »Alles fing hier an. Hier rollte die Feuerwalze zum ersten Male. . . Die Welt aber nahm den Luftangriff von 1940, die Vernichtung der alten Kathedrale, als Zeichen deutscher Barbarei. Coventry wurde zum Symbol des Hasses.« Zur Erinnerung daran, daß am 29. März 1942 die Stadt Lübeck in ein Flammenmeer versetzt worden war, schrieb das Hamburger Abendblatt³ zur 20jährigen Wiederkehr dieses Angriffes: »Britische Bombengeschwader haben in der Nacht zum Palmsonntag 1942 als Antwort auf die Zerstörung von Coventry zu einem besonders schmerzhaften Gegenschlag ausgeholt.« Zum 50. Jahrestag am 14. November 1990, an dem Bundespräsident Richard von Weizsäcker den Feierlichkeiten in Coventry neben der englischen Königinmutter beiwohnte, die später ein Denkmal für den Bomber-Harrise einweihte, schrieb das Schwäbische Tagblatt von »der Rache der Alliierten« und schob den deut-

schen Fliegern von Coventry die Schuld für die folgende Entwicklung zu: »Ihre Bombenangriffe lösten in den Folgejahren die furchtbaren Gegenschläge der Alliierten aus.«⁴ Churchill bei einer Versammlung im Sommer 1940. »Ein gewaltiges Feuer in seinem eigenen Hinterhof«, schwor der Brite im Juni 1940, werde Hitlers Kontinentalreich in den Rückzug nach innen schicken. »Wir werden Deutschland zu einer Wüste machen, ja, zu einer Wüste.«



¹ Beispiele in: Rolf Kosiek u. Olaf Rose (Hg.), *Der Große Wendig*, Bd. 1, Grabert, Tübingen ⁵2011, S. 836 f.

² Zitiert in: *National-Zeitung*, 1. 6. 1962.

³ Hamburger Abendblatt, 29. 3. 1962.

⁴ Schwäbisches Tagblatt, 14. 11. 1990.

Coventry war nicht der Anfang vom Bombenkrieg

Doch das ist falsch und vertauscht Ursache und Wirkung, und zwar gleich in mehrfacher Hinsicht. Seit dem 1. September 1939, verstärkt seit CHURCHILLS Amtsantritt als Premierminister am 10. Mai 1940, hatten bereits Dutzende von britischen Luftangriffen auf deutsche Städte ohne Waffenbetriebe, also auf Zivilisten, stattgefunden, ohne daß zunächst die Reichsregierung mit gleichem Maßstab zurückgeschlagen hätte. Erst ab 5. September 1940 hatten deutsche Flieger Bomben auf Industriebetriebe und Hafenanlagen in London geworfen,⁵ nachdem Reichskanzler HITLER am 4. September 1940 in einer Rede bei weiteren britischen Terrorangriffen Vergeltung angedroht hatte. Berlin wurde bis dahin schon mehrere Male angegriffen. Zum anderen war Coventry eine große Rüstungsschmiede, deren Waffenfabriken über die ganze Stadt verstreut lagen. Die deutschen Flieger hatten, wie Generalfeldmarschall KESSELRING im Nürnberger Prozeß aussagte,6 auf ihren Zielmappen die einzelnen Rüstungsbetriebe der Stadt eingezeichnet und sollten diese angreifen. Drittens hatte Großbritannien bereits 1919 die Luftwaffe aus dem Heer ausgegliedert und seit Mitte der dreißiger Jahre des vorigen Jahrhunderts eine Bomberflotte aufgebaut und eine Strategie zur Vernichtung deutscher Städte aus der Luft erarbeitet, die nun von Churchill skrupellos angewandt wurde.

Der damalige britische Unterstaatssekretär im Luftfahrtministerium, J. M. Spaight, führte in seinem Buch Bombing vindicated aus, und er mußte es ja am besten wissen: »Wir begannen, Ziele in Deutschland zu bombardieren, ehe die Deutschen das in England taten. Das ist eine historische Tatsache, die auch öffentlich zugegeben worden ist. Wir wählten damit den besseren, aber härteren Weg. Wir verzichteten, indem wir die deutschen Städte zerschlugen, auf das Privileg, unsere Städte intakt zu erhalten. Wir brachten London zum Opfer dar, denn die Vergeltung war gewiß. Es ist keine absolute Gewißheit, aber doch sehr wahrscheinlich, daß die Deutschen London und das Industriegebiet nicht angegriffen hätten. Deutschland bemühte sich um ein Stillhalteabkommen im Bombenkrieg, so oft sich die leiseste Chance zu bieten schien.«⁷ Und er gibt eine Äußerung des Luftmarschalls HARRIS, des Oberbefehlshabers des britischen Bomber-Command, an, daß die ersten britischen Bomben am 11. Mai 1940 auf deutschen Boden fielen.⁸ Vereinzelte Angriffe flogen die Briten bereits seit Beginn des Krieges.

Spaight erklärte weiter wahrheitswidrig am 11. März 1943 im britischen Unterhaus: »Ich versichere, daß wir die deutschen Frauen und Kinder nicht absichtlich bombardieren. Wenn in Verfolgung unseres Zieles die deutsche Zivilbevölkerung leiden muß, ist es nicht unsere Schuld.«⁹ In Wirklichkeit wollten die verantwortlichen Personen für den britischen Luftkrieg nach dem Lindemann-Plan möglichst viele Zivilisten ermorden. Das erwies sich durch den verstärkten Luftterror ab 1942. Rolf Kosiek

⁵ Günter ZEMELLA, Moral Bombinga. Die Chronologie des Luftterrors 1939– 1945, Grabert, Tübingen 2006, S. 6. ⁶ Albert KESSEL-RING, Soldat bis zum letzten Tag, Athenäum, Bonn 1953, S. 106.

⁷ J. M. Spaight, Bombing vindicated, London 1944, S. 68 f.

⁸ Ebenda, S. 69.

⁹ Ebenda, S. 111.

Englische Bomber gegen Industriestädte

Spätestens seit Mitte der dreißiger Jahre des vorigen Jahrhunderts liefen in Großbritannien und den USA die Vorbereitungen für den geplanten

Bombenkrieg gegen Deutschland.

Dieser im Zweiten Weltkrieg durchgeführte Luftkrieg gegen die feindliche Bevölkerung wurde nicht von Deutschland, sondern nach eigenen Aussagen von den Briten begonnen. Er wurde völkerrechtswidrig und gnadenlos seit dem 10. Mai 1940, als Winston Churchill Premierminister wurde, durchgeführt. Die Androhung verschärften Bombenterrors versuchte England, durch Flugblätter zu begründen, die ab Herbst 1943 an die deutsche Bevölkerung gerichtet waren und über dem Reichsgebiet abgeworfen wurden.

Als Beispiel soll nachfolgend der Text eines solchen Flugblattes wiedersassehen wurden 2

dergegeben werden.²

»An die Bevölkerung der deutschen Industriegebiete

Am 10. Mai 1942 hat Premierminister Churchill alle deutschen Städte, in denen sich die Rüstungsfabriken der deutschen Kriegsmaschine befinden, öffentlich zum Kriegsgebiet erklärt und die deutsche Zivilbevölkerung aufgefordert, diese Städte zu verlassen.

Diese Warnung ist der Bevölkerung der deutschen Industriegebiete von der deutschen Regierung verschwiegen worden. Die deutsche Regierung hat es auch über ein Jahr lang in verbrecherischer Weise unterlassen, hinlängliche Vorkehrungen zur Evakuierung der Bevölkerung aus diesen Gebieten zu treffen. Die Folgen fallen auf das Haupt der deut-

schen Regierung.

Der Verlauf unserer Luftoffensive in den Sommermonaten des Jahres 1942 hat gezeigt, daß die Luftwaffe nicht in der Lage ist, selbst das verhältnismäßig kleine Gebiet West- und Nordwestdeutschlands zu schützen, das in den kurzen Sommernächten von England aus erreichbar ist. Jetzt erweitert sich mit dem Längerwerden der Nächte der Angriffsbereich der RAF allwöchentlich um 100 Kilometer. Binnen kurzem wird fast das ganze Reichsgebiet innerhalb dieses Bereichs liegen. Das bedeutet eine weitere Zersplitterung der bereits unzulänglichen Verteidigung. Sämtliche deutschen Industriegebiete sind wehrlos.

¹ So vom britischen Luftstaatssekretär J. M. Spaight in seinem Buch *Bombing vindicated*, 1944: »Wir haben angefangen, Ziele auf dem deutschen Festland zu bombardieren, bevor die Deutschen begannen, Ziele auf dem britischen Festland zu bombardieren. Das ist eine historische Tatsache.«

² Aus: Mensch und Maß, 9. 3. 1991, S. 210 f.

Englische Bomber gegen Industriestädte

Es ist unser fester Entschluß. die Industrien der deutschen Kriegsmaschine zu vernichten, und wir besitzen die Mittel, diesen Entschluß durchzuführen. Wir werden unsere Angriffe so lange fortsetzen und steigern, bis jede Kriegsproduktion in Deutschland aufgehört hat. Nur die bedingungslose Kapitulation der Regierung HITLER kann diesem Prozeß ein Ende

Solange diese bedingungslose Kapitulation nicht erfolgt ist, stellen sämtliche deutschen Industriestädte einen Kriegsschauplatz dar. Jede Zivilperson, die sich auf diesem Kriegsschauplatz aufhält, läuft selbstverständlich ebenso Gefahr, ihr Leben zu verlieren, wie jede Zivilperson, die sich unbefugt auf einem Schlachtfeld aufhält.

Was die Frauen und Kinder betrifft, so haben sie auf einem Schlachtfeld nichts zu suchen. Was die Belegschaften der Rüstungswerke selbst betrifft, so sind sie in der Lage von Soldaten einer Armee, deren Verteidigung zusammengebrochen und deren Vernichtung unvermeidlich ist. Soldaten in solcher Lage können ohne Schmälerung ihrer Ehre den Kampf einstellen.

Wer diese Warnung mißachtet, hat sich die Folgen selbst zuzuschreiben.

London, 1. September 1943« Rolf Kosiek

Eine Botschaft des **Oberbefehlshabers** der Britischen Kampfflugzeuge an das deutsche Volk

OCH nie hat der Mann, der die Bombenangriffe auf eine Land leitet, eine Botschaft an die Bevölkerung dieses Landes gerichtet. Ich, Listeriarschalt Harris, Oberbefelhshaber der britischen Kampflugzeuge, die Deutschland angreifen, habe mich entschlossen, diese Botschaft an das deutsche Volk zu richten.

Wolk zu richten.
Wir in England haben zur Genüge erfahren, was Luflangriffe bedeuten. Zehn Monate hindurch hat uns eure Luftwaffe mit Bomben belegt. Zuerst bei Tage. Als wir das abgestellt hatten, kam sie bei Nacht. Ihr hattet damaße eine starke Luftwaffe. Eure Flieger schlugen siech gut. Zweiundneunzig Nachte hintereinander haben sie London gebombs: Coventry, Pjytioudil, Liverpool und andere brütsche Städte haben sie echner Liverpool und andere brütsche Städte haben sie echner het eine Start wird dabei ums Leben gekommen; viele historische B uten, die uns lieb und teuer waren, sind zerstört.

historische B uten, die uns lieb und teuer waren, sind zerstört.

Damals glaubtet ihr, — denn Göring hatte es euch versprochen — das ihr selber vor Bomben sicher seid. Und tatsächlich konnten wir nur mit wenigen Flügze gen antworten. Jetzt sind die Rollen vertauscht. Jetzt kommen nur ab und zu ein paar deutsche Maschinen zu uns; und wir bomben Deutschland nach

Noten.

Warum wir das tun?. Nicht a s Rachsucht — obwohl wir Warschau, Rotterdam, Belgrad, London, Ptymouth Coventy nicht vergessen. Wir bomben Deutschland, eine Stadt nach der andern, immer schwerer, um euch die Forführung des Krieges unmöglich zu machen. Das ist unser Ziel. Wir werden esunerbriticht verfolgem. Stadt für Stadt: Lübeck. Rostock. Köln, Emden, Bremen, Wilhelmshaven, Duisburg, Hamburg— und die Liste wird immer länger. Lasst euch von den Nazis mit ins Verderben reissen, wenn ihr wollt. Das ist eure Sache.

IST das Wetter gut, dann kommen wir bei Nacht. Schon jetzt fliegen tausend Bomber eine Stadt wie Köln an und zerstören innerhalb einer Sunde ein Brittel von ihr. Wir wissen das, denn wir haben die Luftaufnahmen. Ist der Himmel bewölkt, so kommen wir bei Tag und bomben eure Fabriken und Docks; Danzig, so weit entfernt es auch ist, werss Bescheid. Wir kommen bei Tag und bei Nacht; kein Teil des Reiches ist sicher. Reiches ist sicher.

Reiches ist sicher.

In Köln, im Ruhrgebiet, in Rostock, Lübeck oder Emden mag man der Ansicht sein, dass wir mit unsern Bombern schon allerhand geleistet haben. Wir sind anderer Ansicht. Was ihr bisher erlebt habt, wird nicht zu serzleichen sein mit dem was kommt, sobald unsere Produktion von Bombenflugzeugeners zu einem Strom anschwilt und die amerikanische sich verdoppelt und vervierfacht.

Ich möchte ganz offen darüber sprechen, ob wir

einzelne militarische Ziele angreisen oder ganze Städte

einzelne militärische Ziele angreisen oder ganae Städte. Selbstverständlich bomben wir lieber eure Fabriken. Docks und Eisenbahnen, das trifft Hilders Knegemaschine am schwersten. Aber die Arbeiter, die in diesen Werken beschätigt sind, wohnen dicht um sie her m. Deshalb fallen unsere Bomben auf eure Wohnhäuser und — auf euch.

Wir bedauern, dass das notwendig ist, Die Arbeiter des Dieselmotorenwerks Humboldt-Deutz in Köhn z.B., von denen eine Anzahl in der Nacht des 30. Mai umkam, mussten die Gefahren des totalen Knegs auf sich nehmen, genau wie die Soeleute unserer Handelsfotte, gegen welche die (mit Motoren von Humboldt-Deutz ausgerüsteten) U-Boote ihre Torpadon abgefeuert hätten. Waren die Arbeiter der Flugzeugwerke von Coventry, ihre Frauen, ihre Kinder meht auch "Zivilbevölkerung" ganz wie die Arbeiter der Rostocker Flugzeugwerke und deren Familien? Aber Hitler hat es so gewollt!

ES stimmt, dass eure Abwehr unseren Bombern Verluste zufügt. Eure Führer erzählen euch zu eurem Trost, diese Verluste seien so schwer, dass wir unsere Luftangriffe bald nicht mehr würden fortsetzen können. Wer das glaubt, wird bitter enttäuscht werden. leh, der die britischen Kampflügzeige befehligt, will euch sagen, wie gross unsere Verluste sind: nicht einmal 5 v. H. der Bomber, die wir über Deutschland schicken, gehen verloren. Eine solche Verlustrate kann kaum den ständigen Zuwachs verzögern, der durch die steigende Produktion unserer eigenen und der amerikanischen Fabriken sichergestellt ist.

MERIKA greift erst jetzt in Europa ein. Die ersten Geschwader, Vorläufer einer ganzen Luftflotte, sind aus U.S.A. in England eingetroffen Ist ac euch klar, was es bedeutet, wenn die auch Deutschland angreifen? Allein aus einem enzigen amerikanischen Betrieb, den neuen Fordwerken in Willow Run. Detroit, rollt schon piezt alle zwei Stunden ein neuer viermotoriger Bomber heraus, der wer Tonnen Borben nach jeder deutschen Stadt tragen kann. Und Willow Run ist nur ein Betrieb unter Dutzenden. An dese Anlagen könnt ihr nicht heran. Auch eur UBootte Können die amerikanischen Bomber nicht am Herüberkommen verhindern: denn die fliegew über den Atlantik.

Atlantik.

Bald werden wir jeden Tag und jede Nacht erscheinen bei Regen, Sturm und Schnee — wir und die Amerikaner. Ich war gerade acht Monate drüben, und so weiss ich genau, was bevorsteht. Wenn ihr uns dazu zwingt, werden wir das Dritte Reich von einem Ende zum andern heimsuchen. Ihr könnt uns nicht hindern, und ihr wisst das

ihr wisst das Ihr habt uns 1940 nicht schlagen können, als wir waffenlos waren und allein standen. Eure Führer waren dann so verriekt, auch noch Russland und Amerika anzugreifen (aber eure Führer sind eben verriekt.— das weiss die ganze Welt, ausser Italiein.) Wie könnt ihr jetzi auf einen Sieg hoffen, da wir, mit Russland und Amerika, immer stärker werden, während euch die Kraft mehr und mehr ausgeht? Nein, ihr habt keine Chance,

VERGESST Eines nicht; wie weit eure Armeen auch vormanschieren, sie können nie bis nach England kommen. Sie konnen sichon nicht herkommen, als wir waffenlos waren. Sie können siegen, soviel sie wollen. — den Luftkrieg müsst ihr dann immer noch mit uns und den Amerikanern ausfechten. Den könnt ihr nie gewinnen ha ber wir gewinnen ihn bereits.
Und nun noch ein letztes Wort:
Es steht bei euch, mit Krieg und Bomberei Schluss zu

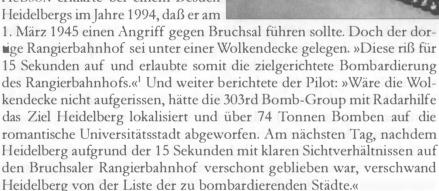
Und nun noch ein tetztes Wort: Es steht bei eine Mr. Krieg und Bomberei Schluss zu machen, Stürzt die Nazis, und ihr habt Frieden! Es ist nicht wahr, dass wir einem Rachefrieden planen. Dus ist eine deutsche Propagandalüge, Aber wir werden es ganz gewiss jeder deutschen Regierung unmöglich nachen, noch einmal einen totalen Krieg anzulangen,

Zufall rettet Heidelberg vor Terrorangriff

Aus dem Zweiten Weltkrieg ging Heidelberg als eine der wenigen größeren deutschen Städte, die nicht bombardiert wurden, unzerstört hervor.

In der Öffentlichkeit machte die Erklärung die Runde, daß die Amerikaner die Stadt nicht angegriffen hätten, weil sie später dort residieren und nicht in einer Trümmerwüste leben wollten.

Doch diese Begründung ist anscheinend falsch. Bis zum 2. März 1945 stand auch die Stadt am Nekkar auf der alliierten Liste der zu zerstörenden Ortschaften. Heidelberg hatte aber Glück. Der ehemalige Pilot der 303rd Bomb Group Glenn V. Hudson erklärte bei einem Besuch Heidelbergs im Jahre 1994, daß er am

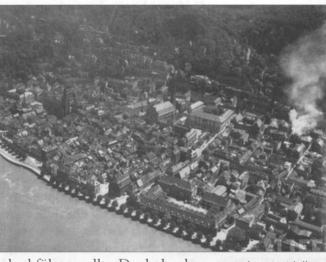


Hudson belegte seine Angaben mit einer Kopie des Einsatzbefehles Nummer 327 vom 1. März 1945 für die insgesamt 38 Fortress-Bomber, die dann am 2. März Chemnitz anflogen. Kommandeur der Bomber war ein Captain D. A. CALLAHAN.

Der Zufall hatte also für Heidelberg entschieden und die Bombenlast auf den Bahnhof in Bruchsal und dessen Umgebung abwerfen lassen. Heidelberg blieb unzerstört.

Die Amerikaner konnten dann in der romantischen Stadt ihr Hauptquartier für ihre Besatzungstruppen und später für die Bundesrepublik wie zeitweise für ganz Europa errichten

Rolf Kosiek



Neben Heidelberg blieben von den Großstädten Deutschlands nur Halle, Regensburg und Erfurt von Flächen-Bombardements verschont. Nur kleinere Luftangriffe in den Jahren 1944 und 1945 hatten geringe Schäden angerichtet. Dieses Luftbild, das den Brand in der ehemaligen Hindenburg-Schule vom 10. Mai 1945 dokumentiert. gibt einen Überblick über die unversehrte Altstadt.

¹ »Heidelberg im Glück«, in: *Rhein-Neckar-Zeitun*g, 14. 4. 1995, S. 3.

Alliierte Piloten wußten um Dresden-Massenmord

Der hunderttausendfache Massenmord vor allem an Zivilisten in Dresden vom 13. bis 15. Februar 1945 wird in der Öffentlichkeit in seinen Opferzahlen und in seiner Art und Weise meist heruntergespielt. Oft wird auch abgestritten, daß die alliierten Jäger mit ihren Bordwaffen auf einzelne Menschen in Dresden, die dem Inferno zu Fuß entkommen wollten, Jagd machten.¹

Dresden, 13. Februar 1945: Die Nacht des Gemetzels.

Dazu brachte Die Welt Auszüge aus einem Gespräch mit dem früheren Lancaster-Piloten Dave Davis, der mit 68 Jahren nach seiner Meinung der letzte überlebende Pilot des damaligen Terrorangriffs war.² Er flog einen Bomber in der ersten Welle auf Dresden. Der Zeitzeuge, der kaum einen Grund gehabt hätte, Falsches anzugeben, berichtete, daß Großbritannien seine Bomberpiloten vor dem Angriff über die Sachlage in Dresden informiert habe, daß dort große Massen von Flüchtlingen aus Schlesien und Verwundete zusammengepfercht waren. Dazu erklärte DAVIS: »Was wir in Dresden angerichtet haben, war ein Greuel. Schließlich standen die Russen schon 120 Kilometer vor Dresden.« Auf die Frage, ob sie vor dem Angriff gewußt hätten, daß Dresden voller Menschen war, antwortete Davis: »Man hat uns reinen Wein eingeschenkt. Am Tage vor dem Einsatz hatten wir ein Briefing. Dabei wurde uns gesagt, daß Dresden voller Flüchtlinge sei. Man sagte uns auch, daß die in vollem Rückzug begriffene deutsche Armee in der Stadt liege und wir ihre Verbindungslinien zerstören sollten.« Davis gestand, daß er sich nicht für einen Kriegsveteranen halte, der sich in dieser Nacht über Dresden mit Ruhm bedeckt habe.

Insbesondere bestätigte er auch, daß alliierte Jagdflugzeuge, die zum Schutz der Bomberflotte mit geflogen waren, auf einzelne Menschen mit ihren Bordwaffen Jagd machten: »Als ich erfuhr, daß deren (der dritten Welle) Jäger im Tiefflug aus ihren Bordkanonen Menschen niedermähten, die vor den Flammen flüchteten, wurde mir mulmig.« Nach diesem Erlebnis- und vielen deutschen Augenzeugen dürfte es unstrittig sein, daß die alliierten Jäger auch in Dresden Menschenjagd auf Zivilisten unternahmen.

Doch niemand der Alliierten wurde wegen dieser Kriegsverbrechen angeklagt. Bezeichnender Weise werden diese Untaten heute von deutschen Medien verharmlost.

Rolf Kosiek

¹ Siehe Richtigstellungen Nr. ?? und ?? in diesem Wendig-Band.

² heSAD »»Wir haben ein Greuel angerichtet«« in: Die Welt, 23. 2. 1990.

Alliierte bombardierten Rom

Die Westalliierten bombardierten im Zweiten Weltkrieg nicht nur deutsche Städte, sondern zögerten auch nicht, andere Hauptstädte Europas wie Paris und Rom trotz deren Kunstschätze anzugreifen. Obwohl Papst Pius XII. die beiden gegeneinander kämpfenden Parteien in deutscher und englischer Sprache aufgefordert hatte, die italienischen Orte mit wertvollen Kunststätten nicht mit Bomben zu belegen, was die Deutschen befolgten, führten die Westmächte Luftangriffe auf Rom durch. ROOSEVELT hatte die Bombardierung Roms befohlen, das von den Deutschen zur Offenen Stadt erklärt worden war und nicht verteidigt wurde. Die deutsche Flak schoß nicht über Rom, um mit den Trümmern nicht Kunstschätze zu gefährden. 27mal warfen dagegen die zynisch Liberators (Befreier) genannten Langstreckenbomber der Alliierten ihre Last über dem von den Deutschen nicht verteidigten Rom ab. In dem Sunday Dispatch gab H. G. H. Wells für die angelsächsische Welt die Geisteshaltung der Alliierten über die europäischen Kunstwerke an: »In diesem ganzen Gebiet gibt es, mit Ausnahme vielleicht der leicht wegzuschaffenden Manuskripte, nicht einen einzigen Kunstschatz, der nicht vollständig vernichtet werden kann, wobei dem Erbe der Menschheit an schöneren Dingen nicht die geringste Einbuße angetan würde. Sie können kopiert werden, einschließlich der Patina!«1

Für die deutschen Soldaten wurde Rom gesperrt, und sie mußten einen weiten Umweg um die Ewige Stadte machen, um zur südlicher gelegenen Front zu kommen. Nur deutsche Lastwagen mit der Aufschrift »Pane per Roma« (Brot für Rom) fuhren auf der Via Flaminia und der Via Salaria in die Stadt, da die Wehrmacht die Versorgung und die Aufrechterhaltung der Ordnung in Rom durch besondere Einheiten übernommen hatte. Noch im Mai 1944 überbrachte eine Delegation römischer Damen bezeichnenderweise dem deutschen Stadtkommandanten den Goldenen Schlüssel der Ewigen Stadt, und man wollte ihn zum Conte die Romae machen, was er mit viel Diplomatie umgehen konnte. Beim Einzug der Amerikaner in Rom versteckten manche römische Familien trotz eigener Gefahr deutsche Gäste.

Alles das beweist, wie sauber und anständig sich die Deutschen in Italien benommen hatten. Erst in der Folgezeit konnten die an die Macht gekommenen Kommunisten das Bild der Deutschen in Italien verschlechtern.



¹ Dr. Al. Ph. Altmeyer, »Der Traum der schönen Crocerossina«, in: Wildente, Nr. 10, August 1955, S. 22 ff.



Am 20. Juli 2013 gedachte Papst Franziskus der 1500 Menschen, die bei einem alliierten Bombenangriff auf den Stadtteil Roms San Lorenzo ums Leben kamen.

SS rettete Hunderte britischer Verwundeter

Es wird allgemein als Tatsache anerkannt, daß Teile der Invasionstruppen der Alliierten, vor allem die kanadischen Truppen, 1944 keine Gefangenen machten, sondern die gefangenen Deutschen, auch Verwundete, besonders Angehörige der Waffen-SS, gleich erschossen. Solches geschah mit voller Billigung der Vorgesetzten. Das war gegen das Kriegsrecht und ein Kriegsverbrechen, für das aber keiner der Schuldigen herangezogen wurde.

Ein Beispiel für die Afeine englische Arta ist die Erklärung des britischen Captain Willis L. Rowe 1946: »Wir gingen in den Kampf mit der Haltung, daß wir uns niemals gefangen nehmen lassen würden und daß wir verdammt wenige Gefangene machen werden. Wir betrachteten deutsche Gefangene mit Feindseligkeit und Verachtung. Deutsche, die sich ergaben, ohne zu kämpfen, wurden geschont, obwohl wir diese verachteten, diejenigen, die kämpften bis zum Ende, wurden gewöhnlich getötet, wenn sie einen der Unseren getötet hatten. Die Deutschen auf der anderen Seite behandelten uns höflich, nachdem wir uns ergeben hatten, sogar dann, wenn wir über ihre Toten und Verwundeten schritten, wenn wir aus einem Keller kamen. Sie zeigten sogar eine gewisse Kameradschaft gegen uns als Frontsoldaten.«¹ Der deutsche General Gottlob Berger kommentierte das mit: »Kein noch so fanatischer deutscher Offizier hätte je so etwas Ungeheuerliches geschrieben.«²

Die Verletzung der Haager Landkriegsordnung wurde sogar bei den Westalliierten von oben angeregt. In einem im Zweiten Weltkrieg von Deutschen aufgefundenen englischen geheimen *Handbook of modern irregular warfare* heißt es: »Die Zeiten, in denen wir die Regeln des sportlichen Wettkampfes anwenden konnten, sind vorüber. Jetzt muß jeder Soldat zugleich auch Gangster sein und muß, wenn nötig, ihre Methoden anwenden.«³

In der deutschen Wehrmacht kam das Erschießen gefangener gegnerischer Soldaten bis auf Ausnahmen nicht vor. Im Gegenteil, die deutschen Soldaten retteten feindliche Gefangene und Verwundete, wie an folgendem Beispiel aufgezeigt sei.⁴

Nachdem am 10. September 1944 US-General EISENHOWER und der britische General MONTGOMERY in Brüssel beschlossen hatten, durch Luftlandetruppen bei Arnheim einen Brückenkopf über den Rhein zu bilden (Operation Market Garden), landeten am 17. September 1944 allierte Luftlandeeinheiten bei Nimwegen, Eindhoven und Arnheim. Die Deutschen waren überrascht worden. Der Hauptlandung bei Arnheim

¹ Captain Willis L. ROWE, »Ethics of Surrender«, in: *Infantry-Journal 1946*; zitiert in: Robert KÜBLER, *Chef* KGW, Askania, Lindhorst 1984, S. 61 f.

² Gottlob Berger in: ebenda, S. 61.

³ Zitiert in: ebenda, S. 93.

⁴ Ausführlicher Bericht in: »Waffen-SS rettete Tausende britische Verwunderte«, in: *Deutscher Anzeiger*, 26. 10. 1984, S. 3 u. 6.

SS rettete Hunderte britischer Verwundeter



Am 17. September 1944 sprangen rund 9000 britische und polnische Fallschirmjäger zwischen Eindhoven, Nimwegen und Arnheim in Holland ab. Ziel war die Sicherung der Übergänge über den Niederrhein und ein schneller Vorstoß Richtung Nordwestdeutschland und Ruhrgebiet.

konnten die Deutschen zunächst nur geringe Kräfte vom II. SS-Panzerkorps >Hohenstaufen(unter SS-Obergruppenführer Wilhelm BITTRICH und vom II. Luftnachrichten-Regiment 213 unter Hauptmann WEBER entgegensetzen. Daher hatten die Briten zunächst einige Tage Erfolge zu verzeichnen. Danach gerieten sie jedoch bei Arnheim im Kessel von Oosterbeek in eine ungünstige Lage. Nach britischen Aussagen hatte ihre dann schnell von den Deutschen eingekesselte 1. Luftlandedivision bis zum 26. September von eingesetzten 10095 Mann bereits 7605 Verluste an Toten, Verwundeten und Vermißten. Schon bis zum 22. September 1944 war die Zahl britischer Verwundeter so groß geworden, Obersturmbannführer daß die anwesenden englischen Ärzte überfordert waren. Deswegen war Walter Harzer (1912nach englischer Darstellung der Leitende Sanitätsoffizier der Briten, Colonel Dr. Graeme WARRACK, mit Genehmigung seines Divisionskommandeurs zu den deutschen Verteidigern gekommen, um die Lage zu schildern und Abhilfe zu organisieren. Er sei vom deutschen 1. Generalstabsoffizier der 9. SS-Panzerdivision, ›Hohenstaufen‹, Obersturmbannführer Walter HARZER, empfangen worden, der erklärte: »Ich bin sehr traurig, daß sich dieser Kampf zwischen unseren Völkern abspielt. Sicher werden wir Ihnen bei Ihrem Verwundetenproblem helfen.«⁵ Dann sei zunächst eine zweistündige Feuerpause vereinbart worden, während der britische Jeeps und deutsche Sanitätsfahrzeuge die Verwundeten aus dem Kampfgebiet bringen konnten.



1982).

⁵ Ebenda zitiert.

SS rettete Hunderte britischer Verwundeter



Nach deutscher Version sprach am 23. August Harzer seinen Divisionsarzt, Hauptsturmführer Dr. Egon SKALKA, auf die vielen britischen Verwundeten an und schickte ihn in den Kessel, um Einzelheiten über eine Feuerpause zu bespre-

Insgesamt wurde über 100 britischen und polnischen Soldaten geholfen. Die Hilfe dauerte bis zur Aufgabe der Eingekesselten.

chen. Am 24. September fuhr dieser mit Rote-Kreuz-Fahne zu den Briten und bot

dem englischen Divisionsarzt Colonel Dr. WARRACK Hilfe an, der das deutsche Angebot anhörte und seinem Divisionskommandeur weitergab. Nach Einholung der Genehmigung und Fahrt beider Ärzte zum Hauptquartier der deutschen SS-Division wurden dort Feuerpausen vereinbart, während derer Hunderte britischer Verwundeter zwischen dem 24. und dem 26. September geborgen und in deutschen Stellen versorgt wurden. Vielen wurde so das Leben gerettet.

Es kann auch sein, daß die Initiative zu der Rettungsaktion überhaupt von Harzer ausging, der Dr. Skalka zu den Briten sandte, ohne daß vorher Dr. Warrack bei ihm war.

Nach dem Ende der für die Deutschen siegreichen Schlacht um Arnheim erhielt Dr. Skalka von Dr. Warrack ein Schreiben, in dem es hieß: »2. Oktober 1944. Ich möchte hiermit meinen Dank und meine Anerkennung für die äußerst wirksame Art aussprechen, in der die deutschen Sanitätsdienste mehr als 2200 Verwundete der 1. LL-Division während der Zeit vom 24. bis 26. September 44 aus dem Raum von Oosterbeek evakuierten. Der deutsche Sanitätsdienst arbeitete Tag und Nacht, zeitweise im Feuer beider Fronten. Er beendete seine Arbeit erst, als die Dunkelheit am 26. 9. einbrach, an dem alle britischen und deutschen Verwundeten in Sicherheit waren. Apeldoorn, Holland, gez. Warrack, Colonel.«6

Ähnlich schrieb auch Major (Oberstabsarzt) LONGLAND, Chefarzt des britischen St. Elisabeth Krankenhauses/Feldlazarett Arnheim an Dr. SKALKA: »Ganz England wird Ihnen für diese Hilfsaktion danken.«⁷

Von deutschen Medien wurde diese deutsche Tat allerdings kaum jemals erwähnt. Der Dank an die selbstlosen Helfer sah allerdings dann anders aus: Dr. SKALKA und Obersturmbannführer HARZER mußten nach 1945 mehrere Jahre in Lagern der Alliierten schmachten.

Rolf Kosiek

⁶ Ebenda zitiert.

⁷ Allgemeine Literatur zu der Hilfeleistung: W. TIEKE, Im Feuersturm letzter Kriegijahre, Osnabrück 1975; Cornelius Ryan, Die Brükke von Arnheim, Frankfurt/M. 1975; FARRAR-HOCKLEY, Airborne Carpet,



SS-Hauptsturmführer Dr. Egon Skalka. Er wurde nach 1945 unter anderem in dem englischen Zuchthaus Werl interniert.

Griechischer Dank an vorbildliche Wehrmacht

Seit Jahren ist es üblich geworden, die Angehörigen der Deutschen Wehrmacht herabzusetzen und sie als Verbrecher zu diffamieren. Insbesondere die Anti-Wehrmachtausstellung von Heer-Reemtsma hat das Bild von den deutschen Soldaten verschlechtern sollen. Deswegen seien Beispiele genannt, in denen Ausländer das tadellose Benehmen der deutschen Soldaten hervorhoben. Mit Schreiben vom 2. Mai 1941 ging »Seiner Exzelllenz dem Reichskanzler und Führer des deutschen Volkes, Adolf Hitler, Berlin«, das folgende Dankschreiben zu:

»Die griechische Bevölkerung der Stadt Grevena und Umgebung drückt Eurer Exzellenz persönlich und den tapferen deutschen Truppen und insbesondere den Kampffliegern tiefste und aufrichtigste Dankbarkeit aus für das tadellose und freundschaftliche Verhalten, das die deutschen Truppen gegen das waffenlose Volk gezeigt haben. Die Beauftragten der Stadt Grevena. Erzbischof Getvassios. Bürgermeister Johani Gudsias. Der Präsident der Anwaltskammer Demetrius Nojalis. Der Präsident der Handelskammer Deserfius Kantras.«

In einem Leserbrief im Februar 2005 in der *National-Zeitung* schrieb Dr. H. KATRAMPASAS, Athen, aus eigener Erfahrung: »Zum Leserbrief von Oberstleutnant a. D. W. HELD, Traunstein, der in der *National-Zeitung* vom 4. 2. 2005 erschien, möchte ich zwei Beispiele hinzufügen, die das ritterliche Benehmen der deutschen Besatzungskräfte in Griechenland im Jahr 1941 gegenüber unserer Bevölkerung bestätigen.

Am zweiten Tag der Besatzung kam mein achtzigjähriger Großvater nach Hause, und, völlig begeistert, erzählte er uns, daß ihm ein deutscher Offizier geholfen habe, aus der Straßenbahn zu steigen. Ich war damals 13 Jahre alt und konnte sehr gut verstehen, was um mich geschah.

Im selben Jahr war ich Augenzeuge, wie ein deutscher Offizier einen Italiener ohrfeigte, obwohl dieser auch zu den Besatzungskräften gehörte, weil er mitten auf der Straße eine griechische Dame belästigt hatte. Ich kann mich auch sehr gut erinnern, daß das Oberkommando der Wehrmacht jeden Tag durch den Rundfunk wiederholte, daß wir Deutsche als Freunde zu euch gekommen sinde. Aber die Alliierten und die Partisanen haben alles Mögliche getan, um diese Freundschaft zu beeinträchtigen.«

Nach ihrem Einmarsch in Athen stellte die deutsche Wehrmacht eine Ehrenwache vor dem dortigen Grabmal des Unbekannten Soldaten auf – wie auch schon 1939 in Warschau –, so daß dort zusammen ein griechischer und ein deutscher Soldat standen. Sofort nach dem Ende der Kampfhandlungen wurden die von der Wehrmacht gefangengenommenen Griechen nach Hause entlassen.«

Rolf Kosiek

10000 Deutsche für einen US-Piloten

Im Völkerrecht zur Zeit des Zweiten Weltkrieges war die Geiselnahme erlaubt. Es konnten bis zu zehnmal so viele Geiseln genommen werden. Wenn die US-Truppen im März 1945 bei Paderborn für einen versehentlich erschossenen US-General 110 deutsche Soldaten ermordeten, war das schon ein nicht mehr vom Völkerrecht gedecktes Massaker. Die Alliierten gingen aber noch über dieses Verhältnis hinaus, wenigsten in ihren Planungen.

So existiert eine Notiz des US-Stabschefs General MARSHALL an den US-Präsidenten ROOSEVELT vom 21. Januar 1944, die von Mitarbeitern der Zeitgeschichtlichen Forschungsstelle Ingolstadt in einem Washingtoner Archiv gefunden wurde. Das Papier betrifft alliierte Gegenmaßnahmen für den Fall, daß in Deutschland abgeschossene alliierte Flieger verurteilt wurden, und bezieht sich auf frühere Gespräche darüber. Es heißt darin:

»Entsprechend Ihrer (Roosevelts, R. K.) Note haben wir uns bemüht, zu einer Absprache darüber zu kommen, was die ›dramatischsten Maßnahmen‹ als ein durchführbares Vorhaben sein würden, die die Regierungen Großbritanniens und der Vereinigten Staaten ergreifen könnten. Es ist vorgeschlagen worden, daß wir einen Schlag gegen die Fortpflanzung des deutschen Volkes führen könnten, indem wir die Rückkehr seiner Männer nach dem Waffenstillstand hinauszögern. Durch ein solches Vorgehen würden wir große Massen von Menschen strafen, bei denen das Familiengefühl stark ist. Wenn glaubhafte Beweise erhalten werden sollten, daß die deutsche Regierung Prozesse gegen unsere Flieger wegen Kriegsverbrechen angestrengt hat, die angeblich durch Bombardierung von Zielen in Deutschland begangen wurden, könnten die britische und die amerikanische Regierung eine Erklärung etwa wie folgt herausgeben:

Nachdem die Regierungen Großbritanniens und der Vereinigten Staaten von der Absicht der deutschen Regierung erfahren haben, alliierte Flieger aufgrund von Anklagen wegen der Bombardierung von Zielen in Deutschland vor Gericht zu stellen, die fälschlich als Kriegsverbrechen bezeichnet werden, wird mit dem. . . eine feierliche Warnung an das deutsche Volk wie an seine militärischen und zivilen Funktionäre erlassen, daß die drastischsten Maßnahmen ergriffen würden, um dem deutschen Volk die Erkenntnis zu vermitteln, daß jegliche Behandlung von amerikanischen und britischen Gefangenen, die nicht in strikter Übereinstimmung mit den anerkannten Gesetzen der Kriegführung steht, für die Zukunft des deutschen Volkes todbringend sein würde.



Diese Warnung ist mißachtet worden, und die Regierungen Großbritanniens und der Vereinigten Staaten setzen nun die deutsche Regierung und das Volk Deutschlands in Kenntnis, daß für jeden infolge der vorgesehenen Prozesse verurteilten amerikanischen Flieger 10 000 deutsche Gefangene oder andere deutsche Männer, die später in Gewahrsam genommen werden, ausgewählt und im Anschluß an die Verhängung der Friedensbedingungen über eine Zeitdauer, wie sie die alliierten Regierungen für angemessen betrachten, festgehalten werden. Sollte die deutsche Regierung zusätzliche Verbrechen gegen alliierte Kriegsgefangene begehen, wird die Zeitdauer der Zurückhaltung entsprechend verlängert.

Diese Kriegsgefangenen werden irgendwo auf der Welt beschäftigt, wie es das Interesse der verschiedenen alliierten Nationen vorschreibt. Ferner wird nach Abschluß der Feindseligkeiten jede für diese Prozesse verantwortliche Person, einschließlich der Richter, verfolgt, vor alliierte Gerichte gezogen und entsprechend bestraft.«

Für Japan wurde eine ähnliche Abschreckungserklärung vorbereitet, die Verantwortliche für Verbrechen an US-Gefangenen mit »unbarmherziger Verfolgung« und Aburteilung drohte.

Dieser vorstehend angegebene Text sei mit dem US-Außenminister und dem Kriegsminister abgesprochen worden.

In der Tat wurde die angedrohte Zurückhaltung vieler deutscher Kriegsgefangener nach Kriegsende – auch ohne daß sich die Deutschen an den abgeschossenen anglo-amerikanischen Fliegern vergangen hatten – praktiziert. Sie wurden zu jahrelanger Sklavenarbeit nach 1945 gezwungen.

Rolf Kosiek

Westalliierte Flieger in deutscher Kriegsgefangenschaft im Zweiten Weltkrieg. Siehe Sonderausstellung »Privilegierte Lager?« im Militärhistorischen Museum der Bundeswehr, Flugplatz Berlin-Gatow, Juli 2013–September 2014.

Hinterließ die Wehrmacht 1944/45 in Norwegen >verbrannte Erde<?



Lothar RENDULIC.
Seit dem 28. Juni
1944 war er Befehlshaber der 20.
Gebirgs-Armee in
Finnland. Er leitete
im Winter 1944/45
den Rückzug der
deutschen Truppen
aus Finnland, im
sogenannten
Lapplandkrieg«.

¹ Lothar RENDULIC, Soldat in stürzenden Reichen, Damm, München 1965, S. 448.

² Ebenda, S. 374.

Der in der Öffentlichkeit von den Medien oft gemachte Vorwurf, daß die deutsche Wehrmacht in Norwegen beim Rückzug 1944 nur werbrannte Erdechinterlassen habe, ist pauschal genommen unberechtigt. Er wurde auch dem damals dort eingesetzten Oberbefehlshaber, Generaloberst Dr. Lothar RENDULIC (1887–1971), in dem gegen diesen und andere hohe Militärs ab 3. Juli 1947 inszenierten Kriegsverbrecherc-Prozeß gegen Generale in Südosteuropa gemacht. Von dieser Anschuldigung wurde RENDULIC, der mit dem Ritterkreuz mit Eichenlaub und Schwertern (18. 1. 1945) ausgezeichnet war, aber am 19. Februar 1948 bei seiner Verurteilung freigesprochen. Das Gericht war extra nach Nordnorwegen geflogen, um sich an Ort und Stelle von den Umständen selbst zu überzeugen.

Die historischen Tatsachen sind: Im Herbst 1944 mußte bei beginnendem Winter mit seinen langen Nächten die in der norwegischen Finnmark an der Eismeerfront gegen die Sowjets stehende deutsche Gebirgsarmee größtenteils über Land in beschwerlichen Märschen vor dem nachrückenden Gegner nach Süden zurückgeführt werden. Die Gefahr alliierter Landung bestand, die die Armee im Norden abgeschnitten hätte. Rendulte schreibt darüber: »Diese Verhältnisse veranlaßten den dritten und letzten Befehl, den ich für die Rückführung der Gebirgsarmee erhielt. Er ordnete an, daß die Bevölkerung aus dem norwegischen Gebiet nördlich des Lyngenfjords nach Südnorwegen abzutransportieren und daß alle Unterkünfte, die im Winter eine Voraussetzung für das Nachdrängen des Gegners bildeten, und die Verkehrseinrichtungen des freigemachten Gebietes zu zerstören seien. Ich hätte diese Maßnahmen auch ohne Befehl durchführen lassen, denn sie waren unerläßliche militärische Notwendigkeiten.«²

Über die Art und Weise, wie diese Evakuierung der rund 40 000 betroffenen Menschen aus dem nördlichsten Norwegen vonstatten ging und wie sich die Wehrmacht darum bemühte, das harte Los der Bewohner zu mildern, stellte RENDULIC fest: »Mit der größtmöglichen Schonung wurde die Bevölkerung, die in diesem gewaltigen Gebiet nur vierzigtausend Menschen umfaßte, evakuiert.

Für die Insassen der Lazarette und Altersheime wurden beheizte Sanitätskraftwagen der Armee eingesetzt und für den Seetransport geheizte Sanitätsboote. An den Einschiffungsstellen befanden sich beheizbare Baracken. Milchkühe standen für Kinder und alte Leute bereit. Wenn

Hinterließ die Wehrmacht in Norwegen werbrannte Erde?



Lothar RENDULIC (rechts) im Dezember 1944.

sich Personen der Evakuierung entzogen, wie eine Gruppe junger Norweger, die auf eigene Faust nach Schweden gelangen wollten und dabei im tief verschneiten Grenzgebirge erfroren, oder wenn andere, wie zum Beispiel in Kirkenes, sich verborgen hielten und später von norwegischen Streifen in einem bedauernswerten Zustand angetroffen wurden, so trifft hieran die Gebirgsarmee nicht die geringste Schuld.«³ An anderer Stelle hielt der Generaloberst fest, daß die den Evakuierten gewährte Verpflegung außergewöhnlich gut gewesen sei: »Ein Norweger hatte die Bemerkung gemacht, daß die Deutschen wohl einen Überschuß an Lebensmitteln haben müßten.«⁴

Nachdem schon Mitte Dezember 1944 die Evakuierung gelungen und ein Großteil der Truppen über den Lyngenfjord gelangt war, erwies sich Mitte Januar 1945 die Aufgabe als erfüllt: Die meisten deutschen Truppen hatten sich in einer vier Monate dauernden Rückzugsbewegung unter schwierigsten Verhältnissen zurückziehen können und den Lyngenfjord überquert, wo sie in eine neue Verteidigungsfront aufgenommen wurden.

Zu der rechtlichen Frage der Evakuierung der Bevölkerung aus Nordnorwegen und der Zerstörung der dortigen – teilweise erst in den Vorjahren von Deutschen aufgebauten – Infrastruktur wie Brücken und Straßen führte der Generaloberst aus: »Bei der Durchführung dieser unerläßlichen militärischen Notwendigkeit befand ich mich in voller Übereinstimmung mit dem in der Haager Landkriegsordnung ausgedrückten Kriegsrecht. Im Absatz 6 ihrer Einleitung heißt es, die Konvention sei angeregt durch den Wunsch, die Leiden des Krieges zu mildern, »soweit es die militärischen Notwendigkeiten gestatten« Der Absatz G) des Artikels 23 untersagt die Zerstörung und Wegnahme feindlichen Eigentums außer in den Fällen, in denen diese Zerstörungen und die Wegnah-

³ Ebenda.

⁴ Ebenda, S. 441.

⁵ Ebenda, S. 440 f.

Hinterließ die Wehrmacht in Norwegen »verbrannte Erde«?

me durch die Erfordernisse des Krieges dringend erheischt werden «⁵ Die Ankläger im Prozeß behaupteten ohne jede Kenntnis von der damaligen Lage, die Zerstörungen seien für die Rückführung der deutschen Truppen nicht notwendig gewesen. Sie behaupteten ebenso, daß bei der Evakuierung Hunderte von Toten zu verzeichnen gewesen seien.

Auch das ist falsch: Nicht ein einziges Todesopfer gab es bei der Evakuierung. Das stellte auch das Gericht zweifelfrei fest, was erheblich mit zum Freispruch für RENDULIC in den Anklagepunkten führte, die Nord-

norwegen betrafen.

Die schwedische und britische Presse griffen jedoch die unzutreffenden Vorwürfe begierig auf und forderten strenge Bestrafung. RENDULIC schrieb dazu: »Zum ersten Male bekam ich persönlich das Wesen zweckbewußter Lüge, die über die Mittel der Publizität verfügt, zu fühlen. Ich erkannte dabei, daß es sinnlos ist, sich in erklärende und richtigstellende Auseinandersetzungen einzulassen, und daß man lügenhaften Angriffen am besten die Verachtung entgegenbringt, welche diese niedrigste Form der Journalistik verdient.«

Daß Rendulic in dem Prozeß für Vorgänge auf dem Balkan, die er gar nicht zu verantworten hatte, zu zwanzig Jahren Haft verurteilt wurde, ist ein anderer Justizskandal, von denen es bei den Nürnberger Prozessen so viele gab.

Der Vorsitzende Richter in dem Prozeß gegen RENDULIC und andere, Charles Frederick WENNERSTRUM, gab drei Tage nach dem Prozeßende am 22. Februar 1948 der Chicago Tribune ein Interview, worin er ausführte: »Wenn ich vor sieben Monaten gewußt hätte, was ich heute weiß, wäre ich niemals hierher gekommen. Die hohen Ideale, die bei der Schaffung dieses Gerichtshofes als Leitgedanke verkündet worden sind, haben sich nicht erfüllt... Die Anklagebehörde zeigte keine Objektivität, frei von Rachsucht und Ehrgeiz. Die meisten Beweismittel waren Dokumente, die aus Zentnern erbeuteter Dokumente ausgewählt wurden. Die Verteidigung hatte nur Zutritt zu Dokumenten, welche die Anklagebehörde als belangvoll für den Prozeß erachtete. Der Hauptankläger, General TAYLOR, suchte die Anordnung des Gerichts, daß von einem Dokument nicht nur Auszüge, sondern das ganze Dokument der Verteidigung zugänglich gemacht werden müßten, zu vereiteln... Es wurden Juristen, Schriftführer, Vernehmer und Ermittler beschäftigt, die erst in den letzten Jahren Amerikaner wurden und die in den Haßgefühlen und Vorurteilen Europas befangen waren.«7

Die Frage ist, warum der Richter diese richtige Erkenntnis nicht vorher im Prozeß äußerte, warum er es nicht ablehnte, an solch einer Rechtsbeugung teilzunehmen, und warum er seine Meinung nicht in das Urteil einfließen ließ.

Rolf Kosiek

Ebenda, S. 375.
 Ebenda, S. 449.

Rom: Teile der 16. SS-

Reichsführer SSc auf

Panzer-Division

dem Weg an die

Front in Süditalien. Truppen dieser Divi-

son waren für das

Sant'Anna di Stazze-

ma am 12. August

Massaker von

Das Massaker von Sant'Anna di Stazzema 1944

Nach der Landung der Alliierten in Mittelitalien im Jahre 1943 gab es in Italien viele Partisanengruppen, die völkerrechtswidrig und heimtückisch gegen die deutschen Besatzungstruppen vorgingen und dann unter der Bevölkerung verschwanden, wobei sie keine Rücksicht auf die Zivilbevölkerung nahmen. Sie bedrohten die deutschen Nachschubwege für die Verteidigungsstellungen am Monte Cassino und später in der nördlicheren Goten-Linie. Die Bekämpfung der Partisanen war daher eine militärische Notwendigkeit, wie sie auch völkerrechtlich erlaubt war. Dazu gehörte auch der Rückgriff auf Geiseln aus der den Partisanen zuarbeitenden Bevölkerung. In der Nachkriegszeit wurden solche Bandenbekämpfungsmaßnahmen bei Deutschen als Kriegsverbrechen gewertet, die für die Teilnehmer an solchen Aktionen vor alliierten und deutschen Gerichten meist zur Verurteilung zu harten Strafen führten, obwohl sie völkerrechtlich vertretbar waren.

Vor einer solchen Aufgabe stand auch die 16. SS-Panzergrenadierdivision Reichsführer SS im August 1944 bei Sant'Anna di Stazzema in der Toskana in Italien. Dort waren Partisanen tätig, die den deutschen Truppen erhebliche Verluste zugefügt hatten.

Unter ihrem Divisionskommandeur Max SIMON erhielt die deutsche Einheit den Befehl, die Umgebung des genannten Ortes von Partisanen zu säubern. Es wurde ein Ultimatum an die Partisanen gerichtet, sich zu stellen, anderenfalls das Bergdorf Sant'Anna di Stazzema, aus dem Partisanen stammten, zerschossen werden würde. Das wurde von diesen nicht beachtet. Auch dem mehrere Tage vorher gegebenen Befehl zur Räumung des Ortes wurde nicht nachgekom-

en. 1944 verantwortlich.

men. So kam es am 12. August 1944 bei der Zerstörung des Ortes durch schwere Waffen zu einem Massaker in Sant'Anna di Stazzema. Nach italienischen Angaben auf dem zur Erinnerung an die Tat gebauten Beinhaus sollen dabei 560 Opfer zu beklagen gewesen sein, auch Frauen und Kinder. Nach genauen Untersuchungen kam der Lokalhistoriker Guiseppe Bertelli im Jahre 1997 auf bis zu 306 Toten. Bezeichnend ist,

¹ Siehe »Keine geplante Vernichtungsaktion«, in: *National-Zeitung*, 12. 10. 2012.

Das Massaker von Sant' Anna di Stazzema 1944

The state of the s

Max SIMON (1899–1961), SS-Gruppenführer und Generalleutnant der Waffen-SS im Zweiten Weltkrieg.

² Frankfurter Allgemeine Zeitung, 5. 10. 2012.

Sant'Anna di Stazzema: Blick auf Häuser des Ortes von der Kirche aus gesehen (links oben das Mahnmal, links Museum der Resistenza). Foto: Wikipedia. daß die Zahlen von Deutschen getöteter Opfer immer in der Öffentlichkeit vergrößert werden, um die deutsche Schuld zu vergrößern.

Der Divisionskommandeur SIMON wurde 1947 von einem britischen Militärgericht in Padua wegen mehrerer Anklagepunkte zum Tode verurteilt, aber schon nach wenigen Monaten zu Haft im Zuchthaus Werl in Westfalen begnadigt, aus der er 1954 entlassen wurde. Am 22. Juni 2005 verurteilte das italienische Militärgericht in La Spezia zehn Angehörige der Division als Beteiligte an dem Massaker in Abwesenheit zu lebenslanger Haftstrafe.

Über diese Tat entschied auch am 1. Oktober 2012 die Staatsanwaltschaft Stuttgart. Sie kam nach jahrelangen Ermittlungen zu dem Ergebnis, daß nach ihren Erkenntnissen fast siebzig Jahre nach dem Geschehen kein hinreichender Tatverdacht gegen Einzelne für eine Anklage wegen des Massakers von Sant'Anna di Stazzema vorgelegt werden konnte. In der 150 Seiten umfassenden Begründung der Einstellung wurde ausführlich dargelegt, daß die Art des Vorgehens nicht vorherige Planung – insbesondere nicht das Töten der Zivilisten – aufgewiesen habe. »Die umfangreichen und äußerst aufwendig geführten Ermittlungen der Staatsanwaltschaft Stuttgart und des Landeskriminalamtes Baden-Württemberg haben ergeben, daß den 17 Beschuldigten – insbesondere den acht noch lebenden Beschuldigten - eine noch nicht verjährbare strafbare Beteiligung an den Geschehnissen am 12. 8. 1944 im Bergdorf Sant'Anna di Stazzema in Italien nicht nachgewiesen werden kann.« Für die Beurteilung sei wichtig gewesen, daß es sich nicht beweisen ließ, daß es sich um »eine von vornherein geplante und befohlene Vernichtungsaktion gegen die Zivilbevölkerung gehandelt« habe. Auch der ganze Ablauf spreche gegen ein geplantes Massaker. Etwaiger Totschlag sei aber schon lange verjährt. Es seien den Beteiligten keine niedrigen Beweggründe nachzuweisen gewesen, so daß kein Mord vorlag. Das Massaker sei zudem letztlich auf die Nichterfüllung des gestellten Ultimatums (für die Angabe des Aufenthaltsorts der Männer des Dorfes, R. K.) zurückzuführen gewesen, nicht auf eine Rache oder sonstige niedrige Beweg-



Das Massaker von Sant' Anna di Stazzema 1944





Links: Tafel am
Kreuzweg zum
Mahnmal in Sant'
Anna di Stazzema.
Rechts: Am 24. März
2012 gedachten Joachim Gauck und sein
italienischer Amtskollege Neapolitano
der Opfer von Sant'
Anna di Stazzema.
Gauck meinte: »Es
verletzt unser Empfinden für Gerechtigkeit tief.«

gründe, die als Mord zu bestrafen seien.¹ Daher wurde das Ermittlungsverfahren eingestellt.

Bezeichnend war auch der Kommentar einiger amtierender Politiker zu der Einstellungsverfügung der Stuttgarter Staatsanwaltschaft. So erklärte Michael Link, FDP-Staatsminister im Berliner Auswärtigen Amt, es sei wichtig, daß Deutschland »alles tut, damit die von Deutschen begangenen Verbrechen nicht vergessen werden«.² An die auslösenden Verbrechen der Partisanen an deutschen Soldaten braucht aber offenbar nach seiner Meinung nicht gedacht zu werden, zumal alle Partisanen-Verbrechen nach Kriegsende amnestiert wurden. Der SPD-Justizminister von Baden-Württemberg, Rainer STICKELBERGER, bedauerte es sehr, »daß es trotz des großen Ermittlungsaufwandes nicht gelungen ist, die Täter zur Rechenschaft zu ziehen«.¹ Diese Haltung von einem Juristen ist eigentlich ungewöhnlich, da er nicht einseitig – und dabei noch gegen sein Volk – urteilen sollte.

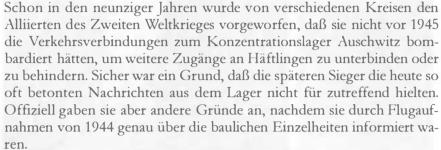
Daß die zahlreichen alliierten Massenmörder an deutschen Zivilisten nicht belangt wurden, stört ihn offenbar auch nicht. Er bemüht sich, die Deutschen als Täter hervorzuheben. Er vertritt offenbar die Haltung, die seit Richard von Weizsäckers unverantwortlicher Rede zum 8. Mai 1985 unter deutschen Politikern zur Normalität wurde: die Deutschen durch übertriebene oder unzutreffende Vorwürfe möglichst stark zu belasten und die alliierten Verbrechen zu verschweigen.

Am 24. März 2013 besuchte Bundespräsident Joachirn GAUCK mit dem italienischen Staatspräsidenten NAPOLITANO Sant'Anna di Stazzema und bedauerte die italienischen Opfer. Die Medien berichteten wieder von nahezu 500 Ermordeten: »Das Verbrechen, das hier stattgefunden hat, schreit bis heute zum Himmel.« Von den zahlreichen von den Partisanen ermordeten deutschen Soldaten sprach GAUCK nicht.³

Rolf Kosiek

³ »Gauck gedenkt der SS-Opfer«, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 25. 3. 2013, S. 5.

Warum bombardierten Alliierte Auschwitz nicht?



So liegt in den US-Akten ein Brief des US-Verteidigungsministeriums vom 18. November 1944 an den Regierungsbeauftragen für Kriegsflüchtlinge, John W. PEHLE, vor,¹ der die US-Streitkräfte zum Bombardement der Lager aufgefordert hatte. In seiner Antwort nimmt der damalige stellvertretende US-Kriegsminister John J. McCLOY, der spätere Hochkommissar der USA für Deutschland, zu der erwähnten Anfrage und Forderung vom 8. November 1944 wie folgt Stellung:

»Sehr geehrter Herr PEHLE,

ich nehme Bezug auf Ihren Brief vom 8. November, mit welchem Sie einen Bericht von zwei Augenzeugen über die berüchtigten deutschen Konzentrations- und Vernichtungslager Auschwitz und Birkenau in Oberschlesien schicken.

Der Operationsstab des Kriegsministeriums hat ihren Vorschlag sorgfältig erwogen, die Lager zu bombardieren. Bei der Erörterung dieses Vorschlages kamen die folgenden Punkte zur Sprache:

a. Eine tatsächliche Zerstörung dieser Lager würde eine Präzisionsbombardierung notwendig machen, wobei schwere und mittlere Bomber einzusetzen wären, oder einen Angriff durch Tiefflieger oder Sturzkampfflieger, mit Vorzug durch letztere.

b. Das Ziel ist außerhalb der größten Reichweite für mittlere Bombardierung, für Sturzkampfflieger oder Schlachtflieger, die im Vereinigten

Königreich, Frankreich oder Italien stationiert sind.

c. Die Verwendung von schweren Bombern von Basen im Vereinigten Königreich würde einen risikoreichen Rundflug ohne Jagdschutz von annähernd 2000 Meilen über feindliches Gebiet nötig machen.

d. In der gegenwärtigen kritischen Phase des Krieges in Europa sind unsere strategischen Luftstreitkräfte zur Zerstörung industrieller Zielsysteme eingesetzt, die für das schwindende Kriegspotential des Feindes lebenswichtig sind, von denen sie nicht abgezogen werden sollten. Die positive Lösung dieses Problems ist daher der schnellstmögliche



John J. McCLov (1895–1989), Unterstaatssekretär im US-Kriegsministerium. Er verhinderte die Bombardierung der Eisenbahnlinien, die zum KZ Auschwitz-Birkenau führten.

¹ Kopie des Originals und deutsche Übersetzung in: Veröffentlichungen der Zeitgeschichtlichen Forschungsstelle Ingolstadt (ZFI), Nr. 9, 1955, S. 4.

Warum bombardierten Alliierte Auschwitz nicht?

Sieg über Deutschland, worauf wir unsere gesamten Kräfte richten sollten.

e. Dieser Fall ist überhaupt nicht mit dem Unternehmen Amiens gleichzusetzen wegen der Lage der Konzentrations- und Vernichtungslager und der sich daraus ergebenden Schwierigkeiten, bei einem Versuch, die vorgeschlagene Bombardierung durchzuführen.

Auf der Grundlage des oben Gesagten wie auch aufgrund der Tatsache der äußerst unsicheren, wenn nicht gefährlichen Wirkung, die eine solche Bombardierung auf das Zielobjekt haben würde, ist das Kriegsministerium der Ansicht, daß es zum mindesten im Augenblick keine solche Operation unternehmen sollte.

Ich weiß, daß Sie nur widerstrebend das Kriegsministerium zu diesem Vorhaben gedrängt haben. Wir stehen jedoch stark unter dem Druck anderer Kreise, haben uns die Entscheidung vom militärischen Standpunkt aus nicht leicht gemacht und glauben, daß die oben beschriebene Entscheidung eine solide ist.«

Zu den Gründen, die gegen eine Bombardierung der Lager sprachen, kamen im letzten Halbjahr des Krieges weitere hinzu. Da gab es die von den USA geknüpften Verbindungen mit der deutschen Reichsregierung, die meistens verschwiegen werden. Berlin sagte 1944 zu, die Häftlinge in den Lagern des Ostens vor der befürchteten Ankunft der Alliierten nicht zu töten, sondern sie ins Innere des Reiches zu überführen, was dann auch – wenn wegen der chaotischen Zustände auf den Verkehrswegen zwar mit großen Verlusten – durchgeführt wurde, wobei die Häftlinge zwischen dem Zug westwärts mit den Deutschen und dem Erwarten der Sowjets wählen konnten. Die allermeisten zogen den Transport in den Westen der Befreiung durch die Sowjets vor. Während schon im Oktober 1944 Kreise unter der polnischen Exilregierung in London die Vermutung geäußert hatten, daß die Insassen von Auschwitz und Birkenau vor der Ankunft der Sowjets von den Deutschen getötet werden würden, hatte das Reich die Wegführung aus dem Osten versprochen, was dann auch gehalten wurde. Dabei tritt die Frage auf, warum denn die Deutschen, denen vorgeworfen wird, die Juden vernichten zu wollen, diese so lange im Lager ließen und sie dann nach Westen transportierten. Das wird zum Beispiel in einem Telegramm aus Bern bestätigt, das der dortige US-Geschäftsträger, HUDDLE, am 20. Januar 1945 an das US-Außenministerium sandte.2

In dem Telegramm heißt es:

»Wie in der Nachricht der Gesandtschaft 6818 vom 12. Oktober (1944) berichtet, haben die Deutschen ein Pressedementi jeder Absicht herausgegeben, Insassen vom Tuwiecim (richtig Oswiecim, Auschwitz, R. K.) und Birkenau zu vernichten, wie es aus dem gegenteiligen

² Ebenda, S. 10 f.; das Original liegt in der Franklin D. Roosevelt-Bibliothek in Hyde Park,Staat New York.

Warum bombardierten Allijerte Auschwitz nicht?

Bericht folgt, der von polnischen Kreisen in London zu der Zeit herausgebracht wurde.

Ich habe nie verläßliche Bestätigung von den umlaufenden Berichten erhalten können, daß allgemeine Befehle an die SS, die die jüdischen Lager kontrolliert, herausgegangen sind, alle Internierten zu töten, die angesichts des alliierten Vormarsches nicht evakuiert werden können. Auf der Grundlage einer Menge bruchstückhafter Information in bezug auf die Nazipolitk den jüdischen Deportierten in den Lagern gegenüber, die in den letzten Monaten gesammelt wurde, und mir speziell aufgrund von Erklärungen zweier jüdischer Frauen, die Ende Dezember (1944) die Schweiz erreichten, nachdem sie drei Monate in Auschwitz (Oswiecim) von August bis Oktober 1944 zugebracht hatten, wohin sie im vergangenen Juli von Drancy deportiert worden waren, meine ich, es kann zuverlässig festgestellt werden, daß die Nazis die Vernichtung von Juden als allgemeine Politik aufgegeben haben, mit Gewißheit die Vernichtung von solchen, die arbeitsfähig sind. Andererseits zeigen sie Neigung, in kleinem Umfang alte Leute und Kinder weiterhin zu beseitigen.



Weibliche Insassen des Konzentrationslagers Auschwitz, die zum Arbeitseinsatz im Reichsgebiet abtransportiert werden. (2) Frauen von Auschwitz berichteten, daß umfangreiche Transporte (von je drei- bis sechstausend Seelen) mit jüdischen Frauen – sie konnten im Männerlager keine Bewegungen beobachten – von Warschau, Radom, Lodz und Kielce nach Auschwitz und von dort im Frühherbst 1944 nach Deutschland selbst zur Arbeit verlegt wurden, in einem offensichtlichen Bemühen von seiten der Deutschen, sie im Falle eines Vorrückens der Russen deren Zugriff zu entziehen.

Der gegenwärtige rasche russische Vormarsch wird zweifellos zeigen, ob

die SS die jüdischen Internierten vernichtet, die sie nicht evakuieren können, da das gesamte oberschlesische Industriegebiet von Kattowitz, Beuthen, Gleiwitz offenbar mit Arbeitslagern von Juden durchsetzt ist, die aus allen besetzten und früher besetzten Ländern verschickt wurden.

Diese Frauen selbst wurden zusammen mit etwa 200 ungarischen und 300 französischen und holländischen jüdischen Frauen am 31. Oktober (1944, R. K.) in ein Arbeitslager in Weißkirchen bei Kratzay, Sudenland (richtig: Sudetenland, R. K.) überführt. Dieses Lager gehörte zu einem anderen Komplex jüdischer Arbeitslager, der vom Konzentrationslager Groß Rosen bei Breslau verwaltet wurde.

Warum bombardierten Alliierte Auschwitz nicht?

Die Überführung einer ähnlichen Gruppe von 3500 ungarischen und slowakischen jüdischen Frauen von Auschwitz nach Bergen-Belsen (laut Bericht der Botschaft 223 vom 12. Januar) im späten September 1944 bildet weiterhin bruchstückhaften Nachweis für diese Bewegung von jüdischen Deportierten nach Deutschland hinein zur Arbeit.

Unsere beiden Frauen berichteten, daß in Auschwitz keine wahllosen Erschießungen von Internierten vorkamen, daß sie dort genauso wenig mutwillige Brutalität beobachtet haben wie Selektion von Kranken zur Vernichtung und sogar etwas Bemühung von seiten der Lagerführung, ihnen eine Erholung zu gestatten. Natürlicherweis ist die Todesrate in all solchen Arbeitslagern hoch, hauptsächlich wegen Unterernährung, unhygienischen Verhältnissen und insbesondere wegen des Mangels an ausreichender Kleidung.«

Interessant bei diesem Telegramm ist ebenso die erwähnte Aussage der beiden Frauen über ihre Erlebnisse in Auschwitz, insbesondere, daß dort praktisch ab Herbst 1944 keine Vernichtungspolitik mehr durchgeführt wurde, sondern daß die Lager als Nachschub für Arbeitskräfte im Reich und im Sudetenland dienten. Das wie auch der Bericht, daß keine besonderen Brutalitäten und Erschießungen im Herbst 1944 erfolgten, kam dem US-Verteidigungsministerium entgegen, denn nun schien keine Notwendigkeit einer Bombardierung mehr gegeben. Die Behandlung der Häftlinge war zumindest für diesen Zeitraum anders als die, die von den meisten überlebenden Häftlingen später angegeben wurde – zum Beispiel bei dem großen Auschwitz-Prozeß in Frankfurt am Main³ in den sechziger Jahren.

Da noch nicht alle diesbezüglichen Akten ausgewertet wurden, einige noch von den Siegern geheimgehalten werden, können sich durchaus noch weitere Verschiebungen in der Ansicht über das Lagerleben ergeben.

Die Tatsache, daß die Westalliierten im Zweiten Weltkrieg das Konzentrationslager Auschwitz nicht bombardierten, wird außerdem häufig mit der Begründung entschuldigt, daß den Westmächten nur widersprüchliche Berichte und Skizzen geflohener KZ-Häftlinge zur Verfügung gestanden hätten und ihre Bomber nicht so kleine Ziele von der Größe einer Gaskammer hätten treffen können. So argumentiert etwa Dr. Horst Boog vom Militärgeschichtlichen Forschungsamt.⁴

Doch diese Begründung trifft offenbar nicht zu, worauf Dr. Gert KNOBLAUCH hinweist.⁵

Er stellt fest, daß die Westalliierten mit der Douglas-SBD Dauntlesse einen Sturzkampfbomber besaßen, der über die benötigte Treffergenauigkeit verfügte und von dem rund 6000 Stück hergestellt worden seien. Dieses Flugzeug habe auch von russischen Landeplätzen aus starten können. Insgesamt seien 20000 Flugzeuge von den USA an die Sowjets im Zwei-

³ Hans Laternser, Die andere Seite im Auschwitz-Prozeß 1963/1965, Seewald, Stuttgart 1966.

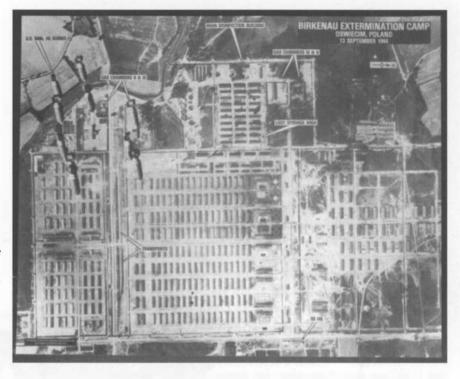
⁴Horst Boog, Freiburg, in: Leserbrief »Auschwitz und die Alliierten«, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 5. 2. 1994.

⁵ Dr. Gert Knob-Lauch, Neckargemünd, in: Leserbrief »Genaue Bombardements waren möglich«, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 3. 3. 1994.

Warum bombardierten Alliierte Auschwitz nicht?

In einem Spiegel-Special veröffentlichte der Spiegel eine »leicht unscharfe Luftaufnahme des Vernichtungslagers Auschwitz-Birkenau vom 13. September 1944« mit der Erklärung: Links oben fallen 500-Pfund-Bomben der Erde entgegen; unten am Boden, im Winkel eines Barackenareals am Ende von Bahngleisen, weisen Pfeile auf zwei kleine Punkte, Ihre Beschriftung lautet: >Gas Chambers II & III. Der Angriff der Alliierten auf Auschwitz - fotografisch festgehalten, und doch eine Täuschung: Die Bomben auf dem Bild zielen nicht auf die Todesfabrik der Nazis, sie gelten Industrieanlagen6 wenige Kilometer weiter.«

⁶ US-Bombereinsätze galten 1944 nahe bei Auschwitz gelegenen Treibstoffraffinerien, in denen die Deutschen aus oberschlesischer Kohle Benzin machten. Bis Kriegsende griffen die Allierten übrigens nicht ein einziges Konzentrationslager absichtlich aus der Luft an.



ten Weltkrieg geliefert worden. Auch die Briten hätten mit dem De Havilland Mosquitot ein Flugzeug besessen, das die notwendigen Anforderungen an die Zielgenauigkeit erfüllt habe. Das sei an anderen von den Alliierten bombardierten Punktzielen wie den Gestapo-Zentralen von Den Haag, Kopenhagen und Oslo sowie bei V1-Stellungen bewiesen worden.



Die De Havilland Mosquito konnte nachhaltig wirksame Tiefflugangriffe gegen Punktziele durchführen, so u. a. gegen die Gefangenenlager bei Amiens am 18. Februar 1944.

Die Reichweite spielte gegen Ende des Krieges auch keine Rolle mehr, da die Maschinen von Italien, dem Balkan oder von Rußland aus hätten eingesetzt werden können. Dr. KNOBLAUCH zieht daraus die wohl zutreffende Folgerung: »Das Argument, die Westallierten hätten aus technischen Gründen die Gaskammern nicht angegriffen, ist unzutreffend. Es müssen andere Gründe vorgelegen haben.«

Rolf Kosiek

Zur Beurteilung der ›Roten Kapelle‹

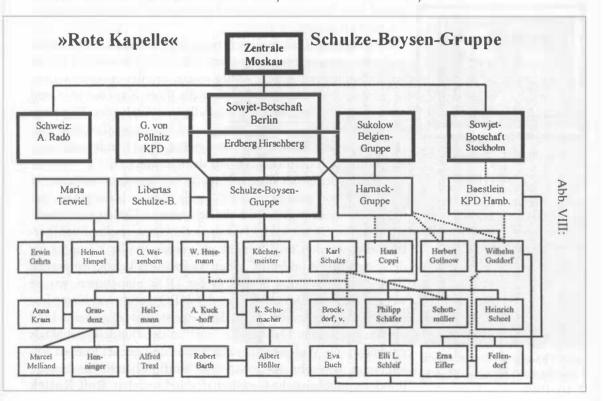
Die von der Gestapo so genannte Rote Kapellec war im Zweiten Weltkrieg eine kommunistische Spionageorganisation mit einem Funknetzwerk im Deutschen Reich, das 1942 aufflog. In den letzten Jahren wird versucht, sie in den Rahmen des von der herrschenden politischen Korrektheit gefeierten Widerstandes einzubeziehen.²

Doch das ist unberechtigt, weil es sich bei der Roten Kapelle eindeutig um eine für die Bolschewisten, insbesondere für den sowjetischen militärischen Nachrichtendienst (Raswedka), arbeitende Spionagegruppe handelte. Ihre nach Moskau gefunkten Informationen über deutsche politische, militärische und wirtschaftliche Verhältnisse verursachten den Tod von schätzungsweise 200 000 deutschen Soldaten im Osten.

Tatsache ist, daß die Rote Kapelle in enger Zusammenarbeit mit Angehörigen der bis zum 22. Juni 1941 in Berlin bestehenden sowjetischen Botschaft aufgebaut wurde. Sie umfaßte besonders linke und kommunistische Intellektuelle unter der Leitung von Harro Schulze-Boysen, Oberleutnant im Reichsluftfahrtministerium, und Arvid HARNACK, Ober-

¹ Gert Sudholt, Das Geheimnis der Roten Kapelle, Leoni 1976; Manfred ROEDER, Die Rote Kapelle, 1952. ² Rainer Blasius, »Vom anderen Widerstand«, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 20. 7. 2012, S. 9.

Graphik nach: Hans Meiser, Verratene Verräter, Stegen 2006.



Zur Beurteilung der ›Roten Kapelle«



Arvid Harnack, Harro Schulze-BOYSEN und John Sieg (1982).



Bernhard BÄSTLEIN (1964).



Hans und Hilde Coppi (1961).

In der DDR wurden STALINS Agenten verehrt. Ihrer gedachten verschiedene Briefmarken, unter anderem anläßlich des 40. Jahrestags ihrer Hinrichtung (1982).

³ Zitiert von Blasius, ebenda.

⁵ Frankfurter Allgemeine Zeitung,

7. 10. 1969.

regierungsrat im Reichswirtschaftsministerium. Sie besaß ungewöhnlich viele Frauen, wie Mildred HARNACK-FISH, Greta KUCKHOFF, Libertas SCHULZE-BOYSEN und Ilse STÖBE. Kriegswichtige Informationen wurden verschlüsselt durch Funk nach Moskau durchgegeben, ein klarer Fall von Landesverrat im Krieg. Enttarnt wurde die Gruppe durch die deutsche Entschlüsselung eines sowjetischen Funkspruchs, der unvorsichtigerweise die Namen und Anschriften von drei in Berlin wirkenden Agenten der Gruppe enthielt. Ab 30. August 1942 wurden die Mitglieder des Kreises verhaftet. Die meisten Verräter waren geständig. Rund 130 Personen. Beamte, Offiziere, Künstler und Wissenschaftler, die den Nationalsozialismus ablehnten, wurden gefaßt, von denen gegen 77 Personen ein Strafverfahren wegen Hoch- und Landesverrats sowie Spionage für den Feind vor dem 2. Senat des Reichskriegsgerichts eröffnet wurde. 55 Angehörige der Gruppe wurden zum Tode verurteilt, der Rest zu Freiheitsstrafen. Ebenso konnten von der Abwehr und der Gestapo ähnliche kommunistische Netzwerke in Frankreich und der Schweiz aufgespürt werden, wo aufgrund von Informationen aus Deutschland sowjetische Agenten verhaftet werden konnten.

Der auch im Dritten Reich nach dem Attentat vom 20. Juli verhaftete junge Historiker Gerhard RITTER, der später bis zu seiner Emeritierung in Freiburg lehrte, urteilte in seiner GOER-DELER-Biographie von 19543 über die Rote Kapellec »Sie sind ganz eindeutig im Dienst des feindlichen Auslandes. Wer dazu imstande ist, mitten im Kampf um Leben und Tod, hat sich von der Sache seines Vaterlandes gelöst, er ist Landesverräter – nicht nur nach dem Buchstaben des Gesetzes.«4

Die Mitglieder der ›Roten Kapelle wurden dann auch in der DDR und von Moskau nach 1945 als Helden hoch geehrt. Sie bekamen, meist posthum, hohe sowjetische Orden und wurde wie etwa Ilse Stöbe, in der Prawda groß herausgestellt. 5 Die Überlebenden wurden im Ostblock als verdienstvolle Kämpfer für den Sozialismus und im Großen Vaterländischen Krieg geehrt. Einige konnten hohe Posten in der DDR einnehmen, wo sie wegen ihres »zielgerichtet von der KPD geführten Kampfes« hoch angesehen waren. Auch das beweist, daß sie gemeine Landesverräter waren. Daß sie nun auch in der Bundesrepublik als verdienstvolle Widerständler anerkannt und geehrt werden sollen, zeigt, wie sehr der STALINsche Einfluß bereits die heutige bundesrepublikanische Gesellschaft durchsetzt hat. Rolf Kosiek

⁴ Gerhard RITTER, Goerdeler und die deutsche Widerstandsbewegung, 1954.

Ließ Hitlers Nachfolger Goebbels sich erschießen?

Über die letzten Stunden im Leben Joseph Goebbels, der für einen Tag Hitlers Nachfolger als Reichskanzler war, kursieren seit 1945 einander widersprechende Berichte, die der britische Historiker Hugh Trevor-Roper zu verantworten hat. Bereits 1947 hatte er nämlich in einem vielbeachteten Buch über das Finale im Führerbunker unter der Reichskanzlei ohne Beweis behauptet, der einstige Propagandaminister habe sich und seine Frau von einem SS-Mann erschießen lassen.

Nun muß man zunächst an das erinnern, was wegen der heutigen Geschichtsklitterung in der großen Masse kaum noch bekannt sein dürfte. Joseph Goebbels war in den beiden letzten Kriegsjahren der einzige führende Politiker, der den Mut zeigte, in den Trümmern der Großstädte sich unter das leidende und wütende Volk zu mischen. Goebbels, der nach dem Krieg als »Reichsmaulheld« verächtlich gemacht wurde, war es auch, der auf die vorhergehende Forderung der bedingungslosen Kapitulation durch Roosevelt¹ und den schon lange andauernden alliierten totalen Bombenkrieg gegen alle Deutschen und alles Deutsche, ferner auf die Androhung eines Genozids durch Morgenthau sen. usw., am 18. Februar 1943 im Berliner Sportpalast seine Zuhörer aufforderte, auf die totale Bedrohung des Reiches und aller Deutschen mit einem Totalen Krieg zu

antworten. Während aber die Gegenseite die totale Vernichtung Deutschlands anstrebte, bedeutete Goebbels Formulierung nur eine totale Anstrengung des ganzen Volkes, um das Unheil abzuwehren. Das aber wird seither so gedeutet, als wäre er der Erfinder und Vertreter eines totalen Vernichtungskrieges gewesen.

Sollte dieser zu allem entschlossene Mann, der nicht feiges in die Alpenfestungs geflohen war, nicht einmal die Kraft zur Selbsttötung aufgebracht haben, wie seit Trevor-Roper behauptet wird?



Hugh Trevor-Roper.
Als Hauptmann im britischen Secret Intelligence Service (alias MI6) untersuchte Trevor-Roper im September 1945 die Umstände von Hitlers Tod.



GOEBBELS im Februar 1944 bei einer Einsatzbesprechung mit Offizieren des Berliner Standorts zur Behebung der Schäden nach einem alliierten Luftangriff.

¹ Konferenz von Casablanca vom 14. bis zum 26. Januar 1943.

Ließ Hitlers Nachfolger Goebbels sich erschießen?

Dieser hatte bedauerlicherweise neue Erkenntnisse über den Vorgang im Führerbunker für nebensächliche Einzelheiten gehalten. Viele Details ergeben möglicherweise ein Gesamtbild, wobei weiße Flecken für immer bleiben mögen. Da aber bekanntlich mehrere Zeugen je nach dem Zeitpunkt der Befragung, der jeweiligen Interessenlage des Fragers und des Interviewten sowie der Formulierung der Frage durchaus viele Versionen zu entwickeln vermögen, bedarf es mehrfach gesicherter



Joseph Goebbels mit seiner Frau Magda und den Kindern im Jahre 1942. Hinten in der Mitte steht Luftwaffenfeldwebel Harald Quandt, Magda Goebbels' Sohn aus erster Ehe.

² Helmut Heiber, Joseph Goebbels, München 1965.

³ Freitod am 2. Mai 1945. Aussagen, ehe man apodiktisch feststellen kann, daß ein Vorgang sich so und so zugetragen hat. Deshalb hält die Behauptung von Trevor-Roper einer genaueren Nachprüfung nicht stand. Nicht einmal die vorangegangene Tötung der sechs Goebbels-Kinder konnte zweifelsfrei geklärt werden. Auch konnte niemand bestätigen, daß ihnen Goebbels oder seine Frau vorher etwas über eine »große Reise« erzählt habe.

Der Goebbels-Biograph Helmut Heiber² traf ebenfalls ungenaue »Feststellungen«. Die genannte Todeszeit (kurz nach 20 Uhr 30) ist falsch. Den Schuß, den er erwähnt, haben einige Zeugen nicht gehört, nach anderen sei er im Bunker auch gar nicht zu hören gewesen. Von einem Einschußloch in der Schläfe von Goebbels steht nichts in sowjetrussischen Obduktionsberichten, die allerdings unzuverlässig sind.

Nach heutigen Erkenntnissen stellt der mutmaßliche Ablauf sich so dar: Am 1. Mai 1945 rief Magda Goebbels gegen 17 Uhr in der Reichskanzlei an und bat Helmut Kunz, den Adjutanten des Chefarztes in der Sanitätsverwaltung der SS, er möge kommen. Dieser betäubte auf Verlangen von Magda Goebbels etwa um 20 Uhr 40 deren sechs Kinder mit Morphiumspritzen. Nach eigener Aussage, die niemand bezeugen konnte, habe er sich aber gegenüber Magda Goebbels geweigert, die Kinder mittels Zyankali zu töten. Magda habe ihn daraufhin den Arzt Ludwig Stumpfeger³ holen lassen. Dieser betrat nach etwa fünf Minuten das Zimmer, in dem sich Magda Goebbels mit den sechs schlafenden Kindern befand. Nach vier bis fünf Minuten verließen beide den Raum. Wer von ihnen die Kinder tötete oder ob sie beide gemeinsam töteten, muß für immer im dunkeln bleiben. Ebenso, ob sich das älteste Kind, die 14jährige Helga,

Ließ Hitlers Nachfolger Goebbels sich erschießen?

noch gewehrt hat, was nach einer Morphiumeinnahme unwahrscheinlich ist. Berichte über Prellungen an Helgas Körper sind nicht gesichert. Die zum Mord verwendeten gläsernen Zyankaliampullen stammten aus dem Bestand von HITLERS einstigem Leibarzt Theodor MORELL.

Kurz nach 22 Uhr nahmen Magda und Joseph Goebbels sich im Garten vor dem Bunker mit den gleichen Zyankalikapseln das Leben. Ungeklärt blieb hingegen, ob sich Goebbels zusätzlich in den Kopf schoß. In sowjetischen Unterlagen wird davon nichts erwähnt, sicher ist jedoch, daß man bei den Leichen zwei angesengte Walther-Pistolen Nr. 1 fand. Ob daraus geschossen worden war, ist nicht zu belegen.

Die Frage, ob Hitter und seine Paladine Kriegsverbrecher waren oder nicht, haben Historiker zu beantworten. Beides schließt nicht aus, daß sie liebevolle Familienväter waren, die am Wochenende mit ihren Kindern spielten. Diese haben als unschuldige Opfer ihrer Eltern zu gelten, die auf jeden Fall von ihrer Mutter hätten gerettet werden können. Denn Magda Goebbels hätte, ebenso wie Emmy Göring, in Süddeutschland das Kriegsende abwarten können. Allerdings wäre auch ihr eine schikanöse Internierung durch die Alliierten nicht erspart geblieben.

Die Familie GOEBBELS hatte sechs Kinder: Helga Susanne, genannt Helga, *1. September 1932, Hildegard Traudel, genannt Hilde, *13. April 1934, Helmut Christian, genannt Helmut, *2. Oktober 1935, Holdine Kathrin, genannt Holde, *19. Februar 1937, Hedwig Johanna, genannt Hedda, *5. Mai 1938, Heidrun Elisabeth, genannt Heide, *29. Oktober 1940. Ihrer soll wenigstens an dieser Stelle gedacht werden.



Die Leichen des Ehepaares GOEBBELS wurden am Morgen des 2. Mai 1945 von seinem Adjutanten, der am Fuße der Bunkertreppe gewartet hatte, im Garten der Neuen Reichskanzlei mit Benzin übergossen und nur unvollständig verbrannt, da es an Benzin mangelte. Hans Meiser

GOEBBELS' verkohlter Leichnam, wie er von sowjetischen Soldaten am Nachmittag des 2. Mai 1945 gefunden wurde. Am 28. Februar 1945 hatte er in einer Rundfunkansprache erklärt, bei einer Niederlage mit seinen Kindern in den Tod gehen zu wollen.

Die Ehre, in ein Ehrengrab der Stadt Wien versenkt zu werden, wurde dem am 25. August 2004 im Alter von 89 Jahren entschlafenen Major a. D. Carl Szokoll zuteil. Aus diesem Anlaß wurde das Mitglied des Kuratoriums des Dokumentationsarchivs des österreichischen Widerstandes«, wie schon zu Lebzeiten, offiziell als der »Retter von Wien« gewürdigt: »Szokoll versammelte Eidbrecher« um sich, verbündete sich mit der Widerstandsgruppe »O 5« und vereinbarte im April 1945 die Zusammenarbeit mit der Roten Armee zur kampflosen Übergabe«, lobten Nekrologen: »Dadurch konnte Wien vor der Zerstörung gerettet werden.«¹

Aber hatte SZOKOLL wirklich solchen Einfluß und solche Bedeutung? Wie von SZOKOLL empfohlen, umfaßten die Sowjets Wien auch vom Westen her. Deutsche Verbände, denen der Rückzug abgeschnitten war, saßen in der Falle. Es kam zu Kämpfen und zu Zerstörungen. 130 000 deutsche Soldaten gerieten in sowjetische Gefangenschaft. »Mein Kampf hat sich gelohnt«, renommierte SZOKOLL – und resignierte: »Ein Verräter, haben manche gesagt, andere ein Held. . .« Im österreichischen Bundesheer der Zweiten Republik hatte man dagegen für Helden wie ihn keine Verwendung. So spielte der Frustrierte den Spielfilmproduzenten: »Sein Repertoire reichte vom akklamierten HITLER-Streifen *Der letzte Akt* unter der Regie von G. W. Pabst bis zu weichpornographischen Kostümstücken.«² In Nachrufen bedeutender Zeitungen ist SZOKOLL ausdrücklich als Softpornograph verewigt.³

An den Memoiren, die der Major noch zu Lebzeiten auf den Markt warf,⁴ bemängelt BÄKERMANN: »Störend sind SZOKOLLS ständige Anreicherungen seiner ohnedies interessanten Erlebnisse mit Bewertungen aus unserer Gegenwart. Dabei wird die Trennung seiner heutigen mit der damaligen Auffassung unnötig erschwert.«⁵ SZOKOLLS Nazihaß hat

¹ »NS-Widerständler Szokoll ist tot«, in: Kurier, Wien, 26. 8. 2004.

² »Traitor to the Führer Became Soft-Porno Filmmaker«, in: *Telegraph*, 16. 9. 2004; siehe auch: »Vom Widerstand zum Weichporno. Toter Szokoll – Vorbild für Österreichs Soldaten?« in: *Die Aula*, Nr. 10/2004, mit Angabe der Titel sämtlicher Szokoll-Filme.

³ So z. B. im Nekrolog von Hanns-Georg RODECK, »Der Retter von Wien«, in: *Die Welt*, 4. 9. 2004.

⁴ Carl Szokoll, Die Rettung Wiens 1945. Mein Leben, mein Anteil an der Verschwörung gegen Hitler und an der Befreiung Österreichs, Wien 2001.

⁵ Matthias Bäkermann, »Von Walküre zu Radetzky. Der Soldat Szokoll«, in: *Junge Freiheit*, Nr. 47/2001.

persönliche Gründe: Die Mutter seiner Verlobten Christl KUKULA, mit der er einen Sohn hatte und die er dann 1946 auch heiratete, galt trotz ihres katholischen Bekenntnisses als Volljüdin, lebte aber mit dem arischen Vater in einer sogenannten privilegierten Mischehet und hat daher das Dritte Reich und den Krieg unbehelligt überstanden.

SZOKOLL war 1944 Wiener Vertrauensmann von Stauffenbergs, dessen Walkürec-Befehle er in seinem Bereich erfolgreich ausführte. Hohe Führer der Partei und des Staates konnten festgesetzt, mußten allerdings nach Scheitern des Putsches wieder freigelassen werden.⁶ Dank Diskretion blieb SZOKOLL als eine der Schlüsselfiguren der Verschwörung unentdeckt und wurde sogar zum Major befördert.

Mit der von ihm organisierten Operation Radetzky wurde der Major und zweite Generalstabsoffizier im Wehrkreis XVII zum Wegbereiter der Sowjets. Dem ihm er- und untergebenen Feldwebel Ferdinand Käs⁷ erteilte er den Auftrag, insgeheim mit dem Feind Verbindung aufzunehmen. Am 3. April überschritt Käs im Semmering-Gebiet die Hauptkampflinie. Im sowjetischen Armeegefechtsstand in Hochwolkersdorf übergab er den Bolschewiken genaue Unterlagen über die Dislozierung der deutschen Truppen. Am 5. April wieder in Wien, setzte er Szokoll von Absprachen in Kenntnis, die er mit dem Oberkommando der 3. Ukrainischen Front getroffen habe. Wie von SZOKOLL gewünscht, erklärten sich die Russen bereit, Wien vom Westen her in die Zange zu nehmen. Ihre Angriffsspitzen im Süden und Osten sollten am ersten Verteidigungsring halten und erst nach gelungener Umfassung in die Stadt eindringen. Die Armee MALINOWSKI sollte nördlich der Donau einen raschen Stoß nach Westen führen und so die Nordverbindung Wiens unterbrechen. Nach vollendeter Umfassung sollten im eingekesselten Wien in den Bezirken Simmering, Meidling und Floridsdorf »organisierte Unruhen« ausbrechen. Szokoll-Lotsen sollten die Sowjets in den Raum Hütteldorf einweisen. Am 6. April sollte es um 21 Uhr auch in der Innenstadt zu Unruhen kommen, um 21 Uhr 30 die öffentlichen Gebäude besetzt, um 22 Uhr der Festungskommandant und der Regierungspräsident zur Unterschrift gezwungen werden. Um 22 Uhr schließlich hätte Wien an die Sowjets übergeben werden sollen.



Carl Szokoll 1938 als Kadett der traditionsreichen Theresianischen Militärakademie in Wiener Neustadt.



Ferdinand Käs. Er stellte den Kontakt zur Roten Armee her.

⁶Ludwig Jedlicka, Der 20. Juli 1944 in Österreich, Wien ²1966.

⁷ Ferdinand Käs (1914–1988), geb. in Brüssel, gest. in Wien, Feldwebel der deutschen Wehrmacht, war im April 1945 SZOKOLLS Bote zu den Sowjets, brachte es nach dem Krieg zum General der Gendarmerie und Sektionschef (= Ministerialdirektor) im österreichischen Innenministerium und war wie SZOKOLL Mitglied des Kuratoriums des Dokumentationsarchivs des österreichischen Widerstandese. Käs ist Verfasser der Studie *Wien im Schicksalsjahr 1945*, Wien–Frankfurt/M.–Zürich 1965.

Carl Szokoll.



Oberleutnant Rudolf RASCHKE.

Um feindseligen Vorgängen vorzubeugen, gegen die sich der Soldat nicht wehren kann, fordert das Völkerrecht, daß Angehörige organisierter Widerstandsbewegungen ein bleibendes und auf Entfernung erkennbares Zeichen tragen müssen.⁸ Ohne diese humanitäre Bedingung auch nur andeutungsweise zu erfüllen, waren SZOKOLL und Genossen fähig, in deutscher Uniform auf deutsche Soldaten zu feuern.

Als Folge der Wachsamkeit potentieller Opfer flog das SZOKOLL-Komplott jedoch auf: Drei der Beteiligten, nämlich der Kommandeur der Wehrmachtordnungstruppen, Major Karl Biedermann, sowie der Hauptmann Alfred Huth und der Oberleutnant Rudolf Raschke, wurden verhaftet, von einem Standgericht wegen Landesverrat zum Tode verurteilt und hingerichtet. SZOKOLL selbst konnte entkommen und wurde in Abwesenheit verurteilt. Während auf seinen Kopf eine Belohnung von 10 000 Mark ausgesetzt war, fuhr er den Sowjets nach Purkersdorf entgegen, um dem russischen General Glagolew vom Mißlingen der Operation Radetzky Meldung zu machen.

In der Zeitschrift Sowjetunion heute (April 1969) schreibt Oberst a. D. Georgi Sawenok, ehemaliger Stellvertreter des ersten Stadtkommandanten von Wien, über die Ereignisse im April 1945: »In der Geschichtsliteratur, in manchen Presseorganen und auch Reden offizieller Persönlichkeiten Österreichs wird. . . die große Rolle erwähnt, die die Österreichische Widerstandsbewegung im Jahr 1945 angeblich gespielt hat. Besonders große Verdienste werden der militärischen Widerstandsgruppe unter dem Befehl von Major Carl SZOKOLL zugeschrieben. Man sagt, seine Widerstandsgruppen hätten entscheidend zur Befreiung Wiens beigetragen.« Tatsächlich sei die Widerstandsbewegung aber nicht imstande gewesen, der Sowjetarmee bei der Befreiung des Landes aktiv beizustehen, denn sie war keine Massenorganisation und besaß kein einheitliches Zentrum: »Einige Worte über Major SZOKOIL: Ich würdige seinen Patriotismus und seine Tapferkeit. Er konnte aber keine aktiven Aktionen entfalten (der Plan zur Vorbereitung des Aufstandes österreichischer Einheiten wurde vom deutschen Kommando aufgedeckt); Wien wurde von sowjetischen Soldaten und Offizieren gerettet.« Aus den russischen Archivunterlagen geht hervor, daß am 30. März 1945 die Pläne zur Einschließung Wiens bereits feststanden. Erst eine Woche später kam Käs mit seinen Informationen. An der sowjetischen Strategie wurde dadurch aber nichts ge-

⁸ Alfred VERDROSS, Völkerrecht, Wien ⁵1964, S. 448.

⁹ Sonderstandgerichtsurteil vom 6. 4. 1945 gegen Major Karl BIEDERMANN, veröffentlicht von Ludwig JEDLICKA in der Zeitschrift Österreich in Geschichte und Literatur 5 (1961), S. 127–130.

¹⁰ Westlicher Vorort von Wien.

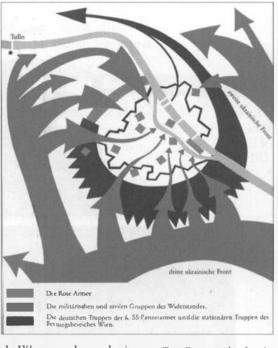
ändert, der Name von Käs oder Szokoll ist in keinem russischen Dokument erwähnt.¹¹

Ebensowenig bedurfte es des Eingreifens von Szokoll, um Wien vor der Zerstörung zu retten. Am 7. April hatte Generaloberst Lothar Rendulic den Oberbefehl über die Heeresgruppe Süd übernommen und war schon bei der ersten Lagebesprechung entschlossen, Wien so bald wie möglich aufzugeben, um der Stadt lange und erbitterte Kämpfe samt allen daraus folgenden Zerstörungen zu ersparen. »Dies fiel mir um so leichter«, schreibt der Generaloberst, »als ein Halten Wiens keinen Einfluß auf die künftige Entwicklung haben konnte.«¹²

Soweit die Tätigkeit von SZOKOLLS Widerstandsbewegung tatsächlich einen Einfluß auf die militärische Lage bewirkt haben sollte, kann sie höchstens die Wirkung gehabt haben, daß durch das von ihr begünstigte Vordringen der

Roten Armee deutschen Soldaten der Weg nach Westen abgeschnitten wurde. Da die Russen bereits am 7. April 1945 den Gürtel, den äußeren Ring um Wien, erreicht hatten, mußte vom Westen her die Führer-Panzergrenadierdivision gegen Wien vorstoßen, da sich in der Stadt noch zahlreiche Verwundete befanden, die man vor den Sowjets in Sicherheit bringen wollte. Der Panzergrenadierdivision ist es denn auch gelungen, den sowjetischen Einschließungsring zu zerreißen, von wo die 3000 Verwundeten und Kranken, die sich aus früherer Zeit in den zahlreich hier gelegenen Lazaretten befanden und den Russen bereits in die Hände gefallen waren, mit tatkräftiger Hilfe der Feuerwehr an das Nordufer der Donau gebracht und mit Lazarettzügen nach dem Westen abtransportiert wurden.¹³

Der Erfolg der Panzergrenadierdivision bei dieser Rettungsoperation bewies nach RENDULIC, daß man trotz der zahlenmäßigen Überlegenheit

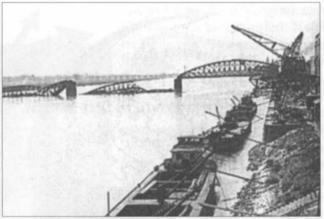


Der Frontverlauf, wie ihn Carl Szokoll aufgezeichnet hat. Skizze unter www.protest wanderweg.at-

¹¹ Mündlicher Diskussionsbeitrag von Manfried RAUCHENSTEINER (1992–2005 Direktor des Heeresgeschichtlichen Museums in Wien) beim Vortrag von Ferdinand Käs: »Der militärische Widerstand und die Befreiung« in der Volkshochschule Wien-Brigittenau; siehe dazu: »Der umstrittene Käs. »Widerstands«Dämmerung in Österreich«, in: *National-Zeitung*, 30. 1. 1971, S. 7.

¹² Lothar RENDULIC, Soldat in stürzenden Reichen, München 1965, S. 400 f.

¹³ Theo Rossiwall, Die letzten Tage. Die militärische Besetzung Österreichs 1945, Wien 1969, S. 115.





Oben: Die gesprengte Floridsdorfer Brükke. Von den Wiener Donaubrücken konnte nur die Reichsbrücke gerettet werden (www.protest wanderweg.at). Unten: Wien, April 1945: Hier rücken sowjetische Soldaten in einem Halbkettenfahrzeug amerikanischer Bauart vor.

der Russen den Kampf um die Stadt Wien noch erheblich hätte hinziehen können. Da dies nicht in seiner Absicht lag, zog RENDULIC die Division über die Donau zurück. Am 10. April wurde die Innenstadt geräumt und der Donaukanal als Brückenkopf besetzt, um den Abtransport der Verwundeten und das Abfließen der Masse der Truppen über die Reichsbrücke nach Norden zu gewährleisten. Am Abend des 12. April wurde der Brückenkopf unmittelbar an die Brücke zurückgenommen. In der Nacht zum 13. April 1945 räumten die letzten Nachhuten das Südufer der Donau.14

Damit war die alte deutsche Kaiserstadt Wien vollständig in den Händen der bolschewistischen Sieger: »Wien war gefallen, ohne daß es den Russen gelungen war, die Verteidiger einzuschließen und zu vernichten.«¹⁵ Nach einer sowjetischen Darstellung wurden allein bei Wien 130 000 Offiziere und Soldaten gefangen, während sich immerhin 600 000 Mann zu den Amerikanern retten konnten.

In der Widerstands-Literatur von heute wird der Wehrmacht immer wieder der Vorwurf sinnlosen Weiterkämpfens gemacht, das angeblich zu umfangreichen Zerstörungen geführt habe. Während RENDULIC bemüht war, die Kämpfe und Zerstörungen auf ein Mindestmaß zu beschränken, hätte jedoch eine Kapitulation zu einem früheren Zeitpunkt dazu geführt, daß die gesamte Heeresgruppe in sowjetische Gefangenschaft geraten wäre statt in amerikanische. »Als die Kapitulationsverhandlungen im Gange waren«, betonte RENDULIC in einem Leserbrief an die Wochenpresse (Nr. 16, 1965), »habe ich die Heeresgruppe 48 Stunden vor dem Eintreten des Waffenstillstandes von den Russen abgesetzt und zu

¹⁴ Lothar Rendulic, Gekämpft, gesiegt, geschlagen, Wels-Heidelberg 1952, S. 374; ders., Soldat in stürzenden Reichen, S. 401 ff.

¹⁵ Georg MAIER, Drama zwischen Budapest und Wien. Der Endkampf der 6. Panzerarmee 1945, Osnabrück 1985, S. 405.

den Amerikanern. . . geführt. Hierdurch wurden 600000 Soldaten, darunter etwa 80000 Österreicher, vor der russischen Gefangenschaft bewahrt, aus der wahrscheinlich Zehntausende nicht und die anderen erst nach Jahren zurückgekehrt wären.«

Die Sowjetregierung stiftete eine Medaille »Für die Eroberung Wiens« (nicht »Befreiung«! Anm. F. D.), mit der alle Teilnehmer am Kampf um die Stadt belohnt wurden. 16 Umrahmt von sechs Rotarmisten, die einen großen Radioapparat vor sich hertrugen, zog SZOKOLL der Eroberers, in den Roten Salon des Wiener Rathauses ein. Als er sich beim Stadtkommandanten Blagodatow über die bekannten Begleiterscheinungen der sogenannten Befreiung in Form »notorisch stark in Erscheinung tretender Plünderungen und Vergewaltigungen allein herumziehender russischer Soldaten« beschwerte, wurde er schon nach drei Tagen abserviert und in ein dunkles Verlies geworfen. Dessen ungeachtet fühlte sich Ferdinand Käs zur Ehrenrettung der schändenden Sowjetsoldateska berufen: »Daß die Russen Mädchen vergewaltigten und nicht streichelten, ist einzusehen, denn die Deutschen haben in Rußland wüst gehaust. Und die Westallijerten waren auch nicht besser, Szokoll, müßte heute kein Filmproduzent, und ich müßte kein Major sein, wir hätten auch mit unseren Verdiensten hausieren gehen können und andere Stellen, sogar Ministerposten, bekleiden können.«

Während Käs auf SPÖ-Ticket nach und nach den Rang eines Gendarmerie-Generals errang, textete SZOKOLL unter der Ägide der Sieger zunächst Wochenschau-Teile für die amerikanische wie für die sowjetische Besatzerpropaganda. Dann schuf er mit finanzieller Hilfe des reichen Mühlenbesitzers Ludwig POLSTERER 1953 Die letzte Brücke: »Dieser blendend gemachte Streifen konnte«, wie der Wiener Bild-Telegraf anläßlich der Premiere schrieb, »im Rahmen der neuen TITO-Linie mordende Partisanen für westeuropäische Gemüter salonfähig machen.« Nach dem Partisanen-Epos mit Maria SCHELL und Barbara RÜTTING in den Hauptrollen schloß SZOKOLLs folgender Film Der letzte Akt (1955) über das Ende in der Berliner Reichskanzlei mit dem Appell eines fiktiven Ritterkreuzträgers an die Jugend der Zukunft: »Sag nie mehr Jawohl!«

Die Veteranen der Wehrmacht, die nach dem Krieg das österreichische Bundesheer aufbauten, ließen sich das nicht zweimal sagen, sagten daher nicht Jawohk zu Szokoll, sondern isolierten ihn als moralischen Außenseiter. Männer wie der Major wurden rundweg gemieden, betrauert Hubertus Freiherr von Trauttenberg, Klestil-Adjutant und Eröffnungsredner der verleumderischen Wehrmachtausstellung in Linz, die historische Personalpolitik des österreichischen Bundesheeres und bedauert, daß die sogenannten »Eidbewahrer« in der Wiederaufbauphase ein »Offiziersmonopol« besaßen. 17 Szokoll selbst empört sich, daß öster-

16 Theo Rossiwall, Die letzten Tage, aaO. (Anm. 13), S. 182.

¹⁷ Hubertus Freiherr von Traut-TENBERG, »Die Rezeption des militärischen Widerstandes im Bundesheer der Zweiten Republik«, in: Manfried RAUCHENSTEINER (Hg.), Tyrannenmord. Der 20. Juli 1944 und Österreich. Begleitband zu der Ausstellung im Heeresgeschichtlichen Museum. Wien 2004, S. 81.

reichische Generalstabsoffiziere beim Besuch im Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes« die Träger seiner Aktion Radetzky«



»Kronzeuge Carl Szokoll »erzählte wie selbstverständlich oft Jugendlichen von den Ereignissen um das HITLER-Attentat. Foto: ORF. als »Verräter« verunglimpft hätten. »Bei einer Feier der Wiederkehr des 50jährigen Ausmusterungstages [sic!] forderte einer meiner Jahrgangskameraden, mit Stolz die Ritterkreuze und andere Auszeichnungen der Wehrmacht zu tragen«,¹8 mokierte sich der Major und führte inkonsequent bis zum Tod den ihm vom verhaßten HITLER nach dem 20. Juli 1944 verliehenen Titel.

Als Filmproduzent wandte sich SZOKOLL der Fertigung von Porno-

Filmen zu, was er in seinen eigenen Memoiren auf abwegige Weise würdigt: »Ich sah das Medium Film als ein Mittel, meinen Kampf fortzusetzen, den ich bisher unter Einsatz meines Lebens geführt hatte. Ich hoffte, daß das Medium Film als Waffe des Gewissens überzeugend genug sein würde, um es für Freiheit und Menschenwürde gegen Knechtschaft und Gewalt einzusetzen.«¹⁹

Als »Waffe des Gewissens« brachte der Widerständler die unersättliche Wirtin von der Lahn in Stellung: Den ersten von drei geilen Streifen sah man auch unter dem britischen Titel The Sweet Sins of Sexy Susan. Um den Schutz vor Schmutz ins Lächerliche zu ziehen, ließ SZOKOLL immer dann, wenn ein Paar sich zu paaren beginnt (whenever a couple is going into clinch), rasch einen die Zensur persiflierenden Zeichentrick-Vorhang fallen. Zur Fortsetzung des lasziven Lust-Spiels schob der Pornograph den Streifen Frau Wirtin hat auch einen Grafen nach. Nicht genug des zotigen Zelluloids, gipfelte SZOKOLLs Sex-Serie im dritten Titel Frau Wirtin treibt es jetzt noch toller (1970), laut Fachkritik »noch dümmlicher, noch etwas vulgärer als die früheren »Wirtinnen«-Filme« (Kabel1 Filmlexikon).

Als man den ›Wirtin‹-Virtuosen im Wiener Zentralfriedhof zu Grabe trug, sah man hinter dem Szokoll-Sarg Franz Antel, Meister des seichten Streifens mit Löwen-Anteil an den unsterblichen Produktionen des Verstorbenen. Betroffen gelobte Verteidigungsminister Günther Platter (ÖVP): »Carl Szokoll wird einen fixen Platz in der Traditionspflege des österreichischen Bundesheeres erhalten.«²⁰ Zum Behuf dessen wurde Ende November 2004 der Hof in der ›Roßauer Kaserne‹, dem neuen Sitz des Verteidigungsministeriums, vom Minister nach dem Widerstandskämpfer und Weichpornographen benannt.²¹ Fred Duswald

¹⁸ Carl SZOKOLL, *Die* Rettung Wiens 1945, aaO. (Anm. 4), S. 242.

¹⁹ Ebenda, S. 388.

²⁰ Bundesheer-Presseaussendung, 26. 8. 2004.

²¹ »Moralische Abrüstung in Österreich. Heeresminister ›hofiert« Softporno-Szokoll«, in: *Die Aula*, Nr. 2/2005, S. 6 f.

Der nach dem Österreich-Anschluß als früherer Schuschnigg-Adjutant mit gekürzten Bezügen pensionierte Oberstleutnant Georg Barti. (1890–1945) fühlte sich von den Nationalsozialisten verfolgt und unterdrückt. Begeistert begrüßte er am Ende des Zweiten Weltkriegs Österreichs russische Eroberer als Befreier. Nachdem siebzig Rotarmisten die ganze Nacht hindurch seine Gattin und weitere drei Frauen in seinem Hause abwechselnd vergewaltigt hatten, ohne ein elfjähriges Mädchen zu verschonen, erschoß der Oberstleutnant am Morgen nach der Orgie auf deren Bitte die Opfer und zuletzt sich selbst. Nur die Befreiungslüge überlebte.

Als Sohn des k.u.k. Generalmajors gleichen Namens in Schwaz in Tirol geboren, besuchte Georg BARTL verschiedene Militärschulen und wurde an der Theresianischen Militärakademie in Wiener Neustadt zum Offizier ausgebildet.¹ Als tapferer Offizier der österreichischen Kaiserschützen im Ersten Weltkrieg erhielt er das Militär-Verdienstkreuz, die Bronzene und die Silberne Militär-Verdienstmedaille, die Verwundeten-Medaille, das Karl-Truppenkreuz und das Eiserne Kreuz II. Klasse. Am 4. November 1918 geriet BARTL in italienische Gefangenschaft, aus der er erst am 26. August 1919 entlassen wurde. Von Januar bis Oktober 1920 war BARTL Verbindungsoffizier bei der Interalliierten Militärkontrollkommission und diente bis zur Übernahme in das österreichische Bundesheer am 1. August 1923 im Personalreferat der Heeresverwaltungsstelle Innsbruck. Als traditionsbewußter Berufsoffizier verfaßte Georg BARTI, das Buch Tiroler Landesschützen - Kaiserschützen. Ein allgemeiner Rückblick auf ihre Entwicklung im Wandel der Zeiten.² Seit 1. August 1934 persönlicher Adjutant des Bundeskanzlers Kurt von Schuschnigg (1897-1977, begleitete er diesen am 12. Februar 1938 auf den Obersalzberg, wo es zur schicksalhaften Begegnung mit Adolf HITLER kam.³



Georg Bartl als Oberleutnant im Kaiserschützenregiment. Bild: Kriegsarchiv Bildersammlung.

¹ Angaben zur militärischen Karriere: Peter Broucek (Hg.), Ein General im Zwielicht. Die Erinnerungen Edmund Glaises von Horstenau, Bd. 2 Minister im Ständestaat und General im OKW, Wien-Köln-Graz 1983 (Veröffentlichungen der Kommission für Neuere Geschichte Österreichs; 70), S. 108; Friedrich Chleceek, »Die Kriegsopfer von Kierling im April 1945«, in: Kierlinger Geschichte(n) 1108–2008, hg. Verein Museum Kierling 2008, S. 85 ff.

² Innsbruck 1930.

³ Lebensdaten über Georg BARTL nach der Aufzeichnung seines Schwiegervaters Generalmajor Karl Friedrich, Wien, Januar 1947, in: Kurt von Schuschnigg, *Im Kampf gegen Hitler. Die Überwindung der Anschlußidee*, Wien 1969, Anh. 4, S. 422 ff.

Einen Monat danach bejubelten die meisten Österreicher die einmarschierenden Truppen aus dem Reich. Keinen Grund zum Jubel hatte der gescheiterte Schuschnigg. Vom 12. März bis 28. Mai 1938 stand der entmachtete Diktator samt Angehörigen und Adjutanten unter Hausarrest. Am 14. März folgte die Abberufung Bartl.s: »Ich sehe ihn nie wieder«, klagte der Exkanzler.⁴



Kurt von Schuschnigg.

Schuschnigg und Bartl hatten eine wesentliche Gemeinsamkeit, eine Beziehung zu Tirol und den Militärdienst bei den Kaiserjägern an der italienischen Front im Ersten Weltkrieg, kommentiert Chlebecek: »Bartl war wie Schuschnigg Legitimist und 100prozentiger Österreicher, fern jedes Anschlußgedankens und fanatischer Gegner der Nationalsozialisten. Dazu kam noch seine Eigenschaft der bedingungslosen Treue und Loyalität.« Der Chronist räumt aber auch ein: »Bartls absolute Treue. . . gipfelte oft darin, daß er gegen viele Offizierskameraden mißtrauisch war und sie in der Öffentlichkeit eines Nahverhältnisses zu den Nazis bezichtigte, was zu einer Reihe von Beschwerden über ihn führte.«

Für Schuschniggs Vizekanzler Glaise-Horstenau war Bartl »die übelste Figur des ganzen Systems«⁸ und ein »menschlich mit größter Vorsicht zu behandelnder Kerl, der auf den Kanzler einen überaus bösartigen Einfluß ausübte«.⁹ Selbst Schuschniggs einstiger Sekretär Franz

Krisch bestätigte den »unheilvollen Einfluß, den Bartl, in der engeren Umgebung des Kanzlers dessen einziger wirklicher Vertrauter, auf diesen genommen hat«.10

⁴ Kurt von Schuschnigg, Ein Requiem in Rot-Weiß-Rot, Wien 1978, S. 121.

⁵ Tatsächlich diente Bartl nicht bei den Kaiserjägern, sondern bei den Landesschützen, die seit 16. 1. 1917 Kaiserschützen hießen; Schuschnigg wurde nach dem Not-Abitur zum k. u. k. Festungsartillerieregiment 4 nach Pola eingezogen und kämpfte ab Mai 1916 am Isonzo.

⁶ Legitimismus im allgemeinen ist der Standpunkt der Unabsetzbarkeit des Herrscherhauses und unterscheidet sich vom Monarchismus dadurch, daß dieser eine andere Herrschaftsform als rechtmäßig sehen kann, der Legitimismus per definitionem jedoch nicht. Die Legitimisten in der Ersten österreichischen Republik erkannten die Abdankung Kaiser KARLs nicht an, da dieser 1918 nur auf die Regierungsbeteiligung, nicht aber auf die Krone verzichtet hatte.

⁷ Friedrich Chlececek, aaO. (Anm. 2), S. 87.

⁸ Peter Broucek (Hg.), aaO. (Anm. 1), Bd. 2, S. 108.

⁹ Ebenda, S. 156.

¹⁰ Ebenda, S. 451.

Für die Personalgutachter nach dem Machtwechsel 1938 war BARTL wals Adjutant Schuschniggs schwer belastet. Legitimist. Hat sich hauptsächlich und in übelster Weise mit der Politisierung des Offizierskorps befaßt. Bekannt durch deutschfeindliche Äußerungen im staatspolitischen Kurs. Für die Wehrmacht untragbar«. 11 Da der Belastete am 15. März 1938 in den dauernden Ruhestand versetzt wurde, 12 konnte BARTL logischerweise weder den Dienst in der Wehrmacht und erst recht nicht den Eid auf den Obersten Befehlshaber derselben »verweigert« 14 haben.

Anfang 1939 kam der durch Kürzung seiner Ruhebezüge auch materiell Gemaßregelte sogar ins Konzentrationslager Dachau und wurde zu Jahresbeginn 1940 ins KL Mauthausen überstellt. Im Juli 1940 wurde BARTL mit der Auflage entlassen, sich in regelmäßigen Abständen bei der Geheimen Staatspolizei zu melden. Am 8. November 1940 wurde seine Ehe geschieden, die er am 1. Juli 1918 mit Edith von Schullern zu Schrattenhofen (1892–1982)¹⁵ geschlossen hatte und der 1919 ein Sohn entsprossen war.

In zweiter Ehe heiratete der Geschiedene am 2. April 1942 Edda BISSAKIS geborene von Thoss (1906–1945), Stieftochter des Generalmajors Karl FRIEDRICH. Im Kriegsjahr 1944 hatten sich die Gatten, deren Wiener Wohnung zum Teil von Bombengeschädigten belegt war, nach Kierling bei Klosterneuburg im äußersten Westen von Groß-Wien¹⁶ zurückgezogen, wo sie nach der Heirat ein bescheidenes Anwesen in der Steinbrunngasse 79 erworben hatten.

Gegen Ende 1944 entschlossen sich die beiden, wenn nötig auch mit dem Fahrrad, nach Tirol zu reisen, falls im Raum Wien die Kriegsereig-

¹¹ Beurteilung durch Generalleutnant Emmerich von NAGY und Generalmajor Johann GLASNER, zit. bei: Marcel Stein, Österreichs Generale im Deutschen Heer, S. 304.

¹² Friedrich CIILECECEK, aaO. (Anm. 1), S. 87, nach amtlichen Unterlagen.

¹³ So bei: Dieter Anton BINDER; Heinrich von Schuschnigg: »Sofort vernichten«, S. 12, Anm. 4.

¹⁴ So Friedrich Chlececek, aaO. (Anm. 1), S. 87.

¹⁵ Tochter des Militärarztes und Schriftstellers Heinrich Ritter von Schullern zu Schrattenhofen (1865–1955), Verfasser einer großen Zahl von Erzählungen, Novellen und Romanen, schildert Landschaft, Menschen und Probleme seiner Heimat Tirol in Geschichte und Gegenwart.

¹⁶ Mit Gesetz über Gebietsveränderungen in Österreich vom 15. 10. 1938 (Gesetzblatt für das Land Österreich Nr. 443) wurde Kierling, bis dahin selbständige Gemeinde im niederösterreichischen Bezirk Tulln, zusammen mit KlosterNeuburg und anderen Umlandgemeinden Teil des neugebildeten XXVI. Bezirks der Stadt Wien. Die meisten Eingemeindungen wurden nach dem Zweiten Weltkrieg wieder rückgängig gemacht. Kierling wurde Stadtteil von KlosterNeuburg, Stadt der Völkerverständigung, Bezirk Wien-Umgebung.

nisse kritisch werden sollten. Ehe sich die Eheleute auf diese Weise in Sicherheit bringen konnten, wurde ihnen von den Russen, die auf Wunsch von Widerständlern, ¹⁷ Wien vom Westen her umfassend, an die Donau stießen, der rettende Fluchtweg abgeschnitten.

Als am 8. April 1945 unweit des Bartl-Besitzes eine Bolschewiken-Batterie in Stellung gegangen war, erhielt der Oberstleutnant, bei dem auch die 23jährige Generalstochter Liesel Senzte¹⁸ sowie der sozialdemokratische Spengler Leopold Neudl samt seiner Ehefrau Josefa und den beiden Töchtern Leopoldine Neudl und Johanna Schmid Zuflucht gesucht hatten, Besuch von vier russischen Offizieren. Den vorgeblichen Freunden des österreichischen Volkes vertrauensvoll gegenübertretend, ¹⁹ präsentierte der Hausherr, der als Austrofaschist unter Hitler gelitten hatte, den antifaschistischen Gästen seinen KL-Entlassungsschein, der ihn als Opfer des Faschismus auswies. Erleichtert und begeistert, feierte der Legitimist mit seinen illegitimistischen Gästen²⁰ die vermeintliche Befreiung vom sfaschistischen Joch.

Als die Sowjetoffiziere besoffen waren, holten sie ihre Mannschaften ins Haus, die im Freien kampiert hatten. Zu schlechter Letzt fielen an die siebzig sogenannte Befreier über die fünf weiblichen Personen her, wobei sie auch das elfjährige Mädchen nicht verschonten. Die ganze Nacht hörten die Nachbarn das Grölen der alliierten Kavaliere und die Schreie der zuschanden Geschändeten.

Am Morgen nach der Orgie nahm der Oberstleutnant Abschied vom Ort des unglaublichen Grauens:

»Heute, 9. 4. 1945, 3 Uhr 30 früh, habe ich über dringende Bitte meine Frau Edda Bartl, Frau Neidl²¹ und ihre beiden Töchter, Herrn Neidl²¹ und Fräulein Liesl Szente erschossen.

Ich erschieße mich als letzter selbst.

¹⁷ Beitrag Nr. 1044.

¹⁸ Ihr Vater, der Generalmajor Adalbert SENZTE, von 1. 9. 1935 bis 31. 1. 1938 Kommandeur der 8. Division, wurde nach dem Machtwechsel 1938 beurteilt als »fanatischer Legitimist... nach ganzer Individualität für [die] Wehrmacht untragbar« (zit. bei: Marcel STEIN, aaO. [Anm.. 11], S. 303).

¹⁹ Vgl. Aufruf des Antifa-Generalleutnants Dr. Fritz Frank im Moskauer Rundfunk, 21. 1. 1945, abgedr. in: *Widerstand und Verfolgung in Wien 1934–1945*, Bd. 3, Wien ²1984, S. 407 ff.

²⁰ Bekanntlich ließen die bolschewistischen Revolutionäre 1918/19 den Zaren NIKOLAUS II. und weitere 17 Mitglieder der kaiserlich-russischen Herrscherfamilie ermorden.

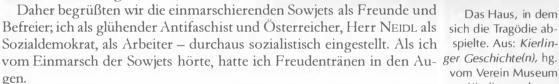
²¹ Laut Eintrag im Sterbebuch der Pfarre Kierling (Faks. in: Kierlinger Geschichte(n) 1108–2008, S. 92) richtige Schreibweise NEUDLA.

Die Gründe hiefür waren:

Alle waren antinationalsozialistisch eingestellt – immer! Ich selbst bin von den Nationalsozialisten schwer verfolgt worden. Ich war fast zwei

Jahre im Konzentrationslager Dachau und Mauthausen.- Es war das Härteste, was ich durchmachen mußte.- In der deutschen Armee habe ich nie dienen wollen - wurde mit 40 % strafgekürzten Ruhegenüssen entlassen.

Mein einziger Wunsch war, die gerechte Strafe für alle nationalsozialistischen Verbrechen, besonders aber die Bestrafung des dummen deutschen Volkes - besonders aber seiner Naziregierung - für die Anzettelung dieses schrecklichen Krieges zu erleben.



Unser Leidensweg, besonders aber der der Frauen, begann bald, obzwar ich jedem unser aller Einstellung wiederholt verdolmetschte und ihnen auch immer meinen Entlassungsschein aus dem Konzentrationslager vorwies. Das hinderte aber niemanden dieser Sowjets. . . die Frauen unter Drohung des Erschießens immer wieder zu vergewaltigen, uns auszurauben und zu quälen mit allen erdenklichen Drohungen.

Haben wir, die wir immer die schärfsten Gegner des Nationalsozialismus waren, immer geblieben sind und immer gewesen waren, das verdient? Wir alle haben es, glaube ich, nicht verdient. Wenn möglich, bitte ich diese Zeilen gelegentlich zu veröffentlichen.

Möge die Welt gegen den Nationalsozialismus, Bolschewismus und Faschismus und einen langen Frieden. Für diese Ideale wollen wir unser heute wenig wertvolles Leben gegeben haben.

Wir bedauern nur, das Abtreten des größten Narren und größten Verbrechers langer Zeiten - Adolf HITLER - nicht mehr erlebt zu haben.

Österreicher, seid in Hinkunft gescheiter als in den Jahren 1918 bis zum März 1938.

Es lebe Österreich!

(gez.) Georg BARTL Österreichischer Oberstleutnant a.D.²²



Das Haus, in dem sich die Tragödie abspielte. Aus: Kierlinvom Verein Museum Kierling und vom Kierlinger Bürger Verein, 2008.

22 »Letzte Aufzeichnung des österreichischen Oberstleutnants a.D. Georg BARTL am 9. 4. 1945«, in: Kurt von Schusch-NIGG, Im Kampf gegen Hitler, aaO. (Anm. 3), Anhang 5, S. 424 f.



Eines der letzten Fotos Georg Bartls (aus einem Fahrausweis des Wiener Verkehrsbetriebs). Aus: *Kierlinger Geschichte(n)*, hg. vom Verein Museum Kierling und vom Kierlinger Bürger Verein, 2008.

Als der Pfarrer von Kierling ein Fuhrwerk besorgen konnte, das die sieben Leichen bergan zum Friedhof bringen sollte, stoppten sowjetische Befreiert den Wagen und machten sich mit dem Pferdegespann aus dem Staub.²³ Erst am 12. April 1945 gestatteten es die Verhältnisse, die sterblichen Überreste zu beerdigen. Für die Familie NEUDL wurde das Grab Nr. 1025 angelegt, für die Ehegatten BARTL samt Fräulein Liesel SZENTE das Grab Nr. 1026 geschaffen.²⁴

»Ich habe vorläufig auf BARTLS Grab ein schmiedeeisernes Kreuz mit Steinsockel anbringen lassen«, schrieb Schwiegervater FRIEDRICH im Januar 1947 nieder.²⁵

»Vorläufig«, gewiß, denn längst ist das schmiedeeiserne Kreuz spurlos verschwunden, das BARTL-Grab unbekannten Datums aufgelassen.²⁶ Pietät für Opfer antifaschistischer Täter paßt nicht in die politkorrekte »Gedenk- und Erinnerungslandschaft« von heute, denn, so nicht nur wikipedia: »Am 6. April 1945 wurde Kierling von der Roten Armee befreit.«²⁷

Fred Duswald

²³ Hugo Portisch, Österreich II. Die Geschichte Österreichs vom 2. Weltkrieg bis zum Staatsvertrag, Bd. 1: Am Anfang war das Ende, Heyne, München 1993, S. 87.

²⁴ Auszug aus dem Sterbebuch der Pfarre Kierling, Faks. in: Kierlinger Geschichte(n) 1108-2008, S. 92.

²⁵ Zit. bei Kurt von Schuschnigg, *Im Kampf gegen Hitler*, Anh. 4, S. 424; Friedrich Chl.евесек, *Die Kriegsopfer von Kierling im April 1945*, S. 90.

²⁶ Telefonische Auskunft von Friedrich Сневесек, 20. 5. 2010.

²⁷ Art. »Kierling«, in: *wikipedia* , Abfr. 20. 5. 2010. Die Formulierung ist mißverständlich: Gemeint ist offensichtlich, daß der Ort durch die Rote Armee befreit wurde. Von der Roten Armee befreit wurde Österreich erst durch den Abzug der Besatzer gemäß Art. 20 Abs. 3 des österreichischen Staatsvertrages vom 15. 5. 1955.

Der Raub und die »ethnischen Säuberungen« der deutschen Ostgebiete und die angelsächsischen Siegermächte

Im Einklang mit dem Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland ging die westdeutsche Politik in den ersten Jahrzehnten nach dem Zweiten Weltkrieg vom staatlichen Fortbestand Deutschlands in den von der Potsdamer Konferenz bestimmten Grenzen vom 31. Dezember 1937 aus¹. Einhellig bestanden die maßgeblichen Bonner Parteien CDU, SPD und FDP auf diesem territorialen Besitzstand, der in einem künftigen Friedensvertrag durchzusetzen sei. »Verzicht ist Verrat!«, »Niemals Oder-Neiße-Linie!«, »Von Memel bis Saarbrücken!«, »Das ganze Deutschland soll es sein!« – so oder ähnlich lauteten die Parolen der drei führenden Parteien auf Wahlplakaten, die die Umrisse Deutschlands in den Grenzen von 1937 zeigten. Als eine Stimme von ungezählten ließ sich Willy Brandt unter dem 29. Mai 1959 vernehmen: »Wir haben alle ein Recht auf den deutschen Osten und müssen alle helfen, die Kenntnis über seine Geschichte, Geographie und Kultur zu verbreiten, um zu verhindern, daß er vergessen wird. Bis zu einem gerechten Friedensvertrag dürfen wir keinen Meter des deutschen Ostens - besonders dem Ausland gegenüber – aufgeben. Das ganze deutsche Volk braucht die verlorenen Länder und wird sie in seiner Gesamtheit wiederbesiedeln müssen.«²

Zu diesem gerechten Friedensvertrag aber würden den Deutschen, so versicherte man den Bürgern der Bundesrepublik, die westlichen Verbündeten verhelfen. Diese schienen dem beizupflichten, indem sie nicht müde wurden, offiziell zu betonen, daß die gerechte Regelung der deutschen Ostgrenze gemäß den Potsdamer Beschlüssen einem Friedensvertrag vorbehalten sei. Dem entsprechend hieß es in Art. 7 Abs. 1 des Deutschlandvertrages vom 23. Oktober 1954: »Die Unterzeichnerstaaten sind darüber einig, daß ein wesentliches Ziel ihrer gemeinsamen Politik eine zwischen Deutschland und seinen ehemaligen Gegnern frei vereinbarte friedensvertragliche Regelung für ganz Deutschland ist, welche die Grundlage für einen dauerhaften Frieden bilden soll. Sie sind weiterhin darüber einig, daß die endgültige Festlegung der Grenzen Deutschlands bis zu dieser Regelung aufgeschoben werden muß.«³







Vor allem die CDU sprach sich für den Fortbestand Deutschlands in den Grenzen von 1937 aus.

¹ Die offensichtliche Völkerrechtswidrigkeit auch dieser Grenzziehung steht hier nicht zur Erörterung.

² Erich Kern (Hg.), Verheimlichte Dokumente – Was den Deutschen verschwiegen wird, FZ-Verlag, München 1988, S. 502.

³ Kern, ebenda, S. 477.

Und zehn Jahre später, in ihrer »Deutschland-Deklaration« vom 26. Juni 1964, beteuerten die Westmächte, daß »die endgültige Festlegung der Staatsgrenzen Deutschlands einer Friedensregelung für Gesamtdeutschland vorbehalten« bleibe. Im offiziellen deutschlandpolitischen Szenario der Bundesrepublik und des Westens traten die anglo-amerikanischen Siegermächte als die ›Freunde‹, die ›Guten‹ auf, während die räuberischen De-facto-Annexionen der deutschen Ostgebiete und die Massenaustreibungen der autochthonen deutschen Bevölkerungen als ausschließliche Verbrechen STALINS und der Vertreiberstaaten erschienen.

Keineswegs entsprach dieses propagandistisch verfälschte Rollenbild, eine Frucht des Kalten Krieges und der Westintegration der Bundesrepublik, den geschichtlichen Tatsachen. Die angelsächsischen Siegermächte hatten selbst aktiv auf die Abtrennung der Ostprovinzen hingewirkt und entscheidend zu ihr beigetragen. Der ¿Umsiedlung« der deutschen Einwohner und der Neubesiedlung mit Fremden hatten sie grundsätzlich zugestimmt; bei der Durchführung hatten sie nur praktische, eigene Belange wahrende, zeitlich begrenzte Vorbehalte geltend gemacht. Den unmenschlichen und teils mörderischen Methoden der Vertreibungen hatten sie gleichgültig zugesehen. In den folgenden Jahrzehnten hatten sie niemals ernsthaft beabsichtigt, den im Osten geschaffenen Unrechtszuständen entgegenzutreten.

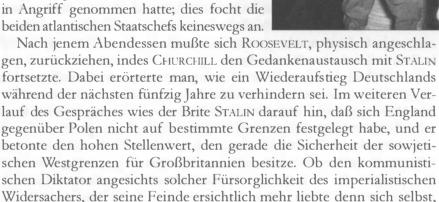
Die Konferenz von Teheran

Der sich abzeichnende militärische Sieg hatte den Westalliierten schon frühzeitig vor dem Ende des Zweiten Weltkriegs Anlaß gegeben, ihre Vorstellungen über die künftige Zerteilung Deutschlands zu konkretisieren und durch Pläne zur – wie man heute sagen würde – ethnischen Säuberunge deutscher Ostgebiete zu ergänzen. Am 14. April 1943 vereinbarten US-Präsident F. D. Roosevelt und der britische Außenminister Anthony Eden, Ostpreußen nach Kriegsende dem polnischen Staat einzugliedern, wobei ersterer vorschlug, die eingesessene Bevölkerung auszusiedeln. Am 12. Mai 1943 erteilte Roosevelt dem tschechischen Exilpräsidenten Eduard Benesch sein Einverständnis mit der Vertreibung der Sudetendeutschen aus ihrer Heimat.

Um sich mit ihrem sowjetischen Waffenbruder – unter anderem – über die beabsichtigte Zergliederung Deutschlands zu verständigen, trafen sich ROOSEVELT und CHURCHILL vom 28. November bis zum 1. Dezember 1943 in Teheran mit STALIN. Auf dieser Konferenz wurden entscheidende Weichen für die Zukunft Deutschlands und Europas gestellt. Hintergrund der Gespräche war die seit der deutschen Reichsgründung immer wieder hervorgetretene Absicht der etablierten Mächte, den deutschen Reichsgründung immer wieder hervorgetretene Absicht der etablierten Mächte, den deutschen Reichsgründung immer wieder hervorgetretene Absicht der etablierten Mächte, den deutschen Reichsgründung immer wieder hervorgetretene Absicht der etablierten Mächte, den deutschen Reichsgründung im deutschen Reichsgründung im deutsche Reich

schen Nationalstaat zu zerschlagen. Beim Abendessen in der sowjetischen Botschaft in Teheran am 28. November 1943 befürwortete Stalin

die Zerteilung Deutschlands sowie die Ausdehnung des polnischen Staates auf deutsches Gebiet bis an die Oder. Dabei, so versicherte er, würden die Sowjets den Polen behilflich sein. Daß diese Hilfer auf den künftigen Status Polens als Satellit Sowjetrußlands hinauslief und den westlichen Einfluß nach Osten über die Oder zurückdrängen würde, begriffen die angelsächsischen Führer nicht, obwohl ihnen bekannt war, daß STALIN die Vorbereitungen zur Errichtung eines sowjetpolnischen Vasallenstaates bereits in Angriff genommen hatte; dies focht die beiden atlantischen Staatschefs keineswegs an.



Der harmonische Abend der Waffenbrüder klang aus mit Churchills berüchtigtem Zündholz-Vorschlag.⁴ Der Engländer demonstrierte mit drei die polnischen Grenzen verkörpernden Streichhölzern, die er von rechts nach links verlegte, wie er sich die Westverschiebung Polens wünschte. Danach sollte das sogenannte Ostpolen« (das östlich der Curzon-Linie«, der ursprünglichen Volkstumsgrenze Polens, gelegene Gebiet, das Warschau 1920/21 gewaltsam an sich gebracht und das die Rote Armee im September 1939 zurückerobert hatte) im Besitz der Sowjetunion bleiben. Dafür sollte Polen mit dem nördlichen Ostdeutschland

Gefühle der Rührung überkamen, ist nicht überliefert.

bis zur Oder entschädigte werden.

Beim Mittagessen am 30. November kam Churchill auf den sowjetischen Bedarf an eisfreien Häfen zu sprechen, und ROOSEVELT deutete die Möglichkeit an, an der deutschen Nordseeküste weine Art freie Zonees mit den Städten Bremen, Hamburg und Lübeck zu errichten. Ohne nähere Stellungnahme hierzu und ohne insbesondere Königsberg zu er-



Teheran 28. 11. bis
1. 12. 1943: Die erste Konferenz der Großen Dreik. Stalln in der Uniform eines Marschalls der Sowjetunion auf dem Weg zum Konferenzraum; hinter ihm Außenminister Wjatscheslaw M.

MOLOTOW.

⁴ Alfred M. DE ZA-YAS, Die Angloamerikaner und die Vertreibung der Deutschen, C. H. Beck, München ²1978, S. 60; Winston S. CHURCHILL, Der Zweite Weltkrieg, Scherz, Bern-München-Wien 1948, Lizenz-Ausgabe der Bertelsmann GmbH, S. 843. 5 David IRVING Deutschlands Ostgrenze, Kiel 51995, S. 73.

wähnen, wies Stalin darauf hin, daß die Sowjetunion mit Murmansk in der Tat nur einen einzigen eisfreien Hafen besitze.

Am Nachmittag des 1. Dezember führte ROOSEVELT, der sich in der Frage der Westverschiebung Polens bisher zurückgehalten und dieses Thema Churchill überlassen hatte, ein vertrauliches Zwiegespräch hierüber mit STALIN herbei. Unter Hinweis auf die im kommenden Jahr in den USA anstehenden Wahlen, vor denen er Rücksicht auf die sechs bis sieben Millionen polnischstämmigen Wähler nehmen müsse, bat er um Verständnis für seine Zurückhaltung. Persönlich teile er die Ansichten STALINS über die Wiederherstellung und die neuen Grenzen des polnischen Staates, wolle dessen Ostgrenze also nach Westen und seine Westgrenze ebenfalls an die Oder verschoben sehen. Derzeit aber könne er sich an einer solchen Regelung öffentlich nicht beteiligen.⁶ Der US-Präsident fürchtete, die polnischen Wähler würden trotz des versprochenen territorialen Zugewinnes an deutschem Boden im Westen nicht akzeptieren, daß ihrem Herkunftsland die nach dem Ersten Weltkrieg im Osten eroberten Gebiete wieder genommen werden sollten. Verbindlich und höflich zeigte STALIN Verständnis.

⁶ IRVING, ebenda, S. 74 u. 76; Benjamin COLBY, *Die Roosevelt-Verschwörung*, Druffel, Stegen 2002, S. 104 f.

Um 18 Uhr fanden sich die Großen Dreic zu ihrer abschließenden Plenarsitzung zusammen. Hinsichtlich der deutschen Gebiete jenseits von Oder und Neiße und der neuen Westgrenze Polens erinnerte Winston Churchill an sein läppisches Zündholz-Spielchen vom ersten Abend und entblödete sich nicht zu wiederholen, daß Großbritannien in erster Linie an der Sicherheit der sowjetischen Westgrenze gegenüber Deutschland gelegen sei. Er sei bereit, der polnischen Exilregierung in London jegliche Grenze zu empfehlen, die Stalin vorschlage. Der Sowjetführer befürwortete darauf erneut die Ausdehnung Polens auf Kosten des Deutschen Reiches. Zur Ostgrenze Polens erklärte er: »Die sowjetische Regierung hält an der Linie vom Jahre 1939 fest.« Und – im Kern ethnographisch zutreffend – fügte er hinzu: »Sie hat der Ukraine ukrainischen Boden und Weißrußland weißrussischen zurückgegeben.«7 Süffisant entgegnete der englische Außenminister EDEN hierauf unter Anspielung auf das territoriale Geheimabkommen im HITLER-STALIN-Pakt vom 23. August 1939, diese Grenze sei als »RIBBENTROP-MOLOTOW-Linie« in die Geschichte eingegangen. MOLOTOW entgegnete schlagfertig, er ziehe die Bezeichnung Curzon-Linie vor (die identische, von dem britischen Au-Benminister Lord Curzon 1920 nach ethnisch-kulturellen Kriterien als polnische Ostgrenze vorgeschlagene Linie entlang der Flüsse Bug und San). In Hinsicht auf Ostdeutschland fragte ROOSEVELT, ob es denn möglich sei, ganze Bevölkerungen willkürlich umzusiedeln, was Stalin aufgrund seiner vorangegangenen einschlägigen Untaten durchaus bejahen konnte.

⁷ David Irving, ebenda, S. 77.

Im weiteren Verlauf erhob STALIN erstmals Anspruch auf das nördliche Ostpreußen mit den Städten Königsberg und Tilsit, womit er auf das Einverständnis der beiden westlichen Staatschefs stieß. Völkerrechtlich verbindliche Absprachen wurden auf der Konferenz von Teheran nicht getroffen. STALIN konnte aber gewiß sein, daß auch die künftige sowjetische Herrschaft über Polen und Ostdeutschland bis zur Oder gesichert war, da auch die atlantischen Führer die Verschiebung der polnischen Westgrenze auf deutsches Gebiet bis an die Oder befürworteten.

»Churchill ist allerbester Laune«, notierte der Brite Alexander Cado-GAN zu der insgesamt heiteren Atmosphäre der Teheraner Konferenz. »Die persönlichen Beziehungen waren m. E. hervorragend«, fand er und versicherte: »Wir können die besten Resultate aus den Saufereien und Redereien erhoffen.«8 Inwieweit die Resultate dieses Treffens tatsächlich dem Alkohol geschuldet waren, mag dahinstehen. Von den vergnüglichen Anstrengungen der Konferenz erschöpft, erkrankte Churchill auf seiner Rückreise und zog sich zur Erholung für mehrere Wochen nach Nordafrika zurück. Von Karthago aus beauftragte er seinen Außenminister Eden, den polnischen Exilpolitikern in London die mit Stalin verabredete Westverschiebung schmackhaft zu machen. Wenn die Polen »alles ablehnen sollten, so [sähe er] keine Möglichkeit, wie die britische Regierung noch irgend etwas für sie unternehmen sollte. . «9 Für Polen war die in Teheran geplante staatliche Wiedererrichtung objektiv ein Danaergeschenk, war sie doch mit der schweren Hypothek eines neuen, unrechtmäßigen, moralisch höchst anfechtbaren territorialen Besitzstandes auf deutschem Boden belastet.

Der britische Premierminister Churchill

und die Verbrechen an ostdeutschen Menschen

Bereits um den 20. Oktober 1944 war die von Stalins Einpeitschern verhetzte Soldateska der Roten Armee auf ostpreußisches Gebiet vorgedrungen, wo sie grauenhafte Untaten an der Zivilbevölkerung verübte; Ortsnamen wie Nemmersdorf sind unvergessen. Aus dem Munde seines Premierministers steuerte Großbritannien den menschenverachtenden Begleittext zu den sowjetischen Greueln und dem namenlosen Massenelend der sich seit Mitte Januar 1945 in Ostdeutschland bildenden riesigen Flüchtlingstrecks bei. Vor dem Unterhaus in London pries Winston Churchill am 15. Dezember 1944 »die Vertreibung der Deutschen – denn so lautet der Vorschlag: völlige Vertreibung der Deutschen – aus den Gebieten, die Polen im Westen und Norden gewinnt. Denn die Vertreibung ist, soweit wir zu erkennen in der Lage sind, das befriedigendste und dauerhafteste Mittel. Es wird keine Mischung der Bevöl-

⁸ IRVING, ebenda, S. 78.

⁹ IRVING, ebenda, S. 81.

¹⁰ Rolf Kosiek, u. Olaf Rose (Hg.), Der Große Wendig – Richtigstellungen zur Zeitgeschichte, Bd. 2, Grabert, Tübingen ⁵2012, S. 228 ff.

11 David IRVING. aaO. (Anm. 5), S. 163 f.

kerung geben, die so leicht zum Quell endloser Unannehmlichkeiten werden kann, wie zum Beispiel Elsaß-Lothringen. Hier wird reiner Tisch gemacht werden.«11

Das Thema der Austreibung der Deutschen aus ihren Gebieten jenseits von Oder und Neiße beschäftigte Churchill stark - freilich nicht unter ethischen und humanitären, sondern ausschließlich unter Gesichtspunkten, die seiner Persönlichkeit gemäßer waren: So war er in Sorge, daß die aus ihrer Heimat vertriebenen wohnungs- und mittellosen Deutschen demnächst in Westdeutschland in großer Zahl den für die Verwaltung des Elends zuständigen britischen Besatzern zur Last fallen würden. Zynisch fuhr er in seiner Rede vom 15. Dezember 1944 daher fort: »Ich sehe nicht ein, warum in Deutschland kein Platz für die Bevölkerung Ostpreußens und der anderen von mir erwähnten Gebiete sein sollte. Schließlich wurden bereits sechs bis sieben Millionen Deutsche in diesem schrecklichen Krieg getötet. . . Überdies ist zu erwarten, daß noch mehr Deutsche in den Kämpfen des kommenden Frühjahrs und Sommers getötet werden...«12

12 IRVING, ebenda, S 164 f.

13 IRVING, ebenda, S. 172.

Grundsätzlich war der britische Premier von der fixen Idee besessen, so viele Deutsche, wie irgend möglich, zu töten, Zivilpersonen, gleich welchen Alters oder Geschlechts, nicht ausgenommen. Am 25. Januar 1945, als die Elendsströme der Flüchtlinge aus den deutschen Ostprovinzen auf winterlichen Straßen in die mitteldeutschen Städte fluteten, rief CHURCHILL seinen für die Bomberflotten zuständigen Minister Archibald SINCLAIR an und fragte ihn, welche Vorschläge das britische Bomberkommando vorgelegt hätte, »die Deutschen auf ihrem Rückzug aus Breslau zu braten«. 13 Da es einen militärischen Rückzug der Wehrmacht aus Breslau nicht gab, war der Sinn der Frage klar: Eindeutig meinte CHURCHILL, die aus dem ostdeutschen Schlesien nach Mitteldeutschland strömenden Flüchtlingsmassen. Er gedachte also, die durch die »ethnische Säuberung« des deutschen Ostens geschaffenen Probleme durch physische Vernichtung der betroffenen Menschen zu entschärfen, indem er diese »briet«, wie er sich in dem ihm eigenen läppisch-zynischen sense of humore ausdrückte. Sein Minister verstand ihn nur zu gut: Zwei Tage später, am 27. Januar 1945, erhielt das Bomberkommando den Befehl zum Großangriff unter anderem gegen das militärisch völlig bedeutungslose, aber mit Ostflüchtlingen überfüllte Dresden.

Die Konferenz von Jalta

Die nächste Konferenz der Großen Dreic über das Schicksal Deutschlands und Europas fand vom 4. bis 12. Februar 1945 im Badeort Jalta auf der Halbinsel Krim statt.



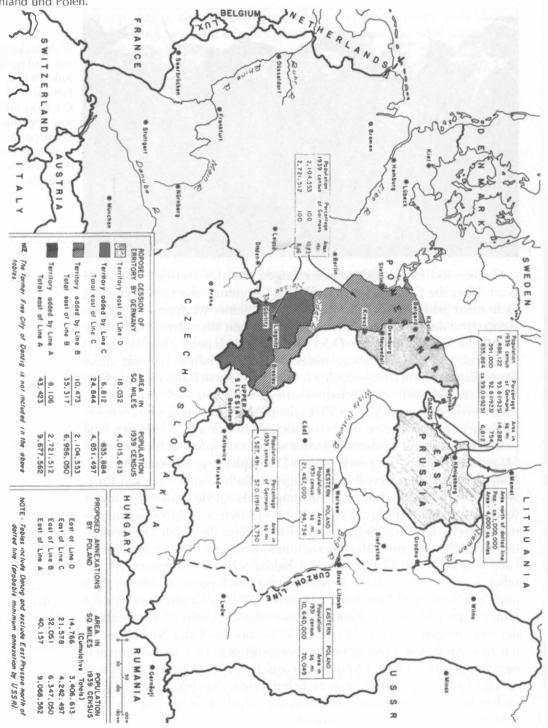
US-Präsident Roosevelt wird bei seiner Ankunft in Jalta im Februar 1945 von Churchill und Molotow empfangen. Roosevelt ist sehr krank und benutzt den Jeep wie einen Rollstuhl.

Gegenstand eingehender Erörterungen war der künftige polnische Staat. Über die Curzon-Linie als Polens Ostgrenze war man sich einig, nicht mehr jedoch hinsichtlich des Verlaufes seiner Westgrenze. Um den Besitzstand des Sowjetimperiums möglichst weit auszudehnen, forderte STALIN die Anerkennung der ›Oder-Neiße-Linie als polnischer Westgrenze. ROOSEVELT und CHURCHILL indes waren nicht bereit, sich auf diese Demarkation schon jetzt endgültig festzulegen; der sich anbahnende Ost-West-Konflikt warf seine Schatten voraus. Churchill schützte die Besorgnis vor, daß ein so großer Zuwachs die Fähigkeiten der Polen überfordern werde. »Es wäre sehr schade«, erklärte er am 7. Februar, »die polnische Gans mit deutschem Futter so vollzustopfen, daß sie an einer Magenverstimmung zugrunde ginge.« Die geplante gewaltsame Austreibung der deutschen Bevölkerung hingegen focht CHURCHILL, den Protagonisten apokalyptischer Massentötungen, als solche keineswegs an. Er verwies auf den »Erfolg« der griechisch-türkischen »Transferierungen« nach dem Ersten Weltkrieg und fuhr fort: »Wenn die Polen Ostpreußen und Schlesien bis zur Oder übernehmen, bedeutet das die Transferierung von 6000000 Deutschen. Wir haben 5 oder 6 Millionen [Deutschel getötet und werden vor Beendigung des Krieges wahrscheinlich noch eine weitere Million töten. Dadurch müßte in Deutschland für die transferierten Menschen Raum genug vorhanden sein.«14 Hinsichtlich der von ihm genannten Zahl von 6 000 000 aus den Oder-Neiße-Gebieten zu vertreibenden Deutschen mußte sich Churchill freilich von seinem kongenialen Freund STALIN, der auf das Wirken seines Mordhetzers Ilja Ehrenburg vertraute, korrigieren lassen: »So viele Deutsche wird es dort nicht geben«, erklärte der Diktator, »denn sie werden weglaufen, sobald unsere Truppen dort einfallen.«15

¹⁴ Rolf Kosiek u. Olaf Rose (Hg.), Der Große Wendig, Bd. 1, Grabert, Tübingen ⁵2011, S. 576 f.

David IRVING, aaO. (Anm. 5), S. 183.

Karte: US-Vorschläge in Jalta für eine Gebietsverteilung zwischen Deutschland und Polen.



In der Frage der polnischen Grenzen einigte man sich schließlich auf eine allgemeingehaltene Formel: »Die drei Regierungschefs erwägen, daß die polnische Ostgrenze der Curzon-Linie entsprechen. . . sollte. Es wird anerkannt, daß Polen im Norden und Westen einen beträchtlichen Gebietszuwachs erhalten muß. Sie glauben, daß über den Umfang des Zuwachses zu gegebener Zeit die Meinung der Polnischen Provisorischen Regierung der Nationalen Einheit eingeholt werden sollte und daß die endgültige Festlegung der Westgrenze Polens der Friedenskonferenz vorbehalten bleiben sollte.«¹⁶

Diese Frage blieb also offen, doch waren der Raub zumindest eines Großteils der deutschen Gebiete östlich von Oder und Neiße sowie deren »ethnische Säuberung« nunmehr einmütig beschlossene Sache. Admiral William D. LEAHY, ROOSEVELTS Stabschef, hielt seine persönliche Bewertung dieser Entscheidungen in einem Tagebucheintrag vom 11. Februar 1945 fest. Im Sinne der gängigen antideutschen Ressentiments der Stimme seines Herrn loyal ergeben, schickte er voraus: »Zwar hat sich das deutsche Volk aufgrund dieses barbarischen Eroberungskrieges sämtliche Strafen, die man sich zuziehen kann, verdient. . . Ich sehe keine andere Möglichkeit, dieses Volk von. . . grundsätzlich militaristischen Menschen wegen ihrer Kriegsverbrechen zu bestrafen.« Doch jenseits solch dümmlicher Propagandaklischees dämmerte dem US-Amerikaner die alte Erfahrung der Weltgeschichte, daß sich dergleichen bitter rächen kann: »Diese drei Männer, die zusammen die stärkste Militärmacht befehligen, die jemals zusammengestellt wurde, sitzen an einem runden Tisch auf der Krim [und] vereinbaren untereinander, ... Deutschland zu entwaffnen und zu zerstückeln, . . . Gebiete von Deutschland an Polen zu transferieren, eine Maßnahme, die die Deportierung von zwischen sieben und zehn Millionen Menschen der überlebenden Bevölkerung notwenig machen wird.« Dieser »Frieden« erscheine ihm »als ein furchtbares Säen von Drachenzähnen, das die Keime eines schrecklichen Vergeltungskrieges in einer fernen Zukunft in sich birgt... die Aussicht, daß sie [die Deutschen] aus Verzweiflung heraus irgendwann in einer unbestimmten Zukunft reagieren werden, läßt einen doch erschaudern«. 17 In der Tat war das in seinen ungeheuerlichen Dimensionen und seiner verbrecherischen Hybris historisch einzigartige Vorgehen des Sowjetdiktators und der beiden westlichen Führer aus der damaligen Sicht durchaus dazu angetan, eine nicht enden wollende Spirale von Gewalt und tödlichem Völkerhaß in Gang zu setzen. Daß es wider Erwarten später tatsächlich anders kam, war nicht das Verdienst Roosevelts, Churchills und Stalins, des west-östlichen Trio Infernale von Jalta.

¹⁶ Irving, ebenda, S. 186.

¹⁷ IRVING, ebenda, S. 186 f. u. 298.

Die Potsdamer Konferenz

Vom 17. Juli bis zum 2. August 1945 traten die Regierungschefs der drei Siegermächte im Schloß Cecilienhof in Potsdam zusammen, um die Ergebnisse der Konferenzen von Teheran und Jalta der gegenwärtigen Lage anzupassen und fortzuschreiben. Anstelle des inzwischen verstorbenen F. D. Roosevellt erschien der neue US-Präsident Harry Truman. Winston Churchill reiste im Hinblick auf die in England anstehenden Wahlen vorsorglich in Begleitung des Oppositionsführers Clement Attlee an, der ihn nach dem Wahlsieg der Labour-Partei seit dem 29. Juli dann auch ablöste. Ein Abschlußkommuniqué in Form eines Protokolls kam zustande, in dem programmatisch-propagandistische Floskeln, Absichtserklärungen sowie Übereinkünfte der Staatschefs in Einzelpunkten enthalten waren. Gemäß dem Kommuniqué vom 2. August 1945¹⁸ gingen die Sieger ungeachtet u. a. der rechtswirsamen Anschlüsse Österreichs und des Sudetenlandes willkürlich von den Reichsgrenzen vom 31. Dezember 1937 aus.

¹⁸ Im folgenden zitiert aus der Mitteilung über die Berliner Konferenz der Drei Mächte, herausgegeben vom Verlag Tägliche Rundschau 1945.

Einen Schwerpunkt der Potsdamer Konferenz bildeten die Verhandlungen über den deutschen Osten. Der endgültige Verlauf der deutschen Ostgrenze sollte in einem demnächst mit einer gesamtdeutschen Regierung zu schließenden Friedensvertrag festgelegt werden. Hinsichtlich Nordostpreußens war man sich bereits seit der Teheraner Konferenz einig. Stalin begründete den sowjetischen Griff nach dieser alten deutschen und deutsch besiedelten Kulturlandschaft mit seinem Interesse an dem eisfreien Hafen Königsberg. In Abschnitt VII. des Protokolls vom 2. August 1945 hieß es dazu: »Die Konferenz hat grundsätzlich dem Vorschlag der Sowjetregierung hinsichtlich der endgültigen Übergabe der Stadt Königsberg und des anliegenden Gebietes an die Sowjetunion. . .

ATTLEE, TRUMAN UND STALIN; dahinter die jeweiligen Außenminister Bevin, Byrnes und Molotow.



zugestimmt, wobei der genaue Grenzverlauf einer sachverständigen Prüfung zu unterwerfen ist. Der Präsident der USA und der britische Premierminister haben erklärt, daß sie den Vorschlag der Konferenz bei der bevorstehenden Friedensregelung unterstützen werden.« Das textlich insgesamt unzulänglich abgefaßte Protokoll schweigt sich hier darüber aus, daß dieses deutsche Gebiet bis zum Abschluß des Friedensvertrages unter sowjetische Verwaltung gestellt werden sollte; dies folgt aber aus Abschnitt IX. b) über Polen.

Streitig verhandelte man über den künftigen Verlauf der polnischen Westgrenze. Hier hatte STALIN seine Position bestens vorbereitet, indem er die zur sowjetischen Besatzungszone gehörenden deutschen Gebiete jenseits von Oder und Neiße bereits informell dem moskauhörigen polnischen Regime übertragen hatte. Schon im März 1945 hatten seine polnischen Statthalter hier fünf eigene Verwaltungsbezirke, die neuen >Woiwodschaften Masuren, Pommern, Niederschlesien, Oberschlesien und Danzig eingerichtet. Im Hinblick auf diese Realitäten forderte er von den anglo-amerikanischen Staatschefs, sich schon jetzt auf die Oder-Neiße-Linie als polnische Westgrenze festzulegen. TRUMAN hielt dem entgegen, daß STALIN hier abprachewidrig eine neue - polnische - Besatzungszone eingerichtet habe. Dabei war der US-Präsident mit der völkerrechtswidrigen Abtrennung der deutschen Gebiete durch Polen und der Festlegung einer nach Westen vorgeschobenen Staatsgrenze dieses sowjetischen Satellitenstaates grundsätzlich durchaus einverstanden: Er hege, so erklärte er, »sehr freundschaftliche Gefühle gegenüber Polen und ebenfalls gegenüber Rußlands Vorschlägen zur Westgrenze«. Nur gegen das vorzeitige, eigenmächtige Vorgehen STALINS in einer Frage, über die nach den Vereinbarungen von Jalta erst auf der künftigen Friedenskonferenz entschieden werden sollte, wandte er sich mit Nachdruck. Die Herausnahme der Oder-Neiße-Gebiete aus dem Territorium der Besatzungszonen schmälere, so argumentierte er, die Verfügungsmasse für westliche Reparationsansprüche, die aus ganz Deutschland befriedigt werden sollten: »Wir können über Art und Höhe der Reparationen keine Einigung erzielen, wenn Teile des deutschen Gebiets bereits verschenkt sind«, erklärte er in der Plenarsitzung vom 21. Juli.«19

Dem hielt Stalin entgegen, es habe, da alle Deutschen geflüchtet seien, keinen anderen Ausweg gegeben, als polnische Verwaltungen einzurichten. »Wo sind die 9 Millionen Deutschen?« wollte Truman daraufhin wissen. »Alle geflohen«, log Stalin.²0 »Im Westen zwischen Oder und Weichsel«, ergänzte er wenig später, »haben die Deutschen ihre Felder verlassen, und diese werden jetzt von den Polen bestellt. Es ist unwahrscheinlich, daß die Polen zustimmen werden, daß die Deutschen diese Felder wieder bestellen.«²1

¹⁹ David IRVING, aaO. (Anm. 5), S. 223 f.

²⁰ IRVING, ebenda, S. 225.

²¹ IRVING, ebenda, S. 226.



Die deutsch-polnische Grenze auf der Konferenz von Potsdam. Karte aus: Michael A. Hartenstein, *Die Geschichte der Oder-Neiße-Linie,* Olzog, München 2006.

In Wirklichkeit hatte der von polnischen Behörden angeordnete mörderische Terror wilder Vertreibungen, der bis in das Jahr 1948 andauerte, in großem Stil erst im Mai 1945 eingesetzt. Zur Zeit der Potsdamer Konferenz lebten noch weit mehr als 5 Millionen Deutsche in den polnisch verwalteten Ostgebieten. Nach britischen Schätzungen, denen Vorkriegsstatistiken zugrunde lagen, handelte es sich dabei um 7 bis 11 Millionen² Menschen. Der als wissenschaftlicher Mentor Churchills in Sachen Bombenholocaust bekannte Professor Friedrich Lindeman, als Lord Cherwell geadelt, einer der engsten Berater des britischen Premierministers, ging am 17. Juli 1945 in einer warnenden Denkschrift von 8 bis 10 Millionen Deutschen aus, die im Falle ihrer Vertreibung Restdeutschland überfluten würden und für deren Ernährung die westlichen Besatzer würden aufkommen müssen. Hinzu kämen, so Lindeman, noch 2 Millionen von den Tschechen vertriebene Sudetendeutsche. Den Polen solle daher nicht erlaubt werden, die Ostdeutschen auszutreiben. ²³

Die Argumentation LINDEMANNS beeindruckte CHURCHILL. In der Sitzung der Potsdamer Konferenz vom 21. Juli 1945 erklärte er: »Wir wollen nicht mit einer riesigen deutschen Bevölkerung belastet werden, die ihrer Ernährungsbasis beraubt ist. Denken sie einmal an die Bevölkerung des Ruhrgebiets. Wenn sich nicht genug Lebensmittel beschaffen lassen, dann können wir Verhältnissen gegenüberstehen wie früher in den deutschen Konzentrationslagern – nur in einem noch viel größeren Umfang.«²⁴ Eine persönlichkeitsfremde Anwandlung humaner Gesinnung wird man bei Churchill, der die Vertreibung der Deutschen aus den Ostprovinzen grundsätzlich befürwortete, hier wohl kaum unterstellen können, doch hatte er als britischer Regierungschef die Kritik von Teilen der britischen Öffentlichkeit und des Unterhauses zu fürchten, wenn er allzu offensichtlich die Mitverantwortung für Verbrechen gegen die Menschlichkeit übernahm.

In Abschnitt IX. (»Polen«) des Abschlußkommuniqués vom 2. August 1945 wurde zu b) ein Kompromiß zwischen den Chefs der angelsächsischen Mächte und Stalin protokolliert: »Die Häupter der drei Regierungen bekräftigen ihre Auffassung, daß die endgültige Festlegung der Westgrenze Polens bis zu der Friedenskonferenz zurückgestellt werden soll.« Die »früher deutschen Oder-Neiße-Gebiete (das Territorium im Norden und Westen, das Polen erhalten solle)«, sollten »bis zur endgültigen Festlegung der Westgrenze Polens. . . unter die Verwaltung des polnischen Staates kommen und in dieser Hinsicht nicht als Teil der sowjetischen Besatzungszone in Deutschland betrachtet werden«.

Sein Ziel, die Westmächte schon jetzt auf die Oder-Neiße-Linie als polnische Staatsgrenze festzulegen, hatte STALIN also nicht erreicht; doch immerhin hatten sich diese bereit gefunden, den polnisch verwalteten ²² IRVING, ebenda, S. 213.

²³ IRVING, ebenda, S. 214 f.

²⁴ Irving, ebenda, S. 227.

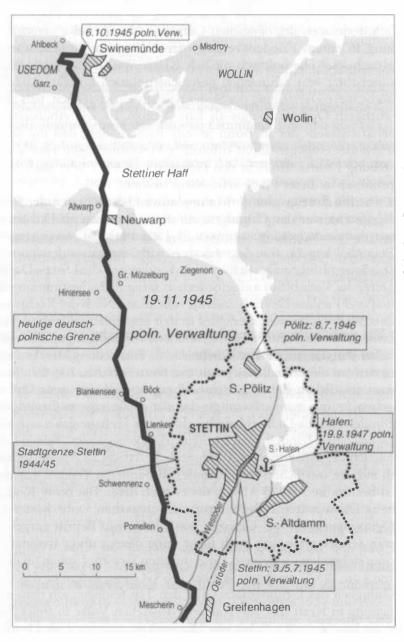
Bereich aus dem gemeinsamen Besatzungsberitt zu entlassen. Daß in dieser Passage von den »früher« deutschen Gebieten die Rede war, paßte dogmatisch nicht zu der gemeinsamen Festlegung, daß das Reich völkerrechtlich bis zur beabsichtigten Friedenskonferenz in den Grenzen vom 31. Dezember 1937 fortbestehen sollte. Es entsprach aber der im Grundsatz völlig übereinstimmenden Absicht STALINS, ROOSEVELTS und CHURCHILLS, Polen im Westen und Norden auf Kosten des deutschen Staatsgebiets jenseits von Oder und Neiße zu vergrößern.

Hinsichtlich der Vertreibung, Umsiedlung oder Ausweisung hieß es im Potsdamer Protokoll – Abschnitt XIII., »Ordnungsgemäße Überführung deutscher Bevölkerungsteile«: »Die Konferenz erzielte folgendes Abkommen über die Ausweisung Deutscher aus Polen, der Tschechoslowakei und Ungarn: Die drei Regierungen. . . erkennen an, daß die Überführung der deutschen Bevölkerung oder Bestandteile derselben, die in Polen, Tschechoslowakei und Ungarn zurückgeblieben sind, nach Deutschland durchgeführt werden muß. Sie stimmen darin überein, daß jede derartige Überführung. . . in ordnungsgemäßer und humaner Weise erfolgen soll.«

Dieser Abschnitt bezieht sich nach seinem Wortlaut und dem völkerrechtlichen Konzept der Konferenz ausschließlich auf in den genannten Ländern – Polen, Tschechoslowakei und Ungarn – lebende Deutsche, und eindeutig nicht auf die Bewohner der polnisch oder sowjetisch verwalteten deutschen Ostgebiete. Die Kontrahenten der Potsdamer Konferenz dürften sehr wohl zwischen polnischem Gebiet und dem von Polen verwalteten deutschen Bereich unterschieden haben, hatte man doch in streitiger Verhandlung soeben ausdrücklich entschieden, daß letzterer völkerrechtlich nicht vor dem Friedensvertrag von Deutschland abgetrennt werden und es den Polen nicht erlaubt sein sollte, die westlichen Besatzungszonen mit Millionen Flüchtlingen aus diesen Gebieten zu belasten. Genau dieser Regelung entsprach Abschnitt XIII. des Protokolls – ein redaktionelles Versehene insoweit ist eher unwahrscheinlich. Andererseits werden die Oder-Neiße-Gebiete in Abschnitt IX. b) aber bereits als »früher deutsche Gebiete« bezeichnet.

Jedenfalls waren sich die Häupter der Drei Regierungen, also auch der britische Premierminister Attlee (nach Churchill) und US-Prasident Truman grundsätzlich einig in dem Beschluß, nicht nur die im mittelosteuropäischen Ausland und auf dem Balkan ansässigen Volksdeutschen, sondern auch die von Nordostpreußen bis zum Sudetenland auf deutschem Staatsgebiet lebenden autochthonen deutschen Bevölkerungen auszutreiben. Die Vorbehalte der atlantischen Staatschefs insoweit waren nur zeitlich begrenzt und betrafen in der Sache lediglich die Reparationen sowie die Verhinderung von Versorgungsengpässen im Westen,

nicht aber die Vertreibung als solche. Daß die »Überführung. . . in ordnungsgemäßer und humaner Weise« erfolgen solle, war nicht mehr als eine diplomatische Phrase für die westliche Öffentlichkeit. Gleichgültig sahen die anglo-amerikanischen Regierungen den ›wilden«, teils genozidalen Vertreibungen zu.



Die Oder-Neiße-Grenze seit dem Abkommen von Görlitz 1950. Karte aus: Michael A. Hartenstein, Die Geschichte der Oder-Neiße-Linie, Olzog, München 2006.

Die deutschen Ostgebiete im deutschen Grundgesetz und in der Politik und Propaganda der atlantischen Mächte und der Bundesrepublik

Die von den Westmächten in den folgenden Jahrzehnten des Kalten Krieges wiederholt zum Ausdruck gebrachte Mißbilligung der Vertreibung sowie die stereotype Behauptung, die deutsche Frage einschließlich derjenigen der deutschen Ostgebiete bis zu einer gerechten Regelung in einem Friedensvertrag offen halten zu wollen, waren reine Heuchelei. Die politisch-mediale Klasse Westdeutschlands übernahm, unterstützt von zahlreichen geschichtspolitisch korrekten Hofhistorikern, diese Darstellung der Sieger teils aus Unwissenheit, teils aus unterwürfigem Opportunismus als bare Münze. Es war tabuisiertes Herrschaftswissen, der in Bonn jeweils Regierenden, daß die westlichen Freunder entgegen ihren offiziellen Verlautbarungen eine Wiederherstellung Deutschlands in den Grenzen von 1937 oder auch nur Kompromisse in dieser Frage keineswegs wollten.

stellung Deutschlands in den Grenzen von 1937 oder auch nur Kompromisse in dieser Frage keineswegs wollten.

In stillschweigender Anlehnung an die Festlegungen der Potsdamer Konferenz war das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland von den deutschen Grenzen vom 31. Dezember 1937 ausgegangen. Seine Präambel begann mit dem feierlichen Bekenntnis zur nationalen und staatlichen Einheit Deutschlands und endete mit dem Satz: »Das gesamte Deutsche Volk bleibt aufgefordert, in freier Selbstbestimmung die Einheit und Freiheit Deutschlands zu vollenden.« Nach der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichtes in den folgenden Jahrzehnten war dies

keine bloße Absichtserklärung, sondern verbindlich gesetztes Recht.

Im übrigen enthielt der Vorspruch die Feststellung, das deutsche Volk in den (an dieser Stelle aufgezählten) westdeutschen Ländern habe. »um dem staatlichen Leben für eine Übergangszeit eine neue Ordnung zu geben, kraft seiner verfassungsgebenden Gewalt dieses Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland beschlossen«. Es habe dabei »auch für jene Deutschen gehandelt, denen mitzuwirken versagt war«. Seinen Geltungsbereich beschränkte das Grundgesetz in Artikel 23 Absatz 1 »zunächst« (!) auf die westlichen Bundesländer. »In anderen Teilen Deutschlands«, so bestimmte Art. 23 Abs. 2, »ist es nach deren Beitritt in Kraft zu setzen.« Damit waren Teilvereinigungen vorgesehen, wobei keiner der Teile Deutschlands (in den Grenzen von 1937!) vom Beitritt ausgeschlossen war, selbstverständlich auch nicht seine derzeit unter fremder Verwaltung stehenden Ostgebiete. Einen zweiten Weg zur Einheit (in den Grenzen von 1937!) zeichnete Artikel 146 GG vor, indem er das Ende der Gültigkeit des Grundgesetzes auf den Tag festlegte, »an dem eine Verfassung in Kraft tritt, die von dem deutschen Volke in freier Entscheidung beschlossen worden ist«. Die noch getrennten Teile Deutschlands

²⁵ Siehe dazu auch:
 Rolf Kosiek, aaO.
 (Anm. 10),
 S. 782–786.

Der Raub und die »ethnischen Säuberungen« der deutschen Ostgebiete

(einschließlich der Ostgebiete!) konnten alternativ also auch über eine neue gesamtdeutsche Verfassung zusammengeführt werden. Mehr Klarheit in den nationalen Grundfragen, als das Grundgesetz in seiner ursprünglichen Fassung sie bot, konnte man sich kaum wünschen.

Das Bundesverfassungsgericht sprach nur Selbstverständliches aus, als es in seinem Urteil vom 31. Juli 1973, das freilich nur den Grundvertrag zum Gegenstand hatte, auf das für alle Verfassungsorgane der Bundesrepublik Deutschland und ihre Politik rechtsverbindliche Verfassungsgebot der Herstellung der Einheit hinwies.²⁶

Durch Beschluß vom 7. Juli 1975²⁷ über die Ostverträge der damaligen Bonner Bundesregierung entschied das Bundesverfassungsgericht klar und eindeutig über den völkerrechtlichen Status der deutschen Ostgebiete. Hier einige Kernpunkte aus den Gründen:

S. 157: Die Gebiete östlich von Oder und Neiße sind ebenso wie das übrige Reichsgebiet in den Grenzen vom 31. Dezember 1937 von den Siegermächten bei Kriegsende nicht annektiert worden.

S. 158 ff.: Auf der Potsdamer Konferenz Juli/August 1945 haben sie die deutschen Ostgebiete vorbehaltlich der endgültigen Bestimmung der territorialen Fragen bei der künftigen Friedensregelung teils unter sowjetische und teils unter polnische Verwaltung gestellt. Die Sowjetunion und Polen haben die Vorläufigkeit dieser Gebietszuweisung zunächst respektiert. Die drei Westmächte haben einer endgültigen Zuweisung der deutschen Ostgebiete nicht zugestimmt. Im Potsdamer Protokoll haben sie hinsichtlich Nordostpreußens lediglich in Aussicht gestellt, eine endgültige Überlassung an die Sowjetunion bei der bevorstehenden Friedensregelung mit Deutschland vorbehaltlich der noch vorzunehmenden Festlegung des genauen Grenzverlaufs zu unterstützen. Die Sowjetunion und Polen haben jedoch schon bald nach Beendigung des Krieges einseitig Maßnahmen getroffen, die auf eine vollständige Einbeziehung der deutschen Ostgebiete in ihren Herrschaftsbereich gerichtet waren.

S. 171: Die Ostverträge haben nicht die Entlassung der deutschen Ostgebiete aus der rechtlichen Zugehörigkeit zu Deutschland und nicht deren Unterstellung unter die Souveränität und Hoheitsgewalt der Sowjetunion und Polens bewirkt.

Als nach der friedlichen Revolution in der DDR im Jahre 1989 die kleine Wiedervereinigung Westdeutschlands mit Mitteldeutschland auf der Tagesordnung der Geschichte stand, wollte man den historisch und völkerrechtlich vorgezeichneten Weg über Art. 146 GG nicht gehen. Denn dies hätte dazu gezwungen, über einen Friedensvertrag auf der in Potsdam festgelegten Basis der Grenzen vom 31. Dezember 1937 und damit auch über die deutschen Ostgebiete und die endgültige deutsche Ost-

²⁶ BverfGE Bd. 36, S. 17 ff.

Der Raub und die »ethnischen Säuberungen« der deutschen Ostgebiete

grenze zu verhandeln und zu entscheiden. Für die Sowjetunion und die Vertreiberstaaten verstand es sich von selbst, dies abzulehnen, denn sie konnten nicht daran interessiert sein, daß die von ihnen im deutschen Osten durch rechtswidrige Gebietseinverleibungen und Austreibungen der deutschen Bevölkerung geschaffenen Tatsachen in Frage gestellt und revidiert wurden.

Aber auch die Westmächte zeigten keinerlei Neigung, dieses für sie heiße Eisen aufzugreifen. Den Deutschen sollte auch aus der Sicht der atlantischen Staaten die politisch unumgänglich gewordene Vereinigung der Bundesrepublik mit der DDR nicht auch noch die Gelegenheit bieten, den Raub von mehr als 114000 Quadratkilometern ihres Staatsgebietes, die gewaltsame, teils genozidale Vertreibung von 9 Millionen Volksangehörigen allein aus den Oder-Neiße-Gebieten sowie die mörderische Entvölkerung Nordostpreußens durch die Rote Armee auch nur zur Sprache zu bringen; hier wirkte nachhaltig die Komplizenschaft der drei Siegermächte fort. Die gemeinsame Schuld der Großen Dreik an dem schändlichen Zivilisationsbruch der ethnischen Säuberungen sollte ebenso wenig in das Bewußtsein der Völker zurückgerufen werden wie das Mitwirken der Westmächte beim Raub der deutschen Ostprovinzen. Die Erinnerung an Winston Churchills Drei-Streichhölzer-Spielchen von Teheran war allzu peinlich. Bei Franzosen und Briten hatte zudem die aus dem 19. Jahrhundert herrührende, längst vorrational verselbständigte Gegnerschaft zur verspäteten Nation ihre Wirkungskraft noch keineswegs eingebüßt.

Kurzum: Auch die Westmächte wollten an den Herrschafts- und Besiedlungsverhältnissen, die sie nach dem Krieg in den deutschen Ostgebieten mitgeschaffen hatten, nicht rütteln lassen, sie weder in tatsächlicher noch in rechtlicher Hinsicht zur Diskussion und Entscheidung stellen. Andererseits aber hatten sie im Kalten Krieg formell und nach außen hin stets auf den von der Potsdamer Konferenz vorläufig bestimmten Grenzen von 1937 bestanden, deren endgültiger Verlauf erst in dem freilich nie zustande gekommenen Friedensvertrag mit Gesamtdeutschland hatte festgelegt werden sollen. In diesem entlarvenden Zwiespalt handelten sie jetzt nach dem gesichtswahrenden Motto Schwamm über dies alles!

Diese Haltung nahm im Ergebnis auch der westdeutsche Bundeskanzler ein. Inoffiziell streute Helmut Kohl, der Enkel Adenauerse, die Behauptung aus, die Vereinigung der Bundesrepublik mit der DDR sei nur gegen die Preisgabe der deutschen Ostgebiete zu haben; belegen konnte er eine solche Zwangslage freilich nicht. Gegenteiliges ergibt sich vielmehr aus Erklärungen des damaligen Bundesaußenministers Hans-Dietrich Genscher, der am 8. Oktober 1990 gegenüber dem Bundesrat zu

Der Raub und die »ethnischen Säuberungen« der deutschen Ostgebiete

den Zwei-plus-Vier-Verhandlungen äußerte: »Es entspricht der Würde, der Verantwortung, dem Selbstbestimmungsrecht und dem Friedenswillen unseres Volkes, daß wir [unsere Erklärungen und Verpflichtungen] in eigener freier Entscheidung abgegeben haben. Nichts ist uns aufgezwungen oder abgerungen.«28

Die Vier Mächte hätten sich – bei allem Widerstreben – in dem von der friedlichen Revolution in der DDR angestoßenen Zwei-plus-Vier-Prozeß dem beharrlich erhobenen Anspruch der Deutschen, über ihre Ostgebiete und einen Friedensvertrag auf der Grundlage des international überwiegend akzeptierten, aus dem Potsdamer Protokoll hergeleiteten Rechtsstandpunktes zu verhandeln und zu entscheiden, auf Dauer kaum entziehen können. Hieran konnte jedoch auch Kohl nicht inter- wie des Fehlens gemeinessiert sein. Da Änderungen des rechtswidrigen Status quo des deutschen Ostens zugunsten Deutschlands für ihn politisch völlig ausschieden, hätten rechtsförmige Entscheidungen über diese Provinzen nur in Gebietsabtretungen oder der völkerrechtlichen Anerkennung der rechtswidrigen Annexionen nach dem Krieg bestehen können. Das aber hätte seinen Nimbus als >Kanzler der Einheit mit dem Odium belastet, tatsächlich ein Kanzler der Abtretung und des Verzichtese zu sein. Eine völkerrechtlich ausdrücklich vereinbarte oder gebilligte Abtrennung von Teilen der deutschen Ostgebiete im Rahmen des Zwei-plus-Vier-Vertrages hätte die Vertriebenenverbände, den konservativen Teil seiner Partei sowie viele Wähler verprellt. Auch dem Parteitaktiker KOHL mußte es daher als das Günstigste erscheinen, die Frage der deutschen Ostgebiete und der Grenzen von 1937 aus den anstehenden Verhandlungen und Verträgen gänzlich herauszuhalten. Für ihn war der Beitritt der DDR gemäß Art. 23 Abs. 2 GG somit der Königswege, weil er keine Entscheidung über den Status der deutschen Ostgebiete erforderte.

So brachte die übereinstimmende Interessenlage aller politisch maßgeblichen Beteiligten es mit sich, daß im Zwei-plus-Vier-Vertrag vom 12. September 1990 und in den Zusatzabkommen von den deutschen Ostgebieten und von den Grenzen von 1937 keine Rede war. Anstatt eine Regelung zu treffen, stellte man diese Thematik lieber stillschweigend »außer Streit«, 29 um sie auf längere Sicht dem allgemeinen Vergessen anheim zu geben. Die Tatbeiträge der atlantischen Siegermächte zum Raub der deutschen Ostgebiete und zu deren sethnischer Säuberung sowie ihre wahre Einstellung zu dem Geschehenen und zu den gegenwärtigen und künftigen Rechten Deutschlands an seinen Ostprovinzen blieben daher auch im Prozeß der kleinen Wiedervereinigunge vom Mantel des Schweigens verhüllt.

Ulrich Schwarze

28 Wolfgang Seif-FERT, Die Verträge zwischen Deutschland und seinen östlichen Nachbarn unter dem Gesichtsbunkt des Selbstbestimmungsrechts der Völker sosamer eindeutiger Willensbekundungen in den Vertragstexten, Verlag Wissenschaft und Politik, Köln 1994, S. 29 Mitte und Fußnote 114

²⁹ Siehe dazu: Ulrich SCHWARZE, Die Deutschen und ihr Staat, Bd. 4: Kein Ende des Sonderweges - 1939-1990 - Von der >Friedensfront und der Polengarantie« Londons bis zur kleinen Wiedervereinigung, Hohenrain, Tübingen 2013, S. 307 ff.

War die ›Abtretung Ostdeutschlands »moralisch gebotene Sühne ?

Wenn in den Geschichtsmärchen-Filmen des bekannten Geschichtsklitterers Knopp von deutschen Gebiets- und Menschenverlusten durch die Vertreibung die Rede ist, pflegt dieser regelmäßig mit moralinsäuerlicher Miene darauf hinzuweisen, daß wir schließlich den Krieg begonnen hätten und somit an allem selbst schuld seien. Chauvinistische Polen und deutsche Hofhistoriker schmettern diesbezüglich alle vernünftigen Einwände mit dem Hinweis ab, daß erstens die Deutschen für das den Polen von 1939 bis 1944 zugefügte Unrecht büßen müßten und daß es sich zweitens bei den von den Polen besetzten Gebieten ja um wiedergewonnenen alten, von den Deutschen geraubten urpolnischen Boden handele.

Diese Haltung, die auf verschiedene nationalistische polnische Publizisten zurückgeht, wurde äußerst wirksam bereits 1918 von Roman DMOWSKI vertreten, der nach einer ersten Unterredung mit dem US-Präsidenten W. WILSON diesem wunschgemäß am 18. Oktober 1918 eine Denkschrift vorlegte. Sie umfaßte eine ausführliche Niederschrift mit vier Karten, die WILSON von der historischen, ethnographischen und moralischen (!) Rechtmäßigkeit der polnischen Ansprüche auf die preußischen Ostprovinzen überzeugen sollte.

Diese Denkschrift, eine »Magna Charta« der polnischen Annexionsabsichten, bietet eine gedrängte Zusammenfassung aller derjenigen Gebietsforderungen, wie sie in vielen Zeugnissen bis 1939 hinein in immer gesteigerter Form wiederkehrten. Aus der umfangreichen Denkschrift kann hier nur ein sehr knapper Auszug gebracht werden:¹

»Gelegen zwischen Deutschland, dem größten Volke des Kontinents, das immer die Verschlingung und Eroberung Polens anstrebte, und Rußland, wo anscheinend die zersetzenden Kräfte die Oberhand gewinnen und das wahrscheinlich nicht imstande sein wird, Polen wirksame Hilfe gegen einen deutschen Angriff zu leisten, muß Polen für sich selbst ein starker, vollkommen unabhängiger Staat sein, der imstande ist, für sich selbst zu sorgen und sich nach seiner eigenen Linie zu entwickeln. Es muß eine große schöpferische Demokratie in Osteuropa werden, eine Schanze gegen den deutschen Drang nach dem Osten. Und gleichzeitig muß es sich gegen zersetzende Einflüsse wehren. . Die folgende Erörterung der Lage in den verschiedenen Teilen des ethnographischen und historischen polnischen Gebietes bezweckt, ihre Bedeutung für die Zukunft Polens zu zeigen und die Berechtigung der polnischen Forderungen in bezug auf die einzelnen Provinzen nachzuweisen.



Roman DMOWSKI (1864–1939) wird als Vater des polnischen Nationalismus angesehen.

Paul ROTH, Die Entstehung des polnischen Staates, Berlin 1926, S. 133 ff., übersetzt aus: KOZICKI, Die Frage der Grenzen Polens usw., S. 170 ff.

War die ›Abtretung« Ostdeutschlands »moralisch gebotene Sühne«?

Das preußische Teilgebiet:

Das polnische Gebiet im preußischen Staate zerfällt in vier Provinzen:

Posen, Westpreußen, Ostpreußen und Schlesien. Posen, Westpreußen und ein Teil Ostpreußens gehörten zum polnischen Staate bis zur ersten (1772) und zweiten (1793) Teilung Polens. Schlesien und der Hauptteil Ostpreußens gehörten zur Zeit der Teilungen schon nicht mehr zu Polen, umfaßten in ihrer Sprache aber polnische Gebiete. . . (!)

1. Posen: . . . Es kann kein Zweifel (!) bestehen an dem Recht des polnischen Volkes auf Posen. Es ist ein wesentlicher Teil Polens und einer der wichtigsten Teile für die künftige Entwicklung des polnischen

Volkes. . .

2. Westpreußen: . . . Die amtlichen Ziffern über Danzig stellen diese Stadt als rein deutsch hin. Indessen zeigen private Forschungen auf polnischem Wege, daß fast die Hälfte der Bevölkerung polnisch ist (!), wenn auch oberflächlich germanisiert (!) . . . Westpreußen muß nach dem Kriege aus folgendem Grunde zum polnischen Staat gehören:

a) es war ein unabtrennbarer Teil des polnischen Staates vor den Tei-

lungen,

b) es ist polnisch auf Grund der polnischen Nationalität der Mehrheit (!) seiner Bewohner, mit Ausnahme weniger Kreise, die allerdings germanisiert worden sind. Einen Teil des germanisierten Gebietes an der Südwestecke Westpreußens würde man gegen den östlichen Teil Pommerns, der einen starken Bruchteil (?) polnischer Bevölkerung besitzt, in deutscher Hand lassen können. Dadurch würde sich die polnische Grenze von Danzig aus weiter nach Westen verschieben. . .

Ostpreußen:

Das Gebiet besteht aus zwei in historischer Hinsicht verschiedenen Teilen:

a) der kleinere westliche Teil, Ermland mit der Hauptstadt Allenstein, hat mit seiner polnischen und deutschen, katholischen Bevölkerung bis

zu den Teilungen zum polnischen Staate gehört.

Der größere östliche Teil mit der Hauptstadt Königsberg und einer Bevölkerung, die im Norden und in der Mitte aus Deutschen, im Süden aus Polen und im Osten aus Litauern besteht, sämtlich lutherischer Konfession, hat niemals einen unabtrennbaren Teil des polnischen Staates gebildet. . . Das Bestehen dieses deutschen Vorpostens zwischen den Mündungen der Weichsel und der Memel, der zwei großen Flüsse Polens, war eine der Hauptursachen des Verfalls Polens und ist jetzt das Haupthindernis zum Aufbau eines wirklich unabhängigen polnischen Staates.

War die ›Abtretung« Ostdeutschlands »moralisch gebotene Sühne«?

Die Frage Ostpreußens erfordert eine gründliche Auseinandersetzung. In sprachlicher Hinsicht ist der größte Teil des Gebietes deutsch. In geographischer Hinsicht gehört es zum polnischen Gebiet.

In historischer und ethnographischer Hinsicht ist das Land nicht deutsch (!), da seine ersten Bewohner die Preußen waren, ein Zweig des litauischen Stammes, der später vom Ritterorden germanisiert worden ist

In wirtschaftlicher Hinsicht ist es ein Land, das sich in völliger Stagnation befindet. Durch eine Zollgrenze von Polen getrennt, zu dem es von Natur gehören sollte, mußte Ostpreußen eine verarmte Provinz mit einer dünnen Bevölkerung (144 auf die Quadratmeile, während Polen 260 zählt) bleiben.«

Die folgenden Abschnitte handeln von den sozialen und politischen Verhältnissen der Provinz, die DMOWSKI als ein »mittelalterliches Land«, als die »Festung der preußischen Reaktion« usw. bezeichnete.

»4. Schlesien:

... Sehr wichtige Gründe sprechen für den Anschluß Oberschlesiens und dreier Kreise Mittelschlesiens an Polen. Diese Gründe sind die folgenden:

a) In geschichtlicher Hinsicht ist dies ein altes polnisches Gebiet (es heißt sogar Altpolen), das dreimal seine Herren gewechselt hat, jetzt aber, dank einer vor verhältnismäßig kurzer Zeit erfolgten Eroberung, preußisch ist.

b) In nationaler Hinsicht ist es ebenfalls polnisch, da die Deutschen dort nur einen sehr geringen Bruchteil (!) der Bevölkerung bilden.

c) Geographisch gehört es zu Polen und bildet eine unbedingt nötige Verbindung zwischen Polen und der Tschechoslowakei.

d) Die Gewinnung des schlesischen Kohlenbeckens durch Polen würde für dessen industrielle Entwicklung sichere Grundlagen schaffen und aus Polen einen ernsthaften Konkurrenten Deutschlands auf den Märkten Osteuropas machen. . .

Das Problem des ehemals preußischen Teilgebiets ist für Deutschland von außerordentlicher Bedeutung. Das polnische Schlesien enthält den dritten Teil seines Kohlenvorrats. Das Posener polnische Gebiet liegt nur zwei Eisenbahnstunden von Berlin. Das polnische Gebiet Westpreußens endlich bildet die Verbindung zwischen dem eigentlichen Deutschland und dem Königsberger Land, dem deutschen Vorposten, von dem aus Deutschland Rußland überwacht, und der Basis für deutsche Einflüsse in den baltischen Provinzen (Kurland, Livland, Estland), wo das deutsche Element, wenn auch nicht sehr zahlreich, doch in sozialer und

War die ›Abtretung‹ Ostdeutschlands »moralisch gebotene Sühne«?

wirtschaftlicher Hinsicht dominiert. Der Besitz des Ostsee-Ufers bis zur Memelmündung und die Erstreckung des deutschen Protektorats über dessen östlichen Teil sichert Deutschland die völlige Herrschaft über die Ostsee und gibt mittelbar die Kontrolle über die skandinavischen Länder und die Handelswege nach Rußland in seine Hand. Deutschland gibt sich außerdem Rechenschaft darüber, daß, wenn es das polnische Ostsee-Ufer sowie die starke strategische deutsche Position in Schlesien und im masurischen Seengebiet Ostpreußens in der Hand hat, die Unabhängigkeit auch eines sehr ausgedehnten Polens nur leerer Schein sein wird . . .

Die oben dargelegte Lösung der polnischen Frage ist das Ergebnis einer langen und sorgsamen Analyse der Lage Polens. Nach der tiefen Überzeugung der Polen ist sie die einzige Lösung, die dem Lande eine unabhängige Entwicklung in Frieden und Sicherheit im Falle eines Konfliktes zu gewährleisten imstande ist. . .«

An diesem geschichtsträchtigen 18. Oktober 1918 – war es ein Zufall? – gelang es dem tschechischen Chauvinisten Masaryk bei seinem letzten Besuch, den US-Präsidenten für die Zerschlagung und »Zergliederung« (rozèlenìnî) Österreich-Ungarns umzustimmen. Das Todesurteil für die Donaumonarchie war damit ausgesprochen.²

Historische Nachforschungen Walter RECKES haben inzwischen ergeben, daß »deutsches Reichsgebiet nach dem Willen Wilsons, wie er bis zum November 1918 bestand, überhaupt nicht an den zu errichtenden polnischen Staat abgetreten werden sollte«.³

Ebenso hatte der US-Präsident bis zum 18. Oktober 1918 den Erhalt Österreich-Ungarns für richtig befunden, das heißt für den Erhalt einer größeren politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Einheit, wie sie auch die USA darstellen.

Die bewußten Falschdarstellungen, mit denen DMOWSKI am 18. Oktober Präsident Wilson für die großpolnischen Ziele zu gewinnen versuchte, überbot er Anfang November 1918 noch bei seiner Abschiedsaudienz bei Wilson durch einen Erpressungsversuch: »Herr Präsident, Sie wissen zweifellos, wie Ihre amerikanischen Polen sich mit dieser Frage (den polnischen Gebietsforderungen; H. M.) befassen. Die an ihrer Spitze stehenden Leute stammen hauptsächlich aus dem von Preußen geraubten polnischen Gebiete. Wenn wir heute nicht die gebührende Grenze gegenüber Deutschland erhalten, wenn wir nicht nur Posen, sondern auch Schlesien, unsere Ostseeküste mit Danzig nicht erhalten, wird keiner von ihnen verstehen, warum das geschah. Das sind aber Leute, die heute fest an Sie glauben . . .«

Anscheinend hat aber diese Drohung angesichts der damals bevorstehenden Kongreßwahlen ihre Wirkung auf WILSON nicht verfehlt. Allerdings konnten 1919 längst nicht alle polnischen Wunschträume erfüllt

² Robert A. KANN, Die Sixtusaffäre und die geheimen Friedensverhandlungen Österreich-Ungarns im Ersten Weltkrieg, Wien 1966. S. 11, 46 u. 54.

³ Walter RECKE, Die polnische Frage als Problem der europäischen Politik, Berlin 1927, S. 316.

⁴ Paul ROTH, aaO. (Anm. 1), S. 133 ff., übersetzt aus: KOZICKI, *Die Frage* der Grenzen Polens, S. 37.

War die ›Abtretung« Ostdeutschlands »moralisch gebotene Sühne«?

werden. Selbst im Zweiten Weltkrieg hielten die westlichen Alliierten diese für maßlos überzogen und für grotesk. 1943 fühlte CHUR-CHILL sich auf der Teheraner Konferenz von diesen, wie er schrieb, »unersättlichen Leuten« peinlich berührt.5 Erst STALIN setzte die Westverschiebung bis an Oder und Neiße durch. Das aber ließ er sich von den Polen mit rund sechs Milliarden Dollar bezahlen. Da die Polen aber nach 1945 keine Devisen besaßen, mußten sie Steinkohlen liefern, die ihnen deutsche Kriegsgefangene und zwangsverpflichtete deutsche Bergleute aus den ehemals deutschen Zechen ans Tageslicht holen mußten.

Bis heute denkt der polnische Raubstaat nicht daran, die Beute herauszurükken und Wiedergutmachung an die enteigneten Vertriebenen zu leisten. Mit dieser Auffassung von moralischen Werten paßt dieser Staat – genauer gesagt, die oligarchische Führungsschicht – in das Wertesystem des westlichen EU-Raubkapitalismus.

Hans Meiser

⁵ Sebastian SIEBEL-ACHEN-BACH, Niederschlesien 1942 bis 1949. Alliierte Diplomatie und Nachkriegswirklichkeit, Würzburg 2006.



Polens Grenzen 1916–1939. Karte aus: Michael A. Hartenstein, *Die Geschichte der Oder-Neiße-Linie,* Olzog, München 2006.

Wichtige Dokumente zur Deutung der Wannseekonferenz

Der Wannseekonferenz vom 20. Januar 1942 wird heute in der Öffentlichkeit noch immer hohe Bedeutung als Beginn der Vernichtung der Juden beigemessen. Die historischen Bedenken gegen das »Protokoll« dieser Tagung wurden an anderer Stelle¹ bereits zusammengestellt. Für die Beurteilung dieser Konferenz sind ferner die Wochen nach diesem Treffen niedergelegten zwei Aufzeichnungen wichtig.

Es handelt sich dabei einmal um eine Notiz, die von Professor Dr. Franz Schlegelberger, Staatssekretär im Reichsjustizministerium, im März 1942, also einige Wochen nach der Wannseekonferenz, niedergelegt und an führende Vertreter in Staat und Partei gesandt wurde. Darin heißt es unter anderem:

»Herr Reichsminister Lammers (Chef der Reichskanzlei, R. K.) teilte mir mit, der Führer habe ihm gegenüber wiederholt erklärt, daß er die Lösung der Judenfrage bis nach dem Kriege zurückgestellt wissen wolle. Demgemäß habe die gegenwärtige Erörterung nach Meinung des Herrn Reichsministers Lammers lediglich theoretischen Wert. Er werde aber auf alle Fälle dafür besorgt sein, daß nicht durch einen überraschenden Vortrag von anderer Stelle ohne sein Wissen grundsätzliche Entscheidungen gefällt werden.«²

Interessant ist auch, daß dieses Dokument anscheinend von dem in Nürnberg für die Anklage tätigen Kempner, der auch das »Wannsee-Protokoll« sfand«, aus den Akten entfernt wurde und dann Jahrzehnte lang verschwunden war, bis es wieder im Bundesarchiv, versteckt an anderer Stelle, gefunden wurde.

¹ Rolf Kosiek u. Olaf Rose, (Hg.) Der Große Wendig, Bd. 2, Grabert, Tübingen ⁵2012, S. 102–107.

² Zitiert von Dr. K. A. R. Schütz, in: »Judenvergasung ohne Befehl Hitlers«, in: Neue Juristische Wochenschrift, Nr. 29, 1996.

Staatssekretär Franz Schlegelberger (2. von links) am 26. August 1942 bei der Amtseinführung von Reichsjustizminister Otto Georg Therack. Von links nach rechts: der Präsident des Volksgerichtshofes Roland Freisler, Franz Schlegelberger, Otto Georg Therack und der neue Staatssekretär im Reichsjustizministerium Curt Rothenberger. Foto: Bundesarchiv.



Wichtige Dokumente zur Deutung der Wannseekonferenz



Robert Kempner, der unerbittliche Ankläger in Nürnberg, entfernte Schlegelbergers Notiz aus den Akten. Darauf angesprochen, verweigerte Kempner jede Auskunft. (David Irving, Nürnberg. Die letzte Schlacht, Tübingen 1996, S. 127)

Das zweite Dokument ist die Eintragung vom 24. Juli 1942, also noch einige Wochen später, von Henry Picker in seinen *Tischgesprächen* mit Hitler. Dort heißt es: »24. 7. 1942 abends (Werwolf). Beim Abendessen bemerkte der Chef (Hitler, R. K.) unter anderem: In diesem II. Weltkrieg als einem Ringen auf Leben und Tod dürfe nie vergessen werden, daß das Weltjudentum nach der Kriegserklärung des Weltzionistenkongresses und seines Führers Chaim Weizmann (in seiner Botschaft an Englands Premier Chamberlain) der unerbittlichste Gegner des Natio-



Im Jahre 1940 legte Heinrich HIMMLER HITLER den Plan vor, die Juden nach Madagaskar zu deportieren. Die Umsetzung des Planes scheiterte an der Ablehnung der Briten sowie der Franzosen, die gegen die Abtretung einer Kolonie waren.

nalsozialismus, der Feind Nummer 1 sei. Geschäftlich suche das Judentum Europa, Europa müsse es aber schon aus Sakroegoismus ablehnen, da das Judentum rassisch härter sei. Nach Beendigung des Krieges werde er sich rigoros auf den Standpunkt stellen, daß er Stadt für Stadt zusammenschlage, wenn nicht die Juden rauskämen und nach Madagaskar oder einem sonstigen jüdischen Nationalstaat abwanderten.«³

Das scheint dafür zu sprechen, daß HITLER zu der angegebenen Zeit (Sommer 1942) noch die Deportation der Juden aus dem von ihm beherrschten Gebiet nach Madagaskar oder in ein anderes Land anstrebte.

Rolf Kosiek

Tatsachen zum KL Flossenbürg

Über das KL Flossenbürg wurde wie über andere Konzentrationslager in der ersten Nachkriegszeit eine Menge Unrichtigkeiten veröffentlicht. Eine persönliche Richtigstellung wurde schon 1957 von einem dort Inhaftierten vorgenommen.¹

Ein weiterer der dort 1945/46 als Kriegsgefangene der Amerikaner festgehaltenen deutschen Offiziere war der später als leitender Lagerarzt tätige Dr. med. Hans-Dietrich RÖHRS. Aus seiner Amtsstellung heraus hatte er alle Möglichkeiten, das nachzuprüfen, was im Lager geschah und was von den verschiedenen Seiten mitgeteilt wurde. Er stellte als Ergänzung der oben genannten Richtigstellungen folgendes fest:²

- 1. Die an der Wand der Gedenkkapelle in Flossenbürg gemachten Zahlenangaben von 73 296 Opfern³ für dieses KL »sind völlig aus der Luft gegriffen«, ebenso die Aufteilung in die einzelnen Nationen, was offensichtlich Exaktheit vortäuschen sollte. »Da uns seinerzeit von den Amerikanern die vorgefundenen Akten zum Ordnen ins Lager gegeben wurden, ist uns auch die Lagerliste der KL-Häftlinge in die Hände gefallen. Sie ergab, daß vor 1945 im ganzen überhaupt nur 20 000 Personen im Laufe des Bestehens durch Flossenbürg hindurchgegangen sind, also nicht viel mehr als ein Viertel der Zahl, die dort nach den erlogenen Zahlenangaben umgebracht sein soll.«
- 2. Diese Liste habe hinter den meisten Namen Kreuze in verschiedenen Farben aufgewiesen. Daher sei sie sogleich als »Totenliste« gedeutet und beim Nürnberger Prozeß als »Beweismaterial« für erfolgte Tötungen verwendet worden. Doch dann sei derjenige SS-Unterführer aufgefunden worden, der die Liste als Kammerverwalter des KL Flossenbürg vor dem 8. Mai 1945 geführt habe und erklären konnte, daß die verschiedenfarbigen Kreuze nicht Tötungen, sondern Abgänge an andere KLs bedeuteten, die unterschiedlich farbig gekennzeichnet waren.
- 3. In Nürnberg sei auch die Geschichte vorgetragen worden, daß am Weihnachtsabend 1944 in Flossenbürg fünf Häftlinge am Weihnachtsbaum aufgehängt worden seien. Doch einmal habe sich keiner der früheren Häftlinge, die nach 1945 aus den verschiedensten Gründen wieder in das nun von den Amerikanern geleitete Lager gebracht worden seien, an so etwas erinnern können. Zum anderen sei herausgekommen, daß dieses Greuelmärchen, wie auch manches andere aus Flossenbürg, von einem früheren Angehörigen des SS-Bewachungskommandos, einem Volksdeutschen aus Polen, stammte, der als hochgradiger Psychopath solche Geschichten erfand, auch, um sich bei den Amerikanern

¹ Nation Europa, Nr. 7, 1957.

² Hans-Dietrich RÖHRS, in: *Nation Europa* Nr. 9, 1957, S. 61 ff.

³ »Ein skeptischer Däne«, in: *Nation Europa*, Nr. 8, 1957, S. 54.

⁴ Internationale Militärgerichtshof (Hg.), Der Nürnberger Prozeß, Nürnberg 1949, Bd. 3, S. 572.

Tatsachen zum KL Flössenbürg

beliebt zu machen und seinen Kopf zu retten. Er sei ihm, Dr. RÖHRS, persönlich gut bekannt gewesen und habe an Pseudologia phantastica gelitten. »Er wurde von den Amerikanern für seine Abartigkeit nicht nur mit der Freilassung, sondern mit der Überführung in eine polnische Wacheinheit belohnt, während seine fälschlicherweise bezichtigten Kameraden nach Dachau und teilweise sogar aufs Schafott wanderten.«

4. Im Gegensatz zu diesen Beweismitteln sei bezeichnenderweise das einzige echte Beweisstück, die Speiseliste der Häftlinge, auf dem Weg nach Nürnberg verschwunden.

Sie sei von der Häftlingsverwaltung selbst geführt worden und habe bis zum März 1945 gereicht. Während die Zivilbevölkerung im Reich kaum noch 1400 Kalorien täglich zugeteilt erhielt, bekamen »die arbeitenden Häftlinge um 3600 Kalorien, die Lagerfunktionäre um 3000 Kalorien und die unbeschäftigten Häftlinge immerhin 2400 Kalorien zugeteilt. . . Darum mußte die Speiseliste verloren gehen«. Denn sonst hätte das Umerziehungsbild der Lager nicht bestehen können.

5. Als der bekannte US-General PATTON⁵ 1945 das US-Lager Flossenbürg überraschend und unangemeldet besuchte und die ausgemergelten deutschen Soldaten dort sah, herrschte er den Lagerchef an und sorgte sofort für bessere Verpflegung. Als dann der Oberst dem General die »Vergasungsanstalt« des alten Lagers zeigen wollte, wurde dieser böse und brüllte jenen an, er solle »ihn mit solchem Unsinn verschonen«. »Ich lasse mich von diesen boys« – mit einer verächtlichen Bewegung zu den jüdischen CIC-Offizieren – »nicht dumm machen.««

Ebenso erklärte ein US-Regimentsarzt, als Dr. Röhrs sich anbot, ihm zu zeigen, daß es sich bei der von den Amerikanern immer wieder fotographierten ›Vergasungsanstalt‹ um eine hochmoderne und vorbildlich ausgestattete Entlausung handelte: »Völlig unnötig. Wir wissen doch alle, daß das nichts als Greuelpropaganda ist. Kein vernünftiger Amerikaner glaubt daran!‹« Und Dr. Röhrs stellte fest: »Natürlich ist, genau wie in Dachau, auch in Flossenbürg nicht ein einziger Häftling vergast worden.«

6. Für Dr. Röhrs steht der Grund für die nicht ausreichende Verpflegung des US-Lagers Flossenbürg nach 1945 fest: »Es besteht für mich kein Zweifel, daß die für dieses Lager verantwortlichen amerikanischene Dienststellen die Absicht hatten, uns auf diesem Wege (des Verhungerns, R. K.) so weitgehend zu dezimieren wie nur möglich. Der Vertreter des Genfer Roten Kreuzes, der damalige Generalskonsul der Schweiz in München, hat mir später bestätigen müssen, daß ihm das Bestehen dieses Lagers bis zum Februar 1946 von den Amerikanern verheimlicht worden sei.«

Rolf Kosiek

⁵ George S. Patton (1885–1945) war einer der bekanntesten US-Generale bei der Eroberung Mitteleuropas, trat für deutsche Rechte ein und kam auf unerklärte Weise im Herbst 1945 bei einem Autounfall bei Heidelberg ums Leben.

Margarete Buber über das KL Ravensbrück

Die aktive deutsche Kommunistin Margarete BUBER (-NEUMANN) hatte ab 1921 in Deutschland, ab 1933 in der Sowjetunion als überzeugte Kommunistin gewirkt, war dann auch in Moskau in Ungnade gefallen und in ein sowjetisches Lager in Sibirien gekommen. 1940 wurde sie zwischen der Sowjetunion und dem Reich ausgetauscht. Sie kam dann in das Lager Ravensbrück. Sie überlebte den Zweiten Weltkrieg im deutschen Lager.

Interessant ist, was sie später in ihrem Buch Als Gefangene bei Stalin und Hitler über ihre ersten Eindrücke in Deutschland schreibt: »Mein erstes deutsches Lageressen war ein süßer Brei mit Backobst. Mein Staunen kannte keine Grenzen. Als aber anschließend jeder Häftling eine große Portion hellen Brotes, ein Stück Wurst, etwa fünfundzwanzig Gramm Margarine und einen Löffel Schmalz erhielt, wandte ich mich sprachlos an einen alten Häftling und fragte, ob ein besonderes Ereignis bevorstehe. Er sagte: »Nein. Wie so denn?«, »und ich schwieg verlegen«.²

Als allgemeines Urteil stellt sie fest: »So eine Ravensbrücker Baracke schien mir wie ein Palast, wenn ich an die Lehmhütten in (dem sowjetischen Straflager in) Burma zurückdachte.«³

Sie erwähnte auch: »Zu den Freuden des Ravensbrücker Lebens gehörte der Einkauf in der Häftlingskantine. Da gab es 1940/41 Brot, Kuchenbrot, Marmelade, Sirup, Fischpaste und alle möglichen Toilettenartikel. Diese Kantine war eine besondere Verdienstquelle der SS, denn die Häftlinge durften sich Geld von zu Hause schicken lassen und kauften natürlich alles, was man ihnen anbot, und zahlten jeden Preis, der verlangt wurde.« Daneben beschreibt sie auch viel Abzulehnendes aus ihrer Häftlingszeit.

Sie hatte sich während der Lagerzeit in der Sowjetunion zu einer leidenschaftlichen Antikommunistin entwickelt und schrieb nach dem Zweiten Weltkrieg mehrere Bücher über die Gefahr des Bolschewismus für Europa und die Welt. »Ohne es zu wissen, waren wir (mit dem Kommunismus) dem verhängnisvollsten Irrtum des 19. Jahrhunderts verfallen, der unbedingten Fortschrittsgläubigkeit. Aber für uns, die Kommunisten, wurde diese Fortschrittsgläubigkeit zum Inhalt einer Diesseitsreligion.«⁵

Wie viele Intellektuelle ihrer Zeit wurde sie zunächst ein geistiges Opfer der scheinbar sozialen Kommunisten und Bolschewisten, bis sie aus der Praxis ihres Lebens ihren folgenschweren Irrtum erkannte.⁶

Rolf Kosiek



Margarete Buber.

¹ Margarete Buber-Neumann, Als Gefangene bei Stalin und Hitler, Seewald, Stutgart 1968, Original: Under two Dictators, Victor Gollancz, London 1949.

- ² Ebenda, S. 174.
- ³ Ebenda, S. 175.
- ⁴ Ebenda, S. 184.
- ⁵ Ebenda, S. 14.
- ⁶ Zur Person von Margarete Buber-Neumann siehe: Rolf Kosiek u. Olaf Rose (Hg.), Der Große Wendig, Bd. 2, Grabert, Tübingen ⁵2012, S. 129.

Kein Kindermord in Theresienstadt



Franz Waxman (1906–1967). Er komponierte den Liederzyklus »Lied aus Theresienstadt«.

Die Nürnberger Zeitung¹ erwähnte am 24. September 2008 in einer Vorankündigung eines »Gedenkkonzerts für Kinder im KZ« ein Buch, das als Vorlage für die Komposition diente. Es heißt darin: »Dieses bedrückende Dokument versammelt Zeichnungen und Gedichte von Kindern, die im Konzentrationslager Theresienstadt interniert und fast alle von den Nazis ermordet wurden. Von 11000 Kindern überlebten nur 150.«

Damit wird beim unbefangenen Leser der Eindruck erweckt, daß diese Kinder im KZ Theresienstadt ermordet worden seien.

Das trifft jedoch nicht zu. Drei Tage später, am 27. September 2008, wiesen die *Nürnberger Nachrichten* auf dasselbe Ereignis hin² und schrieben, anscheinend besser informiert, dazu: Franz WAXMAN widmete sein Werk »dem Gedächtnis der Tausende von Kindern, die das KZ Theresienstadt durchstanden haben.« Demnach haben die »Tausende von Kindern« das KZ überlebt. Das trifft die Wirklichkeit schon eher.

Am 6. Oktober 2008 brachte die Nürnberger Zeitung³ einen Bericht über die Veranstaltung, die am 3. Oktober in der Lorenzkirche in Nürnberg stattgefunden hatte. Darin heißt es dazu im Gegensatz zur Meldung vom 24. September schon stark abgeschwächt: »Die Urheber vieler dieser Gedichte überlebten das KZ nicht.« Von Ermordung von Kindern im KZ und von 10 000 Opfern ist darin nicht mehr die Rede.

Richtig ist jedoch offenbar, daß im KZ Theresienstadt, das ein Ghetto unter jüdischer Selbstverwaltung war und die ganze Stadt umfaßte, keine Kinder ermordet worden sind.

Denn in dem Bericht vom 22. Mai 1945 eines Delegierten des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz (IKRK) über seine Tätigkeit in Theresienstadt⁴ vom April bis Mai 1945 heißt es auf Seite 130: »Mit Ausnahme des von den Deutschen beschäftigten Gärtners, der von einer deutschen Kugel getötet wurde, und eines jüdischen Internierten, der durch eine russische Granate in seinem Bett ums Leben kam, ist in Theresienstadt kein Internierter eines gewaltsamen Todes gestorben.«

¹ Thomas Heinold, »Verlorene Träume aus Theresienstadt«, in: Nürnberger Zeitung, 24. 9. 2008.

² »Lieder aus Theresienstadt«, in: Nürnberger Nachrichten, 27. 9. 2008.

³ Iöw, »Waxmans Gedenken an die Kinder im KZ«, in: *Nürnberger Zeitung*, 6. 10. 2008.

⁴ Internationales Komitee vom Roten Kreuz (Hg.), Dokumentation über die Tätigkeit des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz zugunsten der in den deutschen Konzentrationslagern inhaftierten Zivilpersonen (1939–1945), Genf, April ³1947, Serie II, Nr. 1, übersetzt vom Internationalen Suchdienst, Arolsen 1974, S. 132.

Kein Kindermord in Theresienstadt



Ankunft deportierter Juden in Theresienstadt. Unter den Häftlingen in Theresienstadt befanden sich rund 15 000 Kinder und Jugendliche. Die Häftlingsselbstverwaltung sorgte dafür, daß sie unter anderem durch eine bessere Ernährung eine Überlebenschance hatten.

Am 29. März 1994 brachte der Hörfunk eine Sendung mit den Kinderchören aus Theresienstadt. Auch dabei wurde von einer Ermordung von Kindern nichts gesagt. Wenn es eine solche gegeben hätte, hätten die nun im Großmutteralter stehenden, meist in Amerika lebenden früheren Angehörigen der Chöre sicher das hervorgehoben.

Ein Hinweis auf den oben genannten IKRK-Bericht erfolgte bereits vor 20 Jahren in der FAZ⁵ durch Heinz Gomann aus Lienz. Daneben gab der Leserbriefschreiber auch an, daß er mit den Verhältnissen in Theresienstadt gut vertraut sei, da der Vater seiner damaligen Verlobten dort als Häftling war, der mit dem IKRK-Bericht Übereinstimmendes aus dem Ghetto geschrieben habe. Gomann bezweifelte auch, daß, wie in einem anderen Artikel der FAZ⁶ angegeben, in Theresienstadt bis zum 8. Mai 1945 rund 33 000 Menschen starben. Da dort vor allem ältere Häftlinge lebten, war die natürliche Sterberate sicher höher als anderswo. Es soll jedoch niemand dort verhungert sein.

GOMANN wies auch darauf hin, daß nach der Übernahme des Ghettos durch die Tschechen im Mai 1945 dort viele deutschsprachige Häftlinge – wie auch Sudetendeutsche – grausam ermordet wurden. »Auch der Vater meiner Verlobten wurde nach dem 8. Mai 1945 von den Tschechen ermordet.«

An diese unschuldigen Opfer der Tschechen wird allerdings kaum jemals in der Öffentlichkeit gedacht.

Rolf Kosiek

⁵ »Tote in Theresienstadt«, Leserbrief von Heinz Goman, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 6. 11. 1991.

6 »Kranzniederlegung in Theresienstadt«, in: Frankfurter Allgemeine
Zeitung, 10. 10.

War Max Schmeling ein >Auschwitz-Schinder<?



Max Schmeling.

In den ersten Jahren nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges wurde unter vielen anderen Umerziehungsmärchen auch behauptet, der deutsche Box-Europameister (1927, 1939) und Box-Weltmeister (1930) im Schwergewicht Max Schmeling (1905–2005) sei im Konzentrationslager Auschwitz als Bewacher tätig gewesen. Er habe sich als ein »Auschwitz-Schinder« aufgeführt, der sich an den Häftlingen ausgelassen habe. Er sei sogar »Auschwitz-Kommandant« gewesen, so das alliierte Lizenzblatt Neue Zeitung im Januar 1946 auf Seite 3,¹ wo es unter anderem auch heißt: »Jeder Kinnhaken, den Schmeling einem Negerboxer versetzte, war gewissermaßen ein Kinnhaken des tausendjährigen Reiches, ein Kinnhaken, den der Herrenmensch dem Untermenschen zufügte.«

Die Lüge geht anscheinend vom dem US-Historiker Waverly ROOT aus, der in seinem Buch Geheimgeschichte des Krieges dieses Märchen in die

Welt setzte, das dann vielfach nachgedruckt wurde.

Die Behauptung von Schmelings Tätigkeit in Auschwitz ist nicht wahr. Richtig ist, daß Max Schmeling nie in Auschwitz war, geschweige denn als Wachmann oder gar als Kommandant. Die Behauptung ist frei aus der Luft gegriffen. Als Fallschirmjäger ist er über Kreta abgesprungen

Ebenso ist es ein gemeines Unterfangen und üble bösartige Nachrede, Schmeling Rassismus vorzuwerfen, wie an der oben genannten Stelle. Das Gegenteil ist richtig: Der deutsche Boxer war zeitlebens seinem großen schwarzen Konkurrenten, dem ›braunen Bomber‹ und ›größten Schwergewichtsboxer aller Zeiten«, Joe Louis, über den er 1936 in New York mit K.o. siegte und der ihn 1938 ebendort K.o. schlug, freundschaftlich verbunden.

Das besonders Infame an diesen Lügen über Schmeling ist die Behauptung – und das sollte bewußt dem einfachen Amerikaner überbracht werden –, daß der wegen seiner Fairneß bei seinen Boxkämpfen in den USA als guter Deutscher bekannt gewordene Boxer ein böser Rassist sei: Das in den USA und in der ganzen Welt vorhandene gute Bild des Deutschen sollte zerstört werden. Die Lüge über Schmeling ist ein Parallelfall zu den falschen Behauptungen über Jesse Owens bei der Olympiade 1936 in Berlin.²

Doch die Lügen drangen nicht durch. Schmeling wurde in den USA als »fairster Boxer aller Zeiten« anerkannt. Er wurde Ehrenbürger von Los Angeles und erhielt 1967 den Sport-Oscar in den USA verliehen.

Rolf Kosiek

¹ Neue Zeitung, 28.

1. 1946, S. 3, zitiert in: Bernhard
STEIDLE (Hg.),
Verheimlichte
Dokumente. Was den
Deutschen verschwiegen wird, FZ, Bd. 2,
München 1995,
S. 127.

² Rolf Kosiek u. Olaf Rose (Hg.), *Der Große Wendig*, Bd. 1, Grabert, Tübingen ⁵2011, S. 465 ff.

Den Deutschen wird immer wieder vorgeworfen, daß sie von Kriegsverbrechen deutscher Stellen während des Zweiten Weltkrieges im Osten gewußt und nichts dagegen unternommen hätten. Deswegen habe das deutsche Volk eine schwere Schuld auf sich geladen und müsse eine ewige Kollektivscham und -schuld ertragen, und seine Politiker müßten sich erpressen lassen.

Doch die Voraussetzung zu dem Urteil stimmt nicht. Glaubhaft haben zahlreiche deutsche Persönlichkeiten, die in höheren Stellungen des Dritten Reiches bis zum Mai 1945 tätig gewesen waren, versichert, daß auch sie nichts von solchen Verbrechen vor dem 8. Mai 1945 gewußt hätten. Und wenn »es schon am grünen Holze geschieht. . «

Es war dieselbe Frage um das ›Nichtwissen‹, die schon bei dem Nürnberger Prozeß 1945/46 behandelt worden war und zu der alle dort angeklagten ›Hauptkriegsverbrecher‹ behauptet hatten, kein Wissen von den den Deutschen vorgeworfenen Kriegsverbrechen vor Kriegsende gehabt zu haben. Das wurde ihnen aber nicht geglaubt.

Insbesondere war im sogenannten Wilhelmstraße-Prozeß in Nürnberg 1949 die Frage aufgeworfen worden, was ein gewöhnlicher Deutscher und was ein hoher NS-Beamte wie etwa der angeklagte Reichspressechef Dr. Otto Dietrich, Staatsekretär im Reichspropagandaministerium und Reichsleiter der NSDAP, von Auschwitz als dem Synonym für die Kriegsverbrechen im Osten gewußt haben konnte. Der frühere, auch in der Berliner Wilhelmstraße tätige stellvertretende Reichspressechef Helmut Sündermann stellte die Umstände dieses Falles zusammen.¹

Gegen das über DIETRICH am 13. April 1949 ausgesprochene Urteil von sieben Jahre Haft hatte selbst einer der drei beteiligten US-Richter, Leon W. POWERS, sofort Einspruch erhoben und seine abweichende Meinung erklärt. Er stellte fest, daß sich unter allen Akten, die dem Gericht vorgelegt worden waren, keinerlei Hinweise dafür gefunden hätten, daß der Angeklagte »irgend etwas mit der Formulierung oder der Durchführung eines Ausrottungsprogrammes zu tun hatte oder von der Existenz eines solchen Programms irgendwie in Kenntnis gesetzt war«.¹ Eine Verurteilung sei deswegen nicht möglich. Und wenn DIETRICH als einer der höchsten Beamten des Reiches und als leitender Mann der deutschen Presse nichts von Auschwitz gewußt haben sollte, wie er behauptete, wie sollte dann ein gewöhnlicher Deutscher davon Kenntnis gehabt haben? Nicht von ungefähr wurde Dr. DIETRICH bereits nach einem Jahr Gefängnishaft entlassen.



Otto Dietrich (1897–1952).

¹ Helmut SÜNDER-MANN, »Kiesinger und das Auschwitz-Geheimnis«, in: Deutsche Wochen-Zeitung, 19. 7. 1968.

Ein ähnliches Strafverfahren lief 1968 vor dem Frankfurter Schwurgericht, das den Fall des früheren deutschen Gesandten in Sofia (Bulgarien), SA-Obergruppenführer Adolf Heinz BECKERLE, und des Legationssekretärs von Hahn aus dem Auswärtigen Amt wegen Mitwissenskuntersuchte. Beide hatten wie andere auch behauptet, von den Vorgängen im Osten und dem Ziel der Deportationen der Juden nichts gehört und nichts gewußt zu haben.

Das Schwurgericht hatte in diesem Fall Beckerle und Hahn den 1967 amtierenden Bundeskanzler Hans Georg Kiesinger als Zeugen der Ver-

Aussage extra von Frankfurt nach Bonn gekommen.

Kiesinger war vor 1945 der stellvertretende Leiter der rundfunkpolitischen Abteilung im deutschen Auswärtigen Amt gewesen. Wenn jemandem in Deutschland etwas von den Auswüchsen im Osten bekannt geworden sein müßte, dann Kiesinger, über dessen Schreibtisch die wichtigen Meldungen der Zeit, vor allem die ausländischen, liefen.

teidigung für das Mitwissen geladen. Das Schwurgericht war wegen Kiesingers

Zu der Frage des Wissens um die Vorgänge im Osten hat sich der 1968 amtierende Bundeskanzler am 4. Juli 1968 vor dem Schwurgericht geäußert. In einer eid-

lichen Aussage konnte sich Kiesinger nicht daran erinnern, »jemals Meldungen ausländischer Rundfunkstationen auf den Tisch bekommen zu haben, in denen von der Vernichtung der Juden die Rede war«.² Wie die Süddeutsche Zeitung berichtete, erklärte er zu diesem Punkte noch: »Von allen Greuelmeldungen wären diese die ersten gewesen, die ich als Greuelmeldungen angesehen hätte.«³

Nach der Darstellung dieser Vernehmung in der FAZ⁴ bemerkte Kiesinger folgendes dazu: »Der Bundeskanzler antwortete auf eine entsprechende Frage des Vorsitzenden, er würde es als feindliche Greuelpropaganda angesehen haben, wenn er wirklich einmal eine spezifizierte ausländische Nachricht über die Judenmorde erhalten hätte.« Die Zeitung hielt auch Kiesingers Aussage fest, »er habe zwar, wie viele andere



Kurt Georg Kiesinger im Jahre 1967. Foto: Bundesarchiv.

² Münchner Merkur, 6. 7. 1968.

³ Zitiert in SÜNDERMANN, aaO. (Anm. 1)

⁴ Zitiert in: ebenda.

Deutsche, von den Deportationen erfahren, jedoch geglaubt, die Juden kämen irgendwohin zum Arbeitseinsatz.«

In der Londoner *Times*⁵ faßte David Hotham, der Bonner Korrespondent dieser Zeitung, seinen Bericht über die Befragung des Bundeskanzlers wie folgt zusammen: »Dr. Kiesinger, der westdeutsche Kanzler, bezeugte vor Gericht, daß er nicht das Geringste von der Ausrottung der Juden wußte, solange er während des Krieges als stellvertretender Direktor der politischen Rundfunkabteilung des Außenministeriums tätig war.« Das galt also bis Kriegsende.

Festzuhalten ist, daß Kiesinger immer dabei blieb: »Der Zusammenhang des riesigen grauenhaften Ausmaßes ist mir erst hinterher aufgegangen«,6 nämlich nach dem Mai 1945, als die alliierten Meldungen darüber erschienen.

Damit hat ein Mann, der an hoher Stelle der NS-Rundfunks stand und viel eher als ein gewöhnlicher Deutscher Einblick in die damaligen Verhältnisse hatte, unter Eid ausgesagt, daß er nichts von den Vorwürfen, die dem Reich später von den Alliierten gemacht wurden, vorher gewußt habe. Ein gewöhnlicher Bürger hätte dann noch weniger davon gewußt.

Selbst der *Spiegel* stellte 1968 fest, daß nicht nur der Angeklagte des genannten Prozesses durch diese Feststellung entlastet und von dem Vorwurf des Mitwissens« vor Gericht befreit worden sei, sondern »entlastet hat die Aussage Kurt Georg Kiesingers vor allem das deutsche Volk«.⁷ Leider haben die Bonner Regierenden in der Folgezeit diese Haltung wieder aufgegeben und sind der US-Propaganda gefolgt.

Ähnliches gilt für den Staatssekretär im NS-Außenministerium, Ernst VON WEIZSÄCKER, von dem auch das Nichtwissen um Verbrechen im Osten von seinem Sohn, Richard von Weiszsäcker, dem späteren Bundespräsidenten, vor dem alliierten Gericht in Nürnberg vertreten wurde: »Auch der zweite Mann nach RIBBENTROP im deutschen Außenministerium, der Staatssekretär und SS-Brigadeführer Ernst von Weizsäcker, sagte als Angeklagter vor dem Nürnberger Militärtribunal aus, nicht gewußt zu haben, was in Auschwitz tatsächlich vor sich ging. Dies wurde durch das Tribunal, nicht zuletzt aufgrund der mutigen Verteidigung durch WEIZSÄCKERS Sohn, den späteren Bundespräsidenten Richard von WEIZ-SÄCKER, offensichtlich auch anerkannt, so daß er nur eine geringe Strafe erhielt.«8 Daß der spätere Bundespräsident in seiner Umerziehungsrede vom 8. Mai 1985 sagte: »Angesichts der Deportationszüge hat jeder Deutsche es wissen müssen«, beweist nur die Anpassung des Redners an die herrschende politische Korrektheit: Er nahm seinen Vater in Schutz, was den Sohn ehrt, klagte aber das deutsche Volk an.

Dieses Nichtwissen erklärte ebenso der berühmte und auch von den Alliierten geachtete Panzergeneral Heinz Guderian noch im März 1945

⁵ David HOTHAM, in: Londoner *Times*, 5. 7. 1968.

⁶ Zitiert in: Süddeutsche Zeitung, 6. 7. 1968.

⁷ Zitiert in: Sündermann, aaO. (Anm. 1).

8 Rudolf CZERNIN, Das Ende der Tabus, Außbruch in der Zeitgeschichte, Stocker, Graz-Stuttgart 1998, S. 202.



⁹ Czernin, ebenda.

Richard VON WEIZSÄCKER (links) unterbrach sein Jura-Studium, um seinen angeklagten Vater Ernst von WEIZSÄCKER im sogenannten Wilhelmstraße-Prozeß zu unterstützen. Das Foto zeigt die beiden während einer Verhandlungspause. Ernst VON WEIZSÄCKER wurde im April 1949 zu fünf Jahren wegen »Verbrechen gegen die Menschlichkeit« verurteilt. Ihm wurde vorgeworfen, die Deportation von 6000 französischen Juden nach Auschwitz gebilligt zu haben. Der Diplomat hingegen behauptete, er habe nicht gewußt, daß sich hinter Begriffen wie Endlösung« und Arbeitseinsatz im Osten« der staatliche Massenmord an Juden verborgen habe. Er wurde ein Jahr später, am 16. Oktober 1950, entlassen.

vor Pressevertretern: Er habe lange im Osten gekämpft, aber nie etwas von den »Teufelsöfen, Gaskammern und ähnlichen Erzeugnissen einer krankhaften Phantasie« bemerkt.⁹

In diesem Zusammenhang wies Helmut SÜNDERMANN in seinem oben genannten Artikel auch darauf hin,¹ daß die »Geheimvorgänge von Auschwitz« in der Argumentation der

Feindmächte vor Kriegsende 1945 nicht ernstlich erörtert worden seien, daß insbesondere Roosevelt und Churchill neben dem Vatikan oder dem Internationalen Roten Kreuz niemals in ihren Kriegsreden, mindestens bis Herbst 1944, von Massentötungen an Juden gesprochen hätten – und sie hätten sich sicher solch einen Vorwurf nicht entgehen lassen, wenn sie ihn hätten beweisen können. Die Deutschen konnten sich daher auch nicht durch ein – damals verbotenes – Abhören von Feindsendern kundig machen.

Ferner gibt SÜNDERMANN dazu die interessante Tatsache an, daß noch am 12. April 1945 das amerikanische Kriegsministerium eine sachliche Mitteilung mit dem Inhalt herausgegeben habe, daß die von den vorrükkenden amerikanischen Truppen in den deutschen Gefangenenlagern angetroffenen Zustände zwar »erbarmungswürdig« seien, daß die Verhältnisse dort jedoch bis Mitte Dezember 1944 noch als »verhältnismäßig gut« hätten gelten dürfen. Erst nach dem »Zusammenbruch des deutschen Transportwesens« sei »das Versorgungsproblem kritisch« geworden. Ab Ende April habe die feindliche Kriegspropaganda allerdings »diese Sachlichkeit beendet«. Dann trat die Greuelpropaganda gegen Deutschland in Kraft, die von der Umerziehung heute noch vertreten wird. Unverständlicherweise haben auch viele Deutsche an ihr mitgewirkt.

Rolf Kosiek

Auf der Suche nach Wahrheit: das Problem der Zeugen

Das Problem der Zeugen ist in der Justiz bekannt: Aus den unterschiedlichsten Gründen sagen oft die Zeugen in einem Strafverfahren nicht die Wahrheit, sondern vertreten genau das Gegenteil. Das gilt besonders bei politischen Prozessen, in denen die Zeugen eine bestimmte politische Meinung darlegen oder ihrer Weltanschauung zum Erfolg verhelfen wollen. Solches geschah insbesondere in den politischen Prozessen nach dem Zweiten Weltkrieg, in denen die Zeugen oft – mit vollem Bewußtsein – logen, unter Druck zu falschen Aussagen gedrängt wurden oder die Angeklagten als ihre früheren Bedrücker ans Messer liefern wollten.

Bekannt wurde die Rechtsbeugung in den Strafverfahren gegen deutsche Militärs und Politiker sowie in den Verfahren gegen andere Kriegsverbrecher nach 1945, zum Beispiel die Wachmannschaften in den Konzentrationslagern. Für den Fall des großen Auschwitzprozesses wurde solches schon behandelt.¹

Ein besonders beeindruckendes Beispiel liefert der Nordamerikaner Warwick HESTER in seinem betreffenden Artikel.²

Einleitend weist er darauf hin, daß er von 1946 bis 1954 mehrere Reisen nach Europa unternahm, »bei denen ich keine Gelegenheit versäumte und keine Mühe scheute, mit Menschen jeder Herkunft und Nationalität zu sprechen«.

Dabei hatte er insbesondere ein Ziel: »Mein Interesse richtete sich vornehmlich darauf, ob es in Deutschland tatsächlich zu irgendeiner Zeit eine Genocid-Planung gegeben hatte, welche Institution damit beauftragt war, welche sie durchführte und mit welchen Mitteln sie die Ausführung vollzog.«

Das begann bei den Nürnberger Prozessen. »Keiner der Angeklagten in allen diesen Prozessen gestand ein Wissen oder eine Teilnahme an den behaupteten Massenmorden. Die Überprüfung der Zeugen und ihrer Aussagen ergibt eine ungeheuerliche Zahl von falschen Zeugnissen und Meineiden, ja von Anstiftung zum Meineid durch die Anklagebehörde selbst.«

Besonderen Eindruck machte beim großen Nürnberger Prozeß die Vorführung des »Dokumentarfilmes« *Todesmühlen mahlen*,³ der die Angeklagten tief erschütterte und sie glauben machte, daß ohne ihr Wissen tatsächlich eine bis ins kleinste organisierte Mordmaschine bestand. Aber dieser Glaube war falsch, wenngleich die Angeklagten bis zu ihrem Tode nicht mehr erfuhren, daß er falsch war. Denn erst fünf Monate später stellte sich die Fälschung heraus«. Unter der Regie von Alfred HITCH-

¹ Rolf Kosiek u. Olaf Rose (Hg.), Der Große Wendig, Grabert, Bd. 3, Tübingen ³2010, S. 533–537. ² Warwick Hester, »Auf den Straßen der Wahrheit«, in: Der Weg, Nr. 8, 1954, S. 572–578.

³ Kosiek u. Rose,
 aaO. (Anm.1), Bd.
 2, Tübingen ⁵2012,
 S. 710 f.

Auf der Suche nach Wahrheit: das Problem der Zeugen

COCK waren Leichenberge zum Teil dafür präparierter deutscher Soldaten als KZ-Häftlinge umgefälscht.

Der Amerikaner besuchte »alle Lager in den deutschen Westzonen, die mir zugänglich waren. In keiner dieser angeblich furchtbaren Mordstätten fand ich Gaskammern oder andere Einrichtungen, die eine Massenhinrichtung von Menschen gestattet hätten«. Ihm wurden nur Einrichtungen dieser Art vorgeführt, die nach dem Mai 1945 eingerichtet worden waren und den falschen Eindruck erzeugen sollten, sie seien vor dem Mai 1945 in Betrieb gewesen.

»Nacheinander sprach ich vierzehn Juden, die längere Zeit im Lager Maidanek interniert waren und die zum Teil in Prozessen und auch der Presse gegenüber von den dortigen Gaskammern berichtet hatten. Unter vier Augen und weil sie mich für einen der Ihren hielten, erklärten sie mir, daß sie weder dort noch in anderen Lagern, wo sie gewesen waren, Gaskammern gesehen noch Massenhinrichtungen erlebt hätten. Ob wahr oder unwahr, erklärte mir ein Pharmazeut, sei jetzt nicht entscheidend, sondern daß man die Deutschen kleinkriege. Die Intellektuellen unter ihnen sagten mir, daß dies ihre persönliche Rache sei, denn sie könnten schließlich nicht selbst ein paar Deutsche erschlagen.«

Er hatte auch mit SS-Männern als Zeitzeugen gesprochen. Fünf von ihnen erklärten zunächst, daß sie Augenzeuge von Massenhinrichtungen gewesen seien, etwa, daß einer von ihnen »in Lettland erlebt habe, wie einige Tausend Judenkinder in einen Panzergraben gestürzt und dann lebendig begraben worden wären«. Schließlich gab er zu, nur von einem solchen Gerücht gehört zu haben. Ein anderer SS-Angehörige behauptete, auf der Krim bei Massenerschießungen anwesend gewesen zu sein, wobei sich später herausstellte, daß er nie auf der Krim, sondern in den Finnmarken in Nordnorwegen Dienst getan hatte. Auch bei den anderen Gesprächspartnern habe sich überzeugend herausgestellt, daß ihre zunächst gemachten Aussagen nicht beweisbar seien.

Mehrere männliche Häftlinge im Wehrdienstalter hätten ihm erklärt, daß sie es darauf angelegt hätten, durch herabsetzende Äußerungen in ein Konzentrationslager zu kommen, da dort der Hunger kleiner und die Überlebenswahrscheinlichkeit wesentlich größer als an der Front gewesen sei.

Rolf Kosiek

Dr. Morgen und die SS-Justiz

In der deutschen Öffentlichkeit herrscht allgemein die Meinung, daß die deutschen Konzentrationslager, vor allem die im Osten, ohne Kontrolle und rechtlose Orte gewesen seien und daß es deswegen allgemein zu den von ehemaligen Häftlingen beschriebenen Willkürmaßnahmen und

Übergriffen gekommen sei.

Doch dem ist nicht so. Die SS hatte einige Juristen zur Überwachung der Lager eingesetzt. Es gab mehrere Richter, die als Angehörige der SS die Aufgabe hatten, Mißstände und Übergriffe in den Konzentrationslagern aufzuspüren und Täter abzuurteilen. Dabei handelte es sich unter anderen um den SS-Oberführer Dr. Günther REINECKE, Amtschef im Hauptamt SS-Gericht und Chefrichter des Obersten SS- und Polizeigerichts, und um den ihm unterstellten SS-Richter Sturmbannführer Dr. Georg Konrad Morgen. Beide sagten in Nürnberg als offizielle Zeugen für die angeklagte – und später auch verurteilte – SS aus. Hinzu kam der Verteidiger der SS im Internationalen Militärtribunal Dr. Pelckmann. Beispielhaft sollen einige Angaben zu Dr. Morgen gemacht werden.

Dr. MORGEN war Volljurist und während des Krieges als Ermittlungsrichter für die SS tätig gewesen. Vor 1939 hatte er als Richter am Landgericht in Stettin gewirkt. Nach seinen eigenen Aussagen habe er als SS-Richter während der NS-Zeit rund 800 Fälle aus zehn Konzentrationslagern bearbeitet, von denen 200 zur Aburteilung kamen. Persönlich habe er fünf KL-Kommandanten wegen bestimmter Vorfälle verhaften lassen, da sie sich Unregelmäßigkeiten, Dienstvergehen oder gar Verbrechen hatten zu Schulden kommen lassen. Zwei von diesen wurden in den gegen sie durchgeführten SS-Gerichtsverfahren für schuldig befunden, dafür zum Tode verurteilt und von der SS erschossen.2 Mehrere Verfahren hingen bei Kriegsende noch an und konnten wegen der militärischen Kapitulation nicht mehr beendet werden, so daß eine Verurteilung und Vollstreckung des Urteils unterblieben.³ Insbesondere hatte Dr. MORGEN den Lagerkommandanten von Buchenwald, Karl Otto Koch, und dessen Unterschlagungen sowie einen damit verbundenen Korruptionsring, in den auch andere Lager einbezogen waren, aufgedeckt, was schließlich 1943 zur Verhaftung von Koch führte. Die in diesem Fall Abgeurteilten waren an dem Tod einiger Häftlinge schuldig, die zuviel von den Machenschaften gewußt hatten. KOCH wurde durch die SS mitten im Lager vor den Augen der Häftlinge hingerichtet.⁴

Der Kommandant des KL Lublin, Hermann Florstedt, wurde ebenfals wegen Ermordung von Häftlingen hingerichtet. Adam Grünewald, Leiter des Lagers Hertogenbosch in den Niederlanden, wurde wegen

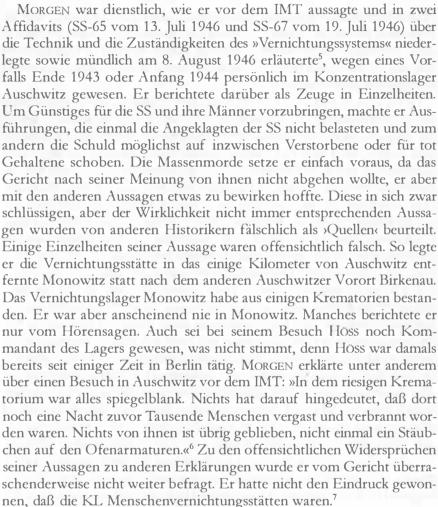
¹ Vgl. Internationaler Militärgerichtshof (IMT), Nürnberg 1949, Bd. XX, S. 536 f.

² Vgl. Hermann Langbein, Der Auschwitz-Prozeß, Europäische Verlagsanstalt, Frankfurt/M. 1965, Bd. 1, S. 143 f., 243 f. u. 335 f.; IMT, Bd. XX, S. 533 u. 542. ³ IMT, Bd. XX, S. 473 ff.

⁴ Heinz HÖHNE, Der Orden unter dem Totenkopf, Gütersloh 1967, S. 572 f.

Dr. Morgen und die SS-Justiz

Häftlingsmißhandlung verurteilt und strafversetzt. Das Verfahren gegen den Kommandanten von Auschwitz, Höss, gelangte wegen des Kriegsendes zu keinem Abschluß.



Wie der auch in Nürnberg aussagende SS-Richter Dr. REINECKE⁸ wollten beide anscheinend die SS entlasten und die Kenntnis der ihr vorgeworfenen Verbrechen auf einen kleinen Kreis – insbesondere auf bereits Tote oder damals (noch) nicht Aufgespürte – wie Höss und Pohl – verengen. Im späteren Auschwitz-Prozeß änderte Dr. Morgen seine Aussage und sprach nun zum Beispiel von der Vernichtungsstätte Birkenau. Es fällt auf, daß Morgen vom Richter des IMT und vom Richter des Auschwitz-Prozesses nicht nach Einzelheiten seines Besuches in Auschwitz sowie zu den Widersprüchlichkeiten seiner Aussagen zu denen anderer in diesem Fall gefragt wurde.



Georg Konrad Mor-GEN (1909–1982). Nach dem Krieg lebte er trotz seiner SS-Zugehörigkeit als Rechtsanwalt unbehelligt in Frankfurt am Main.

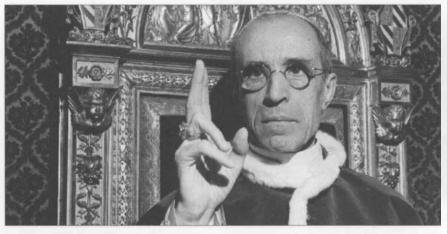
- ⁵ IMT, Bd. XX, S. 563 f.
- ⁶ Zitiert bei: LANGBEIN, aaO. (Anm. 2), Bd.1, S. 144.
- ⁷ IMT, Bd. XX, S. 534.
- 8 IMT, Bd. XX.

Die angeblich widersprüchliche Haltung Papst Pius' XII. zu Deutschland und dem Nationalsozialismus wurde bereits an anderer Stelle¹ untersucht. In einer Rede,² die er am 2. Juni 1945 vor dem Kardinalskollegium in Rom hielt, nahm er hingegen in 32 Punkten unzweideutig und in aller Schärfe eine Verurteilung des Dritten Reichs vor. Haupttenor seiner Rede waren die angeblichen Feindseligkeiten des Nationalsozialismus gegen die Kirche, der diese als Feindin des deutschen Volkes angeprangert und verleumdet habe.³

Die vorliegende Richtigtigstellung bezieht sich ausschließlich auf die Behandung der im KL Dachau internierten Geistlichen. Unter den Punk-

ten 19 und 20 meint der Papst wortwörtlich:

»Je mehr sich tatsächlich die Schleier lüften, die bisher den schmerzvollen Leidensweg der Kirche unter der nationalsozialistischen Herrschaft verdeckten, um so mehr offenbart sich die oft, bis zum Tode unverbrüchliche Festigkeit ungezählter Katholiken und der ruhmvolle Anteil, den in diesem edlen Wettkampf der Klerus gehabt hat. Wiewohl Wir noch nicht im Besitze erschöpfender statistischer Angaben sind, können



Papst Pius XII. Mit seiner unseligen Rede vor dem Kardinalskollegium am 2. Juni 1945 hat er die Kriegsverbrechen der Sieger gerechtfertigt.

¹ Siehe: Rolf Kosiek u. Olaf Rose (Hg.), *Der Große Wendig*, Bd. 1, Grabert, Tübingen ⁵2011, S. 225–237.

² Siehe: Ansprache Pius' XII. an das Kardinalskollegium über den Nationalsozialismus, gehalten am 2. Juni 1945, in: Wilhelm Jussen (Hg.), Gerechtigkeit schafft Frieden, Reden und Enzykliken des Heiligen Vaters Pius XII., Hansa Verlag Josef Toth, Hamburg 1946, S. 201–216.

³ Siehe Rolf Kosiek u. Olaf Rose, aaO. (Anm. 1), Bd. 1, S. 120; Bd. 3, S. 186 u. 214; Bd. 4, S. 221 u. 223.

Wir doch nicht urnhin, die eine oder andere Mitteilung zu machen. Sie sind uns reichlich zugegangen von Priestern und Laien, die als Internierte im Lager Dachau gewürdigt wurden, um des Namens Jesu willen Schmach zu dulden (Apg. 5, 41).

An erster Stelle stehen der Zahl und harten Behandlung nach die polnischen Priester. Von 1940 bis 1945 wurden in dem angegebenen Lager [Dachau] 2800 Geistliche und Ordensleute jener Nationalität gefangengesetzt, unter ihnen der Weihbischof von Wladislavia, der dort an Typhus gestorben ist. Im vergangenen April [1945] waren davon nur noch 816 übrig, während alle anderen gestorben sind mit Ausnahme von zwei oder drei in andere Lager Überführten. Für Sommer 1942 wurden als dort eingebracht 480 Kultdiener deutscher Zunge angegeben, von denen 45 Protestanten und alle anderen katholische Priester waren. . Es können auch nicht mit Stillschweigen die Geistlichen übergangen werden, die den besetzten Ländern angehören. . Viele von diesen Priestern und Laien haben um ihres Glaubens und ihres Berufes willen unsägliche Leiden erduldet. In einem Falle ging der Haß der Gottlosen gegen Christus so weit, daß sie an einem internierten Priester mit Stacheldraht die Geißelung und Dornenkrönung unseres Herrn nachgeäfft haben. . .«

⁴ Paul BERBEN, Histoire du camp de concentration de Dachau (1933– 1945), Brüssel 1968.



Die in Dachau inhaftierten Geistlichen waren im Winter mit dem Schneeräumen, ansonsten mit dem Austragen des Essens beauftragt.

Nun veröffentlichte der belgische General Paul BERBEN, der im übrigen mehrere Schriften über das Dritte Reich verfaßte, 1968 eine umfassende Geschichte des Konzentrationslagers Dachau. Der Herausgeber, das Internationale Komitee Dachau selbst, betont in seinem Vorwort, daß die Schrift »das Ergebnis jahrelanger Recherchen« sei und »kein anderes Ziel« habe, »als zur historischen Wahrheit beizutragen«.

Im 11. Kapitel befaßt sich Berben ausschließlich mit den Geistlichen im Lager Dachau. Zur angeblichen »harten Behandlung« (Pius XII.) schreibt er: »Auf Befehl aus Berlin wurden die Geistlichen am 15. März 1941 aus den Arbeitskommandos herausgenommen, so daß sich ihre Haftbedingungen verbesserten. Sie bekamen ein Schlafzeug, das mit dem der SS-Soldaten vergleichbar war, und russische sowie polnische Häftlinge wurden ernannt, um deren Zimmer zu reinigen. Sie durften eine Stunde später als die anderen Häftlinge aufstehen und vor- und nachmittags jeweils zwei Stunden im Bett ruhen. Vom Arbeitsdienst befreit,

konnten sie sich dem Studium und der Meditation widmen. Sie bekamen Zeitungen und verfügten über die Bücher der Bibliothek. Die Nahrung war ausreichend: Sie erhielten manchmal bis zu einem 1/3 Brot täglich. Außerdem wurde ihnen eine Zeitlang eine beträchtliche Ergänzung zuteil in Form von einem halben Liter Kakao morgens und einem Drittelliter Wein täglich. Anscheinend sind diese Zusatzrationen auf das Eintreten des Vatikans hin erfolgt.«⁵

Ab November 1942 wurde die Verschickung von Paketen an die Geistlichen offiziell genehmigt, was zu einer erheblichen Verbesserung der Ernährungslage führte. »Vor allem die Deutschen und die Polen erhielten beträchtliche Mengen von ihren Familien, Mitgliedern ihrer Pfarrgemeinden sowie religiöser Gemeinschaften. Im Block 26 trafen manchmal an die hundert täglich ein. «⁶ BERBEN betont, daß diese Phase relativen Überflusses keine vorübergehende gewesen sei, sondern bis Ende 1944 angedauert habe, »als die extremen Verkehrsbehinderungen die Paketzustellung unterbrachen «.⁷ Nichtsdestotrotz erhielten die deutschen Geistlichen weiterhin Lebensmittel über den Dachauer Dechant PFANZELT, die dem Briefschreiber Lebensmittelmarken schickten. Der Pfarrer kaufte daraufhin Brot und Wurst, die er über die lokale Post zukommen ließ.



Die auf Anordnung von HIMMLER 1941 erbaute Kapelle im KL Dachau, Block 26.

⁵ Berben, ebenda, S. 145 f.

⁶ Ebenda, S. 149. In Sachen Ernährung wurden die gewöhnlichen Häftlinge übrigens keineswegs benachteiligt. Außer den vorgesehenen Mahlzeiten und dem zweiten Frühstück konnten sie sich einiges in der Kantine besorgen. Außerdem seien ab Ende 1942 beträchtliche Mengen von Lebensmitteln und nützlichen Gegenständen in Dachau eingetroffen, gesendet von Verwandten, Freunden und gemeinnützigen Einrichtungen. Allein das Internationale Rote Kreuz, bemerkt Berben, »verschickte Tausende von Paketen nach Dachau« (ebenda, S. 68).

Was die »unsäglichen Leiden« betrifft, die die internierten Geistlichen laut Pius XII. »um ihres Glaubens und ihres Berufes willen« erduldeten, sei folgendes Ereignis wiedergegeben. Den internierten Geistlichen war es gelungen, die Verantworlichen des Lagers von der Erbauung einer Kapelle für den Gottesdienst zu überzeugen. Die Kapelle, deren Bau am 15. Januar 1941 begann, »war 20 m lang und 9 m breit und bot rund achthundert Personen Platz, aber oft drängten sich über tausend Menschen hinein«⁷. Der erste Gottesdienst fand am 22. Januar 1941 statt. Katholische Priester aller Nationalitäten hielten sonntags hintereinander den Gottesdienst. Im Dezember 1944 erhielt ein an Tuberkulose erkrankter Diakon sogar die Priesterweihe – in einem Konzentrationslager!

In den letzten Kriegsmonaten wurde die Lage in Dachau immer schwieriger, als die Häftlinge der in der Nähe der Front befindlichen Lager ins Landesinnere evakuiert wurden. Deren Zustrom sprengte die eigentliche Aufnahmekapazität des Lagers. Hinzu kamen die Verheerungen durch den Typhus und anderer Ansteckungskrankheiten. Zur Entlastung der überfüllten Baracken und somit zur Verbesserung der dortigen Lebensbedingungen bat die Lagerleitung die verantwortlichen Geistlichen um die Erlaubnis, die Kapelle in Wohnräume umzuwandeln. Die Geistlichen gingen nicht darauf ein, blieben unbeugsam und behielten das letzte Wort: »die Kapelle wurde bis zum letzten Tag aufrechterhalten«.8

In einer kritischen Schrift, die er Pius XII. und der Enzyklika Mit brennender Sorge seines Vorgängers Pius XII. widmet, meint Pierre Maximin:9 »Pius XII. lebte in der surrealistischen Welt seiner Informanten. Es obliegt uns nicht, über sein Gewissen zu urteilen. . . Der Heilige Vater konnte nicht wissen, aber er hätte sich nicht äußern dürfen, bevor er wußte – bevor er wußte, daß unter den ehemaligen Häftlingen in Dachau sich ein ehrlicher und wahrheitsliebender Mann, nämlich der Weihbischof von München, Mgr. Johannes Neuhäusler, befand. Dieser sollte später als Antwort auf die phantasievollen Berichte ehemaliger Häftlinge¹⁰ eine Schrift abfassen, in der er die völlig abenteuerlichen Behauptungen Pius' XII. verriß: Nur die Wahrheit wird uns frei machen.«

Wir müssen feststellen: Mit seiner unseligen Rede vor dem Kardinalskollegium am 2. Juni 1945, in der er übrigens das Los der Juden, das Lager Auschwitz, die Kriegsverbrechen des Bombenkrieges gegen die deutschen Zivilisten, das barbarische Wüten der Roten Armee mit keinem Wort anspricht, geschweige denn erwähnt, hat der Heilige Vater zu einem Zeitpunkt, als der Krieg noch nicht zu Ende war, die Siegermächte in ihrer Überzeugung, als Sieger ein ausschließliches Rechte zu besitzen, bestärkt und damit deren Kriegsverbrechen gerechtfertigt.

Michael Klotz

⁷ Ebenda, S. 151.

⁸ Ebenda, S. 152.

⁹ Pierre Maximin, Une encyclique singulière sous le III^e Reich, 1999, S. 62 ff. ¹⁰ Unter anderen: Hans Karl, Erinnerungen eines katholischen Geistlichen, P. Bachem, Köln, 1946.



Mgr. Johannes Neuhäusler (1888–1873).

Kriegsverbrecherprozesse in der Sowjetunion

Während des Zweiten Weltkrieges und in den nachfolgenden Jahren liefen viele Prozesse in der Sowjetunion gegen deutsche Soldaten, die unberechtigt, weil schuldlos, in Schnellverfahren zum Tode oder zu hohen Haftstrafen verurteilt wurden. Daneben gab es auch eine Reihe von Schauprozessen, in denen die deutschen Angeklagten – ebenfalls unschuldig – wegen der angeblichen Teilnahme an bestimmten Verbrechen zum Tode verurteilt wurden. Den Deutschen wurden Verbrechen angelastet, die in Wirklichkeit die Sowjets begangen hatten.

Das bekannteste Beispiel ist der Fall Katyn. Am 13. April 1943 verkündete die deutsche Presse, daß bei Katyn in der Nähe von Smolensk die Massengräber von Tausenden polnischer Offiziere entdeckt worden seien, deren Ermordung durch den sowjetischen Geheimdienst NKWD erfolgt sei. Schon am 15. April warf die Moskauer Nachrichtenagentur Tass den Deutschen vor: »Die germano-faschistischen Kanaillen haben sie umgebracht und haben jetzt die Frechheit, uns armen, unschuldigen Sowjets, die Vorkämpfer für Recht und Freiheit, Verbrechen in die Schuhe zu schieben.«

Am 19. April 1943 erging ein Erlaß des Präsidiums des Obersten Sowjets »über die Strafmaßnahmen gegen die deutschfaschistischen Bestien, schuldig an Ermordungen und Folterungen der sowjetischen Zivilisten und Kriegsgefangenen«. Darin wurde die kollektive Haftung deutscher Gefangener eingeführt, so daß die Verurteilten nicht unbedingt an der vorgeworfenen Tat beteiligt zu sein brauchten. Eine entsprechende Untersuchungskommission wurde eingerichtet.

Vom 15. bis 18. Dezember 1943 lief der Charkow-Prozeß gegen einen Major, einen Soldaten, einen SS-Sturmführer und einen Wachtmeister der Polizei wegen angeblicher Beteiligung an Verbrechen gegen Russen. Die Angeklagten wurden zum Tode verurteilt und schon am folgenden Tage, dem 19. Dezember 1943, öffentlich – es sollen 50 000 Zuschauer auf dem Marktplatz von Charkow gewesen sein – gehängt. Die Leichen sollen dort bis Mitte Januar gehangen haben. Von dem Prozeß wurde ein Film gedreht, dessen Kopien auch zu den Westmächten gelangten.

Im November 1945, parallel zu dem Nürnberger Prozeß, begannen auf Entscheidung vom Andrej Wyschinski Kriegsverbrecher-Prozesse in Riga, Smolensk, Kiew, Minsk, Brjansk, Nikolajew, Leningrad und Welikije Luki. Von den Angeklagten wurden 85, darunter 18 deutsche Generale, zum Tode verurteilt und öffentlich auf den Marktplätzen gehängt. Die Toten blieben längere Zeit hängen.



Andrej Wyschinski.

Kriegsverbrecherprozesse in der Sowjetunion

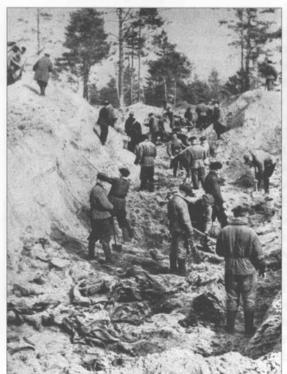
Im Winter 1945/46 wurde in Leningrad elf deutschen Angeklagten der Prozeß gemacht, weil sie angeblich an den Massenmorden von Katyn beteiligt gewesen seien. Über den Prozeß berichtete die Sowjet-Nachrichtenagentur *Tass* am 30. Dezember 1945. Als in Wirklichkeit Unschuldige wurden zum Tod durch Erhängen verurteilt Karl Hermann Strüfing, Heinrich Remmlinger, Ernst Böhm, Eduard Sonnenfeld, Herbert Janicke, Erwin Skotki, Ernst Beck und Ernst Geherer (Gehere). Die Gefangenen Erich Paul Vogel, Franz Wiese und Arno Dürer (Dierf) erhielten 20 oder 15 Jahre Zwangsarbeit. Die Urteilsvollstrekkung erfolgte am 5. Januar 1946.

Im Dezember 1945 wurden in Smolensk zehn Angehörige des Wachbataillons 335 verurteilt, die kriegsgefangene Russen und Polen mißhandelt haben sollen. Sieben wurden zum Tode verurteilt und hingerichtet.

In Riga begann ein Prozeß am 26. Januar 1946 gegen acht deutsche Militärs wegen angeblicher Verbrechen im Baltikum. Die Angeklagten waren die Generalleutnants Siegfried Ruff, Digeon von Monteton, Wolfgang von Ditfurth und Fritz Ekkel sowie die Generalmajore Friedrich Werther, Bruno Pawel, Hans Küper und Alexander Bekking. Sie wurden zum Tode durch Erhängen verurteilt.

Rolf Kosiek

Freilegung des Massengrabs von Katyn im Jahre 1943. Mehr als 22000 Menschen wurden von dem sowjetischen Geheimdienst ermordet.





Oberst Heinrich Remlinger (rechts im Bild) war Kampfkommandant in der Festung Schneidebühl 1945. Auch er büßte für ein Verbrechen, das er nicht begangen hatte.

Die Sieger des Zweiten Weltkriegs haben nach 1945 führende deutsche Militärs und Politiker in den Nürnberger Prozessen und anderenorts, vielfach unberechtigt, zu hohen Strafen, auch viele zur Todesstrafe, verurteilt, wobei grundlegende Normen des Völkerrechts und des Strafrechts verletzt wurden. Insbesondere wurden Folterungen zur Erpressung falscher Geständnisse von allen Alliierten weitgehend durchgeführt. Die Anwendung dieser Methoden durch die Westalliierten war lange vor der Öffentlichkeit verdrängt und verschwiegen worden und kam erst mit den US-Folterungen im Irak und in Afghanistan in den neunziger Jahren des letzten Jahrhunderts wieder an eine breitere Öffentlichkeit.

Eine frühe Darstellung der alliierten Verbrechen im Zweiten Weltkrieg aus dem Jahre 1979 liegt in dem Buch *Die Wehrmacht-Untersuchungsstelle*³ des amerikanischen Völkerrechtlers Alfred DE ZAYAS vor. Der Verfasser arbeitete viele Jahre in Genf bei internationalen Behörden und veröffentlichte nach jahrelangen Recherchen diesen Band, der nun bereits in 8. Auflage vorliegt. Darin wertet er als einer der ersten die Dokumente der genannten Untersuchungsstelle aus. Das Material war 1945 in die USA überführt und erst Ende der sechziger Jahre nach langer Beschlagnahmung aus den Vereinigten Staaten an die Bundesrepublik zurückgegeben worden. Zwischenzeitliche Manipulationen an dem Inhalt der Akten können nicht ausgeschlossen werden. Das Material lagert seitdem im Bundesarchiv in Bonn. Leider hat sich anscheinend außer DE ZAYAS bisher noch kein deutscher Historiker ausführlich um diese Akten gekümmert, was auch bezeichnend für unsere Zeit ist.

Die genannte deutsche Amtsstelle war 1939 gegründet worden, um die von den Alliierten im Zweiten Weltkrieg begangenen Kriegsverbrechen zu dokumentieren. Und in der Tat haben sich die Angehörigen dieser Stelle ernsthaft darum bemüht, die zahlreichen Verbrechen der späteren Sieger im Verlauf des Zweiten Weltkrieges aufzunehmen und durch Zeugenaussagen möglichst beweiskräftig zu belegen. Dabei haben sie sehr kritisch gearbeitet, um ja keine unbegründeten Vorwürfe zu erheben. Sie haben insbesondere nicht zu der Methode gegriffen, die die Alliierten, zum Beispiel im Fall Katyn, benutzten, indem sie mit einem großen Lügengebäude, das sie über Jahrzehnte aufrecht erhalten haben, dem Gegner die Schuld für einen von ihnen selbst verübten brutalen Massenmord an Kriegsgefangenen zuschoben.

Zur vorsichtigen und nur in klar beweisbaren Fällen erhobenen Schuldzuweisung von seiten der Deutschen kam dann noch die behutsame Auswertung durch den genannten US-Verfasser, der nur auf die ganz ¹ Rolf Kosiek u. Olaf Rose (Hg.), Der Große Wendig, Bd. 4, Grabert, Tübingen ²2012, S. 555–558.

²Ebenda., Bd. 4, S. 512–518.

³ Alfred DE ZAYAS, Die Wehrmacht-Untersuchungsstelle für Verletzungen des Völkerrechts, Lindenbaum, Beltheim ⁸2012.

sicher belegten Kriegsverbrechen der Alliierten eingeht und nicht aufrechnen will. Dennoch wurde sein Werk von den deutschen Historikern kaum zur Kenntnis genommen und damit abgefertigt, daß der Dapualitative Unterschiede zwischen dem größeren Ausmaß der deutschen Kriegsverbrechen und dem der Alliierten im Sinne der Umerziehung bestehen bleibe, wie der angesehene Kölner Geschichtswissenschaftler Andreas Hillgrußer in der Historischen Zeitschrift⁴ feststellte. Damit war das Urteil über der Zayas' Werk für die bundesdeutsche Geschichtsschreibung gesprochen, und die politische Korrektheit ließ das Buch in Orwells Gedankenloch verschwinden. Nur im Bereich der Rechten und der Heimatvertriebenen lief das Werk um.

Die Engländer verübten in ihrer Kolonialzeit schon schwere Kriegsverbrechen. Am 20. Februar 2013 meldete die Daily Mail⁵ aus London, daß Premierminister David CAMERON in Amritsar in Indien sich für das Massaker vom 13. April 1919 an indischen Zivilisten im Namen Großbritanniens entschuldigt habe. Dort hatten 50 britische Soldaten - meist Eingeborene – rund zehn Minuten lang auf Befehl des Brigadegenerals Reginald Dyer, der ein Exempel statuieren wollte, ohne Vorwarnung oder Aufforderung, sich zu zerstreuen, in eine zivile Menge von 20000 friedlich für ihre Unabhängigkeit demonstrierende Inder geschossen, bis die Munition zu Ende gegangen war - »die schlimmste einzelne Grausamkeit des britischen Empires«, wie die Daily Mail meinte. Dabei kamen nach offiziellen britischen Aussagen mindestens 379 Zivilisten zu Tode, und 1500 wurden verwundet. Indische Quellen sprachen von 1000 Toten. CAMERON war der erste amtierende Premierminister, der Amritsar besuchte. Die Königin hatte schon 1997 den Ort aufgesucht, ohne allerdings eine grundsätzliche Stellungnahme abzugeben. Die britische Öffentlichkeit, die immer an ihre sauberen Truppen geglaubt hatte, mußte erstmals etwas über die grausamen Methoden erfahren, die das englische Militär durch all die Jahrhunderte mit Wissen der oberen Stellen verübte. Obwohl die Übeltäter bekannt waren, wurden sie, wenn überhaupt Strafantrag gestellt wurde, freigesprochen wie der Schinder von Bad Nenndorf nach 1945, Colonel STEPHENS.6

Ausgelöst durch die erst im nachhinein bekannt gewordenen Folterungen der US-Streitkräfte in Bagdad, Guantanamo und Afghanistan, hat sich der britische Schriftsteller Ian COBAIN in seinem Buch Cruel Britannia mit den Grausamkeiten britischer Truppen in der Kolonialzeit sowie in und nach den beiden Weltkriegen befaßt. Seine auch nur beschränkte Auswahl an Kriegsverbrechen Ihrer Majestät Truppen ist schon umfangreich genug, um den Briten massive Verstöße gegen das Völkerrecht und die Menschenrechte anzulasten. Insbesondere geht er auch auf die englischen Folterlager für deutsche Kriegsgefangene 1945

⁴ Zitiert von Stefan Scheil, »Unangenehme Anklagen«, in: *Junge Freiheit*, Nr. 13/14, 29. 3. 2013.

⁵ Tim Shipman, »Cameron's shame over 1919 Amritsar massacre«, in: *Daily Mail*, 20. 2. 2013, Kommentar dazu von Tony Rennell.



Robin STEPHENS.

⁶ Vgl. Kosiek u. Rose, aaO. (Anm. 1).

⁷ Ian COBAIN, *Cruel Britannia*, Portobello Books, 2012.

bis 1947 auf westdeutschem Boden, so zum Beispiel in Bad Nenndorf, ein.

Der Brite hat sein Buch in der Londoner Tageszeitung Daily Mail ausführlich vorgestellt.⁸ Im Vorspann der Zeitung heißt es: »Wir sind immer darauf stolz gewesen, einen sauberen Krieg geführt zu haben. Aber ein neues Buch weist auf schreckliche Methoden hin, die von Verhörern in Londons feinster Adresse geübt wurden.« COBAIN stellte darin einleitend fest, daß Großbritannien immer stolz auf »seine Liebe zum Fair Play und zur Beachtung der Regeln des Gesetzes« gewesen sei. England sei unter den ersten gewesen, die 1929 die Genfer Konvention zur menschlichen Behandlung der Kriegsgefangenen unterschrieben haben. Man würde annehmen, daß die Briten die Folterung von Gefangenen abgelehnt hätten. Doch dem sei nicht so gewesen. In London seien in dem als >London Cage((Londoner Käfig) bezeichneten Gebäude im Zweiten Weltkrieg ab 1940 und danach Tausende von Deutschen gefoltert worden. Die englischen Wärter hätten sich stolz als »die englische Gestapo« gebrüstet. Der London Cage sei eines von neun Lagern in Großbritannien gewesen, in denen während des Krieges gefoltert wurde. Die in Großbritannien von der Prisoner of War Interrogation Section (PWIS) betreuten Lager standen unter dem Befehl von Colonel Alexander Scot-LAND, einem Meister in der Technik der Verhöre. Als er 1954 über seine Tätigkeit schrieb, wurden die vier Exemplare seines Berichtes sofort beschlagnahmt, dann geheimgehalten, und alle Beteiligten wurden zum

⁸ Ian Cobain, »How Britain tortured Nazi POWs«, in: *Daily Mail*, 27. 10. 2012, S. 44 f.

Mit verbundenen Augen werden deutsche Soldaten abgeführt.



Der Meister in der Technik der Verhöre: Colonel Alexander Scotland.





Rechts: Eingang in den Kensington Palace Gardens, wo sich der berüchtigte ¿London Cage befand. Den ¿London Cage der Platz für 60 Gefangene bot, passierten während seines Bestehens 3573 Personen, von denen etwa 1000 wegen ›Kriegsverbrechen angeklagt und überwiegend gehängt wurden.



Fritz KNÖCHLEIN, SS-Obersturmbannführer (Panzergrenadiere), Ritterkreuzträger, wurde im Londoner Käfig gefoltert. Er wurde am 21. Januar 1949 in Hameln gehängt.

Schweigen verpflichtet. Die Kriegsverbrechen in diesen Lagern sollten nicht an die britische Öffentlichkeit kommen. Im einzelnen werden von Cobain die verschiedenen unmenschlichen Techniken der Folter beschrieben, die bis 1949 von britischen Verhörern in den Lagern angewandt wurden. Besonders gefürchtet wegen seiner Brutalität war Colonel Robin Stephens, der in kürzester Zeit Informationen aus den Gefangenen herausholte. Der Verfasser weist auch auf die in Deutschland nach dem Krieg von der britischen Besatzungsmacht eingerichteten Folterlager hin, etwa auf Bad Nenndorf, wo ab 1945 Stephens als Lagerkommandant tätig war. »Eine Anzahl starb«, teilt Cobain lakonisch über das Schicksal der deutschen Kriegsgefangenen und Zivilisten mit, die durch das Lager gehen mußten und die unmenschlichen Folterungen nicht überlebten.

Rolf Kosiek





Von links: Ian Cobain (Jahrgang 1960), Reporter bei *The Guardian*, und sein Buch Cruel Britannia. A Secret History of Torture.

Roosevelts und Churchills Absprachen zu Kriegsverbrechen

Mit ihren Kriegsverbrecherprozessen wollten die Alliierten die führenden deutschen Politiker, Heerführer, Wirtschaftler und Ärzte für deren »Verbrechen gegen die Menschlichkeit« beschuldigen und aburteilen. Dazu wurde das Londoner Statut vom Juni 1945 geschaffen. Aber schon Jahre, bevor solche »Verbrechen« bekannt wurden, befaßten sich die späteren Sieger mit der Bestrafung der deutschen Elite, was ihnen nach dem Ersten Weltkrieg trotz entsprechender Versuche¹ nicht gelungen war. Wie sehr sie dabei auch die Normen des Rechts verletzten und sogar auf den höchsten Ebenen bestellte Morde nicht scheuten, geht aus dem folgenden hervor. Zugleich wird dadurch offenbar, daß diese Prozesse eine reine Rachejustiz waren und mit Gerechtigkeit nichts zu tun hatten.

Ein Beispiel für die frühe Absicht, Kriegsverbrecherprozesse durchzuführen, ist die Anweisung Churchills nach dem Flug von Rudolf Hess 1941 nach Schottland: »Es dürfte angezeigt sein, Herrn Hess nicht dem Innenministerium, sondern dem Kriegsministerium als Kriegsgefangenen zu übergeben, doch ohne außer acht zu lassen, daß man wegen politischer Verbrechen Anklage gegen ihn erheben könnte. Dieser Mann ist grundsätzlich ein Kriegsverbrecher wie andere Naziführer auch.«²

Am 13. Januar 1942 trat in London eine internationale Konferenz zusammen, auf der vor allem besetzte Länder unter anderem forderten, »die Bestrafung der für die Verbrechen Verantwortlichen im Wege der Rechtsprechung durchzusetzen.«³

Am 7. Oktober 1942 tagte in London die Kriegsverbrecherkommission der UNO, die JUnited Nations War Crime Commission (UNWCC), die Listen von Kriegsverbrechern aufstellen und deren Taten dokumentieren sollte.⁴ Die Sowjets waren hier nicht vertreten, veranstalteten aber schon vom 15. bis 18. Dezember 1943 den ersten Kriegsverbrecherprozeß in Charkow gegen drei deutsche Offiziere und einen russischen Kollaborateur.

Einen besonderen Einblick in die skrupellose Planung der Westalliierten für die Behandlung gefangener Spitzenleute der Gegner gibt ein lange geheim gehaltenes Telefongespräch zwischen US-Präsident Franklin Delano Roosevelt und dem britischen Premierminister Winston Churchill vom 29. Juli 1943. Darin berieten beide über das weitere Schicksal des kurz vorher am 25. Juli 1943 von den vom Reich abgefallenen Italienern gefangengenommenen Duce Benito Mussolini, der dann jedoch, am 12. September 1943 von deutschen Fallschirmjägern befreit, 1945 von Partisanen ermordet wurde.

¹ Versailler Diktat, Artikel 227 bis 230.

² Zitiert in: Richard PEMSEL, Hitler – Revolutionär, Staatsmann, Verbrecher?, Grabert, Tübingen 1986, S. 73. ³ Ebenda.

⁴ Ebenda, S. 74.

5 Alfred SCHICKEL, »Er wird ohnehin am Strick enden...«, Manuskript, Zeitgeschichtliche Forschungsstelle Ingolstadt, o. J.

Roosevelts und Churchills Absprachen zu Kriegsverbrechen

ROOSEVELT erklärte in dem Telefongespräch: »Ich habe über unser Vorgehen bezüglich MUSSOLINIS und über sein schließliches Schicksal nachgedacht, wenn er uns ausgeliefert ist.« Darauf bestätigte CHURCHILL: »Ich zweifele nicht daran, daß er schließlich unser Gefangener sein wird, natürlich nur, wenn sie ihn nicht vorher umbringen oder er seiner gerechten Strafe dadurch entgeht, daß er sich selbst tötet.«



Wenn CHURCHILL und ROOSEVELT am Telefon Pläne ausheckten, benutzte der britische Premierminister den Decknamen Mister White, ROOSEVELT war Mister Smith. Da die Amerikaner das transatlantische Unterseekabel vorsichtshalber gekappt hatten, mußten sämtliche Telefonate zwischen England und Nordamerika per Funk abgewickelt werden. Geredet wurde außerdem in Codewörtern.

Als Churchill meinte: »Wir können recht sicher sein, daß Mussolini schließlich unser Gefangener wird«, meldete Roosevelt mit dem Blick auf die von ihm für die nächste Wahl benötigten Stimmen der italienischen US-Bürger Bedenken an: »Würde das ein kluger Schritt sein, Winston? Wir würden gezwungen sein, eine Art großen Prozeß zu veranstalten, der sich monatelang hinziehen könnte und selbst, wenn wir ihn kontrollieren, zu Schwierigkeiten mit der allgemeinen Bevölkerung führen könnte. . . Natürlich würde das Ergebnis nie zweifelhaft sein, und am Ende würde er am Strick sterben. . . Ich sehe verschiedene negative Seiten dieses Geschäfts.«

ROOSEVELT führte dann solche an und sagte: »Ich meine nicht, wir sollten den Teufel freilassen. Überhaupt nicht. Ich erwähnte einen öffentlichen Prozeß. Wenn MUSSOLINI stürbe, bevor ein solcher Prozeß stattfinden könnte. Ich glaube, das käme uns in vieler Hinsicht besser zustatten.«

Damit legte er unzweifelhaft die Ermordung nahe. Churchill fragte deswegen nach: »Sie schlagen also vor, daß wir ihn einfach erschießen, wenn die Italiener ihn uns übergeben? Eine Art Standgericht? Unter Ausschluß der Öffentlichkeit natürlich.«

Doch das meinte ROOSEVELT nicht: »Nein, ich habe sehr ernsthaft hierüber nachgedacht. Und ich glaube, wenn MUSSOLINI stürbe, während er noch in italienischem Gewahrsam wäre, würde uns allen das weit besser dienen, als wenn er durch ein Prozeßverfahren liefe.«

Darauf äußerte Churchill doch Bedenken: »Ich glaube nicht, daß, selbst wenn ich die Italiener um einen solchen Gefallen bäte, sie dem nachkommen würden.« Denn sie würden nach seiner Meinung lieber einen Prozeß haben wollen.

Daraufhin wurde der US-Präsident ganz deutlich und schlug ohne Skrupel den Mord vor, wobei es anschließend noch zu einer Heuchelei kommen sollte: »Ich hatte mir vorgestellt, wenn wir uns darüber einig werden, daß wir ihn beseitigen, solange er noch in ihrem Gewahrsam ist. Gleichzeitig könnten wir ganz öffentlich Ansprüche auf seine Auslieferung erheben, um ihn vor Gericht zu stellen. Das würde etwas behutsamer sein als die Sache mit DARLAN. . . «

Roosevelts und Churchills Absprachen zu Kriegsverbrechen

Damit spielte ROOSEVELT anschließend auf die Ermordung des französischen Admirals DARLAN am 24. Dezember 1942 in Algier in Nordafrika⁶ an, der den Alliierten auch im Wege war und deswegen beseitigt wurde.

Churchill war die Erwähnung der Sache um Darlan offensichtlich unangenehm, und er wollte sie als »jetzt ein für allemal erledigt« angesehen haben. Doch Roosevelt kam noch einmal darauf zurück: »Es ist in meinem Geheimdienst und sonstwo gut bekannt, daß Sie den Mann haben ermorden lassen. Wir haben die Mordwaffe, und die Verwendung von amerikanischen Patronen ist nicht richtig eingeschätzt worden. Das Wesentliche ist hier, daß der Tod Darlans uns vor die Tür gelegt wurde, oder zum mindesten vor die Ihre, und alles Ableugnen hat sehr wenig Wirkung gehabt. Wäre Darlan von einem Franzosen erschossen worden. . .«

— Churchill fiel ein: »Das wurde er« — »als er noch in Frankreich war, dann hätten wir keine verbleibenden Zweifel«

Im Anschluß daran kommen die beiden Ehrenmänner noch auf einen weiteren, gerade erledigten Mord zu sprechen, den an dem Chef der Exilpolen in England, Sikorski.⁷

Es kam den beiden alliierten Regierungschefs also gar nicht auf gründliche Untersuchungen und gerechte Prozesse an, sondern sie nahmen die Urteile über die angeblichen »Kriegsverbrecher« schon vorweg und waren sich auch in der Hinrichtungsart – »am Strick sterben« – einig.

Aus demselben Geist stammte ROOSEVELTS Vorschlag dann in Teheran im Herbst 1944, als er anregte, 50 000 bis 100 000 deutsche Offiziere nach Gefangennahme weinfach zu liquidieren«. Rolf Kosiek





Oben: Beerdigung von Admiral François Darlan. Mitte: Matrosen der ORP Orkand bei der Eskortierung des Sarges von General Sikorski von Plymouth nach London.
Unten: General W. Sikorski.



François Darlan.



⁶ François Darlan war ab Februar 1941 in der Vichy-Regierung Innen-, Außen- und Verteidigungsminister, erhielt im April 1942 den Oberbefehl über alle französischen Truppen, ging nach der Landung der Alliierten in Nordafrika im November 1942 zu diesen über und lieferte ihnen Nordafrika aus. Er fiel am 24. 12. 1942 einem Attentat eines jungen Franzosen zum Opfer, das nach dem oben Zitierten wohl auch auf Churchills Konto zu buchen ist.

⁷ Siehe Rolf Kosiek u. Olaf Rose (Hg.), Der Große Wendig, Bd. 4, Tübingen 2012, S. 440 ff.

Das Massaker von Biscari

1 Vgl. Rolf Kosiek u. Olaf Rose (Hg,) Der Große Wendig, Grabert, Bd. 5, Tübingen 2014. S. 608'-612. ² Siehe Rolf Kosiek u. Olaf Rose (Hg.), Der Große Wendig, Bd. 2, Grabert, Tübingen ⁵2012, S. 242 f., 246 f., 249 ff., 252 f. u. 254 ff.; Bd. 3, Tübingen ³2010, S. 622 f. ³ Siehe Rolf Kosiek u. Olaf Rose (Hg.), Der Große Wendig, Bd. 5, aaO. (Anm. 1), S. 603-607.

Die amerikanischen Truppen haben sich im Zweiten Weltkrieg mehrfach des Verbrechens der massenhaften Erschießung von wehrlosen Gefangenen zuschulden kommen lassen. Beispiele für solche Taten bei der Landung in der Normandie¹ und in den letzten Wochen des Krieges,² in denen keine Vergeltung mehr zu fürchten war, am blutigsten bei der Einnahme des KZ Dachau,³ sind anderenorts angeführt. Manchmal haben sogar alliierte Truppenführer ihre Offiziere zur Erschießung der Gefangenen angeregt oder sie ihnen ausdrücklich nahegelegt. Die Vorgesetzten handelten also gegen das Völkerrecht und begingen Taten, die den Deutschen später unberechtigt vorgeworfen wurden, zum Beispiel dem SS-Obersturmbannführer Jochen PEIPER im Fall Malmedy,⁴ und die von den Siegern schwer bestraft wurden.

Aber auch schon im Jahre 1943 haben einzelne US-Truppenführer zu solchen Kriegsverbrechen aufgefordert. So hatte General George S. PAT-TON, Kommandeur der 7. US-Armee, kurz vor der Landung der Alliierten auf Sizilien in einer Rede am 27. Juni 1943 vor Offizieren seiner 45. US-Infanteriedivision erklärt: »Wenn sie (die Deutschen, R.K.) sich ergeben wollen, sobald ihr auf zwei-, dreihundert Meter dran seid, achtet nicht auf die erhobenen Hände. Zielt zwischen die dritte und vierte Rippe, dann schießt. Ganz egal, keine Gefangenen! Die Zeit zu spielen ist vorbei. Jetzt ist die Stunde zu töten! Ich will eine Killerdivision, denn Killer sind unsterblich.«⁵

Und so kam es denn auch zu solchen Kriegsverbrechen. Mit Bezug auf diese Rede PATTONS hat sich einer der Schuldigen bei dem Massaker von Dachau vom 29. April 1945 verteidigt.³

Vor der Landung in Italien hielt US-General Patton eine Ansprache an seine Truppen, in der er erklärte: »Wenn wir jetzt angreifen, werden wir deutsche und italienische Soldaten vor uns haben, die anzugreifen und zu vernichten wir die Ehre und das Privileg haben. Viele unter uns haben in ihren Adern deutsches oder italienisches Blut; sie mögen sich erinnern, daß ihre Vorfahren die Freiheit so sehr liebten, daß sie ihr Heim und ihr Land verließen und den Ozean überquerten, in der Hoffnung, sie dort zu finden. Die Vorfahren der Leute, die wir nun töten werden, hatten nicht den Mut, ein solches Opfer zu bringen, und deshalb fuhren sie fort, wie Sklaven zu leben.« Fernaus Kommentar dazu ist: »Von allen Ansprachen vor einer Schlacht, angefangen von Leonidas über Friedrich den Großen bis zu Dajan, gibt es in der Weltgeschichte keine, die so (Sie möchten sagen: gemein ist? Ja, auch. Aber das ist uninteressant), keine, die so erschreckend deutlich das böse Gewissen verrät«.4

⁴ Joachim Fernau, Halleluja, Herbig, München–Berlin 1977, S. 290 f.

Das Massaker von Biscari



Als am 14. Juli 1943 bei dem sizilianischen Ort Biscari (heute Acate) südlich der Stadt Caltagirone 68 Italiener und vier deutsche Flaksoldaten nach tapferer Gegenwehr die Waffen gestreckt und diese niedergelegt hatten, wurden sie von den US-Soldaten der 45. Infanteriedivision der 7. Armee unter General PATTON in Reihen aufgestellt und dann alle erschossen.⁵ Die italienische Zeitung *L'ultima Crosiata* aus Rimini veröffentlichte 2012 eine Liste der zweiundsiebzig Opfer, 69 Jahre nach dem grausigen Geschehen. Es wurde dann von italienischen Behörden in Acate eine Gedenktafel an das Massaker angebracht. Die deutschen Soldaten dieses Massakers waren Obergefreiter Erhard Michel (geboren 16. August 1915 in Dresden), Obergefreiter Erich Reissig (geboren 3. Januar 1924 in Wittenberg), Oberkanonier Carl Schäfer und Kanonier Johann Ruf (geboren am 6. Juni 1924 in Grading).⁶ Sie liegen auf dem deutschen Soldatenfriedhof Motta St. Anastasia in der Provinz Catania auf Sizilien.

Obwohl die Täter und ihre Einheiten bekannt sind, wurden die Schuldigen niemals zur Rechenschaft gezogen. Sie wurden von ihrem General ausdrücklich gedeckt.

Es wäre unmöglich gewesen, daß ein deutscher Offizier der Wehrmacht solch einen Befehl oder solch eine Billigung zum Massenmord an Wehrlosen abgegeben hätte.

Rolf Kosiek

Links: General Patton, In seinem Tagebuch vermerkte er zum Biscari-Massaker: »Ich habe BRAD-LEY gesagt, das sei wahrscheinlich eine Übertreibung, man solle aber auf jeden Fall von dem Offizier bestätigen lassen, daß die Toten Freischärler gewesen seien oder zu fliehen versucht hätten – oder irgend etwas, sonst würde das keinen guten Anklang in den Medien finden und die Zivilisten wütend machen. Wie dem auch sei, sie waren tot, und man konnte deswegen ohnehin nichts mehr tun.« In: Rick ATKIN-SON, The Day of Battle: The War in Sicily and Italy, 1943-1944 (The Liberation Trilogy), Henry Holt and Co., New York 2007.

⁵ Vgl. Rolf Kosiek u. Olaf Rose (Hg.), Der Große Wendig, Bd. 2, aaO. (Anm. 2), S. 499–505.

⁶ G. DOMENEGHET-TI, in: Anzeiger der Notverwaltung des Deutschen Ostens im Deutschen Reich, Nr. 3, 2012, S. 10 f.

US-Zerstörer verweigert Rettung Schiffbrüchiger



Klaus Hänert.

Im Zweiten Weltkrieg gebot das internationale Seekriegsrecht, daß schiffsbrüchige Gegner, die sich ergeben hatten oder deren Boot gesunken war, vom Sieger aufgefischt und damit gerettet wurden. Doch dagegen verstieß die US-Marine mehrfach. Ein Beispiel ist das Schicksal des U-Bootes »U 550« vor den USA, das von SJ in der Freiwillige, Mai/Juni 2012, S. 5, geschildert wird.

Dieses U-Boot hatte auf seiner ersten Feindfahrt unter Kapitänleutnant Klaus Hänert, geboren 1918 in Hirschberg, vor der US-Küste unter anderem einen Geleitzug angegriffen und das weltweit größte Tankerschiff, die JUSS Pan-Pennsylvaniak, mit mehr als 11 000 Bruttoregistertonnen versenkt. Als es nach zwei Monaten seit dem Auslaufen aus Kiel östlich von New York in 70–80 m Tiefe wieder auf Lauerstellung lag, wurde es am 16. April 1944 von dem US-Geleitzerstörer JUSS Joycek geortet und mit Wasserbomben schwer beschädigt, so daß es auftauchen mußte. Als Hänert mit weißer Fahne und hinter ihm die Mannschaft aus der Luke ausstiegen, wurden sie von den drei amerikanischen Kriegsschiffen – der JUSS Joycek (DE -317), der JUSS Gandyk (DE -764) und der JUSS Petersonk (DE -152) – durch Geschütze unter Feuer genommen. Von 56 deutschen Seeleuten überlebten insgesamt nur zwölf Mann dieses Kriegsverbrechen, drei Offiziere, 1 Unteroffizier und acht Matrosen.

In dem Bericht des Kommandanten, den JS zitiert, heißt es: »Etwa 40 Mann unter der Führung des 1. Wachoffiziers stiegen befehlsgemäß aus und schwammen in Richtung auf den nächstliegenden Zerstörer zu. Die Wassertemperatur betrug etwa 5 Grad Celsius. Doch plötzlich drehte der Zerstörer ab, ohne die Männer aufzunehmen. Von diesen Besatzungsangehörigen wurde niemand gerettet. Für die versäumte Rettung der meisten Besatzungsmitglieder gab es keine Entschuldigung. Die Erklärung der Amerikaner war, daß der Zerstörerkommandant durchgedreht sei.«

Dreizehn Deutsche wurden von der ¿USS Joyce« aufgefischt, einer verstarb noch bald an seinen Wunden aus dem Beschuß. Sie wurden an Großbritannien ausgeliefert. Einige Tage später wurden die Leichname mehrerer deutscher Seeleute in Überlebenswesten und in Tauchanzügen leblos aus dem Wasser gefischt. Die meisten von ihnen hätten zweifellos von dem abdrehenden Zerstörer gerettet werden können.

Die Amerikaner behaupteten, auf dem deutschen U-Boot habe die Besatzung ihre »Geschütze« besetzt und angefangen zu feuern. Das scheint jedoch eine unzutreffende Schutzbehauptung gewesen zu sein. Am 23. Juli 2011 wurde das Wrack des »U 550« vor New York am Boden entdeckt.

Rolf Kosiek

US-Verstöße gegen das Kriegsrecht an der Invasionsfront

Die USA sind der Genfer Konvention über das Kriegsrecht beigetreten. Dennoch haben sie und ihre Verbündeten im Zweiten Weltkrieg oftmals die Haager Landkriegsordnung gebrochen. Ein Beispiel von der Invasi-

onsfront 1944 soll angeführt werden.1

Dort lagen im Jun 1944 die 12. SS-Panzerd vision ›Hitlerjugende und die Panzerlehrd vision des Heeres in schweren Abwehrkämpfen. »Der Ic des Oberbefehlshabers West, Oberst i. G. MEYER-DETRING, hatte bereits am 7. Juni 1944 auf dem Meldeweg Unterlagen aus dem Besitz gefangener oder gefallener Engländer und Kanadier erhalten, die besagten, daß am Ostflügel der Invasionsfront, im Bereich der kanadischen Armee, keine Gefangene gemacht werden sollten. . . Mehrere Gruppen kriegsgefangener deutscher Soldaten wurden zusammengeschossen.«

Ein besonders verwerflicher Fall geschah am Morgen des 8. Juni 1944: »Ein Panzerspähtrupp des britischen Regiments ›Inns of Court‹ durchbrach die deutschen Linien und machte auf einem Regimentsgefechtsstand Gefangene, so den Obersten LUXEMBURGER (Panzerartillerie-Regiment 103), Major Zeissler, Hauptmann Graf CLARY-ALDRINGEN und

etwa sechs Unteroffiziere und Mannschaften.

Als sich die deutschen Offiziere weigerten, freiwillig, als Kugelfang auf den Panzerspähwagen stehend, durch die deutschen Linien in Richtung feindliche HKL (Hauptkampfl nie) zu fahren, wurde der schwerversehrte Oberst Luxemburger von zwei britischen Offizieren gefesselt, bewußtlos geschlagen und in blutüberströmtem Zustande auf einem britischen Panzerspähwagen als Kugelfang aufgebunden. Nach Einholung entsprechender Befehle wurden Major Zeissler, Graf Clary und die erwähnten Unteroffiziere und Mannschaften von den abrollenden britischen Panzerspähwagen zusammengeschossen.

Der Panzerspähwagen, auf dem Oberst Luxemburger als Kugelfang aufgebunden war, wurde von einer deutschen Pak abgeschossen. Der

tapfere Oberst starb.«

Männer des Bataillons Siebken wurden Zeugen dieser Tat. Tage später fand man im Bereich dieses Bataillons die Leichen zweier Engländer. Es ließ sich nicht klären, wie sie zu Tode gekommen waren. Auf jeden Fall hatte Siebken keinen entsprechenden Befehl gegeben. Dennoch wurde nach Kriegsende der Bataillons-Chef Siebken deswegen von den Alliierten angeklagt, zum Tode verurteilt und noch 1949 hingerichtet.

Die britischen Täter bei diesem Verstoß gegen das Völkerrecht wurden dagegen nicht zur Rechenschaft gezogen und nicht verurteilt, son-

US-Verstöße gegen das Kriegsrecht an der Invasionsfront

dern fielen wie alle alliierten Kriegsverbrecher unter die bei den Alliierten erlassene Amnestie.

In diesem Zusammenhang sei auch an das Urteil und die Erklärung des angesehenen britischen Journalisten Max HASTINGS erinnert:² »Man hat viel über die Erschießung von Kriegsgefangenen – besonders Kanadiern – durch die 12. SS-Panzerdivision und andere deutsche Einheiten in der Normandie geredet. Aber es muß gesagt werden, daß die Propaganda das beiderseitige Schuldmaß verzerrt hat. Unter den Hunderten alliierter Zeugen, die. . . befragt worden sind, hatte fast jeder unmittelbare Kenntnis oder gar persönliche Erlebnisse mit der Erschießung deutscher Kriegsgefangener während des Feldzugs. In der Hitze des Gefechts, oder wenn jemand gerade einen Kameraden hatte sterben sehen, fanden es viele unerträglich, Kriegsgefangene nach hinten zu schicken, da sie wußten, daß sie den Krieg überleben würden, während sie selbst nur eine sehr geringe Überlebenschance zu haben schienen. Viele amerikanische und britische Einheiten erschossen SS-Gefangene routinemäßig. Woraus sich nicht nur der fanatische Widerstand der SS, sondern auch die Tatsache erklärt, warum so wenige SS-Leute in Kriegsgefangenenlagern erschienen sind... Obwohl es belegte Beispiele dafür gibt, daß SS-Einheiten ihre Gefangenen ermordeten, erscheint es im ganzen zweifelhaft, ob dieses von der einen Seite in größerem Stil getan wurde als von der anderen.«





Max Hastings.

¹ Nation Europa, Nr. 9, 1960, S. 12.

² Jürgen Schreiber, »Ein unverständlicher Fauxpas«, in: *Soldat im Volk*, Nr. 7, 1990.

US-Verbrechen in der Normandie

Deutsche Heerführer wurden nach 1945 unberechtigt als ›Kriegsverbrecher‹ bezeichnet und von den Siegern abgeurteilt. Dabei hatten die Alliierten im Gegensatz zu den deutschen Soldaten wirklich Kriegsverbrechen begangen, die nie gesühnt wurden. Ein Beispiel aus den Kämpfen in der Normandie 1944 sei gebracht.

Ein dem Verlag Bekannter (Dr. G. K.) schrieb. »Ich erlebte folgendes in der Normandie bei einer Fahrt (nach dem Krieg, R. K.) mit Veteranen der SS-Division. Wir standen mit ca. 12-15 jungen und alten deutschen und französischen Kameraden in einem normanischen Dorf (Bretteville-sur-Odon) im Landungsabschnitt der Kanadier. Ein SS-Veteran, der dort gegen die Landeköpfe der Kanadier eingesetzt war, schilderte seine Erlebnisse. Aus einem Haus blickte eine alte französische Dame, die uns ansprach, ob wir Deutsche seien, Wir bejahten, worauf sie mit alten Fotos, die die fürchterlichen Zerstörungen durch die amerikanisch-englische Schiffsartillerie während der Landung der Alliierten zeigten, aus dem Haus kam. Das ganze Dorf war nurmehr ein 2 Meter hoher Trümmerhaufen. Die Dame war sehr nett, und so fragte ich sie, wie alt sie bei der Landung der Kanadier gewesen sei. Sie sagte: >13 Jahrec. Ich fragte sie, wie sie die Befreiunge erlebt hätte. Sie antwortete: Meine Mutter ist von den Kanadiern vergewaltigt und erschossen worden. Mein Großvater, der dazwischen gehen wollte, wurde durch einen Kopfschuß vor meinen Augen ermordet. Da ich dies alles mit meiner Videokamera aufnahm, fragte ich die französischen Kameraden und unsere gut französisch sprechenden deutschen Kameraden, ob ich das richtig verstanden hätte, was diese bejahten. Die alte normannische Dame sagte dann mit Tränen in den Augen, daß wir genauso offene und ehrliche Gesichter hätten wie die Jungen von der HJ-Division, die damals in ihren Dörfern stationiert gewesen waren. Diese jungen Deutschen, höflich, zuvorkommend und immer zu Streichen aufgelegt, hatten sich unauslöschlich in das Gedächtnis der Dame eingebrannt, genau so wie die Greueltaten der Kanadier in diesem Abschnitt der Normandielandung. Die Veteranen erzählten mir später auch über die Kriegsverbrechen der Kanadier. Diese hätten alle deutschen Gefangenen sofort erschossen, so daß es vier Wochen nach der Landung einen Befehl vom obersten amerikanischkanadischen Befehlshaber gegeben hat, die kanadischen Soldaten mögen deutsche Soldaten, die sich ergeben haben, doch nicht sofort erschießen, sondern diese doch vorher mindestens befragen!

Einige Zeitgeschichtsforscher, mit denen ich später sprach, sagten mir, die ersten kanadischen Landungswellen hätten viele Zuchthäusler/Ver-

US-Verbrechen in der Normandie

Bei ihrer Landung in der Normandie setzten sich die Anglo-Amerikaner über alle Grundsätze der Haager Landkriegsordnung und der dritten Genfer Konvention aus dem Jahre 1929 hinweg.



brecher enthalten, welchen man nach erfolgreicher Landung die Freiheit versprochen hatte. Die französischen Kameraden erzählten mir, daß die Frauen in der Normandie nach der Landung nur unter Bewachung auf die Felder gehen konnten, weil diese immer wieder von alliierten Soldaten belästigt und vergewaltigt worden seien. Die kanadischen Panzersoldaten haben den gefangenen einarmigen Oberst LUTT auf ihren Panzer gebunden, um ihn als Schutzschild zu benutzen, wobei dieser bei Beschuß umkam.«

Rolf Kosiek

Westalliierte Kriegsverbrechen gegen Kriegsende 1945

Im Zweiten Weltkrieg wurde an den Fronten im Westen im allgemeinen die Haager Landkriegsordnung beachtet, was die Behandlung der Gefangenen auf beiden Seiten betraf. Das galt jedoch nicht mehr für die letzten Wochen des Krieges, als die späteren Sieger bereits auf deutschem Boden standen und keine Vergeltungsmaßnahmen der Deutschen mehr zu befürchten brauchten. Ab etwa März 1945 ließen sich besonders die US-Truppen zahlreicher Kriegsverbrechen gegen wehrlose deutsche Verwundete und Kriegsgefangene zu schulden kommen. In vielen Fällen wurden diese nach ihrer Gefangennahme erschossen oder gar auf andere brutale Weise liquidiert. Eine Dokumentation solcher Verbrechen an Angehörigen der 17. SS-Panzer-Division Götz von Berlichingen zwischen dem Saargebiet und dem Alpenraum vom 15. März bis Mai 1945 ist von Helmut Günther in Kameraden, Nr. 4, 1998, Seite 11 f. zusammengestellt worden. Angehörigen anderer Einheiten der Wehrmacht ging es auf ihrem Rückzug gegen Kriegsende ähnlich.



Heinrich Amos (12.11.1926 in Wolfskirchen), Siegfried Oberhofer (2. 2. 1927 in Terenten), Wilhelm Stadler (k. A., in Ungarn), Willi Seidel (17. 4. 1908).

Das Internetforum forum.axishistory hat viele deutsche Soldaten aufgelistet, die nach ihrer Gefangennahme hingerichtet wurden. http://forum. axishistory.com/ viewtopic.php?f= 6&t=181226, Das Bild (aus: PERRIGAULT/ MEISTER, GÖTZ VON Berlichingen, Bd. 2, Heiomdal, Bayeux o. J.) zeigt zwei der vier jungen deutschen Grenadiere (SS-Panzer-Grenadier III. Btl. Pz.-Gren. Rgt. 38), die nach ihrer Gefangennahme am 3. April 1945 in Höchstberg nördlich von Heilbronn ermordet wurden. Sie ruhen bei der Wallfahrtskapelle in Höchstberg.

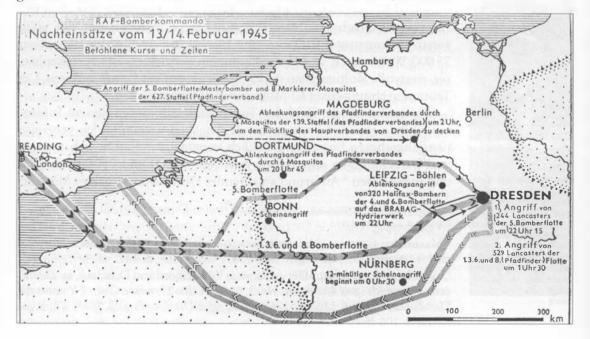
Westalliierte Verbrechen gegen Kriegsende 1945

Durch entsprechende Amnestie-Gesetze wurden bei den Siegern die Täter geschützt, und auch die US-Armee, der die meisten solcher Kriegsverbrecher angehörten, hatte kein Interesse an derartigen Aufklärungen. Zudem hatte die Bundesrepublik Deutschland im Überleitungsvertrag vom 25. Mai 1952 zugestimmt, daß alle alliierten Kriegsverbrecher der deutschen Justiz entzogen wurden. Von einer Verurteilung der Täter durch die US-Streitkräfte wurde nichts bekannt, obwohl die entsprechenden US-Einheiten bekannt sind oder leicht in den Archiven festzustellen wären. Eine Anfrage der Partei der Republikaner im Landtag von Baden-Württemberg wurde von der Landesregierung damit beantwortet, daß die Ermittlungen der Staatsanwaltschaft Heilbronn zu dem oben auch aufgeführten Massaker von Jungholzhausen, das in der Presse aufgegriffen worden war, wegen der bestehenden Rechtslage eingestellt worden seien. Im Herbst 1996 ermittelten zwar Beauftragte der Criminal Investigation Division (CID) der US-Armee gegen Angehörige der amerikanischen Streitkräfte, die 1945 deutsche Soldaten nach der Gefangennahme ermordet hatten. Zu Verurteilungen kam es jedoch unseres Wissens nicht. Hier liegen sicher Versäumnisse der Bundes- und von Landesregierungen vor, die auf die juristische Aufrollung solcher Fälle durch Übergabe entsprechenden belastenden Materials hätten dringen müssen und sich nicht durch einfachen Hinweis auf die bestehende Rechtslage hätten abspeisen lassen dürfen.

Rolf Kosiek

Am 13. Februar 1945 hatten sich in Dresden, einer der kulturell bedeutungsvollsten Städte Deutschlands, neben 600000 Einwohnern auch etwa 500 000 Flüchtlinge aufgehalten. Die bis zu diesem Datum vom Bombenkrieg weitgehend verschont gebliebene und zur Lazarettstadt erklärte Metropole verfügte über fast keine Flugabwehr oder Nachtjäger. Gegen 22 Uhr begann der erste Donnerschlag, oder Thunderclap, wie die angloamerikanischen Bomberverbände ihre Bombardements nennen sollten. Die britischen Bomber der Königlichen Luftwaffe (Royal Air Force) warfen in diesem ersten halbstündigen Angriff 3000 Sprengbomben und 400 000 Stabbrandbomben auf die Innenstadt ab. Knapp zwei Stunden später bombardierten sie Dresden mit weiteren 4500 Sprengbomben und nochmals 170000 Stabbrandbomben. Dieser Bombenteppich von Brandbomben verursachte einen verheerenden Feuersturm, der den Tod der Kunst- und Lazarettstadt einläutete. Die in rascher Folge detonierenden Sprengbomben brachten unzählige Häuser zum Einsturz. Den dritten Angriff flog ein amerikanisches Bombengeschwader am nächsten Vormittag zwischen 12 Uhr 12 und 12 Uhr 23, wobei 1500 Spreng- und 50 000 Stabbrandbomben abgeworfen wurden. Der vierte Bombenangriff fand am 15. Februar ebenfalls kurz nach 12 Uhr statt, bei dem

Karte der alliierten Nachteinsätze vom 13./14. Februar 1945.



Die Antriebskräfte des britischen Bombenkriegs auf Deutschland. Von oben: Charles PORTAL, der Chef des britischen Luftgeneralstabes, Luftmarschall Robert SAUNDBY. Churchills engster Mitarbeiter, und Oberstleutnant Maurice Smith, der den ersten Angriff auf Dresden leitete.







nochmals etwa 900 Spreng- und 50 000 Stabbrandbomben über der Stadt entladen wurden.

Zum Zeitpunkt dieser Terrorangriffe hielten sich in Dresden etwa 1,1 Millionen Menschen auf. Außer den Einwohnern und Flüchtlingen befanden sich dort auch Evakuierte aus Berlin und dem Rheinland, Kindertransporte, Kriegsgefangene und Fremdarbeiter. Die großen Flüchtlingstrecks aus Ostdeutschland, vor allem aus Schlesien, aber auch aus Ostpreußen und dem Sudetenland, hatten ihre Pferdefuhrwerke im Großen Garten und auf anderen Grünflächen Dresdens abgestellt oder sie standen noch in den Straßen und auf den Plätzen der Stadt, wo es vielfach zu Verstopfungen kam. Zehntausende andere Flüchtlinge hatten im Ausstellungspalast mit seinen riesigen Hallen, in Schulen, Sälen oder Privathäusern Unterschlupf gefunden. Kein Bunker konnte jedoch das Leben der Menschen von Dresden schützen. Schutz- und wehrlos waren sie den Terrorangriffen aus der Luft ausgesetzt. Kaum ein Flakgeschütz trat in Abwehr. Kein deutsches Flugzeug warf sich den angloamerikanischen Angreifern entgegen. Hilflos, wie Axel RODENBERGER dokumentiert, starben die Menschen eines grausamen Todes. Dresden, die Stadt zahlloser weltberühmter Bauten. Stadt der Museen und der Künste starb. Sie starb in einem Flammenmeer unerhörten Ausmaßes. sie zerschmolz in der Flammenglut und brach unter den Explosionen der Bomben in sich zusammen.² Dresden verlor, im Gegensatz zu anderen deutschen Städten, die dem Bombenterror der Alliierten ausgesetzt waren, nicht nur Stadteile, sondern das gesamte Stadtbild. Auf einer Fläche von 28 Quadratkilometern standen kaum mehr Häuser. Die völlig zerstörte Innenstadt umfaßte eine Fläche von 14 Quadratkilometern. 75 000 Wohnungen wurden vollkommen vernichtet, 143 Krankenhäuser, wertvolle Kulturstätten und Schulen gingen zur Gänze verloren. Der Trümmerschutt betrug 12 Millionen Kubikmeter.³

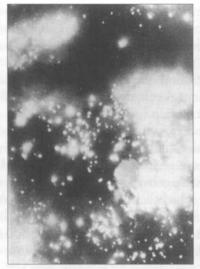
Wie groß mag die Zahl der Todesopfer sein, die in diesem Inferno umgekommen sind? Entsprechende Angaben wichen in den vergangenen Jahrzehnten bisweilen erheblich voneinander ab. Die Schätzungen und Berechnungen schwankten zwischen 35 000 und 250 000, 300 000 und mehr Toten.⁴ Aufgrund anhaltender Diskussionen, galt es Mitte der

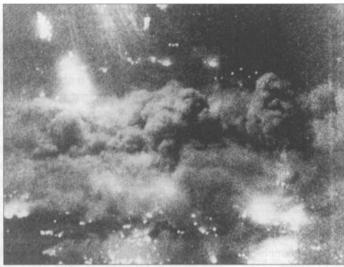
¹ Vgl. Axel RODENBERGER, Der Tod von Dresden, Dortmund 1951, S. 14.

² Vgl. ebenda, S. 10.

³ Maximilian Czesany, Nie wieder Krieg gegen die Zivilbevölkerung. Eine völkerrechtliche Untersuchung des Luftkrieges 1939–1945, Graz 1964, S. 141.

⁴ Vgl. Claus Nordbruch, »Der geleugnete Völkermord von Dresden«, in: *Deutschland in Geschichte und Gegenwart*, Nr. 3, 2012, S. 20–27, sowie Claus Nordbruch, *Der deutsche Aderlaß. Alliierte Kriegspolitik gegen Deutschland nach 1945*, Tübingen ³2012, S. 106 ff.





ersten Dekade des neuen Jahrtausends, endlich Klarheit zu schaffen aber nicht etwa aus historiographischem Pflichtbewußtsein, sondern aus politischer Korrektheit!

So glaubte Holger STARKE vom Stadtmuseum Dresden zu wissen, daß eine hohe Zahl der Luftkriegsopfer einzig und allein »rechtsextremen die RAF-Piloten aus 5 Kräften zur Relativierung der Kriegsschuld und des Holocaust« diene. Deshalb habe der Dresdner Oberbürgermeister Ingolf ROSSBERG eine, wie mehrfach hervorgehoben wurde, »unabhängige Historikerkommission«, die »unter der wissenschaftlichen Leitung« von Rolf-Dieter Mül-LER« vom Militärgeschichtlichen Forschungsamt der Bundeswehr stand, »mit einer umfassenden Untersuchung« beauftragt, die tatsächliche Opferzahl zu ermitteln.⁵ Sollte diese »Unabhängigkeit« dadurch unterstrichen werden, daß der Stadtrat am 18. Januar 2007 beschloß, das »wissenschaftlich anspruchsvolle« Projekt mit Finanzmitteln zu unterstützen? Der Stadtrat bestätigte darüber hinaus die Berufung einschlägig bekannter »Expertinnen und Experten«. Zu diesen Fachleuten⁶ zählte neben dem pensionierten Lehrer für Deutsch und Geschichte Helmut

Links: Bombeneinschläge und beginnende Flächenbrände. Rechts: Der Feuersturm, wie ihn Kilometern Höhe sahen. Beide Abbildungen: Luftaufnahmen der RAF.



Rolf-Dieter MÜLLER vom Militärgeschichtlichen Forschungsamt der Bundeswehr, Leiter der Dresdner Historiker-Kommission.

⁵ Vgl. http://www.h-net.org/reviews/showrev.php?id=26710 Auch nachzulesen bei der Antifa Dresden unter: http://dresden1302.noblogs.org/post/2008/ 12/07/die-totenzahlen-von-dresden-eine-unendliche-geschichte/

⁶ Hauptsächliche Mitarbeiter dieser Kommission waren: Rolf-Dieter MÜLLER (Potsdam/Berlin), Thomas Widera (Dresden), Thomas Kübler (Dresden), Thomas WESTFALEN (Dresden), Helmut Schnatz (Koblenz), Rüdiger Over-MANS (Freiburg), Matthias NEUTZNER (Dresden), Alexander von Plato (Stade) und Nicole Schönherr (Dresden).



Ingolf Rossberg (FDP) war von 2001 bis 2008 Oberbürgermeister von Dresden.

SCHNATZ⁷ unter anderen auch Thomas WIDERA vom Hannah-Arendt-Institut in Dresden. Der studierte Soziologe behauptete vorab, daß alle Schätzungen über die Anzahl der Todesopfer in sechsstelliger Höhe »keineswegs begründet« seien, »da sie«, so gab er sich intellektuell, »nicht konzise aus den Quellen abgeleitet« würden. Vielmehr beruhten die Zahlen »primär auf den Aussagen von Zeitzeugen, die aber keiner sorgfältigen Quellenkritik unterzogen« worden seien.⁸

Es ist ferner aufschlußreich, darüber informiert zu werden, daß Rolf-Dieter Müller, der Leiter der Kommission, offenbar »keine Skrupel vor Fälschungen hat« und zu dessen »Job« es gehöre, »die deutsche Kriegshistorie im Sinne der Lamettaträger umzulügen«. So habe Müller als Wissenschaftlicher Direktor des Militärgeschichtlichen Forschungsamtes der Bundeswehr Erfahrung in Geschichtsfälschung: Am 26. Januar 2009 berichtete *Der Spiegel*, der »Jurist Helmut Kramer habe Rolf-Dieter Müller vorgeworfen, als Gutachter der CDU/CSU« als Fälscher entlarvt worden zu sein. So auch im Falle der Terrorangriffe auf Dresden. ⁹ Das Untersuchungsergebnis dieser Kommission war denn auch vorhersehbar.

Was später von Kritikern als Gefälligkeitsgutachten bezeichnet werden sollte, wurde am 1. Oktober 2008 in einer Erklärung vorab veröffentlicht. In dem »Forschungsresultat« zur Ermittlung der Opferzahlen der Luftangriffe auf die Stadt Dresden am 13./14. Februar 1945, das umgehend von der örtlichen Antifa positiv aufgegriffen wurde, ¹⁰ heißt es unter anderen: »Im Ergebnis der Untersuchungen der Kommission sind bislang 18 000 Dresdner Luftkriegstote nachgewiesen worden, die den Luftangriffen zwischen dem 13. und 15. Februar 1945 zuzuordnen sind. Die Kommission geht von maximal 25 000 Menschen aus, die während der Februar-Luftangriffe in Dresden ums Leben gekommen sind.« Die Kommission habe »in ihren Untersuchungen keine Beweise oder belastbare Indizien dafür gefunden, daß die Zahl der bei den Luftangriffen auf Dresden im Februar 1945 getöteten Menschen – auch unter Einbeziehung nichtidentifizierter oder unbekannter Opfer – wesentlich über- oder unterhalb des angegebenen Bereichs liegen könnte.« Die Hi-

⁷ Vgl. Claus Nordbruch, »Tieffliegerangriffe in Dresden – ein »reiner Mythos«? in: Rolf Kosiek u. Olaf Rose (Hg.), *Der Große Wendig*, Bd. 5, Grabert, Tübingen 2013, S. 595 ff.

⁸ Vgl. http://www.dresden.de/media/pdf/infoblaetter/Hist_Ref_Widera.pdf
⁹ Günter Ackermann, »Geschichtsfälscher am Werk. Die wundersame Verminderung der Anzahl der Opfer – Angloamerikanische Terrorbomben auf Dresden 1945«, in: http://www.kommunisten-online.de/blackchanel/opfer_dresden.htm

 $^{^{10}\,\}mathrm{Vgl.}\,\mathrm{http://dresden1302.noblogs.org/post/2008/12/07/die-totenzahlen-vondresden-eine-unendliche-geschichte/}$

storikerkommission habe »sich sorgfältig mit allen bekannten Argumentationen auseinandergesetzt, mit denen wesentlich höhere Zahlen an Luftkriegstoten für Dresden begründet« würden.

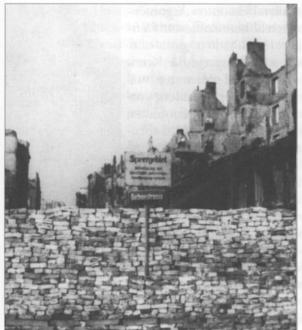
Mit der Veröffentlichung dieser Erklärung, so behauptete die Kommission ebenso wie die geneigten Massenmedien – und dies waren ausnahmslos alle –, seien »erstmals wissenschaftlich gesicherte Zahlen« vorgelegt worden. Es sei »eine seriöse Schätzung der Toten« vorgenommen worden. Die Historikerkommission habe »zu den Opfern des 13. Februar 1945 empirisch geforscht. Gründlich, mit Primärquellen und ohne ideologische Zwänge«. Das Ergebnis ihrer Arbeit sei »wissenschaftlich fundiert und deshalb zu akzeptieren«. Die nunmehr »bestätigten Zahlen« seien »eine sichere Basis«, um künftig andere »Interpretationen nicht mehr zuzulassen«. Soll das letztlich heißen, sie wären künftig von strafrechtlicher Relevanz? Eine solche als absolut aufzufassende, diktatorisch verordnete Geschichtsschreibung widerspricht dem wissenschaftlichen Ethos.

Die ersten Verlautbarungen der Landeshauptstadt Dresden nach der »Wiedervereinigung Deutschlands« widersprechen extrem den späteren ›Forschungsergebnissen (der)Historikerkommission (. In Briefen aus den Jahren 1992, 1993 und 1994 an anfragende Bürger erklärte die Landeshauptstadt immer wieder, daß die Forschungen noch nicht abgeschlossen seien, doch müsse von 250 000 bis 300 000 Toten ausgegangen werden. Es gibt allerdings auch Briefe aus der Verwaltung derselben Landeshauptstadt, in denen es heißt, nur etwa 35 000 Menschen hätten den Tod gefunden, doch sei diese Zahl »nach oben offen«. 12 Lothar GROP-PE, ehemaliger Militärpfarrer und Dozent an der Führungsakademie der Bundeswehr, machte 2004 auf einen bezeichnenden Umstand aufmerksam: »Vor mir liegt ein Brief der Landeshauptstadt Dresden, Amt für Protokoll und Auslandsbeziehungen, vom 31. Juli 1992. [Bearbeiter: Karin Mitzscherlich, Zeichen: 0016/Mi, Datum: 31.7.1992, Anm. d. Verf.] Auf die Anfrage hinsichtlich der Zahl der Toten schreibt die Sachgebietsleiterin MITZSCHERLICH,)gesicherten Angaben der Dresdner Ordnungspolizei zufolge wurden bis zum 20. März 1945 202 000 Tote, überwiegend Frauen und Kinder, geborgen. Davon konnten nur etwa 30 Prozent identifiziert werden. Einschließlich der Vermißten dürfte eine Zahl von 250000 bis 300000 Opfern realistisch sein. Entsprechende neuere Forschungen sind noch nicht abgeschlossen. Ein befreundeter Politikwissenschaftler, dem ich diese Mitteilung machte, wollte sich persönlich von der Korrektheit der Angaben überzeugen. Auf seine Nachfrage erklärte die Sachgebietsleiterin, sie dürften keine Zahlen mehr nennen.« Allein dieses Eingeständnis wirft tiefgehende Fragen auf, zumal besagte Zahlen ja nicht aus der Luft gegriffen waren, sondern sich direkt auf den Tagesbefehl Nr. 47 des Befehlshabers der Ordnungspolizei von Dres11 Peter Ufer, »Dresden braucht ein Denkmal der Namen«, in: Sächsische Zeitung, 18. 3. 2010.

12 Hans-Joachim VON LEESEN, »Hochgerechnet und heruntergelogen«, in: Junge Freiheit, 28. 2. 2003.



Lothar GROPPE.



Manche Straßen wurden zu »toten Gebieten«, in denen keine Bergungen mehr stattfanden, erklärt und abgeriegelt. In vielen Luftschutzkellern entzündeten sich die Brennstoffvorräte, so daß die Keller noch Tage nach den Angriffen nicht betreten werden konnten. Aus: Wolfgang SCHAARschмidt, Dresden, München 2005.

den vom 22. März 1945 bezogen. Über die Verluste der Zivilbevölkerung Dresdens heißt es darin: »Bis zum 20. 3. 1945 abends wurden 202 041 Tote, überwiegend Frauen und Kinder, geborgen. Es ist damit zu rechnen, daß die Zahl auf 250 000 ansteigen wird. Von den Toten konnten nur annähernd 30% identifiziert werden.«¹³

An der Echtheit dieses Dokuments besteht kein Zweifel, auch wenn die Historikerkommission das Gegenteil behauptete. Zu Recht meint diesbezüglich Günter ACKERMANN, im übrigen ein überzeugter Kommunist, daß an der Authentizität des Tagesbefehls Nr. 47 der Dresdner Ordnungspolizei vom 22. März 1945 und den hierin gemachten Angaben nicht gezweifelt werden könne: »Dieser mit der Akribie eines Bilanzbuchhalters mit deutscher Gründlichkeit verfaßte Bericht – oder wie

soll ich den Satz: ›Im Kühlhaus wurden nur 180 Faß (zu je 50 kg) vernichtet, alle anderen Bestände wurden gerettet.‹ verstehen? – basiert auf der Zählung der Bombenopfer durch die Dresdner Polizei. Wenn die Polizei damals von 202041 geborgenen Toten schreibt, so ist auch diese Zahl sehr detailgenau. Und wenn ›nur annähernd 30% identifiziert werden‹ konnten, dann sind das immerhin rund 60 600 Tote.« Tatsächlich gibt es »keinen Grund, am obigen Polizeibericht zu zweifeln. Erstellt wurde er von Leuten, die professionell solche Aufgaben hatten, der Bericht ist sehr detailgenau«. So ist die Aufzählung der Sachschäden überprüfbar und wird nicht angezweifelt. Aber ausgerechnet bei der Dokumentation »der Zahl der Toten haben die damaligen Behörden so geschlampt«, daß sie sich um das Zehnfache verrechnet haben sollen?!14

Am 30. April 1945 meldete der 1. Generalstabsoffizier des Verteidigungsbereichs Dresden, Major Eberhard MATTHES, 15 der damals die Ver-

¹³ Zitiert in: Franz Kurowski, Bomben über Dresden, Wien 2001, S. 11.

¹⁴ Günter Ackermann, »Geschichtsfälscher am Werk. Die wundersame Verminderung der Anzahl der Opfer – Angloamerikanische Terrorbomben auf Dresden 1945«, in: http://www.kommunisten-online.de/blackchanel/opfer_dresden.htm

¹⁵ In der Sekundärliteratur wird der Nachname manchmal auch mit »Mathes« angegeben. Der ehemalige Wehrmachtmajor war in der Bundeswehr und wurde zum Oberstleutnant befördert.

lustzahlen zusammenzustellen hatte, an das Führerhaupt quartier, die Zahl der Todesopfer habe sich auf 253000 erhöht. Von ihnen seien 36000 voll identifiziert, während 50000 anhand von Eheringen teilidentifiziert, dagegen 168000 in keiner Weise identifiziert werden konnten. Der Vater von MATTHES war damals als Verwaltungsdirektor Chef der Dresdner Baupolizei. Auch nach dem Krieg war er Baudezernent in Dresden. Er bestätigte die Angaben seines Sohnes. Nach 1945 seien noch viele zehntausend Leichen geborgen worden. ¹⁶

Tatsächlich können weder die 202000 noch die 253000 geborgenen Toten als die endgültige Opferzahl angenommen werden, denn es fehlt zunächst die Anzahl der Toten, welche an den Folgen des Terrorangriffes starben. Und wie viele Tote mögen gar nicht gefunden worden sein; Kinder, Frauen, Alte und verwundete Soldaten, von denen die Feuersbrunst nur noch eine Handvoll Asche übriggelassen hatte? Am 20. Februar 1999 machte ein Leserbriefschreiber aus Eisenach in der Welt just auf dieses Problem (daß unzählige Opfer überhaupt nicht in die Statistiken aufgenommen werden konnten) aufmerksam: »Der Obergärtner des Friedhofs von Dresden hat in seinem Bericht darauf hingewiesen, daß die aus den Kellern geholten verstümmelten und verbrannten Leichen, bei denen auch der Kopf verbrannt oder zerfetzt war, ebensowenig mitgezählt werden konnten wie die im Feuersturm Verbrannten, von denen nichts als ein Häufchen Asche übriggeblieben war.«

Nach den Angriffen und mit Eintritt der Verwesung der Leichen galt es, Seuchen und Epidemien zuvorkommen. Zehntausende Leichen wurden in Massengräbern bestattet. Als die Aufräumkräfte einsehen mußten, daß dies nicht ausreichte, mußten noch viel mehr Tote en masse verbrannt werden: Zu diesem Zwecke wurden riesige Roste aus Eisenträgern errichtet, auf die die Toten in mehreren Schichten aufgebahrt wurden, um sie zu verbrennen. Tag und Nacht brannten die Scheiterhaufen, auf denen

etwa 450 bis 550 Leichen gelegt wurden. Doch selbst dieses Radikalmittel verzagte angesichts der Leichenmassen. So wurden auch noch Flammenwerfer eingesetzt, um die Toten in den Kellern auszuräuchern. Maximilian CZESANY schätzt, daß insgesamt nur 50 bis höchstens 70 Prozent aller Toten geborgen werden konnten.¹⁷

Vergleicht man die Angriffe auf Hamburg im Jahre 1943 mit denen auf Dresden, wird dem zeitgenössischen Betrachter das ungeheure, von

¹⁶ Lothar GROPPE, »Genugtuung über die riesige Zahl von Toten geäußert«, in: Junge Freiheit, 13. 2. 2004.

¹⁷ Vgl. Maximilian Czesany, Nie wieder Krieg gegen die Zivilbevölkerung, aaO. (Anm. 3), S. 141.



Dresden, Bahnunterführung Jahnstraße, 4. 10. 2008, Graffiti »300000 Tote«, überschrieben durch »ANTIFA!« (Foto: Barbara Lubich)

der Historikerkommission« verniedlichte und geleugnete Ausmaß des Völkermords deutlich: Hamburg war keine Lazarett- und Flüchtlingsstadt. Obendrein war die Einwohnerzahl durch die Kinderlandverschikkung bereits deutlich vermindert. Von einer Überbevölkerung Hamburgs konnte deshalb keine Rede sein. Darüber hinaus war die Hafenstadt mit Flak geschützt und es gab eine intakte Feuerwehr. Es herrschte kein endkampfbedingtes Chaos. Trotzdem kamen in der flüchtlingsfreien Hansestadt Hamburg bei nur einem einzigen Angriff etwa 35000 Menschen um. Und in der unverteidigten, maßlos überfüllten Flüchtlingsstadt Dresden sollen bei drei Angriffen, die alle bis dahin bekannten Vorstellungen des Luftterrors sprengten, »maximal 25000« Menschen getötet worden sein?!

Auf einer Fläche von 15 km² wütete der Feuersturm. 200000 Einwohner Dresdens lebten 1944 alleine in diesem Kernbereich. Man halte sich einmal dieses Szenario vor Augen: Hunderttausende Ortsfremde irren in der brennenden Stadt umher, in der es heißer und heißer wird – bis zur Unerträglichkeit. Wo findet man noch einen Weg hinaus, wo gibt

Dresden – ohne Kommentar. Bild: Bundesarchiv.



es einen Schutzraum? Wann war es so heiß, daß der thermische Tod eintrat oder Menschen lebendig zu brennen anfingen? Es heißt, die Straßenbahnschienen wurden zu glühenden Stahlbändern. Wie groß mag da die Überlebenschance des Einzelnen gewesen sein? Sie war äußerst gering!¹⁸

Die sogenannten Forschungsergebnisse der vom politischen Establishment eingesetzten ›Historikerkommission‹ entspre-

chen nicht den historischen Tatsachen, sondern sind in ihrer Gesamtheit als politisch motiviertes Gefälligkeitsattest zu verstehen und deshalb historiographisch wertlos.

Claus Nordbruch

¹⁸ Vgl. http://www.realgeld.com/index.php?option= com_content&view= article&id=344:wahrheit-ueber-dresden&catid=110:kriegsverbrechen& Itemid=111 sowie http://www.nexusboard.net/sitemap/6365/der-alliierte-bombenholocaust-t248276-p2/

Vom 13. bis 15. Februar 1945 bombten die anglo-amerikanischen Luftstreitkräfte in vier Angriffen die Kulturstadt Dresden zurück in die Steinzeit. Mit einem todbringenden Regen aus Phosphor-, Brand- und Sprengbomben, die orkanartige Feuerstürme verursachten, wurden rund 300 000 Zivilisten, Frauen und Kinder jeglichen Alters, Verwundete und Flüchtlinge aus dem Osten des Deutschen Reiches, die mit ihren Trecks Schutz im Elbflorenz gesucht hatten, unter furchtbarsten Qualen getötet. Während die Masse dieser wehrlosen Menschen zu lebenden Fackeln entzündet, von giftigen Rauchgasen erstickt und zu Brandleichen von der Größe eine Hundes verstümmelt worden waren, wurden am 14. Februar ungezählte Opfer von amerikanischen Tieffliegern, die sie im Großen Garten und auf den Elbwiesen gnadenlos zusammenschossen. 1 So lautet ein anklagender Bericht aus dem Jahre 1959. Rund fünf Jahrzehnte später verwies eine vom Dresdener Stadtrat einberufene ›Historikerkommission² die Tieffliegerangriffe in den Bereich der Phantasie und erklärte lässig, daß solche Angriffe niemals stattgefunden hätten. Haben alliierte Jagdflugzeuge im Zuge der Zerstörung Dresdens nun flüchtende Zivilisten im Tiefflug angegriffen und mit Bordwaffen beschossen oder nicht?

Der pensionierte Lehrer für Deutsch und Geschichte, Helmut Schnatz, seines Zeichens ein als ›Expertec bezeichnetes Mitglied besagter Kommission, behauptete bereits 2000, er habe »sachkundig« belegt, »daß allierte Tieffliegerangriffe auf Dresden reine Legende« seien und »die Erzählungen von allierten Tieffliegerangriffen über Dresden nicht den Tatsachen entsprechen können und reiner Mythos« seien.³ Das erste Argument, das Schnatz, und später auch die ›Historikerkommission«, vorbringt, lautet, daß in den allierten Archiven »keine Belege für Tieffliegerangriffe auf Dresden« gefunden werden konnten. Dieses ›Argumente klingt eher wie eine Schutzbehauptung; wissenschaftliche Überzeugungskraft hat es nicht. Abgesehen davon, daß ein nicht unbedeutender Teil der alliierten Dokumente über den Zweiten Weltkrieg immer noch unter Verschluß gehalten wird, scheint für Schnatz und seine Expertenkolle-



Helmut SCHNATZ (Jahrgang 1933).

¹ Vgl. Deutsche Hochschullehrer-Zeitung, Heft 1/1959, S. 22.

² Vgl. Claus NORDBRUCH, »Historikerkommission: >25000< Opfer in Dresden«, in: Rolf Kosiek u. Olaf Rose, *Der Große Wendig*, Bd. 5, Grabert, Tübingen 2014, S. 587–594.

³ Helmut Schnatz, Tiefflieger über Dresden? Legenden und Wirklichkeit, Wien-Köln-Weimar 2000.

gen der Gedanke abwegig zu sein, daß die Alliierten über diese verbrecherische Art der Kriegführung nicht unbedingt Buch geführt haben könnten.

Pit Pieterse stellt in diesem Zusammenhang erweiternd fest, daß Tieffliegerangriffe sich sehr wohl gut in das Gedächtnis der Betroffenen eingeprägt haben, obgleich keine verläßlichen Unterlagen vorliegen würden. Während es für Tieffliegerangriffe bis 1944 jede Menge dokumentierte Fälle gebe, sei dies für 1945 nicht mehr der Fall, was kaum Verwunderung auslösen könne: Ab 1945 seien in Deutschland »Chaos und Auflösung für amtliche Aufzeichnungen bereits zu weit fortgeschritten« gewesen, »und den alliierten Tieffliegern (zum Beispiel Jagdbombern) waren Zielsuche und Bombardierung oder Beschuß vollkommen freigestellt, so daß diese Angriffe in den Operationsberichten nur sehr pauschal ohne konkrete Ortsangaben vermerkt sind«.4

Es mögen bislang keine Dokumente vorliegen, dafür sind Hunderte Zeugenaussagen dokumentiert, die die Tieffliegerangriffe schildern. In diesem Zusammenhang ist der Begriff vom Kollektiven Gedächtnise erwähnenswert. Dieser vom Soziologen Maurice HALBWACHS in den zwanziger Jahren eingeführte Begriff, der mittlerweile auch in der Geschichtswissenschaft Anwendung findet, bezeichnet eine gemeinsame, also kollektive, Gedächtnisleistung einer Gruppe von Menschen. So wie jedes Individuum zu einem Vorgang zu einem individuellen Gedächtnis fähig ist, unterstellt HALBWACHS auch einer Gruppe von Menschen eine gemeinsame Gedächtnisleistung, die die Basis für gruppenspezifisches Verhalten bilde. In diesem Sinne waren zum Beispiel im kollektiven Gedächtnis der Hamburger die verheerenden Luftangriffe der Alliierten im Sommer 1943 fest verankert, ebenso wie gegenwärtig die Anschläge auf die Türme des World Trade Center am 11. September 2001 in New York Teil des kollektiven Gedächtnisses der Einwohner von New York, ja selbst der Vereinigten Staaten, geworden sind.

Kriegsverbrechen der alliierten Siegermächte. Terroristische Bombenan griffe auf Deutschland und Europa 1939-1945, Norderstedt 2006, S. 425.

⁴ Pit PIETERSEN.

Alliierte einmotorige Begleitjäger des Typs P-51 Mustang waren bestens geeignet für Tieffliegerangriffe.



Solche Überlegungen sind für die ›Historikerkommission‹ ohne Belang. Für sie, und das ist für SCHNATZ das zweite Argument, sind die

Erinnerungen der Zeitzeugen unbedeutend, da sie seiner Meinung nach allesamt der Phantasie der damaligen Opfer entstammen. Dabei sind besagte Zeugenaussagen weder suspekt noch Einzelfälle. Hunderte von Zeugen haben berichtet, daß amerikanische Flieger im Tiefflug Zivilpersonen, Männer, Frauen und Kinder, kaltblütig beschossen haben. Und alle diese Zeitdokumente sollen mit einem Wisch in der geschichtlichen Beurteilung außer acht gelassen werden? Die hier in Rede stehenden Experten bejahen dies. Für die Historikerkommission, und insbesondere für SCHNATZ, sind die »Darstellungen, daß zusätzlich zu den Bombardierungen auch alliierte Tiefflieger unter den aus der brennenden Stadt



Opfer eines alliierten Tieffliegerangriffs.

fliehenden Menschen ein Blutbad angerichtet hätten, von eher peripherer Bedeutung. Weil entsprechende Erinnerungen aber immer wieder vorgetragen« würden, sei »die Kommission vom Dresdener Stadtrat explizit beauftragt worden, auch diese Frage erneut zu untersuchen«. Dazu seien nach mehrfachen öffentlichen Aufrufen Angaben von 270 Zeitzeuginnen und Zeitzeugen überprüft worden. Während dieser Überprüfung seien keine schlüssigen »Belege für systematischen Bordwaffenbeschuß bei den Luftangriffen vom 13. bis 14. Februar 1945 deutlich geworden«. Nachweislich (!) hätten jedoch »Luftkämpfe über Dresden stattgefunden, deren Wahrnehmung wahrscheinlich als Tieffliegerangriffe gedeutet« worden seien. »Möglicherweise« seien »sich bekämpfende deutsche und amerikanische Flugzeuge am 14. Februar als Tiefflieger wahrgenommen worden«5 – so das »wissenschaftlich fundierte« Ergebnis der »seriös forschenden Historikerkommission«,6 die mit dieser grotesken Ansicht die noch lebenden Zeitzeugen gewissermaßen für dement erklärt.

Als drittes Argument führen die Kommissionsfachleute ferner an, da keine Projektile in den Elbwiesen gefunden worden seien, gelte es als ⁵ Thilo ALEXE, »Forscher finden keine Belege für Tiefflieger«, in: Sächsische Zeitung, 18. 3. 2010.

⁶ Vgl. Peter UFER, »Dresden braucht ein Denkmal der Namen«, in: Sächsische Zeitung, 18. 3. 2010.

belegt, daß Tieffliegerangriffe nicht stattgefunden hätten. Die Erinnerungen von Zeitzeugen, denen zufolge es »während oder direkt nach den Bombenangriffen Attacken von Tieffliegern auf Zivilisten am Boden gegeben« habe, könnten damit endgültig als »sicher widerlegt« gelten. Es seien keinerlei Indizien für die vielfach »erinnerten Menschenjagden« gefunden worden.7 Was haben die Experten zu finden erwartet? Einschußlöcher? Oder Hülsen und Patronengurte ähnlich wie in Verdun? Wie wahrscheinlich mag es nach 60 Jahren sein, in einem Gebiet, das jährlich etwa einmal von Hochwasser überflutet wird, noch Schußspuren zu finden? Alteingesessene Dresdener wissen allerdings, daß man bis Anfang der sechziger Jahre im Großen Garten noch Einschüsse in den Bäumen sehen konnte.8

Wollen Forscher den Eindruck vermeiden, lediglich Gefälligkeitsgutachten zu erstellen, haben sie alle vorliegenden Indizien und Quellen in Betracht zu ziehen und diese weder zu leugnen, noch zu übergehen. Sofern es die Tieffliegerangriffe betrifft, liegen eindeutige Aussagen und Erlebnisberichte von Zeitzeugen vor. Demnach flüchteten viele Tausende Menschen, die das Inferno überlebt hatten, auf die Elbwiesen und in den Großen Garten. Hier wähnten sie sich nach dem Grauen der Nacht sicher. Es blieb den Amerikanern, genauer gesagt der 8. US-Luftflotte, vorbehalten, vielen dieser wehrlosen Verwundeten und Frauen und Kindern den Garaus zu bereiten. Am frühen Nachmittag des 14. Februar gingen etwa 200 Jagdbomber vom Typ Mustang zum Tieffliegerangriff über und eröffneten mit ihren Maschinengewehren das Feuer auf die Zivilbevölke-

David IRVING beschrieb in seiner grundlegenden und von mehreren westdeutschen Großverlagen9 immer wieder neu aufgelegten Pionierarbeit Der Untergang Dresdens (1964) den Hergang der Tieffliegerangriffe wie folgt: »Diese Bordwaffenangriffe, die offensichtlich die Aufgabe vollenden sollten, die nach den Direktiven der Luftkommandeure darin bestand, die zivile Evakuierung der Ostgebiete durcheinanderzubringen, hatten auf die Zivilbevölkerung eine unmittelbare und überwältigende Wirkung; sie erkannte, daß sie völlig hilflos war. Die amerikanischen Jäger griffen die im Süden an den Großen Garten grenzende Tiergartenstraße mit Bordwaffen an. Hier hatten die Überlebenden des berühmten Dresdener Kreuzchors Schutz gesucht. Nach Meldungen wurde hier der

⁷ Sven Felix Kellerhoff, »Zahl der Dresden-Toten viel niedriger als vermutet«, in: Die Welt, 1. 10. 2008.

⁸ Vgl. http://geschichtspuls.de/art1445-dresdner-historikerkommission-bestaetigt-maximal-25000-bombenopfer-1945

⁹ Hierzu zählt unter anderen Bertelsmann, Heyne und rororo.

Chorleiter schwer verwundet und ein Chorknabe getötet. Unter jenen, die die Maschinengewehrangriffe an den Flußufern über sich ergehen lassen mußten, befanden sich auch britische Kriegsgefangene, die aus ihren brennenden Lagern entlassen worden waren und die später die verheerende Wirkung auf die Moral der Zivilbevölkerung bestätigt haben. Überall wo Menschenkolonnen auf den Straßen nach oder aus der Stadt dahinzogen, wurden sie von lägern angegriffen und mit Maschinengewehren oder Bordkanonen beschossen. Zweifellos wurden viele Menschen in der Stadt ein Opfer dieser Bordwaffenangriffe im Tiefflug, die später ein ständiges Merkmal amerikanischer Angriffe werden sollten.«10

Die Berichte der Zeitzeugen über die Geschehnisse sind glaubwürdig und aussagefähig. Der 1932 geborene Dresdner Zeitzeuge Peter HOFF-MANN erklärte: »Die Menschen versuchten so schnell wie möglich die Stadt zu verlassen, als würden sie ahnen, daß der nächste Angriff unmittelbar bevorstand. Dessen Vorboten, Langstreckenjäger, beschossen uns mit ihren Bordkanonen, jaulten im Tiefflug über uns hinweg, wendeten über dem Blauen Wunder und kamen zurück. Meine Mutter, die Brüder, ich und hunderte Dresdner wurden am Vormittag des 14. 2. 1945 von zwei lagdflugzeugen Typ Mustang P51 D die Vogelwiese stadtauswärts gejagt. Da beide Piloten uns mehrmals angriffen, müssen sie gesehen haben, daß sie Zivilisten, Frauen und Kinder töteten. Offenbar gehörten Sie zu einer Staffel, die den Auftrag hatte den Luftraum über Dresden für den Mittagsangriff freizukämpfen. Da, sie dort keine Gegner fan-richteten ihre Maschiden, tobten sie sich an uns aus.«11

Dieter HAUBOLD zum Zeitpunkt der Tieffliegerangriffe 12 Jahre alt, erklärte im Jahre 2000: »Es ging schon auf Mittag zu, als einige Jagdbomber aus allen Rohren feuernd sich förmlich auf die Flüchtlinge stürzten. Ein Inferno brach aus. Etwa 2 bis 3 Meter vor mir sah ich einen Mann, der sich umdrehte und nach seinem Hintern sah. Doch der war weg, jedenfalls der größte Teil. Ich sah einen großen Knochen hervorstehen, doch es floß kein Blut. Dann brach er zusammen. Andere lagen schreiend am Boden, Frauen und Kinder, viele ohne Köpfe, Arme und Beine. Die Angreifer flogen so tief, daß man ihre bebrillten Köpfe in der Kanzel sah; d. h. sie mußten ebenfalls sehen, worauf sie mit ihren Bordkanonen und Maschinengewehren feuerten. So setzten die stapferen (eine

»Gerhard KÜHNEMUND berichtete: >Während wir uns ins Gras einkrallten, sah ich persönlich zumindest fünf amerikanische lagdbomber, die aus einer Höhe von 120 bis 150 Metern mit ihren Geschützen das Feuer gegen die Zivilbevölkerung eröffneten. Gisela GÜLDENER erinnerte sich: Die Flugzeuge kreisten dicht über den Baumwipfeln. Flieger schauten aus ihren Kanzeln heraus und nengewehre direkt auf uns und schossen auf Wehrlose.« Aus: Welt.online, 8. 1. 2012.

maximal-25000-bombenopfer-1945

¹⁰ David IRVING, Der Untergang Dresdens, Gütersloh 1964, S. 227. Englische Originalfassung: David IRVING, The Destruction of Dresden, London 31980, S. 194 f. 11 http://geschichtspuls.de/art1445-dresdner-historikerkommission-bestaetigt-

¹² http://geschichtspuls.de/art1445-dresdner-historikerkommission-bestaetigtmaximal-25000-bombenopfer-1945

Fliegerabwehr gab es nicht) anglo-amerikanischen Flieger ihrem nächtlichen Morden auf die friedliche Stadt Dresden noch einen drauf.«¹²

Der Zeitzeuge Egon Kunze, ehemaliger Professor an der Universität Bochum, erlebte als Fünfzehnjähriger die Tieffliegerangriffe, die er wie folgt beschrieb: »Am Nachmittag des 14. Februar 1945 war ich im Bereich der Bautzener Straße, mit Blick über die Elbwiesen zur Altstadt. Ich habe noch immer in bedrückender Erinnerung, wie nach dem Bombardement der Altstadt plötzlich viele, viele Jagdflieger – ganze Schwärme, schätzungsweise etwa 300 Jagdflieger – kamen, die sonst als Begleitflugzeuge der Bomberverbände eingesetzt waren. Sie hatten sich offenbar von diesen abgesetzt und rasten im Tiefflug über die Elbwiesen, wobei viele von ihnen gezielt auf flüchtende Menschen schossen, die sich aus der brennenden Stadt auf die Elbwiesen zu retten versuchten. Sie schossen nicht nur auf Flüchtlingsgruppen, sondern auch auf einzelne Flüchtlinge, und auch auf Gruppen - teilweise Rot-Kreuz-Gruppen -, die versuchten, Schwerverwundete durch schnellen Abtransport zu retten. Ich weiß nicht mehr, wie lange diese Tieffliegerangriffe dauerten, ich glaube etwa eine halbe Stunde, aber diese Menschenjagd war so grausam, daß ich die Zeit hierüber vergessen habe. Ich schätze, daß mehrere hundert Menschen dieser abscheulichen Menschenjagd zum Opfer fielen.«¹³

http://www. bombenkrieg.net/ Bombenkrieg%20 Grausam.htm

Auch der Historiker Franz Kurowski hat keinen Zweifel an der Authentizität der Berichte derjenigen »Augenzeugen, die dieses letzte Drama am eigenen Leibe erleben mußten. In den US-Annalen der beteiligten Luftstreitkräfte ist darüber kein Wort zu lesen, was einige Autoren zu der Schlußfolgerung verleitet hat, daß es so etwas auch nicht gegeben haben könnte«. Eine solche naive und unwissenschaftliche Einstellung weist Kurowski mit Recht zurück: »Es waren US-Flugzeuge des Typs P51 Mustang, die am Mittag des 14. Februar den Kehraus machten, im Tiefflug über die Elbwiesen zu fliegen. Hier schossen sie auf die Menschen, die dort – aller ihrer Habe beraubt – wenigstens das nackte Leben retten wollten. Nicht einmal Flüchtlingskolonnen wurden von Tieffliegerangriffen verschont. Selbst Rotkreuzwagen erlebten den Beschuß durch einen siegestrunken Pulk von Jägern, die - keine Gegenwehr befürchtend, weil es weder Flak noch deutsche Jäger in diesem Raum gab hinabstießen und ihrem Jagdtrieb nachgingen. Natürlich wurde dies von einem der beteiligten Jägerverbände vehement abgestritten. Doch die Fakten sprechen für sich.«14

¹⁴ Franz Kurowski, Bomben über Dresden, Wien 2001, S. 98 f.

Diese Tatsachen läßt Kurowski durch Zeitzeugen unzensiert zu Wort kommen; unter ihnen der Unteroffizier der Luftwaffe Gerhard Kühnemund: »Kurz nach Mittag wurden wir plötzlich und völlig unerwartet von amerikanischen Flugzeugen angegriffen. . . Unter den Menschen, die in einer einzigen Nacht alles bis auf ihr Leben verloren hatten, brach



Tieffliegerangriffe fanden nicht nur in Dresden statt.

Panik aus. Frauen und Kinder wurden von Bordwaffen und mit Bomben wahllos getötet. Es war Massenmord! Heute noch [Die Niederschrift stammt aus dem Jahre 1970, C. N.] gibt es Historiker, die behaupten, daß bei diesem Tagesangriff keine Tiefflieger eingesetzt worden seien. Diese Behauptung ist völlig falsch! Während wir uns buchstäblich in das Gras einkrallten, sah ich persönlich mindestens fünf amerikanische Jagdbomber, die aus einer Höhe zwischen 120 und 150 Meter mit ihren Bordwaffen das Feuer gegen die Zivilbevölkerung eröffneten.«¹⁵

Ebenso bestätigte Otto Sailer-Jackson, Chef des Raubtierhauses des Dresdener Zoos, Anfang der sechziger Jahre die Tieffliegerangriffe: »Etwa um die Mittagszeit zeigte sich ein tieffliegendes Flugzeug. Es kam aus dem Zentrum der völlig zerstörten Stadt. Sein Ziel war die lange Kolonne der Flüchtlinge, die sich über die Tiergartenstraße entlang nach Westen bewegte. Danach flog es so tief über den Zoo hinweg, daß es alles genau beobachten konnte und schoß auf alles, was sich noch im Tierpark bewegte.«¹⁶

Als abschließendes Beispiel sei die Aussage einer nach Dresden evakuierten Kölnerin dokumentiert, welche sie gegenüber David Irving gemacht hatte: »In unserem Verwundetentransport gab es eine regelrechte Panik. In den Krankenwagen, die mit großen Rotekreuz-Flaggen bedeckt und auf den Flanken mit Rotekreuz-Zeichen bemalt sind, liegen zahlreiche Verwundete. Als die Tiefflieger angreifen, stockt der Transport und die Verwundeten halten es in den Wagen nicht mehr aus. Sie drängten nach draußen und suchten in den Trümmern der Häuser Schutz. Vor uns steht ein offener Lastwagen, auf seiner Ladefläche liegen ebenfalls

¹⁵ Kurowski, ebenda, S. 99.

16 KUROWSKI, ebenda, S. 100.
Siehe auch Otto SAILER-JACKSON, Löwen, meine besten Freunde, Leipzig 1962. (Authentische Schilderung vom Untergang des Dresdener Zoos am 14. Februar 1945.)

¹⁷ KUROWSKI, ebenda, S. 100 f. ¹⁸ Vgl. Claus NORDBRUCH, Der deutsche Aderlaß. Alliierte Kriegspolitik gegen Deutschland nach 1945, Tübingen ³2012, S. 126 ff.

19 Björn Schuma-Cher, Die Zerstörung deutscher Städte im Luftkrieg, Graz 2008, S. 32, sowie Wolfgang Schaar-Schmidt, Dresden 1945, Graz 2009, S. 54. schwerverwundete Soldaten. Die Flieger schießen mit allen Bordwaffen auf diesen Treck des Elends. . . Und immer wieder kehren die Maschinen um, nehmen alle Wagen auf den Elbwiesen unter Feuer. Viele Menschen werden dabei getötet«. ¹⁷

Das oben von verschiedenen Zeitzeugen und Historikern beschriebene Szenario auf den Elbwiesen ist kein Einzelfall im alliierten und sowietischen Luftkrieg gegen Deutschland gewesen. Bei den Sowjets waren Tieffliegerangriffe auf Zivilisten und Sanitätsfahrzeuge mit Bordwaffen bei ihrem Einfall in Ostpreußen und an der Ostsee ebenso gängig¹⁸ wie bei den Amerikanern und oftmals auch bei den Briten im restlichen Reichsgebiet. Wer, wie die Historikerkommission, diese Art der Angriffe als »irreal«, als »Mythos« oder als »Legende« ignoriert, trägt als Wissenschaftler zumindest die Beweislast für die Richtigkeit einer solchen Behauptung. Diese Beweise werden jedoch nicht erbracht. Statt dessen stellen die als Experten bezeichneten Kommissionsmitarbeiter Theorien und Mutma-Bungen über angebliche Wahrnehmungsstörungen oder Phantastereien leidgeprüfter Menschen auf. Abgesehen von der hier auffälligen Arroganz, übersehen sie damit eine schwer zu überwindende argumentative Hürde: die Vielzahl an Zeugen und ihre im Kern übereinstimmenden, glaubwürdigen Aussagen. 19 Diese Hürde hat die Historikerkommissione nicht genommen.

Würden besagte Expertent bei anderen delikaten geschichtlichen Themen und Problemstellungen, bei denen sich die Beweisführung im besonderen und gerade auf Augenzeugenberichte und Memoiren beruft, mit einer ähnlich infamen Strategie aufwarten, wie sie es bei ihrer Arbeit über die Tieffliegerangriffe auf Dresden vom 14. Februar 1945 praktiziert haben, würden sie in den Massenmedien an den Pranger gestellt werden und eine strafrechtliche Verfolgung zumindest wegen Verunglimpfung von Toten wäre ihnen sicher.

Claus Nordbruch



Der Lokalhistoriker aus Dresden Gert Bürgel hat die Studie »Tiefflieger über Dresden« veröffentlicht, in der er sich auf 150 Zeitzeugen stützt, die alle sehr genau ihren jeweiligen Standort zur Zeit der Tieffliegerangriffe angegeben haben. Seine Schrift, die vor dem Hintergrund der Auseinandersetzung um mögliche Tieffliegerangriffe auf zivile Personen in Dresden, entstand, begründet Bürgel mit den Worten: »Die Historiker und auch geschichtspolitische Journalisten tun jeden Augenzeugen einzeln ab. Das ist wie eine Schneeflocke, die schmilzt, und dann ist sie wieder Wasser. Und ich habe einfach mal gesagt, ich mache aus den vielen Schneeklumpen mal einen Schneeball, und den presse ich zusammen, und jetzt habe ich einen Eisklumpen, den sie nicht mehr wegdiskutieren können, das ist mal so plastisch gesagt.«

Am 29. April 1945 wurde das Konzentrationslager Dachau von Soldaten des 3. Bataillons des 157. US-Infanterieregiments der 45. Thunderbirdc-Division¹ der 7. US-Armee unter Lt. Col. Felix Sparks sowie von der 42. US-Infanteriedivision Rainbowc auf ihrem Vormarsch auf München eingenommen. Dabei kam es zu einem Massaker an mehr als 500 Angehörigen der Waffen-SS nach deren Gefangennahme: ein Kriegsverbrechen der Sieger, das nie gesühnt wurde. Die Thunderbirdc-Division hatte schon, wie im Jahre 2004 herauskam, vom 12. bis 14. Oktober 1943 nach der Landung auf Sizilien an fünf verschiedenen Orten zwischen Gela und Ragusa Massaker an Kriegsgefangenen durchgeführt. Die Süddeutsche Zeitung berichtete am 24. Juni 2004 darüber.

Der damalige Colonel und spätere Medizinprofessor Dr. Howard A. Buechner, New Orleans, hat persönlich als Truppenarzt die Besetzung des KZ als Augenzeuge miterlebt. Er hat später das Buch *The Hour of the Avenger*² geschrieben, in dem er auch diesen Tag dargestellt hat. Durch ergänzende Studien hat er sein Wissen über den damaligen Vorgang erweitert und im Januar 1986 veröffentlicht. Einen ausführlichen Bericht

auf Deutsch hat Ingrid WECKERT vorgelegt.3

Obwohl Buechner eine Reihe von damals umlaufenden falschen Gerüchten über die Konzentrationslager übernommen hat, so etwa, es seien zwischen 18 und 26 Millionen Menschen in den Gaskammern der deutschen Konzentrationslager (S. 3) umgekommen, sind seine Erlebnisse als Augenzeuge bei der Einnahme des KL Dachau wohl glaubhaft.

Vor dem Lager stieß die oben zuerst genannte US-Einheit auf mehrere mit Leichen gefüllte Eisenbahnwaggons, die wahrscheinlich vom KL Buchenwald gekommen waren, und im Lager bei dem Krematorium auf weitere Leichenberge von an der im Lager herrschenden Fleckfieberund Typhusepidemie Verstorbener. Die Amerikaner mußten diese als Opfer deutscher Maßnahmen ansehen und wurden dadurch noch stär-

ker gegen die Deutschen eingenommen.

Obwohl die Wachttürme des Lagers beim Erscheinen der Amerikaner weiße Fahnen gehißt hatten, schossen die Eroberer auf die Türme, deren Mannschaften dann teilweise zurückschossen, wobei rund 30 Wachmänner getötet wurden. Der Kommandeur der SS-Einheit, die erst nach der Flucht der Wachmannschaften am Vortage aus Augsburg ins Lager gekommen war, der Leutnant Heinrich Skodzensky, wollte mit einem Vertreter des Internationalen Roten Kreuzes das Lager ordnungsgemäß an die Amerikaner übergeben. Er wurde vom amerikanischen Major bei seiner Meldung ins Gesicht gespukt, von diesem einem US-Soldaten über-

1 Die Thunderbird-Division war die einzige US-Division, die bis Ende 1941 ein Hakenkreuz als Divisionssymbol hatte. Nach Kriegsausbruch trat der Donnervogek an dessen Stelle. (Mitteilung von Jost W. SCHNEIDER, Wuppertal)). ² Howard A. BUECHNER, The Hour of the Avenger. An Eyewitness Account (Die Stunde der Rache. Ein Augenzeugenberichte), Thunderbird Press, Metairie, Louisiana 1986.

³ Ingrid WECKERT, »Dachau – Tag der Rache«, in: *Deutsch*land in Geschichte und Gegenwart, 35. Jg., 1987, Nr. 2, S. 14–20.

Exekution von SS-Bewachungstruppen durch US-Soldaten (157. Infanterieregiment der 7. US-Armee) im Kohlenhof. geben, aus dem Lager gefahren und erschossen, wie der Augenzeuge Patrick O'LEARY angab.⁴

Danach stürzten sich die Amerikaner auf alle deutschen Soldaten und erschossen die, denen sie begegneten. BUECHNER gibt dafür 122 Opfer an (S. 98).

Auch die befreiten Häftlinge tobten sich an greifbaren Wachmännern aus, wobei etwa 40 ermordet wurden. Die New York Herald Tribune titelte

am 2. Mai 1945: »Dachauer Häftlinge rächen sich an Nazi-Peinigern – SS-Leute erschlagen aufgefunden, zu Brei geschlagen, ihre Mittelfinger abgeschnitten.«⁵

Erst nach einer halben Stunde konnte Sparks die Ordnung wiederherstellen. Er ließ die überlebenden SS-Männer sowie Ärzte des Lagers, die sich ergeben hatten, noch 358 an der Zahl, abführen und bewachen. Doch als der Vorgesetzte sich entfernt hatte,schoß ein zur Bewachung eingesetzter US-Soldat auf die Gefangenen. Bis Sparks ihn vom MG weggerissen hatte, lagen 12 Opfer am Boden. (S. 98 f.)

BUECHNER selbst begab sich, als er von der Eroberung des Lagers hörte, am frühen Nachmittag dorthin. Er wurde zunächst nicht hereingelassen, da das ganze Lager abgesperrt war. Als Arzt gelang ihm schließlich der Eintritt. Bei der Fahrt durch das SS-Lager hörte er nahe den mit einem Roten Kreuz gekennzeichneten Lazarettgebäuden Maschinengewehrfeuer und ging darauf zu. Er schildert dann, was er sah: »Ich spähte um die Ecke einer Mauer in die Richtung, aus der die Schüsse kamen, und wurde Zeuge einer unvorstellbaren Szene. Lt. Bushyhead stand auf dem



Tote SS-Wachen in Dachau.

Dach eines niedrigen Gebäudes, vielleicht ein Fahrradschuppen. Neben ihm bedienten ein oder mehrere Soldaten ein 30-Kaliber Maschinenge-

⁴ Schilderung eines Augenzeugen dieser ݆bergabec, des belgischen KZ-Häftlings Albert Guerisse (alias Patrick O'Leary), in der britischen Zeitschrift *After the Battle*, Nr. 27, 1980, S. 13; zitiert von Weckert, aaO. (Anm. 3), S. 16.

⁵ Zitiert in: WECKERT, aaO. (Anm. 3), S. 17, von WEISS, Dachau und die internationale Öffentlichkeit, S. 28.

wehr. Gegenüber von diesem Gebäude war eine lange, hohe Mauer aus Zement und Backsteinen. Am Fuß dieser Mauer lagen reihenweise deutsche Soldaten, einige tot, einige sterbend, einige möglicherweise sich tot stellend. Drei oder vier Lagerinsassen in gestreifter Kleidung jeder mit einer 45-Kaliber-Pistole bewaffnet, gingen die Reihen der ca. 350 gefallenen Soldaten ab. Dabei feuerten sie automatisch eine Ladung in den Kopf jedes Soldaten, der noch zu leben schien. . . Hinter den Häftlingen, die zu Henkern geworden waren, stand eine Reihe Infanteristen, die Gewehre im Anschlag, und ein weiterer Soldat bediente ein Maschinengewehr, das auf dem Boden stand. . .

Am Ende der Reihe der toten oder sterbenden Soldaten ereignete sich ein kleines Wunder. Die Häftlinge, die den Gnadenschuß abgaben, waren noch nicht bis dahin gekommen, und einige wenige der nur verwundeten Soldaten wurden vom deutschen Sanitätspersonal auf Tragen gelegt und gemäß der Weisung eines deutschen Arztes in das nahe gelegene Hospital getragen.« (S. 86 f.)

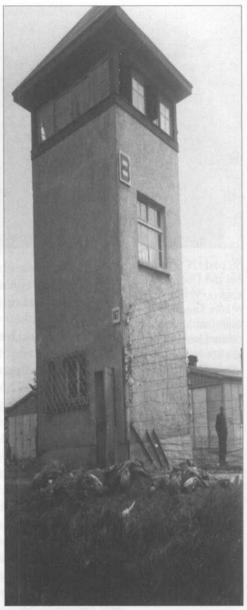
Die Zahl der Opfer jenes Tages in Dachau setzt sich nach Buechner folgendermaßen zusammen:

auf der Stelle erschossen 122, durch Häftlinge ermordet 40, erschossen durch den MG-Schützen 12, erschossen durch Lt. Bushyhead 346, insgesamt ermordet 520, gefallen während des Kampfes 30, zunächst entkommen 10,

Gesamtzahl der Todesopfer 560.

Ein kleiner Teil der zunächst entkommenen Wachmannschaften habe sich unter die Häftlinge gemischt, seien aber schließlich doch erkannt worden und dann erschlagen oder erschossen worden (S. 97), so daß diese zehn auch zu den Ermordeten zu rechnen sind.

Buechner führt in seinem Buch eine Reihe von Augenzeugen an, die ebenfalls diese Vorgänge bezeugten. Er bringt auch Fotos von dem Geschehen.



Tote SS-Angehörige am Wachturm B im Konzentrationslager Dachau.

So schreibt er in einer Fußnote (S. 87): »Wie ich erst später erfuhr, hatten die ersten Angehörigen der Kompanie I das deutsche Lazarett



(im SS-Lager) gestürmt und alle Patienten mit Tritten hinausbefördert. Nur ein deutscher Arzt und eine kleine
Gruppe Sanitäter durften zurückbleiben. Das paßt zu einer anderen Schilderung, wonach ein Teil der SS-Männer
offensichtlich kampfunfähig
war, denn sie gingen auf
Krücken. Das waren wahrscheinlich Patienten, die man
aus dem Lazarett geworfen
hatte.«

Als am selben Nachmittag höhere US-Offziere ins Lager

kamen, waren sie über das Massaker entsetzt. Da es bereits eine Reihe von Fotos gab, war ein Vorschlag, die deutschen Leichen über die ganze Fläche zu verteilen, um einen schweren Kampf vorzutäuschen, nicht mehr möglich.

Eine Untersuchung wurde eingeleitet, und danach wurde gegen vier Offiziere und fünf Soldaten Anklage erhoben, darunter Sparks, Bushyhead und Buechner. Dieser wurde ins Hauptquartier der 45. US-Infanterie-Division in München zitiert und versicherte dort, er sei erst nach dem Massaker eingetroffen, habe als Arzt nicht einschreiten können, zumal ein deutscher Arzt aufgetaucht sei, und als Unbewaffneter – was nicht stimmte – habe er nichts gegen die mordenden Häftlinge ausrichten können. In seinem Buch gibt Buechner allerdings zu, daß diese Entschuldigung nicht stimmte. Er wurde aber dadurch von der Liste der Angeklagten gestrichen.

Nachdem auch die übrigen Offiziere sich herausgeredet hatten, blieb nur noch die Anklage gegen Jack Bushyhead übrig. Daraufhin befahl General Patton, der kommandierende General der 3. US-Armee, Bushyhead und alle betroffenen Offizier zu sich und ließ sich alle Fotos und Dokumente übergeben. Dann warf er alle Dokumente und sonstige Unterlagen in einen metallenen Papierkorb und zündete den Papierstoß mit einem Feuerzeug an. Damit waren alle Anklagen erledigt und die Beschuldigten entlastet. Ein Kriegsgerichtsprozeß fand nicht mehr statt. Das Verbrechen wurde nicht gesühnt, obwohl alle Beteiligten und ihre Taten bekannt waren.

SS und US-Soldaten bei der Übergabe des Lagers. Von links: SS-Mann, Lagerkommandant Untersturmführer Heinrich WICKER (größtenteils verdeckt), der belgische Journalist Paul LEVY, Victor MAURER (mit dem Rücken zur Kamera), General LINDEN (mit Netzhelm) und andere US-Soldaten. Alle Abbildungen dieses Beitrags: Wikipedia.

Die offizielle Aussage zu diesem Vorgang lautete dann, daß ein Teil der SS-Wachen bei der Übernahme des Lagers in einem kurzen Gefecht getötet, die übrigen deutschen Soldaten gefangengenommen worden seien.

Eine besondere Tragik bei diesem Fall war es, daß rund 200 Mann der ermordeten Wachmannschaften größtenteils erst am Tage zuvor aus einem Ausbildungslager der SS-Division Wikinge bei Augsburg – zumeist Norweger, Flamen und Holländer – nach Dachau verlegt worden waren, um eine ordnungsgemäße Übergabe zu gewährleisten, nachdem die alten Wachmannschaften des KZ aus diesem geflohen waren. Die Ermordeten hatten also mit dem vorherigen Betrieb des Lagers und etwaigen Schikanen gar nichts zu tun gehabt, waren demnach völlig Unschuldige, die sich auch nicht verteidigt hatten

Unabhängig und zeitlich vor BUECHNER hatten bereits einige Erlebniszeugen zu dem Vorfall ausgesagt. So hatte ein ehemaliger Häftling schon 1946 die Ermordung der Wachen auf den Türmen beschrieben.⁷ Ein Augenzeugenbericht über die Erschießung der SS-Männer war von Ed-

gar Kuper-Koberwitz 1957 erschienen.8

1960 brachte Erich KERN in seinem Buch Das große Kesseltreiben⁹ und 1968 in seinem Werk Meineid gegen Deutschland¹⁰ die eidesstattliche Aussage eines Hans Linberger, der als schwer verwundeter SS-Oberscharführer aus dem Osten nach Dachau gekommen war und im Lazarett lag. Als er den hereinstürmenden US-Soldaten die Baracke übergeben wollte, wurde er in Gesicht geschlagen. Die im Lazarett liegenden Verwundeten wurden aus diesem hinausgejagt, ihrer Uhren, Ringe und des Geldes beraubt und in einen Hof getrieben, wo ein Maschinengewehrschütze die meisten der rund 40 SS-Männer niederschoß.

LINBERGER war in der zusammengetriebenen Menge und hatte sich bei Beginn der MG-Feuers fallengelassen. Ein schwer angeschossener Mann fiel auf ihn und verströmte sein Blut über ihn. Dann kam ein Offizier der Amerikaner mit dem Leitenden Arzt des Lazarettes, dem schwer zusammengeschlagenen Dr. Dr. Schröder, und ließ das Feuer einstellen. Dadurch blieb LINBERGER am Leben.

Im Jahre 1966 veröffentlichte Nerin E. Gun das Buch *The Day of the Americans*¹¹ mit dem oben erwähnten Augenzeugenbericht des Patrick O'LEARY. 1985 brachte die *Deutsche National-Zeitung* den Bericht eines ehemaligen Häftlings über die Erschießung der SS-Wachen. ¹² Einen weiteren Augenzeugenbericht eines ehemaligen Häftlings veröffentlichte die *Deutsche National-Zeitung* im Jahre 1985. ¹² Das britische Militärmagazin *After the Battle* widmete 1980 ein ganzes Heft dem KL Dachau mit Erwähnung der Erschießung des Leutnants SKODZENSKY und der Wachen. ¹³

Rolf Kosiek

⁶ S. HÄGELE, »Dachau«, in: Augsburger Allgemeine Zeitung, 6. 4. 1990.

⁷ K. A. GROSS, Fünf Minuten vor Zwölf, München 1946, S. 217.

> ⁸ Edgar Kupfer-Koberwitz, *Die Mächtigen und die Hilflosen*, 1957, S. 243 f.

⁹ Erich KERN, Das große Kesseltreiben, 1967.

¹⁰ Erich KERN, Meineid gegen Deutschland, K. W. Schütz, Göttingen 1968, S. 243–247.

11 Nerin E. Gun, The Day of the Americans, deutsch: Die Stunde der Amerikaner, 1968.

¹² Deutsche National-Zeitung, Januar 1985.

¹³ After the Battle, Nr. 27, 1980, S. 30– 33.

Gefangenenerschießungen von US-Soldaten im Zweiten Welttkrieg

Gekürzte Form des Beitrags »Kriegstraumata: Gefangenenerschießungen von US-Soldaten«, in: *Soldat im Volk*, Nr. 3, 2012. Während im Zweiten Weltkrieg auf dem Balkan und an der Ostfront die regelmäßige Nichteinhaltung des Kriegsrechts den Kampf meist ins Barbarische abgleiten ließ, galten die West- und Südfront als humanere Kriegsschauplätze, wobei die Franzosen dort den schlechtesten Ruf hatten. Die deutschen Landser waren erleichtert, wenn sie im Kampf gegen Briten und US-Amerikaner standen, die als faire Gegner galten. Jedoch beweisen viele Quellen, daß US-amerikanische Kriegsverbrechen häufiger vorkamen, als allgemein angenommen wird. Lange Zeit war das Thema der Kriegsverbrechen der US-Armee ein Tabu, um dem Gegensatz zwischen guten demokratischen Kräften und dem menschenverachtenden nationalsozialistischen Deutschland keine Grautöne zu geben.

Doch solches ereignete sich zum Beispiel: Am 8. Juli 1945 bestieg der US-Gefreite Bertucci nach ein paar Bier und der Ankündigung, daß etwas Spannendes passieren werde, den Wachturm eines US-Kriegsgefangenenlagers und schoß mit dem Maschinengewehr durch 30 Zelte, bevor er gestoppt werden konnte. Die Bilanz waren 9 tote und 20 verletzte deutsche Kriegsgefangene. Er begründete seine Tat damit, daß er Deutsche hasse. Dies war kein isolierter Fall, jedoch ungewöhnlich, weil der Krieg schon vorbei war.

1946 zeigte eine Studie von SWANK/MARCHAND über Kriegstraumata von US-Soldaten, daß die Kampfeinsatzdauer die Psyche und Kampfkraft des US-Soldaten stark beeinflußte. Nach 10 Tagen kam es zu einer ersten Gewöhnung an den Kampf, weitere 20 Tage erhöhten die Kampffähigkeit des Soldaten, nach rund 30 Tagen kam es zu Erschöpfungserscheinungen und Leistungseinbrüchen, nach 45 Tagen zu einer übersteigerten Selbsteinschätzung und nach weiteren 15 Tagen zu einer emotionalen Erschöpfung. Nach 60 Kampftagen benötigten 90 Prozent der GIs psychiatrische Hilfe. Nur noch aggressive Psychopathen, die nicht normal auf Tod und Töten reagierten, waren dann noch einsatzfähig. Auch diese psychologischen Faktoren beeinflußten die Neigung, Kriegsverbrechen zu verüben.

Neben der psychischen und physischen Belastung spielte auch der gesellschaftliche und kulturelle Zusammenhang eine Rolle. In der USmilitärischen Ausbildung wurde Wert darauf gelegt, aus den Zivilisten Soldaten zu machen. Auch die Vorgesetzten waren oft aus einem Beruf auf Zeit in die Armee gekommen, so daß ein gewisser ziviler Amateurcharakter die gesamte US-Armee prägte. Das Kriegsrecht spielte in der Ausbildung dadurch eine untergeordnete Rolle. So hatte nicht jeder GI

das Soldier's Handbook on the Rules of Land Warfare in der Hand, und aufgrund dessen Umfangs und der trockenen Ausführung fand es auch keine große Leserschaft. So zogen die meisten GIs mit einer bestenfalls undeutlichen Vorstellung von den Haager Konventionen in den Krieg. Hauptmann. Brogan von dem 180. Infanterieregiment machte zum Beispiel die eidesstattliche Aussage, daß weder er noch seine Männer eine Unterweisung im Kriegsrecht bekommen hatten.

Im Kampf kamen dann unterschiedliche militärische Denkweisen dazu. Viele US-Veteranen sagten, daß sie die Angewohnheit der deutschen Soldaten haßten, sich erst zu ergeben, wenn die Situation aussichtslos und die Munition verbraucht war. Wenn es dabei zu eigenen Verlusten kam, war die Neigung, keine Gefangenen zu machen, deutlich erhöht, da dieses Verhalten nicht den eigenen Vorstellungen vom Kampf entsprach und unnötige eigene Verluste kostete. Man sah in dem Verhalten ein Ausnutzen der eigenen Gutmütigkeit und dann den Versuch, sich hinter dem Kriegsrecht zu verstecken. Die meisten GIs hatten keinen Zweifel daran, daß ihr Ethos universelle Gültigkeit habe, und betrachteten Regelverletzungen als eine Böswilligkeit.

Der deutsche Landser hingegen hatte seinen eigenen Ehrenkodex, daß er sich erst in auswegsloser Lage ergab, nach effektiver Gegenwehr und heldenhaftem Kampf. Manche GIs beließen es nach der Gefangennahme bei Beschimpfungen oder bei Verübung physischer Gewalt an den Gefangenen, andere erschossen jedoch kurzerhand ihre Gefangenen, ein Verhalten, das besonders in der Endphase des Krieges zunahm.

Im Kriegstagebuch der 88. US-Division ist dazu vermerkt, daß auf sich gestellte GIs unter gefangengenommenen Landsern, die dieses Verhalten im Gefecht zeigten, generell keine Gefangenen machten. Redford CARROLL, Veteran der 99. Division, erklärte, daß, solange sich die Deutschen kampflos ergaben, alles gut war. Aber wenn sie kämpften und dabei eigene Leute töteten, dann hätten sie sich besser nicht ergeben sollen. Kaum ein Deutscher kannte jedoch diesen US-Kodex, und er entsprach auch nicht dem eigenen militärischen Ehrgefühl. Da es kaum Überlebende solcher Bestrafungen gab, wußten viele Landser nichts von den tödlichen Konsequenzen ihrer Kampfweise. Wurden bei Gefangenen amerikanische Ausrüstungsgegenstände gefunden, konnte dies, besonders wenn es Stiefel waren, tödlich enden. (John B. BABCOCK, 78. Infanteriedivision) So erinnerte sich ein Veteran der 82. Airborne, Gefreiter Brumbaugh, daß sie nahe Malmedy 1944 deutsche Gefangene machten. Diejenigen mit US-Kampfstiefeln wurden sofort erschossen, die anderen, mit US-Springerstiefeln, wurden barfuß durch den Schnee zum Gefangenen-Sammelpunkt gejagt. Es kam zu Amputationen in einem US-Feldlazarett nach der Ankunft.

Gefangenenerschießungen von US-Soldaten im Zweiten Weltkrieg

Am 28. April 1945 ergaben sich 17 junge SS-Leute in Eberstetten waffenlos den einrückenden Amerikanern. Etwa 100 m vom Dorfrand mußten die Gefangenen in die anliegenden Wiesen gehen und wurden dann nach 50 m mit Maschinenpistolen von hinten zusammengeschossen. Seit 1980 erinnert eine Gedenktafel an diesen Meuchelmord: »In den Wirren der letzten Kriegstage kamen unweit dieser Stelle 17 Soldaten auf tragische Weise ums Leben.«



Die US-Armee kam 1942 in Nordafrika zum ersten Einsatz gegen das Deutsche Reich und seine Verbündeten auf einem Kriegsschauplatz, der bereits durch Deutsche und Briten von Ritterlichkeit geprägt war. Eine Ausuferung trat an der Normandiefront ein, als die GIs auf ostfrontgestählte Landser trafen, die das unübersichtliche Gelände meisterhaft nutzten und ihnen militärisch überlegen waren. Die Härte der Kämpfe führte zu einer wachsenden Abstumpfung und auch Kaltblütigkeit gegenüber dem deutschen Gegner.

Im Verlauf von Nahkämpfen konnte ein Blutrausch entstehen. Nach der Eroberung einer Stellung erinnerte sich Morley Nelson, 10. Gebirgsdivision, an das Hochgefühl der Männer, die allesamt wie im Rausch auf den fliehenden Feind schossen. In dieser Ekstase war das Umschalten von der inneren Kampfmaschine zum Einbringen von Gefangenen manchmal eine schwierige emotionale Kehrtwende. William Foley, 302. Infanterieregiment der 94. Infanteriedivision, erinnerte sich beim Ausbruch aus einer Umklammerung an der Saar, daß er ohne Selbstkontrolle auf jeden Deutschen schoß, verwundet oder nicht, und seinen Gewehrkolben in die verhaßten Gesichter stieß mit innerer Glut. Dabei fielen auch sich ergebende Soldaten, zum Teil mit weißen Fahnen, erinnerten sich Sanitäter Charlie Keen des 517. Paramountregiments oder Angehörige der 17. Airborne.

Beweggründe für die absichtliche Tötung von Gefangenen in einer kontrollierten Situation, ohne daß eine Bedrohung von ihnen ausging, waren Rachegefühle, Haß auf Scharfschützen, zu spätes Ergeben, Eifersucht, daß der Krieg für sie vorbei sei, oder schlichtweg Faulheit, um sich den Gang nach hinten zu ersparen. Veteranen nannten aber auch die Angst vor dem Feind. Ein weiterer psychologischer Grund war auch, daß die deutschen Soldaten inzwischen gut an den Krieg angepaßt waren und so den Eindruck bei den GIs hinterließen, daß sie gern kämpften und ihn gut ertrugen. Die gefühlte eigene Belastung und Misere und der Wunsch, ins bürgerliche Leben zurückzukehren, den sie als Bürgersoldaten empfanden, führte dazu, daß sie dann die Deutschen, die ihnen das Leben im Feld erschwerten, direkt für ihr Los verantwortlich machten.

Zeigte der Gefangene zuviel Stolz oder eine empfundene Überheblichkeit, waren besonders Mannschaften manchmal geneigt, Gewalt auszuüben bis zum Mord. Standesdünkel, wie der Wunsch einiger höherer Offiziere, von gleichwertigen Gegnern gefangengenommen zu werden, führten nach kurzen Diskussionen manchmal ebenfalls schnell zu einem tödlichen Ende. Ebenso konnten eine gezeigte Führertreue, Waffenstolz oder die Zugehörigkeit zur Waffen-SS oder den Fallschirmjägern bereits ein Verhängnis sein.

Andererseits gaben viele Veteranen auch an, daß Landser immer wieder ihre Aufgabe vortäuschten und das Gefecht dann fortführten. Auch Verwundete zeigten ein solches Verhalten, besonders tödlich verwundete Gegner. Wie so etwas endete, schilderte Gefreiter Eduard WEBER, 47. Regiment der 9. Infanteriedivision: Eine Panzerbesatzung zeigte die weiße Fahne und eröffnete dann das Feuer auf die sich nähernden GIs. Nach kurzem Kampf kam es dann zu einer Gefangennahme und anschließenden Exekution der Panzerbesatzung. Auch ein junger blonder Panzersoldat, der weinte und Familienbilder zeigte, wurde nicht verschont. Im Extremfall konnte ein solches Erlebnis zu der festen Haltung der Einheit führen, nie wieder Gefangene im Kampf zu machen. Morley NELSON, C. Company, schilderte, daß bei einem solchen Vorfall ein Kamerad fiel, und ab Februar 1945 wurden keine Gefangenen mehr im Gefecht gemacht. Die Haltung entsprach einer Mischung aus Furcht vor dem hinterhältigen Gegner und der entstehenden Haltung, daß nur ein toter Deutscher sicher sei. Im Extremfall entstanden Haltungen wie die von Gefreitem PERELMAN, 232. Infanterieregiment der 42. Division, der angab, daß er es liebte, tote Deutsche zu sehen. Er sah keinen Grund darin, sich dafür zu entschuldigen und dafür, daß er sie mit Leidenschaft haßte. Morde an Gefangenen wurden in der Endphase des Krieges offener verübt, teilweise zur reinen Belustigung.

So kam es 1945 an einem Waldkrater zu einem schlimmen Vorfall, den die US-Schützenkompanie von Leutnant Paul Fussel, 410. Infanterieregiment der 103. Division, zu verantworten hatte. Im Krater befanden sich 15 bis 20 Deutsche, die deutlich ihre Ergebung angaben und große Angst zeigten. Die GIs umringten den Krater, johlten und sangen Cowboylieder und erschossen alle aus reinem Vergnügen, viele sprachen von einer tiefen Befriedigung und prahlten mit der Tat, die als agroßes Truthahnschießene traurige Bekanntheit erlangte. Die Verrohung der Soldaten und die gleichzeitige Entmenschlichung des Gegners, der zu einem gesichtslosen Feind ohne Daseinsberechtigung herabgesetzt wurde, senkte die Hemmschwelle, auch wehrlose Soldaten zu töten.

In dieser Phase der Verrohung wurde zwischen bewaffnetem und unbewaffnetem Feind nicht mehr unterschieden, selbst Nichtkämpfer waren dann in Gefahr. So nannte auch Harold BAUMGARTEN, 116. Regiment der 29. Infanteriedivision, die Erlebnisse am Strand der Normandie (D-Day) als Rechtfertigung für alle folgenden Kriegsverbrechen. Eigene Verluste reichten als Auslöser bereits aus. So wurde ein MG-Schütze an einem Autobahnabschnitt, der die Kompanie niederhielt und ihr Verluste verursachte, mit seiner Waffe erschlagen (Frank IRRGANG, 29. Infanteriedivision). Genauso mußte ein vorgeschobener Artilleriebeobachter, der von Angehörigen der 82. Airborne an seinem Koppel aufgehängt

Gefangenenerschießungen von US-Soldaten im Zweiten Weltkrieg

wurde, sterben, weil er das Feuer so präzise leitete (Ed LAUGHLIN). Manchmal mußten auch Landser für vorangegangenen Frust sterben, bloß, weil sie die falsche Uniform trugen, als zum Beispiel ein Soldat der 84. US-Division vier gefangene Soldaten für einen gefallenen Freund erschoß. Das Töten von Zufallsopfern war nur bedingt eine Befriedigung, dies führte dann in einigen Fällen zur quantitativen Steigerung der Morde (Leutnant MAGELLAS, 82. Airborne).

David Webster, 101. Airborne, erinnerte sich, daß seine Einheit ein Sanitätsfahrzeug stoppte und in Unwissenheit, daß deutsche Sanitäter eine Waffe trugen, diesen sofort erschoß. Die Verwundeten wurden dann am Wegrand einfach abgelegt.

John Babcock berichtete, daß irgendwann zum Kriegsende auch Schüsse auf Sanitäter abgefeuert wurden und Gefangene manchmal ohne Grund erschossen oder überfahren wurden, weil keine Rücksicht mehr genommen wurde.

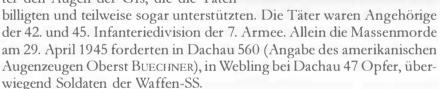
Gleichwohl gab es bis Anfang 1945 auch die Furcht vor Vergeltung durch die Deutschen, besonders die Ardennenoffensive war ein kritischer Zeitpunkt für die Moral der US-Armee. Trotz aller kampfbedingten Streßfaktoren gibt es ausreichend Hinweise und Veteranenhinweise, daß die Gefangenenerschießungen eine eigene Systematik hatten, die sich zum Kriegsende hin steigerte. Obwohl das Erschießen und Mißhandeln von Kriegsgefangenen von den höheren Stellen verboten wurde, blieb es dennoch ein inoffizielles offenes Geheimnis der Fronttruppe, daß dies regelmäßig stattfand. Veteranenmemoiren, Briefe und Interviews belegen diese Tatsache. Offizielle Dokumente gibt es allerdings kaum dazu.

Nach den Vorgängen bei Malmedy (Kampfgruppe Peiper) im Rahmen der Ardennenoffensive kam es zu einem Befehl an das 328. Infanterieregiment vom 21. Dezember 1944. Vermerkt unter Order 21 ist, daß Waffen-SS-Soldaten und Fallschirmjäger nicht gefangengenommen, sondern auf der Stelle erschossen werden sollten. In Chenogne gab der Divisionskommandeur der 11. Armored-Division den Befehl, keine Gefangenen zu machen, was zu Massenerschießungen von deutschen Gefangenen führte. Die Ereignisse von Malmedy dienten damit weniger als Beweis für die Brutalität der Waffen-SS, sondern mehr als Rechtfertigung für eine Vielzahl an eigenen Vergeltungstaten. Damit wurde eine Türe zur Verrohung aufgestoßen. So erinnerte sich Harold SMITH, 1. Division, an seinen Offizier, der die Reihe von Waffen-SS-Gefangenen ablief und abzählte »behalten«, »erschießen« usw. und dann Freiwillige aufrief, die die Tat vollbrachten.

Auch große Gefangenengruppen waren 1945 nicht mehr sicher. In seinem Buch Iron Fist beschreibt Antonio Munoz, daß beim Kampf

um Nürnberg 200 Männer des 1. Bataillon des 38. SS-Regiments erstmal in Gefangenschaft der 42. US-Division kamen und dann verschwanden. Erst 1976 wurde ein Massengrab gefunden. Die menschlichen Überreste darin wiesen mehrheitlich Exekutionsspuren auf. In dem Grab wurde auch Hauptsturmführer Kukula gefunden, der seit den Kämpfen als vermißt galt. Im Gefechtsbericht der 45. US-Division wurde die Liquidierung von 200 Feindsoldaten in einem Tunnel im Kampfraum Nürnberg erwähnt.

Beim Anblick der Leichenberge im KZ Dachau entlud sich der Haß an allen greifbaren SS-Männern, die allerdings in der Mehrzahl genesende Soldaten von der Ostfront im Lazarett der angebauten Kaserne oder Soldaten der 5. SS-Panzergrenadierdivision waren, die das Lager nur sicherten, nachdem die Lagerwachen untergetaucht waren. So folgten mehrere Massenmorde an den wehrlosen Soldaten, mit Hunderten von Toten, aufgrund der stigmatisierten Uniform, die auch von den Häftlingen mitverübt wurden, teilweise mit bloßen Händen und Schaufeln und unter den Augen der GIs, die die Taten



Auch taktische Überlegungen konnten Gefangenenerschießungen zur Folge haben. Als William Foleys Einheit bei Schomerich von der 6. SS-Gebirgsdivision eingekesselt wurde und die Versorgungslage sich zuspitzte, entschloß man sich kurzerhand, die gefangenen SS-Männer zu erschießen. Irwin Shapiro, 8. Armored Division, erinnerte sich bei einem anderen Vorfall, daß ein plötzlicher heftiger Angriff der Deutschen einen schnellen Rückzug notwendig machte. Dieser war mit den Gefangenen nicht möglich. Sein Feldwebel ging ruhig auf die Gefangenen zu, hielt jedem einzelnen die Pistole ins Gesicht und erschoß sie.

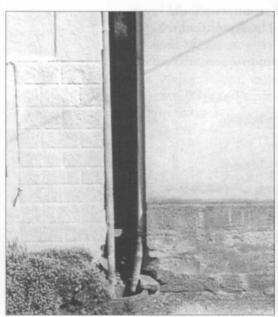
John IRWIN, 3. Armored Division, sagte aus, daß viele Gefangene den Ablauf im Hauptquartier durcheinander brachten, so daß besonders beim Angriff schnell Versorgungsprobleme entstehen konnten. Ebenso schwächten Gefangeneneskorten die Kampfkraft der Einheit. So konn-



Das Massaker von Webling bei Dachau wird in der englischen Literatur als »incident« (Zwischenfall) hingestellt. Eindeutig ist zu erkennen, daß die Soldaten der Waffen-SS vor der Übergabe ihre Gewehre auf der Böschung niedergelegt hatten. Dann wurden sie von Soldaten der 42. US-Division ermordet und verscharrt.

te ein Gefangener schnell zu einer ungewollten Bürde werden, und Freilassen war keine Option. Also entschied man sich, die Gefangenen zu erschießen (Raymond Smith, 10. Armored Division).

Gefangene mußten zu Sammelpunkten begleitet werden, die meist mehrere Meilen entfernt waren. Vom Kampf erschöpfte Soldaten emp-



In Lampoldshausen, Ortsteil von Hardthausen am Kocher im Osten des Landkreises Heilbronn, wurden zwischen dem 10. und dem 13. April 1945 13 deutsche Soldaten nach der Gefangennahme erschossen darunter der SS-Schütze Theodor SAUTER, der in diese Häuserspalte hineingestoßen und dann erschossen wurde.

fanden dies oft als eine undankbare Aufgabe. Dadurch hatten sie wenig Geduld, wenn die POWs ihnen ihre Aufgabe erschwerten. So kam es auch zur Tötung von Verletzten, die das Tempo nicht halten konnten (Italien, Eric SEVAREID). Dirk PETERS, 8. Armored Division, erinnerte sich an einen Vorfall, bei dem nur die Hälfte der Gefangenen ankam. Manchmal beschwerten sich auch Offiziere, daß zu viele Gefangene ankamen, weil sie zuviel Arbeit machten. So antwortete ein Soldat, der einen einzigen Gefangenen brachte, darauf, daß er sich ja Mühe gab, denn er lief schließlich mit sechs los (War Journal, J. Glenn GRAY).

Auch wenn das Terrain schwierig war, wie die Berglandschaft an der Gotenlinie in Italien, ersparten sich viele Soldaten die mühselige Kletterei und brachten die Gefangenen wortwörtlich um die Eckes, sagte Thomas ISABEL, 1. Ar-

mored Division. Bei der Schlacht im Hürtgenwald war die Gefangenenüberführung gefährlich durch Tretminen, verwirrendes Terrain und umher fliegende Baumsplitter durch Granatbeschuß. Eskortieren bedeutete, sich zweimal der Gefahr auszusetzen: einmal auf dem Hinweg und dann auf dem Rückweg. So gingen viele GIs lieber nur ein Stück von der Einheit weg, um die Gefangenen zu entsorgen (Aussage von Veteranen des 22. Infanterieregiments, 4. Infanteriedivision). Auch in den Ardennen erinnerten sich Veteranen an solche Taten (Douglas VINK, 6. Armored Division).

Solange die Tat nicht vor allzu vielen unbeteiligten Zeugen begangen wurde, brauchten die Täter kaum eine Bestrafung zu befürchten. Die gängige und akzeptierte Ausrede bei Nachforschungen war, daß ein Fluchtversuch vereitelt wurde. Nach dem öffentlich gewordenen Biscari-Massaker leitete Oberstleutnant Perry, 45. Division, die Untersuchung gegen Hauptmann Compton und dessen Kameraden vom 180. Infanterieregiment, 45. Division, ein. Compton begründete die Tat damit, daß Verwundete und Sanitäter von Scharfschützen beschossen wurden. Er sagte, daß die ihm gezeigten 36 Gefangenen, die teilweise in Zivil waren,

eindeutig die schuldigen Scharfschützen waren, und keine regulären Gefangenen. Deswegen ließ er sie erschießen. Mit Bezug auf Pattons Ansprache an die 45. Division in Nordafrika sagte Compton, daß die Rede die Aufforderung enthielt, Gefangene zu erschießen. Mehrere Kameraden bestätigten dies, und da keine Niederschrift der Rede existierte und die Angelegenheit nicht ausreichend geklärt werden konnte, endete sie mit Freispruch für Hauptmann Compton. In der Jury saßen ausschließlich Offiziere aus Comptons Division, die während der ganzen Verhandlung zur Nachsicht mit ihrem Kameraden neigten. Auch Pattons Rede wurde als strafmildernd für die Angeklagten bewertet.

General Eisenhower ordnete nach dem Krieg, am 18. Juli 1945, an, daß die Offiziere aller Einheiten, die auf dem europäischen Kriegsschauplatz dienten, eine Untersuchung einleiten sollten, um mögliche Kriegsverbrechen zu ermitteln, um das Ansehen der US-Streitkräfte zu bestätigen. Er bezog sich ausdrücklich auf die Unfähigkeit des Deutschen Reiches nach dem Ersten Weltkrieg, die Kriegsverbrechen der eigenen Soldaten zu verfolgen und zu ahnden. Die Richter MICKELWAIT und DEKKER stellten nach der Untersuchung abschließend fest, daß es vereinzelte Vorkommnisse gab, deren Ursachen in der Natur des Krieges lagen, die durch Soldatenerzählungen aber maßlos übertrieben und übersteigert wurden. So lag der Deckel des Vergessens über den Geschehnissen, die um ein Vielfaches umfangreicher waren, als es der Abschlußbericht darlegte.

Der Hinweis, daß der Krieg in Europa deutlich sauberer geführt wurde als im Pazifik, wo Kriegsverbrechen von beiden Seiten an der Tagesordnung waren, ist irreführend, da diese Aussage wenig über das tatsächliche Ausmaß an Gefangenenerschießungen in Europa aussagt. Wichtig ist auch die Feststellung, daß US-Gefangenenerschießungen bereits stattfanden, bevor es nennenswerte deutsche Kriegsverbrechen an GIs gab. Sie waren daher keine Reaktion auf deutsche Kriegsverbrechen an US-Soldaten.

Die Erlebnisse der Gefangenenerschießungen wirkten sich mit Sicherheit traumatisierend auf die überlebenden Landser aus, und wenn auch die Überlebenschancen an der Ostfront geringer waren, so war es doch auch ein Würfeln mit dem Tod, sich im richtigen Zeitpunkt den richtigen Männern der US-Armee zu ergeben. Das Sicherheitsgefühl der deutschen Soldaten an der Westfront konnte damit auch schnell zur Fehleinschätzung werden. Viele der Taten kamen durch die Zivilbevölkerung ans Licht, die Zeugen der Taten oder des Tatorts wurde und die Leichen oft ordentlich bestattete, aber manches trauriges Landserschicksal wird für immer im Nebel des Krieges verschwunden bleiben. Sicherlich lief die Mehrzahl der Gefangennahmen korrekt ab, aber die Gefahr stieg

Zollhaus Erching: Hier geriet am 15. 3. 1945 ein Spähtrupp der 3./Pi in Gefangenschaft. Als UScha Schütz Angaben über seine Einheit verweigerte, bekam er mehrere Pistolenschüsse in Arme und Beine, an denen er verstarb. *Quelle:* Augenzeuge UScha Schuster, 3./PiBtl 17.

Buchenbusch: Am 15. 3. 1945 sahen Lt Waren und Lt Bradshaw angebliche tote Deutsche liegen. Als einer, offensichtlich nur verwundet, mit den Augen blinzelte, wurde er von Lt Waren erschossen. Am gleichen Tag erschoß er noch einen Deutschen, der sich bereits ergeben hatte. *Quelle:* Eigene Aussage Lt Waren, 7. US-Rgt.

Bliesbrücker Berge: Am 15. 3. 1945 beobachtete Rttf Hugsdorf vom slG-Zug 13./38, wie ein Nachrichtenmann beim Flicken einer Leitung die Hände hob und auf englisch rief: »Ich ergebe mich!« Trotzdem wurde er von einem Amerikaner erschossen. *Quelle*: Augenzeuge Rttf Hugsdorf, 13./38.

Tiefenbach: Ostern 1945 wurde auf einer Wiese hinter dem Ziegler-Hof ein UScha »nach Art von Wildwest« nach der Gefangennahme erschossen. *Quelle:* Uwe Jaco-BI, *Das Kriegsende.*

Höchstberg: Am Osterdienstag 1945 wurden drei namentlich bekannte Soldaten durch das Dorf geführt und kurz darauf erschossen. Quelle: Dorfbewohner von Höchstberg.

Herbolzheim: Am 4. 4. 1945 sollte ein gefangener Soldat ein Ami-Kfz putzen. Als er sich weigerte, wurde er erschossen. Beim Friedhof zwischen Hof Lamminger und Henninger lagen sieben Mann mit Kopfschuß, die nach der Gefangennahme erschossen wurden. *Quelle:* Adolf Eckert, Herbolzheim, und weitere Einwohner.

Kressbach: Am 8. 4. 1945 wurden sechs gefangene SS-Männer in einem Schuppen des Bauern Schuh durch Genickschuß getötet. *Quelle:* Augenzeuge Lehrer Spahmann, Kressbach.

Stuppach: Nach den Kampfhandlungen am 6. 4. 1945 wurde festgestellt, daß etwa 30 Gefangene mit Draht gefesselt waren, eingeschlagene Schädel und Kopfschüsse aufwiesen. *Quelle:* Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge und Bürgermeisteramt Stuppach vom 2. 7. 1952.

Willenbacher Hof: Am 10. 4. 1945 meldete Hauptmann Breuer im offenen Funkspruch an die GvB, daß am gleichen Tag von den Amerikanern ca. 10–20 verwundete SS-Männer nach der Gefangennahme erschossen wurden. *Quelle:* Augenzeuge Hptm. Breuer, von der 10. VGD zur GvB versetzt.

Lampoldshausen: Zwischen dem 10. u. 13. 4. 1945 wurden im Ort 13 Soldaten nach der Gefangennahme erschossen. Neben dem Haus Ott ein Soldat (Theodor Sauter). In der Scheune Rosenberger verhörten die Amisc drei versprengte Soldaten und erschossen sie anschließend im Riedle. Am 13. 4. verhörten die Amis in der Scheune Beck sechs Gefangene und erschossen sie anschließend im Waldstück Fuchsberg. Drei versprengte Soldaten erschossen sie auf dem Gaisberg bei Karl Förch. Quelle: Bürgermeister und Pfarrer, Einwohner und Unterlagen des Suchdienstes.

Wolpertshausen: Nach den Kampfhandlungen am 9. 4. wurde ein SS-Mann in die Grosssche Scheune geführt und dort erschossen. Einige Amerikaner zwangen Frauen in die Grosssche Wohnung und vergewaltigten diese dort. *Quelle:* Augenzeuge Bürgermeister Keller.

Helmut GÜNTHER, SS-Untersturmführer in der Götz von Berlichingen und Verfasser zahlreicher Bücher, hat 1998 für die Zeitschrift RA (Ausgabe 4) Kriegsverbrechen der US-Army an Wehrmachtsoldaten in Südwestdeutschland im April 1945 zusammengestellt. Und er meint: »Es erscheint befremdlich, daß Deutschland sich über ein halbes Jahrhundert nach Kriegsende noch immer juristisch die Hände binden läßt, was die Kriegsverbrechen der Alliierten angeht. Noch befremdlicher ist, daß man freiwillig darauf verzichtet, mögliche Spielräume auszunützen.«

Waldhausen: Nach Aussagen von Einwohnern wurden am 11. 4. 1945 zehn Soldaten erschossen. Die Pfarrer von Langenelz und Oberneudorf sollen zugegen gewesen sein. *Quelle:* Einwohner von Waldhausen.

Schwabbach: Anfang April 1945 mußten drei Mann (eine MG-Bedienung) vor dem Giebel eines Hauses eine Grube ausheben, sich hineinstellen und wurden erschossen. *Quelle:* Augenzeuge OSchtz Gruchot, 11./37.

Hermersberg: Nach dem Kampf bei Hermersberg am 11. 4. 1945 fand man ca. 15 tote Soldaten mit Drahtschlingen um den Hals. Ein Augenzeuge erzählt, daß sich einige Soldaten ihre Gräber selbst schaufeln mußten, bevor sie erschossen bzw. erschlagen wurden. *Quelle: Heilbronner Stimme* vom 30. 4. 1985, Bekanntmachung der Stadt Niedernhall. Nr. 46 v. 14. 11. 1980.

Jungholzhausen: Am 15. 4. 1945 besetzte die K-Kompanie des 254. US-InfRgt das kleine Dorf über dem Kochertal. 15 Pioniere wurden von den unerwartet einmarschierenden Amerikanern überrascht und gefangengenommen. Ohne langes Fragen ordneten die US-Soldaten sie der SS zu; eine Waffen-SS-Einheit hatte ihren Gefechtsstand in der Nähe. Die Soldaten wurden geschlagen und mißhandelt, schließlich bei Einbruch der Dunkelheit zu einer Betonmauer geführt und von hinten niedergeschossen. Einige überlebten, weil sie sich tot stellten und versteckten. Die Berichte der ersten Überlebenden, die sich wieder zu eigenen Teilen durchgeschlagen und im nächsten Kompaniegefechtsstand gemeldet hatten, stießen zunächst auf Unglauben: »Amerikaner tun so etwas nicht«, war die erste Reaktion eines Offiziers. *Quelle:* Lokalzeitung vom 30. 4. 1985 und Historiker Blumenstock.

Nürnberg: Der Kampf in und um Nürnberg dauerte vom 17. bis 22. 4. 1945. Nach Aussagen von Zeitzeugen wurden gefangene deutsche Soldaten umgebracht. Da dies an verschiedenen Stellen in der Stadt geschah, kann die genaue Anzahl nicht festgestellt werden. Bekannt ist, daß ca. 200 Tote nach Bensheim gebracht und dort beerdigt wurden. Das dazu eingesetzte Gräberkommando stellte fest, daß eine große Anzahl Toter zertrümmerte Schädel oder Schüsse im Hinterkopf hatten. *Quelle:* Friedhofsunterlagen in Bensheim, Feststellungen von Suchdienstbearbeitern.

Nürnberg: Der Rentner Josef Suter beobachtete am 18. 4. von seinem Fenster aus, wie auf dem israelitischen Friedhof SS-Soldaten, die vorher in der Lederer-Brauerei gefangengenommen worden waren, in den Friedhof geführt und dort erschossen wurden. Leider gibt er keine genaue Zahl an. *Quelle*: Polizeiprotokoll vom 13. 12. 1945 in Nürnberg.

Pfaffenhofen: 17. April 1945. Die Amerikaner ließen die Gefangenen vor ihren Panzern hergehen. Am Ortsausgang schossen sie sämtliche Soldaten nieder. *Quelle:* Schreiben der Gemeinde Eberstetten v. 24. 11. 1959 und die *Regensburger Woche* vom 23. 8. 1956.

Webling: Am 29. April 1945 erschossen US-Soldaten den Hofbesitzer Furtmayer und 17 SS-Männer. Später wurde festgestellt, daß es sich um 43 Soldaten gehandelt hat. *Quelle:* Die englische Zeitschrift *After the Battle,* Nr. 27/1980.

Oberpframmern: Am 1. 5. 1945 gerieten acht versprengte SS-Männer und Gendarmeriebeamte aus Glonn in Gefangenschaft. Am Ortsrand hoben sie auf Befehl eines angetrunkenen US-Offiziers Gruben aus und wurden anschließend mit Genickschuß getötet. *Quelle:* Der evangelische Geistliche Dr. Wilhelm FELDNER. Vorgang liegt unter Az.: 9250/6 21 109/65 beim Bundesminister der Justiz.

Die Angaben stammen aus dem Buch: Helmut GÜNTHER, Die Sturmflut und das Ende, Bd. 3, Schild-Verlag, München ²2000. Siehe auch: Max WIND U. Helmut GÜNTHER (Hg.), Kriegstagebuch. 17. SS-Panzergrenadier-Division Götz von Berlichingen«. 30. Oktober 1943 bis 6. Mai 1945, Schild-Verlag, München 1993.

zum Kriegsende hin deutlich an und steigerte sich in Regelmäßigkeit und Willkür bis zur Kapitulation der Wehrmacht. Die menschenunwürdigen Lebensbedingungen der deutschen POWs in den Rheinwiesenlagern waren ein trauriger Schlußpunkt dieses Kapitels.

Die erschütternden Schilderungen sind nur ein Teil aus der umfangreichen und quellenreichen Diplomarbeit des US-Soldaten J. M. HARRIS, American Soldiers and POW killings in the European Theatre of World War 2, Texas State University San Marcos, 2009, die als Grundlage für diesen Artikel dienten. Dennoch kann auch seine Arbeit nur einen kleinen Ausschnitt der damaligen Geschehnisse darstellen. Man kann dem Autor für die offene und mutige Aufarbeitung dieses dunklen Kapitels nur danken. Eine Folgerung aus den Geschehnissen ist, daß die Unterscheidung zwischen Gut und Böse nicht einfach eine Frage der Uniform ist, die der Soldat trug. Dieser Beitrag möchte die Opfer vor dem Vergessen bewahren

Oliver Keller

US-Truppen morden und plündern in Ilshofen

In den letzten Wochen des Zweiten Weltkriegs, als die Alliierten keine Vergeltungsmaßnahmen von seiten der deutschen Wehrmacht mehr zu fürchten brauchten, kam es in Deutschland zu vielfachen Verstößen der US-Soldaten gegen das Kriegsvölkerrecht. Insbesondere wurden entwaffnete und damit wehrlose deutsche Gefangene erschossen. Solch ein Verbrechen ereignete sich auch in Ilshofen im Kreis Schwäbisch Hall im nördlichen Württemberg. In dem Heimatbuch der Stadt, heißt es in einem von Charlotte Boin zur Ortschronik verfaßten Erlebnisbericht:

»Nur ganz langsam und sehr vorsichtig fuhren die amerikanischen Panzer (am 7. April 1945, R. K.) in Ilshofen ein und hatten gegen 15.15 Uhr das ganze Städtchen in Besitz genommen. Ein Teil von ihnen hatte es auf der Umgehungsstraße umfahren, die Ortsausgänge nach Hörlebach und Rudelsdorf gesichert und die Mergentheimer Volkssturmmänner sowie deutsche Wehrmachtangehörige, die eben noch den Versuch machten zu entweichen, gefangen genommen. . .

Auf dem Marktplatz mußten sämtliche Gefangenen ihre Brieftaschen, Soldbücher und was sie sonst noch bei sich trugen, wegwerfen und wurden in den Sitzungssaal hineingepreßt. Dort standen sie Körper an Körper eine Nacht und einen Tag, und keiner konnte sich rühren.

Im Laufe des Nachmittags durchforschten die Amerikaner jede Scheune. jeden Hof und jedes Haus nach deutschen Wehrmachtangehörigen und wehrfähigen Männern. Besonders schlimm verfuhren sie mit Angehörigen der Waffen-SS, unter anderem fanden sie im Hofraum des Gasthauses Weihbrecht und in einer Scheune im Hohk SS-Männer, die sich sofort mit dem Gesicht zur Wand stellen mußten und dann nach langem quälenden Warten einen schlecht gezielten Genickschuß erhielten, so daß sie noch einige Stunden lang wimmernd am Boden lagen. Wer hilfreich zu ihnen treten wollte, wurde von den Amerikanern mit vorgehaltener Waffe weggetrieben. . .

In der Nacht drangen die Amerikaner in viele Häuser ein, um dort zu schlafen und ihre Mahlzeiten zu verzehren. Die Bewohner der Häuser hatten diese sofort zu verlassen, niemand kümmerte sich darum, wo sie diese Nacht zubringen würden. Teilweise wurde es ihnen am anderen Morgen gestattet, ihre Küchen zu benützen, in denen die Einmarschierten in den meisten Fällen so greulich gehaust hatten, daß es unmöglich ist, es an dieser Stelle näher zu beschreiben. Ebenso waren die Wohnund Schlafzimmerböden sowie die Einrichtungsgegenstände zum Teil auf die schlimmste Weise beschmutzt worden. Von den Besitzern vergessene Wertgegenstände waren verschwunden. . .

¹ Ilshofen. Kleine Stadt an der großen Straße, S. 361–366. Das Buch erschien 1989 zum 650. Stadtjubiläum.



US-Truppen morden und plündern in Ilshofen

Am Morgen des 8. April wurden die Bewohner von Ilshofen zum Lesen einer schriftlichen Erklärung aufgefordert, die am Rathaus angeschlagen worden war. In großen Buchstaben stand hier geschrieben: »Wir kommen nicht als Unterdrücker, wir kommen als Befreier.«...

Eine Stunde später hatte der Amtsdiener zu verkünden, daß sämtliche Foto-Apparate, Feldstecher, Lupen, dazu alle vorhandenen Waffen und Munition bei einem amerikanischen Offizier im Gasthof ›Zur Post‹ abgegeben werden sollten. Sobald sich aber eine Person mit den genannten Gegenständen auf der Straße zeigte, waren schon genug Soldaten um sie geschart, die diese Gegenstände an sich nahmen.«

Als am 8. April deutsche Einheiten sich näherten, wurde von den Amerikanern angeordnet: »Die ganze Zivilbevölkerung hatte sich auf die Dachböden zu begeben und durfte diese nur vormittags von 9 bis 11 Uhr und nachmittags von 5 bis 7 Uhr verlassen, um das Vieh zu versorgen und Mahlzeiten zuzubereiten. . . Ein Funkspruch an alle deutschen Werfer- und Artilleriestellungen, die im Begriff waren, Ilshofen anzugreifen, wurde durchgegeben und hierin mitgeteilt, daß die Bevölkerung von Ilshofen als erste unter einem deutschen Beschuß leiden müsse, da sie sich Tag und Nacht auf dem Dachboden befinde. . .

Zwei Ilshofener Bürger, Herr Textilkaufmann HENRICH und Herr Schreinermeister Melber wurden, weil man in ihren Häusern zufällig Parteiakten gefunden hatte, (am 10. April beim Abrücken) von den Amerikanern mitgenommen und als ›Kugelfang‹ auf den vorderen Teil von Panzern gesetzt. . .

Hinter der schon erwähnten Hecke des Schmidtschen Gartens, im Feldweg zwischen diesem Garten und der Sparkasse, bot sich ein unvergeßliches, schauerliches Bild: Hier sah man 16 tote SS-Männer, gleich einer Kette aneinander gereiht, liegen. Alle Anzeichen wiesen darauf hin, daß diese nicht im Kampf gefallen, sondern als Gefangene erschossen worden waren. Einzelne von ihnen trugen außerdem noch Stichwunden und Spuren von Kolbenhieben. Dies führte zu der Annahme, daß bei ihnen bei der Erschießung der Tod nicht sofort eingetreten und nun auf diese Weise herbeigeführt worden war. Auch im Garten Schmidt und im Garten der Sparkasse fand man tote deutsche Soldaten. Siebenundzwanzig Gefallene wurden in einem Massengrab auf dem hiesigen Friedhof beigesetzt.«

Die Schuldigen an diesen Kriegsverbrechen wurden nie zur Rechenschaft gezogen, geschweige denn bestraft, obwohl deren Einheit bekannt war. Den Siegern war eben alles erlaubt. Nur deutsche Soldaten, denen Kriegsverbrechen meist unberechtigt vorgeworfen wurden, wurden und werden seit mehr als 65 Jahren von deutschen Staatsanwälten aufgespürt, von den Medien vorverurteilt und unter dem Druck der Öffentlichkeit unter offensichtlicher Beugung des Rechts verurteilt. Rolf Kosiek

Engländern prügeln für Wahrheit 1945

Die Engländer sind für ihre seine englische Arts bekannt. Sie folterten und töteten Wehrlose 1945 zwar wohl zahlenmäßig weniger als die anderen Alliierten, aber Grausamkeit gegen Gefangene kam auch oft genug vor. Es genügt schon, wenn die deutschen Gefangenen nicht die ihnen vorgesetzte Kriegspropaganda als historische Wahrheit annehmen wollten. Ein Beispiel von einem Erlebniszeugen dafür sei nachfolgend wiedergegeben.

H. Schindler aus Saarbrücken, schrieb in einem Leserbrief in der

National-Zeitung.1

»Ich befand mich s. Zt. in englischer Gefangenschaft in Kiel. Der englische Lagerkommandant hatte angeordnet, daß kompanieweise der englische Film KZ Bergen besucht werden mußte. Vom Kapitänleutnant bis zum letzten Lord mußte alles teilnehmen. Streng bewacht von englischer Militärpolizei mit der Maschinenpistole im Anschlag, mußten wir uns die manipulierte Filmgeschichte ansehen. Dann erschien plötzlich ein Streifen aus der Deutschen Wochenschau Katyn. Fast alle kannten diese Szene, auffällig die internationale Kommission, darunter der Mann mit dem weißen Mantel. Auch diese Szene wurde als deutsches Verbrechen hingestellt. Jetzt flippte ein Marinegefreiter aus und monierte die Szene mit den Worten alles Lüges. Und jetzt begann die sfeine englische Arts: Mit Bambusknüppeln fielen 6-7 Militärpolizisten über den Mann her und schlugen ihn total zusammen. Auch englische Offiziere konnten es sich nicht verkneifen, mit Reitgerten über das Opfer herzufallen. Wer einen Film von HITCHCOCK sieht, muß dabei denkens, sonst fällt er einer Lüge zum Opfer.«

Was den letzten Satz betrifft, so ist daran zu erinnern, daß der Gruselund Psycho-Filmer HITCHCOCK 1945 als Regisseur der alliierten KZ-Filme angeheuert wurde und diese rachmännisch herstellte. Der Film wurde Gefangenen in den Lagern sowie auch Gruppen der Bevölkerung vor-

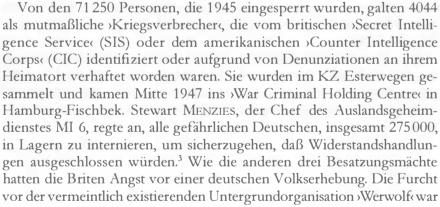
geführt.2

Rolf Kosiek

¹ H. Schindler, in National-Zeitung, 3. 2. 1984.

 $^{^2}$ Vgl. Rolf Kosiek u. Olaf Rose,
 Der Große Wendig, Bd. 4, Grabert, Tübingen 2 2012, S. 710 f.

Von den vier Besatzungsmächten auf deutschem Boden wurden zwischen 1945 und 1949 fast 500 000 Zivilpersonen interniert. Es waren alle Berufe und Altersstufen betroffen. Wer der NSDAP oder einer ihrer Organisationen oder Verbände angehört hatte, mußte damit rechnen, abgeholt und eingesperrt zu werden. In der britischen Besatzungszone befanden sich von 1945 bis 1949 insgesamt 90 000 Personen in den Internierungslagern. Es gab neun Sammellager: Nr. 1 Neumünster/Ratzeburg mit 10 600 Internierten, darunter etwa 500 Frauen, Nr. 2 Sandbostel für bis zu 10000 Internierte, Nr. 3 Fallingbostel für 8609 SS-Angehörige, Nr. 4 Recklinghausen für 4000 Internierte, das bis November 1945 mit 8765 Personen überbelegt war, Nr. 5 Paderborn mit 6341 Personen und mit einer Höchstzahl von 9000 Insassen im Dezember 1945, davon zirka 700 Frauen, Nr. 6 Neuengamme mit einem Höchststand von fast 8000 Internierten, Nr. 7a Hemer für 3600 Internierte, Nr. 7b Eselheide mit 8885 Internierten, Nr. 8 Westertimke für bis zu 4000 Internierte, Nr. 9 Esterwegen mit einer Kapazität von 2500 Insassen.¹ Viele Gefangene warteten mehr als ein Jahr, bis sie verhört wurden. Erst nachdem im Nürnberger Prozeß gegen die Hauptkriegsverbrecher (festgelegt worden war, welche der nationalsozialistischen Organisationen und Verbände als verbrecherische galten, konnten die Angehörigen der nicht betroffenen Organisationen und Verbände wie Hitler-Jugend, SA, NSKK und NS-Frauenschaft entlassen werden.²





Stewart MENZIES.

¹ Heiner Wember, Umerziehung im Lager. Internierung und Bestrafung von Nationalsozialisten in der britischen Besatzungszone Deutschlands, Essen 1991, S. 50 f.

² Wember, ebenda, S. 91 ff.

³ Focus, 4, 2013, S. 46.

besonders groß. Die Kriegsverbrecher und vermutlichen Rädelsführer unter den Militärs suchten die Briten unter den 700000 Angehörigen der Wehrmacht und der Waffen-SS, die am Kriegsende in britische Gefangenschaft geraten waren.

Den Kriegsgefangenen wurde der völkerrechtliche Status von Soldaten entzogen, und die Zivilisten wurden wie Kriminelle behandelt. Beim Zentraljustizamt Hamburg ging am 19. November 1947 ein Schreiben der Rechtsabteilung des britischen Internierungslagers Eselsheide ein. Dort waren rund 4000 Männer ohne Rechtsgrundlage eingesperrt. Sie warteten auf ihre Verhandlung vor dem Spruchgericht. Die meisten waren in ihrer bisherigen Haft nicht einmal vernommen worden. In dem Schreiben waren die Erlebnisberichte der Internierten zusammengetragen. Unter Punkt fünf (Mißhandlungen und besondere Roheitsakte) waren folgende Stichworte genannt: Stockhiebe, Knüppelschläge, Fußtritte, Faustschläge, Puffe, Boxschläge in die Augen, Kolbenstöße, Ohrfeigen, Bedrohung mit dem Bajonett, Bajonettstiche, Laufschritt mit schwerem Gepäck, Steinwürfe auf Notdurft verrichtende Gefangene, Knien auf spitzen Steinen, Einklemmen der Daumen, Prügel, über die Korridore auf allen Vieren laufen oder auf dem Bauch kriechen. Tiere nachahmen, gegenseitiges Frisieren mit urin-

getränkten Besen, Ausdrücken brennender Zigaretten auf Gesicht, Hals und Brust, Auflecken von Speichel und Urin vom Fußboden, Herausschlagen von Zahnprothesen und Goldzähnen, stundenlanges Warten auf die Verrichtung der Notdurft, Erledigung der Notdurft in vorgeschriebener Zeit, Waschen und Rasieren in zwei bis drei Minuten mit einer stumpfen Rasierklinge, Verbot des Paketempfangs, Nachrichtensperre auch bei Todesfällen und schweren Erkrankungen von Familienangehörigen, Verbot des Postverkehrs usw.⁴

In Großbritannien verstörten solche Nachrichten die Presse, die Kirchen und die Abgeordneten beider Häuser. Man zog Vergleiche zu dem, was man von den deutschen Konzentrationslagern gehört hatte, und stellte wenig Unterschiede fest. Besonders empörte, daß viele Gefangene wie in den KZ ohne Anklage einsaßen und nicht wußten, wann und ob



Konzentrationslager Esterwegen in der britischen Besatzungszone. Es wurde von kanadischen Soldaten bewacht.

⁴ Ekkehard ZIMMERMANN, Staub soll er fressen. Die Internierungslager in den Westzonen Deutschlands 1945–1949, Frankfurt/M. 2007, S. 82 f.

sie je entlassen würden. Der schärfste Kritiker der Internierungspolitik war der anglikanische Bischof von Chichester, George BELL. Auch der jüdische Publizist Viktor Gollancz war empört über die Lebensumstände in den Internierungslagern. Am 26. Mai 1946 veröffentlichte er im *Observer* einen Artikel über die katastrophalen Zustände, die dort herrschten. Andere Tageszeitungen folgten. Zu dieser Zeit befanden sich noch etwa 40 000 Deutsche in Haft. Gollancz warnte, daß die Barbareien der Nationalsozialisten durch Hinweise auf die Verbrechen der Alliierten relativiert werden könnten, und forderte die Herstellung menschenwürdiger Zustände in den britischen Internierungslagern.⁵

⁵ Wember, aaO. (Anm. 1), S. 215 ff.

Was für die Internierungslager galt, galt erst recht für die Verhörlager (interrogation camts) der Armee.

In Bad Nenndorf war das Verhörzentrum für die Männer und Frauen, die leugneten, was ihnen vorgeworfen wurde. Dort wollte man sie mit allen Mitteln zu Geständnissen bringen.

Das Lager wurde im August 1945 im städtischen Badehaus eingerichtet. Das Kurgelände um das Wincklerbad mit allen umliegenden Hotels und Pensionen im Umfang von 25 Hektar wurde mit einem vier Meter hohen Stacheldrahtzaun umgeben und zum militärischen Sperrgebiet erklärt. In den Badestuben wurden die Installationen bis auf die Kacheln entfernt und Gefängniszellen eingebaut. Als Außenlager des Combined Services Detailed Interrogation Centre (CSDIC) unterstand es unmittelbar dem Kriegsministerium in London. Es war von der Außenwelt völlig abgeriegelt und wurde auch vor dem Internationalen Roten Kreuz geheimgehalten. Das britische Personal im Umfang von 700 Frauen und Männern stand unter dem Befehl von Oberstleutnant Robin STEPHENS, 45, der wegen seines Monokels im rechten Auge Tin eye Stephense genannt wurde. Er gehörte zur Peshawar-Division der Indian Army, die vor dem Krieg Angst und Schrecken in der indischen Zivilbe-

Das Wincklerbad in Bad Nenndorf.



völkerung verbreitet hatte. Während des Krieges leitete er das Verhörzentrum für deutsche Spione Camp 020 in Surrey, dessen Akten noch nicht ausgewertet sind.⁶

In Bad Nenndorf wurden die Personen besonders eindringlich befragt, die als Sicherheitsrisiko galten. Unter diese Kategorie fielen 372 Männer und 44 Frauen. Zu ihnen gehörten z. B. der Chef des SS-Wirtschaftverwaltungs-Hauptamtes Oswald Pohl, der Goebbels-Mitarbeiter Kurt Parbel, der Spion Horst Kropkow und die Fliegerin Hanna REITSCH. Die Befragungsmethoden, die gegenüber den Verdächtigen angewandt wurden, widersprachen nicht nur den Geboten der Menschlichkeit, sie waren grausam, barbarisch, teuflisch. Das Wachpersonal hatte freie Hand. Es durfte tun und lassen, was ihm beliebte, um die Häftlinge mürbe zu machen. Es war jedem Wächter erlaubt, »to illtreat a prisoner to his desires«.7 Die Inhaftierten wurden psychisch und physisch fertiggemacht, bis sie gestanden, was man ihnen vorwarf. Man zeigte ihnen die Wirkung der Folterwerkzeuge, die angeblich aus dem Gestapogefängnis Neuengamme bei Hamburg stammten, z. B. Daumenschrauben, Geißeln und Schlagstöcke. Sie wurden beschimpft, geprügelt, ausgepeitscht und danach systematisch am Schlafen gehindert, indem sie mit auf dem Rücken gefesselten Händen in den Zellen auf und ab zu gehen hatten, bis sie zusammenbrachen. Mit kaltem Wasser übergossen, wurden sie erneut verhört. Es gab einen Kellerraum, in dem die Beschuldigten stundenlang in kaltem Wasser stehen mußten. Dann begann ein neues Verhör. Sie wurden in den Zellen extremen Temperaturen ausgesetzt: Im Winter wechselten Temperaturen unter Null mit Hitze bei aufgedrehten Heizungen ohne Lüftung. An anderen Gefangenen nahm man Scheinexekutionen vor, um sie in der Todesangst zum Sprechen zu bringen. Eine gängige Folter war, daß die Vernehmenden Zigaretten auf der Haut der Befragten ausdrückten oder daß sie, wie es der Film Bengali gezeigt hatte, Streichhölzer unter die Fingernägel der Verdächtigten trieben.8 Gelegentlich band man zwei Häftlinge nackt Rücken an Rücken zusammen und setzte sie der Winterkälte aus, bis sie steif waren. Die Wege im Gefängnis, z. B. zu und von den Verhören, mußten im Laufschritt zurückgelegt werden. Das Wachpersonal durfte die Gefangenen dabei behindern, ihnen ein Bein stellen, auf sie einschlagen und ihnen alles antun, was sie zermürbte und was wehtat. Bei den Verhören wurden Pressionen für die Angehörigen angedroht, wenn die vorbereiteten Geständnisse nicht unterschrieben würden. Man sagte ihnen, daß sie das Leben ihrer Frauen und Kinder aufs Spiel setzten, wenn sie nicht zur Kooperation bereit seien. Man gab ihnen nichts zu essen und zu trinken, um den Widerstandswillen zu brechen. Der 1,85 m große SS-Scharführer Gerhard MENZEL wog nur noch 49 Kilo, als er zusammenbrach.9

6 www.mi5.gov.uk/ output/ Page246.html

⁷ Insight. The News behind the News 165 vom Januar 2009, S. 4.

⁸ Richard TÜNGEL u. Hans Rudolf BERNDORFF, Auf dem Bauche sollst du kriechen. . Deutschland unter den Besatzungsmächten, Hamburg 1958, S. 318 f.

> ⁹ Focus, 4, 2013, S. 46.

Die kriminellen Bewacher, die aus Strafeinheiten kamen, durften ihren Sadismus ausleben. Sie brauchten keine Bestrafungen zu fürchten. Im al-



Nach den Folterungen kam Gerhard MENZEL in ein Lazarett bei Paderborn, Ein Arzt beschrieb ihn in einem medizinischen Bericht als »lebendes Skelett«. Foto: bei Focus (aaO., Anm. 9) abgedruckt. Die Zeitschrift Focus entdeckte fünf Fotos von Gerhard MENZEL im Britischen Nationalarchiv unter der Registratur-Nummer FO 1030/280.

koholisierten Zustand waren sie besonders haltlos. In der Silvesternacht 1946 stürzten sie volltrunken in einige Zellen und traten die Gefangenen hemmungslos zusammen, ohne sich um die übel Zugerichteten zu kümmern und ihr flehentliches Schreien zu beachten. Die Mitgefangenen in den Nachbarzellen zitterten um ihr Leben.¹⁰

Einer der Häftlinge, der SS-Mann ABELING, wurde schon bei der Einlieferung umgebracht. Um den Mord zu verschleiern, wurde er unter dem Namen John WHITE als britischer Unteroffizier mit militärischen Ehren begraben. Der Grabstein existiert noch heute auf dem Soldatenfriedhof in Bad Nenndorf.¹¹

Viele Gefolterte aus dem Lager Nenndorf wurden, bevor sie starben, als halb verhungerte Gerippe in die Krankenhäuser der Umgebung eingeliefert, die meisten in das Hospital von Rotenburg an der Wümme. Zwei von ihnen, Walter BERGMANN, 20, und Franz ÖSTERREICHER, 38, starben unmittelbar nach der Einlieferung. Die Fotos, die von ihnen gemacht wurden, werden im britischen

Kriegsministerium verwahrt. Ein anderer Gefolterter, der fast zu Tode kam, war der spätere *Spiegel*-Redakteur Dr. Horst MAHNKE. Er wurde am 22. April 1946 bewußtlos und halb verhungert mit Erfrierungen an den Füßen und Phlegmonen am ganzen Körper ins Krankenhaus gebracht, nachdem ihn Angehörige des SIS (Secret Intelligence Services) drei Monate lang in die Zange genommen hatten.¹²

Als die Terrormethoden im Laufe des Jahres 1947 nicht mehr zu verheimlichen waren, wurde gegen den Lagerkommandanten Robin Stephens, seinen Stellvertreter William Langham und den Lagerarzt John Stewart Smith ermittelt und im Jahr darauf Anklage wegen Gefangenenmißhandlung erhoben. Die Anklage hatte der Major James Morgan-Jones ins Rollen gebracht, der das Krankenhaus in Rotenburg inspizierte und dort auf die Opfer der Greuelbehandlung gestoßen war. Die Ermittlungen führte der Inspektor Hayward von der britischen Kriminalpolizei. Der Prozeß, der in London *in camera* abgehalten wurde, endete mit Freisprüchen. Lediglich der Arzt mußte die Armee verlassen. Frank Pakenham, der spätere

¹⁰ Focus, ebenda, S. 48.

¹¹ insight 165 vom Januar 2009, S. 5.

¹² ZIMMERMANN, aaO. (Anm. 4), S. 37.

¹³ www.mi5.gov.uk/output/Page246.html

Lord LONGFORD, hatte den Mut zu sagen, daß die Briten die gleichen Praktiken anwandten wie die SS in den Konzentrationslagern.¹⁴

Nach der Auflösung des Lagers Bad Nenndorf wurden die Befragungen in Gütersloh unter den gleichen Bedingungen weitergeführt. Dort errichteten die Briten ein Verhörzentrum für dreißig Männer und zehn Frauen. Die meisten Opfer waren Leute, die man der Spionage für die

Sowjetunion verdächtigte.¹⁵

Im Rahmen seiner Untersuchungen über Völkerrechtsverstöße der britischen Armee im Irakkrieg und in Afghanistan stieß der investigative Journalist der Zeitung *The Guardian*, Ian Cobain auf die Dossiers über Bad Nenndorf im britischen War Office. Dabei kam der Bericht des Kriminalinspektors Hayward zutage, der mit der Untersuchung beauftragt worden war, als 1947 gegen die Lagerleitung ermittelt wurde. Im Dezember 2005 veröffentlichte die Zeitung einen Artikel über die bei den Verhören in Bad Nenndorf umgekommenen Franz Österreicher und Walter Bergmann. Das Gesamtergebnis seiner Recherchen veröffentliche Cobain in seinem Buch *Cruel Britannia*. A Secret History of Torture, das 2012 bei Portobello Books erschien. Es wurde von der deutschen und britischen Presse weitgehend verschwiegen. Den Autor nannten die Kollegen einen Nestbeschmutzer. 16

Auch in einem Londoner Villenviertel gab es bis Juli 1947 eine Dienststelle, in der die zur Auskunfterteilung Eingelieferten »strengen Verhören« ausgesetzt waren. Die Einrichung war schon im Krieg in Betrieb. Es sollen 3000 Personen gewesen sein, die dort über Wochen festgehalten und vernommen wurden. Zu den Befragungsmethoden gehörten wie in Bad Nenndorf Schlafentzug, Hunger, Hitze- und Kältewechsel, Stehen auf einem Bein, Androhung medizinischer Eingriffe, Elektroschocks und Prügel. Die Zeitung *The Guardian* deckte das Geheimnis erst fünfzig Jahre später auf.¹⁷

Nach der Besetzung des KZ Bergen-Belsen gingen die Briten mit dem dort in Gefangenschaft geratenen Wachpersonal genauso brutal um wie mit den Häftlingen in Bad Nenndorf. 77 Männer und Frauen fielen in ihre Hand. Sie waren nicht geflohen, weil ihnen von den Briten freier Abzug nach der Übergabe des Lagers versprochen worden war. Davon war nach dem Einzug der Briten am 15. April 1945 keine Rede mehr. Alle Deutschen mußten bei der Bergung der Typhustoten in Massengräbern helfen. Bei den Befragungen wollte man von den SS-Männern unter allen Umständen das Geständnis bekommen, daß sie KZ-Häftlinge ermordet hätten. Fast alle waren von ihrer Gefangennahme bis zum Prozeßbeginn im September 1945 schlimmsten Mißhandlungen ausgesetzt. 45 Frauen und Männer hatten sich schließlich vor einem britischen Militärgericht zu verantworten. Acht Männer und drei Frauen wurden beim ersten Belsen-Prozeß zum Tode verurteilt und hingerichtet.

14 »Torture Camp«, in: The Guardian vom 17. 12. 2005; www.spiegel.de/panorama.de
 15 Giles MACDONOGH, After the Reich. From the Fall of Vienna to the Berlin Airlift, London 2007, S. 415.

¹⁶ Focus, 4, 2013, S. 47.

17 Journal of Historical Review 2005,
www.ihr.org Siehe:
Rolf Kosiek u.
Olaf Rose,
Der Große Wendig,
Bd. 4, Grabert,
Tübingen ²2012,
S. 575–585.

Der britische Journalist Leonard O. MOSLEY kam im April 1945 nach Bergen-Belsen. In »Report from Germany«, das wenige Wochen später im Verlag V. Gollancz erschien, berichtete er, was er erlebte:

»Die britischen Soldaten verprügelten die SS-Wachen und befahlen ihnen, die Leichen zu sammeln. . . Wenn einer von ihnen vor Erschöpfung umfiel, wurde er mit dem Gewehrkolben geschlagen. Wenn einer eine Pause machen wollte, wurde er unter Schimpfen und Gejohle mit den Füßen getreten oder mit dem Bajonett gestoßen, bis er wieder weitermachte. Wenn einer zu fliehen versuchte oder einen Befehl nicht befolgte, wurde er erschossen. . . Die Strafen waren in der besten Nazi-Tradition und wenige von ihnen überlebten.«¹⁸

¹⁸ Montgomery Belgion, *Victor's Justice*, Hinsdale 1949, S. 80.

Alan Moorehead, Korrespondent des Daily Express, war ein paar Tage später als Mosley in Bergen-Belsen. Er berichtete: »Als wir uns den Zellen mit den SS-Wachen näherten, sagte der [begleitende] Hauptmann: »Wir hatten heute morgen eine Befragung. Es wird sich Ihnen kein schöner Anblick bieten. . . Ein Feldwebel öffnete die erste Tür und schlug sie mit einem Donnerschlag nach hinten. Dann ging er in die Zelle voraus, trug einen metallenen Spieß vor sich her und schrie: ›Aufstehen! Aufstehen! Aufstehen, ihr dreckigen Schweine! Es lag ein halbes Dutzend Männer auf dem Boden. Ein oder zwei konnten sich sogleich erheben. Der Mann, der mir am nächsten war, hatte ein blutbespritztes Hemd an und sein Gesicht war blutverschmiert. Er machte zwei Versuche, auf die Knie zu kommen, bis es ihm gelang, langsam aufzustehen. Er stand da mit halbausgestreckten Armen und zitterte am ganzen Leib. ›Aufstehen!« schrie der Feldwebel. Schließlich standen sie alle auf ihren Füßen, stützten sich aber an die Wand. Weg von der Wand! befahl er. Sie traten vor und standen schwankend im Raum. Im Unterschied zu den Frauen [die vorher besucht worden waren] schauten sie uns nicht an, sondern starrten mit leerem Blick vor sich hin. In einer anderen Zelle hatte der englische Militärarzt soeben eine Vernehmung beendet. ›Los!« schrie der Sergeant, ›Steh auf!« Der SS-Mann lag in seinem Blut auf dem Boden. . . Er kroch an einen Stuhl heran, legte die Arme auf den Sitz und schob sich mühsam halb in die Höhe. Noch ein Schub: Er war auf den Füßen und warf uns flehend die Arme entgegen. >Warum macht Ihr mich nicht tot? (keuchte er mühsam. >Warum macht Ihr mich nicht ganz tot? Ich kann nicht mehr. . . < - > Das sagt er uns schon den ganzen Morgen, der dreckige Bastarde, grinste der Sergeant.«19

¹⁹ The European, März 1954.

Unter solchen Umständen unterschrieben die Gefolterten schließlich, was man von ihnen hören wollte. Sie beschuldigten sich und ihre Mitgefangenen, Verbrechen begangen zu haben, die sie nie begangen hatten. Aufgrund der erzwungenen Geständnisse wurden mehrere von ihnen bei den Kriegsverbrecherprozessen in Hamburg, Lüneburg, Rastatt, Dachau von alliierten Militärgerichten zum Tode verurteilt. Franz W. Seidler

Die Erschießungen von Oberpframmern

Die Haager Landkriegsordnung verbietet das Erschießen von Kriegsgefangenen. In den letzten Wochen des Zweiten Weltkrieges haben auch die Westalliierten – die Russen haben sich sowieso nie an dieses Kriegsgesetz gehalten – an vielen Stellen gerade gefangengenommene deutsche Soldaten, denen sie nichts vorwerfen konnten, erschossen oder gar erschlagen. Diese Kriegsverbrechen wurden, obwohl die Täter namentlich bekannt waren, nicht gesühnt

Ein bezeichnendes Beispiel, wie es Anfang Mai an vielen Orten geschah, ereignete sich in dem Dorf Oberpframmern in Oberbayern, rund 15 km südöstlich von München. Im Freiwilligen wird darüber berichtet:¹

»Kurz vor der Kapitulation, im Verlauf des 1. Mai 1945, wurden in Oberpframmern/Obb. 5 versprengte Soldaten der Waffen-SS und 3 Dienst tuende Gendarmeriebeamte des Polizeipostens Glonn von amerikanischen Soldaten der Regenbogendivision gefangengenommen und danach am selben Tag erschossen.

Das Kommando der Amerikaner führte ein Sergeant. Gefechtsstande war die Gaststube vom Alten Wirte. In Oberpframmern befanden sich keine deutschen Truppen. Weit und breit war kein Schuß gefallen. Als die Amerikaner noch nicht im Dorf waren, ereichte Leopold Weber, ein Wiener, zu Pferd auf der Suche nach seinem Truppenteil den Ort. Er war völlig erschöpft. In der Bäckerei Grasberger wurde er verpflegt. Weil die feindliche Truppe jeden Augenblick eintreffen konnte, bot man ihm Zivilkleider an und riet ihm, sich zu verstecken. Das lehnte er ab. In dem Augenblick, als er wieder weiterziehen wollte, erschienen die Amerikaner und nahmen ihn gefangen. Man brachte ihn auf den Hof der Gaststätte Alter Wirte. Dort mußte er nach leidvoller Begrüßungszeremoniec zum Amüsement der Sieger auf einer brennenden Hakenkreuzfahne herumtrampeln. Nachdem die versammelten Befreiere ihren Spaß gehabt hatten, führten sie ihn an den Ortsrand und erschossen kaltblütig den Wehrlosen.

Während des Tages wurden noch weitere 7 Gefangene zum Gefechtsstand der Amerikaner gebracht. Dort standen sie auf dem Hof, Gesicht gegen die Wand der Kegelbahn und die Hände auf dem Kopf. Sie durften nicht sprechen und erhielten keine Verpflegung. Unterdessen suchten die Besatzer nach weiteren Versprengten (und Wertsachen, wie Kameras, Uhren etc.). Soldaten fanden sie keine, doch wurden ihnen jetzt vermutlich die 7 Gefangenen lästig, weil diese doch bewacht werden mußten. Daher faßte man den Entschluß, sich der wehrlosen Krautse zu entledigen. Gegen Abend mußte Baumeister Huber (landwirtsch. Bau-

¹ AR, »Wehe den Wehrlosen!« in: *Der Freiwillige*, Nr. 5, 1991, S. 8.

Die Erschießungen von Oberpframmen

meister beim Alten Wirt, Oberpframmern) 7 Schaufeln stellen, die den Gefangenen ausgehändigt wurden. Die Hilflosen, gedemütigt, verlassen und geschlagen, wurden zum Ortsrand getrieben und mußten dort ihr eigenes Grab schaufeln. Nach Angabe eines Zeitzeugen sind sie dann allem Anschein nach durch Genickschuß ermordet worden und lagen am nächsten Morgen noch unbeerdigt in ihren flachen Mulden. Nach vorläufiger Beerdigung in den provisorischen Gräbern wurden sie Pfingsten 1945 in dem Friedhof von Oberpframmern beigesetzt. Der Meister der Gendarmerie FRANK wurde in seine Heimat Glonn überführt.

Seine Tochter berichtet:

»Am 1. Mai erhielt mein Vater den Anruf einer Bäuerin mit der Bitte um Hilfe gegen aufsässige Fremdarbeiter. Als sich mein Vater verabschiedete, bat ihn meine Mutter zu bleiben, denn die Amerikaner seien schon südlich von München. Die letzten Worte meines Vaters waren: Wenn mein Sohn irgendwo am Eismeer kämpft, kann ich doch kein Feigling sein!

Nach Tagen erfuhren wir dann von seinem grausamen Schicksal. Mit meinen Händen grub ich ihn aus dem Grab. Auf einem Karren brachte ich meinen Vater nach Hause.«

Die Erschossenen waren:

SS-Rottenführer Josef Bigos, geb. 1923 in Emilienhütte (Pommern), SS-Sturmmann Ludwig Herder, geb. 1926 in Harksheide (Schleswig-Holstein),

SS-Sturmmann Leopold WEBER, geb. 1926 in Wien-Kierling,

SS-Sturmmann Bruno SCHNUR, geb. 10. 6. 1926 in Waren-Müritz,

SS-Mann unbekannt,

Gendarmerieobermeister Martin Frank, Glonn,

Oberleutnant der Gendarmerie Max HINZ,

Leutnant der Gendarmerie Heinrich HEMMER, geb. 13. 3. 1898 in Reifenberg, Kr. Eschwege.

Die Gemeinde pflegt die Grabstätte und hat 1963 an der Erschießungsstelle ein Marterl aus Stein errichtet. Darauf steht:

»Den Toten zur Ehre

Den Lebenden zur Mahnung.

Unschuldig wurden am 1. Mai 1945 an dieser Stelle 8 kriegsgefangene deutsche Soldaten erschossen.«

Rolf Kosiek

Tschechen morden bei Spindelmühl

Ab Anfang Mai 1945 verübten tschechische Banden und Milizionäre zahlreiche Massaker mit Zigtausenden Opfer an den Deutschen im Sudetenland. Veranlaßt auch durch die verbrecherische Aufhetzung durch die selbst ernannte tschechische Exilregierung unter Eduard BENESCH in London gegen Kriegsende, geschahen ab Mai 1945 die entsetzlichen Massenmorde an Zivilisten in Prag und Aussig oder beim Brünner Todesmarsch. Daneben gab es viele einzelne Massaker im ganzen Land, bei denen zahlreiche Sudetendeutsche auf oft bestialische Weise getötet wurden. So wurden 32 alteingesessene Bürger in Spindelmühl ermordet, weil sie Deutsche waren. In dem Bergstädtchen Schwarzental, nur rund 12 km von Spindelmühl entfernt, wurden 25 deutsche Männer gefoltert und ermordet. Darunter befand sich auch der Schulleiter der dortigen Volksschule, der Oberlehrer Julius GALL. Dieser hatte keiner NS-Organisation angehört, mußte aber sterben, weil er als deutscher Lehrer in einer deutschen Schule deutsche Kinder unterrichtet hatte.²

Diese schrecklichen Ausschreitungen hatten mit einer »ordnungsgemäßen Überführung deutscher Bevölkerungsteile« – so die Überschrift des entsprechenden Abschnitts XIII der Potsdamer Protokolls der Sieger vom 2. August 1945 – und mit der von ihnen geforderten »ordnungsgemäßen und humanen Weise« nichts mehr zu tun.³

Die im ganzen Sudetenland von entmenschten Personen in aller Öffentlichkeit unter dem Beifall vieler alteingesessener Tschechen verübten Massenmorde an den Sudetendeutschen führten den österreichischen Völkerrechtler Felix Ermacora dazu, die Behandlung der Sudetendeutschen durch die Tschechen nach 1945, insbesondere die Vertreibung von mehr als drei Millionen Menschen ihrer Volksgruppe, wobei 267 000 Personen zu Tode kamen und den Betroffenen ein Vermögen von 130 Milliarden Mark verloren ging«,4 in einem von der Bayerischen Staatsregierung im Februar 1991 bestellten Gutachten vom August 1991 als »Völkermord« zu beurteilen. Der in Wien und Innsbruck lehrende Jurist, der lange der Menschenrechtskommission der Vereinten Nationen

¹ Frankfurter Allgemeine Zeitung, 22. 11. 1991.

² Leserbrief des Dr. Franz Zieris, München, »Morde bei Spindelmühl«, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 30. 11. 1991.

³ »Das Potsdamer Protokoll«, in: *Jalta–Potsdam und die Dokumente zur Zerstörung Europas*, Grabert, Tübingen 1985, S. 56-76.

⁴ Gert Schrötter, »Brisantes Material für Bonn und Prag«, in: Schwäbisches Tagblatt, 10. 8. 1991.

Tschechen morden bei Spindelmühl

angehörte, erkannte, daß hier »der Wille zur Zerstörung einer Volksgruppe« als entscheidendes Tatbestandsmerkmal des Völkermordes vorlag.⁵ Seit Kriegsbeginn hätten tschechische Exilpolitiker nach einzelnen, bis auf den Beginn des 20. Jahrhunderts zurückreichenden Plänen in London unter Benesch mit zunächst Billigung, dann Zustimmung der alliierten Mächte auf einen »organisierten Bevölkerungstransfer« hin gearbeitet, der dann ab 1945 auf »barbarische« Weise nach der Kapitulation der deutschen Wehrmacht vollzogen wurde.

Dieses Verbrechen gegen die Menschlichkeit wurde bisher nicht gesühnt. Ohne die berüchtigten Benesch-Dekrete, die 1945/47 die juristische Grundlage der Vertreibung und Enteignungen bildeten und noch immer gültig sind, abzuschaffen, gelangte die Tschechei in die Europäische Union. Die Berliner Bundesregierung unterließ es, dieser Aufnahme zu widersprechen und sie mit ihrem Veto zu verhindern: ein bedauerlicher Akt von Verzichtspolitik, ohne daß den Deutschen dafür anschließend gedankt worden ist.

Rolf Kosiek

⁵ Fin., »Ermacora spricht von Völkermord«, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 23. 8. 1991.

Das Massaker von Mährisch-Trübau

In den Tagen nach dem 5. Mai 1945 fanden in der Tschechei an vielen Orten blutige Massaker statt, die stschechische Patriotens, als dieses ohne Risiko möglich war, unter den einheimischen Deutschen sowie an wehrlosen deutschen Soldaten verübten. Diese Massenmorde wurden oft geleugnet und in der Öffentlichkeit verschwiegen. Über ein solches Verbrechen berichtete der sudetendeutsche Bauer G., der nach der Vertreibung in einem Städtchen an der Tauber eine neue Heimstatt fand. ¹ Er hatte folgendes selbst erlebt:

Am 9. Mai 1945, dem Tag der Kapitulation der deutschen Wehrmacht, fuhr ein deutscher Lazarettzug voller Verwundeter auf der Strecke Hewitsch-Kornitz. Vor Mährisch-Trübau wurde er in Ranigsdorf von Sowjetrussen aufgehalten. Das Begleitpersonal versuchte zu flüchten, wurde dabei aber vollständig niedergemacht. Der Zug stand dann eine Weile auf der Strecke vor dem Hof des Bauern G. Dieser ging nach einiger Zeit zu dem Zug und fragte die Verwundeten nach ihren Wünschen, ob er diese erfüllen könnte. Die Soldaten baten um ungesalzenes Fett für ihre Wunden. Der Bauer ging zurück, um das Gewünschte zu besorgen. Nach etwa zwei Stunden schickte er einen Burschen mit dem Fett zu dem Zug. Der Junge kehrte unmittelbar darauf, ganz verstört, zurück und berichtete, daß alle Verwundeten bestialisch erstochen worden und tot seien. Tschechische Patriotene hatten sich in der Zwischenzeit im Zug ausgetobt.

In der folgenden Nacht sei der Zug mit den Toten nach Mährisch-Ostrau geleitet worden. Dort seien dem Zug gegenüber Gruben ausgehoben worden, in denen die verstümmelten deutschen Soldaten verscharrt worden seien.

Auch für solche Verbrechen galten anschließend die BENESCH-Dekrete und die allgemeine Amnestie für Untaten an Deutschen. Die Täter wurden nicht belangt und brauchten keine Strafe zu befürchten. Die Opfer waren ja Deutsche.

Rolf Kosiek

¹ »Das Blutbad von Mährisch-Trübau«, in: National-Zeitung, 31. 1. 1964.

Im Sommer 1945, noch vor der Potsdamer Konferenz der Großen Drei, fanden an den Deutschen im Sudetenland zahlreiche Massaker statt, die nicht spontan entstanden, sondern kalt geplant waren. Sie sollten möglichst viele Sudetendeutsche vertreiben oder töten. Diese Massenmorde können auch nicht mit den späteren Beschlüssen zur Vertreibung von Potsdam entschuldigt und auf die alliierten Sieger verschoben werden, sondern geschahen als wilde Vertreibungen aufgrund der von Haß erfüllten Aufrufe von Eduard BENESCH aus seinem Londoner Asyl und ab Mai 1945 aus Prag.

Zu diesen Massenverbrechen gehört der sogenannte Brünner Todesmarsch«. Die Stadt Brünn in Mähren, rund 50 km von der österreichischen Grenze entfernt, war die größte deutsche Sprachinsel in Böhmen und Mähren. Um 1890 waren rund 70 Prozent ihrer Bewohner Deutsche, um 1940 wohnten hier noch 80 000 deutsche Bürger. Über sie brach am 30. Mai 1945, rund drei Wochen nach Kriegsende, das Unglück herein.

Nach einem von der tschechischen Erfassungsorganisation >Narodnivibor vorbereiteten Plan wurden gegen Abend dieses Tages alle Deutschen innerhalb weniger Stunden im ganzen Stadtgebiet aus ihren Wohnungen geholt. Sie wurden an mehreren Stellen des Stadtgebietes zusammengetrieben. Sie durften nur jeweils bis zu 15 kg Gepäck mitnehmen. Ihre ganze sonstige Habe mußten sie zurücklassen. Sie mußten die Nacht im Freien verbringen, wo vielen Schmuck, Geld und Sparbücher geraubt wurden. In den Nachtstunden zum 31. Mai, dem Fronleichnamstage, wurden sie von der Wiener Gasse aus in Richtung österreichische Grenze in Marsch gesetzt, von bewaffneten Bewachern, Partisanen und Arbeitern der Brünner Waffenwerke, nach Süden angetrieben. Der Zug der elenden Gestalten ging über Raigern und Pohrlitz bis Nikolsburg und dann nach Österreich. Unterwegs wurden deutsche Bewohner naher Dörfer zu dem Zug hinzu getrieben. In der Sonnenhitze mußten sie ohne jede Verpflegung und ohne etwas Wasser in der Elendskolonne bleiben. Dazu wurden sie von den Bewachern mißhandelt. Wer von den Zivilisten, darunter viele Alte und Kinder, vor Erschöpfung nicht mehr weiter konnte, wurde in den Straßengraben geworfen und erschlagen. Nach Schätzungen sind auf dem mehrtägigen Marsch von 30000 bis 35000 Menschen rund 10000 umgekommen. Auf österreichischem Boden starben in den folgenden Tagen noch weitere mehr als 1000, die lebend an der Grenze angekommen waren. Auf zwölf Friedhöfen wurden sie in Österreich beerdigt. Auf tschechischem

Boden wurden Massengräber neben der Straße angelegt. Es gibt viele Berichte von Erlebniszeugen. Einige sind in den *Dokumenten zur Austreibung der Sudetendeutschen*¹ enthalten. In einem² wird ausgeführt:

»Ich erlebte den Todesmarsch nach Pohrlitz am Fronleichnamstag in folgender Verfassung: Um 9 Uhr abends am 30. Mai 1945 wurden wir aus den Wohnungen gejagt. Die ganze Nacht über standen wir in Massen, Frauen, Männer und Kinder, im Alt-Brünner Klostergarten. Beim Morgengrauen wurden wir aus dem Klostergarten herausgetrieben und im Klosterhof in drei Züge aufgeteilt. Nun kam ein Stabskapitän mit einer Horde von Partisanen und Gendarmen heran und schrie: ›Gold, Geld und Sparbücher abgeben!« Auf diesen Ruf hin stürzten sich alle Partisanen, Gendarmen und er selbst auf die wehrlosen Frauen und Greise und rissen ihnen allen Schmuck, Geld und alle Wertsachen, kurzum alles, was ihnen wertvoll erschien, vom Leibe und aus den Koffern. Jeder der Partisanen hatte Koffer voll Gold und Silbersachen und Schmuckstücke. Stabskapitän Holaiko führte den Befehl. . . Nun verkündete der Stabskapitän Holaiko laut vernehmlich, daß derjenige, bei dem Verstecktes gefunden wird, auf der Stelle erschossen wird. . .

Da die Menschenmassen die ganze Nacht hindurch schon auf der Straße und im Klostergarten unter freiem Himmel stehen mußten, brachen viele von ihnen schon nach wenigen Kilometern Marsches zusam-

Etwa 15 Kilometer Weges bei der Ortschaft Raigern wurden jene Müden und Erschöpften, die nicht mehr weiterkonnten, in das Lager Raigern getrieben. Dort wurden sie von Partisanenweibern überfallen, nackt ausgezogen und Frauen und Männer nach Schmuck und Geld durchsucht. . . Zahllose wurden dort zu Tode geprügelt. Und nach den Aussagen derer, die nach Pohrlitz gekommen sind, erschossen. . . Ein großer Teil schleppte sich bis nach Pohrlitz, dort aber starben Tausende. . . Ich selbst kam mit Tausenden in den Abendstunden des Fronleichnamstages in Pohrlitz an. Ich hörte die ganze Nacht Hilferufe von Frauen, die vergewaltigt wurden. . . Am frühen Morgen wurden die Marschfähigen mit Peitschenhieben und Mißhandlungen wieder auf die Straße getrieben und mußten gegen Österreich zu weiterwandern. Um Pohrlitz herum war natürlich ein Feld von Massengräbern entstanden.«

Eine andere Teilnehmerin am Brünner Todesmarsch, Milena Dvor-CAK aus Brünn, hat aufgeschrieben:³

»Am Mittwoch, dem 30. Mai 1945, entließen uns die Milizionäre am frühen Abend (von der Zwangarbeit, R.K.). Wir sollten uns später mit wenig Gepäck, das wir tragen konnten, an der Wiener Gasse einfinden. Wir hatten ohnehin kaum noch etwas, weil die Tschechen unsere Wohnung ausgeräumt hatten. Mutter nahm eine kleine Tasche. Ich weiß nicht

¹ Wilhelm Turn-WALD, Dokumente zur Austreibung der Sudetendeutschen, Aufstieg, o.O., 1965.

² Ebenda, S. 65 f.

³ Milena VACULIK. »Meine Kindheit in Brünn, wie ich ohne meine Mutter vom Todesmarsch in die Stadt zurückkehrte und mein Leben in Brünn bis heute«, in: Hans MIRTES u. Gerolf FRITSCHE (Hg.), 65 Jahre Zivildeportation und wilde Vertreibung der Deutschen aus der CSR 1945, Ortmaier, Frontenhausen 2011, S. 78 f.



Der Brünner Todesmarsch, der am 31. Mai 1945 begann, ist eines der schlimmsten Verbrechen in Europa nach Ende des Zweiten Weltkriegs. d 27 000 Deutsche aus der mährischen Hauptstadt wurden in einem Gewaltmarsch nach Niederösterreich ausgetrieben, rund 5200 starben.

mehr, was sie hineinpackte. Für mich blieb ein alter Rucksack. Ich erinnere mich noch genau, daß ich darin einen Laib Brot bis über die Grenze bei Nikolsburg schleppte.

Sogar das kümmerliche Gepäck, das ich mit in die Wiener Gasse brachte, untersuchten die tschechischen Milizionäre noch einmal darauf hin, ob sie mir etwas abnehmen konnten. Ich hatte keinen Schmuck und schon gar keine Sparbücher. Aber sie fanden etwas. Von Vater trug ich einen einfachen silbernen Freundschaftsring. Den wollte einer haben. Ich brachte ihn nicht herunter, weil mein Finger schon zu dick war. Er bestand aber darauf. Vielleicht hielt er ihn in der Dunkelheit für einen Goldring. Schließlich riß er so heftig, daß er beinahe den Finger brach. Es schmerzte fürchterlich. Natürlich wollte ich nach diesem Angriff nur noch fort, fort aus Brünn, wo uns die Tschechen so terrorisierten. Als es deshalb hieß, wir kämen frei, wenn wir nach Wien laufen würden, verloren wir keine Zeit. Alles wollten wir Deutschen, jedenfalls Mutter und ich, dafür tun, nicht mehr in den Händen dieser Menschenschinder sein zu müssen.

In den Berichten vom Brünner Todesmarsch heißt es immer, daß die Brünner Deutschen sich in Mendels Klostergarten hatten versammeln müssen. Natürlich ist das nicht falsch, aber nur ein Teil der Wahrheit. Dieser Klostergarten hätte die vielen Tausende – fast 30tausend sollen es in den nächsten Tagen gewesen sein – nicht fassen können. Wir haben diesen Ort überhaupt nicht gesehen, sondern standen an unserem Sammelplatz weit in der Wiener Gasse und von Anfang an mit in der ersten Reihe. Als es etwas nach Einbruch der Dunkelheit gegen 22 h losging, brauchte kein Tscheche meine Mutter und mich zu treiben. Wir liefen immer vorn mit.

Nicht alle neben uns haben das durchgehalten. Eine alte Frau brach schließlich zusammen. Sie hatte einen Rosenkranz um den Hals. Als sie

nicht mehr gehen konnte, gab sie ihn mir. Nimm den Rosenkranz, Mädchenk sagte sie. Ich habe sie nie wieder getroffen. Wahrscheinlich ist sie gestorben oder erschlagen worden. Ich habe für sie gebetet.

Wir liefen die Nacht und den Tag durch. Ich erinnere nicht mehr an die Namen der Dörfer, so sehr waren wir bemüht, voran zu kommen. Von der Landkarte und der Route des Brünner Todesmarsches her weiß ich, daß wir durch Reigern (Rajhrad) und Pohrlitz (Pohorelice) gekommen sein müssen. Ganz genau entsinne ich mich, daß in einigen Orten Menschen an der Straße standen und leise weinten. Einmal – wir zogen schon während des Tages durch den Ort – trat ein altes Mütterchen vor und wollte uns einen Krug Wasser reichen. Ich vergesse nie, wie der tschechische Milizionär ihr den aus der Hand schlug und sie zurückdrängte. Wir haben wahrscheinlich auch irgendwann mal angehalten, und wir haben ein Stück von meinem Laib Brot gegessen, den ich im Rucksack mitschleppte. Aber auch daran erinnere ich mich nicht mehr.

Zuletzt weiß ich aber, daß wir auf der Hauptstraße durch Nikolsburg (Mikulov) kamen. Da wurde es schon hell; denn wir waren die zweite Nacht durchgelaufen. Es war kühl und zudem neblig. Jenseits der Stadt kamen wir über die Grenze. Die Milizionäre blieben zurück, und wir waren uns plötzlich selbst überlassen.

Natürlich fiel uns erst einmal ein Stein vom Herzen. Müde sanken wir ins Gras. Was wir hinter uns gebracht hatten, war eine Gewalttour gewesen. Heute weiß ich, daß es über 60 km waren, die wir da in zwei Nächten und einem Tag gelaufen waren, von Anfang an geschwächt allerdings durch die Tortouren, die wir in den Tagen zuvor in der Internierung hatten durchmachen müssen.

Lange ausruhen konnten wir uns allerdings nicht. Wir merkten bald, daß nicht Österreicher im Land das Sagen hatten, sondern Russenhorden, die sich über uns hermachen wollten. Wir versteckten uns nachts in Scheunen und dann fast nur noch im Wald. Es stellte sich nämlich heraus, daß Scheunen nachts oft Ziel von Sowjetsoldaten wurden, die da leichtes Spiel auf der Jagd nach Frauen hatten. Das Verstecken unter Heu und Stroh, sofern um diese Jahreszeit überhaupt vorhanden, half da oft wenig. Die Soldaten stocherten mit Stöcken und Säbeln darin herum und trieben die Frauen heraus.«

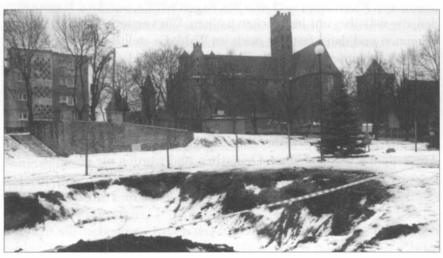
Dieses und andere Verbrechen fielen dann unter die tschechische Amnestie für Verbrechen an Deutschen und wurden nie gesühnt.

Rolf Kosiek

Obwohl schon im Dezember 2008 das Internetportal *Polskaweb* über einen großen Skelettfund im Zentrum der Stadt Marienburg, die polnisch Malbork heißt, berichtet hatte, schrieben die deutschen Zeitungen erst Monate später über das Massengrab. Sie bezogen ihre Informationen von der polnischen Presseagentur *PAP*, die wichtige Indizien verschwieg und gern einen Mitarbeiter des Burgmuseums der Stadt zu Wort kommen ließ, der in den Toten zivile Kriegsopfer der Kämpfe zwischen der Roten Armee und den deutschen Streitkräften von Januar bis März 1945 sah. An der Aufklärung der wahren Umstände waren auch die Bewohner von Marienburg kaum interessiert. Am liebsten hätte man die grausige Fundstätte wieder zugeschüttet.

Es steht fest, daß 1945 bis zu 700 Zivilisten bei den Kämpfen um die Ordensburg umkamen. Sie wurden identifiziert, registriert und von dem katholischen Pfarrer Konrad Will nach der Beendigung der Kriegshandlungen begraben. Zahlreiche Marienburger, die vor der Roten Armee geflohen oder evakuiert worden waren, kehrten nach der Kapitulation der Wehrmacht in die Stadt zurück. Im Juni 1945 lebten in Marienburg wieder 3275 Einwohner, davon 2050 Deutsche. Zu dieser Zeit zogen polnische Milizionäre und Angehörige der polnischen Heimatarmee in die Stadt ein. Die Deutschen wurden zur Zwangsarbeit verpflichtet, vor allem zur Beseitigung der Ruinen. Ende 1945 waren keine Deutschen mehr in Marienburg. 1850 Marienburger waren einfach verschwunden. Diese Zahl deckt sich ziemlich genau mit der Anzahl der in einem Massengrab gefundenen Schädel. Handelt es sich um die verschwundenen Deutschen?

Das Massengrab wurde unweit der Marienburg bei Aushubarbeiten für das Fundament eines neuen Hotels entdeckt. Es enthielt die Gebeine von 2116 Menschen.



Die ersten 67 Skelette fand man im Oktober 2008 bei Abbrucharbeiten in der Piastowska Straße. Sie wurden wenige Stunden später auf dem Gelände einer alten deutschen Kirche schnell und oberflächlich wieder eingegraben. Unter den Funden befanden sich auch Skelette von Kindern. Mehrere Schädel hatten Einschußlöcher über dem Nasenbein. Der Bürgermeister der Stadt, der Marienburg als Touristenmagnet erhalten wissen wollte, gab die Anweisung, die Arbeiten mit einem Schaufelbagger beschleunigt weiterzuführen und alle Spuren zu verwischen. Die Leichenschändungen, die nicht ausbleiben konnten, wenn der Bagger die Skelette auseinanderriß, sollten verheimlicht werden. Das mißlang.

Im Januar 2009 zeigte das polnische Fernsehen Bilder von Behältern mit Schädeln von Kindern und Babys aus Marienburg. Die Staatsanwaltschaft war gezwungen, Ermittlungen aufzunehmen. Sie vertrat die Version, daß es sich um Opfer der Roten Armee handle. Die Akten wurden geschlossen. Niemand in Marienburg habe Angaben über einen Massenmord im Zentrum der Stadt machen können, und in keinem polnischen Archiv seien Hinweise darauf zu finden.

Die Tatsache, daß die Opfer völlig nackt in einem großen Grab, angeblich einem riesigen Bombentrichter, verscharrt wurden, läßt den Schluß zu, daß der Fundort auch der Tatort war, nämlich das Gelände des ›Polnischen Hauses an der Piastowska Straße 18. Die Piastowska Straße 18 in Marienburg war seit dem 11. Juli 1920 eine historische Adresse für alle nationalbewußten Polen. Dort fand an jenem Tag die im Versailler Vertrag vorgesehene Abstimmung über die Zugehörigkeit Marienburgs zu Deutschland oder zu Polen statt. Von den 9641 Personen, die daran teilnahmen, entschieden sich nur 165 für die Angliederung der Stadt an Polen. Ihre Namen wurden später auf einer Ehrentafel verewigt, die im ›Polnischen Haus aufgehängt wurde, weil ihr Votum für Polen dem Land zur Ehre gereichte. Im Oktober 2008 sollte das Polnische Haus abgerissen werden, weil auf dem Gelände, genau gegenüber dem Rathaus und dem Tourismusbüro, ein Vier-Sterne-Hotel mit 160 Zimmern erbaut werden sollte. Die älteren Bürger der Stadt, von denen einige schon vor dem Zweiten Weltkrieg hier lebten, versuchten bis zuletzt, den Abriß wegen der Geschichtsträchtigkeit des Ortes zu verhindern. Zu den Auflagen, die der Hotelinvestor, der Europäische Hypothekenfonds SA, mit der Baugenehmigung in Kauf nehmen mußte, gehörte auch die Übernahme der Gedenktafel und einiger Mauerteile des alten Gebäudes. Als direkt unter dem geplanten Hotel das Massengrab aufgedeckt wurde, verlor der Investor das Interesse, da er fürchtete, die Gäste würden wegen der grauenhaften Geschichte ausbleiben. Das 4640 qm große Grundstück fiel an die Stadt zurück.

Obwohl die deutschen Justizbehörden in Deutschland von privater

Seite darauf aufmerksam gemacht wurden, daß es sich bei den Toten um ermordete Deutsche handeln könnte, taten sie nichts zur Aufklärung des Falles. Die Politiker hatten an den Hinweisen kein Interesse. weil man die deutsch-polnischen Beziehungen nicht belasten wollte. Die poli-



Die Gebeine wurden in 170 Plastiksäcke in zwei Garagen auf dem Friedhof Willenberg/Marienburg zwischengelagert. tisch korrekte Lehre war: Deutsche können nicht Opfer sein. Sie sind ausschließlich Täter. Nur die NPD machte eine Eingabe im Schweriner Landtag wegen des Marienburger Massengrabs. Die Antwort der Landesregierung bestätigte das Desinteresse der deutschen Seite an der Aufklärung des Falles.

Bei den Ausgrabungen nach der Frostperiode im Winter 2009/10 wurden nach unterschiedlichen polnischen Quellen zwischen 1750 und 2034 Schädel geborgen. Häufig waren jetzt Vertreter der internationalen Presse vor Ort, um sich vom Ausmaß der Tragödie zu überzeugen. Seltsam war, daß man keine Objekte (Spangen, Nadeln, Verschlüsse, Knöpfe) zur Identifizierung der Opfer fand. Sie hatten sich offensichtlich entkleiden müssen, bevor sie umgebracht wurden. Die Kleidung und alles, was sie bei sich trugen, war weggeschafft worden. Damit war die Behauptung entkräftet, es habe sich um Opfer der Kämpfe zwischen Wehrmacht und Roter Armee gehandelt.

In Polen löste der Fund einer solch großen Zahl ziviler Opfer im Zentrum einer ehemals deutschen Stadt kontroverse Diskussionen aus. Der Bürgermeister von Marienburg, das Institut der Nationalen Erinnerunge (IPN) und die Staatsanwaltschaft, welche die Ermittlungen in der Sache führte, kamen in die Kritik. Der Zweigstelle des IPN in Danzig, das auch für die Aufklärung von Kriegsverbrechen zuständig ist, wurde vorgeworfen, die Geschichte unter den Teppich kehren zu wollen. Die Einschußlöcher in den Schädeln von Frauen und Kindern seien Indizien für

einen Massenmord, zu dem minutiöse Untersuchungen angebracht seien. Auch die Art und Weise, wie die Überreste geborgen wurden, denen bei der Ausgrabung mit einem Schaufelbagger die Arme und Beine abgerissen und die Knochen gebrochen wurden oder der Schädel zertrümmert wurde, erregte Anstoß. »Dies ist eine wenig würdevolle Behandlung ermordeter unschuldiger Zivilisten«, hieß es.

Die gerichtsmedizinische Expertise der Medizinischen Akademie Danzig führte den Tod der Opfer auf »mechanische Kopfverletzungen« zurück. »Ich werde keine Anklage vorbereiten, weil wir nicht annehmen können, daß es sich um Massenmord handelt«, sagte daraufhin Bozena Wlodarczyk, die zuständige Staatsanwältin beim Institut für Nationales Gedenken. Der Spiegel zog folgendes Resümee: »Nicht unwahrscheinlich ist, daß die in den Gruben vereinigten Toten auf verschiedene Weise ihr Leben lassen mußten, durch Kampfhandlungen, Hunger, Seuchen, wohl auch durch Mord und Totschlag.« Die Spekulationen über ein organisiertes Massaker an Deutschen wurden für unplausibel erklärt. Dieser Ansicht schlossen sich die deutschen Behörden und der Volksbund Deutschen Weisensteilber für ungen and

sche Kriegsgräberfürsorge an.1

Bei Polskaweb News gingen viele, oft anonyme Hinweise auf etwaige Täter ein. Sie verwiesen auf Namen von Personen und Organisationen, die im Zeitraum 1945/46 im Großraum Marienburg ein mörderisches Unwesen trieben. Mehrmals wurde die Wilenska Brygadas, die auch Todesbrigadet hieß, genannt. Die Wilenska Brygada war ein Arm der polnischen Heimatarmee. Ihr Kommandant war Zygmunt Szendzielarz. Die Angehörigen dieser Truppe trugen Uniformen der polnischen Armee. Die Brigade war während des Krieges im Raum Wilna (Vilnius) in Litauen entstanden und soll dort gegen deutsche Besatzungstruppen vorgegangen sein. Nach dem Ende des Krieges operierte die Wilenska Brygada im Raume Pommern und Westpreußen. Dort tötete sie polnische Beamte und Zivilisten, denen Kollaboration mit den Deutschen und Verrat an der polnischen Sache nachgesagt wurde. Sie lieferte sich auch Gefechte mit diversen Räuberbanden, die in den ehemals deutschen Gebieten plünderten und raubten. Ab dem Spätherbst 1945 hielten sich zahlreiche Mitglieder der Wilenska Brygada in Marienburg auf und trieben dort ihr Unwesen. Der Kommandant Zygmunt Szendzielarz schrieb im Oktober 1945 eine Postkarte aus Marienburg. Zu dieser Zeit gab es noch Tausende Deutsche in Marienburg. Einer von ihnen berichtete 2009:

»Im November 1945 hielt ich mich als Fünfzehnjähriger in der unmittelbaren Nähe des Marienburger Bahnhofs auf. Mit großem Geschrei stürzten plötzlich unter massiver Gewaltanwendung (Knüppeleinsatz) durch die polnische Miliz etwa 200 bis 300 Personen, Frauen und Kinder, durch das Haupttor des Bahnhofs auf die Straße. Sie wurden wie

¹ Spiegel online vom 1. 6. 2010.

Vieh in Richtung Innenstadt getrieben. . . Ein auf die Straße gefallener Junge wurde dabei niedergetrampelt und unversorgt liegen gelassen. Das damalige brutale Geschehen durch die polnische Miliz ist mir unvergessen geblieben und durch die jetzige Berichterstattung in der Presse über die Funde in Marienburg ganz unverhofft in meine Gegenwart zurückgekehrt. Mit dieser Mitteilung, die ich auch beeiden würde, möchte ich der Aufklärung dienen.«²

Die noch lebenden Mitglieder der Wilenska Brygada, die am ehesten etwas über das mysteriöse Massengrab wissen mußten, schwiegen. Um so lebendiger wucherten die Spekulationen. So wurde zum Beispiel behauptet, die Toten seien an Typhus gestorben, oder es handle sich um von den Deutschen ermordete Juden. Die meisten Polen gingen weiterhin davon aus, daß die Opfer von der Roten Armee umgebracht wurden. Das IPN suggerierte mit der Schlagzeile »Haben die Kommunisten das Massengrab in Marienburg vertuscht?«, daß die Behörden vor der Wende den Fund mit Rücksicht auf die freundschaftlichen Beziehungen zu Moskau verschwiegen hatten. Warum sich die antirussische national-polnische Bewegung vor der Wende 1990 die Möglichkeit entgehen ließ, den Russen den Mord von Marienburg in aller Öffentlichkeit und mit politischem Nachdruck in die Schuhe zu schieben, erklärt sich aus den Fakten: Die Todeszeit der Opfer kann nicht vor dem 9. März 1945 liegen, denn bis zu jenem Zeitpunkt verteidigten deutsche Soldaten den Ort. Der Boden war zu dieser Zeit so hart gefroren, daß ein solch gigantisches Massengrab in den wenigen Tagen der russischen Besatzung nicht angelegt werden konnte. Am 20. April 1945 übernahmen polnische Beamte die Leitung der Stadt.

Die Überreste der Toten aus dem Massengrab in Marienburg wurden am 19. August 2009 auf einem Kriegsgräberfriedhof bei Stettin durch den ›Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge‹ bestattet. Es handelte sich um die Leichen von insgesamt 2116 Menschen, darunter 1001 Frauen, 381 Männer und 377 Kinder. Die anderen Leichen konnten nicht genau-





Zygmunt Szendzielarz.

² Junge Freiheit vom 16. 1. 2009, S. 10, und vom 23. 1. 2009, S. 6.

Wilenska Brygada.

er identifiziert werden. Der Bürgermeister von Marienburg lehnte es ab, die Toten in Marienburg zu begraben, um kein Mahnmal errichten zu

müssen und um den Fall für erledigt erklären zu können. An der Stadt sollte kein Makel hängen bleiben.

Folgende offenen Fragen werfen ein schlechtes Licht auf die polnische Seite:

1. Warum schaltete sich das ›Institut der Nationalen Erinnerung (IPN) nicht zuständigkeitshalber von Anfang an in die Sache ein?

2. Warum schloß die zuständige polnische Staatsanwaltschaft die Akten schon nach drei Tagen?

3. Warum gibt es keinerlei Unterlagen in den Archiven über diese gigantische Grabstätte?

4. Warum wurden alle Opfer nackt begraben und keine Munition und keine Kämme, Haarspangen, Zahnspangen, Goldzähne usw. gefunden?

5. Warum ordnete der Bürgermeister von Marienburg schon kurz nach dem Fund der ersten Opfer auf dem Gelände des polnischen Hauses an, die Überreste auf dem Grundstück einer ehe-

maligen deutschen Kirche zu begraben, obwohl er zu jenem Zeitpunkt angeblich noch nicht wußte, daß es sich um Deutsche handelte?

6. Warum wurden die Ausgrabungen so pietätlos mit einem Schaufelbagger gemacht?

7. Warum versteifen sich die polnischen Behörden darauf, daß die Täter Rotarmisten waren?

8. Welchen Grund sollte die Rote Armee gehabt haben, so viele Menschen nackt zu ermorden und die Spuren zu verwischen?³

Die deutsche Regierung in der Nachfolge des Deutschen Reiches und die Bundesanwaltschaft zeigten wenig Interesse an dem Fall, obwohl es sich mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit um deutsche Staatsbürger handelte. Ungeprüft übernahmen sie die polnische Version, daß es sich um Opfer »aus der Zeit der schweren und anhaltenden Kämpfe um Marienburg am Endes Zweiten Weltkriegs handeln könnte«, und zeigten sich mehr an einer würdigen Ruhestätte interessiert als an einer »möglichst weitgehenden Klärung der Hintergründe«.³ Bei ausländischen Opfern deutscher Täter hätte sie den Akzent anders gesetzt. Da wären minutiöse kriminologische Untersuchungen durchgeführt worden.⁴

Franz W. Seidler



Infotafel am Marienburger Grabfeld auf dem deutschen Soldatenfriedhof in Glinna, Gemeinde Stare Czarnowo.

> ³ Schreiben des Bundeskanzleramts an den Autor vom 30. 1. 2009.

⁴ Unabhängige Nachrichten, Nr. 2, 2009.

Rätsel um die Massengräber in Waldenburg

Nach der erfolgreichen Verschleierung der Hintergründe mehrerer durch Polskaweb aufgedeckten zivilen deutschen Massengräber in Polen wurden im Januar 2011 nach Hinweisen aus der Bevölkerung weitere 37 mysteriöse Grabstätten in der Nähe der früheren deutschen Stadt Waldenburg (Walbrzych) gefunden, die nach offizieller Auskunft die Überreste von mehreren tausend Menschen enthalten. Wer in diesen Gräbern liegt, ist noch unklar. Der Rat für den Schutz der Erinnerung an Kampf und Martyrium in Warschau nahm die Toten vorsorglich für die eigenen politischen Zwecke in Anspruch. Auf zwei Gedenktafeln in den Orten Wüstewaltersdorf (Walim) und Wüstegiersdorf (Gluszyca) im Eulengebirge nahe der Grenze zu Tschechien ist zu lesen: »Hier liegen 18000 jüdische Opfer des nationalsozialistischen Terrors begraben« und »Hier liegen 30 000 unbekannte Opfer des nationalsozialistischen Terrors begraben«. Vor 2011 waren die Gräber weder in der deutschen noch in der polnischen einschlägigen Literatur oder im Internet zu finden. Nur die Einheimischen kannten die Todesstätten. Vermutlich befürchten die polnischen Behörden nach dem weltweiten Wirbel um das Massengrab von Marienburg einen noch größeren Skandal in dieser vom Tourismus lebenden Region und beschafften eiligst Gedenktafeln, die die Toten als Opfer der Nationalsozialisten ausgaben. Die Zahlenangaben entsprangen der Phantasie.

Wenn man die Geschichte der Region nicht kennt, ist auf den ersten Blick glaubhaft, daß die ›Nazis‹ die Mörder waren, denn in diesem Gebiet befanden sich mindestens zwölf Außenlager des Konzentrationslagers Groß-Rosen. Zusammen mit Kriegsgefangenen aus Frankreich, Italien und Griechenland und polnischen und ukrainische Juden arbeiteten sie von August 1943 bis März 1945 an dem Projekt Rieses, einem unterirdischen Tunnelsystem im Eulengebirge zur Erstellung eines Führerhauptquartiers. Ihre Zahl betrug in den zwei Jahren ihres Einsatzes jedoch nicht einmal die Hälfte der angeblich in den Massengräbern von Walim und Gluszyca vergrabenen Toten, nämlich höchstens 22 000. Warum hätte die Organisation Todt, die mit den Bauten beauftragt war, ihre Arbeitskräfte hinrichten oder durch Unterernährung zu Tode bringen sollen? Es ist zudem bekannt, daß alle Außenlager des KZ Groß-Rosen vor dem Eintreffen der Sowjets evakuiert wurden. Wie viele Arbeiter durch Unfälle, Hunger oder Kälte umkamen, weiß niemand. Können es mehr als tausend sein?

Die Toten waren mit Sicherheit keine ortsansässigen Zivilisten, die verhungerten, an Krankheiten starben oder bei Kämpfen zwischen der

Rätsel um die Massengräber in Waldenburg

Wehrmacht und der Roten Armee umkamen. Es gab in dieser Region vor dem Kriegsende keinen Mangel an Nahrungsmitteln, keine Kämpfe und keine Epidemien. Die Sowjets zogen nach dem Einmarsch bald aus Waldenburg weg und ließen lediglich kleinere Einheiten, eine davon des NKWD, zurück. Es kam zu den üblichen Vergewaltigungen, Plünderungen und Raubtaten, aber nicht zu Massentötungen. Woher kommen also die vielen Toten?

In Anbetracht dessen, daß diese Massengräber international unbekannt waren und die Geschichtsforschung eine derartige Masse von HITLER-Opfern in dieser Region nicht zuläßt, könnte es sich bei den Opfern auch um deutsche Männer, Frauen und Kinder handeln, die hier nach Gewaltakten durch polnische Folter- und Killerkommandos verscharrt wurden. Die nur zehn Kilometer von der Stadt Waldenburg entfernten Orte Wüstewaltersdorf und Wüstegiersdorf waren mit einer Gebirgsbahn verbunden und hatten Anschluß an die Bahnstrecke nach Breslau. Es ist nicht ausgeschlossen, daß nicht nur nach dem Krieg vermißte Waldenburger hier ihr jähes Ende fanden, sondern auch Schlesier aus der Breslauer Gegend, die hierher transportiert wurden, um sie zu verscharren.

Die deutsche Regierung und der Bund der Vertriebenen kümmerten sich bisher nicht um die Funde. Es waren nichtdeutsche Vereinigungen, die DNA-Proben verlangten, um sie mit den Proben von Angehörigen 1 Witikobrief 2/ der in diesem Gebiet vermißten Deutschen zu vergleichen. Genaueres 2011, S. 19. ist bisher nicht bekannt.

Franz W. Seidler



Die international völlig unbekannte Gedenkstätte von Wüstewaltersdorf (Walim) mit Gedenktafel. Aus: http:// www.militariafundforum.de

Massengrab in Tschenstochau (Czestochowa)

Nach Marienburg, Lodz, Danzig, Stolp und vielen anderen Orten im heutigen Polen stieß man im September 2010 auch auf ein großes, mysteriöses Sammelgrab in Tschenstochau (Czestochowa). Auf dem Gelände des Bahnhofes Czestochowa-Stradom wurden bei Bodenuntersuchungen an verschiedenen Stellen Skelette entdeckt. Wie bei vielen anderen Fundorten könnte es sich um ein deutsches Massengrab handeln, in dem Zivilisten begraben sind, die während oder nach dem Zweiten Weltkrieg ums Leben kamen.

Wieder gab es angeblich keine Zeugen, wieder verhängte das Institut für Nationales Gedenken IPN (Instytut Pamiêci Narodowej), das von den nationalistischen Kaczynski-Brüdern kontrolliert wurde, eine Nachrichtensperre. Die IPN-Filiale in Kattowitz (Katowice) gab allerdings zu, daß in dem Massengrab einige tausend Skelette liegen könnten. Die Staatsanwaltschaft wurde eingeschaltet.

Tschenstochau liegt etwa 200 Kilometer südwestlich der Landeshauptstadt Warschau. Die Stadt ist weltweit als Wallfahrtsort bekannt. Niemand in dieser Stadt hatte bisher von irgendwelchen Greueltaten während des Krieges und nach dem Krieg berichtet. In der Nähe des Fundortes gab es im Zweiten Weltkrieg eine deutsche Munitionsfabrik, in der jüdische Zwangsarbeiter beschäftigt waren. Für sie war ein Lager



Exhuminierung in Tschenstochau.

Massengrab in Tschenstochau (Czestochowa)

errichtet worden. Die Häftlinge wurden Ende 1944 wegen des schnellen Vormarsches der Roten Armee in die Konzentrationslager Auschwitz und Treblinka gebracht. Einer der prominentesten Gefangenen im Arbeitslager Stradom war Ignatz Bubis, 1992 bis 1999 Vorsitzender des Zentralrats der Juden in Deutschland. Am 16. Januar 1945 erreichten die sowjetischen Truppen das Lager und ließen sich als Befreier von Nazi-Gefangenen feiern, obwohl die Baracken menschenleer waren. Das sowjetische NKWD übergab es dem polnischen Sicherheitsdienst zur Internierung Deutscher, der dafür bekannt war, deutsche Zivilisten zu mißhandeln und wegen Nichtigkeiten, z. B. den Diebstahl von Gemüse, zu töten.

Staatsanwalt Piotr NALEPA vom IPN in Katowice hatte mehrere Versionen über das Entstehen dieser grausigen Stätte parat: Tote von Kampfhandlungen, Juden, die während der Transporte in die Vernichtungslager ums Leben kamen und in Czestochowa aus dem Zug geworfen wurden, russische Kriegsgefangene, Kämpfer des Warschauer Aufstandes, die von den Deutschen hier hingerichtet wurden, oder Zivilisten, die während der Kämpfe im Januar 1945 ihr Leben lassen mußten. Einen Zeugen präsentierte das IPN schon Stunden nach der Bekanntgabe der Fundstelle. Dieser soll ausgesagt haben, daß er im Krieg in der Nähe des Bahnhofes gewohnt habe und beobachtete, wie aus Judentransporten Tote aus den Waggons entladen und an dieser Stelle begraben wurden. Wie bei anderen umstrittenen Massengräbern, die im heutigen Polen gefunden wurden, gab es auch zu diesem Fundort angeblich keine anderen zielführenden Hinweise, kein Archivmaterial und keine Bodenspuren. Die Idee, daß es sich auch hier um ein verschleiertes Massengrab handelt, in dem ermordete deutsche Zivilisten liegen, wurde nicht einmal erwogen.

Wie viele solche Gräber werden noch aufgedeckt werden, und wie viele wurden aus politischen Gründen verheimlicht, fragen sich jetzt immer mehr Polen.

Franz W. Seidler

Zum Tod des >ehrenwerten< Massenmörders Tito



Josip Broz Τιτο in den vierziger Jahrern.

An jedem 4. Mai gedenken serbische Patrioten eines »verdienstvollen« Mannes, der 87jährig nach wochenlangem Todeskampf am 4. Mai 1980 »in allen Ehren« starb. Sein bürgerlicher Name war Josip Broz, bekannt unter seinem Tarnnamen »Tito«. Zu seiner Beerdigungsfeier hatte sich die politische und kirchliche Prominenz aus der ganzen Welt eingefunden, wie das sonst nur bei Monarchen der Fall ist. Doch davon später.

Tatsächlich handelt es sich bei diesem verehrten Helden um einen hunderttausendfachen Raub- und Massenmörder, um einen Terroristen, wie schon sein Name zeigt: TITO: Tanja internationalna terroristicka organisazia – Geheime internationale terroristische Organisation.

Von Moskau angezettelt, von CHURCHILL massiv unterstützt, kam es 1941 im Königreich Jugoslawien, einem Bündnispartner Deutschlands, zu einem Putsch gegen den König. Dadurch sah sich das Reich gezwungen, militärisch einzugreifen. Am 6. April 1941 marschierten deutsche Truppen in Jugoslawien ein. Der König floh nach England, und Belgrad wurde am 18. April 1941 zur Kapitulation gezwungen.

Jugoslawische Partisanen führten seit 1941 mit britischer und sowjetischer Unterstützung unter dem Befehl Titos einen illegalen grausamen Partisanenkrieg gegen deutsche Militäreinheiten, vor allem gegen die donauschwäbische 7. Gebirgsjägerdivision Prinz Eugen und gegen donauschwäbische Zivilpersonen, aber auch gegen eigene, nichtkommunistische Landsleute. Von 1941 bis 1944 ermordeten die Partisanen etwa 1500 deutsche Zivilisten.

Als im Oktober 1944 die sowjetische Rote Armee das Land eroberte, nahm Tito mit seinen Partisanen bestialische Rache an gefangenen deut-



Der Todesmarsch der Hunderttausend in die jugoslawische Kriegsgefangenschaft. Das Foto zeigt deutsche Soldaten, die, teilweise bis auf ihr Hemd und Unterhose ausgeraubt, noch rund 800 Kilometer zu marschieren hatten. Foto aus: Roland Kaltenegger, Titos Kriegsgefangene, Stocker, Graz-Stuttgart 2001.

Zum Tod des sehrenwerten Massenmörders Tito

schen Soldaten und an allen Volksdeutschen. Auf seinen Befehl hin kam es zu Massakern, Folterungen, Erschießungen, Plünderungen, totalen Enteignungen, Vertreibung und Errichtung von Hunger- und Internierungslagern.

Gegen alles Völkerrecht und unter den Augen der Alliierten massakrierten Tito-Partisanen Kriegsgefangene auf Todesmärschen von Kärnten bis ins Banat. Rund 80 000 deutsche Soldaten wurden von ihnen grausam ermordet. Von der bestialischen, vorsätzlichen Vorgehensweise zeugt das Handbuch für jugoslawische Folterer:

- Allabendliche und nächtliche Mißhandlungen mit 200 bis 300 Stockhieben mit Holzlatten, Drahtschlingen, Eisenstangen oder mit Sand gefüllten Gummiknüppeln auf den Kopf, die Arme, Beine und den Ober-

körper sowie in die Nieren und den Magen.

- Prügeln bis zur Unkenntlichkeit sowie Tritte in die Genitalien,

- Fesselung mit Ketten, Stachel- und Telefondraht,

- Krummschließen, das heißt, den Körper nach rückwärts gespannt,

gefesselt und mit den Beinen zusammengebunden, usw.1

Für diese Praxisc sei nur ein Beispiel unter vielen angeführt: Auf der Adria-Insel Rab hatten sich 1945 3500 deutsche Soldaten den Tito-Partisanen ergeben. Ein in Kanada lebender Ex-Partisan Titos berichtete 1985, daß er im Mai 1945 Augenzeuge eines schrecklichen Nachkriegsverbrechens wurde: »Die deutschen Kriegsgefangenen wurden von den Partisanen auf alle mögliche Art gefoltert und gequält. Danach wurden sie in einen Bunker abgeführt. . . Man band den Kriegsgefangenen die Hände mit Draht auf den Rücken und mauerte den Bunkereingang zu. Die Türen wurden betoniert. So starben alle diese Deutschen in dieser gewaltigen Grabkammer.«²

Auf ähnliche Weise entstanden im ganzen Land Massengräber, in denen Zigtausende bestialisch ermordeter Deutscher wie Müll entsorgte wurden.

Unter der Führung Titos kam es am 21. November 1944 zu einem illegalen Beschluß einer Partisanen-Clique, die sich Antifaschistischer Rat der nationalen Befreiung Jugoslawiens« (AVNOJ) nannte. Aufgrund dieses Beschlusses, der mit den BENESCH-Dekreten in der Tschechoslowakei vergleichbar war, beraubte man alle im Lande lebenden 509 800 Deutschen ihres gesamten Vermögens. Diejenigen, die nicht geflüchtet waren, wurden völlig entrechtet, vertrieben oder interniert, also auch alle deutschen Frauen, Kinder, Säuglinge, Greise, ja sogar jene, die in dem genannten Zeitraum noch gar nicht geboren waren, die erst in den Vernichtungslagern zur Welt kamen.

In der Zeit vom Oktober 1944 bis 1948 verloren von rund 200 000 verbliebenen Donauschwaben mindestens 64 000, also fast ein Drittel,

¹ Roland Kalte-NEGGER, *Titos* Kriegsgefangene, Graz-Stuttgart 2001, S. 255 f.

² Ausführlicher Bericht in: *Das* Ostpreußenblatt, Jahrg. 36, Folge 27, 6. 7. 1985, S. 1.

Zum Tod des sehrenwerten Massenmörders Tito

ihr Leben auf eine erbärmliche Weise: Sie wurden erschossen, erschlagen, zu Tode gefoltert, oder sie verhungerten in Vernichtungslagern.

Der Genozid begann im Oktober und November 1944 mit den Erschießungen von etwa 9500 Deutschen in der vorgeplanten, landesweit angelegten sogenannten Aktion Intelligenzija. Den Ermordungen waren barbarische Folterungen vorausgegangen, so daß der Tod schließlich eine Erlösung darstellte. Danach ließ Tito 14 Zwangs- und 15 Vernichtungslager mit dem verbrecherischen Ziel errichten, die Donauschwaben zu dezimieren. Darunter waren einige totale Hungerlager für Betagte und Kinder, in denen etwa 51 000 Volksdeutsche jeglichen Alters den Hungertod mit allen seinen furchtbaren Begleiterscheinungen starben. Von den 8000 Männern und 4000 Frauen, die Tito in die Sowjetunion deportieren ließ, gingen in jahrelangem Martyrium rund 2000 zugrunde.³

Da Josip Broz Tito, jugoslawischer Partei- und Staatschef, 1948 äußerlich einen Bruch mit Moskau wagte, den kommunistischen Führungsanspruch Moskaus ablehnte und – auch hier nur scheinbar – für eine Blockfreiheit eintrat, wurde er in der Welt bekannt. Als Republikgründer hatte er mit Brutalität und Skrupellosigkeit die politische Grundlage für den Fortbestand Jugoslawiens als Vielvölkerstaat gelegt. Der Adria-Strand wurde für westliche Urlauber und für das Auge (und gegen Devisen!) herausgeputzt, so daß die Touristen einen Kommunismus zu sehen bekamen, der mit der Wirklichkeit bei weitem nicht übereinstimmte und sie damit gezielt getäuscht wurden. Die Frankfurter Allgemeine Zeitung ließ sich nicht täuschen und sprach am 6. Mai 1980 (S. 1) eindeutig von der »Grausamkeit im politischen Leben Titos und über die Begrenztheit von Freiheit und Wohlstand in Jugoslawien«.

»Ehre«, wem Ehre nicht gebührt!

Bundeskanzler Konrad Adenauer wurde in seiner Amtszeit gefragt, was er von Tito halte. In seiner nüchternen Art soll er kurz so oder so ähnlich geantwortet haben: »Dat is ne janz jewöhnliche Verbrecher!«

Seit Adenauer hat sich in Europa eine sogenannte Werte-Welt durchgesetzt, in der Macht vor Recht geht, das Finanzkapital vor Menschenrechten, die Lüge, Heuchelei und Political-Correctnesse vor Wahrheit, Charakterstärke und vor Historical Correctnesse. Das zeigte sich in besonders drastischer Weise beim Tod des großen Massenmörders Tito. Am 4. Mai 1980 gab das Zentralkomitee des Bundes der Kommunisten der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawiense um 19 Uhr 43 bekannt: »Arbeiterklasse, Werktätige und Bürger, Völker und Volksgruppen der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawiens: Genosse Tito ist tot.«

³ Arbeitskreis Dokumentation, Verbrechen an den Deutschen in Jugoslawien 1944–1948, München 2000.

⁴ Ebenda.

Zum Tod des sehrenwertens Massenmörders Tito

Auch bei dieser Todesnachricht wurde noch die Unwahrheit gesagt, da im Bulletin von 16 Uhr 27 noch von einem kritischen Gesundheitszustand Titos gesprochen wurde, obwohl er bereits um 15 Uhr 05 gestorben war.5

⁵ Münchner Merkur

Geradezu bezeichnend für die sogenannte westliche »Werte-Welt« sind vom 5. 5. 1980, S. 1. die folgenden Meldungen, Beileidstelegramme und Würdigungen, wie sie im Münchner Merkur und in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung vom 6./ 7./8. und 9. Mai 1980 zu lesen waren. Sie zeigen, wie die Großen und Maßgebenden Tito sahen und noch sehen, wie sie über einen Mann dachten (oder heuchelnd zu denken vorgaben), der wehrlose Frauen, Kinder, Männer, Geistliche, Greise, Kranke, Schwangere einzeln und massenweise hatte hinmorden lassen:

»Tito war ein hervorragender Staatsmann, dessen Name für die Unabhängigkeit und Einigung Jugoslawiens stehe.« (GENSCHER, FDP-Vorsitzender und Außenminister der Bundesrepublik Deutschland)

»Der Name Tito wird immer verbunden bleiben mit dem Begriff der Sicherung des Friedens zwischen den Völkern. Er hat Jugoslawien zu der Kraft verholfen, mit der die souverane Selbständigkeit, der innere Aufbau, die unerschütterliche Fähigkeit zur Blockfreiheit und das Modell der Selbstverwaltung entwickelt und realisiert wurde.« (SPD-Fraktionsvorsitzender Herbert WEHNER)

Bundespräsident Carstens und Bundeskanzler Schmidt würdigten in Beileidstelegrammen Leben und Werk des Verstorbenen, vor allem seine Rolle als Mitbegründer der blockfreien Bewegung. CARSTENS schrieb in einem Telegramm an KOLISEVSKI, die Welt habe einen großen Staatsmann verloren.

Der Sarg Titos wurde unter Trommelwirbel am frühen Montagmorgen aus dem Parlamentsgebäude von Laibach (Ljubljana) getragen. Auf dem Vorplatz stimmte ein Partisanenchor die Nationalhymne der Republik an. Bürgermeister Rozic schloß seine Ansprache mit den Worten: »Ruhm dem größten Sohn der Völker Jugoslawiens! Ruhm unserem geliebten TITO!«

Am weißen Marmorgrab im Rosengarten vor Titos Residenz gaben 32 Staatschefs (davon 4 Könige), 7 Vizepräsidenten, 20 Regierungschefs, 6 Mitglieder königlicher Fami-



Titos Staatsbegräbnis im Jahre 1980.

Zum Tod des sehrenwertens Massenmörders Tito

lien, 14 stellvertretende Ministerpräsidenten, 40 Außenminister, 26 andere Regierungsmitglieder, 5 Parlamentsabgeordnete und 10 Generale ihm die Aletzte Ehrec. Praktisch alle Awichtigene Personen dieser Welt hatten sich beim Begräbnis Titos eingefunden. Für die Bundesrepublik Deutschland legten Bundespräsident Carstens, Bundeskanzler Schmidt, Außenminister Genscher, der SPD-Vorsitzende Brandt und der SPD-Fraktions-Vorsitzende Wehner Kränze an Titos Katafalk nieder.

Am Grab sprach Lazar Kolisevski den alten Partisanenkämpfer Tito noch einmal persönlich an: »Worte können nicht die Trauer ausdrücken, die wir empfinden, wenn Du uns verläßt. . . Genosse Tito, Dein unzerstörbares und großartiges Werk wird immer bei uns sein.«

DORONISKI, der Vorsitzende des jugoslawischen Parteipräsidiums, nannte Tito eine »gigantische Persönlichkeit«. Der Münchner Merkur vom 9. Mai 1980 schrieb, daß es in Belgrad zu der bisher größten Trauerfeier für ein Staatsoberhaupt gekommen sei und höchste Repräsentanten von 115 Staaten und 100 kommunistischen, sozialistischen und anderen Parteien versammelt gewesen seien. Unter den ausländischen Trauergästen befanden sich unter anderen der sowjetische Partei- und Staatschef Leonid Breschnew, der chinesische Partei- und Regierungschef Hua Guofeng, US-Vizepräsident Walter MONDALE, die Mutter des US-Präsidenten CAR-TER, UN-Generalsekretär Kurt WALDHEIM, der Terrorist und PLO-Chef ARAFAT, die englische Premierministerin Margret THATCHER, Indiens Ministerpräsidentin Indira GANDHI, der spanische Premierminister SUAREZ, der ungarische Parteichef KADAR, König BAUDOIN von Belgien, die ostzonalen, polnischen und tschechischen kommunistischen Parteichefs Ho-NECKER, GIEREK und HUSAK. Der anwesende katholische Bischof von Agram, Alois TURK, weinte bitterlich, und natürlich auch die Witwe Jovanka Tito, eine ehemalige Partisanen-Kommissarin, die sich vieler Morde riihmte.

Wer von dieser auserlesenen Gesellschaft dachte daran, daß die Opfer des bestialischen Rache- und Ausrottungsfeldzuges Titos irgendwo außerhalb der Ortschaften, knapp unter der Erde der heutigen Nachfolgestaaten Jugoslawiens liegen: erschossen, erschlagen oder verhungert, ohne Sarg, nur notdürftig verscharrt, vergessen von den Großen« dieser Welt? Vergessen jedenfalls von der deutschen Regierung und von den deutschen Parteien!

Bundespräsident Karl Carstens empfing nach dem Tod Titos eine jugoslawische parlamentarische Delegation unter Leitung von Zoran Polic, die wegen eines hohen Kredits in Bonn weilte und diesen natürlich erhielt. Bei dieser Gelegenheit gab Carstens seiner Bewunderung Ausdruck für alles, was Präsident Tito nicht nur für Jugoslawien, sondern für die ganze Welt getan habe.

Zum Tod des sehrenwertens Massenmörders Tito

Der Barbarfastollen in Lasko bei Huda Jama im heutigen Slowenien – zweieinhalb Meter hoch angefüllt mit Skeletten! Auf den ¡Killing Fields‹ des jugoslawischen Kommunistenführers Τιτο in Slowenien wurden laut *FAZ* am Kriegsende an die 100 000 Menschen erschossen.

Massengräber en masse! Seit Jahren werden im ehemaligen Jugoslawien immer mehr Massengräber mit Opfern TITOs entdeckt, unter anderem im Jahre 2007 bei Marburg (Maribor) an der Drau. 2008 wurde in Serbien bei dem Städtchen Syrmisch Mitriwitz (Sremska Mitrovica) ein Massengrab mit etwa 2000 Opfern gefun-



den, als dort Hochhäuser errichtet werden sollten. Entlang der Straße Werschatz-Vatin warten zahllose Massengräber darauf, freigelegt zu werden. 2009 wurden in Slowenien bei der untersteirischen Stadt Tüffer (Laško) in einem Bergwerk Tausende von Toten entdeckt. Bisher wurden allein in Slowenien an 540 Orten Massengräber gefunden. 2010 fand man ein weiteres Massengrab mit 700 Leichen in einem drei Meter breiten und 21 Meter langen Grab bei der Ortschaft Liescha (Leše), nahe der Grenze zu Kärnten. Die Ermordeten weisen massive Schlag- und Schußverletzungen auf. Einige wurden erschossen, die meisten grausam mit Stöcken und Äxten erschlagen.

Von den jugoslawischen Nachfolgestaaten will bis heute niemand die moralische Verantwortung für den Völkermord an Volksdeutschen und das Kriegsverbrechen an deutschen Soldaten übernehmen. Gern nimmt man dagegen deutsche (verlorene) Kredite entgegen. Ähnlich wie im Falle der Tschechei, die sich erfolgreich weigert, die mit Völkermord verbundenen Benesch-Dekrete aufzuheben, denkt keine Regierung der Nachfolgestaaten Jugoslawiens daran, in ihrem Land die illegalen, verbrecherischen AVNOJ-Gesetze aufzuheben und die juristischen und ökonomischen Folgerungen daraus zu ziehen. Wozu auch? In der EU sind sie trotzdem willkommen. Westliche Werter hin oder her! Und Kredite gibt es auch weiterhin von Deutschland in sagenhafter Höhe.

Hans Meiser

Deutsche in französischer Gefangenschaft

Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges waren viele Deutsche als Kriegsgefangene in Frankreich. Sie hatten meist ein besonders schweres Schicksal mit hohen Opferzahlen. Zu diesen Verhältnissen ergab sich im Sommer 1987 eine ausführliche Leserbrief-Folge mit Zeitzeugen in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung, nachdem der für die Kriegsgefangenen von Oktober 1945 bis Januar 1947 zuständige Mann im Pariser Kabinett des französischen Heeresministers, Professor Joseph ROVAN, zu den Zuständen in den Lagern verharmlosend Stellung genommen hatte.¹

Zu den ursprünglich in Frankreich und von den Franzosen selbst, auch nach Kriegsende und in Deutschland in ihrer Besatzungszone, gemachten 237 000 Gefangenen kamen die Hunderttausende, die von Paris als »Arbeitskräfte für den Wiederaufbau« von den anderen Alliierten angefordert und von den USA aus deren Hungerlager an Rhein, Mosel, Nahe und Neckar sowie von den Briten überstellt worden waren. Es sollen 638 000 von den Amerikanern und 25 000 von den Briten übergeben worden sein.² Diese Übergabe war ein klarer Verstoß gegen die Haager Landkriegsordnung, wurde aber nie gesühnt. Ende 1945 besaß Frankreich 825 000 deutsche Kriegsgefangene,³ nach Angaben von Joseph ROVAN 2 Millionen, nach Äußerungen in einem offiziellen Kommuniqué des französischen Außenministeriums vom 24. 4. 1948 1 035 000 deutsche Gefangene.⁴ Von den von den USA überstellten Gefangenen seien 30 000 bis 40 000 nicht wieder in ihre Heimat zurückgekehrt.⁵

Als Zahl offiziell in der französischen Gefangenschaft verstorbener Kriegsgefangenen wird eine solche um die 24 000 angegeben. Ferner gibt es nach den vom französischen Informationsdienst beim Ministerium für Jugend, Kunst und Wissenschaft herausgegebenen »Notes Documentaires et Etudes« vom 26. März 1946 167 000 Gefangene, die »aus verschiedenen Gründen« (perdus pour raisons diverses) in Frankeich umkamen.⁶

Insgesamt befanden sich 750 000 deutsche Kriegsgefangene im Jahre 1945 in Frankreich, einige sollten mehr als vier Jahre, bis zum Dezember 1948, im Lande bleiben.

¹ Joseph Rovan, »Die deutschen Kriegsgefangenen in Frankreich«, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 3. 8. 1987.

² Kurt W. BÖHME, *Die deutschen Kriegsgefangenen in französischer Hand*, München 1971. ³ Leserbrief des Richard FERSCHING, Pforzheim, »Französische Zeitungen verurteilten die Übelstände«, in *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 19. 9. 1987.

⁴ Ebenda.

⁵ Leserbrief des Präsidenten beim Bundessozialgericht a. D. Joachim RAACK, Kassel, »Bedrohlicher Versuch der Verharmlosung«, in: ebenda, 3. 9. 1987.

⁶ Leserbrief des Dr. Herbert A. KAMP, Saarbrücken-Dudweiler, »Die deutschen Kriegsgefangenen in Frankreich«, in: ebenda, 23. 9. 1987, siehe auch: ВÖНМЕ, ааО. (Anm. 2).

Deutsche in französischer Gefangenschaft

Für die Verschickung innerhalb Frankreichs wurden die sonst nirgendwo üblichen offenen Transporte eingesetzt, damit sich die Bevölkerung an den Wehrlosen von oben austoben konnte: »Mit den oben offenen Güterwagen fuhren die Züge meist langsam unter Brücken hindurch, fast schutzlos gegen Steinwürfe von oben. Wie viele deutsche Soldaten sind ermordet und verletzt worden?... Wir selbst mußten die Kameraden entlang der Bahnlinie verscharren, erschlagen wie räudige Hunde. kommandos schlim-Hunger und Grausamkeiten waren aber in den Arbeitskommandos schlimmer (als in Depots, R. K.). In Belfort galten im Sommer 1945 die Peugeot-Werke als >Todeskommandoc.«7

Ein anderer Zeitzeuge schrieb: »Ich selbst habe neben Kameraden gelegen, die in den berüchtigten Hungerlagern 1101 und 1102 Rennes an völliger, langer Unterernährung (sprich verhungern) gestorben sind. Ihre Skelette (Haut und Knochen, um es ganz deutlich zu sagen) wurden in längliche Holzkisten gelegt und mit LKWs abtransportiert.«8

Ein anderer Zeitzeuge bestätigte das: »Ich war – in den letzten Tagen des Kriegs gerade 18 Jahre alt geworden – 44 Monate lang in französischer Kriegsgefangenschaft. In dem großen Lager Poitiers, wohin ich am 6. Mai 1945 kam, sind viele Gefangene gestorben infolge Hungers und schauriger sanitärer Verhältnisse beziehungsweise dadurch bedingter Krankheit. Ich habe das selbst gesehen und hätte ohne die jugendliche Widerstandskraft und schließlich etwas Glück vielleicht auch nicht überlebt.«9

7 Leserbrief des Heinz HINKEL Ebsdorfergrund, »In den Arbeitsmer«, in: ebenda, 9. 10. 1987. ⁸ Leserbrief des Karl ALTHOFF. Zweibrücken, »Ein offizieller Bericht«, in: ebenda, 9, 10.

⁹ Leserbrief des Dr. Rüdiger KLEIN, Erzhausen, »Gespenstische Diskussion«, in: ebenda, 19. 9. 1987.

1987.



Viele Mythen ranken sich um das Lager Ban-Saint-Jean im Departement Moselle (Lothringen). Deutsche Kriegsgefangene werden im November 1945 gezwungen, ein Gräberfeld in Ban-Saint-Jean zu öffnen. Man hat gemutmaßt, daß die Deutschen das ab 1940 übernommene Lager als Vernichtungslager benutzt hätten. Bezeichnenderweise fand die angebliche Greueltate der Deutschen keine Erwähnung in Nürnberg, und auch kein internationales Gericht hat sich jemals damit befaßt. Quelle: http://membres.lycos.fr/campdebansaintjean/

Deutsche in französischer Gefangenschaft

Der Freiburger Historiker Rüdiger Over-MANS schätzt, daß bis Ende 1947 rund 50000 deutsche Kriegsgefangene der hochriskanten Zwangsarbeit des Minenräumens ausgesetzt waren. Viele kamen dabei um. Das Foto (Bildarchiv preußischer Kulturbesitz) zeigt deutsche Soldaten beim Minenräumen am Strand von Deauville (Basse-Normandie) im September 1944.



¹⁰ KAMP, aaO. (Anm. 6).

¹¹ Paul CARELL u. Günter BÖDDEKER, Die Gefangenen. Leben und Überleben deutscher Soldaten hinter Stacheldraht, Frankfurt/M— Berlin—Wien 1980, S. 175.

¹² RAACK, aaO. (Anm. 5).

¹³ Beispiele bei FERSCHING, aaO. (Anm. 3).

Ein Grund für die schlechte Behandlung durch die Franzosen war sicher auch eine gewisse Rache für die Niederlage von 1940 und für die Maßnahmen gegen die Résistance. So zierte den Eingang des Lagers Montendre im Jahre 1945 der Hinweis: »Franzosen, vergeßt nicht Oradour und Lidice; seid gerecht, aber erbarmungslos.« (sans pitié)¹² Eine ganze Reihe von erschütternden Berichten von Erlebniszeugen bringt CARELL.¹¹

Es sei aber auch angegeben, daß einzelne französische Zeitungen früh die Mißstände anklagten und Journalisten sich für Frankreich schämten.¹³ Auch von einzelnen Franzosen wurde manchen Deutschen geholfen.

Rolf Kosiek

Bei der Betrachtung der Holocaust-Opfer wird oft deren lebenslanges Trauma erwähnt. Daß die Ost- und Sudetendeutschen bei ihrer Vertreibung teilweise auch die schlimmsten Folterungen und Mißhandlungen erleiden mußten, von denen ihr ganzes folgendes Leben geprägt war, kommt selten zur Sprache. Der folgende Beitrag soll diese Lücke schließen.

Der 1934 aus Deutschland emigrierte Psychiater und Psychoanalytiker William G. Niederland beschäftigte sich mit dem lebenslang anhaltenden Trauma von Menschen, die im Laufe ihres Daseins unsagbarem Leid ausgesetzt waren. Niederland profilierte sich vor allem als Fürsprecher und Seelsorger für im Dritten Reich verfolgte Menschen. Mitte der achtziger Jahre stellte er fest: »Zwar endete die nationalsozialistische Herrschaft vor mehr als 40 Jahren, die Folgen für die Überlebenden sind jedoch keineswegs überwunden. Bereits 1964 führte ich den Begriff sÜberlebenden-Syndrom« ein«.¹ Nach den Erkenntnissen Niederlands schlagen sich die Hauptmerkmale dieses Syndroms unter anderem wie folgt nieder:

»1. Eine alles beherrschende depressive Verstimmung mit mürrischem Verhalten, eine Tendenz zu Rückzug, Apathie und wortloser Trauer, letztere gelegentlich durch kurzlebige Wutausbrüche unterbrochen; Fehlen von Interesse und Initiative; Gefühle von Unsicherheit, Mißtrauen und Hilflosigkeit. . .

2. Ein schwerwiegender, beharrlicher, zumeist jedoch innerlich unbewußter Schuldkomplex, der von einer inneren Überlebensschuld herrührt und sich unbewußt oder bewußt auf die Frage zentriert: Warum habe ich das Unheil überlebt, dem die anderen von mir geliebten Menschen – die Eltern, Kinder, Geschwister, Freunde, Lebensgefährten – erlagen?...

3. Angst- und Erregungszustände, die Schlaflosigkeit, Alpträume, innere Spannung. . . verursachen. . .

5. Die Persönlichkeitsveränderungen und seelischen Störungen führen, da sie als Dauerstörungen anhalten und innerlich fortwährend wirksam sind, im Laufe der Zeit bei den meisten der ehemals Verfolgten auch zu somatischen Leidenszuständen, die sich im körperlichen Bereich als Magen-, Herz-, Darm-, Gefäß- und sonstige Krankheiten (Blutdruckerhöhung, vorzeitige Alterung, Arterienverkalkung usw.) kundtun. Kopfschmerzen, Gliederschmerzen, Händezittern, sogenannte rheumatische Beschwerden sind bei ihnen die Regel, nicht die Ausnahme. . «²

¹ William G.
Niederland, »Die verkannten Opfer:
Späte Entschädigung für seelische
Schäden?« in:
Ludolf Herbst u.
Constantin Goschler (Hg.), Wiedergutmachung in der
Bundesrepublik
Deutschland, R.
Oldenbourg,
München 1989,
S. 351.

² Ebenda, S. 353 f.

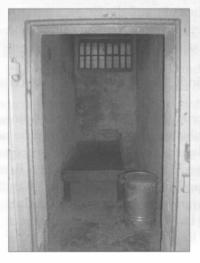
3 Diese und viele andere Dokumente sind erstmals veröffentlicht worden bei: Claus NORDBRUCH, Der deutsche Aderlaß. Alliierte Kriegspolitik gegen Deutschland nach 1945, Tübingen 32012. Die hier genannten Primärquellen werden im Lastenausgleichsarchiv in Bayreuth aufbewahrt und werden nach dem dort archivierten Kürzel Ost-Dok. (für Ost-Dokumentation) zitiert. 4 Hierbei sind nicht die etwa 30 000 Mitteldeutschen eingeschlossen, die in Lager östlich der Oder-Neiße-Linie verschleppt und interniert wurden.

Falls diese psychologischen Erkenntnisse zutreffend sind, können sie nicht nur auf ein bestimmtes Volk oder eine bestimmte Volksgruppe Anwendung finden. Im Falle ihrer Richtigkeit müssen sie allgemeingültig sein. Demnach finden wir diese »zerrissenen Seelen« auch unter den Millionen deutschen Vergewaltigten, Vertriebenen und Verschleppten – vor allem aber auch unter den Hunderttausenden Inhaftierten, die in den Gefängnissen und Konzentrationslagern der Gewalt der neuen kommunistischen Machthaber ausgesetzt waren und mittels ausgefeilter Methoden psychischen Terrors und physischer Folterung zu »zerrissenen Seelen« wurden.

Im folgenden werden Dutzende bislang unveröffentlichte Berichte und Aussagen von Zeitzeugen dokumentiert, die von etablierten Politikern, Historikern und Schriftstellern übergangen werden.³ Sie sind in ihrer Aussagekraft so stark, daß die gängige Geschichtsschreibung über die Kriegsverbrechen und Nachkriegsverbrechen an Deutschen im kommunistischen Machtbereich konkretisiert werden muß.

Außer in der Sowjetunion selbst richtete die sowjetische Besatzungsmacht gerade in ihrer mitteldeutschen sowjetischen Besatzungszone, der SBZ, Straflager – sogenannte Speziallager – ein. Diese befanden sich in Mühlberg bei Riesa, Buchenwald bei Weimar, Hohenschönhausen in Berlin, Bautzen, Ketschendorf bei Fürstenwalde, Jamlitz bei Lieberose, Sachsenhausen (Oranienburg), Fünfeichen bei Neubrandenburg und zwei in Torgau (Fort Zima und Seydlitz-Kaserne). In diesen Speziallagern waren von Mai 1945 bis August 1950 mindestens 122671 Deutsche und 34706 sowjetische Staatsbürger interniert. Offensichtlich war die Behandlung dieser Internierten aber grundsätzlich unterschiedlich: Von den Deutschen starben während der Internierungszeit 35 Prozent, von den

Links: Gedenkstätte Hohenschönhausen in Berlin: Zelle im Kellergefängnis, dem sogenannten ¿U-Boot«. Rechts: Den Aussagen eines Zeugen nachempfundene Wasserfolter-Zelle, wie sie von der sowjetischen Geheimpolizei 1947 errichtet wurde.





Sowjetbürgern 1 Prozent.⁵ Wie läßt sich die hohe Sterberate unter Deutschen erklären?

Die Verhältnisse in den Konzentrationslagern der sowjetischen Besatzungszone, so klagte der britische Vertreter der Vereinten Nationen an, hätten sich im Vergleich zu den ehemaligen nationalsozialistischen Konzentrationslagern verschlechtert: »Eine vor einem Jahr unternommene Untersuchung zeigte, daß die Anzahl der Internierten in den Konzentrationslagern augenblicklich größer ist als im Jahre 1939. Es liegen gute Gründe für die Annahme vor, daß 200 000 bis 300 000 Gefangene in den sechs Haupt- und sechs oder sieben Nebenlagern interniert sind. . . Obgleich die Sterblichkeitsrate extrem hoch war, waren die Lager immer voll. Die Gefangenen setzen sich nicht nur aus Nazioffizieren und Kriegsverbrechern zusammen, sondern auch aus Frauen, Kindern und einer großen Anzahl von Jugendlichen, die ohne bekannten Grund festgenommen worden sind.«6

Im jugoslawischen Machtbereich

Insgesamt sind von den etwa 200 000 Volksdeutschen, die dem Terrorregime Titos in die Hände gefallen waren, durch Erschießungen und Internierung in Arbeits- und Vernichtungslagern mindestens 64 000 Zivilpersonen zu Tode gekommen. Diesen Toten sind noch einmal 80 000 deutsche Kriegsgefangene, die meisten von ihnen ehemalige Angehörige der SS-Gebirgsdivision Prinz Eugen, hinzuzuzählen, die zum größten Teil nach dem 8. Mai 1945 ermordet worden sind.⁷

Im September 1946 schreibt der ehemalige KL-Häftling (Rudolfsgnad) Wilhelm NEUNER: »Niemals hat einer von uns von der UNRRA [United Nations Relief and Rehabilitation Administration, Die Nothilfe- und Wiederaufbauverwaltung der Vereinten Nationen, C. N.] oder vom Roten Kreuz etwas bekommen, und dennoch sind wir gerade die bedürftigsten aller Menschen in Jugoslawien. Seit zwei Jahren hat in den jugoslawischen Lagern noch keiner von uns Fleisch zu essen bekommen. Kein freier Mensch darf mit uns sprechen. Wir dürfen unseren Familienmitgliedern, welche von uns getrennt in anderen Lagern eingesperrt sind, nicht einmal schreiben und uns schon im zweiten Jahr nicht einmal erkundigen, wo sie sind und wie es ihnen geht. Für uns gibt es keine Post. Wir dürfen nichts lesen und nichts wissen und nichts erwerben und nichts besitzen. Für unsere Kranken gibt es keine Spitalspflege und Medikamente. Sehr häufig wurden die Kranken ganz einfach durch die Partisanen getötet. . . Viele Tausende Deutsche sind als Sklaven an private Interessenten verkauft. Der Preis für einen deutschen Sklaven aber beträgt 800-1800 Dinar monatlich, welches Geld die Lagerbehörden einkassieren. Vergewalti-

⁵ Vgl. Alexander VON PLATO (Hg.), Studien und Berichte. Bd. 1: Sowjetische Straflager in Deutschland 1945 bis 1950, Berlin 1998, S. 43 f.

⁶ United Nations (Hg.), Report of the ad hoc committee on Forced Labour, Genf 1953, S. 260 f. (Vgl. auch S. 449.) [Übersetzung vom Verf., C.N.]

 Vgl. Arbeitskreis Dokumentation
 (Hg.), Verbrechen an den Deutschen in Jugoslawien 1944-1948. Die Stationen eines Völkermords, München ²1998, S. 275 f.

gungen deutscher Frauen und Mädchen sind nichts Seltenes gewesen. In Cernje, wo einige Zeit die Zigeuner die Macht in den Händen hatten, wurden von diesen eines Tages 174 Deutsche erschossen, und es wurde darauf öffentlich verkündet, daß sie, das heißt die Zigeuner, von der Behörde das Recht erhalten hätten, in der darauffolgenden Nacht die deutschen Frauen und Mädchen dieser Gemeinde zu vergewaltigen und umzubringen. Daraufhin haben dortselbst aus Verzweiflung an einem einzigen Abend 75 Deutsche, meist Frauen und Mädchen, Selbstmord begangen. Sie hängten sich auf. Mütter warfen ihre Kinder in die Brunnen und stürzten sich selbst nach. . . Und keine Behörde kümmert sich darum, und niemand wird wegen der Ermordung von deutschen Zivilisten zur Verantwortung gezogen«!⁸

⁸ Ost-Dok. 2, Nr. 395/110 f.

Die Kinder litten ganz besonders. Karoline B., Internierte in Rudolfsgnad, hatte zufällig einmal im Kinderlager zu tun gehabt. Ihre Beschreibungen eines sogenannten Kinderraumes sind reines Entsetzen: »Es waren Kinder vom Säuglingsalter bis zu 16 Monaten, deren Eltern gestorben waren. Keines von diesen armen Kleinen konnte stehen oder gar gehen, sie lagen auf ihrem Platz oder rutschten am Bauch im Raum herum. Der Raum war voll Kinderkot und stank erbärmlich. Die Kinder weinten furchtbar, waren ganz bleich und abgezehrt. Sie waren am ganzen Körper mit Kot verschmiert, der teilweise schon fest angetrocknet war. Ich konnte das nicht ansehen, schrie auf und lief weinend hinaus und fragte dort die Frauen, ob denn niemand hier sei, der sich dieser armen, verlassenen Kinder annähme. Die Frauen sagten mir, daß sie nicht helfen können, weil sie keine Windeln oder Handtücher, keine Waschbecken, kein Wasser, keine Seife – also praktisch gar nichts – haben. Sie verlangen von der Lagerleitung ständig wenigstens das Allernotwendigste, doch gibt man ihnen nichts und sagt: Sie sollen krepieren« Und das taten sie im wahrsten Sinne des Wortes. Ende April 1946 waren in Rudolfsgnad rund 46 Prozent der Insassen Kinder unter 14 Jahren, deren Eltern verschollen oder aber ermordet oder verschleppt worden waren. Die Kinder verwahrlosten, unterernährt und verlaust, unter himmelschreienden Verhältnissen und starben zu Hunderten.

⁹ Ost-Dok. 2, Nr. 389/9.

Helene R. wurde nach Wochen der Drangsalierung durch die jugoslawische Geheimpolizei (OZNA) im Dezember 1944 ohne vorheriges Verhör für mehrere Wochen in das Gefängnis des Militärgerichts in Sombor gesperrt. »Während dieser Zeit erhielt ich den Auftrag, für die in einer Garage im selben Gebäude eingesperrten Männer das Essen auszuteilen. In dieser Garage waren etwa 150 Männer, alte und junge, sieben volle Wochen in Ketten gelegen. Die Ketten waren ihnen so fest geschnallt, daß alle blutige Wunden an den Händen hatten. Sie wurden ihnen in den sieben Wochen kein einziges Mal, weder beim Essen, noch

beim Austreten, abgenommen. Die Männer waren äußerst mangelhaft bekleidet, die Kleider waren ihnen größtenteils weggenommen, sie lagen in den kalten Dezembertagen fast nackt in zerrissenen Hemden oder Unterhosen, vollkommen verlaust und schmutzig auf dem Betonboden der ungeheizten Garage. Das Essen wurde ihnen in insgesamt 15 Eßschalen auf dem Fußboden gereicht. Zwei und zwei Männer löffelten liegend mit zusammengeketteten Händen die verabreichte Suppe.«¹⁰

Im Januar 1945 wurde Helene R. ins Gerichtsgefängnis nach Neusatz (Novi Sad) überstellt: »Hier war ich in einem Zimmer mit über 100 Personen, mit Männern und Frauen, alten und jungen, so eng zusammengepfercht, daß wir nur auf einer Seite liegen konnten. Das Zimmer war ungeheizt, die Fensterscheiben zerbrochen, wir lagen auf völlig verlaustem Stroh. Es gab keine Waschmöglichkeit – sechs Wochen hatte ich die Kleider nicht vom Leibe genommen. Durch die Ausdünstungen der vielen Gefangenen waren die Wände durchwegs feucht. Nur zweimal täglich (morgens und abends) konnten wir austreten. Zwei WC standen für 800 Personen zur Verfügung, diese waren aber so schmutzig, daß uns der Kot bis an die Knöchel ging.«¹¹

Drei volksdeutschen Frauen aus Sekiè war es im Januar 1947 gelungen, aus dem jugoslawischen Vernichtungslager Kruševlje auszubrechen und nach Salzburg zu fliehen. Dort sagten sie vor Vertretern der Amerikanischen Wohlfahrt und des Internationalen Roten Kreuzes unter anderem folgendes aus: »Täglich starben 20-30 Menschen. Diese wurden an Händen und Füßen gebunden, die Kleider nahmen wir ihnen vom toten Körper, da unsere total abgerissen waren. Die Toten wurden in Massengräbern verscharrt. Bei anderer Gelegenheit wurden 3 Frauen vom Lagerkommandanten erschossen, weil sie für ihre Kinder Nahrung bettelten und dabei ertappt wurden. Die Hinrichtung wurde mittels Trommelschlag im Lager bekanntgegeben. Man wollte ein Exempel statuieren und zwang viele, dem Schauspiek beizuwohnen. Nach der Erschießung wurden sie auf einen Wagen geladen, und zur Grabstätte geführt. Zwei der Frauen hatten kleine Kinder. Die eine Frau, scheinbar bei der Exekution schlecht getroffen, richtete sich vor dem Friedhof im Wagen auf und rief: Ich möchte nur noch einmal mein Kind sehen, und wenn mein Mann einmal fragt, wo ich bin, so sagt nur, ich bin erschossen worden, weil ich Nahrung betteln ging, um mein Kind zu retten.« Da riefen die Totengräber: Der Kommandant soll kommen! (Dieser kam mit der Pistole und schrie: Der schwäbische Hund lebt auch noch! Er schoß noch 3 Kugeln hinter ihr her und fügte schnaubend hinzu: ›Mit dieser zuerst ins Loch!««12 Die Westalliierten, also die demokratischen Sieger, waren über die völkerrechtwidrigen, kriminellen Verhältnisse im Machtbereich ihrer ehemaligen Verbündeten informiert – und reagierten nicht.

¹⁰ Ost-Dok. 2, Nr. 401/44 f.

¹¹ Ost-Dok. 2, Nr. 401/46.

¹² Ost-Dok. 2, Nr. 404/35.

Im tschechischen Machtbereich

Über die Verhältnisse in tschechischen Lagern und Gefängnissen sind Unmengen von bislang unveröffentlichten Aussagen über Demütigungen und Tötungen dokumentiert: »Nach Aussagen von Geistlichen, die selber durch Wochen in solchen Lagern weilten, sind die Behandlung so brutal, die sanitären Verhältnisse so ungenügend und die Verpflegung so unzureichend, daß dagegen die deutschen Konzentrationslager Dachau und Buchenwald als Sanatorium erscheinen müssen. Amerikanische Ärzte, die das Lager am Strahover Stadion besuchen konnten, bestätigten diese Aussagen. Verstümmelungen Lebender und öffentliche Hinrichtungen in Zwangsgegenwart von Frauen und Kindern, auch Schwangeren, in Lagern und auf Marktplätzen sind vielfach bezeugt.«¹³

¹³ Ost-Dok. 2, Nr. 316/117.

Der Jurist Wolfgang August KOBERG berichtet von einer ganzen Palette von diabolischen Maßnahmen, die im tschechischen Gefängnis lägerndorf, Regierungsbezirk Troppau, angewandt wurden, um die Deutschen zu erniedrigen und zu töten: »Da war zuerst einmal ›Ehrenbezeugung« für einen die Zelle betretenden oder mit uns sprechenden Tschechen: Sowie sich der Schlüssel in unsere Zellentür schob, hatten wir alle aufzuspringen, beide Arme hochzuheben (wie zu verdoppeltem Hitlergruß) und, nachdem einer gemeldet hatte: ›Zelle X mit Y Manne (tschechisch natürlich), hatten wir tschechisch im Chor zu sagen: >Wir danken unserem Führer Adolf HITLER, daß wir hier sind! Deutschland, Deutschland über alles! Und es war, wenn ein neuer Insasse der Zelle zugewiesen wurde, unsere erste, dringende Sorge, ihm, der in den meisten Fällen noch nie ein Wort tschechisch gesprochen hatte, dieses Sprüchlein fließend beizubringen; denn wehe dem Armen, der bei der ersten Öffnung der Zelle nicht laut, klar und fehlerlos mitgesprochen hätte – er wurde sofort auf den Gang geholt, auf die Erde geworfen und verprügelt, immer wieder gefragt: ¿Wie heißt das? Und wenn er jetzt in Angst und Schmerz natürlich erst recht außerstande war, die fremden Wörter fehlerlos herzusagen, weiter geprügelt, bis er ohnmächtig in die Zelle zurückgeschleudert wurde. . . Eine beliebte Abart des einfachen Prügelns war es auch, das Opfer immer wieder über eine gewisse Stelle der Kreuzgegend zu schlagen, wodurch mit ziemlicher Sicherheit in einiger Zeit eine unwillkürliche Stuhlentleerung herbeigeführt wurde. Der Geprügelte wurde dabei immer wieder gefragt: >Hast Dich schon beschissen?« Und wenn es endlich soweit war, begannen wüste Beschimpfungen und Verhöhnungen der deutschen Schweine und wurde das jeweilige Opfer, um es zur Sauberkeit zu erziehen, gezwungen, den Schmutz aus seinen Hosen unmittelbar mit dem Munde wegzufressen und zu verschlingen.«14

¹⁴ Ost-Dok. 2, Nr. 289/65.

Eine Mutter berichtet über die Behandlungsweise ihres Sohnes und anderer junger Soldaten der Wehrmacht im Internierungslager Olmütz-

Hodolein: »Was diese armen Jungen mitgemacht haben, das kann ein Mensch kaum aushalten, und wir Mütter mußten dabei stehen, auch wurden uns Hundepeitschen in die Hand gedrückt, damit wir unsere eigenen Kinder schlagen. Nackt stellte man diese an die Wand, und mit zwei Peitschen zugleich wurde auf die Jungen eingeschlagen, dazu rieb man sie noch mit Salz ein und legte sie wieder in eine Badewanne, um das Blut abzuwaschen.«15 Das Auspeitschen schien sich in Olmütz bei dem tschechischen Personal besonderer Beliebtheit zu erfreuen. In einem weiteren Bericht, der von elf ehemaligen internierten Frauen und Männern unterzeichnet ist, erfahren wir weiteres über die Verhältnisse in diesem Lager: »Fast alle Männer, Burschen und auch viele Mädchen und Frauen wurden so mißhandelt, wie es die Welt noch nicht gesehen hat. Mit Hundepeitschen und Gummiknüppeln wurden im Takt, jedem 50-70 Hiebe in einer Nacht verabreicht, so daß das Blut von den Körpern rann, mit den Stiefeln auf den wimmernden Menschenleibern herumgetreten, mit Fausthieben in Magen und Gesicht geschlagen, daß sich fast jeder nur gewünscht hat, wenn doch der erlösende Tod ein Ende machen würde. Viele Frauen und Mädchen wurden ausgesucht, mißbraucht, nackt ausgezogen und mit Brennesseln, die sie in der Nacht selbst suchen mußten, gepeitscht, bis das Blut vom Körper rann.«16

Sadistische Gemeinheiten und Quälereien werden auch aus dem Konzentrationslager Rabstein/Sudetenland berichtet. Ein Insasse des KL Rabstein erinnert sich seiner entsetzlichen Erlebnisse: »Die Zähne wurden uns meistens mit einer gewöhnlichen Zange herausgerissen, und auf die Wunden mußten wir dann vom Hof den Kot zusammenfressen. Noch eine unmenschliche Behandlung habe ich vergessen, mit anzuführen, nämlich: Man hat auch uns Häftlingen einen Lappen in den Mund gesteckt, damit man nicht brüllen konnte. So mußten wir dann die Hände hinhalten, wo so lange auf die Fingernägel mit dem Gummiknüppel geschlagen wurde, bis sie vollständig losgingen und vollends abgerissen wurden. Das genügte jedoch noch nicht, denn man mußte dann die wunden Finger in einen Salznapf eintauchen, ohne daß man nur den gering-

sten Laut von sich geben durfte.«17

Besonders waren junge Angehörige der SS den Quälereien des tschechischen Konzentrationslagerpersonals ausgesetzt: »So habe ich gesehen, daß man ihnen in den Mund einen Leitungsschlauch steckte, ihn am Kopf festmachte und dann das Wasser mit Druck in den Körper laufen ließ und zu gegebener Zeit dann mit Messern in den Leib stach, so daß das Wasser bei den Wunden herauskam. Bei einigen habe ich bis 280 Messerstiche gezählt. Zungen, Ohren, Augen, Lippen, Finger, Nasen, ja selbst Geschlechtsteile waren keine Seltenheit, die ich beim Zusammenputzen vorfand.«¹⁸ Immer wieder trifft man in den Dokumen-

¹⁵ Ost-Dok. 2, Nr. 309/9.

¹⁶ Ost-Dok. 2, Nr. 309/65.

¹⁷ Ost-Dok. 2, Nr. 267/21 f.

¹⁸ Ost-Dok. 2, Nr. 267/19.

ten auf Fallbeschreibungen von bestialischen Verstümmelungen. Einem Augenzeugenbericht des tschechischen Konzentrationslagers Theresienstadt entnehmen wir: »In den nächsten Tagen gingen Arbeitskommandos an verschiedene Arbeitsstellen. Ich erhielt mit anderen die Aufräumungsarbeiten der Einzelzellen, wo die Erschlagenen lagen. Zentimeterhoch lagen das geronnene Blut, abgeschlagene Ohren, ausgeschlagene Zähne, Hautteile mit Haaren vom Kopfe, Gebisse und dergleichen herum. Der durch Blut und dergleichen verbreitete Gestank machte das Waschen der Zellen und Gänge bald unmöglich.«¹⁹

¹⁹ Ost-Dok. 2, Nr. 312/221

Die sanitären Einrichtungen in tschechoslowakischen Konzentrationslagern waren mit mitteleuropäischem Standard des 20. Jahrhunderts nicht zu vergleichen. Am 7. September 1945 wurde Franz Voit aus Roßhaupt, Kreis Tachau. von tschechischen Zollbeamten verhaftet und in das auf dem Gelände der städtischen Tabakfabrik errichtete Konzentrationslager Tachau gesperrt. Seinen Aufzeichnungen aus dem Jahre 1952 zufolge spotteten die sanitären Einrichtungen jeder Beschreibung: »Für 800 Mann gab es 4 Aborte, zum Verrichten der kleinen Notdurft waren daneben 3 Blecheimer aufgestellt. Im Waschraum waren ungefähr 8 Waschgelegenheiten (ich weiß es nimmer genau). Nach der Tagwache und um 8 Uhr abends wurden wir in Gruppen zu den Aborten und dem nebenan liegenden Waschraum gelassen. Es ist unvorstellbar, was sich dort abspielte. Jeder hatte, bedingt durch die wässrige Kost, den Drang in sich, so bald als möglich an die Reihe zu kommen. Beim Verrichten der kleinen Notdurft mußte jedes Anstandsgefühl bei Seite gelassen werden. In den Aborten kein Papier zum Reinigen, und viele hatten Durchfall, man kann sich keinen Begriff machen, wie diese Aborte aussahen.«20

²⁰ Ost-Dok. 2, Nr. 285/101.

Über die Behandlung von Kranken, die nichts anderes als brutal Gepeinigte und Gequälte waren, ist folgende Methodik dokumentiert: »Bei vielen zeigten sich nach 2 bis 3 Tagen Geschwülste am Rücken, Halse, Kopf und Armen. Köpfe sahen aus wie Masken, alles geschwollen, die Augen herausstehend, die Lippen wülstig, die Ohren abstehend, der ganze Kopf um vieles vergrößert, ein Anblick zum Erbarmen. Nach zwei Tagen wurde ich zum Krankenrevier kommandiert. Es bestand aus 5 Einzelzellen, darin lagen bis zu 5 Mann, teilweise liegend, teilweise in Hokkestellung oder sitzend. Dort sah ich etwas, was mir den größten Schrecken einjagte: Patienten aus den Zellen wurden vollkommen entkleidet, auf eine Bahre von uns gelegt und erhielten vom Arzt eine Injektion eines schnell wirkenden Giftes. Diese Leute starben innerhalb einer Minute. Ich gebe zu, daß diese Injektion für viele eine Erlösung bedeutete, aber es waren auch Leute dabei, die leicht hätten ausgeheilt werden können. Die Beseitigung der Kranken auf diese Art wurde von der Kommandantur der Festung befohlen.«21

²¹ Ebenda.

Franz Voit beschreibt auch die Behandlung von Kranken im tschechischen Konzentrationslager Tachau. Sie war nichts anderes als furchtbare Folter: »Wir hörten die Schmerzensschreie der Gemarterten, das dumpfe Hinfallen der Körper auf den Beton, das Brüllen der Peiniger, immer wieder schrieen sie Auf!k und schlugen dabei taktmäßig – wie beim Getreidedreschen – auf ihre Opfer ein. Dann wieder das Schleifen eines schweren Körpers den Gang entlang im Waschraum zur Brause. Während ein Mann gemartert wurde, mußten die anderen zusehen, bis an jeden die Reihe kam. Auch die Frauen wurden gezwungen, diesem schrecklichen Schauspiel zuzusehen. Sobald einer bei Besinnung war, wurde er weiter gequält, hatte er diese verloren, so übergossen sie ihn mit einem Kübel Urin, oder sie schleppten ihn zur Brause«,²²² und die ›Behandlung begann von neuem.

Die allgemeine und übliche ›Fürsorge‹ von Kranken und Verwundeten widersprach sämtlichen Grundsätzen kultivierter Menschen. »Tschechische Ärzte lehnen es ab, Geschlechtskrankheiten zu heilen, welche die Folge von Vergewaltigungen sind, obwohl sie von den deutschen Frauen darum angefleht werden. Syphilis wird überhaupt nicht kuriert. Tripper heilt man mit einigen Tabletten, die für genügend erachtet werden. Alle übrigen Medikamente werden den Flüchtlingen verweigert. Verwundete Soldaten, in deren Schwären es von Würmern wimmelt und die ganz mit Aussatz bedeckt sind, werden einfach ihrem Schicksal überlassen. Sie müssen einander behandeln und empfangen weder Verbandszeug noch Salbe. Personen, die noch keine Ruhr haben, werden gezwungen, die schmutzige Wäsche Ruhrkranker abzulecken, je nachdem es den Soldaten gefällt, die ihnen die infektiösen Wäschestücke ins Gesicht werfen. Weigern sie sich, dies zu tun, werden sie bis zur Bewußtlosigkeit geprügelt.«²³

Schikanen und Verbrechen, wie sie in der Vorstellungswelt von Kulturmenschen nicht existieren, waren im Machtbereich der Tschechen an der Tagesordnung. Im Bezirksgefängnis Brünn wurden die Internierten »mit Geißeln blutig gepeitscht, einzelne wurden gezwungen, den Spucknapf auszutrinken, menschlichen Kot zu essen«. Im Gefängnis in Mährisch-Trübau profilierte sich vor allem der als Kerkermeister fungierende Säufer und Sadist Mirko Meril, der seinen ihm schutzlos ausgelieferten Häftlingen täglich und nächtlich mehrmals mit einer Lederpeitsche oder einem Gummihammer das Verständnis tschechischer Kultur nahebrachte. »Das allergemeinste aber war es, wenn im Vorraum der Kerkermeister aus einem Kübel, worin sich der Inhalt eines Zimmerklosetts befand, mit einer alten Konservenbüchse schöpfte [und] beinahe uns allen diese Jauche zu trinken gegeben wurde. Wer nicht trank, wurde so lange geschlagen, bis der scheußliche Inhalt ausgetrunken war.«²⁴

²² Ost-Dok. 2, Nr. 285/113.

²³ Ost-Dok. 2, Nr. 312/227.

²⁴ Ost-Dok. 2, Nr. 269/12.

Rudolf Bauer, ehemalige Direktor einer Weberei und Tuchfabrik in Senftenberg/Böhmen, berichtet über die Foltermethoden der Tschechen im Gefängnis Senftenberg: »Wöchentlich ca. 3- bis 4mal wurden wir einem Verhör unterzogen, wobei fast jedesmal wieder Prügel verabreicht wurden. Junge tschechische Partisanen kamen in betrunkenem Zustand in unsere Zelle, steckten uns Papiertüten zwischen die Zehen, in Mund und Nase und zündeten diese an. Wer die Qualen nicht aushielt, mußte sich wiederum einer Prügelstrafe unterziehen. Dabei tanzten die Tschechen johlend um uns herum.«²⁵

Die grauenhaften Foltermethoden während sogenannter Verhöre

Ost-Dok. 2,
 Nr. 304a/7.
 Ost-Dok. 2,
 Nr. 296/147.



überstiegen die Vorstellungskraft zivilisierter Menschen: »Dem Gustav HESCHL, 65 Jahre alt, wurden bei einem solchen Verhör Stecknadeln unter die Finger- und Fußnägel getrieben, brennende Zünder an die Beine gehal-

brennende Zünder an die Beine gehalten und dann Phosphorköpfchen in den Brandwunden verrieben. Mit einem kleinen Schraubstock, wie ihn Uhrmacher benützen, [wurden] mehreren Männern Daumen und Lippen«²⁶ zerquetscht.

Ein aus Mährisch-Schönberg stammender Polizist, der im Mai von den Tschechen in das Bezirksgerichtsgefängnis in Neu-Bydzow eingesperrt war, berichtet nicht nur von ständigen Folterungen an deutschen Kriegsgefangenen, sondern schildert auch deren Exekution. Am 25. Mai 1945, früh morgens um 4 Uhr, wurde der Berichterstatter mit anderen Gefangenen aus der Zelle geholt und mit Schaufeln und Spitzhakken ausgerüstet. Sie mußten in einen Lastwagen steigen. »In einen nebenstehenden, verschließbaren Lastkraftwagen kamen 25 deutsche Soldaten aus dem >Waschraum [= Folterkammer, C.N.].

Im böhmischen Joachimsthal (heute: Jáchymov) errichtete der sowjetische Geheimdienst NKWD einen 18 Lager umfassenden atschechoslowakischen Gulag«, in dem vorwiegend deutsche Kriegsgefangene und nicht-vertriebene Einwohner untergebracht waren. Zweck war der Uranabbau für das sowjetische Atombombenprojekt und die entstehende sowjetische Atomindustrie durch Zwangsarbeiter. Insgesamt durchliefen die Lager rund 100 000 politische Häftlinge und über 250 000 Zwangsverpflichtete. Man geht davon aus, daß rund die Hälfte von ihnen nicht überlebt hat. Die Abbildung zeigt die Stiege zum Arbeitslager mit Gedenktafel.

Sie mußten sich alle in dem Wagen auf den Bauch legen, worauf das Auto verschlossen wurde. Nun fuhren wir, streng bewacht, durch die noch schlummernde Stadt hinter die städtische Ziegelei zu einem Waldrande. Hier stiegen wir ab, die Soldaten wurden herausgelassen und mußten die Werkzeuge von uns übernehmen. Ihre abgehärmten, wundgeschlagenen Körper, die tiefeingesunkenen, matten Augen in den aschgrauen, angsterfüllten und todernsten Gesichtern boten ein Bild des Entsetzens, einen Anblick des Jammers, der mich stets, auch in meinen tiefsten Träumen, verfolgen wird. Während die unglücklichen Opfer nun so dastanden und sich auf ihren Tod vorbereiteten, wurde inzwischen vor ihnen eine Fläche von ungefähr 7 x 2 m angezeichnet, auf der sie ihr eigenes Grab ausheben mußten. Sie schaufelten, bis die Grube eine Tiefe von etwa 1 Meter erreichte, dann mußten sie sich in einen Kreis stellen, auf ausdrücklichen Befehl noch ihre Köpfe senken, und schon krachten Schüsse aus den Maschinenpistolen. Dum-Dum-Projektile durchbohrten ihr Genick, daß das Hirn aus den Schädeln spritzte. Alle sinken zu Boden, baden sich im eigenen Blute, manche bewegen sich, zucken noch. Wir aber müssen sie schon in die Grube werfen und gleich verscharren. Eine gräßliche Schlächterei, wie man sie sich nicht ärger vorstellen kann, hat ihr Ende gefunden.«27

Was hatten die Tschechen mit derartigen Perversitäten und unvorstellbaren Grausamkeiten bezweckt? Für das ehemalige Opfer Wolfgang KOBERG gibt es hierüber keinen Zweifel: Auf solche Weise »hatten diese Untermenschen aus dem Gefühl ihrer Minderwertigkeit heraus sich bemüht, geistige Überlegenheit zu vernichten oder wenigstens äußerlich sich untertänig zu machen«.28 Eine Erklärung, die selbstverständlich kaum Resonanz fand. In der tschechischen Presse wurden die dokumentierten Greuel mit einer Dreistigkeit geleugnet, die kaum weniger menschenverachtend ist als die geschilderten Verbrechen selbst. Die tschechoslowakische Zeitung Strá Severu sah sich veranlaßt, auf die zunehmende Kritik aus dem Ausland über die Behandlung der Deutschen durch die Tschechen Stellung zu nehmen. Am 13. Januar 1946 hieß es dort: »Die Freundchen der Deutschen im Grenzgebiet haben ständig Angst, ob wir die Nazis hier nicht am Ende foltern, ob sie nicht vor Hunger umkommen und ob es ihnen um Gottes willen hier nicht am Ende schlecht geht. Wir können diese Besorgten damit trösten, indem wir ihnen nicht nur erzählen, was wir gesehen haben, sondern auch die Aufnahmen zeigen, die wir bei einer schnellen Besichtigung gemacht haben. . . Wir betrachteten die modernen, wenn auch einfach eingerichteten Waschräume mit Duschen und Wasserleitungen, wir besichtigten die Vorratskammer und die gut eingerichtete Küche. . . In der Küche arbeiten nur Internierte. Der Lagerkommandant ruft einen herbei und läßt ihn erzählen, was es zu ²⁷ Ost-Dok. 2, Nr. 304a/3 f.

²⁸ Ost-Dok. 2, Nr. 289/65 ff.

Weihnachten zu essen gegeben hat. Der bescheidene Nazi zählt auf: 142 kg Rindfleisch, 20 kg Wurst, 54 kg Speck (das alles für 320 Personen), und ieder bekam außerdem noch einen Weihnachtsstollen... Wir besichtigten auch die Unterkünfte. Iedes Zimmer besitzt aus den Reihen der Internierten einen Kommandanten, ebenso jede Baracke und die Selbstverwaltung der Internierten gipfelt in der Person des sogenannten Lagerältesten. Diese Leute sind verantwortlich für Disziplin, Ordnung, Sauberkeit usw. Die Sauberkeit ist mustergültig. Bis jetzt sind noch keine ansteckenden Krankheiten aufgetreten, auch keine Insektenplage, und jeder weiß doch, in was für einem Zustand sich die flüchtenden Nazihorden befanden. . . Körperliche Züchtigung ist im Lager streng verboten, und schon das ist der beste Beweis dafür, daß wir uns an den Deutschen für ihre Folterung von Millionen unschuldiger Menschen nicht rächen wollen, daß sie aber das Volk mit Hilfe seiner Volksgerichte nach dem Gesetz aburteilen wird, wie es sich für einen Staat mit einer kulturell hochstehenden Bevölkerung gebührt.«29

²⁹ Ost-Dok. 2, Nr. 322/1192 f.

Im polnischen Machtbereich

Auch die Polen waren von sich selbst überzeugt und bewiesen die von ihnen vertretene Kultur nicht zuletzt in dem Grad, wie sie internierte Deutsche behandelten. Polnische Konzentrationslager gab es nicht nur in Polen, sondern vor allem auf dem von ihnen verwalteten ostdeutschem Boden sowie im einst deutsch verwalteten Gebiet, etwa im Reichsgau Wartheland. Eines dieser Lager war in Litzmannstadt. Dort hatte die Obrigkeit alle Fenster herausgeschlagen, so daß die deutschen Insassen (ab Januar 1945) bei eisiger Kälte ausharren mußten. Verpflegung war faktisch nicht existent. Es gab keine Möglichkeit, etwas zu trinken, so daß die Schikane, die Fenster zertrümmert zu haben, letztendlich einen positiven Aspekt abwarf: »Zum Glück trieb uns der Wind den Schnee in den Raum, mit dem wir uns den Durst stillten.«30 Im polnischen Konzentrationslager Pawianitze im Warthegau hatte die Lagerverwaltung besonderen Spaß daran, den deutschen Insassen überhaupt keine Verpflegung zu geben, so daß die Polen Vergnügen daran fanden, »wenn wir uns auf dem Misthaufen untereinander um eine Brotkruste rauften«.31

Ost-Dok. 2,
 Nr. 102/77.
 Ebenda.

Im Konzentrationslager Lubin im Kreis Leslau (Warthegau) wurden einige hundert deutsche Männer aus der Umgebung von Kürdorf (Kirowow) interniert. »Was die Behandlung der Lagerinsassen anlangt, so sträubt sich die Feder, dies hier niederzuschreiben. Erschießungen und die scheußlichsten Mißhandlungen waren an der Tagesordnung. Um den Ort Kirowow lagen etwa 200 Leichen (Soldaten, Volkssturm und Zivilisten). Als die Witterung wärmer wurde, machte sich der Leichengeruch

bemerkbar, und daraufhin wurden die Lagerinsassen aufgeboten, die Toten zu begraben. Ich war dabei und habe so die verstümmelten Leichen selber sehen können. Vielen von den Toten war der Genickschuß verabreicht worden. Die Leichen waren so entstellt, daß eine Identifizierung etwaiger Bekannter gar nicht möglich gewesen wäre.«³²

Immer wieder tat sich die polnische Miliz bei den Mißhandlungen von Deutschen hervor. So auch im Konzentrationslager Lutbrandau (Provinz Posen, Lubraniec), das bereits Ende Januar 1945 errichtet worden war. Es unterstand dem Kommandanten und Anführer der Milizbanden Zygmunt Wyoga, der sich besonders bei den Folterungen wehrloser Deutscher auszeichnete. Insasse Hilmar P. erinnert sich: »Neben unserem Raum lag im Einzelzimmer eine Frau, die sich überhaupt nicht mehr bewegen konnte, so war sie durch Folterungen zugerichtet worden. Jeden Abend ging da der Lagerkommandant Zygmunt Wyoga herein, tanzte auf ihrem Körper herum und rief: So wird das Fundament von Polen gebaut. Nach vielen Tagen solcher Mißhandlungen wurde sie von Wyoga erschossen.«33

Dank des ausführlichen Berichtes des ehemaligen Reichsbahnbeamten und Angehörigen der Bahnpolizei in Breslau, Oberzugführer Adolf WALDA, sind neben der allgemein üblichen polnischen Verhörmethode vor allem auch die Entwicklungsstadien eines Menschen bis zum seelischen Zusammenbruch dokumentiert. WALDA wurde im Juli 1945 ins Gefängnis Kletschkau (Breslau) gebracht, in dem zur deutschen Zeit 500 Personen untergebracht, nun unter polnischer Herrschaft 8000 Häftlinge zusammengepfercht waren: »Bei der Vernehmung beschuldigte mich der polnische Kommissar, Chef der Breslauer Gestapo gewesen zu sein. Ich verneinte dies natürlich und verwies auf meinen Ausweis mit Lichtbild, der mich als Reichsbahnsekretär legitimierte. Sofort erhielt ich von dem Posten einen derartigen Faustschlag ins Gesicht, daß mir das Blut aus der Nase lief und ein Zahn ausgeschlagen wurde. Immer wieder, wenn ich die falschen Anschuldigungen zurückwies, wurde ich unbarmherzig geschlagen und in den Unterleib getreten. Ich habe dann das Protokoll unterschrieben, was verlangt wurde, sonst wäre ich wohl erschlagen worden. Man brachte mich dann in das Gefängnisgebäude. Beim Betreten wurde ich von dem Torposten mit einem Gummiknüppel über den Kopf geschlagen und in ein Zimmer gestoßen, wo man mich wiederum ohne jeden Anlaß mißhandelte. Dort sind mir meine sämtlichen Sachen, wie Brieftasche, Taschenmesser, Schlüssel, Hosenträger usw. abgenommen worden. Beim Abtransport in die im ersten Stock gelegene Einzelzelle mußte ich durch ein Spalier der angetretenen Wachmannschaften spießrutenlaufen, die von beiden Seiten mit Gummiknüppeln und Stöcken auf mich einschlugen, bis ich zusammenbrach. Von einem ³² Ost-Dok. 2, Nr. 104/37 f.

³³ Nicht filiertes Dokument von Hilmar PU-BANTZ, Ost-Dok. 2, Nr. 104.

Wüstling durch Tritte in den Unterleib wieder hochgebracht, mußte ich denselben Weg noch einmal machen. Mehr tot als lebendig schaffte man mich in die Zelle. Dort stürzten sich 4 Mann auf mich, rissen mir die Kleider vom Leibe, warfen eine Decke über meinen Kopf und schlugen mit Knüppeln so lange auf meinen nackten Körper, bis ich besinnungslos war. Am Morgen Antreten zum Appell. Ich konnte kaum gehen und wurde wieder geschlagen. Mein Rücken war eine einzige blutige und verschwollene Masse. . . Die Appelle früh und abends waren eine einzige Marter. Der Kommandant, etwa 27 Jahre alt, ein Rohling mit sadistischen Ausmaßen, schlug wahllos mit seinem Rohrstock in die Gesichter der Angetretenen. In Kniebeugen quer über den Gang wippen, gegenseitiges Ohrfeigen, hinlegen – und über diese Liegenden liefen und sprangen die Wachmannschaften mit ihren schwerbeschlagenen Stiefeln -, wegtreten und immer wieder antreten, alles durch Pfiffe auf einer hellen Trillerpfeife kommandiert und durch Schläge mit dem Gummiknüppel angetrieben, waren unendliche Quälereien. Dann wieder Hervortreten der Angehörigen der SS, SA, Polizei usw. Diese wurden einzeln geschlagen, in die Nierengegend getreten, auf unmenschliche Art mißhandelt. Dies alles vor den Augen der anderen kahlgeschorenen Häftlinge. Glaubte man dann, in der Zelle Ruhe zu haben, wurde diese aufgerissen, und es mußte in strammer Haltung gemeldet werden: ›Zelle 117 belegt mit einem deutschen Schweine. Wieder gab es Schläge, weil die Meldung dem kaum 20jährigen Posten nicht exakt genug war. Jede Nacht um 12 Uhr hörte man das Schmerzensgebrüll der Mißhandelten, denn um diese Stunde war Kontrolle durch die immer betrunkenen Wachmannschaften. Aber auch zu jeder anderen Nachtzeit wurde kontrolliert und immer auch geschlagen. Nach 14 Tagen Gefängnishaft war ich körperlich und seelisch am Ende meiner Kräfte. Ich hängte mich an meinen Schnürsenkeln auf, riß aber, nachdem ich bereits das Bewußtsein verloren hatte, ab.«34 Mitte August wurde WALDA entlassen, mit der Mahnung, wie sie jeder gefolterte Häftling von den polnischen Machthabern zu hören bekam: über alles, was man im Gefängnis gesehen, gehört und erlebt habe, absolutes Stillschweigen zu wahren.

³⁴ Ost-Dok. 2, Nr. 173/1415 f.

Hugo B., der wenige Tage zuvor aus Krankheitsgründen im Oktober 1945 aus einem sibirischen Arbeitslager entlassen und in seine westpreußische Heimat entlassen worden war, wurde von der polnischen Geheimpolizei in Zempelburg verhaftet und verhörte. Den weiteren Leidensweg schildert der Betroffene selbst. Im Büro angekommen, »wurde ich gleich mit Ohrfeigen begrüßt, mußte mich dann vollständig ausziehen und auf den Fußboden legen. 7–8 Mann standen bereit, um weitere Mißhandlungen vorzunehmen. Es ging dann alles plötzlich. Die nicht über eine Spiralfeder verfügten, an deren Ende sich eine Bleikugel be-

fand, rissen ihre Koppel los und schlugen, was das Zeug hielt. Als ich blutüberströmt zusammenbrach und fast zu Tode geschlagen war, mußte ich mein eigenes Blut vom Boden auflecken. Danach konnte ich mich wieder anziehen und wurde in einen Keller mit 17 Stufen heruntergestoßen«.³⁵ Nachzutragen bleibt, daß während der Mißhandlungen ein Pole Akkordeon spielte, um die Schmerzensschreie zu übertönen.

Ende Februar 1947 wurde Richard KERL aus britischer Kriegsgefangenschaft nach Polen entlassen, um dort wieder eingesperrt zu werden. Im August gelangte er ins Gefängnis Mokotow bei Warschau: »Mit polnischen kriminellen Häftlingen mußten wir in einer Zelle hausen. Unter uns befanden sich Leute mit offener Tbc und unter den Polen mehrere Geschlechtskranke. In den überbelegten Zellen belegten die polnischen Häftlinge die Pritschen, während wir Deutschen uns unter die Pritschen und in die Gänge dazwischen legen mußten. Der Raum war so eng, daß wir uns nur auf die Seite legen konnten. Wollte ein Deutscher nachts austreten gehen, so wurde er von den Polen verprügelt. Die Polen selbst gingen auch nicht heraus, sondern machten von den Pritschen auf uns herunter. Beschwerden bei der Gefängnisverwaltung blieben ohne Erfolg.«³⁶

Der frühere Leiter des Grenzpolizeikommissariats in Ratibor/Schlesien, Kriminalkommissar Paul P., schildert die Erlebnisse während seiner Inhaftierung durch die polnische Miliz im Mai 1945: »In dem Vorraum des Gefängnisses befand sich ein Kübel, mit menschlichem Unrat gefüllt, der einen abscheulichen Gestank verbreitete. Das Gefängnisfenster (Stahlfenster) war vergittert, jedoch ohne Fensterflügel. Gegen 21 Uhr drangen unter Führung des Kommandanten MIKETTA 5 angetrunkene junge Burschen mit dem lahmen Gemeindeboten aus Zauditz ein und schlugen mit den Pistolenkolben auf [Kriminalobersekretär Ernst] BARTSCH und mich ein. Mir wurden die Zähne ausgeschlagen und die obere Metallzahnprothese in den Gaumen geschlagen, so daß sie mit Gewalt herausgezogen werden mußte. Der Kommandant, den die Genossen mit Kommissar anredeten, sah den Mißhandlungen zu. Als ich ihm zurief, wie er das dulden könne, sprang er auf mich zu und schlug mich zu Boden. Aus Gesichts- und Kopfwunden blutend, wurde ich bewußtlos. Als ich auf der Erde lag, sprang eine von den Bestien in Menschengestalt auf mich. Durch den Schmerz im Leibe zur Besinnung gebracht, sah ich, wie der mit Blut überströmte BARTSCH gleichfalls besinnungslos auf der Erde lag und mit Wasser begossen wurde.«37

Paul P. schildert dann ferner, welche Qualen die Häftlinge im unter polnischer Verwaltung stehenden Gefängnis in Kattowitz, welches in der früheren Zentralstelle der Deutschen Sicherheitspolizei eingerichtet war, im November 1945 zu erleiden hatten: »Gegen 21 Uhr mußten alle ³⁵ Ost-Dok. 2, Nr. 65/15.

³⁶ Ost-Dok. 2, Nr. 237/163.

³⁷ Ost-Dok. 1, Nr. 245/29.

ihr Lager aufsuchen, und um 3 Uhr morgens wurden die Gefangenen auf dem Korridor des Gefängnisses aufgestellt und zu Reinigungsarbeiten des Gebäudes eingeteilt. Diese wurden gleichfalls vom Wachpersonal beaufsichtigt, wobei es Fußtritte, Schläge mit Knüppeln, mit Pistolenkolben usw. gab. Personen, die als Hitleristen bezeichnet worden waren, wurden von Angehörigen der Wachmannschaften in einen anderen Raum zur Reinigung geführt. Neben dem Raum befand sich ein Baderaum. In diesem mußte sich der Hitleriste entkleiden, in die Wanne steigen, worauf der Wasserkran geöffnet und der Unglückliche im eiskalten Wasser ungefähr 5–10 Minuten gehalten wurde. Es kam vor, daß Gefangene unter dieser Tortur halb erstarrt aus der Wanne kamen, geschlagen und dann zur Arbeit eingeteilt wurden.«³⁸

³⁸ Ost-Dok. 1, Nr. 245/51 f.

Alfred TRAUTMANN war seinen Peinigern in einem GPU-Gefängnis im niederschlesischen Glatz ausgeliefert. Er schildert das Martyrium der dort gefolterten Deutschen wie folgt: »Die Gefangenen waren verdreckt und hatten alle Läuse. Eine Möglichkeit, sich völlig sauber zu halten, bestand nicht, da wir nur zweimal in der Woche Wasser erhielten. So verschmutzt und verlaust in stinkenden Kleidern, die nie gewechselt wurden, lagen wir wochenlang auf dem Steinfußboden, teils ohne Decke oder Matratze. In jeder Zelle stand ein Blechkübel für die Notdurft. Es war so eng, daß wir nur dicht nebeneinander liegen oder stehen konnten. Wer am Kübel lag, mußte den Gegenstand mit in Kauf nehmen. Ekelerregende Düfte waren ständig in der Zelle. Menschenunwürdigste Unterbringung. Das allein hätte schon als Verbrechen gegen die Menschlichkeit bezeichnet werden müssen. Dann kamen die Schrecken der Nacht. Ich nannte das Gebäude das Haus des Todes und des Schreckense. Wer hier durchging, hatte die Hölle gesehen. Jede Nacht gegen 10 Uhr begann die Folterung. Zelle für Zelle wurde abgefertigt. Betrunkene Posten und Zivilisten. Alle Gefangenen mußten heraustreten. Dann hub ein Prügeln und Quälen an. Im Kreis mußten wir in Hockestellung hüpfen. Die Teufel schlugen mit allen Marterinstrumenten auf uns ein. Manchmal wurde einer von uns besonders herausgeholt, dann so mißhandelt, daß er halbtot in die Zelle gebracht werden mußte. Ich sah in meiner Zelle Menschen mit Kiefer-, Rippen- und Beinbrüchen, Wunden, handtellergroß, auf dem Gesäß mit Eisenstangen beigebracht... Mancher kam nicht lebend davon. . . Man schlug die Gefangenen mit Boxhandschuhen, in die Eisenteile eingebaut waren, ins Gesicht, in die Rippen und zerschlug ihnen die Knochen. Man prügelte mit Holzknüppeln und Eisenstangen. Und fiel ein Gemarterter ohnmächtig um, dann goß man kaltes Wasser über ihn, schaffte ihn in den Keller und holte ihn 14 Tage später wieder zur ›Vernehmung‹.«39

³⁹ Ost-Dok. 2, Nr. 180/124 f.

In diesen polnischen Folterkammern kam selbst der Tod als Qual und

nicht als ersehnte Erlösung. Trautmann berichtet von einem Zellenkameraden namens Adolf Benesch, der so geprügelt worden war, »daß sein Rücken ein dunkler Flecken mit faustgroßen Beulen war. Auf den Schulterblättern fingen die Beulen an zu eitern. Nach einigen Tagen öffneten sie sich, und ich mußte ihm den Eiter ausdrücken. Etwa 3/4 Liter jauchige Flüssigkeit, die ich zuerst in einen Lappen, dann in ein Hemd und, als das nicht ausreichte, in ein Glas entleerte, verpestete die ganze Zelle. Benesch brülte vor Schmerzen. Er war aber auch schon so schwach, daß er kein Essen mehr annahm. So dämmerte er wie ein krankes Tier noch 3 Tage dahin, dann starb er«.40

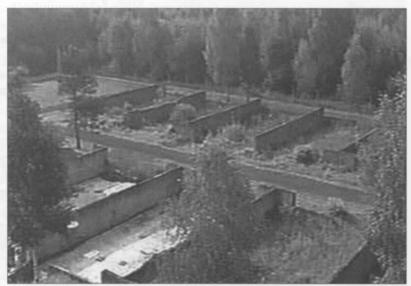
Eines der berüchtigtsten Lager der Polen war das Vernichtungslager Lamsdorf. Paul Erbricht, einer der wenigen Überlebenden, berichtet: »Die Verpflegung bestand aus täglich vier alten Kartoffeln und einem halben Liter warmen Wassers ohne Salz und sonstige Zutaten. Wir durften uns die ersten drei Wochen weder waschen noch rasieren. Eine Läuseplage, die absichtlich eingeschleppt wurde, begann unheimlich zu wirken, und später haben dann die Läuse manchen Menschen buchstäblich aufgefressen [41], besonders solche, die krank und hilflos waren. Zu den Aborten durften wir nur geschlossen gehen. Wehe dem, der einzeln dabei erwischt wurde. Er wurde schwer mißhandelt. Das Lagerleben wurde

uns im wahrsten Sinne des Wortes zur Hölle gemacht. Wir wurden in jeder Weise gequält, geistig und körperlich in allen nur möglichen Arten und gemeinsten Torturen. Meistens mußten wir um 3 Uhr aufstehen. Der Frühsport bestand in ausgesuchten Quälereien. Jede irgendwie nicht ganz korrekt ausgeführte Übung benutzten die Polen zu Mißhandlungen. Die älteren und körperlich behinderten



Ceslaw Gімвокікі, der Kommandant des Vernichtungslagers Lamsdorf.

Das politische Internierungslager Lamsdorf, zwischen Oppeln und Neiße, entwickelte sich zum Vernichtungslager.



⁴⁰ Ost-Dok. 2, Nr. 180/130.

⁴¹ Dies ist keine Übertreibung. Josef THIEL, ein Leidensgefährte berichtet: »Ich habe Kranke gesehen, denen die Läuse die Haut durchgefressen hatten, so daß die Brustkorbknochen frei zu sehen waren.« (Ost-Dok. 2, Nr. 218/167)

Männer wurden schrecklich geschlagen, daß oft 3-4 vom Platz getragen werden mußten. Jedes unbedachte Wort, das durch Spitzel den Polen zugesteckt wurde, brachte meistens den Tod ein. Die körperlich geschlagenen Menschen blieben meist ohne jede ärztliche Hilfe. Die durch die Unterernährung eintretende Erschöpfung verhöhnten die Polen in einer Art und Weise, die kaum wiederzugeben ist und nur als tierisch bezeichnet werden kann. Was die Arbeiten betraf, die die Gefangenen machen mußten, so waren dies die reinsten Menschenschindereien. Halb verhungert und erschöpft, mußten wir aus dem umliegenden Gelände mit schweren Bauernwagen Kartoffeln heranholen aus halbverfaulten Kartoffelmieten. Natürlich mußten wir den Wagen schieben, die Miliz setzte sich oben drauf und hieb auf uns ein. . . In meiner Nebenbaracke waren nur ältere und körperbehinderte Männer untergebracht. Sie wurden jede Nacht geschlagen, und nicht einer ist mit dem Leben davongekommen. . . Die Frauen, die in einer besonderen Baracke untergebracht waren, wurden von den Polen vom ersten Tage an vergewaltigt und in jeder Art und Weise mißhandelt. Vielfach kam es zu sadistischen Szenen. Schwangere wurden in den Leib getreten, oder die Miliz mußte den auf dem Rücken liegenden Frauen mit den Stiefeln auf den Leibern herumspringen. Geschlechtskranke Polen steckten die Frauen bei ihren Orgien an. Aus Geburten machte die Miliz Schaustellungen. Allen Frauen wurde das Tragen von Schlüpfern verboten. Fast jeden Abend und oft mitten in der Nacht kontrollierten Milizen die Unterkünfte. Die Baracken waren ohne Fenster, und es gab nur eine Decke. Wer nun mit Schlüpfer angetroffen wurde, bekam 120 Schläge mit der Gummiknute. Manche Frauen wurden derart zerschlagen, daß ihnen Fleischstücke aus Gesäß und Rücken buchstäblich abgefault und sie eines jammervollen Todes gestorben sind.«42

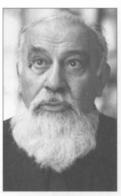
Aus Lamsdorf sind Greuel überliefert, die im wahrsten Sinne des Wortes unerhört sind. Zwei internierte Deutsche mußten einen Toten holen und abtransportieren. Als »sie ihn auf die Krankentrage legen wollten, kam ein Posten hinzu. Als er das Gehirn des Toten sah, forderte er die beiden Männer auf, es zu essen! Als sie sich weigerten, bekamen sie mit dem Kolben Schläge«.⁴³ In Lamsdorf wurden gefangengehaltene Deutschen oftmals die Schädel derart eingeschlagen, »daß der Unterkiefer nur noch vom Kopf übrigblieb. Das Gehirn und die Knochen lagen herum«.⁴⁴ Von den dort etwa 7000 internierten Deutschen überlebten nach Schätzungen von Überlebenden nur etwa 5 Prozent.⁴⁵

42 Ost-Dok. 2,
 Nr. 218/19 f.
 43 Ost-Dok. 2,
 Nr. 218/98.
 44 Ost-Dok. 2,
 Nr. 218/105.
 45 Vgl. Johannes
 KAS (Hg.), Die
 Tragödie Schlesiens
 1945/1946 in
 Dokumenten,
 München 1952/53,
 S. 503.

Grausame Feiglinge – ein treffendes Resümee

Der russisch-jüdische Schriftsteller und Nobelpreisträger Lew KOPELEW erklärte das Phänomen von der Bestie in Menschengestalt und bewies

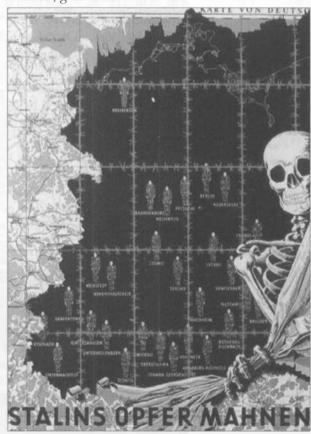
damit ungleich mehr Mut als deutsche Politiker, Historiker oder Schriftsteller der Nachkriegszeit, die bei schwersten Völkerrechtsverletzungen an Deutschen generell durch betretenes Schweigen zu glänzen wissen. So bleibt der Versuch, eine psychologische Erklärung für das Motiv der Peiniger zu finden, Kopelew vorbehalten: »Grausame Feiglinge – das ist ein ganz besonders übler Menschenschlag. Feigheit gebiert viel Laster. Ein gutmütiger Feigling wird niemals niederträchtige Handlungen anstiften, wird niemanden absichtlich dem Henker zutreiben. Der gutmütige Feigling fürchtet nicht nur den eigenen Schmerz, den eigenen Tod, er fürchtet auch für andere. Der grausame Feigling ist von Grund auf schlecht, er rächt sich für ausgestandene eigene Angst, sobald er sicher ist, daß er ungestraft quälen, erniedrigen, töten kann. Es sind archaische Instinkte, die Kinder zur Tierquälerei veranlassen, grausame Instinkte –



Lew KOPELEW.

bei Knaben häufiger als bei Mädchen -, vormenschliches, animalisches Erbe aus der allerfrühesten Beziehung zur Welt. In ihrer vollsten Ausprägung treten diese Instinkte beim grausamen Feigling in Erscheinung. Und am schändlichsten, am gemeinsten ist jene Feigheit, die nicht nur grausam, sondern auch ehrgeizig ist, die sich prunkvoll ideologisch verbrämt. Sie erzeugt lebensfrohe Mörder und wollüstige Henker, die nicht nur schamlos und skrupellos zu Werke gehen, sondern sich dessen auch noch stolz-bescheiden rühmen, mit ihrer eigenen Grausamkeit prahlen in der Überzeugung, dem Staat, dem Vaterland, dem Gesetz oder sonst einem hohen abstrakten Begriff zu dienen.«46 Feiglinge von diesem Schlag tobten sich in den Gefängnissen und Konzentrationslagern der Sieger an ihren wehrlosen deutschen Opfern aus. In ihrer überwältigenden Mehrzahl wurden sie nie für ihre Verbrechen zur Verantwortung gezogen.

Claus Nordbruch



»Stalins Opfer mahnen«, Lithographie, herausgegeben vom Befreiungskomitee für die Opfer totalitärer Willkür«, Frankfurt/M, um 1952.

⁴⁶ Lew Kopelew, Außbewahren für alle Zeit, München ³1981, S. 101.

Während des Zweiten Weltkrieges brauchten die Deutschen nicht zu hungern. Die Nahrungsversorgung im Deutschen Reich war trotz der verstärkten alliierten Bombenangriffe selbst gegen Ende der Kampfhandlungen der Alliierten zumindest noch gleichgestellt. Diese Lage veränderte sich mit der Kapitulation der Deutschen Wehrmacht ebenso drastisch wie rapide. Der Mangel sollte zwei Jahre andauern. Am 20. Februar 1947 schrieb der amerikanische Journalist Hal Foust für die Chicago Tribune: »Die Deutschen sterben in Massen, nicht einmal vom Hunger allein, sondern an Krankheiten, die durch akute Unterernährung verursacht werden.« Und der frühere US-Präsident Herbert Hoover erklärte Mitte Mai 1947: »Die Masse des deutschen Volkes ist, was Ernährung, Heizung und Wohnung angeht, auf den niedrigsten Stand gekommen, den man seit hundert Jahren in der westlichen Zivilisation kennt.« Tragen die Deutschen an dieser Katastrophe, der rund 5,7 Millionen Menschen zum Opfer fielen, selbst die Schuld?

Diesen Eindruck muß man gewinnen, wenn man Verlautbarungen der Besatzungstruppen liest. Im Frühjahr 1947 beispielweise eröffnete der verantwortliche Minister für die britische Zone, John Hynd, in Edinburgh die Ausstellung *Deutschland unter Kontrolle*. In seiner Eröffnungsrede behauptete er, die deutschen Verwaltungsbeamten hätten nicht so viel »Schwung und Initiative« gezeigt wie die britischen, worauf die schlimmen Verhältnisse in Deutschland zurückzuführen seien. Er drohte mit einer »Abkühlung der britischen Sympathien gegenüber den deutschen Schwierigkeiten«. Die *Times* sekundierte dem hochrangigen britischen Besatzungspolitiker. Der *New York Herald Tribune* zufolge stellte ein Sprecher der Militärregierung in Düsseldorf gar die These auf, möglicherweise sei die Ernährungskrise auch künstlich erzeugt worden, um die Deutschen gegen die englischen Behörden aufzuputschen.² Was sind die historischen Tatsachen, die die Hungersnot in den ersten beiden Jahren der Besatzung verursacht hatten?

Im Mai 1945 wurde das Deutsche Reich gemäß der Direktive JCS 1067 als Feindstaat besetzt. Der Oberbefehlshaber der US-Besatzungstruppen in Deutschland zeichnete für die Umsetzung dieser Richtlinien verantwortlich. Sie regelten unter anderem, daß ein wirtschaftlicher Wiederaufstieg Deutschlands über das zur Versorgung der Besatzungstruppen und zum Leben der Bevölkerung unbedingt Notwendige hinaus nicht erwünscht war. Der Lebensstandard in der US-Zone durfte den der

1 Herbert MICHALIS u. Ernst Schaepler. (Hg.), Ursachen und Folgen. Vom deutschen Zusammenbruch 1918 und 1945 bis zur staatlichen Neuordnung Deutschlands in der Gegenwart, Bd. XX-XXVI, Berlin 1974 ff., zitiert nach: Rolf STEININ-GER, Deutsche Geschichte 1945-1961. Bd. 1, Frankfurt/M. 1983, S. 233. ² »Steine statt Brot«, in: Der Spiegel, 3. 4. 1947, S.

676

benachbarten Staaten nicht übersteigen. US-Truppen war die Bereitstellung von Hilfe, insbesondere von Nahrungsmitteln, an hungrige Deutsche verboten. Amerikanische Haushalte im besetzten Deutschland wurden angewiesen, deutschen Hausangestellten keine Speisereste zu überlassen; alle überschüssigen Lebensmittel mußten vernichtet oder ungenießbar gemacht werden.³ Hilfssendungen nach Deutschland mit Lebensmitteln wurden von den Alliierten bis Dezember 1945 verboten. Versorgungspakete (CARE-Pakete) an Privatpersonen zu schicken, war bis zum Juni 1946 untersagt. Sollten Deutsche dabei erwischt werden, Lebensmittel zu stehlen oder im Wald Tiere zu jagen, drohte ihnen die Todesstrafe.⁴ Dabei hätte es genug Lebensmittel für alle in Deutschland gegeben. US-Senator Kenneth Wherry hatte dies unumwunden klargestellt: »Die Wahrheit ist, daß Tausende und Abertausende Tonnen von Militärrationen in unseren Vorratskammern lagerten, die inmitten der hungernden Bevölkerung verdarben.«⁵

1946/47 erreichten die katastrophalen Verhältnisse bezüglich Versorgung und Unterkunft in Deutschland den absoluten Tiefpunkt. Noch furchtbarer als im westlichen und mittleren Teil des Reiches waren die Versorgungsverhältnisse in Ostdeutschland. Dokumentiert sind haarsträu-

bende Fälle von Menschenfresserei in Ostpreußen.⁶

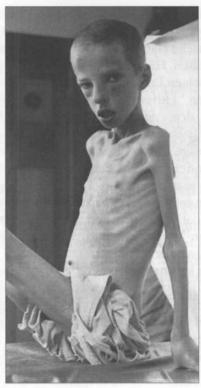
Erst im Juli 1947 wurden angesichts der drohenden Gefahr eines Aufstandes die oben genannten Richtlinien für die Westzonen gelockert und durch die Direktive JCS 1779 ersetzt. Für Millionen kam diese Lockerung zu spät. Mitte 1947 hatte die Lebensmittelversorgung in Deutschland, das 1939 noch ein zu über 80 Prozent autarker Selbstversorgerstaat gewesen war, einen während des Krieges nicht gekannten Tiefstand erreicht, der am ehesten mit den Verhältnissen während der Blockade nach dem Ersten Weltkrieg oder dem Leid nach dem (ersten) Dreißigjährigen

3 James L. PAYNE, »Did the United States Create Democracy in Germany?« in: The Independent Review, Nr. 2/2006, S. 213. ⁴ Vgl. Earl F. ZIEMKE, The U.S. Army in the Occupation of Germany 1944-1946, Washington 1990. ⁵ Zitiert nach: James BACQUE, Crimes and Mercies, London 1998. S. 32. (Übersetzung vom Verf., C.N.) 6 Vgl. Claus NORD-BRUCH, Der deutsche Aderlaß. Alliierte Kriegspolitik gegen Deutschland nach 1945, Tübingen ³2012, S. 210.



Hungernde Deutsche holen sich Fleisch von einem Pferdekadaver.

Vor allem unter den Flüchtlingen gab es unzählige Hungeropfer. Hungertyphus links: Flüchtlingsfrau, 22 Jahre alt, 161 cm, 27 kg. Extreme Unterernährung; rechts: Flüchtlingsmädchen, 11 Jahre alt, 135 cm, 14 kg.





Krieg zu vergleichen war. Vor allem in der britischen und amerikanischen Zone litten die Deutschen unter einem nie zuvor erlebten Lebensmittelmangel. Mit einer täglichen Aufnahme von 975 Kalorien pro Person (eine gewöhnliche Scheibe Brot = etwa 200 Kalorien) waren diese beiden Zonen die am ärgsten vom Hunger geplagten Gebiete auf der Erde!⁷

Auch in der französischen Zone bewegte sich – einer Meldung der Neuen Zürcher Zeitung vom 27. September 1945 zufolge – die tägliche Nahrungsration für deutsche Kriegsgefangene nur zwischen 900 und 1000 Kalorien. Bisweilen fiel diese ohnehin unzureichende Zufuhr bei der Zonenbevölkerung gar auf 600 Kalorien ab.⁸ In der französischen Zone in Österreich, also in Tirol und Vorarlberg, überstieg die tägliche Nahrungszufuhr nicht 1200 Kalorien. Um sich dieses Mißverhältnis vorstellen zu können und sich dieser de facto-Verurteilung zum langsamen Hungertod bewußt zu werden, muß man berücksichtigen, daß der heutige deutsche Normalverbraucher täglich mindestens 2500 Kalorien zum Leben benötigt. Der amerikanische Durchschnittsbürger nahm bereits Mitte der vierziger Jahre etwa 3000 Kalorien je Tag auf, die US-Soldaten erhielten sogar eine Tagesration von 4000 Kalorien.

⁷ Vgl. Nicholas BALABKINS, Germany under direct controls. Economic aspects of industrial disarmament 1945-1948. New Brunswick 1964, S. 100. ⁸ Vgl. Jochen THIES u. Kurt VAN DAAK, Südwestdeutschland Stunde Null. Die Geschichte der französischen Besatzungszone 1945-1948, Düsseldorf 1979, S. 60.

2650 Kalorien je Tag erklärte die Nothilfe- und Wiederaufbauverwaltung der Vereinten Nationen (UNRRA) für den Menschen als ausreichend, um bei Gesundheit zu bleiben und einer normalen Arbeit nachzugehen. Eine durchschnittliche Einnahme von 2000 Kalorien pro Tag LANCZ, Our threatened würde für den menschlichen Organismus die untere Grenze darstellen, gesund zu leben. 1500 Kalorien würden einen Menschen noch am Leben erhalten, falls er im Bett liegen bleibe und sich in keiner Weise anstrenge. 10 In der britischen Zone fiel die tägliche Kalorienzufuhr auf unbeschreibliche 815 Kalorien, gerade einmal ausreichend für ein halbwegs anständiges Frühstück, wie es Gerald BARRY, Herausgeber des britischen New Chronicle am 11. März 1946 nannte. Damit seien die Lebensmittelrationen der Deutschen de facto auf den Stand der Gefangenen im Lager Bergen-Belsen in dessen schlechtesten Tagen abgesunken.¹¹ Den Forschungsergebnissen Günter J. TRITTELS zufolge, die in seiner Habilitationsschrift Hunger und Politik niedergelegt sind, betrug im Juni 1947 die Durchschnittsration in der britischen Zone 1039 Kalorien, in der amerikanischen Zone lag sie sogar unter 900 Kalorien.

Aufgrund der von den Besatzungstruppen künstlich herbeigeführten katastrophalen Versorgungslage stieg die Sterblichkeitsrate bei Säuglin-

9 Vgl. Victor Gol-Values, London 1946, S. 118. 10 Der Berlin-Korrespondent des Daily Herald, Charles BRAY, am 30. August1945, zitiert nach: Victor GOLLANCZ, ebenda. S. 120. 11 Zitiert nach: Victor Gollancz.

ebenda, S. 123.



Angesichts der katastrophalen Versorgungslage (in den Städten gaben die Mütter ihren Kindern lauwarmes Wasser zu trinken; ohnehin gab es nichts zu verteilen) waren die alliierten Mülltonnen wahre Fundgruben, nicht nur in bezug auf Lebensmittelreste. Jede Büchse war eine Kostbarkeit. Wer ein Buch kaufen wollte, mußte das Gegengewicht in Altpapier mitbringen. Der Hunger trieb die Menschen an die Mülltonnen, um irgendetwas Eßbares zu finden - trotz Vorsichtsmaßnahmen und Warnungen.



gen in den ersten beiden Jahren der Besatzungszeit im Vergleich zu den Zahlen des Deutschen Reiches bis 1945 vielfach um 80 Prozent, teilweise sogar um 100 Prozent. Oder anders ausgedrückt: Sie war allein in Berlin sechzehnmal höher als 1943! Vor allem in der sowietischen und französischen Zone waren die Verhältnisse geradezu furchtbar. In der Stadt Landau (Rheinland-Pfalz) beispielsweise betrug 1946 die allgemeine Sterblichkeitsrate 39,5 pro tausend (dreimal höher als vor dem Krieg) und war auch das folgende Jahr mit 27 pro tausend (zweimal höher als vor dem Krieg) noch ungewöhnlich hoch. Dem Congressional Report vom 4. Dezember 1945 zufolge waren im August 1945 in Berlin 2844 Kinder geboren worden, von denen unmittelbar nach der Geburt 1148 starben - zu dieser Zeit sei es ja aber Sommer gewesen, und die vorhandenen Lebensmittel waren folglich zahlreicher als jetzt, zu Winterszeiten. Für Wien würden die gleichen Zahlenverhältnisse gelten. Im Dezember 1945 bewegte sich die Zunahme der Kindersterblichkeitsrate dort gegen 100 Prozent.

Der sozialdemokratische Parlamentarier für Württemberg-Hohenzollern, Carlo Schmid, berichtete während der Ministerkonferenz über die katastrophale Ernährungslage in der französischen Zone. Soeben habe man eine tägliche Brotration von 125 g ausgeben können. Doch selbst diese an sich lächerliche Zuweisung konnte nicht garantiert werden: »Ich möchte Ihnen noch weiter sagen, daß wir in der französischen Zone auf dem Ernährungsgebiet schon ein Jahr lang unter Verhältnissen gelebt haben, wie sie heute auch die anderen Zonen so schwer treffen. . . Dazu kommt aber weiter, daß von dem Aufbringen der französischen Zone ein gewisser, nicht unerheblicher Teil für die Ernährung der Besatzungstruppen abgegeben werden muß. Es handelt sich hierbei nicht nur um die wilden Requisitionen der ersten Monate der Besatzung, die uns in Württemberg einen großen Teil unserer Schafherden usw. gekostet haben, sondern um Entnahmen, die laufend weitergehen. . . Ein weiterer Grund für die Ernährungslage ist, daß uns in der französischen Zone in ganz besonderem Maße Arbeitskräfte fehlen«.12

SCHMID führte weiter aus, daß in der französischen Zone in besonderem Umfang Zugtiere ihren Besitzern weggenommen wurden, so daß die Bauern nicht mehr im erforderlichen Maße die Äcker und Felder bestellen konnten. Der Nutzviehbestand erlitt durch die Abgabevorgaben enorme Einbußen. Ferner litt die französische Zone unter einem riesigen Saatgutmangel, so daß noch nicht einmal mehr Kartoffeln ertragreich angebaut werden konnten. Düngemittel, allen voran Stickstoff, fehlten überall, so daß die Weiden zunehmend verödeten und der Milchertrag »in einem Maß zurückgeht, wie man sich das früher nicht hätte vorstellen können«.¹³

12 Bundesarchiv/ Institut für Zeitgeschichte (Hg.), Akten zur Vorgeschichte der Bundesrepublik Deutschland 1945–1949, Bd. 2: Januar—Juni 1947, München—Wien 1979, S. 528 f.



Der Verleger und Humanist Victor Gollancz (rechts) 1946 im Ruhrgebiet. Nach seiner Rückkehr nach England brachte er ein aufrüttelndes Buch heraus: Leaving them to their fate: the ethics of starvation (»Ihrem Schicksal überlassen: Die Ethik der Aushungerung«).

Der Ende der Weimarer Republik im Kabinett Brüning dienende ehemalige Reichsfinanzminister Hermann DIETRICH fand während der Ministerkonferenz in München Anfang Juni 1947 erfreulich deutliche Worte und nannte die Ursachen der furchtbaren Ernährungsnot beim Namen: »Dem Deutschen Reiche, das im Jahr 1871 eine Bevölkerung von 41 Millionen Einwohnern zählte, ist es gelungen, seine landwirtschaftliche Produktion vor den beiden Kriegen so weit zu steigern, daß es die auf fast 70 Millionen angewachsene Bevölkerung in guten Jahren mit den wichtigsten Lebensmitteln, abgesehen von Fett und Futtermitteln, fast ganz selbst versorgen konnte. Der Verlust großer Gebiete des Ostens an Polen infolge des ersten Krieges änderte nur vorübergehend die Lage. Eine neue Agrarpolitik, die in den zwanziger Jahren einsetzte, die Anwendung des künstlichen Stickstoffs sowie neue Arbeits- und Erzeugungsmethoden setzten das überbevölkerte Deutschland in den Stand, sich in den Jahren nach 1928 bis zu Beginn der Hitlerischen Gewaltherrschaft in der Hauptsache aus der eigenen Produktion zu versorgen und durch Einfuhr von Futtermitteln seine eigene Fettproduktion gewaltig zu steigern. Dies alles hat der zweite große Krieg zerstört, aber nicht etwa der Krieg selbst, sondern die nach dem Krieg oder am Schlusse des Krieges getroffenen Maßnahmen der Siegermächte.«14

Zwei Vorgänge waren DIETRICH zufolge besonders verhängnisvoll gewesen, erstens die Zerrissenheit Restdeutschlands in vier Besatzungszonen und zweitens die Überlassung der agrarischen Gebiete des Ostens, insbesondere Ostpreußens, Hinterpommerns, Ostbrandenburgs und



Hermann Dietrich (1879–1954).

¹⁴ Ebenda, S. 519 ff.



Konrad ADENAUER.



Plakat: »Lindert die Not. Aufforderung zur Teilnahme an einer Flüchtlingshilfsaktion.« Claus Hans-Mann, München, ca. 1948.

Der verantwortliche Minister für die britische Zone, John HYND, eröffnete in Edinburgh die Ausstellung »Deutschland unter Kontrolle«. Er meinte beschwichtigend, die allgemeine Ernährungslage Deutschlands sei vielleicht besser als jemals seit Beginn der Besetzung! Konrad ADENAUER, Vorsitzender der CDU in der britischen Zone, antwortete HYND, »daß die Nahrungsnot niemals schwinden wird, solange man Deutschland nicht gestattet, zu produzieren, zu exportieren und seine Nahrung zu kaufen«. Zitiert nach: *Der Spiegel*, Nr. 14, 1947.

Niederschlesiens an Polen. Damit sei »aber nicht nur das jetzt polnisch besetzte Gebiet der gesamtdeutschen Agrar- und Ernährungswirtschaft verlorengegangen, sondern es sind aus den polnisch besetzten Gebieten, aus Polen, aus der Tschechoslowakei und den sonstigen Südstaaten mehr als zehn Millionen Menschen in die von den Alliierten besetzten Gebiete hineingepreßt worden, deren ohnehin unzulänglicher Nahrungsmittelspielraum dadurch unerträglich verringert worden ist. Die These, wir sollen uns selbst helfen, ist eine Behauptung, die für jeden Sachkenner einen unmöglichen Gedanken ausspricht. Schon mit den jetzt polnisch besetzten Gebieten, die vielleicht 15 Prozent der Bevölkerung des Reichsgebietes umfaßten, aber 25 Prozent der landwirtschaftlichen Produktion hervorbrachten, und mit einem voll intakten, auf den höchsten Stand der Leistungsfähigkeit gebrachten landwirtschaftlichen Apparat war es Deutschland nicht möglich, vor dem Krieg ohne Zufuhren auszukommen. . . Das deutsche Volk ist verzweifelt und verhungert«. 15

Die Alliierten in Ost und West betrieben zielbewußt eine Strategie der Vernichtung durch Hunger und Krankheit. Die Zerstörung aller Lebensgrundlagen führte zu der gewollten Hungerkatastrophe in Deutschland von 1946 und 1947. Bis 1950 starben rund 5,7 Millionen Deutsche an Nahrungsmangel und Kälte. Eine nicht mehr festzustellende Anzahl Menschen trug schwere gesundheitliche Folgeschäden davon. Die langfristigen Folgen dieser von den Alliierten eingeleiteten und zu verantwortenden Maßnahmen sind bis heute wirksam und nicht mehr umzukehren. Sie spiegeln sich in der verheerenden demographischen Entwicklung des deutschen Volkes wider: Wie viele Millionen Kinder sind aufgrund der Tötung besagter 5,7 Millionen Menschen erst gar nicht gezeugt und geboren worden?¹⁶

Claus Nordbruch

http://www.forum-demographie.de/uploads/tx_jpdownloads/frau_kind.pdf

¹⁵ Ebenda.

¹⁶ Vgl. entsprechende Angaben des Forum Demographischer Wandels, denen zufolge die durchschnittliche Geburtenrate in Deutschland nach 1945 von über 2,5 (1940) auf etwa 1,4 abfiel und damit die bis dahin erreichten Tiefstwerte der Nachkriegszeit des Ersten Weltkrieges sowie die der Weltwirtschaftkrise von 1929/1930 noch unterboten wurde.

Bildfälschungen

Charles-Maurice Talleyrand-Périgord, der unter sechs verschiedenen Regimen französischer Außenminister war, soll über die Sprache gesagt haben: »La parole a été donnée à l'homme pour déguiser sa pensée.« (Die Sprache ist dem Menschen gegeben, um seine Gedanken zu verbergen.) Seit Menschen sich mit Worten verständigen können, lügen sie. Seit Menschen durch die Vermittlung von Schriftzeichen Nachrichten austauschen können, wurden Dokumente vernichtet, gefälscht oder nachgemacht. Diese Fälschungen sind für den chinesischen Kulturkreis vor 2000 Jahren ebenso nachweisbar wie für mittelalterliche Kloster-Schreibstuben oder das heutige britische Staatsarchiv. Mit dem Beginn des Buchdrucks wurden sehr schnell Flugschriften populär, die aus einem Blatt bestanden, Nachrichten enthielten und zumeist mit einem Bild geschmückt waren: Kaiserkrönungen, ungewöhnliche Naturschauspiele wie etwa ein Kometenschweif, aber auch Karikaturen politischer, insbesondere aber religiöser Gegner kamen neben schlichten Porträtversuchen in Mode. Auch wenn den Menschen des 16. Jahrhunderts bewußt war, daß die groben Holzschnitte keine oder nur geringe Ähnlichkeit mit den abgebildeten Personen oder Örtlichkeiten hatten, hatten insbesondere tendenziöse Bildfalschungen, die beispielsweise den Papst mit einem Pferdefuß oder LUTHER in Teufelsgestalt darstellten, durchaus nachweisbare Wirkung. Derartige Bildfälschungen richteten sich damals selbstverständlich an schlichtere Gemüter und nicht an Schriftgelehrte.

Auch in den nächsten Jahrhunderten bestanden Bildfälschungen eher aus kosmetischen Korrekturen, stellte man Fürsten, Heilige und andere Persönlichkeiten idealer dar, als diese in Wirklichkeit ausgesehen haben. Fälschungen konnten es schon deswegen nicht sein, weil dem Betrachter klar war, daß die dargestellte Person oder Szene keine fotographische Momentaufnahme war, sondern dem Können, der Beobachtungsgabe oder der Phantasie des jeweiligen Zeichners entsprach. Karikaturen, Schmähdarstellungen des Gegners und andere abwertende Stilmittel konnte ein halbwegs gebildeter Leser oder Betrachter ebenso schnell als tendenziös erkennen, wie man bereit war, Urkunden, historische Dokumente und vor allen den Inhalt von Zeitungsartikeln auf ihre Echtheit zu überprüfen.

Dieser Vorbehalt änderte sich schlagartig mit der Erfindung und raschen Verbreitung der Fotographie. Hier war plötzlich ein Medium im besten Sinne des Wortes æntwickelte worden, das eine unbestechliche und authentische, fixierte Widerspiegelung eines realen Sachverhaltes vornahm, und das man daher scheinbar nicht in Frage stellen konnte.

Bildfälschungen

Was macht nun die besondere Glaubwürdigkeit der Bilder aus? »Fast alle Menschen erleben diese Welt durch den Augen-Blick. Seit frühester Kindheit lernen wir, die Welt in Bildern zu verstehen. Ständig werden Menschen mit Bildern konfrontiert: Wir unterliegen der suggestiven Kraft der Bilder, ihrer einfachen, eingängigen Sprache. Bilder geben Orientierung. Ihre Sprache ist international. Selbst wenn wir die Augen geschlossen haben, denken wir in Bildern. Ein Bild, das lebhaft und nachhaltig in Erinnerung bleiben soll, muß ausdrucksstark sein und uns nur oft genug begegnen: das herausragende Ereignis, skandalös, schön oder traurig, die abenteuerliche Geschichte, Sieg oder Niederlage, das sinnliche Vergnügen, der skurrile Gegenstand, das originelle Porträt, ein gutes oder schlechtes Bild, der besondere Augenblick kann dann zur Ikone im Gedächtnis werden.«¹

¹ Jürgen REICHE, »Macht der Bilder«, in: Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland (Hg), *Bilder, die lügen*, Bonn ³2003, S. 8 (recte 10) ff., hier S. 10.

Verfalschungen schienen zunächst technisch unmöglich zu sein, und später fragte man sich, zu welchem Behuf so etwas nötig sein sollte. Fotos hatten daher sehr schnell den Nimbus absoluter Glaubwürdigkeit, und dies auch noch im späten 19. Jahrhundert, als man sie technisch vervielfältigen und in Zeitschriften anstelle von Stahlstichen drucken konnte. Aber zu jenem Zeitpunkt war man auch schon in der Lage, Photos zu verändern. Geschickte Retuscheure übermalten Aufnahmen oder fertigten Collagen an, wichtige Ereignisse, von denen kein Foto existierte, wurden nachgestellt. Als Beispiel wäre hier die Zeit der Pariser Kommune 1871 zu nennen, als man in Ermangelung von Bildern, auf denen die Erschießung von Priestern oder Geiseln durch die proletarischen Aufständischen zu sehen war, dazu überging, mit herangezogenen Truppenteilen und gestellten Opferne diese Verbrechen nachzustellen. Dies erschien nötig, weil in den ersten Tagen der Niederschlagung dieser Revol-

Fotographische
Nachstellung einer
Hinrichtung von
geistlichen Geiseln
durch die Pariser
Kommune 1870.
Aus: Hans Becker
VON SOTHEN, Bild-Legenden. Fotos machen Politik, Ares,
Graz 2013.



te Tausende von Aufständischen ohne Gerichtsurteil summarisch erschossen worden waren. Mit den Bildern unschuldiger Opfer dieser Revolutionäre versuchte man im nachhinein, die Racheorgie mit einer gewissen moralischen Berechtigung zu vertuschen.

Trotz vereinzelter Bildfälschungen hatte das Foto bis zum Ersten Weltkrieg an Glaubwürdigkeit nichts eingebüßt, ja, bis in die neunziger Jahre des 20. Jahrhunderts wurde die Authentizität der Fotografien und Filmaufnahmen in der Regel nicht angezweifelt. Ihre Bedeutung nahm sogar zu, weil im Gefolge der Veränderungen, die die sogenannte 68er-Generation bewirkt hatte, nicht nur das politische Koordinatensystem verschoben wurde, nein, es hatten sich auch die Lesegewohnheiten verändert. Aus einer in Jahrhunderten gewachsenen Buchstabenzivilisatione wird seitdem langsam wieder eine Bildzivilisation. Und Menschen, die immer weniger gewöhnt sind, sich mit Texten diszipliniert auseinanderzusetzen, und deren inhaltliche Kritikfähigkeit erlahmt, betrachten zuerst Bilder und vertrauen ihnen, denn sie sehen doch selbst, greifbar und unwiderlegbar, was dort gezeigt wird. »Fotos können doch nicht lügen!« Es ist diese scheinbar höchste Form der Wirklichkeitsabbildung und Authentizität, die das Foto als Wahrheitsträger für die Fälscher im 20. Jahrhundert so attraktiv gemacht hat. Der größte Leidtragende dieser Entwicklung war das deutsche Volk, denn in zwei Weltkriegen und in einer inzwischen sechseinhalb Jahrzehnte andauernden ›Nachkriegszeit« ist es, ohne sich zu wehren oder wehren zu können, immer wieder Zielscheibe massiver Bildfälschungen geworden.

Methoden und Möglichkeiten der Bildfälschung

Im Laufe der letzten 150 Jahre haben sich die Methoden und Anwendungsbereiche der Fälschungen von Foto und Film verändert und stark erweitert. Mehrere Fälschungskategorien gilt es zu unterscheiden:

1. Das Foto ist echt und unverfälscht, aber der Sachverhalt, das Datum oder die handelnden Personen sind nicht bekannt. In einem solchen Fall kann eine falsche Bildlegende oder Bildunterschrift sogar das genaue Gegenteil dessen unterstellen oder suggerieren, was auf dem Bild gezeigt wird. Diese Methode feierte im Ersten Weltkrieg Urständ. So wurden Fotos aus deutschen Vorkriegsillustrierten, auf denen die Offiziers-Preisträger eines Armee-Pferderennens mit den Pokalen in der Hand in einer russischen Zeitung mit dem Untertitel »Deutsche Räuber vor Warschau« als Plünderer dargestellt, oder Opfer der antisemitischen Pogrome in der Ukraine als deutsche Kriegsopfer dargestellt – eine Variante, die im Zweiten Weltkrieg erfolgreich wiederbelebt wurde. (AVENARIUS, S. 26–30) So wurden in der ersten Wehrmachtausstellung des REEMISMA-Instituts Bilder gezeigt, auf denen Soldaten Erschießungen

vornahmen. Dem militärgeschichtlich unbedarften Betrachter schien es selbstverständlich, daß es sich dabei um deutsche Soldaten handelte. Nur bei genauerem Hinsehen konnte ein Kenner aufgrund kleiner Uniformunterschiede erkennen, daß es sich bei den Soldaten um ähnlich uniformierte Ungarn oder Finnen handelte. Bei einer anderen Bildfolge wurden junge sowjetische Partisanen, darunter eine Frau, gezeigt, die abgeführt und vor zahlreichen Wehrmachtangehörigen gehängt wurden. Das sind Bilder, die ein Werbrechenz zeigen sollten und unwillkürlich von jedem jungen Menschen, der lange nach dem Krieg geboren wurde, auch als solches, zumindest aber als eine juristisch höchst fragwürdige Grausamkeit betrachtet wurden. Es wurde nicht herausgestellt, daß es sich um überführte Partisanen handelte und daß eine solche Bestrafung kriegsvölkerrechtlich gedeckt war, weil die sowjetischen Partisanen – in vielen Fällen äußerst grausam – nach eigenen Angaben bis zu 500 000 deutsche Soldaten im Rußlandfeldzug getötet haben. Es wird auch nicht

Das obige Bild zeigt eine Postkarte, die von russischen luden nach dem Pogrom, von Odessa 1905 verbreitet wurde. Die Überschrift lautete: »Mutter und Kind von Banden grausam erschlagen in Odessa.« Unten dasselbe Bild, veröffentlicht 1915 in der französischen Zeitung Le Mliroir. Die Überschrift lautete diesmal: »Die Verbrechen der deutschen Horden in Polen.« Aus: Gerhard FREY, Vorsicht Fälschung. 1000 antideutsche Lügen in Bild und Text, München 1991.









Aus Rote-Kreuz-Sammlern der Reichs-Wollwoched (veröffentlicht in der Berliner Illustrierten Zeitung) machte die französische Zeitung Le Miroir nach entsprechender Retusche zum Plündern ausgebildete deutsche Kinder, die in Frankreich Beutegut fortschaffen. Aus: Gerhard FREY, Vorsicht Fälschung. 1000 antideutsche Lügen in Bild und Text, München 1991.

erwähnt, daß die deutsche Seite legal für einen ermordeten eigenen Soldaten bis zu zehn Geiseln hinrichten durfte, die Amerikaner bei ihrem Einmarsch in Aachen aber damit drohten, bis zu 200 deutsche Zivilisten für einen ermordeten US-Soldaten zu ermorden, und daß bei Paderborn 1945 100 deutsche Soldaten für einen gefallenen US-Offizier umkamen. Dutzende Bilder zeigen deutsche Soldaten, die inmitten von Leichenbergen stehen. Die Bildunterschrift suggeriert natürlich, daß es sich dabei um jüdische Opfer deutscher Repressalien handelt. Die nachträglich ermittelte Bildwirklichkeit zeigt hingegen deutsche Soldaten, die in ein Ortszentrum (Tarnopol) vorstießen, in dem der sowjetische Geheimdienst NKWD zuvor Hunderte politische Gefangene erschossen hatte, die dort schon einige Zeit in der Sommerhitze gelegen haben mußten, denn die Soldaten hielten sich Tücher vor Mund und Nase, um den penetranten Leichengeruch ertragen zu können. Inmitten der vielen grausamen Bilder taucht dann plötzlich ein Bild auf, auf dem ein deutscher Soldat den Passierschein einer russischen Bäuerin kontrolliert. Ein Bild, an Harmlosigkeit kaum zu überbieten, aber im Zusammenhang mit den anderen Bildern ebenfalls wie eine Zumutung, wenn nicht ein Verbrechen, erscheinend.

2. Das Bild ist echt, wurde aber manipuliert und dadurch in seiner Aussage verändert. Hier lassen sich mindestens sechs verschiedene Fälle unterscheiden. Die erste Variante zeigt die Fälschung durch Beschneiden, durch Reduzierung der eigentlichen Bildaussage auf einen gewünschten Bildausschnitt. Das inzwischen wohl berühmteste Bild dieser Fälschungskategorie zeigt einen offenbar deutschen Soldaten, der aus kürzester Entfernung, aus etwa anderthalb Metern, von hinten auf den Kopf einer Frau zielt, die mit einem Kind in den Armen zu fliehen scheint. Daniel GOLDHAGEN zeigte es in seinem Standardwerke Hitlers willige Vollstrecker als einen Beweis geradezu abgründiger deutscher Niedertracht. Trotz seiner Widerlegung ziert es auch heute noch zahlreiche Bücher über den Zweiten Weltkrieg und auch die Jerusalemer Holocaust-Gedenkstätte Yad Vaschem, wo inzwischen vom Papst bis zur deutschen

Bundeskanzlerin daran Hunderte hochrangiger Politiker vorbeidefilieren durften. Am 10. November 1996 veröffentlichte die zweitgrößte schwedische Tageszeitung *Svenska Dagbladet* den Artikel »Mit der Schere als Waffe«, in dem das ganze Foto abgebildet wird. Dort ist unschwer zu erkennen, daß die Frau mit dem Kind im Arm nicht vor dem deutschen Soldaten



Sehr oft wird die gesamte rechte Hälfte des Bildes weggeschnitten, um eine bestimmte Deutung zu suggerieren.

wegläuft, sondern zu einem umgestürzten Bauernkarren, hinter dem bereits drei andere männliche Personen, vor einer Gefahr Deckung suchend, kauern, die offensichtlich von rechts vorne droht, und nicht aus der Richtung des Soldaten. Dieser zielte also auf keine wehrlose Frau (zumal jeder, der schon einmal mit einem Gewehr geschossen hat, weiß, daß man aus der Distanz aus der Hüfte schießen würde und nicht über Kimme und Korn!), sondern er schützt die Frau und die anderen mutmaßlichen Ukrainer vor feindlichem Feuer. Noch überraschender als diese Wendung ist die Tat-

sache, daß diese Entlarvung weder zu einem Aufschrei in der deutschen Presse oder in der Geschichtswissenschaft führte noch zum Abhängen der Fälschung in Yad Vaschem.

Eine weitere Variante besteht im Einmontieren eines Bildes oder Textes in das Foto. So wurde beispielsweise im Ersten Weltkrieg auf einen deutschen Eisenbahnwaggon, der, mit Munition beladen, in russische Hände fiel, ein rotes Kreuz und in kyrillischen Buchstaben das Wort Sanitätszuge gemalt, um den Betrachter glauben zu machen, die Deutschen benutzten das Rote Kreuz kriegsvölkerrechtswidrig, um sich militärisch Vorteile zu verschaffen. (Avenarius, Das Bild als Verleumder, S. 51) Ähnliche Bildaussagen wurden in britischen Zeitungen, etwa in The War Illustrated, gezeichnet, und selbst im Deutsch-Französischen Krieg von 1870/71 waren derartige Karikaturen bereits verbreitet.

Neben dem Einfügen ist auch das Ausschneiden oder Wegretuschieren ein beliebtes Stilmittel der Bildfälschung. Das wohl bekannteste Bild für diese Variante ist eine sowjetische Aufnahme vom 5. Mai 1920, die LENIN zeigt, der inmitten von Soldaten, auf einer Holztribüne mit der Mütze in der Hand zu diesen spricht. Rechts im Bild, auf einer Treppe der Tribüne, stehen Trotzki und Kamenew, die an jenem Tag ebenfalls eine Grußadresse an die gegen das polnische Heer ausdrückenden Soldaten richteten. Nachdem Trotzki in Ungnade gefallen war, wurde seine Person aus allen Geschichtsbüchern und Ausstellungen entfernt. Als der Verfasser 1982 im Leningrader Revolutionsmuseum des Smolnij-Instituts vor eben diesem Foto den Museumsleiter auf das Fehlen von

TROTZKI ansprach, wurde er mit der Erklärung, dies sei ein Revolutionsmuseum, und keine TROTZKI-Ausstellung, abgefunden. Auch im Dritten Reich wurden RÖUM-Porträts nach dem sogenannten RÖHM-Putsch aus Amtsstuben und Sammelbilderalben entfernt oder gegen Bilder ausgetauscht, auf denen der Verfemte mit HITLER oder anderen Größen zu erkennen war - aber sie wurden nicht manipuliert. Insbesondere in kommunistischen Staaten hatte sich zudem die Angewohnheit eingebürgert, Fotos prominenter Politiker zu schönen oder zu heroisieren, indem man Warzen aus dem Gesicht oder Zigaretten aus der Hand entfernte oder die Gesichter einfach nicht altern ließ.

Die heute verfügbaren technischen Mittel (computergraphische Methoden, Bluescreen-Technik, Warping oder Morphing) ermöglichen am Rechner digitale Bildmontagen, deren Manipulation man nicht mehr erkennen kann, wenn oder da es kein Negativ davon gibt.

Dieses Verfahren wird auch im Film eingesetzt. Das beste Beispiel ist der amerikanische Spielfilm Forrest Gump aus dem Jahr 1994 mit Tom HANKS in der Hauptrolle. Der Farbfilm spielt in den zwischen den fünfziger und siebziger Jahren des vorigen Jahrhunderts und zeigt den Hauptdarsteller, wie er in einer schwarz-weißen Wochenschau-Aufnahme plötzlich im Bild erscheint und Präsident NIXON die Hand schüttelt. Seit diesem Zeitpunkt sind auch historische Filmaufnahmen kein einwandfreier Beleg für die zeitgenössische Echtheit der Aufnahme, wenn deren Datum nicht einwandfrei feststeht oder die Originalaufnahmen vorhanden sind.

Auf die Möglichkeit, Aufnahmen nachzustellen, wurde bereits hingewiesen. Dies gilt natürlich für unbewegte Bilder wie auch für bewegte.





Der in Ungnade gefallene Trotzki wurde einfach wegretuschiert.

Literatur:

AVENARIUS, Ferdinand, Das Bild als Verleumder. Bemerkungen zur Technik der Völkerverhetzung (151. Flugschrift des Dürerbundes). München o. J. (1915).

BÖMER, Karl, Die internationale Bild-Propaganda gegen das Deutsche Reich, Bredes 1934 in Leipzig unter dem Titel das Dritte Reich im Spiegel der Weltpresse erschienenen Buches).

Das Lexikon der antideutschen Fälschungen, München 2003.

FREY, Gerhard, Vorsicht Fälschung. 1000 antideutsche Lügen in Bild und Text, München 1991.

Nicht ohne Grund werden also amerikanische Spielfilme wie Schindlers Liste in Schwarz-weiß gedreht; sie wirken nicht nur authentischer, es kann sogar gut sein, daß bei einem weiteren Nachlassen der historischen Bildung demnächst Ausschnitte dieser Filme als Dokumentaraufnahmen vorgeführt werden können. Dies ist um so wahrscheinlicher, als daß Bildfälschungen ohnehin deswegen hergestellt werden, weil es zumeist oder zumindest oft an Bildern für die behaupteten Verbrechen mangelt und Fotos oder Filmaufnahmen das Behauptete scheinbar belegen. Der erste Beleg für eine als dokumentarisch ausgewiesene Übernahme eines Spielfilmfotos ist für den 12. Februar 1955 belegt, als die Revue ein Szenenfoto des amerikanischen Spielfilms Entscheidung vor Morgengrauen als Kriegsaufnahme veröffentlichte. Der dort gezeigte Schauspieler Walter LADENGAST hing mit einem Schild »So sterben alle Vaterlandsverräter!« men 2011 (Faksimile als Beweis für die grausame Wehrmachtsjustiz gegen Kriegsende in der Luft.

> Gestellte Bilder gab es auch auf deutscher Seite. Am 29. Juni 1944 wurden in Paris Filmaufnahmen gedreht, von denen Standbilder wenig später in deutschen Tageszeitungen erschienen. Dort konnte man erkennen, wie französische Frauen gefangene alliierte Soldaten, die durch Paris geführt wurden, schlugen und bespuckten und dabei von deutschen Soldaten zurückgedrängt wurden. Bei diesen Aufnahmen handelte es sich nicht um das spontane Ausbrechen des Volkszorns wegen der Bombardierungen der Amerikaner im Verlauf der Invasion, sondern um Pariser Pöbel, der von Deutschen für diese Aktivitäten bezahlt wurde.

> 3. Das Bild ist eine Totalfälschung. Die brennende Synagoge in der Berliner Oranienburger Straße ist eine solche Totalfälschung durch Re-

Links: Originalaufnahme der Berliner Synagoge 1948. Rechts: die Bildmanipulation Anfang der fünfziger Jahre.





tusche. Zum zehnjährigen Jahrestag der Novemberpogrome 1938 wur- Haus der Geschichde ein 1948 aufgenommenes Foto, das die weitestgehend unzerstörte Synagoge zeigt, mutmaßlich von Mitarbeitern des Museums für deutsche Geschichte, darunter einem ausgewiesenen Experten für Fotomontagen, mit flackernden Brandzungen ›umgestaltet‹, um »in zwar unstatthafter Weise, aber mit hehrer Absicht«, wie Dr. Hermann Simon, Leiter des Centrum Judaicum am 10. Oktober 1998 der Berliner Morgenpost mitteilte, einen Bildbeleg für die nationalsozialistischen Feuerteufel vorlegen zu können. Viele weitere Aufnahmen aus Konzentrationslagern, die Leichenberge zeigen, erwiesen sich bei Recherchen als Zeichnungen oder als Aufnahmen von Puppenbergen oder um bereits im Ersten Weltkrieg veröffentlichte Fotos ohne Ort und Zeitangabe, die angeblich deutsche Verbrechen dokumentierten. Da diese Fotos weiterhin mit den falschen Bildlegenden verbreitet und nicht entsprechend bekämpft und aus dem Verkehr gezogen werden, tauchen immer wieder Zweifel am Wahrheitsgehalt der wirklich stattgefundenen Verbrechen im Dritten Reich auf. Die Duldung solcher Beweiser ist also in höchstem Maße für die Erforschung der geschichtlichen Wahrheit schädlich, doch scheinbar zu verlockend, um auf sie ganz verzichten zu können.

Als weitere Totalfalschung erwiesen sich oft auch Zeichnungen. Im Ersten Weltkrieg wurde so bewiesen, deutsche Soldaten hätten in Belgien massenhaft Frauen vergewaltigt, katholischen Priestern die Augen ausgestochen und kleinen Kindern die Hände abgehackt. Zwar konnte nie ein Kind mit abgehackten Händen vorgezeigt werden, und auch die Behauptung, eines der Kinder sei zur Rekonvaleszenz nach Großbritannien überführt worden, wurde 1928 offiziell dementiert. In Deutschland fragte man sich allerdings bereits im Ersten Weltkrieg, wie der Feind deutschen Soldaten derartig grausame Verbrechen unterstellen könne, denn Diebstahl, Vergewaltigung oder sogar Mord aus Blutrausch oder zur Verdeckung eines Verbrechens können natürlich auch in jedem noch so disziplinierten europäischen Massenheer auftreten. Entlarvend war, daß diese Vorwürfe aus Belgien, teilweise auch aus Nordfrankreich stammten. Deutsche Psychologen und Historiker konnten sehr schnell nachweisen, daß solche Verbrechen keine reinen Phantasieprodukte sein konnten, sondern auf einem realen Erfahrungshorizont gründen mußten. Belgien besaß diesen Erfahrungsbericht, denn in der belgischen Kolonie Kongo wurden zur Zeit des belgischen Königs LEOPOLD II. bis zu 1 Million Menschen bestialisch ermordet oder bestraft, mit genau den oben beschriebenen Methoden. Davon wiederum gab es genügend überlebende Verstümmelte sowie Augenzeugen anderer europäischer Großmächte.

Ebenfalls als Totalfälschung muß eine Zeichnung gelten, die zwar klar als Zeichnung erkannt werden kann, deren Darstellung aber eine angeb-

te der Bundesrepublik Deutschland (Hg.), Bilder, die lügen, Bonn 2003. JAUBERT, Alain, Fotos, die lügen, Frankfurt/M. 1989 (Übersetzung der französischen Originalausgabe Le commissariat aux archives, Éditions Bernard Barrault, Paris 1986).

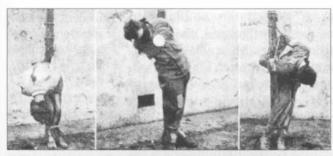
LÜPKE, Helmut, Historische Fälschungen als Werkzeug der Politik, Berlin 1940.

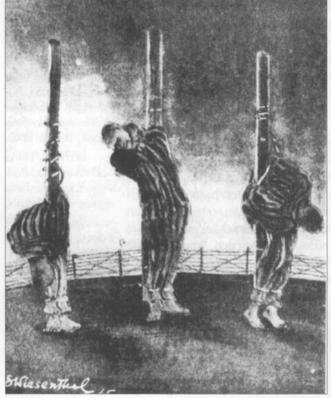
SOTHEN, Hans Becker von, Bild-Legenden. Fotos machen Politik, Ares, Graz 2013.

SOIKA, Klaus (Hg.), Bilder, die fälschen. Dubiose > Dokumente« zur Zeitgeschichte, München 1999. WALENDY, Udo, Bild-Sonderdruck des historischen Quellenwerkes Europa in Flammen 1939-1945, Bd. 2, Vlotho

Ders., Bild->Dokumentee für die Geschichtsschreibung?, Vlotho 1973.

²1967.

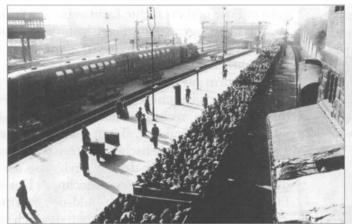




lich wahre Greueltat der Deutschen zeigen sollte. Simon Wiesenthal, der zahlreiche Konzentrationslager überlebt hat, fertigte kurz nach dem Krieg eine von ihm persönlich signierte Zeichnung an, auf der drei in gestreifter KZ-Kleidung befindliche Männer zu sehen waren, die, an Pfähle gebunden, nach der Erschießung in sich zusammengesackt waren. Da es von dieser Exekution und den vorhergegangenen angeblichen Folterungen selbstverständlich keine Fotos gab, fertigte er aus der Erinnerung diese Zeichnung an. Sie wurde als authentische in Wiesenthals Buch Konzentrationslager Mauthausen, erschienen 1946 im Ibis-Verlag, abgedruckt. Es dauerte nicht lange, bis durch Zufall ein Leser, der sich an eine ähnliche Situation zu erinnern glaubte, in alten Zeitschriften stöberte und in der Ausgabe des US-Magazins Life vom 11. Juni 1945 drei Fotos entdeckte, die frappierende Ähnlichkeit mit der Wiesenthalschen Zeichnung aufwiesen. Bei den drei Opfern handelte es sich allerdings um deutsche Soldaten, die während der Ardennenoffensive in amerikanischen Uniformen von Soldaten der US-Armee entdeckt und kriegsvölkerrechtlich korrekt für dieses Vergehen erschossen worden waren.

4. Das Bild als Ikone. Insbesondere

bei oder kurz nach Kampfhandlungen kamen Fotografen oder Kameramänner zu spät, um den entscheidenden Augenblick festzuhalten. Und wenn sie rechtzeitig erschienen oder bereits zugegen waren, dann korrespondierte in vielen Fällen das aufgenommene Bild nicht mit der Bedeutung des Ereignisses, die diesem oftmals erst später unterstellt wurde. Und weil bedeutende Ereignisse auch bedeutende Posen und heldenhafte Figuren verlangen, werden sie nachgestellt und, wenn sie gelungen sind, durch das Ereignis selbst zur Ikone. Eine der bedeutendsten Bildikonen dieses Genres ist das Hissen der amerikanischen Flagge auf der pazifischen Insel Iwo Jima. Das preisgekrönte Bild, das Joe ROSENTHAL von Associated Press am 23. Februar 1945 aufnahm und das als Bronzedenkmal auf dem Heldenfriedhof in





Arlington nachgebaut wurde, ist keine spontane Aufnahme, sondern eine höchst wirkungsvoll nachgestellte. Die ursprüngliche Aufnahme ist wesentlich undramatischer. Das gleiche gilt für eine Aufnahme des Treffens an der Elbe bei Torgau, wo sich am 26. April 1945 sowjetische und amerikanische Truppen die Hand reichten. In Wirklichkeit war man bereits einen Tag zuvor in Lorenzkirch bei Strehla zusammengekommen, aber die dortige Umgebung mit den zahlreichen von der Roten Armee zuvor ermordeten deutschen Zivilisten bot nicht die angemessene Atmosphäre für den sheldenhaften Händedruck.

Was für die Amerikaner Ivo Jima war, war für die Sowjets das Hissen der roten Flagge auf dem Reichstag in Berlin. Das berühmte Foto von Jewgeni Chaldej wurde allerdings nicht am 30. April 1945 aufgenommen, dem Tag der Erstürmung des Reichstags, sondern zwei Tage später, am 2. Mai. Das Foto, das zwei sowjetische Soldaten und einen Offizier zeigt, die auf dem Dach des Reichstags die rote Flagge mit Hammer und Sichel anbringen, ist nachgestellt. Der Fotograf hatte die drei Soldaten angesprochen und gebeten, für ihn möglichst dramatisch die zuvor mitgebrachte Flagge zu befestigen. Bevor das Bild veröffentlicht werden konnte, mußte allerdings eine Retusche vorgenommen werden, denn der Offizier, der den Soldaten mit der Flagge festhält, trägt an jedem Arm eine Uhr, ein untrügliches Zeichen dafür, daß trotz der Hitze des Gefechts noch genügend Zeit für Diebstahl und Plünderung gewesen ist.

5. Fälschungen in Filmen. Die propagandistischen Möglichkeiten des Films erschlossen sich wie schon bei der Erfindung der akustischen Aufnahme auf Platten wenige Jahre zuvor sofort nach seiner technischen Verwirklichung. Die dokumentarische Bedeutung, die Möglichkeit, shistorisches Augenblicke nicht mehr von Malern skizzieren lassen zu müssen, sondern tatsächlich für die Nachwelt festhalten zu können, führten nicht allein dazu, daß sich bedeutende Persönlichkeiten seitdem bewußt

Links: Aufnahme am Hamburger Bahnhof 1946: »Güterzüge mit Flüchtlingen. Vollbesetzter Leerzug für das Ruhrgebiet«. Rechts: Für ein Buch des Journalisten Erich Kuny wurde das Bild 1956 retuschiert und beschnitten. Das manipulierte Bild sollte nun Juden zeigen, die in ein Konzentrationslager deportiert wurden.





Oben: Familienfoto LAFONTAINE: Mutter, Vater in der Uniform eines Unteroffiziers und die Zwillinge Hans und Oskar. Für eine im Bundestagswahlkampf 1990 erschienene Broschüre wurde das Bild retuschiert: Der Vater trug dann einen dezenten Anzug.



gern in Pose und ins rechte Licht versetzen ließen. Sie ließ auch das Verlangen aufkommen, historische Momente, bei denen keine Kamera zugegen war – vor allem, wenn dies zu gefährlich gewesen wäre – nachzufilmen.

Der Sturm auf das Winterpalais« als Geburtsstunde der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution« wurde zwar oft beschrieben, nicht aber aufgenommen, und er verlief weit weniger spektakulär, als ein späteres Foto suggeriert. 1928 drehte der sowjetische Filmregisseur Sergei Eisenstein den Film Oktober, der die Ereignisse der »10 Tage, die die Welt erschütterten« nachzeichnete. Das aus diesem Film herausgeschnittene Standbild des Sturms auf den Zarenpalast wirkt außerordentlich dramatisch und schicksalsträchtig. In Wahrheit kam es zu keinem regelrechten Sturm, da dieser Palast, in dem sich die provisorische Regierung befand, nur von wenigen Soldaten und einem Frauenbataillon geschützt wurde. Das in allen Schulbüchern verwendete Foto Sturm auf das Winterpalais« sollte das fehlende revolutionäre Pathos der Wirklichkeit ersetzen.

Zu den vielen Versuchen. Adolf HITLER der Lächerlichkeit preiszugeben, gehört auch ein Wochenschauausschnitt, der den Reichskanzler im Juni 1940 im Wald von Compiègne zeigt. In Erwartung der französischen Delegation drehte sich HITLER im Gespräch mit deutschen Offizieren und Diplomaten und zog dabei kurz das rechte Bein an. Als der Leiter der Informations- und Propagandabehörde in Kanada, John GRIERSON, diesen Filmausschnitt in die Hände bekam, fiel diesem auf, daß HITLER in dieser Sequenz das Bein einmal relativ stark anhob. Es war nur ein kurzer Moment, aber der Propagandist hatte den Einfall, diese kurze Szene in mehreren Einzeleinstellungen zu vervielfältigen, so daß man den Eindruck gewann, HITLER würde siegestrunken hin- und herspringen. Diese Tanzeinlage hatte auf das Publikum der englischsprachigen Welt, dem diese Verfälschung nun ihrerseits in Wochenschauen gezeigt wurde, eine außergewöhnlich starke Propagandawirkung. Olaf Rose

»SS Leute scheren einen polnischen Juden den Kopf.« Mit dieser Textzeile wurde das Foto in der *Allgemeinen Jüdischen Wochenzeitung* vom 9. 5. 1991 versehen. Es handelt sich um ein Bildmontage. Der Soldat rechts vom »Opfer« trägt eine russische Mütze, der Mann links eine russische Uniform. Dahinter stent ein Rotarmist.



Nachkriegszeit

Lagerbesuche durch das Internationale Komitee vom Roten Kreuz (IKRK)

Rechtliche Grundlage für Besuche von Gefangenenlagern durch das IKRK war vor 1949 ausschließlich die Genfer Konvention von 1929 über die Behandlung der Kriegsgefangenen. Bei allen Lagern, die nicht formell Kriegsgefangenenlager waren, lag die Erlaubniserteilung für Besuche deshalb im Ermessen des Gewahrsamsstaates, da die staatliche Souveränität allein entscheidend war. Es ist daher nicht erstaunlich, daß Versuche des IKRK, Konzentrationslager in Deutschland zu besuchen, von der Reichsregierung unter Hinweis auf diese Rechtslage abgelehnt wurden. Erst gegen Ende des Krieges wurde die Erlaubnis erteilt und für mehrere Lager vom IKRK auch genutzt.

Das IKRK hat im Krieg von den Möglichkeiten der Genfer Konvention zum Besuch von Kriegsgefangenenlagern auf beiden Seiten Gebrauch gemacht. Unmöglich war dies in der Sowjetunion, die sich darauf berief, nicht zu den Unterzeichnern der Konvention zu gehören. Besuchsberichte des IKRK über Lager deutscher Kriegsgefangener in westalliierter Hand zeigen, vor allem für die Zeit kurz vor Kriegsende und danach, eine gewisse Zurückhaltung in der Bereitschaft, Mißstände deutlich anzusprechen. (z.B.¹) Die streng aufgefaßte Neutralitätspflicht des IKRK verhinderte vermutlich oft eine deutlichere Kritik. Eine Befragung ehemaliger Kriegsgefangener (etwa 70 im Jahre 2012) ergab für die weit überwiegende Zahl der Fälle, daß die Lagerinsassen keine Kenntnis von einem Besuch einer IKRK-Delegation hatten (Unterlagen beim Verfasser). Es muß offenbleiben, ob kein Versuch unternommen, keine Genehmigung erteilt oder ein erfolgter Besuch vor den Gefangenen verborgen gehalten wurde.

Für die Zeit ab Kriegsende steht im Vordergrund das Bestreben der Westalliierten, den Kriegsgefangenen weitestgehend den Schutz der Genfer Konvention zu entziehen, womit automatisch auch das Besuchsrecht entfiel. Da zwingendes Völkerrecht nicht zur Disposition eines Einzelstaates steht, war dies ein klarer Rechtsbruch, worauf auch die Rechtsabteilungen der US-Ministerien hinwiesen. Gleichwohl erfand die Gewahrsamsmacht USA das Hilfsmittel der Deklarierung der Kriegsgefangenen zu Disarmed Enemy Forces (DEF), Großbritannien die Bezeichnung Surrendered Enemy Personnek (SEP).² Frankreich hielt sich wenig mit solchen Feinheiten auf, sondern handelte weitgehend nach Gutdünken.

Eine besondere Härte ergab sich durch die häufige Handhabung, Kriegsgefangene zu entlassen und sie im unmittelbaren Anschluß wieder gefangenzunehmen und zu Zivilinternierten zu erklären. Dies ge-

¹ Comité International de la Croix Rouge, »Considérations générales sur les camps de prisonnier de guerre Allemands, Rapport général«, 14. 12. 1944, Kopie beim Verfasser. ² Schöbener, Die amerikanische Besatzungspolitik und das Völkerrecht, Frankfurt/M. 1991, S. 492-495; Franz W. SEIDLER, Deutsche Opfer, Alliierte Täter 1945, Selent 2013, S. 139 f.

Lagerbesuch durch das Internationale Komitee vom Roten Kreuz (IKRK)

schah meist mit der Begründung, die betreffenden Personen seien verdächtig, Kriegsverbrecher zu sein (Hauptbegründung der Amerikaner),



Marcel Junod, Delegierter des IKRK, beim Besuch von Kriegsgefangenen in Deutschland.

oder eine Bedrohung für die Sicherheit der Besatzungsmächte (z.B. als angebliche Werwolft-Angehörige), oder den demokratischen Neuaufbau zu bilden (Hauptbegründung der Briten), oder im Zivilberuf unter die Bedingungen des automatischen Arrestes zu fallen (Funktionäre der NSDAP und ihrer Organisationen, vermeintliche oder wirkliche staatliche Amtsträger). Diese nun Zivilinternierten wurden dann zusammen mit denjenigen der vorstehenden Kategorien, die nicht Soldat gewe-

sen waren, in den Zivilinterniertenlagern zusammengefaßt.3

Die Behandlung der Gefangenen in diesen in jeder der Besatzungszonen vorhandenen Lagern war die konsequente Fortsetzung der Verhältnisse in den Kriegsgefangenenlagern. Stand in diesen, gleich ob nur Auffangslager oder auf längere Dauer angelegt, die Aushungerung und schutzlose Unterbringung im Freien im Vordergrund, so war es bei den Zivilinterniertenlagern die seelische Folter der ungewissen Zukunft und in nicht wenigen Fällen brutalste körperliche Folter zur Erzwingung von Aussagen ohne Rücksicht auf deren Wahrheitsgehalt. Bei den Kriegsgefangenenlagern soll der Hinweis auf die Rheinwiesenlager genügen. Bei den Zivilinterniertenlagern seien herausgehoben das britische ›Vernehmungslager Bad Nenndorf und das amerikanische Lager/Gefängnis in Schwäbisch Hall, das zu belastenden Aussagen über die Waffen-SS dienen sollte, vor allem für den Malmedy-Prozeß. In der französischen Zone fällt kein einzelnes Lager durch eine überdurchschnittliche Anzahl von Todesfällen und Folterungen auf. Man könnte verallgemeinernd sagen, sie waren gleich schlimm.4 Aus Bad Nenndorf wurde eine solche Vielzahl unmenschlich grausamer Folterungsfälle, zum Teil mit Todesfolge, berichtet, daß das IKRK, dessen Besuch selbstverständlich nicht zugelassen war, das aber auf Umwegen Berichte erhalten hatte, von Ge-

³ Schöbener, ebenda, S. 434 ff. Diese Statusumwandlung nach fiktiver Entlassung aus der Kriegsgefangenschaft wurde scharf kritisiert in einem Delegationsbericht des Internationalen Roten Kreuzes vom 21. August 1946, Az. PC / KE, Kopie beim Verfasser.

⁴ WERNET, *Die Internierung im deutschen Südwesten*, Landesverband Baden-Württemberg der ehemaligen Besatzungsinternierten (Hg.), Karlsruhe 1960.

Lagerbesuch durch das Internationale Komitee vom Roten Kreuz (IKRK)

stapo-Verfahren schrieb (»procédés gestapistes les plus éprouvés«) und eine Intervention von britischer Seite zu erreichen versuchte.⁵ Immerhin wurde hier ein Militärgerichtsverfahren eingeleitet, das, wie zu erwarten, keine wesentlichen Strafen zur Folge hatte. In Schwäbisch-Hall wurden all jene Foltermethoden zur Aussageerzwingung angewendet, die in der Gegenwart für Abu Ghraib und Guantanamo beschrieben worden sind und noch einige Potenzierungen davon.⁶

Das IKRK hat sich redlich bemüht, zu den Zivilinterniertenlagern Zutritt zu bekommen, wohl wissend, daß eine Berufung auf die Genfer Konvention von 1929 über die Kriegsgefangenenbehandlung rechtlich unmöglich war. Für die US-Zone hat in letzter Instanz General CLAY dies in scharfer Form abgelehnt. Als der Rotkreuz-Delegierte andeutete, die Zentrale des IKRK in Genf darüber nach Washington berichten zu lassen, wurde CLAY nervös, blieb aber bei seiner Haltung. Diese Grundeinstellung zeigte sich noch verschärft, nachdem ein Teil der Zivilinterniertenlager in die Verwaltung der neu entstandenen deutschen Länder übergegangen war. Zunächst verwies die Militärregierung darauf, daß nun nicht mehr sie, sondern die deutschen Behörden zuständig seien. Das Land Hessen erlaubte Lagerbesuche in Darmstadt, erhielt aber nach kurzer Zeit den Befehl der Militärregierung, sie sofort zu verbieten. Zur Ehre der damaligen Hessenregierung sei bemerkt, daß sie heftigen Protest einlegte.⁸

Bei seinen Bemühungen um Zugang zu den Lagern der Zivilinternierten hat das IKRK offen oder verklausuliert bemerkt, man sehe sich hier mit demselben Problem konfrontiert, wie man es mit der Deutschen Reichsregierung gehabt habe, als man sich um Zugang zu den Konzentrationslagern bemühte.⁹

Ernst Sylvius von Heydebrand

⁵ Comité International de la Croix Rouge, Az. No.2705 -AM/ms vom 10. 6. 47, Kopie beim Verfasser; Focus vom 21. 1. 2013, »Todes-Folter im Namen der Maiestät«: The Guardian, 17. 12. 2005, »The interrogation camp that turned prisoners into living skeletons«; »Britisches Militärisches Verhörzentrum in Bad Nenndorf«, in Askania-Studiensammlung, Sonderausgabe Nr. 16,

⁶ www.metapedia.org , Stichwort >Folterung deutscher Gefangener durch die Alliiertens.

⁷ SCHÖBENER, aaO. (Anm. 2), S. 454–459; Comité International de la Croix Rouge, Delegation Berlin, vom 26. Juni 1947, Az. TM No. 3939, Kopie beim Verfasser. ⁸ SCHÖBENER, ebenda, S. 459 ff.; Schreiben der Großhessischen Staatsregierung vom 24. 2. 47, Az. M/Bl/We, an die Militärregierung Wiesbaden, Kopie in IKRK-Akte G 44/13/13-55, Kopie beim Verfasser.

⁹ IKRK an die IKRK-Delegation in Frankfurt/M., No. 278 vom 23. November 1945, Az. PC/KE, Kopie beim Verfasser; ähnlich im Schreiben Großhessische Staatsregierung (ebenda): ». . . allgemein bekannt ist, daß zu den Konzentrationslagern der nationalsozialistischen Ära das Internationale Rote Kreuz keinen Zutritt hatte. Aus dieser Tatsache können böswillige Elemente unzulässige Vergleiche anstellen, die ich. . . unter allen Umständen vermeiden muß«.

Zum Schicksal russischer >befreiter < Veteranen und Ostarbeiter 1945

¹ Werner ADAM, »Der Veteran«, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 10. 5. 1995.

² Iwan AGRUSOW, »Schicksale »befreiter« Veteranen der Sowjetarmee«, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 16. 5. 1995.

Russische Hilfswillige beim Stellungsbau. Sie wurden 1945 größtenteils nach Sibirien deportiert. Beim Ende des Zweiten Weltkrieges wurden in Deutschland und in den von Deutschen besetzt gewesenen Gebieten rund 5,4 Millionen sowjetische Kriegsgefangene von alliierten Truppen »befreit«. Für die meisten war es jedoch keine Befreiung, sondern sie hatten dann ein schlimmes Schicksal, auf das die Frankfurter Allgemeine Zeitung unter anderen 1995¹ hinwies. Auch die von den Westmächten befreiten Russen durften nicht zu ihren Familien zurückkehren, sondern wurden direkt in sowjetische Straflager transportiert. Nach einem früheren Befehl STALINS galt jeder Sowjetsoldat als Vaterlandsverräter, der sich an der Front ergeben hatte und in Gefangenschaft gegangen war.

Neben diesen Kriegsgefangenen gab es weitere Gruppen von sowjetischen Bürgern, die ab 1945 – auch aus dem Bereich der Westmächte – prepatriierte wurden und dabei ein schlimmes Schicksal hatten. Da gab es einmal die sogenannten Ostarbeitere, rund 6 Millionen an der Zahl,² die ab 1941 zunächst meist freiwillig, später gezwungen, als junge Menschen zur Arbeit in das Reich gekommen waren. Sie wurden nach Kriegsende mit Gewalt von den Westsiegern an die Sowjets ausgeliefert und wurden meist nach Überprüfung durch die Geheimpolizei in Straflager geschickt, in denen die meisten umkamen.

Zu einer dritten Gruppe von Sowjetbürgern, für die der 8. Mai keine Befreiung, sondern Tod oder lange Lagerzeit brachte, gehörten diejenigen, die in den von Deutschen vorübergehend besetzten Gebieten der



Zum Schicksal russischer >befreiter Veteranen und Ostarbeiter 1945

Befreiter sowietrussische Kriegsgefangene 1945. Die meisten wußten, was bei ihrer Rückführung auf sie wartete.



Sowjetunion geblieben waren und dann von der Roten Armee überrollt wurden. Ihnen wurde Kollaboration mit der Wehrmacht vorgeworfen. Alle in ihrer Heimat gebliebenen Männer wurden im Laufe der Zeit von der Geheimpolizei, dem KGB, überprüft, und viele kamen danach in Arbeits- und Straflager. Weniger Belastete durften später keine leitenden Tätigkeiten mehr ausüben. Vor dem Krieg hatten in diesen Gebieten von Murmansk bis zum Schwarzen Meer um 60 Millionen Menschen gewohnt.3

Das schlimmste Schicksal hatten diejenigen, die in den von General WLASSOW und anderen gegründeten Einheiten der Russischen Befreiungsarmee oder in anderen Truppenteilen wie den Kosaken, rund 800 000 Mann,³ auf deutscher Seite mitgekämpft hatten. Sie wurden auch – oft unter Anwendung von brutaler Gewalt - von den Westalliierten den Sowjets übergeben und wurden meistens von diesen bald als Landesverräter liquidiert.

Glück hatte eine kleine Gruppe von russischen Einzelpersonen, die sich in den ersten Monaten nach Kriegsende - oft bei ihren früheren Dienstherren in Deutschland - verstecken konnten, den alliierten Häschern auf diese Weise verborgen blieben und dann später nach den USA oder nach Kanada auswandern konnten, von wo sie – wie der Verfasser selbst erlebte -, später ihre bisherigen deutschen Dienstherren besuchten.

Daß Moskau Mitsieger im Zweiten Weltkrieg wurde, bedeutete also für viele Millionen von Sowjetbürgern den Tod oder Jahrzehnte währende Lagerzeit, die ein Großteil nicht überlebte.

»Wir hatten uns als Kriegsgefangene schuldig gemacht: Unsere Schuld bestand darin, daß wir noch lebten!«

»Ich liebte meine Heimat so sehr, doch ich wußte, daß sie mich nicht mit offenen Armen empfangen würden. Gewiß würde man mich einsperren, weil ich als Gefangener mehrere Jahre in Deutschland gewesen war. Vielleicht würde man mich erschießen? Doch was hatte ich falsch gemacht? Die Verzweiflung war so groß, fast noch größer als das Heimweh.«

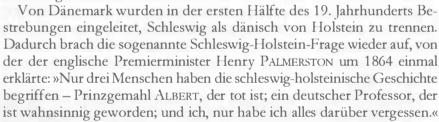
»Mein Leben lang fühlte ich das Kainsmal auf der Stirn brennen. Der hat sich in deutsche Gefangenschaft begeben. Sie hinterließ eine seltsame Spur in meinem Leben. Die Verachtung der Nachbarn, der Vorgesetzten im Betrieb und das unverhohlene Mißtrauen der Obrigkeit quälten mich die ganzen Jahre hindurch.«

Rolf Kosiek Zeugnisse aus: Kriegsgefangene, Droste, Düsseldorf

³ Ebenda.

Während die Gebietsverluste des deutschen Volkes im Osten, Süden und Westen allgemein in der Bevölkerung bekannt sind, ist das Schicksal der deutschen Grenze im Norden gegen Dänemark weithin unbekannt. Zweimal in den letzten hundert Jahren – nach dem Ersten und nach dem Zweiten Weltkrieg – wäre es beinahe zur Abtrennung Schleswigs oder gar ganz Schleswig-Holsteins gekommen, die von Kopenhagen und der dänischen Minderheit im deutschen Teil gefordert wurde. Doch schließlich verzichtete Kopenhagen auf eine Annexion, so daß das Verhältnis beider Länder heute normal und freundschaftlich ist.

Im Mittelalter hatte Holstein als Herzogtum immer zum Deutschen Reich gehört, dessen Nordgrenze die Eider war, während die um 975 von Kaiser Otto II. geschaffene Grenzmark Schleswig von Kaiser Konrad II. dem Dänenkönig Knut überlasen wurde. Hier regierten dänische Prinzen in der Folgezeit als Herzöge. Seit 1326 waren Holstein und Schleswig verbunden, seit dem Vertrag von Ripen 1460 unter dem Dänenkönig Christian I. (aus dem Haus Oldenburg), der dazu Herzog von Schleswig und Graf von Holstein wurde, »up ewich tosamende ungedeelt«. Der Wiener Kongreß bestätigte 1815, daß Holstein Teil des Deutschen Bundes mit dem dänischen König als Landesherren sei, jedoch Schleswig nicht.



Der Dänenkönig Friedrich VII. verkündete am 21. März 1848 mit einer neuen Verfassung die Einverleibung Schleswigs als Provinz nach Dänemark. Daraufhin erhob sich ein Aufstand der deutschen Schleswig-Holsteiner, die am 24. März in Kiel eine provisorische Regierung für die beiden Herzogtümer bildeten. Bei einer militärischen Auseinandersetzung am 9. 4. 1848 nördlich von Flensburg siegten dänische Soldaten über deutsche Freiwillige. Daraufhin entsandte der Deutsche Bund Bundestruppen (Preußen und Hannoveraner) unter General Friedrich Graf von Wrangel, womit der Deutsch-Dänische Krieg von 1848 bis 1850 begann. Wrangel vertrieb die Dänen aus Schleswig-Holstein und drang bis Jütland vor. Auf Druck der anderen europäischen Großmächte kam es zum Waffenstillstand von Malmö am 26. August 1848, bei dem Preu-



FRIEDRICH VII. von Dänemark.



Friedrich Graf von WRANGEL.

ßen auf die provisorische Regierung verzichten mußte. Nach weiteren Kämpfen im Jahre 1849 und dem dänischen Sieg bei Idstedt wurde im Juli 1850 der Frieden von Berlin geschlossen, in dem Preußen seine Truppen zurücknahm. Die Österreicher zwangen die noch weiterkämpfenden Schleswig-Holsteiner zum Abbruch der Kämpfe und überließen erst Schleswig, 1852 auch Holstein den Dänen. Im Londoner Protokoll vom 8. Mai 1852 regelten die Großmächte diesen Zustand.

Als der Dänenkönig Christian IX. 1863 eine Verfassung für den Gesamtstaat mit Anschluß ganz Schleswigs bestätigte, beanspruchte der Erbprinz Friedrich von Augustenburg als Friedrich VII., Herzog von Schleswig, die Regierung beider Herzogtümer und wurde von der nationalen Stimmung in Deutschland unterstützt. Bundestruppen, Preußen und Österreicher, drangen erneut in Dänemark ein, eroberten die Düppeler Schanzen (18. 4. 1864) und besetzten die Insel Alsen (29. 6. 1864). Daraufhin verzichtete der Dänenkönig im Frieden zu Wien (30. 10. 1864) auf die beiden Herzogtümer zugunsten Österreichs und Preußens. Spannungen zwischen den beiden deutschen Großmächten führte zum Deutschen Krieg 1866, durch den Preußen im Prager Frieden (23. 8. 1866) Schleswig-Holstein erhielt.

Beiderseits der heutigen Grenze wohnten Minderheiten des jeweils anderen Volkes. Nach dem Versailler Diktat von 1919 kam es am 10.

Februar 1920 zur Volksabstimmung in der nördlichen Zone (Nordschleswig), deren Bewohner zu 74,2 Prozent (75 133) für Dänemark stimmten und 25,8 (25 329) für Deutschland, während am 14. März 1920 in dem südlichen Teil (Südschleswig) 80 Pro-

Szene aus dem Dänischen Krieg 1864: Österreichische Jäger erstürmen eine Windmühle in Vejle (Hauptstadt der dänischen Region Syddanmar). Gemälde eines unbekannten



König Christian IX. von Dänemark.

Der Dänische Krieg 1864 hatte folgende Ursache: Nach dem verlorenen Ersten Schleswig-Holsteinischen Krieg (1848-1851) verpflichtete sich Dänemark, die Herzogtümer Schleswig, Holstein und Lauenburg weiterhin als selbständige Einheiten innerhalb des Gesamtstaates zu behandeln. Dessen ungeachtet bezog die dänische Novemberverfassung von 1863 Schleswig vertragswidrig mit in den dänischen Kernstaat ein.

zent (51 303) für den Verbleib beim Deutschen Reich sich aussprachen und 20 Prozent (12 859) für Dänemark. Alle Gemeinden in der südlichen Zone wiesen deutsche Mehrheiten auf. Die Zoneneinteilung mit der Clausenliniek nördlich von Flensburg und südlich von Tondern als Grenze war für die Deutschen ungünstig geschnitten, und es galt im Nordteil die Abstimmung im Ganzen, in Südschleswig gemeindeweise, so daß das ganze Nordschleswig mit seinem mehrheitlich deutschen südlichen Teil und deutschen Städten wie Apenrade, Tondern und Tingleff, insgesamt 41 Gemeinden mit deutscher Mehrheit, an Dänemark fiel. Wäre im gesamten Schleswig auf einmal abgestimmt worden, hätte sich



1940: Der dänische König beim Ausritt in Kopenhagen – ein deutscher Soldat erweist die Ehrenbezeigung.

eine deutsche Mehrheit ergeben, und auch Nordschleswig wäre beim Deutschen Reich geblieben. Deswegen wurde zum Nachteil Deutschlands die Abstimmung in zwei Gebieten getrennt vollzogen. Die nordschleswigschen Sozialdemokraten stellten in ihrer »Apenrader Erklärung«vom 26. Oktober 1919 fest: »Hier liegt eine Brutalität und eine Vergewaltigung eines Teils unserer Volksgenossen vor, die uns als Partei zum schärfsten Protest und zu der Erklärung veranlaßt, daß das Ergebnis der bevorstehenden Abstimmung nicht als eine Entscheidung im Sinne des Selbstbestimmungsrechtes der Völker aner-

kannt werden kann und anerkannt werden wird.«. Im dänischen Teil gab es fortan eine deutsche, im deutschen Teil eine dänische Minderheit. Letztere hatte 1932 nur 4658 Kommunalwahlstimmen. Im Jahre 1939 hatte der Schleswigsche Verein, der Dachverband der dänischen Minderheit in Südschleswig, nur noch 2728 Mitglieder. Die deutsche Minderheit in Nordschleswig wehrte sich erfolgreich gegen eine Integration und verteidigte zäh ihr Volkstum.

Nach der Kapitulation der deutschen Wehrmacht am 8. Mai 1945 raubten die Nachbarstaaten im Osten, Süden und Westen altes deutsches Siedlungsgebiet. Auch im Norden versuchten dänische Kreise, ähnlich wie 1919, Schleswig-Holstein, mindestens aber Südschleswig, für Kopenhagen zu gewinnen. Dabei kam es zu Einzelheiten, über die man heute nur noch den Kopf schütteln kann. Doch schließlich war Kopenhagen weise genug, im Interesse einer guten Nachbarschaft kein weiteres deutsches Gebiet zu annektieren. Doch jahrelang bestand diese Gefahr.

Mit großem Propagandaaufwand wurde nach Kriegsende von däni-

schen Vereinigungen für den Anschluß vor allem Südschleswigs an Dänemark geworben. Eine deutsche Gegenwehr gab es zunächst praktisch nicht. Im September 1945 wurde der englische Feldmarschall Montgomery als Oberbefehlshaber der britischen Besatzungsarmee in Norddeutschland gebeten, »das Grenzland Südschleswig so bald wie möglich von Flüchtlingen zu befreien. .., die unser Volkstum in Südschleswig zu ersticken und rassemäßig auszulöschen drohen«.¹ Er kam dem aber nicht nach.

Die Dänen hatten auch die Sorge, daß die vielen nach Schleswig-Holstein gekommenen Flüchtlinge aus Ostdeutschland bei einer möglichen Volksabstimmung nicht für Kopenhagen stimmen würden. Auch sah man durch die vielen Mischehen mit Flüchtlingen die nationalen Wurzeln des Dänentums in Südschleswig bedroht. So beschloß im März 1948 der Südschleswigsche Verband (SSV), der Dachverband der dänischen Minderheit, »die Mitglieder auszuschließen, die jemanden heiraten, der südlich der Eider geboren oder nach dem 1. Oktober 1939 eingewandert ist. Tatsächlich wurden von April bis September 1948 45 Mitglieder ausgeschlossen, weil sie gegen das Mischehen-Verbot verstoßen hatten«.¹

In der Schleswigschen Heimatzeitung, die 1945 für die dänische Minderheit in deutscher Sprache als Tageszeitung gegründet worden war, erschien noch am 15. Januar 1949 ein Artikel, in dem es hieß: »Fließend und ohne Unterbrechung geht die Unterwanderung vor sich, die das Blut des Ostens in unsere alten friesischen und niedersächsischen Familien einsickern läßt. . . Die Auf-Ostung vollzieht sich auf den Schwingen des Eros. Und im gleichen Maße mindert sie die Abwehrkraft unserer Bevölkerung gegen den fremden Griff nach unserem Land, ihrem Recht und ihrer Freiheit. . . An die Stelle der schlanken hohen Friesengestalten mit ihrem schmalen rassigen Gesichtern wird der breitgesichtige, untersetzte slawische Typ treten.«12 Das war durchaus ernst gemeint.

Es wurde ferner von dänischen Kreisen verlangt, die Verwaltung Schleswigs von der Holsteins zu trennen und in Schleswig als Verwaltungsbeamten vom eigenen Regierungspräsidenten bis zum letzten Dorfbürgermeister nur reinrassig nordische Südschleswiger zuzulassen. Die Kopenhagener Regierung hielt sich dagegen zurück und erklärte höchstens durch Ministerpräsident Knud Kristensen im Oktober 1945: »Es soll das Bestreben der Regierung sein, das Dänentum südlich der Grenze in dem nationalen und kulturellen Kampf zu unterstützen und zu fördern, den sie seit Olims Zeiten geführt hat, um sein dänisches Gepräge zu sichern und zu bewahren.«³

Neue Dänenfreunde versuchten, dänische Kreise in Südschleswig zu gewinnen, indem man die betreffenden Familien mit den in Dänemark ausreichend verfügbaren Nahrungsmitteln in der Hungerzeit der Deutschen bis 1948 unterstützte. Sie wurden mit den ihnen als Deutschen

¹ Zitiert von Hans Joachim von Leesen, »Als Flensburg dänisch werden sollte«, in: Staats- und Wirtschaftspolitische Gesellschaft e.V. (Hg.), Deutschland Journal 2011, Hamburg 2011, S. 61. ² Ebenda. ³ Ebenda, S. 62.

fehlenden Lebensmitteln versorgt, schickten dafür ihre Kinder auf dänische Schulen, an denen auch Essen verteilt wurde. Das Wort der Speckdänen aus den Abstimmungszeiten von 1920 machte wieder die Runde und führte zu dem deutschen Abwehrspruch: »Eßt dänischen Speck, aber wählt Deutsch!«

Doch die Erfolge der dänischen Propaganda bei fehlender Koordination der hart in den ersten Nachkriegsjahren um ihr Leben ringenden Deutschen waren nicht gering. Schon bei der ersten Kommunalwahl nach 1945 gewannen die Dänen im Flensburger Gemeinderat die absolute Mehrheit mit 33 dänischen und nur sechs deutschen Mandaten. Es hatte sich sogar der SPD-Kreisverband Flensburg dafür ausgesprochen und die Empfehlung ausgegeben, dänisch zu wählen, weshalb er dann vom nationalen SPD-Vorsitzenden Kurt Schumacher aus der SPD ausgeschlossen wurde, der ihm sogar »Landeverrat« vorwarf. Daraufhin gründete man einen neuen deutschen SPD-Kreisverband, der aber jahrelang schwer um Mitglieder zu kämpfen hatte. Im April 1947, in der größten Notzeit der Deutschen, stimmten knapp 100 000 Wähler aus Südschleswig für den die dänischen Bestrebungen unterstützenden Südschleswigschen Wählerverband (SSW). Kopenhagener Regierungskreise planten »eine dänische Kulturoffensive mit dem Ziel volklicher Eroberung« in Schleswig-Holstein.

1945 waren rund 250 000 deutsche Soldaten und Zivilisten aus Ostpreußen und Pommern mit Schiffen über die Ostsee nach Dänemark vor der Roten Armee geflohen. Sie hofften, in die Freiheit zu kommen, wurden aber in Dänemark in Lagern gehalten, in denen die Umstände zeitweise bewußt schlimm und unmenschlich waren. So starben in ihnen um 7000 deutsche Kinder an bewußt verordneter Unterernährung,⁴ wurden zahlreiche Deutsche ermordet,5 wurden Gefangene zum Minensuchen mit bloßen Händen gezwungen,6 wurden Deutsche jahrelang interniert,7 allein in dem riesigen Lager bei Faarhus rund 3000 Personen, darunter viele ehemalige Mitglieder der DNSAP. Insgesamt waren im Krieg in Dänemark rund 40000 Personen der nationalsozialistischen DNSAP beigetreten. Die Gefangenen lebten dort bis zu drei Jahren in Haft und wurden teilweise mit neuen rückwirkend angewandten Gesetzen verurteilt. Längere Internierung traf auch viele der rund 8000 Freiwilligen aus Dänemark, darunter rund 2000 Deutsche aus Nordschleswig, die an der Seite der Deutschen während des Zweiten Weltkriegs im Osten gekämpft hatten, wobei etwa die Hälfte gefallen ist. Erst allmählich trat eine Normalisierung in der Behandlung der Deutschen und im deutsch-dänischen Verhältnis ein.

Dazu kam allmählich zunehmender Widerstand von seiten der Deutschen, die sich langsam organisierten. Es wurde eine Arbeitsgemeinschaft

⁴ Rolf Kosiek u. Olaf Rose (Hg.), *Der Große Wendig*, Bd. 2, Grabert, Tübingen ⁵2012, S. 291.

⁵ Ebenda, S. 289 f.

⁶ Ebenda, S. 295 f.

⁷ Ebenda, S. 292 ff.

Deutsches Schleswige (ADS) gegründet, die überparteilich das Deutschtum – vor allem auf kulturellem Gebiet – verteidigte. Der Schleswig-Holsteinische Heimatbunde (SHHB) wurde als Rechtsnachfolger des Schleswig-Holsteinischen Landesvereins für Heimatschutze erneuert und trat mit Massenversammlungen für die deutsche Sache ein. Im September 1946 wurde die Gründung des Deutschen Grenzvereinse genehmigt, der die Grenzlandakademie Sankelmark und die Heimvolkshochschule

Leck in Nordschleswig als Tagungsstätten trug. In der Deutschen Grenzlandjugende sammelte sich die heimattreue Jugend Schleswigs und bildete ein Gegengewicht zu den dänischen Pfadfindern. Die deutsche Tageszeitung, das Flensburger Tageblatt, trat vorbehaltlos für die deutsche Seite ein.

Vor allem Großbritannien übte dann Druck auf Kopenhagen aus, sich zu entscheiden, ob es Südschleswig einverleiben wollte oder nicht. Dann wären rund 200 000 Deutsche zu Dänemark ge-

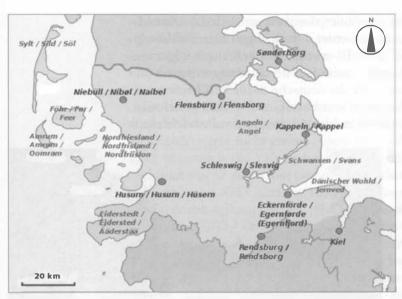
kommen. Nach einiger Zeit des Schwankens entschloß sich die dänische Regierung in weiser Voraussicht, die Notlage der Deutschen nicht auszunutzen und auf Südschleswig zu verzichten, in der richtigen Erkenntnis, daß sonst ein großes Problem entstanden wäre, war doch auch die Eingliederung der wenigen tausend Deutschen nach 1920 in Nordschles-

wig nicht recht gelungen.

Auch dadurch verstärkte sich die deutsche Stellung in Südschleswig. Der Beginn der wirtschaftlichen Erholung Deutschlands, die abnehmende Arbeitslosigkeit, die Verteilung der Flüchtlinge auf andere Bundesländer, schließlich die Bildung der Bundesrepublik 1949, das alles trug mit dazu bei, daß die Zahl der Anhänger dänischer Annexionspläne schnell sank. Bei der Wahl zum ersten Deutschen Bundestag 1949 hatten sich 'alle deutschen Parteien auf einen einzigen Kandidaten, den früheren Oberschulrat Dr. Eduard EDERT, geeinigt, der mit großer Mehrheit vor den dänischen Kandidaten gewann. Erst bei den mit großer Leidenschaft geführten Kommunalwahlen im April 1951, bei denen es allein um deutsch oder dänisch ging, bekam der Flensburger Gemeinderat eine deut-



Herrenhaus Altenhof war die Residenz des Britischen Regional/ Land Commissioner. Die Briten beeinflußten in den ersten NachkriegsJahren in hohem Maße die Politik Schleswigs.



sche Mehrheit. Als am Abend dieser Kommunalwahl das Ergebnis verkündet wurde, kam es auf dem Flensburger Südermarkt zu einer spontanen Siegesfeier, bei der nach dem Schleswig-Holstein-Lied auch das Deutschlandlied in allen seinen drei Strophen gesungen wurde. Nach von Leesen war es wohl das erste Mal. daß nach dem Krieg die erste Strophe in der Öffentlichkeit gesungen wurde.8 Anschließend gingen die Stimmen für Dänemark

Karte über Südschleswig mit deutschen, dänischen und (an der Nordseeküste) nordfriesischen Landschafts- und Ortsbezeichnungen auf Grundlage der Karte Sydslesvig.png und des Ortsnamenregisters Slesvignavne.dk Aus: Wikipedia.

stark zurück, um in den siebziger Jahren bei etwa 20 000 anzukommen. Bei den Wahlen zum schleswig-holsteinischen Landtag gilt seit jeher für Abgeordnete der dänischen Minderheit, die im Südschleswigschen Wählerverband (SSW) zusammengeschlossen sind, der 1948 auf Anordnung der britischen Militärregierung gegründet wurde, keine Fünf-Prozent-Klausel, so daß mindestens ein Vertreter der dänischen Minderheit im Landtag seinen Sitz hat. Der SSW trat zunächst für ein dänisches Südschleswig ein, später wandelte er sich zur Vertretung der dänischen Minderheit. Er bekommt bei den Wahlen derzeit (2012) um 4,5 Prozent der Stimmen und wird durch drei bis vier Abgeordnete im Landtag vertreten. Der derzeitige Oberbürgermeister von Flensburg gehört dem SSW an.

Offiziell wurde das Verhältnis der beiden Staaten in den beiden Bonn-Kopenhagener-Erklärungen von 1955 geregelt. Danach sichern beide betroffenen Länder zu, daß in Dänemark jeder Deutscher sein kann, der solches sein will, und daß in Deutschland jeder Däne sein kann, der das sein will. Der Staat überprüft das nicht. Vereinigungen der beiden Minderheiten werden geachtet und dürfen für ihr anderes Volkstum eintreten. Die – vor allem private – Unterstützung des Minderheitenvolkstums geschieht insbesondere durch finanzielle Hilfe für die jeweiligen Minderheitenschulen. Die hohe Achtung dieser Arbeit wird dadurch unterstrichen, daß die dänische Königin persönlich zur Einweihung eines neuen dänischen Gymnasiums in die Stadt Schleswig 2008 kam.

neuen dänischen Gymnasiums in die Stadt Schleswig 2008 kam. Seit Jahrzehnten ist die volkliche Lage an der deutsch-dänischen Grenze normalisiert und erträglich: Das andere Volkstum wird jeweils geachtet.

⁸ Leesen, aaO. (Anm. 1), S. 67.

Alliierte Richtlinien für deutsche Politiker und Medien

Demokratie mit Meinungs- und Pressefreiheit versprachen die Alliierten, den Deutschen zu bringen. Die Wirklichkeit nach 1945 sah dagegen ganz anders aus. Jahrelang herrschten noch alliierte Zensur und Kontrolle. Von Pressefreiheit oder Freiheit der Meinungsäußerung war nicht die Rede.

Mehr als eineinhalb Jahre nach Kriegende erließ der Kontrollrat der Sieger am 12. Oktober 1946 in Berlin die Direktive Nr. 40, überschrieben mit »Richtlinien für die deutschen Politiker und die deutsche Presse«. Darin wird zunächst der Eindruck erweckt, als ob es eine freie Presse für die Deutschen gebe. Doch dann werden die verordneten Einschränkungen bekannt gegeben, die diese Freiheit entscheidend einengen, so daß von wahrer Presse- und Meinungsfreiheit nichts übrig bleibt. Diese Anweisung Nr. 40 des alliierten Kontrollrates lautet:

»Der Kontrollrat erläßt folgende Direktive:

1. Mit Rücksicht auf die Notwendigkeit, die militärische Sicherheit zu wahren, soll es den deutschen demokratischen Parteien ebenso wie der deutschen Presse gestattet sein, deutsche politische Probleme frei zu besprechen.

Kommentare über die Politik der Besatzungsmächte in Deutschland sind erlaubt. Ebenso ist die Veröffentlichung in der deutschen Presse von objektiven Nachrichten über die Weltereignisse einschließlich informatorischer Artikel aus der Auslandspresse gestattet.

- 2. Mitglieder der deutschen politischen Parteien und die deutsche Presse müssen sich aller Erklärungen, der Veröffentlichung oder Wiedergabe von Artikeln enthalten, die:
- a) dazu beitragen, nationalistische, pangermanistische, militaristische, faschistische oder antidemokratische Ideen zu verbreiten;
- b) Gerüchte verbreiten, die zum Ziele haben, die Einheit der Alliierten zu untergraben oder welche Mißtrauen oder Feindschaft des deutschen Volkes gegen eine der Besatzungsmächte hervorrufen;
- c) Kritiken enthalten, welche gegen Entscheidungen der Konferenzen der alliierten Mächte bezüglich Deutschlands oder gegen Entscheidungen des Kontrollrates gerichtete sind;
- d) die Deutschen zur Auflehnung gegen demokratische Maßnahmen, die die Zonenbefehlshaber in ihren Zonen treffen, aufreizen.
- 3. Wer dieser Direktive zuwider handelt, setzt sich strafrechtlicher Verfolgung aus.

Ausgefertigt in Berlin am 12. Oktober 1946. R. Noiret, Divisionsgeneral, P. A. Kurochkin, Generaloberst, Lucius D. Clay, Generalleutnant, G. W. E. J. Erskine, Generalmajor.«

Rolf Kosiek

Die Direktive JCS 1067

1 http://webarchiv. bundestag.de/ archive/2007/ 0525/geschichte/ parlhist/dokumen-

² http://www. wfg-gk.de/ geschichte13.html

te/dok08.html

³ Die Direktive JCS 1067 ersetzte die »Combined Directive For The Military Governement in Germany Prior To Defeat Or Surrender« (abgekürzt CCS 551). Diese hatte für die Zeit vor der deutschen Kapitulation Gültigkeit.

⁴ Kurt Düwell., Entstehung und Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland (1945– 1961). Eine dokumentierte Einführung, Köln-Wien 1981, S. 52. Seit der historischene Rede des damaligen Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker (CDU) am 8. Mai 1985 hat sich auch in der Bundesrepublik Deutschland offiziell die Auffassung durchgesetzt, der 8. Mai 1945 habe die Befreiunge durch die Alliierten gebracht. Der entscheidende Satz von Weizsäckers lautet: »Der 8. Mai war ein Tag der Befreiung.«¹

Das, was für den früheren Bundespräsidenten – und für alle Politiker der etablierten Parteien in der Bundesrepublik – als ›Befreiung‹ gilt, sah Dwight D. EISENHOWER, am 8. Mai 1945 Oberbefehlshaber der alliierten Streitkräfte in Nordwesteuropa und nach Kriegsende der US-Besatzungstruppen in Deutschland, gänzlich anders. Er stellte ausdrücklich fest: »Deutschland wird nicht besetzt werden zum Zweck der Befreiung, sondern als besiegte Feindnation.«²

Der spätere Präsident der USA wäre also niemals auf den Gedanken gekommen, sich als Befreiere zu definieren. Vielmehr sah er die USArmee in der Rolle des Eroberers und machte aus dieser Meinung auch kein Hehl. Eisenhower begriff sich zwar nicht als Unterdrücker, verbarg jedoch seine Verachtung für das deutsche Volk (und nicht nur für die Nazis) keineswegs. Daß sich dies in seiner Präsidentschaft nach außen hin änderte, hing lediglich damit zusammen, daß die USA die Westdeutschen später im globalen Duell des Kalten Krieges gegen die östliche Führungsmacht UdSSR als Hilfstruppen benötigten.

Eindeutiger Beleg dafür, daß weder die Alliierten im allgemeinen noch die US-Amerikaner im besonderen als Befreier nach Deutschland kamen, ist die anfangs verfolgte Besatzungspolitik. Dabei bildete eine Akte den Ausgangspunkt, die in ihrer ersten Fassung noch deutlich vom Morgenthau-Plan geprägt war und die unter der Bezeichnung JCS 10676 Bekanntheit erlangt hat. Dahinter verbirgt sich die Direktive der Joint Chiefs of Staff6 (dt.: Vereinigte Stabschefs) an den Oberbefehlshaber der US-Besatzungstruppen in Deutschland. Von ihr wurden bis März 1945 fünf weitere Fassungen erstellt, wobei die Überschrift »Interim Draft Directive« lautete. Die Härte der geplanten Leitlinien wurde erst im Januar 1945 abgemildert, als im Rahmen einer Sitzung des Ausschusses für Sicherheitsfragen der amerikanische Secretary of the Navy6, James FORRESTAL, gegen die bisherige Form der Akte JCS 1067 sowie gegen jede Politik Stellung bezog, deren Ergebnis ein Massenmord an den Deutschen oder deren Versklavung sei.4

Auch John Boettiger, Schwiegersohn des im März 1945 amtierenden US-Präsidenten Franklin D. Roosevelt, wies auf die verheerenden Folgen einer solchen Besatzungspolitik hin. Als er den Präsidenten am

20. März 1945 fragte, ob er die Deutschen hungern lassen wolle, habe ROOSEVELT ihm bloß zur Antwort gegeben: »Warum nicht?«⁵

Dennoch kam es zu einer Überarbeitung der ominösen Direktive JCS 1067, was vorwiegend das US-Kriegsministerium vornahm und im Ergebnis ROOSEVELT am 23. März 1945 unterbreitet wurde. Die Direktive, die wichtige Bestimmungen des Potsdamer Abkommens (z. B. Schaffung eines Kontrollrats als oberster Gewalt in Deutschland) vorwegnahm, wurde nochmals überarbeitet und in 6. Fassung nach Roosevelts Tod (12. April 1945) dessen Nachfolger Harry S. TRUMAN vorgelegt. Dieser verwarf zwar endgültig alle die Pläne, die Deutschland restlos seiner Industrie berauben wollten, hielt jedoch an der Entwaffnung und der maßgeblichen Rolle des Kontrollrats fest.6

Auch die 8. und letzte Fassung von JCS 1067, die daraus am 11. Mai 1945 hervorging, stand an Härte gegenüber dem besiegten Deutschland den vorherigen Fassungen nicht sonderlich nach. Die Direktive sprach davon, »daß Deutschlands skrupellose Kriegführung aus dem Geist des fanatischen Nazi-Widerstandes die deutsche Wirtschaft zerstört und Chaos und Leiden unvermeidlich gemacht hat und daß die Deutschen der Verantwortlichkeit nicht entrinnen können für das, was sie selbst über sich gebracht haben. . Deutschland wird nicht besetzt werden zum Zweck der Befreiung, sondern als eine besiegte Feindnation«.

Der letzte hier zitierte Satz ist bis auf ein Wort identisch mit dem oben angeführten



Fotocollage mit Bildern von KZ-Opfern: Erinnere Dich daran! Keine Fraternisierung! – eine Warnung vor der Verbrüderung mit dem Feind. Veröffentlicht in: *The Tacoma Sunday News Tribune* (Washington, 3. Juni 1945). Abb.: *Wikipedia.*



⁵ Zitiert nach: Michael R. Beschloss, *The Conquerors: Roosevelt, Truman and the Destruction of Hitler's Germany*, New York 2003, S. 196.

K. Düwell, Entstehung, aaO. (Anm. 4), S. 53.

⁷ Zitiert nach: Geheimsache! Was nicht im Geschichtsbuch steht, FZ, München 2011, S. 215.

[»]Diese Schandtaten: Eure Schuld!« – ein Plakat der ›Kollektivschuld-Kampagne«.

Die Direktive JCS 1067

EISENHOWER-Zitat, und dies rührt von dem her, was der General als Oberbefehlshaber der westlichen Besatzungstruppen in die Weisung JCS 1067 hatte einfließen lassen.

Weiter hieß es in der Direktive, Deutschland solle niemals wieder zu einer Bedrohung für den Weltfrieden werden. Zu diesem Zweck sollten Nazismus und Militarismus in allen ihren Ausprägungen ausgeschaltet werden. Deutschland sei industriell zu entwaffnen und zu demilitarisieren, wobei seine Fähigkeit zur Kriegführung dauernder Kontrolle unterworfen sein sollte.⁸ Es war sogar angestrebt, in Deutschland jegliche politische Betätigung zu untersagen.⁹

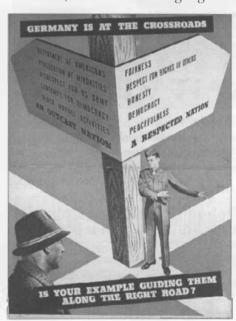
Hierüber ist dann das Potsdamer Abkommen hinweggegangen, denn es legte ausdrücklich einen demokratischen Aufbau Deutschlands unter Beteiligung auch von Parteien fest. Will man hierin eine Milderunge in

der Gangart der Regierung Truman erblicken, läßt sich das auch an der Bemessung des Lebensstandards für die deutsche Bevölkerung ablesen. Denn nach der Direktive ICS 1067 sollte dieser nach dem niedrigsten europäischen Standard festgelegt werden. Im Potsdamer Abkommen erklärten sich die USA mit einer Koppelung an den durchschnittlichen europäischen Lebensstandard - mit der Ausnahme von Großbritannien und der UdSSR - einverstanden. Allerdings änderten die nur relativen Milderungen erst einmal noch nicht sehr viel an den unübersehbaren Härten von JCS 1067. Denn es ließen sich zahlreiche Formulierungen in der Direktive unterschiedlich auslegen, und darüber hinaus darf nicht das Verbot für die US-Besatzungstruppen übersehen werden, sich nicht mit den Deutschen zu fraternisieren. Offiziell wurde die Direktive JCS 1067, die als »streng geheime Kommandosache« galt, erst am 15. Juli 1947 aufgehoben.10

Bis dahin jedoch richtete ihre Befolgung im besieg-

ten und besetzten Deutschland die denkbar schwersten Schäden an. Im Sinne der Direktive JCS 1067 wurde es dem Internationalen Komitee vom Roten Kreuz (IKRK), aber auch der ¿UN-Hilfsorganisation zur Unterstützung von Flüchtlingen und Verschleppten (UNRRA) von den USA verboten, Nahrungsmittel an die deutsche Zivilbevölkerung oder an die deutschen Kriegsgefangenen auszugeben. Erst später wurden die Hilfsgüter des IKRK in das besiegte Land gelassen, zuerst von den britischen Besatzungsbehörden (ab Oktober 1945), dann auch von den Franzosen (ab Dezember 1945). Hingegen ließen Amerikaner und Sowjets die IKRK-Hilfen noch während des strengen Winters 1945/46 zurück-

Ebenda.
K. Düwell.,
Entstehung, aaO:
(Anm. 4), S. 53.
Ebenda, S. 54.



Amerikanisches Plakat zur Reeducation US-Army amerikanische Besatzungszone um 1947 Druck 84,9 x 62,4 cm, Haus der Geschichte, Bonn.

Die Direktive JCS 1067



Durch ihre Politik der Blockade sorgten Amerikaner und Sowjetrussen in den Jahren 1945 bis 1947 für eine verheerende Lage in den Bereichen der Ernährung und der Kohleversorgung. Hier: Protestkundgebung am 1. März 1947 auf dem Krefelder Karlsplatz. Foto: Bundesarchiv.

gehen. Sie öffneten ihre Besatzungszonen erst im März und April 1946 für die Hilfssendungen des IKRK. Infolge des Hungers und des Mangels an Kohlen zum Heizen im Winter kamen in Deutschland bis 1948 drei bis fünf Millionen Menschen ums Leben.¹¹

Später gestand General Lucius D. CLAY, 1947–1949 Militärgouverneur der US-Besatzungszone in Deutschland, im Rahmen seiner Memoiren die Härten der Besatzungspolitik ein, indem er offen auf die Behandlung Karthagos in der Antike als »Vorbild« verwies: »... there was no doubt that JCS 1067 contemplated the Carthaginian peace which dominated our operations in Germany during the early months of occupation«.¹² (Es gab keinen Zweifel, daß die JCS 1067 den karthagischen Frieden in Erwägung zieht, der unsere Maßnahmen in Deutschland während der ersten Monate der Besetzung beherrschte)

Diese Aussage eines hochrangigen US-Verantwortlichen läßt wohl keine Zweifel über den Charakter der frühen amerikanischen Besatzungspolitik in Deutschland mehr zu.

Matthias Gallas

11 http://www.wfggk.de/ geschichte13.html ¹² Zitiert nach: Kenneth O. McC-REEDY, »Waging Peace. ECLIPSE in Postwar Germany and Iraq«, in: Williamson Murray (Hg.), A Nation at War in an Era of Strategic Change, Darby/USA 2004, S. 125–171, hier: S 129

Kardinal Frings Mut vor Besatzungsbefehlshabern

Die Alliierten hatten Freiheit und Demokratie zu bringen versprochen, praktizierten aber in den ersten Jahren nach 1945 eine scharfe Diktatur und behandelten die Deutschen schlimmer als Kolonialvölker. Während der ersten Nachkriegszeit regierten die alliierten Besatzungsoffiziere oft

sehr rigoros. Kritik an dem Handeln der Besatzungsmächte war nicht erlaubt. 1 Das galt auch für die von ihnen eingesetzten deutschen Behörden. Nur wenige Deutsche in verantwortungsvollen Stellungen wagten es, ihnen zu widersprechen oder entgegen ihren Weisungen zu handeln. Bei Widerspruch wurden die Betroffenen sofort aus ihren Stellungen entlassen, so der erste Kölner Oberbürgermeister Konrad ADENAUER oder der erste bayerische Ministerpräsident Fritz Schäffer. Mit der Todesstrafe wurden Zivilisten bedroht, die den hungernden Kriegsgefangenen, etwa in den Rheinwiesenlagern, Nahrung zustecken wollten. Selbst Angehörigen der Hungernden war das verboten.

Ein mutiger Vertreter der Deutschen war Erzbischof Joseph FRINGS von Köln, später von Papst Pius XII. zum Kardinal ernannt.² Der volkstümliche Geistliche hatte in seiner Predigt zu Silvester 1946 den Deutschen den »Mundraub« erlaubt, der sich auch auf das »Erleichtern« alliierter Kohlenzüge im Hunger- und Kältewinter 1946/1947 bezog und gleich von der Bevölkerung so gewertet wurde. Daraus entstand der neue Ausdruck ofringsene.

Damit unterlief der Kölner das Verbot, die von den Siegern verordnete Hungerstrafe für die Zivilbevölkerung anzuklagen. Aber die Hohen Kommissare wagten nicht, den volksverbundenen Kirchenfürsten deswegen

zu maßregeln. Der tapferere Kölner Erzbischof, der dann als Kardinal und Vorsitzender der Fuldaer Bischofskonferenz mit den Spitzen der alliierten Besatzungsmächte zu tun hatte, setzte sich vor allem für die Kriegsgefangenen und Vermißten ein. So kritisierte er öffentlich die Methoden der Vertreibung der Deutschen aus Osteuropa und forderte in einem Brief an US-Präsident Truman die sofortige Einstellung der verbrecherischen und menschenverachtenden Deportationen. Auch für die baldige, von der Haager Landkriegsordnung vorgeschriebene Entlassung der deut-



Joseph Kardinal FRINGS. Er gestattete den Kölnern das Fringsen . FRINGS-Denkmal in Neuß.

¹ Siehe die Anweisungen in: Rolf Kosiek u. Olaf Rose (Hg.), Der Große Wendig, Bd. 5, Grabert, Tübingen 2014, S. 709.

² Rolf Kosiek u. Olaf Rose (Hg.), Der Große Wendig, Bd. 3, Grabert, Tübingen 2008, S. 804 f.

Kardinal Frings Mut vor Besatzungsbefehlshabern



»Kohlenklau« auf einem Bahnhof der britischen Zone im Winter 1946/1947.

schen Kriegsgefangenen Jahre nach dem Ende des Krieges setzte er sich immer wieder ein.

Ebenso erinnerte er am 8. April 1947 auf eine Meldung aus Moskau hin, daß in der Sowjetunion nur noch 80 000 Deutsche interniert seien, an die vielen noch in der Sowjetunion vermißten deutschen Soldaten: »Deutschland hat die 1 200 000 Kriegsgefangenen nie gesehen, die die Sowjetunion nach Hause geschickt haben will – und wohin sie gekommen sind, weiß niemand. Es ist für das deutsche Volk ein fürchterlicher Schlag zu hören, daß die Sowjetunion die Zahl der deutschen Kriegsgefangenen in sowjetrussischer Hand mit 80 000 angibt, während diese in Deutschland auf zwischen drei und vier Millionen geschätzt werden. Da kann man nur fragen: Was geschah mit den anderen?«

Im August desselben Jahres appellierte er erneut an die Alliierten, die deutschen »Kriegsgefangenen baldigst freizulassen«. Im Zusammenhang damit sprach er sich dafür aus, »Deutschland mit den notwendigen Rohstoffen, Maschinen und Lebensmitteln zu versorgen«, womit er auch ein Ende der Reparationen einforderte.

Wie aus Akten der Besatzer hervorgeht, wurden die Appelle des Kardinals durchaus ernst genommen. Hätte es nur mehr solche volksverbundenen und der historischen Wahrheit verpflichteten Kirchenfürsten gegeben!

Später paßte sich die Kirche der von den Alliierten ausgegebenen politischen Korrektheit an, übernahm die kommunistische Propaganda über die ›Überfälle‹ der Deutschen auf Polen, Frankreich und die Sowjetunion und vertrat das Geschichtsbild der Sieger.

Rolf Kosiek



Alois HUDAL.

In einem stillen Winkel hinter der prachtvollen Piazza Navona in Rom träumt die Kirche Santa Maria dell'Anima vom Heiligen Römischen Reich Deutscher Nation. Zu dieser historischen Nationalstiftung aus dem 16. Jahrhundert zählt, gekrönt von drei Reichsadlern aus dem 15. Jahrhundert, auch ein Priesterkolleg für Studierende deutscher Zunge: »Animahier ist ein Stück Deutschland«, huldigte Alois Hudal, von 1928 bis 1952 Rektor des Kollegs, dem Genius loci. »Deutscher Geist in Rom. Möge es immer so bleiben!«¹

Nach dem Zweiten Weltkrieg auf Grund alliierten Drucks vom Vatikan in die Wüste geschickt, starb der darob verbitterte Bischof 1963. Er ruht auf dem Campo Santo Teutonico, dem deutschen Friedhof der Ewigen Stadt. Gemeinsame Feinde der katholischen Kirche und des deutschen Volkes lassen ihn jedoch nicht in Frieden ruhen: Sie werfen ihm die Todsünder vor, gefährdeten Personen durch Fluchthilfe nach dem verlorenen Krieg das Leben gerettet zu haben. Als Buhmann unter den Bischöfen galt Hudal lange in der verzerrten Zeitgeschichte. Dann hat das dankbare Zeugnis eines neuseeländischen Generals, der auf der Flucht aus deutscher Gefangenschaft 1944 Unterschlupf in der Anima gefunden hatte,² den unberechtigt beschuldigten Hudal exculpierte und eine Wende in der Bewertung des Bischofs eingeleitet.

Alois Hudal wurde 1885 in Graz geboren und 1908 zum Priester geweiht, 1911 zum Doktor der Theologie promoviert und 1919 zum Universitätsprofessor berufen. 1923 wurde Hudal Rektor der Anima und 1933 Titularbischof von Ela. Sein bischöflicher Wahlspruch »Ecclesiae et nationi« (Für Kirche und Volk) spiegelt Hudals inniges Verhältnis zur deutschen Nation wider, zu der er sich als Österreicher selbstverständlich zählte. Vom Aufstieg der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei und von den Anfangserfolgen ihres Führers fasziniert, veröffentlichte er 1937 eine Abhandlung über Die Grundlagen des Nationalsozialismus. Hudal sieht das Dritte Reich zwar in historischem Zusammenhang mit dem Heiligen Römischen Reich Deutscher Nation,

¹ Alois HUDAL, Römische Tagebücher. Lebensbeichte eines alten Bischofs, Graz-Stuttgart 1976, S. 86.

² John Burns, Das Leben ist ein gewundener Pfad. Gefangennahme, Flucht, Entkommen und endgültige Zuflucht mit Hilfe der Familie Mattei von Montecello und Bischof Alois Hudal von Santa Maria dell'Anima in Rom, Rom 2002 (Anima-Stimmen, Beiheft).

³ Alois Hudal, Die Grundlagen des Nationalsozialismus. Eine ideengeschichtliche Untersuchung von katholischer Warte, Leipzig-Wien 1937.

wehrt sich aber gegen Tendenzen, die den Katholizismus in seiner Substanz gefährden könnten. Er strebt daher einen »christlichen NS« an mit klarer Trennung von Politik (als Sache des NS) und Religion (als Bereich der Kirche), wobei das Reichskonkordat vom 20. Juli 1933 (Reichsgesetz-blatt II S. 679) einen solchen Ansatz nahelegt.

Solange der Nationalsozialismus ausschließlich politisch und sozial motiviert bleibt, ruft Hudal zur Beteiligung auf, zeigt sich die NS-Ideologie jedoch als Religionsersatz, dann habe die Kirche sie zurückzuweisen. Stark differenziert er in der Einschätzung der Vertreter der NSDAP, wobei er sich auf diejenigen stützen will, die ihrerseits eine Zusammenarbeit mit der Kirche suchen. Eine natürliche Gemeinsamkeit der Interessen sah Hudal in der Abwehr des Ostbolschewismusc. Dem Buch voran stellte er das Molotow-Motto: »Die Weltrevolution ist in der größten Gefahr, wenn es zur ideologischen und organisatorischen Verständigung zwischen der katholischen und der faschistischen Internationale kommen sollte. Die Komintern muß dieselbe verhindern, und auf deutschem Boden wird es zum Kampf zwischen diesen Mächten kommen.«

In Erfüllung gingen bekanntlich nicht Hudals fromme Wünsche, sondern Molotows gottlose Suggestionen: Im Ringen um den rechten Weg des Nationalsozialismus behielten linke Scharfmacher die Oberhand: »Ich persönlich habe immer für den Sieg Deutschlands und Italiens gebetet, unbekümmert um manche höchst betrübenswerte und schärfstens zu verurteilende Begleiterscheinungen der beiden großen politischen Bewegungen«, hinterließ Hudal in seinen Erinnerungen, »denn Kampf und Sieg betrafen nicht Hitler oder den NS, sondern Deutschland, Italien und die Zukunft von ganz Europa«.4

Nach dem Abfall Italiens vom Achsenbündnis beschaffte er bei der deutschen Besatzungsbehörde 500 Schutzausweise für Klöster und kirchliche Anstalten, wodurch mehrere tausend Menschen, darunter nicht wenige Juden, gerettet wurden. Seine guten Beziehungen zum deutschen Vatikan-Botschafter Ernst von Weizsäcker und zum deutschen Stadtkommandanten General Stahel trugen maßgeblich zum Entgegenkommen bei, mit dem die Anliegen des Vatikans von deutschen Stellen in Rom behandelt wurden.⁵

Als die Alliierten das geräumte Rom am 4. Juni 1944 kampflos besetzen durften und eine britische Truppe unter den Dudelsackklängen der antipäpstlichen Komposition *Lillibullero* am Papst vorbeigezogen war, erhielt Hudal die Befugnis, Ausweiskarten für Österreicher zu unterfertigen: »Ich habe gegen tausend unterschrieben, aber weitherzig nicht wenige Reichsdeutsche miteinbezogen, um sie in diesen schwierigen Monaten vor KZ und Gefängnis zu bewahren.«⁶ In noch größerem Umfang gelang ihm dies als Leiter der österreichischen Abteilung des »Päpstli-

⁴ Alois Hudal, Römische Tagebücher, S. 209.



Ernst von Weizsäcker.

⁵ Ebenda, S. 214.

In seinem Buch Die Grundlagen des Nationalsozialismus schreibt Alois Hunau: »Gegen eine staatliche Gesetzgebung, die aus Notwehr und gegen eine Überflutung fremder Elemente das eigene Volksleben schützt und aus staatspolitischen und nationalen Gründen gewisse Ausnahmebestimmungen für Angehörige des jüdischen Volkes erläßt, kann kein ernster Einwand erhoben werden, auch wenn solche Gesetze dem modernen Rechtsstaat nicht entsprechen.« Dies wird ihm als unverzeihlicher Fauxpas angekreidet.

chen Hilfswerks für ausländische Flüchtlinge. Er sei stolz darauf, Verfolgte mit Hilfe falscher Ausweispapiere ihren möglichen Peinigern entrissen und ihnen die Flucht in glücklichere Länder ermöglicht zu haben, betonte der Bischof.

Die Schiffspassagen seiner Schützlinge finanzierte Hudal aus Mitteln, die die amerikanische National Catholic Welfare Conference den nach Ländern gegliederten Hilfsorganisationen zufließen ließ. Die Pässe stellte das Internationale Rote Kreuz aus, um die Beschaffung der Einreisevisa bei den Konsulaten kümmerte sich Hudal.

Diese Hilfsbereitschaft kostete den Bischof schließlich seinen Ruf und die weitere Karriere. Böse Zungen, die die Zeitgeschichte verzerren, stiften sogar unter der Geistlichkeit Verwirrung: »Bischof Hudal war das einzige »braune« Schaf der katholischen Kirche im Bischofsrang«, meinte der Salzburger Weihbischof Laun, weil der Deutsche auf Grund seiner »Verblendung« manchen von ihm für harmlos gehaltenen Leuten zur Flucht verholfen habe.⁷

In Wahrheit war Hudal weder Schaf noch braun. Wohl hatte er sich für einen Nationalsozialismus mit menschlichem Antlitz eingesetzt, als Konsultor des Heiligen Offiziums aber auch dafür gesorgt, daß Alfred ROSENBERGS *Mythus des 20. Jahrhunderts* und andere ketzerische Publikationen auf den Index⁸ gesetzt wurden. Im Anschluß an den Anschluß, den der Bischof wie die Überzahl der Österreicher begrüßt hatte, wurde das Hudal-Buch beschlagnahmt.⁹

Wäre Hudal wirklich Nazibischoft gewesen, hätte sein unmittelbarer Anima-Nachfolger Jakob Weinbacher, der von den Nationalsozialisten politisch verfolgt worden war,¹⁰ nicht das Vorwort zu den Römischen Tagebüchern geschrieben. Franz Wasner, dritter Nachfolger im Rekto-

⁶ Ebenda, S. 229.

⁷ Weihbischof Andreas LAUN an ARD/ORF betreffend Tatort, 28. 5. 2000.

⁸ Der 1559 erstmals erschienene *Index Librorum Prohibitorum* war ein Verzeichnis der für jeden Katholiken bei Strafe der Exkommunikation verbotenen Bücher. Das Verzeichnis, das in seiner verbindlichen Form 1966 abgeschafft wurde, enthielt zuletzt etwa 6000 verschiedene Titel.

⁹ Alois Hudal, Römische Tagebücher, S. 148.

¹⁰ Jakob Weinbacher (1901–1985) war als persönlicher Sekretär von Theodor Kardinal Innitzer unmittelbarer Zeuge, als verhetzte Hitler-Jugend am 8. Oktober 1938 das Erzbischöfliche Palais stürmte. Er war 1939 von der Geheimen Staatspolizei zeitweilig inhaftiert und von 1943 an 22 Monate in Polizeigewahrsam, wurde 1950–1952 und 1961–1969 Generalvikar in Wien und 1962 Weihbischof dortselbst und war dazwischen von 1952 bis 1961 als unmittelbarer Nachfolger von Hudal. Rektor der Anima in Rom.



Papst Pius XII. betet vor der Ruine der Basilika di San Lorenzo in Rom während einer Besichtigung der durch alliierte Luftangriffe in der Stadt zerstörten Gebäude.

rat der Anima, war nach dem Anschluß mit der legendären Trapp-Familie¹¹ aus politischen Gründen emigriert,¹² ehrt aber dennoch das Andenken des Verewigten und enthüllt vorwurfsvoll an Hand eines Abschiedsbriefes aus dem Nachlaß, »was in Hudals Seele in diesen seinen letzten Jahren. . . vor sich ging«.¹³

Hudals Fluchthilfe für Verfolgte nach dem Zweiten Weltkrieg war nichts anderes als angewandte Nächstenliebe. Niemanden hat er der irdischen Gerechtigkeit entzogen. Diese gab es nämlich nicht im Nazijagdrevier der Alliierten. Vor einem Kongreß von Strafrechtlern in Rom kritisierte Papst Pius XII. 1953: »Einem unbeteiligten Dritten bereitet es Unbehagen, wenn er sieht, wie nach Abschluß der Feindseligkeiten der

¹¹ Korvettenkapitän Georg Ludwig Ritter von Trapp (1880–1947) war U-Boot-Held im Ersten Weltkrieg, wollte nicht in der deutschen Kriegsmarine dienen und emigrierte mit seiner Familie nach dem Österreich-Anschluß in die USA, wo die Trapp Family Singerse unter der musikalischen Leitung des mitemigrierten Hausgeistlichen Franz Wasner weltbekannt wurde. Die Erfolgsgeschichte lieferte 1959 dem Oklahomae-Komponisten Richard Rogers den Stoff für das Broadway-Singspiel *The Sound of Music* und wurde 1965 von der 20th Century Fox verfilmt.

¹² Franz Wasner (1907–1992), Priester, Missionar und Musiker, emigrierte 1938 mit der regimegegnerischen Trapp-Familie in die USA und leitete von 1967 bis 1981 als Rektor die Anima in Rom.

¹³ Franz WASNER, »Torso aus der Anima«, in: *Theologisch-Praktische Quartalschrift* 126 (1978), S. 61.

Sieger den Besiegten wegen Kriegsverbrechen aburteilt, während sich der Sieger den Besiegten gegenüber ähnlicher Handlungen schuldig gemacht hat.«

Auch Schuldige haben Anspruch auf ein faires Verfahren. Die Schauprozesse unter der Regie der verfahrensrechtlich unzuständigen USA aber beruhten großteils auf falschen Zeugenaussagen und erfolterten Geständnissen. In »Verfahren zur Erreichung von Zielsetzungen« wurden folgende Foltermethoden nachgewiesen: Dunkelhaft, ständige Störung der Nachtruhe, Vorbereitung der Verhöre durch Schläge mit Fäusten und Metallstangen, Fußtritte gegen Schienbeine und Geschlechtsteile, Überstreifen von blutverkrusteten übelriechenden Kapuzen, stundenlanges Warten mit erhobenen Armen, brutale Mißhandlung mit schweren Verletzungen, Schläge und Tritte bis zur Bewußtlosigkeit, Scheinverhandlung als Schnellgericht mit Todesurteil bei Kruzifix und Kerzen mit falschen Zeugen, falschen Eiden, gefälschten schriftlichen Aussagen unter Mißbrauch amerikanischer Offiziersuniform, Scheinhinrichtung mit Anziehen des Stricks bis zum Eintritt der Bewußtlosigkeit nach Aufforderung zum Äußern des letzten Wortes, Versprechungen auf Strafmilderung und Freilassung im Falle der Niederschrift des gewünschten Geständnisses, Drohung mit Repressalien gegen Mütter, Schwestern, Frauen und Kinder, Beschimpfungen und Verhöhnung der

Kuppel im Priesterseminar Santa Maria dell'Anima in Rom, wo Papst Hadrian VI. beerdigt ist.



Gerechtigkeit für Bischof Hudal

Familienangehörigen. Gedeckt waren die Methoden durch Direktiven der US-Militärregierung vom 30. November 1945, in denen es hieß: »Die Verfahren (vor den Gerichten der US-Militärregierung) sind im Hinblick auf die volle Erreichung dieser Zielsetzung (Schutz der US-Besatzungsstreitkräfte und Verfolgung der politischen, militärischen und administrativen Ziele) zu führen. Rechtliche und solche Gesichtspunkte, die das äußere Verfahren betreffen, dürfen dieses Ergebnis nicht beeinträchtigen.«

Die Verfahren unter der Ägide der Alliierten waren daher menschenrechtswidrig (vgl. Art. 5, 8, 10, 11 AEMR). Sie waren mit Fehlern behaftet, von denen jeder einzelne Nichtigkeit bewirkt. Nicht Urteile wurden verkündet, sondern Nichturteile. Die Vollstreckung von Nichturteilen ist ein Verbrechen. Für diejenigen Menschen, denen Hudal zur Flucht verhalf, galt die Unschuldsvermutung (Art. 11 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte). Und dieser entspricht auch die Unschuldsge-

wißheit bezüglich des Bischofs.

Genug des Rufmords, erstand dem Andenken des guten, nur von politisch Korrekten schlecht gemachten Hirten plötzlich ein unverdächtiger Ehrenretter: Unter der Überschrift »NS-Zeit: Zeitzeuge wirft neues Licht auf Bischof HUDAL« berichtete KATHPRESS: »Ein Buch mit Erinnerungen eines neuseeländischen Generals wirft ein neues Licht auf die Rolle des österreichischen Bischofs Alois HUDAL während des Zweiten Weltkriegs. Das Buch des ehemaligen Brigadegenerals John Burns mit dem Titel Das Leben ist ein gewundener Pfad wurde. . . in Rom vorgestellt. In dem auf Tagebuchnotizen der Jahre 1942 bis 1944 basierenden Buch zeichnet Burns seine Zeit als Kriegsgefangener in Italien nach und schildert, wie ihm gemeinsam mit einem Kameraden die Flucht gelang.« Auf Umwegen seien sie ins deutsche Priesterseminar Santa Maria dell'Anima in Rom gekommen, wo ihnen HUDAL als damaliger Rektor von 1943 bis 1944 Unterschlupf geboten habe. Burns äußert sich in seinen Erinnerungen durchweg positiv über Hudal, der nach dem Krieg wegen seiner Fluchthilfe für Nationalsozialisten in Verruf geraten war. Der Augenzeugenbericht sei ein wichtiges zeitgeschichtliches Dokument und verleihe der Figur des Bischofs ein neues Profil, meinte der Vorsitzende der Päpstlichen Geschichtskommission, Walter Brandmüller (25. 9. 2002).

Für Wissende indessen war Alois Hudal zu keiner Zeit ein braunes Schaft, sondern stets ein guter Hirte mit weißer Weste, ein barmherziger Samariter, der ohne Ansehen von Person und Nationalität keinem die Tür wies, der in Not und Bedrängnis an diese klopfte.

Fred Duswald



Adolf Eichmann. Die Behauptung, Hudal habe ihm bei seiner Flucht nach Argentinien konkret – als Leiter eines katholischen Hilfskomitees – geholfen, ist eine Erfindung.

Falscher Zeuge im Koch-Prozeß



Erich Косн.

Noch jahrzehntelang wurde nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges von Kreisen der Umerziehung behauptet, daß die Erschießung von 20 000 polnischen Offizieren bei Katyn und anderenorts 1941 von deutschen Soldaten vorgenommen worden sei, obwohl eine auf deutsche Einladung angereiste internationale Ärzte-Kommission bereits 1943 festgestellt hatte, daß die Leichen noch in der sowjetischen Zeit 1940 ermordet und in die Erde gebracht worden waren.

Auch beim spektakulären Prozeß gegen Erich Koch¹ in Warschau Ende 1958 wurde diese Behauptung, daß die Deutschen die Täter waren, noch vertreten und durch angebliche Zeugen untermauert, wie der Warschauer Korrespondent der Frankfurter Allgemeinen Zeitung in einem Beitrag über den Prozeß ausführlich und mit Zitaten berichtete.² So kam der Zeuge Paul Bredow aus Ostberlin am 4. Dezember 1958 vor dem polnischen Bezirksgericht zur Aussage. Er hatte Koch für die Erschießung der polnischen Offiziere und für ein Massaker bei Pillau verantwortlich gemacht. Vom Gericht in die Enge getrieben, hatte er zugegeben: »Ich bin hierher gegen meinen Willen gebracht worden.« Weiter gab er zu:« Unser Außenminister hat mir dann plötzlich am Samstag gesagt, ich müsse hierher, da gebe es keine Ausrede. Man dürfe das nicht abschlagen. Ich hatte niemals die Absicht, hier als Zeuge aufzutreten, und habe mich auch bis zum letzten Augenblick geweigert.«

Keine polnische Zeitung erwähnte die Aussage Bredows von der deutschen Schuld an Katyn, ebenso nicht die Behauptung Bredows, die von Hitler eingeladene internationale Ärzte-Kommission habe den Tod der Offiziere frühestens auf Herbst 1941 verlegt, als die Deutschen schon Katyn erobert hatten. In Wirklichkeit hatte die Kommission den Tod der Opfer auf Frühjahr 1940 bestimmt, als Katyn noch in sowjetischer Hand war.

¹ Erich Koch wurde am 19. Juni 1896 in (Wuppertal-) Elberfeld geboren, war hier seit 1922 in der NSDAP, wurde 1933 Oberpräsident von Ostpreußen, am 9. Mai 1942 Reichskommissar der Ukraine, wo er als Diktator auftrat und die Bevölkerung gegen die Deutschen aufbrachte. Er wurde erst 1949 in Norddeutschland enttarnt, von den Briten an Polen ausgeliefert und im Warschauer Prozeß am 9. März 1959 zum Tode verurteilt. Die Hinrichtung wurde aber nicht vollzogen. Koch starb neunzigjährig am 15. November 1986 im Gefängnis Wartenburg in Masuren.

² Stc. »Gegen den eigenen Willen nach Warschau«, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 5. 12. 1958.

Falscher Zeuge im Koch-Prozeß

Doch dann wachte Erich KOCH aus seiner wochenlangen Lethargie auf und fragte den Zeugen, ob er richtig verstanden habe, daß Bredow

den Tod der Polen den Deutschen anlaste. Dann kam es zu folgendem Frage- und Antwortspiel.

Bredow: »Ja, es wurden als Hauptteilnehmer die Namen Koch und Kube³ genannt; sie gaben den Befehl.«

Koch: »Weiß der Zeuge, wer die Tötung der Offiziere vornahm?«

Bredow: »Das soll durch die SS geschehen sein!«

Koch: »Waren Sie dabei gewesen?«

Bredow: »Ich habe gar nichts gehört von der Exekution in der Zeit von 1941 bis 1943, als wir dort la-

gen. Die polnischen Gefangenen, die im Sommer 1941 unsere Kabelgräben gezogen hatten, waren aber verschwunden.«

Koch: »Sie haben meine Frage nicht beantwortet. Sagen Sie konkret, sind diese 20 000 polnischen Offiziere auf Befehl Kochs oder Kubes³ erschossen worden, oder gab irgend jemand sonst den Befehl?«

Noch bevor Bredow antworten konnte, erklärte der Richter Binkiewicz langsam: »Das Gericht stellt fest, daß der Zeuge seine Ansicht, die auf dem beruht, was er gesehen hat und die sich auch auf Gerüchte stützt, schon geäußert hat. Das Gericht hebt deshalb die Frage des Angeklagten als überflüssig auf.«

Doch Koch gab sich nicht zufrieden. Er rief in den Saal: »Ich halte es im Interesse meiner Verteidigung, im Interesse der Ehre des deutschen Volkes und der deutschen Soldaten für notwendig zu erklären, daß diese 20000 polnischen Offiziere nicht von den Deutschen ermordet wurden.«

Es sollte noch bis Karfreitag 1990 dauern, bis Gorbatschow für die Sowjets zugab, daß Stalin die Ermordung der gefangenen polnischen Offiziere befohlen und die sowjetische Geheimpolizei die Hinrichtung im Walde von Katyn und anderswo durchgeführt habe.

Rolf Kosiek



Erich Koch während seines Prozesses in Warschau 1959.

³ Wilhelm Kube, geboren am 13. November 1887 in Glogau, wurde 1933 Oberpräsident von Berlin-Brandenburg und Westpreußen, verlor 1936 seine Ämter, wurde am 17. Juli 1941 Generalkommissar für Weißruthenien und fiel am 22. September 1943 in Minsk einem Bombenattentat zum Opfer.

US-Menschenversuche 1946/48

Weltweit wurden Menschenversuche deutschen Medizinern an KL-Häftlingen vorgeworfen, und nach entsprechenden KL-Ärzten wie Josef MENGELE wurde auf der ganzen Erde jahrzehntelang eifrig gesucht. Daß USÄrzte ähnliche und wegen ihrer Geheimhaltung gegenüber den Patienten noch gemeinere Versuche anstellten, kam erst später heraus und regte kaum jemanden auf.



So brachten die Tageszeitungen im August 2011 die Meldung,¹ daß in den Jahren 1946 bis 1948 US-Mediziner in Guatemala von rund 5500 zu medizinischen Zwecken herangezogenen Menschen 1300 heimlich mit Geschlechtskrankheiten infizierten. Bei diesen Versuchen kamen die Erreger von Syphilis, Tripper und weichem Schanker zur Anwendung. Von den 1300 Testpersonen wurde rund die Hälfte medizinisch behandelt. Bei den unversorgt gelassenen Versuchspersonen wollten die US-Ärzte

erforschen, wie die Krankheit ohne medizinische Versorgung verlief. Dabei wurden nachweislich 83 Personen getötet. Die Mittel für die Versuche kamen von US-Gesundheitsbehörden.

Ziel der Versuche war es herauszufinden, wie der neue Wirkstoff Penicillin vorbeugend gegen Geschlechtskrankheiten wirkt. Die Testpersonen wurden nicht über die Folgen der Infizierung aufgeklärt, und sie wurden nicht darüber informiert, daß die Experimente unter Umständen zum Tode führen könnten.

Durch Zufall kamen nach Jahrzehnten diese Vorkommnisse ans Tageslicht, als eine US-Professorin in alten Archiven stöberte und an die Versuchsakten geriet. Dabei ergab sich, daß der US-Forscher Dr. John Cutlee die Versuche in Guatemala geleitet hatte. Er soll auch für die Syphilis-Studien in Tuskegee im US-Staat Alabama verantwortlich sein. Dabei wurden Hunderten von Afroamerikanern, die sich mit Geschlechtskrankheiten angesteckt hatten, in dem Zeitraum von 1932 bis 1972 bewußt nicht richtig behandelt, um Fachleuten die Möglichkeit zu geben, den Verlauf der Krankheit zu studieren. Erst als ein Opfer an die Öf-

Warnung vor Syphilis. Bei ihrem Experiment in Guatemala, um die Wirkung des Antibiotikums Penicillin zu testen, klärten die US-amerikanischen Ärzte die mit Syphilis gezielt angesteckten Menschen nicht einmal darüber auf, was mit ihnen geschah!

¹ Frankfurter Allgemeine Zeitung, 31. 8. 2011; National-Zeitung, 9. 9. 2011; Deutschland in Geschichte und Gegenwart, Nr. 4, 2011, S. 46.

US-Menschenversuche 1946/48

Den infizierten Versuchskaninchen gaben die Ärzte statt bereits bekannter wirksamer Mittel lediglich Placebos und Aspirin. Der Krankeitsverlauf sollte nicht gestoppt, sondern nur beobachtet werden. Viele Probanden erhofften sich dabei eine allgemeine ärztliche Behandlung, zu der sie wegen ihrer ärmlichen Verhältnisse keinen Zugang hatten. Probanden für ihr menschenverachtendes Experiment konnten die US-Ärzte ohne weiteres finden, indem sie ärmlichen Schwarzen ohne Bildung »schlechtes Blut« diagnostizierten und ihnen versprachen, dieses »Leiden« zu behandeln.



Die US-Ärzte David Albritton und Walter Edmondson (hier mit Blutproben), die mit der Studie befaßt waren, gingen von der irrsinnigen These aus, daß die Syphilis bei Schwarzen eher die Herzkranzgefäße angreife, und nicht wie bei Weißen das Gehirn. Das Gehirn von Afroamerikanern, so die These, sei für gravierende Schädigungen nicht ausgebildet genug! Dies nachzuweisen sei das Ziel des Experiments gewesen.

Beide Abbildungen unter: http://einestages.spiegel.de/external/ShowTopicAl-bumBackground/a24966/15/10/F.html



fentlichkeit trat, wurde das Experiment abgebrochen, ohne daß CUTLEE etwas passierte, der unbehelligt 2003 verstarb.

Nach der Entdeckung der alten Menschenversuche wurde von der US-Regierung eine Kommission eingesetzt. Deren Vorsitzender sprach in einer ersten Stellungnahme von einer »historischen Ungerechtigkeit«. Das Ereignis dürfe nicht als ein »Unfall« angesehen und abgetan werden, da die teilnehmenden Mediziner »nicht den geringsten Respekt für Menschenrechte und Moral« gezeigt und außerdem versucht hätten, alles geheimzuhalten.

Selbst US-Präsident Obama und dessen Regierung entschuldigten sich mit dem Ausdruck »tiefsten Bedauerns« bei dem guamaltekischen Präsidenten Alvaro Colom. Dieser verurteilte die Menschenversuche an Bürgern seines Landes als »Verbrechen gegen die Menschlichkeit« und kündigte eigene Untersuchungen an.

Rolf Kosiek

Das Verbot der Zeitschrift Der Ruf 1947

Die Alliierten hatten schon während des Zweiten Weltkrieges ein System der Umerziehung der Deutschen geplant und entwickelt. Insbesondere wurden nach 1945 die Hochschulen und die Massenmedien jahrelang schärfstens kontrolliert und zensiert. Leider fanden sich genügend Deutsche, die sich in den Dienst dieser Umerziehung stellten. Sie selbst und ihre heutigen Beschreiber wollten das gern vertuschen, was auch weithin im Rahmen der Vergangenheitsbewältigung gelang. Ein besonderer Fall ist das Geschehen um das von den Alliierten rigoros verhängte Verbot der Zeitschrift *Der Ruf* im Jahre 1947, das der Historiker Scheilt in verdienstvoller Weise kürzlich einleitend in seinem neuen Buch geschildert und damit dem Vergessen entzogen hat.¹

Die aus einem seit 1945 zur Umerziehung deutscher Kriegsgefangener in den USA dienenden Blatt hervorgegangene Zeitschrift *Der Ruf* gehörte, nachdem sie 1946 auch in den Besatzungszonen erschienen war, in den ersten Nachkriegsjahren zu den beliebtesten deutschen Presseorganen. Ihre Redaktion versuchte rückblickend, das Blatt als Gründung von Deutschen hinzustellen. In Wirklichkeit war diese aber von den US-Militärs vorbereitet als ein Mittel der Sieger zur Umerziehung und De-

mokratisierung der Besiegten.

Über die Gründung berichtete die Zeitschrift in ihrer Ausgabe Nr. 16 im Jahre 1946: »Die Redaktion bildete sich aus aktiven demokratischen Kriegsgefangenen verschiedener geistiger und politischer Prägung, die sich bereits seit längerem mit dem Plan einer gemeinsamen Kriegsgefangenenzeitung beschäftigt hatten. Im Laufe des Dezembers 1944 endlich wurden sie von der PW-Special Projects Division des Provost General Marshall in einem kleinen Camp bei Van Etten im Norden des Staates New York zusammengezogen.«²

Daran ist fast jede Aussage falsch. Richtig ist dagegen, daß die Initiative zur Gründung der Zeitschrift von Angehörigen der US-Armee ausging, als größere Mengen deutscher Kriegsgefangener, vor allem aus Nordafrika, über den Atlantik transportiert wurden und in US-Lager kamen. Man wollte »die Gefangenschaft dieser deutschen Soldaten dazu nutzen, sie in den Prinzipien der Demokratie zu unterrichten«.³

Schon im April 1943 war von John McCLOY – damals Assistant Secretary of War – eine Denkschrift verfaßt worden, in der von einem »Umerziehungsprogramm für deutsche Kriegsgefangene« die Rede war. Diese sollten zu »Verbündeten« gemacht werden und später in Deutschland die Dinge im Interesse der USA in die Hand nehmen. Die Redaktion bildete sich nicht aus den Reihen der Gefangenen, wie oben in dem an-

Stefan SCHEIL, Transatlantische Wechselwirkungen. Der Elitenwechsel in Deutschland nach 1945, Duncker & Humblot, Berlin 2012, S. 17–26.

² Der Ruf, Nr. 16, 1946.

³ Zitiert in: SCHEIL, aaO. (Anm.1), S. 17.

Das Verbot der Zeitschrift Der Ruf 1947

gegebenen Zitat falsch behauptet wurde, sondern die dazu tauglich erscheinenden anpassungsfähigen Deutschen wurden von den Amerikanern ausgesucht, die auch die inhaltlichen Gestaltungen und allgemeinen Leitlinien für die Veröffentlichung festlegten.

Von »größtmöglicher Freiheit«, von der die Redaktion rückblickend berichtete, war nicht die Rede. Die Redakteure wurden von den US-Offizieren scharf kontrolliert, und jede Ausgabe mußte einzeln genehmigt werden. Bestimmte Themen durften gar nicht berührt werden, insbesondere nicht solche, die geeignet waren, Unfrieden unter den Alliierten in West und Ost zu erzeugen, zum Beispiel Fragen der Vertreibung.

Durch ihre Falschdarstellung wollten die deutschen Redakteure offenbar den Schein erwecken, daß sie unabhängig gewesen seien, und sie wollten das für die Geschichte feststellen. Sie wollten sowohl als gehorsame Diener ihrer Herren als auch als unabhängig erscheinen. Sie hatten die ihnen von den US-Vertretern vorgesetzten Prinzipien erfolgreich verinnerlicht. Sie sprachen von »Erziehung« statt von »Umerziehung«, die das Ziel der US-Militärs von vornherein gewesen war.

Die zu den Mitarbeitern der Zeitschrift gehörenden Alfred Andersch (ein früherer Kommunist, der in Italien 1943 zu den Amerikanern desertiert war) und Hans Werner Richter (der 1932 aus der KPD ausgeschlossen worden war) gaben ab August 1946 den Ruf mit einer US-Lizenz auch in allen vier Besatzungszonen heraus. Als Untertitel wählten sie nun »Unabhängige Blätter der jungen Generation«. Sie wandten sich vor allem an die jungen deutschen Soldaten, die allmählich aus den alliierten Lagern entlassen wurden und sich für die Zukunft Deutschlands interessierten. Sie erreichten eine Auflage von mehr als 100 000 – bei halbmonatlichem Erscheinen.

Dabei schlug die Zeitschrift zunehmend nationale Töne an, wandte sich gegen die Kollektivschuld, forderte deutsche Beteiligung beim für März 1947 angesetzten Außenministertreffen in Moskau, setzte sich für die Bildung einer deutsche Regierung ein und bekannte sich zum Deutschtum.

Das widersprach den Vorstellungen der Amerikaner über die von ihnen eingeleitete und konsequent durchgeführte Umerziehung. Als ein Leserbrief im Raf veröffentlicht wurde, in dem die damalige auch in den Westzonen seit zwei Jahren herrschende Hungersnot als von den Alliierten »wohlüberlegt« beschrieben wurde, kam es am 8. März 1947 zu einer ersten Verwarnung an die Redaktion. Im nächsten Heft Nr. 15 vom März 1947 mußte daraufhin auf Druck der Besatzer ein Schuld- und Sühnebekenntnis eines jungen Deutschen veröffentlicht werden, in dem es hieß: »Ich bekenne mich zur Sühne, die ich mit meinem Volk für unser aller Schuld tragen will.«





Die Herausgeber des Rufs: Alfred Andersch und Hans Werner Richter (von oben). Scheil zitiert (siehe Anm. 1, S. 27) Gerald Stourzh: »Das Paradox der emigrierten Politikwissenschaftler ist, daß sie alle erst in Amerika zu Politikwissenschaftlern geworden sind.«

Das Verbot der Zeitschrift Der Ruf 1947

Als dann aber im folgenden Heft 16 die Rückkehr der deutschen Vertriebenen in ihre ostdeutsche Heimat gefordert worden war, was gegen das Verbot der Alliierten verstieß, Nachrichten zu verbreiten, die »Mißtrauen und Feindseligkeiten des deutschen Volkes gegen eine der Besatzungsmächte« erregen könnten, wurde Heft 17 verboten und erschien nicht mehr. Den beiden oben genannten deutschen Lizenznehmern wurde von den Militärbehörden die Lizenz entzogen. Und ohne eine solche war im besetzten Deutschland keine Presseveröffentlichung möglich. Damit endete das Kapitel *Der Ruf*, zunächst am 1. April 1947 mit dem Rücktritt von Andersch und Richter.

Scheil erwähnt in diesem Zusammenhang mit Recht⁴ als bezeichnendes Beispiel für die spätere Verharmlosung der jahrelang ausgeübten alliierten Pressezensur und der Diktatur der US-Presseoffiziere der Information Control Division (ICD) im deutschen Medienbereich, daß im Jahre 1991 die Bundeszentrale für Politische Bildung eine Beschreibung der Verhältnisse um den Ruf erscheinen ließ, in der sie erklärte: »Schon 1945 begann eine angesichts der existentiellen Not in Deutschland überraschende und in ihrer Quantität phänomenale Zeitschriftenblüte«, ohne mit einem Wort die scharfe Kontrolle durch die Alliierten zu erwähnen, die jede Ausgabe zensierten und die Linie vorgaben. Zu dem wirklichen Ausmaß der allijerten Kontrolle im besetzten Deutschland erklärte im Iuli 1946 General Robert Alexis McClure von der ICD voller Stolz: »Wir kontrollieren jetzt 37 Zeitungen, 6 Radiostationen, 314 Theater, 642 Kinos, 101 Magazine, 237 Verlage, 7384 Buchhändler und Drucker, führen 15 Meinungsumfragen im Monat durch, publizieren eine Zeitung mit 1,5 Millionen Auflage, 3 Nachrichtenmagazine, betreiben die Deut-

Die Besatzer und die die Pressefreiheit massiv verletzenden US-Presseoffiziere sollen heute eben politisch korrekt als Befreiere erscheinen. Die wirklichen Verhältnisse werden einfach falsch dargestellt und bedürfen der Richtigstellung.

sche Nachrichtenagentur (DANA) und 20 Büchereien.«

Rolf Kosiek

⁴ Ebenda, S. 25.



Hans Schwab-Felisch, Der Ruf. Eine deutsche Nachkriegszeitschrift, dtv, München.

Brauner fälscht Geschichte

Der zionistische Filmproduzent Arthur (›Atze‹) Brauner wurde 1918 in Lodz geboren. Seine Familie wurde im Zweiten Weltkrieg verfolgt, er wurde in einem KZ gefangengehalten, aus dem er zu Kriegsende flüchtete. Er blieb aber nicht im Osten, sondern kam dann nach Westdeutschland, wo er schnell aufstieg. Seine Filmfirma ›CCC‹ wurde von der Militärregierung bereits 1946 lizenziert.¹ Er drehte über 200 Filme, darunter eine Reihe zur Vergangenheitsbewältigung im Sinne der Umerziehung. Dabei ging er sehr großzügig mit der historischen Wahrheit um.

So gab er in seinem besonders niederträchtigen Film *Lebensborn* (1961), der als einer der infamsten deutschen Filme beurteilt wurde,² ein sehr verzerrtes und die Träger der Organisation unberechtigt belastendes Bild von dieser sozialen Einrichtung, die selbst in Nürnberg freigesprochen wurde.

In seinem Machwerk tritt auch ein Offizier des berühmten Jagdgeschwaders 3 (JG 3) als Filmheld auf. Das ist aber Geschichtsfälschung: Ein Offizier dieses Geschwaders war nicht zum Lebensborn abkommandiert. Der den Krieg und die Nachkriegszeit in französischen, britischen sowie amerikanischen Lagern überlebende letzte Kommandeur dieses Jagdgeschwaders, der Eichenlaubträger und frühere Kommandeur der Rammjägerk, Oberst a. D. Walther Dahl, der persönlich 128 feindliche Flugzeuge abschoß,² erklärte zu diesem Film unter anderem:³ »Eine der Hauptpersonen (in dem Film, R. K.) ist ein hochdekorierter Offizier des JG 3, der von der Ostfront – aus Kampfhandlungen heraus – zu einem Sonderlehrgang des ›Lebensbornk abkommandiert wird. Diese





Der Filmproduzent Arthur Brauner.

¹ Weitere Angaben zu seinem Lebenslauf in: Gerhard FREY (Hg.), Prominente ohne Maske. 1000 Lebensläufe bekannter Zeitgenossen, FZ-Verlag, München 1984, S. 67.

² Ebenda, S. 80. ³ Walter DAHL, »Beleidigung der Kriegsgeneration«, in: Deutsche Wochenzeitung, 8. 4. 1961.

In Frankreich, wo der deutsche Film sich nach dem Krieg sehr schwer tat, nannte BRAUNER seinen Film Lebensborn einfach Les fiancées d'Hitler (Die Verlobten Hitlers).

Brauner fälscht Geschichte



Brauners Film »Lebensborn«.

Kommandierung konnte nach Lage der Dinge nur der Kommodore des Geschwaders, der im Film erscheint und dessen Offizierskorps sich die wenigen freien Stunden zwischen den Einsätzen saufenderweise vertreibt (!), vornehmen.

Ich erkläre hierzu, daß mir nicht bekannt ist, daß jemals ein Angehöriger des Jagdgeschwaders 3, gleichgültig ob Mannschafts-, Unteroffiziers- oder Offiziersdienstgrad, zur Dienstleistung im Lebensborn e.V. abkommandiert worden ist. Ich hätte unter allen Umständen davon Kenntnis erlangen müssen, denn ich gehörte dem Jagdgeschwader 3 seit 1940 bis zum Ende des Krieges ununterbrochen an. . . Ich war während des gesamten Einsatzes des Geschwaders in Rußland beim Geschwader. Die Kommodore in Rußland waren meine hochverehrten und leider gefallenen Vorbilder, die hochausgezeichneten Obersten Lützow und WILCKE, Um so mehr sind wir Überlebenden des Geschwaders aufgerufen und verpflichtet, diesen Angriff eines skrupellosen Filmproduzenten auf die Ehre und das Ansehen der deutschen Soldaten - und in diesem Falle insbesondere des Jagdgeschwaders 3 - zurückzuweisen.« Und er fordert abschließend: »Schluß mit der Verächtlichmachung deutscher Soldaten! Schluß mit Lüge und Verleumdung!«

Rolf Kosiek

In seiner Ausgabe 2 aus dem Jahre 1961 stellte das Nachrichtenmagazin Der Spiegel Arthur Brauners infame Film-Karikatur der sozialen Einrichtung Lebensborn vor:

»Ein bulliger SS-Obersturmbannführer, baut sich vor einer Gruppe sommerlich leicht gewandeter BDM-Mädchen auf. ›Kameradinnen!‹, schnarrt er. ›Seid ihr wirklich Nationalsozialisten? Mit heißem Herzen? Mit ganzer Hingabe?‹

›Ja!‹, jauchzen die Maiden.

»Ich danke euch, Kameradinnen! Wenn ihr euch jetzt in eine Liste eintragt, dann seid ihr ausgewählt, eine neue Rasse zu gründen und dem Führer Kinder zu schenken.«

Eilfertig treten die Mädchen an einen Tisch, um sich in die Fortpflanzungsliste einzutragen.

Mit dieser Szene beginnt ein neues deutsches Lichtspiel, das die Alfa-Produktion des Berliner Filmherstellers Artur Brauner mit einem Bündel Lockfragen (NS-Striptease? Heißes Eisen? Heißes Thema?) als idie Sensation der Saison 1960/61c ankündigt.«

Neue Zürcher Zeitung entlarvt britische Propagandafälschungen

Die britische Kriegspropaganda gegen das Deutsche Reich war bei Fälschungen nicht zimperlich. Sefton Delmer, der Chef der Londoner Schwarzen Propaganda, verstand sein Handwerk.¹ Ein solches Urteil kam auch von der angesehenen Neuen Zürcher Zeitung. Ihr Magazin widmete sich im Oktober 1993 dem Thema Fälschungen. Der Schweizer Publizist Cattani brachte darin einen Beitrag über die britische Propaganda im Zweiten Weltkrieg.²

Einleitend schrieb er, es sei eine alte Wahrheit, daß kaum je soviel verdreht werde wie im Kriege. »Ein Musterbeispiel dafür boten die Briten zwischen 1939 und 1945.« Deren »Schwarze Propaganda« sei ein »verbales Catch-as catch-can« gewesen, »in dem alle Tricks und Tiefschläge erlaubt waren« und in dem »der Begriff Fairneß nicht existierte«.

DELMER entwickelte »eine phänomenale Mischung von systematischer Generalstabsarbeit und unverfrorener Scharlatanerie, von minutiöser Recherche, angereichert und aufbereitet durch skrupellose Erfindung«. Das Ergebnis wurde durch Flugblätter und Radio verbreitet. Dem ihm zugeordneten Stab hätten »exzellente Fachleute«, zumeist Emigranten aus Deutschland, angehört.

»Phantasie und Einfallsreichtum schienen keine Grenzen gesetzt«, urteilte der Schweizer und erwähnt Beispiele wie den »Mölders-Brief«³ oder den Vorwurf, die SS habe den Vatikan stürmen und den Papst entführen wollen.⁴

Der größte Mißerfolg Delmers sei es gewesen, Rudolf Hess nach seinem Absprung über Schottland nicht mit einer gefälschten Ausgabe des Völkischen Beobachters aus der Reserve locken und ihn zum Reden bringen zu können, was aber »nicht verfing: Hess reagierte nicht darauf«.

Diese britische Kriegspropaganda wurde dann nach 1945 die Grundlage der Umerziehung und wurde von deren Vertretern den Deutschen als die Geschichte vorgeführt, an die die Deutschen glauben müßten. Nach zwei Generationen der Gehirnwäsche ist sie die verpflichtende Sicht der Deutschen geworden und wird auch von den Berliner Parteien vertreten.

Rolf Kosiek



Sefton DELMER.

¹ Sefton Delmer, Die Deutschen und ich, Nannen, Hamburg 1961.

² Zitiert in: »»Skrupellose Scharlatane« in: *National-Zeitung*, 15. 10.

³ Rolf Kosiek u. Olaf Rose (Hg.), Der Große Wendig, Bd. 1, Grabert, Tübingen ⁵2011, S. 772 f.

⁴ Ebenda, S. 795 f

Im Großen Wendig, Band 1, S. 692–696, wurde das Stuttgarter Schuldbekenntniss der Evangelischen Kirche in Deutschland vom 19. Oktober 1945 ausführlich abgehandelt, und die dafür verantwortlichen Personen wurden beschrieben. Zur Vorgeschichte dieses Dokuments wurde verhältnismäßig wenig ausgesagt. Diese war jedoch sehr bezeichnend für die damaligen Methoden der Alliierten und der Umerziehung. Es wurde der falsche Schein erweckt, als ob die deutschen Kirchenführer freiwillig das Bekenntnis unterzeichnet hätten. Richtig ist jedoch, daß sie mit heuchlerischen Tricks und falschen Versprechungen dazu bewogen wurden, dieses für die Umerziehung so wichtige Dokument zu unterschreiben. Deswegen sollen nachfolgend noch einige Ergänzungen zur Vorgeschichte dieser Aussage nachgeholt werden. Ausführlich befaßte sich der Theologe Prof. BODENSTEIN in seiner Schrift Ist nur der Besiegte schuldig? damit.

Einleitend stellt Bodenstein fest: »Geschichte wird vom Sieger geschrieben; die Besiegten haben das zu akzeptieren. Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges wollten die Sieger von den Deutschen jedoch mehr: Die Besiegten sollten sich die verordnete Geschichtsschau selber zu eigen machen. Zu diesem Zweck mußten sie nicht nur besiegt, sondern anschließend auch umerzogen werden. Im Grunde genommen war dies eine Fortsetzung der von den Alliierten schon während des Krieges meisterhaft gehandhabten psychologischen Kriegführung.«² Insbesondere hatten die Alliierten aus der Geschichte gelernt und wollten keine Entwicklung wie nach dem Versailler Diktat, durch die Deutschland wieder mächtig werden könne. Dazu mußte das deutsche Volk einer Umerziehung unterworfen werden.

In ihrer durch das Kriegsende verursachten tiefen seelischen Erschütterung hatten große Teile der Deutschen ihren natürlichen Selbstbehauptungswillen verloren und stellten sich für die Umerziehung im Rahmen der Vergangenheitsbewältigung zur Verfügung. Das galt vor allem für maßgebliche Teile der evangelischen Kirche in Deutschland. Als erste wesentliche gesellschaftliche Kraft beugte sie sich – im Gegensatz zu anderen Gruppierungen wie der katholischen Kirche – dem Druck der Sieger und der von diesen eigens hierfür nach Deutschland abgesandten Kirchenvertreter: Sie verurteilte das eigene Volk und entlastete damit wunschgemäß die Alliierten. Vierzig Jahre später erneuerte sie sogar ihr einseitiges und ungerechtes Urteil und hält daran bis in die Gegenwart fest.

Walter BODEN-STEIN, Ist nur der Besiegte schuldig? Die EKD und das Stuttgarter Schuldbekenntnis von 1945, Ullstein, Frankfurt/M.-Berlin 1986.

² Ebenda, S. 7.

Das Bekenntnis ist zu einer Art Dogma der Alleinschuld Deutschlands am Zweiten Weltkrieg geworden, obwohl die moderne Geschichtsschreibung die Fragwürdigkeit dieser Erklärung aufgedeckt hat. Deren Inhalt wurde von den daran von Anfang an interessierten Kreisen in der Folgezeit zu einem der wichtigsten Mittel der Umerziehung der Deutschen gemacht. Ihre Wirkung war so groß, weil sie so »feierlich und mit höchster sakraler Würde, nämlich vor dem Angesicht Gottes«,3 verkündet war. Da es damals keine deutsche Regierung oder anderen Hoheitsträger gab, schien die Kirche die geeignetste Organisation für die Alliierten zu sein. Hinzu kam, daß der Holländer Visser't Hooft, der Generalsekretär des im Aufbau befindlichen Ökumenischen Rates der evangelischen Kirchen im Zweiten Weltkrieg, ein britischer Agent und Leiter eines Büros des holländischen und englischen Geheimdienstes und damit fest mit den Zielen der Sieger auf eine Umerziehung verbunden gewesen war. Für ihn stand die Alleinschuld der Deutschen fest, und er wollte deren Berechtigung nicht neu diskutieren oder gar anzweifeln lassen.

Er schrieb in seinen Erinnerungen darüber: »Wir wollten nicht noch einmal mit der langen, unfruchtbaren Debatte über die Kriegsschuld beginnen, die die ökumenischen Beziehungen nach dem Ersten Weltkrieg überschattet hatte. Aber diesmal waren die Kriegsverbrechen und die Leiden um vieles größer gewesen. Die Entfremdung zwischen den Nationen ließ sich nicht überwinden, indem man einfach ein neues Blatt aufschlug oder in allgemeinen Ausdrücken zugab, daß der Krieg für alle eine große Tragödie gewesen und jeder an dieser Sünde mitschuldig sei. So einfach ging es nicht.

Ein spezifisches Wort der Buße war nötig. Es mußte von den Kirchen kommen, denn sie waren es ja, die die Erneuerung durch Buße predigten. Das erste Wort aber mußte von der Kirche des Landes kommen, in dem der Nationalsozialismus entstanden war. Ich hatte Grund zu der Hoffnung, daß wir ein solches Wort hören würden.«⁴

Damit bekräftigte er, daß für ihn die Kriegsschuld feststand, keine neue Diskussion darüber zugelassen werden sollte und damit die historische Wahrheit für die Ökumene uninteressant sei. Den Deutschen sollte von vornherein die Alleinkriegsschuld aufgebürdet werden. BODENSTEIN zog darauf die Folgerung: »Die Ökumene hatte sich in den Dienst der Siegermächte gestellt.«

Das wurde schnell klar. Der an sich selbstverständliche Gedanke, daß alle am Krieg beteiligten Mächte ihren Teil an der Schuld für diese Katastrophe hätten und sich, darauf aufbauend, eine Versöhnung zwischen den Völkern entwickeln könne, wurden von den Siegern sofort abgelehnt, vor allem von den französischen und britischen Vertretern. Bo-



Willem Adolf Vissen't Hooft, Generalsekretär des Ökumenischen Rates der Kirchen. Für ihn stand die Alleinschuld der Deutschen fest.

³ Ebenda, S. 10.

⁴ Willem Adolf
VISSER'T HOOFT,
Die Welt war meine
Gemeinde, Autobiographie, München
1972, S. 228.
VISSER'T HOOFT
leitete im Zweiten
Weltkrieg in Genf
ein Büro des
britischen und
holländischen
Geheimdienstes.

⁵ Zitiert in: BODEN-STEIN, aaO. (Anm. 1), S. 14. DENSTEIN zitiert den englischen Baptisten M. E. Aubry, der schon im März 1944 erklärt hatte: »In diesem Lande ist unser Kirchenvolk nicht der Meinung, daß es für sich oder für seine Nation Buße tun muß.«⁵ Das beweist auch schon früh, daß man im Ausland an eine Kollektivschuld der Deutschen dachte und das ganze deutsche Volk verantwortlich machen wollte.

Unmittelbar nach der Kapitulation der Deutschen Wehrmacht faßte man im vorläufigen Ausschuß des Ökumenischen Rates der Kirchen

(ÖRK) den Beschluß, mit den deutschen Vertretern der Kirchen in dieser Frage Verbindung aufzunehmen. Man plante dies allerdings nur mit den Vertretern der Bekennenden Kirche, da man annahm, daß diese Gruppe am ehesten zu einer gewünschten Erklärung über die deutsche Buße bereit sein werde.

Auf der im Juli 1945 in Spandau ta-

Auf der im Juli 1945 in Spandau tagenden Berliner Bekenntnissynode wurde dann auch viel über Buße angemahnt, indem die »passive Mitschuld der Christenheit in Deutschland« während der Zeit des Dritten Reiches fest-

gestellt und angeprangert wurde. Allerdings blieben die Vorstellungen auf die deutschen Christen beschränkt und bezogen sich nicht auf die vielen Nichtchristen, für die die Kirchen ja auch zu sprechen nicht befugt waren.

Zur Erkundung der Lage im besetzten Deutschland sandte VISSER'T HOOFT den früheren amerikanischen Gesandtschaftspfarrer Stewart HERMAN mit einem Brief vom 25. Juli 1945 an Bischof DIBELIUS in Berlin. Darin wurde letzterem mitgeteilt, daß vor einer vollen Wiederaufnahme der Deutschen in den Schoß der Ökumene »gewichtige innere Schwierigkeiten zu überwinden« seien. Dies gelte besonders »bei den Kirchen, die so tief gelitten haben unter der deutschen Besetzung. Es würde darüber ein brüderliches Gespräch notwendig sein. Dieses Gespräch würde aber sehr viel leichter sein, wenn die Bekennende Kirche Deutschlands sehr offen spricht – nicht nur über die Missetat der Nazis, sondern auch besonders über die Unterlassungssünden des deutschen Volkes, einschließlich der Kirche«.6

Damit war eine Erklärung über die Kollektivschuld des ganzen deutschen Volkes als Voraussetzung zur gleichberechtigten Aufnahme in die Ökumene gefordert.



Das Führungsgremium des Rats der Evangelischen Kirche in Deutschland hatte 12 Mitglieder, darunter die Bischöfe Lilje, Dibelius, Mit-Zenheim, Haug und die Präses Heine-Mann, Wilm und Mayer.

⁶ Ebenda, S. 15 f.

Im August 1945 tagte der Reichsbruderrat in Frankfurt am Main und zeigte schon die ersten Folgen: Er »erweiterte dann die Schuld auf das ganze deutsche Volk und verwandte wohl erstmalig öffentlich jene theologische Kategorie, die für seine Interpretation der deutschen Katastrophe entscheidend geworden ist«.⁷ Die deutschen lutherischen Kirchen nahmen damals noch keine Stellung zur Frage der Schuld.

Auf der Kirchenführerkonferenz von Treysa am 27. bis 31. August 1945 wurden die inneren Probleme der evangelischen Kirche neu geregelt, und ein zwölfköpfiger Rat wurde als Spitze der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) gebildet, der sie nach außen vertreten sollte. Es wurde jedoch in Treysa kein Schuldbekenntnis abgegeben. Dafür wurden zwei Entwürfe, ein »Wort an die Gemeinden« und ein »Wort an die Pfarrer«, vorgelegt und diskutiert, von denen aber nur das erstere verabschiedet wurde. Darin ist jedoch nicht von Schuld die Rede, sondern nur von »Versäumnissen der Kirche und des Volkes«.

Im zweiten Entwurf, dem »Wort an die Pfarrer«, war klarer von der Schuld der Kirche und des Volkes die Rede. Diese Vorlage wurde nicht verabschiedet.

Damit unterblieb ein aus freien Stücken von der Leitung der Evangelischen Kirche ohne Einfluß der Ökumene geäußertes Schuldbekenntnis. Bodenstein faßte das Ergebnis für den damaligen Zeitpunkt zusammen: »Eine Konferenz maßgeblicher deutscher Kirchenvertreter unter Beteiligung aller damaligen Gruppen des deutschen Protestantismus und selbst in Gegenwart der für die BK (Bekennende Kirche) höchsten theologischen Autorität, des Schweizer Theologieprofessors Karl Barth, hat keine Veranlassung gesehen, ein alle Deutschen einbeziehendes kirchliches Schuldbekenntnis zu verkünden. . . Offen geblieben war in Treysa die Frage nach der Mitgliedschaft der neuen deutschen evangelischen Kirche in der Ökumene.«⁸

Doch die den Alliierten verpflichteten Vertreter der Ökumene wollten ein allgemeines politisch verwertbares deutsches Schuldbekenntnis. Deswegen wandte sich Karl Barth in einem Brief vom 28. September 1945 an den ihm gut bekannten Martin Niemöller, damit dieser sich für solch ein Bekenntnis einsetze. Das Ausland erwarte eine volle deutsche Schulderklärung von seiten der deutschen evangelischen Kirche. Es solle kein Schuldbekenntnis im streng theologischen Sinne sein, müsse jedoch die Mitverantwortung der evangelischen Kirche betonen. Er wollte also ein für die große Politik einsetzbares Schuldbekenntnis. Er schlug als Text dafür unter anderem vor: »Die vorläufige Leitung der evangelischen Kirche in Deutschland erkennt und erklärt, daß das deutsche Volk sich auf einem Irrweg befand, als es sich 1933 politisch in die Hände von Adolf Hitler begab. Sie erkennt und erklärt, daß die Not, die seit-

⁷ Ebenda, S. 15.



Karl BARTH, ein Mitbegründer der Bekennenden Kirche und eine der treibenden Kräfte zu der Stuttgarter Erklärung. Er meinte: » FRIEDRICH, BISMARCK und HITLER waren Menschenverächter, darum könnt Ihr mit denen nicht christliche Politik machen. Von diesem Bann muß die Bekennende Kirche freikommen.«

⁸ Ebenda, S. 16.

⁹ Ebenda, S. 17.

her über Europa und über Deutschland selber gekommen ist, eine Folge dieses Irrtums ist.«9

Damit war ein vor allem für die allgemeine Politik einsetzbares Schuldbekenntnis der Deutschen gefordert. Das unterstrich und verdeutlichte Barth kurze Zeit später bei einem Vortrag in Zürich-Wipkingen am 14. Oktober 1945, in dem er von einer notwendigen »offenen Erklärung der deutschen Schuld und Verantwortlichkeit« sprach und erwähnte, daß diese Erklärung ihren politischen Charakter betonen müsse, indem sie »auch von den alliierten Regierungen und Völkern zur Kenntnis genommen werden könnte und müßte«. Sie »müßte vor Gott und vor den Menschen ausgesprochen werden, um hilfreich, um luftreinigend zu werden«. Als Lohn winkte er mit dem Entgegenkommen der Ökumene: Erst nach einem solchen deutschen Wort täten die anderen Kirchen gut daran, ihre Völker allgemein zur Buße aufzurufen.

Zum 18. und 19. Oktober 1945 hatte der neugebildete Rat der EKD sein erstes Treffen in Stuttgart angesetzt. Auf der Tagesordnung stand nicht das Schuldbekenntnis. Der damalige Ratsvorsitzende, der württembergische Bischof Wurm, hatte damit gerechnet, daß zur Besprechung der Aufnahme der EKD in die Ökumene der führende britische Bischof Dr. Bell von Chichester als einziger Vertreter der Ökumene kommen werde. Das hätte auch für diesen angeblichen Haupttagesordnungspunkt durchaus genügt, da die Deutschen dafür waren.

Daß aber ein anderer Punkt, der gar nicht auf der Tagesordnung verzeichnet war, das Schuldbekenntnis, von der Ökumene durchgesetzt werden sollte, ergibt sich daraus, daß nicht weniger als acht hochrangige Vertreter der Ökumene angereist kamen, die den gewünschten Druck auf die Deutschen ausüben sollten. Nach ihrem unerwarteten Erscheinen konnte man das Schuldbekenntnis nicht mehr aussparen, und es wurde dann zum Hauptpunkt. Unter den angereisten Vertretern der Ökumene war bezeichnenderweise nur ein einziger, der Schweizer, aus einem neutralen Land, die anderen kamen aus Feindstaaten. Es handelte sich um:

- 1. Willem Adolf Visser't Hooft als Generalsekretär des Ökumenischen Rates;
- 2. Samuel McCrea Cavert, Generalsekretär der christlichen Kirchen Nordamerikas;
- 3. G. C. MICHELFELDER, Präsident des Rates der Lutherischen Kirchen Nordamerikas;
- 4. Alphons KOECHLIN, Präsident des Schweizerischen Evangelischen Kirchenbundes;
- 5. Pfarrer Pierre MAURY, Vertreter der Französischen Reformierten Kirche;

6. Marcel Sturm, reformierter Feldbischof der französischen Besatzungstruppen;

7. Professor Hendrik Kraemer, Abgesandter der Niederländischen

Reformierten Kirche;

8. Bischof Dr. BELL von Chichester.

Zur Abstimmung über ihr Vorgehen hatten sich die Vertreter der Ökumene, außer Bischof Bell, der wegen starken Nebels in London nicht starten konnte, schon drei Tage vorher, am 15. Oktober 1945, in Baden-Baden getroffen.

Dahin hatte Visser't Hooft als Entwurf ein Papier mitgebracht, das deutlich seine Wünsche und Methoden aufwies. In deutscher Überset-

zung¹⁰ lautet es:

»Um Beziehungen vollen Vertrauens zwischen der deutschen Kirche und den anderen Kirchen zu ermöglichen, war man übereingekommen, daß es nötig sein würde, von der deutschen Kirche einige Aussagen zu erhalten hinsichtlich ihrer Stellungnahme zu Taten, die im Namen des deutschen Volkes begangen worden waren. Andererseits war man ebenso zu der Einsicht gelangt, daß es unmöglich sein würde, diesen Wunsch für eine Bedingung zu erklären, da dann die von den deutschen Kirchenführern abgegebene Erklärung nicht mehr den Charakter echter Spontaneität besitzen würde. Daher entschied man sich so, daß die Delegation gekommen sei, um brüderliche Beziehungen wieder herzustellen, daß aber hierfür noch einige Hindernisse beseitigt werden müßten.«

Aus dem Text ist einmal der Wille zu erkennen, ein Schuldbekenntnis von den Deutschen zu bekommen, in dem die Kollektivschuld aller Deutschen festgeschrieben sei. Diese sollte zum anderen nach außen hin als von den Deutschen freiwillig und ohne jeden Druck zustande gekommen erscheinen. Deshalb sollte zunächst nicht über das Schuldbekenntnis gesprochen werden, sondern als Vorwand für die starke Besetzung der ökumenischen Delegation sollte die Wiederherstellung der Verbundenheit der deutschen zu den anderen Kirchen dienen. Damit zeigte sich die ganze doppelte Heuchelei der Ökumene.

Da man von seiten der Ökumene sicher gehen wollte, wollten deren Vertreter die Haltung der verschiedenen deutschen Gruppen kennenlernen und die wichtigsten Vertreter beeinflussen. Dazu hatte VISSER'T HOOFT vor dem Beginn der eigentlichen Tagung in Stuttgart sich mit den beiden radikalsten und ihm für ein Bekenntnis zugänglichsten Personen der Bekennenden Kirche, Martin NIEMÖLLER und Hans ASMUSSEN, in einem Stuttgarter Café getroffen. Es wurde dort die Lage besprochen und ein gemeinsames Vorgehen verabredet.

¹⁰ Original in Englisch in: BODENSTEIN, aaO. (Anm.1), S. 19.





Von oben: Martin NIEMÖLLER. Der Vertreter der Bekennenden Kirche wirkte beim Stuttgarter Schuldbekenntnis aktiv mit. Otto DIBELIUS, Bis 1945 engagierte er sich aktiv für die Bekennende Kirche. 1945 legte er sich selbst den Bischofstitel zu. 1954 wurde er zu einem der Präsidenten des Ökumenischen Rates der Kirchen gewählt.

¹¹ Rolf Kosiek u. Olaf Rose (Hg.), Der Große Wendig. Richtigstellungen zur Zeitgeschichte, Bd. 2, Grabert, Tübingen ⁵2012, S. 696.

¹² Bodenstein, aaO. (Anm. 1), S. 24.

13 Burkhart SCHNEI-DER, Pius XII. Friede – das Werk der Gerechtigkeit, Göttingen– Frankfurt/M.– Zürich 1968, S. 34.

Verordnungs- und Nachrichtenblatt. Amtliches Organ der Evangelischen Kirche in Deutschland, Nr. 1, Januar 1946, S. 1. Die anderen deutschen Vertreter wußten vor Tagungsbeginn davon und von der starken Besetzung der ausländischen Delegation nichts, geschweige denn etwas von dem abgekarteten Plan der Ökumene. Ihnen gingen erst allmählich im Laufe der Tagung langsam die Augen auf, als die Vertreter der Ökumene darauf bestanden, ein klärendes Wort von den Deutschen über die Kollektivschuld zu hören. Das war dann das »spezifische Wort der Buße« von VISSER'T HOOFT.

Bischof Dibelius formulierte einen Entwurf, für den Niemöller den schwerwiegenden und unheilvollen Satz durchsetzen konnte: »Durch uns ist unendliches Leid über viele Völker und Länder gebracht worden.«

Der Text der ganzen Erklärung ist anderenorts angegeben.¹¹

Der Theologe Bodenstein urteilt zusammenfassend über dieses falsche Spiel der Ökumene. »So entstand die seltsame Lage, daß elf evangelische Kirchenmänner in einer Situation, wo es keine deutsche Regierung gab, für das gesamte deutsche Volk in allen Konfessionen und Weltanschauungen in einer für das weitere Schicksal grundlegenden Frage Stellung nahmen. Und dies nicht etwa aus eigenem Entschluß, sondern auf die Aufforderung von Kirchenvertretern der Siegermächte.«¹²

Zu erwähnen ist noch, daß die katholische Kirche keine solche Erklärung abgab. Ihr damaliger Leiter, Papst Pius XII., hat sogar im Krieg wie in der Nachkriegszeit offen den Vorwurf der Kollektivschuld der Deutschen zurückgewiesen und nur die Bestrafung individueller Schuld verlangt.¹³

Rolf Kosiek



Der schleswig-holsteinische Präses Wilhelm HALFMANN distanzierte sich von den Vertretern der eigenen Kirche wie von feindlichen Vaterlandsverrätern. Auf das Schuldbekenntnis antwortete er mit den Worten:

»Die polnischen Greuel, die Frauenschändungen, die Vernichtung der mittel- und osteuropäischen Kulturlandschaft mit ihrem Reichtum an Lebensmitteln, die Vertreibung der Millionen – kurz der beispiellose Volksmord, der jetzt vor sich geht – ist der keine Schuld? Solange darüber verlegen verschwiegen wird, solange hat man drüben keine Vollmacht, von deutscher Schuld zu reden.«

Eine Beurteilung der Nürnberger Rachejustiz

Auch in Deutschland hat es sich seit einiger Zeit eingebürgert, die Nürnberger Prozesse als vorbildliche Rechtsfindung und Rechtsetzung zu betrachten. Das ist eine bedauerliche Aufwertung dieser Siegerjustiz, die auch in fälschender Weise auf die Geschichtsschreibung abfärbte. In den ersten Nachkriegsjahren war es noch Meinung weiter Kreise in der Bundesrepublik, daß das Recht in Nürnberg arg verbogen worden war und eine üble Rachejustiz darstellte. Da die Presse noch unter der Lizenzkontrolle der Alliierten stand, konnten sich die Deutschen kaum in der Öffentlichkeit äußern.

Ein beachtenswertes Beispiel solcher Hinterfragung des Rechts schrieb einer der Lizenzträger der Wochenzeitschrift *Die Zeit*, Richard Tüngel, am 22. Januar 1948 in seinem Blatt, dem er bis 1957 als Chefredakteur vorstand. Unter dem Titel »Nürnberger Recht« hieß es dort:

»Wir haben zu vielem, was in Nürnberg unter Verantwortung der Anklagebehörde geschieht, bisher geschwiegen. Wir haben geschwiegen zu dem, was sich in dem Zeugenflügel des Gerichts abspielt, wir haben geschwiegen zu den Drohungen und Einschüchterungen, denen Zeugen ausgesetzt sind und die unserer Gerichtsverfassung nicht entsprechen.

Wir haben geschwiegen, als Zeugen uns berichteten, daß man sie veranlassen wollte, unrichtige Protokolle zu unterschreiben, die den Aussagen nicht glichen, für die man sie vereidigt hatte. Wir haben geschwiegen, obgleich wir wußten, daß unschuldige Zeugen monatelang in Haft gehalten worden sind - es war ein amerikanischer Richter, der dies im Generalprozeß festgestellt hat. Wir haben auch geschwiegen, als der Ankläger zur Verteidigung dieses Verfahrens vor dem Gericht eine ausweichende Aussage machte. Wir haben zu den Methoden jenes Herrn KEMPNER geschwiegen, den der angesehenste Journalist Europas, Herr ÖERL, in den Basler Nachrichten einen Menschenjäger nannte, ohne daß dem – soweit wir wissen – öffentlich widersprochen worden sei. Aber jetzt, nachdem sechs deutsche Anwälte des KRUPP-Prozesses im Gerichtssaal verhaftet worden sind, jetzt, da die gleiche Verhaftung dem Rechtsanwalt ACHENBACH droht, wenige Tage bevor der Fall seines Mandanten zur Verhandlung kommt, jetzt können wir nicht mehr schweigen. Jetzt handelt es sich nicht mehr um die Anklagebehörde, sondern um das Gericht. Wir wollen nicht noch einmal uns den Vorwurf machen lassen, daß wir feige zusehen, wenn unserer Meinung nach das Recht verletzt wird...

Der 1970 verstorbene Tüngel gehörte zu den vier Verlegern, denen die Engländer 1946 die Lizenz erteilt hatten. gemeinsam Die Zeit herauszugeben. Im Jahre 1955 kam es zu einer Redaktionskrise der Zeit. Tün-GEL hatte einen Text des NS-Staatsrechtlers Carl SCHMITT veröffentlicht, worauf Marion Gräfin Dön-HOFF aus Protest nach 10 Jahren die Redaktion verließ. Mit seinem Zeit-Kollegen Hans Rudolf BERNDORFF verfaßte TÜNGEL das Buch Stunde Null. Deutschland unter den Besatzungsmächten, Berlin 2004.

Eine Beurteilung der Nürnberger Rachejustiz

Aber handelt es sich in Nürnberg eigentlich um ein Gericht der Vereinigten Staaten? Das Tribunal des Milch-Prozesses hat dies bejaht. Andere Nürnberger Militärgerichte stehen auf dem Standpunkt, sie seien internationale Gerichte, die vom Alliierten Kontrollrat eingesetzt sind. . .

Die sechs Anwälte haben dagegen protestiert, daß Belastungszeugen in Abwesenheit der Angeklagten von einem Commissioner, einem Beauftragten, vernommen werden können. Ist dies nach den Erfahrungen im Zeugenflügel, nach den Erfahrungen, die freiwillige Zeugen mit der Anklagebehörde gemacht haben, nicht verständlich? Sollte nicht die Rechtsfindung höher stehen als eine Verfahrensordnung, und sollte man nicht darüber hinwegsehen, wenn untadelige deutsche Anwälte in begreiflicher Erregung zugunsten ihrer Mandanten die amerikanische Gerichtsordnung dem Buchstaben nach verletzen?

Der amerikanische Anwalt Carroll hat dem Frankfurter Vertreter des New York Herald Tribune gegenüber erklärt, die Nürnberger Kriegsverbrecherprozesse seien eine ›tragische Verhöhnung der amerikanischen

Justiz«.«

Der genannte Herr Robert Max Wassilij Kempner, in Freiburg im Breisgau 1899 geboren, Emigrant und Anhänger des Morgenthauplanes, hat als stellvertretender US-Hauptankläger das Recht im Nürnberger Prozeß mehrfach gebeugt, insbesondere den Zeugen Gauss mit Drohungen zu falschen Angaben gebracht¹ oder Dokumente verschwinden lassen.² Er hat zudem wichtige Akten, Originale wie Kopien dieses Prozesses gestohlen.³ Sie fanden sich Jahre nach seinem Tod in seinem Hause. Der spätere Wiedergutmachungsanwalt wurde dennoch von der Bundesrepublik geehrt.

Rolf Kosiek

¹ Vgl. Rolf Kosiek u. Olaf Rose, *Der Große Wendig*, Grabert, Bd. 2, Tübingen ⁵2012, S. 474 f. ² Ebenda, Bd. 1, Tübingen ⁶2013, S. 498. ³ Ebenda, Bd. 4, Tübingen ²2012, S. 632.

»Wir hoffen, daß *Die Zeit* ihrer Namensschwester in England würdig sein wird. Sie wird gewiß die dringende Nachfrage nach einer Zeitung von umfassender Sicht, nüchternen Kommentaren und kulturellem Hintergrund befriedigen«, sagte der britische Brigadier Armitage im Februar 1946 den vier Lizenzträgern (darunter Richard Tüngel) der neuen Wochenzeitung *Die Zeit*, die als erste Zeitung in Hamburg erschien.



Eine Beurteilung der Nürnberger Rachejustiz

Am 12. Februar 1948 druckte *Die Zeit* als Reaktion auf TÜNGELs obigen Artikel, indem er den USA Rechtsbeugungen vorhielt und damit die Ansicht vieler Deutscher wiedergab, folgenden Leserbrief – Absender: das amerikanische Office of Chief of Council for War Crimes:

An den Chefredakteur Sehr geehrter Herr!

Mit großem Interesse las ich den von Herrn Tüngel verfaßten Artikel Nürnberger Recht in Ihrer Ausgabe vom 22. Januar 1948. Ich begrüße es, daß man in der deutschen Presse auch ab und zu einen Journalisten findet, der eine eigene Meinung hat und ausdrückt. Ich begrüße es noch mehr, wenn diese Meinung auf Tatsachen basiert. Ihr »Wir klagen an« hätte in meinen Ohren geklungen, hätte der Mann an Tatsachen, verbunden mit dem Pathos des Artikels, mich nicht zur Heiterkeit gereizt, weil er mich so sehr an den Völkischen Beobachter erinnerte. Als überzeugter Demokrat habe ich in elf Feldzügen als Frontsoldat unter anderem auch dafür gekämpft, daß ein deutscher Demokrat endlich das Recht bekäme, seinen Mund aufzumachen und seine Meinung zu sagen. Ehrlich gesagt weiß ich nicht – zumindest deutet in Ihrem Artikel nichts darauf hin –, ob Sie einer dieser Demokraten sind, für die ich gekämpft habe. . .

Ich weiß nicht, wie lange Sie bei uns im Zeugenflügel unseres Gerichtes eingesperrt waren, eine so schöne und rührende Beschreibung von unseren Verhörmethoden zu geben. Einschüchterung, Drohungen, Versuche, unrichtige Protokolle unterschreiben zu lassen – das alles könnten Sie aus einem alten Bericht über die Gestapo abgeschrieben haben, wenn ich nicht wüßte, daß Sie diesen Artikel ja nie hätten veröffentlichen können. . . Aber die Zeugen, die wir hier haben, wurden in Haft gehalten, weil sie von den Gerichten ihres eigenen Landes, nämlich Deutschland, unter Anklage gestellt wurden.

... Und jetzt können Sie plötzlich nicht mehr schweigen, weil Achenbach und sechs Krupp-Anwälte verhaftet worden sind. Warum konnten Sie schweigen, als Achenbach die Verbrechen beging, deretwegen die deutschen Behörden ihn verhaftet haben? ... Achenbach hat hier unter Eid ausgesagt, daß er mit den in Frankreich begangenen Kriegsverbrechen, darunter Geiselmorde, nicht nur nichts zu tun hätte, sondern nicht einmal etwas davon wüßte. Wenige Tage nach dieser Aussage unter Eid erhielten wir Dokumente aus Paris, die seine Unterschrift trugen und alle bewiesen, was wir zu wissen geglaubt hatten. Trotzdem haben wir ihm erlaubt, die Verteidigung zu übernehmen, weil wir der Meinung sind, daß ein Nazi einen anderen Nazi mit mehr Überzeugung verteidigen kann als ein Mann, der Demokrat ist und dem vor dem Angeklagten graut.

... Ich übergehe den nächsten Absatz Ihres Artikels, in dem die Tatsachen so entstellt beschrieben sind, daß es mir um das Papier leid tut sowie um die Finger meiner Sekretärin, die ich bei einer Beantwortung übermäßig abnutzen würde. Lesen Sie doch einfach irgendeinen deutschen Agenturbericht über die wahren Vorgänge.

... Beschimpfen Sie die Nürnberger Gerichte, soviel Sie wollen, sie bleiben doch eine Einrichtung, an der man mit Stolz mitarbeiten kann. Wenn Sie einmal begriffen haben werden, was Demokratie ist, dann werden Sie auch das begreifen.

Mit freundlichen Grüßen

George S. MARTIN, Deputy Public Relations Officer.

Machte die Währungsreform alle gleich?

Am 20. Juni 1948 führten die drei Westalliierten mit ihren Kontrollratsgesetzen 61, 62 und 63 (Umstellungsgesetz) in ihren drei westlichen Besatzungszonen die Währungsreform durch. Von dieser einschneidenden Maßnahme wird weithin angenommen, daß sie alle Trizonesier gleich machte. Doch dem ist nicht so. Die Tatsachen sind:

Nach Ende des Zweiten Weltkriegs hatte die bis 1948 gültige Reichsmark durch die zunehmende Inflation sehr an Wert verloren. Offiziell



Schaufenster auf dem Berliner Kurfürstendamm 1948 unmittelbar nach der Währungsreform.

war zwar 1948 immer noch 1 RM 0,30 US-Dollar wert, doch in der Praxis war sie mit 0,01 Dollar tatsächlich nichts mehr wert. Es galt auf dem Schwarzmarkt die Zigarettenwährung, mit der getauscht und geschoben wurde. Das war keine brauchbare Grundlage für eine neue erstehende Wirtschaft. Auch für den anstehenden Marshall-Plan (das European Recovery Program, ERP), dessen Gelder die Deutschen als einzige Europäer mit Zinsen später zurückzahlen mußten, war eine stabile Währung notwendig.

Die in den USA gedruckten und per Schiff über den Atlantik nach Bremen gekommenen DM-Scheine (Deutsche Mark) wurden ab 20. Juni 1948 ausgegeben. Jede Person erhielt zunächst 40 DM (gegen 60 RM) und wenige Wochen darauf im August 1948 noch

einmal 20 DM (gegen 30 RM). Daraus entwickelte sich die Meinung, jeder Einwohner der Westzonen habe mit 40 oder 60 DM angefangen. Die Sparer bekamen für 100 RM zunächst 10 DM, wobei aber für die Hälfte der Summe ein Sperrkonto eingeführt wurde, so daß nur über einen Teil (Freikonto) der Summe verfügt werden konnte. Endgültig wurden Sparkonten in der Nachreforme mit nur 6,50 DM für 100 RM umgestellt. Die Sparer verloren also ziemliche Werte. Im Verhältnis 1:1 wurden Forderungen auf Löhne, Gehälter, Mieten und ähnliches umgestellt. Für die Abzahlung von privaten Schulden wurden 10 RM für 1 DM angesetzt.

Doch die materiellen Werte wie Immobilien, Land, Betriebe, Rohstoffe, angesammelte Lebensmittel und andere Werte behielten ihren Wert und konnten zum Beispiel nun gleich zu den neuen wertvollen DM umgetauscht werden, so daß deren Inhaber viel günstiger dastanden als Spa-

Machte die Währungsreform alle gleich?

Zur Einführtung der DM in den westlichen Besatzungszonen am 19. Juni 1948 drängen sich die Menschen hier in eine Hamburger Umtauschstelle. Die Militäradministration in der sowjetischen Besatzungszone ordnete drei Tage später ebenfalls eine Währungsreform an.

rer. Nicht zuletzt konnte, wer vor der Währungsreform Stoffe gehortet hatte, nach diesem Termin mit großem Besitz in die nun schnell anspringende Wirtschaft einsteigen. Ein Beispiel ist die Firma Grundig.

Die Währungsreform 1948 machte also nicht alle Westzonenbewohner gleich, sondern die Ausgangsgrundlage war durch eine systematische Ungleichheit gekennzeichnet. Große Teile des Volkes hatten einen wesentlichen Teil ihres Besitzes verloren. Zum Ausgleich der Verluste wurden zu Beginn der fünfziger Jahre. eigene Gesetze erlassen (Lastenausgleich, Altsparergesetz u. a.)

Und in der Tat griff die Geldumstellung schnell und ermöglichte als eine Voraussetzung in wenigen folgenden Jahren das in aller Welt bestaunte deutsche Wirtschaftswunder.

Die Währungsreform hatte aber auch sofort einschneidende Folgen für Gesamtdeutschland. Drei Tage nach der Reform im Westen führten die Sowjets für die Ostzone und Berlin ihre eigene Währungsreform durch. Sie sollte ursprünglich auch für Westberlin gelten, was aber von den Westalliierten nicht zugelassen wurde. Am 24. Juni 1948 unterbrachen daraufhin die Sowjets alle Verkehrsverbindungen vom Westen nach Westberlin und riegelten die Frontstadte vom Westen ab. Die Antwort der USA darauf war die Einrichtung der Luftbrücke, mit der Westberlin über 13 Monate vom Westen mit den Rosinenbomberne aus der Luft mit allen notwendigen Rohstoffen und Nahrungsmitteln versorgt wurde.

Rolf Kosiek

Nur Besitzer von Sachwerten und Leute, die bis zur Umstellung Waren illegalerweise gehortet hatten, profitierten von der Währungsreform. Firmen wie Grundig, in den fünfziger Jahren der größte Rundfunkgerätehersteller Europas, erhielten beste Voraussetzungen für einen erfolgreichen Neustart.







Dänische Nationalsozialisten keine Dorftrottel

In den ersten Jahrzehnten nach 1945 galten die früheren Nationalsozialisten unter den Dänen als Dorftrottek. Für ihre Beschreibung wurde die Gestalt des Bukse-Marius, eines ländlichen Diebes aus dem Roman Frydenholm von Hans Scherfig (1905–1979), benutzt. Die Nationalsozialisten wurden als Zurückgebliebene und soziale Verlierer betrachtet, als rechtsextremistische Fünfte Kolonne der Deutschen, als keineswegs exemplarisch für die Dänen in ihrer Gesamtheit.

Doch das ist falsch, wie eine Dissertation der dänischen Historikerin und Soziologin Malene DJURSAA aus dem Jahre 1983 bewies. Die Arbeit wird als die erste wissenschaftliche Beschäftigung mit der Frage der gesellschaftlichen Herkunft der dänischen Nationalsozialisten angesehen. Die unter dem Titel *DNSAP – danske nazisier 1939–45* (DNSAP, dänische Nazis 1939–45) 1983 auch als Buch erschienene gründliche Arbeit räumt mit den bis dahin vorhandenen Vorurteilen auf.²

Danach waren die rund 40 000 Personen, die der nationalsozialistischen Partei innerhalb der 15 Jahre von der Gründung durch den Führere Cay Lemcke 1930 beitraten, ein ziemlich genaues Spiegelbild der dänischen Gesellschaft und keineswegs in besonderen Gruppen herausragend vertreten. Die Mitglieder waren keine Abweichler vom Durchschnitt der Dänen und insbesondere keine Fünfte Kolonne HITLERS. Sie waren genauso wie die übrigen Dänen in den einzelnen Berufsgruppen und Vermögensklassen vertreten. Insbesondere waren die Großgrundbesitzer oder Menschen aus bedrohten Berufsgruppen nicht stärker als in der allgemeinen Gesellschaft Parteimitglieder. Die Verfasserin erklärte in einem Interview mit der schwedischen Tageszeitung:³ »Während 37 lahren haben wir«, so die Historikerin, »unsere nationalsozialistischen Landsleute als nicht normal, als kriminell und abweichend von der Menge, ja, als schwache Seelen dargestellt, die den hohen Stiefeln nicht widerstehen konnten.« Und an anderer Stelle hob sie hervor: »Wir waren behend damit, die dänischen Nationalsozialisten als einen besonderen Ausschuß des Volksstammes zu betrachten, ein Bild, das aufkam, um uns alle anderen zu rechtfertigen. Das Nachkriegsbild war schwarz-weiß, Das reine dänische Volk und das schmutzige Wesen der Nazis! Das stimmte aber nicht. Wir dürfen nicht das graue, breite Feld vergessen. Die nationalsozialistische Partei vertrat exakt die Zusammenstellung der Bevölkerung aus allen Berufen und Klassen.«4 Zum Zeitpunkt der deutschen Besetzung des Landes am 9. April 1940 hatte die Partei rund 5000 Mitglieder. Anschließend kamen viele Opportunisten hinzu, wie in anderen Ländern auch. 1943 gab es 21 500 Mitglieder.⁵

Rolf Kosiek

¹ Hans Scherfig, *Frydenholm*, Kopenhagen 1967.

² Malene DJURSAA, DNSAP, danske nazister 1939-45.

³ Interview mit *Dagens Nyheter*, 4. April 1982.

⁴ Zitiert von Frithjof HALLMAN, »Nationalsozialisten waren keine Dorfidioten«, in: *Deutsche Wochenzeitung*, 5. 8. 1983.

⁵Die Register mit den rund 40000 Mitgliederkarten der NS-Partei wurden von der Widerstandsbewegung am 4. Mai 1945 beschlagnahmt und in das Kopenhagener Reichsarchiv gebracht, wo sie bis 1995 geheim gehalten werden sollten, um erst danach der Allgemeinheit zur Verfügung zu stehen. Frau Djursaa hatte jedoch die Gelegenheit, diese Mitgliederkartei in Kopenhagen erstmalig jahrelang auswerten können.



Bundesrepublik

23. Mai 1949: Konrad ADENAUER unterschreibt das Grundgesetz. Mit dem Beitritt der Bundesrepublik zur NATO im Mai 1955 folgte dem wirtschaftspolitischen auch das militärpolitische Bekenntnis zum Westen. Erfolgversprechende Vorstöße von seiten der Sowjetunion zur Lösung der Deutschen Frage, zuletzt Anfang 1955, wurden in Bonn weggelächelt. Die damit hervorgerufene endgültige Spaltung führte zu einer jahrzehntelangen Stagnation in den deutsch-deutschen Beziehungen.

Neid soll nach Aly Antisemitismus erzeugt haben

Der vielfach gelobte und ausgezeichnete Historiker Götz Aly, Jahrgang 1947 und ehemals ein führender 68er in Berlin, hat bereits in einigen Büchern – so in Endlösung. Völkerverschiebung und der Mord an den europäischen Juden (1995) und Hitlers Volksstaat. Raub, Rassenkrieg und nationaler Sozialismus (2005) – umstrittene Thesen zur Zeitgeschichte veröffentlicht. In seinem neuen Buch Warum die Deutschen? Warum die Juden? (2011) versucht er in einer den Zeitraum von 1800 bis 1933 überstreichenden Abhandlung nachzuweisen, daß der deutsche Antisemitismus der dreißiger Jahre des vorigen Jahrhunderts vor allen Dingen vom Neid der Deutschen auf die wirtschaftlich erfolgreicheren und schneller aufsteigenden Juden verursacht war. Dieser Sozialneid sei dann nach weiteren Einwanderungen in den zwanziger Jahren in weit verbreiteten Antisemitismus umgeschlagen und habe zum Erstarken der NSDAP und schließlich zur Machtübernahme durch Hitler Anfang 1933 geführt.

Doch das ist sicher falsch. Richtig ist zwar, daß nach der Emanzipation der Juden sie in Deutschland in den letzten Jahren vor dem Ersten Weltkrieg nach großer Einwanderung aus dem Osten im Bankwesen sowie als Ärzte, Rechtsanwälte und in den Wissenschaften weit über ihr Verhältnis an der Gesamtbevölkerung vertreten waren. Weil auch Kaiser und Regierung ihnen bis 1918 wohlwollend gegenüberstanden, waren das Deutsche Reich und Österreich ein beliebter Anziehungspunkt für die unterdrückten Juden in den östlichen Ländern gewesen, wo immer wieder Pogrome gegen sie, vor allem im Zarenreich, stattfanden. Dieser überraschende Aufstieg der Juden in der ihnen wohlwollend gegenüberstehenden deutschen Gesellschaft habe - so ALY - bei den Deutschen Neid erzeugt, da diese sich im eigenen Land gegenüber den zahlreichen Einwanderern aus dem Osten zurückgesetzt gefühlt hätten. Der Sozialneid habe sich dann in blinden Haß verwandelt und zu der Judenvernichtung im Zweiten Weltkrieg geführt. Für das Schicksal der Juden sei also das ganze deutsche Volk durch seinen Antisemitismus, nicht etwa nur die NS-Regierung, in erster Linie verantwortlich.

Das ist aber eine falsche These. Denn vor dem Ersten Weltkrieg war der Antisemitismus im Deutschen Reich trotz des Bestehens einiger antisemitischer Zirkel weit geringer als etwa in Frankreich mit seiner Dreyfus-Affäre oder in Rußland mit seinen häufigen blutigen Pogromen in den Jahrzehnten vor 1914. Daß ab 1914 viele deutsche Juden als Patrioten im deutschen Heer dienten und dort anerkannt wurden, ist auch ein Hinweis darauf, daß damals in Deutschland kein allgemeiner Antisemitismus herrschte.



Götz ALY. Der Bielefelder Ordinarius
Hans-Ulrich WEHLER,
ein ausgesprochen
linker Historiker,
nennt ALYS Buch einen »Flop«, weil es
»zentrale Elemente
nicht einmal ins
Auge faßt, geschweige denn ihrer Komplexität gerecht
wird«. (FAZ, 13. 12.
2011)

Tatsache ist, daß die frühe NSDAP in den Jahren vor 1933 den Antisemitismus nicht als zentrales Thema in der Werbung herausstellte und HITLER persönlich vor seinen großen Wahlerfolgen Anfang der dreißiger Jahre das Thema auch nicht besonders betonte.

Adenauer zur Wiedergutmachung von USA gedrängt

Für politisch brisante Dokumente herrscht in der Bundesrepublik die allgemeine Geheimhaltungsfrist von dreißig Jahren. In besonders wichtigen Fällen wird sie verlängert, und die Papiere bleiben weiterhin geheim. Das bedeutet manchmal auch, daß die Geschichte einseitig, weil ohne Kenntnis solcher wichtigen geheim gehaltenen Quellen geschrieben wird. So geschah es lange Zeit mit den Kabinettsprotokollen für das Luxemburger Abkommen zur Wiedergutmachung, das Konrad Adenauer für die Bundesrepublik, Israels Außenminister Moshe Sharett für Israel und Nahum Goldmann für die Claims Conference am 10. September 1952 in Luxemburg unterzeichneten. Statt der von Israel verlangten 1,5 Milliarden DM billigte Adenauer den Forderern 3 Milliarden DM zu. Ausführlich schildert Nahum Goldmann diese Entwicklung in seinem Buch Mein Leben als deutscher Jude.



David BEN GURION und Konrad Adenauer 1952 in New York.

Im *Spiegel online* wurde am 18. März 2013 auf diesen politisch bezeichnenden Vorgang der späten Veröffentlichung hingewiesen. Vor der Unterzeichnung und während der langen Verhandlungen über das Luxemburger Wiedergutmachungsabkommen mit Israel² war auch 1951/52 im Bundeskabinett zäh um diese Vereinbarung gerungen worden: Der damalige Bundesjustizminister Thomas Dehler (FDP) war strikt gegen den von Adenauer verfolgten Weg der Wiedergutmachung durch Zahlungen, und der amtierende Bundesfinanzminister Fritz Schäffer (CSU) hielt die mit Israel ausgehandelte Sum-

me für viel zu hoch. Nach einer Umfrage fanden damals 44 Prozent der Westdeutschen Wiedergutmachungszahlungen an Israel überhaupt als »überflüssig«. ADENAUER hatte die Zahlungen mit »zwingenden moralischen Verpflichtungen« begründet und erklärt, daß dieses Abkommen »etwas anderes als ein üblicher Vertrag zwischen zwei Staaten« sei.³

¹ Nahum GOLDMANN, Mein Leben als deutscher Jude, Langen Müller, München-Wien 1980, S. 371–426.

² In seinen *Erinnerungen 1945–1953* (Fischer, Frankfurt/M.–Hamburg 1967) erwähnt Adenauer diese Verhandlungen von 1952 gar nicht.

³ Spiegel online, 13. 3. 2013.

Adenauer zur Wiedergutmachung von USA gedrängt

Als dann kurze Zeit nach der Wahl der neuen Bundesregierung unter Helmut KOHL 1982 nach der üblichen Geheimhaltungszeit diese Kabinettsprotokolle veröffentlicht werden sollten, notierte am 17. Dezember 1982 ein damit befaßter hoher Beamter des Auswärtigen Amtes, daß diese Dokumente »in gewissem Widerspruch« zu den Erinnerungen ADENAUERS ständen, und Adenauer sei offenbar nur »aufgrund des Drucks der USA zu den Wiedergutmachungsverhandlungen bereit« gewesen. So hatte ADENAUER im Kabinett am 17. Juni 1952 gesagt, der »ergebnislose Abbruch von Verhandlungen mit Israel würde die schwersten politischen und wirtschaftpolitischen Gefahren für die Bundesrepublik heraufbeschwören« von seiten der USA. Der Bundeskanzler hatte also im Kabinett eine andere Begründung für das Abkommen genannt, die nicht an die Öffentlichkeit kommen sollte, die Erpressung durch die Vereinigten Staaten von Amerika.

Wegen solcher Stellen in den Protokollen fürchtete der betreffende Beamte 1982, die Freigabe der Dokumente könne »dazu führen, daß unsere Leistungen an Israel und das jüdische Volk in der Öffentlichkeit erneut problematisiert würden« und zu einer »Belastung unserer Beziehungen zu Israel führen könnte«,² und er empfahl, die entsprechenden Kabinettsprotokolle weiter geheimzuhalten. Das erfolgt dann auch.

Nachdem unter Bundeskanzler Helmut Schmidt wegen dessen Äußerung, er wolle nicht als »wandelnde Aktion Sühnezeichen« nach Israel reisen, und Begins Reaktion darauf, er werde einem deutschen Kriegsteilnehmer nicht die Hand geben – Schmidt war Offizier der Deutschen Wehrmacht gewesen –, die Beziehungen zu Israel Ende der siebziger Jahre verschlechtert worden waren, konnten sie erst von Bundeskanzler Kohl nach seiner Wahl im Oktober 1982 wieder langsam verbessert werden. Daher kam diesem 1982 die Veröffentlichung von Adenauers Aussagen im Kabinett nicht gelegen, und so wurden sie weiter geheimgehalten. Erst Jahre später durften sie veröffentlicht und damit auch der Zeitgeschichtsschreibung zugänglich gemacht werden.

Rolf Kosiek



Am 10. September 1952 unterzeichnete Bundeskanzler Konrad Adenauer das sogenannte »Wiedergutmachungsabkommen (oder Luxemburger Abkommen) zwischen der Bundesrepublik Deutschland auf der einen Seite sowie Israel und der Jewish Claims Conference (JCC) auf der anderen. Das milliardenschwere Entschädigungsabkommen erfolgte allerdings nicht nur aus einer »zwingenden moralischen Verpflichtung« heraus, wie er erklärte. Ganz andere Beweggründe waren mit entscheidend, wie lange zurückgehaltene Kabinettsprotokolle belegen.

Die schulische Bildung hat den Zweck, den jungen Menschen zu einem wertvollen Glied der Gemeinschaft und zu einem selbständigen Individuum zu erziehen. Mit Recht hatten Landesverfassungen nach 1945 – so die für Baden-Württemberg in Artikel 12 – als ein wertvolles Ziel der schulischen Ausbildung die »Liebe zu Volk und Heimat« besonders aufgeführt. Seit den linken Schulreformen der siebziger Jahre des vorigen Jahrhunderts werden die Schüler aber eher zu Kritikern des Staates und der Gesellschaft erzogen. Eine Voraussetzung dafür war, daß sie im Rahmen der Umerziehung das einseitige Geschichtsbild der Alliierten vorgesetzt und eingetrichtert bekamen. Die deutschen Kultusminister setzten den Forderungen der Alliierten keinen Widerstand entgegen, sondern unterstützten vielfach sogar noch in vorauseilendem Gehorsam die Wünsche der Besatzungsmächte.

Dieser in den USA vorbereiteten Vergangenheitsbewältigung im deutschen Schulwesen dienten im Auftrag der Sieger vor allem die Angehörigen der 1949 wieder nach Frankfurt/Main zurückgekehrten Frankfurter Schules, vor allem der Leiter des Instituts für Sozialforschung, Max HORKHEIMER. Sie wollten das deutsche Wesen völlig verändern und dazu die deutsche Jugend von deren Geschichte abtrennen.

Machtergreifung der 68er. Die zersetzenden Auswirkungen der Frankfurter Schule, Hohenrain, Tübingen ⁷2009.

¹ Siehe Rolf

Kosiek, Die

Frankfurts Oberbürgermeister Walter Kolb, Bundeskanzler Adenauer und Max Horkheimer im vollen Ornat als Rektor der Universität Frankfurt am Main beim Einzug in die Aula; Adenauer sprach bei dem Universitätsfest 1952 vor Studenten.



Stefan Scheil hat in seinen Transatlantischen Wechselwirkungen2 das Vorgehen und die Bedeutung dieser Kreise für die deutsche Bildung doku-

mentiert. Die - wie man heute weiß, vom kommunistischen Osten gesteuerten und dann oft nachgemachten - Hakenkreuzschmierereien³ vom 24. Dezember 1959 an der Synagoge in Köln lösten weitere Schritte in der Umerziehung im Bildungsbereich aus und haben die westdeutschen Kultusminister auf öffentlichen Druck interessierter ausländischer Kreise sofort reagieren lassen, während die innerhalb einiger Monate 1960 in den USA erfolgten Schändungen von 70 Synagogen die Öffentlichkeit kaum interessierten und von den Massenmedien verschwiegen wurden.



Titelmotiv des im Verlag Duncker & Humblot erschienenen Buches Schells Transatlantische Wechselwirkungen, Berlin 2012.

eignissen faßte die Kultusministerkonferenz (KMK) in ihrer Sitzung vom 11./12. Februar 1960 einen Beschluß zur »Behandlung der jüngsten Vergangenheit im Geschichts- und gemeinschaftskundlichen Unterricht in den Schulen«, der offensichtliche Geschichtsfälschungen umfaßte. Dieser blieb dennoch bis zum Oktober 1991 in Kraft, hatte also mehr als eine ganze Generation Gültigkeit. Das Bildungswesen stand praktisch weiterhin unter der scharfen Kontrolle und Zensur der Siegermächte. 1960 wurde auch der §130 des Strafgesetzbuchs (»Volksverhetzung«) eingeführt.

Der Historiker Scheil berichtet über diese Vereinbarung der KMK:4 »Die Kontrolle über das, was Lehrer zu lehren hatten, sei erheblich zu erweitern. Alle Lehrer aller Schularten seien zu erfassen.« Die Kultusminister vereinbarten unter anderem: »Sie (alle Lehrer, R. K.) müssen nachweisen, daß sie die Haupttatsachen kennen, die zur Zerstörung der rechtsstaatlichen Ordnung in der nationalsozialistischen Zeit geführt haben, und daß sie sich eine Meinung gebildet haben über Ursache und Wirkung der Spaltung Deutschlands.«

² Stefan Scheil, Transatlantische Wechselwirkungen, Duncker & Humblot, Berlin 2012.

³ Zu den Hintergründen der Hakenkreuzschmierereien s. Rolf Kosiek u. Olaf ROSE (Hg.), Der Große Wendig, Bd. 2, Grabert, Tübingen 52012, S. 792 ff.

⁴ Scheil, aaO. (Anm. 2), S. 224 f..

Was die »Haupttatsachen« waren, wurde näher festgelegt (s. u.), wie auch das, was in der Lehrerausbildung – weil Deutschland entlastend – verschwiegen werden sollte.

⁵ Ebenda S. 225.

SCHEIL⁵ zitiert aus dem Protokoll der KMK-Konferenz von Anfang 1960:

-»Es wird vereinbart, welche Themen und Tatsachen aus der nationalsozialistischen Zeit in den Abschlußklassen sämtlicher Schulen des Bundesgebietes im einzelnen zu behandeln sind. Die Vereinbarung gilt auch dann, wenn vorgesehen ist, daß die Geschichte in der Oberstufe der Gymnasien nicht chronologisch, sondern thematisch behandelt wird.«

– »Die Lehrer- und Schülerbüchereien müssen die grundlegenden Werke zur neueren Geschichte enthalten. In den Amtsblättern der Ministerien werden verstärkt Hinweise und Besprechungen von wissenschaftlichen und methodischen Werken und von geeigneten Klassenlesestoffen zur neuesten Geschichte und Gemeinschaftskunde gegeben werden.«

– »Die in der Plenarsitzung vom 24./25. September 1959 beschlossene Überprüfung der Lehrbücher ist vom Schulausschuß planmäßig auszuwerten, damit den Schulbuchverlegern gemeinsam Hinweise für die Überprüfung und Verbesserung der Bücher gegeben werden können.«

- »Der Geschichtsunterricht ist in allen Klassenstufen im Hinblick auf seinen politischen Bildungsgehalt und auf die Vorbereitung des Unterrichts in der neuesten Geschichte anzulegen.« Damit wurde das einseitige Geschichtsbild der Sieger den Deutschen aufgezwungen.

SCHEIL urteilt über die Auswirkung dieser Beschlüsse mit Recht: »Dieser Grundsatz rückte nun die Interpretation der jüngsten Vergangenheit an die Stelle eines Schlüssels zur Interpretation aller Vergangenheiten und öffnete theoretisch die Tür für eine Politisierung des gesamten Geschichtsunterrichts an den Schulen.«⁶

⁶ Ebenda, S. 226.

Statt wirklicher Geschichte wurde das Zerrbild einer solchen mit schwerer, vorsätzlicher, aber in Wirklichkeit unberechtigter Belastung Deutschlands in den Schulen und Pädagogischen Hochschulen geboten. Der Geschichtsunterricht wurde zunehmend auf die Zeit von 1933 bis 1945 beschränkt. In manchen Bundesländern wurde im Laufe der Zeit der Geschichtsunterricht völlig abgeschafft und durch Gemeinschaftskunde oder Sozialwissenschaften ersetzt. In den westdeutschen Besatzungszonen hatte es nach 1945 zunächst, in Berlin bis 1949 gar keinen Geschichtsunterricht gegeben. Insbesondere mußten die Lehrer in ihrer Ausbildung nun das auf Anordnung der Amerikaner gegen den Widerstand deutscher Ordinarien neu eingeführte Fach politische Wissenschaften oder Politologie studieren. 1960 gab es an den damals bestehenden 18 bundesdeutschen Universitäten schon 24 neue politikwissenschaftliche Lehrstühle, davon allein zehn am politikwis-

senschaftlichen Zentrum der Freien Universität Berlin; 1965 bestanden bereits 51 Lehrstühle dieses Faches.⁷

In den »Richtlinien für die Behandlung der jüngsten Vergangenheit im Unterricht« der KMK vom 9./10 Februar 1961 und von 1962 wurden konkrete Aussagen zur Zeitgeschichte als verbindlich erklärt, etwa, indem den angehenden Lehrern und dann den Schülern offenbare Geschichtsfälschungen wie »eine planmäßige Vorbereitung des 2. Weltkrieges« durch Hitler oder der »Überfall auf Polen und andere neutrale Staaten« für den Unterricht verpflichtend aufgegeben werden sollten.⁸ Die zunächst nach 1945 der wirklichen Geschichte im allgemeinen gerecht werdenden amtlichen deutschen Aussagen über die NS-Zeit wurden dann allmählich verdrängt. Das einseitige Geschichtsbild der Sieger trat in den Schulen seinen Siegeszug an und gelangte in die Lehrbücher. Dort wird es noch heute mit Hilfe der politischen Korrektheit vertreten. Einseitige und die deutsche Schuld lehrende Geschichtsbücher vor allem US-amerikanischer Historiker füllten die Schulbüchereien, Revisionistische Geschichtswerke – wie etwa die Werke des US-Professors David L. Hog-GAN - wurden aus den Schulbibliotheken entfernt, nachdem sie vorher ganz selbstverständlich aufgenommen worden waren. Pädagogen, die auf die tatsächlichen Abläufe der Geschichte vor und nach dem Ausbruch des Zweiten Weltkrieges hinwiesen und die entsprechende revisionistische Literatur angaben, wurden diszipliniert oder sogar entlassen, etwa der Studienrat Axel Fritzsch aus Fürth oder der Dozent Udo WALENDY aus Vlotho, Zusätzlich wurde durch die im Laufe der Zeit vorgenommenen verschiedenen Verschärfungen des § 130 des Strafgesetzbuches (»Auschwitz-Lüge«, »Volksverhetzung«) die Meinungsfreiheit bei bestimmten historischen Vorgängen der Zeitgeschichte erheblich beschränkt, was sich auch auf die Lehrer auswirkte.

Bundespräsident Heinemann erklärte schon am 13. Februar 1970 bei der Bremer Schaffermahlzeit in richtiger Erkenntnis der Lage der deutschen Geschichtsschreibung: »Und immer schreiben die Sieger die Geschichte so, daß der Unterlegene überhaupt nicht zur rechten Darstellung kommt. Es ist Zeit, meine ich, daß ein freiheitlich-demokratisches Deutschland unsere Geschichte bis in die Schulbücher hinein anders schreibt.«⁹

Die auf diese Weise erfolgende generationenlange, auf Geschichtsfälschungen beruhende Umerziehung der Lehrer und Schüler in Deutschland trug dann wesentlich auch zur Verzichtspolitik der siebziger Jahre und zur heutigen Reue- und Sühnehaltung der deutschen Politiker bei. Diese war mit ein Ziel der Besatzungsmächte.

Rolf Kosiek

⁷ Ebenda, S. 184

8 Ebenda, S. 226.

Ritterkreuzträger in Bundeswehr und Bundestag



Eichenlaub zum Ritterkreuz des Eisernen Kreuzes (ab 3. Juni 1940). Das Ritterkreuz des Eisernen Kreuzes war am 1. September 1939 zu Beginn des Polenfeldzugs von HITLER neu gestiftet worden.

In den letzten Jahrzehnten ist in der Bundesrepublik Deutschland in wachsendem Maße, besonders aufgrund der üblen, nach jahrelanger Tätigkeit dann wegen erwiesener Geschichtsfälschungen abgesetzten HEER-REEMTSMAschen Antiwehrmachtausstellung, eine gemeine Diffamierung der deutschen Soldaten des Zweiten Weltkrieges erfolgt. In diesem Zusammenhang wurden auch die Ritterkreuzträger der Wehrmacht unberechtigt beschuldigt und pauschal abgewertet sowie in die rechte Ecke gedrängt. Es wäre heute kaum noch möglich, daß ein Träger des Ritterkreuzes in einem deutschen Parlament aufträte, geschweige denn als Abgeordneter gewählt würde oder vor einer Schulklasse sprechen dürfte. Am 4. März 1999 ordnete der Bundesminister der Verteidigung nach jahrelangen guten Verbindungen ein Kontaktverbot für die Bundeswehr zum Orden der Ritterkreuzträger (OdR) an: Jede Zusammenarbeit mit dem OdR sei abzubrechen und in Zukunft zu unterlassen. Vorher hatten die Linken und Grünen Kleine Anfragens, so die Nr. 13/8947 vom 29. November 1997, zum OdR gestellt.

Das war in den ersten Jahrzehnten nach dem Zweiten Weltkrieg in der Öffentlichkeit ganz anders. Der tapfere und keiner persönlichen Schuld zu überführende Soldat, der den Krieg überlebt hatte, wurde geehrt, weil er sein Leben für das Vaterland und die Freiheit der Deutschen eingesetzt und seinem Eide bis zum Ende treu geblieben war.

Die Verleihung dieses Ordens war stets ein rein militärischer Akt der Anerkennung besonders geleisteter Tapferkeit ohne politische Bedeutung.

Deswegen wurden auch 674 Ritterkreuzträger beim Aufbau der Bundeswehr in diese übernommen, und sie waren dort verdienstvoll tätig. Sie haben damit einen wesentlichen Beitrag zur Aufstellung der Bundeswehr geleistet. Sie wurden zum Teil hoch befördert: 117 von ihnen wurden zum General der Bundeswehr ernannt. So erreichte der frühere Vizeadmiral und Kommandierende Admiral der Kleinkampfverbände, der Ritterkreuzträger Hellmuth Heye, sogar das Amt des Wehrbeauftragten der Bundesregierung. Der Ritterkreuzträger Erich MENDE (FDP) war jahrelang Vizekanzler der Bundesrepublik Deutschland und Bundesminister.

Nicht wenige Ritterkreuzträger kamen in deutsche Nachkriegsparlamente und gestalteten die Politik im Nachkriegsdeutschland mit. Folgende Inhaber des Ritterkreuzes zum Eisernen Kreuz waren Bundestagsabgeordnete:²



Hellmuth HEYE.

Ritterkreuzträger in Bundeswehr und Bundestag

Alfred Burgemeister (CDU, Heer), Dr. Dittrich (CDU, Heer), Fritz ESCHMANN (SPD, Heer), Hellmuth HEYE (CDU, Kriegsmarine), Hasso VON MANTEUFFEL (FDP, Heer), Erich MENDE (FDP, Heer), Fritz-Rudolf SCHULTZ (FDP, Heer), Eberhard WILDEMUTH (FDP, Heer).

Davon wurde von Manteuffel sogar mit dem Ritterkreuz mit dem Eichenlaub mit Schwertern und Brillanten ausgezeichnet, Schultz mit dem Eichenlaub.

In die Volkskammer der DDR wurden die Ritterkreuzträger Dr. Otto Korfes (Heer), Müller (Heer) und Steidle (Heer) gewählt.

Auch in Landesparlamenten gab es Ritterkreuzträger, so die folgenden:

DENNHARDT (CDU, Heer), HARDEGEN (CDU, Marine), Prof. Dr. Dr. Freiherr von der Heydte (CSU, Luftwaffe), Hochgartz (CDU, Heer), MADER (CDU, Heer), PRENTL (CDU, Luftwaffe), Heinz-Friedrich REI-NEFAHRT (BHE u. DP, Waffen-SS und Heer), SCHULTZ (FDP, Heer), STIEF-VATER (SPD, Heer). Davon bekamen DENNHARDT, HARDEGEN, VON DER HEYDTE, PRENTL, REINEFARTH und SCHULZ auch das Ritterkreuz mit Eichenlaub.

Mitglied des Europaparlamentes wurde der Ritterkreuzträger Dr. Ditt-RICH (CDU, Heer).

Der Vorsitzende der HIAG, der Hilfsgemeinschaft der Ehemaligen der Waffen-SS, der im Krieg erblindete Hans WISSEBACH (CDU), war elf Jahre lang Bundestagabgeordneter.

Das Ritterkreuz des Eisernen Kreuzes wurde am 1. September 1939 bei der dritten Erneuerung des Eisernen Kreuzes (nach 1870 und 1914) als neue Klasse des Eisernen Kreuzes anstelle des Pour le mérite vom Oberbefehlshaber der Wehrmacht, Adolf HITLER, gestiftet und wurde im Zweiten Weltkrieg rund 7300mal verliehen. Nach dem Krieg trug erstmalig Vizekanzler Erich MENDE sein Ritterkreuz bei öffentlichen Veranstaltungen. Daraufhin wurde durch ein Bundesgesetz vom 26. Juli 1957 festgelegt, daß das Ritterkreuz in der Öffentlichkeit nur ohne das Hakenkreuz getragen werden durfte. In keinem anderen Staat auf der Welt Von oben: Erich Menwäre es möglich, daß ein Orden dermaßen kastriert würde und nicht in der ursprünglichen Form getragen werden dürfte.









DE, Hasso von Man-TEUFFEL, Fritz-Rudolf SCHUITZ.

¹ Jens MECKLENBURG, Handbuch deutscher Rechtsextremismus, Berlin 1996, S. 339.

²»Ritterkreuzträger in deutschen Parlamenten«, in: Der Freiwillige, Mai/Juni 2012, S. 37.

Dank an deutschen General Berger

¹ Robert KÜBLER, Chef KGW, Askania, Lindhorst 1984, S. 205.



Gottlob Berger (1896–1975).

Es ist selten, daß der Gegner in einem totalen Krieg gelobt wird. Gewichtiger als die pauschalen und meist unzutreffenden Vorwürfe in Medien und Ausstelllungen gegen die deutsche Wehrmacht im Zweiten Weltkrieg zählen die ausdrücklichen Anerkennungsschreiben alliierter hoher Offiziere an deutsche Truppenführer. Solches passierte zum Beispiel dem General Gottlob BERGER (16. 7. 1896–5. 1. 1975), dem Chef des SS-Hauptamtes und Verantwortlichen für das Kriegsgefangenenwesen. Dankbare US-Soldaten gaben im Jahre 1965 für ihn eine bezeichnende Erklärung ab.¹

»Resolution

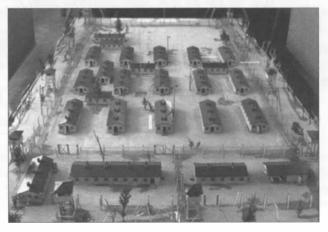
Da General Gottlob BERGER als deutscher Generalbevollmächtigter für alle Kriegsgefangenen während der letzten Kriegsmonate in Berlin eine medizinische Konferenz einberief, um Mittel und Wege zur besseren Befriedigung der ärztlichen Bedürfnisse der amerikanischen Kriegsgefangenen zu finden, und

da General BERGER veranlaßte, daß an die amerikanischen Kriegsgefangenen während der kritischen letzten Kriegswochen Lebensmittelpakte des Roten Kreuzes verteilt wurden, selbst unter Gefahr seines Lebens, und

da General BERGER anordnete, daß die amerikanischen Kriegsgefangenen entsprechend den Bestimmungen der Genfer Konvention zu behandeln seien und nicht als Geisel benutzt werden dürfen, und

da General Berger persönlich amerikanische und andere alliierte Offiziere höheren Ranges durch die deutschen und alliierten Linien in Sicherheit brachte, und

Modell eines sogenannten Stammlagersa. Die Heeresdienstverordnung setzte im wesentlichen in ihren einzelnen Teilen die zweite Genfer Konvention von 1929 um, deren Signatarstaat das Deutsche Reich war. Am 25. September 1944 ernannte HIMMLER BERGER zum Chef des Kriegsgefangenenwesens.



Dank an deutschen General Berger

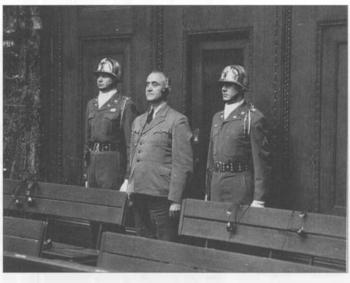
da General BERGER während der letzten Kriegstage versucht hat, eine ehrenhafte frühzeitige Beendigung des Krieges zu erwirken, darum wird

beschlossen, daß die ehemaligen amerikanischen Kriegsgefangenen, die in Dayton/Ohio, USA, zum Gedenken des 20. Jahrestages des Kriegsendes versammelt sind, ihre Entschlossenheit bekräftigen, daß alle Differenzen zwischen den Menschen und Nationen friedlich auf dem Verhandlungswege beigelegt werden sollen und nicht durch Streit und Waffen, und sie bestätigen gleichzeitig ihren Glauben an die Brüderlichkeit aller Menschen, und ferner wird

beschlossen, daß die ehemaligen amerikanischen Kriegsgefangenen unter deutscher Kontrolle Gene-

ral Berger für seine Menschlichkeit Anerkennung zollen und ihm für den Schutz und die Sorge danken, die er ihnen während der kritischen letzten Tage des Zweiten Weltkrieges angedeihen ließ.

gez. Delmar T. SPIVEY Gen. Major, USAF (i.R.) 23. April 1965« gez. Arthur W. VANAMAN Gen Major, USAF (i. R.)



Gottlob Berger als Angeklagter im Wilhelmstraße-Prozeß (1949).

Ferner wurde nach dem Tod Bergers seinen Angehörigen eine Bronzeplakette überreicht, die übersetzt folgende Inschrift trug.

»In dankbarem Gedenken an Gottlob Berger; General der Waffen-SS, der beschützt und umsorgt hat die Gefangenen der U.S. Air Force während des 2. Weltkrieges.

Delmar T. Spivey, Maj. Gen. U.S. Air Force.«

General der Waffen-SS Gottlob Berger, seit 1. Oktober 1944 Chef des Kriegsgefangenen-Wesens, rettete in den letzten Kriegswochen mindestens 350 000 westalliierte Kriegsgefangene vor dem sicheren Tod. Er wurde dennoch 1949 von der Siegerjustiz in Nürnberg zu 25 Jahren Haft verurteilt. Erst in der Berufung wurde er jedoch in allen Punkten freigesprochen.

Rolf Kosiek

Deutsche entschärfen Bombe in italienischem Kloster

¹ Rolf Kosiek u.Olaf Rose (Hg.) Der Große Wendig, Bd. 1, Grabert, Tübingen ⁵2011, S. 797–806. ² Dr. Al. Ph. Altmeyer, in: Wildente, Nr. 8,

Das 1004 gegründete Kloster Santa Maria di Grottaferrata, 20 km südlich von Rom.

1954.

Über die vorbildliche Bewahrung der Kunstschätze des Klosters Monte Cassino in Italien 1944 durch eigenmächtig handelnde deutsche Soldaten vor den alliierten Terrorangriffen wurde anderenorts schon berichtet.¹ Von einer spektakulären Einzelaktion zur Rettung eines italienischen Klosters berichtete der damit befaßte frühere Kriegsberichterstatter Dr. Altmeyer.² Bei diesem Fall zeigten sich wieder die Barbarei der angeblich die Kultur bringenden Alliierten und der Einsatz der Deutschen für eine bedeutende Kultur- und Kunststätte.

Im März 1944 bombardierten die Alliierten in Italien ein Gebiet, in dem das altehrwürdige Kloster Grottaferrata zwischen Rom und Aprilia lag. Ein Mönch kam danach in die Leitstelle des Stabes einer deutschen Fallschirmjägerdivision und zeigte an, daß in dem Kloster zwischen unersetzbaren Kunstgegenständen und wertvollsten Dokumenten des Vatikans ein alliierter Blindgänger liege, dessen Zeitzünder hörbar laufe. »Er lag zwischen den Mauern des ehemaligen Renaissance-Kastells, das im XV. Jahrhundert nach einem Entwurf von Bramante ausgebaut wurde. Die Grundmauern der alten Abtei gehörten zum Tusculanum Ciceros, der hier u. a. ›De Oratore, ›De re Publica und besonders ›Quaestio-



nes Tusculanaec geschrieben hat. Die mehrfach vergitterte römische Grabkammer -Crypta ferrata ist Kapelle geworden. Der feierliche byzantinische Stil hat im gedämpften Prunk der Innenausführung die Atmosphäre gewahrt.Die Altarskulpturen sind von BERNINI, die Wandfresken von Dominico. In der Kapelle ist eine

Deutsche entschärften Bombe in italienischem Kloster

Ölmalerei von Caracci zu sehen. Und als eines der wertvollsten Schmuckstücke ein ebenfalls byzantinisches Gnadenbild der wundertätigen Madonna – das unwillkürlich an Ikone eines berühmten Klosters von Kiew erinnert.«

Das Kloster war nach dem Badoglio-Verrat und dem Einmarsch der Deutschen Wehrmacht von Generalfeldmarschall Kesselring mit allem Schutz versehen worden. Noch rechtzeitig hatte der Papst die Kriegführenden aufgefordert, das »heilige Denkmal europäischer Kultur« zu schonen. Das befolgten die Deutschen sofort, die Alliierten dagegen bombten.

Ein junger deutscher Hauptmann, ein Feuerwerker, bot sich freiwillig an, die tückische Bombe zu entschärfen. Das Kloster und die benachbarten Häuser wurden evakuiert. Und es gelang ihm, die gefährliche Aufgabe zu erledigen. Dadurch wurden einmalige Kunstschätze gerettet. Der Erzabt des Klosters dankte den Deutschen mit bewegten Worten und meldete die Tat dem Papst. Pius XII. lud einige Tage später die verantwortlichen Deutschen zu einer Privataudienz ein. Der NS-Führungsoffizier bemerkte zwar, daß aus bestimmten Gründen zu der Zeit keine Besuche deutscher Soldaten beim Papst erwünscht seien. Aber diese Einladung wurde befolgt. Eine Veröffentlichung der Einladung mußte allerdings laut Auswärtigem Amt zu der damaligen Zeit unterbleiben.

Drei Tage später fuhren die mit der Blindgänger-Entschärfung befaßten Wehrmachtangehörigen zum Papst nach Rom, wo sie von Kardinälen freudig begrüßt wurden. »Von vier Kardinal-Unterstaatssekretären begeleitet, betritt der Hl. Vater den Raum – in weißem Hermelin. Wir werden ihm vorgestellt – dienstgradmäßig von rechts bis links. Seine Heiligkeit unterhält sich mit jedem persönlich in bestem Deutsch. . . Väterlich, fast liebevoll, bedankt sich der Papst für die ›hochherzige Tat von Grottaferratac Etwas nachdenklich wird sein Blick, als er an zwei unserer Uniformen das Band der Winterschlacht im Osten entdeckt. ›Gott segne ihr liebes Vaterland und seine tapferen Soldatenc, sagt er, als wir uns zum letzten Mal verneigen.«

Als Altmeyer am 8. Oktober 1950 mit zwei Kameraden wieder nach Grottaferrata fuhr, wurde den Deutschen zu Ehren vom Abt ein großes Fest mit Feuerwerk gegeben, und wieder lud der Papst die früheren deutschen Soldaten am nächsten Tag zur Privataudienz ein, in die sie mangels anderer Bekleidung in kurzen Hosen gehen mußten.

So erwiesen sich die Deutschen auch in einem totalen Krieg als Erhalter alter europäischer Kulturwerke, die die Alliierten mit Bomben belegten.

Rolf Kosiek

Stimmen zur Zerstörung des Volkes

Nach dem letzten Weltkrieg wurde es Mode, vom Volke nicht mehr zu sprechen, nur noch von der Bevölkerunge. Darüber hinaus gab es zahlreiche Stimmen, die sich für die Vernichtung des deutschen Volks, etwa durch Überfremdung, einsetzten, obwohl das Grundgesetz vom deutschen Volk ausgeht und dessen Erhaltung fordert. Meist kamen diese Stimmen aus der Linken, der SPD, aber auch CDU-Politiker stimmten in diesen Ton ein. Gerade hochrangige Politiker, die als Minister geschworen haben, den Nutzen des deutschen Volkes zu mehren und Schaden von ihm abzuwenden, treten für die Zerstörung des Volkes ein, begehen damit Landesverrat. Einige Beispiele seien angeführt, teilweise aus dem *Schlesier*, 25. 2. 1991, übernommen:



Aus dem Kommunistischen Manifest 1848:

»Die Familie der Bourgeois fällt natürlich weg. . . Wie heben die trautesten Verhältnisse auf, indem wir an Stelle der häuslichen Erziehung die gesellschaftliche setzen. . . Die Arbeiter haben kein Vaterland. Der Kommunismus schafft die ewigen Wahrheiten ab, er schafft die Religion ab, die Moral.«

Viktor Adler (1852–1918), Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei Österreichs:



»Sozialdemokraten zerstören den Staat, lösen die Familien auf, beseitigen die Ehe, untergraben den Glauben an Gott. . . das Kaiserreich werde auf dem Schindanger der Geschichte verrecken. . . Wir Sozialdemokraten arbeiten an der Zerstörung der Nationalcharaktere. . . Wir wollen aus dem Deutschen etwas Undeutsches machen. . . Wenn jeder Verrat verächtlich ist, so ist es nur der Hochverrat nicht.«

Earnest Albert HOOTON, in: *PM-Magazin* (USA) am 4. Januar 1943: »Während der Besatzungszeit muß die Einwanderung und Ansiedlung von Ausländern, insbesondere von ausländischen Männern, in den deutschen Staaten gefördert werden.«



Renate SCHMIDT, Mitglied im SPD-Parteivorstand, am 14. März 1987 im Bayerischen Rundfunk zu der Frage: Sterben die Deutschen aus?:

»Die Frage, die Sie hier stellen, das ist für mich eine, die ich an allerletzter Stelle stelle, weil dieses ist mir, also so wie sie hier gestellt wird, verhältnismäßig wurscht.«

Von oben: Viktor Adler, Earnest Albert Hooton, Renate Schmidt.

Stimmen zur Zerstörung des Volkes

Oskar LAFONTAINE, stellvertretender SPD-Vorsitzender, am 24. Oktober 1988:

»Ich habe gewisse Probleme damit, Deutschstämmige in der 4. oder 5. Generation (als Rußlanddeutsche, R. K.) hier vorrangig aufzunehmen vor einem Farbigen, dessen Leben existentiell bedroht ist. . . Hier kann nicht nach nationalen Kategorien diskutiert werden.«

Albrecht MÜLLER, SPD-Planungschef unter Bundeskanzler SCHMIDT, in Geo, Nr. 12, 1980, auf die Frage, ob es ihn gleichgültig ließe, wenn hier in 100 Jahren lauter Mustafas, Mohammeds und Ali Babas herumliefen: »Wenn die Entwicklung dahin friedlich verliefe, kann ich persönlich nichts Schlimmes daran finden.«

Die Psychologin Prof. Dr. Margarete MITSCHERLICH am 15. 12. 1986 im ZDF:

»Daß die Deutschen aussterben, so wie sie bisher waren, könne man eigentlich nicht bedauern. Ihren Platz in der Mitte Europas könnten gut deutsch sprechende Gastarbeiter ausfüllen, die dann auch ihren ganzen kulturellen Reichtum hier einbringen würden.«

Der CDU-Ministerpräsident Dr. Bernhard Vogel am 30. 3. 1984: »Die Probleme der nächsten Jahrzehnte können wir sicher nicht damit lösen, daß wir in Europa ein künstliches Reservat für das deutsche Volk errichten.«

Der CDU-Generalsekretär Heiner GEISSLER in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung, 2. 11. 1988:

»Ich kann nicht einsehen, warum Ausländer, die in der BRD wohnen, arbeiten und sich integrieren wollen – Portugiesen, Griechen oder Menschen aus anderen Kulturen –, eine Gefahr für uns bedeuten sollen. . . Für ein Land in der Mitte Europas ist die Vision einer multikulturellen Gesellschaft eine große Chance. Deshalb müssen wir das Land offen halten für Ausländer und für Aussiedler.«

Der Freiburger CDU-Politologe Prof. Dr. Dieter Oberndörfer, zitiert in: National-Zeitung, 20. 12. 1991:

»Für eine Einwanderung von weiteren 15 Millionen Ausländern in die Bundesrepublik sprach sich der Professor Dieter Oberndörfer aus. Im Rahmen eines Vortrags im Gemeindesaal der Christusgemeinde plädierte er für ihre Eingliederung im Sinne der Würde des Menschen.«

Rolf Kosiek









Von oben: Oskar La-FONTAINE, Margarete MITSCHERLICH, Heiner GEISSLER, Dieter OBERNDÖRFER.

Weitere brisanten Aussagen zum Thema Zerstörung des Volkes und Überfremdung durch Zuwanderung. »Unsere Möglichkeiten, Ausländer aufzunehmen, sind erschöpft... Übersteigt der Ausländeranteil die Zehn-Prozent-Marke, dann wird jedes Volk rebellisch.«

Ausländerbeauftragter Heinz Kühn (SPD) laut der Zeitschrift Quick vom 15. Januar 1981

»Dann droht Europa eine Zuwanderungsflut von ungeahntem Ausmaß.«

Ewa Klamt (CDU), Europaabgeordnete, am 13. Juli 2000 in einer Erklärung zum EU-Richtlinienentwurf zur Familienzusammenführung

»Die Rückkehr der Ausländer in ihre Heimat darf nicht die Ausnahme, sondern muß die Regel sein. Es ist nicht unmoralisch, zu fordern, daß der uns verbliebene Rest Deutschlands in erster Linie den Deutschen vorbehalten bleibt.«

Alfred Dregger (CDU) auf einer Ausländer-Tagung seiner Partei in Bonn am 21. Oktober 1982

»Mir kommt kein Türke mehr über die Grenze.«

Bundeskanzler Helmut Schmidt (SPD) in Die Zeit vom 5. Februar 1982

»Es ist aber notwendig geworden, daß wir sehr sorgsam überlegen, wo die Aufnahmefähigkeit unserer Gesellschaft erschöpft ist und wo soziale Vernunft und Verantwortung Halt gebieten.«

Bundeskanzler Willy Brandt (SPD) in seiner Regierungserklärung vom 18. Januar 1973

»Man kann aus Deutschland mit immerhin einer tausendjährigen Geschichte seit Otto I. nicht nachträgliche ein Schmelztiegel machen. Weder aus Frankreich, noch aus England, noch aus Deutschland dürfen Sie Einwanderungsländer machen. Das ertragen diese Gesellschaften nicht. . . . Aus Deutschland ein Einwandererland zu machen, ist absurd. . . «

Altbundeskanzler Helmut SCHMIDT (SPD) in der Frankfurter Rundschau vom 12. September 1992

»Die Grenze der Belastbarkeit ist überschritten. Die Situation hat sich dramatisch zugespitzt. Wenn jetzt nicht gehandelt wird, stehen wir vor der Gefahr einer tiefgreifenden Vertrauenskrise gegenüber unserem demokratischen Staat, ja – ich sage es mit Bedacht –, eines Staatsnotstandes. Die Menschen erwarten von uns schnelle Lösungen, und zwar Lösungen, die greifen, die dem Mißbrauch des Asylrechts wirksam einen Riegel vorschieben.«

Bundeskanzler Helmut Kohl (CDU), Parteivorsitzender, am 26. Oktober 1992 in einer Rede vor dem CDU-Parteitag

Zitate von Brecht und Luxemburg

Nicht selten werden tote Dichter gern zur Rechtfertigung der eigenen Ziele und Vorstellungen eingesetzt – und mißbraucht. Im folgenden wird aufgezeigt, wie zwei Zitate manipulativ entstellt und zu Parolen benutzt wurden, wie Mythen entstehen und verbreitet werden.¹

Das erste Zitat: »Stell dir vor, es ist Krieg, und keiner geht hin«, wird meistens fälschlicherweise Bertolt Brecht zugeordnet. In Brechts Originaltext »Wer zu Hause bleibt« heißt es: »Wer zu Hause bleibt, wenn der Kampf beginnt / Und läßt andere kämpfen für seine Sache / Der muß sich vorsehen; denn / Wer den Kampf nicht geteilt hat / Der wird teilen die Niederlage. / Nicht einmal den Kampf vermeidet / Wer den Kampf vermeiden will; denn / Er wird kämpfen für die Sache des Feinds / Wer für seine eigene Sache nicht gekämpft hat.«²

Demnach steht eindeutig fest, daß das dem Gedicht vorangestellte Friedensmotto nicht von Bert Brecht stammt, sondern posthum angeheftet wurde. Selbst die Antwort: ». . . dann kommt der Krieg zu euch« stammt ebenso wenig vom revolutionären Dichter Brecht, wie Christoph Drösser nachgewiesen hat.² Es wurde vor eine Passage der »Koloman Wallisch-Kantate« nachträglich »montiert«, die Brecht dem 1934 bei den Arbeiteraufständen ums Leben gekommenen österreichischen Revolutionär Koloman Wallisch widmete. Erst ab der Zeile »Wer zu Hause bleibt. . .« handelt es sich also um ein Brecht-Zitat, das sich nicht auf Krieg bezieht, sondern auf Kampf – in Brechts Textstelle ist siebenmal vom Kämpfen die Rede –, auf den Arbeitskampf für bessere Arbeitsbedingungen und allgemein auf den Kampf für eine gerechte Sache und gegen das Unrecht, der nicht unbedingt kriegerische Mittel und Gewalt erfordert.

Es wird inzwischen angenommen, daß das Friedensmotto »Stell dir vor, es ist Krieg. . .« auf ein 1936 veröffentlichtes episches Gedicht des US-amerikanischen Schriftstellers Carl Sandburg (1878–1967) zurückgehe: *The People, Yes.* Darin stellt ein kleines Mädchen beim Vorbeiziehen einer Truppenparade die Überlegung an: »Sometime they'll give a war and nobody will come« (Zu Deutsch: »Einmal werden sie einen Krieg geben, und keiner wird kommen«).

Und selbst da ist man über die Herkunft nicht so ganz sicher. Julius



Bertolt BRECHT.

¹ Siehe u. a. Josef Nyary, »Vom Umgang mit Roten und Rothäuten«, in: Welt am Sonntag, 15. 2. 1998.

² Bert Brecht, »Wer zu Hause bliebt, wenn der Kampf beginnt«, in: Gesammelte Werke, Werkausgabe, Edition Suhrkamp, Frankfurt/M. 1967, Bd. 9, S. 503.

Zitate von Brecht und Luxemburg

Henry Marx (1895–1977) – der ›Groucho‹ von den legendären ›Marx Brothers‹ – erwähnt in seiner Autobiographie *Groucho and Me*, daß Sandburg ein eifriger Sammler von Zitaten und Anekdoten gewesen sei und den Ausspruch »Stell dir vor, es ist Krieg. . .« von dem US-amerikanischen Schriftsteller Thornton Wilder (1897–1975) übernommen habe.

Wie dem auch sei, die Bert Brecht zugeschriebene pazifistische Parole wurde im Zusammenhang mit der Friedensbewegung Ende der siebziger, Anfang der achtziger Jahre bekannt, als die radikalen Pazifisten wegen des NATO-Doppelbeschlusses auf die Straße gingen und gegen die Nachrüstung protestierten. Irgend jemand wird damals das Motto erfunden und Brecht zugeschrieben haben.

Es ist ohnehin schwer vorstellbar, daß Brecht die Ansicht vertreten habe, man brauchte nur zu Hause zu bleiben, um dem Krieg zu entgehen. Jedenfalls wurde durch das vorangestellte Motto die Aussage der Brecht-Textstelle ins Gegenteil verkehrt. Dieses Beispiel zeigt, daß jedes Zitat zurück in den Zusammenhang gestellt werden muß.



Rosa Luxemburg.

Das zweite berühmte Zitat stammt von Rosa LUXEMBURG. In ihrer Schrift über die russische Revolution,³ die sie 1918 im Gefängnis verfaßte, schreibt sie: »Freiheit nur für die Anhänger der Regierung, nur für Mitglieder einer Partei – mögen sie noch so zahlreich sein – ist keine Freiheit. Freiheit ist immer Freiheit des Andersdenkenden.«

Man könnte aufgrund dieser Aussage meinen – und das wollen ihre Freundes, vornehmlich sogenannte linke Liberale, uns heute gern glauben machen –, daß Rosa Luxemburg einen toleranten Sozialismus vertreten habe und für Individualrechte eingetreten sei. In Wirklichkeit lag der Revolutionärin und Propagandistin der sozialistischen Revolution in Deutschland nichts ferner als das.

Unter »Andersdenkende« meinte sie in erster Linie die anders denkende Kommunisten, die Abweichler von der kommunistischen Linie, die im engen Rahmen einer »kommunistischen Demokratie« wieder auf den »rechten Weg kommunistischer Denkart« geführt werden sollten. Die übrigen Andersdenkenden, also die anders denkenden Liberalen und Nationale sind in Luxemburgs Augen von dieser Freiheit ausgenommen,

³ F. Weil, Rosa Luxemburg über die russische Revolution. Einige unveröffentlichte Manuskripte, in: Archiv für die Geschichte des Sozialismus und der Arbeiterberwegung, 13, 1928, S. 285–298. Nähere Angaben zum Luxemburg-Zitat gibt Arnulf Baring in einer Besprechung des Buches Honeckers Erben – Die Wahrheit über Die Linke von Hubertus Knabe. Sie habe den berühmten Satz »Freiheit ist immer die Freiheit der Andersdenkenden« zu Lebzeiten nicht veröffentlicht, sondern erst drei Jahre nach ihrem Tod. Die Aussage stamme eigentlich aus einem 1917 (oder 1918) abgefaßten Aufsatz, in dem sie die Notwendigkeit einer Diktatur hervorhob.

Zitate von Brecht und Luxemburg

wie demselben Aufsatz zu entnehmen ist: »Der Sozialismus... hat... zur Voraussetzung eine Reihe von Gewaltmaßnahmen – gegen Eigentum... Wer sich dem Sturmwagen der sozialistischen Revolution entgegenstellt, wird mit zertrümmerten Gliedern am Boden liegenbleiben.«

In einer Buchbesprechung zeigt Arnulf BARING³, daß Rosa LUXEMBURG stets eine unbeugsame Kommunistin blieb und den Einsatz von Gewalt zur Durchsetzung politischer Ziele rechtfertigte. Wenn das Proletariat die Macht ergreife, schrieb sie im Blick auf den bolschewistischen Putsch, müsse es »sozialistische Maßnahmen in energischster, unnachgiebigster, rücksichtslosester Weise in Angriff nehmen, also Diktatur ausüben«.

Mit anderen Worten: Die Kommunistin trat für die Diktatur einer Klasse, und zwar des gesamten Proletariats, ein, und nicht für die einer Partei oder einer kleinen Clique von Berufsrevolutionären. Daß sie allen Menschen dieselben Freiheitsrechte einzuräumen bereit gewesen sei, gehört dem Bereich der Phantasie an.

Michael Klotz

Faschismus – ein kommunistischer Propagandabegriff

In der Medienöffentlichkeit hat sich allmählich der Begriff ›Faschismusch als Sammelbezeichnung für alle rechten oder nationalen Haltungen eingebürgert. Er soll heute eine anti-demokratische, rassistische, anti-freiheitliche, totalitäre und/oder diktatorische Regierungsform bezeichnen. Das war nicht immer so. Das Wort hat eine folgenschwere Bedeutungsveränderung erfahren. Es kann als Paradebeispiel für eine zu offensichtlich politisch-strategischen Zwecken vorgenommene Veränderung der Bedeutung eines Begriffes dienen, eine Methode, wie sie auch für die Vertreter der ›Kritischen Theoriec der ›Frankfurter Schulec bezeichnend ist.

Man teilt heute oft in unzutreffender Weise und mit an sich unzulässiger Verengung die politischen Vorstellungen in faschistische und antifaschistische ein. Der Faschismus ist vom Zeitgeist zu einem Totschlagbegriff gemacht worden: Der mit ihm Bezeichnete soll ausgegrenzt und als unmoralischer Mensch gekennzeichnet werden. Im Laufe der Zeit haben sich auch die bürgerlichen Parteien wie CDU/CSU und FDP als antifaschistische Bewegungen einvernehmen und vom Kommunismus als Antifaschisten vorführen lassen. Insbesondere bei den sogenannten Intellektuellen, den vielen Salonbolschewisten der Zwischenkriegszeit, hatte die Antifa-These großen Anklang gefunden.

Der Gebrauch für die politische Propaganda des Begriffs des Faschismus«, der ursprünglich aus Italien stammt und Mussolinis Bewegung beschrieb, geht auf den Stalinschen Bolschewismus zurück. In den Anfängen der kommunistischen Herrschaft in Rußland ab 1917 wollten sich die Bolschewisten von den Sozialdemokraten, die nach ihrer Ansicht »Arbeiterverräter« waren und in Konkurrenz zu ihnen standen, als den weniger radikalen Sozialisten unterscheiden. Stalin förderte als Generalsekretär der Bolschewiki ab 1924 den Begriff als Kampf- und Agitationsschlagwort gegen die Sozialdemokraten, die er als »Sozialfaschisten« bekämpfte. Diese seien »unter der Maske des Sozialismus sogar gefährlicher als der offene »Faschismus« der Nationalen«.¹

Der Politologe Klaus Hornung schrieb über die einzelnen Schritte dieser Erweiterung des Begriffs: »Bald wurden weitere ›Faschismus‹Varianten hinzugefügt, wie ›Militärfaschismus‹ (für die Japaner seit 1931), ›Klerikalfaschismus‹ (etwa für das Franco-Regime in Spanien), ›Brüning-Faschismus‹ (bezogen auf den deutschen Reichskanzler Heinrich Brüning 1930–1932). Später kamen etwa ›Adenauer-Faschismus‹ hinzu oder die ›faschistische Tito-Clique‹, als der jugoslawische



Das Idealbild des Squadristen (>Schwarzhemda = Mitglied der faschistischen Kampfbünde in Italien): Schwarzhemd und Manganello (Stock).

¹ Klaus HORNUNG, »»Antifaschismus« – Stalins Erfolgsgeschichte«, in *Kameraden*, Nr. 4, 1998, S. 2.

Faschismus - ein kommunistischer Propagandabegriff

Kommunistenführer Josip Tito sich 1948 gegen Stalins Machtanspruch stellte.«

Zusammenfassend urteilte der Politologe: »Schon hier war klar zu erkennen, daß der kommunistische Faschismus-Begriff nichts mit einer anspruchsvollen geschichts- und sozialwissenschaftlichen Theorie zur Erklärung der Epoche zu tun hat, sondern daß es sich hier um eine Propaganda- und Kampfvokabel zur Diffamierung aller Gegner der Kommunisten und ihres monopolistischen Machtanspruchs handelt.«¹ Wer nicht Kommunist oder gegen den Kommunismus war, war ein »Faschist«.

Mit der Übernahme des aus Italien stammenden Begriffs des Faschismus wollte Stalin auch vermeiden, den Nationalsozialismus mit dessen ganzem und werbewirksamem Namen zu nennen. Genauso sollte der Begriff ›Nazi‹ statt des ›Nationalsozialisten‹ für dessen Anhänger diffamierend wirken. Und viele, auch bürgerliche Gegner des Nationalsozialismus, fielen auf diesen Begriffsbetrug herein. Heute bedienen sich sogar angesehene Zeitungen wie die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* des Stalinschen Propagandawortes ›Nazi‹.

Stalin (1931) – nach der Erringung der Alleinherrschaft unter seinen Mitkämpfern.

In den dreißiger Jahren verstärkte Moskau seine Propagandastrategie schwerpunktmäßig mit dem Schlagwort des Faschismuse, und STALIN versuchte. mit einer »antifaschistischen Volksfront – jetzt unter Einbezug der Sozialdemokraten - gegen Faschismus und Krieg« Einfluß in Mittelund Westeuropa zu gewinnen. Viele Sozialisten gingen nach Moskau, wo sie meist zu spät das wahre Gesicht des Bolschewismus erkann-



ten und in den Jahren der Stalinschen Säuberungen zum großen Teil liquidiert wurden.

Nach 1941 verbreitete der Herrscher im Kreml den Begriff vom großen antifaschistischen – oder vaterländischen – Kampfe der Sowjetunion, in dem die Westmächte dann Verbündete waren. Diese Gemeinsamkeit der Alliierten wurde nach Ende des Zweiten Weltkriegs benutzt, um die naiven Westmächte und deren Angehörige vor den Wagen der KPdSU zu spannen. Mit geschickter Desinformation und die historische Wahrheit verschweigenden Täuschungen wurden in der Bundesrepublik zu-

Faschismus - ein kommunistischer Propagandabegriff

sammen mit aus den USA zurückkehrenden Marxisten wie HORKHEIMER oder Adorno viele Intellektuelle – vor allem Studenten an den Hochschulen – gewonnen, so daß der Neomarxismus eine Wiedergeburt in Mittel- und Westeuropa erlebte. Über die Umerziehung der Deutschen wurde von den politisch unerfahrenen Westmächten der Marxismus in Westdeutschland wieder eingeführt. Erst der beginnende Kalte Krieg setzte dieser Entwicklung gewisse Grenzen.²

Die junge Bundesrepublik Deutschland wurde vom Osten als »faschistischer« Staat verunglimpft, führende Persönlichkeiten sahen sich vom Osten angegriffen und mit unzutreffenden, aber wirksamen Vorwürfen überschüttet, wie Bundespräsident Heinrich Lübke oder Bundesminister Theodor Oberländer. Die NATO wurde als eine »faschistische« Organisation eingestuft. Später kam mit der neuen dankbaren Spielwiese der Antifa, dem »Kampf gegen Rechts«, eine weitere Möglichkeit für die Antifaschisten heraus, bis weit in das bürgerliche Lager zu wirken, und sie bediente sich dessen eifrig und erfolgreich. Die Gründung der Partei der Grünen wurde erheblich von der Antifa gesteuert, die ihre Vertreter wie Trittin, Ströbele oder Fischer in die Vorstände lancieren konnte.

HORNUNG urteilt zu Recht: »Die Faschismus-Antifaschismus-Strategie wurde zu einem für die Kommunisten idealen Mittel der Desinformation und Unterwanderung, dem der Westen vielfach naiv und hilflos gegenüberstand.«³ Bei den Anti-rechts-Demonstrationen um die letzte Jahrhundertwende ließen sich CDU, CSU und FDP unwürdig und beschämend vorführen und für die Bestrebungen der Antifa einspannen. Die Evangelische Kirche in Deutschland erwies sich als weithin von Kommunisten unterwandert, und ihre Pastoren predigten vielfach im Sinne der Antifa. Der von Bundeskanzler Gerhard SCHRÖDER verkündete »Aufstand der Anständigen« gehört auch in diesen Bereich.

Es ist paradox, aber dennoch Wirklichkeit, daß nach dem offensichtlichen Scheitern des real existierenden Sozialismus im Ostblock die Antifa noch solche Wirksamkeit und so großen Einfluß entfalten konnte. Das bürgerliche Lager hat sich ganz von der Antifa bei dem Kampf gegen Rechts einspannen lassen.

Rolf Kosiek

Heutzutage werden dann ja auch konservative Standpunkte gern von links angegriffen und als aschistische diskreditiert. Die abgebildete und weitverbreitete (sogar auf T-Shirts und Hemden) linksextreme Phrase zielt darauf ab, eine Gewaltbereitschaft gegenüber Andersdenkenden zu rechtfertigen.



² Klaus HORNUNG, Das totalitäre Zeitalter Bilanz des 20. Jahrhunderts, 1993; Ernst NOLTE, Der Faschismus in seiner Epoche, München 1963; ders., Marxismus, Faschismus, Kalter Krieg, Deutsche Verlags-Anstalt, Stuttgart 1977.

³ HORNUNG, aaO. (Anm. 1), S. 3.

Der sowjetische Diktator STALIN und – bis Anfang 1955 – seine Nachfolger legten ihrer Deutschlandpolitik das Protokoll der Potsdamer Konferenz zugrunde, nach welchem ein Friedensvertrag mit einer künftigen Regierung des fortbestehenden Deutschen Reiches geschlossen werden sollte. In der Rivalität des Kalten Krieges lag eine staatliche Einheit Deutschlands – unter je nach aktueller Sachlage variierenden Bedingungen – im macht- und sicherheitspolitischen Interesse der Sowjetunion. Deutschland als Ganzes sollte, so weit irgend möglich, in Moskaus Machtoder Einflußbereich einbezogen, zumindest aber als neutraler nationaler Einheitsstaat reorganisiert werden, um zumindest zu verhindern, daß sich der US-geführte Machtblock Westdeutschland einverleibte. Im Rahmen dieses deutschlandpolitischen Grundkonzeptes ist auch die Note STALINS vom 10. März 1952 zu sehen, und als Teil dieser Politik ist sie zu deuten. Dennoch hält sich auch heute noch das von der Regierung ADE-NAUER in die Welt gesetzte – und gar von einigen professionellen Historikern gepflegte - Klischee, diese Note sei nicht mehr als ein nicht ernst gemeintes propagandistisches Störmanöver gewesen.¹ Auf diese Sicht kann freilich nur verfallen, wer die Note aus ihren im Folgenden darzulegenden historischen Zusammenhängen reißt und sie als isolierte diplomatische Machenschaft des Sowjetdiktators hinstellt.

Die einander ausschließenden deutschlandpolitischen Maximalziele der Blockführungsmächte USA und UdSSR, deren Rivalität sich jeweils in den staatlichen Bastionen BRD und DDR auf deutschem Boden institutionalisiert hatte, blieben für lange Zeit jeweils agesamtdeutsche, und bis weit in die 1950er Jahre erschien die Frage offen, ob sich ader Westene oder ader Ostene hier durchsetzen oder ob es bei der Dreiteilung des gesamtdeutschen Staatsgebietes in West- und Mitteldeutschland sowie das abgetrennte Ostdeutschland bleiben werde.

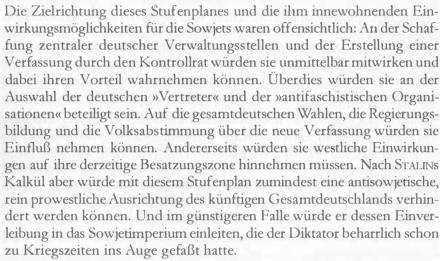
Auf der Außenministerkonferenz der Vier Mächte in Paris im Juni/ Juli 1946 forderte der sowjetische Außenminister MOLOTOW die »Demokratisierung« Gesamtdeutschlands nach dem Vorbild der sowjetisch besetzten Zone. US-Außenminister Byrnes und sein britischer Kollege Aneurin Bevin lehnten diesen in seiner besitzergreifenden Zielrichtung durchsichtigen Vorschlag Moskaus ab.

Auf der Außenministerkonferenz in Moskau im März und April 1947 legte Molotow die sowjetischen Vorstellungen über eine gemeinsame

¹ Siehe dazu: Rolf Kosiek u. Olaf Rose (Hg.), Der Große Wendig – Richtigstellungen zur Zeitgeschichte, Bd. 2, Grabert, Tübingen ⁵2012, S. 635, 638 f., 644 u. 662; Bd. 4, Tübingen ²2012, S. 694, 754 u. 762.

Deutschlandpolitik der Vier Mächte dar, nach denen der – nach Abtrennung seiner Ostgebiete verbleibende – deutsche Rumpfstaat in einem Stufenplan nationalstaatlich reorganisiert werden sollte. Dieser sah folgende – der Reihenfolge nach festliegende – Schritte vor:

- 1. Einrichtung zentraler deutscher Verwaltungsstellen, wie sie bereits von der Potsdamer Konferenz in Aussicht genommen worden waren,
- 2. Erarbeitung und Verkündung einer provisorischen gesamtdeutschen Verfassung durch den Alliierten Kontrollrat, wobei deutsche Vertreter und »antifaschistische« Organisationen mitwirken sollten,
 - 3. gesamtdeutsche Wahlen,
 - 4. Bildung einer provisorischen deutschen Regierung,
 - 5. Annahme der Verfassung durch das deutsche Volk.



Die Amerikaner setzten dem Stufenplan, der sich erkennbar gegen ihre imperialen Interessen in Deutschland richtete, eine für die Sowjets unannehmbare Forderung entgegen: Bei der Reorganisation Deutschlands sollten vorab freie Wahlen abgehalten werden. Daß dies den deutschen Gesamtstaat eindeutig an die Seite des >Westens« führen und für die Sowjets auf den Verlust des von der Roten Armee besetzten Mitteldeutschlands hinauslaufen würde, stand zweifelsfrei fest. So wie der Stufenplan Moskaus dessen Griff nach Westdeutschland einschloß, so lief die amerikanische Forderung nach zuvörderst abzuhaltenden freien Wahlen auf eine Verdrängung der Sowjets aus der Ostzone hinaus. Hier stießen die Imperialismen der beiden Blockführungsmächte mit einander ausschließenden Positionen aufeinander. Eine gesamtstaatliche Lösung der deutschen Frage war damit in weite Ferne gerückt.

Am 8. April 1949 schlossen die Westmächte ihre Besatzungszonen







Die Außenminister der ›Großen Dreik auf der Potsdamer Konferenz – von oben: Watchjeslaw MOLOTOW, BEVIN und James F. BYRNES.

zur i Trizone« zusammen, einer Vorstufe zur westdeutschen Staatsgründung. Eine Konferenz der Sowjetunion und ihrer Satellitenstaaten Albanien, Bulgarien, Jugoslawien, Polen, Rumänien, Tschechoslowakei und Ungarn in Warschau artikulierte Stalins deutschlandpolitische Vorstellungen, indem sie die Versuche der Westmächte zur »Spaltung Deutschlands« und die Gefährdung der »Oder-Neiße-Friedensgrenze« kritisierte und die Errichtung einer gesamtdeutschen demokratischen Regierung sowie einen Friedensvertrag mit Gesamtdeutschland gemäß den Potsdamer Vereinbarungen forderte, die der Westen verletze.

Die von den US-amerikanischen Besatzern betriebene Einrichtung eines deutschen Weststaates beantworteten die Sowjets mit einem Gegenmodell auf ihrer Seite der Demarkationslinie: Am 7. Oktober 1949 setz-

te die ostzonale Deutsche Volkskammer eine Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik in Kraft.

Die Bundesrepublik war sogleich nach ihrer Gründung dem amerikanischen Bemühen ausgesetzt, sie umfassend in den Westblock einzubinden und ihre Potentiale der transatlantischen Führungsmacht uneingeschränkt dienstbar zu machen. Westdeutschlands erster Bundes-

And the Submanderstrice

The die Submanderstri

kanzler, Konrad Adenauer, machte sich dieses Bestreben so fremdnützig und nationalvergessen zu eigen, daß die gesamtdeutsche Ausrichtung des Volkswillens und des Grundgesetzes regierungsseitig bald nur noch floskelhaften Ausdruck in tönenden Leerformeln des Kalten Krieges fand.

Die wirtschaftliche Westintegration begann mit dem »Petersberger Abkommen« vom 22. November 1949, das unter anderem den Beitritt der Bundesrepublik zur Internationalen Ruhrbehörde sowie die Drosselung der industriellen Demontage zum Gegenstand hatte, und sie mündete vorerst in die am 21. Juli 1952 in Kraft getretene Montanunion für Kohle und Stahl mit Frankreich, den Beneluxstaaten und Italien, die den deutschen Teilstaat für ein halbes Jahrhundert wirtschaftlich fest in das kontinentale Westeuropa einbinden sollte.

Die militärische Westintegration nahm ihren Anfang mit dem Ausbruch des Korea-Krieges am 25. Juni 1950. Dieser rief – sowohl in den amerikanischen und britischen Stäben als auch in der internationalen

3. Volkskongreß statt. Die Tägliche Rundschau erklärte, der Volkskongreß spreche für alle, auch die im Westen zum Schweigen verurteilten Deutschen, die noch ein Nationalgefühl besitzen. Der Volkskongreß genehmigte die Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik und verlangte einen Friedensvertrag.

Am 3. Mai 1949 fan-

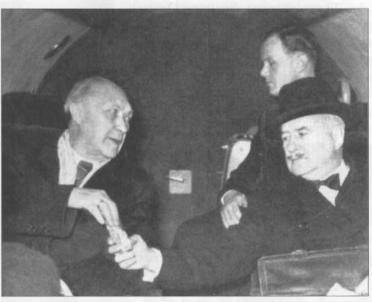
den in der sowjetischen Besatzungszo-

ne die Wahlen zum

westlichen Öffentlichkeit – Überlegungen hervor, den Westblock durch Wiederbelebung der in der Bundesrepublik schlummernden militärischen Potentiale zu stärken. Entsprechendes hatten die Sowjets in ihrem Machtbereich schon im Jahr 1948 in Form der ›Kasernierten Volkspolizei‹ ver-

wirklicht.

Der Bonner Bundeskanzler beherzigte die von den angloamerikanischen Siegern gesetzten Zeichen der Zeit. In einem »Sicherheitsmemorandum« vom 29. August 1950 über die Aufstellung einer westdeutschen Polizeitruppe brachte ADENAUER auch einen regulären Beitrag zum westlichen



Konrad ADENAUER und der französische Hohe Kommissar FRANÇOIS-PONCET auf dem Flug zum Vertragsabschluß der Montanunion am 18. April 1951, die am 21. Juli 1952 in Kraft trat. Der Vertrag wurde als erster Schritt einer europäischen Einigung gewertet.

Militärbündnis zur Sprache. Eine Konferenz der Außenminister der drei Westmächte kam am 19. September 1950 in New York überein, eine europäische Armee unter westdeutscher Beteiligung aufzustellen; das Projekt Europäische Verteidigungsgemeinschafte (EVG)

war geboren. Die Bemühungen, es zu verwirklichen, zogen sich freilich hin. Im Jahre 1954 schließlich scheiterte die EVG an der ablehnenden Haltung Frankreichs. Zu der von der atlantischen Führungsmacht angestrebten Wiederbewaffnung des Weststaates kam es so erst ab 1955 im Rahmen der NATO. Bereits das Communiqué der New Yorker Konferenz vom 19. September 1950 formulierte eine »Politik der Stärke« unter dem Vorzeichen des globalen US-Expansionismus, der auf die Einverleibung der DDR in den Westblock abzielte, also auf die Verdrängung der Sowjetunion aus ihrem mitteldeutschen Beutegebiet.

Der fortschreitenden Verfestigung der atlantischen Position in Westdeutschland setzte STALIN politische Initiativen entgegen, die seine Bereitschaft widerspiegelten, für den Abbruch der militärischen Integration der Bundesrepublik einen hohen geostrategischen Preis zu entrichten. Denn aus sowjetischer Sicht drohte die sich in Mitteleuropa bildende robuste östliche Front des US-amerikanischen Machtblocks nicht nur die weitere Ausdehnung der Sowjetmacht nach Westen auf unabsehbare Zeit zu blockieren. Der aus einer Aufrüstung der Bundesrepublik erwachsende militärische Machtzuwachs des Westblocks erschien überdies

geeignet, die im Kriege gewonnene Herrschaft Moskaus über Mittelund Ostdeutschland und sogar über die Länder des östlichen Mitteleuropa zu gefährden. Die anstehende westdeutsche Wiederbewaffung trieb den angesichts der Erinnerung an die Schlagkraft der deutschen Truppen im Zweiten Weltkrieg besorgten STALIN zu weitestgehender deutschlandpolitischer Kompromißbereitschaft; der damals noch nicht verblaßte Nimbus der Wehrmacht wirkte nach.

Mit einem Schreiben vom 30. November 1950 an Konrad ADENAUER schlug DDR-Ministerpräsident Otto Grotewottl einen »Konstituierenden Rat« vor, der eine gesamtdeutsche Regierungsbildung anbahnen sollte. Das paritätisch aus Vertretern der DDR und der Bundesrepublik zusammengesetzte Gremium war auf die Einheit in einem gesamtdeutschen Staat angelegt, in dem Moskau weitgehende Einwirkungs- und Steuerungsmöglichkeiten besitzen würde. Da diese von den Sowjets im weiteren Verlauf möglicherweise zur Übernahme ganz Deutschlands in den Ostblock würden genutzt werden können, war es Konrad Adenauer ein Leichtes, diesen Vorschlag am 15. Januar 1951 zurückzuweisen und ihm die Forderung nach gesamtdeutschen freien Wahlen zu einer verfassungsgebenden Nationalversammlung als erstem Schritt zur deutschen Einheit entgegenzusetzen. Hierauf würde sich Moskau, so ADENAUERS Kalkül, nicht einlassen können, denn es bestand kein Zweifel, daß freie Wahlen das zu vereinigende Deutschland dem sowjetischen Einfluß gänzlich entziehen würden.

Am 15. September 1951 folgte ein weiterer Anlauf der Berliner Statthalter Moskaus: Die DDR-Volkskammer schlug dem Bonner Bundestag gesamtdeutsche Beratungen von Vertretern Ost- und Westdeutschlands über die Abhaltung gesamtdeutscher Wahlen und über den Abschluß eines Friedensvertrages vor. Auch hier bot schon die dem damaligen Alleinvertretungsanspruch der Bundesrepublik widersprechende Forderung nach Beratungen mit Repräsentanten der DDR dem westdeutschen Bundeskanzler eine wohlfeile Handhabe zur Ablehnung. Am 27. September 1951 unterstrich der Bundestag in Bonn sodann die Forderung nach freien gesamtdeutschen Wahlen, indem er eine entsprechende Wahlordnung verabschiedete.

Der Druck aus Moskau auf Ostberlin in dieser Sache muß beträchtlich gewesen sein, denn mit ihren nächsten Schritten gingen die DDR-Oberen bis an den Rand der Selbstaufgabe: Am 10. Oktober 1951 bezeichnete Otto Grotewohl die westdeutsche Wahlordnung vom 27. September als annehmbar, verlangte für deren Annahme aber – und hier lag der Dreh- und Angelpunkt der Strategie Stalins – den Abbruch der EVG-Verhandlungen zwischen der Bundesregierung und den Westmächten. Als Bonn auf diese Bedingung nicht einging, brachte Otto Grote-



Otto Grotewohl.

WOHL einen Entwurf für ein gesamtdeutsches Wahlgesetz in die DDR-Volkskammer ein, der auf dem Reichswahlgesetz der Weimarer Demokratie fußte.

Zusätzlich aber hob STALIN selbst die deutsche Frage formell auf die Ebene der vier Siegermächte, indem er am 10. März 1952 in einer an die drei Westmächte gerichteten Note den Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland forderte, wie ihn die Sieger bereits im Potsdamer Protokoll in Aussicht genommen hatten. War die Note formell auch nur an die Regierungen der USA, Großbritanniens und Frankreichs adressiert, so richtete sie sich der Sache nach doch ebenso an die westdeutsche Regierung, die – in welcher Form auch immer – an einem Zustandekommen des zur Verhandlung gestellten Friedensvertrages maßgeblich beteiligt sein würde. Denn schon damals war eine grundlegende Entscheidung der Vier Mächte über Gesamtdeutschland an Bonn vorbei oder über es hinweg nicht mehr denkbar.

Im folgenden wird der Wortlaut der wesentlichen Vorschläge, Forderungen und Angebote der Note des Sowjetdiktators wiedergegeben und dann aus dem Blickwinkel der damaligen deutschen Interessenlage beurteilt:

Unter »Politische Leitsätze« hieß es:

»1. Deutschland wird als einheitlicher Staat wiederhergestellt. Damit wird der Spaltung Deutschlands ein Ende gemacht, und das geeinte Deutschland gewinnt die Möglichkeit, sich als unabhängiger, demokratischer, friedliebender Staat zu entwickeln.«

Freilich stellte sich angesichts der totalitären Natur des Sowjetsystems und der Verhältnisse in der ›Deutschen Demokratischen Republik‹ die Frage, was hier unter ›demokratisch‹ zu verstehen sein sollte. Zur Frage freier Wahlen in beiden deutschen Staaten schwieg sich Stalin vorerst noch aus.

2. »Sämtliche Streitkräfte der Besatzungsmächte müssen spätestens ein Jahr nach Inkrafttreten des Friedensvertrages aus Deutschland abgezogen werden. Gleichzeitig werden sämtliche ausländischen Militärstützpunkte auf dem Territorium Deutschlands liquidiert.«

Das war gut für Deutschland, aber auch für die USA eine denkbare Kompromißlösung, denn danach mußte die raumfremde westliche Führungsmacht ihre Truppen nicht über den Atlantik abziehen; vielmehr konnte sie diese außerhalb Deutschlands bei ihren westeuropäischen Freunden stationieren. Stalins Formulierung von der Liquidierung aller fremdem Militärstützpunkte »auf dem Territorium Deutschlands« war überdies von weitreichender Bedeutung auch für den territorialen Bestand Deutschlands in den Grenzen vom 31. 12. 1937. In den Friedensverhandlungen wäre deutscherseits (und von den Westmächten) darauf

hinzuweisen gewesen, daß das Territorium Deutschlands gemäß dem Potsdamer Protokoll auch die Oder-Neiße-Gebiete und Nordostpreußen mit Königsberg umfaßte und gemäß Stalins eigenem Vorschlag auch insoweit militärisch zu räumen war. Stalins starkes geostrategisches Interesse an einer Neutralisierung Gesamtdeutschlands ließ auch einen Kompromiß in der Frage der deutschen Ostgebiete als durchaus möglich erscheinen.

3. »Dem deutschen Volke müssen die demokratischen Rechte gewährleistet sein. . .«

Diesem einleitenden Satz folgte die Aufzählung einiger Bürger-, Grund- und Menschenrechte, die der entsprechenden Schaufensterpropaganda im Text der DDR-Verfassung vom 7. Oktober 1949 gleichkam. War diese Passage aus der Feder des marxistisch-leninistischen Sowjetdiktators auch offensichtlich nicht ernst zu nehmen, so rechtfertigte sie doch keinen Zweifel an der Ernsthaftigkeit des Vereinigungs- und Neutralisierungsangebotes in seinem sachlichen Kern. Bei Friedensverhandlungen wäre es Aufgabe der deutschen Seite gewesen, für die uneingeschränkte Geltung der Werte- und Rechtsordnung des deutschen Grundgesetzes im neutralen Gesamtstaat Sorge zu tragen. Daß Stalin die ihm absolut vordringliche militärische Neutralisierung Deutschlands an diesem Punkt würde scheitern lassen, war nicht zu vermuten. Auch das unter sowjetischer Ägide neutralisierte Finnland war im Innern ein demokratischer Rechtsstaat. Das Argument der Ära ADENAUER, das kleine Finnland sei in diesem Punkt mit Deutschland nicht zu vergleichen, erhielt sein Gewicht nur durch ständige Wiederholung.

4. »In Deutschland muß den demokratischen Parteien ... freie Betäti-

gung gewährleistet sein. . .«

Auch die westdeutsche KPD und die mitteldeutsche SED waren demokratische Parteien in Stalins Sinne, deren freie Betätigung im künftigen Deutschland er gewährleistet sehen wollte. Das war hinnehmbar, denn angesichts der schlimmen historischen Erfahrungen mit den beiden Totalitarismen des Jahrhunderts erschien es – rechtsstaatlich-freiheitliche innere Verhältnisse in Deutschland vorausgesetzt – nicht notwendig, den Kommunismus mittels Verboten zu bekämpfen. An der diese menschenverachtende Ideologie durchweg entschieden ablehnenden Haltung der Deutschen konnte es keinen Zweifel geben.

5. »Auf dem Territorium Deutschlands dürfen Organisationen, die der Demokratie und der Sache der Erhaltung des Friedens feindlich sind,

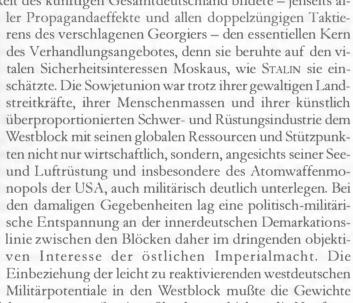
nicht bestehen.«

Der Nationalsozialismus war in ganz Deutschland bereits bei Kriegsende endgültig zerfallen. Welche der tatsächlich vorhandenen bürgerlichen, liberalen, konservativen oder sozialdemokratischen Kräfte der De-

mokrate Stalin hier vermutlich als Feindbilder im Blick hatte, mag dahinstehen. Jedenfalls sollte der gesamtdeutsche Staat nach diesem gänzlich unannehmbaren Leitsatz innenpolitisch der letztlich uneingeschränkten Kontrolle der Vier Mächte unterworfen sein. Allerdings ist kaum anzunehmen, daß Stalin dieser irrealen, unannehmbaren Zumutung entscheidendes Gewicht beimaß.

7. »Deutschland verpflichtet sich, keinerlei Koalitionen oder Militärbündnisse einzugehen, die sich gegen irgendeinen Staat richten, der mit seinen Streitkräften am Krieg gegen Deutschland teilgenommen hat.«

Diese Forderung nach politischer und militärischer Neutralität und Bündnislosigkeit des künftigen Gesamtdeutschland bildete – jenseits al-



weiter gefährlich zuungunsten Sowjetrußlands verschieben, die Konfrontation und den militärischen Druck unmittelbar an der Grenze der Blökke weiter verschärfen.

Eben dieses Problem gedachte STALIN durch einen Tauschhandel mit dem Westen zu lösen. Gab die Sowjetunion die DDR und im Gegenzug der Westblock die Bundesrepublik frei, so würde letzterer auf den größeren, Moskau aber auf den kleineren Teil der ursprünglich gemeinsamen Kriegsbeute Deutschland verzichten. Denn an territorialer Ausdehnung, Bevölkerungszahl, Wirtschaftskraft und militärischem Potential stand die DDR weit hinter der Bundesrepublik zurück. Ein wahrhaft ogutes Geschäfte also war das für STALIN, zumal ein neutralisiertes Gesamtdeutschland eine Pufferzone zwischen den Blöcken bilden und Entspannung in einer Zone der Konfrontation bedeuten würde, in der er die Sicherheit der Sowjetunion als gefährdet ansah.



Das in der STALIN-Note enthaltene Angebot (Verhandlungen über die Wiedervereinigung und Neutralisierung Deutschlands) sowie weitere Deutschland-Initiativen von sowjetischer Seite bis 1955 lehnte Ade-NAUER als Störmanöver unverzüglich und kategorisch ab.



Die Neutralisierung Gesamtdeutschlands war aus seiner Sicht auch keineswegs gleichbedeutend mit einem Verzicht auf die weitere Westexpansion der Sowjetmacht in Europa. Denn der bolschewistische Führer, der fest an die unwiderstehliche Wirkungskraft seiner Ideologie glaubte, sah ein neutrales, nicht an den Westen gebundenes vereinigtes Deutschland als fruchtbares Betätigungsfeld für die von Moskau bereits seit Kriegsende in der SBZ/DDR errichteten politischen Strukturen und Organisationen an. Ohnehin würde, so war er überzeugt, die derzeit noch nicht ganz überwundene Unterlegenheit des Sowjetblockes aufgrund der vom wissenschaftlichen Marxismus erkannten historischen Gesetzmäßigkeiten nur vorübergehender Natur sein. Es galt nur, klug zu taktieren. Kontrovers haben viele Zeitgeschichtler zu den Motiven und Absichten STA-LINS Stellung genommen. Als besonders kompetenter Kenner der sowjetischen Politik hat sich hierzu das Mitglied der Moskauer Akademie der Wissenschaften Wjatscheslaw Daschitschew geäußert, der keinen Zweifel an der Ernsthaftigkeit der Vorschläge hegt.²

Aus deutscher Perspektive war ein neutraler, bündnis- und blockfreier Status der geeinten Nation die erstrebenswerteste Position in der Staatenwelt. Insoweit deckten sich die wohlverstandenen deutschen Interessen mit den sowjetischen. Jegliche Vereinnahmung durch eine der beiden Kolossalmächte in deren Wettstreit um die Weltherrschaft, zu dessen Optionen auch ein weiterer Weltkrieg zählte, widersprach eindeutig den deutschen Lebensinteressen. Als Zone der Entspannung würde ein neutrales Gesamtdeutschland die Gefahr eines Krieges zwischen den Blökken verringern. Käme es dennoch zum Krieg, so würde es gute Chancen haben, jedenfalls nicht zum Schlachtfeld der fremden Mächte zu werden. Daß die friedensvertraglich festgelegte Bündnislosigkeit rechtsver-

Das westliche Lager nahm STALINS Vorstoß nicht ernst. Das drückte sich in vielen Karikaturen aus. Links: Karikatur von Low im Londoner Daily Herald: »Hinter Ihnen geht einer, dreh'n Sie sich nicht um.« Im Bild rechts von Bundeskanzler Konrad Adenauer (in der Mitte mit dem Rücken zum Fenster) sitzt der französische Außenminister Robert SCHUMAN, links der britische Außenminister Sir Anthony EDEN, ADENAUER gegenüber der amerikanische Außenminister Dean



² Wjatscheslaw Daschitschew, Moskaus Griff nach der Weltmacht – Die bitteren Früchte hegemonialer Politik, E. S. Mittler & Sohn, Hamburg– Berlin–Bonn 2002, S. 294–298.

bindlich für die Zukunft festgeschrieben sein würde, bedeutete zwar eine gewisse Beschränkung der außenpolitischen Handlungsfreiheit, also der deutschen Souveränität, die man angesichts weit überwiegender Vorteile freilich hinnehmen konnte.

In dem anzustrebenden Friedensvertrag konnten und mußten die Neutralität und die Sicherheit des gesamtdeutschen Staates allerdings durch militärische Garantien der Vier Mächte gewährleistet und wirk-

sam vor jeglichen Übergriffen geschützt werden. Weder die westliche noch die östliche Seite würden es dann hinnehmen, daß sich die jeweils andere das Territorium und die Potentiale Gesamtdeutschlands vertragswidrig einverleibte. Ein kollektives Sicherheitssystem solcher Art war in Artikel 24 Abs. 2 des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland ausdrücklich vorgesehen.

Zu dem Stichwort »Das Territorium« faßte STALIN sich kurz. Mit bemerkenswerter Chuzpe forderte er: »Das Territorium Deutschlands ist durch die Grenzen bestimmt, die durch die Beschlüsse der Potsdamer Konferenz der Großmächte festgelegt wurden.« Die Potsdamer Konferenz aber war vom Bestand der Grenzen am 31. 12. 1937 ausgegangen. Jedermann war bekannt, daß die ›Großen Dreik neue deutsche Ostgrenzen ausdrücklich nicht festgelegt, sondern dies dem beabsichtigten Friedensvertrag vorbehalten hat-

ten. Lediglich einige Inaussichtstellungen zugunsten des Sowjetimperiums hatte es damals gegeben. Der propagandistische Zweck dieser offensichtlich falschen Unterstellung ist offensichtlich. Daß Stalin in den Friedensverhandlungen – mit welchem Erfolg auch immer – um völkerrechtliche Anerkennung der in Potsdam gezogenen vorläufigen Demarkationslinien im Osten Deutschlands als endgültige Staatsgrenzen gelegen sein würde, versteht sich von selbst.

Unter »Wirtschaftliche Leitsätze« hieß es in der Note: »Deutschland werden für die Entwicklung seiner Friedenswirtschaft. . . keinerlei Beschränkungen auferlegt. . .«

Was aber verstand STALIN unter »Friedenswirtschaft«? Hier drohten Beschränkungen für die Produktion und den Handel in dem weiten Bereich unmittelbar oder mittelbar rüstungsrelevanter Güter. Derlei wirtschaftliche Knebelungen waren abzuwehren.

Auch »militärische Leitsätze« stellte STALIN auf:

- »1. Es wird Deutschland gestattet sein, eigene nationale Streitkräfte (Land-, Luft- und Seestreitkräfte) zu besitzen, die für die Verteidigung des Landes notwendig sind.
 - 2. Deutschland wird die Erzeugung von Kriegsmaterial und -ausrü-



Note der Sowietregierung an die Westmächte über den Friedensvertrag mit Deutschland: »Wir fordern den beschleunigten Abschluß eines Friedensvertrages«. Mit Plakaten warb die DDR-Führung bei der eigenen Bevölkerung für die Stalin-Note über einen gesamtdeutschen Friedensvertrag und die Wiederherstellung der deutschen Einheit.

stung gestattet werden, deren Menge oder Typen nicht über die Grenzen dessen hinausgehen dürfen, was für die Streitkräfte erforderlich ist, die für Deutschland durch den Friedenvertrag festgesetzt sind.«

Auch hier konnten in Friedensverhandlungen unzumutbare Beschränkungen für den deutschen Nationalstaat verhindert werden. Rüstungsbeschränkungen waren in Abhängigkeit von entsprechender Abrüstung der Siegermächte zu akzeptieren. Ein Hundertausend-Mann-Heere unseligen Angedenkens bei gleichzeitiger Hochrüstung aller großen und kleinen Nachbarstaaten kam nicht in Betracht. Im übrigen hatte das in zwei Weltkriegen geschundene deutsche Volk ersichtlich keinerlei Interesse, militärische Mittel für andere als für Verteidigungszwecke einzusetzen.

Der Kern der Initiative aus Moskau besaß historische Dimensionen. Vermutlich wäre hier ein neues Kapitel der deutschen und der europäischen Geschichte aufgeschlagen worden, hätte die Bonner Bundesregierung den Faden aufgenommen. Eine weitblickende, der Werteordnung des Grundgesetzes und den existentiellen Interessen Deutschlands innerlich verpflichtete westdeutsche Führung hätte mit allen Kräften um das Zustandekommen von Friedensverhandlungen auf der Grundlage des STALIN-Angebotes bemüht sein müssen, hätte nichts unversucht lassen dürfen, den souveränen deutschen Nationalstaat wieder aufzurich-

ten. Wäre Bonn dieser selbstverständlichsten und vornehmsten Verpflichtung einer jeden deutschen Regierung nachgekommen, so würden es die Westalliierten schwer gehabt haben, sich dem Einheitsstreben des deutschen

Volkes entgegenzustellen.

Indes war Konrad Adenauer nicht an gesamtdeutschen Interessen orientiert, und er war kein Staatsmann vom Format Bismarcks, der die Fähigkeit besessen hatte, »den Schritt Gottes durch die Ereignisse hallen« zu hören und »den Zipfel seines Mantels zu fassen«. Wäre der »Kanzler der Alliierten«, der im Grunde zeit seines Lebens ein rheinisch-katholischer Provinzpolitiker blieb, hierzu überhaupt fähig gewesen, so würde er sich in na-

tionalen Dingen dieser Wahrnehmung jedenfalls verschlossen haben. Das deutsche Volk als ganzes – dessen Recht, sein Leben und seine Zukunft in einem geeinten Nationalstaat selbständig zu organisieren – bedeuteten Adenauer nichts. Die unwiderrufliche umfassende Integration der Bundesrepublik in den Westblock besaß für ihn unbedingte Priorität. Eine Wiedervereinigung Deutschlands in einem neutralen Gesamtstaat hingegen kam für ihn nicht in Betracht. Seine hochtönenden Beschwörungen des im Grundgesetz rechtsverbindlich normierten Gebotes zur Wiedervereinigung waren leere Lippenbekenntnisse, die keine Entspre-



Konrad ADENAUER. Er verankerte die junge Bundesrepublik ohne Wenn und Aber in das transatlantische Bündnis fest.

chung in seinem politischen Handeln besaßen. Für ADENAUER gab es keine »deutsche Frage«, die der nationalstaatlichen Lösung bedurft hätte. Schon die Haltung, die er gegenüber den separatistischen Bestrebungen zu Zeiten der Weimarer Republik an den Tag gelegt hatte, war äußerst zwielichtig gewesen. Nun aber, nach der militärischen Niederlage Deutschlands im Zweiten Weltkrieg, erwies sich der Alte von Rhöndorfe als ein ebenso überzeugter wie tatkräftiger Handlanger und Vollstrecker des Tei-

lungswillens der westlichen Sieger.

STALINS Angebot vom 10. März 1952, von dessen Ernsthaftigkeit Konrad ADENAUER durchaus überzeugt war, dessen Zielsetzung seinen eigenen deutschlandpolitischen Absichten jedoch grundsätzlich zuwiderlief, verwarf er brüsk, stellte es ungeprüft als bloßes propagandistisches Störmanöver dar. Starr hielt er an der Aufrüstung und militärischen Einbindung der Bundesrepublik in der EVG fest, die er vor der Öffentlichkeit als, wie eine spätere Nachfolgerin gesagt hätte, »alternativlos« hinstellte. In einer Rede am 16. März 1952 im westfälischen Siegen erklärte er: »Die STALIN-Note ist das Papier nicht wert, auf dem sie geschrieben ist.«3 Zugleich erläuterte er den Weg, auf dem er die Wiedervereinigung vorgeblich zu erreichen trachtete: »Wir wollen, daß der Westen so stark wird, daß er mit der Sowjetunion in ein vernünftiges Gespräch kommen kann, und ich bin fest davon überzeugt, daß diese letzte sowjetrussische Note ein Beweis hierfür ist. Wenn wir so fortfahren, wenn der Westen unter Einbeziehung der Vereinigten Staaten so stark ist, wie er stark sein muß, wenn er stärker ist als die Sowjetregierung, dann ist der Zeitpunkt gekommen, an dem die Sowjetregierung ihre Ohren öffnen wird. Das Ziel eines vernünftigen Gesprächs zwischen Westen und Osten aber wird sein: Sicherung des Friedens in Europa, Aufhören von unsinnigen Rüstungen, Wiedervereinigung Deutschlands in Freiheit und eine Neuordnung im Osten. Dann endlich wird der Welt nach all den vergangenen Jahrzehnten das werden, was sie dringend braucht: ein langer und sicherer Frieden!«4

4 Hans-Peter SCHWARZ, Geschichte der Bundesrepublik Deutschland - Die Ära Adenauer 1949-1957, Bd. 2, DVA, Stuttgart 1994, S. 155 f., und Andreas HILLGRU-BER, Deutsche Geschichte 1945-1986 - Die Aeutsche Frages in der Weltpolitik, Kohlhammer, Stuttgart-Berlin-Köln 81995, S. 52.

3 Rolf Kosiek u.

aaO. (Anm. 1),

Bd. 2, S. 635.

Olaf Rose, Der Große Wendig,

> In von Phrasen befreitem Klartext bedeutete das, die Wiedervereinigung könne nicht durch Neutralisierung Deutschlands, sondern nur durch den Druck eines militärisch überlegenen Westens auf die Sowjetunion aus einer Position der Stärke heraus erwirkt werden. ADENAUER wußte, daß Stalin Gesamtdeutschland angesichts der Zunahme der militärischen Potenzen des Westens, die sich namentlich in der werdenden EVG manifestierte, neutralisieren wollte, um sein Imperium an der mitteleuropäischen Front durch Entspannung zu sichern.

> Doch war der Bundeskanzler auch realistisch genug zu wissen, daß die damals auf unabsehbare Zeit militärisch starke und politisch stabile Sowjetunion durchaus auch mit der sich verschärfenden Konfrontation an

der Demarkationslinie der Blöcke im geteilten Deutschland leben konnte und daß mit der einseitigen Preisgabe der DDR - einer durch Druck zu bewirkenden regionalen Totalkapitulation Moskaus – auch langfristig nicht gerechnet werden durfte. Er selbst hatte Stalins Bereitschaft zum Verzicht auf den mitteldeutschen Satellitenstaat auch nicht als ein einseitiges Zurückweichen vor westlicher Stärke und militärischer Bedrohung verstanden, sondern lediglich als ein Angebot im Rahmen eines für Moskau insgesamt eher vorteilhaften politischen Handels. Die ›Politik der Stärkes, des ›Containments, der Eindämmung und der Zurückdrängung der Sowjets durch westliche Machtentfaltung, konnte Erfolge im Kalten Kriege nur in kleinen Schritten erbringen. Denn dieser wurde im weltweiten machtpolitischen Alltagshader der Supermächte mit sorgfältig kalkuliertem Risiko knapp unterhalb der Schwelle zum großen bewaffneten Konflikt geführt, den beide Seiten nicht wollten. Dies begrenzte den Spielraum für jegliches offensive Vorgehen, auch in der Frage der deutschen Einheit. Verstärkte der Westen den Druck auf die Sowjetunion in so hohem Maße, daß diese vor der Entscheidung stand, entweder die militärische Herausforderung anzunehmen oder die DDR - diese im Zweiten Weltkrieg erkämpfte Beute - ohne Gegenleistung preiszugeben, so war die Schwelle zum dritten Weltkrieg überschritten.

Da es mithin offensichtlich unmöglich war, die Sowjetunion mittels einer militärischen und politischen Drohkulisse in die Knie zu zwingen, kann man dem Realisten und Pragmatiker ADENAUER hinsichtlich des von ihm propagierten Weges zur Wiedervereinigung guten Glauben schlechterdings nicht zubilligen. Bekannt ist sein Kokettieren mit seinem gebrochenen Verhältnis zur Wahrheit: Man solle, so wird er zitiert, immer die Wahrheit, diese aber nicht immer sagen; und: es gebe sie in verschiedenen Abstufungen: die einfache, die reine und die lautere Wahrheit. Mit seiner Ablehnung, auf das Angebot Stalins ernsthaft und prüfend einzugehen, verstieß der Bundeskanzler bewußt gegen das grundgesetzlich verbindliche Wiedervereinigungsgebot.

Doch die Westdeutschen vertrauten ihm mehrheitlich. Das mag an der Autorität gelegen haben, die der gewiefte, greise Politiker ausstrahlte, und an seinen für die Position der Bundesrepublik im Westblock erzielten Erfolgen, aber sehr wohl auch an der Furcht der Deutschen vor jeglichen neuen politischen Turbulenzen. Nach den Schreckensjahren des Krieges, dem Trauma der Niederlage und dem Elend der ersten Nachkriegsjahre wollten sie sich unbehelligt dem Wiederaufbau und ihrem privaten Leben widmen. Das Schlagwort »keine Experimente« war damals mehr als nur eine Wahlkampfparole; es entsprach einer langzeitigen Grundstimmung. Zwar hatte STALINS Deutschlandinitiative in der Be-



In seiner durchweg proamerikanischen Politik der Stärke gegenüber der Sowjetunion wurde ADENAUER von US-Außenminister John Foster Dulles, der am 5. Februar 1953 Deutschland einen Besuch abstattete, voll und ganz unterstützt.

völkerung der Bundesrepublik gewisse Hoffnungen auf Einheit und einen entsprechenden Erwartungsdruck auf die Bonner Regierung erzeugt. Doch gab es keine öffentlichen Demonstrationen, keine Massenproteste, keinen öffentlichen Aufschrei, nicht den Vorwurf des nationalen Verrates, als der Bonner Regierungschef eine zwar nicht sichere, aber doch vielversprechende und einmalige gesamtdeutsche Chance in den Wind schlug.

Die einheitsfeindliche Politik ADENAUERS dürfte ihren tieferen Grund in seinem vorrationalen, fast pathologischen antipreußisch-reichsdeutschen Ressentiment besessen haben. Die Argumente, mit denen er seine grundsätzliche Ablehnung der deutschen Einheit in Neutralität zu rechtfertigen suchte, waren fadenscheinig und konstruiert. Ein neutrales Gesamtdeutschland werde sich über kurz oder lang isoliert einer sich neu formierenden Kriegsallianz von Ost und West gegenübersehen, so prophezeite er düster. Aus welchen Gründen aber sollten sich Ost und West denn nach Zustandekommen eines Friedensvertrages zusammenrotten gegen ein nunmehr allseitig akzeptiertes, in seinem Bestand und seiner Neutralität international vertragsrechtlich garantiertes vereintes Deutschland, das zu allen Mächten gute Beziehungen unterhielt? Wo sah ADENAUER hier den künftigen Konfliktstoff? Seine angeblichen Bedenken waren im Ansatz abwegig. Daß Deutschlands Sicherheit durch die es trennende Demarkationslinie, an der sich die hochgerüsteten Truppen der feindlichen Blöcke auf Sichtweite gegenüberstanden, in höchstem Maße bedroht war, und daß es um seine Überlebenschancen in einem globalen militärischen Konflikt der Kolossalmächte wesentlich besser stehen würde, wenn es vereinigt und von allen fremden Truppen geräumt war und ein blockübergreifender Friedensvertrag seine Bündnisfreiheit sicherte, das wußte auch ADE-NAUER - doch er sagte es nicht.

Ein gern vorgebrachtes Argument des Kanzlers war auch seine Warnung, im Falle einer Neutralisierung Gesamtdeutschlands würden sich die Vereinigten Staaten aus Europa zurückziehen und Mitteleuropa werde – allmählich oder durch gewaltsamen militärischen Zugriff – in den sowjetischen Machtbereich geraten. Warum aber sollten sich die USA aus ganz Europa zurückziehen, wenn sie nur Westdeutschland aus ihrem Block entließen? Seine Langzeitstrategie globaler Expansion, die es schon in den Ersten Weltkrieg geführt hatte, verfolgte US-Amerika bereits seit dem 19. Jahrhundert. Aus innenpolitischen Gründen hatte dieser Kurs nach 1919 eine kurzzeitige Unterbrechung erfahren; Präsident ROOSE-VELT jedoch hatte ihn alsbald wieder aufgenommen. Daß isolationistische Strömungen einen grundsätzlichen Umschwung der Machtpolitik Washingtons bewirken würden, stand nicht zu erwarten. Dauerte der

bisherige Kurs – nunmehr als Containment (im Kalten Krieg) – aber an, so war eine Entlassung Westdeutschlands in einen neutralen deutschen Gesamtstaat für den US-Imperialismus kein rational nachvollziehbarer Grund, gleich ganz Europa aufzugeben und das Terrain schmollend dem sowjetischen Rivalen zu überlassen.

Die drohende Bolschewisierung eines neutralisierten Gesamtdeutschlands war nur ein Trugbild. Schon zur Zeit der Stalin-Note war nicht zu bezweifeln, was die folgenden Jahrzehnte bestätigten: War die Sowjetunion auch ein expansiver, imperialistischer Koloß, so waren die roten Zaren doch keineswegs irrsinnige, unberechenbare Hasardeure und Chaoten. In Punkto internationaler Vertragstreue und Verläßlichkeit unterschieden sie sich nicht vom Durchschnitt anderer Staatsführer. Was vereinbart war, das pflegten sie einzuhalten, und es lag ihnen fern, außenpolitische Interessen in einer die Existenz ihres eigenen Staates bedrohenden Weise zu verfolgen; ihre Politik des begrenzten Risikos im Kalten Kriege zeigte das. Es traf auch nicht zu, daß es Sicherheit vor ihnen nur im westlichen Bündnis gab. In den Nachkriegsjahrzehnten legt nahe, daß die auf lagen China, Indien, Finnland, Jugoslawien und nicht zuletzt das durch Staatsvertrag vom 15. Mai 1955 neutralisierte Österreich im militärischen und machtpolitischen Zugriffbereich der Sowjetunion, ohne daß diese die Selbständigkeit und die Neutralität dieser Länder angetastet hätte. Das würde erst recht für ein aufgrund der sowjetischen Vorschläge in einem kollektiven Sicherheitssystem neutralisiertes Gesamtdeutschland gegolten haben.

Ein weiterer von der Westblockpropaganda ins Feld geführter Gesichtspunkt war die Behauptung, Gesamtdeutschland sei »einfach zu groß« für einen neutralen, bündnisfreien Status. Stichwortgeber dieses Gedankens war der britische Außenminister Anthony EDEN mit seinem Ausspruch, er sei ȟberzeugt, daß die Neutralisierung Deutschlands sowohl eine gefährliche als auch eine unrealistische Konzeption ist, und ich werde sagen warum. Ein wiedervereinigtes Deutschland wird ein Land von über siebzig Millionen Menschen sein mit weitverzweigter Industrie und reichen Hilfsquellen. Wird jemand im Ernst behaupten wollen, daß in der Welt von heute solch ein Land neutral und völlig isoliert von seinen Nachbarn bleiben kann? Nach meiner Ansicht würde solch ein Deutschland nicht umhin können, sich entweder nach der einen oder nach der anderen Seite hin zu orientieren, und die unvermeidliche Folge wäre, daß es Ost und West gegeneinander ausspielen würde. Das wäre eine Gefahr für uns alle und am meisten für das deutsche Volk«.5

Tatsächlich aber bestanden keine realen Anhaltspunkte für die Behauptung, ein Land von der Größe Deutschlands könne nicht neutral sein. In der großen Zahl der blockfreien oder neutralen Staaten gab es



Plakat zu den Bundestagswahlen vom 6. September 1953: Alle Wege des Marxismus führen nach Moskau, Das Plakat Karl Marx zurückgehende Politik der SPD zum Kommunismus führe. In dem Erfolg seiner Partei (45,2 gegenüber 31 % im Jahre 1949) sah ADE-NAUER eine Bestätigung seiner Politik der Westintegration.

⁵ Hellmut DIWALD, Geschichte der Deutschen, fortgeschrieben von Karlheinz WEIß -MANN, Bechtle, Esslingen-München 1999, S. 98.

weitaus größere und bedeutendere, man denke nur an China oder Indien. Daß deutsche Neutralität völlige Isolierung von den Nachbarstaaten bedeute, war schlichter Unsinn. Natürlich würde ein neutrales Deutschland – bei guten wirtschaftlichen und politischen Beziehungen zu allen Nachbarn – es im vitalen Eigeninteresse vermieden haben, sich auf einen Teufelspakt mit der einen oder der anderen Supermacht einzulassen oder diese gegeneinander auszuspielen. Edens realpolitisch nicht nachvollziehbare Argumentation war subjektiv zu verstehen aus der alten britischen Animosität gegen den ehemals konkurrierenden deutschen Nationalstaat, aus dem traditionellen Ressentiment von Neid und Verlustängsten, das England bereits zum Ersten Weltkrieg getrieben hatte und das in der veränderten, bipolaren Welt nach dem Zweiten Weltkrieg längst kein Substrat in der Wirklichkeit mehr besaß. Doch zur Westintegrationspropaganda Adenauers und Dulles taugte sie immer noch.

So eindeutig die friedensvertraglich international garantierte Neutralisierung im vitalen gesamtdeutschen Interesse lag, so fraglos widersprach eine Entlassung der als Bastion gegen den Ostblock gegründeten Bundesrepublik in einen bündnisfreien Nationalstaat dem Interesse des Westblockes, namentlich dem der amerikanischen Führungsmacht. Eine solche Regelung hätte alle Früchte der seit 1946 verfolgten imperialen Deutschlandpolitik Washingtons zunichte gemacht. Da Stalins Angebot aber nicht einmal bei der westdeutschen Regierung Anklang fand, hatten die Westalliierten keinerlei Anlaß, näher auf es einzugehen. In einer mit Adenauer am 20./21. März abgestimmten, allgemein gehaltenen Note vom 25. März 1952 lehnten die Regierungen der USA, Großbritanniens und Frankreichs den sowjetischen Vorschlag ab. Hier, jeweils mit kurzer Erläuterung, die Kernsätze der westlichen Note:

»Eine derartige (gesamtdeutsche) Regierung kann nur auf der Grundlage freier Wahlen in der Bundesrepublik, der sowjetischen Besatzungszone und Berlin geschaffen werden.«

Die westlichen Regierungen waren überzeugt, daß sich Stalin auf diese Forderung angesichts der das kommunistische System einhellig ablehnenden Haltung der Deutschen keinesfalls einlassen konnte.

»Die amerikanische Regierung ist der Ansicht, daß es der gesamtdeutschen Regierung sowohl vor wie nach Abschluß eines Friedensvertrages freistehen sollte, Bündnisse einzugehen. . .«

Das war die eigentliche Absage an das zentrale sowjetische Anliegen, die garantierte Neutralisierung Gesamtdeutschlands.

»... die amerikanische Regierung (gibt) Plänen ihre volle Unterstützung, die die Beteiligung Deutschlands an einer rein defensiven europäischen Gemeinschaft sichern, die Freiheit wahren, eine Aggression verhüten und das Wiederaufleben des Militarismus ausschließen sollen. Die

amerikanische Regierung ist der Auffassung, daß der Vorschlag der sowjetischen Regierung zur Aufstellung nationaler deutscher Streitkräfte mit der Erreichung dieser Ziele nicht zu vereinbaren ist.«

Damit war klargestellt, daß man auf die Aufrüstung des Weststaates und seine Einbindung in einen westlichen Militärpakt nicht verzichten werde.

Doch Stalin blieb hartnäckig. In einer Note vom 9. April 1952 teilte er mit, die Sowjetunion erachte es »für notwendig, daß die Regierungen... ohne Verzug die Frage der Durchführung von freien Wahlen erörtern. . . « Daß deren Voraussetzungen und Durchführung, wie STALIN es forderte, durch die Vier Mächte, und nicht, wie vom Westen gewünscht, durch eine UNO-Kommission kontrolliert werden sollten, änderte nichts an dem hiermit offiziell erklärten sowjetischen grundsätzlichen Zugeständnis freier gesamtdeutscher Wahlen. Von diesem nachträglich wieder abzurücken oder es durch Finten und Quertreibereien zu unterlaufen, war dem Sowjetdiktator jetzt kaum mehr möglich. Da freie Wahlen den Sieg der grundgesetzkonformen demokratischen Kräfte in ganz Deutschland gewährleisten würden, belegte dieses Zugeständnis eindrücklich, daß Stalin tatsächlich auch zur Preisgabe der DDR bereit und daß sein Angebot der Wiedervereinigung und Neutralisierung Deutschlands ernstgemeint war. Zugleich beraubte es ADENAUER und seine westlichen Mentoren der bisherigen Möglichkeit, sich dem gesamtdeutschen Anliegen mittels der Forderung nach freien Wahlen auf billige Weise zu entziehen. Daß sich der westdeutsche Kanzler seiner Pflicht, die Chance zur deutschen Einheit auszuloten und sie nach Möglichkeit zu ergreifen, auch jetzt noch beharrlich entzog, konnte ihn nun nur noch entlarven und beschämen.

Infolge der Verweigerungshaltung der Regierung Adenauer konnte der Ausbau der Bundesrepublik zum östlichen Grenzposten des US-Imperiums in Mitteleuropa ungehindert voranschreiten – zunächst auf vornehmlich propagandistischer Ebene: Am 24. Mai 1952 trat in Bonn eine Konferenz der drei Westmächte und der Bundesrepublik zusammen, die mit dem »Deutschlandvertrag« (Generalvertrag) vom 26. Mai 1952 abschloß. Dieser enthielt keine substantiell neuen politischen Ansätze, er erschöpfte sich in deklaratorischen Auslassungen, die den Sinn hatten, den Vasallenstatus des deutschen Weststaates zu verbrämen. Gemäß Art. 1 Abs. 1 sollte das Besatzungsregime in der Bundesrepublik beendet, das Besatzungsstatut aufgehoben und die Alliierte Hohe Kommission aufgelöst werden. Die Bundesrepublik werde demgemäß, so hieß es in Art. 1 Abs. 2, die volle Macht eines souveränen Staates über ihre inneren und äußeren Angelegenheiten haben. Diese Sprachregelungen und organisatorischen Veränderungen sollten signalisieren, der aus dem

Deutschland-Vertrag: Sir Anthony Eden (1897–1977), Großbritannien, Robert Schuman (1886– 1963), Frankreich, Dean Acheson (1893–1971), USA. Im Vordergrund: Konrad Adenauer.





Flugblatt der CDU mit Auszug aus der Regierungserklärung vom 3. Dezember 1952, in der Bundeskanzler Adenauer für die Unterzeichnung der Pariser Verträge und die Westbindung wirbt. Deutschland Union Dienst Bundesrepublik Deutschland, 1952.

besiegten Feind, dem Deutschen Reich, herausgetrennte Weststaat sei nunmehr ein gleichberechtigter Freund und Verbündeter. Eine Änderung des tatsächlichen Unterwerfungsverhältnisses aber war nicht vorgesehen; die Bundesrepublik blieb der amerikanischen Führungsmacht untertan.

Auch Artikel 2 des Deutschlandvertrages enthielt nichts Neues. Hier wurden die sattsam bekannten offiziellen Positionen der westlichen Besatzungsmächte zur Wiedervereinigung, zum Friedensvertrag und zu den Vorbehaltsrechten der Sieger hinsichtlich Berlins, Deutschlands als Ganzem und der Stationierung von Truppen wiederholt. In feierlichem Kotau vor der westalliierten Autorität beteuerte und bekräftigte die Bundesrepublik in Art. 3 Abs. 2 »ihre Absicht, sich. . . mit der Gemeinschaft der freien Nationen völlig zu verbinden«. Artikel 4 und 5 befaßten sich ausführlich, aber ohne jeden sachlichen Anlaß mit den Besatzungstruppen in der Bundesrepublik. Auch hier wurde nur leeres Stroh gedroschen, denn die Streitkräfte der atlantischen Mächte und Frankreichs standen seit langem und für die absehbare Zukunft im Lande, ohne daß auch nur daran gedacht war, hieran und an ihren Befugnissen etwas zu ändern. Art. 7 Abs. 1 Satz 1 beinhaltete ebenfalls nur Altbekanntes. Es war die Rede von einer gemeinsamen Politik der Unterzeichnerstaaten mit dem Ziel einer frei vereinbarten friedensvertraglichen Regelung für ganz Deutschland und vom Aufschub der endgültigen Festlegung der Grenzen Deutschlands bis zu dieser.

Nicht neu, seiner unverblümten Offenheit wegen aber dennoch bemerkenswert war Art. 7 Abs. 2, der lautete: »Bis zum Abschluß der friedensvertraglichen Regelung werden die Unterzeichnerstaaten zusammenwirken, um. . . ihr gemeinsames Ziel zu verwirklichen: Ein wiedervereinigtes Deutschland, das. . . in die europäische Gemeinschaft integriert ist.« Das war eine klare Absage an ein neutrales, bündnisfreies Gesamtdeutschland, eindeutiger Ausdruck rüder Verweigerungshaltung gegenüber allen innerdeutschen Hoffnungen auf die einzig realisierbare Chance für die staatliche Einheit der Nation. Denn nach dieser Bestimmung kam eine Wiedervereinigung nur für den - nach damaliger Lage der Dinge auszuschließenden – Fall in Betracht, daß sie im Rahmen der Politik der Stärker erzwungen, der sowjetische besetzte Teil Deutschlands also durch militärischen und politischen Druck dem Westblock einverleibt werden konnte. Zu Recht hatte Oppositionsführer Kurt Schuhmacher am 22. Mai 1952 in einem der US-Nachrichtenagentur UP gegebenen Interview erklärt: »Wer diesem Generalvertrag zustimmt, hört auf, ein guter Deutscher zu sein.«6 Am 27. Mai 1952, dem Tag nach dem Abschluß des Generalvertrages, wurde in Paris der Vertrag über die Europäische Verteidigungsgemeinschaft – EVG – unterzeichnet, der freilich erst mit seiner Ratifizierung in Kraft hätte treten können.

Die Nachfolger des am 5. März 1953 verstorbenen Diktators Stalin folgten noch bis Anfang 1955 im wesentlichen dessen deutschlandpolitischen Leitlinien. Dabei blieben die sicherheits- und machtpolitischen Motive der Sowjetführer - bei jeweils deutlichen situationsbedingten Ak-

zentverlagerungen – im Kern weiterhin stets dieselben.

In einem internen Memorandum des sowjetischen Außenministeriums vom 28. April 1953 wurden Vorschläge ausgearbeitet, nach denen aus Vertretern der beiden deutschen Parlamente eine Provisorische Gesamtdeutsche Regierung gebildet werden sollte, während die Regierungen in Bonn und Pankow vorläufig fortbestanden. Die Provisorische Deutschland-Initiativen Regierung, deren einstimmig zu treffende Entscheidungen für beide in den Jahren 1952 bis deutsche Regierungen verbindlich zu sein hätten, sollte ohne Einmischung von außen gesamtdeutsche freie Wahlen vorbereiten und durchführen.⁷ In einem Beschluß des Ministerrates der UdSSR vom 2. Juni 1953 ȟber die Maßnahmen zur Gesundung der politischen Lage in der DDR« hieß es sodann: »Die Hauptaufgabe ist der Kampf für die Vereinigung Deutschlands auf demokratischer, friedliebender Grundlage.«8 Dies fand sein öffentliches Echo in der DDR: Am 11. Juni 1953 hieß es im Neuen Deutschland, dem Zentralorgan der SED, Ziel sei die »Herstellung der Einheit Deutschlands, welche von beiden Seiten Maßnahmen erfordert, die die Annäherung der beiden Teile Deutschlands konkret erleichtern.«9 Und die Tägliche Rundschau, eine Zeitung der so-

6 DIWALD, ebenda, S. 89.

⁷ Victoria Krummel, Die sowjetischen 1955, GRIN Verlag für akademische Texte, Dokument Nr. V79043, S. 23 f. ⁸ Krummel, ebenda,

> ⁹ Krummel, ebenda, S. 25.

¹⁰ Krummel, ebenda, S. 25. ¹¹ Krummel, ebenda, S. 30. ¹² Hillgruber, aaO. (Anm. 4), S. 60.



Vom 25. Januar bis zum 18. Februar 1954 fand in Berlin diese Viererkonferenz der Außenminister statt. Verhandlungsort war das Gebäude des Allijerten Kontrollrates und die sowjetische Botschaft in Ost-Berlin Unter den Linden. Die Westmächte bestanden wie in ihren Antworten auf die STALIN-Noten 1953 auf der Abhaltung von freien gesamtdeutschen Wahlen, Sondermarke anläßlich der Au-Benministerkonferenz. Deutsche Post der DDR.

wjetischen Besatzungsmacht in Deutschland, betonte am 13. Juni 1953 »das große Ziel der Wiedervereinigung des deutschen Volkes in einem geeinten, nationalen, deutschen Staat«. 10

In einer Note vom 15. August 1953 an die drei Westmächte schlug die Moskauer Führung in Anlehnung an ihre vorangegangenen Überlegungen vor, daß neben den beiden deutschen Regierungen eine Provisorische Gesamtdeutsche Regierung gebildet werden und eine Konferenz über einen Friedensvertrag einberufen werden solle. Nach dessen Unterzeichnung sollten freie Wahlen in ganz Deutschland durchgeführt werden. Die Einbeziehung der Bundesrepublik in eines der westlichen Militärbündnisse hingegen werde, so warnten die Sowjets, eine Wiedervereinigung Deutschlands unmöglich machen.¹¹

Am 30. August 1954 wurde der EVG-Vertrag durch die französische Nationalversammlung abgelehnt, womit auch das sich abzeichnende Grundkonzept eines westeuropäischen Bundesstaates vorerst in den Hintergrund trat. Jedoch wurde die militärische Eingliederung der Bundesrepublik Deutschland in das Nordatlantische Bündnis bereits auf der Neunmächte-Konferenz vom 27. September bis 3. Oktober 1954 in London in Aussicht genommen. Durch die Ablehnung der EVG durch die französische Nationalversammlung geriet der Prozeß der militärischen Westintegration der Bundesrepublik vorübergehend in einen Schwebezustand, den die sowjetische Führung für ihre deutschlandpolitischen Bemühungen nutzte.

Am 7. Oktober 1954 verlautbarte Außenminister Molotow, die Lösung der Deutschlandfrage sei »unaufschiebbar« und die Durchführung »freier gesamtdeutscher Wahlen« notwendig. 12

Dennoch wurden am 25. Oktober 1954 die Pariser Verträge unterzeichnet, mit denen die Bundesrepublik der WEU (Westeuropäische Union) beitrat und ihre Aufnahme in die NATO eingeleitet wurde. Sie etablierten die Bundesrepublik zum nicht mehr nur vorläufigen, sondern auf Dauer angelegten Staat mit eingeschränkter Souveränität. Die militärische Integration der BRD in die NATO unterstrich die US-zentrische Struktur des Westblockes noch weit deutlicher, als die gescheiterte EVG es vermocht hätte. Die Souveränität der Bundesrepublik Deutschland freilich war nicht einmal nach dem äußeren Anschein gewahrt: Unübersehbar verblieben die mit Sonderrechten ausgestatteten Besatzungstruppen auf westdeutschem Boden stationiert. Die westalliierten Mächte blieben zuständig für alle Fragen der Abrüstung und der Entmilitarisierung Deutschlands. Ihre Vorbehaltsrechte hinsichtlich Berlins, Deutschlands als Ganzem, der Wiedervereinigung sowie einer friedensvertraglichen Regelung wurden nochmals bekräftigt.

Doch da die Pariser Verträge noch nicht in Kraft getreten waren, sah



Im Oktober 1954 trafen sich im Pariser Palais de Chaillot die Vertreter von 14 NATO-Staaten und erklärten sich mit der Eingliederung der Bundesrepublik in das westliche Militärbündnis einverstanden. Am 23. Oktober 1954 wurden im französischen Außenministerium die Pariser Verträge, die unter anderem das Besatzungsstatut in Westdeutschland beendeten, unterzeichnet.

die Moskauer Führung weiterhin Chancen für ihre Politik der Neutralisierung Gesamtdeutschlands. In einer Deklaration der Moskauer Sicherheitskonferenz vom 2. Dezember 1954 verurteilten die Ostblockstaaten die Eingliederung der Bundesrepublik in die NATO. Für den Fall der »Nichtratifizierung der Verträge« aber schlugen sie »gesamtdeutsche freie Wahlen« für 1955 vor, kündigten für den Fall einer Ratifizierung aber die Bildung eines östlichen Gegenstückes zur NATO an.¹³

Am 15. Januar 1955 verbreitete die Nachrichtenagentur *TASS* eine »Erklärung zur deutschen Frage«, in der die sowjetische Regierung von »ungenutzten Möglichkeiten« zur deutschen Vereinigung sprach und ausführte: »Das deutsche Volk muß durch die Abhaltung allgemeiner freier Wahlen in ganz Deutschland einschließlich Berlins die Möglichkeit haben, seinen freien Willen zu äußern, damit ein einheitliches Deutschland als Großmacht wieder ersteht und einen würdigen Platz unter den Mächten einnimmt.«¹⁴ Die zur Ratifizierung anstehenden Pariser Verträge seien »mit der Wiederherstellung Deutschlands als einheitlichem, friedliebenden Staat nicht zu vereinbaren«.¹⁵ Die Wiedervereinigung hänge in erster Linie von der Haltung des deutschen Vol-

¹³ Hillgruber, ebenda, S. 60.

 HILLGRUBER, ebenda, S. 60.
 Victoria KRUM-MEL, Die sowjetischen Deutschland-Initiativen, aaO. (Anm. 7), S. 32.





Oben: Am 29. Januar 1955 wurde in der Frankfurter Paulskirche ein Manifest unterzeichnet, in dem zur Einheit Deutschlands aufgerufen wurde. Zu den Unterzeichnern gehörten unter anderen Erich Ollenhauer und Carlo Schmid. In dem Manifest wurde die Wiedervereinigung als die Schicksalsfrage der Gegenwart bezeichnet. *Unten:* Hinterlegung der Ratifizierungsurkunden des Deutschlandvertrags am 5. Mai 1955. Vor dem Mikrophon der britischer Botschafter Frederick Robert Hoyer-Millar. Links: der französische Botschafter François-Poncet, daneben Bundeskanzler Adenauer.

¹⁶ »Deutsche Geschichte – von 1945 bis heute. . .«, unter: http://www.detabu.de/d1955.html

kes selbst ab. Die sowjetische Regierung halte es für möglich, sich über die Einrichtung einer internationalen Aufsicht über die Durchführung gesamtdeutscher Wahlen zu einigen. Sie sei bereit, die Beziehungen zur Bundesrepublik zu normalisieren. Im Falle der Ratifizierung der Pariser Verträge jedoch werde eine neue Lage entstehen, die nicht nur die Festigung der Beziehung der UdSSR zur DDR, sondern auch gemeinsamsame Bemühungen der friedliebenden europäischen Staaten zur Festigung der Sicherheit in Europa zur Folge haben werde. 16 Auch hier also verknüpfte Moskau seine Zustimmung zur deutschen Einheit mit der Forderung nach Neutralität Gesamtdeutschlands und der Drohung mit der Errichtung eines östlichen Militärbündnisses. Welch hohe Bedeutung Moskau diesem Appell beimaß, erhellt daraus, es sich nicht auf die üblichen diplomatischen Wege beschränkte, sondern ihn öffentlichkeitswirksam über die Nachrichtenagentur TASS verbreitete. Wie nicht anders zu erwarten, wies Bundeskanzler Adenauer am 22. Januar 1955 auch diese Initiative ungeprüft zurück.

¹⁷ HILLGRUBER, aaO. (Anm. 4), S. 61.

Am 25. Januar 1955 erklärte das Präsidium des Obersten Sowjet den Kriegszustand zwischen der UdSSR und Deutschland für beendet, an

dessen Stelle nunmehr friedliche Beziehungen treten sollten. 17 Mit »Deutschland« war hier der deutsche Nationalstaat in den Grenzen von 1937 im Sinne des Potsdamer Protokolls gemeint. Die Regierung ADENAUER indes entzog sich auch jetzt einer sachangemessenen Reaktion, indem sie die Bedeutsamkeit der sowjetischen Erklärung herunterspielte: Die Sowjetunion habe sich »sämtliche Rechte aus den Viermächteabkommen, insbesondere aus den Abkommen von Jalta und Potsdam, vorbehalten«,18 so hieß es. Das verfälschte den Inhalt der Erklärung geradezu, hatten die Sowjets tatsächlich doch die Fortentwicklung des bisherigen -vorläufigen - Status von Jalta und Potsdam in einen endgültigen Zustand des Friedens mit ganz Deutschland in Aussicht gestellt.

Am 8. Februar 1955 erklärte Außenminister Molotow vor dem Obersten Sowjet, noch im Jahr 1955 seien freie gesamtdeutsche Wahlen möglich, wenn die Pariser Verträge nicht in Kraft
träten; andernfalls würde die Wiedervereinigung Deutschlands auf lange

Zeit unmöglich.¹⁹

Am 5. Mai 1955 aber traten die Pariser Verträge in Kraft, am 9. Juni 1955 wurde die Bundesrepublik Mitglied der NATO. Erst anschließend, am 14. Mai 1955, kam es zur Gründung des Warschauer Paktes, der angekündigten östlichen Gegenorganisation zur NATO. Der Zug, der womöglich in die deutsche Einheit – vielleicht gar unter Einschluß der deutschen Ostprovinzen – hätte führen können, war durch eigene Schuld verpaßt. Die Spaltung Deutschlands erschien als endgültig vollzogen, der Nationalstaat der Deutschen, zermalmt im Räderwerk der Geschichte, nunmehr als überholt und gestrig. Die offizielle Wiedervereinigungsrhetorik war nur noch Gerede zur Täuschung des deutschen Volkes.



Erich OLLENHAUER (links), 1952 bis 1963 SPD-Parteivorsitzender und Fraktionsvorsitzender der SPD im Deutschen Bundestag, und Theodor Blank, ab 1955 erster Verteidigungsminister der Bundesrepublik Deutschland, lieferten sich im Bundestag heftige Auseinandersetzungen. OLLENHAUER war ein strikter Gegner einer Wiederbewaffnug.



DDR-Plakat zum 1. Mai 1955 gegen die Pariser Verträge.

¹⁸ HILLGRUBER, ebenda, S. 61.

¹⁹ HILLGRUBER, ebenda, S. 61.

¹ Horst Müller,

Zeitung, 9. 6. 2012;

»Unser letzter Stolz«, in: Frankfur-

ter Allgemeine

nachfolgende

daher.

Zahlenangaben

Falscher Vorwurf mangelnder NS-Bewältigung

Eine der Hauptforderungen der revolutionären Bewegung der 68er war, die Vergangenheitsbewältigung in der Bundesrepublik zu fördern. Sie erhob gegen die Verantwortlichen in den früheren Regierungen und die Gesellschaft in Westdeutschland den Vorwurf, sie hätten zu wenig die Vergangenheit der Deutschen bewältigt. Seitdem wird dieser Vorwurf immer wieder einmal aufgefrischt, obwohl er auf einer Legende beruht und sich die Wirklichkeit anders verhält. Darauf wies unter anderen der emeritierte Historiker der Universität München und langjährige Leiter des Münchener Instituts für Zeitgeschichte (1992–2011), Horst MÜLLER, in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung¹ in einem ganzseitigen Artikel hin.

Einleitend stellt er zur Recht fest: »Legendenbildung dient politischen Zwecken. Das gilt auch für die zählebige Behauptung, eine wirkliche Auseinandersetzung mit der nationalsozialistischen Diktatur habe erst in der Bundesrepublik Deutschland mit der Studentenbewegung am Ende der sechziger Jahre begonnen; bis dahin seien das nationalsozialistische Regime und seine Verbrechen verdrängt worden.«

Es trifft also nicht zu, daß vor den sechziger Jahre keine oder eine nur geringe Bewältigung in den Westzonen stattgefunden habe.

Für eine solche haben schon die Alliierten in den ersten Nachkriegsjahren vor allem durch ihre Siegerjustiz geführt. In den drei Westzonen

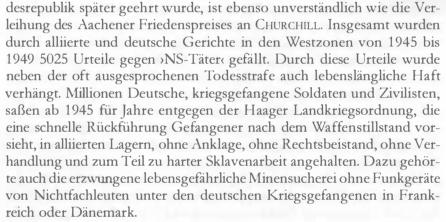
Die deutsche Filmregisseurin Leni RIE-FENSTAHL (Mitte) sitzt mit ihrem Anwalt vor der Berliner Spruchkammer in einem Entnazifizierungsverfahren. (Foto: AP)



Falscher Vorwurf mangelnder NS-Bewältigung

wurden bis 1949/1950 3 660 648 Verfahren im Rahmen der Entnazifizierung, erst von den Alliierten, dann von deutschen Gerichten, einge-

leitet. Das war ein erheblicher Prozentsatz von den 8,5 Millionen Parteimitglieder gegen Ende des Zweiten Weltkrieges. Dabei wurden 1667 Personen als Hauptschuldige, 23 060 als Schuldige, 150 425 als Minderbelastete eingestuft, während 1 005 874 als Mitläufere angesehen wurden. 1 213 873 Personen wurden als entlastet beurteilt. Dazu kamen die Strafprozesse der Sieger mit der übelsten Verhöhnung des Rechts: Allein die Nürnberger Prozesse brachten 806 Todesurteile, von denen 486 vollzogen wurden. Die Henker in Landsberg übten ihre Tätigkeit bis 1951 aus, obwohl mit dem Beginn der Bundesrepublik das Grundgesetz galt, das die Todesstrafe abschaffte. Die Befehle zur Ausführung der Todesstrafe gab der US-Kommissar Lucius D. CLAY aus, der zum größten Henkere erwiesen. Unschuldiger dieser Zeit wurde. Daß dieser vielfache Schreibtischmörder dennoch durch zahlreiche Straßenbenennungen und Orden der Bun-



Hinzu kamen für Hunderttausende Aberkennung der Bürgerrechte, daß sie zum Beispiel 1949 nicht wählen durften, daß entlassene Soldaten nicht studieren duften, daß viele Personen jahrelang Berufsverbot bekamen, insbesondere Journalisten und Schriftsteller, daß Beamte, etwa Lehrer und Professoren, sowie Angestellte des Öffentlichen Dienstes für Jahre nicht wieder eingestellt werden durften, daß Gehälter und Pensionen für viele nicht ausgezahlt wurden und erst nach 1951 – zum Teil nach Klagen im Rahmen neuer Bundesgesetze – wieder bewilligt wurden.

Bis 1949 hatten die Alliierten die alleinige Hoheit im deutschen Pressewesen. Niemand durfte, wenn er denn Bestrafung vermeiden wollte, etwas gegen die Sieger schreiben oder ihre Methoden kritisieren. Lizenzen



Hinrichtung in Landsberg.

Falscher Vorwurf mangelnder NS-Bewältigung

für Massenmedien wurden von den Siegern nur an sorgsam ausgesuchte Personen verliehen, die absolute Gewähr dafür bieten mußten, die alli-

ierte Umerziehung vorbehaltlos zu vertreten.



Vielen Deutschen wurden Filme über die »schreckliche Wahrheit« vorgeführt. Wer sich nicht genügend beeindruckt zeigte, wie diese Frau, wurde in die nächste Vorstellung zurückgeschickt. Hinzu kamen die in großen Auflagen erscheinenden Standardwerker zur Bewältigung wie Kogons Der SS-Staat, das Tagebuch der Anne Frank oder die Schriften der berüchtigten Frankfurter Schule um Horkheimer und Adorno, etwa die Frankfurter Hefte, mit denen unter dem täuschenden Titel der Kritischen Theorier der Neomarxismus in Westdeutschland wieder eingeführt wurde. Schon 1949 wurde das später so genannte Institut für Zeitgeschichte in München gegründet, das dann die Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte herausgab, darin die Schuld am Zweiten Welt-

krieg den Deutschen zusprach und sich der Verbreitung der Kenntnis von den dem Nationalsozialismus vorgeworfenen Verbrechen widmete.

Auch die Abkommen zur Wiedergutmachung von NS-Unrecht liefen schon ab 1951 an und brachten Milliarden für die Opfer von Menschenversuchen (Bundestag 26. 6. 1951), zur Regelung von Krieg und Besatzung entstandener Fragen (26. 5. 1952), für das Luxemburger Abkommen mit Israel (10. 11. 1952). Zwischen 1959 und 1964 wurden Pauschalabkommen mit 15 europäischen Staaten und den USA abgeschlossen mit einem Umfang von 2,38 Milliarden DM. Bis zum Jahre 1997 wurden für Wiedergutmachung insgesamt mehr als 100 Milliarden DM aufgebracht. Diese Gesetze wurden lange vor dem Auftreten der 68er erlassen.

Ebenso fielen die großen KZ-Prozesse, der Eichmann-Prozeß in Jerusalem (1961/62) und der Auschwitz-Prozeß in Frankfurt (1963–1965), die durch die einseitige Berichterstattung und Vorverurteilung durch die Medien große Bedeutung für das Meinungsklima in der Bundesrepublik erlangten, in die Zeit vor den 68ern, haben mit diesen daher nichts zu tun und gehen insbesondere nicht auf deren politischen Einfluß zurück.

Im übrigen hatten die Deutschen, die aus den Gefangenenlagern kamen, in ihrem völlig zerstörten Lande anderes und Wichtigeres zu tun, als sich noch stärker der Bewältigung ihrer Vergangenheit anzunehmen. Das in den fünfziger Jahren entstehende Wirtschaftswunder legte davon ein beeindruckendes Zeugnis ab.

Rolf Kosiek

Albert Schweitzer über Afrikaner

In der Entwicklungshilfe ist, von allen Seiten zugegeben, vieles in den letzten Jahrzehnten falsch gelaufen. Das liegt vor allem mit daran, daß man sich von den Eingeborenen und ihrer Lebenshaltung falsche Vorstellungen machte. Man meinte, auch bei ihnen dieselben Voraussetzungen für Arbeit, Disziplin und Durchsetzungsvermögen wie bei den Europäern annehmen zu können. Das war aber falsch und hat wesentlich mit zu den Krisen in den betreffenden Ländern geführt.

Der deutsche aus dem Elsaß stammende Arzt Albert Schweitzer hat wie wenige in den Jahrzehnten seines Aufenthaltes im Kongo die Eingeborenen, denen er soviel Hilfe brachte, kennen gelernt und kann deswegen als Fachmann zu Fragen der Entwicklungspolitik bezeichnet werden. Er soll nach der Übersetzung aus dem *South Africa Observer*, Pretoria, vom Mai 1977, Seite 8, das folgende Urteil über die Afrikaner gefällt haben:

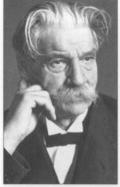
»Mein Leben habe ich dem Versuch gewidmet, die Leiden Afrikas zu erleichtern. Alle Menschen, die wie ich hier leben, müssen eine Sache lernen und kennen: Jene Lebewesen sind eine ¿Unterrassec. Sie haben weder die verstandesmäßigen noch geistigen oder gefühlsmäßigen Fähigkeiten, sich in irgendeiner der Aufgaben unserer Zivilisation an die Seite des weißen Mannes zu stellen oder sie ihm gleich anzupacken.

Mein Leben habe ich dem Versuch gewidmet, ihnen die Vorteile darzubringen, die unsere Zivilisation zu geben hat, aber ich bin mir nur allzu sehr darüber klar: Wir müssen den Status bewahren. Der Weiße ist der Überlegene, und sie sind darunter. Denn wenn ein weißer Mann es versucht, unter ihnen zu leben wie ein ihnen Gleicher, so werden sie ihn entweder vernichten oder fressen. Und sein gesamtes Werk werden sie zerstören.

Wer aus der weiten Welt herbeieilt, um Afrika zu helfen, der muß daran denken, immer den Rangunterschied zu wahren: Du bist der Herr und Meister – sie stehen niedriger, wie Kinder, denen Du helfen oder die Du lehren willst. Verbrüdere Dich nie mit ihnen, als seien sie gleich! Du darfst sie auch nicht als Dir gesellschaftsfähig gleich anerkennen! Sonst werden sie Dich fressen – sie werden Dich vernichten.«

Das ist ein hartes Urteil, das so gar nicht in unsere herrschende politische Korrektheit paßt.

Rolf Kosiek



Albert Schweitzer.



Luise RINSER. Sie galt lange als Widerstandskämpferin gegen die Nazisc. Eine neue Biographie zeigt jetzt, daß sie als junge Frau dem HITLER-Regime bereitwillig diente.

Am 17. März 2002 gab in Unterhaching bei München die Zeitgeist-Literatin Luise RINSER ihren Geist auf. Ihrem Ruf als »katholische Romancière«¹ wurde sie nicht gerecht. In vielfacher Beziehung stand sie quer zur Lehre der Kirche. »Den Marxismus hätte sie gern mit dem Christentum in Einklang gebracht, den Beichtstuhl neben der Barrikade installiert«, meint rückblickend Christiane Schott.² Unzucht wider die Natur als auch Ermordung ungeborener Kinder hielt Luise für sittlich erlaubt. Auch ihr persönlicher Lebenswandel verlief nicht nach katholischer Moral: Sie war dreimal verheiratet, aber auch dreimal geschieden und hatte aus erster Ehe zwei Söhne verschiedener Väter. Im Laufe ihres bewegten Lebens hatte sie an die zehn Liebhaber³ und liebte gar zwei Geistliche gleichzeitig. In Wort und Schrift bemühte sie die Lüge, in ihren Büchern rühmt sie sich der Sünden ohne die geringste Reue.

Mit einer Unzahl von Romanen, Kurzgeschichten, Tagebüchern und gesammelten Briefen⁴ zählt Luise RINSER zu den meistgelesenen deutschen Literaten. Ihre Werke wurden in zwei Dutzend Sprachen übersetzt und erreichten eine Weltauflage von mehr als fünf Millionen Exemplaren. In der Wertung ihrer Werke aber gehen die Ansichten auseinander: »Eine geborene Erzählerin, die Grande Dame der bundesdeutschen Nachkriegsliteratur, sagen die einen, eine Plaudertasche und feministische Krawallschachtel mit dubioser Vorliebe für Nordkorea, die anderen.«⁵ Albert von Schirnding, Kritiker bei der Süddeutschen Zeitung, sieht in der »Jahrhundert-Autorin« eine Frau von großem Format. Der Dramatiker Carl Zuckmayer schwärmte 1948 für ihre »wahrhaft gärtnerische Sprache«, der Rosengärtner Konrad Adenauer bagatellisierte sie als »Fräulein Rinnsal«.⁶ Christian Ferber (»Ach Lui-

¹ Rezension zu: »Ich weiß Deinen Namen – Dreiundsiebzig Fotografien gedeutet von Luise Rinser, Würzburg o.J.«, in: *Der Spiegel*, Nr. 7, 1965, S. 89.

² Christiane Schott, »Beichtstuhl und Barrikade. Zum Tod der Schriftstellerin Luise Rinser«, in: *Neue Zürcher Zeitung*, 19. 3. 2002.

³ Michael Kleeberg, in: Mechthild Müser, »Ach Luise. Die Lebenslügen einer ehrgeizigen linkskatholischen Schriftstellerin«, Sendereihe »Lebenszeichen«. Westdeutscher Rundfunk, 18. 3. 2012.

⁴ Vollständiges Verzeichnis bei J. Jürgen Seidel, Artikel »Rinser, Luise«, in: *Biographisch-Bibliographisches Kirchenlexikon*, Bd. 23, 2004, Sp. 1192–1197.

⁵ Ursula Homann, »Wer war Luise Rinser? Widersprüchliches Bild in der Öffentlichkeit«, in: Der Literat 44, 2002.

se. . . «) sieht in ihrer Silberschuld »eine Art verdünnten Hermann Hesse für den kleinen Mann«. Frank Schirrmacher (Frankfurter Allgemeine Zeitung) verwirft Luisens Tagebücher als »instruktives, flottes Dokument des Wahnsinns«. Walter Kempowski bedauert: »Vielleicht schlimmer noch als ihre totale Unfähigkeit zu schreiben ist das dauernde Anbiedern an den Zeitgeist.«⁷ Mit ihrem Buch Die vollkommene Freude, so Der Spiegel, sei Luise »von der Literatur endgültig zum Erbauungsschrifttum übergewechselt«.

Die Rinser konnte aber nicht nur erzählen, sondern auch entstellen: »Faktisch gesehen hat sie gelogen – uns alle angelogen«, seufzt Freund und Biograph José Sánchez de Murillo⁸ ob der »jungen Nazi-Größe, die schnell Karriere machte«, nach dem NS-Ende aber wesentliche Lebensdaten für die Nachwelt gezielt gezinkt und ihren Lebensabschnitt zwischen 1932 und 1945 systematisch umgeschrieben habe, indem sie ihre »faschistische« Vergangenheit im Handumdrehen in eine durchgängig antifaschistische verwandelte.⁹ Mit ihren Lebenslügen, die sie in Wort und Schrift verbreitete und die nicht nur von Nachschlagewerken gutgläubig übernommen wurden, sondern sich auch in alle nur denkbaren Medien fortpflanzten,¹⁰ infizierte die Literatin die Literaturgeschichte.

Am 30. April 1911 als Einzelkind des katholischen Volksschullehrers Josef Rinser (1883–1951) und seiner Ehefrau Aloisia, geb. Sailer (1883–1972) in Pitzling geboren, wächst Luise Rinser in Etting bei Weilheim und in Übersee am Chiemsee auf. Die schönsten Jahre ihrer Kindheit verbringt sie in Wessobrunn bei ihrem Großonkel Franz Hörtensteiner, dem dortigen Pfarrer. Als Erwachsene verewigt sie ihre Kindheitserinnerungen in ihrer Erzählung *Die gläsernen Ringe*. In Wessobrunn befindet sich auch ihre letzte Ruhestätte und die ihres zweiten Sohnes Stephan.

Wie ihr gestrenger Vater ergreift auch die Lehrerstochter den Lehrberuf. An der Volksschule in Forst denunziert die Ehrgeizige den eigenen Schulleiter. Sie beschwert sich über seine angeblich schlampige Amts-



José Sánchez de Mu-RILLO (Jahrgang 1943). Er brachte 2011 die Biographie Luise Rinser. Ein Leben in Widersprüchen heraus.

⁶ Anneliese Poppinga, »Das Wichtigste ist der Mut«. Konrad Adenauer – die letzten fünf Kanzlerjahre, Bergisch Gladbach 1994, S. 498–501.

⁷ »Seife und Niveacreme. Walter Kempowskis Klatsch-Tagebuch »Sirius« in: *Der Spiegel*, Nr. 40/1990, S. 256.

⁸ José SANCHEZ DE MURILLO, Philosoph und Dichter, geb. 1943. Von 1984 bis1988 lehrte er Philosophie in Augsburg.

⁹ »Mehr als nur eine Mitläuferin«, in: *Die Zeit*, 12. 4. 2011; José SANCHEZ DE MURILLO, *Luise Rinser. Ein Leben in Widersprüchen*, Frankfurt/M. 2011, passim.

¹⁰ Sie alle zu zitieren, würde diesen Beitrag unweigerlich sprengen.

¹¹ Luise RINSER-Schnell, Die gläsernen Ringe. Eine Erzählung, Berlin 1941.

führung. Das Opfer Karl WÜRZBURGER, getaufter Jude, »ist seines natürlichen Todes« gestorben, das heißt, er wurde nur entlassen, nicht vergast, ihm ist nur das Herz gebrochen«, sucht sich die Denunziantin nachträglich zu entlasten.¹²

Luise lebt auf und macht Karriere. In amtlichem Auftrag ist sie Verbindungsglied zwischen Schule und Hitler-Jugend (HJ). Als Führerin im Bund Deutscher Mädel (BDM) organisiert sie Ausbildung und Schulung des weiblichen Zweiges der HJ. Begeistert berichtet sie im *Herdfeuer* »Aus einem oberbayerischen BDM-Führerlager« (Titel). Im *Herdfeuer* lodern läßt Luise auch eine an Byzantinismus nicht zu überbietende Hymne auf Adolf HITLER: » Wir, des großen Führers gezeichnet Verschworene, / ... Wir jungen Deutschen, wir wachen, siegen oder sterben, denn wir sind treul«¹³

Ab 1936 ist Luise RINSER in der NS-Frauenschaft, bis 1939 gehört sie dem NS-Lehrerbund an. Daß sie nicht auch Mitglied der NSDAP wurde, beruht nicht etwa auf Ablehnung des Nationalsozialismus, sondern auf der Abneigung gegen eintönige Parteiarbeit zu Lasten der Schriftstellerei, der sich Luise mit zunehmendem Erfolg verschrieben hatte: Ihre erste Erzählung Anna Margarete Buxtehude wurde 1935 in Westermanns Monatsheften veröffentlicht, gefolgt von Anna, die 1937 in Atlantis und bald darauf in einer Anthologie auftaucht. 14 Im Jubel-Jahr 1938 läßt Luise in der Neuen Rundschau »Die Lilie« erblühen und legt damit den Grundstein für ihre literarische Karriere.

Luisens Behauptung, sie sei einer Entlassung wegen Verweigerung des Beitritts zur Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei dadurch zuvorgekommen, daß sie im Frühling 1939 freiwillig den Schuldienst quittierte, läßt SANCHEZ nicht gelten: »Es liegen weder Beweise noch Indizien vor für die von der Schriftstellerin behauptete politische Überwachung geschweige denn Verfolgung.«¹⁵

Noch in der Nachkriegszeit mußten alle deutschen Lehrerinnen ledig sein. ¹⁶ Luise aber will heiraten. Ihr Verlobter Horst Günther SCHNELL stammt aus Wuppertal und musiziert an der Münchner Staatsoper. Am 22. Mai 1939 fand in Lochhausen die standesamtliche Trauung statt, die kirchliche folgte tags darauf in der Münchner Gasteigkapelle. »Luise RINSER scheidet also ordnungsgemäß aus dem Schuldienst aus«, faßt SÄNCHEZ zusammen, »und zwar mit einer guten Abfindung, die man ihr nicht gewährt hätte, wenn sie den Schuldienst aus Protest verlassen hätte.«¹⁷

Als Schnell vom dortigen Staatstheater engagiert wird, zieht das Ehepaar nach Braunschweig. Am 27. Februar 1940 wird Sohn Christoph geboren. Im Mai 1941 erscheint im Suhrkamp-Verlag Luisens Erzählung Die gläsernen Ringe. Das Erstbuch wurde zum Durchbruch. Die jun-

¹² Luise RINSER. Den Wolf umarmen, Frankfurt/M. 1981, S. 300 f. 13 Herdfeuer 9 (1934), S. 127-131, zit. bei: José SÁNCHEZ DE MURILLO, Luise Rinser, aaO. (Anm. 9), S. 109–113. 14 Luise RINSER, Anna, in: Wolfgang WEYRAUCH (Hg.), 1940. Junge deutsche Prosa. Berlin 1940. S. 208-234. 15 José SÁNCHEZ DE MURILLO, Luise Rinser, aaO. (Anm. 9), S.147. 16 Schon vor dem Dritten Reich als auch danach war Fräulein« die für Schüler vorgeschriebene Anrede für weibliche Lehrpersonen.

17 José SÁNCHEZ DE

Rinser, aaO. (Anm.

MURILLO, Luise

9), S. 147.

ge Autorin sucht Kontakt zu bekannten Kollegen, schickt dem berühmten Ernst JUNGER Huldigungsbriefe ins besetzte Frankreich und steht von 1935 bis 1950 mit dem im Tessin ansässigen Hermann Hesse in intensivem Briefwechsel. »Ich bin durch Ihre Geschichte wie durch einen Garten gegangen, jedem Bilde dankbar, mit jedem einverstanden. und es wird nicht lange dauern, bis ich es zum zweitenmal lese«, lobt der »Glasperlenspieler«¹⁸ RINSERS Gläserne Ringe: »Möchten Sie an Ihrem Buch soviel Freude erleben, wie Sie mir und einigen guten Lesern in diesen Tagen damit gemacht haben.«

Keine Freude erlebt Luise in der Ehe: Der Mann geht fremd, Ehebruch begeht aber auch die Frau: Um einen UFA-Auftrag zu ergattern, begibt sich die Gattin am 6. Januar 1941 nach Berlin. Dort macht sie viele neue Bekanntschaften, vor allem mit Schauspielern. Nach »tollen Tagen und Nächten«19 im Mimen-Milieu kommt sie geschwängert nach Hause. »Es war ein tolles Jahr«, bilanziert Luise. »Es begann herrlich mit

einem Erlebnis, das ich nicht hätte haben ›dürfen‹.«20

Als der Ehemann als Erster Kapellmeister nach Rostock engagiert wird, zieht das Paar im September 1941 in die Hafenstadt. Dort erblickt am 10. Oktober Stephan das Licht der Welt. Von der Mutter wird er BERG, »Luise Rinsers stiefmütterlich behandelt,²¹ wer sein leiblicher Vater ist, wird er nie erfahren. Obwohl der Gatte die Vaterschaft auf seine Kappe nimmt, ist die zerrüttete Ehe nicht zu retten. Am 23. Juni 1942 wird sie gerichtlich geschieden, Luise wird aus Luftschutzgründen mit den Kindern nach Steinseiffen bei Krummhübel im Riesengebirge evakuiert und zieht alsbald nach Kirchanschöring an der Salzach. »Mir geht es gut«, schreibt Luise begeistert in die Schweiz. »Das Leben. . . nahm mir alles, was ich liebte - den Mann, das Heim, die Ruhe - und ließ mich in lauter Kummer fallen. Und nun gibt es mir alles wieder, doch anders als ichs begehrte und hoffte. Es gibt mir sogar Geld, viel Geld, durch zwei Staatsaufträge (ein Filmdrehbuch und eine andere, noch geheime Arbeit), so daß ich, sobald man bauen kann, mir ein eigenes Haus bauen kann. Ist das nicht schön?«22

Am 10. Januar 1944 heiratet sie den Schriftsteller Klaus Hermann. Schon 1942 hatte sie ihr »Edelkommunist« politisch aufgeklärt: »Ich besorgte es, so gründlich ich konnte. Ich zählte die deutschen Großindustriellen auf, die HITLER finanziert hatten, ich nannte die Summen, die er Michael KLEEBERG, der erhalten hatte. . . Ich erzählte ihr an diesem Abend alles, was sie zwei Jahre später einer Freundin wiedererzählte, deren Mann sie darauf der Gestapo anzeigte.«23

Angesichts der sich abzeichnenden Niederlage hatte Luise ihrer verzweifelten Mitseminaristin Lisl Grünfelder, deren Gatte an der Ostfront stand, nahegelegt: »Du schreibst jetzt sofort deinem Mann, er soll

¹⁸ Hermann Hesse. Das Glasperlenspiel, Roman, 2 Bde., Zürich 1943. ¹⁹ Iosé Sánchez de MURILLO, Luise Rinser, aaO. (Anm. 9), S. 160. ²⁰ Ebenda, S. 169. 21 Wiederholt wird Stephan in ein Kinderheim gesteckt, während Christoph bei der Mutter bleiben darf. 22 José Sánchez DE MURILLO, Luise Rinser, aaO. (Anm. 9), S. 186 f. 23 Michael KLEE-Vergeßlichkeit. Wie sich die prominente Nachkriegsautorin zur Widerständlerin stilisierte«, in: Der Spiegel, Nr. 2/2011, S. 100–106, hier: S. 103.



mit RINSER in den 80er Jahren sympathisierte, legte in seinem Spiegel-Essay dar, wie sie ihre Biographie geschickt manipulierte.

sich verdrücken, absetzen, heimkehren, untertauchen...«²⁴ Auftauchten am 12. Oktober 1944 zwei Gendarmen und hielten ihr vor: »Sie haben der Frau eines Offiziers gegenüber sich scharf abträglich über den Führer geäußert, vom verlorenen Krieg gesprochen und die Frau aufgefordert, ihren Mann zum Desertieren zu bewegen.«

Nach siebenstündigem Verhör kommt Luise in das Gefängnis Traunstein: »Als mein Anwalt, Dr. MERKENSCHLAGER aus Traunstein, mich gefragt hatte, ob ich denn keinen prominenten Nazi kenne, der ein Wort für mich einlegen könnte, fiel mir nach langem Überlegen (denn wen von denen kannte ich schon!) doch jemand ein: Professor Karl RITTER: Filmregisseur der UFA. Ich wußte, daß er eines der ältesten Parteimitglieder war und ein Freund von GOEBBEIS. Er wiederum wußte, daß ich Gegnerin des Regimes war, aber wir mochten uns gut leiden. Als man ihn von meiner Verhaftung unterrichtet hatte, wandte er sich sofort an Goebbels und erklärte ihm, diese Verhaftung sei ein Irrtum, er kenne mich doch, und die Denunziation sei lügenhaft. GOEBBELS ließ sich von der Gestapo München meine Akten kommen. Darüber vergingen einige Wochen. Aber GOEBBELS konnte die Akten nicht einfach verschwinden lassen, denn die Gestapo und der Reichs-Sicherheitsdienst kannten meinen Fall bereits zu gut. So mußte Goebbels die Akten schließlich wieder nach München schicken, machte aber die Auflage, daß mein Fall neuerdings überprüft würde. Dies geschah. RITTER hörte davon und intervenierte ein zweites Mal, dabei vieles riskierend. Die Akten gingen wiederum nach Berlin. Und dort blieben sie. Denn Berlin brannte, der Krieg war zu Ende, ich war frei. So danke ich denn Karl RITTER, Träger des Goldenen Partei-Abzeichens, mein Leben. . «25

Nach Meinung von SANCHEZ übergeht Luise RINSER das Entscheidende: »Sie verschweigt den Grund ihrer Freundschaft mit RITTER und der besonderen Hochschätzung GOEBBELS'.« Der Grund besteht in ihrer Mitarbeit an verschiedenen Projekten, darunter insbesondere einem Pro-

²⁴ Luise RINSER, Den Wolf umarmen, S. 374.

²⁵ Luise Rinser, Gefängnistagebuch, Frankfurt/M. ²1973, S. 9 f. Dazu Sänchez de Murillo: »Die Freimütigkeit, mit der ein hochrangiger Nazi gelobt und ihm gedankt wird, ist möglich, weil Luise Rinser sich 1973 wohletabliert am anderen Ufer befindet. Sie ist zu einer moralischen Instanz der Bundesrepublik geworden. Als solche kann sie es sich leisten, einerseits öffentliche Institutionen der demokratischen Gesellschaft scharf zu kritisieren, sich andererseits aber auch für einige Nazis im Namen der Gerechtigkeit einzusetzen. Als parteilose Schriftstellerin steht sie über allem. Hinzu kommt: Sie war im Gefängnis wegen Wehrkraftzersetzunge. . . So ist es ein besonderes Zeichen der Menschlichkeit, dankbar die Wohltaten der ehemaligen Peiniger anzuerkennen.« (in: Luise Rinser, aaO. [Anm. 9], S. 206).

paganda-Film der UFA, die wiederum wegen RINSERS Profilierung als Leiterin eines Lagers für BDM-Gruppenführerinnen und die dadurch gezeigte Loyalität zum Führer möglich war: »Es ist darum selbstverständlich, daß Goebbels der geschätzten Autorin Glauben schenkt und die Denunziation für einen Irrtum hält.« Es konnte daher nicht im Sinne des Ministers sein, daß eine begabte Schriftstellerin, die dem Reich so erfolgreich gedient hat, auf Grund von Gerüchten und Klatsch im Gefängnis einsitzt. So erfolgt die Freilassung möglicherweise auf Befehl GOEBBELS', der sehr wahrscheinlich HITLER persönlich informiert hat. Daß Adolf Hitler seine Anhängerin persönlich kannte und schätzte, steht für SANCHEZ außer Zweifel: »Auf meine Frage, ob sie einen Briefwechsel mit Adolf HITLER gehabt habe, antwortete sie, HITLERS Schwäche für Künstlerinnen und Schriftstellerinnen sei bekannt, ihr selbst habe er aber nur ein einziges Mal eine Karte zum Geburtstag geschrieben...²⁶ Wir können annehmen, daß dies zum 30. April 1944 geschehen ist, weil spätestens ab Sommer 1943 der Name Luise RINSER dem Führer durch ihre Mitarbeit in der UFA bekannt gewesen sein dürfte«, kombiniert SAN-CHF7.27

In ihrer Autobiographie *Den Wolf umarmen* lügt Luise, sie sei »bis kurz vor dem Einmarsch der Amerikaner im April 1945« in Haft geblieben. In Wirklichkeit hatte sie am 21. Dezember 1944 Hafturlaub bis zum 7. Januar 1945 erhalten. Auch ihr Gefängnistagebuch endet am 21. Dezember 1944. Die Umstände der Haftentlassung sind darin nicht behandelt. »Während meiner Haft lief am Volksgerichtshof Berlin unter dem berüchtigten Freisler ein Prozeß gegen mich«, übertreibt sie. »Die Anklage lautete auf Hochverrat. . . man konnte mich auf Grund des vorliegenden Materials auch ohne meine Anwesenheit zum Tode verurteilen. Meine Sache stand schlecht. . «²⁸

Tatsächlich zur Last gelegt wurde ihr nicht Hochverrat, sondern nur Wehrkraftzersetzung. Die Anklageschrift des Oberreichsanwalts stammt vom 28. März 1945, da war sie längst wieder auf freiem Fuß. Und Freis-Ler, gefürchteter Präsident des Volksgerichtshofs, war schon zwei Monate tot. Luise aber überlebte dank höchster Gönner die Anklage des Oberreichsanwalts. Es kam weder zu einem Strafprozeß noch zu einem Urteil.

Das im wesentlichen auf Selbstauskünften beruhende Munzinger-Archiv schrieb in seiner Ausgabe 1970: »Sie entkam dem Galgen, weil man nicht mehr Zeit fand, sie hinzurichten.« In der Ausgabe 1983 heißt es dagegen: »Eine wegen Hochverrats zu erwartende Verurteilung zum Tode wurde durch das Ende des Krieges und den Zusammenbruch Nazideutschlands verhindert.« RINSER selbst in ihrem Erlebnisbericht für das Buch Das Jahr 1945: »Ich war aus dem Gefängnis entlassen, das Prozeß-



²⁶ Urs RAUBER, »Kartengrüße vom Führer«, in: NZZ am Sonntag, 26. 6. 2011, S. 21.

²⁷ José SÁNCHEZ DE MURILLO, *Luise* Rinser, aaO. (Anm. 9), S. 207; Urs RAUBER, ebenda,

> ²⁸ Luise RINSER: Gefängnistagebuch, aaO. (Anm. 25), S. 9.

urteil war nicht nach München zur Vollstreckung gelangt, denn es gab keine Postverbindung mehr von Nord nach Süd.«²⁹

»Was hat Luise RINSER also mit den Fakten rund um ihre Verfolgung und Verhaftung getan?« fragt Kleeberg: »Das, was ein Schriftsteller gemeinhin mit einem Stoff tut: Sie hat gerafft, zusammengezogen und dramatisiert. Nur daß der Stoff in diesem Fall kein Roman war, sondern ihr Leben, das sie auf gänzlich neue Füße stellte. So wurde Luise RINSER die amtlich bestätigte Nazi-Gegnerin von Anbeginn, die Witwe des in der Strafkompanie gefallenen Regimegegners, die Widerständlerin, legitimiert durch den Prozeßk unter Freisler gegen sie, der nie stattgefunden hat. Nach und nach schuf sie eine Legende, auf der sie ihr gesamtes weiteres Leben und ihre Karriere aufbaute.«

In einer Arbeit über die Erinnerungen an den Nationalsozialismus in den autobiographischen Schriften Luise Rinsers³⁰ entwickelt die Germanistin Sandra Schrei, wie sich mit jeder veröffentlichten Aufzeichnung über jene Jahre die Dramatik und die Gefahr und ihre aktive Widerstandsleistung vergrößern: »Man könnte nach der Lektüre Schreis sagen: Hätte Luise Rinser noch 20 Jahre länger gelebt und publiziert, hätte sie Hitler ganz allein besiegt.«³¹ Als Hitler – wenn auch unter überwiegender Mitwirkung der Alliierten – besiegt war, »errichteten wir im Garten einen kleinen Galgen und hängten den Spiel-Hitler auf, den Bleisoldaten, der den rechten Arm zum Gruß heben konnte, und machten ein Holzfeuerchen darunter und tanzten und sangen: Der Hitler ist tot, der Hitler ist tot. So wie die Geißlein um den Wolf tanzten: der Wolf ist tot, der böse Wolf ist tot.«³²

Zwei Monate nach diesem Totentanz läßt sich Luise am 22. Juni 1945 vom Landrat in Laufen eine Bescheinigung ausstellen, wonach »gegen sie 1944/45 ein Verfahren wegen Wehrkraftzersetzung lief und sie durch die Gestapo im Gefängnis war«. Im Oktober 1946 steuert auch Hermann Hesse noch einen ›Persilschein‹ bei: »Frau Luise Rinser ist eine von mir ihrer Begabung und ihres sehr schönen ersten Romans wegen hochgeschätzte Dichterin, und ist außerdem mir teuer durch die Unbeirrtheit, mit der sie während der Jahre der Hitlerzeit Widerstand geleistet und im Gefängnis dafür gebüßt hat.«³³

Im April 1947 bescheinigt ihr der Öffentliche Kläger bei der zuständigen Spruchkammer in Laufen: »Auf Grund der Angaben in Ihrem Fragebogen sind Sie von dem Gesetz zur Befreiung vom Nationalsozialismus und Militarismus vom 5. 3. 1946 nicht betroffen.«³⁴ So log und bog sich Luise Rinser eine gegenwartskonforme Vergangenheit zurecht. Darauf baute sie ihre lukrative Zukunft als linke Literaturfabrikantin im gekreuzigten Deutschland. Die Verfasserin des Huldigungsgedichtes an Adolf Hitler machte sich zum Gründungsmitglied der Vereinigung der

²⁹ »Verfolgt in alle Ewigkeit? Anmerkungen zu Luise Rinser«, in: *National-Zeitung*, 29. 1. 1988, S. 5.

³⁰ Unveröffentlichte Magisterarbeit, Universität Potsdam 2007.

³¹ Michael Klee-BERG, »Luise Rinsers Vergeßlichkeit«, aaO. (Anm. 23), S. 105.

32 Luise RINSER, Den Wolf umarmen, aaO. (Anm. 24), S. 385; vgl. »Ist das nicht ein wüster Traum?« Spiegel-Report über das Ende des Zweiten Weltkriegs 1945«, in: Der Spiegel, Nr. 19, 1970, S. 74−98, hier: S. 74.

³³ José Sánchez de Murillo, *Luise Rinser*, aaO. (Anm. 9), S.230.

³⁴ Christoph RINSER, »War Luise Rinser eine Nationalsozialistin? Anmerkungen zu einem problematischen Sachverhalt«, in: *Aufgang* 9 (2012).

Verfolgten des Naziregimes«. Im Jahre 1941, faselte die ›Verfolgte«, habe man über sie ein Berufs- und Publikationsverbot verhängt.³⁵ Ihr antifaschistischer Ehemann sei als Angehöriger einer Strafkompanie im Osten gefallen. Als arme Kriegerswitwe habe sie mit ihren zwei kleinen Kindern bittere Not gelitten. Auch sei sie von der Gestapo überwacht worden.³⁶

Die Wahrheit aber ist eine ganz andere: Horst Günther Schnell war ein ehrgeiziger und vom Regime geförderter Vertreter des NS-Kulturlebens. Als NS-Gegner hätte er niemals nach so kurzer Zeit den Aufstieg zum Ersten Kapellmeister geschafft. Seine Einberufung zur Wehrmacht wurde so lang wie möglich aufgeschoben. Erst im September 1942 wird er eingezogen. Auf einer Feldpostkarte aus Rußland klagt er, daß er mit niemandem deutsch sprechen könne.³⁷ Doch dies bedeutet nicht, daß Schnell, wie Luise interpretiert, in einer Strafkompanie war. Voraussetzung hierfür wäre das rechtskräftige Urteil eines Kriegsgerichtes gewesen. Ein solches gab es aber nicht. Tatsächlich diente Schnell in einer regulären Infanterieeinheit, bestehend aus Oberschlesiern polnischer Zunge.³⁸

Luise RINSER hatte weder Berufs- oder Publikationsverbot, noch litt sie Not. Vielmehr war sie in der Lage, im Lager Laufen bei Salzburg internierten Polinnen »Dinge, die für uns selbst Mangelware bedeuteten: Seife, Schuhe, Strümpfe« zu spenden: »Mehr konnte ich nicht für sie tun. Das Wenige freilich war von der mich überwachenden Gestapo in die Liste meiner Vergehen aufgenommen worden, die 1944 zu meiner Verhaftung führten.«³⁹

In Wirklichkeit war Luise keineswegs »arm, arbeitslos, hungrig, einsam, schutzlos, von der Gestapo überwacht«.⁴⁰ Das Berliner NS-Blatt *Die Woche* etwa rühmte sie in ihrer Ausgabe vom 4. Juni 1941 als »dichterische Begabung, in der die Kraft zu neuen Erkenntnissen und Bildern Gestalt werden will«.⁴¹ In *Kürschners Deutschem Literatur-Kalender 1943* scheint sie unter ihrem aktuellen Wohnort Kirchanschöring auf,⁴²



Originalausgabe der *Gläsernen Ringe,* Fischer-Verlag, Berlin 1941.

³⁵ Luise RINSER, Gefängnistagebuch, aaO. (Anm. 25), S. 58, Anm.; dies., Den Wolf umarmen, aaO. (Anm. 24), S. 366.

³⁶ Ebenda.

³⁷ Henning Falkenstein, *Luise Rinser*, Berlin 1988 (Köpfe des 20. Jahrhunderts, Bd. 111), S. 24.

³⁸ Winfried Martini, »Flammenzeichen auf der Stirn. Autobiographisches – ins rechte Licht gerückt«, in: *Rheinischer Merkur/ Christ und Welt*, Nr. 19, 1981, S. 19.

³⁹ Luise RINSER, »Die Zeit würde schrecklich sein«, in: Wach auf, es ist Krieg!, S. 84.

⁴⁰ Lusie RINSER, Den Wolf umarmen, aaO. (Anm. 24), S. 366.

⁴¹ »Luise Rinser«, in: Gerhard Frey (Hg.), *Prominente ohne Maske*, München 1984, S. 369.

Klaus HERRMANN noch unter seiner Adresse in Berlin-Wilmersdorf.⁴³ Unwahr ist ihre Behauptung, GOEBBELS habe eine »vom S. Fischer Verlag geplante 2. Auflage ihres Buches, dieser Abkehr von der üblichen Bauern- und Soldatenliteratur«, verboten.⁴⁴ In Wahrheit kam die 1941 erschienene Erzählung *Die gläsernen Ringe* bis Kriegsende in gleich zehn (!) Auflagen mit insgesamt 10 000 Exemplaren heraus. Daß von ihr im Dritten Reich kein weiteres Buch mehr erscheint, ist der Papiernot, nicht einem Publikationsverbot geschuldet.

Aus dem im Berlin Document Center archivierten RINSER-Personalakt der Reichsschrifttumskammer geht hervor, daß ihre Eingaben und Anträge stets zügig und zuvorkommend bearbeitet wurden. Am 2. Mai 1944 wehrte sich Luise gegen die Noteinquartierung ihrer evakuierten Schwiegermutter, die ihr die notwendige Ruhe zur künstlerischen Arbeit raube. In Anbetracht der Wohnungsnot konnte der Beschwerde jedoch nicht stattgegeben werden.

Auf Veranlassung der Kammer bekam Luise jedoch im Kriegsjahr 1942 einen Telefonanschluß für Kirchanschöring. »Ich arbeite gegenwärtig, nachdem ich meinen zweiten Roman für den Suhrkamp Verlag beendet habe, an einem vierbändigen Kinderbuch für den Atlantis Verlag«, unterstrich sie ihre Wichtigkeit. »Der erste Band ist bereits fertiggestellt. Das Ganze bringt in Form einer Erzählung eine geographische, historische und volkskundliche Darstellung Deutschlands und soll das deutsche Gegenstück zu Selma Lagerlöfs Wunderbarer Reise werden. Eine Bestätigung kann der Atlantis-Verlag geben. Ferner bin ich ständige Mitarbeiterin der Kölnischen Zeitung und Autorin der Berlin-Film.«⁴⁵ Für diese hatte Luise Rinser 1943 das Drehbuch für den Film Die Schule der Mädchen über den weiblichen Arbeitsdienst verfaßt und dafür ein Honorar von 6000 Mark kassiert. Für das Feuilleton der Kölnischen Zeitung schrieb Luise Rinser 21 Beiträge.⁴⁶ Ihr zweiter Roman, Hochebene, wurde in Fort-

⁴² »Schnell, Luise, geb. Rinser (Luise Rinser-Schnell)«, in: Kürschners Deutscher Literatur-Kalender, 50 (1943), Sp. 995.

⁴³ »Herrmann, Klaus«, in: ebenda, Sp. 435.

⁴⁴ Luise Rinser am 30. 3. 2002 zu Anne Jüssen, »Luise Rinser. Besuch bei einer alten Dame«, Funk-Feature im Rahmen der Sendereihe »abwasch. Das Frauenmagazin«, ausgestrahlt auf *WDR 5*; Henning Falkenstein, »Rinser, Luise«, in: *Neue Deutsche Biographie* 21 (2003), S. 639 f.

⁴⁵ Artikel »Rinser, Luise«, in: Hans Sarkowicz u. Alf Mentzer, Literatur in Nazi-Deutschland. Ein biographisches Lexikon, Hamburg–Wien 2002, S. 336 f., hier: 337; Artikel »Rinser, Luise«, in: dies., Schriftsteller im Nationalsozialismus. Ein Lexikon, Berlin 2011, S. 508--511, hier: S. 510.

⁴⁶ In der Dissertation von Klaus-Dieter Oelze, *Das Feuilleton der Kölnischen Zeitung im Dritten Reich*, Frankfurt/M. 1990 (Regensburger Beiträge zur deutschen Sprach- und Literaturwissenschaft; B 45) ist die Mitarbeit Luise RINSERS dokumentiert.

setzungen vorabgedruckt.⁴⁷ Auch im NS-Intelligenzblatt Das Reich erschienen RINSER-Artikel.

Als anerkannte Verfolgte des NS-Regimes kam Luise unter dem US-Regime rasch zurecht. Von 1945 bis 1953 schreibt sie eifrig für *Die Neue Zeitung*, das der Umerziehung und Demokratisierungs der Deutschen dienende Blatt der Besatzer. Die erfolgreich Entnazifizierte stellt sich aber auch in den Dienst der Reeducations und hält Vorträge. In einem »Intellektuellen-Nazi-Lager« (Luise RINSER) in Ludwigsburg bei Stuttgart spricht sie vor 400 SS-Angehörigen zum Thema »Hitler in uns selbst? Versuch einer psychologischen Analyse des Menschen der Gegenwart«. Ein Teil der Zuhörer verläßt angewidert den Saal. Luise aber liegt auf der Linie der Sieger: »Nur böswillige Leute können sagen, daß uns die Besatzung erdrosselt. Ich bin überzeugt, daß Amerika und England politische Vernunft genug haben, um es nicht zu tun. Überall sind kluge Leute am Werk, die (aus einer Verbindung von Berechnung, Instinkt und Ethik heraus) der Welt zum Frieden verhelfen wollen.«⁴⁸ Mit welchem Erfolg, wissen wir inzwischen.

In dem von der Besatzungsmacht lizenzierten Zinnen-Verlag des Kurt Desch erscheint 1946 Luisens *Gefängnistagebuch*. Während die Masse der Deutschen hungert und darbt, führt die Erfolgsautorin im besetzten München ein süßes Leben: »Wir waren betrunken von Wein und Übermut und Verliebtheiten reihum. Auch ich habe meine Zurückhaltung aufgegeben, ich lag damals nicht nur in einem Paar Männerarmen. Einmal, wenn auch nur für Monate mußte ich auf diese Art leben dürfen.«⁴⁹

Als angeblich »politisch Verfolgte« ihres früheren Führers bekommt Luise Rinser Anfang 1948 die Genehmigung zum Zuzug nach München: »Durch den Umzug geht die Ehe mit Klaus Herrmann von selbst auseinander – ohne Streit, aber auch ohne Scheidung.«⁵⁰ Er zieht 1949 nach Weimar, tritt der SED bei und wird Generalsekretär der Deutschen Schillerstiftung.

In München wird Luise RINSER in die Wohnung eines »alten Nazis« eingewiesen, eines »SA-Führers mittleren Grades«, den man »enteignet«, vorübergehend, sehr vorübergehend«, aus seinen vier Wänden geworfen hatte.⁵¹ Dort bechert sie mit Johannes R. BECHER, der ihr eine Position mit Protektion in der SBZ anbietet, kokettiert mit Fritz KORTNER, der sie als Jeanne d'Arc anbetet. »Luise RINSER gefiel mir vom ersten Wort an«, gesteht Hermann KESTEN, der sich als einer der ersten einfindet und ein Care-Paket schickt.

Im Sommer 1949 lacht Luise sich Fritz LANDSHOFF an. Der »große Verleger des deutschen Exils«⁵² wird wegen seiner Rauschgiftsucht von seiner eigenen Frau geschnitten, Luise wird für zwei Jahre seine Gelieb-



Luise RINSER im Jahre 1948. (Interfoto)

⁴⁷ Als Buch erschienen 1948 bei Schleber in Kassel.

⁴⁸ José SÁNCHEZ DE MURILLO, *Luise* Rinser, aaO. (Anm. 9), S. 229.

⁴⁹ Luise RINSER, Den Wolf umarmen, aaO. (Anm. 24), S. 405.

50 José Sánchez de Murillo, Luise Rinser, aaO. (Anm. 9), S. 241.

51 Luise RINSER, Den Wolf umarmen, aaO. (Anm. 24), S. 406.

52 Elisabeth WEHR-MANN, »Großer Verleger des deutschen Exils«, in: *Die Zeit*, 12. 3. 1982.

Sie standen Luise Rinser nahe, von Iinks: Johannes R. BECHER, Fritz KORTNER, Hermann KESTEN, Carl ORFF.









53 José Sánchez de Murillo, *Luise Rinser*, aaO. (Anm. 9), S. 250.

⁵⁴ SÁNCHEZ DE MURILLO, ebenda, S. 293.

55 Peritus (von lat. oklug, kundig, erfahren) ist die lateinische Bezeichnung für einen Konzilstheologen in beratender Funktion.

56 P. Ralph M.
WILTGENS SVD, The
Rhine Flows into the
Tiber, New York
1967, deutsche
Übersetzung: Der
Rhein fließt in den
Tiber. Eine Geschichte
des Zweiten Vatikanischen Konzils, Feldkirch ²1988, S. 82.
57 Luise RINSER,

Luise RINSER, Unterentwickeltes Land Frau. Untersuchungen, Kritik, Arbeitshypothesen, Würzburg 1970. te. Im Fischer-Verlag, an dem LANDSHOFF beteiligt ist, erscheint 1950 ihr Roman *Mitte des Lebens*. Die feministische »Geschichte einer Nonkonformistin« wird ihr größter Erfolg.⁵³

Nach der Allianz mit Landshoff und der Scheidung von Klaus Herrmann lernt Luise 1952 den verheirateten Carl Orff kennen. Der Komponist der *Carmina Burana* läßt sich von seiner aktuellen Ehefrau Gertrud schuldige scheiden und heiratet Luise am 6. März 1954 vor dem Standesamt in Riederau am Ammersee. In Dießen erwerben die frischgebackenen Ehegatten ein Objekt und bauen es zum Traumhause aus. Als der Haussegen schief hängt, sucht und findet Luise Trost beim Ettaler Benediktiner-Abt Johannes Maria HOECK.

Nach der Scheidung von dem »depressiven und kapriziösen« ORFF am 22. Dezember 1959 bezieht Luise Rinser eine Wohnung in Rom. Als 1962 das Zweite Vatikanische Konzil ausbricht, wird sie von deutschen Blättern als Korrespondentin akkreditiert. Die »Prophetin einer radikalen franziskanischen Liebe« (Süddeutsche Zeitung) bildet mit ihrem Benediktinerabt und dem nicht minder in sie verliebten Jesuiten Karl RAHNER ein »klerikales Liebesdreieck«.54

RAHNERS Rivale HOECK, von Luise abgekürzt »M.A.« (Mein Abt«), ist Konzilsvater mit Stimmrecht, RAHNER selbst berät als »Peritus«⁵⁵ den Wiener »Fehlerkardinal«. In seiner Konzilskritik mit dem vielsagenden Titel Der Rhein fließt in den Tiber zeigt P. Ralph M. WILTGEN SVD (1921–2007) auf, wie der »theologische Astronaut« (Der Spiegel über RAHNER) mit Hilfe ihm höriger Hierarchen die Kirche auf den Kopf stellte.⁵⁶

Auch Luise, für den linkskatholischen Heinrich BÖLL das »Gewissen Deutschlands«, mischt mit in Kirche und Politik, ficht für den Feminismus⁵⁷ und für die »Emanzipation der Frau in der Kirche«, zetert gegen den »mörderischen« Zölibat, nimmt die Schwulen in Schutz, legt sich für die Zigeuner ins Zeug und verfaßt ein Elaborat über Frauen im Knast: »Meine Erfahrung im Gefängnis hat mein Leben bestimmt.« Das Urteil über die Kaufhausbrandstifter scheltend, schreibt sie an den Frankfurter Oberlandesgerichtspräsidenten, »daß gerade jene Menschen, die der Gesellschaft ihrer Zeit gegenüber als Rebellen auftraten, dieje-

nigen waren, welche die Geschichte vorantrieben, indem sie Mißstände aufzeigten und den Anstoß zu wichtigen Veränderungen gaben«.58

Ab 1964 lebte Luise in ihrem neu erbauten Haus in Rocca di Papa in den Albaner Bergen. Am 4. Januar 1970 steht das flüchtige RAF-Pärchen Andreas Baader und Gudrun Ensslin vor der Tür. Luise hilft bereitwillig weiter und schreibt an Gudruns Vater, den Stuttgarter Pfarrer Helmut

ENSSLIN: »Gudrun hat in mir eine Freundin fürs Leben gefunden.«59 Am 1. Februar 1970 bittet die Schriftstellerin den Bundespräsidenten Gustav Heinemann um Begnadigung der zu einer Haftstrafe von drei Jahren verurteilten Brandstifter. Das Gnadengesuch wird abgewiesen.

Als man BAADER und ENSSLIN im Juni 1972 wieder eingefangen hatte, bedauerte die Polizei: »Eine Überprüfung der Schriftstellerin Luise RINSER, die

sich zur Zeit im Stuttgarter Raum aufhält, konnte bisher nicht erfolgen.« Auf dem Höhepunkt des »Deutschen Herbstes«60 erinnert die Illustrierte Quick an RINSERS Rolle als Sympathisantin der Terroristen. Diverse Dichterlesungen fallen daraufhin ins Wasser. Baden-Württembergs Ministerpräsident Hans Filbinger (CDU) wünschte der Protestbewegung viel Erfolg im Kampf gegen Luise RINSER. Diese wiederum setzt – ver- Wissenschaftlern und filmt unter der Regie ihres Sohnes Stephan – den Kindern unseres Volkes ein dramatisches Denkmal: In der pseudonymisierten Hauptfigur erkennt man die Terroristin Ulrike MEINHOF.

Luise RINSER (mit Sonnenbrille) und Günter GRASS (mit Basken-

mütze) gehörten zu den rund 50 Schriftstellern, Künstlern, Politikern, die 1983 vor dem mutmaßlichen Standort von Pershing-II-Raketen in der Waldheide bei Heilbronn demonstrierten. Foto: Picture-Alliance.

⁵⁸ Luise RINSER, Wer wirst den Stein? Zigeuner sein in Deutschland. Eine Anklage, Stuttgart 1985.

⁵⁹ An den Kaufhaus-Brandstiftungen in Frankfurt am Main am 2. 4. 1968 waren die späteren Mitbegründer der Rote Armee Fraktion, Andreas BAADER und Gudrun Ensslin, beteiligt. Zusammen mit Thorwald Proll und Horst Söhn-LEIN legten sie nachts in zwei Kaufhäusern drei Brände und wurden am 31. 10. 1968 zu jeweils drei Jahren Zuchthaus verurteilt. Der Schaden betrug rund zwei Millionen Mark.

⁶⁰ Butz Peters, Tödlicher Irrtum. Die Geschichte der RAF, Berlin 2004, S. 135.

Als Weggefährtin Willy Brandts und Anhängerin seiner Ostpolitik⁶¹ wirft sich die »Parteigängerin der undogmatischen Linken« (Ursula Ho-



Luise RINSER in ihrem Haus bei Rom 1971.

MANN) wiederholt für die Roten in den Wahlkampf. Schreitend Seit' an Seit' mit Heinrich Böll. und Günter Grass kämpft die »Diva der Friedensbewegung« (Der Spiegel) gegen deutsche Notstandsgesetze und westliche Nachrüstung. Sympathisierend mit der nicht weißen Terroristin Angela Davis («KPd US»), macht die »Mutter Zivilcourage der deutschen Nachkriegsliteratur« (abermals Der Spiegel) bei Sitzblockaden vor dem US-Stützpunkt Mutlangen mit.

Im Schmucke des ihr 1977 vom

liberalen Bundespräsidenten Walter Scheel verliehenen Großen Verdienstkreuzes des Verdienstordens der BRD6 bewirbt sich Luise für die Grünen um das Amt des Bundespräsidenten, unterliegt aber bei der Wahl am 23. Mai 1984 ihrem Gegenkandidaten Richard von Weizsäcker. Von der DDR wird sie 1985 mit der Johannes-Bobrowski-Medaille, 1987 mit dem Heinrich-Heine-Preis und dem Heinrich-Mann-Preis ausgezeichnet. Im indischen Exil führt sie einen »geistespolitischen Dialog« mit dem Dalai Lama, im iranischen Ayatolla Chomeini (1902–1989) sieht sie ein »leuchtendes Vorbild für die Länder der Dritten Welt«.

Von sich behauptet sie: »Ich war ja schon 1932 gegen den Nationalsozialismus, und das sage ich heute nicht etwa, weil ich gerne möchte, daß es so gewesen sei.«⁶² Mit ihrer Rolle als fiktive Antifaschistin, die nie im Leben etwas anderes gewesen sei, verschmolz die Selbstdarstellerin in einem Maße, daß sie ihre gegenteilige Vergangenheit völlig vergaß. Hans Dieter Schafer erblickt in diesem Verhalten einen »psychopathologischen Reflex, mit dem aus Scham die Fakten mit erstaunlicher Leichtigkeit umgewertet wurden«.⁶³

⁶¹ Als ›Deutscher Herbst‹ werden Zeit und Atmosphäre in Westdeutschland im September und Oktober 1977 bezeichnet.

⁶² Luise RINSER über die von BRANDT am 7. Dezember 1970 in Warschau verübte Würdelosigkeit: »Um dieses Kniefalls willen wird Brandt in die Geschichte der Humanitas eingehen, und man wird von ihm sprechen, wenn niemand mehr die Namen seiner Widersacher wissen wird.« (José SÁNCHEZ DE MURILLO, *Luise Rinser*, aaO. [Anm. 9], S. 335)

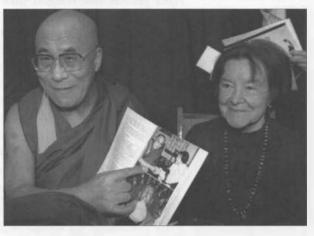
⁶³ Friedmar APEL, »Nie sollst du mich befragen«, Rez. zu José Sánchez de Murillo, *Luise Rinser*, ebenda.

Als die Deutschland-Stiftung 1968 den sudetendeutschen Publizisten Emil FRANZEL mit dem Konrad-ADENAUER-Preis auszeichnete, nannte Luise RINSER in einem Offenen Brief den Preis eine »offizielle Belohnung für Opportunisten« und erinnerte daran, daß FRANZEL »zwischen 1933 und heute von Rot nach Braun und von Braun nach Schwarz überwechselte«.64 Der Angegriffene wehrte sich mit dem öffentlichen Hinweis auf Luisens »braune Schwächeanfälle«, die fiktive Antifantin zog vor Gericht und blitzte ab: Mit Beschluß vom 6. November 1968 stellte das Amtsgericht München fest, daß dem Beklagten der Wahrheitsbeweis geglückt sei. Luise RINSER habe »in der Zeit der nationalsozialistischen Herrschaft ein Gedicht veröffentlicht, das in dem für die damalige Zeit typischen Stil und Inhalt abgefaßt ist und bei einem objektiven Leser den Eindruck hervorrufen muß, die Verfasserin sei eine überzeugte Nationalsozialistin«. Die zweite Instanz, das Landgericht München I, bestätigte im April 1969 die Entscheidung und wies die Berufung der Klägerin ab (Az.: 46 BS 587/1969).

Mit »rattenhafter Wut« (Heinrich BÖLL) verteidigte die »Autorin mit den zwei Gesichtern« (3sat) ihren angeschlagenen Ruf.







⁶⁴ Zit. bei: Michael Kleeberg, »Luise Rinsers Vergeßlichkeit«, aaO. (Anm. 23), S. 105.

Michael Kleeberg stellt in seinem Spiegel-Essay fest: »Das Fasziniertsein von und die Hinwendung zu Führern zieht sich durch ihr gesamtes Leben.« Von oben: Luise Rinser mit dem koreanischen Diktator Kim Il. Sung 1986; Rinser mit dem gewählten Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker 1984; Rinser mit dem 14. Dalai Lama 1995.

⁶⁵ » Wanzen vom Leibe«, in: *Der Spiegel*, Nr. 20/ 1968, S. 58.

66 Jürgen Martin Möller, »Deutschlands brennendes Blutk« in: taz, 10. 2. 1988, S. 14.

67 »Verfolgt in alle Ewigkeit? Anmerkungen zu Luise Rinser«, in: National-Zeitung, 29. 1. 1988, S. 5; Diana Orendi, »Luise Rinser's Escape into »Inner Emigration« in: Neil H. Donahue u. Doris Kirchner, Flight of

Perspectives on Inner Emigration in German Literature 1933–1945, New York–Oxford 2005, S. 199–210, hier: S. 203.

Fantasy. New

68 Diana ORENDI HINZE, »The Case of Luise Rinser. A Past That Will Not Die«, in: Elaine MARTIN (Hg.), Gender Patriarchy. Fascism in the Third Reich. The Response of Women Writers, Detroit 1993, S. 141–168, hier: S. 166, Anm. 3. Kurt Ziesel, Herausgeber des *Deutschland-Magazins*, habe ihr die Urheberschaft am Hitler-Gedicht untergejubelt, log sie, dies sei ihm durch einstweilige Verfügung untersagt worden. Darauf kam es im Dezember 1975 neuerlich zum Prozeß. Vom Oberlandesgericht München wurde die Verleumderin zum Widerruf ihrer Falschbehauptung verurteilt. Ihre Widerrufserklärung erschien im Mai 1981 im *Deutschland-Magazin*.

Nach diesen Niederlagen mußte sie ihren gerichtlichen Widerstand gegen die Titulierung als ›Nazi-Poetin‹ aufgeben. So kehrte sie zum Leugnen zurück. Zunächst bestritt sie die Urheberschaft am HITLER-Gedicht, dann erklärte sie es zu einem im Gemeinschaftswerk von NS-Gegnern im Arbeitsdienst, darunter Berliner Kommunisten, die mit dem Ausdruck »Führer« vielleicht gar nicht HITLER, sondern STALIN gemeint hätten. Von ihr stammten nur ein paar Zeilen, das ganze sei als Schock- und Spottgedicht gemeint gewesen, eine Satire, um »die Nazis zu veräppeln«.65

In der Sendung »Schreiben unterm Hakenkreuz«, im Januar 1988 ausgestrahlt vom Westdeutschen Rundfunk, wusch sie ihre Hände in Unschuld: Befragt über die Liste ihrer Publikationen zwischen 1935 und 1945, gab sie sich vergeßlich: »In Wirklichkeit war ich von Anfang an gegen die Nazis, und ich dachte, man könne manche Sache noch durch Teilnahme retten«, redete sie sich heraus.⁶⁶

»Die meisten Journalisten zeigten sich bereit, die Bedeutung der Jugendsünden der betagten Dichterin herunterzuspielen, nicht zuletzt im Hinblick darauf, daß diese Bewertung von der Masse der Rinser-Verehrer geteilt wird«, vermutet Diana Orendi. »Eine Ausnahme bildete die National-Zeitung, mit deren Herausgeber sich Luise seit den frühen sechziger Jahren mit Klagen und Gegenklagen bekriegte. Es ging um die Frage, ob das Blatt sie als Nazi-Schriftstellerin bezeichnen dürfe. Rinser verlor die meisten dieser Prozesse, dies mag mit ein Motiv für den Umzug nach Italien gewesen sein.«

Als Diana Orendi sie dort besuchte und auf die NS-Zeit ansprach, geriet Luise in Wut: »Aus Rinsers Reaktion ist zu schließen, daß dieses Thema für sie eine Quelle der Qual ist. Wie sich herausstellt, führt direkte Konfrontation in ihrem Fall nicht zur Wahrheit.«⁶⁷ An Michael Kleeberg, der sie um Auskunft über die Echtheit des Hitler-Gedichtes bat, schrieb sie 1996, »wer ihr zutraue, so etwas jemals geschrieben zu haben, mit dem wolle sie nichts zu tun haben«.⁶⁸

Jedes Bemühen, die Wahrheit zu ergründen, versuchte die »streitbare Volksschriftstellerin« (*literaturkritik*) zu Lebzeiten mit wüsten Beschimpfungen und der Androhung juristischer Klagen zu unterdrücken. Erst nach ihrem »Leben zwischen Wahrheit und Lüge« (*Neues Deutschland*)

war es möglich, eine Biographie zu erstellen, um mit Unwahrheiten und Legenden aufzuräumen.

Die »Nazi-Pädagogin im Heldenmäntelchen« (Abendzeitung, München) sei nach dem Krieg von der Öffentlichkeit in die Rolle der »deutschen JEANNE D'ARC« gedrängt worden, beschwichtigt SANCHEZ allerdings: Die Deutschen hätten eine Integrationsfigur gebraucht – irgendwann habe sie

dann selbst geglaubt, diese Figur sein zu können.

Gutmenschlichem Schuldkult huldigte Luise RINSER mit ihrem Roman Jan Lobel aus Warschau (1948), der die Rettung eines polnischen KZ-Flüchtlings durch Frau und Tochter eines deutschen Frontsoldaten schildert. »Als erste Deutsche machte sie nach dem Krieg Front gegen das Schweigen über den Holocaust«, lobt Ursula Homann: ⁷⁰ Zum Jahrestag der ›Kristallnacht‹ schlug Luise am 9. November 1951 den katholischen Spitzenpolitiker Alois Hundhamer in die Flucht. Mit Geld und schönen Worten wolle man das Nazi-Grauen vergessen machen, der Papst, der soviel wußte, habe geschwiegen, die Kirche mit den Verbrechern gemeinsame Sache gemacht, tobte sie im Münchner Maximilianeum. Landtagspräsident Hundhammer verließ aus Protest den Saal. Tags darauf wehrte die Presse den »Schweren Angriff der Schriftstellerin Luise Rinser gegen die Katholische Kirche« ab. ⁷¹

Ob der Optik setzte sich die »Königin der Ungeniertheit« (*Die Welt*) mit Vorliebe in aufgelassenen KL in Szene. Beim Ausflug nach Auschwitz fällt sie in Ohnmacht angesichts dort ausgestellten Frauenhaares: »Die Haare kamen nach Bayern, in eine Textilfabrik bei Ingolstadt, da machte man Steifleinen daraus«, kündet der KL-Führer. »Damals trugen wir in Deutschland Leichenhaar unter unsern Mantelkragen, wir wuschen uns mit Seife aus Leichenfett, hatten Lampenschirme aus Menschenhaut und trugen Schmuck aus den ausgeschlagenen Goldzähnen der Leichen«, schweift Luise weiter und beschwert ihren Schreibtisch demon-

strativ mit einem Ziegelstein vom Krematorium Birkenau.⁷²

Am laufenden »Babycaust« hingegen, dem in die Millionen gehenden immerwährenden Abtreibungsmord an ungeborenen Kindern, hat die »gefühlsstarke Tugendboldin« (*Der Spiegel*) nichts auszusetzen. Unverschämt dreht die »beharrlichste Ich-Sagerin der deutschen Nachkriegsliteratur« den Spieß um und wirft dem Heiligen Vater vor, in seiner Enzyklika *Humanae vitae*⁷³ »der Sünde des Mordes Tür und Tor zu öffnen«, da das Verbot der Empfängnisverhütung die Abtreibung fördere.⁷⁴ **Fred Duswald**

Ursula HOMANN,
 »Wer war Luise Rinser?«, aaO. (Anm. 5).
 José Sánchez de Murillo, Luise Rinser, aaO. (Anm. 9),
 S. 265.

⁷² Luise RINSER, Grenzübergänge Tagebuch-Notizen, Frankfurt/ M. 1977, S. 24 f.; dies., Saturn auf der Sonne, S. 241.

⁷³ Humanae Vitae, abschätzig als ›Pillenenzyklika‹ bezeichnet, wurde am 25. 7. 1968 als siebente und letzte Enzyklika des Papstes PAUL VI. veröffentlicht. Sie trägt den Untertitel Ȇber die rechte Ordnung der Weitergabe des menschlichen Le-

bens«.

Grenzübergänge. Frischungsfahren:
Werdam, Cornon-han, Ausbriet:
Sonjec Usten Moken, Leningel, Aley, Corgan,
Justification, John,
Justification, John,
Benach in einem Kloster.
Westlichen
Westlichen
Westlichen
Westlichen
Lengungen met Gilmerden Früstener.
Die makket Linke, Postgraph 218.

Tagrhuch Notigen - Fischer

⁶⁹ Michael Klee-BERG, »Luise Rinsers Vergeßlichkeit«, aaO. (Anm. 23), S. 102.

⁷⁴ Luise Rinser, »Offener Brief an den Erzbischof von München-Freising, Julius Kardinal Döpfner«, vom 1. 8. 1968, in: Ferdinand Oertel (Hg.), Erstes Echo auf Humanae Vitae. Dokumentation wichtiger Stellungnahmen zur umstrittenen Enzyklika über die Geburtenkontrolle, Essen 1968, S. 44 ff

Die Spiegel-Affäre 1962

¹ Wikipedia-Artikel »Spiegel-Affäre«. URL: http:// de.wikipedia.org/ wiki/Spiegel-Aff%C3%A4re ² Ronald BERT-HOLD, Ȇberreaktion mit Langzeitwirkung«, in: Junge Freiheit, 41/12 vom 5. Oktober 2012, S. 19.

Bundeswehrübung mit einer US-Rakete des Typs ›Honest John‹ im Jahre 1959. Die *Spiegel*-Affare 1962 gilt bis zum heutigen Tag als Geburtsstunde einer kritischen Öffentlichkeit in der Bundesrepublik Deutschland. Angesichts einer Obrigkeit, die gegen ein mißliebiges Presseorgan repressiv vorgegangen sei, habe sich unter den Bundesbürgern erstmals ein spontaner und engagierter Protest formiert. In dem *Wikipedia*-Artikel zur *Spiegel*-Affäre heißt es:

»Die Spiegel-Affäre 1962 war eine politische Affäre in der Bundesrepublik Deutschland, bei der sich Mitarbeiter des Nachrichtenmagazins Der Spiegel auf Grund eines kritischen Artikels der Strafverfolgung wegen angeblichen Landesverrats ausgesetzt sahen. Es war das erste Ereignis in der Nachkriegsgeschichte, zu dem die westdeutsche Öffentlichkeit spontan und engagiert politisch Stellung nahm, weil sie darin einen Versuch sah, ein mißliebiges Magazin zum Schweigen zu bringen. Der Ausgang der Affäre, in deren Verlauf die Bundesregierung umgebildet werden mußte, wird aus heutiger Sicht als Stärkung der Pressefreiheit in Deutschland angesehen.«¹

In der Tat blieb es bis heute in der Bundesrepublik einmalig, daß die Obrigkeit mehr als einen Monat Redaktionsräume von Polizei besetzen läßt und Journalisten an ihrer Arbeit zu hindern versucht – ein offener

Angriff auf die Pressefreiheit. Deren schleichende Aushöhlung hat sich allerdings in der Zwischenzeit stetig fortgesetzt und wurde von der Presse selbst vorangebracht, denn diese verhält sich in der Gegenwart überwiegend staatstragend und enthält sich harscher Kritik am Regierungshandeln.²

Zu Beginn der sechziger Jahre verhielt sich dies noch ein wenig anders. Vor dem Hintergrund der Kubakrise, die im Herbst 1962 die Welt an den Rand eines Atom-

an den Rand eines Atomkrieges brachte, erschien am 10. Oktober 1962 im Nachrichtenmagazin Der Spiegel von dem stellvertretenden Chefredakteur Conrad AHLERS der



Artikel»Bedingt abwehrbereit«. Ahlers, der 1968 der SPD beitrat und in der Amtszeit von Bundeskanzler Willy Brandt (SPD) 1969 bis 1972 als beamteter Staatssekretär dessen Regierungssprecher war, stellte unter Berufung auf Ergebnisse des NATO-Manövers »Fallex 62« die Behauptung auf, daß die Bundeswehr nicht dazu fähig sei, einen Angriff des Warschauer Pakts mit konventionellen Waffen abzuwehren. Nur durch Einsatz von Atomwaffen könne ein Angriff des Ostens abgewehrt werden.³

Wie es weiterging, ist bekannt: Nachdem der Freiherr VON DER HEYDTE - damals im Rang eines Obersten der Reserve stehend – gegen die Redaktion des Spiegels Strafanzeige wegen Landesverrats erstattet und die Bundesanwaltschaft beim Bundesverteidigungsministerium – geleitet von Franz-Josef Strauss (CSU) - ein Gutachten eingeholt hatte, kam es zu den gewünschten Haftbefehlen (23. Oktober 1962). Die erließ der Ermittlungsrichter beim Bundesgerichtshof, und sie betrafen mehrere Redakteure des Spiegels, worunter sich auch Conrad Ahlers sowie der Chefredakteur und Herausgeber Rudolf Aug-STEIN befanden. Während letzterer sich am 26. Oktober stellte, wurde Ahlers auf Veranlassung von Strauss im Urlaub in Spanien von der dortigen Polizei verhaftet. Daß STRAUSS im Bundestag leugnete, in diese Vorgänge verstrickt zu sein, brachte ihn als Verteidigungsminister zu Fall. Denn Bundeskanzler Konrad ADENAUER (CDU), der die Handlungen von Strauss gebilligt und ihn zu Beginn gedeckt hatte, ließ ihn fallen, als die fünf FDP-Bundesminister aus Protest gegen STRAUSS geschlossen zurücktraten. In dem am 19. November 1962 neu gebildeten Bundeskabinett war STRAUSS nicht mehr vertreten. Doch er verzichtete darauf, ADENAUER als seinen Komplizen bloßzustellen, und somit konnte der Kanzler (»Wir haben einen Abgrund von Landesverrat im Lande«, 7. November 1962 im Bundestag) bis zu seinem ohnehin fest vorgesehenen Rücktritt am 15. Oktober 1963 im Amt bleiben.4





Von oben: Die Verhaftung von Spiegel-Herausgeber Rudolf Augstein am 27. Oktober 1962 – er blieb 103 Tage in Haft; Conrad Ahlers nach seiner Verhaftung in Frankfurt/M.

³ Ebenda.

⁴ Vgl. aus der Vielzahl von Literatur zu der Spiegel-Affäre: Hans-Joachim Schöps (Hg.), Die Spiegel-Affäre des Franz Josef Strauß, Reinbek bei Hamburg 1983; David Schoenbaum, Ein Abgrund von Landesverrat. Die Affäre um den »Spiegel«, Neuauflage, Berlin 2002.

Die Spiegel-Affäre 1962



5 Jan ŠEINA, We will bury you, London 1982. Der Titel dieses Buches (dt.: Wir werden Euch begraben) beruht übrigens auf einem berühmten Ausspruch von KPdSU-Generalsekretär Nikita S. CHRU-SCHTSCHOW, Er tätigte ihn am 18. November 1956 bei einem Empfang westlicher Botschafter in der sowietischen Vertretung in Polen.



Brian CROZIER.

Wie aber gelangten die Dokumente, die die *Spiegel*-Affäre auslösten, überhaupt in die Hände des Hamburger Nachrichtenmagazins? Stammten diese Informationen etwa gar von kommunistischen Geheimdiensten? Bis in unsere Tage ist die Frage der Herkunft nicht wirklich geklärt worden. Die These, daß Geheimdienste des Ostblocks hinter dem Ganzen steckten, wurde wesentlich von dem 1968 in den Westen übergelaufenen CSSR-Geheimdienstoffizier Jan Šejna genährt, der der CIA sein immenses Wissen preisgab. In seiner enthüllenden Publikation mit dem Titel *We will bury you*⁵, von der bislang keine deutsche Ausgabe existiert, berichtet Šejna, der Ostblock habe alles getan, um die CDU/CSU und speziell ihre Anführer – wie etwa Franz Josef Strauss – in Verruf zu bringen. Durch hervorragende Verbindungen zu westdeutschen Magazinen seien diese Diffamierungskampagnen ohne Probleme möglich gewesen.

1977 will es Walter Hahn, ein US-amerikanischer Geheimagent mit österreichischen Wurzeln, von Überläufer Šejna noch expliziter vernommen haben: Es sei vom Ostblock Berechnung gewesen, mittels Veröffentlichung der NATO-Papiere durch den *Spiegel* einen Skandal auszulösen und so Strauss unter Druck zu setzen. Bei seinem leicht aufbrausenden Wesen habe man eine Überreaktion von ihm einkalkuliert, mit der er sich noch stärker in Schwierigkeiten bringen würde. Laut Šejna war der damalige Innenminister der CSSR und Leiter der dortigen Staatssicherheit, Rudolf Barak, Urheber der *Spiegel*-Operation. Ilja Dschirkwelow, früher beim KGB, sagte überdies aus, der Sekretär des ZK der KPdSU, Boris N. Ponomarjow, habe eingestanden, daß der Ostblock den *Spiegel* zu einer Diskreditierung von Strauss benutzt habe.

Die hier wiedergegebenen Informationen hat übrigens der am 4. August 2012 im Alter von 94 Jahren verstorbene Anglo-Australier Brian Crozier gesammelt. Er war als Globetrotter u. a. Journalist und Publizist, aber auch politisch tätig – und zwar für alle wesentlichen Spionageorganisationen des Westens. Antikommunist aus Überzeugung, hat Crozier mit seinen Berichten über die *Spiegel*-Affäre erstaunlicherweise in der Bundesrepublik Deutschland kaum Resonanz gefunden. Die von ihm betonte Rolle des Ostblocks kommt in den Berichten hierzulande so gut wie gar nicht zur Sprache, und die Literatur dazu ist bis heute nicht einmal ins Deutsche übersetzt worden – bezeichnend.

Matthias Gallas

⁶ Vgl. dazu: Junge Freiheit, Nr. 41, 2012, S. 19.

⁷ Vgl. dazu: ebenda.

⁸ Vgl. dazu: ebenda.

⁹ Vgl. in diesem Zusammenhang seine Autobiographie: Brian CROZIER, Free agent. The unseen war, 1941–91, New York 1993.

Linke Bombe auf jüdische Synagoge

Bei Attentaten auf jüdische Synagogen und Gemeindehäuser in der Bundesrepublik wurden und werden in der Öffentlichkeit meist zunächst Angehörige der Rechten als Täter vermutet. Wenn sich Spuren zu linken Vereinigungen auftun, werden derartige Hinweise von den ermittelnden Behörden oft weniger beachtet oder ganz vernachlässigt. So wurde auch das Attentat vom 9. November 1969 – am Jahrestag der Kristallnacht – auf das Berliner jüdische Gemeindezentrum zunächst den Rechten in die Schuhe geschoben. Eine Bombe war in dem Gebäude niedergelegt worden, die nur nicht explodierte, weil die Drähte bereits korrodiert waren. Der damalige Chef der Berliner jüdischen Gemeinde, Heinz GALIN-SKI, rief sofort entsetzt einen »Aufstand der Anständigen« gegen die vermuteten rechten Täter aus.

Die ersten Spuren bei diesem Anschlag wiesen jedoch auf linke Täter hin, und da es dabei blieb und keine rechten Terroristen gefunden werden konnten, versandete die Nachforschung. Auch als wenige Monate später im Februar 1970 ein Attentat auf ein jüdisches Altenheim in München durchgeführt wurde, bei dem sieben Bewohner ums Leben kamen, blieb dieses Verbrechen unaufgeklärt, wobei von der Polizei Indizien für Täter aus dem linken Milieu entdeckt wurden.

Im Jahre 2005 erschien das Buch Die Bombe im jüdischen Gemeindehaus, 1 in dem der promovierte Politologe Wolfgang KRAUSHAAR, der am Ham- der Berliner Fasanenburger Institut für Sozialforschung tätig war, seine jahrelangen Recher-

1 Wolfgang KRAUS-HAAR, Die Bombe im jüdischen Gemeindehaus, Hamburger Edition, Hamburg 2005

Das jüdische Gemeindehaus in straße.



Linke Bombe auf jüdische Synagoge



Wolfgang Kraushaar.

chen zum oben erwähnten Attentat von 1969 veröffentlichte. Diese ergaben unter anderem: 1973 wurde der Westberliner Linksextreme Michael BAUMANN von DDR-Grenzern gefangengenommen und längere Zeit verhört. Die nach der Wende einsehbaren Stasi-Protokolle dieser Vernehmung sagen Entscheidendes aus. Darin hatte BAUMANN als Haupttäter des Anschlags auf das Gemeindezentrum Albert FICHTER, der unter den Spitznamen ›Abbi‹ und ›Udo‹ tätig war, genannt. Als der spätere Buchautor Kraushaar Fichter persönlich befragte, gab dieser zu, die Bombe in das Gemeindezentrum gelegt zu haben. Durch eine weitere Zeugin wurde diese Aussage bestätigt. Nun kam auch heraus, daß der Verfassungsschutzagent Peter Urbach die Bombe geliefert hatte. »Geistiger Kopf und Anstifter des antijüdischen Terrors aber war nach Aussage Fichters und Ermittlungen Kraushaars der APO-Aktivist Dieter Kunzelmann, Mitbegründer der Kommune Ic, der ersten linksradikalen Wohngemeinschaft Deutschlands.«2 Von diesem werden zahlreiche antisemitische Äußerungen überliefert. Später, im Herbst 1973, wurde Kun-ZELMANN wegen anderer Straftaten zu einer Haftstrafe von 21 Monaten verurteilt.

Nach dem Erscheinen des Kraushaar-Buches stellte die Süddeutsche Zeitung die berechtigte Frage: »Was wußten eigentlich die Behörden, und wurde in Berlin die Strafverfolgung eines geplanten Mordanschlags gar von Amts wegen vereitelt? Das müßte dann auch heute noch justiziabel sein!« Doch auch der Waffenlieferant Peter Urbach wurde nicht zur Rechenschaft gezogen.

Der Buchautor Kraushaar urteilt, daß »eine deutliche, antisemitische Spur durch die Praxis des linken Terrorismus« geführt habe, eine Spur, »die von Texten von Ulrike Meinhof über die Selektion jüdischer Passagiere in Entebbe 1976 bis zum Mordanschlag auf russische Juden 1991 reicht, an dem die RAF beteiligt war.«³

Rolf Kosiek

³ Ebenda.

² mb, in: Nation-Europa, Nr. 9, 2005, S. 25.

Zum Traditionserlaß der Bundeswehr von 1992

Die Bundeswehr tut sich schwer mit ihrer Tradition. Sie wurde zwar von Tausenden von Offizieren aus der Wehrmacht des Zweiten Weltkrieges aufgebaut, darunter von Hunderten von Ritterkreuzträgern, deren Dienste und Erfahrung man gern sich bediente, hat sich aber zunehmend im Geiste der inneren Führung von der Wehrmacht entfernt und unter SPD-Verteidigungsministern sich schließlich ausdrücklich von ihr distanziert. In der Zentralen Dienstvorschrift (ZDV) der Bundeswehr von 1992 hat sie sich ganz von der Wehrmacht losgesagt. Die Führung der Bundeswehr hat dann auch jede Zusammenarbeit mit dem Orden der Ritterkreuzträger abgelehnt und sie der Bundeswehr untersagt.

Zur Richtigstellung sei die Erklärung eines Obersten der Bundeswehr, 1939 bis 1945 Frontsoldat (Infanterist) von Verdun bis Stalingrad und vom Monte Cassino bis zum Plattensee, angeführt.

»Im Gegensatz zu den Bestimmungen der neuen ZDV 10/1 der Bundeswehr: >lassen eine Bindung der Tradition an die Wehrmacht. . . nicht zu, stelle ich zur Traditionswürdigkeit der Deutschen Wehrmacht fest:

1. Die Kriege Deutschlands von 1939 bis 1945, darunter insbesondere auch die gegen Polen und Rußland, waren mindestens ebenso eerecht wie zahlreiche Kriege der Siegermächte in aller Welt nach 1945!

2. Deutschland führte Krieg gegen eine haushohe militärische Übermacht. So standen sich zum Beispiel am 22. Juni 1941 gegenüber: deutscherseits rund 5600 Panzer (davon im Osten nur 3200 Panzer bei insgesamt 3,8 Millionen Soldaten) und sowjetischerseits rund 20000 Panzer (bei insgesamt 4,7 Millionen Soldaten im Westteil der Sowjetunion).

Dem Kampf der Deutschen Wehrmacht gegen die Sowjetunion ist es allein zu verdanken, daß Westeuropa und Westdeutschland nicht dem sowjetischen Imperium einverleibt und bolschewisiert wurden. Wir haben der Welt 1941-45 die Augen geöffnet, welches gewaltige Militärpotential in der Sowjetunion für die Weltrevolution angehäuft worden war.¹

3. Die deutsche Wehrmacht wurde in einem historisch einmaligen Ausmaß aus den eigenen Reihen heraus verraten, und dies insbesondere auch durch deutsche Offiziere in den höchsten Stäben.

So erhielten zum Beispiel die Sowjets während des gesamten Ostfeldzugs täglich die deutschen Frontanweisungen aus Berlin (Deckname des Absenders war Lucy, offensichtlich im Oberkommando des Heeres) über einen Verbindungsmann in der Schweiz – Alexander FOOTS (Lausanne). Dieser gab das genaue Angriffsdatum sowie Stärke und Gliederung der deutschen Ostarmee nach Moskau durch, ferner stets - also fortwährend - Angriffsrichtungen und -ziele der deutschen Einzelope-



Volker Rühf (CDU). ab 1992 Verteidigungsminister, entschied, das beabsichtigte Traditionskapitel nicht in die Zentrale Dienstvorschrift der Bundeswehr aufzunehmen.

Zum Traditionserlaß der Bundeswehr von 1992

rationen.² Dennoch haben die deutschen Soldaten die großen Anfangserfolge in (dem voll kriegsbereiten und mit seinen Truppen in Angriffsdislozierung befindlichen) Rußland erzielt.

Wie großartig muß in Anbetracht des dargestellten Verrats ihr Kampfgeist gewesen sein, zumal wenn man bedenkt, daß von den mehr als 10 Millionen deutschen Soldaten jeweils nur etwa eine Million im Kampfeinsatz standen!

Wir haben einen gerechten Kampf geführt und haben als Soldaten nichts zu bereuen! Der tapfer, opferbereit und ehrenhaft für sein Volk und Vaterland kämpfende deutsche Soldat der Wehrmacht ist deshalb ein einzigartiges Vorbild auch für die derzeitigen deutschen Streitkräfte.«

Hans Gierschke

¹ Marschall Schukow hält in seinen *Erinnerungen und Gedanken* (1969) zum Beispiel fest, daß laut Erklärung des sowjetischen Vertreters in der Sitzung der Militärmission der UdSSR, Großbritanniens und Frankreichs am 15. 8. 1939 in Moskau die Sowjetunion im Falle eines Krieges gegen Deutschland innerhalb von 20 Tagen 120 Infanteriedivisionen, 16 Kavalleriedivisionen, 5000 schwere Geschütze, bis 10 000 Panzer und bis 5500 Flugzeuge zum Durchmarsch insbesondere durch Polen bereitstellen wird. (Die Polen verweigerten jedoch damals den Durchmarsch, und so scheiterte dieser Plan zunächst.) Nach Schukow erhielt die Rote Armee von der Industrie allein vom 1. 1. 1941 bis 22. 6. 1941 rund 90 000 neue Geschütze und über 7000 neue Panzer (deutsche Panzer im Osten am 22. 6. 1941: 3200).

² Nach Ploetz, Geschichte des Zweiten Weltkrieges, 1960, 2. Teil, S. 817. Außerdem sei zum Beispiel verwiesen auf den laufenden Verrat der Angriffstermine für den Westfeldzug durch den Obersten OSTER (unter Admiral Canaris), den Verrat durch die Rote Kapeller bis 1943 und die irreführenden Prognosen des Gehlen-Dienstes über die sowjetischen Angriffsschwerpunkte im Herbst 1942 (als – neben dem Oberbefehlshaber der Wehrmacht – auch jeder erfahrene Obergefreite mit Hilfe einer Gesamtlagekarte den Haupt-Angriffsschwerpunkt Stalingrad leicht hätte voraussagen können).

³ So erlebte ich zum Beispiel als zur Front fahrender Wiedergenesender im Sommer 1942 von Krakau aus über Kiew, Charkow usw. ukrainische Städte, in denen sich mehr deutsche Soldaten als einheimische Zivilisten aufzuhalten schienen – während ich schließlich nach Rückmeldung bei General von Hartmann am Don südlich Kalatsch (kurz vor dem Angriff auf Stalingrad) eine Schützenkompanie mit 12 Mann Gefechtsstärke und 2 LMG führte, die einen Abschnitt von ca. 3 km Breite zu verteidigen hatte. Ein besonderes Kapitel ist schließlich der erlebte monatelange Nicht-Einsatz großer kampferfahrener Reserven in Divisionsstärke in einer kritischen Operationssphase unmittelbar westlich des Einschließungsringes von Stalingrad. Zu welchem Urteil kam wohl damals ein denkender und kriegserfahrener Soldat?

Die Märchen des Simon Wiesenthal

Anderenorts¹ haben wir schon über Simon WIESEN-THAL und seine Legenden geschrieben und dabei eine ganze Reihe von falschen Darstellungen des ›Nazijägers‹ angeführt. Die Liste soll um weitere Beispiele vermehrt werden.

Am 25. Mai 1945 tischte WIESENTHAL dem ›US Camp Commander Mauthausen‹ auf, daß seine Eltern von den Nazis ermordet worden seien. »Während dieser Zeit geriet mein Leben mehrmals in höchste Gefahr, und ich verlor beide Eltern, die von den Nazis umgebracht wurden.« Dagegen schrieb er in seinen Erinnerungen Mörder unter uns von 1967,² daß sein Vater als k. u. k. Reserveoffizier 1915 im Ersten Weltkrieg an der Front fiel und daß sein Stiefvater in ein »sowjetisches Gefängnis verbracht« wurde, »wo er bald darauf starb«.



Simon Wiesenthal.

Er soll – nach eigenen Angaben –
1200 »Nazis« vor
Gericht gebracht
haben. Bruno Kreisky meinte sogar:
»Ich warte nur darauf, daß Herr Wiesenthal nachweist,
daß auch ich bei
der SS gewesen
bin.« Zitiert in: Der
Spiegel, aaO.
(Anm. 5), S. 55.

Über seine Haft in Konzentrationslagern machte er sehr unterschiedliche Angaben. So sprach er einmal von fünfzehn verschiedenen Lagern, zu denen er überführt wurde; das andere Mal gab er elf Lager an, dann führte er acht Lager auf.

Der österreichsiche Bundeskanzler Gorbach bedauerte, daß Wiesenthal alte Wunden wieder aufreiße. Bundeskanzler Kreisky, selbst von jüdischer Abstammung, erklärte, daß Wiesenthals Tun »von Haß diktiert« sei und bestenfalls als eine »gefährliche G'schaftelhaberei« bewertet werden könne. Er bezichtigte den ›Nazi-Jäger«, mit den Methoden der Mafia zu arbeiten.³

Bei seiner Verabschiedung aus Österreich erklärte dessen Bundeskanzler Schüssel: »Er hat vorgelebt, daß die Genauigkeit im Umgang mit der Wahrheit unabdingbar ist.« Richtiger ist aber wohl, was die *ARD* am 8. Februar 1996 in ihrer Sendung »Panorama« brachte: »Wiesenthal hat ein gebrochenes Verhältnis zur Wahrheit. Er ist mehr Maulheld als Held. Er ist hoch dekoriert mit falschen Lorbeeren.«⁴

Der Spiegel⁵ beschreibt Wiesenthals Aufspüren Anton Burgers so: »Ein Irrtum. Ein glücklicher Beifang. Der Tippgeber Simon Wiesenthal feierte den Zufallstreffer kurz nach Kriegsende: Natürlich sei er dabei gewesen, malte Wiesenthal aus. . . Aufhebens um sich und seine Erfolge zu machen war die Masche des Nazi-Jägers, der darob weltberühmt wurde.« Selbst Wiesenthals Biograph, der israelische Autor Tom Segev,⁶ attestiert ihm eine schädliche »Neigung zu Phantastereien«.

¹ Rolf Kosiek u. Olaf Rose (Hg.), Der Große Wendig, Bd. 2, Grabert, Tübingen ⁵2012, S. 165ff.

² Simon Wiesen-THAL, *Die Mörder* unter uns, 1967. ³ Gerhard Frey

³ Gerhard Frey (Hg.), *Prominente* ohne Maske, FZ, München 1984, S. 485.

⁴ Zitiert in: Weitblick, Nr. 75, Dezember 2005, S. 2.

⁵ Der Spiegel, Nr. 36, 2010, S. 52.

⁶Tom Segev, Simon Wiesenthal. Die Biographie, Siedler, München 2010.

Zur Zahl der Überlebenden von KLs im Jahre 1999



Norman G. FINKELSTEIN.

Bei den Verhandlungen über die Höhe der Wiedergutmachung an Überlebende war deren damalige Zahl natürlich wichtig. In seiner Studie zur *Holocaust-Industrie*¹ gab Norman G. FINKELSTEIN dazu an: »Während einer Besprechung im Außenministerium im Mai 1999 nannte Stuart Eizenstat eine Gesamtzahl von 70 000 bis 90 000 noch lebender Zwangsarbeiter, Juden wie Nichtjuden. Damit läge die Zahl der noch lebenden jüdischen Zwangsarbeiter bei 14 000 bis 18 000 (20 Prozent von 70 000 bis 90 000)«.

Aber als die neuerlichen Verhandlungen mit Deutschland begannen, »verlangte die Holocaust-Industrie Entschädigungen für 135 000 noch lebende ehemalige jüdische Zwangsarbeiter. Die Gesamtzahl der noch lebenden ehemaligen Zwangsarbeiter (Juden wie Nichtjuden) wurde mit 250 000 angegeben«.² Und FINKELSTEIN stellte daraus fest: »Anders ge-

sagt, die Zahl noch lebender ehemaliger jüdischer Zwangsarbeiter hat sich seit Mai 1999 auf fast das Zehnfache erhöht«.³

Der US-Historiker folgert daraus: »Wenn aber heute noch 135 000 ehemalige jüdische Zwangsarbeiter am Leben sind, dann müssen ungefähr 600 000 den Krieg überlebt haben. Das übertrifft die anerkannten Schätzungen um mindestens eine halbe Million.«³ Diese Zahlen müßten von den Gesamtzahlen der jüdischen Opfer abgezogen werden. »Die Zahlen der Holocaust-Industrie nähern sich rasch denen der Holocaust-Lügner.«³ Wenn aber 600 000 jüdische Häftlinge den Krieg überlebt hätten, dann müßten insgesamt sogar 3 Millionen Lagerinsassen überlebt haben.⁴

Rolf Kosiek



Wiedergutmachungsdemo im Jahre 1949. Der Jewish Claims Conference (JCC) gewährt die Bundesrepublik Deutschland unter anderem einen jährlichen Pauschalbetrag zur Unterstützung von Maßnahmen der medizinischen und der Altenpflege für Holocaust-Überlebende (2013: 136,7 Millionen Euro. Quelle: Auswärtiges Amt.

¹ Norman G. FINKELSTEIN, Die Holocaust-Industrie. Wie das Leiden der Juden ausgebeutet wird, Piper, München 2000, S. 132.

² Ebenda.

³ Ebenda, S. 133.

⁴ Ebenda, S. 133 f.

Messerschmidt zu Rheinwiesenlager widerlegt

Der frühere Leitende Direktor des Militärgeschichtlichen Forschungsamtes (MGFA) in Freiburg, Manfred MESSERSCHMIDT, war gekennzeichnet durch seine von Haß erfüllten und abwertenden Äußerungen sowie unzutreffenden Feststellungen über die deutsche Wehrmacht. Der angesehene General d. Bw. KARST äußerte einmal, MESSERSCHMIDT sei »unrühmlich bekannt für seinen bereits ans Pathologische grenzenden Haß auf die Wehrmacht. . . Er durchstreift die deutsche Vergangenheit weniger als objektiver Forscher denn als Polizist, der Verbrecher sucht«. So war es auch bezeichnend, daß MESSERSCHMIDT versuchte, in der FAZ² die Aussagen von James BACQUES³ über die Hunderttausende von Toten unter den deutschen Gefangenen in den Rheinwiesenlagern und ähnlichen im Frühsommer 1945 und die Verantwortung des alliierten Oberbefehlshabers Dwight D. EISENHOWER dafür zu entkräften. Seine Verharmlosungen wurden kurz darauf von Leserbriefen mehrerer Zeitzeugen mit Recht und überzeugend richtiggestellt. Insbesondere ist seine Angabe von nur 3053 Toten in amerikanischen Lagern völlig falsch, und der Hinweis auf die vielen Hungertoten unter den russischen Gefangenen 1941 ist fehl am Platze.

Der spätere Professor Dr. med. Helmut GÜTTICH, Gauting, schreibt, er habe als junger Assistenzarzt an der Universitätsklinik in Köln 1945 erlebt, wie die Sieger auch frisch Amputierte aus den Lazaretten auf überfüllten Trucks in das Lager Remagen gebracht hätten: »Dazu gellen mir noch die amerikanischen Kommandos im Ohr: ›Mack snell, mack snell!« Das wurde mit Kolbenstößen unterstützt. Es gab niemand, der mir später berichtet hätte, die Verpflegung (in dem US-Lager Remagen, R. K.) sei auch nur ungefähr ausreichend gewesen. Alle berichteten über Hunger und Durst. Wochenlang mußten die Gefangenen in dem überfüllten Lager bei Nässe in kalten Nächten kampieren. Niemand nahm auf Verwundete Rücksicht.« Während die große Zahl russischer Gefangener, die MESSERSCHMIDT anführte, im Herbst 1941 nicht voraussehbar gewesen war und deshalb Hungertote zu beklagen waren, kannten die Alliierten 1945 genau die Menge der auf sie zukommenden Gefangenen. Die Verpflegungslager seien gefüllt gewesen, dennoch seien den deutschen Gefangenen lange Zeit nichts und dann Hungerrationen zugebilligt, an

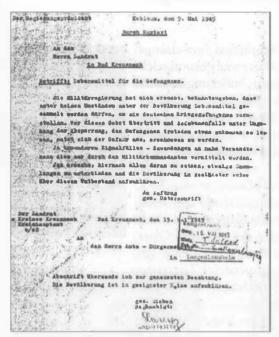


Manfred Messerschmidt.

¹ Zitiert von Generalmajor d. Bw. a. D. Dr. Jürgen Schreiber in: »Eine Phalanx gegen Dr. Messerschmidt«, in: *Soldat im Volk*.

² Manfred Messerschmidt, »Entstehung und Ende der Millionen-Legende«, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 1. 2. 1994.

Messerschmidt zu Rheinwiesenlager widerlegt



Anweisung an den Landrat von Bad Kreuznach vom 9. Mai 1945, der zufolge »unter keinen Umständen Lebensmittel [für die Kriegsgefangenen] unter der Bevölkerung gesammelt werden dürfen«.



Dieses Foto verdeutlicht die in den Rheinwiesenlagern herrschenden verheerenden Zustände.

denen viele gestorben seien Auch für die von der Haager Landkriegsordnung verbotenen »Transfers« deutscher Gefangener an die Sowjets sei Eisenhower schuldig gewesen.³

Als ein 1945 an die Russen Transferiertere beschrieb Dr. Klaus Fahlbusch seine Erlebnisse, wobei den amerikanischen Wachmannschaften wahrscheinlich klar war, was Kriegsgefangenschaft in der Sowjetunion bedeuten könnte«.4

In einem anderen Leserbrief⁵ heißt es: »Wer selbst gesehen hat, wie seine (EISENHOWERS, R. K.) Soldaten befehlsgemäß auf deutsche Zivilisten schossen, die Brot oder Kartoffeln über die Drahtzäune der sogenannten »Freilager« zu den verhungernden Gefangenen zu werfen versuchten, vermag solche Erscheinungen nicht kühlrational zu betrachten.«⁵

In einem weiteren Leserbrief⁶ weist ein Ehemaliger des Lagers Bad Kreuznach im Mai und Juni 1945 darauf hin, daß die US-Verpflegungslager gefüllt waren – wie Bacques auch nachweist – und daß die alliierten Truppen und die Zivilbevölkerung genügend hätten versorgt werden können. Dennoch sei den Gefangenen Hunger als erzieherische Maßnahme verordnet worden. Messerschmidts Hinweis auf die Lage der russischen Gefangenen von 1941 sei mit der der deutschen 1945 gar nicht vergleichbar. Die deutschen Verantwortlichen haben 1941 alles getan, um der Schwierigkeiten Herr zu werden und die russischen Gefangenen zu ernähren.

Rolf Kosiek

³ James Bacques, *Der geplante Tod. Deutsche Kriegsgefangene in amerikanischen und französischen Lagern 1945/1946*, Ullstein, Frankfurt/M.–Berlin 1989.

⁴ Leserbrief des Prof. Dr. med. Helmut GÜTTICH, Gauting, »Überstellte deutsche Kriegsgefangene nicht gezählt«, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 10. 2. 1994.

⁵ Leserbrief des Dr. Klaus Fahlbusch, Darmstadt, »Die Opfer des ›Transfers‹« in: ebenda.

⁶ Leserbrief des Dr. Albert RIESTER, Stuttgart, »Freiburger Mohrenwäsche«, in: ebenda.

Geschichtsfälschung in Ulmer Museum

In der Zeit vom 11. September 2009 bis zum 10. Januar 2010 fand im Donauschwäbischen Zentralmuseum in Ulm eine Ausstellung statt, die zuvor in Neusatz (Novi Sad) in der Batschka gezeigt worden war und anschließend von Ulm nach Brüssel wanderte.

Von dieser Ausstellung kann zunächst gesagt werden, daß sie insgesamt handwerklich-professionell mit einem graphisch sehr ansprechenden Katalog verbunden wurde. Als Veranstalter zeichneten das Museum der Vojvodina und das Donauschwäbische Zentralmuseum in Ulm. In dieser Reihenfolge erfolgte auch die Auswahl und die Festlegung der Kommentartexte im Katalog. Dadurch, daß die Serben die deutschen Mitarbeiter des Donauschwäbischen Zentralmuseums über den Tisch ziehen konnten, wurden die Nachkriegsereignisse mit dem nachweisbaren Völkermord zwischen 1944 und 1948 mit rund 64 000 Ermordeten in völlig einseitiger Weise zugunsten der serbischen Seite und zu Lasten der Donauschwaben dargestellt und verfälscht. Dagegen hat weder die Augsburger Museumsleitung noch der baden-württembergische Innenminister RESCH als Träger und Finanzier, trotz eines massiven Protestes von seiten der Donauschwäbischen Kulturstiftung, Einspruch erhoben. Im Gegenteil: Nicht einmal der Mangel an Quellenangaben für alle fragwürdigen oder gar falschen Angaben hat etwas bewirkt. Eine kleine Auswahl aus dem Katalog Daheim an der Donau soll die Einseitigkeit und Geschichtsfälschung beispielsweise belegen.



Daheim – Ausstellungsplakat.

Falschdarstellung der Hinrichtung von 18 Serben am 22. April 1941 in Pancevo:

In der Ausstellung wurde ein Bild von einer Hinrichtung optisch überdeutlich in den Raum gestellt. Die Aussage dieses Bildes wurde am 13. September 2009 in einer Ausstellungsbesprechung von einem Reporter als »Auftakt einer unfaßbaren Menschenjagd« bezeichnet und mit Wollust breitgetreten.

Richtigstellung:

Vorausgegangen waren im Jahre 1941 nach der Kapitulation der jugoslawischen Wehrmacht im Raum Pancevo die Ermordung mehrerer Donauschwaben und Überfälle von Partisanen auf Angehörige der Wehrmacht. Als dann auch zwei deutsche Soldaten ermordet wurden, erfolgten Gegenmaßnahmen. Bei Razzien wurden 18 bewaffnete Partisanen festgenommen, vor Gericht gestellt und nach internationalem Kriegsrecht zum Tode verurteilt und hingerichtet. Die belegten Vorgänge wurden von der Staatsanwaltschaft Darmstadt geprüft und das Verfahren am 28.

Geschichtsfälschung in Ulm

Nach dem Fiasko der Anti-Wehrmachtausstellung steht fest, daß es sich bei der Ermordung zweier deutscher Soldaten in Pancevo um einen freischärlerischen Anschlag gehandelt hat. »Ein Standgericht genügte den Anforderungen des damals geltenden Kriegsvölkerrechts in vollem Maße.« (Walter Post)



September 1973 eingestellt, weil durch Dokumente und Zeugenaussagen die Rechtmäßigkeit der Hinrichtungen bewiesen wurde. Doch das Foto von der Hinrichtung an der Friedhofsmauer wurde weltweit und auch in der verfälschenden Wehrmachtausstellung als Beweis für die Brutalität der HEER-REEMTSMA-Wehrmacht mißbraucht.

Falsche Zahlenangaben der Serben über die geflüchteten Zivilpersonen:

Schautafel und Katalog, S. 65: ». . . die deutsche Bevölkerung wurde im Herbst 1944 evakuiert oder flüchtete für immer.«

Katalog, S. 69: »Die Deutschen Truppen zogen sich zurück, und mit ihnen machte sich auch der größte Teil der donauschwäbischen Zivilbevölkerung auf die Flucht.«

Schautafel und Katalog, S. 72: »Der größte Teil von ihnen war noch vor dem Vorrücken der Roten Armee im Herbst 1944 geflohen.«

Katalog, S. 73: »Innerhalb weniger Wochen flüchteten ca. 225.000 Deutsche aus der Vojvodina.«

<u>Katalog, S. 215:</u> »Zur Hand ging dabei der Rückzug des größten Teils der Deutschen aus diesem Gebiet infolge der Angst vor der Roten Armee und der Volksbefreiungsarmee.«

Richtigstellung:

Allein in der Vojvodina lebten vor der Flucht, Ende 1944, insgesamt 512 000 donauschwäbische Zivilpersonen. Davon sind 137 000, also 44 Prozent, geflüchtet und nicht zurückgekehrt. 375 000, also 56 Prozent, fielen dem Tito-Regime in die Hände.

Geschichtsfälschung in Ulm

Falschdarstellung der Vertreibungszahl

<u>Katalog, S. 73</u>: Vertreibungen aus den Häusern – Viele oder alle?

»Viele Donauschwaben wurden aus ihren Häusern getrieben.«

Stellungnahme:

Bekanntlich befahl die AVNOJ¹ mit ihrem Beschluß vom 21. November 1944 die Enteignung aller Deutschen Jugoslawiens, sofern sie nicht Partisanenkämpfer waren oder in »gemischten Ehen« (Ehe mit Slawen oder Magyaren) lebten. Folglich wurde die überwiegende Zahl der Donauschwaben »aus ihren Häusern getrieben«, enteignet und zwischen Dezember 1944 und August 1949 in Lagern interniert. Nach Auflösung der Lager Anfang 1948 konnten sie nicht in ihre Häuser zurückkehren.



Historische Aufnahme: Deutsche Hanfbauern in der Batschka beim Hanfbündeln. Der feuchte und zugleich warme Boden der Batschka bot sich den Kolonisten als Hanfbaugebiet geradezu an. Aus: Bernd G. Längin, Deutsche Bilder, Augsburg 1990.



Karte: Historische Siedlungsgebiete der Donauschwaben.

¹ Am 26. November 1942 war in Biha im Nordwesten Bosniens unter kommunistischer Leitung ein *Antifasistiko veenarodnod oslobodjena Jugoslavije (Antifaschistischer Rat der Volksbefreiung Jugoslawiens, AVNOJ)* als oberstes Legislativorgan zur Befreiung der Völker Jugoslawiens ins Leben gerufen worden.

Geschichtsfälschung in Ulm

Opferzahlen nach jugoslawischen Angaben

Katalog, S. 216: »Der Zweite Weltkrieg hat großes Leid über die Bevölkerung der Vojvodina gebracht und zu einer Veränderung ihrer ethnischen Struktur geführt. Einige jugoslawische Forschungen gehen von einer Zahl von 76 000 Getöteten aus. Die meisten Opfer waren Serben (33 000), dann Juden (27 000), Deutsche (15 000) und andere Ethnien.«

Stellungnahme:

Die 15 000 getöteten Deutschen entsprechen in etwa den bis Kriegsende gefallenen donauschwäbischen Soldaten (nur!) aus der Vojvodina. Die Gesamtzahl der Opfer der Donauschwaben aus der Vojvodina im Zuge des Zweiten Weltkrieges liegt bei einer Mindestzahl von 73 000. Davon waren 53 000 Zivilpersonen und 20 000 Soldaten. Davon sind 5000 Soldaten nach Kriegsende in jugoslawischer Gefangenschaft umgekommen.

Hans Meiser

Übersicht: Völkermord des kommunistischen Tito-Regimes in Jugoslawien:

Anzahl der Zivilpersonen der deutschen Volksgruppe:	540.000
davon fielen unter das Tito-Regime:	200.000
1941 bis 1944 durch Partisanenüberfälle ermordete Zivilisten:	1.500
1944 bis 1945 ermordete Männer und Frauen:	9.500
1944 bis 1948 gingen von 170 000 internierten Kindern,	
Greisen und Frauen, vor allem in den Todeslagern,	
meist durch Hunger und Seuchen, elend zugrunde:	51.000
1944–1946 von in die UdSSR Verschleppten starben:	2.000
A A	

64.000

Damit sind zusammen von 200000 Zivilpersonen mindestens 64 000 einem Völkermord anheimgefallen – also fast ein Drittel.



Die Arbeit des Arbeitskreises Dokumentation in der Donauschwäbischen Kulturstiftung, München, ist besonders verdienstvoll. Er gab u.a. folgende Bücher heraus: Leidensweg der Deutschen im kommunistischen Jugoslawien (4 Bde.), München 1991–1995, und Verbrechen an den Deutschen in Jugoslawien 1944–1948. Die Stationen eines Völkermordes, München 1998.

Zum Hitler-Gruß von Joseph Ratzinger

»X für U — Bilder, die lügen«, hieß eine Ausstellung, die nach einem Konzept von Jürgen Reiche erstmals bis Februar 1999 im Bonner ›Haus der Geschichte stattfand und seither als Wanderausstellung in zahlreichen Städten gastierte. Sie führt Grundmuster der Bildmanipulation vor, wie sie in den Medien zur Täuschung täglich zur Anwendung kommen, aber selten beanstandet werden. So haben die TV-Nachrichten Bilder von aufgebahrten Toten in Syrien gezeigt, die angeblich Opfer des staatlichen Terrors geworden wären. Tatsächlich stammten die bereits ein Jahr alten Aufnahmen aus dem Irak.

Die Veranstalter der Wanderausstellung hatten beabsichtigt, auch jenen Bildausschnitt als aktuelles Exponat auszustellen, das seit längerem im Internet, unter anderem bei *Youtube*, einer antikirchlichen Polemik dient. Auf dem Bild ist zu sehen, wie Joseph RATZINGER, der spätere Papst BENEDIKT XVI., den rechten Arm zum HITLER-Gruß erhoben hat. Im Bildkommentar wird das jedenfalls so gedeutet, und dazu wird behauptet, daß RATZINGER dieser Geste auch ein (schallendes?) »Heil Hit-

ler!« hinzugefügt habe.

Von einem Essayisten und Schriftsteller kann und sollte man nicht erwarten, daß er wahre Geschichten schreibt. Ein Roman ist kein Tatsachenbericht. Wenn der Verfasser aber gleichzeitig, wie Eric Frattini (*1963), als Dozent, Universitätsprofessor in Madrid und Professor an Polizeischulen einen Ruf zu verteidigen hat, sollte man annehmen, daß er beim Schreiben seiner Bücher die Faktenk sorgfältig recherchiert hat. Leider ist dem nicht so, zumindest im Falle des Ratzingerk-Bildes. Denn dieses fand indirekt sogar Eingang in sein letztes Buch. Frattini veröffentlichte zwar nicht das Bild, zitierte es aber als glaubwürdiges »Dokument«, das beweise, daß der junge Ratzinger im Gewand eines Priesters (!) den Hitler-Gruß entboten und damit seine nationalsozialistische Gesinnung offenbart habe.

Tatsächlich handelt es sich bei dem Bild um eine bewußte, gezielt böswillige, antikirchliche Manipulation, die abermals beweist, wie leicht man mit Bildern lügen kann – etwa durch Retuschieren oder durch Bildmontagen. Im Falle des Ratzinger-Bildes lügt aber nicht das Bild selbst – es zeigt in der Tat, daß Ratzinger den rechten Arm erhoben hat –, sondern hier lügt der Urheber, indem er das Bild mit einer falschen Unterschrift versehen hat. Das Originalbild stammt nämlich von der Primiz (erste Messe), die Joseph Ratzinger gemeinsam mit seinem Bruder Georg am Tag nach seiner Priesterweihe am 30. Juni 1951 (!) in der Pfarrkirche von Traunstein feierte. Das ganze Foto dokumentiert den Primizse-

Zum Hitler-Gruß von Joseph Ratzinger





gen, den die beiden Neupriester den versammelten Gläubigen spendeten.

Es hatte also genügt, in boshafter Absicht jenen Teil des Bildes auszuschneiden, der nur den jungen RATZINGER mit erhobenem rechten Arm zeigt und den ebenso zum Segen erhobenen linken wegzulassen, und schon wurde aus dem segenspendenden Priester RATZINGER per Bildbeweist der Nationalsozialist RATZINGER.

Statt des schallenden HITLER-Grußes erfolgt jetzt ein schallendes Gelächter in Richtung Frattini. Daß ein renommierter Universitätsprofessor in einem laut Eigendarstellung »fundierten und quellengestützten Sachbuch« nicht nur unkritisch eine üble Manipulation übernimmt, sondern sie als glaubhaften Beweis anführt, ist eines Universitätsprofessors unwürdig und nicht hinnehmbar. Es zeigt wieder einmal, daß der quellengestützte investigative Journalismus in den Medien immer mehr von Manipulateuren ersetzt wird. In einem Europa, in dem Politiker ihre Ziele mit Lügen und Vertragsbrüchen zu erreichen suchen, verwundert das nicht mehr.

Hans Meiser

¹ Eric Frattini, Jahre der guten Predigt und schlechte Ernten: Geschichten von Päpsten Homosexuellen, Pädophilen, verheiratet, inzestuös, pervers, A. Salani Verlag, Mailand 2010.

Die Zeit verweigert Revisionismus zum Ostfeldzug

Ab Mitte der achtziger Jahre des vorigen Jahrhunderts wurden, vor allem in der beginnenden Perestroika in der Sowjetunion, aus sowjetischen Archiven und durch Fachleute wie den russischen Militärgeschichtler V. Suworow¹ Dokumente verfügbar, die eindeutig auf den Präventivcharakter des Ostfeldzuges hinwiesen. Joachim HOFFMANN, Mitarbeiter des Militärgeschichtlichen Forschungsamtes (MGFA) in Freiburg, hatte solches schon 1983 in seinem Beitrag für das mehrbändige Standardwerk über den Zweiten Weltkrieg angedeutet, weswegen er seinen Beitrag erst juristisch erkämpfen mußte.² Sogar in der nicht dem Revisionismus verschriebenen Frankfurter Allgemeinen Zeitung wurde die neue Sicht 1986 vertreten.³

Bezeichnenderweise wandte sich dann aber die linkslastige Wochenzeitung *Die Zeit*⁴ gegen die neuen Erkenntnisse, weil nicht sein kann, was nicht sein darf. Sie versuchte mit zwei ausführlichen Beiträgen aus der Linksfraktion des Militärgeschichtlichen Forschungsamtes⁴ von Rolf-Dieter MÜLLER und Wolfram WETTE, die neuen Erkenntnisse abzustreiten und mit Häme die alte, Deutschland unberechtigt belastende und von STALIN stammende Umerziehungsthese von »HITLERS Überfall auf die friedliebende Sowjetunion« zu verteidigen. So wehrte sich MÜLLER gegen die Neuerungen, indem er einfach erklärte: »Die wissenschaftlichen Fragen sind längst beantwortet« – als würden nicht laufend noch neue Erkenntnisse zu berücksichtigen sein. Wieviel Neues ergab sich durch die Öffnung der sowjetischen Archive? Wie ein alliierter Chefankläger stellte MÜLLER die Vorwürfe gegen Deutschland zusammen, die den »An-



Rolf-Dieter MÜLLER.

¹ Viktor Stworow »Wer plante wen im Juni 1941 anzugreifen, Hitler oder Stalin?« in: Rolf Kosiek, *Historikerstreit und Geschichtsrevision*, Grabert, Tübingen 1986, S. 200–217; ders., *Der Eisbrecher. Hitler in Stalins Kalkül*, Klett-Cotta, Stuttgart ²1989; ders., *Der Tag M*, Klett-Cotta, Stuttgart 1995.

² Joachim Hoffmann, »Die Kriegführung aus der Sicht der Sowjetunion«, in: Militärgeschichtliches Forschungsamt (MGFA) (Hg.), Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg, Bd. 4: Der Angriff auf die Sowjetunion, 1983; ders., »Stalin wollte den Krieg«, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 16. 10. 1986; Ernst Topitsch, Stalins Krieg, 1985; Max Klüver, Präventivschlag 1941, Druffel, Leoni 1986.

³ Günther GILLESEN, »Wollte Stalin im Sommer 1941 das Deutsche Reich angreifen?«, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 20. 8. 1986; ders., in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 25. 2. 1987.

⁴ Rolf-Dieter Müller, »Der andere Holocaust«, in: *Die Zeit*, 1. 7. 1988; Wolfram Wette, »Verteidigungslügen«, in: *Die Zeit*, 8. 7. 1988.

Die Zeit verweigert Revisionismus zum Ostfeldzug



Viktor Suworow. Er eröffnete in den achtziger Jahren die Präventivkriegsdebatte.

griffs- und Vernichtungskrieg« belegen sollten, zählte die angeblichen Kriegsziele Hitlers im Osten auf (Lebensraum, Unterdrückung, Welteroberung), die seit *Mein Kamp*f unverändert geblieben seien, und beschrieb den »anderen Holocaust« – so der Titel seines Beitrages – , den die Deutschen mit der Sowjetunion vorgehabt hätten. Er widerlegte nicht die neu vorgebrachten Begründungen für den Präventivkrieg, sondern wiederholte die herrschende Meinung: »Es ging um die Vernichtung des östlichen Nachbarn, um die Auslöschung des russischen Volkes.« Zu Stalins Aufmarsch in offenbar offensiver Absicht schwieg er, weil das alles für den Präventivkriegscharakter spricht.

Die »Mär vom deutschen Präventivkrieg gegen Rußland« zu widerlegen, nahm sich Wolfram Wette in der nächsten Ausgabe der Zeit vor. Er wandte sich gegen die »Äußerungen konservativer Historiker (z. B. Klaus Hildebrand und Ernst Nolte), die an der Überfall-These zweifeln und statt ihrer die Legende wieder zu verbreiten trachten, Hitler sei Stalin vielleicht doch nur zuvorgekommen. Er habe einen Präventivkrieg« führen müssen.« Wette versuchte gleich im ersten Teil seiner Ausführungen, anstatt sich mit den Argumenten der Revisionisten zu befassen, diese in die rechte Ecke abzudrängen. Parallel zum Historikerstreit von 1986 seien Versuche »in der rechten Presse« zu beobachten gewesen, »den Überfall der deutschen Wehrmacht auf die Sowjetunion zu verharmlosen, gar als »Präventivschlag« umzudeuten«. Viel Mühe wandte Wette auf, um die Verbindung zur deutschen Rechten darzulegen, also die Faschismus-Keule zu schwingen, und auf diese Weise die neue Anschauung unglaubwürdig zu machen: »Am äußersten rechten Rand unseres

Schon zu Beginn der dreißiger Jahre verstärkte Stalin die Aufrüstung der Sowjetunion. Im Jahre 1931 ordnete der Kreml-Chef an, daß die Rote Armee jedem künftigen Gegner überlegen sein müsse. Mit dem schweren Bombern TB-3 (Baujahr 1934) war auch die Möglichkeit vorhanden, den Aufbau der Luftlandetruppen voranzutreiben.



Die Zeit verweigert Revisionismus zum Ostfeldzug



Panzerfabrik in der Sowietunion in den dreißiger Jahren, Sta-LIN bereitete langfristig eine Großoffensive auf Westeuropa

politischen Spektrums war die - auf 1941 bezogene - Präventivkriegslegende schon immer heimisch. Mit jenen Unbelehrbaren ließ sich jedoch um so eher leben, als die seriöse deutsche Presse es mit der wissenschaftlichen Forschung hielt und den Angriffskrieg einen Angriffskrieg nannte. Seit dem Sommer 1986 schwappte die Präventivkriegsthese dann jedoch über das rechtsradikale Lager hinaus und erhielt zum Beispiel in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung mehr als ein halbes Jahr lang eine Plattform. Exotenmeinungen drohen nun, salonfähig zu werden.« Denn am 20. August 1986 hatte der Mainzer Journalistik-Professor Günther GIL-LESEN einen längeren Aufsatz in der FAZ unter dem Titel »Wollte Stalin im Sommer 1941 das Deutsche Reich angreifen?« veröffentlicht. Darin bejahte er diese Frage. In einem Beitrag am 25. Februar 1987 in der FAZ faßte er das Ergebnis der öffentlichen Diskussion zusammen: »Doch des sind wir verpflichförderten die Zuschriften der Kritik und Gegenkritik keinen Tatbestand und kein Argument zutage, die das von HOFFMANN und SUVOROV präsentierte Material der militärischen Aufklärungen hätten entkräften kön-

In den folgenden Jahren, insonderheit seit dem Zusammenbruch des Sowjetstaates um 1990, kamen weitere Dokumente aus Moskau hinzu, vor allem die geheimgehaltenen Reden STALINS vom 19. August 1939 sowie vom 5. Mai 1941, die offen die Angriffsabsichten des Kreml-Herrn Agitation, unsere Presbewiesen.

Eine der großen Lügen der Umerzieher und der Linken war damit aufgedeckt. Wegen der Rückzugsgefechte wie in der Zeit sollte es noch einige Zeit dauern, bis die neuen Erkenntnisse Allgemeingut weiter Kreise der Deutschen wurde.

Rolf Kosiek



Am 5. Mai 1941 erklärte Stalin: »Bei der Umsetzung der Verteidigung unseres Lantet, offensiv zu handeln. Wir müssen von der Verteidigung zur Militärpolitik des offensiven Handelns übergehen. Wir müssen unsere Erziehung, unsere Propaganda, se in einem offensiven Geist umbauen, Die Rote Armee ist eine moderne Armee, eine moderne Armee aber ist eine offensive Ar-

mee.«

Wir alle haben noch die Bilder der Jammergestalten vor Augen, als sie in Friedland aus den Bussen stiegen, Spätheimkehrer aus Rußland, die Bun-

deskanzler Adenauer 1955 der Sowjetregierung in zähem Ringen abgehandelt hatte. Es waren die letzten der über zweieinhalb Millionen deutschen Kriegsgefangenen, von denen die meisten in den Elendslagern Sibiriens umgekommen sind.

Sie alle hatten sich ihr Schicksal nicht ausgesucht, sie waren als Wehrmachtangehörige der Übermacht der Feinde erlegen, in Gefangenschaft geraten und hatten Furchtbares durchgemacht. Weil die Sowjets sie aus Gründen der Rache nicht als Soldaten, sondern als Kriegsverbrecher behandelten, drängte es sie bei der Rückkehr spontan zu beeiden, daß sie sich, entgegen den meist haltlo-

sen Anschuldigungen sowjetischer Politruk- und Militärrichter, nicht strafbar gemacht hätten. Die Hamburger Wochenschrift *Die Zeit* befragte dazu den deutschen Historiker für Neueste Geschichte Wolfram WETTE:

DIE ZEIT: Herr WETTE, als im Dezember 1955 die letzten Gefangenen heimkehrten, leisteten sie einen Eid vor dem deutschen Volk, daß sie in Rußland »nicht gemordet, nicht geschändet und nicht geplündert« hatten. Was ist dazu Ihre Meinung?

Wette: Ein kollektiver Meineid! Typisch für die damalige Zeit. Die Verbrechen der NS-Jahre wurden generell verleugnet. Und die Leute, die unter Adenauer gegen alles Kommunistische hetzten, waren mitunter dieselben, die unter Hitler antibolschewistische Propaganda betrieben hatten.

DIE ZEIT: Überall ging damals die Rede: Die Russen kommen!

Wette: Ja, das war die Angstphantasie der Westdeutschen, die der Wahrheit nicht ins Gesicht zu blicken vermochten. Sie fürchteten, was man den Russen angetan hatte, könnte nun ihnen zugefügt werden. Der Antibolschewismus der Nazizeit lebte im Antikommunismus des Kalten Krieges fort.

DIE ZEIT: Wie war das möglich? Wurde über den Ostkrieg nur geschwiegen?

Wette: Nein, überhaupt nicht. Aber daß es ein Krieg war, in dem die Deutschen mit allen geltenden Konventionen gebrochen hatten, darüber war nirgends etwas zu lesen.



Wolfram WETTE, Jahrgang 1940, promovierte 1971 in München mit einer Arbeit zu den Kriegstheorien deutscher Sozialisten, Von 1971 bis 1995 arbeitete er als Historiker am Militärgeschichtlichen Forschungsamt (MGFA) in Freiburg im Breisgau. 1990 habilitierte er sich an der Universität Freiburg mit einer Studie über Gustav Noske. Seit 1998 ist Wette als apl. Professor für Neueste Geschichte am Historischen Seminar der Universität Freiburg tätig. Letzte Veröffentlichung: Der deutsche Überfall auf die Sowjetunion, Neuausgabe, Verlag S. Fischer, Frankfurt a. M. 2011.

DIE ZEIT: Und die Kriegsursachen – wurde darüber diskutiert?

Wette: Es wurde die alte Nazi-Lüge verbreitet, man wäre Stalin nur zuvorgekommen.

DIE ZEIT: Als 1955 die Bundeswehr gegründet wurde, wollte man einen Trennungsstrich zur Wehrmacht ziehen. Ist das gelungen?

WETTE: Kaum. ADENAUER hat mal gesagt: Ja, soll ich denn die Bundeswehr mit lauter Leutnants aufbauen? Ich muß doch auf die alten Generäle zurückgreifen.

DIE ZEIT: In welcher Weise prägten sie die Erinnerungskultur der Armee?

Wette: Zum Beispiel, indem sie durch Nachtübungen verhinderten, daß sich die Soldaten bestimmte Fernsehdokumentationen am TV ansahen.

DIE ZEIT: Leitete die Wehrmachtausstellung 1995 eine neue Phase der Auseinandersetzung ein?

Wette: Eigentlich nicht, aber sie sorgte dafür, daß die Öffentlichkeit die kritische NS-Forschung zur Kenntnis nahm.

DIE ZEIT: Wieso konnte sich die Legende von der sauberen Wehrmacht so lange halten?

WETTE: Mehr als 18 Millionen dienten in der Wehrmacht, damit waren so gut wie alle Familien betroffen. Und das ist entscheidend für die kollektive Erinnerung. Der Widerstand gegen die Wahrheit war gewaltig.

DIE ZEIT: Haben Sie das zu spüren bekommen? Etwa nach Ihrer Veröffentlichung *Unternehmen Barbarossa*?

WETTE: Ja, das Buch war umstritten! Viele wollten nicht wahrhaben, daß unsere Soldaten Dörfer und Städte in Schutt und Asche gelegt haben, daß sie drei Millionen sowjetische Juden umgebracht haben und 30 Millionen verhungern lassen wollten.

DIE ZEIT: Hat die Erinnerung an den Rußlandkrieg heute einen festen Platz im kollektiven Gedächtnis der Deutschen?

Wette: Belegen läßt sich das nicht. Eins aber läßt sich mit Sicherheit sagen: Die Schuld am Vernichtungskrieg zu leugnen, ist heute nicht mehr möglich.

Sehr geehrter Herr WETTE, ich habe Ihr Interview aufmerksam gelesen und erlaube mir dazu einige Anmerkungen, die, wie ich fürchte, Ihre Aussagen kaum bestätigen dürften:

Der Eid »vor dem deutschen Volk«, Sie nennen ihn leichthin »Meineid«, war für die Spätheimkehrer kein Lippenbekenntnis. Es war ein Schrei



Spätheimkehrer in Friedland.

der Erlösung aus der Hölle der Sowjetunion und ein Dank an Kanzler Ade-NAUER, der sie befreit hatte. Sie wollten ihm damit zusichern, daß er Soldaten der Wehrmacht die Freiheit zurückgegeben hatte, nicht aber Kriminellen und Kriegsverbrechern. Eigentlich war ihr Eid unnötig, denn damals gab es keinen einzigen Deutschen, der den Kriegsdienst als Verbrechen gebrandmarkt hätte. Überall auf der Welt galt es als Ehrenpflicht des Soldaten, Volk und Heimat unter Einsatz des Lebens zu schützen.

Ebenso unnötig war es, »der Wahrheit über den Krieg mit der Sowjetunion ins Gesicht zu blicken«, denn die Wahrheit war allgemein bekannt. Sie ließ sich in einem Wort zusammenfassen: »Weltrevolution!« Und das war kein leeres Wort, wie man uns heute glauben machen will. Schließlich ist die Weltkriegskoalition der Alliierten darüber auseinander gebrochen. Denn die Westmächte hatten inzwischen erkannt, worum es Moskau zu tun war. Wollen Sie wirklich ernsthaft behaupten, Herr Wette, »der Antibolschewismus der Nazizeit lebte im Antikommunismus des Kalten Krieges fort?« Denken Sie doch einmal zurück: War es nicht die

Durch Partisanen verstümmelte deutsche Soldaten. Es ist verständlich, daß der Anblick solcher Greueltaten zu immer härteren Vergeltungsmaßnahmen bewog. Wegen der zu erwartenden besonders brutalen Kampfführung der Roten Armee wurden unter anderem Richtlinien für das Verhalten der Truppe in Rußland verfaßt, darunter das Merkblatt (siehe nächste Seite).



drängende Sorge der Westalliierten, auch Resteuropa könne noch an die Sowjets verlorengehen?

Sie sagen, es war die »Angstphantasie der Westdeutschen, daß die Russen kommen«, was den Westen in Alarmzustand brachte. Wer hat denn die Europäische Verteidigungsgemeinschaft und später die NATO ins Spiel gebracht? Wer drang auf die Wiederbewaffnung der Deutschen? Waren es nicht vornehmlich die Länder, die uns 1939 den Krieg erklärt haben? Gab es außer dem Koreakrieg nicht überall auf der Welt sowjetisch gesteuerte Aggressionen? Sprach man nicht vom Dominoeffekte?

Sie sagen es ja selbst, der Rußlandkrieg wurde in der Bundesrepublik nicht verschwiegen. Aber diejenigen, die es betraf, sind unter der Last der Traumata einfach verstummt. Nur so war es möglich, daß die Dinge durch die Wehrmachtausstellung auf den Kopf gestellt werden konnten. Und Sie werden sich wohl erinnern, daß bei dieser Art von Aufarbeitung der Kriegsursachen aus Gründen der Umerziehung nur diejenigen zu Wort kamen, die die Wahrheit quasi gepachtet hatten. Sie wissen genau, wer das war, denn das kam Ihnen ja durchaus zupaß. Und Sie müssen sich nicht als Märtyrer aufspielen, weil Sie gelegentlich auch mal Schelte bekommen haben, wie etwa im Militärgeschichtlichen Forschungsamt, aus dem man Sie hinaus komplimentiert hat.

Und Sie sagen ganz richtig: »Mehr als 18 Millionen Menschen haben die Wehrmacht durchlaufen, weshalb so gut wie alle deutschen Familien betroffen waren«, wobei Sie hinzufügen: »was in den Familien geschieht, ist oft entscheidend für die kollektive Erinnerung«. Das trifft in der

Merkblatt

Sieh' Dich vor!

Nach Bekanntgabe an die Truppe zu vernichten.

Der Sowjetfeind, den wir schlagen, hat in allen Kriegen, die er geführt hat, heimtlickische und unvorstellbar grausame Methoden angewandt, wie sie dem Charakter des Bobchewismus entsprechen. Die Methoden kennen, heisst gegen sie gewappnet sein. Höchstes Misstrauen ist überall am Platze. Stelle Dich u. a. auf folgende Arten der sowjetischen Kampflührung ein, die Dich nicht überraschen dürfen, und Du wirst dann die Mittel und Wege finden, sie unschläßich zu machen:

- Gaskrieg in jeder Form. Verseuchung von Rückzugstrassen auf langer Strecke. Die Gasmaske schützt gegen alle Kampfstoffe. Die Vergeltung ist vorbereitet.
- Vergiftung von Brunnen, zürückgelassenen Lebensmitteln und Vielbeständen. Trinke nicht aus Brunnen, sei vorsichtig im Gebrauch von Lebensmitteln, ehe ein Arzt sie geprüft hat.
- Vermischung von Saatkorn und Gift. Bakterienkrieg (Pest, Cholera, Typhus). Die vorbereiteten sanitätsdienstlichen Massnahmen (Impfen) schultzen Dich dagegen. Aber nimm auch Du nichts Essbares von Landeseinwohnern an.
- 4. Fallschirmabsprung von Saboteuren in Zivil. Gerade im rückwärtigen Kampfgebiet gilt es, soliche Verbrecher solort unschädlich zu machen, ehe sie unabsehbaren Schaden (Vernichtung von Betriebsstofflagern, Brücken usw.) anrichten.
- Totstellen und H\u00e4ndeheben roter Soldaten, dann Wiederaufnahme des Kampfes von r\u00fcckw\u00e4rts. — Sofonlige Erledigung solcher Gegner ist Dein gutes Recht.
- Hinterhältiges Arschiessen kleiner Abteilungen und einzelner Leute. N\u00e4chtiche \u00c4berf\u00e4lle
 auf Posten und r\u00fcckw\u00e4rtige Kolomen. Sei stets bei Tag und N\u00e4cht abwehrbereit zum
 N\u00e4edr\u00e4mpfen solchen Gegners,
- Verwendung von Viehherden und Einwohnern als Deckung von roten Truppen und Freischäftern. — Betritt nicht vertrauensselig harmlos scheinende D\u00f6rfer, ehe sie nicht als feindfrei erkundet sind.
- 8. Baschiessan erleuchtater Fenster. Verdunkela sofort, wenn Du Licht avnachen musst.
- Kraftfahrzmugfallen. Sorgfültige Erkundung und vorsichtiges Fahren werden Dich von Überraschungen schützen und die Hindernisse überwinden hellen.
- 10. Sadistische Behandung Gefangener. --- Jeder deutsche Soldet moss wissen, dess' Gefungenscheft in den H\u00e4nden der roten \u00e4rmas gleichbedeutend ist mit greusemes Qu\u00fcfaren und Ted!

backites sunsaity



Unzählige russische Juden wurden Opfer von Pogromen der russischen Bevölkerung, wie hier in Lemberg.







Angesichts der galoppierenden Entwicklung der Kriegslage spielten sie eine Zeitlang mit dem Gedanken, geschlossen zurückzutreten. Von oben: Wilhelm Ritter VON LEEB, Fedor von Bock und Karl Rudolf Gerd VON RUNDSTEDT. Der Kommissarbefehl stieß auf massive Ablehnung auf seiten der Generalität.

Tat zu, und die war so nachhaltig, daß es trotz Umerziehung nicht gelungen ist, den »real existierenden Sozialismus der Sowjetunion« zu verharmlosen. Auch Millionen Sowjetbürger sind daran zugrunde gegangen. Jedem Rußlandkämpfer war bewußt, wie hart der Kampf geführt wurde, von beiden Seiten. Denn das Kriegsbild bestimmt immer auch der Gegner. Der aber war es, der »die geltenden Konventionen gebrochen« hat, nicht die Wehrmacht, und zwar vom ersten Tag an. Sie waren ja in der Roten Armee nicht einmal bekannt.

Ich verstehe gut, wenn Sie es HITLER verübeln, sich mit einem so barbarischen Gegner wie dem Sowjetregime angelegt zu haben. Doch der stand damals vor unserer Tür! Sprungbereit und bis an die Zähne bewaffnet. Ein derartiger Akt der Bedrohung ist auch nach heutiger Auffassung ein Kriegsgrund. Prominenteste Beispiele: die Angriffskriege Israels gegen Ägypten 1967 und der USA gegen den Irak 2002. Wir haben das alles miterlebt. Beide Staaten reagierten damit lediglich auf die Bedrohung, die vom waffenstarrenden Aufmarsch der anderen Seite ausging, und sie erhielten den Beifall der zivilisierten Welt.

Sie bedauern daß »Abertausende Dörfer und Städte« im Osten verbrannt sind, das bedauerte auch die Wehrmacht. Aber die wenigsten wurden von ihr im Kampf in Schutt und Asche gelegt, denn jede Besatzungsmacht ist heilfroh, wenn sie in unzerstörte Quartiere einrücken kann. Den Verbrennungsbefehl, wie Sie zweifellos wissen, erteilte STALIN am 3. Juli 1941, als er zugleich die Vernichtung aller Lebensmittel, bis hin zur Ernte auf dem Halm, befahl. Es war der gleiche Befehl, der den Sowjets gebot, deutsche Soldaten unterschiedslos zu ermorden, Gefangene und Verwundete inbegriffen. Und Sie wissen auch, wie genau der befolgt wurde, für Hunderttausende bedeutete er das Martyrium.

Auch dürfte Ihnen inzwischen bekannt sein, daß die von Ihnen erwähnten »Judentötungen« nicht von der Wehrmacht, sondern vor allem von der russischen Grenzlandbevölkerung vorgenommen wurden, besonders in den Baltischen Staaten, Weißrußland, der Ukraine und in Bessarabien, wo man die Juden der Kollaboration mit den Sowjets verdächtigte. Über entsprechende Untersuchungen russischer Historiker hat die FAZ bereits am 30. Oktober 1999 in mehreren Folgen ausführlich unterrichtet. Daß STALINS Geheimpolizei sowie HIMMLERS SS-Einsatzgruppen dabei mithalfen, rechtfertigt nicht, die Wehrmacht pauschal zu beschuldigen. Sie hat an zahlreichen Orten das Schlimmste zu verhindern gewußt.

Der »Kommissarbefehl«, den Sie anführen, ist der Wehrmacht ebenfalls nicht anzulasten. Sie hat ihn entweder einfach umgangen oder aber nach Kräften dafür gewirkt, daß er aufgehoben wurde, was im Februar 1942 auch geschah. Hitler selbst war es gewesen, der unerbittlich dar-

auf bestanden hatte, nachdem selbst unter den Russen die besondere Gefährlichkeit der Politruks und Kommissare bekannt geworden war.

Für die Absicht der Wehrmacht, 30 Millionen Sowjetbürger in den Städten verhungern zu lassen, fehlt, wie Sie wissen, jeder Beweis. Dagegen bleibt unwidersprochen, daß Stalins Schreckenssystem Millionen von Sowjetbürgern hat Hungers sterben lassen – allein in der Ukraine 10 Millionen Bauern. die sich dem Kolchosensystem widersetzten. Das Schwarzbuch des Kommunismus spricht von 60 Millionen!

Mag auch der Krieg im Osten wie jeder Krieg als ›Verbrechen an der Menschheit‹ angesehen werden: Die Befehlsgebung der deutschen Heeresführung war nicht verbrecherisch. Das belegen nicht zuletzt die Nürnberger Urteile, so ungerecht und einseitig sie im großen und ganzen auch waren. Schließlich war es nicht gelungen, die Wehrmacht als ›Verbrecherische Organisation‹ einzustufen, denn der Grundlagenbefehl des Oberbefehlshabers des Heeres vom 5. September 1939 hatte seine Gültigkeit bis zum letzten Kriegstag behalten. Er lautete: »Die Teilnahme von Angehörigen des Heeres an politischen Exzessen und Exekutionen ist verboten!« Desgleichen der Zusatzbefehl vom 13. Mai 1941: »Unter allen Umständen bleibt es Aufgabe aller Vorgesetzten, willkürliche Ausschreitungen einzelner Heeresangehöriger zu verhindern und einer Verwilderung der Truppe vorzubeugen.« Bekanntlich konnte die Disziplin in der Truppe bis zuletzt aufrechterhalten bleiben.

Sehr geehrter Herr WETTE, Sie vermitteln ein Bild vom deutschen Soldaten in Rußland, das es so nicht gegeben hat. Der Deutsche Bundestag kam in seinem Beschluß vom 24. April 1997 mehrheitlich zu der gleichen Auffassung. Darin heißt es: »Der Deutsche Bundestag verwahrt sich mit Entschiedenheit gegen jede einseitige und pauschale Verurteilung der Wehrmacht.« Alle alten Kameraden haben das dankbar anerkannt.

Das i Unternehmen Barbarossak sollte in seinen einzelnen Phasen nüchtern und fair überdacht und militärhistorisch neu aufgearbeitet werden. Die Nation kann nicht über Jahrzehnte hinweg in ihrer Auffassung darüber gespalten bleiben. Sie sollte sich nicht von einer Minderheit von Eiferern und Gutmenschen ohne fachliches Urteil ins Bockshorn jagen lassen. Die deutsche Wehrmacht der Jahre 1939–1945 brauchte ihr Licht nicht unter den Scheffel zu stellen. Sie wird noch heute wie eh und je von den ehemaligen Feindstaaten, die heute unsere Bundesgenossen sind, hoch angesehen.

Andreas Naumann

Bundespräsident fälscht zur Wannsee-Konferenz



Christian WULFF.

1 Rolf Kosiek u. Olaf Rose (Hg.), Der Große Wendig, Bd. 2, Grabert, Tübingen 52012, S.102-107; Udo WALENDY, »Die Wannsee-Konfenrenz vom 20.1. 1942«, in: Udo Walendy, Historische Tatsachen Nr. 35, Verlag für Volkstum und Zeitgeschichtsforschung, Vlotho 1988.

² Rainer Blasius, »Federführer der Vernichtung«, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 29. 1. 2012. Anläßlich des 70. Jahrestages der Berliner Wannsee-Konferenz erklärte Bundespräsident WULFF am 20. Januar 2012 auf einer Feierstunde in der eingerichteten Gedächtnisstätte am Wannsee: »Dieser Ort ist zu einem Ort der kalten Grausamkeit geworden, Auslöser der Vollstreckung eines systematischen Völkermordes, ein Ort deutscher Schande.«

Doch diese Aussage ist falsch. Derartiges wurde an dieser Stelle auf der Tagung am 20. Januar 1942 nicht beschlossen. Selbst die von der Bundesregierung herausgegebene Zeitung Das Parlament wußte schon in ihrer Beilage B-1-2/92, Seite 17, am 3. 1. 1992 zu berichten. »Es ist von dieser Beratung wieder und wieder gesagt worden, ihre Teilnehmer hätten den Mord an den Juden beschlossen. . . Das falsche Bild bedient offenbar ein Bedürfnis. . . Die vorurteilsfreie Kenntnisnahme des ›Besprechungsprotokollse überzeugt davon, daß die Versammelten nichts beschlossen, was als gedanklicher oder befehlsmäßiger Ausgangspunkt des Verbrechens gewertet werden könnte. . . Tatsächlich wurde auf der Wannsee-Konferenz im eigentlichen Sinne nichts beschlossen.«

Das geht auch aus dem Wortlaut des Protokolls der Wannsee-Konferenz hervor, dessen Inhalt und Echtheit an anderer Stelle ausführlich behandelt worden sind.¹

Daß auf dieser im übrigen nur rund zwei Stunden währenden Konferenz nichts derartig Weittragendes beschlossen wurde, geht schon allein aus der Tatsache hervor, daß nach 1945 keiner der überlebenden Teilnehmer wegen seiner Mitarbeit an der Konferenz von alliierten oder deutschen Gerichten zur Rechenschaft gezogen, geschweige denn verurteilt wurde. Und solches wäre mit Sicherheit erfolgt, wenn sich ein Grund zur Verfolgung – etwa ein solcher Beschluß zur Massenvernichtung – gefunden hätte.

Der Bundespräsident hat damit entgegen seinem Eid, für das Wohl des deutschen Volkes zu sorgen, dieses Volk unberechtigt belastet und öffentlich diesem Abträgliches geäußert. Es wäre seine Aufgabe gewesen, die historische Wahrheit anzuführen und nicht das falsche, Deutschland belastende Geschichtsbild der Sieger zu vertreten.

Zum oben erwähnten Jahrestag der Wannsee-Konferenz erschien in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung ein vierspaltiger Bericht des Zeitgeschichtsmitarbeiters Rainer Blasius,² der auch aus dem Protokoll zitierte. Mit keinem Wort ging er auf die Problematik des »Protokolls« und dessen seltsame Entdeckungsgeschichte ein, so daß der Eindruck erweckt wurde, daß die herrschende von Wulff ausgedrückte, aber den Tatsachen nicht entsprechende Meinung die richtige sei. Rolf Kosiek

Bundeskanzlerin übertreibt deutsche Opferzahlen

Der deutsche Bundeskanzler schwört bei Antritt seines Amtes unter anderem, daß er seine »Kraft dem Wohl des deutschen Volke widmen, seinen Nutzen mehren, Schaden von ihm wenden« werde.¹ Bundeskanzlerin Angela MERKEL hat dagegen manches Mal verstoßen, unter anderem bei der Übertreibung von Zahlen bei den Deutschen angelasteten Verbrechen und Kriegsopfern.

1. Bei ihrer Rede zum 70. Jahrestag des November-Pogroms 1938 am 9. November 2008 bei der zentralen Gedenkfeier in der Synagoge in der Rykestraße in Berlin-Prenzlauer Berg erklärte, sie, daß in dieser Nacht Flammen aus »1400 Synagogen«² in Deutschland geschlagen seien. Diese seien unübersehbar gewesen, und dennoch habe sich »kein Proteststurm« erhoben.

Beide Angaben sind falsch und stellen die Schuld der damaligen deutschen Generation in einem viel zu hohen Maße dar. Auch die Überschrift der Sendung des Deutschlandfunks zu diesem Tag, »Als die Synagogen brannten«, erweckte den falschen Eindruck, als ob alle Synagogen in Deutschland oder mindestens die Mehrzahl von ihnen angebrannt worden seien.

Denn einmal gab es überhaupt in Deutschland um 1938 insgesamt nur etwa 1400 Synagogen, und der allergrößte Teil von ihnen wurde nicht in Brand gesetzt. Die zwei Tage später, am 11. November 1938, von Reinhard HEYDRICH genannte of fizielle Zahl der Brandstiftungen und Demolierungen an Synagogen betrug 191, auf der Konferenz bei GÖRING am folgenden Tag gab HEYDRICH nur noch 101 verbrannte Synagogen an,³ also weniger als ein Zehntel der von der Bundeskanzlerin behaupteten Zahl. Die wirkliche Zahl verbrannter Synagogen dürfte zwischen den beiden letztgenannten Angaben liegen. Die Anzahl der durch den alliierten Luftterror in Deutschland zerstörten Synagogen dürfte damit wesentlich höher sein als die bei dem Pogrom zerstörten, ganz abgesehen von den Tausenden von Kirchen, die den anglo-amerikanischen Bombern zum Opfer fielen. So sollte nach vielen Medienberichten die Berliner Neue Synagoge in der Oranienburger Straße in der Kristallnachte zerstört worden sein, in Wirklichkeit brannte sie aber im Juni 1943 durch einen britischen Bombenangriff.5

Zum andern gab es viele Proteste gegen diese Handlungen in der Kristallnacht,³ und einige Synagogen wurden auch durch den mutigen Einsatz Einzelner wie der Polizei⁶ vor der Brandstiftung gerettet.

¹ So im Grundgesetz, Artikel 56.

² Zitiert von mk in:

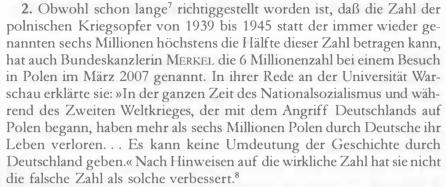
»Antisemitismus darf nicht ohne Widerspruch bleiben«, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 10. 11. 2008.

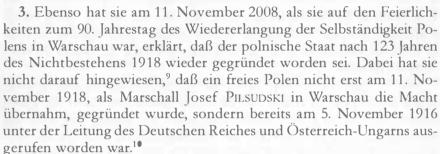
³ P. Lothar GROPPE, SJ Köln, in Leserbrief »Zehntausende widerstanden bis aufs Blut« in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 22. 11. 2008.

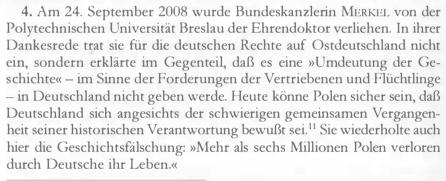
⁴ Quellen in: Rolf Kosiek, »Alliierte Bomber zerstörten Berliner Hauptsynagoge«, in: Rolf Kosiek u. Olaf Rose (Hg.), *Der Große Wendig*, Grabert, Tübingen 2008, Bd. 3, S. 173 f.

⁶ Wolfgang HAK-KERT, »Zur Kristallnacht 1938«, in: Rolf Kosiek u. Olaf Rose, aaO. (Anm. 4) , S. 164-170.

Bundeskanzlerin übertreibt deutsche Opferzahlen









Angela Merkel 2008. Foto: Herlinde Koebl.

⁷ Durch Alfred Schickel 1979, s. Rolf Kosiek, »Deutsche als polnische Opfer mitgezählt«, in: Rolf Kosiek u. Olaf Rose, *Der Große Wendig*, Grabert, Tübingen 2008, Bd. 3, S. 663–666; Rolf Kosiek, Leserbrief »Deutsche mitgezählt«, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 31. 12. 2007.

⁸ Zitiert in: »Gab es sechs Millionen polnische Opfer?« in: *National-Zeitung*, 30. 3. 2007.

⁹ »Polen feiert seine Wiedererstehung«, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 12. 11. 2008.

¹⁰ »Deutsche und Polen nach 1918«, in: Rolf Kosiek u. Olaf Rose (Hg.), Der Große Wendig, Grabert, Tübingen 2008, Bd. 1, S. 259-262.

¹¹ »Merkel erhält in Breslau Ehrendoktor«, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 25. 9. 2008.

Bundeskanzlerin übertreibt deutsche Opferzahlen



Schlesier-Treffen 1951 in München. Durch die Entscheidung des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte ist der Verrat an den Ostdeutschen nun vollzogen: Im Oktober 2008 erklärte das in Straßburg sitzende Gericht die Ansprüche für unzulässig.

5. Als die preußische Treuhand ihren im Namen von 23 Vertriebenen angestrengten Prozeß vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte in Straßburg verloren hatte, erklärte die Bundeskanzlerin gegenüber dem bei ihr in Berlin gerade zu Besuch weilenden polnischen Ministerpräsidenten Tusk, die Sache habe nun ihre »definitive und von beiden Regierungen erwartete Lösung« gefunden. Sie bekannte offen ihren Verrat an den Ostdeutschen: »Dies ist das Ende, auf das wir zusammen seit dem Jahre 2004 hingearbeitet haben.« Die Straßburger Entscheidung sei »ein wichtiges Signal«. Die Entscheidung bestätige »den Standpunkt der Bundesregierung, daß die Klage keine Rechtsgrundlage hatte«. ¹² Damit fiel sie erneut den deutschen Vertriebenen bei deren Kampf um das Recht auf Heimat in den Rücken.

Noch deutlicher gegen die Rechte der deutschen Vertriebenen äußerte sich der damals amtierende Bundesaußenminister Steinmeier (SPD). Er halte die oben genannte Straßburger Entscheidung für gut. Damit habe der Gerichtshof klargestellt, daß aus der Menschenrechtskonvention gegenüber Polen keine Rückgabeansprüche für das Eigentum Vertriebener abgeleitet werden könnten. »Die Entscheidung bestätigt die Haltung der Bundesregierung, daß im deutsch-polnischen Verhältnis keine offenen Vermögensfragen im Zusammenhang mit dem Zweiten Weltkrieg bestehen.«¹³

Verständlicherweise äußerte sich die polnische Presse sehr erleichtert: Den Polen sei nun »ein Stein vom Herzen gefallen«.¹⁴ »Die (polnischen) Bewohner der westlichen Gebiete (Ostdeutschlands, R. K.) können ruhig schlafen.«¹⁵ Rolf Kosiek

12 »Klageabweisung: Polen erleichtert«, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 11. 10. 2008.

13 »Preußische Treuhand verliert«, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 10, 10, 2008.

14 Rzeczpospolita,
 zitiert in: Anm.11.
 15 Gazeta Wyborcza,
 zitiert in: Anm. 11.

Hollands Premier beurteilt Flächenbombardements



Dries van Agt.

Am 27. November 2003 erhielt der frühere Bundespräsident Richard VON WEIZSÄCKER die Martin-Buber-Plakette verliehen. Die Laudatio hielt als »Ehrensalut« der ehemalige Ministerpräsident der Niederlande Dries van Agt. Dieser behandelte in seiner Rede, nachdem er unter anderem die »Verdienste« des Geehrten für die neue Ostpolitik hervorgehoben hatte, zum Erstaunen aller Zuhörer auch ein Thema, das in Deutschland ziemlich tabu ist, das Verbrechen gegen die Menschlichkeit der Flächenbombardements gegen deutsche Zivilisten, Frauen, Kinder und Alte durch die Alliierten im Zweiten Weltkrieg. Der holländische Politiker nahm damit eine Richtigstellung in bezug auf die von der herrschenden politischen Korrektheit verschwiegenen Verbrechen an Deutschen vor. Bezeichnenderweise wurde auf diese Ausführungen in der deutschen Presse nicht eingegangen. Der Redner trat damit in die Fußstapfen des estnischen Staatspräsidenten Lennart MERI, der am 3. Oktober 1995 auf der offiziellen Erinnerungsfeier zur deutschen Einigung die Deutschen aufforderte, endlich die »Canossa-Republik« mit ihrer Schuld- und Reuehaltung aufzugeben. Im einzelnen führte der Niederländer aus:



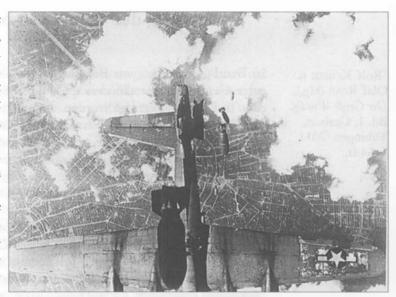
»Ich wage es, hier die ernste Frage aufzuwerfen, ob nicht schon längst die Zeit gekommen sei, über die Verbrechen, die im Krieg auch gegen das deutsche Volk begangen worden sind, in Selbstkritik zu sprechen. Die Teppichbombardierungen auf deutsche Städte – das gleiche geschah übrigens auch in Japan – wurden nicht wegen militärischer oder der Kriegführung dienlicher Ziele gegen Industrie oder Infrastruktur ausgeführt, sondern um die Moral der Bevölkerung zu brechen.

In Freiburg im Breisgau fielen am 27. November 1944 rund 2800 Menschen einem Flächenbombardement durch die Royal Air Force zum Opfer. Der Angriff lief unter dem Namen Tigerfisht: Der Air Vice-Marshall Robert Saundby, ein begeisterter Angler, versah alle für Flächenbombardements geeigneten deutschen Städte mit einem Eish code.

Hollands Premier beurteilt Fächenbombardements

Daß dabei unzählig viele Bürger, Frauen, Kinder, Greise – die kampftüchtigen Männer und sogar Jungen waren fast alle an die Front geschickt worden – getötet bzw. verstümmelt wurden, war nicht ein in Kauf genommener Begleitumstand dieser Luftangriffe, sondern Zweck des Ganzen.

Im Jahre 1949 sind solche Handlungen in den damals geschlossenen Genfer Verträgen als schwere Kriegsverbrechen gebrandmarkt worden.



Einem US-amerikanischen Bomber wird bei der Bombardierung Berlins durch einen Bombenteppich eines darüber fliegenden Flugzeuges das Höhenleit-

werk zertrümmert.

Damit wurde kein neues Recht geschaffen, sondern das, was früher als ungeschriebenes Recht gereift war, kodifiziert. Die Verbrechen, für die die Nazic-Prominenz in Nürnberg gerichtet worden ist, waren damals genauso wenig kodifiziert.

Die Entfesselung des Feuersturms, der durch die mit Flüchtlingen überfüllte Stadt Dresden raste – um nur das deutlichste Beispiel zu nennen –, ist eine Schandtat gewesen.«

Und der Holländer erhob als logische Folge aus dem von ihm kritisierten Zustand die Forderung, daß man bereit sei, die historische Wahrheit als Voraussetzung zu der erstrebten Versöhnung unter den Völkern Europas in ihrer Bedeutung zu achten und für sie einzutreten:

»Wer Versöhnung anstrebt, soll dazu bereit sein, die volle Wahrheit anzuerkennen und zu benennen!«

Doch dazu sind die führenden deutschen Politiker unter dem Diktat der politischen Korrektheit immer noch nicht bereit.

Rolf Kosiek

¹ Zitiert nach: Unabhängige Nachrichten, Nr. 1, 2004, S. 9.

Störung der Totenruhe von Rudolf Heß

¹ Rolf Kosiek u. Olaf Rose (Hg.), Der Große Wendig, Bd. 1, Grabert, Tübingen ⁵2011, S. 64 ff. In Band 1¹ brachten wir Beispiele für die angelsächsische Behandlung toter Gegner zu verschiedenen Zeiten, bei der die Verstorbenen über den Tod hinaus verfolgt wurden und die jeder höheren Kultur widersprachen, derer sich die Westmächte oft rühmen.

Daß dies keine Einzelfälle, sondern zu verschiedenen Zeiten Ausdruck

einer Kulturlosigkeit sind, beweist ein neueres Beispiel.

Rudolf HESS, der »Stellvertreter des Führers«, der durch seinen England-Flug vom Mai 1941 den Zweiten Weltkrieg früh beendigen wollte und dabei in britische Gefangenschaft geriet, wurde im Nürnberger Prozeß zu lebenslanger Haft verurteilt, die er – die letzten Jahre in Einzelhaft – in dem alliierten Gefängnis in der Zitadelle von Spandau absaß, bis er am 17. August 1997 von britischen Geheimdienstleuten ermordet wurde. Er wurde dann nach seinem Willen auf dem Familiengrab in Wunsiedel beigesetzt. 24 Jahre lang hatte er dort seine Ruhe. Am Mittwoch, dem 20. Juli 2011, erschien morgens um 4 Uhr noch im Dunklen bei dem Grab ein Bestattungskommando, das die sterblichen Reste des Mannes ausgrub. Der Sarg war inzwischen vergangen. Die Gebeine wurden »mit Spaten und schwerem Werkzeug« aus dem Grab gehoben, das anschließend planiert wurde. Die Knochen wurden verbrannt und im Meer verstreut. Man wollte auf diese Weise einen Wallfahrtsort verhindern. Der Grabstein wurde weggeschafft, zuvor hatte ein Steinmetz die Inschrift (»Ich hab's gewagt«) beseitigt.²

² Bild-Zeitung, 22. 7. 2011.

3 Ebenda.

Gehässig ist der Kommentar von Franz Josef Wagner: »Rudolf Hess, eigentlich gehören Sie für mich auf den Müllplatz der Geschichte und in kein Grab auf einem Friedhof. . . Daß seine Knochen nun ausgegraben, seine Gebeine verbrannt wurden und die Asche ins Meer geworfen wird, ist großartig. . . Ich bin glücklich, daß dieses Schwein nicht mehr auf einem Friedhof liegt – Ruhe in Frieden. Das ist vorbei.«³

Wahrscheinlich ist auf die deutschen Behörden vom Ausland her ein so großer Druck ausgeübt worden, daß sie diese Freveltat begingen.

Es ist kaum auszudenken, was in der Bundesrepublik und in der Weltpresse passiert wäre, wenn zum Beispiel die Überreste der Kommunistin Rosa Luxemburg nach Jahren der Totenruhe aus ihrem Grab in Berlin herausgeholt würden mit der Begründung, daß die jährlich stattfindenden, von Zehntausenden von Anhängern besuchten Demonstrationen am ersten Wochenende jedes Jahres das Grab zu einer Wallfahrtsstätte gemacht hätten.

Rolf Kosiek

In allen Staaten mit entwickeltem Rechtswesen gibt es das juristische Statut der Verjährung von Straftaten. Es beinhaltet, daß nach einer bestimmten Zeit die Verfolgung eines Täters aufhört und die Tat ihm nicht mehr strafrechtlich angelastet werden kann. Diese Regelung soll den Rechtsfrieden in der Gesellschaft sichern. Sie berücksichtigt ferner die Tatsache, daß nach Ablauf einer Anzahl von Jahren die Erinnerung an die Tat verblaßt ist und Zeugenaussagen dann immer weniger wert sind. Über die segensreiche Wirkung der Verjährung im Alltag des Rechtswesens waren sich seit jeher alle Fachvertreter einig.

Im Rahmen der Umerziehung und der Vergangenheitsbewältigung sowie für die andauernde Erpressungen der Bundesrepublik Deutschland erschien es den Siegern notwendig, die Verfolgung von deutschen Kriegsverbrechen nicht auszusetzen und die Prozesse gegen angebliche deutsche Kriegsverbrecher noch möglichst lange fortzuführen. Dazu wurden mehrfach die Regelungen der Verjährung von Mord verlängert. Im einzelnen spielte sich das Folgende ab.

Erste Änderung der Verjährung

Im Jahre 1965 lagen die letzten Kriegsverbrechen, die den Deutschen angelastet werden konnten, mindestens 20 Jahre zurück. Nach dieser Zeitspanne von 20 Jahren verjährte bis dahin auch das schwerste Verbrechen, der Mord, in der deutschen Justiz. Kriegsverbrechen der Sieger ereigneten sich allerdings auch nach dem Mai 1945 noch weiterhin, durften aber sowieso von den deutschen Strafbehörden nach dem Überleitungsvertrag von 1952 nicht verfolgt werden.

Um auch weiterhin nach 1965 deutsche Kriegsverbrechen noch einige Jahre lang bestrafen zu können, beschloß der Bundestag einen juristischen Trick zu benutzen: Bis zum Jahresende 1949, dem ungefähren Zeitpunkt der Gründung der Bundesrepublik, nahm man einen Stillstand der Rechtsprechung an und verschob mit dieser Begründung dann die Endzeit für die Verfolgung deutscher Kriegsverbrechen auf Ende 1969. Argumentiert wurde damit, daß vorher oft deutsche Behörden nicht fähig waren, die Aburteilung vorzunehmen.

Diese Begründung ist für die meisten Fälle falsch, da deutsche Gerichte auch schon vor 1949 Urteile zu Kriegsverbrechen, etwa im Rahmen der Entnazifizierung, verhängen konnten.

Der amtierende Bundesjustizminister Ewald BUCHER (FDP, 1962–1965) trat 1965 aus Protest gegen diese juristische Manipulation und wegen

dieses gegen grundsätzliche Rechtsnormen verstoßenden neuen Gesetzes von seinem Amt zurück, da er den umstrittenen Beschluß zur Verjährung als Jurist nicht mittragen wollte. Sein Nachfolger Horst EHMKE (SPD) brachte dann das neue Gesetz durch.

Das Bundesverfassungsgericht billigte am 26. Februar 1969 diese erste Verlängerung der Verjährungsfrist; es segnete auch ab, daß sie im Gegensatz zur sonstigen juristischen Praxis rückwirkend angewandt wurde – im Grunde ein schwerer Verstoß gegen ein grundlegendes Rechtsprinzip. Der FDP-Politiker und Jurist Dr. Thomas DEHLER wies 1965 darauf hin, daß das Grundgesetz die rückwirkende Anwendung verbiete, und erklärte: »Die Verjährung hat einen tief en rechtsstaatlichen Sinn.«¹

¹ Zitiert von Reinhold MÜLLER, in: »Maß halten«, in: Frankfurter Allgemeiene Zeitung, 4. 3. 2013, S. 1.

Zweite Änderung der Verjährung

Als das Ende solcher Strafverfolgungen von Kriegsverbrechen 1969 näher rückte, wollten interessierte Kreise eine nochmalige Verlängerung der juristischen Verfolgungszeit, um weiterhin Schlagzeilen in den Medien über deutsche Schuld schaffen zu können. So einigte man sich nach der Diskussion dieser Frage am 11. Juni 1969 im Deutschen Bundestag darauf, die Verjährungsfrist von 20 auf 30 Jahre festzusetzen, so daß bis Ende 1979 die Strafverfolgungen weiterlaufen konnten. Die Aufhebung der Verjährung wurde rückwirkend geltend gemacht – ein erneuter Verstoß gegen grundlegende Rechtsnormen und gegen das Grundgesetz. Wieder wurde von den Vertretern der Verlängerung im Bundestag versichert, daß diese Regelung die letzte Verlängerung sei.

Dritte Änderung der Verjährung

Doch es kam wieder anders. Ende 1978 rückte auch dieser Termin immer näher, und die juristischen Ermittlungen sollten im folgenden Jahr für die diesbezüglichen Kriegsverbrechen beendet werden. Das galt es aber für die an der Vergangenheitsbewältigung interessierten Kreise zu verhindern. Der Bundestag befaßte sich ein drittes Mal mit dem Vorschlag, die Verjährungsfrist für NS-Verbrechen weiter auszudehnen, um auch noch später Strafprozesse gegen NS-Täter führen zu können. Die Befürworter versprachen wieder wie in den vorherigen zwei Diskussionen zur Verlängerung, daß dieses dritte Mal »das letzte Mal« der Befassung mit dieser Frage sein solle. Obwohl die Zahl der betreffenden Prozesse deutlich gesunken war – von 1945 bis 1969 wurden im Durchschnitt 9,9 Prozent der Beschuldigten verurteilt, dagegen von 1965 bis 1976 nur noch 1,5 Prozent² –, obwohl noch rund 4000 Verfahren anhingen, für die sowieso die Verjährungsfrist bereits unterbrochen war, setzten sich

² Friedrich Karl FROMME, »Verjährung: zum dritten Mal«, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 13. 11. 1978, S. 1.

die radikalen Vergangenheitsbewältiger durch: Die Verjährung für Mord wurde für die Bundesrepublik ganz aufgehoben. Daß damit wie bei den ersten Verlängerungen auch die Grundnorm der Strafgesetzgebung verletzt wurde, daß Strafgesetze und -normen nicht rückwirkend angewendet werden sollten, nahm man wieder nur zur Kenntnis und handelte gegen die in anderen Bereichen des Strafrechtes übliche Praxis. Auch der Gleichheitsgrundsatz wurde verletzt, da für alle anderen NS-Verbrechen bis hin zum Totschlag eine Verjährungsfrist angewendet wurde und diese damals die Verfolgung dieser Taten schon unmöglich machte. Es wurde erneut darauf hingewiesen, daß der 1969 amtierende und für die Aufhebung der Verjährung eintretende Bundesjustizminister einerseits erklärte, bei Mördern - insbesondere bei NS-Tätern - trete der Grundsatz der Resozialisierung zurück gegenüber dem Ausgleich der Schuld, er andererseits die Aussetzung der gegen Mörder zu vergebenden lebenslangen Freiheitsstrafe nach einer verbüßten Zeit von 15 Jahren ermöglichen wollte, eben unter dem Grundsatz der Resozialisierung. Es könnte also der Fall eintreten, daß ein Mörder, der nach 50 Jahren nach seiner Tat überführt würde, vor ein Gericht gestellt werden müsse und damit zu einer Zeit, zu der er, wenn er zu Beginn verurteilt worden wäre, seine Strafe schon 35 Jahre lang verbüßt und ein neues Leben begonnen hätte.1

Bei der öffentlichen Diskussion der Ende 1978 wieder aufgeworfenen Frage einer weiteren Verlängerung der Verjährungsfrist für Mord über 1979 hinaus wies Friedrich Karl Fromme, Mitherausgeber der angesehenen Frankfurter Allgemeinen Zeitung, in einem Leitartikel seiner Zeitung darauf hin, es sei die Verjährung »ein Stück Selbstbescheidung des Staates, der nicht ewig Anspruch auf das Strafen erhebt«. Der SPD-Rechtspolitiker Adolf Arnot habe das »ein Menetekel vor der Hybris« genannt. Auch sei das Argument, das Ausland verlange die Verlängerung, nicht richtig. Dazu meinte FROMME zu Recht: »Aber ›das Auslande? Es würde nicht freundlicher auf die Bundesrepublik schauen, wenn die NS-Prozesse sich noch länger quälend hinschleppen und mit Freisprüchen oder spärlichen Verlegenheitsstrafen endeten, die eigentlich der rechtsstaatlichen Grundregel widersprechen: kein Beweis, keine Strafe.« Und FROM-ME schloß mit einem Zitat von dem 1969 amtierenden Bundesjustizminister Horst EHMKE (SPD) in der Verjährungsdebatte des Bundestags am 11. Juni 1969: »Manche Mahnung und manche Kritik aus dem Ausland wären glaubhafter, wenn sie weniger selbstgerecht wären.«3

Der Deutsche Bundestag beschloß dennoch 1979, die Verjährung für Mord ganz aufzuheben, also die Verfolgung zeitlich nicht mehr zu begrenzen. Nahezu die ganze SPD und Teile der CDU sowie der FDP, die vorher scharf gegen die Aufhebung der Verjährung eingetreten waren,

³ Rolf Kosiek u. Olaf Rose (Hg.), Der Große Wendig, Bd. 4, Grabert, Tübingen ²2012, S. 79 ff.

stimmten für die Aufhebung. Die dreimalige Änderung der Verjährungsfrist deutete darauf hin, daß hier ein Sondergesetz vorlag – wieder ein Verstoß gegen das Rechtswesen.

Die Zentralstelle der Justizverwaltungen der Länder zur Verfolgung von NS-Verbrechen war schon 1960 in Ludwigsburg gegründet worden und führt seitdem Ermittlungen auch mehr als 75 Jahre nach Kriegsende gegen Deutsche, die Täter sein könnten, noch weiter durch. Das trübt den Rechtsfrieden erheblich. Das moderne europäische Völkerrecht hatte den Gedanken der Tabula rasa nach einem Krieg schon 1648 entwikkelt.² Und Europa war gut damit gefahren. Die wiederholten Verlängerungen der Verjährungsfristen stellen einen Rückfall in Richtung zur Barbarei dar.

Das Problem der Verjährung wurde erneut Anfang 2013 diskutiert, als die Universität Düsseldorf der Bildungsministerin Annette Schawan den Doktortitel nach dreißig Jahren aberkannte. Reinhold MÜLLER bemerkte dazu, daß »Maß halten« wichtig sei, und sprach sich für eine Verjährung aus: »Irgendwann muß Schluß sein. . . Auch das (das Maßhalten, R. K.) hat einen tiefen rechtsstaatlichen Sinn.«⁴

⁴ Zitat aus: MÜLLER, aaO. (Anm.1).

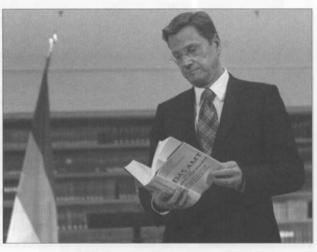
Rolf Kosiek

Seit 2010 läuft die Auseinandersetzung über das Buch *Das Amt und die Vergangenheit*, das am 28. Oktober 2010 vom amtierenden Bundesaußenminister Guido WESTERWELLE (FDP) in dessen Diensträumen vorgestellt

wurde. Es sollte über die Haltung des deutschen Auswärtigen Amtes (AA) im Dritten Reich Auskunft geben und beweisen, daß nach 1949 viele belastete Ehemalige im neuen Außenamt weiterarbeiteten. In der Bibliothek seines Amtshauses, die vorsorglich von allen Büchern aus der Zeit vor 1945 gesäubert worden war, nahm der Vizekanzler das Auftragswerk aus den Händen des Historikers Eckart Conze entgegen und übergab es mit den entsprechenden politisch korrekten Worten der Öffentlichkeit. Er stellte fest, was auch das Buch aussagt: »Das Auswärtige Amt war ein

aktiver Teil der verbrecherischen Politik des sogenannten Dritten Reiches.« Es sei an der systematischen Vernichtung der europäischen Juden mit »administrativer Kälte« beteiligt gewesen«.¹ Das AA sei eine »Institution, die sich selbst als Elite verstand und in Wahrheit tief in Verbrechen versank«.² Doch das ist falsch. Er setzte eine besondere Arbeitsgruppe ein, die die »richtigen Konsequenzen« aus dem Ergebnis des Buches ziehen sollte, vor allem bei Nachrufen und Ehrungen sowie Erinnerungsbildern, wobei BISMARCK und Wilhelm VON HUMBOLDT noch gezeigt werden dürften ³

Am selben Tage sprach sein Vorgänger Joschka FISCHER, der die Arbeit 2005 der eigens dazu eingesetzten und mit 1,5 Millionen Euro großzügig dotierten ¿Unabhängigen Historikerkommission‹ (UHK) in Auftrag gegeben hatte, zu dem genannten Buch im Haus der Kulturen der Welt in Berlin. Vier Wissenschaftler hatten mit zahlreichen Mitarbeitern fünf Jahre lang unter der Leitung Conzes an dem dicken Opus von fast neunhundert Seiten gearbeitet, das die Verstrickung der Beamten dieser Behörde zwischen 1933 und 1945 und ihre Weiterbeschäftigung in der



Guido Westerwelle bei der Vorstellung des Buches Das Amt und die Vergangenheit. Er meinte, es gebe nichts zu rechtfertigen, nichts zu beschönigen. (Foto: AFP)



¹ Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ), 29. 10. 2010.

² Stuttgarter Nachrichten, 29. 11. 2010.

³ FAZ, 23. 11. 2010.







Drei der vier mit der Arbeit beauftragten Historiker, von oben: Eckart Conze (Uni Marburg); Norbert Frei (Uni Jena); Moshe ZIMMERMANN (Hebrew University Jerusalem). Sie haben sich nicht gerade mit Ruhm bekleckert.

Bundesrepublik darstellen sollte. Als erstrebtes Ergebnis des Buches verkündete Conze: Das AA habe »an den Verbrechen des Hitler-Regimes an zentraler Stelle mitgewirkt, fast alle Diplomaten seien Täter gewesen«. Conze bezeichnete das frühere Außenamt pauschal als »verbrecherische Organisation«, was nach eingehender Prüfung nicht einmal 1945/49 die alliierte Siegerjustiz bei ihren Prozessen in Nürnberg festzustellen wagte, wo sie die entsprechenden Vorwürfe gegen das NS-Außenministerium ablehnte. Verbunden damit, wurde dem AA seit einigen Jahren für die Zeit nach 1949 der Vorwurf gemacht, seine NS-Geschichte nicht genügend aufgearbeitet zu haben.

Doch die historischen Tatsachen sprechen eine andere Sprache. Als 1951 in einer Artikelserie in der *Frankfurter Rundschau* Vorwürfe gegen das damalige AA erhoben wurden, kam in dem von Bundeskanzler Konrad Adenauer am 26. September 1951 in Auftrag gegebenen Schetter-Gutachten wie in dem von der SPD beantragten Bundestagsuntersuchungs-Ausschuß Nr. 47, dessen Abschlußbericht vom Juni 1952 am 22. Oktober 1952 im Parlament in aller Öffentlichkeit diskutiert wurde, schon zum Ausdruck, daß viele frühere Mitarbeiter des AA wieder in ihm tätig waren, weil sie sich nichts hatten zu Schulden kommen lassen. Bundeskanzler Adenauer forderte damals öffentlich, es sei nun an der Zeit, wietzt mit der Nazi-Riecherei einmal Schluß zu machen«.6

Das neue Buch war schon vor seinem Erscheinen von den die Vergangenheitsbewältigung noch immer betreibenden Kreisen mit großem Lob bedacht worden. So nahm nach einem ausführlichen Bericht am 25. Oktober 2010 am Vorstellungstage in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung (FAZ) Avi Primor, der von 1993 bis 1999 israelischer Botschafter in Bonn gewesen war, fast ganzseitig zu der anstehenden Frage Stellung. Er meinte, daß das Buch »nicht nur für deutsche Diplomaten ein Ereignis darstellt, sondern für alle Diplomaten weltweit. . . Man stellt sich nach der Lektüre die Frage, wie man ohne dieses Forschungswerk die Geschichte der Nazizeit und die Entstehung der Bundesrepublik überhaupt verstehen konnte«. Und er gab den guten Rat: Diplomaten »sollen die Wahrheit sehen und sagen«.⁷

Doch mit der historischen Wahrheit ist es in dem Buch nicht weit her. Schon wenige Tage nach seinem Erscheinen äußerten sich Fachhistoriker und Erlebniszeugen der damaligen Zeit kritisch zu dem Inhalt des zunächst öffentlich hoch gelobten Werkes. Die mit der Arbeit beauftrag-

⁴ Spiegel.de, 6. 12. 2010.

⁵ Spiegel, Nr. 43, 2010.

⁶ FAZ, 6. 11. 2010.

⁷ FAZ, 28. 10. 2010.



Das Auswärtige Amt in den dreißiger lahren.

ten vier Historiker – Eckart Conze (Universität Marburg, Leiter des Marburger Internationalen Forschungs- und Dokumentationszentrums Kriegsverbrecherprozesse), Norbert Frei (Universität Jena, Vorsitzender des wissenschaftlichen Kuratoriums der Stiftung) Gedenkstätten Buchenwald und Mittelbau-Dorac), Peter Hayes (USA, Inhaber des Theodore-Z.-Weiß-Lehrstuhls für Holocaust-Studien an der Northwestern University in Evanston, Illinois), und Moshe Zimmermann (Israel) – haben offensichtlich schlampig gearbeitet und einseitig Dokumente bewertet mit dem Ziel, die Mitarbeiter des Auswärtigen Amtes in der NSZeit möglichst stark mit dem Holocauste zu belasten. Den vier Autoren arbeiteten vierzehn wissenschaftliche Rechercheure sowie sieben studentische und wissenschaftliche Mitarbeiter zu. Die Endredaktion besorgte der Lektor Thomas Karlauf. Nach ihren vorstehend angegebenen Tätigkeitsfeldern waren die vier Forscher schwerlich ohne Vorurteile und nicht unabhängig.

Viele von den im Buch als bedeutsam und neu beurteilten Erkenntnissen sind schon seit 50 Jahren oder länger bekannt, worauf Prof. Dr. Manfred Oberesch hinwies. Das gilt zum Beispiel für die als große Sensation in den Medien hingestellte Reisekostenabrechnung des SS-Judenreferenten Franz Rademacher für eine Fahrt im Oktober 1941 zur "Liquidation von Juden in Belgrad«. Dieses Dokument ist spätestens seit 1952 bekannt und mehrfach früher in den Medien vorgestellt. Allein dieser Vorgang beweist nach Professor Dr. Henning Köhler die "Oberflächlichkeit«, mit der die vier Historiker der eingesetzten Kommission gearbeitet haben. Offenbar seien auch erst kurz vor dem Druck des Bu-

⁸ FAZ, 6. 11. 2010. ⁹ FAZ, 12. 11. 2010. ¹⁰ FAZ, 24. 11. 2010.



Franz RADEMACHER.

ches die in der Öffentlichkeit schon früher erhobenen, aber unzutreffenden Vorwürfe gegen den späteren Generalkonsul Franz NÜSSLEIN wegen dessen Prager Tätigkeit Anfang der vierziger Jahre aus dem Manuskript entfernt worden.

¹¹ FAZ, 9. 12. 2010.

Der frühere Botschafter Dr. Paul VERBEEK¹¹ wies auf eine »verfälschende Verkürzung« bei der Darstellung der Rolle Nüssleins in dem Buch hin.

Ferner muß bei diesem Beispiel beachtet werden, daß zur damaligen Zeit Liquidation in Deutschland keineswegs Tötung bedeutete, wie ein Blick in die zeitgenössischen Lexika beweist. Zum Beispiel schreibt der vierbändige Neue Brockhaus von 1941 (Bd. 3, S. 90) zu dem Stichwort Liquidation 1) Kostenabrechnung. 2) Abwicklung eines Geschäfts, eines Unternehmens. 3) Rechnung, z. B. eines Arztes. Der Liquidator, s,... oren, Leiter bei Geschäftsauflösungen. Ich liquidiere (habe liquidiert) es, 1) berechne, stelle eine Geldforderung, 2) löse auf, wickle (ein Geschäft) ab, 3) lege (einen Konflikt) bei. Eine Bedeutung als Töten wird gar nicht erwähnt. Auch der Große Brockhaus in zwölf Bänden (Bd. 7, S. 267) von 1953 erwähnt in dem wesentlich längeren Stichworttext keinerlei Bedeutung als Tötung. Erst das Große Duden Lexikon in acht Bänden von 1966 gibt auch (Bd. 5, S. 150): »5) verhüllend für jemanden beseitigen, umbringen an, anscheinend eine Begriffserweiterung der Nachkriegszeit.

Ein gegenwärtiger Mitarbeiter des Archivs des Auswärtigen Amtes machte bei der Diskussion nach der Vorstellung des Buches süffisant die Feststellung, daß Conze und Frei, die wesentlich für das Werk Verantwortlichen, am »7. 10. 2009« nur »einen Tag« in den vergangenen Jahren das Archiv des AA aufgesucht hätten, also praktisch gar nicht in den Beständen des Archivs gearbeitet hätten.¹² Das schlug dann wie eine Bombe gegen die Kommission ein.

¹² FAZ, 2. 12. 2010.

Der Autorenmannschaft wurde ebenso mit Recht vorgeworfen, durch Faksimile-Abdrucke von bereits veröffentlichten Dokumenten, ohne auf die frühere Darstellung zu verweisen, den – unberechtigten – Eindruck zu erwecken, etwas Neues gefunden zu haben und nun erstmalig zu veröffentlichen. Denn in der Geschichtswissenschaft ist es üblich, nur bei der ersten Veröffentlichung das Original zu bringen und sich später auf diese erste Darstellung zu beziehen.¹³

¹³ FAZ, 7. 1. 2011.

¹⁴ *Spiegel.de*, 6. 12. 2010.

Eine Zusammenstellung kritischer Stimmen brachte der Spiegel-Historiker Wiegrefe. ¹⁴ Er meinte dazu, die Kritik sei »zum Teil vernichtend«: Danach erklärte der angesehene Zeitgeschichtler Hans Mommsen, das Buch sei voller »massiver Fehler« und habe bei ihm »Entsetzen« ausgelöst. Er empfahl der Historikerkommission den Besuch eines »historischen Proseminars«, also einer Lehrveranstaltung für Anfänger, die ihr

Handwerkszeug erst noch zu gebrauchen lernen müssen. Johannes HÜR-TER vom Münchener Institut für Zeitgeschichte hielt Stellen des Buches für »bodenlos«. Der Mainzer Historiker Sönke NEITZEL warf der Kommission »Geschichtspornographie« vor, weil das AA als »verbrecherische Organisation« bewertet worden sei. Andere Wissenschaftler wiesen auf »Unkenntnis der Aktenlage« (Gregor Schöllgen), »Einseitigkeit« (Christian HACKE) oder »schlichtweg Unsinn« (Daniel KOER-FER) hin.

Einige Thesen des Buches sind leicht zu widerlegen. So heißt es in ihm, schon Anfang 1939 habe den deutschen Diplomaten »klar sein

müssen«, daß ihr Amt die »physische Vernichtung der jüdischen Rasse« anstrebe. Erwiesen ist jedoch, daß 1939 selbst die Reichsregierung noch auf eine Abschiebung, nicht auf eine Tötung, der Juden hinzielte. Während das Buch die Verantwortung für das Geschehen im Osten auch dem AA ankreiden will, ist bekannt, daß das AA dort kaum etwas zu sagen oder mitzuwirken hatte. Die Ostpolitik wurde in ROSENBERGS Ostministerium oder direkt von den nur HIT-LER persönlich verantwortlichen Reichskommissaren gemacht.

Andere Thesen des Buches beruhen lediglich auf Vermutungen und Unterstellungen, so etwa die Darstellung des Gespräches HITLERS mit RIBBENTROP am 17. September 1941. Ohne daß über den Inhalt des Gesprächs in der Forschung etwas bekannt ist, wird im Buch behauptet: »An der Entscheidung über die ›Endlösung war die Spitze des Auswärtigen Amtes direkt beteiligt. Das Schicksal der deutschen Juden wurde am 17. September 1941 besiegelt. An diesem Tag fand ein Treffen HITLERS mit RIBBENTROP statt... Das Auswärtige Amt ergriff die Initiative zur Lösung der ›Judenfrage‹ auf europäischer Ebene.«15

Nachdem die angesehene FAZ zunächst (25., 28., 30. 10. 2010) empfehlende Berichte über das Buch gebracht hatte, korrigierte insbesondere Rainer Blasius in dieser Zeitung während der folgenden Wochen (FAZ, 9., 10., 12., 27. 11. 2010; 2., 10., 17., 23. 12. 2010) dieses Urteil 15 FAZ, 19. 11. 2010. und wies mehrfach auf die methodischen und inhaltlichen Schwächen des Buches hin. Bei dieser Bloßstellung von Fehlern der Auftragsarbeit



Gauleiter und Oberpräsident von Ostpreußen, Erich Косн, mit Reichsaußenminister loachim von RIBBENTROP (1893-1946). Auf den fast übermächtigen Gauleiter und die Ostpolitik überhaupt hatte das Auswärtige Amt wenig Einfluß.

wurde er durch eine Reihe von Leserbriefen dem Auswärtigen Amt nahe stehender Personen bestätigt und ergänzt.

Insbesondere wurde der Kommission mit Recht vorgeworfen, den falschen Eindruck zu erwecken zu versuchen, daß es berechtigt sei, »dem Archiv des Auswärtigen Amtes Vertuschung und Verschweigen vorzuwerfen. Es stimmt auch einfach nicht, das Auswärtige Amt habe immer nur die Widerstandskämpfer in seinen Reihen herausgestellt, die Täter in seinen Reihen habe es verschwiegen. Die amtseigenen Aktenpublikationen früherer Jahre sprechen eine deutlich andere Sprache«.¹6

¹⁶ FAZ, 22. 12. 2010.

¹⁷ FAZ, 6. 5. 2012.

Es dauerte dann fast zwei Jahre, bis die vier Mitglieder der Historikerkommission sich gefaßt hatten und zu einem neuen Verteidigungsangriff vorgingen. In einem fast ganzseitigen Beitrag¹⁷ unter dem Titel »Panzerschrank für die Schande« warfen sie erneut dem AA vor. es habe seine NS-Vergangenheit »verharmlost« und vertuscht, und die Behörde sei ein Sumpf »gezielter Desinformation«. Das gelte insbesondere für die Zeit unter dem Bundesaußenminister Walter Scheel. Eine überzeugende Begründung dieses Vorwurfes wurde nicht geliefert. Daß die Kommissionsmitglieder nur den berühmten »einen Tag« im Archiv geweilt hätten, liege daran, daß sie, die zur Klärung der Vorwürfe eingesetzten und bezahlten Historiker, von vornherein keine Archivarbeit vorgesehen hätten. Man fragt sich dann, was sie in ihrem dickleibigen Werk offenlegen wollten? Sollte es wirklich nur eine unbegründete Sammlung von Vorwürfen gegen das AA sein? Pikant ist auch in diesem Zusammenhang, daß nun herauskam, daß der nur eintägige Besuch des Archivs erst nach Hinweis von seiten des AA auf den geheimen Aktenbestand im »Panzerschrank der Schande«, der die als Vertrauenssache (VS) gestempelten

Anklagebank im Wilhelmstraße-Prozeß. Im hinteren Bereich:
Erste Reihe, von links: Ernst von Weizsäcker, Gustav Adolf Steengracht von Moyland, Wilhelm Keppler und Ernst Wilhelm Bohle. Zweite Reihe:
Otto Dietrich, Gottlob Berger, Walter Schellenberg und Johann Ludwig Graf Schwerin von Krosigk.



Dokumente enthalte, geschehen sei. Als die Historiker Conze und Frei dann vor dem Berg von Akten des Archivs gestanden seien, hätten sie den Schrank wieder zugemacht. Denn sie erkannten: »Es zeigte sich sogleich die Aussichtslosigkeit des Unterfangens, aus einem riesigen Wust aus unzusammenhängendem und oft banalem VS-Schriftgut potentiell relevante Einzelakten zu identifizieren.«¹⁸ Das hätte wirkliche Arbeit bedeutet.

Der Historiker Stefan Scheil, der wegen des Revisionismus in seinen Büchern bezeichnenderweise bisher keinen Lehrstuhl bekam, urteilte abschließend über diesen Teil der Arbeit der Kommission: »So machte man denn den Deckel wieder zu und ging nach Hause. Kein Versuch wurde unternommen, mit den gewährten eineinhalb Millionen Euro Zuschuß des Auswärtigen Amtes unter Einsatz der vorhandenen Mitarbeiter diese unerschlossenen Bestände zu sichten. Als die Sache in Arbeit auszuarten drohte, ließ man die angebliche Verschwörung einfach Verschwörung sein, als bloße Behauptung.«19 Und es zeigte sich für SCHEIL: »Der Bedarf nach echter, ergebnisoffener Erforschung der Geschichte des Auswärtigen Amts durch leistungsbereite Historiker konnte kaum deutlicher offengelegt werden.«20 Die politisch korrekten und gleichgeschalteten Massenmedien beließen es ebenfalls meist bei der Verteidigung der unbelegten Behauptungen und Unterstellungen der Kommission und gingen nicht auf die entlarvende Bloßstellung der vier Historiker ein.

Was als großes Werk im Rahmen einer neuen Dimension der Umerziehung erscheinen sollte, erwies sich somit als ein oberflächliches, einseitiges, nicht auf Quellen gestütztes und damit unwissenschaftliches Machwerk, dem eigentlich weiter keine Beachtung geschenkt werden sollte. Es beweist aber wieder einmal, wie von offenbar voreingenommenen Wissenschaftlern mit unlauteren Mitteln versucht wird, mit neuen Methoden die Vergangenheitsbewältigung auch mehr als 65 Jahre nach Kriegsende weiter zu betreiben, um für die Zukunft im Rahmen der Umerziehung neue Betätigungsfelder zu finden. Daß sich zu solch einem tendenziösen Machwerk der Umerziehung deutsche Historiker hergeben, ist eigentlich eine Schande.

Das Buch wird leider besonders im Ausland große Beachtung finden. Die mit den wirklichen Vorgängen der Kriegszeit nicht näher vertrauten nichtdeutschen Leser werden den gebotenen Inhalt für richtig halten, zumal Wissenschaftler dafür zeichnen, und deswegen ein ganz falsches Bild von diesem Teil der deutschen Geschichte bekommen. Der frühere Staatssekretär im AA und Botschafter in Paris, Jürgen Sudhoff, weist auf vielfältige »vernichtende Kritik an Mutmaßungen und Unterstellungen in weiten Teilen des Buches« hin und urteilt über das neue Werk:

¹⁸ FAZ, 6. 5. 2012.

¹⁹ Junge Freiheit, 18. 8. 2012.

²⁰ Ebenda.

²¹ FAZ, 22. 12. 2010.

²² Stuttgarter Nachrichten, 29. 11. 2010.

²³ FAZ, 6. 1. 2011.

²⁴ *FAZ*, 27. 11. 2010.

²⁵ FAZ, 27. 11. 2010.

»Hier wird vor den Augen von Ausland und Inland eine Institution der Bundesrepublik Deutschland diskreditiert, in deren Dienst unsere Kollegen, lebende wie verstorbene, seit beinahe sechs Jahrzehnten das Bild des neuen Deutschlands. . . mit getragen und mit geprägt haben.«²¹

Mit diesem Werk wurde eine neue Dimension der Vergangenheitsbewältigung geöffnet. Es sollen offenkundig nun auch die anderen Ministerien über ihre NS-Zeit untersucht werden. Insbesondere die Grünen haben das bereits gefordert.²² Schon ist es so weit, daß nun auch die Verantwortlichen des Justizministeriums eine ähnliche Ausarbeitung über ihr Amt zwischen 1933 und 1945 in Auftrag geben wollen. Vielleicht werden dann die übrigen Ministerien ebenso eine neue Entnazifizierung ihrer verstorbenen Mitarbeiter beginnen.

Die ehrwürdige Max-Planck-Gesellschaft, die am 11. Januar 2011 des 100. Jubiläums der Gründung ihrer Vorgängerin, der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft, gedenken konnte, wird sich ebenso nach neuen Meldungen²³ statt den Wissenschaften der Vergangenheit des eigenen Hauses widmen müssen.

Und das Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) hat die Durchleuchtung seiner Geschichte in bezug auf in ihm ausgeübte Tätigkeiten ehemaliger NS-Mitglieder und deren Verwicklung in NS-Verbrechen als Forschungsvorhaben ausgeschrieben, das auch das Bundeskriminalamt (BKA) umfassen soll.²⁴ Das Bundesinnenministerium hat als vorgesetzte Behörde von BfV und BKA die Erkundung deren brauner Vergangenheit genehmigt und mit 300 000 Euro gefördert. Selbst der Bundesnachrichtendienst (BND) erwägt eine Durchleuchtung seiner Geschichte.

Die Parteien dürfen natürlich bei diesem masochistischen Bewältigungswahn nicht fehlen. Der frühere Bundesinnenminister Baum (FDP) forderte eine gründliche Aufarbeitung der NS-Belastung seiner Partei in den Anfangsjahren. Zum Beispiel sei – wie allerdings lange bekannt – 1953 in Nordrhein-Westfalen eine NS-Seilschaft unter dem FDP-Politiker Werner Naumann erst von den Engländern durch Verhaftungen gestoppt worden. »Diese Leute hatten die Macht«, wurde behauptet. ²⁵ Sie hatten sie aber nicht, wie sich schnell herausstellte.

Es wäre doch gelacht, wenn sich nicht eine Begründung für weitere Vergangenheitsbewältigung finden ließe, die auch künftig neue Schlagzeilen gegen Deutsche liefert. Es muß doch auch die nächste Generation noch 'Trauerarbeitk leisten können! Einen besseren Ausweis für besondere Qualifikation und Berufung zu Höherem, als durch nichts begründete Vorwürfe gegen die Großvätergeneration zu erheben, gibt es im derzeitigen Deutschland ja nicht.

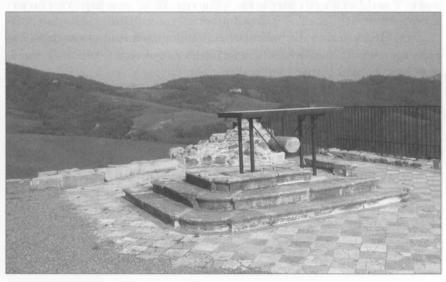
Rolf Kosiek

Fernsehen verbreitet erneut Marzabotto-Lüge

Obwohl die Marzabotto-Lüge schon vor vielen Jahren richtiggestellt¹ und als üble Verleumdung der deutschen Soldaten von seiten der italienischen Kommunisten entlarvt wurde, wird sie dennoch – und auch von deutschen Massenmedien – immer wieder aufgefrischt. So brachte die *Tagesschau* der ARD am 19. 12. 2012 um 20 Uhr erneut die längst als kommunistische Propaganda bewiesenen Vorwürfe, daß deutsche Wehrmacht- und SS-Einheiten unter Sturmbannführer (Major) Walter REDER in der Stadt Marzabotto in Italien ein Massaker am 29./30. September 1944 unter der Zivilbevölkerung verübt hätten, bei dem angeblich 1830 Zivilisten getötet worden seien.

Dabei haben die deutschen Truppen, die in den Bergen in einiger Entfernung von Marzabotto Stützpunkte der völkerrechtswidrig kämpfenden italienischen Partisanen aushoben, die Stadt Marzabotto überhaupt nicht betreten, geschweige denn dort ein Massaker veranstaltet. Die Stadtbevölkerung erlitt später erhebliche Verluste durch einen anglo-amerikanischen Bombenangriff auf die Stadt. Die bei den Kämpfen gegen die Partisanen, die sich in den Bergdörfern auch mit schweren Waffen verteidigten, und durch die Bombardierung entstandenen Todesopfer wurden schändlicherweise den Deutschen zugeschoben und in ein Massaker umgedeutet. Von den in diesem Zeitraum von Partisanen völkerrechtswidrig ermordeten deutschen Soldaten wird nicht gesprochen. Allein in den Monaten Juni bis August 1944 betrugen die deutschen Verluste um die 5000 Mann.

1 Vgl. Rolf Kosiek u. Olaf Rose (Hg.) Der große Wendig, Grabert, Bd. 2, Tübingen 52012, S. 76-80; ebenda Bd. 3, Tübingen 2008, S. 650-656; Klaus HAMMEL, Der Krieg in Italien 1943 bis 1945, Osning, Bielefeld 2012: siehe auch: Klaus HAMMEL, »lenseits von Tiefenbohrungen. Mit ihrem Bericht bleibt die deutsch-italienische Historikerkommission über die Jahre 1943 bis 1945 in eingefahrenen Gleisen«, in: Junge Freiheit, 18, 1, 2013.



Ruinen und Mahnmal der St. Martin Kirche in Monte Sole, Marzabotto. Foto: Wikipedia.

Fernsehen verbreitet erneut Marzabotto-Lüge

Auf einen die damaligen Vorgänge um Marzabotto richtigstellenden Brief von Dr. Klaus Goebel, München, vom 20. 12. 2012 an die Vorsitzende der ARD und Intendantin des WDR, Frau Monika Piel, erfolgte eine nichtssagende, an den belegten Vorwürfen der Geschichtsfälschung völlig vorbeigehende Antwort vom 21. 12. 2012, während ein ebenfalls richtigstellender Brief vom 23. 12. 2012 des Studiendirektors a. D. Friedrich Karl Pohl, Lüneburg, an Frau Piel gar nicht beantwortet wurde.

² Kopien der Briefe beim Verfasser.

Anstatt als deutscher Fernsehsender ein Interesse daran zu haben, daß solche die Deutschen belastenden Fehldarstellungen in der Öffentlichkeit richtiggestellt werden, bringt und verbreitet damit die ARD kommunistische Propaganda, weigert sich, die Lügen richtigzustellen, nimmt nicht einmal die ihr gegebenen, mit Quellen belegten Richtigstellungen zur Kenntnis und hat keine Bedenken, die Falschmeldungen zu senden. Die Feinde des deutschen Volkes könnten keine bessere Propaganda gegen die Deutschen machen, als, wie die ARD, solch einen die historische Wahrheit verfälschenden Film zu verbreiten.

Und der deutsche Bürger ist ab 1. Januar 2013 gesetzlich verpflichtet, diese deutschfeindliche Propaganda noch selbst mit dem nun gesetzlichen Zwangsbeitrag für das Fernsehen zu bezahlen.

Am 19. Dezember 2012 wurde in Rom von Bundesaußenminister Guido Westerwelle und seinem italienischen Kollegen Terzi die Sant'Agata der 170 Seiten umfassende Bericht einer deutsch-italienischen Historikerkommission vorgestellt, die im Mai 2009 eingesetzt wurde, um die Kriegsereignisse in Italien endlich aufzuklären. Dieser erste Bericht brachte schon einige Verringerungen der den Deutschen zugeschobenen Kriegsopfer, konnte aber noch keine endgültigen Zahlen vorlegen. Für Marzabotto wurde die Zahl von 1830 Todesopfern von der Kommission schon auf 770 herabgesetzt.³

Zum Gedenken an die italienischen Gefangenen nach dem Abfall Italiens von den Mittelmächten soll in Deutschland eine Gedenkstätte eingerichtet werden.⁴ Aber niemand tritt für

ein Denkmal für die deutschen Soldaten ein, die zu Tausenden von den völkerrechtswidrig operierenden Partisanen ermordet wurden.

Rolf Kosiek

- ³ Klaus HAMMEL, »Jenseits von Tiefenbohrungen«, in: *Junge Freiheit*, 18. 1. 2013, S. 20
- ⁴ Christa Langen-Peduto, »Mahnmal für italienische NS-Opfer«, in: *Augsburger Allgemeine*, 20. 12. 2012.

Der größte Erfolg der Vergangenheitsbewältigung des Nationalsozialismus durch die Medien in Nachkriegsdeutschland war die dreimonatige Kampagne gegen den baden-württembergischen Ministerpräsidenten Dr. Hans Filbinger (1913–2007) im Jahre 1978, die schließlich am 7. August 1978 zu seinem Rücktritt führte. Diese Kampagne geschah aufgrund Filbingers Tätigkeit als Marinerichter während des Zweiten Weltkriegs in Verbindung mit behaupteten Todesurteilen unter der maßgeblichen Initiative, Steuerung und Finanzierung durch den Staatssicherheitsdienst der DDR. Sie wurde von dem Dramatiker Rolf Hochhutti und massenwirksam durch die Leitmedien der westdeutschen Presse ausgeführt.

Daß die Kampagne von 1978 alles andere als eine einmalige Einflußnahme war, wurde nach Filbingers Tod am 1. April 2007 offenbar. Denn auf die Totenrede des Ministerpräsidenten Oettinger auf Filbinger am 11. April reagierte Rolf Hochhuth, der 29 Jahre vorher die Kampagne gegen Filbinger losgetreten hatte, trotz aller inzwischen erschienenen Richtigstellungen am 13. April in der Süddeutschen Zeitung mit dem Artikel »Der Lügner«. In diesem Beitrag bezeichnete er Oettingers Rede als »unverfrorene Erfindung« und beklagte die »Tragödie« des Matrosen Gröger, denn Hans Filbinger sei »ein sadistischer Nazi gewesen, da er als Richter den Matrosen Gröger nach der Kapitulation in einem britischen Gefangenenlager zum Tode verurteilt habe und sich für dessen Hinrichtung von den Briten zwölf Gewehre geliehen habe«.

Es ist mehr als ein Armutszeugnis für Hochhuth, daß er fast 30 Jahre nach dem Rücktritt Filbingers keine Richtigstellung im Fall Filbinger zur Kenntnis genommen hatte, und nicht nur das, sondern daß er einen derart abstrusen Artikel veröffentlichte, daß selbst die ihm geneigte Süddeutsche Zeitung bereits tags darauf den Online-Artikel Hochhuths wieder löschte. Hochhuth selber war für eine Stellungnahme nicht zu erreichen.

HOCHHUTHS Artikel offenbarte aber die Meinung, die sich in der Öffentlichkeit seit 1978 entgegen aller Wahrheit verfestigt hat. Das ist der Grund für die nochmalige Richtigstellung des Falls FILBINGER, der 2007 dann auch zum Rücktritt von Ministerpräsident OETTINGER führte aufgrund dessen fehlender Standfestigkeit, zu seiner inhaltlich angreifbaren Rede zu stehen. So war der Rücktritt OETTINGERS also eine direkte Folge des Rücktritts FILBINGERS, ein wahres Unikum in unserer Geschichte.

Der Fall Filbinger, der mit seinem Rücktritt als Ministerpräsident also nur sein vorläufiges Ende hatte, ist ein Musterbeispiel für eine Ruf-



Rolf Hochhuth. In einem Vorabdruck seines Romans Eine Liebe in Deutschland vom 17. Februar 1978 bezeichnete er Filbinger als »Hitlers Marinerichter, der sogar noch in britischer Gefangenschaft nach Hitlers Tod einen deutschen Matrosen mit Nazi-Gesetzen verfolgt hat«.



Günther OETTINGER bei seiner Totenrede auf FILBINGER am 11. April 2007.

mordkampagne, für die Verdrehung und Verfälschung von Tatsachen durch die Medien, für das Verschweigen von Entlastungszeugen sowie für die Einseitigkeit der Leitmedien und für die zeitgeistgesteuerte Justiz.

Im Endergebnis zerstörte diese Rufmordkampagne aber nicht nur das Ansehen FILBINGERS als des damals erfolgreichsten CDU-Politikers, sondern – weitaus schlimmer – die Grundlage des christlichen Konservativismus in Deutschland. Die Behauptungen dieser Kampagne zu widerlegen ist der Zweck dieses Richtigstellung.

Zur Persönlichkeit Hans Filbingers

Hans Karl Filbinger wurde am 15. September 1913 in Mannheim geboren, verlor mit bereits fünf Jahren seine Mutter und wuchs in seinem stark katholisch geprägten Vaterhaus auf. Er trat mit 15 Jahren dem der katholischen Zentrumspartei nahestehenden Bund Neudeutschlande (ND) bei, wurde dort Leiter des Mannheimer Gaus >Langemarck(und machte 1933 Abitur. Im Sommersemester 1933 begann er, Jura und Volkswirtschaft in Freiburg und später in München zu studieren, und legte 1937 das erste juristische Staatsexamen ab. Im selben Zeitraum, von 1933 bis 1936, war er Mitglied des nationalsozialistischen Deutschen Studentenbunds (NSDStB) und des Wehrsportverbands der Freiburger Universität und wurde am 20. Mai 1937 außerdem Mitglied der NSDAP, in der er bis Mai 1945 verblieb. Gleichzeitig war er Mitglied im nationalsozialistischen Rechtswahrerbund. Aber in allen genannten Gruppierungen war er ohne Rang und Funktion. Diese Mitgliedschaften ermöglichten ihm den Erhalt von Stipendien, die er sonst nicht bekommen hätte. Sein seit 1918 verwitweter Vater vermochte das Studium seines Sohnes nicht zu finanzieren.

1939 wurde er mit der Note magna cum laude bei Prof. GROSSMANN-DOERTH in Freiburg promoviert. Danach wurde er erst Assistent, dann Lehrbeauftragter an der juristischen Fakultät der Freiburger Universität, wo er 1940 sein Zweites juristisches Staatsexamen ablegte.

Im selben Jahr meldete er sich freiwillig zur Kriegsmarine und wurde am 30. August einberufen. Er legte einen Offizierslehrgang ab und wurde 1943 Oberfähnrich zur See.

Am 5. Februar 1943 meldete er sich zur U-Bootwaffe, zum Zeitpunkt ihrer größten Erfolge in der Atlantikschlacht,¹ wurde aber am 21. März aus der Wehrmacht entlassen, nachdem er für seine künftige Tätigkeit als Marinerichter u.k. (=unabkömmlich) gestellt worden war. So wurde er gegen seinen Willen der Kriegsgerichtsbarkeit zugeteilt und ab Mai 1943 Marinehilfsgerichtsrat, zunächst am Gericht des Befehlshabers zur

¹ Hans FILBINGER, Die geschmähte Generation, München 1987, S. 271, Dokument 8.

Sicherung der Nordsee in Cuxhaven und anschließend am Gericht des Küstenbefehlshabers Deutsche Bucht in Westerland.

Im Zusammenhang mit dem mißlungenen Attentat vom 20. Juli 1944 auf HITLER war FILBINGER ohne sein Wissen nach dem Zeugnis von Alexander VON HASE, Sohn des 1944 hingerichteten Berliner Stadtkommandanten Paul von HASE, von diesem und von den 1944 ebenfalls hingerichteten Militärrichtern Dr. Karl SACK und Berthold Graf STAUFFEN-BERG wegen seiner juristischen Fähigkeiten und seiner Distanz zur herrschenden Politik nach der Beseitigung HITLERS für eine hohe Position in der Militärgerichtsbarkeit vorgesehen.² Der Filbinger betreffende Vorschlag wurde von den genannten Herren in einem Gespräch im Dienstzimmer des Generalleutnants Paul von HASE in Gegenwart dessen Sohns Alexander von HASE gemacht. Dieser sensationelle Brief Alexander von Hases vom 7. Juni 1978 an Filbinger, der im Rahmen der Kampagne Filbinger eine außerordentlich große Entlastung gebracht hätte, der vielleicht sogar zum Zusammenbruch der von Hochhuth gestarteten Diffamierungskampagne geführt hätte, wurde im Stuttgarter Staatsministerium zwar mit einem Eingangsstempel versehen, FILBIN-GER aber nicht vorgelegt und verschwand ungelesen im Archiv. Dort wurde er erst 1979 entdeckt – zu spät.3

Von August bis Oktober 1944 war FILBINGER am Gericht des Admirals der norwegischen Polarküste in Kirkenes tätig und wurde am 25. Oktober 1944 im Rahmen des Rückzugs der deutschen Truppen zunächst nach Tromsö, ab Januar 1945 zum Gericht des Kommandanten der Seeverteidigung nach Oslo versetzt, wo er bis zum Kriegsende blieb. Dort wurde am 16. März 1945 das später publizistisch ausgeschlachtete Todesurteil an dem 1943 fahnenflüchtig gewordenen Marinesoldaten GRÖGER nach Wiederaufnahme des Verfahrens ausgeführt, was FILBINGER 33 Jahre später seine Stellung als Ministerpräsident kosten sollte, obwohl er für dieses Urteil nicht verantwortlich war. Dort geriet FILBINGER im Mai 1945 in die Kriegsgefangenschaft der Briten, in deren Auftrag er bis zum Februar 1946 seine Tätigkeit dort fortsetzte, da die Briten unter ihrer Oberaufsicht die deutsche Militärgerichtsbarkeit für die deutschen Kriegsgefangenen wegen ihrer rechtlich einwandfreien Praxis bestehen ließen.

Er trat mit 38 Jahren 1951 in die CDU ein, wurde badischer Staatsrat in Stuttgart, unter Ministerpräsident Kiesinger 1960 bereits Innenminister von Baden-Württemberg, um dann 1966 Ministerpräsident zu werden. Zwölf Jahre bekleidete er dieses Amt so ausgesprochen wirkungsvoll, daß er die beiden Landtagswahlen von 1972 mit 52 und 1976 mit fast 57 Prozent der Stimmen unter dem Schlagwort »Freiheit oder Sozialismus« sensationell für die CDU gewann. Den Erfolg von 1972 ver-

² Ebenda, S. 88.

³ Ebenda, S. 89 u. S. 273, Dokument 10.

Hans Filbinger beim Wahlkampf 1972. Rechts von ihm sitzend: Ludwig Erhard, Bundestagspräsident Kai-Uwe von Hassel und Rheinland-Pfalz-Ministerpräsident Helmut Kohl.



dankte er vor allem dem Wahlverzicht der seit 1968 im Landtag mit 9,8 Prozent der Stimmen vertretenen NPD. Dieser Wahlverzicht sollte der CDU den Wahlsieg garantieren, damit sie ihr Wahlversprechen einlösen konnte, im Fall eines Wahlsieges die Ostverträge im Bundesrat scheitern zu lassen. Filbinger gewann die Wahl, aber sein Wahlversprechen hielt er nicht ein, indem die baden-württembergische CDU im Bundesrat sich der Stimme enthielt, womit die Ostverträge den Bundesrat passieren und wirksam werden konnten.

Als Ergebnis der Rufmordkampagne (Fall Filbingerk) trater, wie schon erwähnt, am 7. August 1978 als baden-württembergischer Ministerpräsident zurück, nachdem die CDU ihn fallengelassen hatte.

Ein Jahr danach gründete er zusammen mit profilierten Persönlichkeiten, zu denen vor allem der Sozialphilosoph Günter ROHRMOSER (1927–2008) gehörte, das Studienzentrum Weikersheim für eine grundlegende geistig-ethische Erneuerung Deutschlands auf christlicher Grundlage, dem er bis zum 23. Mai 1997 als Präsident vorstand. Daß er dadurch weiterhin in der politischen und kulturellen Öffentlichkeit präsent blieb, bezeugt nichts anderes besser, als daß ihm zu seinem 70. Geburtstag der Ehrentitel eines Professors verliehen wurde und eine Festschrift erschien und zehn Jahre später zum 80. Geburtstag eine weitere. Wiederum zehn Jahre danach, zum 90. Geburtstag, erschien noch einmal eine Art von Festschrift als Darstellung seines Lebens. Am 1. April 2007 ist Hans FILBINGER in Freiburg-Güntherstal im Kreise seiner Familie im 94. Lebensjahr gestorben.

Chronologie des >Falls Filbinger<

Um die rufmörderischen Behauptungen, um deren Widerlegung es hier geht, zu verstehen, ist die Darstellung der Chronologie des Falls Filbinger« notwendig.

Zu den Drahtziehern dieser Kampagne gehörte der Staatssicherheitsdienst der DDR (Stasi), der strategisch geschickt und gut vorbereitet den Sturz des konsequentesten antikommunistischen, christdemokratischen Politikers Filbinger plante und mitfinanzierte. Dieses Wirken wurde aber erst nach dem Untergang der DDR bewiesen. So unterschrieb 15 Jahre nach Filbingers Sturz der ehemalige Oberstleutnant der Stasi Bohn-SACK am 30. April 1993 in Weikersheim in Gegenwart FILBINGERS ein Protokoll, in dem es hieß: »Seit Ende der 60er Jahre wurde FILBINGER durch aktive Maßnahmen bekämpft. Es wurde gefälschtes und verfälschtes Material in den Westen lanciert. Oberst Knaus, stelly. Leiter der Hauptabteilung X war der Erfinder der Aktionen für Skandale, Affaren. Von ihm stammte die These: >Im Falle FILBINGER liegen Originalakten über drei Todesurteile vor.« Niemand hat sie gesehen; wir durften nicht nachfragen und nicht nachprüfen. Es heißt: Das geht euch nichts an. Es gab kaum eine (westdeutsche) Zeitschrift, die nicht auf unsere Fälschungen hereingefallen ist. FILBINGER war dabei das besondere Angriffsziel.«4

besondere Angriffsziel.«⁴
Der führende und ausfü

Der führende und ausführende Kopf der Kampagne war der Dramatiker Rolf Hochhuth, dessen zwielichtige Methode darin bestand, je nach Bedarf die Position des Historikers oder Künstlers einzunehmen. Mit seinen Enthüllungskampagnene gegen Churchill, den er für den Tod des polnischen Exilpolitikers SIKORSKI verantwortlich machte, und gegen Papst Pius XII. wegen dessen Verhalten gegenüber den Juden im Zweiten Weltkrieg hatte er schon für Aufsehen gesorgt. Nun veröffentlichte er in der Wochenzeitung Die Zeit am 17. Februar 1978 einen Vorabdruck aus seinem neuen Roman Eine Liebe in Deutschland, in dem er den Ministerpräsidenten FILBINGER als »Hitlers Marine-Richter« bezeichnete, der sogar noch in britischer Gefangenschaft nach HITLERS Tod einen deutschen Matrosen namens PETZOLD mit Nazi-Gesetzen verfolgt habe. Deshalb charakterisierte er Filbinger als »furchtbaren Juristen«.5 FILBINGER ging gegen HOCHHUTH und Die Zeit juristisch vor und verklagte beide auf Unterlassung. Allen Warnungen zum Trotz glaubte er an die Justiz in der Auseinandersetzung gegen einen Literaten und die Presse, was eine verhängnisvolle Fehleinschätzung war.

FILBINGER selber erklärte seit Prozeßbeginn immer wieder, daß er kein Springe 2006, einziges Todesurteil gefällt habe (was nachweislich falsch war), sondern S. 15–34, hier: S. 17. als Marinerichter überall geholfen habe, wo irgendeine Aussicht auf Hil-

⁴ Paul SCHMIDT-CARELL, »Stasi-Treibjagd auf einen Antikommunisten«, in: Ostpreußenblatt, Nr.11/1994 vom 19. März 1994, S. 12.

⁵ Wolfram WETTE, »Der Fall Filbinger«, in: ders. (Hg.), Filbinger – eine deutsche Karriere, Springe 2006, S. 15–34, hier: S. 17.

fe war und daß er dabei mehrere zum Tode verurteilte Soldaten gerettet oder vor harter Strafe bewahrt habe. Das war richtig.

Bevor der von Filbingers Anwälten angestrengte Prozeß im Fall Petzold begann, starteten der *Spiegel* und die *Zeit* aber am 8. und 12. Mai 1978 eine regelrechte Kampagne mit geballter Macht, die zuerst den Fall Gröger, dann die »Phantomurteile« und schließlich den Fall Krämer zum Inhalt hatte, also eine Kampagne in vier Wellen, wobei die Tatsachen mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit den Presseorganen von der DDR zugespielt wurden. Vier Monate hindurch widmete so das Magazin *Der Spiegel* in insgesamt 16 Ausgaben auf 60 Seiten dem Fall Filbinger«. Die *Zeit* veröffentlichte über Filbinger sogar 65 Seiten; die Parteizeitung der SPD, Der *Vorwärts*, befaßte sich in 14 Ausgaben auf 39 Seiten mit diesem Thema, und der *Stern* füllte 13 Ausgaben von Mai bis August 1978 mit 34 Seiten über den Fall Filbinger. Auch die *Frankfurter Rundschau* und die *Süddeutsche Zeitung* gerieten in den Anti-Filbinger-Sog. Natürlich war auch das Fernsehen mit von der Partie, NDR, WDR, Tagesschau und das Magazin »Panorama« an der Spitze.^{6,7}

Nicht alle Medien beteiligten sich an dieser Kampagne – so der Rheinische Merkur, die Schwäbische Zeitung, der Südkurier und die Ludwigsburger Kreiszeitung, weil dort Chefredakteure mit geschichtlicher Erfahrung und

politischem Anstand verantwortlich zeichneten.8

Diesem pausenlosen Beschuß der führenden Medien – zweifelsohne eben eine gesteuerte Rufmordkampagne – widerstand die CDU auf die Dauer nicht, zumal die Verteidigung FILBINGERS zu statisch, zu juristisch, zu defensiv war. Da er außerdem juristisch Beistand von Josef Augstein, dem Bruder des *Spiegel*-Herausgebers Rudolf Augstein erhielt, der damals schon auf die Rolle der DDR bei den Angriffen gegen FILBINGER hinwies,⁹ fühlte er sich den Angreifern überlegen, was eine Fehleinschätzung war. Außerdem hatte er als Ministerpräsident nicht ein einziges Mal die Möglichkeit, öffentlichkeitswirksam im Fernsehen aufzutreten, was ein bezeichnendes Licht auf die dortige Machtverteilung wirft. Allerdings konnte er sich auch nicht dazu aufraffen, sein Bedauern über die Hinrichtung des Matrosen Gröger zu verlautbaren, weil er dafür nicht verantwortlich gewesen war. Das war juristisch zwar korrekt, aber 33 Jahre später moralisch nicht mehr nachvollziehbar.

Aber auch seine damals noch lebenden Entlastungszeugen, denen er während des Krieges juristisch das Leben gerettet hatte, wie die ehemaligen Soldaten Möbius, Prössdorf und Forstmeier, bekamen kein Podium, um Filbinger zu helfen und die Kampagne zu durchkreuzen.

Kern von Filbingers Verteidigung war, keine Demutsgesten, keine Reuebekenntnisse vorzuführen, wie sie in der UdSSR bei öffentlichen

FILBINGER,
aaO. (Anm. 1),
S. 153.
Harald Vocke,
»Die Rufmordkar

Harald VOCKE, »Die Rufmordkampagne als Lehrstück«, in: *Deutsche Tagespost* vom 22. Oktober 1987.

⁸ Joachim KAN-NICHT, » Hintergründe einer Hetzkampagne«, in: *Alte Kameraden*, 35. Jg., Nr.10 vom 10. Oktober 1987.

⁹ Filbinger, aaO. (Anm. 1), S. 155.

Schauprozessen üblich sind. 10 Das aber wollte die veröffentlichte Meinung erreichen, weil danach ein Rücktritt unumgänglich gewesen wäre.

Am 23. Mai 1978 erließ das Stuttgarter Landgericht dann eine einstweilige Verfügung, in der Filbinger bescheinigt wurde, im Rahmen des damals geltenden (Militärstraf-)Rechts korrekt gehandelt, also strafverfahrensrechtlich nichts falsch gemacht zu haben. Entscheidend aber war die gerichtliche Aussage zugunsten Hochhuths, dem in völligem Widerspruch zum vorher Gesagten gestattet wurde, die Formulierungen »Hitlers Marine-Richter« und »furchtbarer Juristen« zu benutzen, »weil es sich um zulässige Werturteile« gehandelt habe. 11 So konnte sich Hochhuth als Sieger fühlen.

Der Fall Filbinger erfuhr eine Steigerung, als im Juli und am 3. August insgesamt vier Todesurteile bekannt wurden, die Filbinger im März 1945 als Richter gefällt hatte, gefällt allerdings gegen Marinesoldaten, die ihren Kommandanten ermordet hatten und nach Schweden desertiert, also nicht greifbar waren. Diese Urteile, die Filbinger zu Recht als »Phantom-Urteile« bezeichnete, waren also nie rechtkräftig geworden. Dennoch kippte mit dem Bekanntwerden dieser Kriegsurteile und mit dem Bekanntwerden des Falls Krämer, der eine zeitlich befristete Haft 1945 antreten mußte, die öffentliche Meinung und auch die in der CDU zuungunsten Filbingers, so daß er sich gezwungen sah, am 7. August 1978 als baden-württembergischer Ministerpräsident zurückzutreten.

Die Rufmordkampagne hatte damit ihr Ziel erreicht. Der erfolgreichste und profilierteste CDU-Landespolitiker war gestürzt. Der Ruf Filbingers blieb bis zu seinem Tod und darüber hinaus nachhaltig beschädigt, trotz aller wissenschaftlichen und publizistischen Gegendarstellungen und auch Ehrenerklärungen von seiten der CDU.

Die Kampagne hatte aber einen weiteren strategischen Hintergrund, und zwar die Schmähung der Kriegsgeneration. Denn Filbinger galt für die 68er Bewegung als politische Symbolfigur für die angeblich »nicht hinreichend aufgearbeitete Nazi-Vergangenheit, als herausgehobener Repräsentant des Juristenstandes, dessen Wortführer auch noch nach 1945 ihre im nationalsozialistischen Staat praktizierte Terrorjustiz rechtfertigten oder beschönigten«. 12

Im folgenden sollen die schmähenden Behauptungen dargestellt und widerlegt werden. Dabei geht es nicht darum, daß sich Filbinger taktisch ungeschickt verteidigte und trotz vieler Warnungen bei der Auseinandersetzung mit Hochhuth und der Presse zu gutgläubig sich auf die Justiz verließ, ohne zu erkennen, daß die Justiz in politischen Dingen – vor allem gegen links– eine stumpfe Waffe ist.

Historisch festzuhalten ist, daß unter der Schirmherrschaft des damaligen CDU-Generalsekretärs Bruno HECK im Verlag v. Hase & Koehler

10 Ebenda, S. 169.

¹¹ WETTE, aaO. (Anm. 5), S. 19.



Heinz Hürten vertrat in den achtziger Jahren einen ähnlichen Standpunkt wie Golo MANN, nämlich, daß Gröger hätte nicht gerettet werden können. Siehe: Bruno HECK (Konrad-Adenauer-Stiftung, Hg.), Heinz HÜRTEN, Wolfgang Jäger, Hugo Ott, Hans Filbinger - Der Fall und die Fakten: Eine historische und politologische Analyse, Hase & Koehler, Mainz 1980.

12 Ebenda, S. 9.

die erste wissenschaftliche Widerlegung der Kampagne bereits 1980 erschienen ist, die heute aber nur noch antiquarisch erhältlich ist. Dieser folgte eine detaillierte vom Juristen Franz Neubauer im Jahr 1990.

Schwer nachzuvollziehen ist in heutiger Zeit der Vollzug der Todesstrafe, die während des Krieges bei *allen* kriegführenden Nationen bei Fahnenflucht selbstverständlich war, wofür heute jedes Verständnis fehlt. Kaum vorstellbar ist so zum Beispiel die Tatsache, daß während des Zweiten Weltkrieges selbst in der Armee der neutralen Schweiz wegen Fahnenflucht 33 Todesstrafen verhängt wurden, von denen 17 vollstreckt wurden.¹³

13 Günther GILLES-SEN, »Der Richter, das Recht und der Tod«, in: Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung (FAS), Nr. 37, 14. 9. 2003, S. 8.

Im Mittelpunkt dieser Darstellung steht daher die unbezweifelbare Tatsache, die selbst von Wolfram Wette, einem eingefleischten Gegner Filbingers, zugegeben wird, daß kein einziger Soldat und Zivilist durch Filbinger während des Zweiten Weltkriegs sein Leben verloren hat.

An dieser zentralen unwiderlegbaren Tatsache wird unübersehbar deutlich, daß es sich beim Fall Filbinger um eine wohlüberlegte politische Kampagne gehandelt hat, die in der Tat als Langzeitfolge den politischchristlichen Konservatismus bis in die Grundfesten nicht nur erschüttert, sondern zerstört hat.

1. Behauptung: Die Behauptung, FILBINGER sei »ein furchtbarer Jurist« gewesen, stammt, wie schon erwähnt, vom Dramatiker Rolf Hochfiuti und wurde selbst noch am 3. April 2007 anläßlich des Todes von FILBINGER von der Tageszeitung Südkurier als Überschrift für den Nachruf auf Seite 3 verwendet (»Furchtbarer Jurist, fähiger Regierungschef«). Hochhuth hatte juristisch durchgesetzt, diesen rufmörderischen Begriff weiterhin verwenden zu können, was bis in die Gegenwart straffrei geschehen ist. Diese Behauptung ist von allen die bis heute weitreichendste und verletzendste.

In Wirklichkeit war Filbinger weder ein »furchtbarer Jurist« noch ein »NS-Marinerichter« oder gar »strafwütiger Nazi-Militärrichter« oder gar »sadistischer Nazi«, weil es gar keine nationalsozialistische Wehrgerichtsbarkeit gab, sondern auch während des Zweiten Weltkriegs das seit 1872 bestehende Militärstrafrecht, auch wenn dieses durch die neue Kriegssonderstrafrechtsverordnung (KSSVO) und die Kriegsstrafverfahrensordnung (KStVO) mit Kriegsausbruch 1939 »modernisiert« wurde. Das deutsche Militärstrafrecht entsprach also sehr wohl dem internationalen Standard der Militärgerichtsbarkeit und wurde deshalb auch noch nach 1945 von den Briten in Norwegen geduldet – eine Tatsache, die von FILBINGERS Gegnern immer geflissentlich übersehen wurde.

Zweitens hatte die Staatspartei des Dritten Reiches, die NSDAP, keinen Zugriff auf Angehörige der Wehrmacht, denn die Mitgliedschaft in

¹⁴ Fred Ludwig SEPAINTNER, Hans Filbinger. Aus neun Jahrzehnten, Karlsruhe 2003, S. 30.

15 Ebenda.

der Partei ruhte während der Militärzeit jedes Soldaten, so auch Filbingers. Es stimmt zwar, daß Filbinger in 234 Strafverfahren tätig war, es gibt aber kein einziges Urteil Filbingers, durch das ein Mensch sein Leben verloren hat. Aum anderen war er als milder Richter bekannt, der seinen Handlungsspielraum ausnutzte, um zu helfen, wo immer es möglich war. So endeten unter seinem Vorsitz nur fünf Prozesse mit Strafen, die auf mehr als zwei Jahre Haft lauteten. 15

Mehr noch: Mindestens fünf Soldaten wurden durch FILBINGER vor der Todesstrafe gerettet – darunter die spektakulären Fälle des Kriegspfarrers Mößius, der zweimal zum Tode verurteilt worden war, und des Oberleutnants Guido Forstmaier (1912–2011), der eine mehrfache Todesstrafe zu erwarten hatte und durch Wiederaufnahme des Verfahrens durch Filbinger gerettet werden konnte. Ihre schriftlichen Protokolle sind erhalten. Es war aber bezeichnend für die Waffenungleichheite in der Publizistik, daß diese Entlastungszeugen 1978 keinerlei Möglichkeiten bekamen, öffentlich wirksam aufzutreten, schon gar nicht im Fernsehen.

2. Behauptung: Sie lautet, FILBINGER sei für die Todesurteile an mehreren Marinesoldaten verantwortlich. Der Fall des Marinesoldaten Walter Gröger, der sich im Dezember 1943 als Fahnenflüchtiger vom Schlachtkreuzer Scharnhorst in Oslo selbst gestellt hatte, nachdem seine norwegische Freundin, bei der er vier Wochen untergekommen war, sich von ihm getrennt hatte, war nicht FILBINGERS Fall. Nachdem das erste Urteil vom 14. März 1944, das Größer auf acht Jahre Zuchthaus verurteilt hatte, vom Oberkommando der Marine (OKM) kassiert worden war, wurde ein erneutes Verfahren angesetzt, bei dem FILBINGER als weisungsgebundener Staatsanwalt erst am Ende des Verfahrens am 16. Januar 1945 für die Todesstrafe zu plädieren hatte. Grund dafür war die ausgesprochen schlechte Beurteilung des Soldaten Größer, der zudem in törichter Weise angegeben hatte, mit dem EK II ausgezeichnet worden zu sein, und auf Bewährung bei einem Feldbataillon eingesetzt worden war - zwei Lügen, die ihn dann das Leben kosteten. So erging am 27. Februar 1945 vom Oberbefehlshaber der Marine die Bestätigung des Todesurteils in Oslo und am 15. März die nochmalige Urteilsbestätigung durch das OKM/Oberkommando der Marine.18

Gröger wurde daraufhin am 16. März hingerichtet, wobei FILBINGER als leitender Offizier anwesend war. Es ist eine reine Hypothese, daß dem Marinegericht Oslo nichts Nachteiliges widerfahren wäre, wenn das Urteil einfach nicht ausgeführt worden wäre, zu einem Zeitpunkt, als die Sowjets an der Oder standen, die Amerikaner den Rhein überschritten hatten und sich das Flüchtlingsdrama auf der Ostsee abspielte.

16 Ebenda.

17 Lothar Bossle (Hg), Hans Filbinger. Ein Mann in unserer Zeit, o.O. 1983, S. 18–22.

18 Ricarda BERTHOLD, »Filbingers
Tätigkeit als Marinerichter im
Zweiten Weltkrieg«,
in: Wolfram WETTE
(Hg), Filbinger – eine
deutsche Karriere,
aaO. (Anm. 4),
S. 43–64, hier:
S. 43.

Tatsache ist jedoch, daß kein Richter, erst recht kein wohlmeinender sich eine strafbare Rechtsbeugung zugunsten eines Angeklagten leisten konnte. Nur im Stadium der Untersuchung hatte der Vertreter der Anklage eine Möglichkeit, den Gang des Verfahrens zu steuern, etwa durch Aufbietung weiterer Zeugen, Beurteilungen früherer Vorgesetzter oder private Auskünfte. Das hat Filbinger in den Fällen Kramer, Möbius, Forstmaier getan mit Ausnahme von Gröger, weil es hier nach der Wiederaufnahme des Verfahrens unter eindeutig strafverschärfenden Bedingungen keine Möglichkeit mehr gab.

Deshalb ist die in der Presse erhobene Behauptung, Filbinger habe Einspruch gegen die Weisung des OKM einlegen können, nicht zutreffend, denn »dafür fehlte das Erfordernis der Gesetzwidrigkeit der Weisung des OKM. Auch um Gnade hätte Filbinger nicht bitten können,

weil dieses Recht nur dem Richter zustand«.20

Schließlich ist Filbinger »Sadismus« vorgeworfen worden, was ja mit dem Begriff des »furchtbaren Juristen« eng zusammenhängt, weil er sich zum Leitenden Offizier der Hinrichtung ernannt habe. Auch dieser Vorwurf trifft nicht zu, weil es in der Militärjustiz »als ungehörig galt, wenn der Staatsanwalt, der die Todesstrafe beantragt hatte, sich vor der Aufsicht über diesen zugegebenermaßen entsetzlichen Vorgang drückte«.²1

Daß die einzigen tatsächlichen Todesurteile, die Filbinger als Richter gegenüber vier Matrosen in deren Abwesenheit aussprach, rechtlich korrekt waren, ist leicht nachzuvollziehen. Denn die Verurteilten waren mit einem Hafenschutzboot am 15. März von Oslo nach Schweden geflüchtet, nachdem sie den Kommandanten ermordet hatten, und am 16. April floh der Steuermann des Hafenschutzbootes 21 mit 14 Besatzungsmitgliedern ebenfalls nach Schweden.

Ohne Federlesen verurteilte FILBINGER am 9. und am 17. April 1945 die Anführer der Deserteure, die Soldaten BIGALSKE, LIMMER, WEDDE, BIELKE und STEFFEN in Abwesenheit zum Tode. War das Fanatismus bis zuletzt? Daß diese »Phantomurteile« nicht ausgeführt werden konnten und nicht durchgeführt wurden, spielte beim Fall FILBINGER« keine Rolle, es zählte nur die Tatsache, daß er die Urteile ausgesprochen hatte.

Wie Günther GILLESSEN in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung schrieb, war die Entscheidung FILBINGERS im Falle des Soldaten PETZOLD aufschlußreich, die HOCHHUTH für besonders »furchtbar« hielt: Die Briten hatten nämlich nach der Kapitulation der Wehrmacht in ihren deutschen Kriegsgefangenenlagern in Norwegen die militärische Ordnung der Wehrmacht aufrechterhalten, was für die Deutschen eine Erleichterung bedeutete. Voraussetzung aber war das Fortgelten des deutschen Militärstrafrechts, allerdings nun unter dem König GEORG VI. von England als oberstem Dienstherrn. Als FILBINGER am 29. Mai 1945 nämlich den Flak-

¹⁹ GILLESSEN, aaO. (Anm. 13), S. 8.

²⁰ Ebenda.





Golo Mann. Bereits am 6. August 1978 sprach er von einer »Menschenhatz« gegen Filbinger. 1987 folgte er Filbingers. Memoiren: Das Todesurteil gegen Walter Gröcer habe festgestanden, seine Rettung sei »von vornherein unmöglich« gewesen.

artilleristen Petzold zu sechs Monaten Gefängnis verurteilte, weil er einem Befehl seines Batteriechefs nicht gehorcht und die Offiziere als »Nazihunde« beschimpft hatte, geschah dies durchaus mit dem Einverständnis der Briten. Genauso billigten sie auch die Verurteilung des Oberleutnants zu See Höstermann am 1. Juni wegen Disziplinlosigkeit zu 13 Monaten Gefängnis und Verlust des Dienstgrades,²² denn sie legten großen Wert darauf, daß die Disziplin, der Mannschaftsgeist und die Einsatzbereitschaft der gefangenen deutschen Marinesoldaten erhalten blieben.²³ Daß die Briten damit nicht nur das deutsche Strafrecht, sondern auch das Wirken Filbingers für legitim erachteten, wurde von Filbingers Gegnern in der Kampagne ebenfalls bewußt verschwiegen.

²² Berthold, aaO. (Anm. 18), S. 47.

²³ Ebenda.

3. Behauptung. Daß FILBINGER ein »strafwütiger Nazirichter mit pathologisch gutem Gewissen« gewesen sei, entbehrt jeglicher Wahrheit. Er war zwar, wie erwähnt, auf dem Papier offiziell Mitglied verschiedener nationalsozialistischer Gruppierungen gewesen, hatte aber weder in der Partei noch in ihren Untergliederungen Ämter wahrgenommen, noch gar eine parteipolitische Karriere gemacht. Seine tiefe christliche Bindung hatte ihn schon als Student in Freiburg vielmehr in einen für sein weiteres Leben prägenden Kreis der inneren Emigration gebracht um den Publizisten Karl Färber, den Philosophen Max Müller, den Theologen Bernhard WELTE, den Historiker Karl Spörl und den Nationalökonomen Bernard PFISTER. Später kamen zu diesem Kreis auch Reinhold Schneider und der Ökonom Walther Eucken dazu. Alle Mitglieder dieses Kreises wurden von der Geheimen Staatspolizei beäugt und wiederholt aufgesucht. Auch FILBINGER bekam trotz seiner Mitgliedschaften in den Gliederungen der Partei deshalb den Prägestempel »politisch unzuverlässig«, so daß er von der ›Studienstiftung des deutschen Volkes« kein Stipendium bekam.²⁴

²⁴ Ebenda, S. 26.

Natürlich war FILBINGER kein Mann des aktiven Widerstandes; seine vaterländische Grundeinstellung und Staatstreue hielten ihn davon ab. Dadurch, daß er durch sein Wirken als Marinerichter mehrere zum Tode verurteilte Soldaten vor der Hinrichtung rettete, hat er aber mehr bewirkt als so mancher Widerständler. Vor allem hat er im Alter von 30 Jahren ausgesprochen Mut bewiesen, denn er selber hätte auch angeklagt werden können.

Die Kriegsmarine war zudem – im Gegensatz zur Luftwaffe – nicht nationalsozialistisch, sondern eher kaisertreu, also monarchisch eingestellt, so daß ein freies Wort hier eher gewagt werden konnte. Außerdem mußte im Frühjahr 1945 unter allen Umständen die Marine handlungsfähig bleiben, konnte also keine Deserteure dulden, um die Handelsund Kriegsschiffe für die Rettung der Ostdeutschen vor der Roten Ar-

mee über die Ostsee mit Erfolg einzusetzen – eine Tatsache, die heute ohne jegliches Verständnis gesehen wird.

4. Behauptung. »Was damals Recht war, kann heute nicht Unrecht sein«. Mit diesem Wort brachte Filbinger allerdings »das Faß zum Überlaufen«, weil die Medien in diesem Satz moralische Distanzierung vom Dritten Reich vermißten. Man warf Filbinger vor, er »ebne die Unterschiede zwischen dem nationalsozialistischen Unrechtsstaat und dem gegenwärtigen Rechtsstaat ein«.25

²⁵ WETTE, aaO. (Anm. 4), S. 20.

Diesen Satz hatte FILBINGER am 4. Mai in seiner Wohnung gegenüber drei *Spiegel*-Journalisten ausgesprochen, die von dem nicht-nationalsozialistischen Militärstrafrecht von 1872 natürlich keine Ahnung hatten. Sie hatten ihn mit dem Fall Gröger konfrontiert, wobei FILBINGER auf der Rechtsgültigkeit des Todesurteils gegenüber dem fahnenflüchtigen Gröger hinwies. Er sagte den Journalisten, sie seien dabei, ein nach gültigen Rechtsnormen ergangenes Urteil in Unrecht umzufälschen, woraus der *Spiegel* dann die Behauptung machte, FILBINGER habe das ganze Rechtssystem des Dritten Reiches gerechtfertigt.

Diese Feststellung Filbingers wurde von seinen Gegnern in der Kampagne und danach so ausgelegt, daß das »nationalsozialistische Militärstrafrecht«, das es, wie oben dargestellt, gar nicht gegeben hat, für Filbinger noch 1978 rechtens war, kurz gesagt, daß die »NS-Gesetzgebung« auch heute noch rechtsgültig sei. Filbingers Argumentation war zugegebenermaßen verkürzt und wurde von seinen politischen und medialen Gegnern öffentlich so propagiert, als ob Filbinger sich für den nationalsozialistischen Staat auch über 30 Jahre nach dessen Ende einsetze.

Bezeichnenderweise wurde auch das Urteil des Stuttgarter Landgerichts, in dem Filbinger im Verfahren gegen Größer keine juristischen Fehler nachgewiesen werden konnten, von seinen Gegnern ganz bewußt ignoriert. Filbinger hatte hervorheben wollen, daß nach dem Verfahrensrecht nicht der Staatsanwalt das Urteil spricht, sondern das Gericht, und das gelte 1978 genauso wie 1945. Wer ihm aber unterstellen wollte, er habe 1978 den nationalsozialistischen Staat nachträglich für einen Rechtsstaat gehalten, verdreht ganz bewußt den Sinn seiner Aussage, denn er kann logischerweise nicht erklären, warum Filbinger sich dann für viele angeklagte und verurteilte Soldaten einsetzte, auch unter eigenem Risiko, um sie vor härtesten Strafen, einschließlich der Todesstrafe, zu bewahren.²⁶

Der obengenannte Satz hat sich auch nach dem Sturz Filbingers in der Folgezeit als Dauerzitat bis heute erhalten, auch wenn er juristisch längst widerlegt ist.

²⁶ Günther GILLES-SEN, »Filbingers Fälle«, in: *Junge Freiheit*, Nr. 17 vom 20. April 2007.

Zusammenfassung

Die Widerlegung der Argumente der Rufmordkampagne an Hans Fil-BINGER ist wissenschaftlich, juristisch und historisch, eindeutig belegt und nachvollziehbar. Aufgrund der politischen Einseitigkeit der öffentlichrechtlichen Medien und der politisch-korrekten Rechtsprechung (vor allem den Art.130 StGB »Volksverhetzung« betreffend) ist jedoch die Wahrheit, wenn sie Personen und Tatsachen während des Dritten Reiches betrifft, nur mit größtem persönlichen Risiko, auf jeden Fall aber nicht öffentlich wirksam zu verbreiten. Dadurch wird nahezu totalitär in diesen Bezügen nur noch eine vorgegebene Meinung zugelassen, die keine öffentliche Auseinandersetzung mehr kennt oder auch nur duldet. Das ist aber, so paradox sich das anhören mag, genau der Tatbestand, den die Kritiker Filbingers ihm in seiner Zeit als Marinerichter vorwarfen, bloß mit umgekehrtem Vorzeichen. Filbingers Tätigkeit als Staatsanwalt, als Verteidiger und Richter während des Zweiten Weltkriegs beruhte einwandfrei auf dem ungebeugten Recht für das Individuum, also entgegen der nationalsozialistischen Rechtsauffassung, entgegen dem damals vorherrschenden Zeitgeist, der auf dem Grundsatz »Gemeinnutz geht vor Eigennutz« beruhte, also die Rechte der Gemeinschaft vor das Recht des Individuums stellte. FILBINGER war damit ein Verteidiger des althergebrachten Rechtsauf fassung, der sich mit persönlichem Risiko für die Rechte einzelner angeklagter Soldaten einsetzte.

Tatsächlich aber erweist sich die Kampagne in ihren Auswirkungen bis heute rückwirkend als eine entscheidende Erziehungsmaßnahme zur Übernahme eines andauernden Schuldgefühls, das nach immer mehr Trauerarbeit ruft, welches die »Schuld- und Schamgefühle weiter steigert, anstatt sie zu lindern. Die Schuldspirale bohrt sich immer tiefer in die Vergangenheit und erfaßt immer mehr Lebensbereiche, die als tendenziell verbrecherisch abqualifiziert werden«.²⁷

Die Gegenwart kann also durch die Vergangenheit erpreßt werden, was sehr wohl als >totalitär« bezeichnet werden kann, weil es hier keine Gegenwehr mehr gibt, geben darf.

Diese historischen, juristischen und psychologischen Zusammenhänge konnte ein Mann der Nachkriegsgeneration wie der Ministerpräsident Günther OETTINGER im Rahmen seiner Trauerrede nicht benennen, wenn sie ihm überhaupt klar waren, woran man begründete Zweifel hat. So ist auch er dem Ungeist dieser Rufmordkampagne zum Opfer gefallen.

Hans Filbinger war also in schwerster Zeit ein Verteidiger des Rechts für das Inividuum gegen den damaligen kollektiven nationalsozialistischen Zeitgeist. Deshalb könnte er auch heute für solche Juristen ein

²⁷ Doris Neujahr, »In der Schuldspirale«, in: *Junge Freiheit*, Nr. 17 vom 20. April 2007.

leuchtendes Vorbild sein, die dem Recht des Individuums den Vorrang geben vor dem politisch-korrekten Zeitgeist von heute. Dafür braucht es heute erkennbar weniger Mut, weil sich unser Staat nicht im Krieg befindet und weil er keine Todesstrafe kennt.

Mutige, kluge, versierte Juristen wie Hans Filbinger wären heute dringend vonnöten, um das Abrutschen der Rechtsprechung in einen linksideologisierten Unrechtsstaat zu verhindern, ganz im Sinne des großen Juristen Rudolf von Jhering (1872:): »Die Behauptung des Rechts ist eine Pflicht gegen das Gemeinwesen«.²⁸

²⁸ Filbinger, aaO. (Anm. 1), S. 5.

²⁹ Ebenda, S. 280, Dokument 13. Das Zitat von Gebhard MÜLLER, FILBINGERS Vorvorgänger im Amt des Ministerpräsidenten, faßt das Ergebnis der Rufmordkampagne in einem Satz zusammen. Im Rahmen eines handgeschriebenen Briefes schrieb er Filbinger am 31. Dezember 1984 folgende Zeilen: »Es ist Ihnen furchtbares, nicht wiedergutzumachendes Unrecht geschehen.«²⁹

Albrecht Jebens

Schöner wohnen in >Hitlerbauten«

In den Jahren nach dem Österreich-Anschluß wurden in Linz an der Donau 2700 Häuser mit 11000 Wohnungen gebaut. Da dies unter der Ägide Adolf Hitlers geschah, heißen die Gebäude auch heute noch im Volksmund die Hitlerbauten, was Ortsunkundige oft in Erstaunen versetzt. Die Hamburger Zeithistorikerin Sylvia Necker, die 2012 die gleichnamige Ausstellung im Stadtmuseum Nordico betreute, war verblüfft, wie »unreflektiert« Linzer diesen Begriff gebrauchen. Die Hitlerbauten werden als »braune Flecken« nicht hinterfragt, klagt sie, der Ausdruck sei eine Linzer Spezialität: »Die maximale Begrifflichkeit wäre in Hamburg tatsächlich »NS-Bau« Noch heute stellen die »Hitlerbauten« zehn Prozent der Wohnungen in Linz, jeder achte Linzer lebt in einem »Hitlerbau«. Nirgendwo sonst gibt es so viele nationalsozialistische Wohnanlagen wie in Linz.

Linz, Oberösterreichs Hauptstadt, gehörte zu den fünf ›Führerstädten, Berlin als Reichshauptstadt, Hamburg als »Tor zur Welt«, München als »Hauptstadt der Bewegung«, Nürnberg als »Stadt der Reichsparteitage« – und Linz die »Patenstadt des Führers«, der im »deutschnationalen Linz der Jahrhundertwende«² aufwuchs: »Wenn die Vorsehung mich aus dieser Stadt heraus zur Führung des Reiches berief, dann muß sie mir einen Auftrag erteilt haben, und es kann nur ein Auftrag gewesen sein: Meine teure Heimat dem Deutschen Reiche wiederzugeben«, rief der Führer und Reichskanzler am 12. März 1938 vom Balkon des Linzer Rathauses

den jubelnden Massen zu.

HITLER hing an Linz: Zur Stadt seiner Jugend hatte er bis ans Lebensende eine innige Beziehung. Schon als junger Mann hatte er – im wahrsten Sinne des Wortes – ›vorgebaut‹: »Hin und wieder«, überliefert sein Jugendfreund August Kubizek, »wenn er über eines seiner Lieblingsthemen sprach, über die Donaubrücke, den Ausbau des Museums oder gar den unterirdischen Bahnhof, den er für Linz vorgesehen hatte, unterbrach ich ihn und fragte, wie er sich denn die praktische Verwirklichung dieser Projekte vorstelle, wir seien doch nichts als arme Teufel! Da sah er mich dann so fremd und feindselig an, als hätte er meine Frage gar nicht verstanden.«3

Nach der Vereinigung Österreichs mit dem Deutschen Reich war der Reichskanzler in der Lage, seine jugendlichen Visionen zu verwirklichen: Mehr als in den anderen Führerstädten trugen die Umgestaltungspläne für Linz HITLERS persönliche Handschrift. Linz sollte zum Standort der Großindustrie und zum zentralen Verkehrsknoten mit Autobahn, Donauschiffahrt und Breitspurbahn-Anschluß sowie zur mit Wien konkur-



¹ Sylvia NECKER, »Hitlerbauten« – Beobachtungen einer Stadtfremden«, in: »Hitlerbauten« in Linz. Wohnsiedlungen zwischen Alltag und Geschichte. 1938 bis zur Gegenwart, Salzburg [2012], S. 8–11, hier: S. 8.

² Birgit KIRCHMAYR, »Linzer Stadtgeschichte(n) vor und nach der Wendemarke von 1938«, in: »Hitlerbauten« in Linz, ebenda, S. 48–63, hier: S. 48.

³ August Kubizek, Adolf Hitler, mein Jugendfreund, Graz– Stuttgart 1966, S. 30.

⁴ Birgit KIRCHMAYR, aaO. (Anm. 2), S. 54.

Schöner Wohnen in Hitlerbautene

⁵ Herbert RIMPL war Salzgitter und Linz für die Hermann-GÖRING-Werke als Chefarchitekt tätig. 1944 wurde er in den Stab von Albert Speer berufen. Er Industriearchitekt des Dritten Reiches. 6 Lioba SCHMITT-IN-KAMP, »Roderich weitgehend unbekannte Geschichte« in: »Hitle hauten« in Ling, aaO. (Anm. 1), S. 152-165; Ueli FI-SCHER, »Architekt aus Zürich plante Führerstadte für Hitler. Roderich Fick -Baumeister des monumentalen Linz«. in: Neue Zürcher Zeitung, 16. 11. 2009.

rierenden Kultur- und Hochschulstadt werden. Der Hafen sollte zum größten Binnenhafen Mitteleuropas und die Donau durch den Rhein-Main-Donau-Kanal zu einer transeuropäischen Wasserstraße ausgebaut werden. Für die geplante Monumentalverbauung am Donauufer diente ihm die ungarische Metropole als Vorbild: Linz sollte ein deutsches Budapest werden und sich zu einer Großstadt mit 350 000 bis 420 000 Einwohnern entwickeln. Noch 1938 wurden mehrere Umlandkommunen eingemeindet, wodurch sich die Fläche des Stadtgebietes verdoppelte. Die Einwohnerzahl stieg zwischen 1938 und 1945 von 70 000 auf 190 000.

Mit dem ersten Spatenstich für den Bau des Stahlwerkes der Hermanndes Dritten Reiches.

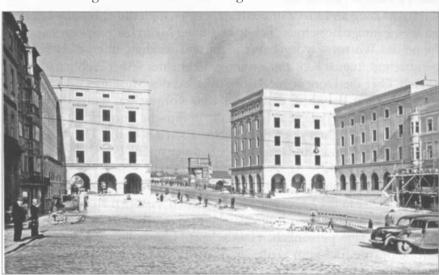
Mit dem ersten Spatenstich für den Bau des Stahlwerkes der Hermanndes Dritten Reiches.

GÖRING-Werke am 14. Mai 1938 wurde auch die Wohnbauoffensive er
öffnet. Das Architekturbüro von Herbert Rimpl⁵ (1902–1978) plante die Wohnungen der Hermann-Göring-Werke am Spallerhof und am Bin
Werke am 14. Mai 1938 wurde auch die Wohnbauoffensive er
öffnet. Das Architekturbüro von Herbert Rimpl⁵ (1902–1978) plante die Wohnungen der Hermann-Göring-Werke am Spallerhof und am Bin
dermichl. Die städtischen Wohnungsbauprojekte und den Bau der Führersiedlung (Harbach-Siedlung) in Urfahr wurden von den Münchner Architekten Roderich Fick (1886–1955)⁶ und Fritz Norkauer (1887–

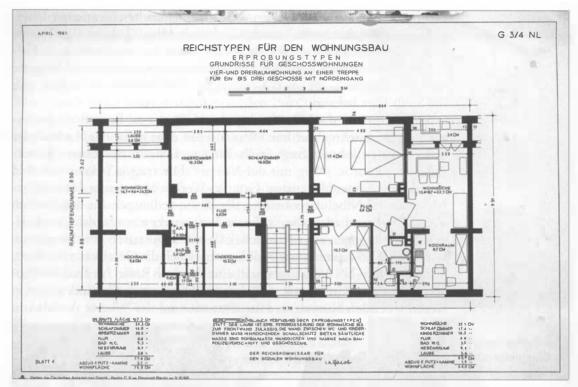
1976) entworfen. Fick war von Hitler zum »Reichsbaurat für die Stadt Linz an der Donau« berufen worden. Am Wohnbau mitgewirkt haben auch die im städtischen Hochbauamt beschäftigten Linzer Architekten Anton Estermann (1890–1970) und Fritz Fanta (1906–1988).

Wegen der Vorteile von Großbaustellen wurden die neuen Wohnsiedlungen ausschließlich ins freie Umland gebaut. Erkennbar sind die Siedlungen an ihren prägnanten Baukörpern und großen Grünflächen. Die Grundrisse der Wohnungen waren für große Familien ausgelegt. Eine Standardwohnung hatte zwischen 50 und 80 Quadratmeter Wohnfläche und war mit eigenem Badezimmer ausgestattet. Bis dahin war ein Bad in

»Brückenkopfgebäude Ost und West« im Bau, Ende der 30er Jahre. Architekten: Roderich Fick und Anton Estermann. Alle Abbildungen dieses Beitrags aus: Sylvia NECKER, aaO. (Anm.



Schöner Wohnen in Hitlerbauten



der Arbeiterwohnung absolutes Neuland. »So luxuriöse Standards hatte in den zwanziger Jahren nicht einmal das ›rote Wien‹ in seinen Arbeiterwohnpalästen«, anerkennt *Deutschlandradio.*⁷ Auch Luftschutzkeller waren von Anfang an Teil der NS-Wohnbauten. Zwischen 1938 und 1944 wurden 11000 Wohnungen fertiggestellt. Am Ende des Krieges hatten 22 Luftangriffe Gebäudeschäden hinterlassen, die in den ersten Nachkriegsjahren repariert wurden. 1200 Wohnungen, die sich in Bau befanden, wurden gemäß vorhandenen Plänen vollendet. Auch sie heißen heute ›Hitlerbauten‹.

In der Wiederaufbauphase der Nachkriegsjahrzehnte war der politische Hintergrund der Hitlerbauten kein Thema, obwohl fast jeder Linzer jemanden kannte, der in einem NS-Wohnbau gewohnt hat. Zur Debatte steht jedoch der Umgang mit den beiden markanten Brückenkopfgebäuden, aber auch mit Vermächtnissen wie einer Bronzestatue der Aphrodite, die Adolf Hitler 1942 der Stadt zum persönlichen Geschenk gemacht hatte. Sechsundsechzig Jahre verschönerte die Liebesgöttin unbehelligt das Innere eines Rundtempels im Bauernberg-Park. Auf

Wohnungs- und Grundrißtypen vom Münchener Baubüro RIMPL für Bauten in Linz.

⁷ Beatrix Novy, »Wohnen unterm Hakenkreuz. Linz arbeitet die Geschichte seiner ›Hitlerbauten‹ auf«, in: *Deutschlandradio*, 12. 10. 2012.

Schöner Wohnen in Hitlerbauten

Grund einer anonymen Anzeige, die sich bei stadtarchivarischer Überprüfung als wahr erwies, wurde die unschuldige Skulptur des Nachts von kommunalem Personal vom Sockel geholt und in aller Stille im Keller des Stadtmuseums bestattet. Mit dem Abtransport der Aphrodite setze man die »konsequente Aufarbeitung der NS-Vergangenheit« fort, gab die Stadt Linz bekannt.⁹

Seit Jahrzehnten arbeiten sich die Aufarbeiter an Bauten ab, die unter Hitler errichtet wurden: »Was tun mit dem gebauten Nachlaß der schrecklichen Jahre?« fragt Stella Rollig, Leiterin des Linzer Kunstmuseums Lentos: »Weg mit der Voest?¹⁰ Die trug ja bekanntlich den Gründungsnamen ›Hermann-Göring-Werke«. Sprengung der Kopfgebäude an der Nibelungenbrücke, der Wohnsiedlungen aus der dunklen Zeit?« Während man die Wohnsiedlungen verschonte, wurde physische Gewalt gegen ein öffentliches Gebäude gestattet: »Im Programm von ›Linz 2009 Kulturhauptstadt Europa« spielt die Geschichte der Stadt, vor allem ihre NS-Vergangenheit, eine zentrale Rolle. Im Linz 09-Projekt ›Der Bau. Unter uns – Dekonstruktion eines Gebäudes« der in Berlin lebenden Künstlerin Hito Steyerl und der Wiener Architektin

Spallerhof-Siedlung, Glimpfingerstraße.



⁸ Es handelt sich um den Abguß einer Skulptur des mecklenburgischen Meisters Wilhelm Wandschneider (1866--1942). Das Original aus dem Jahre 1907 war in der Berliner Reichskanzlei aufgestellt. Vgl. Ratsherrenprotokoll der Stadtratssitzung vom April 1942, in: Archiv der Stadt Linz, Ratsherrenprotokolle 1942; Hermann Ubell: »Alte und neue Denkmäler in Linz«, in: Oberdonau. Querschnitt durch Kultur und Schaffen im Heimatgau des Führers 2, 1942/43, H. 4, S. 22–25, hier: S. 25.
⁹ »Geschenk Adolf Hitlers: Stadt Linz entfernt Aphrodite-Statue«, in: Die Presse, 11. 7. 2008; »Nazi-Geschenk an Stadt Linz aus Park entfernt«, in: Kronen-Zeitung, 12. 7. 2008.

 10 Abkürzung für »Vereinigte Österreichische Eisen- und Stahlwerke«.

Schöner Wohnen in Hitlerbautens

Gabu HEINDL findet anhand einer Intervention am östlichen Brückenkopfgebäude eine gleichsam ztiefschürfendet Auseinandersetzung mit dieser Zeit statt. Um die Fluchtwege jüdischer Familien, die ehemals auf dem Gelände lebten, auf das Gebäude zu projizieren, ließ das Damen-Duo durch Bauarbeiter demonstrativ den Putz herunterschlagen: »So wurde eine Woche lang in die Fassade im wahrsten Sinn des Wortes seine Geschichte Schlag für Schlag, Rasterpunkt für Rasterpunkt zeingeschriebent. Aus dem stummen Zeugen wurde ein beredter.«

Dem Mann auf der Straße aber verschlug es ob dieser beispiellosen Barbarei die Sprache. Bevor man nach mehr als einem Jahr die verschandelte Fassade repariert hatte, war bereits ein neuer architektonischer Anschlag im Anrollen: Um Platz für die Erweiterung der Kunstuniversität zu schaffen, sollten die beiden Gebäude nach den Plänen des in Berlin lebenden Linzers Adolf Krischanitz durch vier würfelförmige Glasaufbauten verschandelt werden. Von der Denkmalschutzbehörde wurde das Projekt verworfen: Laut Orientierungsrichtlinie der Denkmalpflege muß die Außenansicht unverändert bleiben, behartte Landeskonservator Wilfried Lipp.¹¹

Dasselbe gilt für die Sanierung der unter Denkmalschutz stehenden Wohnbauten, die inzwischen siebzig Jahre alt geworden sind. Die Wohnungen in den ›Hitlerbauten‹ sind nach wie vor gefragt, es gibt keine Leerstände, lobt der Linzer Vizebürgermeister Erich WATZL: »Es steckt sicher keine ideologische Prägung dahinter, wenn viele Linzer gern in eine solche Siedlung ziehen – einfach, weil sie auch heute noch den Bedürfnissen Rechnung tragen, Luft zum Atmen und ein Bad in der Wohnung bieten.«¹²

Für politisch Korrekte freilich, die helle Wohnungen als ›dunkles Kapitel‹ empfinden, lastet auf den ›Hitler-bauten‹ die moralische Hypothek, daß an der Errichtung ›Zwangsarbeiter‹ mitwirkten und besagte Immobilien durch Granit-Elemente aus Mauthausen verschönert wurden.¹³ Für die Bewohner freilich spielt derlei keine Rolle. Die Mieter machen es sich in ihren vier Wänden gemütlich und überlassen den Ekel vor »braunen Flekken« den Mächtigen, die sich »in ihrem zukunftsgeleiteten Selbstverständnis mit dem baulichen Erbe des Na-





Typologie von Arkaden und Treppen in Linzer Hitler-Bauten.

¹¹ »Streit um Nazi-Bauten«, in: Der Standard, 3. 3. 2009.

¹² Neues Volksblatt, Linz, 18. 10. 2012.

Schöner Wohnen in >Hitlerbauten«

Bindermichl-Siedlung am 25. 6. 1941. Block 10 kurz vor der Fertigstellung.

13 Die Deutsche Erd- und Steinwerke GmbH (DESt), gegründet am 29. 4. 1938, war ein Unternehmen der SS. Häftlinge in Mauthausen, Gusen und anderen KL stellten Baumaterial her.

¹⁴ Raffaela LINDOR-FER, »Besser geht's in Linz nicht. Damals wie heute ist das Wohnen in den sogenannten Hitlerbauten von praktischen, aber auch emotionalen Aspekten geprägt«, in: *Kurier*, 15. 9.

15 »Vom Leben in den ›Hitlerbauten«« in: *Oberösterreichische Nachrichten*, 21. 9. 2012.

16 Elisa ANDESSNER u. Denis ROMANOV-SKI, »Stalinka – Hitlerbau«. Ein kollaborativ-künstlerisches Rechercheprojekt, 2009–2012«, in: Hitlerbauten in Ling, aaO. (Anm. 1), S. 161 f.



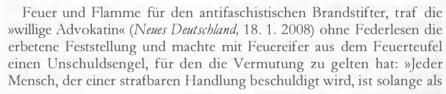
tionalsozialismus schwertun« und aus dem »Spannungsfeld zwischen historischem Entstehungskontext, Alltagstauglichkeit und gegenwärtiger Nutzung« nicht herausfinden: »Meterlange Häuserreihen, die Fassade in dezenten, hellgelben Tönen gehalten, die Fensterrahmen weiß und quadratisch, den Gehsteig entlang eine penibel gestutzte Hecke von einem Meter fünfzig Höhe. So sah es in den vierziger Jahren aus, das standesgemäße Domizil der volksdeutschen Arbeiterklasse«, polemisiert der Wiener Kurier. »Heute erinnert nur noch der Begriff ›Hitlerbauten« an den dunklen Ursprung der Wohnanlagen, wie sie sich unter anderem in der Harbachsiedlung in Linz-Urfahr den Horizont entlangstrecken.« Sie würde so eine Wohnung sofort nehmen, begeistert sich eine befragte Nachbarin: Die Räumlichkeiten, die ab 1938 für kinderreiche Familien entworfen wurden, seien »gut geschnitten« und »vermitteln ein Gefühl von Freiheit«. 14

»Der Wohnbau machte damals einen gewaltigen Sprung«, gesteht Sylvia Necker: »Die Nazis haben damit geworben, ihren Arbeitern die luxuriösesten Wohnungen zu ermöglichen.« Neu war auch, die Innenhöfe mit opulenten Grünflächen auszustatten: »Der Clou daran ist, daß man einander auf solchen Gemeinschaftsanlagen wunderbar beobachten und ausspionieren kann.«

»Das ist ja das Positive«, hält Walter HALLING dagegen. »Hier werden keine Autos gestohlen – das würde sofort jemand sehen.«¹⁵ Es sei »ein Traum, hier zu wohnen«, lobt dieser Mieter den begrünten Innenhof. Und Mitmieter Hans Riener vergleicht die Bezeichnung ›Hitlerbau« gar mit einer bekannten Marke: »Für mich ist das wie Coca-Cola, weißt du. . .«¹⁶

Fred Duswald

Um Deutschlands Arbeiter zum Aufstand gegen die Regierung Hitler anzufeuern, hatte der niederländische Rätekommunist Marinus van der Lubbe am 27. Februar 1933 den Reichstag in Brand gesetzt und zuvor auch noch drei andere Gebäude angezündet. Der parlamentarische Plenarsaal brannte aus, der auf frischer Tat ertappte und durchgängig geständige Täter wurde am 23. Dezember 1933 zum Tode verurteilt und das Urteil des Reichsgerichts – 15 J 86/33/XII M 42/33 – am 10. Januar 1934 in Leipzig vollstreckt. Da das Todesurteil auf der rückwirkenden »Lex van der Lubbe« beruhte, regte im Jahre 2007 der weithin unbekannte Berliner Advokat Reinhard Hillebrand (*1969) an, Frau Generalbundesanwältin Monika Harms möge zuständigkeitshalber von Amts wegen feststellen, daß durch das »Gesetz zur Aufhebung nationalsozialistischer Unrechtsurteile in der Strafrechtspflege« (NS-Aufhebungsgesetz) vom 25. August 1998 (Bundesgesetzblatt I S. 2501) das Lubbe-Urteil annulliert sei.





Monika Harms (siehe Anmerkung 3).



Nach eigenen Angaben beging er am Abend des 25. Februar drei kleinere Brandstiftungen, und zwar am Wohlfahrtsamt Neukölln (gegen 18.30 Uhr), am Berliner Rathaus (gegen 19.15 Uhr) und am Königlichen Schloß (gegen 20 Uhr).
 Das Gesetz über Verhängung und Vollzug der Todesstrafe vom 29. März 1933 (RGBl. I S. 151) wurde eigens nach dem Reichstagsbrand verabschiedet, um den angeklagten Täter Marinus VAN DER LUBBE mit der Todesstrafe aburteilen zu können. Das Gesetz wurde durch Kontrollratsgesetz Nr. 11 vom 30. 1. 1946 aufgehoben.

³ Monika Harms, *1946 in Berlin, wuchs in Frankfurt am Main auf, wo die Auschwitz-Prozesse [1963–1965 (1. Auschwitz-Prozeß), 1965/66 (2. Auschwitz-Prozeß) und 1967/68 (3. Auschwitz-Prozeß) sowie drei Nachfolgeprozesse in den 1970er Jahren] für sie zum »prägenden Erlebnis« wurden: »Als Schülerin habe sie das größte Strafverfahren der deutschen Nachkriegsgeschichte verfolgt – und da sei ihr zum ersten Mal der Gedanke gekommen, Staatsanwältin zu werden« (Ursula Knapp, »Wer ist Monika Harms?« in: *Der Tagesspiegel*, 1. 7. 2007). Von 1974 bis 1980 war sie Staatsanwältin in Hamburg, anschließend bis 1983 Richterin am Landgericht und sodann bis 1987 am Finanzgericht Hamburg. Monika Harms, seit 1969 Mitglied der CDU, wurde 1987 Richterin am Bundesgerichtshof. Dort übernahm sie 1999 den Vorsitz des in Leipzig ansässigen 5. Strafsenats. Von 2006 bis 2011 war sie Generalbundesanwältin beim Bundesgerichtshof.



Der Angeklagte Marinus van der Lubbe bei der Urteilsverkündung am 23. Dezember 1933 in Leipzig.

unschuldig anzusehen, bis seine Schuld in einem öffentlichen Verfahren... nachgewiesen ist« (Art. 11 AEMR;⁴ Art. 6 EMRK.⁵ Ein öffentliches Verfahren gegen den Toten aber kann und wird es naturgemäß nicht mehr geben.

In seiner Eingabe vom 11. August 2008 wies der Verfasser dieses Beitrags darauf hin, daß das gegenständliche Unrechtsurteil vom NS-Aufhebungsgesetz nicht erfaßt sein konnte, weil es bei Inkrafttreten des Gesetzes längst nicht mehr existent war. Mit Beschluß vom 21. April 1967 – (502) 2 P Aufh. 9/66

(126/66) – hatte nämlich die 2. Strafkammer des Landgerichts Berlin die dem NS-Unrechtsurteil innewohnenden Mängel behoben, indem sie die Verurteilung wegen Hochverrats aufhob, den Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte rückgängig machte und die unrechtmäßig verhängte Todesstrafe in eine rechtmäßige Zuchthausstrafe von acht Jahren umwandelte.⁶ Eine ersatzlose Aufhebung des Urteils kam nicht in Frage, weil Brandstiftung in allen zivilisierten Staaten strafbar war und ist. Der Gerichtsbeschluß wurde vom Kammergericht am 17. Mai 1968 bestätigt.⁷ Damit müsse es für immer sein Bewenden haben, entschied der Bundesgerichtshof am 2. Mai 1983.⁸

In Anbetracht der gegebenen Rechtslage bat der Verfasser, Frau Harms möge doch ihren Feststellungsbeschluß dahingehend abändern, daß die

⁴ Die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte [A/RES/217, UN-Doc. 217/A-(III)] ist das ausdrückliche Bekenntnis der Vereinten Nationen zu den allgemeinen Grundsätzen der Menschenrechte. Es wurde am 10. 12. 1948 von der Generalversammlung der Vereinten Nationen im Palais de Chaillot in Paris genehmigt und verkündet.

⁵ Die Europäische Menschenrechtskonvention (EMRK) oder Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten wurde im Rahmen des Europarats ausgearbeitet, am 4. 11. 1950 in Rom unterzeichnet und trat am 3. 9. 1953 allgemein in Kraft.

⁶ Die Umwandlung erfolgte nach dem Westberliner Gesetz zur Wiedergutmachung nationalsozialistischen Unrechts auf dem Gebiete des Strafrechts vom 5. 1. 1951 (Verordnungsblatt S. 31).

⁷ Kammergericht Berlin, Beschluß vom 17. 5. 1968, 1 WG AR 3.66 – 1 Ws 367.67 – (502) 2 P Aufh. 9.66 (126.66).

⁸ Bundesgerichtshof, Beschluß vom 2. 5. 1983, 3 ARs 4/83 – StB 15/83; BGHSt 31, 365.

Aufhebung des NS-Unrechtsurteils nicht erst 1998 durch das NS-Aufhebungsgesetz eingetreten, sondern schon 1967 durch das Landgericht Berlin erfolgt ist: »Dieser Unterschied in der Begründung ist deshalb von Bedeutung, weil die Berufung auf das NS-AufhG in der Öffentlichkeit als Freispruch fehlinterpretiert wird und den unzutreffenden Eindruck der Unschuld van der Lubbes erzeugt hat (z. B.)Später Freispruch, Süddeutsche Zeitung; »Freispruch 75 Jahre nach Reichstagsbrand, Passauer Neue Presse, jeweils 11. 1. 2008).« Eine Aufhebung auch der Zuchthausstrafe hätte zur fatalen Folge, daß die Brandstiftung unbestraft bliebe, während der durchgängig geständige Täter, der im gesamten Verfahren darauf beharrte, den Brand aus eigenem Antrieb gelegt zu haben, einerseits der Wahrheit zuwider Lügen gestraft wird, andererseits aber posthum in den Genuß einer unendlichen Unschuldsvermutung gelangen würde.

Im Antwortschreiben vom 22. September 2008 – 2 AR 187/07 – lehnte es die Generalbundesanwältin durch ihren Vertreter, Bundesanwalt Wolfgang Kalf, ausdrücklich ab, den rechtsfehlerhaften Beschluß zu berichtigen: Zwar sei van der Lubbe auch wegen Straftaten der allgemeinen Kriminalität verurteilt, doch sei mit der Aufhebung des NS-Unrechtsurteils auch die Entscheidung des Landgerichtes Berlin »gegenstandslos geworden«, beharrte Kalf.

Doch Kalf liegt falsch: Von Grundgesetzes wegen fällt die Abänderung gerichtlicher Entscheidungen keinesfalls in die Zuständigkeit des Gesetzgebers. Für die Entscheidung, im Einzelfall die Rechtskraft eines Richterspruchs zu durchbrechen, sind grundsätzlich die Gerichte selbst zuständig, denen das Wiederaufnahmeverfahren vorbehalten ist. Die herkömmliche Wiederaufnahme gemäß § 359 der Strafprozeßordnung (StPO) geht allerdings von rechtsstaatlichen Verhältnissen aus, unter denen fehlerhafte Verfahrensergebnisse auch nach Eintritt der Rechtskraft korrigiert werden können. Dieses reguläre Verfahren erwies sich allerdings als unzulänglich, als es darum ging, die sich aus der Existenz der NS-Unrechtsurteile stellenden Probleme zu lösen. Nach Ansicht des Bundesverfassungsgerichtes verstößt es nicht gegen Gewaltenteilung und Rechtsstaatsgebot, richterliche Urteile, die gegen die elementaren Grund-

⁹ Der erstrebten Lösung stehen sowohl die erschöpfende Aufzählung der Wiederaufnahmegründe in § 359 Nr. 1 bis 5 StPO als auch die Struktur des Verfahrens entgegen, ist doch die geforderte Beibringung neuer Tatsachen oder Beweismittel allein schon wegen der lange zurückliegenden Zeit unwahrscheinlich. In vielen Fällen wurden die Verfahrensakten durch Kriegseinwirkungen vernichtet. Auch hätte die hohe Zahl der bis 1998 noch in Kraft gewesenen NS-Unrechtsurteile – geschätzt auf mehrere Hunderttausend – die Justiz heillos überfordert.

gedanken der Gerechtigkeit verstoßen oder auf Bestimmungen beruhen, die gravierendes Unrecht verkörperten, durch Gesetz als nichtig aufzuheben.

Rechtlich stellt das NS-Aufhebungsgesetz ein vereinfachtes Wiederaufnahmeverfahren dar, das die Anwendung der Wiederaufnahmevorschriften der StPO ausschließt. Gegenstand einer Wiederaufnahme kann aber stets nur das Urteil in der letztgültigen Fassung sein, im Fall VAN DER LUBBE also nicht das NS-Unrechtsurteil, sondern jene Fassung, die es durch die erfolgte Schuldspruchänderung im Sinne des Berliner Wiedergutmachungsgesetzes erhalten hat. Diese Schuldspruchänderung ist aber kein NS-Unrechtsurteil, sondern eine unter Geltung des Grundgesetzes zustande gekommene rechtsstaatliche Entscheidung.

Wenn nach höchstgerichtlicher Rechtsprechung von Verfassungs wegen nicht zu beanstanden ist, daß eine Aufhebung durch das NS-Aufhebungsgesetz nicht bei sämtlichen rechtsstaatswidrigen Entscheidungen der NS-Zeit ermöglicht wird und der Gesetzgeber aus Gründen der Rechtssicherheit und Praktikabilität sogar rechtsstaatswidrige Entscheidungen geringeren Gewichts bestehen lassen durfte, so muß der Gesetzgeber erst recht Entscheidungen bestehen lassen, die rechtsstaatsgemäß unter Geltung des Grundgesetzes ergangen sind.

Nach dem Prinzip des Vorrangs der Verfassung sind Gesetze stets in Übereinstimmung mit dem Grundgesetz auszulegen. Wenn der Gesetzgeber auf Grund der Verfassung nicht befugt ist, ein Gesetz zu erlassen, das unter Eingriff in die Sphäre der Judikative rechtskräftige Gerichtsurteile außer Kraft setzt, so kann auch ein von ihm erlassenes Gesetz nicht in dem Sinn ausgelegt werden, als sei durch dieses Gesetz die Aufhebung eines Urteils rechtsstaatlichen Ursprungs erfolgt. Die von der Generalbundesanwältin Monika Harms vorgenommene Anwendung des NS-Aufhebungsgesetzes auf die nachkonstitutionelle »res iudicata«¹⁰ VAN DER LUBBE erfolgte daher verfassungswidrig. Die Feststellung, das – bereits im Wiederaufnahmeverfahren aufgehobene und somit rechtlich gar nicht mehr existent gewesene – Todesurteil und darüber hinaus auch noch das durch den Bundesgerichtshof bestätigte Urteil des Landgerichtes Berlin sei durch das zeitlich später erlassene NS-Aufhebungsgesetz aufgehoben, beruht daher auf einer grundgesetzwidrigen Rechtsverletzung.

Es stellt sich die Frage nach der Bestandskraft der rechtsfehlerhaften Feststellung der Generalbundesanwältin in Sachen VAN DER LUBBE. Gemäß § 43 des Verwaltungsverfahrensgesetzes bleibt ein – auch rechtswidriger – Verwaltungsakt wirksam, solange und soweit er nicht zurückgenommen, widerrufen, anderweitig aufgehoben oder durch Zeitablauf oder auf andere Weise erledigt ist (Abs. 2). Rechtsunwirksam ist nur ein

nichtiger Verwaltungsakt (Abs. 3). Nichtigkeit indessen ist gegeben, so-

¹⁰ Als ›res iudicata‹ (lateinisch) bezeichnet man in der Juristensprache eine rechtskräftig entschiedene Sache.

weit dieser Verwaltungsakt »an einem besonders schwerwiegenden Fehler leidet und dies bei verständiger Würdigung aller in Betracht kommenden Umstände offensichtlich ist« (§ 44 Abs. 1). Besonders schwerwiegend sind solche Rechtsfehler, »die deshalb mit der Rechtsordnung unter keinen Umstanden vereinbar sein können, weil sie tragenden Verfassungsprinzipien oder den der Rechtsordnung immanenten Wertvorstellungen widersprechen«.

Die vom Gesetz geforderte Offensichtlichkeit wiederum bestimmt sich nach höchstrichterlicher Rechtsprechung weder nach den subjektiven Vorstellungen des Betroffenen noch nach dem Erkenntnisvermögen eines geschulten Juristen, sondern nach der Betrachtung eines aufmerksamen und verständigen Bürgers: »Die Offenkundigkeit liegt auch dann vor, wenn sie sich erst auf Grund einer verständigen Würdigung aller in Betracht kommenden Umstände ergibt, die für den Erlaß des Verwaltungsaktes und für seinen Regelungsinhalt von Bedeutung sind, wenn also erst eine sorgfältige Prüfung den besonders schwer wiegenden Fehler offensichtlich macht. Bei der Frage, für wen die verständige Würdigung aller in Betracht kommenden Umstände (u. U. durch Juristen und andere Sachverständige) den besonders schwerwiegenden Fehler offensichtlich gemacht haben muß, kommt es nicht auf die Betrachtungsweise einer spezifisch juristisch geschulten Person an. Vielmehr ist. . . darauf abzustellen, wie ein urteilsfähiger unvoreingenommener Bürger, der die (u. U. von Experten vorgenommene) Würdigung aller in Betracht kommenden tatsächlichen und rechtlichen Umstände verständig nachvollzieht, das Maß der Ersichtlichkeit des besonders schweren Fehlers im Zeitpunkt der Bekanntgabe des Verwaltungsakts beurteilen würde. Müßte dieser werständige Durchschnittsadressatt mit Gewißheit zu dem Ergebnis kommen, daß der Verwaltungsakt im Zeitpunkt seines Erlasses an einem besonders schweren Fehler litt, ist notwendig und stets ›Offensichtlichkeit« gegeben.«11

Die genannten Kriterien für die Nichtigkeit eines Verwaltungsaktes treffen auf den Lubbe-Beschluß der Generalbundesanwältin in vollem Umfang zu. Der von Monika Harms begangene Rechtsverstoß war kein harmloser Form- oder Verfahrensfehler, sondern ein offensichtlicher Verstoß gegen ein elementares rechtsstaatliches und grundgesetzliches Prinzip. Wegen der Schwere und Offensichtlichkeit hätte die Generalbundesanwältin ihren Feststellungsbeschluß in Sachen van der Lubbe in dieser Form niemals erlassen dürfen. Ehern steht daher die Entscheidung des Berliner Landgerichts vom 21. April 1967. Marinus van der Lubbe ist und bleibt für alle Zeit zu acht Jahren Zuchthaus verurteilt. Von Rechts wegen.

Fred Duswald

11 Bundessozialgericht, Urteil vom 7.
9. 2006 – B 4 RA
43/05 R
(Lexetius.com/
2006, 3838).

Fälschung der Bibel heute

Von der herrschenden politischen Korrektheit werden auch die Inhalte alter Bücher in ihrem Wortlaut und damit in ihrem Sinn geändert, auf daß sie besser in die politische Landschaft passen. Dieses Schicksal hat sogar die altehrwürdige Bibel erlitten. So heißt eine Stelle in 2. Samuel 12 über einen Heerzug des jüdischen David gegen die Ammoniter in der alten Ausgabe des Luther-Textes: "Aber das Volk drinnen führte er heraus und legte sie unter eiserne Sägen und Zacken und eiserne Reife und verbrannte sie in Ziegelöfen. So tat er allen Städten der Kinder Ammons. Da kehrte David und alles Volk wieder gen Jerusalem.«

In der neuen Ausgabe² lautet dieselbe Stelle: »Aber das Volk darin führte er heraus und stellte sie als Fronarbeiter an die Sägen, den eisernen Pickel und an die eisernen Äxte und ließ sie an den Ziegelöfen arbeiten. So tat er mit allen Städten der Ammoniter. Danach kehrten David

und das ganze Kriegsvolk nach Jerusalem zurück.«

Da dieser im LUTHER-Text überlieferte Völkermord an den Ammonitern kein günstiges Licht auf David und sein Volk wirft, wird er einfach in der modernen Übersetzung werharmloste. So wird heute die Geschichte zu politischen Zwecken verfälscht.

Rolf Kosiek

¹ Die Bibel, 1903.

² Die Bibel, 1984.

Germanen – ein Mythos?

Eines der Hauptziele der Umerziehung, der das deutsche Volk seit 1945 durch die Siegermächte unterworfen wurde, war die Einführung des einseitigen Geschichtsbildes der Sieger. Dieses sollte eine dauernde Pflege der Schuld- und Reuehaltung bewirken. Dazu wurde in den Schulen der Geschichtsunterricht im wesentlichen auf die deutsche Geschichte der NS-Zeit beschränkt. Die vorher liegende große Geschichte der Deutschen wurde weitgehend unterdrückt oder gar nicht mehr gelehrt. Statt des Geschichtsunterrichtes wurde in einzelnen Bundesländern den deutschen Schülern Politologie aus der Sicht der Frankfurter Schule gelehrt.

Eine schon ans Skurrile grenzende Kampagne wurde 2013 begonnen, als nicht zum ersten Male versucht wurde, dem deutschen Volk seine

germanische Vorgeschichte zu rauben.

Das Focke-Museum in Bremen, das Landesmuseum für Kunst und Kulturgeschichte der Stadt, veranstaltete dazu nach dreijähriger Vorbereitung vom 10. März bis 8. September 2013 eine Ausstellung unter dem Motto »Graben für Germanien. Archäologie unterm Hakenkreuz«. Es wollte damit offensichtlich einen Beitrag zur herrschenden Mode der »Bewältigung der zwölf NS-Jahre« liefern. Denn die Archäologen hätten ihre Vergangenheit bisher nicht aufgearbeitet, und das müsse dringend geändert werden.

Die Nordwest-Zeitung vom 8. März 2013 stimmte auf diese Ausstellung mit einem Artikel »Graben für Germanien« von Irena Güttel.1 ein: »Die Nazis bewunderten die alten Germanen. Sie galten als kampfeslustige Krieger, mutige Eroberer und anderen Völkern kulturell weit überlegen – als Inbegriff einer blonden und blauäugigen Herrscherrasse, von der die Deutschen angeblich abstammten.« Und dann wird die herrschende Meinung indoktriniert: »Doch die Germanen haben in Wirklichkeit nie existiert. Sie sind ein Mythos, den die Ideologen im Dritten Reich gezielt verbreiteten, um ihre Eroberungspolitik zu rechtfertigten. Die Archäologie half dabei tatkräftig mit.« Das soll in Zukunft also für unsere Vorgeschichte gelten und den deutschen Schülern als Geschichtsbild ihrer Herkunft vermittelt werden.

»Die Nazis schufen den Mythos der heldenhaften Krieger«, schrieb die Zeitung schon im Vorspann und gab damit die Richtung vor und ihr Wissen bekannt. Von TACITUS' Germania vor 2000 Jahren mit ausführlichen Darstellungen der einzelnen Lebensbereiche der Germanen weiß sie wohl nichts wie ebenso nichts von antiken Karten mit den alten römischen Namen Germania inferior und Germania superior oder von dem römischen Feldherrn Gaius Julius Cäsar GERMANICUS (15. v. Ztw. -



Uta HALLE. Sie behauptet, die Forscher hätten die Fakten manipuliert.



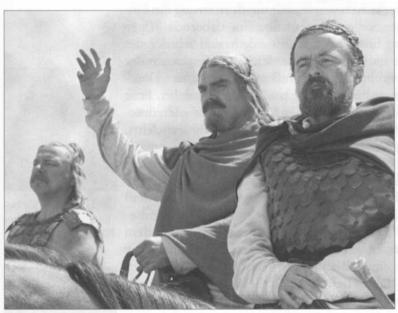
Das Buch zur Austellung: Graben für Germanien. Archäologen unter Hakenkreutz.

¹ Irena GÜTTEL. »Graben für Germanien«, in: Nordwest-Zeitung, 8. 3. 2013.

Germanen - ein Mythos?

19 n. Ztw.), der offenbar seinen Ehrennamen dem Kampf gegen Trugbilder in den nebligen Wäldern des Nordens verdankte.

Richtig ist, daß die früheste Nennung des Namens der Germanen von Poseidonius von Apamea, rund 80 v. d. Ztw., überliefert wurde, und die



In den Jahren 2007 und 2008 strahlte der Fernsehsender Arte die vierteilige Dokumentation Die Germanen aus, die mit dem Bild der kulturlosen und Keule schwingenden Barbaren aufräumte.

Bezeichnung wurde dann von Cäsar benutzt, der als römischer Feldherr so seine rechtsrheinischen Feinde beschrieb, die er als durchaus vorhanden erfahren mußte. Denn sie ließen ihn nach einem Übergang auf die östliche Rheinseite, wo er nicht weit kam, solch einen Versuch nicht wiederholen. Und wie gern hätte Cäsar weiteres Land bis zur Elbe erobert!

Die Germanen hatten keinen so streng gegliederten Staat wie zum Beispiel die Römer. Sie lebten in getrennten Stämmen, die sich

auch bekriegten, hatten aber dieselbe Sprache, dieselbe Religion mit einem zentralen religiösen Mittelpunkt.

Die Angelsachsen nennen die Deutschen seit langem Germans« – nach einem Mythos? Von den Ergebnissen der Vorgeschichtsforschung des 19. Jahrhunderts – lange vor den Nazis« – (ALMGREN, KOSSINNA, PASTENACI, JANKUHN bis hin zu REINERTH und MENGHIN) ist anscheinend bei der *Nordwest-Zeitung* nichts bekannt, oder es soll nicht an die Öffentlichkeit kommen.

Die Grabungsforscher der 30er NS-Jahre des vorigen Jahrhunderts sollen eben aus persönlichen Gründen schuld an der Heroisierung der Germanen im Dritten Reich gewesen sein: »Die Archäologen haben die Stereotypen über die Germanen bewußt bedient oder sogar selbst in die Welt gesetzt«, verkündete die Landesarchäologin Uta HALLE nach dem genannten Artikel. Die Zeitung gibt auch den Zweck der Ausstellung an: »Mit der Ausstellung wollen sie (HALLE) und der Historiker Dirk MAHSARSKI die enge Verknüpfung von Archäologie und Politik jetzt erstmals umfassend einem breiten Publikum näher bringen.« Dazu dient dann bezeichnenderweise ein Werbeplakat für die Waffen-SS in dänischer Sprache. Das ist natürlich kein »Mißbrauch der Wissenschaft« zur Umerziehung.

Germanen - ein Mythos?

Die angesehene Frankfurter Allgemeine Zeitung mußte off enbar in diesen Anti-Germanen-Chor mit einstimmen, brachte das Thema aber etwas geschickter.² Sie will offenbar den starken Einfluß der Vorgeschichtler auf das Geschichtsbild der Vorzeit im Dritten Reich geißeln. Tachtus' Germania sei ein »irreführendes Konstrukt«. Der britische Historiker Christopher B. Krebs habe »deren Linie bis zu Himmler verfolgt«.³ Sicher »rein zufällig« nahm die FAZ das gleiche Werbeplakat für die dänische SS wie die Nordwest-Zeitung – perfekte Gleichschaltung!

Die Ergebnisse von mehr als 200 Jahren Germanenforschung werden einfach unterschlagen. Das gewaltige römische Reich wurde auf dem Gipfel seiner Macht also von nicht existierenden Völkern vernichtet, wie Arminius ein »Räuberhauptmann« war, der so nebenbei drei Elitelegionen des Varus vernichtete und die römische Aussicht auf die Elbegrenze für immer zerstörte. Dieser Varus muß offensichtlich militärisch ein Trottel gewesen sein. Die herausragende Kultur der Germanen, die dann Europa im Mittelalter bis in unsere Zeit prägte, hat es natürlich auch nicht gegeben, genau so wenig wie Jürgen Spanuths Nachweis der »Germania der Bronzezeit«.4

Die Absicht ist klar zu erkennen: Es soll die deutsche Jugend von den Wurzeln ihrer großartigen Geschichte und Kultur abgetrennt werden, damit sie ohne Geschichtsbewußtsein heranwächst, ihre Wurzeln nicht mehr kennt, gegen ihre Vorfahren eingenommen wird und eine leicht manipulierbare Bevölkerung bildet.

Liegen hier nicht Volksverhetzung sowie Verletzung des Andenkens Verstorbener ganzer Generationen, also ein geistiger Völkermord, vor?

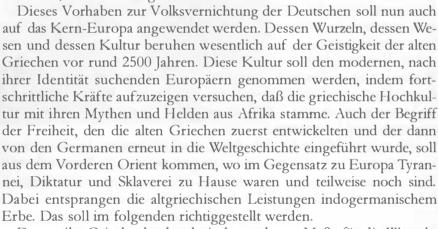
Rolf Kosiek

² Joseph Croitoru, »Vorstoß in die germanische Vorgeschichte«, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 13. 4. 2013, S. 38.

> ³ Frankfurter Allgemeine Zeitung, 10. 3. 2012.

⁴ Arno Behrends, Nordsee-Atlantis, Grabert, Tübingen 2012.

Völker leben wesentlich aus ihrer Geschichte. Hohe Kultur beruht auf den über lange Zeiten entwickelten Traditionen. Um das deutsche Volk nach 1945 zu zerstören, wurde deshalb, insbesondere von der sogenannten Frankfurter Schule unter Max HORKHEIMER und Theodor WIESEN-GRUND-ADORNO, die Unterdrückung seiner Geschichte als ein wesentliches Ziel und ein erstrebter Zweck der Umerziehung der Deutschen angesehen. Indem ihnen ihre Geschichte geraubt, sie von ihren Überlieferungen getrennt und ihnen dann sogar ein Widerwillen gegen das eigene Volk, seine Weltanschauung und seine Vergangenheit eingepflanzt wurde, machte man aus einem auf seine große Geschichte stolzen Volk in sechzig Jahre langer Umerziehung seit 1945 eine geschichtslose Bevölkerung von einzelnen, nur in der Gegenwart lebenden Individuen.



Das antike Griechenland steht in besonderem Maße für die Wurzeln eines europäischen Selbstbewußtseins und wird daher ganz folgerichtig von Multikulturalisten attackiert.

Unbestreitbar gab es schon im Altertum einen geistigen Austausch über das Mittelmeer hinweg, und die beeindruckenden Zivilisationen des Nahen Ostens hinterließen auch in Griechenland ihre Spuren. Dessen Kultur hatte gleichwohl ein ganz eigenständiges Gepräge.

Anderer Meinung ist jedoch Martin BERNAL, dessen wissenschaftliche Kompetenz als Professor der Sinologie sich eigentlich auf China beschränkt. Er verfaßte unter dem Titel Black Athena (Schwarze Athene) eine Reihe von Büchern, die den programmatischen Anspruch des ganzen Projekts schon im Untertitel zum Ausdruck bringen: die afroasiatischen Wurzeln der griechischen Antike. Die Kultur der Hellenen soll semitische und hamitische Ursprünge haben.



Martin Bernal, Er stellt die umstrittene Hypothese auf, daß der Ursprung der westlichen Zivilisation im afrikanischen Raum liege, und nicht, wie bisher angenommen, im europäischen.

BERNALS Theorie attestierte die *Süddeutsche Zeitung* erwartungsgemäß »Plausibilität (Albert von Schirnding, »Dunkelhäutig wie seine Mutter«, in: *SZ* v. 5./6. 12. 1992).

Eine wichtige Rolle spielt dabei die griechische Sprache. Sie soll zahlreiche Spuren des orientalischen Kulturtransfers zeigen. Dagegen sei »die

indogermanische Komponente des griechischen Wortschatzes verhältnismäßig klein« (Martin Bernal, Schwarze Athene, München 1992, S. 9 u. 114). Diese Behauptung steht jedoch im Widerspruch zu einer sprachwissenschaftlichen Statistik, der zufolge 60 % der rekonstruierten indogermanischen Wortelemente im Griechischen belegt sind; einen noch höheren Wert erreicht nur das Germanische mit 67 % (Norman BIRD, The Distribution of Indo-European Root-Morphemes, Wiesbaden 1987, S. 9). Was die Grammatik betrifft, so ist das griechische Verbalsystem eine treue Fortsetzung des indogermanischen (Michael Meier-Brügger, Indogermanische Sprachwissenschaft, Berlin 2000, S. 153).

Besonders symbolträchtig ist der griechische Name unseres Kontinents. Bernal greift die alte, recht beliebte Herleitung auf, der zufolge das Wort Europak vom semitischen ereb Abendk komme und das Abendlandk bezeichne (Martin Bernal, Black Athena writes back, Durham 2001, S. 293). Ein Sinnbild dafür scheint der griechische Mythos von Prinzessin Europa zu sein,

die als Phönikerin einem semitischsprachigen Volk angehört und dem Kontinent seinen Namen gegeben haben soll. Jedoch bestreitet selbst der bekannte Altphilologe Prof. Martin L. WEST, der ansonsten von zahlreichen orientalischen Einflüssen auf Hellas ausgeht, einen Zusammenhang mit ereb: »Die lautliche Übereinstimmung zwischen dem Namen der Europa und jeder Form des semitischen Wortes ist sehr schwach« (Martin L. West, The Fast Face of Helicon. West Asiatic Elements in Greek Poetry and Myth, Oxford 1997, S. 451). Auch der renommierte Althistoriker Prof. Christian Meier äußert starke Zweifel: »Das Wort Europa könnte semitischen Ursprungs sein (eref = Abend = Westen). Es hätte dann zunächst als Fremdbenennung einer (fernen) westlichen Welt gedient. Doch ist es unwahrscheinlich, daß Europa als Wort für Abendlande zu den Griechen gelangte. Denn offensichtlich hatten sie es zunächst als Namen für kleinere Landstriche in Mittel- und Nordgriechenland in Gebrauch und haben es erst später auf immer größere Gebiete erstreckt« (Christian Meier, Kultur, um der Freiheit willen. Griechische Anfänge – Anfang Europas?, München 2012, S. 31). Auch Prof. West sieht das Wort Euro-



pa als griechische Bezeichnung für heimischen Grund und Boden und spricht ihr indogermanischen Charakter zu (Martin L. West, Indo-European Poetry and Myth, Oxford 2010, S. 185). Das offenbar zugrunde liegende griechische Adjektiv europos bedeutet geräumig, breit (Menge-Güthling, Langenscheidts Großwörterbuch Altgriechisch – Deutsch, Berlin 1987, S. 302), dessen Grundwort eurys weit entstand aus indogermanisch uerus (Julius Pokorny, Indogermanisches Etymologisches Wörterbuch, Bern 1989, S. 1165).

In dem Bestreben, maßgebliche orientalische Einflüsse innerhalb der griechischen Religion nachzuweisen, befaßt sich BERNAL mit dem Gott Zeus, der seiner Meinung nach drei verschiedene Namen hatte: Dios, Zen/Zan und eben Zeus. Dios sei der indogermanische Name, Zeus gehe auf hamitisch-ägyptisch bzw Könige zurück und Zen/Zan auf semitisch san Schafe als Anspielung auf den Widder als heiliges Tier des Zeus (Martin Bernal, Black Athena, Volume III: The Linguistic Evidence, New Brunswick 2006, S. 478 f.). Für Sprachwissenschaftler stellt sich die Sache anders dar. Bei den drei Formen handelt es sich lediglich um drei Fälle desselben Substantivs, wie der Vergleich mit dem Sanskrit, einer anderen indogermanischen Sprache, belegt. Dort heißt der Gott Dyaus. Im Vergleich ergibt sich: Nominativ: Zeus – Dyaus; Genitiv: Dios – Divas; Akkusativ: Zen - Dyam (Oswald Szemerényi, Einführung in die Vergleichende Sprachwissenschaft, Darmstadt 1990, S. 191 f.). Die Diskrepanzen der griechischen Formen werden somit lautgesetzlich erklärbar: Di- entspricht im Sanskrit Di-, und Z- entspricht Dy-. Zeus ist ohne Zweifel ein indogermanischer Gott.

Von sprachwissenschaftlicher Seite wurden BERNALS linguistische Behauptungen eingehend überprüft. Die Professoren JASANOFF und NUSSBAUM kamen zu dem Urteil, »daß BERNALS Anspruch, Hunderter tauglicher griechisch-ägyptischer und griechisch-semitischer Etymologien aufgedeckt zu haben, schlichtweg falsch ist. Wir bezweifeln, daß er auch nur eine einzige solche Etymologie entdeckt hat, die ganz neu ist. Natürlich gibt es semitische und ägyptische Lehnwörter im Griechischen, aber sie sind - nach allgemeiner Annahme - recht wenige und - mit einigen bemerkenswerten Ausnahmen auf der semitischen Seite - erst aus späterer Zeit. Wenn es irgendeinen positiven Schluß gibt, den man aus Black Athena ziehen kann, dann ist es in der Tat derjenige, daß die meisten der identifizierbaren semitischen und ägyptischen Lehnwörter im Griechischen bereits gefunden wurden, da Bernals unablässige Suche nach weiteren Beispielen so auffallend fruchtlos ist« (Jay H. JASA-NOFF u. Alan Nussbaum, »Word Games - The Linguistic Evidence in Black Athena«, in: Mary R. LEFKOWITZ u. Guy MacLean ROGERS (Hg.), Black Athena Revisited, Chapel Hill 1996, S. 177 ff., hier S. 201).

Wie schon am Beispiel der Prinzessin Europa gezeigt wurde, beruft sich Bernal gern auf griechische Mythen, wenn sie afroasiatische Kolonisten als Begründer der griechischen Kultur zu belegen scheinen. Häufig zitiert er in seinen Büchern die Sage von Danaos, der, in Ägypten geboren, nach Griechenland kommt, die Burg von Argos erbaut, die ersten Brunnen gräbt, Sümpfe trockenlegt und König wird. Nach ihm nannten sich die frühen Griechen auch Danaer. Als störend für Bernals ethnische Deutung erweist sich jedoch der Umstand, daß Danaos ein Nachfahre des griechischen Gottes Zeus und der griechischen Prinzessin Io ist, die erst auf der Flucht aus der Heimat nach Ägypten gelangte. Darüber hinaus gibt es in den ägyptischen und kanaanitischen Geschichtsquellen keinerlei Hinweis auf eine Landnahme in Griechenland (John E. Coleman, »Did Egypt shape the Glory that was Greece?«, in: Archaeology 45/5 (1992), S. 48 ff., hier S. 50).

Gleichwohl will Bernal auch eine der bekanntesten Göttinnen der Hellenen aus Afrika stammen lassen, und dies ist die Grundlage des Buchtitels Schwarze Athene (Martin Bernal, Schwarze Athene, München 1992, S. 103 ff.). Dabei weiß Bernal, daß die Göttin in den griechischen und römischen Quellen nicht als dunkelhäutig und sogar als blauäugige beschrieben wird (Martin Bernal, Black Athena, Volume III: The Linguistic Evidence, New Brunswick 2006, S. 578 f.).

Andersdenkende rückt BERNAL mittels einer diffamierenden Wortwahl gezielt in die Nähe des Holocaust: Wer die griechische Hochkultur auf indogermanische statt auf afroasiatische Wurzeln zurückführt, vertrete das »arische Modell« und betreibe die »Endlösung der Phönikerfrage« (Martin BERNAL, Schwarze Athene, München 1992, S. 806).

Prof. Jan Assmann, ein Ägyptologe von Weltruf, hält Bernal folgendes entgegen: »Meiner Meinung nach gehört *Black Athena* zum politischen, nicht zum wissenschaftlichen Diskurs. . . Die Relevanz eines Fundes bemißt sich nach dem Grad seines relativen Erkenntnisgewinns und nicht nach seinem Orientierungswert in politischen oder moralischen Entscheidungsfragen. Der Forscher muß die Freiheit haben, an politisch unliebsamen Erkenntnissen festhalten zu dürfen, z. B. daß die alten Ägypter keine Schwarzen waren und sich nicht als solche verstanden; daß die Griechen einerseits als Indoeuropäer und andererseits unbeschadet dieses Handicaps als die Erfinder von Demokratie und Philosophie gelten müssen (Jan Assmann, »Sentimental Journey zu den Wurzeln Europas«, in: *Merkur* 46–9/10 (1992), S. 921 ff., hier S. 929 u. 931).

BERNAL ist kein Einzelfall. Als Vertreter dieses Denkens zeigt sich auch der Literaturwissenschaftler Raoul Schrott. Seiner Ansicht nach war der Grieche Homer in Kleinasien Hofschreiber der semitischen Assyrer und verwertete als Dichter der *Ilias*, des ältesten Werkes der europäischen



Raoul SCHROTT. Seine neue Übersetzung der *Ilias* ist mehr als eigenwillig und stieß zu Recht auf heftige Kritik. SCHROTT mache »HOMER zu einem Vulgärschriftsteller. Da heißt es jetzt, Helena und Paris liebten sich, odaß die Bettpfosten wackelten««. (Wolfgang Schuller, in *Die Welt*, 30. 8. 2008.

Literatur, in riesigem Ausmaß Elemente aus orientalischen Textquellen (Raoul Schrott, Homers Heimat, München 2008, S. 330 ff.), die laut Schrott schon lange vor Homers Zeit »alle Charakteristiken des homerischen Formelrepertoires« enthielten (Schrott aaO., S. 108). Eine gewagte Behauptung, denn der Forscher selbst schreibt weiter vorn im selben Buch: »Einige Formeln in der *llias* – bei weitem jedoch nicht alle – scheinen dabei einer uralten indoeuropäischen Tradition zu entstammen« (Schrott aaO., S. 63). Offensichtlich will Schrott seine Leser mit dieser Wortwahl darüber hinwegtäuschen, wie umfangreich der Bestand an poetischen Redewendungen indogermanischer Herkunft in Homers Dichtung ist. Das wissenschaftliche Standardwerk zu diesem Thema behandelt nicht weniger als 502 Zitate aus der *llias* (Rüdiger Schmitt, *Dichtung und Dichtersprache in indogermanischer Zeit*, Wiesbaden 1967, S. 337 ff.).

Doch Schrott konzentriert sich ganz auf altorientalische Texte und erklärt unter Berufung auf Martin L. WEST banalste Übereinstimmungen zu Beweisen für Nahöstliches in der Ilias. Da ist z. B. »der Vergleich von Kriegern mit Löwen, Wölfen oder Raubvögeln; der Schlacht mit einem Sturm oder einem Brand; die Idee, das (sic) Gedanken und Gefühle sirgendwo innens sind (was HOMER dann in der Brust oder im Herzen lokalisiert)« (Schrott aaO., S. 120). Der Altphilologe Prof. Ken Dow-DEN bezweifelt die Beweiskraft solcher Parallelen (Ken Dowden, »West on the East: Martin West's East Face of Helicon and its Forerunners«, in: The Journal of Hellenic Studies 121 (2001), S. 167 ff., hier S. 173 f.). Schließlich liegt es z. B. in allen Kulturen nahe, Krieger mit starken, kämpferischen Tieren zu vergleichen. Wissenschaftlich belegt ist, daß der Wolf schon das Symboltier der indogermanischen Kriegerbünde war (Kim R. McCone, »Hund, Wolf und Krieger bei den Indogermanen«, in: Wolfgang Meid (Hg.), Studien zum indogermanischen Wortschatz, Innsbruck 1987, S. 101 ff.). Selbst Homers Bezugnahme auf Löwen muß keinen orientalischen Ursprung haben, denn auch im antiken Griechenland gab es sie in freier Wildbahn (Johannes IRMSCHER (Hg.), Lexikon der Antike, München 1987, Artikel ¿Löwe().

Wie Bernal versucht Schrott, seine Ansicht mit Wortgleichungen zu untermauern. So soll der homerische Held Achilleus denselben Namen tragen, der in Kleinasien schon lange vorher als Ucha-lu belegt gewesen sei (Schrott, aaO., S. 43). Eine exaktere Wiedergabe dieses in Keilschrift überlieferten Namens ist U-uh-ha-Lú-is (Ivo Hajnal, »Namen und Etymologien – als Beweisstücke nur bedingt tauglich?«, in: Christoph Ulph u. Robert Rollinger (Hg.), Lag Troja in Kilikien? Der aktuelle Streit um Homers Ilias, Darmstadt 2011, S. 241 ff., hier S. 246). Das durch Großschreibung hervorgehobene Lú ist ein sogenanntes Sumerogramm mit

der Bedeutung Mann«. Da die Sumerer die Keilschrift erfunden hatten, wurden bestimmte ihrer Begriffszeichen auch in Keilschrifttexten ver-

wendet, die in anderen Sprachen verfaßt waren. Wie in unserer Schrift z. B. die Ziffer 2 in englischen und deutschen Texten gleich ist, aber verschieden ausgesprochen wird (two oder zwei), so verfuhr man damals mit Sumerogrammen. Da U-uh-ha-Lü-is kein Sumerer war, sondern Luwier, wurde das Lú in seinem Namen so ausgesprochen wie das luwische Wort für Mann, ziti(s), und der Namensträger hieß Uhhaziti(s). Was die von SCHROTT vertretene Gleichsetzung mit Achilleus betrifft, so spricht der Linguist Prof. Ivo HAJNAL von »reiner Phantasie«. Nach seinem zusammenfassenden Urteil über mehrere sprachliche Argumente »vernachlässigt SCHROTT allzu oft philologische, phonologische und morphologische Grundlagen, um eine seinem Aussageziel förderliche Namensgleichung zu erhalten« (HAJNAL, aaO., S. 245 f.).

Auch einer der weltweit anerkanntesten Homer-Experten, Prof. Joachim LATACZ, hält sich mit sei-

nem Urteil nicht zurück: »Raoul Schrott hat niemals Altertumswissenschaft studiert. Dazu gehören griechische und lateinische Philologie, Alte Geschichte, Archäologie, Indogermanische Sprachwissenschaft und Einblicke in die Orientalistik und Ägyptologie. . . Schrott hat Komparatistik, also Vergleichende Literaturwissenschaft, studiert. Dieses Studium verleiht keine Kompetenz in Altertumswissenschaft« (www.ggschichte.de/pdf/plus/troia_lag_nicht_in_kilikien.pdf). Anläßlich einer Homer-Ausstellung in Mannheim wurde Latacz noch deutlicher: »Wie weit treiben wir die Verdummung der Menschen eigentlich noch voran?« fragte er. . . mit Blick auf Schrotts These, Homer sei nur ein Hofschreiber gewesen. »Einem Eunuchen in einer assyrischen Schreibstube zuliebe« hätte er die Ausstellung jedenfalls nicht gemacht, so Latacz. »Es gehe vielmehr um die Grundlagen der abendländischen Kultur« (»Grundlage des Abendlandes«, in: Mannheimer Morgen v. 16. 9. 2008).

Doch all diese Warnungen reichen nicht aus. Manche Medienvertreter wünschen offensichtlich, daß Schrotts Deutungen sich in der Öffentlichkeit durchsetzen. Im Jahre 2008 gab ihm der Bayerische Rundfunk in einer Fernsehdokumentation Gelegenheit, 45 Minuten lang seine Sicht der Dinge zu präsentieren; Vertreter der Gegenmeinung kamen nicht zu Wort (Homers wahre Heimat – Mit Raoul Schrott auf der Suche nach Troja. Buch und Regie: Tilman Urbach).



Herkules und der Nemeische Löwe. Vase im Pariser Louvre.

Es könnte nun der Eindruck entstehen, die multikulturalistische Umdeutung des antiken Hellas werde nur von fachfremden Forschern betrieben, und die Experten bildeten ein monolithisches Bollwerk gegen diese Bestrebungen. Dem ist nicht so. Prof. Michael Janda von der Universität Münster, der die indogermanischen Wurzeln der griechischen Kultur rekonstruiert, beschreibt in einem seiner Bücher mit diplomatischen Worten, doch eindeutiger Stoßrichtung die Lage folgendermaßen: »Fremdes und Eigenes ist im Griechentum die schönste Verbindung eingegangen. In der Diskussion um die Gewichtung der Bestandteile versucht diese Untersuchung, wieder eine gewisse Balance herzustellen, steht doch die Klassische Philologie ganz im Banne der reichen Kulturen des Ostens, die in der Moderne wiederentdeckt wurden« (Michael Janda, Elysion. Entstehung und Entwicklung der griechischen Religion, Innsbruck 2005, S. 13).



Walter BURKERT.

Einer der Fachgelehrten, die für dieses gegenwärtige Ungleichgewicht verantwortlich sind, ist der einflußreiche Altphilologe Prof. Walter Bur-KERT. Das Bemühen, allerlei orientalische Einflüsse in der altgriechischen Kultur nachzuweisen, bildet einen Schwerpunkt seines Wirkens und ist nicht frei von tendenziösen Zügen. In einer Studie verweist er darauf, daß »ein Großteil des griechischen Wortschatzes ohne sichere indogermanische Etymologie« sei und die Weigerung vieler Philologen, hier grö-Bere semitische Anteile anzuerkennen, möglicherweise auf Antisemitismus schließen lasse (Walter Burkert, Die orientalisierende Epoche in der griechischen Religion und Literatur. Sitzungsberichte der Heidelberger Akademie der Wissenschaften, Philosophisch-historische Klasse, Jahrgang 1984, Bericht 1, S. 36). Dazu ist folgendes festzustellen: Auch wenn das Griechische viel nicht-indogermanisches Vokabular enthält, bleibt die anfangs erwähnte Tatsache, daß es ebenfalls mehr indogermanisches Wortgut aufweist als die meisten anderen indogermanischen Sprachen. Die hierzu maßgebliche Statistik gründet auf den Forschungen von Prof. Julius POKORNY (Norman Bird, aaO., S. 5), der jüdischer Abstammung war. Juden sind die Professoren Alan Nussbaum und Jay Jasanoff, deren skeptisches Urteil über größere semitische Wortanteile im Griechischen wir auch bereits kennengelernt haben. Hier geht der Vorwurf des Antisemitismus sichtlich ins Leere.

Da die Anzahl eindeutig semitischer Wörter im Griechischen nicht das von Burkert gewünschte Ausmaß erreicht, argumentiert er, es sei gar nicht zu erwarten, daß man sämtliche Fälle erkennen könne, denn entlehnte Wörter würden oft sehr gründlich an die aufnehmende Sprache assimiliert. Daher sei ihre fremde Herkunft häufig nicht mehr nachweisbar. In seinen Augen »ergibt dann die allgemeine Wahrscheinlichkeitsüberlegung, daß ein so gewonnenes Resultat des Minimalismus

absolut falsch sein muß« (BURKERT, aaO., S. 37). So erspart BURKERT es sich, gesicherte Belege in ausreichender Zahl erbringen zu müssen, und sieht darüber hinweg, daß Dunkelziffern stets spekulativ sind und naturgemäß nichts beweisen können.

Doch nicht nur Wörter, auch weltanschauliche Konzepte sollen entlehnt worden sein. BURKERT zufolge gab das altorientalische Gilgamesch-Epos das Vorbild für die in der Ilias vorherrschende, der Einzelne könne seine Vergänglichkeit durch unvergeßliche Taten überwinden: »Den Menschen als Sterblichen stehen einerseits die Unsterblichen Götter gegenüber, andererseits die Chance des vunvergänglichen Ruhms (kleos aphthiton)« (Walter Burkert, Die Griechen und der Orient, München 2003, S. 33). In Wahrheit liegt hier kein Grund vor, an Entlehnung zu denken. Die Bezeichnung von Menschen als ›Sterblichen‹ und Göttern als ›Unsterblichen gehört nachweislich zum indogermanischen Standard (Thomas V. GAMKRELIDZE u. Vjaceslav V. IVANOV, Indo-European and the Indo-Europeans, Berlin 1995, S. 396). Das griechische kleos aphthiton, wörtlich vunverwelklicher Ruhme, hat eine Laut für Laut entsprechende indische Parallele und entstammt der indogermanischen Dichtersprache (SCHMITT, aaO., S. 61 ff.). Das weiß BURKERT auch, aber da es seine Argumentation behindern würde, hat er diese Information zunächst in eine Fußnote seiner Fachpublikation verbannt und später in dem öffentlichkeitswirksamen Buch zum Thema überhaupt nicht mehr erwähnt (BURKERT 1984, S. 109; ders., 2003, S. 33). Ein rein inhaltlicher Vergleich ergibt ebenfalls kein überzeugendes Ergebnis. Der Soziologe Prof. Ricardo Duchesne, entsetzt über das Niveau multikulturalistischer Argumente, hat auch Bur-KERTS Vergleich der beiden Epen einer Prüfung unterzogen: Gilgamesch begeht zwar eine Heldentat, um sich Ruhm zu erwerben, strebt aber gleichwohl nach leibhaftiger Unsterblichkeit; er beschafft sich eine Pflanze, die ewiges Leben verleiht, und weint bitterlich, nachdem eine Schlange sie ihm gestohlen hat. Hingegen ist ACHILLEUS, der wichtigste Held der Ilias, bereit, für unsterblichen Ruhm einen frühen Tod im Kampf zu erleiden. Duchesnes Fazit lautet: »Der Kontrast könnte nicht größer sein« (Ricardo Duchesne, The Uniqueness of Western Civilization, Leiden 2012, S. 415 f.).

Immer wieder fühlen sich multikulturalistische Altertumsforscher in ihrer Sichtweise durch indogermanisches Erbe gestört und belästigt. So versucht Theo VENNEMANN, Germanistik-Professor an der Universität München, das indogermanische Wort für Stern, dessen altertümlichste Belege hethitisch haster- und griechisch aster sind, vom Namen der semitischen Göttin Astarte/Ischtar herzuleiten. Sie wurde im Altertum mit dem Planeten Venus, dem Abend- und Morgenstern, gleichgesetzt. Als in prähistorischer Zeit der Name zu den »kulturell weniger entwickelten«



Theo VENNEMANN.
Seine Theorien von
der vaskonischen
Ursprache als Ursprache Europas und
von den atlantischen
Semitiden sind allerdings umstritten.

und »astronomisch ungebildeten« Indogermanen gelangt sei, hätten sie ihn nicht ganz verstanden und auf alle Sterne angewandt (Theo Vennemann, Europa Vasconica – Europa Semitica, Berlin 2003, S. 357 f. u. 369). Gegen Vennemanns These ist einzuwenden, daß der Ursprung des Wortes nicht auf semitischer, sondern allein auf indogermanischer Grundlage zu erklären ist, weswegen eine umgekehrte Entlehnung vom Indogermanischen ins Semitische in Betracht kommt (Gamkrelidze/Ivanov, aaO., S. 772, Fußnote 14). Offenbar bedeutet das zugrunde liegende haster wörtlich 'Brenner/Glüher«, von der indogermanischen Wurzel hasberennen« (Manfred Mayrhofer, Etymologisches Wörterbuch des Altindoarischen, II. Band, Lieferung 20, Heidelberg 1996, S. 756; J. P. Mallory u. D. Q. Adams (Hg.), Encyclopedia of Indo-European Culture, London 1997, Artikel 'star«).

Doch Vennemann glaubt noch viel mehr Orientalisches identifizieren zu können. In nachindogermanischer Zeit habe es in West- und Nordwesteuropa semitische Kulturbringer gegeben. Sie seien »maßgeblich an der germanischen Ethnogenese (= Volkwerdung) beteiligt« gewesen (Vennemann, aaO., S. 556 f.). Ihre Landnahme von Nordwestafrika über Spanien und Portugal an der Atlantikküste entlang bis an die Nordsee erkenne man an der entsprechenden Verbreitung der jungsteinzeitlichen Megalithkultur mit ihren Hünengräbern (Vennemann, aaO., S. 108, 263 f., 394 f., 594 u. 639). Dieses Szenario entspricht jedoch nicht den naturwissenschaftlichen Datierungen, denen zufolge sich die ältesten Relikte der Megalithkultur in der Bretagne und der Normandie finden (Ernst Probst, Deutschland in der Steinzeit, München 1999, S. 242; Carl-Heinz Boettcher, Der Ursprung Europas, St. Ingbert 1999, S. 161). Von dort breitete sie sich nach Norden und Süden aus. Wenn es eine Migration gab, dann von Westeuropa nach Nordafrika, nicht umgekehrt.

Dessen ungeachtet will Vennemann möglichst vielen germanischen Wörtern einen semitischen Ursprung zusprechen. Die oft zitierte Einschätzung, ein Drittel des germanischen Wortschatzes lasse sich nicht aus dem Indogermanischen herleiten, hält er sogar für zu niedrig angesetzt (Vennemann, aaO., S. 519). Zu diesem Thema schreibt der führende Etymologe Prof. Elmar Seebold: »Die sprachgeschichtlichen Argumente für eine Mischung liegen in der in verschiedenen Handbüchern aufgeführten Behauptung, ungefähr ein Drittel des germanischen Wortschatzes sei nicht aus dem Indogermanischen etymologisierbar. Diese Behauptung beruht auf einem groben Mißverständnis einer Zählung der Vergleichbarkeit neuhochdeutscher Wörter: der nicht etymologisierbare Anteil des Wortschatzes der germanischen Sprachen hält sich durchaus im Rahmen normal entwickelter Sprachen. Damit ist die Möglichkeit einer Völkermischung in der Geschichte der Germanen zwar nicht aus-

geschlossen – nur sprachlich nachweisen läßt sie sich nicht« (Elmar See-Bold, »Sprache und Schrift«, in: Heinrich Beck, Heiko Steuer u. Dieter Timpe (Hg.), Reallexikon der Germanischen Altertumskunde. Studienausgabe »Germanen, Germania, Germanische Altertumskunde«, Berlin 1998, S. 95 ff., hier S. 108 f.).

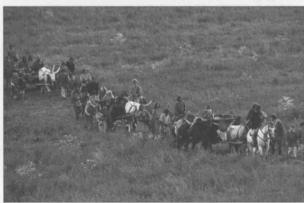
Eines von Vennemanns Leitfossilien ist unser Wort Ferkels, dessen prähistorische Vorform porkos auf eine semitische Wurzel p-r-k mit der Bedeutung im Erdreich wühlen zurückgehe. Das Wort sei über den Atlantik gekommen, als die Semiten den Nordeuropäern die »kulturelle Errungenschaft« der Schweinezucht gebracht hätten (VENNEMANN aaO., S. 664 f.). Um zu diesem Ergebnis zu kommen, muß VENNEMANN, den sprachlichen Gegebenheiten Gewalt antun, denn er weiß, daß dieses Wort für Ferkel in den semitischen Sprachen nirgends belegt ist. Folgerichtig beschränkt sich die objektive Untersuchung des jüdischen Sprachwissenschaftlers Prof. Emile BENVENISTE auf indogermanische Sprachen. Zunächst schienen nur die westlichen von ihnen das Wort porkos zu kennen, und man konnte, wie BENVENISTE einräumt, in der Tat den Eindruck haben, »daß die Schweinezucht in Europa erst nach bestimmten ethnischen Brüchen begonnen habe«. Inzwischen ist das Wort aber auch in iranischen Dialekten nachgewiesen. Damit hat es in den indogermanischen Sprachen eine so weite Verbreitung, daß an seiner indogermanischen Herkunft kein Zweifel besteht. Nach Benvenistes Urteil »hat es durchaus eine indoeuropäische Schweinezucht gegeben« (Emile BENVE-NISTE, Indoeuropäische Institutionen, Frankfurt 1993, S. 29 ff.). VENNEMANNS Deutung krankt aber auch daran, daß nicht nur Ferkel, sondern auch ausgewachsene Schweine in der Erde wühlen. Es ist sinnvoller, porkos auf die indogermanische Wurzel perk- mit der Bedeutung gefleckte zurückzuführen (GAMKRELIDZE/IVANOV, aaO., S. 509); man vergleiche z. B. altgriechisch perknös gesprenkelte. Die Ferkel von Wildschweinen haben ein geflecktes Fell, und mit Sicherheit waren in prähistorischer Zeit auch Hausschweinrassen noch sehr behaart.

Zwei Semitisten der Universität Jena, Dr. Anne Multhoff und Dr. Peter Stein, unterzogen Vennemanns Herleitungen einer kritischen Prüfung. Den beiden »scheinen auch die von Vennemann zur Stützung seiner These herangezogenen hamito-semitischen Etymologien germanischer Wörter zu einem nicht unbeträchtlichen Teil schlicht zu weit hergeholt«. Vorzuwerfen sei Vennemann »ein ungenügender Einblick in die phonologische und morphologische Struktur der afroasiatischen Sprachen und insbesondere des Semitischen« sowie »krampfhafte Etymologisierung«. Durch »solches Stöbern in den Lexika nach irgendeiner ähnlich klingenden Wurzel« könne »sich für nahezu jedes germanische Wort irgendein Anknüpfungspunkt im afroasiatischen Lexikon finden lassen«.

Zusammenfassend heißt es: »Die für semitischsprachigen Einfluß in Westeuropa herangezogenen Belege erwiesen sich sämtlich als nicht stichhaltig, teils gar als absurd« (Anne Multhoff u. Peter Stein: »Rezension von Theo Vennemann: Europa Vasconica – Europa Semitica«, in: Kratylos. Kritisches Berichts- und Rezensionsorgan für Indogermanische und Allgemeine Sprachwissenschaft, Jahrgang 52 (2007), S. 138 ff., hier S. 150 u. 152).

Da die Germanen in Deutschland traditionell den wichtigsten Bezugspunkt völkischen Denkens darstellen, werden sie selbstverständlich zur Zielscheibe multikulturalistischer Umdeutungen. Im Jahre 2002 zeigte das ZDF erstmals seine vierteilige Dokumentation *Sturm über Europa* (Buch und Regie: Christian FEYERABEND), deren Thema die germanischen Völ-





Zwei Szenen aus der ZDF-Dokumentation Sturm über Europa.

kerwanderungen waren. Auf welchem Niveau hier generell gearbeitet wurde, sah man z. B. an der Behauptung aus Folge 4, der Frankenkönig CHLODWIG habe vor seiner Taufe »an Wodan und Odin geglaubt«, als wäre das nicht ein und derselbe Gott in seiner süd- und nordgermanischen Namensform. Besonders penetrant aber versuchte man, die Zuschauer politisch zu manipulieren. In Folge 1 dozierte der Erzähler über die germanischen Kimbern: »Herkunft und Abstammung, Blut und Rasse sagten ihnen nichts.« Ganze acht Minuten später hieß es: »Andere Stämme und Sippen schlossen sich ihnen unterwegs an und wurden damit zu Kimbern. Das war gängige Praxis in der Völkerwanderung. Denn anders als Nationalisten und Rassisten es ihnen nachsagen: Die Germanen hatten mit Abstammung und Herkunft, mit Blut und Rasse nichts im Sinn.« Weitere 13 Minuten später belehrte uns die Stimme, der kimbrische Treck sei eine Ȋußerst offene, multikul-

turelle Gesellschaft« gewesen. In Folge 3 hieß es über die Westgoten, daß »nicht Abstammung, sondern Mut und Tapferkeit entscheiden, wer zu ihnen gehört«. In Folge 4 wurde verkündet: »Jeder, der sich den Westgoten auf ihrer Wanderung anschloß, war ohne Ansehen von Herkunft und Abstammung als Gote willkommen.«

Für all diese Behauptungen wurden keinerlei Belege genannt. Die Quellen sprechen nämlich eine andere Sprache. Zwar schlossen sich den

Kimbern mehrere andere germanische und keltische Stämme an, doch waren diese unbestrittenermaßen kulturell nahestehend und gaben ihre eigene ethnische Identität offenbar nicht auf. Sie wurden nicht zu Kimbern. Der namhafte Historiker Reinhard WENSKUS schreibt: »Den Römern fiel immer wieder auf, daß die Heere verbündeter Germanenstämme streng nach ihrer ethnischen Herkunft gegliedert blieben. Die Kimbern, Teutonen und die ihnen angegliederten Gruppen blieben trotz jahrzehntelanger gemeinsamer ruhmvoller Taten bis zu ihrem Ende gesonderte Heere« (Reinhard Wenskus, Stammesbildung und Verfassung, Köln 1961, S. 496 f.). Den antiken Texten zufolge zogen die keltischen Sequaner zunächst mit Kimbern und Teutonen, trennten sich aber später wieder von ihnen und unterstützten die feindlichen Römer (Wilhelm CAPELLE (Hg.), Das alte Germanien. Die Nachrichten der griechischen und römischen Schriftsteller, Jena 1937, S. 30 f. u. 43). Über das Gefolge Alboins, der im sechsten Jahrhundert König der germanischen Langobarden war, berichtete zweihundert Jahre später Paulus Diaconus (Geschichte der Langobarden, Buch 2, Kap. 26): »Gewiß ist übrigens, daß Alboin damals viele Menschen aus denjenigen verschiedenen Völkern, die er selbst oder frühere Könige unter ihre Herrschaft gebracht hatten, nach Italien führte. Daher nennen wir die Ortschaften, in denen sie wohnen, bis auf den heutigen Tag nach ihnen gepidische, bulgarische, sarmatische, pannonische, suebische, norische und so weiter.« Offensichtlich wurde auch hier die ethnische Differenzierung noch lange aufrechterhalten.

Besagten Sueben, einem aus vielen Stämmen bestehenden germanischen Großvolk, bescheinigte schon TACITUS um 100 n. Chr. ein auf Abstammung basierendes Zusammengehörigkeitsgefühl: Zu einer Kultfeier träfen sich regelmäßig, vertreten durch Gesandte, »alle Stämme desselben Blutes« (Germania, Kap. 39). Im Frühmittelalter legten nach Aussage des einheimischen Klerikers Bonifatius die Angelsachsen in Britannien Wert darauf, »aus dem gleichen Bein und Blut« wie die kontinentalen Sachsen zu sein (zitiert nach: Herwig WOLFRAM, Die Germanen, München 1995, S. 65). Das Volk der Angelsachsen nannte sich Angelcynn (Martin Leinert, Altenglisches Elementarbuch, Berlin 1978, S. 21), und das Wort cynn, das neben ›Volk‹ vor allem ›Familie‹ bedeutete, ist nah verwandt mit angelsächsisch cennan verzeugen (Ferdinand HOLTHAUSEN, Altenglisches etymologisches Wörterbuch, Heidelberg 1974, Artikel veynne, Alfred Bammesberger, Die Morphologie des urgermanischen Nomens, Heidelberg 1990, S. 65). Zweifellos liegt hier das Konzept des Volkes als Abstammungsgemeinschaft zugrunde.

Dennoch ist nicht zu bestreiten, daß gelegentlich ein Stamm durch Vermischung mit recht exotischen Völkerschaften Aufsehen erregte. TACITUS schrieb in der *Germania* (Kap. 46): »Ich bin im Zweifel, ob ich die

Stämme der Peukiner. Veneter und Finnen den Germanen oder den Sarmaten zurechnen soll, obwohl die Peukiner, von manchen auch Bastarnen genannt, sich in Sprache, Kultur, Siedlungsweise und Hausbau wie Germanen zeigen. Der ganze Stamm ist schmutzig, seine Adligen sind faul. Durch Mischehen übernehmen sie einiges von der Häßlichkeit der Sarmaten.« Die Peukiner nannten sich also nicht selbst Bastarnens Bei der Suche nach denjenigen, die ihnen diesen Namen gaben, stößt man auf einen anderen germanischen Stamm, in dessen Gesichtsfeld sie sich ständig bewegten: die Skiren. Deren eigener Name bedeutet zweifellos die Reinens, und die Annahme liegt nahe, daß sie sich damit von den mit Asiaten vermischten Peukinern abgrenzen wollten (WOLFRAM, aaO., S. 27; vgl. auch Dieter TIMPE, »Germanen, historisch«, in: BECK/STEUER/ TIMPE, aaO., S. 2 ff., hier S. 25). Außerdem belegten sie sie vielleicht mit dem Namen Bastarnen, der als Schimpfwort Bastarde, bedeuten könnte (Wolfgang Meid, Germanische Sprachwissenschaft, Bd. 3: Wortbildungslehre, Berlin 1967, S. 115).

Als im dritten Jahrhundert n. Chr. das Gerücht kursierte, die germanischen Alamannen seien ein Mischvolk, betonten die stammverwandten Juthungen ihre eigene ethnische Homogenität (Herwig Wolfram, Das Reich und die Germanen, Berlin 1990, S. 81). Entsprechend beschrieben sie die Abteilungen ihres Heeres. Über die Reiterei sagten sie: »Und das sind keine vermischten Truppen und keine Schwächlinge, sondern ausschließlich Juthungen«. Ihr Fußvolk charakterisierten sie so: »Auch bei ihm beflecken wir die Unbesiegbarkeit des eigenen Heeres nicht durch Zumischung von Fremden« (zitiert nach Ludwig Rüßekeil, »Was verrät der Name der Alamannen über ihr Ethnos?« in: Hans-Peter Naumann (Hg.), Alemannen und der Norden. Ergänzungsbände zum Reallexikon der Germanischen Altertumskunde, Band 43, Berlin 2004, S. 114 ff., hier S. 117).

Wäre aber diese mutmaßliche Distanzierung von den Alamannen überhaupt nötig gewesen? Zunächst scheint es so, denn der Name Alamannen, im Wortsinne etwa Menschen insgesamt, wurde schon im dritten Jahrhundert so interpretiert, als bezeichnete er »zusammengelaufene und vermischte Leute« (zitiert nach: Rübekeil aaO., S. 117 ff.). Diese Deutung hat inzwischen der Altgermanist Prof. Ludwig Rübekeil als bloße Polemik entlarvt (Rübekeil aaO., S. 125–131): Entscheidend ist die Frage, was das Wort Manna ursprünglich meinte. Erwiesenermaßen bezeichnete es Menschen beiderlei Geschlechts. Da einem heimischen Mythos zufolge ausschließlich Germanen als Nachfahren des Stammvaters Mannen in ethnischem Zusammenhang nur sich selbst als Mannen (Menschen) bezeichneten. Solche Völkernamen sind in altertümlichen Kulturen nicht ungewöhnlich, die Eskimos z. B. nennen sich selbst Inuit

Multikulturelle Umdeutung der Wurzeln Europas

Menschen. Der Name des germanischen Stammes der Markomannen, wörtlich Menschen an der Grenzes, erhärtet die These. Die Grenze des Stammesgebietes kann nicht gemeint sein, denn jeder Stamm lebt in der Nähe seiner Grenzen. Ebensowenig wohnten die Markomannen an der Grenze der Menschheit. Wahrscheinlich waren sie dem Namen nach diejenigen Germanen, die an der (südlichen) Grenze des gesamtgermanischen Siedlungsraums lebten, sozusagen die Grenzgermanen. Jenseits aller Stammesdifferenzen besaßen demnach die Germanen ein ethnisches Zusammengehörigkeitsgefühl, das sich in der gemeinsamen Selbstbenennung als)Mannen(offenbart. Der Name)Alamannen(meinte folglich die Gesamtheit der Mannus-Abkömmlinger. Dazu paßt das Zeugnis einiger spätantiker Geschichtsquellen, in denen die Alamannen geradezu als »Gesamtheit der Germanen« oder »die Germanen« schlechthin bezeichnet werden (zitiert bei: RÜBEKEILM aaO., S. 129 f.). Eine allgemeine Selbstbenennung der Germanen wurde allmählich auf einen ihrer Großstämme übertragen. Dieser hatte ja unter dem Namen Sueben schon früher das Zentrum des Germanentums dargestellt (RÜBEKEIL, aaO., S. 122). Aus all dem wird deutlich: Mit ethnischer Buntheit im Sinne des Multikulturalismus haben Name und Ursprung der Alamannen überhaupt nichts zu tun.

Mit großer Wahrscheinlichkeit war die vom *ZDF* betriebene Erfindung der Multikulti-Germanen noch nicht der Höhepunkt solcher Manipulationen. Auf politischer Ebene nämlich sind sie offensichtlich sehr erwünscht, und so steht uns sicher noch manches bevor.

Hartmut Freihals



Plakat zur Ausstellung »Hitler und die Deutschen«, 15. Oktober 2010 bis 27. Februar 2011 in Berlin.



Katalog zur Ausstellung »Hitler und die Deutschen«.

1 http:// www.dhm.de/ ausstellungen/ hitler-und-diedeutschen/ ausstellung.html 2 Ebenda. Vom 15. Oktober 2010 bis zum 27. Februar 2011 zeigte das Deutsche Historische Museum in Berlin die Ausstellung »Hitler und die Deutschen«, Untertitel »Volksgemeinschaft und Verbrechen«, die, wie es in der Beschreibung hieß, die Besucher darüber aufklären sollte, wie »HITLER und der Nationalsozialismus, die für Krieg, Verbrechen und Völkermord verantwortlich waren, bis zum Schluß auf eine breite Akzeptanz in Deutschland bauen«¹ konnten und warum viele Deutsche bereit gewesen seien, »ihr Handeln auf den ›Führer« auszurichten und somit die NS-Diktatur aktiv zu unterstützen«²

In typisch bundesdeutscher Manier richteten Initiator Hans Otto-MEYER und das Kuratorium unter der Leitung des Historikers Hans-Ulrich THAMER diese Ausstellung nicht etwa an grundlegenden Fragen aus, die wichtig wären, um den Aufstieg HITLERs und seiner nationalsozialistischen Bewegung vor dem Spiegel der Zeitumstände – beispielsweise der zerstörerischen Politik der Siegermächte nach dem Ersten Weltkrieg, der unannehmbaren Folgen des Versailler Vertrags, der Not und dem Elend in der Weimarer Republik oder der Unfähigkeit der Parteien, die politischen Herausforderungen zu bewältigen - erklärbar zu machen, sondern versuchten nach eigenen Angaben, jedweden Ansatz für eine »Faszination« schon im Keime zu ersticken. Um etwaige »Mißverständnisse« zu vermeiden und keinem neuen »Hitler-Kult« Vorschub zu leisten, wurde die Ausstellung von allem freigehalten, was nach Ansicht der Verantwortlich als »Reliquie« hätte gelten können. Zudem wartete die Ausstellung mit Skurrilitäten auf, die die Grenze zur Peinlichkeit überschritten. So wurde eine Vitrine mit Hitlerbüsten geradezu vollgestopft, um den Anschein eines »Heiligenschreins« zu verhindern. An anderer Stelle fand sich ein verhüllter und schräg aufgehängter Schreibtisch des »Führers«. Einfach hinstellen wollte man ihn nicht, denn auch das hätte ja als »Hommage« mißverstanden werden können. Dazu gab es alle 46 Hitler-Titel des Spiegels von 1946 bis zur Gegenwart oder die HITLER-Persiflage »Ich hock in meinem Bonker« des Comic-Zeichners Walter Moers. »Hitler: zwischen Dämonisierung und Lächerlichkeit« wäre somit wahrscheinlich ein besserer Titel für die Ausstellung gewesen.

Auch der von Hans-Ulrich Thamer und Simone Erpel herausgegebene Katalog zur Ausstellung, der im Oktober 2010 im Dresdner Sandstein-Verlag erschienen ist, ebenfalls den Titel *Hitler und die Deutschen*.

Volksgemeinschaft und Verbrechen trägt und neben der Darstellung der Exponate auch einen umfangreichen Teil mit Aufsätzen beinhaltet, bietet trotz mitunter prominenter und durchaus sachkundiger Autoren wie Brigitte Hamann und Ian Kershaw wenig Erhellendes. Dafür wird der Leser des großformatigen Bildbandes über »Hitlers Gesicht«, den »Bruder Hitlers im deutschen Film« oder »die mediale Präsenz des Diktators nach 1945 in Presse und Internet« aufgeklärt.

Besonders negativ sticht allerdings ein Text der Hamburger Sozialhistorikerin Birthe Kundrus mit dem Titel »Der Holocaust. Die ›Volksgemeinschaft« als Verbrechensgemeinschaft?« heraus, der nicht nur eine schreiende Anklage gegen die Erlebnisgeneration darstellt, der von der Autorin unterstellt wird, über alle Verbrechen des NS-Regimes nicht nur bestens informiert gewesen zu sein und diese schulterzuckend akzeptiert, wenn nicht sogar befördert zu haben, sondern auch mit einer handfesten Dokumenten-Fälschung arbeitet.

Kundrus, die von 2003 bis 2009 als wissenschaftliche Mitarbeiterin des 1984 von Jan Philipp Reemtsma gegründeten Hamburger Instituts für Sozialforschung tätig war und dort als Ansprechpartnerin der Arbeitsgruppe »Krieg und Geschlecht« wirkte, führt gleich zu Beginn ihres Beitrags als Beispiel für das angeblich typische Verhalten der Deutschen als »Zuschauer der Judenverfolgung« eine Notiz einer »aus dem Altreich kommenden Lehrerin« an, die im besetzten Polen, genauer gesagt in Auschwitz, in der Schule von »einer Schar kleiner verstörter Quintanerinnen« begrüßt worden sei. Abgespielt haben soll sich das Ganze etwa zur Zeit der Niederschlagung des Warschauer Ghettoaufstandes, also 1943.

Die Schülerinnen waren verstört, so Kundrus, weil sie »am Bahnhof die Ankunft eines Güterzuges mit deportierten Juden beobachtet«3 hatten. Kundrus weiter: »Die Pädagogin vermerkte in ihrem Tagebuch: ›Ich war tief traurig. Konnte man denn diesen grausamen Vorgang, den man Selektion nannte (Auswahl der für den Tod Bestimmten) nicht unter Ausschluß der Öffentlichkeit abwickeln, so daß ihn die kleinen Schulkinder. . . nicht mit ansehen konnten?!!«⁴ Anklagend schreibt die frühere REEMTSMA-Mitarbeiterin zu diesem Tagebucheintrag der Frau: »Auffällig an ihrer Aussage ist, daß sie das Morden als unumstößliche Tatsache akzeptiert hatte. Ihren dennoch vorhandenen Irritationen über den massiven Normenbruch verlieh sie durch Beschwerden Ausdruck. Diese bezogen sich aber nicht auf den Kern der eigentlichen Sache, den Massenmord, sondern auf dessen verträgliche Durchführung. Typisch für diese Haltung war vielleicht auch, wie die Lehrerin die Tötungen legitimierte, nämlich mit dem Mittel der Schuldumkehr: Die Juden seien an ihrem Schicksal selbst schuld.«5



Birthe Kundrus (Jahrgang 1963). Sie lehrt Sozial- und Wirtschaftsgeschichte an der Universität Hamburg.

³ Birthe KUNDRUS, »Der Holocaust. Die >Volksgemeinschaft als Verbrechensgemeinschaft?«« in: Hans-Ulrich THA-MER u. Simone ERPEL (Hg.), Hitler und die Deutschen. Volksgemeinschaft und Verbrechen, Sandstein, Dresden 2010, S. 130-135, hier S. 130. ⁴ Ebenda. ⁵ Ebenda, S. 130.

Doch was hat es wirklich mit dieser Notiz, die angeblich 1943 nach dem geschilderten Vorkommnis von der Lehrerin niedergeschrieben wurde, auf sich? Daß eine gerade in die Stadt Auschwitz versetzte Lehrerin den uns heute geläufigen Begriff Selektions verwendet und diesen aufgrund der Schilderung der Sechstkläßlerinnen als »Auswahl der für den Tod Bestimmtens bezeichnet, muß jeden einigermaßen zeitgeschichtlich bewanderten Menschen zu dem Schluß kommen lassen, daß es sich dabei keinesfalls um einen zeitgenössischen Eintrag handelt. Schon allein dieser Umstand läßt also Zweifel an der Darstellung von Birthe Kundrus aufkommen.

Und in der Tat: Das Zitat ist in Wirklichkeit dem von einer Berliner Lehrerin namens Marianne B. verfaßten »Bericht über die Dienstzeit als Gymnasiallehrerin in Auschwitz (1. 9. 1943–21. 1. 1945)« entnommen. Dabei handelt es sich nicht, wie Kundrus schreibt, um das Tagebuch der Pädagogin, dem sie sich an jenem Tag, der dort geschildert wird, anvertraute, sondern um Erinnerungen, die sie ein halbes Jahrhundert später, nämlich 1999, niederschrieb. Kundrus habe dies wissen müssen, denn schließlich führt sie selbst per Fußnote als Beleg das Buch 1945 und wir des Historikers Norbert Frei an. Dieser jedoch stellt zu exakt jenem von Kundrus zitierten angeblichen »Tagebucheintrag« der Lehrerin fest: »Die Autorin vermischt hier offenbar Selbsterlebtes mit später Angelesenem, denn Selektionen« fanden am Bahnhof von Auschwitz nicht statt. Allerdings ist es denkbar, daß die Schulkinder das Vorgehen der SS gegenüber den Menschen in einem ankommenden Transport beobachtet hatten.«

Doch warum stellt Birthe Kundrus diese Passage in einen vollkommen falschen Zusammenhang? Eine Erklärung könnte sein, daß sie

Abbildung zu Birthe Kundrus' Aufsatz im Ausstellungskatalog, aaO. (Anm. 3): »Aufräumkommando mit Häftlingen des Frauenaußenlagers Bremen-Oberheide, 1944« (Kat.-Nr. 431). Die Hamburger Historikerin hat sehr eigenartig - oder wohl zielgerichtet? gearbeitet. Jedenfalls liegt in ihrem Aufsatz eine Dokumentenfälschung vor.

6 Norbert FREI,

Dritte Reich im

Bewußtsein der

Deutschen, C. H.

Beck, München 2005, S. 218.

1945 und wir. Das



schlichtweg unsauber gearbeitet hat, doch es könnte auch anders sein. Indem sie eine Passage aus einem Jahrzehnte nach dem Krieg geschriebenen Bericht als Tagebucheintrag präsentiert, scheint sie ihre Kernthese untermauern zu können – und die lautet: »Der Holocaust wurde weder zu einer Zerreißprobe noch zu einem Moment der massenhaften Selbstmobilisierung. Die Reaktionen der Deutschen bewegten sich in einem Spektrum von Ablehnung bis Zustimmung und einem weiten Feld aus Ignoranz, Gleichgültigkeit, Abstumpfung und tastender Distanzierung – und häufig aus allem zugleich.«⁷

Demnach müßten die damaligen Deutschen über Ausmaß und Art der NS-Jugendverfolgung in Einzelheiten unterrichtet gewesen sein. Doch auch diese Annahme – um nicht zu sagen Unterstellung – von Birthe Kundrus ist, wie nicht nur Konrad Löw und Alfred M. de Zayas nach-

gewiesen haben, schlichtweg falsch.

Der Frage, was die zeitgenössischen Deutschen zur NS-Zeit in dieser Hinsicht wußten, geht auch die Dokumentation Geheimsache! Was nicht im Geschichtsbuch steht nach. Hier wird unter anderem der deutschstämmige US-amerikanische Historiker Bryan Mark RIGG, Professor an der American Military University in Manassas (Virginia), zitiert, der in seinem 2003 erschienenen Buch Hitlers jüdische Soldaten erstaunliche Fakten zusammengetragen hat. Laut RIGG kämpften mehr als 150 000 Soldaten mit zumindest teilweise jüdischen Wurzeln in der Wehrmacht. Über 400 von ihnen – darunter auch Helmut SCHMIDT – hat RIGG zwischen 1994 und 1998 befragt. Dabei ging es auch um die Frage, was sie über den Holocaust wußten.

Gerade in dieser Hinsicht sind RIGGs Erkenntnisse höchst aufschlußreich. Die Antworten, die er zu hören bekam, waren nämlich fast immer die gleichen: Nein, sie haben davon »erst nach dem Krieg erfahren«, sie haben davon »nicht gewußt«, es kam ihnen »damals nicht in den Sinn«. RIGG schreibt: »Die meisten bekunden, daß sie nichts bemerkten, was auf den Holocaust hinwies.« Letztlich kommt er daher zu dem Schluß: »Begriffen die Deutschen, was während des Krieges mit den Juden geschah? Die vorliegende Untersuchung hat ergeben, daß diese Frage verneint werden muß. . . Soldaten jüdischer Abstammung wußten zwar mehr als gewöhnliche Deutsche, doch ihr Verhalten und ihre Aussagen beweisen letztlich, daß die meisten von ihnen nicht begriffen, was mit den Juden geschah.«⁸

⁷ Kundrus, aaO. (Anm. 3), S. 133.



Bryan Mark Rigg.

⁸ RIGG, zit. in: o. V.: Geheimsache! Was nicht im Geschichtsbuch steht, FZ-Verlag, München 2011, S. 206 f.



Ernst H. GOMBRICH.

schen Hörer erzählt oder verschwiegen wurde. So habe ich merkwürdigerweise die sechs Jahre dieses schrecklichen Krieges, von 1939 bis 1945, sozusagen von beiden Seiten miterlebt. . . Ich weiß nur, daß weder die deutschen Hörer noch wir damals etwas von dem furchtbarsten Verbrechen erfuhren, das im Krieg von den Deutschen verübt wurde.«⁹

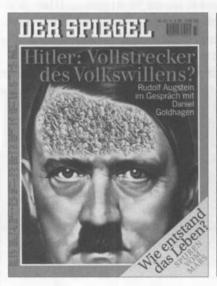
Die National-Zeitung, die bereits im Dezember 2010, also zwei Monate nach Erscheinen des noch heute unverändert vertriebenen Katalogs zur Hitler-Ausstellung im Deutschen Historischen Museum, auf die Dokumentenfälschung im Text von Birgit Kundrus aufmerksam machte, meint daher auch: »Erstaunlich ist es unter diesen Umständen für den Leser, daß die aus dem Altreich kommende Lehrerin aufgrund der Schilderungen der Sechstkläßlerinnen von deren Eindrücken am Bahnhof Auschwitz sofort die Schlüsse zog, zu denen der jüdische Professor vom Abhördienst der BBC noch 1945 kaum bereit war – solange er nicht weiß, was es mit dem Tagebuchvermerke auf sich hat. Aber hätte Frau Kundrus Riggs oder Gombrichs Darstellung berücksichtigt, wäre die ganze in eine Frage gekleidete These von der Verbrechensgemeinschafte zusammengebrochen.«¹⁰ Und genau das soll schließlich letztlich beim Leser hängenbleiben. Also wieder mal ein typischer Fall von: Was nicht paßt, wird passend gemacht.

Thorsten Thomsen

⁹ Gombrich, zit. in: ebenda, S. 207.

National-Zeitung,10. 12. 2010.

Zu den Exponaten der Ausstellung gehörten sämtliche Spiegel-Nummern, die sich mit dem Thema Hitler und die Volksgemeinschafte befaßten.





Ferdinand Marians >jüdische Frau«

Als im Februar 2010 auf der 60. Berlinale die Uraufführung von Oskar ROEHLERS Spielfilm *Jud Süß – Film ohne Gewissen* stattfand, forderte die damalige Präsidentin des Zentralrats der Juden in Deutschland, Charlotte KNOBLOCH, nicht weniger als ein Verbot. Geschmacklos und verharmlosend sei der Film, der im wesentlichen die Entstehungsgeschichte des NS-Streifens *Jud Süß* aus dem Jahr 1940 nachzeichnet. Außerdem verfälsche er die Tatsachen in unangemessener Weise. Zumindest in letzter Hinsicht muß man ihr durchaus Recht geben.

»Mit Marian über den Jud-Süß-Stoff gesprochen. Er will nicht recht heran, den Juden zu spielen. Aber ich bringe ihn mit einigem Nachhelfen doch dazu.« – Nur in drei Sätzen beschreibt Reichspropagandaminister Joseph Goebbels in seinem Tagebuch, wie er den damals aus zahlreichen Filmen als Charmeur und Kavalier bekannten Mimen Ferdinand Marian überredete, die Rolle des »Hofjuden« Joseph Süss Oppenheimer in Veit Harlans Jud Süß zu übernehmen. In der Tat setzte Goebbels Marian, der sich mit dieser Rolle nicht »verbrennen« lassen wollte, massiv unter Druck und drohte letztlich damit, den beliebten Schauspieler ins Abseits zu stellen.

So erzählt es auch ROEHLERS Film, in dem Moritz Bleibtreu die Gestik und Mimik des früheren Chefpropagandisten Hitlers bisweilen stark überzeichnet. Das scheint dem Regisseur jedoch nicht genug gewesen zu sein, denn er dichtet dem von Tobias Moretti dargestellten Marian auch noch eine jüdische Frau namens Anna, gespielt von Martina Gedeck, an.

In Wirklichkeit war Ferdinand Marian jedoch mit der Schauspielerin Maria Byk verheiratet. Diese war Katholikin und verfügte über einen im Sinne der Machthaber perfekten Ariernachweise. Roehler läßt Marians Frau Anna letztlich im KZ umkommen, die echte Gattin des Schauspielers starb 1949, drei Jahre, nachdem ihr Mann bei einem Autounfall ums Leben gekommen war.

Die Geschichte mit der jüdischen Ehefrau ist nicht die einzige Verfälschung der historischen Tatsachen, die den Zuschauern zugemutet wird. Auch den vom Ehepaar Marian in der Gartenlaube versteckten jüdischen Schauspielkollegen, der letztlich von einer jungen, blendend schönen BDM-Haushaltshilfe – mit der Marian als Frauenheld natürlich eine Affäre hat – denunziert wird, gab es nicht. Zum Ende hin verkommt der Film sogar immer mehr zur Groteske. Höhepunkt der Absurdität und deutlich jenseits der Grenze zur Geschmacklosigkeit angesiedelt, ist dabei zweifelsohne folgende Szene: Goebbels betätigt sich als Kuppler und



Oskar ROEHLER (Jahrgang 1959).



Ferdinand Marian, eigentlich Ferdinand HASCHKOWETZ (1902– 1946).

Ferdinand Marians >jüdische Frau«

sorgt während eines Fliegerangriffs auf Berlin dafür, daß MARIAN mit der Frau eines KZ-Kommandanten (Gudrun LANDGREBE) im Hotel auf ein Zimmer verschwinden kann. Dort vollziehen beide den Geschlechtsakt am offenen Fenster vor der bizarren Kulisse der Bombardierung. Doch damit nicht genug, denn während sie dem Höhepunkt ihrer Lust entgegenstrebt, schreit die Sexgespielin des Mimen wie besessen: »Mach's mir, Jude!« Unterdessen feiern Goebbels und seine Getreuen im Luftschutzkeller des Hotels weiter, für reichlich Schnaps ist gesorgt.

Auch die knappe Darstellung der letzten Monate Marians nach 1945 wirkt geradezu surreal. In Bayern, wo Marian nach dem Krieg tatsächlich lebt, feiert die einheimische Bevölkerung mit den amerikanischen Befreierne Marian ist dem Suff verfallen, seine neue Freundin bandelt mit einem US-Offizier an. Am Rande der Feier hocken entlassene KZ-Häftlinge, darunter auch der im Film von Marian einst versteckte jüdische Schauspielkollege Deutscher. Nur durch das beherzte Eingreifen des erwähnten US-Offiziers kann letztlich verhindert werden, daß die ehemaligen KZ-Häftlinge Marian zu Tode prügeln. Der setzt sich hingegen volltrunken ins Auto und fährt absichtlich gegen einen Baum. Ob Marian tatsächlich Selbstmord begangen hat, ist allerdings fraglich. Nach seinem tödlichen Unfall im Jahre 1946 kamen entsprechende Gerüchte zwar auf, konnten allerdings nie bewiesen werden.

Man kann solche Überzeichnungen und Verfälschungen natürlich als Ausdruck der künstlerischen Freiheit ansehen. Da sich der Film ansonsten jedoch sehr stark an die tatsächlichen Geschehnisse anlehnt, besteht die Gefahr, daß eine derart freie Interpretation schnell zur Legendenbildung beiträgt.

Thorsten Thomsen

Szene aus Oskar ROEHLERS Spielfilm Iud Süß – Film ohne Gewissen – mit von links: Martina GE-DECK, Tobias MORETTI und Moritz BLEIBTREU. In www.moviemaze urteilt Lutz GRANERT: »Der Film. . . bietet nichts als unfreiwillig komisches Schmierentheater und springt sehr frei mit den historischen Fakten um.«



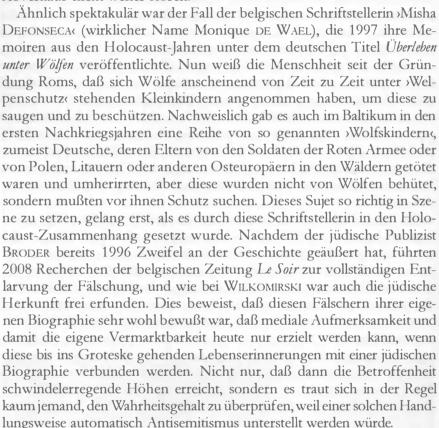
Die »Holocaust-Industrie« (Norman Finkelstein) ist seit Jahrzehnten nicht nur ein florierendes und vor allem Dauer-Geschäft jüdischer Lobby-Verbände aus den USA, Israel und Deutschland, sondern auch ein Tummelplatz für Hochstapler und Trittbrettfahrer, die mit ergaunerten, erfundenen und angemaßten KZ-Opfergeschichten oftmals über Nacht ins mediale Rampenlicht katapultiert werden (wollen). Was zunächst in den fünfziger Jahren auf leisen Sohlen, zum Beispiel in Gestalt eines überlieferten Tagebuchs eines 13jährigen jüdischen Mädchens, schüchternen Erzählungen wirklich Betroffener oder Geschädigter daherkam, wurde ab den achtziger Jahren zu einem Massenphänomen: Die Präsentation von Holocaustüberlebenden im Fernsehen, von Lager-Zeitzeugen in Schulen, Universitäten, »Projekten«, Publikationen usw. Schnell aber führte die Normalität des geschilderten, durchschnittlichen Lageralltags, der sich ähnelnden Lagererinnerungen und -schilderungen auch zu einer nachlassenden Wahrnehmung und Wirkung, vor allen Dingen in Schulen.

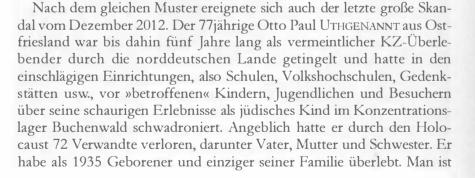
Da kam es wie gerufen, wenn sich plötzlich bis dahin völlig unbekannte Menschen als KZ- oder anderweitige ›Nazi‹-Opfer outeten, deren spektakuläre Erlebnisse das Genre und damit das vermarktbare Interesse wiederbeleben konnten. Wer erinnert sich nicht mehr an die literarisch verarbeiteten Erlebnisse des Lager- und späteren Waisenkindes Binjamin (!) WILKOMIRSKI (alias Bruno GROSJEAN, alias Bruno Dös-SEKKER) aus Auschwitz (wo auch sonst!), der auf wundersame Weise seine Erlebnisse als Dreijähriger mit geradezu photographischer Präzision gespeichert hatte. Ihm gelang es, zu den sattsam bekannten, allgegenwärtigen brutalen Menschenrechtsverletzungen noch weitere, bislang selbst in der ausufernden Holocaustliteratur unbekannte Quälereien hinzufügen zu können. Nicht nur, daß er der Erschießung seines Vaters beiwohnte und seine sterbende Mutter (zum ersten Mal!) sah, an die er vorher keine Erinnerung gehabt hatte, er war auch selbst angeblich Opfer von bestialischen Menschenversuchen. All das erschien 1995 im Jüdischen Verlag (Suhrkamp-Gruppe) und wurde in neun Sprachen übersetzt. Jahrelang war Wilkomirski der neue Star als Zeitzeuge und Experte, in Medien, vor Schulklassen, auf wissenschaftlichen Veranstaltungen und in Fernsehdokumentationen. Höhepunkt war eine Begegnung mit einer jüdischen Leidensgenossin in New York, die auch als Kleinkind Auschwitz überlebt hatte und WILKOMIRSKI aufgrund seiner anscheinend verblüffenden Ähnlichkeit mit dem dreijährigen Menschenversuchsopfer sogleich wiedererkannte, unter Tränen umarmte und ihm so zu einer



Binjamin WILKOMIRSKI. Siehe: Rolf Kosiek u. Olaf Rose (Hg.), *Der Große Wendig,* Bd. 2, Grabert, Tübingen 52012, S. 154–158.

Wiedergutmachungszahlung verhalf. Als 1998 seine Lebenserinnerungen als bodenloser Schwindel entlarvt wurden, makulierte der Jüdische Verlag, bis auf die Knochen blamiert, die Reste seiner Auflage. Im geschäftlich ruppigeren Großbritannien war man da pragmatischer. Da das Buch in vielen Läden gleich neben der Kasse lag, versah man die Exemplare einfach mit einem Aufkleber *Fiction* (Roman) und ließ sich beim Abverkauf nicht weiter stören.







Monique DE WAEL.

bei diesen Erzählungen immer wieder überrascht, wie umfangreich die Verwandtschaft in diesen Kreisen gewesen ist. Seinen leider wohl letzten großen Auftritt und bewegenden Vortrage absolvierte er mit der unvermeidlichen Kippa auf dem Kopf am 7. November 2012 im Rathaus der Kreisstadt Wildeshausen, wo ihm aus der Hand von Ingeborg JACOBY vom

dortigen Präventionsrate ein großer Blumenstrauß überreicht wurde, den UTH-GENANNT sichtlich gerührt entgegennahm. Den dort anwesenden Schülern zeigte er zwei Scheiben Brot, die angeblich seine Essensration für zwei Tage gewesen sein sollen, wobei er scheinheilig nachfragte: »Könnt Ihr Euch das vorstellen?« Er erzählte von Verfolgungen in der Reichskristallnacht, von einer Flucht der Familie nach Italien, von überfüllten Güterwaggons, in der die Familie nach

Buchenwald gebracht worden sei, von winterlichen Morgenappellen in dünnen Häftlingslumpen und was die Phantasie des weiteren an Ausgeburten der Hölle so bereithält.

Keine vier Wochen später platzte dann die Bombe. UTHGENANNTS Konzentrationslager-Biographie ist frei erfunden. Dies kam heraus, als Stutzige einen Aufsatz, den der Jude UTHGENANNT kurz vor der Jahrtausendwende geschrieben hatte und in dem behauptet wurde, die Nationalsozialisten hätten seinen Freund in die Gaskammer schicken wollen, überprüften. Leider stellte sich heraus, daß in Buchenwald keine Gaskammern existierten. Der Kustos für die Geschichte der Gedenkstätte Buchenwald, Dr. Harry Stein, stellte fest, daß es 1940 auch keine Transporte von Italien nach Buchenwald gegeben habe, daß jüdische Kinder erst ab 1944 dorthin deportiert worden seien und selbst die Schilderung der Befreiung völlig falsch dargestellt sei; auch der Neuanfang in einem Züricher Waisenhaus könne so nicht gewesen sein. Außerdem befinde sich der Name UTHGENANNT in keinem einzigen Archiv, nicht im Gedenkbuch des Bundesarchivs in Koblenz, nicht in den Aktenordnern in Buchenwald, ja nicht einmal in den Datenbanken der Gedenkstätte lad Vashem in Ierusalem.

Otto Paul war auch kein Jude, sondern evangelisch, sein Vater wurde 1940 Soldat und kam erst sieben Jahre später aus dem sowjetischen Kriegsgefangenenlager 7125/6 zurück. Seine Mutter starb 16 Jahre nach Kriegsende in Göttingen, und seine Schwester lebt heute noch kreuzfidel in Süddeutschland. Und da das Netz bekanntlich nichts vergißt, förderten weitere Nachforschungen noch mehr Unerquickliches zutage.

Im Mittelpunkt: Otto
UTHGENANNT (mit
Kippa auf dem Kopf)
bekommt nach einem bewegenden
Vortrag am 7. November 2012 im
Wildeshauser Rathaus Blumen von
Ingeborg Jacoby (Präventionsrat).

»Das Provinzblatt *The Spokesman-Review* schrieb am 17. Mai 1989, daß in Coeur d'Alene (Idaho) Polizisten nach einer Verkehrskontrolle einen 53jährigen Mann aus der BRD festgenommen hätten, der viele gefälschte Dokumente bei sich gehabt habe. Es sei ein international gesuchter Betrüger und Scheckfälscher gewesen. Dieser Mensch habe eine zumfangreiche kriminelle Vergangenheit, die bis zu seinen Teenager-Jahren zurückreicht. Diesen Typen verfrachteten die Cops daraufhin ins nahegelegene Kootenai County-Gefängnis. Der Name des Kriminellen lautete: Otto Ernst Uthgenannt.«¹

¹ E. Schemm, »KZ-Schwindler Uthgenannt aufgeflogen«, in: *Die Aula*, Januar 2013, S. 34.

Der eigentliche Skandal ist der Umgang, den die Getäuschten nun mit dem Lügner und Trittbrettfahrer pflegen. Der Buchenwald-Kustos, der das Lügengebäude vollständig zum Einsturz brachte, sagte in bezug auf Konsequenzen, sie »sind da sehr tolerant«. Und, zur Verdeutlichung: »Erinnerungen von Zeitzeugen sind nicht immer identisch mit dem, was wir erforscht haben« – als ob eine Erinnerungslücke oder eine Ungenauigkeit der Darstellung nach 60 Jahren vergleichbar wären mit einer Totalfälschung der eigenen Geschichte. Auch hier die Parallele zu WILKOMIR-ski. Keine Überprüfung der zahlreichen »Vortragskünstler« in Sachen Holocaust, sondern allgemeine akademische Debatten über das literarische Genre der Autobiographie, zur Geschichtsschreibung der Shoah und zu deren vergangenheitspolitischem Status, zur Absicherung der mündlichen Überlieferung, zur Gedächtnistheorie, zur Traumatheorie, zum therapeutischen Umgang mit Erinnerungen und ähnlichem. Alles, nur keine Strafanzeige.

Der Lügenbold selbst räumte ein, seine Erlebnisse in Buchenwald träfen »so nicht ganz zu«. Er habe wohl »eine gute Phantasie« und sei ein »guter Schwindler«. Dem in Wittmund erscheinenden Anzeiger für Harlingerland erwiderte er auf die Vorwürfe: »Dann entschuldige ich mich. Ich bin 77 Jahre alt, ich habe es ja nur gut gemeint.« Außerdem – und das ist wohl das einzige, was dieser Mann an Glaubwürdigem in den letzten Jahren geäußert hat - habe er sich den Schulen nie aufgedrängt: »Die haben mich doch immer gefragt.«2 Das wiederum wird den Tatsachen entsprechen, denn wer den zeitgeschichtlichen und politischen Anpassungsdruck in Schulen und Volkshochschulen kennt, der weiß, das auf 100 eingeladene Holocaust-Opfer – wenn überhaupt – ein deutscher Vertriebener oder ein deutscher Wehrmachtsoldat kommt, der in jahrelanger Gefangenschaft leben mußte. Und wer die Kommentarspalten der Zeitungen liest, die auf solche Enthüllungen folgen, wird verwundert sein, nur zu 50 Prozent wütende Einträge zu lesen, die andere Hälfte bedauert an einer solchen Geschichtsfälschung lediglich, daß ihr Bekanntwerden dazu führen könnte, daß die Deutschen weiterhin ihre Geschichte verleugneten oder verdrängten.

² Zit. nach: Karsten KROGMANN. »Falscher KZ-Häftling räumt Fehler ein«, in: Ostfriesen-Zeitung vom 14. 12. 2012. Als sei die Errichtung eines hermeneutisch in sich abgeschlossenen und immer weiter ausgeschmückten Lügengebäudes eine kleine Nachlässigkeit.

Verschweigt Fischer Molli-Wurf?

Josef (¿Joschka) Fischer stieg schnell ohne Schulabschluß und ohne Studium vom Steinewerfer in Frankfurts Westen über den Status eines Landtagsabgeordneten und Bundestagsangehörigen der Grünen zum Außenminister und Vizekanzler der Bundesrepublik Deutschland auf. Seine Gesetzesverstöße in den siebziger Jahren als Führer der gewalttätigen linksradikalen ¿Putzgruppe« in Frankfurt schadeten ihm bei seinem Fortkommen nicht. Dabei stritt er immer ab, jemals Molotow-Cocktails auf Polizisten geworfen oder dazu aufgerufen zu haben.

Doch in diesem Punkt hat er anscheinend die Öffentlichkeit und den Bundestag belogen, vor dem er am 17. Januar 2001 in einer aktuellen Stunde versichert hatte: »Ich habe niemals Molotow-Cocktails geworfen, und ich habe auch nicht dazu aufgerufen, Molotow-Cocktails zu werfen.« Das scheint nach einer Meldung von *spiegel-online* am 4. April 2013 nicht zu stimmen.¹ Die betreffenden Tatsachen sollen entgegen Fischers Aussagen und Versicherungen die folgenden sein.

Am 10. Mai 1976 zogen rund 1000 linksradikale Demonstranten in: *spiegel-online*, 4. 4. durch Frankfurt, die daran erinnern wollten, daß am Vortage die RAF- 2013.

Terroristin Ulrike MEINHOF in ihrer Zelle in Stammheim erhängt aufgefunden worden war. Als der Zug den Roßmarkt in der Stadtmitte erreicht hatte, drehten sich plötzlich rund 40 Demonstranten um und schleuderten mitgebrachte Molotow-Cocktails auf das hinter dem Zug herfahrende Polizei-Auto. Der Fahrer des Wagens, ein 23jähriger Polizeiobermeister, konnte sich nicht rechtzeitig aus dem brennenden Auto retten und erlitt schwere Verbrennungen. 60 Prozent seiner Haut waren verbrannt, aber dank der Kunst der Ärzte kam er durch. FISCHER hat immer bestritten, an diesem Vorgang beteiligt gewesen zu sein oder dazu aufgerufen zu haben. Schon am 4. Januar 2001 erklärte er auf die unmißverständliche Frage des Sterns: »Sie haben sich in der Szene des Straßenkämpfer auch nicht dafür eingesetzt, Molotow-Cocktails zu werfen?« mit der Versicherung:

¹ Jan Fleischhauer, »Anschlag auf Polizisten 1976: Was verschweigt Joschka Fischer?« in: *spiegel-online*, 4. 4. 2013.



Joschka Fischer bei einer Demo 1974.

Verschweigt Fischer Molli-Wurf?

»Nein, diese Aktionen sind spontan geschehen.« Und auf die weitere Frage: »Können sie denn ausschließen, daß Sie für Molotow-Cocktails waren?« erklärte er im *Spiegel* vom 8. Januar 2001 nochmals: »Das hat nicht meiner Haltung und Überzeugung entsprochen. Insoweit kann ich das ausschließen.«



Joseph Martin, genannt Joschka, Fischer. Mit 65 Jahren ist er ganz oben. Holt ihn, den Jetzt-Unternehmer, seine Revoluzzer-Vergangenheit wieder ein? Vorerst schweigt er. (Foto DPA; Bild im Bild: Fischer 1974) Fast 40 Jahren nach der damaligen Tat hat nun der Stern-Autor Arno Luik eine Person gefunden, die bezeugt, was viele schon vorher geahnt haben: daß Fischer eben doch eine zentrale Rolle bei den Vorbereitungen zu diesem oben genannten Tag gespielt hat. Der Zeuge ist Michael Schwelien, und er hat jahrelang als Reporter für die Zeit gearbeitet, dürfte also den Unterschied zwischen

Dichtung und Wahrheit kennen und sich der Bedeutung seiner Aussage bewußt sein. Am Abend des 9. Mai 1976 habe man im Bockenheim-Zentrum im Frankfurter Norden sich getroffen, um die Vorbereitungen für den folgenden Tag zu besprechen. Die Stimmung sei aufgeladen gewesen, und Fischer habe als eine Art Versammlungsleiter vorne gestanden. Nachdem schon 1998 einer der damals Beteiligten zu Protokoll gegeben hatte, daß Fischer im Gegensatz zu seiner eigenen Darstellung des Geschehens keinesfalls von der Anwendung der Brandbomben abgeraten habe, wurde der neue Zeuge dazu deutlicher. »Wehrt euch, nehmt die Mollis«, habe der Stimmung nach geherrscht. Fischer habe »die Leute regelrecht ermuntert, er hat die Stimmung aufgeheizt«. Es sei bei dieser Versammlung auch ganz offen diskutiert worden, »wie man das am besten mit den Mollis macht: ›Flasche mit Benzin füllen, Tuch rein, anzünden, warten, dann schmeißen«. So einen Abend vergißt man nicht! Das kann man nicht vergessen!«

Auf neuerliche Anfragen des Sterns zu seiner Rolle an diesen Tagen hat Fischer bezeichnender Weise bisher nicht geantwortet.

Jetzt hat damit einer der 68er, die die Vätergeneration zur Bewältigung der Vergangenheit aufforderten, seine eigene Vergangenheitsbewältigung vorzunehmen. Man darf auf das Ergebnis gespannt sein.

Rolf Kosiek

Einwanderung früh erkannt, keine Abhilfe

In den letzten Jahrzehnten sind Millionen Ausländer nach Deutschland eingewandert. Sie stellen heute mit mehr als 15 Millionen »Personen mit Migrationshintergrund« das schwierigste Problem für die deutsche Zukunft dar. Schon vor zwanzig Jahren wurde entschuldigend vorgebracht, daß dieses Problem und seine Folgen leider von niemandem erwartet und von allen übersehen worden seien, so etwa von Eckhard Fuhr 1993.¹

Doch das ist falsch. Richtig ist, daß seit Beginn der Masseneinwanderung Ende der sechziger Jahre genügend Mahner auftraten, auch Fachleute aus dem Bereich der Bevölkerungspolitik. Darauf wies unter anderen schon 1993 Klaus P. Lücke, Eschborn, in einem Leserbrief in der *EAZ* hin.²

Bereits im Bundestagswahlkampf 1969, als erst rund 1 Million Fremder eingewandert war, wurde von rechter Seite die starke Zunahme der Zahl der Ausländer in der Bundesrepublik scharf kritisiert und auf die Folgen hingewiesen. Der Arbeitskreis Südweste veranstaltete ein Seminar 1970 in Göppingen über die drohende Bevölkerungskatastrophe. Weitere Tagungen mit Bevölkerungswissenschaftlern wie dem Düsseldorfer Prof. Heinrich Schade folgten. Dieser veröffentlichte 1974 sein Buch Völkerflut und Völkerschwund³ und wies in Vorträgen immer wieder auf die Bedrohung des deutschen Volkes durch Geburtenschwund und Überfremdung hin. Die Gesellschaft für Freie Publizistik widmete im Jahre 1980 ihren Jahreskongreß der bedrohten »Zukunft des deutschen Volkes«.⁴ Bis Juni 1972 war die Zahl der Ausländer unter der linken Regierung Brandt bereits auf 2,32 Millionen gewachsen - ohne Familienangehörige.⁵ Im selben Jahr forderte der türkische Staatspräsident für die vielen illegal nach Deutschland Gekommenen eine Legalisierung, dem Bund und Länder durch ›Duldungserklärungen« praktisch nachkamen. Man erklärte zwar zur Beruhigung der Wähler, die Bundesrepublik sei kein Einwanderungsland, tat aber nichts gegen den steigenden Ansturm aus dem Ausland. Seit 1978 erhielten Ausländer nach fünf Jahren Aufenthalt in Deutschland eine zeitlich unbegrenzte Aufenthaltsgenehmigung. Am 17. Juni 1981 veröffentlichten einige Wissenschaftler das »Heidelberger Manifest«, das auf dem Hintergrund des deutschen Geburtendefizits auf die Gefahren durch zu starke Einwanderung hinwies, das aber nicht nur nicht beachtet, sondern als rechtsextrem diffamiert wurde. 1984 brachte SCHADE die Schrift Deutschland ohne Deutsche⁶ heraus. Als der Soziologe Robert HEPP aus Vechta 1988 sein Buch Die Endlösung der deutschen Frage⁷ mit den Voraussagen der drohenden Bevölkerungsentwicklung veröffentlichte, wurde er gar disziplinarisch von ¹ Eckhardt Fuhr, »Die übersehene Einwanderung«, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 9. 6. 1993.

² Klaus P. LÜCKE, »Einwanderung schon 1969 Wahlkampfthema«, Leserbrief in Frankfurter Allgemeine Zeitung, 19. 6. 1993.

³ Heinrich Schade, Völkerflut und Völkerschwund, Vowinckel, Neckargemünd 1974.

⁴ Ders., in: Kongreßbroschüre der Gesellschaft für Freie Publizistik, Die Zukunft des deutschen Volkes, Coburg 1980, S. 41–56 u. 116– 124.

⁵ Frankfurter Allgemeine Zeitung, 7. 7. 1972.

⁶ Heinrich SCHADE, Deutschland ohne Deutsche, Grabert, Tübingen 1984.

Einwanderung früh erkannt, keine Abhilfe

⁷ Robert HEPP, Die Endlösung der deutschen Frage. Grundlinien einer politischen Demographie der Bundesrepublik Deutschland, Hohenrain, Tübingen 1988, auch: ders., »Volkstod - ein deutsches Schicksal«, in: Kongreßbroschüre der Gesellschaft für Freie Publizistiko, Mut zur geistigen Wende, Coburg 1984, S. 51-71.

9. 1999.

9 Frankfurter Allgemeine Zeitung, 23. 8. 2000.

seiner Universität Osnabrück behandelt und hätte beinahe seine Stellung verloren. Die politische Korrektheit verbat schon die Nennung des Begriffes Bevölkerungspolitik, und alle Medien hielten sich daran. Aus ›Fremdarbeitern‹ wurden allmählich ›Gastarbeiter‹ und dann ›Mitbürger‹.

Die ab 1982 amtierende konservative Regierung Koill wiederholte zwar anfangs zur Beruhigung die Versicherung, daß die Bundesrepublik Deutschland kein Einwanderungsland sei und nicht ein solches werden solle. Sie handelte aber gegenteilig, so daß sich in diesen Jahren unter Bundeskanzler Helmut Kohl die Zahl der Ausländer – auch durch weiteren Familiennachzug - in Westdeutschland verdoppelte. Zu den Fremdarbeitern kamen dann Hunderttausende von Asylsuchenden aus aller Welt, die in den weit überwiegenden Fällen junge Wirtschaftsflüchtlinge waren und dennoch unter Mißbrauch des Asylrechtes bleiben durften. Dem Vorschlag des Landes Baden-Württemberg von 1984, den Nachzug der Familien – wenigstens für Nicht-EU-Ausländer – zu stoppen, wurde nicht nach-8 Welt am Sonntag, 26. gegeben. Die rot-grüne Koalition unter Gerhard Schröder weichte dann noch das Staatsangehörigkeitsgesetz auf, so daß Millionen Ausländer Deutsche werden konnten, insbesondere alle hier Geborenen. 1998 erhielten 926 000 Ausländer für ihre 1,7 Millionen Kinder rund 5,1 Milliarden DM Kindergeld.8

> Wohl als erster Politiker der Berliner Parteien forderte am 22. August 2000 der CSU-MdB Sing-HAMMER eine »aktive Bevölkerungspolitik« als Ausdruck der »Verantwortung für die künftige Generation«.9 Erst danach begann – viel zu spät – die öffentliche Diskussion über das sterbende deutsche Volk, die meist unter der Verharmlosung idemographischer Wandele geführt wurde.

> Kein Politiker kann sich also damit herausreden, er habe das Problem nicht gesehen oder sei nicht ausdrücklich auf die Folgen hingewiesen worden.

> > Rolf Kosiek



Die Wellritzstraße in Wiesbaden, in der 25 Nationen nebeneinander (oder gegeneinander) leben - an der Grenze zwischen Ghetto und Schmelztiegel. (Foto: B. BOSTESMANN) Unabhängig davon, daß in Berlin noch keine durchgreifende Bevölkerungspolitik mit dem Ziel der Erhaltung des deutschen Volkes betrieben wird, steht fest: Wer die Völker abschafft, sie vermischt oder anderweitig auflöst, vergeht sich an den Grundeinheiten des Lebens.

Die Ausländerfrage ist seit Jahrzehnten das schwierigste und folgenschwerste Problem der Deutschen. Obwohl schon vor Jahrzehnten ernsthafte Mahner auftraten und die Folgen des Geburtendefizits aufwiesen, haben die Bundesregierungen sich lange vor jeder Diskussion der Überfremdung gedrückt. Es ist nicht wahr, daß die politisch Verantwortlichen nicht informiert gewesen wären. Fachleute haben bereits seit den sechziger Jahren immer wieder vor den Folgen gewarnt. Einige Stimmen seien chronologisch aufgeführt.

Bundeskanzler Ludwig Erhard in Regierungserklärung 1965:

»Die Heranziehung von noch mehr ausländischen Arbeitskräften stößt auf Grenzen. Nicht zuletzt führt sie zu weiteren Kostensteigerungen und zusätzlicher Belastung unserer Zahlungsbilanz.«

Bundeskanzler Willy Brandt in Regierungserklärung 1973:

»Es ist aber notwendig geworden, daß wir sorgsam überlegen, wo die Aufnahmefähigkeit unserer Gesellschaft erschöpft ist und wo soziale Vernunft und Verantwortung Halt gebieten.«

Der Düsseldorfer Bevölkerungswissenschaftler Prof. Dr. Heinrich Schade in: Völkerflut und Völkerschwund, 1974, S. 108:

»In dem deutschsprachigen Raum, besonders in der Bundesrepublik, vollzieht sich erstmalig in der neueren Geschichte eine einmalige Veränderung des generativen Verhaltens. Es zeigt sich erstmalig ein Geburtenunterschuß von etwa 2% in ihrer deutschen Bevölkerung. Nach amtlichen Meinungsäußerungen soll dies bis zum Jahre 2000 ohne Bedeutung sein, da das Defizit durch Einwanderung und Ausländergeburten auszugleichen sei. . Bevölkerungspolitik darf demgegenüber nicht kurzfristig unter wechselnden ökonomischen Gesichtspunkten betrieben werden; sie muß sich weit vorausschauend auf Generationen erstrecken.«

Und in »Zeit zur Umkehr!« in die Zukunft des deutschen Volkes, 1980, S. 116:

»Schon seit vielen Jahren habe ich vor dem drohenden und heute bereits ganz sicheren Bevölkerungsrückgang der Deutschen gewarnt. Demgegenüber haben die offiziellen Bevölkerungswissenschaftler dauernd und nachdrücklich Beschwichtigungsversuche verlauten lassen.«



Ludwig ERHARD.



Willy BRANDT.

Bundeskanzler Helmut Schmidt vor dem Kabinett 1975: »Beim Zuzug von Gastarbeiterangehörigen ist die zulässige Grenze inzwischen erreicht und in manchen Fällen schon überschritten.«

Acht Professoren im »Heidelberger Manifest« vom 17. Juni 1981: »Mit großer Sorge beobachten wir die Unterwanderung des deutschen Volkes durch Zuzug von vielen Millionen von Ausländern und ihren Familien, die Überfremdung unserer Sprache, unserer Kultur und unseres Volkstums. . . Allein lebensvolle und intakte deutsche Familien können unser Volk für die Zukunft erhalten. Nur eigene Kinder sind die alleinige Grundlage der deutschen und europäischen Zukunft.«



Irenäus Eibl-Eibesfeldt.

Prof. Irenäus Eibl.-Eibesfeldt in: Lutherische Monatsefte, Nr. 1, 1981, S. 35: Das Ausländerproblem sei auch eine biologische Frage, und es gehe hier um eine echte »Landnahme« durch die Fremden.

Der ehemalige Berliner Staatssekretär und Staatsrechtler Dr. Manfred UHLITZ in: H. FISCHER, Aspekte der Souveränität, 1987:

»Es kann nicht angehen, daß wegen Vorbereitung eines hochverräterischen Unternehmens bestraft wird, wer die Staatsform der BRD abändern will, während der, der das deutsche Staatsvolk abschaffen und durch eine multikulturelle Gesellschaft ersetzen und auf deutschem Boden einen Vielvölkerstaat etablieren will, straffrei bleibt. Das eine ist korrigierbar, das andere nicht – und daher viel verwerflicher und strafwürdiger. Diese Rechtslage wird auch der Generalbundesanwalt nicht auf die Dauer ignorieren können.«

Der Freiburger Ordinarius für Politik, Prof. Dr. Dieter Oberndörfer (CDU), sprach sich »für eine Einwanderung von weiteren 15 Millionen Ausländern in die Bundesrepublik« aus. (Zitiert in: *National-Zeitung*, 20. 12. 1991)

Handelsblatt, 22. 12. 1993:

»Die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) stellt in einem Positionspapier zum Abbau der Arbeitslosigkeit fest, daß eine wesentliche Ursache für die hohe Arbeitslosigkeit die starke Zunahme des Arbeitskräfteangebots sei. . . Doch werde der Arbeitsmarkt von dieser Migrantenbewegung neuen Stils zunehmend überfordert. Die Wünsche, in Deutschland arbeiten zu wollen, ließen sich bei weitem nicht mehr realisieren. Erforderlich seien nunmehr klare Regeln darüber, wer nach Deutschland kommen und unter welchen Bedingungen und für wie lange er sich hier aufhalten könne. Die BDA: ›Der Zugang zum deutschen Arbeitsmarkt muß konsequenter als bisher unter den Vorbehalt des Anwerbestopps gestellt werden.««

Der Direktor des Instituts für Migrationsforschung und Interkulturelle Studien (IMIS), Osnabrück, Prof. Dr. Klaus J. BADE, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 28. 12. 1993:

»Aus Angst vor weiteren ausländerfeindlichen und überhaupt fremdenfeindlichen Ausschreitungen werden heute gegen das Thema Einwanderung politische Maulkörbe verteilt und Schweigegebote verordnet nach dem Motto: Wer über Einwanderung redet, darf sich über neue Ausländerfeindlichkeit nicht wundern. Damit hat sich Politik in der eigenen Falle gefangen, denn dies ist eine komplette Verkehrung von Ursache und Folgen. Die Exzesse auf den Straßen sind auch die Antwort auf das gefährliche Schweigen einer Politik ohne Konzepte. . . Es gilt, die gefährlichen politischen Schweigegebote in Sachen Einwanderung zu durchbrechen, die selbstverordneten politischen Maulkörbe an den Nagel zu hängen und die Vogel-Strauß-Politik in Einwanderungsfragen aufzugeben.«



Klaus J. BADE.

Der Wirtschaftswissenschaftler Prof. Dr. Meinhard MIEGEL in: Das Manifest der 60, 1994:

»Wollte die Bevölkerung ihre gegenwärtige Altersstruktur aufrechterhalten, müßte sie bis 2030 auf 100 Millionen anwachsen. Ein solches Bevölkerungswachstum erscheint wenig sinnvoll.«

Prof. Irenäus EIBL-EIBESFELDT in: Wider die Mißtrauensgesellschaft, ³1997: »Gestattet ein Volk anderen den Aufbau von Minoritäten im eigenen Lande, dann tritt es praktisch Land ab und belastet sich innerhalb der eigenen Grenzen mit zwischenethnischer Konkurrenz. . . Als meinungsformender Politiker oder Publizist den Angehörigen des eigenen Volkes einzureden, es komme nicht auf das Überleben in eigenen Nachkommen an, erscheint mir unverantwortlich, da es nach meinem Dafürhalten dem Versuch einer Überredung zum Ethnosuizid gleichkommt.«



Und in: Der Spiegel, 26. 8. 1997:

»Wir dürfen nicht mehr so zaghaft sein bei ertappten ausländischen Straftätern. Wer unser Gastrecht mißbraucht, für die gilt nur eins: raus und zwar schnell.«

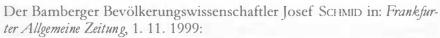
»Die Baby-Lücke« in Der Spiegel, 30. 8. 1999:

»Nur ein wahrer und dauerhafter Kindersegen könnte den Bevölkerungsstand stabilisieren.«



Meinhard MIEGEL.





»Würde man die Alterung der deutschen Bevölkerung mit Einwanderung aufhalten wollen, dann erforderte das bis zu einer Million jüngerer Menschen jährlich. Ein solcher Vorgang wäre weder zu administrieren noch zu finanzieren, geschweige denn kulturell zu integrieren.«

Der Bielefelder Bevölkerungswissenschaftler Herwig Birg in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 4. 4. 2000:

»Deutschland müßte bis 2050 netto zusätzlich 188 Millionen Einwanderer aufnehmen, wenn man den unvermeidlichen Anstieg des zahlenmäßigen Verhältnisses zwischen den über 65 Jahre Alten und den 15 bis 64 Jahre Alten durch die Einwanderung Jüngerer verhindern wollte.« Das sei aber »eine irrwitzige Vorstellung«. »Weil das auf die Dauer nicht funktioniert, gibt es keinen Demographen, der eine Einwanderungspolitik zur Kompensation des Geburtendefizits empfiehlt.«



Altbundeskanzler Helmut Schmidt im November 2004 (zit. in: *National-Zeitung*, 3. 12. 2004):

»Es war ein Fehler, daß wir zu Beginn der 60er Jahre Gastarbeiter aus fremden Kulturen ins Land holten. . . Mit einer demokratischen Gesellschaft ist das Konzept von Multikulti schwer vereinbar. . . Ich bin dagegen, für die inzwischen beinahe 70 Millionen Türken Freizügigkeit nach Europa herzustellen. . . Die Menschen werden kommen und bei der deutschen Sozialfürsorge um eine Wohnung nachzusuchen, um einen Fernseher und ein Telefon. Das können wir hier in Hamburg doch alles studieren.«



Thilo SARRAZIN in: Deutschland schafft sich ab, 2010, S. 391:

»An dieser Stelle mache ich zwei Setzungen:

1. Jeder Staat hat das Recht, darüber zu entscheiden, wer in das Staatsgebiet zuziehen darf und wer nicht.

2. Die westlichen und europäischen Werte und die jeweilige kulturelle Eigenart der Völker sind es wert, bewahrt zu werden.«

Und auf S. 392:

Von oben: Josef Schmid, Herwig Birg und Thilo Sarrazin.

»Ich möchte aber, daß meine Nachfahren in 50 oder in 100 Jahren noch in einem Deutschland leben, in dem die Verkehrssprache Deutsch ist und die Menschen sich als Deutsche fühlen.«

Der Direktor des Berlin-Instituts für Bevölkerung und Entwicklung, Prof. Dr. Reiner Klingholz, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 28. 4. 2012: »Seit 40 Jahren ist absehbar, wohin die Reise geht. . . Seit Mitte der 60er

hat sich die Zahl der jährlich Neugeborenen in Deutschland mehr als halbiert. . . Das Problem ist, daß die Bundesregierung über die Realität im Lande und die Sackgassenpolitik der Vergangenheit offenbar nicht reden will, weil sie fürchtet, daß Ehrlichkeit vom Wähler bestraft wird.«

Rolf Kosiek

Text des Heidelberger Manifests vom 17. 6. 1981

»Mit großer Sorge betrachten wir die Unterwanderung des deutschen Volkes durch Zuzug von Millionen von Ausländern und ihren Familien, die Überfremdung unserer Sprache, unserer Kultur und unseres Volkstums. Allein im Jahre 1980 hat die Zahl der gemeldeten Ausländertrotz Anwerbestop um 309 000 zugenommen, davon 194 000 Türken. Gegenüber der zur Erhaltung unseres Volkes notwendigen Zahl von Kindern werden jetzt jährlich kaum mehr die Hälfte geboren. Bereits jetzt sind viele Deutsche in ihren Wohnbezirken und an ihren Arbeitsstätten Fremdlinge in ihrer eigenen Heimat.

Der Zuzug der Ausländer wurde von der Bundesregierung aus Gründen des heute als fragwürdig erkannten hemmungslosen Wirtschaftswachstums gefördert. Die deutsche Bevölkerung wurde bisher über die Bedeutung und Folgen nicht aufgeklärt. Sie wurde auch nicht darüber befragt. Deshalb rufen wir zur Gründung eines parteipolitischen und ideologisch unabhängigen Bundes auf, dessen Aufgabe die Erhaltung des deutschen Volkes und seiner geistigen Identität auf der Grundlage unseres christlich- abendländischen Erbes ist. Auf dem Boden des Grundgesetzes stehend, wenden wir uns gegen ideologischen Nationalismus, gegen Rassismus und gegen jeden Rechts- und Linksextremismus.

Völker sind (biologisch und kybernetisch) lebende Systeme höherer Ordnung von voneinander verschiedenen Systemeigenschaften, die genetisch und durch Tradition weitergegeben werden. Die Integration großer Massen nichtdeutscher Ausländer ist daher bei gleichzeitiger Erhaltung unseres Volkes nicht möglich und führt zu den bekannten ethnischen Katastrophen multikultureller Gesellschaften. Jedes Volk, auch das deutsche Volk hat ein Naturrecht auf Erhaltung seiner Identität und Eigenart in seinem Wohngebiet. Die Achtung vor anderen Völkern gebietet ihre Erhaltung, nicht aber ihre Einschmelzung (Germanisierung). Europa verstehen wir als einen Organismus aus erhaltenswerten Völkern und Nationen auf der Grundlage der ihnen gemeinsamen Geschichte. Jede Nation ist die einmalige Facette eines göttlichen Plans (SOLSCHENIZYN). Die Vielvölkernation Schweiz hat am 5. 4. 81 mit ihrer in freier Abstimmung der Wähler erzielten Entscheidung ein Modell dieses Europas gegeben.

Das Grundgesetz der Bundesrepublik geht nicht aus vom Begriff ›Nation‹ als der Summe aller Völker innerhalb eines Staates. Es geht vielmehr aus vom Begriff ›Volk‹, und zwar vom deutschen Volk. Der Bundespräsident und die Mitglieder der Bundesregierung leisten den Amtseid: Ich schwöre, daß ich meine Kraft dem Wohle des deutschen Volkes widmen, seinen Nutzen mehren, Scha-

den von ihm abwenden werde. Somit verpflichtet das Grundgesetz zur Erhaltung des deutschen Volkes. Die Präambel des Grundgesetzes verpflichtet auf das Ziel der Wiedervereinigung. Wie soll diese möglich bleiben, wenn sich die Teilgebiete ethnisch fremd werden? Die jetzt praktizierte Ausländerpolitik, welche die Entwicklung zu einer multirassischen Gesellschaft fördert, widerspricht dem Grundgesetz, das alle Deutschen der Bundesrepublik zur Bewahrung und Verteidigung der Lebensrechte unseres Volkes verpflichtet.

Welche Zukunftshoffnung verbleibt den Hunderttausenden von Kindern, die heute sowohl in ihrer Muttersprache, wie in der deutschen Sprache Analphabeten sind? Welche Zukunftshoffnungen haben unsere eigenen Kinder, die in Klassen mit überwiegend Ausländern ausgebildet werden? Werden sich die Abermilliarden für die Verteidigung unseres Landes am Ende einer solchen Entwicklung lohnen? Allein lebensvolle und intakte deutsche Familien können unser Volk für die Zukunft erhalten. Nur eigene Kinder sind die alleinige Grundlage der deutschen und europäischen Zukunft.

Da die technische Entwicklung Möglichkeiten bietet und in steigendem Ausmaß bieten wird, alle Ausländerbeschäftigung überflüssig zu machen, muß es oberster Grundsatz zur Steuerung der Wirtschaft sein: nicht die Menschen zu den Maschinen zu bringen, sondern die Maschinen zu den Menschen. Das Übel an der Wurzel zu packen heißt, durch gezielte Entwicklungshilfe die Lebensbedingungen der Gastarbeiter in ihren Heimatländern zu verbessern – und nicht hier bei uns.

Die Rückkehr in ihre angestammte Heimat wird für die Bundesrepublik als eines der am dichtesten besiedelten Länder der Welt nicht nur gesellschaftliche, sondern auch ökologische Entlastung bringen.

Um weiteren Widerhall in der Öffentlichkeit zu erreichen, fordern wir alle Verbände, Vereinigungen, Bürgerinitiativen usw. auf, die sich die Erhaltung unseres Volkes, seiner Sprache, Kultur uns Lebensweise widmen, einen Dachverband zu gründen, der kooperative wie individuelle Mitgliedschaften ermöglicht. Jeder Verband soll dabei seine volle Selbständigkeit und Eigenständigkeit behalten. Über die Aufgaben dieses Bundes soll, auch zur Wahrung seiner parteipolitischen und ideologischen Unabhängigkeit, ein wissenschaftlicher Beirat wachen. Eine Pressestelle soll die Öffentlichkeitsarbeit übernehmen. Wir bitten um Ihre Zustimmung zu diesem Grundsatzprogramm und um Unterzeichnung dieses Manifestes.

Für den Heidelberger Kreis:

Prof. Dr. phil. W. Haverbeck; Prof. Dr. rer. nat. J. Illies; Prof. Dr. theol. P. Manns; Prof. Dr. Dr. Th. Oberländer; Bundesminister a.D.; Prof. Dr. jur. H. Rasch; Prof. Dr. F. H. Riedl.; Prof. Dr. med. H. Schade; Prof. Dr. rer. nat. Th. Schmidt-Kaler; Prof. Dr. rer. nat. H. Schröcke; Prof. Dr. phil. F. Siebert; Prof. Dr. G. Stadtmüller.

Türkisches Recht in deutscher Sozialversicherung

Anfang der sechziger Jahre des vorigen Jahrhunderts kamen die ersten türkischen Fremdarbeiter in die Bundesrepublik. Im Gegensatz zu den Italienern und Spaniern, die auf Einladung der Deutschen in der Bundesrepublik Arbeit fanden, wurden die türkischen Arbeiter auf Druck der türkischen Regierung in der Bundesrepublik aufgenommen. Ihnen zuliebe wurde ihnen auch in der deutschen Sozialversicherung viel mehr als den deutschen Bürgern zugestanden. Insbesondere konnte ein Fremdarbeiter für seinen ganzen Familienclan Unterstützung aus der deutschen Sozialversicherung bekommen. Das galt insbesondere für die Krankenversicherung.

In einem Brief vom 27. Mai 1988 schrieb die Deutsche Verbindungsstelle Krankenversicherung - Ausland, AOK Bundesverbande unter dem Aktenzeichen IX 1(2)nä 292.0: »Das deutsch-türkische Abkommen über Soziale Sicherheit bestimmt, daß aufgrund einer bei einer deutschen Krankenkasse bestehenden Versicherung auch die in der Türkei wohnenden Familienangehörigen des Versicherten Leistungen bei Krankheit oder Mutterschutz erhalten können. Dabei richtet sich der Kreis der anspruchsberechtigten Angehörigen nach türkischen Rechtsvorschriften. Hierzu gehören auch die Eltern des unterhaltsverpflichteten Versicherten.« Unterzeichnet wurde im Auftrag des Geschäftsführers von einem Dr. NAUMANN-DUESBERG. Nach dem zitierten Abkommen wird also türkisches Recht zugrunde gelegt, und die orientalischen Arbeiter erhalten weiter reichende finanzielle Hilfen als deutsche Beschäftigte.

Rund ein Jahrzehnt später galt das immer noch, wie aus einem Schreiben vom 19. 12. 1997, Aktenzeichen IX 1 (!) 191. 51 (616)¹, desselben Unterzeichners hervorgeht, in dem es unter anderem heißt: »Das o. g. (Deutsch-türkische Abkommen über Soziale Sicherheit) sieht u. a. vor, daß in Fällen, in denen Familienangehörige eines in der Bundesrepublik Deutschland versicherten Arbeitnehmers in der Türkei wohnen, für die grantenstadle hat Udo Bestimmung des Personenkreises der anspruchsberechtigten Familienangehörigen türkisches Recht gilt. Dieser Grundsatz ist keine Besonderheit des deutsch-türkischen Abkommens über Soziale Sicherheit. Er gilt vielmehr z. B. auch innerhalb der EG in gleichgelagerten Fällen für die Staatsangehörigen von Mitgliedsstaaten der EG. So bestimmt sich z. B. bei einem in Deutschland versicherten Franzosen für dessen in Frankreich wohnenden Familienangehörigen die Anspruchsberechtigung nach französischem Recht.

Das Deutsch-Türkische Sozialversicherungsabkommen regelt unter anderem die Erstattung der zur deutschen Rentenversicherung geleisteten Beiträge an türkische Staatsangehörige.



Schwarz, Kein Rot. Kein Gold. Armut für alle im › Lustigen Mi-Ulekotie den Umstand angeprangert, daß hierzulande legal lebende Türken Anspruch darauf haben. daß auch ihre im Ausland lebenden Angehörigen kostenlos mitversichert werden.

Türkisches Recht in deutscher Sozialversicherung

Zu den nach türkischem Recht anspruchsberechtigten Familienangehörigen gehören nach unseren Unterlagen der Ehegatte, die Kinder und

Massiver Sozialbetrug durch Türken bereits vor 20 Jahren



Abbildung aus: michaelmannheimer.info/ wp-content/uploads/ 2012/06/Sozialbetrug-durch-Muslime-4.jpg Am 10. 1. 1994 hatte die Wochenzeitschrift Focus in dem Artikel »Sozialversicherung. Über Nacht zehn Jahre älter« bereits auf die Mißstände hingewiesen. die Eltern des unterhaltsverpflichteten Versicherten, wobei z. T. noch zusätzliche Bedingen erfüllt sein müssen.«

Der Hinweis auf die Praxis in der EG, in der eine andere Rechtslage gilt, soll nur die den Türken unnötig gewährte Maßnahme annehmbarer erscheinen lassen und die deutschen Verhandlungspartner für ihre mangelnde Vertretung der deutschen Interessen entschuldigen.

Die seit Jahrzehnten zunehmende Einwanderung in die Sozialsysteme hat in Europa, besonders in Deutschland, zur Gefahr des Reißens des sozialen Netzes geführt. So wird die kapitalisti-

sche Begründung der Einwanderung, die Fremden würden uns wirtschaftlich helfen, schon durch einen Vergleich widerlegt: »Von 1971 bis 2000 ist die Zahl der Ausländer in Deutschland von 3 Millionen auf etwa 7,5 Millionen gestiegen, die Zahl der erwerbstätigen Ausländer hat sich jedoch nicht bewegt. 1973, (dem Jahr des Anwerbestopps) waren 65 Prozent der Einwanderer auf dem Arbeitsmarkt beschäftigt, ein Jahrzehnt später waren es nur noch 38 Prozent.«¹ Nach wie vor gilt für Ausländer: »In Deutschland liegt die Quote der Arbeitslosen bei über 20 Prozent. Das ist eine doppelt so hohe Arbeitslosenquote wie unter Einheimischen.«² Für Berlin gilt: »Von den Türkischstämmigen hat fast jeder Zweite keine Arbeit.«³ Die sozialistische Begründung für die Zuwanderung, die Ausländer würden in Zukunft die Rentenbeträge aufbringen, ist genau so falsch, da Ausländer im allgemeinen weniger als Deutsche und nur für kürzere Zeiten einzahlen.⁴

Rolf Kosiek

Der US-Journalist Christopher CALDWELL in: »Einwanderung in die Sozialsysteme«, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 7. 12. 2009, S. 12.

² Ebenda.

³ Ebenda.

⁴ Ebenda.

Falsche Begründungen zum Irak-Krieg

Die USA haben 2003 den Irak-Krieg begonnen. Sie haben eine Reihe von Gründen aufgeführt, warum sie hätten eingreifen müssen. Doch diese Begründungen des Angriffskrieges gegen Bagdad sind alle falsch. Im einzelnen sind es in der Hauptsache die folgenden Vorwürfe:

- 1. Der Irak würde Massenvernichtungswaffen besitzen und damit den Frieden in der Region und in der Welt gefährden. Doch ein Besitz oder das Lagern solcher Waffen konnten weder vor dem Angriff noch nach ihm erwiesen werden. Ganz offenkundig besaß Hussein keine solchen Massenvernichtungswaffen. Berichte, wonach Hussein Uran vom Niger gekauft habe, erwiesen sich als offensichtliche Fälschungen.¹
- 2. Der Irak bilde eine militärische Bedrohung für Länder wie Israel. Doch der kurze Krieg der USA gegen den Irak bewies, wie schlecht militärisch gerüstet das Land war. Es hätte gar nicht gegen einen Nachbarn Krieg führen können.
- 3. Im Irak würden Terroristen ausgebildet, die andere Länder bedrohten. Es konnten jedoch weder Verbindungen Husseins zu Terroristen nachgewiesen, noch Ausbildungslager gefunden werden. Auch wurde von geplanten Terrorabsichten Husseins nichts bekannt. Eine Verbindung des Iraks zu den Attentaten vom 11. September 2001 in New York und Washington wurde nie nachgewiesen.
- 4. Hussein sei ein Diktator, das irakische Volk müsse von ihm befreit und einer Demokratie zugeführt werden. Auch das ist kein Kriegsgrund, denn es gibt noch genügend Diktatoren auf der Welt. Gerade mit Hus-SEIN hatten die USA jahrelang zusammengearbeitet, etwa beim Krieg gegen den Iran, hatten ihn mit Waffen unterstützt und hatten ihn auch wegen seiner drakonischen Maßnahmen gegen die Kurden nicht zur Rechenschaft gezogen.

Den wirklichen Grund für den Irakkrieg gab der stellvertretende US-Verteidigungsminister Paul Wolfowitz im *The Guardian* vom 4. Juni 2003² bei einem Sicherheitstreffen in Singapur an. Gefragt, warum denn Nord-Korea als Land mit Atombomben anders behandelt werde als der Irak, Frankfurter Allgemeine erklärte er: »Der wichtigste Unterschied zwischen Nord-Korea und dem Irak besteht darin, daß wir ökonomisch gesehen im Irak ganz einfach keine andere Wahl hatten. Das Land schwimmt auf einem Meer von Öl.« Damit ließ er die Katze aus dem Sack. Der Irak wurde angegriffen, weil die USA dessen Ölvorräte kontrollieren und daran verdienen wollten.



Weltbank.

1 Konrad SCHULER, »Manchmal recht nützlich«, in: Zeitung, 20. 3. 2003 ² »Wolfowitz gesteht. Im Irak ging es ums Öl!« in: Zeit-Fragen, 10. 6.

Rolf Kosiek

2003.

US-Militärs verursachen und verheimlichen Giftgas-Verseuchung

¹ Peter De Thies, »Washington verschwieg Gas-Vergiftung«, in: *Schwäbisches Tagblatt*, 27. 9. 1996. ² Rolf Kosiek u. Olaf Rose (Hg.), *Der Große Wendig*, Grabert, Bd. 2, Tübingen ⁵2012, S. 215 f. Erst fünf Jahre nach einem Giftgas-Unglück kamen die wirklichen Ursachen für einen Unfall im Gefolge des Irak-Krieges von 1991 an die Öffentlichkeit. Bis 1996 konnte das Pentagon den Vorfall vor der Öffentlichkeit verschweigen. Dann brachten 150 Reservisten aus dem Irak-Krieg den Vorgang in die Massenmedien.¹ Ein ähnliches Verschweigen von seiten der US-Militärs zu Lasten der Giftgas-Opfer war schon nach dem deutschen Luftangriff auf den US-Senfgastransporter John Harvey am 2. Dezember 1943 im Hafen von Bari in Mittelitalien erfolgt, bei dem es zu knapp 100 Todesopfern kam.²

Kurz nach Beginn des Golf-Krieges bombardierten am 19. Januar 1991 amerikanische Kampfflugzeuge ein irakisches Waffendepot, in dem unter anderem Rüstungszubehör auch das gefährliche Nervengas Sarin ein-

gelagert war. Es kam zu einer Explosion, und ein Teil des tödlichen Gases entwich ins Freie. Sofort stellten sich bei den amerikanischen Soldaten, die in der Nähe eingesetzt waren, Krankheitssymptome wie Lähmungen, Erschöpfungen, Gliederschmerzen ein, die nicht erklärt werden

konnten. Bis zu 5000 US-Soldaten sollen in direkte Mitleidenschaft durch

diesen Vorfall gezogen worden sein.

Obwohl die leitenden US-Militärs die Wahrheit kannten, daß die wahrgenommene Explosion das tödliche Nervengas freigesetzt hatte, verschwiegen sie die Ursache dieses Golfkriegs-Syndroms, an dem heute noch Tausende von Veteranen als Teilnehmer der Operation Wüstensturm leiden und das bis heute unheilbar ist. Das Pentagon gab als offizielle Lesart an, der von vielen bemerkte Knall sei gar keine Explosion gewesen, sondern ein US-Kampfflugzeug habe die Schallmauer durchbrochen. Der Oberbefehlshaber im Irak habe direkt aus Washington den Befehl erhalten, die Lage herunterzuspielen. Die Wahrheit sollte unterdrückt werden.

Obwohl die führenden Militärs also den wahren Zusammenhang kannten, wurden die betroffenen Soldaten davon nicht informiert und nicht einer speziellen ärztlichen Behandlung unterworfen. Fünf Jahre lang wurden die kranken Soldaten nicht von dem wahren Grund ihrer Gebrechen informiert. Bei frühzeitiger Behandlung hätte die Krankheit wahrscheinlich vermieden werden können. Das gelte für etwa 80 000 Golfkriegsveteranen.

Rolf Kosiek

Ist die Bundesrepublik ein Rechtsstaat?

Die Bundesrepublik Deutschland ist nach dem Grundgesetz ein Rechtsstaat. Bis vor einiger Zeit wurde von Politikern oft darauf hingewiesen, daß sie der beste Rechtsstaat in der deutschen Geschichte sei. Doch sind solche Äußerungen seltener geworden, vielleicht, weil die Politiker inzwischen den Zynismus einer solchen Feststellung einsehen.

Denn in der Praxis ist die Bundesrepublik kein Rechtsstaat mehr. Das gilt einmal für das Sondergesetz des § 130 Strafgesetzbuch, nach dem die Meinungs- und Pressefreiheit für Äußerungen über bestimmte Vorgänge der Zeitgeschichte aufgehoben ist (»Volksverhetzung«). Das gilt aber auch für die Behandlung von Minderheiten, wie rechter Vereine und Gruppen, gegen die amtlich von Regionalbehörden aufgerufen wird. Rechten Vereinigungen werden keine Räumlichkeiten vermietet, und bei schon bestehenden Absprachen mit Wirten werden diese von lokalen Behörden unter Druck gesetzt, den Vertrag zu kündigen. Angeblich unabhängige Richter, wie der Mannheimer Richter Orlet, werden in den Ruhestand versetzt, weil sie gegen die politische Korrektheit urteilen, indem sie bei Strafverfahren gegen Rechte auch »mildernde Umstände« berücksichtigen.

Ein allgemeines Urteil über die Zustände an deutschen Gerichten fällte der ehemalige Richter Frank Fahsel aus Fellbach.¹ Er schrieb: »Ich war von 1973 bis 2004 Richter am Landgericht Stuttgart und habe in dieser Zeit ebenso unglaubliche wie unzählige, vom System organisierte Rechtsbrüche und Rechtsbeugungen erlebt, gegen die nicht anzukommen war/ist, weil sie systemkonform sind. Ich habe unzählige Richterinnen und Richter, Staatsanwältinnen und Staatsanwälte erleben müssen, die man schlicht ›kriminelk nennen kann. Sie waren/sind aber sakrosankt, weil sie per Ordre de Muft gehandelt haben oder vom System gedeckt wurden, um der Reputation willen. . . In der Justiz gegen solche Kollegen vorzugehen ist nicht möglich, denn das System schützt sich vor einem Outing selbst – durch konsequente Manipulation. Wenn ich an meinen Beruf zurückdenke (ich bin im Ruhestand), dann überkommt mich ein tiefer Ekel vor ›meinesgleichen‹«¹

Rolf Kosiek

¹ Leserbrief des Frank Fahsel, Fellbach, in: Süddeutsche Zeitung, 9. 4. 2008.

Falschmeldung: Jüdische Gräber geschändet

Am 8. November 1992 wurde von einer Besucherin des jüdischen Friedhofs in Frankfurt entdeckt, daß einige Grabsteine umgestürzt worden waren. Das wurde sofort im Rahmen der Feierlichkeiten zur Erinnerung an den 9. November 1938 groß aufgegriffen. Die Tat wurde Rechtsextremisten unterstellt. So schrieb die *Rhein-Main-Zeitung* am 9. November 1992: »Acht Gräber von Frankfurter Mitbürgern, die auf dem jüdischen Friedhof in der Römerstadt die letzte Ruhe gefunden hatten, sind in der Nacht zum Sonntag geschändet worden. Das Motiv der Täter ist eindeutig, ihre Personalien sind unbekannt. Die Antisemiten, deren Haß nicht vor dem Tode haltmacht, stürzten wahllos alte Grabmale um und beschädigten sie. Auf antisemitische Schmierereien haben sie verzichtet. Vielleicht, weil sie sich durch Autoverkehr auf der Straße in der Römerstadt gestört fühlten. . Bis gestern abend waren die Ermittlungen der Kriminalpolizei nach den Friedhofsschändern erfolglos geblieben.«¹

¹ Rhein-Main-Zeitung, 9. 11. 1992.

Auf den Kundgebungen zum 9. November wurde diese Grabschändung anklagend vorgebracht. Die Presse brachte ausführliche Berichte über diesen Frevel, und auch im Ausland wurde über die Untat berichtet.

Dann wurde bekannt, daß die umgestürzten Grabsteine schon derart mit Gras und Moos überwachsen waren, daß die »mögliche Schändung« schon »Monate« oder »Jahre« zurückliegen müsse.

Die Wahrheit kam bald zutage: Auf eine Anfrage des Deutschen Rechtsschutzkreises bei der Staatsanwaltschaft Frankfurt am Main erhielt dieser die Antwort,² »daß die Grabsteine im August 1992 von Mitarbeitern des Friedhofs- und Bestattungsamtes der Stadt Frankfurt am Main wegen einer bestehenden Unfallgefahr umgelegt wurden. Inzwischen wurden neue Fundamente errichtet und die Grabsteine wieder aufgestellt«.

Von einer Schändung oder einer antisemitischen Untat war also keine Rede. Alle früheren Unterstellungen waren grundlos und unberechtigt

Während die Unterstellungen am 9. und 10. November groß in der Presse berichtet wurden, fielen die Richtigstellungen, wenn sie überhaupt gebracht wurden, sehr gering aus. Auf jeden Fall wurden durch die Falschmeldungen wesentlich mehr Bürger angesprochen als durch die späteren Korrekturen. Ein unberechtigtes Schauermärchen über antisemitische Untaten in Deutschland ging wieder einmal um die Welt.

Rolf Kosiek

² Schreiben der Staatsanwaltschaft bei dem Landgericht Frankfurt vom 19. 2. 1993 an den Deutschen Rechtsschutzkreis in Bochum. Az.: 50 Js 51552.7/92..

Besondere Renten für Israelis

Vor dem Gesetz sollen alle Bürger gleich sein. Das ist ein grundlegender Rechtssatz in einem Rechtsstaat, als den sich die Bundesrepublik betrachtet. Doch in der Praxis gibt es Gruppen, die bevorzugt behandelt werden. Zu ihnen gehören die Israelis zum Beispiel im deutschen Rentenwesen.

Unter der Überschrift »Jeder Gebildete kann eine Rente aus Deutschland erhalten« brachten die *Israel Nachrichten* 1986¹ in deutscher Sprache eine Anzeige des ›Verbandes der Rentenempfänger aus Deutschland-Abteilung für Akademiker« über die Vorzugsbehandlung von Israelis in der deutschen Rentengesetzgebung. Es heißt dort:

»Der Verband der Rentenempfänger aus Deutschland GmbH öffnet dem allgemeinen Publikum mit höherer Schulbildung (nicht unbedingt Nazi-Verfolgte) ein Rentenprogramm der Sozialversicherungsanstalt in Deutschland.

Laut zwischen Israel und der Bundesrepublik Deutschland unterzeichnetem Sozialabkommen ist die Verwirklichung der Pensionsrechte für eine Bevölkerungsgruppe möglich, die nachfolgende Kriterien erfüllt:

- Die Programme sind für israelische Staatsbürger mit höherer Schulbildung bestimmt, die im Alter von über 16 Jahren eine Mittel- oder eine Berufschule und/oder eine Höhere Schule mindestens vier Jahre besuchten, diese mit einem Abschlußzeugnis verließen und beabsichtigen, ab heute in Israel wenigstens 50 Monate zu arbeiten.
- Die Programme sind auch für diejenigen bestimmt, die im Jahre 1983 eingezogen wurden, ihre Rechte jedoch nicht realisierten, vorausgesetzt, daß sie den vorerwähnten Kriterien gerecht werden.
- Wer nicht unter der deutschen Besetzung lebte, muß außerdem eine einmalige monatliche Pflichtzahlung an die Sozialversicherungsanstalt in Deutschland leisten, was durch einen Arbeitsmonat in Deutschland bis zur Pensionierung gegeben ist.

Beispiel: Ein Akademiker, der nach Vollendung des 16. Lebensjahres acht Studienjahre absolvierte, wird zur Zeit seiner Pensionierung eine monatliche Rente von 240 DM erhalten (die an die Gehälter in Deutschland gekoppelt sind), gegen eine nur einmalige Investition in Höhe von 1000 Schekel plus Mehrwertsteuer.«

Dann werden die Büros in Israel angegeben, in denen man die Formalitäten erledigen kann.

Es wird noch erwähnt: »Die Einschreibung wird am 17. 12. 86 geschlossen.«

¹ Israel Nachrichten, 21. 11. 1986, Nr. 4082, S. 11.

Besondere Renten für Israelis

² Israel Nachrichten, 28. 11. 1986, S. 2. Acht Tage später erschien in demselben Blatt eine weitere Anzeige des zentrums für deutsche Renten GmbHs, in der es hieß:²

»Personen mit Mittelschul-, Berufs- und akademischer Bildung sind nach Anzahl ihrer Studienjahre zu einer Rente der deutschen Sozialversicherungsanstalt berechtigt. Es bleiben nur noch wenige Tage zur Sicherung der Rente aus Deutschland für Schulbildung.

AUFRUF: Das Zentrum für deutsche Renten wendet sich hiermit an israelische Bürger mit der Aufforderung, sich der staatlichen deutschen Sozialversicherung anzuschließen und ihre Rechte auszunützen, die ihnen laut dem Sozialabkommen zustehen, das zwischen der BRD und Israel unterzeichnet wurde.

Was Sie von der deutschen Sozialversicherung erhalten können:

Für jedes Schuljahr nach dem 16. Lebensjahr – erhalten Sie bei Erreichung des Pensionsalters eine Rente von 30 DM pro Studienjahr bis zu 8 Studienjahren, also 240 DM monatlich oder 2800 DM im Jahr und zwar LEBENSLÄNGLICH!

Wer ist zur Anmeldung berechtigt:

1. Israelbürger, die Naziverfolgte waren:

wer sich zu irgendeinem Zeitpunkt in den Jahren 1933 bis 1945 in von Deutschen besetzen Gebieten aufgehalten hat.

2. Jeder andere israelische Staatsbürger, unter der Bedingung, daß er bis zum Pensionsalter einen Monat in Deutschland arbeiten wird.

Wieviel müssen Sie investieren:

- 1. Zum Anmeldetermin 400 NIS (plus Mehrwertsteuer). In diesem Betrag ist die Summe enthalten, die Sie der deutschen Behörde schuldig sind, sowie Bearbeitungsgebühr für das Zentrum.
 - 2. Bei Erhalt der Renten: 5 monatliche Pensionszahlungen.
- 3. Außer diesen Zahlungen sind Sie der deutschen Sozialversicherungs-Anstalt keinerlei weitere Zahlungen schuldig.«

Unterzeichnet ist die Anzeige von »Zwi Abrahami, Generaldirektor«. Dieser sichert noch kostenlose Beratung in seinem Büro in Tel Aviv zu.

Für eine einmalige verhältnismäßig geringe Zahlung und die Gebühren für das Zentrum konnte also ein Israeli für seine Ausbildung eine lebenslange Rente bei Erreichung des Pensionsalters bekommen. Von solchen Sonderbedingungen konnte der deutsche Rentenempfänger nur träumen. Er mußte sein Leben lang arbeiten, um eine solche Rente zu erhalten. Besonders unverständlich ist, daß die Regelung auch für solche Personen galt, die nie in ihrem Leben von den »Nazis« verfolgt waren.

Rolf Kosiek

Folgt man einer Sammelband-Festschrift, die gemeinsam vom Deutschen Polen-Institut in Darmstadt und dem Breslauer Willy-Brandt-Zentrum für Deutschland- und Europastudien auf der Grundlage von Referaten einer Tagung in Breslau vom 21. Oktober 2010 herausgegeben wurde, folgt man ferner dem Beitrag des Mitherausgebers Dieter BINGEN, so handelt es sich bei dem gegenwärtigen Verhältnis Deutschland-Polen um eine »erwachsene Partnerschaft« mit einer »unglaublichen Erfolgsgeschichte«, die zu einem »geradezu märchenhaften politischen Elysium« geführt hat. Doch kann man diesem Gaukel-Bild folgen?

Die Bundesregierung verschenkt ostdeutsche Länder an Polen

1990 wurde das Nachkriegseuropa neu geordnet. Mit der Wiedervereinigung von West- und Mitteldeutschland stand auch die Rückgabe der deutschen Ostgebiete im Raum. Bei den vertriebenen Ostdeutschen und auch bei den in der Heimat verbliebenen Oberschlesiern keimte Hoffnung auf. Doch sie wurde schnell zerstört: Obgleich sich die Siegermächte 1945 in Potsdam lediglich darauf hatten einigen können, daß die deutschen Ostgrenzen erst in einem zukünftigen Friedensvertrag endgültig festgelegt werden sollten, hatte die Bundesregierung unter Bundeskanzler Kohl und Außenminister Genscher – der »beste Außenminister, den Polen je hatte« – nichts Eiligeres zu tun, als am 14. November 1990 in Warschau die Unterzeichnung des Vertrags über die Bestätigung der zwischen ihnen bestehenden Grenzen zu unterzeichnen.

Die deutsche Regierung informierte, sich rechtfertigend, die Weltöffentlichkeit: Während der Zwei-plus-Vier-Verhandlungen habe Moskau als Gegenleistung für die Vereinigung die endgültige Abtretung des deutschen Ostens verlangt. Doch dem Nachlaß des Russischdolmetschers Ernst Albrecht Nagorny ist folgendes zu entnehmen: Als Gorbatschow 1990 in Dresden gefragt wurde, ob im Zusammenhang mit einer Vereinigung Mitteldeutschlands mit der BRD auch eine Angliederung der deutschen Ostgebiete in Aussicht genommen worden sei, habe seine Antwort gelautet:

»Ja, das wollte ich. Wir hatten die Universität in Moskau beauftragt, Pläne für die Wiedervereinigung von Deutschland mit seinen polnisch besetzten Teilen auszuarbeiten. Aber bei den Zwei-plus-Vier-Verhandlungen mußte ich zu meinem Erstaunen feststellen, daß Bundeskanzler Kohl und sein Außenminister Genscher die deutschen Ostgebiete Ostpreußen, Pommern und Schlesien gar nicht wollten. Die Polen wären



Dieter BINGEN u.a. (Hg.), Erwachsene Nachbarschaft. Die deutsch-polnischen Beziehungen 1991 bis 2011, Wiesbaden 2011.

Regelmäßig werden führende bundesdeutsche Politiker in polnischen Magazinen auf beleidigende Weise dargestellt. Abbildungen in: Der Spiegel, 25/2007. Im Jahre 2003 hatte das Magazin Wprost Erika Steinbach gar in Nazi-Uniform als Domina auf dem Rücken von Bundeskanzler Gerhard Schröder abgebildet. Der Danziger Schrifsteller Pavel HUELLE meint bezeichnenderweise: »Gäbe es sie (die bösen Deutschen) nicht schon, hätte man sie erfinden müssen.«





bereit gewesen, die deutschen Provinzen Deutschland zurückzugeben. Aber der deutsche Außenminister Genscher hat die polnische Regierung in Warschau bekniet, an der Oder-Neiße-Linie festzuhalten. Die Deutschen akzeptieren diese Grenzes, waren seine Worte, [ohne die Deutschen je dazu befragt zu haben; H. M.]. Nur die DDR sollte angegliedert werden.«

Wenngleich die polnische Regierung GENSCHERS Verrat an Deutschland mit einer 500 000 DM-Prämie belohnte [die seither verschwunden sind], dachte Warschau seither nicht im geringsten daran, Deutschlands Wohlverhalten zu belohnen. So sehr sich auch die nachbarschaftlichen Verhältnisse in den letzten Jahren auf manchen Gebieten verbessert haben mögen, besonders bei zwischenmenschlichen Beziehungen, so muß man das Verhalten der polnischen Staatsregierung als vorwiegend arrogant, uneinsichtig und ausbeuterisch bezeichnen, während die deutschen Regierungsvertreter mit geradezu hündischen Unterwerfungsgesten Verrat am eigenen Volk betreiben.

Doch wie normal sind die Beziehungen in der Gegenwart, wenn der Außenminister Westerwelle bei seinem Antrittsbesuch 2009 in Warschau Erika Steinbach, eine Abgeordnete der eigenen Regierungskoalition, an Polen verrät und wenn der Bundespräsident Gauck sich nicht schämte, bei seinem Antrittsbesuch Polen Anfang 2012 an die »große Brutalität« der Deutschen zu erinnern, aber das an den Deutschen ab 1944 verübte Unrecht nicht erwähnt?

Angela MERKEL, die offenbar ihr Amt als Bundeskanzlerin mit dem Versprechen angetreten hat, die deutsche Alleinschuld zu verteidigen, sieht überall die Schuld unseres Volkes und konstruiert sogar eine Kollektivverantwortung, die als Erbsündes alle Generationen der Deutschen

für immer belasten soll. Antideutsche Politiker wie die Kaczynski-Brüder konnten somit Anwürfe jeder Art gegen Deutschland vorbringen, ohne daß MERKEL daran dachte, sie zu widerlegen. Auch das ist Verrat an Deutschland.

Am 1. September 2009 hielt die Bundeskanzlerin auf der polnischen Gedächtnisfeier zum Kriegsausbruch auf der Westerplatte eine Rede. Darin führte sie einleitend aus: »Heute vor 70 Jahren begann mit dem deutschen Überfall auf Polen das tragischste Kapitel in der Geschichte Europas. Der von Deutschland entfesselte Krieg brachte unermeßliches Leid über viele Völker, Jahre der Entrechtung, der Erniedrigung und der Zerstörung.« Fast jedes Wort daran ist eine Falschaussage zu Lasten und Ungunsten Deutschlands. Auch so kann man Verrat üben. Weitere Falschaussagen von Frau MERKEL stehen anderenorts.¹

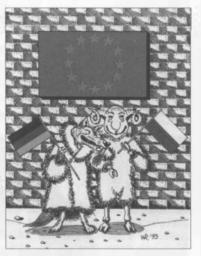
¹ Rolf Kosiek u. Olaf Rose, *Der Große Wendig*, Bd. 5, Grabert, Tübingen 2014, S. 839 ff.

Möglichst große Vorteile für Polen

Seit am 17. Juni 1991 zwischen Deutschland und Polen der Vertrag über gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit in Kraft getreten ist, bemüht sich die BRD peinlichst, Polen auf allen Gebieten entgegenzukommen und ihm sowohl den Weg in die NATO (1999) als auch in die EU (2004) zu ebnen. Diese Hilfe (mit über 60 Milliarden Euro von der EU unterstützt, davon stammen 20 Prozent aus der BRD) wurde in Polen gern angenommen. Doch seither fließen die Menschenströmer von Polen nach Deutschland, während es sich bei den Geldströmen genau umgekehrt verhält. Nach dem amerikanischen Einmarsch in den Irak 2003 wandelte Polen sich plötzlich zum Musterschüler der USA, die ihrerseits Frankreich und Deutschland verächtlich als das »alte Europa« verunglimpften. Gleichzeitig versuchte Polen während der EU-Reformen in unverschämter Weise, möglichst

große Vorteile auf nationaler Ebene für sich herauszuschlagen. Dazu nutzte man in Warschau jedes öffentliche Wort der CDU-Bundestagsabgeordneten Erika Steinbach, um es bewußt mißzuverstehen. Als diese beispielsweise »ein der Wahrheit entsprechendes Bild der deutsch-polnischen Nachkriegsgeschichte« verlangte, in welchem die »Vertreibung der Deutschen nicht mehr zu einer unvermeidlichen Notwendigkeit verfälscht wird«, verunglimpfte man diese berechtigte Forderung in bösartiger Weise als »opportunistisch, arrogant, zynisch, inkompetent, demagogisch und unverantwortlich«.

Natürlich wird in polnischen Lehrbüchern auch nichts über die Internierung und Verschleppung der Deutschen (Todesmärsche!) aus Mittel-



Diese polnische Karikatur aus dem Jahre 1993 zeigt, daß trotz Zusammenarbeit innerhalb der EU die alten Klischees (Deutschland = Wolf; Polen = Schaf) hartnäckig sind.

polen, Wolhynien und Galizien im September 1939 berichtet. Auf unzähligen Wegen gingen Tausende Deutsche auf 13 Verschleppungszügen in den Tod. Einen besonders schweren Leidensweg wurde den westgalizischen Deutschen auferlegt, von denen anfangs viele ermordet wurden.

Noch weniger werden die anderen tausendfachen Verbrechen an Deutschen im August und September 1939 zur Sprache gebracht, und wenn schon, dann abwehrend: Die Deutschen waren selbst schuld, sie hätten als Agenten polnische Armeeangehörige beschossen, und deshalb wären in Bromberg etwa 200 Personen als Partisanen standrechtlich erschossen worden.

Die polnische Regierung folgt nach wie vor den kommunistischen Leitlinien: Die Wehrmacht habe in Polen 1939 einen Vernichtungskrieg geführt, und die polnische Armee habe selbstverständlich keine Kriegsverbrechen verübt – vielmehr wäre sie selbst Opfer von Kriegsverbrechen geworden.

Unter diesen angeblich wissenschaftlich belegbaren Vorgaben werden Dokumente bewußt einseitig interpretiert und selektiert. Quellen, die Verbrechen der polnischen Armee und paramilitärischer Einheiten eindeutig belegen, werden unterschlagen, verbrecherische Maßnahmen der polnischen Regierung verschwiegen oder beschönigt, der Massenmord an den Volksdeutschen Polens geleugnet, was eine eindeutige Verhöhnung der Opfer darstellt. Beispielsweise werden die nachweis-



lich 981 Opfer des Bromberger Blutsonntags auf unter 200 heruntergerechnet. Tatsächlich haben die Volksdeutschen 3983 sicher belegte Todesfälle hinnehmen müssen. Den Volkspolen in Deutschland ist in derselben Zeit kein Haar gekrümmt worden.

Diese polnische Sichtweise wird heute von offizieller deutscher Seite unterstützt. Vom 1. September 2007 bis zum 13. Januar 2008 fand in Nürnberg im

Am 28. August 1991 wurde das Weimarer Dreieckk zwischen Deutschland, Frankreich und Polen gegründet – eigentlich zur politischen Abstimmung zwischen den drei Staaten und zur Stärkung der europäischen Integration. Dessen ungeachtet ging Polen anläßlich des Irak-Kriegs 2003 eigene Wege und zeigte sich als Musterschüler der USA – nur um möglichst große Vorteile herauszuschlagen. In einem Beitrag für die Junge Freiheit (14. 9. 2012) schreibt Jürgen W. Schmidt: »Die Menschenströme fließen von Polen nach Deutschland, während. . . sich die Geldströme genau umgekehrt verhalten.« Hier abgebildet: die damals amtierenden Außenminister Polens, Deutschlands und Frankreichs (von links) Skubiszewski, Genscher und Dumas.

Dokumentationszentrum Reichsparteigelände die Ausstellung »Größte Härte. . . Verbrechen der Wehrmacht in Polen Sept. – Oktober 39« statt.

Der Ausstellungsleiter lochen BÖHLER ist auch der Verfasser des Buches Auftakt zum Vernichtungskrieg. Die Wehrmacht in Polen, das kostenlos (!) bei der Bundeszentrale für Politische Bildung erhältlich ist und von einflußreichen Kreisen des Wissenschaftsbetriebes entscheidend gefördert wird. Doch es steht fest: Polnische Offiziere gaben den Befehl zu den Morden an Volksdeutschen, polnische Offizie-



re mordeten selbst vielfach sogar Einzelpersonen aus ihnen unterstellten Verschleppten-Zügen, nachdem sie sich von ihren Opfern Geld zur Besorgung von Lebensmitteln hatten geben lassen. Manchmal machten Offiziere und Soldaten es auch umgekehrt: Sie schossen die Volksdeutschen nieder und plünderten erst ihre Leichen. Diese Feststellun- antideutsche Krawalle gen schließen natürlich nicht aus, daß Einzelmorde und Mißhandlungen auch ohne unmittelbaren Befehl stattgefunden haben. Das Schlimmste geschah im Bromberger Raum, in West-Polen und bei den Massakern in Mittelpolen.

Die polnische Seite erstrahlt dennoch in betäubender Makellosigkeit, und ruft »Haltet den Dieb!« Verbrechen habe nur die Wehrmacht began-

gen.

Selbstverständlich ist im oben genannten Sammelband, an dem zwölf deutsche und französische sowie sechzehn polnische Autoren mitwirkten, nur über »Aussiedlung«, nie aber über »Vertreibung« der Deutschen die Rede. Desgleichen werden die deutschfeindlichen Ausschreitungen vom 31. Dezember 2010 auf der Görlitzer Altstadtbrücke nicht erwähnt. Erst recht bleibt das Problem der aus Berlin ausgelagerten Archiv- und Kulturgüter (Berlinkar), die sich seit 1945 in polnischen Händen befinden, seit 1991 ungelöst.

Dazu bereiten neuerdings die wachsende Grenzkriminalität und weitere verschleppte Probleme, die in Polen der Lösung harren, großen Ärger.

Hans Meiser

Unglaubliche Erfolgsgeschichte? Dieter **BINGENS Sammelband** geht nicht auf Mißstände ein, wie etwa (siehe 31. Dezember 2010 in Görlitz auf der Altstadtbrücke) oder die Grenzkriminalität. Seit Abschaffung der Grenzkontrollen nach Polen hat die Zahl der Diebstähle aus deutschen Firmen drastisch zugenommen. Fahrzeuge, schwere Technik, Kraftstoff und Spezialwerkzeug verschwinden fast jede Nacht aus Firmen der Region. Der Polizistenmangel wird vielfach kritisiert.



Jürgen TRIMBORN, Arno Breker: Der Künstler und die Macht. Die Biografie: Berlin, Aufbau Verlag, 2011.



Jürgen TRIMBORN, Jahrgang 1971. Er verfaßte Biographien über Johannes HEESTERS, Hildegard KNEF und Rudi CARRELL. (Foto: Robert BAL-LES).

Der 1971 geborene Jürgen TRIMBORN ist in der Vergangenheit bereits mit Biographien über Leni Riefenstahl, Johannes Heesters, Romy Schneider und Hildegard Knef hervorgetreten. Ein illustres Potpourri, an dem sich der Kölner Autor TRIMBORN nach Belieben »abarbeiten« konnte. In seinem neuesten Werk wendet er sich dem »Michelangelo des 20. Jahrhunderts«, dem begnadeten Bildhauer Arno Breker zu, der in die Geschichte auch in meist negativer Bewertung als »Hitlers Hofbildhauer« eingegangen ist.

Arno Breker. Der Künstler und die Macht nennt Trimborn seine ehrgeizige Arbeit. Im Grunde handelt es sich bei dem dickleibigen Band weder um eine Biographie im klassischen Sinne noch um eine Werkanalyse, sondern vielmehr um eine in doch recht unverhohlener Art und Weise verfaßte Anklageschrift. Während des gesamten Lesens hat man schlicht und ergreifend das Gefühl, daß Trimborn seine vornehmste Aufgabe darin erblickt hat, einem großen Künstler posthum ins Grab zu spukken. Breker war zwar ein absolut führergläubiger Mann, vielleicht kein hundertprozentiger Nationalsozialist im Parteisinne, aber dennoch ein treuer und bedingungsloser Gefolgsmann seines Führers, genau wie dies auch bei Leni Riefenstahl und Winifred Wagner der Fall war – eine eher personen- denn ideologiefixierte Bindung. Jeder, der hier anderes behauptet, verkennt die Dinge.

Brekers Kunst war von der nationalsozialistischen Idee und Lehre äußerst stark beeinflußt, auch wenn er seinen Stil in der Tat vorher gefunden hatte, wie er selber oft betonte. Nicht der mationalsozialistischer Stil wurde zu dem Brekers, sondern Brekers ureigenste Kunst paßte in die Ära Hitlers. Die Interpretation und Aufnahme nach 1945, die stets das »humanistische Menschenbild« oder die »christliche Inspiration« des Brekerschen Werkes betonte und vom »Propheten des Schönen« und dem »Vollender der Antike« sprach, geht ins Leere, ändert aber nichts an der Tatsache, daß Trimborns Buch zu großen Teilen aus stellenweise unerträglich ermüdendem »Name dropping« besteht – in rein denunziatorischer Absicht.

Es folgen nur einige der unreflektierten Behauptungen und Thesen des zutiefst einseitig urteilenden Biographen:

S. 211: Zunächst verbreitet sich TRIMBORN ausführlich darüber, wann Breker Speer kennengelernt habe und daß er bei der Datierung bewußt gelogen habe. Aber wen interessiert es, ob die Verbindung zu Speer nun ein paar Monate früher oder später zustande kam? Für wen oder was ist es wichtig? Wer hat daran ein Interesse?

S. 237: Brekers ablehnendes Urteil über einige Künstler, die eventuell für die Neugestaltung Berlins herangezogen werden sollten, wird scharf kritisiert. Was ist an einer solchen Ablehnung aber verwerflich? Trimborn selbst hat doch sicherlich auch eine eigene Meinung, bevorzugt diesen oder jenen Künstler, diese oder jene Kunstrichtung. Breker aber durfte eine solche eigene Sichtweise offensichtlich nicht haben.

S. 246: Seitenweise läßt sich Trimborn über die »arisierten« Wohnungen und »Häuser« Brekers aus, nichts sei vor seiner »Raffgier« sicher gewesen. Wieder und wieder bringt er davon, so daß beim Leser gähnende Langeweile und starke Ermüdung aufkommen. Mag sich Breker in dem einen oder anderen Fall tatsächlich nicht so verhalten haben, wie wir Nachgeborenen und damit »Wissenden« dies gern gesehen hätten, so ist dies dennoch keinerlei Grund, in den Chor von Trimborns »moralischer« Spät-Verdammung einzustimmen. Eine Seite hätte dafür durchaus ausgereicht.

Ein ewig wiederkehrendes Thema des Buches sind die Kosten der Brekerschen Ateliers. In der Sixtinischen Kapelle aber fragt heute kein Tourist nach den finanziellen Mitteln, die vor Jahrhunderten dafür aufgewendet wurden, oder wie luxuriös der Wohnsitz MICHELANGELOS damals gewesen war. Wer vor den Pyramiden steht, den interessiert nicht, in welcher Villac der Erbauer gelebt hat und was eine Straße, die dorthin führte, den Pharao als Bauherrn gekostet hat. Diese spießbürgerliche, zutiefst kleinkarierte finanzielle Aufrechnerei, die sich wie ein roter Faden durch das ganze Buch zieht, scheint die einzige Absicht des Autors gewesen zu sein. Hat man aber jemals eine Biographie über LEONARDO, TIZIAN, MICHELANGELO, DÜRER gelesen, welche den Charme des Prüfberichts eines Rechnungshofs besessen hätte? Die ganzen Aufzählungen sind im Grunde Erbsenzählereien, die keinen Menschen interessieren.

Der Leser kann sich des Eindrucks nicht erwehren, als habe der Autor wie ein pedantischer Buchhalter vor einer Liste gesessen und gezielt geschaut, wo sich Breker sfalsche verhalten haben könnte, welchem Nazie er wann die Hand gegeben habe, wem er wann vermeintlich seine Hilfestellung verweigert habe. So aber schreibt man keine großen Werke!

S. 283: Zuerst breitet sich Jürgen TRIMBORN auf etlichen Seiten darüber aus, daß sich Breker um alles und jedes selbst gekümmert habe, was – nach seiner eigentümlichen Lesart – dessen persönlicher »Bereicherung« gedient habe. Dann auf einmal heißt es aber plötzlich, er habe sich in diesen Jahren fast ausschließlich seinen Werken gewidmet, vor allem aber sich um die Reliefs des Triumphbogens für ›Germania‹ gekümmert. Trimborn müßte sich einmal entscheiden: Was denn nun? Zeitliches Engagement für seine »Raffgier«, weil er »Gefallen« daran gefunden habe, sich eigene Vorteile zu verschaffen, oder weil es ihm gefiel,



Romanichel (1928).



Anne-Marie Merkel (1935).



Aristide MAILLOL (1942).

Arno Breker war wohl der brillanteste Porträtgestalter des 20. Jahrhunderts, und das auch vor 1933 und nach 1945.

»Macht zu haben«, wie er sich auszudrücken beliebt. Oder die Arbeit am Werk? Wie spiegelverkehrt ist doch die gesamte klägliche Argumentation«. In kleinlichster Art werden die Kosten einer lächerlichen Auffahrtsstraße in Jäckelsbruch bekrittelt. Wenn der Aufbau-Verlag Herrn Trimborn einen Dienstwagen, die zehnfachen Tantiemen, eine große Wohnung über den Dächern von Paris und ein Haus in der Toskana zur Verfügung gestellt hätte, in denen er in Ruhe und Abgeschiedenheit seine epochalen Werke verfassen könnte, so würde er natürlich selbstlos und bescheiden ablehnen und lieber wie Spitzwegs armer Poet hausen.

S. 313: Nun begibt sich Trimborn auf ein Gebiet, von dem er, der ja ansonsten von Riefenstahl über Heesters zu Romy Schneider und der Knef bis hin zu Breker offensichtlich zu allem etwas zu sagen hat, überhaupt keine Ahnung besitzt, und führt seine Leser in die Geheimnisse der »aggressiven Frankreichpolitik« des Dritten Reiches ein. Er hätte statt dessen einfach mal das Testament Kardinal Richelbeus, die Leitlinie französischer Deutschlandpolitik seit Jahrhunderten, studieren sollen. Wenn er danach noch weitere Fragen haben sollte, ist ihm wohl kaum noch zu helfen. Nebenbei aber ist ihm ersichtlich auch die Tatsache entgangen, daß nicht das Deutsche Reich Frankreich am 3. September 1939 den Krieg erklärte, sondern umgekehrt Frankreich es war, das der deutschen Reichsregierung diesen kriegerischen Schritt eröffnete.

S. 323: TRIMBORN meint, BREKER habe sich Rodin als ebenbürtig empfunden, weil er in seinem Garten eine seiner Plastiken neben einer solchen Rodins plaziert habe. Das ist zugegebenerweise eine äußerst interessante Kombination: Wenn Trimborn in seiner Garage sein Fahrrad neben einen Porsche stellt, empfindet er dann dieses dem Zuffenhausener Sportwagen auch als gleichwertig? Man erkennt auch hier die Absurdität der grotesken Trimbornschen Gedankengänge, die er seinen Lesern aufdrängt.

S. 355: TRIMBORN zählt auf, für welche Künstler Breker sich eingesetzt habe, damit diese ausgezeichnet wurden und Preise erhielten. Die Frage sei gestattet, was hieran verwerflich oder verboten sein soll, aber auch die Feststellung, daß dergleichen zu keiner Zeit anders war.

S. 378: Trimborn führt die Nazi-Größenk auf, die Breker portraitierte. Was will er uns damit sagen? Daß man lediglich Nazisk nicht hätte in Stein oder Bronze hauen dürfen? Daß man grundsätzlich keine Politiker portraitieren darf? Was ist dann aber mit den Portraits, die beispielsweise das Bundeskanzleramt zieren? Kokoschkas Adenauer-Portrait etwa. Welche unhistorischen Maßstäbe legt Herr Trimborn an? Oder ist er einfach nur etwas infantil in seinen diesbezüglichen Anschauungen?

- S 384: Der Autor verbreitet sich allen Ernstes seitenlang über die Anlage eines Obstgartens bei Schloß Jäckelsbruch. Herr TRIMBORN sollte wissen, daß Breker im Jahre 1943 weiß Gott andere Aufgaben zu bewältigen hatte, als sich mit dem von ihm genannten zeitlichen Aufwand derartiger Albernheiten und Petitessen zu widmen. Er sollte sich doch einfach nur einmal vorstellen, er würde gleichzeitig an zehn Büchern schreiben, vielleicht dämmert es ihm dann, was das hieße.
- S. 447: Wiederholt zitiert Jürgen TRIMBORN Kurt REUTTI, der doch für jeden, der Augen hat zu sehen, nichts anderes war als ein ausgesprochener ›Looser‹ in der Art des Bilderstürmers, Gesinnungsschnüfflers und Berufsdenunzianten.
- S. 458: Für TRIMBORN war Breker ein »Ewiggestriger«. Was das denn nach seiner eigenartigen Definition ist, läßt er hingegen offen, und es wäre nur konsequent, wenn er seiner Leserschaft darüber endlich Aufklärung zuteil lassen würde.
- S. 462: Breker lebte nach dem Krieg wie die »Made im Speck«, behauptet Trimborn. Das ist eine doch recht kühne Anschuldigung und vielleicht auch der Ausfluß eines gewissen Neids? Wo hätte er ihn denn am liebsten gesehen? Im Armenhaus? Im Schuldturm? Lebenslang im Umerziehungslager? Oder noch besser gleich im Gulag? Trimborn sollte doch mal konkret werden und in Hinkunft etwas sparsamer mit Totschlagwörtern umgehen.
- S. 471: Abermals ermüdend ist dann sein nicht enden wollender Sermon über das Wirken Dr. Werner NAUMANNS und seine Fiktion eines maßgeblichen Engagements Brekers in dessen politischen Seilschaften, die nichts anderes ist als eine ebenso alberne wie verlogene Konstruktion, die Trimborns Phantasie entstammt und auch durch die gebetsmühlenartige Wiederholung nicht an Wahrheitsgehalt gewinnt.
- S. 478: Zuerst warf er Breker vor, er habe seit der Berührung mit dem Nationalsozialismus und insbesondere mit Hittler seinen einstmals eher avantgardistischen Stil verleugnet. Nun, da er seit den sechziger Jahren wieder zurück zur »Klassik« findet, ist es ihm auch wieder nicht recht. Was denn nun?
- S. 494: Von Ezra Pound, einem Dichter von Weltrang, als »braunen Gesinnungsgenossen« Brekers zu sprechen veranschaulicht die fragwürdige Auffassung von wahrem Künstlertum, stellt schlicht und ergreifend eine Unverschämtheit dar und zeigt in hohem Maße Trimborns denunziatorisches Verständnis von der Freiheit der Kunst. Möglicherweise findet es auch seinen Beifall, daß Pound nach dem Krieg in ein US-Straflager nach Pisa eingeliefert wurde, wo man ihn längere Zeit in einem vergitterten Käfig, der die ganze Nacht grell angeleuchtet war, zur Schau stellte und er unter den Folterungen bald zusammenbrach.



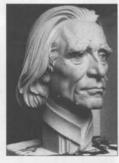
»Die Treue« (1943).



Salvador Dali (1974).



Jean Cocteau (1963).



Franz Liszt (1976).

S. 497: Treuherzig fordert der Breker-Biograph ein, man müsse »über Breker sprechen«. Das ist richtig. Nur: Dann sollte er's doch tun! Er aber spricht nicht *über* ihn, sondern er *richtet* ihn!

S. 539: Was TRIMBORN an PICASSO rühmt, nämlich seine geniale Fähigkeit, etliche Kunststile souverän zu beherrschen, nennt er bei BREKER »chamäleonhaftes Wandeltalent«.

S. 546: TRIMBORN führt BREKERS »braune Gesinnung« an, die dieser auch nach 1945 beibehalten habe. Woran macht er das denn eigentlich fest? Und ist er in der Lage, auch nur einen einzigen stichhaltigen Beleg für diese Diffamierung zu liefern?

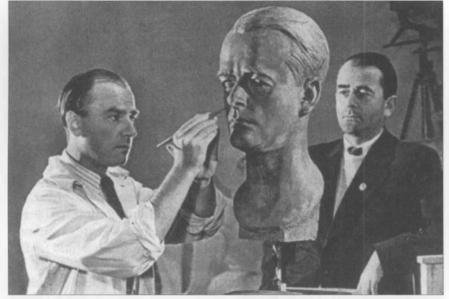
Aber: Wie hält es TRIMBORN denn selber mit der eindeutig kommunistischen Vergangenheit seines auf maßgebliche Initiative der SED ins Leben gerufenen Hausverlages, des Aufbau-Verlages? Und ausgerechnet *er* wirft Breker vor, daß dessen Erinnerungen vom »rechtsra-

dikalen« Schütz-Verlag herausgegeben wurden. Gerade von ihm hätte man doch in der Wahl des Verlages dann doch wenigstens etwas mehr Feingefühl und Augenmaß erwarten können. So aber hat sein »anti-totalitäres« Engagement den faden und unglaubwürdigen Beigeschmack des Wortes »Haltet den Dieb!«

S. 560: Arno Breker waralso »ab 1963« ein Förderer der NPD? Wie das? Die NPD wurde doch erst im November 1964 gegründet? Breker ein Seher des Kommenden? Dies ist schlecht



Links stehendes Bild stammt aus dem Text-Bildband: Georg Forty, Deutschland im Krieg (Pabel–Moewig, Rastatt 2005). Die Bildlegende ist kennzeichnend für die politisch korrekte Rezeption und Bewertung von Brekers Werk: »Der Bildhauer Arno Breker 1939 bei der Arbeit in seinem Berliner Atelier. Während der kulturell freieren Zeit der Weimarer Republik hatte Breker sich mit seinen subtilen Skulpturen einen internationalen Ruf erworben. Im Dritten Reich wurde er Hofbildhauer der Nazis und die Qualität seiner Arbeit ließ nach.« (sic!) Das könnte übrigens auch aus J. Trimberns Feder stammen.



Breker modelliert Speer in Jäckelsbruch. 1940 erhielt der NS-Staatsbildhauer Arno Breker zum 40. Geburtstag das ehemalige Rittergut von Adolf HITLER geschenkt. Die Schenkung umfaßte nicht nur das Schloß mit Park, sondern auch die gesamte Ausstattung des Hauses sowie ein vom Architekten Friedrich Tamms neu erbautes Atelier.

recherchiert, Herr TRIMBORN, aber das kommt davon, daß man sich bar jeden Wissens auch noch an der Historie versucht.

S. 562: TRIMBORN hält es für erwähnenswert, daß das »Deutsche Kulturwerk Europäischen Geistes«, von dem Breker den »Ehrenring« erhielt, vom bundesdeutschen Verfassungsschutz beobachtet worden sei. Da ist es dann auf einmal wichtig und erwähnenswert. Einige Seiten vorher aber findet sich in einer lobenden Aufzählung von Organisationen, die sich gegen Breker wandten, auch der Name der »Vereinigung der Verfolgten des Nazi-Regimes« (VVN), die wegen ihrer kommunistischen Infiltrierung jahrzehntelang ebenfalls vom Verfassungsschutz observiert wurde. Der Biograph hielt es nicht für nötig, dies seinen Lesern mitzuteilen.

Und so könnte man ihn immer weiter widerlegen, Seite für Seite, mit Leichtigkeit, denn er macht es seinen Kritikern ja auch überaus einfach. Hat er denn wirklich ernsthaft geglaubt, daß er sein Mütchen an einem Genie wie Breker nur insofern hätte kühlen können, indem er lediglich aufführte, welchen Juden er nach 1933 angeblich nicht mehr geholfen oder welche Nazisk er nach 1945 vermeintlich getroffen habe?

So aber spielt sich der Gesinnungswächter TRIMBORN mit 65jähriger Verspätung als Richter, Inquisitor und als Moralinstanz einem Bildhauer gegenüber auf, der sich leider nicht mehr gegen dessen zum Teil absurde und groteske Anschuldigungen zur Wehr setzen kann. Weniger wäre hier so viel mehr gewesen. Wenn sich TRIMBORN einfach nur etwas mehr Distanz, Zurückhaltung und Wahrheitsliebe auferlegt hätte, dann wäre eine recht gute Arbeit entstanden. So aber hat er der interessierten Öffent-



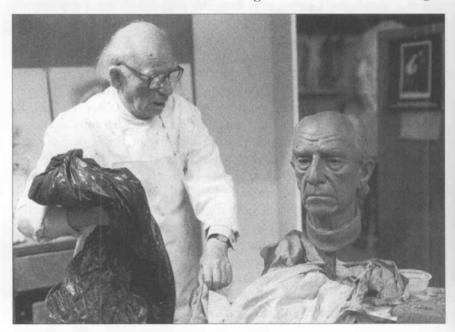
Das von Dominique EGRET im Grabert-Verlag herausgegebene Buch ist nach wie vor die einzige umfassende Monographie, da sie sämtlichen Schaffungsphasen Brekers Rechnung trägt.

lichkeit keinen Dienst erwiesen, denn es handelt sich bei seinem Machwerk eben nicht, wie es der Untertitel glauben machen will, um »die Biographie«, sondern um eine 712seitige Denunziationsschrift. Eine große Chance wurde hier vergeben, nämlich die erste umfassende Biographie des Bildhauers Arno Breker vorzulegen und ihn mit all seinen Schattierungen in Glück und Unglück zu porträtieren.

Bei Leuten der Couleur TRIMBORNS drängt es sich förmlich auf, sich gedanklich in eine Art Zeitmaschine zu begeben. Was wäre aus dem jungen Autor Jürgen Trimborn geworden, wenn er nicht die »Gnade der späten Geburt« empfangen hätte, sondern etwa im Jahre 1910 geboren wäre? Wie hätte er sich in jenen Jahren verhalten? Auf sein Talent wäre man in der Zeit von 1933 bis 1945 sicherlich ebenso aufmerksam geworden, wie dies heute der Fall ist. Welche Funktion hätte er eingenommen? Hätte er den Versuchungen der Macht erfolgreich widerstanden? Hätte er die braune Uniform verschmäht? Oder hätte man ihn in der NS-Kultur- und Schrifttumspolitik an exponierter Stelle angetroffen?

Es gibt einen Satz von Hans Jürgen Syberberg, nach dem es verhältnismäßig leicht ist, kein Nationalsozialist zu sein, wenn es keinen HITLER gibt. Und es ist kein Verdienst, nicht in revolutionären Zeiten zu leben und nicht an hervorragender Stelle vom Schicksal geprüft zu werden.

Dem ist kaum noch etwas hinzuzufügen. Werner Bräuninger



Brekers letztes Werk im Jahre 1991: sein Selbstbildnis.

Gibt es Menschenrassen?

Einer der schwerwiegendsten Vorwürfe in der heutigen Öffentlichkeit gegen jemanden ist der des Rassismus. Man will einerseits im Kampf gegen Rassismus den Begriff Rassec möglichst ausmerzen, ihn verschweigen oder verbieten, was allerdings unwissenschaftlich wäre, andererseits ihn als Totschlagkeule weiter benutzen. Dabei ist der Begriff aus der modernen Biologie gar nicht mehr wegzudenken, da er ein wichtiges Ordnungskriterium für die ganze Natur ist. Bücher wie Rassen aus Erbe und Umwelt¹ des deutschen Professors Georg Kenntner oder Die Rassen der Menschheit des britischen Anthropologen John R. Baker² sowie Hans Jürgen Eysencks Race, Intelligence and Education³ befassen sich mit dem Rassebegriff und belegen mit ihrem Titel schon, daß es Rassen gibt und daß die Biologen und Anthropologen nicht mit einem Trugbild arbeiten. Die neue Rassenkunde der Mainzer Professorin Ilse Schwidetzky erschien 1962.⁴

Unsachlicher wird es schon, wenn man – wie oft im Englischen - den Begriff racee auch für Volke gebraucht wie etwa britische Imperialisten wie Rudyard KIPLING, Cecil RHODES oder andere Politiker, wenn man von einer deutschen oder englischen Rasse spricht und Bewertungen nach der Kulturhöhe vornimmt.

Die in der Schweiz lebende jüdische Anthropologin Salcia LANDMANN (1911–2002) schrieb in ihrem mutigen Buch *Die Juden als Rasse*⁵ im Vorwort nach Betrachtungen über den Mißbrauch der Rassenlehre: »Hat man die Rasse oder Rassenkomposition eines Volkes eruiert, dann kann man durchaus auch die Frage stellen: Welche Bedeutung haben gerade diese rassischen Faktoren für die historische und kulturelle Entwicklung des betreffenden Volkes?«

Und sie gibt als Antwort darauf die Feststellung: »Denn worin immer die Rassenfanatiker der Nazizeit und ihre Vorläufer im 19. Jahrhundert geirrt und gesündigt haben mögen – in der Annahme, daß die biologische Besonderheit des Menschen bis in seine letzte geistige Äußerung hinein spürbar leibt, irrten sie nicht.«

Und sie hebt anschließend noch hervor: »Und hat man einmal den festen Zusammenhang zwischen bestimmten Rasse- und Kulturformen festgestellt, so kann man auch umgekehrt aus den Kulturäußerungen auf die rassische Zugehörigkeit ihrer Schöpfer schließen.«

Sie führt dann das als Motto vor dem ganzen Buch stehende Wort »des jüdisch-englischen Staatsmanns DISRAELI« (S. 17) an, der zum Christentum übertrat, (1804–1881): »Die Rassenfrage ist der Schlüssel zur Weltgeschichte.«

Gibt es Menschenrassen?



Frankreichs Staatspräsident Francois HOLLANDE gehorcht dem Zeitgeist und will den Begriff >Rassec in Frankreich aus allen amtlichen Dokumenten, Verfassung, Gesetzen, Verordnungen und Erlassen entfernen. weil es Rassen angeblich nicht gebe. Und was es nicht gebe, brauche auch nicht bezeichnet zu werden . . .

Das ist ein Satz, der aus dem Zusammenhang gerissen ist. Das größere Zitat in diesem Zusammenhang von Benjamin Disraeli, der später britischer Premierminister wurde, lautet:6 »Niemand darf heute das Rassenprinzip, die Rassenfrage gleichgültig behandeln. Sie ist der Schlüssel zur Weltgeschichte; und nur deshalb ist diese Geschichte häufig so verworren, weil sie von Leuten geschrieben ist, die die Rassenfrage nicht kannten und ebenso wenig die dazu gehörenden Umstände. Wo man auch immer die Wirkung derselben antreffen möge, sei es in Gemeinden oder bei Individuen: Es muß damit gerechnet werden. Aber andererseits gibt es auch keinen Gegenstand, der eine so feine Unterscheidungsgabe erfordert, oder wo dieses Prinzip, wenn man es nicht von Grund aus versteht, sich so leicht als ein Irrlicht erweisen könnte. In Europa finde ich drei große Rassen mit ausgesprochenen Eigenschaften: die Germanen, die Slawen und die Kelten, und ihr Verhalten wird durch eben diese unterschiedlichen Eigenschaften bedingt. Da ist aber noch eine andere große Rasse, die die Welt beeinflußt: die Semiten. Die Semiten üben augenblicklich durch ihre kleinste, aber eigentümlichste Familie, die Juden, einen außerordentlich großen Einfluß in allen Geschäften aus. Es gibt keine zweite Rasse, die mit einem solchen Grade von Hartnäckigkeit und Organisationstalent ausgestattet wäre. Dadurch haben sie sich einen noch nie da gewesenen Reichtum und unermeßlichen Kredit gesichert. Sie haben sich längst in unsere geheime Diplomatie eingeschlichen und sich derselben fast gänzlich bemächtigt; in weiteren 25 Jahren werden sie ihren Anteil an der Regierung des Landes offen beanspruchen.«

Rolf Kosiek

Georg KENNTNER, Rassen aus Erbe und Umwelt, Safari, Berlin 1975.

² John R. BAKER, *Die Rassen der Menschheit*, Deutsche Verlagsanstalt, Stuttgart 1976.

³ Hans Jürgen Eysenck, Race, Intelligence and Education, Temple Smith, London 1972; in dem deutschen Titel Vererbung, Intelligenz und Erziehung, Seewald, Stuttgart 1975, hat man bezeichnenderweise den Begriff ›Rasse‹ vermieden.

⁴ Ilse Schwidetzky (Hg.), Die neue Rassenkunde, Gustav Fischer, Stuttgart 1962.

⁵ Salcia LANDMANN, *Die Juden als Rasse*, Walther, Olten–Freiburg i. Br. 1967, S. 17; Limes, Wiesbaden–München ²1981.

⁶ Benjamin Disraeli, Endymion, zitiert in: Politische Anthropologische Revue, 1911, S. 655.

GROSSE WENDIG

Richtigstellungen zur Zeitgeschichte

iermit liegt Band 5 des historischen Sammelwerkes Der Große Wendig – Richtigstellungen zur Zeitgeschichte vor. Wie in den früheren Bänden werden auch in diesem rund 208 historische Tatsachen und Vorgänge richtiggestellt, die heute üblicherweise falsch oder sehr einseitig in den Massenmedien zu Lasten Deutschlands überliefert werden. Damit liegen mit diesem Band insgesamt 1151 Richtigstellungen zur Geschichte vor. Sie überstreichen die Zeit der letzten 150 Jahre von dem Deutsch-Französischen Krieg von 1870/71 bis zur Gegenwart.

s ist wohl erstmalig in der überlieferten Geschichte als Folge der beiden Weltkriege geschehen, daß historische Vorgänge in solchem Maße wie seit 1945 falsch oder verzerrt dargestellt worden sind und immer noch vertreten werden. Die Sieger des Zweiten Weltkrieges haben die deutschen Archive beschlagnahmt, haben sie manipuliert und Dokumente mit für sie günstigen Auslassungen herausgegeben. Eine Reihe für die Alliierten belastender Dokumente wird immer noch, fast 75 Jahren nach den damaligen Ereignissen, von den früheren Gegnern Deutschlands unter Verschluß gehalten, etwa die Akten um den Flug von Rudolf Heß nach Schottland oder um den Oradour-Prozeß. Die Geschichte wurde von den Feinden Deutschlands auf den Kopf gestellt. Die wirklichen Verursacher und Antreiber zu den Weltkriegen werden in der Öffentlichkeit als Friedensstifter hingestellt und mit deutschen Preisen und Orden geehrt, während die sich für den Frieden in Europa einsetzenden Deutschen als Schuldige beurteilt werden.

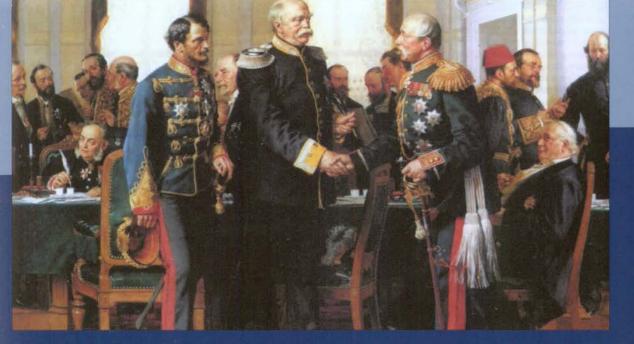
ngesichts dieser Umstände ist es um so wichtiger, die Richtigstellung des Geschichtsablaufs in den letzten 150 Jahren, das Aufzeigen, wie es wirklich war, die Entlarvung der Lügen und Einseitigkeiten der Sieger vorzunehmen. Denn nur auf der historischen Wahrheit kann auf die Dauer ein fruchtbares Friedenskonzept für die europäischen Völker entstehen. Wenn die Sieger ihr Geschichtsbild durchsetzen wollen, wird es zur Pflicht der Besiegten, die Revision der Zeitgeschichte zu über-

EDITION GRABERT-TÜBINGEN

nehmen. Diese Aufgabe verkündete auch schon vor Jahren Paul Carell (richtig Paul Schmidt), der Verfasser bedeutender militärgeschichtlicher Werke, indem er feststellte: »Da die Geschichte immer vom Sieger geschrieben wird, gehört es zu den Aufgaben der Besiegten, die notwendigen Korrekturen anzubringen.«

iese nationale Pflicht der Bundesbürger tritt für die Menschen der Gegenwart noch um so stärker hervor, als bereits seit zwei Generationen im Rahmen der Umerziehung versucht wird, die Deutschen von ihrer wirklichen Geschichte abzutrennen und die heranwachsenden Jahrgänge junger Menschen auf das Geschichtsbild der Sieger einzustimmen. Heute ist es so, daß die führenden Politiker sowie die tonangebenden Massenmedien ein »politisch korrektes« Geschichtsbild durchsetzen wollen, das einseitig die Schuld der Deutschen an den beiden Katastrophen des 20. Jahrhunderts und an Kriegsverbrechen festhält und die wirklich Schuldigen in den Reihen der Sieger freispricht. Diese falsche Sicht der Dinge ist bereits in die Schulbücher der im vergangenen Jahrhundert Unterlegenen eingedrungen und vergiftet die folgende Generation. Um so wichtiger ist es, die seit langem wirkenden Fälschungen der Sieger und ihrer deutschen Mitläufer zu berichtigen und der nachfolgenden Generation ein an den Tatsachen ausgerichtetes Geschichtsbild statt der Kriegspropaganda zu vermitteln.

afür werden in dem vorliegenden Band viele einzelne gegenwärtig in der Öffentlichkeit übliche Fälschungen der deutschen Zeitgeschichte herausgegriffen und mit Angabe genauer Quellen richtiggestellt. Ausführliche Personen, Stichwort- und Ortsverzeichnisse zu allen fünf Bänden, in einem Sonderband zusammengefaßt, helfen dem Leser, schnell die gewünschte Information zu bekommen. Eine reiche Bebilderung, dem jeweiligen Text unmittelbar beigegeben, ergänzt die zu den einzelnen Fragen mit Quellen behandelten wichtigen Tatsachen zur Zeitgeschichte.



Zu den in den Jahren 2006 bis 2010 veröffentlichten vier Bänden des Großen Wendig, Richtigstellungen zur Zeitgeschichte liegt mit dem vorliegenden Band der fünfte vor. Wieder werden aus den letzten 150 Jahren rund 200 historische Tatsachen und Vorgänge behandelt, die in der Öffentlichkeit noch immer einseitig oder falsch dargestellt werden und deswegen zu unberechtigten historischen Belastungen Deutschlands führen. Da die Erlebnisgeneration der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts die fälligen Richtigstellungen zu diesen Vorgängen aus eigenem Erleben nicht mehr durchführen kann, muß die nächste Generation diese Aufgabe übernehmen und weiterführen. Denn der Sieger schreibt immer die Geschichte, und den Unterlegenen kommt dann die Pflicht zu, die notwendigen Richtigstellungen durchzusetzen.

Das ist auch seit 1945 so, als die Kriegspropaganda der Alliierten sich in der Umerziehung der Deutschen fortsetzte und sich zu einer grandiosen Gehirnwäsche entwickelte. Angesichts einer in der Geschichte einmaligen Verzerrung des Geschichtsbildes vom zwanzigsten Jahrhundert haben die Deutschen die Aufgabe vor ihrer Geschichte, die falsche Anschauung richtigzustellen und die geschichtliche Wahrheit vor der Öffentlichkeit zu vertreten.

»Politische Korrektheit ist die Diktatur von Tabus und Meinungen.« (Joachim Fest)

ISBN 978-3-89180-101-7 ISSN 0564-4186



GRABERT